



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

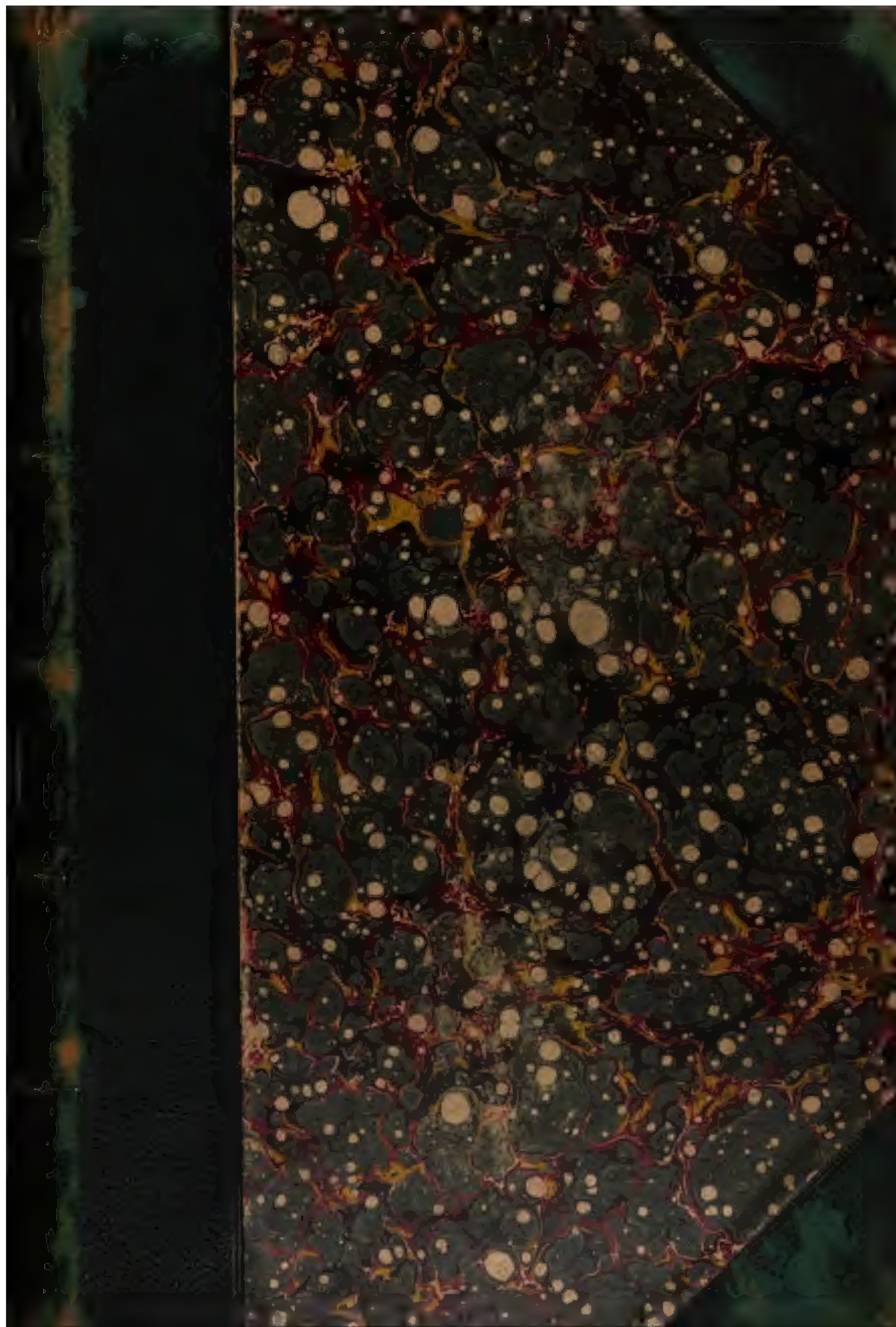
Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



C
7740
7



Harvard College Library

FROM THE REQUEST OF

JAMES WALKER, D.D., LL.D.,

(Class of 1814),

FORMER PRESIDENT OF HARVARD COLLEGE;

"Preference being given to works in the
Intellectual and Moral Sciences."

29 July, 1889.



©

Beiträge
zur
Geschichte der evangelischen Kirche
in Rußland

von
Germann Dalton.

I.
Verfassungsgeschichte der evangelisch-lutherischen Kirche in Rußland.



Gotha.
Friedrich Andreas Berthes.
1887.

1

27:2

Verfassungsgeschichte
der
evangelisch-lutherischen Kirche
in Rußland

von
D. Hermann Dalton.

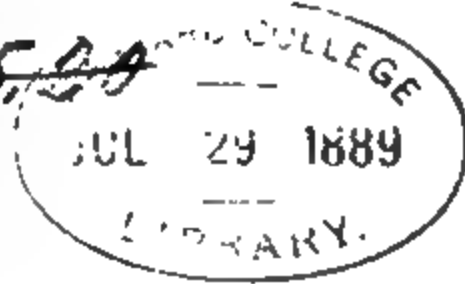


Gotha.
Friedrich Andreas Perthes.
1887.

~~III. 5493~~

C 7740.7

~~Class 1935, 28~~



Walter fund.

Der hochwürdigen
evangelisch-theologischen Fakultät
zu Marburg

als bescheidenes Dankeszeichen
für die am 10. November 1883 verliehene Würde
eines Doktors der Theologie.

Vorrede.

Lange Jahre hindurch hoffte ich der nachfolgenden Aufzeichnungen enthoben zu sein. Es schien selbstverständlich, daß eine Studie über die Verfassungsgeschichte der lutherischen Kirche in Rußland am ehesten und geeignetsten von einem Gliede dieser Kirche und einem Landeskinde der Ostseeprovinzen geliefert werden könne. Anderweitige Forschungen auf diesem Gebiete hatten mir bereits vor über einem Vierteljahrhundert gezeigt, daß sich noch keine berufene Hand an die fesselnde Arbeit gemacht. Auch die Folgezeit bot nur geringe und mittelbare Beiträge. Von dem Abschluß des ersten halben Jahrhunderts, seitdem das gegenwärtige lutherische Kirchengesetz erlassen wurde, konnte erwartet werden, daß derselbe in der Schwesterkirche den Anlaß geben würde, der „vorigen Zeiten“ auf diesem für den Bestand der Kirche so wichtigen Gebiete zu gedenken. Der Tag verstrich völlig unbeachtet. Es ist mir kein Blättchen zu Gesicht gekommen, in welchem ein Rückblick geschehen und der Gewinn oder Verlust, der dem Verfassungsleben der Kirche im Zusammenhang ihrer Geschichte

aus der fünfzigjährigen Wirksamkeit dieses Gesetzes erwachsen, gezogen worden wäre. Bis zur Stunde ist noch keine eingehende Beurteilung des wichtigen Gesetzes erschienen. Für seine Darstellung sind wir noch immer auf das Gutachten angewiesen, mit welchem seiner Zeit Staatssekretär Bludow den Entwurf bei dem Reichsrat beleuchtete und auf die Mitteilungen, welche unmittelbar nach dem Erlasse Busch in den „Dorpatischen Evangelischen Blättern“ gab und denen die „Evangelische Kirchenzeitung“ (1834, S. 39 ff.) weitere Verbreitung verlieh.

Unter den Gründen für solch' auffälliges Schweigen macht sich sicherlich auch geltend die geringe Wertung, welche bis in die jüngste Zeit kirchenrechtliche Fragen in weiten Kreisen zumal der deutschen evangelischen Kirche gefunden. Eine Wendung und damit eine andere und viel höhere, gerechtere Schätzung hat sich Bahn gebrochen. Der Schaden, den die evangelische Kirche durch die gäng und gäbe Gleichgültigkeit und infolge davon Unerfahrenheit auf diesem Gebiete in den verhängnisvollen Tagen des „Kulturkampfes“ erlitten, ist zu empfindlich, tiefgehend und auch demütigend gewesen, als daß nicht an eine gründliche Heilung Hand angelegt werden mußte.

Die Wurzeln dieses so befremdlichen Verhaltens reichen bis an die Schwelle der Reformation. Aus der abseits gelegenen Provinzialkirche bieten die folgenden Blätter die fesselnden Belege, daß die in die Ferne gezogene Tochter auch auf diesem Punkte die Züge der Ähnlichkeit mit der Mutter im Heimgebiete der Reformation bewahrt hat. Über dem Jubel des Siegesbewußtseins, aus Gnaden allein

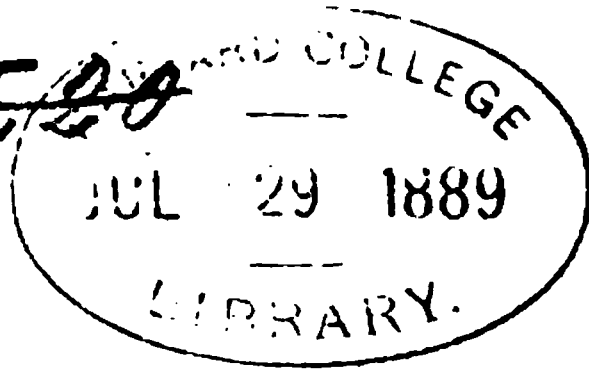
durch den Glauben an Christum Jesum frei und selig geworden zu sein — der evangelischen Kirche und deutschen Reformation kostbarstes Kleinod und hochgehaltenes Banner — wurde nur allzu frühe gering geachtet und zurückgestellt die unabweisbare Sorge, der auf solch' heiliger Grundlage des Wortes Gottes reformirten Kirche den rechtlichen Bestand und selbständigen Ausbau in der Verfassung zu erkämpfen und zu bewahren. Über der Freude an dem gewonnenen und durch keine irdische Gewalt entreißbaren himmlischen Erbe ward die lutherische Kirche an den meisten Orten und auch hierzulande säumig, das entsprechende irdische Gefäß zeitig herzurichten, welches das wertvolle, anvertraute Gut während des uns gewiesenen Wandels über die Erde hin zu tragen bestimmt ist. Die unsichtbare Kirche verflüchtigt sich und entschwindet, wenn ihr nicht eine sichtbare, ihrem Wesen angemessene Stätte des Wohnens eingeräumt wird. Das ist aber Sache der Kirche. Der weltlichen Obrigkeit die Fürsorge, dieser gebotenen Pflicht nachzukommen, ausschließlich oder auch nur in erster Linie zu überlassen, diese Saumseligkeit und dann auch nicht zu rechtfertigende Versäumnis kommt allzeit der Kirche teuer zu stehen; ihre Geschichte deckt die erlittenen Wundmale auf.

In der Verfassung jeglichen Gemeinwesens tritt sein inneres Leben zutage; die in ihr gewonnene, festumrissene Gestalt wirkt dann auf das Leben machtvoll zurück, dem sie selbst ihr Dasein dankt. Den kundigen Beobachter fesselt in hohem Grade der Verlauf dieser Wechselströmung, thätig und leidend, beeinflusst und alsbald sich wendend zur

~~III 5493~~

C 7740.7

~~Law 3095, 20~~



Walker fund.

Der hochwürdigen
evangelisch-theologischen Fakultät
zu Marburg

als bescheidenes Dankeszeichen
für die am 10. November 1883 verliehene Würde
eines Doktors der Theologie.

Vorrede.

Lange Jahre hindurch hoffte ich der nachfolgenden Aufzeichnungen enthoben zu sein. Es schien selbstverständlich, daß eine Studie über die Verfassungsgeschichte der lutherischen Kirche in Rußland am ehesten und geeignetsten von einem Gliede dieser Kirche und einem Landeskinde der Ostseeprovinzen geliefert werden könne. Anderweitige Forschungen auf diesem Gebiete hatten mir bereits vor über einem Vierteljahrhundert gezeigt, daß sich noch keine berufene Hand an die fesselnde Arbeit gemacht. Auch die Folgezeit bot nur geringe und mittelbare Beiträge. Von dem Abschluß des ersten halben Jahrhunderts, seitdem das gegenwärtige lutherische Kirchengesetz erlassen wurde, konnte erwartet werden, daß derselbe in der Schwesterkirche den Anlaß geben würde, der „vorigen Zeiten“ auf diesem für den Bestand der Kirche so wichtigen Gebiete zu gedenken. Der Tag verstrich völlig unbeachtet. Es ist mir kein Blättchen zu Gesicht gekommen, in welchem ein Rückblick geschehen und der Gewinn oder Verlust, der dem Verfassungsleben der Kirche im Zusammenhang ihrer Geschichte

aus der fünfzigjährigen Wirksamkeit dieses Gesetzes erwachsen, gezogen worden wäre. Bis zur Stunde ist noch keine eingehende Beurteilung des wichtigen Gesetzes erschienen. Für seine Darstellung sind wir noch immer auf das Gutachten angewiesen, mit welchem seiner Zeit Staatssekretär Bludow den Entwurf bei dem Reichsrat beleuchtete und auf die Mitteilungen, welche unmittelbar nach dem Erlasse Busch in den „Dorpatischen Evangelischen Blättern“ gab und denen die „Evangelische Kirchenzeitung“ (1834, S. 39 ff.) weitere Verbreitung verlieh.

Unter den Gründen für solch' auffälliges Schweigen macht sich sicherlich auch geltend die geringe Wertung, welche bis in die jüngste Zeit kirchenrechtliche Fragen in weiten Kreisen zumal der deutschen evangelischen Kirche gefunden. Eine Wendung und damit eine andere und viel höhere, gerechtere Schätzung hat sich Bahn gebrochen. Der Schaden, den die evangelische Kirche durch die gäng und gäbe Gleichgültigkeit und infolge davon Unerfahrenheit auf diesem Gebiete in den verhängnisvollen Tagen des „Kulturkampfes“ erlitten, ist zu empfindlich, tiefgehend und auch demütigend gewesen, als daß nicht an eine gründliche Heilung Hand angelegt werden mußte.

Die Wurzeln dieses so befremdlichen Verhaltens reichen bis an die Schwelle der Reformation. Aus der abseits gelegenen Provinzialkirche bieten die folgenden Blätter die fesselnden Belege, daß die in die Ferne gezogene Tochter auch auf diesem Punkte die Züge der Ähnlichkeit mit der Mutter im Heimgebiete der Reformation bewahrt hat. Über dem Jubel des Siegesbewußtseins, aus Gnaden allein

durch den Glauben an Christum Jesum frei und selig geworden zu sein — der evangelischen Kirche und deutschen Reformation kostbarstes Kleinod und hochgehaltenes Banner — wurde nur allzu frühe gering geachtet und zurückgestellt die unabweisbare Sorge, der auf solch' heiliger Grundlage des Wortes Gottes reformirten Kirche den rechtlichen Bestand und selbständigen Ausbau in der Verfassung zu erkämpfen und zu bewahren. Über der Freude an dem gewonnenen und durch keine irdische Gewalt entreibbaren himmlischen Erbe ward die lutherische Kirche an den meisten Orten und auch hierzulande säumig, das entsprechende irdische Gefäß zeitig herzurichten, welches das wertvolle, anvertraute Gut während des uns gewiesenen Wandels über die Erde hin zu tragen bestimmt ist. Die unsichtbare Kirche verflüchtigt sich und entschwindet, wenn ihr nicht eine sichtbare, ihrem Wesen angemessene Stätte des Wohnens eingeräumt wird. Das ist aber Sache der Kirche. Der weltlichen Obrigkeit die Fürsorge, dieser gebotenen Pflicht nachzukommen, ausschließlich oder auch nur in erster Linie zu überlassen, diese Saumseligkeit und dann auch nicht zu rechtfertigende Versäumnis kommt allzeit der Kirche teuer zu stehen; ihre Geschichte deckt die erlittenen Wundmale auf.

In der Verfassung jeglichen Gemeinwesens tritt sein inneres Leben zutage; die in ihr gewonnene, festumrissene Gestalt wirkt dann auf das Leben machtvoll zurück, dem sie selbst ihr Dasein dankt. Den kundigen Beobachter fesselt in hohem Grade der Verlauf dieser Wechselströmung; thätig und leidend, beeinflusst und alsbald sich wendend zur

Beeinflussung. Auch in dem Gemeinwesen einer Kirche. Was sie in einer gegebenen Zeit in der Tiefe urkräftig bewegt, wird seine endgültige Ausgestaltung in der Verfassung finden. Hat dieses Leben hier festes Gepräge erhalten, dann wird dasselbe nach der Stärke der Ausprägung für eine kürzere oder längere Zeit der in der Kirche auf- und niederflutenden Geistesströmung ebenbildliche Züge eindrücken, bis nach einer bestimmten Weile aus geheimnisvoller Tiefe wunderbar eine neue, urmächtige Gegenkraft sich erhebt und die ihrem Wesen nicht entsprechende, altgewordene Fessel sprengt. Dieser ununterbrochene Kampf mit den weitragenden Folgen des jeweiligen Sieges gewährt dem Studium der Verfassungsgeschichte den hohen Reiz und Wert; legt aber auch zugleich dem einzelnen, dem seine Kirche lieb ist, die ernste Pflicht auf, den Wert zu schätzen und aus dieser wohlermögenden Schätzung die Weihe zu empfangen, auch an diesem entscheidungsvollen Gebiete nach dem Maße der verliehenen Kraft der Kirche zu dienen.

Diese Überzeugung drängte je länger je mehr dazu, die Notizen, welche während einer fast dreißigjährigen Amtswirksamkeit in der unmittelbaren Nähe der Schwesterkirche und ihres Verfassungslebens für den Privatgebrauch auf oft mühsamen und entlegenen Studiengängen gesammelt wurden, nicht im Eigenbesitz zu bewahren, sondern als bescheidenes Material darzubieten, damit eine berufene Kraft der Schwesterkirche — hoffentlich in nicht allzu weiter Ferne — diese willig gebotenen Bausteine zu einer Geschichte dieser Landeskirche verwenden könne.

Die gesammelten Notizen werden auch diesmal wieder *) in der Form eines „Pastorenbuches“ dargereicht, den Genossen des „köstlichen Amtes“ vielleicht Anregung und Förderung im stark beanspruchten Berufsleben zu bieten. Möchte die Gabe zumal bei den evangelisch-lutherischen Geistlichen Rußlands nachsichtige Aufnahme finden als ein Beitrag, die Liebe und Treue in dem schweren Vorpostendienst auch in trüber, peinvoller Zeit zu stärken und zu stählen. Niemand ist sich sowohl des Reizes, als auch der Schwierigkeit, auf noch kaum betretene Pfade der Forschung zu geraten und Neuland in Anbruch zu nehmen, so bewußt wie der, welcher solche Wege aus Erfahrung kennt. Irrtümer sind fast unvermeidlich; aber um ihretwillen von der Inangriffnahme zurückzuschrecken, wäre thöricht; denn ihre nachsichtige Widerlegung kann nur zur Förderung der Bearbeitung des wichtigen und fruchtbaren Gebietes beitragen. Glückliche Funde und rechtzeitige Erwerbe haben Licht auf Strecken fallen lassen, die ohne dem für immer in undurchdringlichem Dunkel geblieben wären, namentlich was die Verfassungsgeschichte dieses Jahrhunderts betrifft. Was anderwärts wohl gehütet seinen sicheren Ruheort in Archiven frühzeitig gefunden, kann hierzulande manchmal noch günstiger Zufall und eifriges Nachgehen im Privatbesitz aufspüren und vielleicht auch, ehe es zu spät ist, retten. Solch' holde Gunst war auch diesmal wieder für manch' sauren Gang süßer Lohn und auch Ersatz für lange, vergebliche Wege.

*) Vgl. die Gründe dafür in der Vorrede meines Johannes a Lasco (Gotha. Perthes, 1881) S. XII.

Alter Brauch ist es in deutschen Landen, einer Hochschule den tiefgefühlten Dank für die verliehene Doktorwürde auch in Darreichung einer wissenschaftlichen Arbeit zu erstatten. Der schönen Sitte getreu, war es mir ein Anliegen, die bescheidene Gabe dem Heimgebiete der Kirche zu entnehmen, die ihren Namen von dem deutschen Reformator führt, bei dessen vierhundertjährigen Geburtstagsfeier diese ehrenvolle Würde verliehen wurde. Es lag nahe und nach der Weisung des Apostels (1 Kor. 12, 26) auch am Herzen, dem Leben einer treuen Tochter dieser Kirche die Darstellung zu entnehmen, auf deren Ergehen augenblicklich die gespannte Aufmerksamkeit und innige Teilnahme der gesamten evangelischen Kirche gerichtet ist.

St. Petersburg, 1./13. März 1887.

Inhalt.

I.

Verfassung der lutherischen Gemeinden in Rußland in der Zeit vor Peter dem Großen.

Die ersten Anfänge evangelischer Gemeindebildung unter Iwan dem Schrecklichen 3; unter seinen Nachfolgern 9; unter den Romanows 11. — Das 1649 erlassene allgemeine Landrecht (Sobornoje Uloshenie) 14. — Kirchenordnung der ältesten lutherischen Gemeinden in Moskau 16. — Die Kirchenordnung des Leibarztes Dr. Blumentrost vom Jahre 1678 20. — Mißhelligkeiten zwischen den lutherischen Gemeinden 26. — Einsetzung eines Superintendenten für sämtliche lutherische Kirchen in Rußland 1711 29. — Gottesdienstordnung des Superintendenten Bagetius 33. — Ende dieser ersten Superintendentur 39.

Seite

II.

Verfassung der lutherischen Kirche in Rußland während des achtzehnten Jahrhunderts.

Das dominium maris baltici 43. — Besitzergreifung und Besiedelung der Ostseeprovinzen durch den Hansabund und die Ritter des Schwertordens 44. — Verhängnisvolles Ausbleiben des Bauernstandes 46. — Die Ostseeprovinzen bei der russischen Besitzergreifung ein vollständig protestantisches Gebiet 48.

1. Die Anfänge evangelischer Kirchenverfassung in Liv- und Estland zur Zeit der Selbstständigkeit dieser Provinzen . 50

Fehde zwischen der Kirche und dem Orden 50. — Der Herrmeister Walter v. Plettenberg 51. — Anbruch und

Siegeszug der Reformation durch das Land 53. — Die Reformation in Riga 53. — Briefmanns „Kurze Ordnung des Kirchendienstes“ vom Jahre 1530 56. — Die Reformation in Reval 60. — Die Gottesdienstordnung des Superintendenten Lange vom Jahre 1524 62. — Der Einfluß des Magistrats auf das Kirchenwesen 66. — Anfänge eines Konsistoriums in Riga 69.

2. Unter polnischer Herrschaft in der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts 74

Polens Besitzergreifung von Livland 74. — Das privilegium Sigismundi Augusti vom Jahre 1561 76. — Die von den Jesuiten versuchte Vergewaltigung der evangelischen Kirche Livlands 79. — Der Rigaer Kalenderstreit 80. — Die 63 Artikel der Rigaer Bürgerschaft 81. — Der Landtag zu Wenden 1598 und sein Versuch der Wahl eines Landesuperintendenten 83. — Livland geht für Polen wegen der jesuitischen Ränke verloren 85.

3. Unter schwedischem Regimente während des siebzehnten Jahrhunderts 87

Gustav Adolfs Besitzergreifung der Ostseeprovinzen 87. — Die Reformation in Schweden 88. — Estland unter schwedischer Herrschaft seit 1561 92. — Das Rigaer Stadtkonsistorium 95. — Der erste Superintendent von Livland 1622 96. — Gründung von Predigersynoden 1625 99. — Stiftung der Hochschule Dorpat 1632 100. — Die Errichtung des livländischen Oberkonsistoriums 1633 100. — Einsetzung von sechs Unterkonsistorien in Riga, Dorpat, Pernau, Narwa, Rokenhusen, Wenden 1636 104.

Die kirchliche Stellung Gustav Adolfs und seiner nächsten Nachfolger 104. — Karl XI. 106. — Die Errichtung des Oberkirchenvorsteheramtes in Livland 1668 107. — Das erste Religionsplakat vom Jahre 1667 110. — Das zweite Religionsplakat vom Jahre 1675 112.

Die schwedische Kirchenordnung von 1686 113. — Ihre Einführung in den Ostseeprovinzen 1693 117. — Das Konkordienbuch als Bekenntnis der Kirche in dieser Ordnung 119. — Unduldsamkeit wider die Andersgläubigen 123. — Aufhebung des Patronatrechtes und Umwandlung des Oberkonsistoriums in eine rein geistliche Behörde 123. — Obliegenheiten der Prediger 125. — Die Visitationen und Predigersynoden 127. — Der Wert dieses schwedischen Kirchengesetzes für Livland und Estland 128. — Schweden blüht den Besitz der Ostseeprovinzen ein 130.

4. **Unter russischer Herrschaft im achtzehnten Jahrhundert** Seite 133

Die Kapitulationspunkte von 1710 inbetreff der kirchlichen Selbständigkeit 133. — Die durch den Wechsel im staatlichen Regiment und die Zeitlage entstehenden Schwierigkeiten für den Fortbestand der übernommenen kirchenrechtlichen Verhältnisse 134. — Anfänge einer Neugestaltung durch die Anerkennung der Reformirten und das Einbringen der Brübergemeinde 140. — Das lutherische Kirchenwesen der Ostseeprovinzen in jenen Tagen 142. — Das livländische Oberkonsistorium 143. — Das Rigaer Stadtkonsistorium 144. — Die städtischen Konsistorien zu Dorpat und Pernau 146. — Das estländische Konsistorium 148. — Das Revaler Stadtkonsistorium 150. — Das Arensburger Konsistorium 152. — Das Narwaer Konsistorium 153.

Das Justizkollegium der liv-, est- und ingermannländischen Sachen in Petersburg 155.

Die durch kaiserliche Manifeste geförderten Einwanderungen von Ausländern 171. — Verfassungsverhältnisse der lutherischen Kirche in Moskau während des achtzehnten Jahrhunderts 174; in Petersburg 176; im Innern des Reiches 183.

5. **Kurland** 186

Kurland wird ein erbliches Herzogtum unter Gottfried Kettler 186. — Die Reformation daselbst 187. — Die erste kirchliche Visitation des Ländchens 187. — Das kurländische Kirchengesetz von 1570 189.

Die kirchenregimentlichen Sonderverhältnisse im Kreise Pilten 200. — Die „geistliche Jurisdiction“ 202. — Die piltenische Kirchenordnung von 1625 204; umgearbeitet und endgültig zum Gesetz erhoben 1756 205.

Rückblick auf die kirchlichen Zustände der Ostseeprovinzen während des achtzehnten Jahrhunderts 209.

III.

Verfassung der lutherischen Kirche in Rußland während des neunzehnten Jahrhunderts.

Einleitung 217.

1. **Der rationalistische Versuch** 218

Die Zeit der Aufklärung und ihre Gesetzesmacherei 218. — Die ersten Versuche einer zeitgemäßen Umgestaltung der lutherischen Kirchenverfassung 219. — Anklage des Grafen Buxhöwden wider die Neuerer 220. — Kaiserliche Verordnung in Anlaß dieser Anklage 220. — Generalsuperintendent

Sonntag und Prokureur Sahlfeld 221. — Der Entwurf der „Allgemeinen liturgischen Verordnung“ von 1805 223. — Weitere umgestaltende Versuche 228. — Gründung einer Petersburger Generalsuperintendentur 230. — Der Rheinhottische Kirchenordnungsentwurf 230. — Die Instruktion des Petersburger Generalsuperintendenten 232. — Neue Gesangbücher, neue Katechismen 233. — Der Entwurf einer Kirchenverfassung auf rationalistischer Grundlage 235. — Seine Beurteilung vonseiten der lutherischen Geistlichkeit in den Ostseeprovinzen 244. — Der Entwurf erweist sich als eine Totgeburt 249.

2. Die Vorarbeiten zum Gesetz für die lutherische Kirche . . 250

Wetterzeichen einer anbrechenden neuen Zeit 250. — Die Oberverwaltung der geistlichen Angelegenheiten fremder Konfessionen 253. — Fürst Alexander Galizin 253. — Das Ministerium des Kultus und der Volksaufklärung 255. — Das Reformationsfest in Petersburg 1817 und die Union 256. — Anlaß zur Berufung eines Bischofs für die evangelische Kirche Rußlands und Gründung eines evangelischen Reichs-Generalkonsistoriums 1819 259. — Bischof Egnäus 264. — Graf (später Fürst) Karl Lieven 266. — Lievens Organisationsentwurf 268. — Die „zeitweilige Kommission zur Prüfung des Entwurfes“ 1820 274. — Die aus den Ostseeprovinzen und Littauen einlaufenden Bedenken 277.

Gründung eines Konsistoriums in Saratow 280. — Superintendent Fehler 282. — Plan für ein Konsistorium in Odessa 286. — Instruktion für die evangelischen Konsistorien in Saratow und Odessa 288.

Der Organisationsentwurf des Bischofs Egnäus 1821 289. — Die Vorberatungen in Dorpat 290. — „Allgemeine Verordnung über das evangelische Kirchenwesen“ 294. — Die in den Ostseeprovinzen darüber erhobenen Bedenken 301.

Tod des Kaisers Alexander I. 303. — Stillstand der Kirchenverfassungsfrage 304

3. Das Kirchengesetz der evangelisch-lutherischen Kirche Rußlands 306

Übelstände infolge der unterbrochenen Arbeiten in der Kirchenverfassung 306. — Staatssekretär Bludow 307. — Das Comité zur Entwerfung eines Vorschlages für eine allgemeine Ordnung der protestantisch-evangelischen Kirche in Rußland 309. — Die Ausarbeitung 311.

Das Gesetz für die evangelisch-lutherische Kirche in Rußland und seine Beurteilung 315.

Schlußwort 334.

I.

Verfassung der Lutherischen Gemeinden

in Rußland

in der Zeit vor Peter dem Großen.

Nur eine nun auch schon fast verklungene Legende, die von einer Begegnung des deutschen Reformators mit Nikolai dem Wunderthäter zu berichten weiß, geht heute noch in der Gegend von Nowgorod um *). Längs den Ufern des Wolchow zog sich die Handelsstraße der einst so berühmten Hanfa hin; dort in der alten Stadt stand ein paar Jahrhunderte hindurch wie ein mächtiger deutscher Keil ins Ostland hineingetrieben der Kaufhof der kühnen Handelsherrn. Wohl war schon zur Zeit Luthers diese so lange wohlgehütete und mit starken Schutzbriefen festgeschlossene Burg der Hanfa gefallen; aber damit hatte doch nicht augenblicklich jede Berührung und jeder Handelsverkehr der beiden Völker an der altgewohnten Marktsstätte aufgehört. So mancher auffällige und doch auch nicht unwahrscheinliche Zug, zumal in dem Beiwerk der fast schallhaft lautenden Legende läßt darauf schließen, daß die Kunde von dem Auftreten des deutschen Reformators durch Mitteilung der Kaufleute ins Volk gedrungen und der Schatten der riesenhaften Gestalt bedeutsam genug gewesen, dieses Volkes Gemüt zu beschäftigen und sich mit ihr auf dem Gebiete der eigenen, religiösen Anschauungen auseinander zu setzen.

Bei dem um jene Zeit anhebenden regeren Verkehr zwischen Moskau und dem Auslande währte es nicht mehr lange, und die Berührung der Reformation mit dem russischen Reiche tritt aus dem Dämmerchein der Legende in das Tageslicht der Geschichte. An der Schwelle davon steht jene Bibel, welche der fromme König Christian III. von Dänemark mit noch zwei anderen Reformations-

*) In dem „Daheim“ (1866, S. 447) habe ich die Legende mitgeteilt.

büchlein *) durch seinen Diener Johannes Mißenheim an den Zar Iwan den Schrecklichen 1552 gesandt. Der russische Zar hatte um tüchtige Handwerker, zumal Buchdrucker, den König gebeten; das Gesuch gab den erwünschten Anlaß, „dem großmächtigsten, unüberwindlichsten, durchlauchtigsten Herrscher, seinem in Christo geliebten Freund und Bruder“, das Buch der Bücher, über dessen Vervielfältigung die Druckkunst ins Dasein getreten, zu senden. Das Begleitschreiben des Königs und evangelischen Bekenntners legt schönes Zeugnis des Freimutes und frommen Eifers für die Sache des Herrn ab. „Seit Beginn seiner Herrschaft liege ihm neben Wahrung der öffentlichen Ruhe und des Friedens nichts so sehr am Herzen, als die Ausbreitung des Ruhmes und des Wortes Jesu Christi in den Kirchen seines Gebietes zu fördern. Er hege die feste Überzeugung, daß, nachdem Christus Jesus die papistische Finsternis bereits verscheucht, er gemäß seiner unaussprechlichen Liebe gegen uns elende Sterbliche aufs neue kund und offenbar werden will, den Ungläubigen zur Verdammnis, den fromm und wahrhaft Gläubigen zur Seligkeit. Weil er nun solche Gesinnung bei ihm erstrebe, so sende er seinen Diener mit den Büchern, auf daß, wenn dieselben bei den Patriarchen, Metropolit, Bischöfen und der übrigen Geistlichkeit Beifall und Billigung finden, der mitgesandte Drucker diese Schriften, nach geschehener Übersetzung in die russische Sprache, in viel Tausend Exemplare besorge, damit in wenigen Jahren die Gemeinden und übrigen Untertanen, geliebter Bruder, welche sich des Ruhmes Christi und ihrer Seligkeit befleißigen, vornehmlich beraten und versorgt werden könnten. . . .“

*) Fechner in seiner Chronik der evangelischen Gemeinden in Moskau (Moskau 1876, I, 23) scheint die Vermutung Snegirews zu teilen, daß es die Augsburger Konfession und der kleine Katechismus von Luther in der Übersetzung des Primus Truber in den Dialekt von Krain gewesen. Wir schöpfen für diesen ersten Teil reichlich aus dieser mit mustergültiger Sorgfalt und einem staunenswerten Bienenfleiß zusammengetragenen Chronik des Mosklauer Geistlichen, der zuerst in klarer, nüchterner Forschung Licht auf die Anfänge der evangelischen Kirche in Rußland geworfen und in bescheidener Weise den überreichen Fund in der dürftigen und nur dem Forscher genießbaren Form einer Chronik geboten, statt ihn zu einer fesselnden Geschichtserzählung zu verwerten.

Dem in solcher Weise übermittelten Bibelbuche folgten bald und auch nicht in geringer Zahl Glieder der jugendlichen evangelischen Kirche, die das Wort Gottes zur alleinigen Richtschnur des Glaubens und Lebens ihrer Befenner aufgestellt. Bereits seit Beginn des Jahrhunderts hatte sich bei steigender Machtentfaltung in dem Großfürstentum Moskau der Wunsch geregt, in nähere Fühlung mit dem Westen zu treten und seine höhere Kultur dem eigenen Lande und seinen noch ungehobenen Schätzen nutzbar zu machen. Künstler, Handwerker jeglicher Art suchte man zum Teil mit goldenen Lockungen ins Land zu ziehen. Mit voller Entschiedenheit betrat Iwan der Schreckliche, der 1533 zur Regierung kam, aber erst 1547, siebzehn Jahre alt, sich krönen ließ und den Zarentitel annahm, diese Bahn. Gerade die Schwierigkeit, zum vollen Verständnis der in grellen Gegensätzen sich bewegenden Herrschergestalt zu gelangen, reizt zu ihrer Betrachtung an. Auf der einen Seite Züge so abstoßender, unheimlicher Art, daß man wohl begreifen kann, warum ihm sein erschrockenes Volk den Beinamen gegeben; dicht daneben und unvermittelt, ohne Übergänge, andere, lichtvolle Züge, als ob bereits der Schattenriß eines Peter des Großen über die düstere Gestalt hinzöge. Der Zar ist sich wohl bewußt, daß das Land der Reformen bedürfe; er ist auch auf richtiger Spur, sie ihm darzureichen. Selbst auf kirchlichem Gebiete. Das berühmt gewordene „Buch der hundert Kapitel“, der Stoglawnik aus dem Jahre 1551, dessen Nachwirkungen bis zum heutigen Tage sich verspüren lassen, enthüllt mit unwiderlegbaren Zeugnissen beides, wie dringend die Kirche jener Tage tiefgreifender Reformen bedurfte, zugleich auch, daß dieses Bedürfnis anerkannt wurde und Männer bereit waren, eine helfende Hand zur Heilung der schweren Schäden anzulegen *). Trotz aller damaligen Versuche von römischer Seite, den seit Jahrhunderten losgelösten Teil der allgemeinen Kirche wieder zur Einheit unter den Statthalter in Rom zurückzuführen, war der Gegensatz zwischen beiden getrennten Kirchen so scharf und empfindlich gespannt wie nur je zuvor. Die Erklärung, welche der Metropolit Philipp

*) Vgl. Bernhardi, Geschichte Rußlands in den Jahren 1814—1831 (Leipzig 1874), II, 319.

1472 dem Großfürsten gegeben, als dieser bei seiner Trauung mit der Prinzessin Sophie, der Nichte des letzten griechischen Kaisers, willfährig war, das Begehren des päpstlichen Legaten, der die Braut von Rom nach Moskau geleitet und einen feierlichen Einzug in der Hauptstadt verlangte, war unvergessen und hatte lauten, bleibenden Beifall im Volke gefunden: „Der römische Legat wird mit seinem Kreuze zu der einen Pforte einziehen; ich aber, euer Beichtvater, werde zu einer andern hinausziehen; denn wer einem fremden Glauben Ehre erweist, erniedriget den eigenen.“ Nun kamen unter den dringend vom Westen verlangten Künstlern und Handwerkern Männer mit dem Evangelium in der Hand und doch nicht der römischen Kirche angehörig, vielmehr gerade in jenen Tagen durch die tiefgehendste Reform von ihr losgelöst und selbstständig geworden. Diese neue Erscheinung konnte wohl die Wißbegierde des mit Reformen auf kirchlichem Gebiete beschäftigten Zaren reizen, zum Teil auch ein günstiges Vorurteil für sie erwecken.

Zwei rasch aufeinander folgende Ereignisse führten eine größere Zahl von diesen Evangelischen ins Land, solche, die freiwillig kamen und mit offenen Armen aufgenommen wurden, solche auch in großer Zahl, die das Kriegsglück in des Zaren Gewalt gebracht und nun als Gefangene im Lande zerstreut wurden. Kühne englische Seefahrer waren in jenen Jahren ausgezogen, im Nordosten einen unmittelbaren Seeweg nach China und Indien ausfindig zu machen. Zwei von den Schiffen mit ihrer Bemannung gingen an der lappländischen Küste zugrunde; dem Führer des dritten Schiffes, Richard Chancellor, glückte es, in das weiße Meer einzulaufen und am 24. August 1554 unweit der Mündung der Dwina bei dem Flecken Kenosja Anker zu werfen. Zu ihrer Überraschung erfuhren die Seeleute, daß sie auf russischem Gebiete gelandet. Sie erhielten die Erlaubnis, sich in Moskau dem Zaren vorstellen zu dürfen; sie erhielten über Erwarten in der Folge mehr noch von dem ihnen wohlgesinnten Kaiser, die erste, Ausländern gewährte feierliche Zusage, die sie zu ungehindertem Handel mit dem russischen Reiche ermächtigte. Diese bedeutame Urkunde ist an einen protestantischen Fürsten, an König Eduard VI. gerichtet; noch war die Kunde von dem vor über einem halben

Jahre stattgehabten, so frühzeitigen Tode des jugendlichen Königs zur Zeit der Ausstellung des Schriftstückes im Februar 1554 nicht nach Moskau gedrungen.

Die andere, unfreiwillige Schar protestantischer Einwanderer in Rußland kam nach dem für Livland so unglücklichen Ausgang des Krieges von 1558, durch welchen Narwa und Dorpat in die Gewalt der siegreichen Russen fielen. Das Los der Gefangenen war die Sklaverei; ein besonderer Befehl verbot den siegreichen Truppen, ihre Beute an Menschen in Livland zu veräußern, wo sich wohl aus Mitleid mit den Landsleuten und Glaubensgenossen gut zahlende Käufer gefunden haben würden. Die deutschen Gefangenen mußten alle nach Rußland abgeführt werden, um so in bequemer Weise ihre mancherlei Kunstfertigkeit dem Lande zugute kommen zu lassen. Wie groß die Ziffer der in diesen Jahren ihrer Heimat Entrißenen war, läßt sich nicht genau bestimmen *); die Unglücklichen wurden in verschiedene Städte verwiesen, nach Vladimir, Nischnij-Nowgorod, Kostroma, Uglitsch, nicht wenige auch nach Moskau. Zwei protestantische Pastoren teilten das harte Los ihrer Gemeindeglieder, Pastor Bradel und Pastor Wettermann.

Von einer kirchenrechtlichen Ordnung dieser im Innern von Rußland zerstreuten Protestanten konnte unter den damaligen Verhältnissen selbstverständlich keine Rede sein. Man duldete ihre religiöse Überzeugung, insofern man sie übersah; man ließ sie darin gewähren. Das Maß der Duldung hing in jenen Jahrzehnten nicht von feststehenden Grundsätzen ab; sie war durch die Stellung bedingt, welche der jeweilige Regent den Fremdlingen gegenüber einnahm. Wußte er ihren Nutzen für sein Land zu werten, so übertrug sich leicht das freundliche Entgegenkommen auch auf die anders gestaltete religiöse Anschauung der Ein-

*) Richter (Geschichte der deutschen Ostseeprovinzen. Riga 1858. II, 1. 60) giebt für 1564 die Anzahl der aus der Gegend von Smilten, Wenden, Wolmar und Konneburg ins Innere geführten Gefangenen auf 3000 an; im folgenden Jahre wurden alle deutschen Einwohner von Dorpat nach Rußland weggeführt.

wanderer; gewann dann wieder, oft in jähem Umschlag, die entgegengesetzte Strömung die Oberhand, daß der Regent der Fremden entraten und sich wider ihren Einfluß allein auf die Kraft des eigenen Volkes stützen zu können wähnte, so bekamen auch die Evangelischen des Landes diese Ungunst zum Teil in herber, ja selbst in roher und gewaltthätiger Weise zu fühlen.

Zu den Lichtseiten der Regierung Iwan des Schrecklichen gehört sein entschiedenes Streben, mit dem Westen in regen Verkehr zu treten und den handgreiflichen Segen seiner fortgeschrittenen Kultur dem eigenen Lande zugänglich zu machen. In der bereits erwähnten ersten Urkunde, die der Zar an die englische Compagnie ausstellte, ist des fremden Glaubensbekenntnisses keine Erwähnung gethan: immerhin ein Gewinn, insofern damit gegen denselben auch kein Zwang ausgeübt ward und die Stellungnahme der Regierung für die Folge noch eine freie blieb. Als fünfzehn Jahre später (1569) der englischen Compagnie ein neuer Schutzbrief ausgestellt ward, wurde ausdrücklich in denselben aufgenommen, daß die Compagnie im ganzen russischen Gebiete ungehindert ihr eigenes Gesetz halten und in keiner Weise irgendjemand das Recht haben solle, ihnen russisches Recht oder russischen Glauben aufzunötigen *). Den mit seinen Gemeindengenossen in die Verbannung gezogenenen Pastor Wettermann hat der Zar in seine Gunst genommen; ja mit dem 1570 in Begleitung einer Gesandtschaft des Königs von Polen nach Moskau gelangten Mitältesten der Böhmisches Brüder in Großpolen, Johannes Kolyta, hatte der Regent eine Unterredung in geistlichen Dingen. Auf zehn gestellte Fragen gab der evangelische Prediger bündige Antwort und empfing von dem Zaren selbst ein paar Tage später schriftliche Gegenantwort **). Die Predigt des Pastor Bodhorn, der sich in der Begleitung des Herzogs Magnus von Holstein in Moskau aufhielt, hörte der Zar fleißig, ebenso wie er 1583 sein Wohlgefallen über die

*) Hackluyt, Collect. of the early voyages of the English nation. London 1809. I, 429.

**) Gechner (I, 72) hält den Zar selbst für den Verfasser; vgl. bei ihm auch die ausführliche Mitteilung über die stattgehabte Unterredung und die herbe Erwiderung des Zaren, die mit einer fast unbegreiflich dünkenden Betrachtung über den evangelischen Standpunkt-aburteilt.

39 Artikel des englischen Glaubensbekenntnisses ausdrückte, das der Prediger Humphry Cole ihm überreichte. Ja, als der rastlose Jesuit Bosselin, der mit Feuereifer die evangelische Kirche in Polen, Schweden, Livland auszurotten versuchte, nun auch den Zaren dazu bringen wollte, „die giftigen lutherischen Magister, welche der Mutter Gottes und den Heiligen keine Verehrung zollen“, zu vertreiben und nur römischen Priestern Aufenthalt und den Katholiken eine Kirche zu gewähren, da ward ihm die Antwort: in unserem Reiche leben viele Andersgläubige und wir belassen sie bei ihrer Überzeugung, nur dürfen sie dieselbe unter unserem Volke nicht verbreiten. Diese kaiserliche Gunst kam den Evangelischen noch nach einer anderen Seite hin zugute. Die Engländer, ihrer schönen, frommen Weise allüberall getreu, haben wohl schon von dem Augenblicke an, als sie gleichzeitig mit ihrem Schutzbriefe (1555) wie in Jaroslaw, Wologda, Cholmogory ein Haus an der Warwarla in Moskau zum Geschenk empfangen, sich am Tage des Herrn vereint und unbehelligt auf ihrem Freihofe ihren evangelischen Gottesdienst gehalten. 1576 wurde den Deutschen die Erlaubnis erteilt, sich eine Kirche in Moskau zu bauen. Nun konnten auch sie, wie die erste Freudenbotschaft in einem Privatschreiben nach Danzig lautet, „die reine Lehre des Evangelii nach der Augsburgerischen Konfession in der Moskau üben, gebrauchen und halten *)“.

Auch unter dem Sohne und Nachfolger Iwan des Schrecklichen, Feodor Iwanowitsch, dem letzten Regenten aus dem Hause der Fürsten von Moskau, blieb die bis dahin eingehaltene Weise der Duldung den Evangelischen gegenüber in Übung: nicht irgendein Rechtsgrundsatz ordnete die Ausdehnung und Grenzen, sondern die kaiserliche Gunst, die auch der von Iwan eingesetzte Regentschaftsrat nicht änderte. Man fragte nicht weiter nach dem fremden Glauben; man konnte ruhig die Bitte der Königin Elisabeth, daß es den englischen Kaufleuten und all' ihren Dienern gestattet sein möchte, nach ihrem Glauben zu leben, mit der Behauptung erwidern, daß sich der Zar nicht um den Glauben kümmere; Leute vieler verschiedener Bekenntnisse lebten in dem Reiche, niemandem

*) Vgl. Fehner I, 90.

befehle der Kaiser von seinem Glauben abzubringen, ein jeder lebe seinem Glauben gemäß.

In erhöhtem Grade erfreuten sich dieser Gunst die Evangelischen unter Boris Godunow, dessen eifriges Bestreben darauf gerichtet war, einen regen Verkehr seines Landes mit dem Westen in jeglicher Weise zu fördern. Die Vorrechte des Handels, welche bis dahin nur den Engländern, zum Teil auch den Holländern eingeräumt waren, wurden nun auch den Hanseaten gewährt; namentlich deutsche Ärzte wurden unter günstigen Bedingungen ins Land gezogen. Das Los der libländischen Gefangenen wurde wesentlich gemildert; andere Livländer, die sich 1601 unter russischen Schutz begaben, nahm der Kaiser mit großer Zuborkommenheit auf und bewilligte ihnen bedeutende Rechte. „Bei euerm Glauben, Religion und Gottesdienst wollen wir euch lassen, so frei als ihr's in euerm Vaterlande gehabt habet.“ *) Zur Zeit des Boris Godunow kamen auch zwei Prediger aus Deutschland und erhielten in Moskau Stellung im Kirchen- und Schuldienst. Unter den zugestandenen Bedingungen, infolge deren der König von Dänemark, Christian IV., in die Verheirathung seines Bruders Johann mit der Tochter des Kaisers, der Großfürstin Xenia, willigte, lautete der 7. Artikel, daß Herzog Hans und sein Gefolge freie Religionsübung laut der Augsburger Konfession haben solle, ferner seine eigene Kirche, wenn er in Moskau oder bei Hofe, und das Recht, sich Kirchen in dem ihm zugewiesenen Fürstenthum Lwew zu erbauen.

Obgleich die Deutschen in der von Pseudmitry verlorenen Schlacht bei Dobrinitzki ihm stark widerstanden und wesentlich zu dem für ihn ungünstigen Ausgang beigetragen hatten, war dieser Emporkömmling ihnen, als er zur Herrschaft gelangt, nicht abhold; im Gegentheil, er bevorzugte sie auf eine den Russen ärgerliche Weise. Mit gleicher Entschiedenheit wie Boris Godunow, wenn auch aus anderen Beweggründen, bemühte er sich, europäische Kultur in Rußland einzubürgern. Seine Leibwache bestand zum Mißfallen der ihn umgebenden Jesuiten fast aus lauter Protestanten; zu seinen Vertrauten gehörte ein Glied der reformierten

*) Fehner I, 132.

Kirche. In jenen Tagen konnte es sogar geschehen, daß selbst im Kreml von Pastor Beer ein protestantischer Gottesdienst gehalten wurde (am 10. November 1606). Aber es waren doch in ihren Nachwirkungen auch für die Protestanten unsagbar schwere Wetter, die in diesen Jahren der Pseudodemetrie über Rußland heraufzogen und in erster Linie über Moskau niedergingen. Im Gefolge der politischen Wirren, die das Reich an den Abgrund führten, hielten ihren Einzug Verwilderung des Lebens, Blinderung des Wohlstandes, die arge Sturmflut von Hungersnot und Verwüstung durch Feuer. Am Ende der schrecklichen Zeit stehen wohl ein Minin und Poscharski als Retter ihres Vaterlandes; aber Moskau lag in Trümmern und auch die Protestanten hatten die Zerstörung ihres hoffnungsvoll aufblühenden Kirchenwesens zu beklagen.

Die Romanows bestiegen nun den Thron. Der Sohn des Metropolitens Philaret, Michael Fjedorowitsch Romanow, war 1613 einstimmig zum Zaren erwählt worden. Zunächst war der Wechsel der Entwicklung der evangelischen Kirche nicht günstig. Die Bewältigung der heillosen Wirren galt als ein Sieg des Russentums wider die Eindringlinge und alle durch sie auf gekommenen, dem Volke fremd und mißliebig gebliebenen Neuerungen; das Heil des Landes erschien den Siegern bedingt durch die erfolgreiche Abwehr dieses fremden Einflusses, dieser europäischen Kultur. Die Kirche bot diesen Bestrebungen eine mächtige Stütze; der Patriarch übte einen durchgreifenden, nachhaltigen Einfluß auf die Regierung aus.

Wiederholt und in schmerzlicher Weise belamen die Evangelischen es zu fühlen, daß sie denn doch nur die Geduldeten und rechtlos den Machtsprüchen der Gewalthabenden preisgegeben seien. Es war bis dahin noch nicht vorgekommen, was die glaubenstreue Anna Barnsley, der reformierten Gemeinde angehörig, zu erleiden hatte. Mit 15 Jahren an einen Franzosen verheiratet, war dieser ein Jahr später zur russischen Kirche übergetreten. Der Patriarch versuchte zunächst mit guten Worten und stattlichen Verheißungen auch die Frau für den Übertritt zu gewinnen; sie aber blieb standhaft. Auch Drohworte fruchteten nichts; fußfällig bat die Bekennerin, man solle ihr lieber das Leben nehmen als ihre Religion; sie wolle dabei leben und

sterben. Alles umsonst: sie wurde mit Gewalt getauft. „Bei der Taufe“, so erzählt Olearius *), „hat sie sich sehr widerspenstig angesetzt. Denn, da sie an den Bach gebracht und die Kleider ihr mit Gewalt ausgezogen wurden, sollte sie auf Geheiß der Nonnen, welche sie taufen mußten, auf ihre Religion nach Gebrauch speien; sie aber hat der einen Nonne, die solches befohlen, ins Angesicht gespieen. Und als sie ins Wasser getaucht wurde und eine andere Nonne sie mit sich herunter riß, da sagte sie: den Leib könnt ihr zwar eintauchen, aber die Seele wird davon nichts empfinden.“ Nach dem Tode ihres Mannes hoffte die junge Witwe ihres Glaubens leben zu können. Aber es bekam ihr nicht wohl. Ihre Söhne wurden ihr weggenommen, sie selbst aber mit ihrem kleinen Töchterchen in ein Kloster gesteckt und von all' ihren Verwandten ferngehalten. Unter den alten Nonnen fing sie an für ihren Glauben zu werben. Fünf Jahre schmachtete sie im Kloster; erst nach dem Tode Philarets gelang es nach vielen Bemühungen den Ihrigen, sie wenigstens aus der klösterlichen Haft zu erlösen; aber bis an ihr Ende blieb es ihr strenge untersagt, die evangelische Kirche zu besuchen.

Auch die Gemeinden selbst blieben von Gewaltmaßregeln nicht verschont. Vier Jahre nach dieser erzwungenen Umtaufe (1632) genügte ein anstößiger Vorfall, daß sich ein paar Frauen in der lutherischen Kirche über die Rangordnung ihrer Sitzplätze nicht einigen konnten und der vorüberreitende Patriarch zufälliger Zeuge des Streites war, den unerbittlichen Befehl zum alsbaldigen Abbruch der Kirche zu erteilen. Zwölf Jahre später genügte eine

*) Olearius, Beschreibung der neuen orientalischen Reise. Schleswig 1647. S. 190. Der recht derbe Beisatz bei der Trauung dieses Franzosen 1627 von Pastor Dße in das Kirchenbuch („dieser leichtfertige Mammeluck ließ sich 1628 auf Reußisch taufen, zwang auch sein armes, unschuldiges Weib wider ihren Willen dazu mit mörderlichen Waffen, daß sie sich mit ihm auf den reußischen Glauben taufen lassen“) bestätigt den Bericht des zuverlässigen holsteinischen Gesandten in seinem Reisebericht. Erst unter Peter dem Großen und nach geschehener Anfrage an das Patriarchat in Konstantinopel wurde (am 7. Februar 1719) der Befehl erlassen, bei über-tretenden Lutheranern und Reformirten die Taufe nicht zu wiederholen, sondern sich an der Anwendung des Salböls genügen zu lassen (Allgemeine Gesetzesammlung V, 3300).

Beschwerdeschrift von ein paar Pfarrgeistlichen, den Evangelischen ihre Bethäuser in den Stadtteilen Belgorod und Semljanoigorod zu nehmen und niederzureißen. Die Reformierten bückten bei diesem Anlaß eine hölzerne Bethapelle und eine im Bau begriffene feine, steinerne Kirche, die fast bis zum Dache fertig gestellt war, in Belgorod ein: man sieht, sie waren der wohlhabendere Teil der Protestanten, denen es bereits möglich geworden, sich fester auch in ihrem Kirchwesen anzusiedeln. Die Lutheraner verloren eine hölzerne Bethapelle in dem gleichen Stadtteile und eine zweite im Semljanoigorod. Zugleich wurde den „Fremdgläubigen“ streng untersagt, im engeren Weichbild der Stadt zu wohnen. Draußen vor den weißen Mauern wurde ihnen die Wohnstätte angewiesen. So herb und unhold auch diese gewalthätige Maßregel ist, müssen wir uns doch hüten, sie völlig mit dem Nichtsheit unsrer gegenwärtigen günstigeren Verhältnisse und Rechtsbegriffe abzumessen. Es wäre ungerechtes Gericht. Ein damaliges Haus und selbst eine Kapelle war leicht abzubauen und die gleichen Ballenlagen an einer andern Stelle neu aufzuführen. In ähnlicher Weise harsch und barsch verfuhr man auch im Westen mit den Andersgläubigen selbst innerhalb derselben Mutterkirche, daß man vielleicht die Anhänger im Stadtgebiet duldete, aber nicht ihr Bethaus. Nun hatten die Andersgläubigen jenseits der weißen Umfassungsmauern des „heiligen Mütterchen Moskaus“ ihr Ghetto, aber darin störte man sie fernerhin nicht mehr auf. Diese „deutsche Vorstadt“ wandelte sich rasch in ein schmutzes Fleckchen heimischer Erde mitten im fremden Lande; dicht vor der Pforte Moskaus lag nun ein sauberer Ort mit europäischer Kultur, der rasch aufblühte wie eine fremdartige, schöne Blume am Fenster. Peter der Große ist oft als Jüngling hinausgegangen, diese Blume zu betrachten: sie mag wohl die erste Lockung wahgerufen haben, die Länder kennen zu lernen, darinnen sie heimisch ist.

Nicht ungern würden vielleicht diese Dränger den Evangelischen überhaupt das Recht eigenen Gottesdienstes abgesprochen und sie damit des Landes verwiesen haben, um unbehellig von ihnen bei sich allein zuhause zu sein. Aber der nun schon hundertjährige Verkehr mit den Ausländern, der greifbare, weitverzweigte Segen, den sie in mancherlei Hantierung und Kunstfertigkeit dem Reiche

gebracht, hatte denn doch bereits zu tiefe Wurzeln geschlagen, als daß fernerhin noch eine Abschließung Rußlands gegen die Fremden möglich gewesen wäre. Ja im Gegentheil erheischt gerade jetzt die Lage des Landes die Heranziehung recht vieler Ausländer. Die drohenden Kämpfe mit Polen und Schweden forderten die Ausbildung und Führung einer in der modernen Kriegskunst geschulten Truppe; es galt, eine große Zahl tüchtiger, fremder Offiziere für diesen Dienst zu gewinnen. Zumeist aus Schottland, Holland und Deutschland ließen sich nicht wenige finden und willig finden; darunter die meisten, die ihrem evangelischen Bekenntnis Treue bewahrten und nun auch Berücksichtigung desselben beanspruchten. Dazu kam eine tiefgehende Bewegung, welche um jene Zeit die russische Kirche selbst ergriff und alle Kräfte in Spannung erhielt. Diese starke Strömung barg Elemente, welche zwar die Geringsachtung der Keger in bedenklicher Weise steigerte, zugleich aber auch im Kampf mit dem drohenden Gegenpart in der eigenen Mitte hinderte, dieser geschärften Geringsachtung stetig den gefährlichen Ausdruck zu verleihen, zu dem sie wohl die Macht besaßen und den sie unter anderen Verhältnissen gewiß auch verwirklicht haben würde. Der unter dem Patriarchen Joseph wider alle Neuerungen besonders stark angefaßte Eifer fand in den wider seinen Nachfolger Nikon erregten heftigen Kämpfen einen günstigen Abzug und ein genügendes Streitgebiet, daß doch nur in vereinzelten, unholden Ausfällen die Evangelischen die geschürte Mißachtung zu fühlen belamen.

Eine irgendwelche gesetzliche Regelung der Stellung der evangelischen Kirche zum Staate ward je länger je mehr auf beiden Seiten als unabweisbares Bedürfnis empfunden. Dazu drängte die wachsende Zahl der Protestanten, die auf die Dauer nicht mehr übersehen werden konnten, dazu drängte die schärfere Spannung wider sie in der herrschenden Kirche, welche sie nicht mehr unbeachtet auf der Seite liegen lassen wollte. Das im Jahre 1648 beschlossene, am 29. Januar 1649 erlassene allgemeine Landrecht (Sobornoje Ulozhenie), auf dessen Entwurf die Geistlichkeit einen starken Einfluß ausgeübt, enthält einzelne Bestimmungen, welche die evangelische Kirche berühren. So ist das

Gebot, daß ein Protestant kein Besitztum außer in der deutschen Slabode*) haben dürfe, aufgenommen, ferner, daß er keine der russischen Kirche angehörigen Dienstleute halten dürfe, „damit den Christenseelen keine Verunreinigung widerfahre und sie nicht ohne Beichte dahinsterven möchten“. Leibeigene, im Besitz von Protestanten, die sich der russischen Kirche anschließen wollen, müssen gegen Bezahlung von fünfzehn Rubel freigelassen werden, etwaigen Kaufbriefen, als ob sie für einen höheren Preis erworben worden wären, ist kein Glaube zu schenken. Die Lasterung der Jungfrau Maria oder des Kreuzes oder der Heiligen („der heiligen Lieblinge Gottes“) wird aufs schärfste untersagt und der solcher Lasterung Überführte verbrannt. Die Eidleistung der Protestanten geschieht in den Behörden gemäß ihres Glaubens.

Es war dies nur erst der leise Anfang einer Regelung, teilweise in einer Form, die vielleicht unseren damaligen Glaubensgenossen nicht so verlegend dünkte, als einem gegenwärtigen, feinfühligereu Geschlechte, das den Stachel spürt, nicht als vollgültige Christen angesehen, sondern mit Heiden und Mohammedanern an mehr wie einer Stelle auf gleiche Stufe gerückt zu werden. Im großen und ganzen blieb die bisherige Unbestimmtheit und auch Willkür. Ursprünglich standen die Ausländer in Gerichtssachen unter der sogen. Gesandtschaftslanzlei; dem Gesandten der Königin Elisabeth, Fletcher, gelang es, seine Landsleute unter die Gerichtsbarkeit der Reichsschatzkammer zu stellen. Es scheint nicht für lange; denn 1613 sind wieder alle Ausländer der Gesandtschaftslanzlei unterstellt, bei welcher eine besondere Abteilung für Ausländer bestanden zu haben scheint, „welche von ihnen allen Kenntnis hat**)“. Feste Ordnungen sind in jener Zeit im ganzen

*) Ein besonderer Erlaß des Zaren ordnete im Jahre 1652 die Anlage dieser „neuen Ausländer-Vorstadt“ an, draußen vor der Pokrowski Pforte, längs dem Jausabache, wo auch in früheren Zeiten die Deutschen angesiedelt waren. Nach verschiedenen Rangstufen erhielten die Offiziere, die Ärzte, die Apotheker, die Handwerker verschieden große Bauplätze. Olearius giebt die Gründe dieser Anordnung an, die den Ausländern nach ihren Äußerungen „so wehe gethan, als dem Krebs, den man zur Strafe im Wasser ersäufen wollte.“

**) Bgl. Fehner I, 183.

Staatswesen noch nicht nachweisbar; die Behörden und der Umfang ihrer Arbeitsgebiete und Vollmachten sind häufigem Wechsel unterworfen. So dürfte es schwer oder unmöglich sein, ein entsprechendes und erschöpfendes Bild der Stellung der evangelischen Kirche und der Protestanten zum Staate in jenen anderthalb Jahrhunderten zu geben.

Die innere Ordnung und Verwaltung ihres Kirchenwesens war den Protestanten selbst überlassen. Auch in außerordentlichen Fällen, wo sie sich nicht zu beraten wußten und keine Entscheidung treffen zu können glaubten, wurden sie dennoch auf ihre eigene Beurteilung verwiesen. Im Jahre 1672 überwies die lutherische Gemeinde den Fall der Bigamie eines Dänen an den Patriarchen; der aber sandte die Sache zurück als nicht seinem Urteil unterliegend. Aus dem Jahre 1618 ist der Fall bekannt, daß der Prediger die Ehe eines Gemeindegliedes, welches des Ehebruches überführt war, schied. Der flüchtige Eintrag ins Kirchenbuch läßt leider nicht erkennen, ob das Urteil mit Beratung und Zustimmung des Kirchenrats oder nur einseitig durch den Prediger gefällt war; zwei Jahre später hat der Nachfolger den Geschiedenen wieder getraut. Streitigkeiten zwischen Geistlichen und Gemeindegliedern kamen zum Austrag vor die weltliche Behörde, endgültig bis zum Zaren. Belehrend ist in dieser Beziehung der ärgerliche und peinliche Fall zwischen den beiden sich befehdenen Pastoren der 1626 neu entstandenen, zweiten lutherischen Gemeinde*), Boderott und Gregorii, und dem Vorsitzenden des Kirchenrats, General Baumann, im Jahre 1668. Die Klagsache kam in der „Gesandtschaftskanzlei“ zur Verhandlung**); das Urteil erfolgte auf Befehl des Zaren und Beschluß der Bojaren. Es wirft ein fesselndes Schlaglicht auf die damaligen Verhältnisse. Pastor Boderott wird als der rechtmäßige Prediger der Gemeinde aner-

*) Sie hatte um der Mehrzahl ihrer Gemeindeglieder willen in der ersten Zeit den Namen „Deutsche Evangelische Offizierskirche“, auch „Sachsenkirche“; es ist die gegenwärtige „Peter-Paul Kirche“.

**) Ausführlich berichtet über den Fall nach der noch erhaltenen Alte Fehner unter dem angegebenen Jahre.

kannt, Magister Gregorii als solcher weggewiesen, wogegen es dem General unbenommen bleibt, ihn, den er allein nach Rußland berufen, nun auch bei sich auf eigene Kosten zu halten. Dagegen wurde dem General bewilligt, die auf dem Gemeindeplatz hauptsächlich durch die von ihm ausgelegte Bausumme ausgeführte Kirche abzutragen und wegzuführen. Baumann war nicht säumig, dieses Recht in Ausführung zu bringen. Er ließ die Kirche abbrechen und dann in seinem Garten wieder aufbauen. Seine „Tulpenblume“ nannte er fortan diese Kirche; denn sie kam ihm so teuer zu stehen, wie in jenen Tagen ein schier unfassbarer Börsenschwindel den Preis dieser Blume in die Höhe geschraubt. Bis zum Tode Boderotts 1688 bestanden auf diese Weise drei lutherische Gemeinden in Moskau; als mit seinem Hingang ein Stein des Anstoßes weggeräumt war, haben sich die beiden getrennten Teile wieder vereint.

Die vereinsamte kirchliche Stellung im fremden Lande, die gewährte Freiheit der Selbstverwaltung, zum Teil vielleicht auch der Wunsch und das Bedürfnis, sich vor gewaltsamen Einsprachen und Übergriffen hervorragender Gemeindeglieder zu schützen, und im Anschluß an ein größeres, geordnetes Kirchenwesen in der alten Heimat festeren Halt zu gewinnen, drängten die Lutheraner dazu, mit der Mutterkirche daheim in Fühlung zu bleiben und ihre Satzungen und Ordnungen auch als für die Fremde gültig zu betrachten. Die Reformirten in Rußland waren nach dieser Seite hin günstiger gestellt. Zumeist der englischen oder holländischen Kirche angehörig, waren sie mit der Mutterkirche in festem Bestande geblieben, Töchter von ihr, die dem wohlgeordneten Organismus eingefügt und nur räumlich von ihr getrennt waren. Es war für die Kirche beider Länder, die in jenen Jahren an verschiedenen Punkten der Erde bereits starken Kolonialbesitz erworben, keine ungewohnte Sorge für die in weite Ferne gezogenen Glaubensgenossen, die in kirchlichen Ordnungen gerne den Zusammenschluß mit der Heimat wahrten und durch treue Einfügung in dieselbe in Notfällen nun auch eines Schutzes gewärtig sein konnten.

Um wieviel mißlicher war die Lage der deutschen Lutheraner

in Rußland nach dieser Seite hin *)! Das Bedürfnis eines solchen Anschlusses so rege, aber seine Befriedigung so fraglich. Das Vaterland litt unsagbar unter den Schlägen des Dreißigjährigen Krieges und seinen jahrzehntelang nachwirkenden Folgen. In viele Länder und Ländchen zerstückt, unter ebenso viele Herren und Gebieter geteilt, drohte das Reich auseinander zu fallen; in den kümmerlichen und engherzigen Verhältnissen, unter welchen Staat und Kirche seufzten, kein freier, weltweiter Blick, der sich auch um die ausgewanderten Söhne gesorgt hätte. An wen hätten sich die Lutheraner anschließen sollen? An das glaubensverwandte Schweden, dessen König mit seinem Heldenblut den deutschen Boden getränkt? Unmöglich; denn Rußland rang fast ununterbrochen mit diesem Lande um den Besitz der Ostseeprovinzen und eine Annäherung wenn auch nur in kirchlicher Beziehung wäre, selbst wenn ausführbar, mehr wie bedenklich gewesen. An Brandenburg? Da hatte freilich um die Mitte des Jahrhunderts der Kurfürst den Thron bestiegen, welcher zuerst in mächtigem Hochflug sich anschickte, sein noch so kleines Stammland zur Vormacht nun auch der evangelischen Kirche in Deutschland zu erheben und sein Falkenauge zum Schutz und Trutz der vergewaltigten Glaubensgenossen scharf auf die römische Kirche gerichtet hielt, der Held, welcher die flüchtigen Hugenotten gastfrei in seinem Lande aufnahm und den jesuitischen Umtrieben wider die polnischen Protestanten zu wehren suchte; aber dieser große Kurfürst gehörte der reformirten Kirche an. Das war Grund genug, kein rechtes Vertrauen zu seiner thatkräftigen Hilfe zu haben.

Ein anderer deutscher Regent ward in jenen Tagen von den Lutheranern in Moskau wie ein Patron ihrer Kirche wert gehalten. Er hatte solch' eine Ehrenstellung wohl verdient. Es war der fromme Herzog Ernst zu Sachsen-Gotha und Altenburg.

*) In einem Bittgesuch einer der lutherischen Moskauer Gemeinden an Deutschland wird auf diesen süßbaren Unterschied mit den Worten hingewiesen: „wir sehen allhier mit verwundernden Augen das Glück der hiesigen reformirten Kirche, auf welche die hochmögenden Herren Staaten von Holland solch ein sorgfältiges Auge von ferne haben, als wenn sie ihnen mitten in Amsterdam stände“. (Abgedruckt bei Bed, Ernst der Fromme II, 168 ff.)

der mit regem Eifer und offenem, weitem Blicke das Gedeihen der lutherischen Kirche sich angelegen sein ließ. Auch die Lutheraner in Rußland waren seinem frommen Sinne nicht zu entlegen, um nicht in rührender und opferwilliger Teilnahme ihr Wohl zu fördern. Selbst trübe Erfahrungen, die er gerade in Moskau machte, schreckten ihn nicht ab, immer wieder von neuem aus seinen bescheidenen Mitteln reiche Gaben den Glaubensgenossen in der Zarenstadt zur Verfügung zu stellen, um ihrem bedrängten Kirchen- und Schulwesen aufzuhelfen. Er hoffte auch in solcher Weise die lutherische Lehre in so entfernten Ländern fördern und ausbreiten zu helfen.

Nach einer anderen Seite hin fand eine starke Anlehnung an die lutherische Kirche in Hamburg und ihre Ordnung statt. Diese Verbindung war eine so lang dauernde und innige, daß um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts der Kirchenrat der alten Gemeinde in einem Schreiben an das lutherische Ministerium in Hamburg sagen konnte: die lutherische Kirche in Moskau sei gleichsam als eine Tochter der hamburgischen Kirche anzusehen *). Die in der Hansestadt gültige Agende sowie auch das Kirchengesangbuch seien seit langen Jahren auch bei ihnen eingeführt. Nicht wenige der lutherischen Pastoren in Moskau waren in Hamburg ordiniert; an die formula ministerii committendi, zu welcher sie dabei verpflichtet wurden, hielten sie sich auch in ihrer Stellung in Moskau in ihrem Gewissen gebunden. Wir heben aus dieser Formel folgende, verpflichtende Sätze heraus. Nachdem der Prediger zunächst angehalten ist, Gottes seligmachendes Wort lauter und rein zu verkündigen und die Sacramente nach des Herrn Befehl und Einsetzung auszuteilen, wird er ermahnt, „getreulich bei der apostolischen, göttlichen Lehre zu bleiben, — die nach der Form der Augsburgerischen Confession, Apologia und des heiligen Propheten Gottes, D. Martini Lutheri, Erklärung im heiligen Katechismo und anderen Schriften, auch in dem christlichen Konfordinbuch und desselben Apologia als dieser Stadt und Kirchen Bekenntnis verfaßt, gelehrt und gepredigt wird, — und

*) Vgl. Mönkeberg, Die lutherische Kirche in Moskau eine Tochter der hamburgischen Kirche. Hamburg 1878. S. 6.

mit dem Schwerte des göttlichen Wortes gerüstet zu sein, allen Feinden des heiligen Evangelii — Wiedertäufern, Schwentfeldern, Sakramentierern, Zwinglianern, Calvinisten und allen anderen Kottengeistern — zu widersprechen.“

Je länger je mehr machte sich bei dem zumal infolge Anwerbung so vieler fremdländischen Offiziere stark zunehmenden Wachstum der lutherischen Gemeinden in Moskau, auch im Hinblick auf mancherlei Streitigkeit und Willkür in dem Gemeindeleben, das Bedürfnis einer festeren, den besonderen örtlichen Verhältnissen angepassten Kirchenordnung geltend. Es liegt uns eine solche Ordnung aus dem Jahre 1678 vor, merkwürdigerweise von einem Arzt entworfen, dem damals angesehenen Leibarzt von Alexei Michailowitsch und Peter dem Großen, Dr. Blumentrost. Einst Landarzt in Diensten des Herzog Ernst von Sachsen-Gotha, wurde er von diesem willig entlassen, als der russische Zar auf Empfehlung des General Baumann um seine Übersiedelung nach Rußland bat (1667). Der Arzt war ein frommer Christ und bekenntnistreuer Lutheraner; sein Herzog erkannte in der Wahl „eine Fügung Gottes, durch welche Blumentrost vielleicht ein Werkzeug werden könne, die lutherische Lehre in so entfernten Ländern fördern und ausbreiten zu helfen.“ Blumentrost schloß sich der Gemeinde an, die sich 1669 infolge der bereits erwähnten Spaltung in der neuen lutherischen Gemeinde um die auf dem Besitz des General Baumann errichtete Kirche gebildet hatte. Sie grenzte an das Tausa-Bächlein dicht an der Hospitalbrücke und hieß die „Niedere Kirche“, zum Unterschied von den beiden etwas höher gelegenen lutherischen Kirchen der deutschen Vorstadt. Ihr erster Prediger, Pastor Gregorii, war 1675 gestorben; unter seinem Nachfolger Pastor Rhan, der in großer Liebe und Wertschätzung stand, hatte die jugendliche Gemeinde keinen geringen Aufschwung genommen, und beides, die vor kurzem erst vollzogene Gründung und das starke Wachstum der Gemeinde, mochte wohl eine solche Kirchenordnung wünschenswert machen. Ob und inwieweit der Entwurf zur Einführung gelangte, ist aus den uns überkommenen, so spärlichen Nachrichten nicht ersichtlich; bereits 1688 nach dem Tode von Pastor Boderott vereinigten sich die

beiden getrennten Teile wieder und ist es fraglich, ob der ältere Bruder unverändert diese Ordnung seines jüngeren Bruders übernommen haben wird *).

Die Zahl der lutherischen Bekenntnisse, auf welche der Prediger nach dieser Kirchenordnung verpflichtet wird, ist eine geringere, als sie die Hamburger Agende angiebt. Von dem durch die ganze christliche Gemeinde berufenen Prediger wird nur gefordert, daß er der reinen, ungeänderten Augsburgerischen Konfession zugethan sei und hat er zu versprechen, das Wort Gottes lauter und rein nach der Norm der göttlichen Schrift Alten und Neuen Testaments und daraus gezogenen Augsburgerischen Konfession „und anderer librorum symbolicorum unserer Kirchen“ (allgemein, ohne genauere Angabe welcher symbol. Bücher) vorzutragen, wobei ihm jedoch — und dies auch wieder im Unterschied von der Hamburger Agende, auf welcher noch der verhängnisvolle Schattenriß eines Westphal zu liegen scheint — besonders eingeschärft wird, sich „daneben alles ärgerlichen Gezänks und unnötiger Disputationen, so von Glaube und Liebe abziehen und Spaltungen in der Kirche vermehren, zu enthalten, von den Gegenseiten mäßig zu reden und zu keinem unzeitigen Eifer und Verfolgung Ursache zu geben.“ In wohlthuernder Weise macht sich in solchen Wüldereien die Sehnsucht frommer Gemeindeglieder damaliger Zeit geltend, von der Kanzel nicht nur Schelt- und Streittheologie mit dem ganzen Hadergeiste wider die um des Gewissens willen von den Schulsatzungen Abweichenden zu hören, sondern viel lieber noch, was zur Ermahnung, Tröstung und einem gottseligen Leben dienlich ist. Es ist uns gar lieb, diesen Sehnsuchtslaut, der sich da und dort in Deutschland vernehmen ließ, nun auch in Moskau einen Nachhall finden zu hören. Dem Pastor zur Seite und mit der Unterhaltung des Kirchenwesens betraut stand ein Kirchenrat, aus der Gemeinde erwählt und aus sechs Ältesten und vier Vorstehern (Dialonen) bestehend. Befremdlicherweise ist der Prediger nicht Mitglied des Kirchenrats und wird zu den Sitzungen nur zugezogen, wenn es sich um Ehestreitigkeiten in der Gemeinde handelt. Halbjährlich wird einer der Ältesten mit dem Voritze betraut, in schwierigen Angelegenheiten

*) Die Kirchenordnung ist abgedruckt bei Fehner a. a. O. I, 373.

hat derselbe die Verpflichtung, die ganze Gemeinde oder wenigstens die hervorragendsten Mitglieder derselben an der Beratung teilnehmen zu lassen. Den Ältesten liegt die Vertretung der Kirche ob; sie haben auf Ordnung im Gemeinwesen zu achten, die Rechnungen der Vorsteher zu prüfen, Streitigkeiten zu schlichten. Den Vorstehern fällt das Rechnungswesen zu; sie halten mit Beziehung eines Ältesten den „Gemeinde-Umgang“, die freiwilligen Jahresbeiträge zu sammeln; sie besorgen bei dem Gottesdienst den Klingbeutel, sie verwalten den „Gotteskasten“, aus dessen Vorräten sie alle Auslagen der Kirche bestreiten; sie stehen auch für das sorgfältig verzeichnete Inventar der Kirche ein. Gewählt wurde der Kirchenrat zur Hälfte aus dem Militär-, zur Hälfte aus dem Zivilstande.

War in solcher Weise der Prediger von der Teilnahme an der Verwaltung der Kirche ausgeschlossen, so bewegte er sich auf dem besonderen kirchlichen Gebiete in hohem Grade frei und selbständig. Zeitig, ehe die Einladung zu einer Taufe stattgefunden, müssen ihm die in Aussicht genommenen Paten gemeldet werden und weist er von dieser Stelle ab, wen er für ungläubig und ruchlos hält. Auch über diejenigen Gemeindeglieder, die mutwillig und ohne Ursache das Abendmahl versäumen, steht ihm allein die Zuchtübung zu; den Leuten mit Gewissensbedenken hat er mit guter Unterweisung beizukommen, die Verächter des Abendmahls soll er gebühlicher und bescheidener Weise auf der Kanzel „in Gemein“ *) bestrafen. Nicht ganz leicht war der Dienst am Worte, wie er von dem Prediger verlangt wird. Wöchentlich hatte er drei Gottesdienste und eine Bibelstunde zu halten. Bei den Hauptfesten wurde auch der dritte Tag noch kirchlich gefeiert, ebenso die Aposteltage, Johannes- und Michaelisfest und von den Marienfesten die ihrer Reinigung, Verkündigung und Heimsuchung. Von sogen. Kronsfesttagen verlautet noch nichts. Dem Prediger ist es gestattet, sich von einem etwa vorhandenen Kandidaten auf der Kanzel vertreten zu lassen; jedoch nur dann, wenn er ihn zuvor geprüft und

*) Der Ausdruck besagt wohl, daß im allgemeinen ohne Namensnennung die Abendmahlsverächter in einer Vorbereitungspredigt zu warnen sind, während den im Gewissen Beschwerten in einer Art Privatbeichte die Möglichkeit seelsorgerlichen Trostes geboten wird.

die zu haltende Predigt in der ihm rechtzeitig eingereichten Handschrift durchgelesen. Dem Pastor wird die Haltung von Kirchenbüchern warm ans Herz gelegt; von der heutzutage geforderten und auch so notwendigen Sorgfalt in Führung dieser Bücher finden sich in den auf uns gekommenen Kirchenbüchern nur geringe Spuren. Ebenso wird der Prediger nur gebeten, von der herkömmlichen Liturgie nicht willkürlich abzuweichen und dieselbe genau niederzuschreiben, damit sein Nachfolger habe, woran sich zu halten. Eine größere Vorsicht bei dem Vollzug der Trauung, als sie bis dahin obgewaltet zu haben scheint, bringt die Kirchenordnung zur Geltung. Mindestens ein einmaliges Aufgebot habe der Trauung voranzugehen. Strenge sei darauf zu achten, die nach den Satzungen der Augsburgischen Confessionsverwandten aufgestellten verbotenen Verwandtschaftsgrade bei der Eheschließung einzuhalten; in außerordentlichen Fällen, jedoch auch nur dann, wenn sie nicht wider das göttliche und natürliche Recht laufen, sondern kirchenrechtlicher Art sind, ist dem Pastor unter der Bedingung eine Ausnahme gestattet, wenn er die Angelegenheit zuvor der Berathschlagung und Entscheidung eines auswärtigen Konsistoriums Augsburger Confession unterbreitet hat.

Dieser älteste Entwurf einer lutherischen Kirchenordnung in Ausland fesselt nach mehr wie einer Seite die Aufmerksamkeit. Er zeichnet uns das kirchenrechtliche Bild einer Einzelgemeinde in der Fremde. Der Staat, der weltliche Arm der Obrigkeit überläßt die Fremdlingsgemeinde noch unbehelligt sich selbst: sie mag nach eigenem Gutdünken ihr Kirchenwesen gestalten. Auf sich allein angewiesen, lehnt sich die vereinsamte Gemeinde an die Ausgestaltung an, welche die lutherische Heimatkirche in anderthalbhundertjähriger Entwicklung gewonnen; aber in selbständiger Weise, entsprechend den Bedürfnissen ihrer besonderen Verhältnisse. Dadurch tauchen wieder kirchenrechtliche Züge auf, die uns in den Anfängen der evangelischen Kirchenbildung entgegentreten, und für welche wir beherzigenswerte Belege in den ältesten Schriften Luthers finden, die wir aber nur zu bald wieder noch während der Lebzeit des deutschen Reformators in der weiteren Ausprägung der lutherischen Kirchenverfassung zurücktreten sehen.

Es ist die Kirchenordnung einer evangelischen Gemeinde. Darum verlangt sie und stellt in den Vordergrund, daß das Wort Gottes in ihrer Mitte rein und lauter verkündigt und die Sacramente richtig ausgeteilet werden. Dieser Mittelpunkt ihres Gemeindelebens giebt ihr den gesicherten Rechtsbestand. Auf solchem Boden baut sie ihr Gemeinwesen auf, zunächst nach den beiden Seiten einmal der geistlichen Nahrung und Pflege dieser ihrer Grundlage und dann der äußeren Verwaltung des auf dem gelegten Grunde sich entwickelnden Gemeinwesens. Die erste Seite ist zu fast unumschränkter Selbstständigkeit dem Pastor anvertraut, in großer Machtvollkommenheit dem Kirchenrat die andere Seite. Keiner der beiden Teile steht unter der Aufsicht einer höheren Instanz; das Vertrauen der Gemeinde hat sie auf den angewiesenen Posten gestellt, kaum daß auch nur von einer Rechenschaftsablage die Rede ist. Übergriffe sind leicht möglich; sie zu fahnden, dafür fehlt die Obrigkeit. Dazu kommt, daß die beiden angegebenen Teile auf ihrem Gebiete nebeneinander hergehen, sich nicht genügend in ihrer Thätigkeit durchdringen, hauptsächlich deshalb nicht, weil die Gemeinde selbst nicht zu ihrem vollen Recht und Ausdruck gelangt. Die ganze Lebensäußerung der Gemeinde beschränkt sich auf Pastor und Kirchenrat. An diese beiden hat sie alle Arbeit und damit auch alle Verantwortung in gewissem Sinne abgetreten und ruht nun; die einzelnen Gemeindeglieder sind, wenn der Ausdruck gestattet ist, nicht mehr das Subjekt der Gemeinde, sondern das Objekt, an welchem jene beiden ihr Geschäft verrichten. Damit sind diese beiden, Pastor und Kirchenrat, nicht vor der jedem Teile drohenden Gefahr geschützt, einerseits in eine sog. Pastorenkirche auszuarten, anderseits zu bloßen Verwaltungsbeamten an der Kirche zusammenzuschrumpfen. Was sich in der vorliegenden Ordnung von christlicher Kirchenzucht gar spärlich vorfindet, ruht zur Stärkung der angedeuteten Gefahr in unevangelischer Weise ausschließlich in der Hand des Pastors; der Kirchenrat, welcher dem Pastor nur bei Streitigkeiten Sitz und Stimme in seiner Mitte einräumt, begiebt sich durch solchen Ausschluß seiner nun auch ihm nach evangelischem Rechte zukommenden seelsorgerlichen Einwirkung auf die Gemeinde. Denn er kann dieselbe nur Hand in Hand mit dem Pastor ausrichten.

Aus dem vorliegenden Entwurf ist nicht klar ersichtlich, wie die Kirchenratswahlen vollzogen wurden, ob die Älterlinge auf Lebenszeit gewählt wurden oder nicht, ob das Kollegium sich im ersteren Falle selbst ergänzte oder nicht, ob die beiden angeführten Stände jeder für sich die bestimmte Zahl in den Kirchenrat abordnete, wie aus einigen flüchtigen Notizen hervorzugehen scheint, oder ob der ganzen Gemeinde das Recht gewahrt ist, je drei Standespersonen aus dem Militär und dem Zivil zu wählen. Jedenfalls ist mit dieser Anordnung in die christliche Gemeinde der weltliche Standesunterschied hineingetragen, und zwar in anderer Weise noch als anderwärts, wo die gesamte bürgerliche Gemeinde in ihren festgegliederten Ordnungen zugleich die christliche Gemeinde einer Stadt bildete. Der bedenkliche Übelstand solchen Unterschieds hat sich ein paarmal recht empfindlich in den dortigen Gemeinden geltend gemacht; verletzender wohl noch, wenn der Ausdruck „Standesperson“ ganze Schichten der Gemeinden von der Wählbarkeit nicht um ihres Glaubens, sondern um ihrer gesellschaftlichen Stellung willen ausschloß. Befremdlich ist, daß in der ganzen Gemeindeordnung der Armenpflege keine Erwähnung geschieht. Wir können uns nun doch nicht, zumal in der Diaspora, eine wahrhaft evangelische Gemeinde ohne Armenpflege vorstellen. Zwar tragen die Vorsteher den schönen, apostolischen Namen der Diakonen, aber nicht weil sie bei der täglichen Handreichung der Gemeinde an die Witwen und Hilfsbedürftigen dienen, vielmehr als die Diener der Älterlinge, die mit dem gesamten Rechnungsweisen der Gemeinde betrauet sind. In dieser Dienstleistung reichen sie auch während des Gottesdienstes den Klingbeutel herum; aber diese sabbatliche Steuer, welche der Apostel für die notleidenden Brüder gesammelt wissen will, kam nicht den Armen zugute; sein Ertrag floß in den Gotteslasten, aus welchem die Unkosten der Kirche bestritten wurden; an bestimmten Tagen erhielt den Ertrag der Pastor „für seine Mühe“.

Der Entwurf ist nur für eine Einzelgemeinde aufgestellt; er verwahrt sich ausdrücklich davor, daß mit dieser Ordnung den „Mittkirchen Augsburgischer Konfessionverwandten“ nichts vorgeschrieben sein wolle. Das erklärt und rechtfertigt manche auffällige Bestimmung, manche auch ebenso auffällige Auslassung. Der Blick

reicht nicht über den engen Umkreis dieser einen Gemeinde hinaus; es findet sich keine Stelle, von welcher der Ausbau zu einer Konsistorial- oder Synodalverfassung, zu einem größeren Kirchenwesen statthaben könnte. Jede kongregationalistische Gemeinde könnte sich mit der Beschränkung zufrieden geben. Und doch wird der Notstand und Mangel eines innigeren, kirchenrechtlichen Zusammenschlusses der lutherischen Gemeinden in Moskau damals auch schon in Rußland empfunden. Das Verlangen nach einem solchen festeren Verbande regt sich, wenn auch nur ganz leise und in noch völlig unbestimmten Formen auch in diesem Entwurf. Er schließt mit den Worten: „man wünschet, daß mit den andren Gemeinden eine vollkommene Zusammensetzung möge vorgenommen werden, und will sich befleißigen, mit denselben alles zu bekräftigen, was christlich ist und zur Erfüllung solchen Wunsches dient.“

Der Wunsch wurde allseitig von den Bessergesinnten geteilt und war durch recht peinliche Vorfälle innerhalb der Gemeinden besonders rege. Wer sollte Streitigkeiten unter den einzelnen Gemeinden schlichten? Wie sollten Rechtsüberschreitungen und Eigenmächtigkeiten, sei es eines Pastors oder Kirchenrates, abgestellt werden? Sie waren in jenen ungeordneten Tagen mit ihren teilweise rohen, verwilderten und gewaltthätigen Sitten nicht selten, so unglaublich sie auch uns heute erscheinen mögen. So sandte einst General Baumann, seiner Kirche so treu zugethan, aber dabei eine barsche, gewaltthätige Soldatennatur, als er befürchtete, daß der von ihm begünstigte und geliebte Magister Gregorii unter dem Vorwande, seine Studien fortzusetzen, für immer Rußland verlassen wolle, dem Wegreisenden ein Kommando Strelizen nach, die den harmlosen Schulmeister abfangen und gewaltsam nach Moskau zurückbringen mußten. Er ließ ihn erst dann seine Reise fortsetzen, als der über solche Liebesäußerung denn doch in Schrecken versetzte Magister ihm geschworen und Bürgen gestellt, daß er als ordinierter Geistlicher, was er noch nicht war, nach Moskau zurückkehren werde. Oder der andre, fast gleichzeitige Fall. Nach dem Tode dieses Pastors Gregorii, der sein gegebenes Wort richtig eingelöst und noch acht Jahre nach seiner Rückkehr in Segen an der Baumannschen Kirche gewirkt, war an seine Stelle Pastor Rhan aus Pommern berufen worden (1676). Da auch er sich viele Liebe

unter den Evangelischen Moskau in kurzer Zeit zu erwerben wußte und seine Gemeinde stark zunahm, waren die Prediger der beiden andren Gemeinden, mißmutig über den Erfolg des neuen Amtsbruders, der ihnen zugelommenen Verdächtigung zugänglich und um ihre Verbreitung beflissen, als ob Man dem Synkretismus huldige. Selbst wenn die Verdächtigung begründet gewesen wäre, würde sie ihm keinesfalls die Strafe eingetragen haben, die mehrere Jahre später der chiliaistische Schwärmer Ruhlmann erduldet, der am 4. Oktober 1689 wegen seiner gotteslästerlichen und phantastischen Anekdoten in Moskau verbrannt wurde*); aber auch ohne einen solchen Ausgang hätte sie dem Beschuldigten verhängnisvoll werden können. Es blieb dem Kirchenrat, da die Lutheraner in Moskau keine kirchliche Behörde besaßen, gegen solche Beschuldigung klagbar zu werden, kein andrer Weg zur Rechtfertigung der angefochtenen Rechtgläubigkeit ihres Seelsorgens übrig, als den Prediger in Königsberg, von welchem die Verdächtigung ausgegangen, bei seinem Konsistorium als Störer der öffentlichen Ruhe anzuklagen. Prüfen wir freilich auf diese Verdächtigung hin die Kirchenordnung, welche der mit dem Pastor befreundete Dr. Blumentrost doch gewiß mit seinem Beirat aufgestellt, so will uns bedünken, als ob die hässliche Anklage nicht völlig aus der Luft gegriffen wäre. Gerade an der mit der Hamburger Ordinationsformel verglichenen Stelle verspürten wir zu unsrer herzlichen Freude das in jenen Tagen einer starren Rechtgläubigkeit so wohlthuende Wehen eines Geistes, der auf der humanen Universität Helmstädt heimisch und von ihrem biedern, irenisch gesinnten Professor Calixtus wie eine verheißungsvolle Lenzeslust ausgegangen war.

Immer schärfer spitzten sich die gegenseitigen Reibungen in den beiden lutherischen Gemeinden und unter ihren Pastoren zu; immer dringender wurde das Bedürfnis ihrer Abstellung empfunden, zugleich mit der Überzeugung, daß eine feste, allgemein gültige Kirchenordnung ein wesentliches Mittel zur Beseitigung der Übelstände sei, unter welchen die Gemeinden selbst in gefährdender

*) Vgl. die von Fehner übersetzte kulturhistorische Studie des Professors Lichonramow: Quirinus Ruhlmann. Miga 1873.

Weise litten. Schon der synkretistische Streit in Deutschland hatte gezeigt, daß die Lage des strengen, starren Schulglaubens gezählt und ein neues Geschlecht heraufkomme, das dann in Spener seinen tonangebenden Führer erhielt. Die anhebende gewaltige Bewegung hatte sich der ganzen evangelischen Kirche Deutschlands mitgeteilt, bis hinüber zu ihren fernsten Vorposten. Selbst in Moskau ließ sich, wenn auch mit Eifersüchteleien kleinlich verquidt, der Geisteskampf verspüren. Der eine Prediger der alten Kirche trat als Kämpfe für die gefährdete Orthodorie auf; sein Amtsgenosse, verstärkt durch den Prediger der neuen Kirche, verfocht die andre Richtung, welche den Hadergeist der Streittheologen durch stark betonte Forderung eines christlichen Lebenswandels zu dämpfen suchte. Wieder war es der verhängnisvolle Punkt der Hamburger Ordinationsformel, welcher den ersten Anlaß der Befehdung bot. Wir haben bereits gesehen, daß die Blumentrostische Kirchenordnung zwar die Formel selbst unangetastet ließ, dagegen aber geflissentlich von dem Prediger forderte, alles ärgerlichen Gezänzes sich zu enthalten, gegen die Sekten mäßig zu reden und zu keinem unzeitigen Eifer Ursache zu geben. Das war denn doch eine stillschweigende Verwerfung jener anstößigen Forderung. Pastor Jungen von der alten Kirche ging einen Schritt weiter*). Als er 1701 in seiner Stellung als Senior der Moskauer Geistlichen den nach Archangel berufenen Prediger Michaelis zu ordinieren hatte, änderte er die Hamburger Formel, indem er die in so verlegender Weise namentlich aufgeführten, von dem Prediger unter Eid zu bekämpfenden Sekten wegließ und Pastor Michaelis nur im allgemeinen geloben ließ, „allzeit mit dem Schwerte gerüstet zu sein, allen Feinden des heiligen Evangelii, allen Verfälschern unsres christlichen Glaubens, allen Kottengeistern und Ruchern, so dem Worte Gottes und unsern Kirchenbüchern entgegen, zu widersprechen.“

Dies genügte seinem Amtsgenossen an der Kirche, Pastor Bagetius, ihn und die andern beiden Prediger der neuen Kirche, die der Änderung zugestimmt, zu verdächtigen. Pastor Jungen wies zu seiner Rechtfertigung darauf hin, wie übel es doch gewesen

*) Vgl. die altemäßige Darstellung bei Fehner a. a. O. I, 409 ff.

wäre, wenn er in Gegenwart des anwesenden preussischen Gesandten, der der reformirten Kirche angehörte, den Prediger zum ununterbrochenen Kampf wider die Zwinglianer, Calvinisten und andre Kottengeister verpflichtet; er führte seinem Amtsbruder zu Gemüte, daß er folgerichtig dann auch die Katholiken hätte namhaft machen müssen, in notwendiger Folge dann aber auch die Griechen und Russen. Es half alles nichts. Dem aufgeregten Pastor Bagetius war diese Änderung genügender Vorwand, um das Jahr darauf eigenmächtig einen an die lutherische Gemeinde in Woronesh berufenen Prediger allein zu ordinieren. Der Hader zwischen den beiden Predigern war in die Gemeinde gedrungen. Auch da war eine beklagenswerte Spaltung eingetreten; die Kaufleute hatten wider ein gewaltsames Vorgehen der Offiziere in der Kirche Einsprache erhoben. Mit den Offizieren hielt es Pastor Bagetius, die Kaufleute scharten sich um Pastor Jungen. Und wer sollte endgültig den Streit beilegen? Der Senior, in seiner rechtlichen Stellung so übel von seinem Amtsbruder mißachtet, wandte sich in einer ausführlichen Beschwerdeschrift an das geistliche Ministerium in Hamburg. Man fühlt dem noch erhaltenen Schreiben dieses Ministeriums an Bagetius die unbehagliche Lage ab, ein Urtheil in einem Falle abzugeben, der nicht in seine Amtsbezugnis fällt. Statt einer Entscheidung wird ein in allgemeinen Ausdrücken gehaltener, ingrunde genommen nichtsagender, wohlgemeinter Rat gegeben.

Die so dringend notwendig gewordene Abhilfe kam von andrer Seite. 1689 war Peter der Große Alleinherrscher von Rußland geworden. Eine neue Zeit hub an; sie machte sich auf allen Gebieten des Reiches geltend. Auch die Evangelischen im Lande, Lutheraner sowohl als Reformirte, hatten gegründete Ursache, diesen Umschwung zu segnen. Im besondern erfuhren die lutherischen Kirchen, da und dort im Lande zerstreut und bis dahin ohne Fühlung untereinander, daß der geniale, vor keinen Hindernissen zurückschreckende Umgestalter von Land und Volk nicht anstehe, umgestaltend und ordnend in ihr gerade damals recht zerfahrenes Kirchenwesen einzugreifen. Zu beklagen war der Eingriff nicht; er ward gerechtfertigt durch das darin befundene Wohlwollen des

Kaisers gegen die Deutschen und auch ihre Kirche, und durch die weise Maßregel selbst, welche einen offenbaren Schaden zu heben suchte. Eine heilsame Abhilfe von irgendwelcher Seite, wenn dieselbe nur machtvoll genug war, die gebotene Hilfe auch durchzuführen, that dringend not. Aber neu und zunächst auch fremdartig war durch den Helfer die Lage. Das Befremdliche und Neue lag für die lutherische Kirche nicht darin, daß ihr diese Hilfe von der weltlichen Obrigkeit geboten wurde. Die ursprünglichen reformatorischen Ideen Luthers zu einer neuen Kirchenschöpfung waren durch den Bauernkrieg und die damit in Zusammenhang stehenden Bewegungen aufgehalten worden; das Streben ging fortan dahin, sich auf kirchenrechtlichem Gebiete möglichst an die geschichtliche Überlieferung zu halten, der weltlichen Obrigkeit eine immer größere Macht auf dem kirchlichen Gebiete einzuräumen. Der Landesfürst, die von Gott geordnete Obrigkeit, galt fortan in der lutherischen Kirche als Schutz- und Schirmherr der Kirche, der auch auf einem weiten Gebiete kirchlicher Dinge Gewalt über sie hat, und dem sie zum Gehorsam verpflichtet ist. Hier aber lag der neue Fall vor, daß dieser Landesherr einer ganz andren Kirche angehört und in dieser Kirche eine wesentlich andre und bedeutsamere Stellung einnimmt, als etwa ein römischer Landesfürst in seiner Kirche.

Wie dem auch sei: der erste Schritt war gethan. Am 18. Februar 1711 wurden auf Befehl des Kaisers die lutherischen, reformirten und römischen Geistlichen, Ältesten und Vorsteher in die Reichs- und Gesandtenkanzlei in der neugegründeten Hauptstadt geladen und hier machte ihnen der Großkanzler Graf Golowkin in russischer Sprache, der Vizelanzler Schaffirow in deutscher Sprache bekannt, daß der Kaiser den Licentiaten und Pastor Barthold Bagetius zum Superintendenten aller lutherischen Kirchen in Rußland ernannt habe. Die Bestattungsurkunde, die erst 1715 ausgestellt wurde, hebt in der Begründung dieses Schrittes ausdrücklich hervor, daß die Einrichtung getroffen sei „aus erheblichen Ursachen, zur Stiftung und Erhaltung des Friedens und guter Ordnung und zur Verhütung und Abschaffung aller Unordnungen und Irrungen bei den in unserem Reiche befindlichen evangelisch-lutherischen Kirchen.“

Es war ein lange und reiflich erwogener Schritt, den der Kaiser mit dieser Ernennung zur Ausführung gebracht. Er folgte dabei zumeist dem Rat des bei ihm hochangesehenen Vizeadmirals Gruns, eines Holländers der Abstammung nach, aber in Norwegen geboren *). Den Petersburger Protestanten ist der Name des frommen, treu evangelisch-gefinnten Mannes traut und wert. Die erste evangelische Betkapelle in der neuen Residenz war auf seinem Hofe errichtet und barg — in jenen Tagen ein gar seltenes Schauspiel — einträchtiglich die damals an Zahl bedeutenderen Reformirten und die Lutheraner von Petersburg in dem gottesdienstlichen Raume. Die Kapelle trug den Namen „lutherisch-reformirte Kirche“; im Munde der dankbaren Glaubensgenossen hieß der wackere Seemann Obervorsteher von den evangelischen Kirchen und Schulen in ganz Rußland, ja billig „ein Protektor und Patronus von der deutschen und holländischen Nation.“ Der Kaiser beschränkte sich, wohl infolge des einsichtsvollen Rates von Gruns, auf die Wahl des Superintendenten; unangetastet ließ er der Kirche das Recht, unter Leitung dieses Superintendenten sich ihr Gemeinwesen und ihre Kirchenordnung selber zu geben oder wenigstens selber auszuarbeiten, damit sie dann von ihm bestätigt eingeführt werde. Sowohl bei der Berufung des Bagetius zu diesem Posten als auch in seiner Bestallungsurkunde ist nichts näheres über den Umfang seiner Rechte und Pflichten angegeben; als ob er mit dieser Würde betraut nun auch die Vollmacht erhalten habe, ihr Machtgebiet selber zu ordnen **). Man konnte

*) Vgl. über ihn Dalton, Geschichte der reformirten Kirche in Rußland (Gotha 1865) S. 22.

**) Vgl. Büsching, Geschichte der evangelisch-lutherischen Gemeinden im russischen Reiche (Altona 1766) I, 14. Die hier zum Abdruck gelangte Bestallungsurkunde des Superintendenten ist ungeschickt und mangelhaft übertragen und mitgeteilt. Büsching hatte sie, wie er angiebt, einem 1717 in Reval erschienenen Büchlein entnommen, „Revidiertes instrumentum pacis ecclesiasticum u. s. w.“, das aber seitdem spurlos verschwunden war. Selbst alle Bemühungen von Fehner (a. a. O. I, 449), noch ein Exemplar dieses wichtigen Werkes aufzuspüren, das nach Büschings Andeutungen das erste Kirchengesetz für die lutherische Kirche Rußlands enthalten sollte, waren vergeblich. Seitdem ist doch ein Exemplar gefunden worden; die Bestallungsurkunde sogar an zwei verschiedenen Orten, einmal in russischer Sprache in

doch schwerlich etwa die Macht eines schwedischen Bischofs diesem unter so wesentlich andren Voraussetzungen sowohl nach oben als nach unten berufenen Superintendenten übertragen, und in Deutschland würden sich beinahe ebenso viele verschiedenartige Vorbilder der Machtstellung eines Superintendenten angeboten haben, als es lutherische Landeskirchen gab.

Zunächst griff der mit fast unumschränkter Macht ausgerüstete Superintendent in das Kirchenwesen der Gemeinde ein, deren arge Streitigkeiten hauptsächlich die Aufmerksamkeit des Kaisers auf sich gezogen und in weiterer Folge sein bedeutsames Vorgehen in betreff der Verfassung der lutherischen Kirche durch die Berufung des Superintendenten veranlaßt. Schon ein Vierteljahr nach seiner Ernennung legte Superintendent Bagetius dem Kirchenkollegium der neuen Kirche eine von ihm ausgearbeitete Ordnung zur Beratung und Annahme vor. Sie unterscheidet sich in mancher Beziehung vorteilhaft von dem früheren Entwurf des Dr. Blumenrost. Dem Geistlichen wird nun Sitz und Stimme im Kirchenrat eingeräumt; er wechselt im Vorsitz desselben alljährlich mit

einem auf kaiserlichen Befehl aus dem Synod an das Kolleg der inneren Angelegenheiten unter dem 22. Mai 1720 erstatteten Bericht über die in Rußland sich findenden evangelischen Kirchen und Prediger (die Originalakte befindet sich im Synod 1721 Nr. 286). Ein vollständiges Exemplar des „Revidierten Instrumentum“ fand 1881 der Lehrer der russischen Sprache, Dmitry Swetajeff, der sich viel und eingehend mit den Anfängen der fremdgläubigen Kirchen in Moskau beschäftigt, in einem Sammelbande Nr. 108 der russischen Handschriften der Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg. Der glückliche Entdecker gab über seinen Fund in der Moskowskij Wedomosti (1882 Nr. 319) nähere Mitteilung. Unbegreiflicherweise ging diese Nachricht bis jetzt völlig unbeachtet an der lutherischen Kirche des Landes vorüber. Ihre Teilnahme an der Geschichte scheint so gering, daß noch niemand aus ihrer Mitte die paar Blätter dieser ersten, auf alle lutherischen Kirchen des Landes bezüglichen Ordnung veröffentlicht und erläutert hat. Ich danke eine Abschrift dem unermüdblichen Forscher Fehner, den langwierige Krankheit abhält, eine Veröffentlichung zu veranstalten. Es ergibt sich, daß wir in den vorliegenden Blättern nicht das erste, allgemein gültige lutherische Kirchengesetz für Rußland haben, wie Blüschings Angabe vermuten ließ, sondern nur die erste allgemein gültige lutherische Gottesdienstordnung. Auch in dieser Beschränkung bleibt der Fund für die Geschichte der lutherischen Kirche wertvoll.

einem Älterling ab. Dieses Kollegium ordnet und verwaltet das Kirchenwesen selbständig; nur bei einer Predigerwahl entsendet die Gemeinde aus ihrer Mitte sechs Abgeordnete, um sich in betreff eines Kandidaten mit dem Kirchenrat ins Einvernehmen zu setzen. Der durch diesen erweiterten Kirchenrat erkorene Kandidat bedarf noch der Zustimmung einer zusammenberufenen Gemeindeversammlung. Der früher erwähnte Unterschied zwischen den Älterlingen und Dialonen ist beibehalten, auch der beiden Teilen zugewiesene Geschäftskreis. In dieser Ordnung des Superintendenten geschieht nun auch der Armen Erwähnung. Ihre Versorgung ist nicht den Dialonen, sondern dem gesamten Kirchenrat anvertraut. Dieselbe scheint sich jedoch auf die Verteilung der an den Festtagen zu diesem Behufe eingesammelten Zellerkollekte unter die auf der Stammrolle verzeichneten, unterstützungsbedürftigen Gemeindearmen beschränkt zu haben, welche am Tage nach dem Feste ihr je nach dem zufälligen Ausfall der Kollekte größeres oder kleineres Almosen in der Kirche abholten.

Nachdem der neuernannte Superintendent das Kirchenwesen dieser einen Gemeinde geordnet, richtete er sein Augenmerk auf die gesamte, seiner Aufsicht und Leitung anvertraute lutherische Kirche Rußlands. Noch war der Nystädter Friedensschluß nicht vollzogen, welcher die lutherischen Ostseeprovinzen rechtlich dem Reiche einverleibte. Deshalb beschränkte sich das Amtsgebiet des Superintendenten nach seiner eigenen Angabe auf zehn Gemeinden*).

*) Nicht elf, wie Büsching (a. a. O. I, 13) annimmt, auch nicht sieben, wie Fehner (I, 451) nach einem ihm vorliegenden Schriftstück, welches er für eine erste Redaktion des so eifrig gesuchten Instrumentum pacis zu halten geneigt ist, sagt, sondern zehn, wie der Superintendent in der Vorrede seines „Revidierten Kirchen- und Schulenreglements oder Verordnungen“ — so lautet die Überschrift und nicht „Instrumentum pacis ecclesiasticum“; bei den starken Textabweichungen zwischen den Büschingschen Angaben und dem aufgefundenen Exemplar drängt sich die Vermutung auf, daß zwei Ausgaben vorhanden, die in der Textwiedergabe willkürlich waren — ausdrücklich erklärt. Bei der Aufzählung dieser zehn Gemeinden ist Bagetius aber selbst ungenau; er sagt: in ganz Rußland befinden sich bis dato zehn evangelisch-lutherische Gemeinden, als da sind: zwei in der deutschen Gubobde vor

Die mir in sorgfältiger Abschrift vorliegende Verordnung beschränkt sich nach einem gegenwärtig völlig ungenügenden, flüchtigen Rückblick über die Entwicklung der lutherischen Kirche in Rußland auf die Anordnung des Superintendenten, wie es fortan gleichförmig in allen lutherischen Kirchen und Schulen im Gottesdienste gehalten werden soll. Sie wurde auf Befehl des Kaisers nach der Hauptpredigt des Oftermontages (1715) von allen Kanzeln den Gemeinden bekannt gemacht.

Ein genaueres Eingehen auf diese Gottesdienstordnung, so fesselnd auch ihre Betrachtung nach anderer Seite hin wäre*), liegt unserer besonderen Aufgabe fern. Beigefügt ist ihr ein kurzer Paragraph über Kirchenzucht und ein Schulreglement. Offenbar Gottlose werden nach dieser „disciplina ecclesiastica“ vor's Kirchenkollegium gefordert und nach Überführung des Verbrechens mit der kleinen Ausstoßung (*excommunicatio minor*) bestraft und bei Ausbleiben der Besserung mit gebührender Kirchenbuße und Geldstrafe an die Kirche belegt. Den Verstorbenen, Widerspenstigen und Halsstarrigen wird die *excommunicatio major* „angedeutet“ (angedroht?). „Mit anderen Verbrechen wird verfahren vermöge graduum admonitionum Matth. 18, 15—17.“ Die unklare Fassung des ganzen Abschnittes kann wohl nur Licht erhalten, wenn es der Forschung gelungen sein wird, die auswärtige Kirchenordnung aussindig zu machen, welche diesen Andeutungen zugrunde liegt. Ebenso flüchtig und ungenügend für ein genaueres Eindringen in die damaligen Verhältnisse ist das beigefügte Schulreglement. Nach Angabe der Zeit des Schulunterrichts wird nur noch bestimmt: „während der Information sollen vor andern wahrhaftiger Glaube und rechtschaffene Liebe aus den Predigten

Moskau, zu St. Petersburg, in Archangel, zu Kasan und Astrachan, in Pawlowsky oder Seroda (?), auf den ohnweit Moskau liegenden, auch endlich auf den Olonezischen Eisenwerken, auch anderswo. Diese nicht genannte zehnte Gemeinde könnte die in Kronstadt sein. Übersetzt sind von dem Superintendenten ein paar finnische und eine schwedische lutherische Gemeinde, welche durch die Besitzergreifung von Ingermannland dem russischen Reiche einverleibt worden waren.

*) Offenlich steht ihre Veröffentlichung nebst nötiger Einleitung und Erklärung nicht mehr allzu lange aus.

göttlichen Wortes getrieben werden nach Inhalt „der kleinen und großen Bibel (?) Lutheri und Vollenden des Gebets und treu- fleißiger Unterrichtung in Sprachen und Wissenschaften. Die Gottesfurcht soll beim Anfang, Mittel und Ende aller Arbeit den Schülern wohl beigebracht und vorgestellt werden, was für Gnadenbelohnung und in Ermangelung zeitliche und ewige Strafen Leibes und der Seelen erfolgen.“

So geringe Ausbeute nun auch für unseren Zweck das Büchlein bietet, müssen wir doch ein paar beachtenswerte Punkte hervorheben. Bezeichnend und echt evangelisch ist die Beifügung des „Schulreglements“ zur Gottesdienstordnung, und zwar nicht anhangsweise als ein Nothbehelf, sondern fest eingefügt in der Reihenfolge der einzelnen Abschnitte. Zwischen Kirche und Schule besteht nach evangelischer Anschauung eine innige, unlösbare Verbindung, die auch in der beiderseitigen Verfassung ihren Ausdruck fordert. Zumal in Rußland ist je und je, seitdem die evangelische Kirche Wurzel in dem Lande geschlagen, diese feste Zusammengehörigkeit, beiden Theilen und durch die Schule auch dem Lande selbst zum Segen, von der Kirche als Recht und Pflicht betont und in regem Eifer und Opfer von den evangelischen Gemeindegemeinschaften thatkräftig verwirklicht worden. Dieser schöne Zug taucht nicht erst bei Bagetius auf; auch die Blumentrost'sche Kirchenordnung hat bereits die Regelung der Schulverhältnisse in ihr Programm aufgenommen.

Auch der andere, loßende Zug echt evangelischen Gepräges grüßt uns in dieser ersten Rundgebung einer Zusammenfassung der bis dahin ohne Fühlung miteinander dahinlebenden lutherischen Gemeinden des Reiches. Diese früheste allgemeine Kirchenordnung nimmt ihren Ausgang von einer Gottesdienstordnung. Als ob sich Leben und Wesen der evangelischen Kirche darin befunde, daß das Wort Gottes rein und lauter gepredigt und die Sacramente richtig ausgeteilt werden. So war es auch an den meisten Orten in den Anfangstagen der Reformation: die Gottesdienstordnung stand im Vordergrunde der Kirchenverfassung. Nach unserer Überzeugung jedoch in zu einseitiger und fast ausschließlicher, darum für die lutherische Kirchenbildung verhängnisvoller Ausgestaltung. Sobald man auf diesem einen Punkte sich freie, evangelische Bahn

gebrochen, stellt sich eine Art von Beruhigung und damit eine bedenkliche Pause in der Fortbildung der Kirchenverfassung ein; die anderen wichtigen Fragen traten gegenüber dieser Hauptfrage in den Hintergrund. Als sie aber im unaufhaltsamen Fortgang der Entwicklung ihre Lösung heischten und die zunächst dazu Berufenen zur Lösung säumig sich erwiesen, weil, was ihnen zumeist am Herzen lag, in der Gottesdienstordnung gewährleistet war, nahm die weltliche Obrigkeit diesen wichtigen Teil der Aufgabe in die Hand und die Kirche ließ es sich ruhig gefallen, stimmte zum Teil dem Unterfangen bei.

Den gleichen Vorgang können wir bei dieser ersten lutherischen Kirchenordnung in Rußland beobachten. Zunächst eine gemeinsame Gottesdienstordnung. Gut; aber die notwendige Fortsetzung einer auf dieser Grundlage weiter ausgeführten Verfassung, durch welche die zerstreuten Gemeinden zu einer einheitlich zusammengefaßten lutherischen Kirche verschmolzen worden wären, fehlt. Vielleicht nur aus Ungunst der Zeit; denn diese Superintendentur, wie sie plötzlich aufgetaucht, verschwindet nach flüchtigem Verweilen ebenso rasch und bleibt dann ohne Nachfolge. Aber auch ohne eine leiseste Klage, daß nun keine gemeinsame Leitung der lutherischen Glaubensgenossen im Reiche mehr sei, ohne eine leiseste Klage oder auch nur Hinweis, daß diese Gottesdienstordnung ein Torso geblieben und die weitere Ausführung einer gemeinsamen Kirchenverfassung fordere. Dem Superintendenten war eine so große Macht eingeräumt; er stand zunächst unumschränkter da als ein Bischof und war ihm freie Hand gegeben, das lutherische Kirchenwesen zu ordnen. Die bedeutsame Aufgabe mag für seine Fähigkeiten und auch seine alten Schultern zu schwer gewesen sein. Wenn dann wenigstens etwas von einem Versuch zu sehen wäre! Weder auf die für eine kräftige Kirchenbildung zu geringe Zahl weit zerstreuter Gemeinden, noch auch auf das Leben in der Diaspora kann zur Entschuldigung hingewiesen werden. In ähnlicher Lage befand sich die evangelische Kirche in Frankreich in den Tagen der Reformation und hat sich doch eine Ordnung ihres Kirchenwesens von Anfang an zu geben gewußt, die wir als schier mustergültig anzusehen geneigt sind und die in schwerster Drangsalzeit die Probe ihrer Tüchtigkeit glänzend bestanden. Eine dem Staate gegenüber

selbständige Kirche mit so festgefügtter, wohlgegliederter Verfassung, daß sie von den kleinsten Anfängen aus sich naturgemäß erweitern kann und keiner Veränderung ihrer Grundformen bedürfte, wenn auch das ganze Volk sich dieser Kirche anschließen wollte.

In dem Ausbleiben einer solchen allgemeinen Ordnung erkennen wir einen verhängnisvollen Zug der geschichtlich gewordenen Eigentümlichkeit lutherischer Kirchenverfassung. Auch nach einer zweihundertjährigen, zum Teil schmerzlichen Erfahrung ist sie bei gebotenem günstigem Anlaß müßig und ungeschickt, selbst sich zu geben, was aus der Hand der Obrigkeit geboten doch immer nur mit einer Schmälerung der Selbständigkeit in Empfang genommen werden kann. Die Verhältnisse lagen in den Tagen Peter des Großen so günstig für die Kirche. Die paar Worte über die Kirchenzucht zeigen, eine wie große Macht anstandslos dem Kirchenrat eingeräumt war. Er konnte in der ihm zugestandenen Kirchenzucht selbst die Schranke überschreiten, welche das Evangelium zieht, und den Unbußfertigen mit Geldstrafen und öffentlicher Brandmarkung belegen. Und diese günstige Lage verstrich unbenutzt. Ein Vorwurf trifft in erster Linie hier den Superintendenten. Nirgends entdecken wir in der vorliegenden Ordnung eine Spur, daß er Größeres, einer selbständigen Kirchenorganisation Entsprechenderes gewollt, aber in solch' hochherzigen Bestrebungen von der weltlichen Obrigkeit gekürzt oder eingeschränkt worden wäre. Wir können das Versäumnis dem Superintendenten nicht ausschließlich als persönliche Schuld buchen. Bagetius war ein Sohn seiner Kirche und ein Kind seiner Zeit. Was einer der bedeutendsten Kenner des Kirchenrechts als Tendenz des damals auf diesem Gebiete tonangebenden und berühmten Professors Thomafius schildert, zeigt zugleich treffend den Verfassungszustand der lutherischen Kirche jener Tage. „Es besteht keine Kirche als eine eigentümliche Lebensordnung, sondern der Begriff löst sich in die einzelnen Gesellschaften auf, in deren Zusammenkünften gepredigt wird“ *).

Die Wurzeln dieses unleugbaren Zustandes verzweigen sich tief hinunter bis zu den Anfängen der Reformation. Bereits am

*) Richter, Geschichte der evangelischen Kirchenverfassung in Deutschland (Leipzig 1851) S. 207.

Schlüsse ihres ersten Jahrzehntes können wir ihre Ausläufer nachweisen. Selbst wo, wie in dem vorliegenden Falle, die Möglichkeit sich bot, dem aus solchem Zustande mit innerer Nothwendigkeit entspringenden Schaden vorzubeugen, zeigt sich das Unvermögen zur Abhilfe, vielleicht auch die Unlust, weil der offenbare Schaden nicht als solcher anerkannt wurde, vielleicht auch die Unkenntnis andersgestalteter Verfassungsformen. Ein langes Herkommen hatte der bestehenden Form den Stempel eines Gewohnheitsrechtes eingedrückt; die herrschende Schultheologie hielt daran unverbrüchlich fest. Bagetius, Hamburger von Geburt, hatte in Wittenberg studiert zu einer Zeit, als noch der zornesmutige Zionswächter Calov wider alles, was seine Anschauung vom Luthertum zu gefährden drohte, von dem Lehrstuhle Luthers herab unermüdlich anstürmte. Es ist schwer zu sagen, wie weit der Schüler dem einstigen Lehrmeister treu geblieben *). Ebenso dunkel bleibt bei den spärlichen Nachrichten, inwieweit Bagetius in geistiger Fühlung mit seiner Heimatkirche geblieben. Seit länger wie ein Vierteljahrhundert war er bereits in Moskau und in der Zerstreuung und Vielgeschäftigkeit seiner amtlichen Thätigkeit, als er zum Superintendenten berufen ward. Gerade in dieser Zeit durchschritt die deutsche Theologie einen tief ins Leben greifenden, weithin umgestaltenden Wendepunkt ihrer Entwicklung. Ist die Kunde davon anregend und frisch in die weit entlegene Studierstube des deutschen Pastors gedrungen? Hat er die eben erschienenen Schriften eines Andreae beherzigt, Speners machtvoll wirkende *pia desideria* gelesen? Es war denn doch in Deutschland nicht in den Wind geredet, was solche treue und fromme Söhne ihrer Kirche gesagt; die Tragweite ihrer reformatorischen Worte drang wie ein Ansturm zur Sichtung und Läuterung auch an die Lehre von der Kirchenverfassung. Der Angriff des Bagetius wider seinen Amtsbruder Nthan läßt, wenn wir das schmerzliche Verfahren nicht allein aus

*) In einem Punkte der Lebensführung wandelte Bagetius getrenlich in den Fußtapfen von Calov, wenn er ihn auch nicht erreichte. Der Moskauer Superintendent nahm, zum viertenmale Witwer geworden, bereits siebenzigjährig das fünfte Weib, während der Wittenberger Professor im zweiundsebenzigsten Lebensjahre zum sechstenmale heiratete.

Missgunst entsprungen ansehen wollen, fast vermuten, daß dieser Wandel spurlos an ihm vorübergezogen und er bis an sein Ende auf dem theologischen Standpunkt seiner Wittenberger Studienzeit stehen geblieben. War es doch auch der Standpunkt, welchen die Hauptprediger seiner Vaterstadt verfochten.

Es ging rasch mit dem Superintendenten zu Ende. Die Kräfte versagten dem Greis, den von Tag zu Tag sich steigenden Anforderungen an sein zwiefaches Amt zu entsprechen. Bereits am Ausgang des 17. Jahrhunderts schätzte ein Reisender die Zahl der in Rußland zerstreut lebenden Deutschen auf 18 000, zumeist Protestanten. Diese Ziffer war in den letzten Jahrzehnten bedeutend gewachsen, seitdem Peter der Große die Pforten seines Reiches verständnisvoll so weit und auch so weitherzig geöffnet. Dazu kamen in den letzten Jahren die Scharen der unglücklichen Kriegsgefangenen, lutherische Schweden und Deutsche aus den Ostseeprovinzen, die bis tief nach Sibirien hinein verwiesen wurden. Vom fernen Tobolsk trafen ergreifende Briefe dieser Glaubensgenossen in Moskau ein und drangen weiter nach Deutschland und hier an die Stätte, wo damals der Herzschlag der evangelischen Kirche am wärmsten und regsten vernommen wurde. Die armen Verschiedten baten nicht nur um Vinderung ihrer leiblichen Not, sondern um geistlichen Trost brüderlicher Gemeinschaft im Gebet und in der Handreichung von Erbauungsschriften. Halle hat damals in reichem Maße auch diese Hilfe geboten.

Schon ein paar Jahre (1717) nach der Berufung des Bagetius zum Superintendenten, sah sich das Kirchenkollegium seiner Gemeinde veranlaßt, dem hinfällig gewordenen Pastor durch Gemeindebeschluß die Superintendentur wegen Altersschwäche abzunehmen. In der That ein eigentümliches Verfahren, welches vonseiten der Obrigkeit, die doch den Superintendenten in sein Amt eingesetzt, unbeanstandet, wahrscheinlich weil unbeachtet blieb. Der Greis scheint sich dem denn doch gar auffälligen, eigenmächtigen Beschluß nicht widerstandlos gefügt zu haben. Aber es hatte dabei sein Bewenden; man achtete des Einspruches nicht. Noch um sechs Jahre überlebte Bagetius diese seine gewaltsam ihm auferlegte Abdankung und konnte so selbst noch Zeuge sein, wie der erste Versuch einer Zusammenfassung der lutherischen Gemeinden des

Reiches unter eine gemeinsame kirchenregimentliche Leitung lautlos und auch spurlos im Dunkel unterging.

Ein Nachfolger in der Superintendentur ward nicht berufen. Moskau und damit im Zusammenhang die Stellung und Bedeutung der lutherischen Gemeinden daselbst für ihre Glaubensgenossen im Reiche trat zurück hinter die Stadtgründung Peter des Großen an der Newa. Nach langem, endgültig erfolgreichem Ringen waren Libland und Estland dem Reiche einverleibt, rein lutherische Provinzen, welche die Ziffer der bis dahin unter russischem Scepter lebenden Protestanten fast um das Hundertfache vergrößerten. Das Schwergewicht der lutherischen Kirche in Rußland konnte fortan nicht mehr in der alten Zarenstadt liegen, nicht einmal in Petersburg, naturgemäß nur in den neuerworbenen Provinzen mit ihrer festgefüzten Kirchenverfassung, mit ihrer seit zwei Jahrhunderten bewährten Treue und Anhänglichkeit an die Reformation und ihr evangelisches Wesen.

II.

Verfassung der lutherischen Kirche

in Rußland

während des achtzehnten Jahrhunderts.

Hatte Peter der Große mit der Gründung der neuen Hauptstadt an dem unternommenen Ausbau seines völlig umgestalteten Reiches das Fenster gebrochen, durch welches sein Volk freien Ausblick nach den Kulturstaaten Europas gewinnen sollte, so öffnete er ihm im weiteren Verfolg seines siegreichen Vorgehens durch die Eroberung und Einverleibung Livlands die erwünschte Pforte, welche seinem Reiche ungehinderten, bleibenden Zugang zu dem völkerverbindenden Meere bot. Keiner Macht gelang es fortan mehr, dem stark gewordenen Rußland dieses Thor wieder zu schließen.

Der endlich und auch endgültig errungene Erwerb ist ein viel umworbener, lange und heiß erstrittener Besitz, bis zur Stunde die kostbarste Perle, die der Reichstrone eingefügt ward.

Zwei Wasserbecken sind es, welche wie ein Paar Riesenmagnete die umwohnenden Völker anziehen und an dem Saum ihrer Ufer Jahrhunderte hindurch den ausschlaggebenden Gang der Weltgeschichte festhalten. Was in alten Tagen bis tief in unsre Zeitrechnung hinein das Mittelländische Meer mit seinen wunderbaren Küstenländern voll Sonnenschein und Lebenslust, mit seinen einzigartigen Ansiedlern, den Griechen und Römern, den Israeliten und zum Meer hindrängenden Arabern gewesen: eine ähnliche Bedeutung hat seit länger als einem halben Jahrtausend das im Norden Europas gelegene Ostmeer, das ebenfalls fast wie ein Binnensee von den umgebenden Ländern eng eingeschlossen wird, als ob es die Hinterländer drängte, an dieses Becken heranzukommen und durch die Berührung mit ihm Recht und Möglichkeit zu erlangen, in den Ring- und Wettkampf der Völker einzutreten. Es ist das *dominium maris baltici*, um welches die Deutschen und Dänen, die Polen

und Schweden und Russen in auf- und niederwogendem Kampf gerungen haben und ringen.

Zuerst diente auch dieses Wasserbecken als Handelsstraße. Die Rolle der Phönizier im Mittelländischen Meer fiel hier deutschen Kaufherren zu. Im Hansabund eng zusammengeschlossen und zu einer fast weltgebietenden Macht herangewachsen, sind diese Handelsherren in kühnem Wagen, voll schaffensfreudigem Unternehmungsgeist weit hineingefahren ins nordische Meer, nach dem ferngelegenen Nebelland. Durch den finnischen Meerbusen die Nema aufwärts, dann durch den Ladogasee in den Wolchow, so haben sie sich die Straße gebahnt nach ihrem Kaufhof in Nowgorod. Aber der Weg war weit, durch heutigierige Seeräuber arg bedroht. Um die Mitte des zwölften Jahrhunderts (1159) ward eine Handelsflotille vom Sturme in das Mündungsgebiet der Düna verschlagen. Beherzten Mutes betraten die Schiffer das fremde Land und setzten sich auch, wie sie das von altersher gewohnt waren, daselbst fest. Ein neuer Stapelplatz für ihre Ware, vielleicht die Düna aufwärts ein rascherer und ungefährdeterer Weg nach ihrem Kaufhof am Ilmensee.

Es war ein gar unwirtliches Gebiet, das sie betraten, ein öder, langhin sich streckender Küstenstrich, landeinwärts von düstern, schier undurchdringlichen Wäldern, von Sümpfen und Morästen durchzogen. Das Land schien noch herrenlos zu sein; denn auf mancherlei und verschiedenartige Stämme stießen die Pfadfinder bei weiterem Vordringen, alles noch heidnisches Volk, roh und wild bis zu empörender Grausamkeit. Das aber schreckte die Hansaleute nicht ab; sie kannten bei ihren Seefahrten keine Hindernisse. Sie blieben auch nicht lange allein; in regem Eifer folgte ihnen auf der gewiesenen Spur zu heidnischen Völkern der Missionar. Als Erstling Meinhart, der fromme und kluge Augustinermönch aus Holstein, in der einen glaubenskühnen Hand das Kreuz, in der andern Hand, weltkundig wie die eines Staatsmannes, das Werkzeug, mit welchem er bei dem livischen Dorfe Neskola an der Düna eine Steinburg errichtet, den heranstürmenden Litauern uneinnehmbar, wie ein Wunder des Christengottes angestaunt von den Heiden. Die stolze Trugburg des Mönchen und der Steinmengen in seinem Gefolge half mächtig zum Verständnis des himm-

lischen Herrn, von dessen Einzug in diese Lande der Missionar predigte. Einzelne kamen heran zur Taufe, die einen überzeugt, mehrere noch nur überredet und genötigt. Es ging durch harte Zeiten und heiße Kämpfe. Die Waffenrüstung, welche Paulus für die Streitgenossen des Herrn gefordert, genügte nicht mehr der verweltlichten Kirche in ihrer Missionsarbeit. Dem Mönchen stellte sie als Gehilfen den Ritter an die Seite. Was das gepredigte Wort nicht rasch genug ausrichten konnte, sollte das Schwert thun. Es war in den eben zu Ende geführten Kreuzzügen blutig gehandelt worden; streitgeübte, kampfgewohnte Arme wollten es nun nicht müßig in der Scheide rosten lassen. Sie sehnten sich nach gleichem Kampfe, unter demselben Zeichen des Kreuzes. Papst Innocenz III. rief die thatendurstigen Reden zum Kreuzzug auf wider die rückfälligen Heiden in Livland. In hellen Haufen folgten sie dem Rufe. Albert v. Buxhövden, fromm und ritterlich, beides zugleich in hoher Begabung Bischof und Staatsmann, ein rechter Kirchenfürst nach dem Wunsche jener Zeit, liebenswürdig und mild im Verkehr, voll hoher Würde und selbstbewußt in seinem Auftreten, führte das Kreuzheer in das Bistum, zu welchem er sich selbst angeboten. Während dreißigjähriger, reichgesegneter Wirksamkeit hat er in siegreichem Vordringen die Grenzmarksteine seines Bistums gesetzt, die bis heute die Grenzlinien der Provinzen geblieben. Sein mit dem Schwerte gewonnenes Gebiet hat er mit fester Hand gehalten, mit ebenso umsichtiger Hand weise geordnet. Er gilt mit Recht als Gründer von Staat und Kirche in Livland; durch ihn ist das Land ein christliches Land von deutscher Art geworden.

Drei Stände lebten sich, jeder in seiner Weise, scheidlich, wenn auch nicht immer friedlich, in dem unterworfenen Lande ein. In den Städten, zumal in Riga und Reval als ihren Gründungen, deutsche Bürger, Hansaleute, die von daheim ihr lübeckisches oder hamburgisches Recht mitbrachten oder übernahmen und treu bewahrten; auf ihren Burgen im Lande die Ordensleute, weitaus die Mehrzahl wackere Reifige aus dem Marke Deutschlands, meist Söhne des uralten Sachsenvolkes von der „roten Erde“, und aus den Gauen des Niederrheins ausgezogen und hier Herren der mit ihrem Blute gewonnenen Erde und was sie trägt geworden;

im Burgfrieden die Ansiedelungen der unterworfenen Einwohner, die ihnen dienten. Und in den Dörfern und Städten die Priester und Mönche mit ihren Kirchen und Klöstern und Abteien, zu reichen und machtvollen Bistümern zusammengeschlossen. Die Ritterschaft war von Bischof Albert nach der Regel des Tempelherrnorden als Schwertorden ins Land geführt, der sich jedoch früh mit dem im benachbarten Preußen zu steigender Blüte heraufkommenden Deutschorden vereinigte. Livland wurde eine Provinz, eine Komturei des Deutschordens; sein Ordensmeister unterstand dem Hochmeister in Preußen.

Aber die drei Stände, Städter, Ritter, Geistliche, reichen nicht aus, ein starkes, einiges Volk zu bilden. Es fehlte in Livland der deutsche Bauernstand: sein Ausbleiben bildet in der schweren, drangsalreichen Geschichte der Ostseeprovinzen den verhängnisvollen Einschlagfaden, der bis in die Gegenwart und in ihrem oft schmerzlichen Geschick sichtbar ist. Die baltischen Provinzen waren in ungünstigerer Lage als das benachbarte, in seiner Bildung verwandte Preußen. Dort fand ungehindert in das eroberte Gebiet nun auch ein Nachschub von Bauern statt, die von einem ähnlichen Wandertrieb wie diese Ritter beseelt, ihnen auf dem Fuße folgten. Sie setzten sich auf dem eroberten Gebiet als Schutzbefohlene der Ritter fest und bildeten entweder einen starken Wall wider die zurückgedrängten heidnischen Bewohner oder nahmen die willigen in ihrer Mitte auf, die im zweiten und dritten Geschlecht dann schon in Sprache, Religion und Lebensgewohnheit ihresgleichen wurden. Dieser Nachschub konnte sich aber nicht wie Dinge in einem Leiche nach den Ostseeprovinzen fortpflanzen; es hatte sich ein anderes, lebenskräftiges Volk dazwischengeschoben, das sich weder verdrängen noch in sich aufnehmen ließ. Noch weniger war der so wünschenswerte und notwendige Nachschub von der Seeseite aus zu erwarten. Der deutsche Adlermann liebt das Wasser nicht; auf der Scholle groß geworden und an ihr haftend, ist ihm das Meer kein vertrautes Element, zumal nicht in jenen Tagen. Er blieb zum großen Nachteil der eroberten Provinz aus.

Die bedenklichen Folgen solch' ungünstigen Verhältnisses wurden früh sichtbar. Auch die Reformation hat sie nicht aufzuheben vermocht; sie lassen sich vielmehr in bedeutsamen Schattentriften in dem

Entwicklungsgang der evangelischen Kirche des Landes nachweisen. Keiner der erwähnten drei Stände ist, weder allein noch in zielstrebendem gemeinsamem Vorgehen, so geeignet wie der Bauernstand oder auch nur befähigt, eine fremde Landbevölkerung dem eigenen Volkswesen einzuverleiben. Die Luft, die sie voneinander trennt, ist zu groß und die Willigkeit der Überbrückung auf keiner Seite vorhanden. Das Landeskind war und blieb ein „Undeutscher“; der Name bezeichnet nicht bloß den Unterschied der Muttersprache, greift viel tiefer, so tief wie die Sprache selbst in dem Wesen eines Volkes wurzelt. Der Herr des Landes war und ist dem Bauer ein Fremdling; es bedurfte nicht starker Einflüsterungen von irgendeiner Seite, dann galt er ihm trotz aller Segnungen, die er seinem Regimente zu danken hatte, als ein Eindringling, ein fremder Gewaltiger, dessen sich zu erwehren jederzeit ein Volk das Recht zu haben glaubt. Unter solchen Verhältnissen konnte die Provinz keine deutsche Kolonie im wahren Sinne des Wortes werden.

Dazu war ihre Lage für den Besitzer ungünstig. Die blühenden griechischen Kolonien an der kleinasiatischen Küste gegenüber dem Mutterland, und damit gewissermaßen in seinem sorgenden Gesichtskreis, waren viel besser daran. Abseits der Heimat gelegen, die dazu im 17. Jahrhundert den tiefsten Niedergang ihrer Geschichte durchlebte, war die Provinz, nach allen Seiten offen, der blutige Tummelplatz der Mächte, die sich die begehrtesten, herrenlose Beute streitig machten. Während die griechischen Kolonien dort am Saume der kleinasiatischen Küste wie eine Schutzmauer den Gebirgsstock im Rücken hatten, der sie von dem Hinterlande trennte, dazu von einem Volke, das lebensmüde seine Aufgabe in der Geschichte bereits vollbracht hatte und nur noch nach müßiger Ruhe verlangte, lagen die baltischen Provinzen landeinwärts im Osten offen da und hatten an der Schwelle lauend ein aufkommendes Volk, zahllose Scharen, einem Heuschreckenschwarm gleich, mit dem unwiderstehlichen Drange, hier im Westen alle Hemmnisse niederzutreten und an das Meer zu gelangen.

Das war nun endlich dem größten Zaren, den Rußland bis dahin gehabt, gelungen.

Das einverleibte Land war durch und durch ein protestantisches Land. Als die Reformation an ihrem Frühmorgen schon ihren verheißungsvollen Einzug nun auch in den Ostseeprovinzen hielt, fand sie eine Bevölkerung vor, die zwar seit ein paar Jahrhunderten äußerlich dem Christentume angehörte, aber unter einem gar dünnen Überzug christlicher Formeln ihr heidnisches Wesen bewahrt hatte und auch in Festen und Bräuchen zeigte, die nur lose und durchsichtig den römischen Satzungen und Ordnungen angepaßt und eingefügt waren. Das ward nun anders. Land und Volk wurden von der Pflugschar der Reformation gründlich reformirt, umgebrochen und neugestaltet. Es ist ein schönes Blatt in der Geschichte der Reformation, im besonderen der lutherischen Kirche, was sie in den Ostseeprovinzen geschrieben und wie sie mit ihrer Predigt das Herz des Volkes ergriff, dasselbe dem Christentum eigentlich erst gewann, indem sie ihm zuerst das reine Evangelium verkündete. Die Segnungen des Evangeliums sind durch die protestantische Kirche reichlich dem Volke zuteil geworden. Wir haben uns nicht vorgenommen, dies fesselnde Blatt zu schreiben; das wartet noch der kundigen Hand eines seiner Söhne. Aber wenigstens eine Zeile dieses Blattes wollen wir zu schreiben versuchen, die von der Geschichte seiner Kirchenverfassung in diesen Landen handelt.

Auch die protestantische Landeskirche nicht und auch nicht ihre Verfassung haben es vermocht, die tief klaffende Spalte zwischen den beiden Teilen der Bevölkerung auszufüllen. Je und je trat und tritt der Unterschied der ungleichen Söhne zutage; unser gegenwärtiges Geschlecht mußte wiederholt Zeuge sein, wie der Gegensatz stark genug war, bei nicht wenigen der Untreue gegen die gemeinsame, mütterliche Kirche Raum zu geben. Peter der Große hatte ein durchaus protestantisches Land gewonnen; aber in ihm standen unveröhnt und fremd nebeneinander hier die Deutschen im Besitze der Macht, da die Esten und Letten ihnen unterworfen und zur Frone verpflichtet. Auch im Kirchenwesen selbst tritt an gar mancher Stelle der Spalt zutage; bedenkliche Stellen, in welche eine gewandte und gewaltthätige Hand, überkommt sie dazu die Lust, leicht Hebel und Brecheisen einsetzen kann, das feste Gefüge des Kirchbaues zu lockern. Wir sind bei

dieser Arbeit zum Glück der Aufgabe überhoben, auf etwaige alte Versäumnisse aufmerksam zu machen. An ein paar Stellen im Fortgange unserer Untersuchung wird dem Einsichtsvollen die Bemerkung sich aufdrängen, daß manche Besonderheit der lutherischen Kirchenordnung, zum Teil unter dem Einfluß dieser Spaltung schärfer ausgeprägt, ihr eher Vorschub geleistet, als daß sie imstande hätte sein können, sie an ihrem Teile aus dem Wege räumen zu helfen.

Nach der gegebenen Überschrift dieses zweiten Theiles unseres Buches haben wir die Verfassungsgeschichte der lutherischen Kirche in Rußland während des achtzehnten Jahrhunderts zu schildern. Wir würden jedoch der unternommenen Gesamtaufgabe nicht genügen, auch nicht in erschöpfender Weise den angegebenen Zeitraum darstellen können, wenn wir nicht weiter zurückgreifend die Entwicklung des Kirchenwesens berichten wollten, welches Peter der Große bei der Einverleibung der Provinz in festgefügtter, scharf umrissener Gestalt vorgefunden.

Der Übersichtlichkeit halber teilen wir den nun umfangreich gewordenen Abschnitt in ein paar Unterabteilungen, wie sie uns der Gang der Geschichte an die Hand giebt. Die Grenzpunkte fallen zunächst fast völlig mit Anfang und Schluß der aufeinander folgenden Jahrhunderte zusammen und gliedern sich in die Zeit der Selbständigkeit der Provinzen nebst der polnischen Periode im sechzehnten Jahrhundert, dann in die schwedische Zeit während des siebzehnten, in die russische während des achtzehnten Jahrhunderts, an dessen Ausgang dann noch Aurland in den Kreis unserer Betrachtung tritt.

1.

Die Anfänge evangelischer Kirchenverfassung in Liv- und Estland zur Zeit der Selbstständigkeit dieser Provinzen.

Der Orden, mit welchem der Bischof Albert v. Buxhövden seinen Kreuzzug wider die heidnischen Ostseeländer unternommen, erwies sich als waderer Gehilfe der Kirche, solange es galt, das Land zu unterwerfen und mit dem Schwerte das Volk zur Taufe zu drängen. Nach blutiger und erfolgreicher Arbeit begehrte der einstmalige Gehilfe ebenbürtiges Recht in dem mit seinem Blute eroberten Lande, das gutwillig einzuräumen die Bischöfe nicht gewillt waren. Jeder Versuch einer friedlichen Teilung hätte endgültig scheitern müssen; denn zwei Herren erträgt auf die Dauer kein Land. Durch Jahrzehnte, durch ein paar Jahrhunderte setzt sich eine erbitterte, nebenbuhlerische Fehde zwischen den beiden Mächten fort, auf der einen Seite eine Kirche, die über solchen Kämpfen immer ärger verweltlichte, auf der anderen Seite ein streitbarer Orden, der aber doch seinen Ursprung als einer geistlichen Ritterschaft nicht verleugnen konnte, beide Teile deshalb im Zwiespalte mit sich selbst. Nach der Weise jener Zeit spielte sich die Fehde wie ein Zweikampf der Heerführer ab, hier der Erzbischof von Riga an der Spitze der Kirche, da der Herrmeister des Ordens, in der Behauptung und Mehrung seiner Stellung Macht und Einfluß der Ritterschaft schützend. In diesem Ringkampf um die Herrschaft rieben sich beide Teile auf. Wenn im auf- und niederwogenden Streit bald der eine, bald der andere Teil nach oben kam, trug ihm der vorübergehende Sieg dennoch

Gefährdung und Schädigung seines Wesens ein und war ein weiterer Schritt auf dem Wege seines Verfalles. Und dies alles, während es in der Tiefe unheimlich gähte und Flammenzeichen einer neuen Zeit sichtbar wurden, die über diese Ringkämpfer und ihre Streitpunkte machtvoll hinwegschreiten wird. In höherem Grade litt unter solchen Fehden die Kirche. Ihre Diener büßten über dem weltlichen Treiben auch den letzten geistlichen Gehalt ein: ein schmerzliches, klägliches Schauspiel für die Gemeinde in den Städten, auf dem Lande. Wie mächtig doch hat das Verkommen der Geistlichkeit nun auch in den Ostseeprovinzen dem Einzug der Reformation und ihrer raschen Ausbreitung Vorschub geleistet. Unwillig hatte sich das fromme Gemüt von der in weltlichem Treiben versunkenen Kirche abgewandt und schaute sehnsuchtsvoll aus, ob kein Helfer komme, der Not eines geängsteten Gewissens zu raten.

So sehr auch der Orden von seiner ursprünglichen Bestimmung, die sich doch nie völlig verleugnen läßt, abgekommen war, im Beginne des sechzehnten Jahrhunderts, an der Schwelle der Reformation hatte er das siegreiche Fest wider die Bischöfe in starker Hand. Ein entscheidungsvoller Schritt noch, so schien es, und die Herrschaft im Lande mußte ihm zufallen. An seiner Spitze stand bei jenem bedeutsamen Wendepunkt seines Geschickes als Herrmeister Walther von Plettenberg, ein echter Sohn seines Westfalenlandes, zäh, ausdauernd, von unentwegtem Rechtsgefühl, aber „däftig“ in seinem Wesen, wie es die Art seiner Landsleute daheim ist, und dies zu einer Zeit, wo ein auch gewaltames, rasches Zugreifen in jenen Sturmestagen doch so geboten gewesen wäre! Er war ein ritterlicher und auch sieggekrönter Held auf dem Schlachtfeld wider die Feinde, die verheerend von Osten her ins offene Land eingebrochen; er war ein maßvoller Friedefürst dem Lande, der unter den schwierigsten Verhältnissen nie verzagte und unermüdlich in männlich-ernstem Abwägen das Steuer führte, und dennoch war er nicht der geniale, kühne Held, sich im Vollbewußtsein der Zeit und von ihrem Angelpunkt, der reformatorischen Bewegung, im eigenen, gläubigen Herzen ergriffen, an die Spitze dieser Bewegung zu stellen. Leicht hätte er für Livland werden können, was drüben im Nachbarland der Hochmeister für Preußen geworden, und es

hätte ihm vielleicht glücken können ohne peinliche Lehnspflicht. Es steht uns Spätgeborenen nicht an, müßige Folgerungen zu ziehen, wie die Verhältnisse geworden, wenn die leitenden Gestalten anders veranlagt gewesen; auch in den Schranken, die Gott einer hervorragenden leitenden Persönlichkeit zieht, weist er der Geschichte den Weg an, den sie in einem Volke wandeln soll.

Zunächst schien die Ritterschaft auf glückverheißenden Weg einlenken zu wollen. Es war ein weiser Schritt von ihr, am Vorabend des entscheidungsvollen Tages mit den Städten in Verbindung zu treten. Die Bürger, zumal in Riga, Reval und Dorpat, waren im Laufe der Zeit stetig wachsend zu einem Einfluß gelangt, der mächtig in die Waagschale fiel; sie hatten schon wiederholt gezeigt, daß sie ihre aus der alten Heimat mit herübergebrachten Rechte und Ordnungen, an denen sie mit der ganzen, zähen Treue eines damaligen deutschen Bürgers hingen, wider Bischöfe und Orden zu wahren wußten. Ihre Bundesgenossenschaft mußte ausschlaggebend wirken. Es war im Frühjahr 1522, daß auf der großen Gildstube zu Dorpat die Ritterschaft mit Rat und Älterleuten der Stadt eine Einigung schlossen; wenige Wochen später kam ein solcher Trugbund zunächst für zwei Jahre auf dem Landtage zu Wolmar zustande.

Lonangebend unter den Städten der Ostseeprovinzen waren damals Riga und Reval. Ein rechtes, echtes Stück der Heimat hatte sich hier wie auf einem weit hinausgerücktem Vorposten festgesetzt. Deutsches Recht, deutsche Sprache, deutsche Sitte und Brauch beherrschte und ordnete alles in festem Gefüge in diesen Hansaansiedelungen; da war im Leben und Wandel kein Unterschied merkbar zwischen diesen blühenden Städten und etwa Lübeck und Hamburg. In steter und reger Fühlung blieb man mit der alten Heimat. Was die deutschen Lande in jenen Tagen bewegte, fand lauten, geistverwandten Nachhall hier. Darum auch hier in den Städten und unter seinen Bürgern das tiefe Sehnen und Sorgen um der Seele Seligkeit, von dem so wunderbar und geheimnisvoll das deutsche Gemüt ergriffen war, auch hier mit diesem Zuge Schritt haltend der immer stärkere Unwille wider das Treiben einer Kirche, die dem armen Volk für seinen Hunger nach dem Wort Gottes Steine statt Brot bot, die immer entschiedener,

innere Ablehr von dieser Kirche und ihrer Geistlichkeit, für deren tägliche Ärgernisse sich das Auge nur allzu sehr schärfte.

Und nun drang mitten in dieses Sehnen und Warten der Hahnruf des deutschen Reformators laut über das Meer herüber! Sein gewaltiges Wort wirkte wie eine Erlösung; in den Bürgerhäusern, auf den Handwerksstuben gingen die Flugblätter des kühnen Mönchs von Hand zu Hand. Seine Schriften — so kann der Sekretär des Rates in Riga bereits 1522 an Luther melden — werden mit Eifer gelesen. Den Schriften folgten bald beredte Boten, die, von der tiefgehenden Bewegung ergriffen, das Evangelium in den ferngelegenen Städten predigten. Die wackeren Bürger hatten schon seit einiger Zeit, weil die Kirche im Lande den Schulunterricht völlig vernachlässigte, ihre begabtesten Söhne nach Deutschland zur Erziehung gesandt. Zumal in Treptow befand sich eine Schar jugendlicher Livländer; die dortige, weithin als tüchtig anerkannte Schule stand unter Leitung des später so berühmt gewordenen Reformators und Kirchenordners Bugenhagen, der damals schon von den Schriften Luthers ergriffen und für das Evangelium gewonnen war. Der blinde Eifer des Bischofs von Pommern wider den auf seiner Schule sich regenden Geist diente als Werkzeug, Funken dieses Feuers bis nach Riga zu werfen, die hier alsbald auf bereitem Boden zur hellen Lohe aufschlugen. Die von Treptow vertriebenen Livländer nahmen ihren Lehrer Andreas Knoplen mit in die Vaterstadt. Hier predigte der von dem Evangelium ergriffene Mann eine Weile unter immer steigendem Zudrang der Gemeinde; schon nach ein paar Monaten stellte ihn der Rat der Stadt als Archidiaconus bei der Domkirche an; wenige Wochen später erhielt er in dem Prediger Silvester Tegetmeier aus Hamburg, den ebenfalls der Rat der Stadt an die Jakobikirche berief, einen Gefinnungs- und Arbeitsgenossen, weitere evangelische Prediger wie Rham, wie Moller folgten, sie alle in der gleichen Weise der Berufung.

Wir sind in raschem Fluge an dem Punkte angelangt, wo unsere besondere Aufgabe einzusetzen hat.

Der Rat der Stadt beruft und setzt die neuen Prediger ein, als ob es selbstverständlich nur ihm zulomme und kein Erzbischof mehr im Weichbild der Stadt wohne. Das zunächst doch gewiß

befremdliche und auffällige Thun giebt bei dem so spärlichen Lichte, das noch immer auf die Anfänge der Reformation in den Ostseeprovinzen fällt, doch schon über ein zwiefaches bedeutsame Auskunft: wie nachhaltig und stark bereits nach so kurzer evangelischer Verkündigung das Übergewicht von Männern im Räte der Stadt gewesen sein muß, welche sich entschieden der so tiefgehenden Reformationsströmung angeschlossen und nicht davor zurückzucken, sich wider die bischöfliche Macht auf ihrem eigensten Gebiete der Kirche aufzulehnen; dann aber auch, daß sie bei solch' ungewöhnlichem, selbständigem Vorgehen doch eben nur beherzigt und ausgeführt, was zwei Jahre zuvor Luther in seiner bahnbrechenden Schrift „an den christlichen Adel deutscher Nation“ mit überwältigender Beredsamkeit gelehrt. Gerade dieser entschiedene Losgebrieß von Rom und seiner Vergewaltigung der Gemeinde hatte bei Männern wie Bugenhagen und Knoplen den „Anstoß zu einer ewigen Bewegung“ gegeben; fortwirkend war dieser Anstoß über die Bürger der Stadt gekommen. So wie in dieser Schrift war seit der Apostel Tage nicht mehr das unantastbare Recht aller und jedes Christen, ein heiliges Volk und königliches Priestertum zu sein, betont worden. Mit kühner Hand zerreißt hier Luther die Knechtesbanden, welche die Priester dem Laienvolk angelegt; aber als ein wahrer Reformator, kein Revolutionär, knüpft Luther mit kühner Hand, im kühnem Gedankenflug ein neues Band der Gemeinschaft um die Freigewordenen, auf daß sie nicht zur Willkür auseinanderfallen. Den öffentlichen Dienst am Wort und Sakrament räumt er nur denen ein, welchen „die Gemeinde, die das Evangelium hat“, das Amt verwilligt. Dem deutschen Reformator ist diese Gemeinde an jenem Frühmorgen noch die christliche Obrigkeit; denn ihre Glieder sind „Mitchristen, Mitpriester, mitgeistlich, mitmächtig in allen Dingen.“ Wie eine neue Offenbarung taucht mit elementarer Kraft dieser Reformationsgedanke auf und steht in voller Großheit und noch unangetasteter Schöne da, die Kraft in sich tragend, eine ganze Weltanschauung umzugestalten. Die Wirklichkeit säumte ja nicht, auch hier arge Widerrede einzulegen, und Luther hat bald schon auch der Widerrede starken Ausdruck verliehen. Aber dieser Wandel fällt in etwas spätere Zeit; in Riga wirkte noch ungetrübt die ursprüngliche reformatorische

Anschauung jener gewaltigen Schrift, und das macht uns die ganze Bewegung auch in kirchenrechtlicher Beziehung so ungemein fesselnd.

Noch an einem anderen Punkte ist es uns trotz der ungemein lärglich fließenden Quellen vergönnt, im Fortgang der reformatorischen Bewegung in Riga die selbständige und elementare Entfaltung des ursprünglichen Reformationsgedankens in bezug auf Gemeindebildung zu beobachten. Ein paar Jahre nach der Berufung der evangelischen Prediger und wohl auch als Frucht ihrer gesegneten Wirksamkeit tritt die christliche Gemeinde zusammen, in Anleitung des Wortes Gottes Kirchenzucht zu üben. Diese christliche Gemeinde ist in engeren, man ist versucht zu sagen, aristokratischeren Grenzen abgeschlossen, als diejenigen gewesen sind, auf welche sich am Tage der ersten Pfingsten der heilige Geist nieder senkte: es war die bürgerliche Gemeindevertretung, wie sie sich aus der großen und kleinen Gilde und aus der Bruderschaft der Schwarzhäupter zusammensetzt. Die Gemeinde forderte in dem vorliegenden Falle von zweien ihrer Prediger, den Pastoren Knoplen und Rham, in der Domkirche eine öffentliche Disputation mit einem gewissen Antonius Bomhouwer zu veranstalten, der in einem Schreiben die Rechtfertigung allein durch den Glauben angetastet*). Sie unterziehen sich dem gewordenen Auftrag. Darauf kommt die Gemeinde in der großen Gildstube zusammen und erkennt nach reiflichem Erwägen, daß die Meinung Bomhouwers gottlos, irrig und teuflisch sei, die aber ihrer Prediger auf Grund der heiligen Schrift göttlich, heilsam und wahrhaft. Man fordert den Andersgläubigen zum Widerruf auf; die Prediger versuchen, ihn nochmals gütlich aus der heiligen Schrift zu widerlegen, zu überzeugen. Alle Mühe umsonst: „es gingt uns alse men secht: eyn alth hundert is quadt bendich tho maden“. Nun teilt die Gemeinde dem Rat mit, daß sie es nach Inhalt des göttlichen Wortes damit nicht bewenden könne lassen und sich genötigt sehe, unvorsänglich alle dem, was ein ehrfamer Rat wider ihn hätte, gegen den Widerspenstigen vorzugehen. Sie beauftragte Knoplen, ihn in

*) Vgl. die Studie von Schiemann (in der „Baltischen Monatschrift“ 1885, S. 351): Antonius Bomhouwer und Andreas Knoplen.

den Bann zu thun und den Gebannten aus der Gemeinde zu verstoßen, „daß ein jeder ihn vermeide, bis daß er seinen aufgeblasenen Sinn dem Worte Gottes unterwürfe, gefangen gebe und Gnade begehre.“ Knoplen vollzog, wie er schreibt, in Kraft göttlichen Wortes den Bann; öffentlich vom Predigtstuhl aus hat er den Bomhouwer „als ein abgeschiedenes Gliedmaß abgerufen (aufgeschregghen).“

Auch dieser Zug aus dem frühesten Gemeindeleben der Evangelischen zeigt, wie rasch und entschieden sich in Riga der Wandel vollzogen und die reformatorische Bewegung der ganzen Bürgerschaft bemächtigt. Und dies alles, während die Stadt noch ihren Erzbischof hat und das Räderwerk der kirchlichen Verwaltung seinen altgewohnten Gang fortsetzt, als ob es von dieser Strömung nicht berührt würde. Man darf wohl sagen, daß die ungehinderte Predigt des Wortes Gottes den staunenswerten Umschwung in der Gesinnung und dem Leben der Bürger fast widerstandlos zustande gebracht. Der Vorgang gemahnt auch hier so sehr an die apostolische Zeit: das Alte vergeht, siehe es ist alles neu geworden. Der Glaube kommt aus der Predigt, die Predigt durch das Wort Gottes. So ist auch anfänglich von einer geregelten Kirchengestaltung, von Klärung der Verhältnisse von Kirche zu Kirche, von Kirche zu Staat kaum die Rede; wenn nur das Wort rein und lauter gepredigt und geglaubt wird. Alle die anderen, kirchbildenden Fragen scheinen zunächst noch wenig zu verschlagen. Daraus auch läßt sich das rege Bedürfnis erklären, vor allen Dingen eine evangelische Gottesdienstordnung zu erhalten. Reval, Pernau hatten sich 1529 an den Rat zu Riga gewandt, eine solche Ordnung zu einerlei Weise, Form und Gestalt des Kirchendienstes für Livland auszuarbeiten.

Der Rat ging auf die Bitte ein und beauftragte mit ihrer Erfüllung den Dr. Brießmann, den er schon im Jahre 1527 von Königsberg aus nach Riga berufen hatte. Zusammen mit Knoplen kam Brießmann dem Auftrage nach. Seine „kurze Ordnung des Kirchendienstes mit etlichen Psalmen und göttlichen Lobgesängen“ vom Jahre 1530 ist uns erhalten *). Das zumal für Hymno-

*) Dr. Joh. Geßten hat das Büchlein mit einer geschichtlichen Einleitung

logen ungemein wertvolle Büchlein bietet auch für unsere Aufgabe bedeutsame Winke. Es ist keine Kirchen-, vielmehr nur eine Gottesdienstordnung. Das Vorwort sucht die gebotene Ordnung vor der Gemeinde zu rechtfertigen. Die weitläufige Art, wie es geschieht, haben wir sicherlich nicht allein der Redseligkeit des Verfassers zu buchen; man hört heraus, daß er ausführlich ernste Bedenken und Schwierigkeiten gegen diese Formen innerhalb der Gemeinde beschwichtigen und wegräumen will. Mit Feuereifer war der begabte und beredte Acetmeyer wider die Irrtümer der römischen Kirche und die Mißbräuche des Gottesdienstes vorgegangen; es fehlte infolge davon nicht an Bilderstürmerei, an gewaltsamem und auch schonungslosem Abthun dessen, was sich mit dem Wort Gottes nicht zu vertragen schien. Der „sanfte und gelinde“ Knopfen mochte wohl manche Mühe haben, den rücksichtslos vorwärts stürmenden Amtsbruder zurückzuhalten und sein ungestümes Vorgehen zu zügeln. Was der beredte Mann begehrte, scheint Beifall und Zustimmung in der Gemeinde gefunden zu haben; besaßen doch auch seine Forderungen den schwerwiegenden Vorteil der Folgerichtigkeit.

Auch Briegmann räumt bei der Befürwortung seiner an das Herkommen enger sich anschließenden Vorschläge ein, daß rechtschaffene Christen ihren Gottesdienst innerlich haben und den Vater im Geiste und in der Wahrheit anbeten; aber die christliche Kirche — so fährt er nach diesem Zugeständnis fort — sei allezeit ein Hospital von Kranken an der Seele und besitze mehr Schwache wie Starke. Es gelte, Rücksicht zu nehmen auf die Jugend, auf die einfältigen Laien, die Ungläubigen, die Fremdlinge, um derer willen die äußeren Ceremonieen nicht zu entbehren seien. Das ist aber eine Begründung nicht aus der Sache selbst, sondern aus ihrem Wesen fremden Nebenumständen, an deren Abstellung mit Ernst die evangelische Predigt und Seelsorge zu arbeiten hat. In dem Maße als ihre Arbeit mit Erfolg gekrönt wird, vereinfacht sich dann auch der Gottesdienst und seine Nothelfer werden hin-

unter dem Titel „Kirchendienstordnung und Gesangbuch der Stadt Riga nach den ältesten Ausgaben von 1530 ff. kritisch bearbeitet“ herausgegeben (Hannover 1862).

fällig. Eigen doch, daß Brieffmann den von Luther in seiner Begründung der Messeformel angeführten Punkt, daß unleugbar Christus selbst einen Ritus nach göttlicher Anordnung eingelegt habe*), nicht erwähnt. Würde der Nachweis gelingen, so wäre für den Christen die schwierige Angelegenheit geordnet.

In der Gottesdienstordnung lehnt sich Brieffmann an die von Luther selbst ein paar Jahre früher aufgestellte Weise an. Nicht vollständig freilich; genauer noch an die bereits auf gleicher Grundlage stattgehabten, wenn auch nur leisen Veränderungen, die sich in der von den Bischöfen Georg v. Polenz und Erhard v. Queis bearbeiteten „Landesordnung des Herzogtums Preußen“ finden**). Als diese Landesordnung auf Befehl des Herzog Albrecht 1525 aufgestellt wurde, befand sich Brieffmann bereits seit zwei Jahren in angesehener Stellung in Königsberg, wohin er als Freund Luthers berufen war, die reine, evangelische Lehre zu verkündigen. Er mag wohl bei der Ausarbeitung zugezogen worden sein, und was er damals mit fertiggestellt, das diente ihm in Riga als Vorbild. An ein paar Stellen findet eine wörtliche Übereinstimmung statt. Die Abweichungen von der Aufstellung Luthers sind unwesentlich; bemerkenswert aber für uns als Zeichen, wie, völlig im Geist des großen Reformators, keine allgemein gültigen Ritualformeln aufgestellt, sondern den einzelnen Landeskirchen die Freiheit bewahrt werden solle, nach eigenem Ermessen mit Rücksichtnahme auf besondere, örtliche Verhältnisse ihren Kultus auszugestalten.

Auf ein paar für unseren Zweck beachtenswerte Punkte dieser ältesten evangelischen Gottesdienstordnung für Livland sei hingewiesen: Noch wird die lateinische Sprache nicht völlig aus der Liturgie verbannt, trotzdem Reval schon seit sechs Jahren entschieden vorgegangen und jedes lateinische Wort aus dem Gottesdienst entfernt***). Den im ganzen spärlichen Überresten wird ihr

*) Vgl. Richter, Die evangelischen Kirchenordnungen des 16. Jahrhunderts (Weimar 1846) I, 3.

**) Abgedruckt bei Richter a. a. O. I, 28.

***) Vgl. den aus neu ausgeschlossenen Quellen geschöpften Aufsatz von Bienemann („Baltische Monatschrift“, 1882, S. 431): „Die Anfänge unserer Reformation im Lichte des Revaler Ratsarchivs“. Dasselbst lautet es in der

Dasein gegönnt mit Hinweis darauf, daß doch auch Paulus „den Zungen oder fremden Sprachen“ in der christlichen Gemeinde nicht gewehrt (! 1 Kor. 14), auch zur Übung der Jugend, die in den Schulen nun wieder zunimmt. Letzteres ein Wink, daß frühzeitig schon sich die evangelische Kirche in Riga der unter dem Krummstab in letzter Zeit selbst in der Stadt, geschweige denn auf dem Lande, völlig daniederliegenden Unterweisung der Jugend angenommen. Dieser zwiefache Hinweis ist aus der preussischen Landesordnung herübergenommen und läßt darauf schließen, wie Briegmann hüben und drüben alsbald eine besondere Aufmerksamkeit der Hebung der Schule zugewandt, ohne welche als ihre erstgeborene Lieblingstochter von Anfang an die evangelische Kirche kaum gedacht werden kann. Der dritte Hinweis der Landesordnung auf die vielen Undeutschen im Lande ist hier übergangen; die Letzten mögen in so geringer Zahl in Riga ansässig gewesen sein, daß auf sie noch keine Rücksicht im Gottesdienst genommen wurde; dazu kommt, daß Briegmann und Knoplen als Fremdlinge mit den Verhältnissen auf dem Lande noch wenig vertraut sein mochten. Das änderte sich ja bald und günstig, in dem Maße als die evangelische Lehre nun auch aufs Land drang und feste Wurzeln in der Bevölkerung schlug.

Nicht vom Altar, sondern vom Lesepult aus mitten in der Gemeinde findet während der Liturgie die Verlesung zuerst der Epistel, dann des Evangeliums statt und zwar nicht der Perikope des betreffenden Sonntags, sondern fortlaufend aller Evangelien und Episteln, etwa ein halb Kapitel oder weniger auf einmal, danach es der Sinn erfordert. Vielleicht darf zum näheren Verständnis dieser knappen Mitteilung aus der preussischen Landordnung die ausführlichere Darstellung auch für Riga ergänzt werden. Danach setzte sich diese fortlaufende Verlesung durch die täglichen Metten und Vespers fort, mit Ausdehnung auch auf das Alte Testament bei der Mette, während bei der Vesper das Neue Testament zur Verlesung kam und zwar beides „mit einer gangß kurzen an-

Gottesdienstordnung des Revaler Pastor Lange vom Jahre 1524: Aller Gottesdienst soll in deutscher Sprache geschehen, es seien Gesänge oder Messen.

geheßten anzeigung des vorstants und brauchs oder nutz es solcher gelcsen schrift“. Aus dieser heilsamen Auslegung des ganzen Wortes Gottes stammt großenteils die genaue Schriftkenntnis unserer evangelischen Altvordern. Unter den Festtagen ist gründlich aufgeräumt; alle Heiligen- und Aposteltage sind gestrichen, ebenso Johannis- und Michaelistag. Nur „das gedechtnuß der heyligen und großen gnadenreichen werlt Christi unsers Herrn unnd erlösers, die uns zu trost geschehen sind (als nemlich Weihnachten, Circumcisionis, Epiphanie, Purificationis, Annunciationis, Ostern, Pfingsten, Ascensionis Christi unnd Visitationis, diemeyl das die erste offenbarung Christi ist gewesen, da er noch in mutter leib war, Donnerstag und Freytag vor Ostern) wird mit predigten und ermanung des Volts jerlich begangen.“

So war in Riga das Kirchenwesen der jugendlichen evangelischen Gemeinde zu der Zeit schon geordnet, als auf dem Reichstage zu Augsburg das von Melanchthon verfaßte, von Luther gutgeheißene Bekenntnis überreicht wurde. Mit herzlichster Teilnahme hat der deutsche Reformator den überraschenden und so ruhigen Verlauf der Bewegung in der fernegelegenen Hansestadt, im ganzen dortigen Lande verfolgt. Sendschreiben und Briefe an einzelne sowohl, als auch an „alle Christen zu Righe, Revel und Lerbthe (Dorpat) in Liefland“ bezeugen seine jubelnde Freude über diesen Aufgang und Fortschritt des Evangeliums am Ostseestrande: wie ein Wunder dünkt es ihm.

Es sind doch nur ein paar Bruchstücke, die uns von der Reformation und der ersten Gestaltung evangelischen Kirchenwesens in Riga bis jetzt Kunde geben. Noch auf recht fühlbare Lücken stößt eine eingehende Untersuchung fast bei jedem Schritt. Genauer sind wir über die Anfänge der Kirchenbildung in der Schwesterstadt Reval unterrichtet. Günstiges Geschick hat ein ungemein wertvolles Schriftstück vor dem Untergang bewahrt; nachdem es ein paar Jahrhunderte fremd und vergessen in einem Altenbündel vergraben

lag, hat vor kurzem erst ein von warmem, vaterländischem Sinn rege angefachter Eifer im Aufspüren urkundlicher Schätze der heimischen Geschichte den lothbaren Fund unverhofft zutage gefördert, der ein helles, schönes Licht auf den Beginn der Reformation in Reval und die besonnene, zielbewusste Stellung wirft, die von vornherein der Rat der Stadt zu ihr eingenommen *). Der Rat ist so garnicht von der Wendung der Dinge überrascht, als ob er auf ihr Kommen lange voraus sich gerüstet; und als die sich überstürzenden Ereignisse in der kleinen Hansestadt rasche Stellungnahme fordern, da ist er sich des einzuschlagenden Weges in ruhiger Klarheit alsbald bewußt und auch schlagfertig, ihn furchtlos zu betreten. Durch dies ihr Verhalten rückt die entlegene Hansestadt, was die frühe und für ein kleines Gemeinwesen, zumal ein städtisches, schier vorbildliche Aneignung und Verwertung des Reformationsgedankens bei der so ungemein schwierigen und erschwerten Regelung des Verhältnisses der evangelischen Kirche zur christlichen Obrigkeit betrifft, in die Vorderreihe der protestantischen Staaten und darin an beachtenswerte Stelle.

Der Rat von Reval war für eine solche Ordnung der Dinge von vornherein begünstigt. Weil er von seinem Rechte zum Einschreiten überzeugt ist, ja weil er sich zur Ausübung dieses Rechtes verpflichtet glaubt, das verleiht all' seinen Schritten die schöne, zweifelloste Klarheit, die wundervolle Ruhe, die sichere Thatkraft des Verfahrens. In Reval gilt seit Gründung der Stadt lübisches Recht. Der Rat ist sich der dadurch gewährleisteten großen Selbstständigkeit stolz bewußt, seine Bürger sind bereit und wehrhaft, dies ihr gutes Recht gegen jedermann zu schützen. In der Ratsstube ward sorgsam die Urkunde aufbewahrt, in welcher Christophorus von Dänemark bereits 1257 der Stadt dies ihr Recht wohlverbrieft bewilligt; gleich hochgehalten ist das andere, wertvolle Schriftstück nebenan, in welchem 1284 der Bischof Johannes von Reval mit dem gesamten Domkapitel im Auftrage des

*) Der um die vaterländische Geschichte verdiente Forscher Wienemann ist der glückliche Finder; die Urkunden sind abgedruckt und (außer in dem bereits erwähnten Aufsatz der „Baltischen Monatschrift“) verwertet in der Broschüre „Wienemann. Aus Livlands Luthertagen“. Reval 1883.

Königs Erich von Dänemark und mit Gutheißung des Erzbischof von Lund, welchem das Revaler Bistum untergeordnet war, den Bürgern alle geistlichen Rechte in Synodalibus und anderen Dingen, so wie sie in der Stadt Lübeck gehalten werden, feierlich für alle Zeit überträgt. Diese *jura spiritualia in synodalibus* scharf zu bestimmen ist doch nicht so ganz leicht; Grenzstreitigkeiten öffnen sie Thür und Thor. Sie sind auch nicht gleichwertig mit dem, was seit der Reformation und in ihrem Anlaß mit dem *jus episcopale* *) bezeichnet wird. Aber wiederholt in späterer Zeit hat man in Reval jene gewährten Rechte als seit alter Zeit dem Räte verliehenes *jus episcopale* bezeichnet; sein sicheres, entschiedenes Auftreten jetzt am Frühmorgen der Reformation mag als Beleg dienen, daß diese Meinung schon den damaligen Rats-herrn als Richtschnur ihres Verhaltens diene.

Wir sind in der zweiten Hälfte des September 1524 in Reval. Schon seit ein paar Jahren besigt die Stadt drei ausgezeichnete evangelische Prediger, Lange, Hasse, Marlow, die ohne Widerstand das lautere Wort Gottes verkündiget, das alsbald tief und herzlich von der Bürgerschaft aufgenommen wird. Auch hier wie anderwärts ist diese alsbaldige und tiefgründende Zustimmung Zeichen auch der starken Entfremdung von der verweltlichten Kirche, und zwar aus Sehnsucht und Sorge um der Seele Seligkeit. Das Feld war zur Ernte reif und die gewiesenen Schnitter emsig und treu an der Arbeit, die Garben zu binden. Der Wandel vollzog sich ruhig, unmerklich, wie schweigend der Lenz seinen Einzug in Wald und Wiese hält. Aber nun sollten in einem besonderen Falle den Mönchen in der Stadt Rechte zugesprochen werden; die Antwort der erregten Bürger, die bereits innerlich mit dem römischen Wesen gebrochen hatten, bestand in einem Bildersturm zunächst auf das verhaßte Dominikanerkloster, dann weiter sich fortwälzend auf die anderen Kirchen. Der Rat in klugem, klarem Erwägen verstand es, die Antwort in ihrer tieferen Bedeutung zu werten, daß sie die rohe, derbe Losagung von Rom bedeute. Dementsprechend und selbst gleicher Gesinnung hat er mit starker

*) Vgl. Richter, Lehrbuch des katholischen und evangelischen Kirchenrechts (VIII. Aufl. Leipzig 1886) S. 170.

Hand jedem weiteren, zuchtlosen Vorgehen gewehrt, gleichzeitig aber auch von den evangelischen Predigern den Entwurf einer christlichen Ordnung im kirchlichen Regiment verlangt. Die Prediger säumten nicht, dem Begehren nachzukommen; schon nach zwei Tagen reichten sie den geforderten Entwurf ein. Unter den Schriftstücken des glücklichen Fundes befindet er sich; aus ihm und den ebenfalls vorgefundenen, daran sich anknüpfenden Verhandlungen und Entschlüssen des Rates können wir uns ein Bild dieser ältesten evangelischen Kirchenordnung des Landes machen.

Das sind in kurzem die bedeutsamen Umriffe.

Selbstverständlich ist um diese frühe Morgenstunde der Reformation von einer Berufung auf ein Bekenntnis der jugendlichen Kirche noch keine Rede. Ihr Bekenntnis bestand in der klaren, offenen Predigt des reinen Schriftwortes, dessen seligmachender Inhalt noch wie in der apostolischen Zeit das genügende Band bildete, die von der evangelischen Wahrheit Ergriffenen zu einer brüderlichen Gemeinschaft zusammenzuschließen und gegen die alte Kirche hinlänglich und scharf abzugrenzen. Die besonders beliebte Auslegung des Römerbriefes *) zeigte auch einem blöden Auge das heilige Recht des hauptsächlichsten Trennungspunktes, unserer Gerechtigkeit vor Gott, nicht durch die Werke, sondern allein durch den Glauben an Christum Jesum. Erst im weiteren Fortgang stellt sich das Bedürfnis ein, genauer und schärfer die Umriffe der sich ausgestaltenden Kirche abzugrenzen. Wo sich in dieser frühesten Zeit Anfänge einer Kirchenordnung finden, da ist es so ungemein fesselnd zu beobachten, wie die gleichen, dem Schriftwort entnommenen gemeindebildenden Grundgedanken an den verschiedenen Endpunkten der reformatorischen Bewegung selbständig und unabhängig voneinander zutage treten. Luthers erste Äußerungen über das Wesen der christlichen Gemeinde, ihre Rechte und Pflichten liegen nicht fernab von dem, was dann später in den reformirten

*) Von Briegmann sowohl als auch von Knoplen liegen Erklärungen des Römerbriefes vor; von ersterem nur handschriftlich in Königsberg, von letzterem im Druck veröffentlicht und mit Anmerkungen von Melancthon versehen (vgl. Rede und Papierst., Schriftstellerlexikon Mitau 1829 I, 262 und II, 460).

Kirchen der Gemeinde zuerkannt wurde; die Revaler Schriftstücke haben dem glücklichen Finder mit Recht den Eindruck gemacht, daß in den Ordnungen etwas von dem Geiste walte, der in Genf die Gründung eines Gottesstaates wagte. Und die Vorbedingungen in Reval lagen soviel günstiger als in Genf, wo es Calvin zunächst galt, den Händen der Libertiner das Heft zu entwinden. Hier in der Hansestadt dagegen eine Obrigkeit, die seit Gründung des Gemeinwesens und zugleich durch die besondere Art ihrer Gründung bedingt, das Religiöse in engste Verbindung mit dem ganzen Staatsleben gerückt und in dieser rege unterhaltenen Verbindung den Lebensnerv ihres Bestandes besaß. Es ist auch für einen Staatsorganismus schwer, seine Ursprünge zu verleugnen.

Für diese allein auf Gottes Wort sich erbauende Gemeinde, zu welcher sich die in den beiden vorhandenen Kirchspielen von St. Olai und St. Nikolai lebenden Einwohner der Stadt zählen, wird nun die Ordnung festgesetzt, daß die oberste kirchliche Gewalt bei dem Rat als dem rechtmäßigen Vertreter der Stadt ruht. Dem Räte tritt mitwirkend zur Seite die Gemeinde, aber ähnlich wie in Riga, nicht in der Ausdehnung der apostolischen Zeit, sondern entsprechend damaligen städtischen Rechtsverhältnissen die Bürgerschaft in der engern Umgrenzung der bestehenden, festgeschlossenen Gilden und Korporationen. Rat und Gemeinde wählen und setzen ein den „obersten Pastor“ (Superintendenten), der dadurch Mitinhaber der Kirchengewalt wird und auf dem geistlichen Gebiete große Selbständigkeit erhält. „Soweit er sein Thun vor Gott und jedermann zu verantworten weiß“, hat er seines Amtes zu walten. Er ordnet den Gottesdienst und seine Anordnung macht der Rat zum Gesetz; er wählt und stellt an die Prediger und Kirchendiener der Stadt, mit der alleinigen Einschränkung, daß er das betr. Kirchspiel um Rat und Zustimmung angeht. Dagegen ist in reinlicher und klarer Scheidung des Geistlichen und Weltlichen dem Superintendenten jede Mitwirkung bei der Verwaltung des Kirchengutes genommen; er hat sich in seiner Wirksamkeit nur auf das Geistliche zu beschränken. Die Sorge für das Kirchengut ist Kirchenvormündern überwiesen. In jedem der beiden Kirchspiele werden zu diesem Amte gewählt ein Ratsglied, zwei Glieder jeder der drei Gilden und ein Glied der

Schwarzenhäupter. Ihnen liegt vorzugsweise die Obhut und Verwaltung des „gemeinen Lastens“ ob, in welchen sowohl die Einkünfte der Kirchen, als auch die Sammlungen und freiwilligen Gaben fließen und aus dessen Bestand die Ausgaben der Kirche und die Armenversorgung bestritten wird. Selbstverständlich, daß bei dem letzteren Rat und Wunsch des Superintendenten gehört und beachtet wird, wie auch er wieder anderseits bei der Anstellung von Predigern und Kirchendienern den Rat der Vormünder des betr. Kirchspiels erwägt, welche ihren Wunsch und Meinung in Übereinstimmung mit den von ihnen vertretenen Korporationen geben.

Es ist sehr beachtenswert, daß in der dem obersten Pastor überlassenen Gottesdienstordnung der erste Superintendent Lange mit der Entfernung der lateinischen Sprache aus dem Gottesdienst entschieden durchgriff. Auch das Vorgehen Luthers, der sich zu einer völligen Aufgabe dieses Unwesens nicht entschließen konnte, machte den wackeren Mann nicht irre; leider fehlt uns ein genauerer Einblick, inwieweit Lange sich bei den weiteren liturgischen Anordnungen entschlossen, mit dem Herkommen mutvoll zu brechen und rein evangelische Anschauungen zur Geltung zu bringen. Auch über die Kirchenzucht fehlen uns eingehende Nachrichten; vielleicht weil keine bestimmten Anordnungen getroffen wurden. Einen hoffnungsvollen, vielversprechenden Anlauf dazu nahmen die drei evangelischen Geistlichen gleich am Anfang der reformatorischen Bewegung. Sie gaben den Rat, daß es in Reval nicht wie in Riga und vielen anderen Städten gehalten und offenbare Schande, Sünde und Laster geduldet werde; deshalb kündige man den „losen Frauenzimmern“, auf daß manchem jungen Gesellen Ursache gegeben werde, sich übler Gelüste (qwadon nucken) zu enthalten und in den ehelichen Stand zu treten. Dem tüchtigen Ratschlag ward leider keine Folge gegeben. Man glaubte genug gethan zu haben, wenn man gegen ein anderes sittliches Unwesen, die Spielwut, entschlossen vorging. Es mag sein, daß der fehlgeschlagene Versuch den Superintendenten abschreckte, das ernste, wichtige Gebiet weiter zu verfolgen. Zu der echt apostolischen Fürsorge für die Armen, die sich in dem Vorschlag der Geistlichen zur Errichtung des Gotteslastens in so schöner Weise gleich am An-

fang der Bewegung aussprach, trat frühzeitig das andere Lebenszeichen evangelischer Gesinnung, daß der Superintendent dem Rat die Errichtung einer Schule an St. Nikolaus warm ans Herz legte, „auf daß man die Kinder in guten Lehren und Tugenden unterweisen möchte“. Der Vorschlag hatte günstigeren Erfolg als der andere, der Unzucht in der Gemeinde zu wehren.

Im weiteren Verfolge läge uns nun ob, von Dorpat, der dritten größeren Stadt in Livland, zu reden. Auch sie besitzt ihre das Leben umgestaltende Reformationsgeschichte; hätten wir uns vorgenommen, diese zu schreiben, so würde uns die Stadt am Embach ein fesselndes Blatt liefern von den besonderen Schwierigkeiten, welche die Bürgerschaft bis zum endgültigen Siege zu überwinden hatte, ebenso von den drohenden Gefahren, mitten in diesen Kämpfen von der gesunden evangelischen Entwicklung auf schwarmgeistige Abwege verleitet zu werden. Da uns aber die schließliche Ausgestaltung keinen besonderen unterschiedlichen Beitrag für unsere Aufgabe, vielleicht aus Mangel vorhandener Quellen, bietet, können wir schweigend an Dorpat vorübergehen und diesen ersten, so wichtigen Abschnitt der evangelischen Kirchenordnung in Livland, durch welche die entlegene, von dem Mutterlande fast vergessene Provinz in den Vordergrund evangelischer Gemeindebildung während der Reformationszeit rückt, abschließen.

Offen gestanden: wir scheiden ungern von dieser ersten so anmutenden und verheißungsvollen Zeit. Die Folge hat nicht nach allen Seiten gehalten, was die schönen Anfänge erwarten ließen. Vieles trug in Livland zu dem anfänglich günstigen Verlauf bei; die Reformation traf hier auf einen wohl vorbereiteten Boden. Von dem Beginn seiner Bestellung an war es geistlicher Boden; Kirche und geistlicher Ritterorden haben zuerst die Erde umgebrochen. Das war allen Verhältnissen tief eingedrückt; sie blieben für jede wahrhaft religiöse Strömung empfänglich. Dazu kam die hohe Bedeutung, welche hierzulande ausschlaggebend die Genossenschaft besaß. Hier die freien Bürger der Hansestädte, in ihren

Umwallungen ebenbürtig den anderen Verbänden und wie sie eifersüchtig auf ihre wohlverbrieften Rechte; da Kirche und Ritterschaft, jeder in festgeschlossenem Bunde mit eigenen Rechten: gegenüber den drei Ständen verschlug der einzelne wenig oder nichts. Wer die Korporation gewonnen, dem fiel in der Kürze auch der widerstrebende Teil innerhalb derselben zu. Unter den Bürgern in den Städten hatte die Reformation rasch und entschieden Eingang gefunden; einen Augenblick war die Ritterschaft unschlüssig, der Herrmeister zögerte, den entscheidungsvollen Schritt zu thun, dessen Erfolg nun freilich auch in politischer und sozialer Beziehung in ganz anderer Weise für ihn fraglich war als für die Hansabürger. Aber über alle diese Bedenken trug die Wahrheit der evangelischen Predigt den Sieg davon. Auch die Ritterschaft wurde von der Reformation ergriffen. Und die römische Kirche im Lande? Sie bietet einen ungemein kläglichen Anblick dar, vergleichbar den in den Straßen einer verkehrsreichen Stadt zusammengelehrten Schneehaufen, die vor der eindringenden Frühlingssonne schmelzen, und es bleibt nur der Schmutz der Straße übrig. Nicht einmal mit Ehren ist das morsche Wesen untergegangen.

Aber es zeigte sich auch in Livland wie an dem Heimfuge der Reformation kein stetiger Fortgang auf der eingeschlagenen Bahn der Neugestaltung des evangelischen Kirchenwesens. Der Bauernkrieg, die gleichzeitig auftretende wiedertäuferische, bilderstürmerische Bewegung in einzelnen Teilen Deutschlands haben bekanntlich Luther stutzig gemacht, in weiterer Folge ihn von dem anfänglich betretenen Weg selbständiger Gemeindebildung und einer damit zusammenhängenden evangelischen Kirchenordnung weggedrängt. Diese notwendige Gestaltung und Verfassung der in die Wirklichkeit tretenden Kirche ward in verhängnisvoller Weise zurückgestellt, außeracht gelassen, weil fast ausschließlich alle Sorge sich der Reinhaltung der Lehre, der richtigen Verwaltung der Sakramente zuwandte. Weil aber gewisse kirchenregimentliche Fragen auf dieser unserer Erde gelöst sein wollen, ward die Lösung der weltlichen Obrigkeit übertragen und der Kirche blieb nur übrig, sich willig oder unwillig der vollzogenen Lösung zu fügen. Diese Wendung in der Entwicklung der evangelischen Verfassungslehre ist nun auch in Livland zu spüren; hier unterstützt und verstärkt durch einen

Zug in dem Wesen der Balten, den ein genauer Kenner, selber ein treuer Sohn des Landes, mit den zutreffenden Worten kennzeichnet: wir fassen und erstürmen leicht, aber wir werden lässig, wo wir fest zu besigen meinen, und erst wenn es gilt, das durch unsere Schuld fast Verlorene zu behaupten und wieder zu erringen, zeigt sich jene Zähigkeit, die als ein Erbstück altsächsischen Blutes uns überkommen ist. Wir sind schwer zur Einigkeit und leicht zum Hader zu bringen. Es muß schon arg hergehen, wenn wir einmütig uns die Hände reichen: aber jederzeit sind wir bereit, diese Hand wieder zurückzuziehen. Wir sind reich an tüchtiger Begabung, an rüstiger Arbeitskraft und arm an großen Männern; wir haben viel staatsmännische Tradition und nur wenige Staatsmänner gehabt *).

So fehlte auch in diesem entscheidungsvollen Augenblick die hervorragende, geistbegabte Persönlichkeit, die an die Spitze der evangelischen Bewegung hätte treten und die durch das ganze Land zerstreuten, zahlreichen Protestanten und Gemeinden zu einem festgefügtten evangelischen Kirchenwesen vereinigen können. Briesemann war vor der Ungunst des Klimas gewichen und lebte in hoher kirchlicher Stellung seit 1530 wieder in Deutschland; kaum wohl auch wäre er die erwünschte Persönlichkeit gewesen. Die paar Städte hatten ihr Kirchenwesen geordnet, aber begrenzt auf ihr Weichbild. Da und dort im Lande und in immer größerer Zahl waren wackere, evangelische Prediger thätig und ihre Predigt auch nicht ungesegnet; aber sie standen vereinzelt, ohne jegliche kirchliche oder gemeindliche Fühlung untereinander. Der große, günstige Augenblick, den Landgemeinden, die sich dem Evangelium zuzuneigen begannen, das lösende Wort von der Freiheit und Selbständigkeit wahrhaft evangelischer Gemeinden zuzurufen, war gekommen; aber kein Rufer im Lande, den Ton anzuschlagen, der im Laufe der Zeit notwendig das Landvolk zu selbständigen, evangelischen Gemeinden umgestaltet und dadurch an das Bekenntnis ihrer Kirche unlösbar geknüpft haben würde.

Das Bedürfnis nach einer solch' einheitlichen Gestaltung regte sich. Lange beruft sich bei seinem Verlangen eines obersten Pastors

*) Schiemann. Leider ist mir die Schrift entfallen, in welcher ich das einst flüchtig angemerkte, so bezeichnende Wort gefunden.

auf den (uns unbekannt gebliebenen) Vorgang in Riga; Reval, Bernau bitten die Schwesterstadt an der Düna um eine gemeinsame Gottesdienstordnung. Und so drängte sich eine Aufgabe der Kirchenverfassung nach der anderen zur gemeinsamen Lösung heran.

Trotzdem ging man vereinzelt an die Lösung und dazu mit unsicherem Schritte, von der Not der Verhältnisse gedrängt. Kleine Streitigkeiten unter den rigischen Geistlichen gaben den ersten Anlaß zu einer auffallenden Bestimmung des Rats. Daß sich lange in Reval bei seinem Vorschlag eines obersten Pastors auf den Vorgang in Riga beruft, bekundet, daß Knoplen hier eine über die anderen evangelischen Prediger hervorragende Stellung mit Aufsichtsrecht über sie erhalten habe. Ihm scheint sich der ungestüm vordringende Tegetmeyer nicht leicht gefügt zu haben; beide Männer waren so verschieden geartet und gerade der letztere eine Herrschernatur. Reibungen, an denen sich die anderen Prediger beteiligten, konnten in solchen Verhältnissen nicht ausbleiben. Um den ärgerlichen Vorfällen wenn möglich vorzubeugen und die ausgebrochenen Mißhelligkeiten zu schlichten, ordnete der Rat an, daß fernerhin der Vorsitz und die Aufsicht über die Stadtprediger zwischen diesen beiden ältesten Predigern abwechseln sollte; als „Superintendent des gemeinen geistlichen Amtes“ aber erwählte er den Stadtsyndikus Mag. Lohmüller, der etwaige Reibungen zwischen diesen beiden Predigern oder aber Streitfragen der Geistlichen unter einander, die der Aufseher nicht beilegen konnte, zu ordnen hatte*).

*) Taubenheim (in seiner Schrift: Einiges aus dem Leben Lohmüllers. Riga 1880 S. 31) erwähnt eine von Lohmüller aufgestellte „Erste Ordnung von Bedienung des Ministerii. Ordnung twuschen den beiden Pastoren Silvester Tegetmeyer und Andreas Knoplen Anno 1532 am Tage Lucia (13. Dezember).“ Pastor Trey hat ihm aus einer Abschrift des 17. Jahrhunderts dieser Kirchenordnung eine Mitteilung gemacht. Napierßky (in den Monumenta Livoniae antiq. Leipzig 1844. IV. CXXVII) bringt nur diese Taubenheimische Notiz und auch Winkelmann (in seiner so sorgfältigen Bibliotheca Livoniae historica. II. Aufl. Berlin 1878) führt diese Kirchenordnung nicht auf, so daß sie spurlos verloren gegangen zu sein scheint. Auch über die Treysche Abschrift (wahrscheinlich Hermann Trey, der von 1822—1846 Pastor an der Johanniskirche zu Riga war und die wertvolle Bücherammlung des Oberpastor Bergmann käuflich erworben) habe ich nichts in Erfahrung bringen können; veröffentlicht wurde sie leider nie.

Mit dieser befremdlichen Anordnung eines weltlichen Superintendenten ging gleichzeitig Hand in Hand die ebenso auffällige Bildung eines Konsistoriums, nur aus weltlichen Mitgliedern bestehend.

Den Rat veranlaßte zu diesem Schritt nicht ein klares, zielbewußtes Streben, der evangelischen Kirche von vornherein jede selbständige geistliche Gewalt zu nehmen. Zunächst war Briesemann für die Stellung eines Superintendenten in Aussicht genommen und erst als dieser entschieden ablehnte, weil er in die Heimat zurückzulehren begehrte, da übertrug man, wohl aus Not, weil sich keine andere geistliche Persönlichkeit dafür geeignet zeigte, die neue Würde dem Stadtsyndikus. Auch bei der auffälligen Zusammensetzung des Konsistoriums machte sich wohl kaum ein eigenwilliger und anmaßlicher Übergriff in fremdes Gebiet geltend. Ein Vorbild für ein Konsistorium bot um jene Zeit die evangelische Kirche Deutschlands noch nicht. Die Berufung von Superintendenten steht hier in engem Zusammenhang mit der seit 1525 von Luther geforderten Kirchenvisitation, die mit der so wichtigen „Instruktion und Befehl, darauf die Visitatores abgefertiget sein“ (1527) versehen in den kursächsischen Ländern zur Ausführung gelangte. Das Ergebnis dieser Visitationen war an vielen Orten ein beklagenswertes. Die Notwendigkeit einer ständigen Aufsicht drängte sich mit Macht vor; aber Jahre gingen vorüber, bis die Verhandlungen zur Klarheit gediehen und in der Einrichtung der Konsistorien ihren Abschluß gefunden. In Aufforderung von Kurfürst Johann Friedrich stellten die Wittenberger Theologen 1538 ihr „Bedenken“ auf; noch weitere vier Jahre gingen vorüber, bis diese Vorschläge in der Bildung des Wittenberger Konsistoriums verwirklicht wurden*). Sie konnten also für Riga nicht maßgebend sein. Der Rat mochte wohl das Recht zu der von ihm geplanten Errichtung eines Konsistoriums aus dem Anspruch ableiten, daß er

*) Nachdem D. Meyer die Bildung des Wittenberger Konsistoriums bereits in seinem Buche „Die Grundlagen des lutherischen Kirchenregiments“ (Moskau 1864) S. 135 ff. behandelt, hat er unter Benutzung neu erschlossener Quellen eingehend die Frage in dem beachtenswerten Aufsatz „Anfänge des Wittenberger Konsistoriums“ (abgedruckt in der Dobeschen „Zeitschrift für Kirchenrecht“, 1876 S. 28—123) erörtert.

in das Erbe der bischöflichen geistlichen Gerichtsbarkeit getreten. Schon von altersher aber hieß in Deutschland die als geistliches Gericht fungierende Abteilung der bischöflichen Kurie Konsistorium.

Wir haben leider nichts Näheres über dieses Rigaer Stadtkonsistorium, welches im Januar 1532 ins Leben trat, ausfindig machen können*), und wissen nicht, ob es nur die Übernahme jener Abteilung der bischöflichen Kurie gewesen oder ob schon in so früher Zeit in Riga zur Anwendung kam, was erst 1537 auf dem Bundestage zu Schmalkalden gefordert wurde, „wegen der bei den Konsistorien der Bischöfe vorkommenden Mißbräuche solche Gerichte für sich selbst anders zu bestellen.“ Die befremdliche Einsetzung eines weltlichen Superintendenten beseitigte man bald wieder. Nachdem Knopfen 1536 gestorben, wurde — da man denn doch den Feuerbrand Tegetmeyer nicht für die geeignete Persönlichkeit halten mochte — 1542 Jakob Battus, ein Däne von Geburt, von Luther hochgeschätzt und auch in Riga wohlbekannt, da er auf Empfehlung Luthers von 1529—39 Rektor der Domschule war, zum geistlichen Superintendenten aus Wittenberg berufen. Länger hielt sich das rein weltliche Konsistorium. Erst 1577, also nach fast fünfzigjährigem Bestande vollzog der Rat selbst die Änderung, daß zu vier weltlichen Beisitzern, welche aus den Gliedern des Magistrats gewählt wurden, vier Geistliche (bald darauf je drei) hinzugezogen wurden, unter dem Vorfige des jeweiligen ersten Bürgermeisters**).

*) Auch bei Napier sky, Beiträge zur Geschichte der Prediger in Livland (Riga 1843. I, 3), nur ein paar Angaben.

**) In einer alten, in meinen Besitz gelangten Akte heißt es: „Während der republikanischen Verfassung der Stadt Riga ordnete der Rat im Jahre 1577, weil in Prozessen vorkommenden geistlichen Ehesachen, so der Rat mit seinem Ministerium zu kommunizieren und bereden pflegen, allerhand Unordnungen gespüret werden, ein eigenes aus Geistlichen und Weltlichen bestehendes Konsistorium, welches jedoch vor Abfassung des Urtheils die Akten an den Rat bringen sollte, damit von diesem folgendes geschlossen werden könne. Mit dieser Einrichtung war jedoch das Konsistorium nicht zufrieden, sondern verlangte vollkommene Macht, allendlich ohne Appellation zu entscheiden. Der Rat bewilligte dieses; behielt sich jedoch vor, bei etwaigen Mißgriffen des Konsistoriums, „wenn ein error kommittieret worden“, dem Konsistorium eine Revision der Akten und des Urtheils anzubefehlen und zu dem Behufe noch zwei Delegierte aus seiner Mitte in das Konsistorium beordern zu können.“

Lange Zeit war das Rigaer Konsistorium das einzige in Livland. Selbstverständlich und auch von selbst kam ihm ein Einfluß und eine Bedeutung für das ganze Land zu, entsprechend dem, welchen die Stadt besaß. In allen geistlichen Angelegenheiten wandte man sich um Rat und auch um Entscheidung an das Rigaer Konsistorium. Nachdem anfänglich die Prediger im Lande ihre Weihe in Wittenberg, später zumeist in Rostock erhalten, wurde allmählich die Ordination in Riga selbst vollzogen. Aus den vorliegenden Nachrichten ist aber nicht zu ersehen, inwieweit sich die geistliche Aufsicht des Superintendenten auch auf die Landgeistlichen erstreckte, deren Zahl eine immer größere ward, in dem Maße als die gesamte Bevölkerung der evangelischen Lehre zufließte.

Bei den so spärlichen Überlieferungen inbetreff der Kirchenordnung sei ein Punkt noch erwähnt, der ein bedeutsames Licht auf jene Tage wirft. Es ist als ob die frische Schaffensfreudigkeit der ersten Zeit vorüber und eine gewisse Müdigkeit, ein rückläufiges Zagen sich der Geister bemächtigt hätte. Wir gewinnen diese Meinung aus der Vorrede der 1648 erschienenen dritten Auflage*) der Rigaer „Korte Ordnung des Kerlendienstes“, die um so auffälliger, weil sie von dem nun freilich alt und lebensmüde gewordenen, in seiner Jugend so rücksichtslos und entschieden vordringenden Tegetmeyer verfaßt ist. Trotzdem Reval seit Jahren die lateinische Sprache aus dem Gottesdienst völlig entfernt, tritt jetzt in Riga ein viel stärkeres Betonen und Geltendmachen der fremden Sprache im liturgischen Gebrauch als bei der ersten Auflage ein. Noch bewahrt sich Tegetmeyer das Recht der Änderung und macht davon in dieser Auflage reichlichen Gebrauch, allerdings mit Zustimmung des Rates. Zehn Jahre später, als das Predigerministerium eine neue Auflage, wie es scheint, aus eigener Vollmacht — denn es ist jetzt von neuer Gutheißung des Rates keine Rede mehr —, veranstaltet, bittet und beschwört es in einer lateinischen Vorrede seine Nachfolger, fernerhin doch nur ja keine Neuerung eintreten zu lassen, weder durch einen Zusatz noch durch eine Verkürzung. „Ist einmal“ — so begründen die Prediger ihre Bitte — „die Bahn gebrochen, dann entarten die kirchlichen Bräuche

*) Gefflen, a. a. O. S. 219.

und werden ins unendliche gehäuft. Und darüber geht die Lehre und lautere Frömmigkeit endgültig zugrunde. Sie hätten darin Erfahrung gesammelt, man möge es ihnen nur glauben."

Dunkel sieht Tegetmeyer an seinem Lebensabend in die Zukunft. Das Ende dieser vergänglichen Welt ist ihm „nu gewisli^{ch} alle ogenbli^{ch} vorhanden und tho gewarden“. Es waren ja schwere, trübe Zeiten über die jugendliche evangelische Kirche gekommen; von außen, aber auch mindestens ebenso verhängnisvolle aus der eigenen Mitte. Selbst Luthers Ausblick war an der Reize seines Lebens düster geworden. Es verlangte ihn in Frieden abzuschneiden; er war müde geworden, den heraufziehenden Stürmen zu begegnen. Da hat der Herr den frommen und getreuen Knecht abgerufen. Schwerer noch und mißlicher gestalteten sich die Verhältnisse in dem armen Livland; es war um seine Selbständigkeit geschehen. Die römische Kirche lag gebrochen am Boden; den letzten Würden-trägern dünkte das Amt nur gut, seinen Besitz an den Meistbietenden loszuschlagen und mit dem Erlös sich zur Ruhe zu setzen. Mit diesem kläglichen, zum Teil auch schimpflichen Untergang war das Los des Ordens enge verknüpft. Die Ritterschaft hatte sich nun vollständig der evangelischen Kirche angeschlossen. Aus ihrer Mitte hätte wohl der Held auftreten sollen, die zu Boden gesunkene Macht mit kühner Hand an sich zu reißen und die Herrschaft zu übernehmen. Es ist ein tragisches Geschick, daß der edle Plettenberg die angebotene Führung nicht übernehmen wollte, weil er seiner ganzen Natur nach nicht konnte. Noch ein, zwei Jahrzehnte nach seinem Hingang ein ohnmächtiges Ankämpfen gegen übergewaltige Verhältnisse, wie ein steuerloses Schiff wider die anstürmenden Wellen aufzukommen ringt. Dann war es auch um den Orden, dann war es um ein selbständiges Livland für immer geschehen. Die andrängenden Meereswogen brachen über ihm zusammen und rissen den stolzen Bau, der ein Brack geworden, in die dunkle Tiefe der Abhängigkeit von fremden Mächten.

2.

Unter polnischer Herrschaft in der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts.

Die Mitte des sechzehnten Jahrhunderts fand das Ländchen am baltischen Meere in einer ähnlichen Lage als fast vierhundert Jahre früher. Ein herrenloses Gebiet war es in gewisser Beziehung wieder geworden und es lag noch wie damals langgestreckt und begehrenswert an dem Wasserbeden, an dessen Ufern die nordischen Staaten um ihre Weltstellung zu ringen berufen waren. Der Besitz gerade dieses ausermählten Landstreifens galt als der Siegespreis in dem langwährenden Ringen der streitenden Völker. Das sagten sich die Bewerber; darum auch ein Kampf mit dem Einsatz und Aufgebot aller Kraft, durch Jahre, Jahrzehnte hindurch. Ein weiterer, wertvoller Preis fiel dem glücklichen Sieger zu und auch er lohnte heißen Kampf; in viel höherem Grade noch wie damals, als die kühnen Hansafahrer an der unwirtlichen, heidnischen Küste in mannhaftem Wagen einen Stapelplatz für ihre Tauschwaren anlegten. Jetzt überall eine christliche Bevölkerung und von dem Segen einer solchen Kultur auch auf dem Lande wenigstens gestreift. Die unter den Pflug gebrachte, urbar gemachte Erde war wie mit Goldadern von der Blüte deutschen Adels, deutschen Bürgerstandes durchzogen und zu ertragsfähigem, ergiebigem Ackerland in treuer, deutscher Arbeit weithin umgewandelt. Der loßende Besitz lag offen da; kein natürlicher Schutzwall deckte es vor den beutegierigen Feinden, wie ausgesucht eine Beutestätte, den entscheidungsvollen Waffengang auf ihr zu thun.

Jetzt ringsum die Grenzmarken im freien Felde und auch von der unbeschränkten Wasserseite her Völkerscharen, die selbst in den letzten Jahrhunderten in überraschender Weise sich entwickelt und im dunklen, aber kühnen, unaufhaltsamen Thatendrang die Bedeutung dieser an der Schwelle ihrer wachsenden Landesgrenze liegenden Walstätte wohl zu schätzen mußten. Wenn dieselbe zu eigen wurde, — das leuchtete allen ein — der war damit Herr und tonangebend am nordischen Meere.

Sie haben blutig um den viel umstrittenen Besitz gerungen, die redenhaften Bewerber; furchtbar hat das hartgeprüfte Land es zahlen und erfahren müssen, wie kostbar sein Besitz dem Sieger dünkte. Zunächst riß bei dem Zusammenbruch der alten, völlig morisch gewordenen Verhältnisse jeder der lauernden Bewerber ein Stück der Beute an sich: wir zählen bei der Zerstückelung ihrer fünf. Den Nordrand der Ostseelände hatte Schweden an sich gebracht, weite Strecken des Gebietes im Osten durchzogen die wilden Horden Zwans des Schrecklichen; im Nordwesten auf Dösel und in der Biedt hatte Herzog Magnus sein Gebiet unter der Hoheit von Dänemark; die Mitte, Livland im engeren Sinne, war seit 1561 Polen unterworfen, Kurland zwar ein selbständiges Herzogtum, aber Polen lehnspflichtig. Drei Hauptlämpen rangen sich siegreich durch und gewannen den Löwenanteil der Beute in der Aufeinanderfolge, in welcher sie an diesem baltischen Meere als die Gebieter über die Weltbühne gezogen sind. Zuerst Polen, dann Schweden, dann im gewaltigen Gang seiner Geschichte endgültig Rußland, dem niemand mehr seitdem den heißerrungenen Besitz ernstlich streitig gemacht.

All' diese furchtbaren Kämpfe, all' das namenlose Elend in ihrem Gefolge hat dennoch das Land mit dem Zusammenbruch der Verhältnisse, auf welchen sein damaliger Bestand zu beruhen schien, überdauert, es will uns bedünken, in wunderbarer Weise überdauert. Wir wissen als einzigen Grund nur anzuführen, weil es in den tonangebenden Kreisen ein evangelisches Land von deutscher Art geworden. Die beiden Elemente, innig mit einander verbunden, wurden die Bedingungen seines neuen Lebens, in diesem nun auch durch seine Geschichte geweihten Boden liegen die starken, zähen Wurzeln seiner Kraft. Man darf vielleicht sagen,

daß im schweren Gange seiner Geschichte dennoch holde Gunst göttlicher Führung es war, daß Polen zuerst von dem Lande Besitz ergriff und daß gar bald schon die Macht, an welcher und durch welche Polen schließlich zugrunde gegangen, die durch den Jesuitismus aufgerüttelte und beherrschte römische Kirche ihre schlaue und heimtückische Kunst der Glaubensvergewaltigung an der unterworfenen Provinz Livland erprobte. Sie hat dadurch wesentlich zur Erstarfung des evangelischen Bewußtseins der Bevölkerung beigetragen, in höherem und auch rascherem Grade, als es im ruhigen, ungehinderten Gange der Entwicklung geschehen wäre. Seit jenen Tagen gilt im Lande, daß, wer ihm seine Kirche antastet, der sein Herz nimmer gewinnt.

Von dem zerstückelten Lande waren zwei Teile an protestantische Reiche gefallen: Estland und die Insel Ösel. Es war selbstverständlich, daß Schweden sowohl wie Dänemark den neu unterworfenen Religionsverwandten Schutz ihres Glaubens zusicherten. In der von König Erich von Schweden darüber ausgestellten Urkunde taucht für die evangelische Kirche der Ostseeprovinzen zum erstenmale die Augsburger Konfession als Glaubensbekenntnis der Kirche auf. Nicht in der bestimmteren Fassung der Variata oder Invariata; der Unterschied der beiden Ausgaben war in jenen frühen Tagen noch nicht überall in den protestantischen Ländern betont und hervorgehoben. Auch führt die Kirche in den damaligen Bezeichnungen noch nicht den Sondernamen der lutherischen. Für die dänischen Schutzgebiete sicherte der königliche Gnadenbrief die Verkündigung des Evangeliums zu nur nach der Lehre Christi und seiner Apostel, ohne weitere Zusätze. Der Ritterschaft war das Recht eingeräumt, Kandidaten zu Predigerstellen vorzuschlagen, die sich dann noch einer Prüfung in Dänemark unterziehen mußten *).

Viel mehr auf der Hut, was die Rechte ihres evangelischen Glaubens betrifft, mußten die Livländer sein; denn sie unterwarfen sich dem Könige von Polen. Freilich keinem fanatischen Römeling.

*) Über die diesbezüglichen Quellen siehe die Anmerkungen zu Richter, Geschichte der deutschen Ostseeprovinzen (Riga 1858) I. 2, 356. 363.

Wie oft schien nur ein Schritt noch nötig, der evangelischen Kirche sich anzuschließen; aber zögernd hielt Sigismund August inne, wie von einem dunklen Verhängnis festgebannt. Die Litländer scheinen diesen „König des morgenden Tages“ durchschaut zu haben; sie suchten ihren Glauben bei der Unterwerfungsakte so stark und ausdrücklich wie möglich zu schützen; der guten Meinung, daß polnische Treue so goldwertig sei wie deutsche und das gegebene und verbrieft Manneswort unverbrüchlich gelte. Das „Privileg“, durch welche Akte der litländische Adel am 28. November 1561 die Unterwerfung des Landes unter die polnische Krone vollzog, legt ein beachtenswertes und schönes Zeugnis dafür ab, was in jenen Tagen diesen deutschen Mittern ihr evangelisches Bekenntnis galt. In vorderster Linie und als ersten Artikel ihrer Unterwerfung, der seitdem in allen gleichen Tagen maßgebend geblieben, verlangen sie, „daß uns unangetastet und heilig gehalten werde die Religion, wie wir sie nach den evangelischen und apostolischen Schriften der reineren Kirche der nicänischen Synode und nach dem Augsburger Bekenntnis bisher bewahrt haben, und daß wir niemals durch irgendwelche Vorschriften, Maßregelungen Abstimmungen geistlicher oder weltlicher Behörden auf irgendeine Weise belästigt oder behelligt werden; sollte es wider Erwarten doch geschehen, daß wir gemäß der Richtschnur der heiligen Schrift, die vorschreibt, Gott mehr als den Menschen zu gehorchen, unsere Religion und unsere gewohnten kirchlichen Bräuche bewahren und in keiner Weise zulassen, daß wir davon losgerissen werden. Sollte es sich aber befinden, daß in unserer Religion Irrtümer aufstiegen, deren Urheber der alt' böse Feind ist, daß dann zu ihrer Beurteilung und Entfernung evangelisch-apostolische Gottesgelehrte der gereinigten Kirche Augsburger Bekenntnisses herangezogen würden“ *).

Diesem wichtigsten Herzensanliegen reihte sich als zweiter und dritter Artikel an, einmal die von dem Könige geforderte Hilfe bei der Instandsetzung der Kirche und zur genügenden Versorgung der

*) Vgl. Buddenbrod, Sammlung der Gesetze, welche das heutige litländische Landrecht enthalten (Mitau 1802) I, 337. — Auffällig ist im Text der Komparativ: religio, quam juxta Evangelica, apostolicaque scripta purioris Ecclesiae . . . hactenus servavimus.

Geistlichen und dann weiter die warme Fürsprache der Armenpflege.

Der König von Polen bewilligte das Privileg. Es enthielt auch in diesen Forderungen nichts, was er den Evangelischen zu gewähren in seinem Gewissen nicht bereit gewesen wäre. Die Livländer hatten an dem Großkanzler, den Sigismund August mit der Unterwerfungsakte betraut, einen guten Anwalt und Fürsprecher für ihren evangelischen Glauben. Es war des Königs eigener und in hoher Geltung bei ihm stehender Schwager, der wahrhaft fromme Fürst Radziwil, das angesehene Haupt der Reformierten in Polen, mit Calvin in stetem brieflichen Verkehr, mit dem Reformator Polens, Jan a Lasco weitläufig verwandt, nah und innig befreundet*). Von hoher Bedeutung ist dies Privileg für unseren besonderen Zweck. Es bietet uns gewissermaßen den ersten kirchenrechtlichen Akt einer evangelischen Kirche in Livland, die früheste, gemeinsame Lebensäußerung, die älteste, entschiedene Betonung kirchlicher Zusammengehörigkeit und des guten Rechtes dazu, das man nicht mehr antasten lassen will. Diese livländische evangelische Kirche findet ihren Rechtsgrund der Zugehörigkeit zur Reformationskirche in dem Augsburger Bekenntnis, auch noch in der Unbestimmtheit, welcher der beiden Ausgaben. Der Unterschied wird in Deutschland erst nach Jahresfrist (1562) allgemeiner betont. Diese reine Kirche Augsburger Bekenntnisses führt auch in diesem „Privileg“ noch nicht den Sondernamen der „lutherischen“**). Von einer bestimmten, für das Land gültigen Kirchenordnung ist noch keine Rede; man wahrt sich das Recht, in streitigen Fällen des Glaubens die Streitfrage ausländischen Doktoren der Theologie zur Entscheidung vorzulegen.

Der zweite und dritte Artikel des Privilegs wirft ein bedeutames Licht auf das Verhältnis von Kirche und Staat, das so

*) Vgl. Dalton, Joh. a Lasco (Gotha 1881) S. 60.

**) Wie sehr in jenen Tagen die Confessio Augustana als Bezeichnung für die evangelische Kirche galt, zeigt ein Schreiben des Herzogs Gotthard an den König Stephan vom Jahre 1582, worin er sagt: Augustana confessio cum omnibus suis ceremoniis in templis et scholis hujus provinciae (Livland) jam a sexaginta prope annis usque adeo profundas radices egerit (Vgl. Script. rer. Livon. II, 309).

früh schon in der evangelischen Kirche Deutschlands auftauchte. Wir können uns ja gewiß nur freuen, daß den Evangelischen des Landes die materielle Lage der Kirche und Armenpflege im Vordergrund der Befürwortung, weil der Fürsorge steht; aber wir wollen unser Bedenken und dann auch Bedauern nicht verschweigen, daß die Gemeinde vom Staate erwartet und begehrt, was ihr zu leisten zukommt. Es ist, als ob in den abgelaufenen vierzig Jahren, seitdem die Reformation den siegreichen Fuß in das Land gesetzt, über der starken und fast ausschließlichen Betonung der Predigt des reinen Wortes, die rechtliche Ausgestaltung der auf solche heiligem Grunde mit innerer Notwendigkeit neben der unsichtbaren sich aufbauenden sichtbaren Kirche in den Hintergrund gedrängt worden wäre. Eine derartige Versäumnis rächt sich in verhängnisvoller Weise. Manch' beklagenswertes Blatt in der Geschichte der lutherischen Kirche Deutschlands kann als Beleg für den Schaden dienen, wenn eine Kirche von dem Staate und seinem Oberhaupte erwartet, was sie selbst zu leisten hat. Jedenfalls wird die Abhängigkeit vom Staate verstärkt; der ihr zukommenden Leistungen aber entwöhnt gerät die Kirche in eine Notlage, sobald der Staat säumig und unlustig wird, die auf ihn gesetzten Erwartungen zu befriedigen.

Solch' bittere Enttäuschungen blieben Livland unter polnischem Regiment nicht erspart. Der evangelische Radziwil starb bereits 1564; acht Jahre später der König. Nach kurzer Zwischenherrschaft wurde Stephan Bathory, Fürst von Siebenbürgen, zum Könige von Polen erwählt. Großkanzler des Reiches war der fanatische Joan Zamoiski geworden; Hand in Hand mit ihm arbeitete an der Vergewaltigung der evangelischen Kirche der päpstliche Legat Antonio Possevini, der gewandtesten und schlagfertigsten Jesuiten einer, der im ganzen Norden, heute in Schweden, morgen in Oesterreich, am dritten Tage in Polen, selbst in Moskau, schier überall auftaucht, um mit unverdrossener Schlaueit, in allen Ränken diplomatischer Kunst wohl bewandert, ja ein Meister, die verhaßte evangelische Kirche zu stürzen und auf ihren Trümmern den päpstlichen Stuhl zu festigen. Und diesen, vor seinen Gewaltmitteln zurückschreckenden Machthabern war das evangelische Livland, in seiner Kirchenverfassung noch so ungefestigt, ausgeliefert!

Der König selbst hatte die unterworfenen Provinz in kirchlicher Beziehung als *tabula rasa* bezeichnet.

Zum ersten Ausbruch kam die über die anhebende Vergewaltigung ihres Glaubens gereizte Stimmung der evangelischen Bevölkerung in Riga. Noch zwanzig Jahre nach der Unterwerfung des Landes hatte sich die Hansestadt ihrer freien Selbständigkeit erwehrt. Auf die Dauer freilich war es unmöglich. Solange Polen noch um den Besitz der reichen, hochangesehenen Stadt warb, war es für Zugeständnisse willig; die abgeschlossene Vereinbarung (*corpus privilegiorum*) gewährte Riga ähnliche Rechte, wie sie unter Kasimir III. (1454) Danzig eingeräumt worden waren. Besondere Abmachungen regelten die Verhältnisse der evangelischen Kirche. So wurde den Rigenfern die Aufrechterhaltung der evangelischen Lehre in allen Stadtpfarreien in und außerhalb der Stadtmauern und die Anerkennung eines einspruchlosen Stadtkonsistoriums zugesichert. Im Hinblick auf den sobald ausbrechenden Kalenderstreit ist man geneigt zu sagen, daß diese Zusicherungen nur zur Unterlage dienen, um grell zu beleuchten, wie ein von Rom geleitetes Gewissen Vereinbarungen mit der evangelischen Kirche zu halten sich verpflichtet fühlt. Echte Jesuitentreue! Es liegt außerhalb unserer Aufgabe, den bedeutsamen „Rigaer Kalenderstreit“ zu schildern*). In den beklagenswerten Vorfällen trat auch der empörte Bürgersinn zutage, der sich wider den Wortbruch der Polen auflehnte. Statthalter der Provinz war nun wieder ein Radziwil geworden, aber ein Abtrünniger der evangelischen Kirche, der sich beeiferte, zu zeigen, daß solche Überläufer je und je durch Fanatismus sich auszeichnen. Unter ihm zogen die Jesuiten ins Land. In hämischer Weise wurde in offiziellen Schriftstücken die Landeskirche als *religio nova* der *religio prisca* gegenübergestellt, ihre Angehörigen wie in Polen geistlich Diffidenten genannt und mit solchem Namen gebrandmarkt. Ein römischer Bischof ward in Wenden eingesetzt; gleichzeitig da und dort, wo auch nur eine entfernte Möglichkeit auftauchte, Anhänger für

*) Vgl. über ihn Osirne, Der Rigasche Kalenderstreit zu Ende des 16. Jahrhunderts. Riga 1867.

die römische Kirche zu gewinnen, römisches Kirchenwesen eingerichtet und mit ausgedehnten Rechten ausgestattet. Dem Zeitgenossen sind ähnliche Vorkommnisse nicht unbekannt. Die Teile des Landes, die man Rußland abgewann, wurden als erobertes Land für außerhalb der Privilegien gestellt erklärt, also, daß man sich ihnen gegenüber in der Vergewaltigung der evangelischen Kirche keinen Zügel anzulegen brauchte. Überall im ganzen Lande ward laut die evangelische Lehre als Keterei verunglimpft; sie zu bekämpfen und auszurotten galt als ebenso wichtig und ehrenhaft und ward demgemäß in Liedern gefeiert wie den furchtbaren Moskowiter aus dem Lande zu treiben *).

Es waren schwere Zeiten für die evangelische Kirche. Das schwerste Teil der Drangsal lag und liegt je und je bei solchen Vergewaltigungen in der Demoralisierung des Gewissens, das der „Staatsräson“ preisgegeben wird. Es konnte nicht fehlen, daß sich wider solches Treiben das protestantische Gewissen erhob. Die notwendige Folge war eine bedenkliche, auf die Dauer unübersteigbare Kluft, die sich zwischen dem unterworfenen Land und seinem Gewaltherrn aufthat. Ein bedeutames Zeichen dieser Auflehnung, zugleich auch ein sehr beachtenswerter Mahnruf an die evangelische Kirche selbst verlautet in jenen zumeist revolutionären 63 Artikeln, welche die erregte Bürgerschaft in der kizigsten Zeit des Kalenderstreites aufstellte. Auf ein paar Forderungen haben wir im Verfolg unserer Aufgabe hinzuweisen **).

Auch bei diesen Artikeln steht wie bei dem „Privileg“ im Vordergrund die Kirche und ihr Wohl. Es wird darauf gedrungen, mit den Livländischen, Überdünischen und Kurländischen geistlichen

*) Eine Probe: Kardinal Radziwil ließ auf die Wände der neu geweihten, dem katholischen Kulte gewaltsam zurückgegebenen Jakobikirche zu Riga folgende Verse schreiben:

„Devicto Moscho, qui vincere sueverat omnes,
His ubi pax terris reddita rursus erat,
Prisca religio Rigam revocata vigere
Cooperat in templo, dive Jacobo, tuo.“

Bgl. Reich, Livländische Historia. Reval 1695. S. 389.

**) Bgl. Bergmann, Historische Schriften (Leipzig 1806) II, 247 ff.

Dalton, Verfassungsgesch. d. luth. Kirche in Rußland. I.

Ministerien sich christlich-brüderlich als einer Religion, der reinen Augsburgischen Konfession Verwandte, in Religionsfachen miteinander zu vereinigen und zu vergleichen; ferner daß sobald wie möglich der Rat und die christliche Gemeinde einen „obersten Pastor“ erwähle, „welcher in diesen traurigen und gefährlichen Zeiten sonderlich gegen die päpstlichen, anmaßenden, ungesunden Lehren der Gemeinde Gottes in Livland mit gesunder Lehre, treuer Warnung, Inspektion und Defension neben guten moribus, Leben und Wandel vorstehen möchte“. Von dem Rat und geistlichen Ministerium, die beide den Bürgern als zu willfährig wider die polnischen Anmaßungen erschienen, wird ein Zurückgehen auf die alte Briegmannsche Kirchenordnung verlangt. Schon die bereits früher erwähnte stärkere Betonung der lateinischen Sprache bei der Liturgie in den letzten Jahrzehnten scheint der Gemeinde als eine Zuneigung zu römischem Wesen peinlich und verdächtig geworden zu sein; aus der Fassung des Artikels ergibt sich, daß wohl auch in Lehre und Brauch von Taufe und Abendmahl Änderungen sich eingeschlichen, die dem erregten und gereizten protestantischen Bewußtsein der Gemeinde als Zugeständnis zur römischen Kirche ein Ärgernis dünkten.

Mitten im Kampfe entstanden, decken diese Forderungen schwache Stellen der evangelischen Kirche auf. Es ist das dringende Bedürfnis nach einem festen Zusammenschluß der Evangelischen im Lande, das wohl schon längst hätte befriedigt werden sollen; es ist die Geltendmachung des Gemeindebewußtseins, das mitraten und mitthaten will; es ist die Sehnsucht nach einheitlicher Führung der Evangelischen im Kampfe wider eine Kirche, die gerade in der festgefügtten äußeren Ordnung, in der strammen Disziplinierung ihre Stärke besitzt. Die in Riga aufgestellten Artikel, wie sie in der Hochflut stürmischer Zeit aufgetaucht waren und auch ihre Merkmale an sich tragen, sanken wieder mit ihr unter: sie waren bald vergessen. Aber gerade die angeführten kirchlichen Forderungen entstammten nicht revolutionärer Aufregung; sie hatten eine wunde Stelle in der evangelischen Kirchenbildung des Landes bloßgelegt, die auch im Fortgange des Kampfes mit der geschlossen vorgehenden römischen Kirche immer wieder von neuem zutage trat und dringend Heilung heischte. Deshalb sehen wir die For-

derungen von Zeit zu Zeit in wechselnder Form auf der Tagesordnung der Bestrebungen der Landeskirche. Seit 1583 wurden Landtage in Livland gehalten, am liebsten unmittelbar vor Eröffnung des polnischen Reichstages, um etwaige dort geäußerte Wünsche und gefasste Beschlüsse hier wenn nötig zu vertreten und zur Entscheidung vorzubringen. Besonders bemerkenswert für unseren Zweck sind die beiden Landtage zu Wenden 1597 und 1598. Riga bot der Ritterschaft die Hand zur Berufung eines geistlichen „Superintendenten“ für Kirche und Schule des Landes und macht ferner den Vorschlag, der Adel möge sich „in Ehe- und Gewissenssachen dem städtischen Konsistorialgericht dingpflichtig machen“, mit dem Zugeständnis, in Streitfällen des Adels aus seiner Mitte gleichberechtigte Vertreter zuzuziehen. Bestimmtere Formen nahmen diese Anträge bei dem Landtage 1598 an. Es kam zu einem Vertrag mit folgenden drei Punkten.

1) Riga beruft sobald wie möglich einen hochgelehrten Theologen der reinen Augsburgerischen Konfession, ehrbaren Wandels und unärgerlichen Lebens, dazu besonderer hohen Geschicklichkeit und bestellt ihn zum Generalsuperintendenten der Stadt und des ganzen Landes mit gebührender Besoldung. Zu dieser will die Ritter- und Landschaft jährlich den halben Teil beitragen und seiner Verordnung gehorchen und nachkommen; keinem Teile jedoch in seiner Jurisdiktion etwas benommen und mit der Bedingung, daß der Generalsuperintendent jährlich wenigstens einmal im Lande Visitation halte.

2) Ebenso soll Riga ein Konsistorialgericht bestellen, vor welchem eine ehrbare Ritter- und Landschaft sowohl, als auch alle die anderen kleinen Städte in Ehe- und anderen geistlichen Sachen Recht geben und nehmen, auch nach Gestalt der Sachen einer oder zweien vom Adel jedesmal mit dabei sitzen mögen. Von dieser Behörde sollte keine Appellation stattfinden.

3) Erbietet sich der Adel auch für das bereits in der Gründung begriffene Gymnasium und eine polnische Schule zu Riga sowohl zur Fundation als auch zur Unterhaltung derselben beizutragen. Zugleich wurden aus dem Mittel der Ritter- und Landschaft Kirchen- und Schulräte verordnet, die immer wieder ergänzt werden sollten. Endlich wurde abgemacht, einer solle dem andern

gebührligen Beistand in Religionsfachen nach allem Vermögen thun, „womit jedoch keine Rebellion wider die hohe Obrigkeit anzurichten gemeint sei“ *).

Es hatte mit dem Vertrag sein Bewenden auf dem Papier; ins Leben wurde er nicht eingeführt. Zum Generalsuperintendenten war Christoph Belargus, Professor der Theologie in Frankfurt an der Oder und Generalsuperintendent der Mark berufen, eine milde Persönlichkeit, der Augsburgerischen Konfession wohl zugethan, wie in der Bestallung von ihm gefordert wurde, aber in jenen streitsüchtigen, haderseligen und engherzigen Zeiten in seinem Gewissen gedrängt, der reformirten Kirche sich anzuschließen. Belargus zögerte mit der Annahme und unterdessen zerschlug sich der ganze Plan. Er scheiterte zumeist um deswillen, weil der Adel eine Beeinträchtigung seiner Selbständigkeit befürchtete, diese ihm aber trotz der Not der Zeit näher am Herzen lag, als die durch den Vertrag gewonnene größere Einheit und Kraft der protestantischen Kirche. Und doch drängten die immer drohenderen Zeitumstände gebieterisch auf eine solche kraftvolle, geeinigte Stellung, in welcher Riga schon um seiner hervorragenden politischen Bedeutung willen auch in kirchlicher Beziehung die Führung übernehmen mußte. Mehr wie einmal in jenen Tagen hat sich der Dörptische Rat und sein geistliches Ministerium an das Konsistorium und Ministerium zu Riga um Rat und auch Schutz gewandt und die Mahnungen von der Düna fanden bei den Glaubensgenossen am Embach williges Gehör **).

Herzlich zu bedauern ist es, daß keine hervorragende, geistgesalbte Kirchengestalt im Lande während jener Drangsalzeit sich zeigte, groß und mannhaft genug, alle kleinlichen Bedenken über Beeinträchtigungen von Sonderrechten siegreich zu zerstreuen und so übermächtig auf die Evangelischen einzuwirken, daß sie seiner begeisterten Spur opferwillig gefolgt wären. Ihr Fehlen machte es der römischen Kirche nur allzu leicht, in einheitlicher, enggeschlossener, zielstrebigter Führung gegen Gemeinden vorzugehen, die kaum eine andere Fühlung unter einander besaßen als ein evan-

*) Napiersty, Beiträge zur Geschichte u. s. w. (Riga 1843) I, 5.

**) Richter, a. a. O. II, 1. 228

gelisches Rechtsbewußtsein, das sich empört wider die Vergewaltigung des Kostbarsten auflehnt, was ein Mensch besitzen mag, sein Glaube.

Für unsere besondere Aufgabe, der evangelischen Verfassungsgeschichte des Landes aufmerksam nachzugehen, bietet somit dieser Abschnitt der polnischen Wirtschaft nur geringe Ausbeute und auch diese weist kaum mehr als erfolglose Versuche auf. Und doch ist auch das lärgliche Ergebnis von nicht zu unterschätzender, beherzigenswerter Bedeutung. Das protestantische Bewußtsein ward in diesen aufreibenden Kämpfen, in diesen widerrechtlichen Bedrängnissen mächtig angefaßt und gekräftigt. Bürger und Adel wandten ihre warme Liebe der am Boden liegenden evangelischen Kirche zu, fortan mit dem wehrhaften und waderen Zorn schmachvoll verletzten Rechtsgefühles, der dem deutschen Manne so wohl ansteht und den Balten in seiner langen und auch trübsalreichen Geschichte allezeit treu bejeelt hat. Die evangelische Kirche stand in jenen Tagen in Livland unter dem Kreuze; das ist dennoch je und je für eine christliche Kirche ein guter Standort, die Treue zu ihr zu stählen. Bewahrt sie dann nur furchtlos diese Treue zu ihrem Herrn Christus, dann darf sich keine vermessene Hand an ihrem Heiligtume vergreifen. Livland hat damals die uralte Wahrheit selbst im Gange seiner Geschichte erlebt, daß früher ein siegreicher Feind zugrunde geht, als eine Gemeinde, die unentwegt auch in schwerster Zeit an dem Evangelium hält. Gerade das arge, rechtswidrige, wenn auch zunächst erfolgreiche Vorgehen der Jesuiten im Lande schärfte das Schwert, nicht die erhoffte Beute in die römische Kirche einzubringen, wohl aber das in seinem Gewissen frech angestaste Glied endgültig von dem Leibe dieses Staatsorganismus loszulösen. Damals hätte Polen zuerst lernen können, wie der von ihm so wertgehaltene Jesuitismus nur an der Selbstverstümmelung des Reiches mit geschäftiger Hand arbeitet. Das ist seitdem unauslöschlich in die wunderbaren Wege Gottes in der Geschichte eingetragen, den nachfolgenden Geschlechtern zur Warnung und auch zum Troste.

Die verhängnisvolle Frucht römisch-polnischer Wirtschaft im evangelischen Lande reifte, durch eine Reihe besonderer Umstände

begünstigt, in unverhältnismäßig kurzer Zeit aus. Denn was ist ein halbes Jahrhundert im Leben der Völker? Bereits während der Rigaer Kalendarunruhen regen sich die ersten Versuche, von dem wortbrüchigen Polen loszukommen und in den dauernden Schutz einer evangelischen Vormacht zu gelangen. Damals waren es noch unlautere Anschläge, auch deshalb erfolglose, für die Verschwörer verderbenbringende. Aber Polen selbst arbeitete je länger je mehr durch sein unheilvolles Regiment dem Vordringen Schwedens in die Hand. Als dann ein Gustav Adolf den gefesteten Thron seiner Väter bestieg, war Polens Größe stark schon im Niedergang und nicht mehr imstande, dem kühn aufsteigenden nordischen Volke erfolgreichen Widerstand zu leisten. Am 16. September 1621 zog Gustav Adolf in die erstürmte Stadt Riga ein. Mit ihrem Besitze hatte Schweden den Schlüssel erworben, der ihm das ganze Land mit leichter Mühe öffnete, wenn ihm auch der unangetastete Besitz erst durch den Frieden von Oliva 1660 gewährleistet wurde. Es dauerte nicht mehr lange, und das polnische Livland huldigte dem siegreichen Helden, in welchem es zugleich den Beschützer seiner mit Füßen getretenen evangelischen Kirche begrüßte. In jenen Tagen nannte man das Baltische Meer einen schwedischen Binnensee. Denn bereits 1617 hatte bei dem Frieden zu Stolbowa Rußland auf seine Ansprüche in Livland verzichtet und Archholm, Zwangorod, Jama, Coporie und Noteborg, etwas oberhalb dem heutigen Petersburg, an das glückhafte Schweden abgetreten. Damals schrieb Gustav Adolf: „Jetzt kann Rußland, dieser gefährliche Nachbar, nicht ohne unseren guten Willen mit einem Rahne in die Ostsee kommen. Der große Ladoga- und Peipussee, der Narwafluß, dreißig Meilen breite Moore und starke Festungen trennen uns von ihm. Rußland ist von der Ostsee ferngehalten, und ich hoffe zu Gott, daß es ihm in Zukunft schwer fallen soll, über diesen Teich zu hüpfen“ *).

*) Nordenskyt, Die schwedische Staatsverfassung (Berlin 1861), S. 142.

3.

Unter schwedischem Regimente im siebzehnten Jahrhundert.

Durch den Sieg der schwedischen Waffen war das seiner Selbständigkeit nun schon geraume Zeit beraubte Livland einer ganz protestantischen Macht unterworfen und auch in kirchlicher Beziehung einem Reiche eingefügt, dessen König in jenen drangsalvollen Tagen des Dreißigjährigen Krieges als Schutzherr des so arg gefährdeten Protestantismus gefeiert wurde. Die abgeseimten jesuitischen Quälereien, die zu einer Würgarbeit des evangelischen Glaubens ausgeartet waren, hatten damit ihr rasches Ende gefunden; es brach die für den Bestand der Landeskirche so dringend nötige Ruhepause ein, in welcher sie sich rechtlich ausgestalten konnte. Gerade Schweden bot für diese länger nicht mehr aufzuschiebende Arbeit eine günstige Hand, da seine bisherige reformatorische Entwicklung manchen verwandten Zug zeigte und seine Kirchenverfassung auch noch um ihre endgültige Ausgestaltung zu ringen hatte.

Als Gustav Adolf in Riga einzog, hätte er wohl in der gut protestantischen Stadt mit seiner Huldigungsfeier die andere hundertjährige des Einzugs der Reformation in Schweden begehen können. Denn mit der Entfernung des Bischofs Jöns Andersen von Strengnäs im Jahre 1521, und seitdem infolge davon der evangelisch-gefinnte Archidiaconus Lorenz Anderson den Haupteinfluß im dortigen Domkapitel gewann, in welchem sich seit 1519 als Diacon

und gefeiertster Prediger Olaf Peterson befand *), kann man wohl den Anbruch des neuen Tages für die Kirche des nordischen Reiches ansetzen. Das Jahr zuvor war Gustav Ericson aus dem Hause Wasa in Schweden gelandet und hatte von Dalecarlien aus und mit Hilfe der dortigen freien und wehrhaften Bauern sich das Land und die Krone erworben. Der Reichstag zu Strengnäs hat den kühnen Emporkömmling 1523 zum Könige erklärt. Von Anfang an wandte sich der König der Reformation wohlgeneigt zu; nicht nur aus religiösen Gründen. Scharfblickend erkannte er in dieser tiefgehenden Bewegung die beste Förderung seiner politischen Bestrebungen, die stärkste Festigung seines Hauses auf dem Throne. Wie in den Ostseeprovinzen, wie überall in den evangelischen Landen war auch in Schweden der Anfang der Reformation die Predigt des Evangeliums, welches auch hier in wunderbarer Weise das Herz des Volkes ergriff und machtvoll in der Tiefe umgestaltete. In der nun gestillten Sorge um der Seele Seligkeit war man wie anderwärts zunächst unbesorgt um die äußere Ausgestaltung des Kirchenwesens. Die Verfassungsfrage blieb einstweilen noch im Hintergrund; der alte Apparat, von dem neuen Geist sauerartige immer tiefer und umgestaltender durchdrungen, arbeitete unbeanstandet weiter. An der Spitze die Bischöfe mit ihren Domkapiteln und der herkömmlichen Stufenfolge der Geistlichen; sie alle, teils daß sie selbst die gewaltige Glaubenswandlung in der Tiefe ihres Gemütes vollzogen, teils daß ihre erledigten Stellen alsbald von Männern evangelischer Gesinnung besetzt wurden, je länger je mehr der neuen Lehre und ihrem nachhaltigen Einfluß auf das Leben von Herzen zugethan. Die kirchliche Machtstellung, welche bis dahin dem Fremdling in Rom auf die Geistlichkeit des Landes eingeräumt war, beanspruchte fortan mit der Entschiedenheit, mit welcher Luther die weltliche Obrigkeit als von Gott verordnet betonte, der heimische König und zwar eifersüchtig, weil er wußte, daß mit ihr die Machtstellung seines Hauses auf dem Throne aufs engste verknüpft sei.

*) Olaf Peterson war während seiner Studienzeit in Wittenberg empfänglicher Zeuge, wie Luther seine Thesen an die Schloßkirche schlug.

Von Anfang an war die evangelische Bewegung in Schweden zu sehr eine nationale, ging die gewaltige Umwandlung auf staatlichem und kirchlichem Gebiete zu innig Hand in Hand, als daß nicht die Beziehung und das Verhältnis zu Wittenberg nur eine lose, die Selbständigkeit der schwedischen Kirche frei wahrende sein mußte. Mit ängstlicher Scheu hütete man in Schweden auf beiden eng verflochtenen Gebieten von Staat und Kirche seine Freiheit und Unabhängigkeit von allen fremden Einflüssen. Was Schwedens Reformator Olaf Pettersson 1527 über den deutschen Reformator urteilte, ist lange Jahrzehnte hindurch Erbe und Richtschnur seiner Heimatkirche geblieben, in gewisser Beziehung bis auf den heutigen Tag. „Luther ist ein schwacher Mensch wie wir und kann irren wie wir; aber er rät dazu, bei der Schrift zu bleiben. Wo wir sehen, daß seine Worte mit der Schrift übereinstimmen, da sollen wir ihm folgen, sonst nicht. Deshalb geht es uns wenig an, daß er bisweilen geirrt hat, was er selbst in seinen Büchern bekennet. Wir haben Christum zum Meister: auf ihn sollen wir hören, auf seinen Namen sind wir getauft, was er uns vorschreibt, dabei sollen wir bleiben, dazu rät auch Luther“ *). Bei solcher freien Stellung, die sich in ihrem evangelischen Glauben nur an das Wort gebunden weiß, kann es uns nicht Wunder nehmen, daß der schwedische Reformator in der Sakramentslehre von Luther abwich; hätte er an den Verhandlungen zu Marburg teilgenommen, gewiß, er würde dem Schweizer die Bruderhand nicht geweigert haben.

Einen geistverwandten Mitarbeiter hatte Olaf an seinem jüngeren Bruder Lorenz, der ihn lange überlebte und kraftvoll und wachsam das wertvolle Erbe in rückläufiger Zeitströmung hütete. In der hohen Stellung eines Erzbischofs von Upsala fiel dem betagten Manne die Ausarbeitung der Kirchenordnung**) zu, die auf dem Konzil von Upsala 1572 angenommen wurde und nur die

*) Weibling, Schwedische Geschichte im Zeitalter der Reformation (Gotha 1882) S. 225.

**) Originalausgaben dieser Kirchenordnung sind jetzt selten geworden; ich besitze noch eine solche unter dem Titel: „Then Swenska kyrleordningen. Älster all ting ährllighe och stidelliga tilgä 1 Cor. 14. Tryckt i Stockholm aff Amund Laurentson. Anno Domini MDLXXI.“

prophetischen und apostolischen Bücher der heiligen Schrift als alleinige Richtschnur des Glaubens aufstellte. Eine festgeordnete evangelische Kirche wird auf die Dauer eines bestimmten und unterscheidenden Bekenntnisses nicht entraten können. Gerade die romanisierenden Bestrebungen des Königs Johann, während dessen Regierung jene Kirchenordnung entstanden, zeigten, daß die allgemeine Berufung auf die heilige Schrift denn doch einer Kirche für ihren evangelischen Rechtsbestand keinen auskömmlichen Schutz bietet. Deshalb wurde zwanzig Jahre später auf der für die schwedische Kirchenverfassung so wichtigen Ständeversammlung von Upsala (1593) eine genauere Fassung in den vier grundlegenden Beschlüssen angenommen:

1) Die heilige Schrift, lediglich aus sich selbst erklärt, bleibt die Grundlage der Lehre.

2) Die Artikel der Augsburger Konfession (ohne nähere Bezeichnung, ob der Ausgabe von 1530 oder 1540) bilden die Grundlage der kirchlichen Gemeinschaft.

3) Alles was hierin unter der vorigen Regierung geändert ist, wird aufgehoben.

4) Der Katechismus Luthers bildet wieder (war es doch unter König Johann soweit gekommen, daß dieses Büchlein jesuitischen Lehrbüchern hatte weichen müssen) die alleinige Grundlage des Religionsunterrichts in den Schulen*). Bis 1686 ließ man sich an diesem einzigen Reformationsbekenntnis der Augustana in der schwedischen Kirche genügen. Als 1809 die kirchlichen Grundrechte in der Regierungsform geltend gemacht und festgestellt wurden, war das Bewußtsein von den ursprünglich in Schweden gültigen reformatorischen Grundsätzen und eine liebevolle Treue zu ihnen rege genug, um wieder in diesen Grundrechten zu der Beschränkung allein auf die Augustana zurückzukehren. Von der Konkordienformel als bindendem Glaubensbekenntnis ist seitdem in der schwedischen Kirche keine Rede mehr**).

*) Nordenflycht a. a. O. 120.

**) Letztere Notiz danke ich der Mitteilung des Bischofs von Gotland, Bez. von Scheele, welche er mir in diesem Sommer als lieber Gastfreund auf meinem Landstige in Starosbilowka gemacht.

Die Augustana bietet zumal in der unbestimmteren, allgemeinen Angabe weitherzig Raum für mancherlei Richtung innerhalb der evangelischen Kirche. Freilich nicht wider römische Bestrebungen, wie sie König Johann III. hegte, in erhöhtem Grade sein wortbrüchiger Sohn Sigismund, der bereits König von Polen und katholisch geworden war, als er in Schweden auf den Thron gelangen sollte. Bei dem Vater und Sohn waren für diese Bestrebungen politische Beweggründe in erster Linie maßgebend, aber sie verschlugen nicht mehr bei dem durch und durch bereits protestantischen Volke. Im Gegenteil, sie trugen wesentlich zur Entfremdung, endgültig zum Sturze des Polenkönigs bei. Denn die Leute dort, ein trozig wilder, lernhafter Menschenschlag, sagten sich und hielten an solcher Empfindung und Überzeugung fest, daß ihr in warmer Liebe erfaßtes evangelisches Bekenntnis ein wesentliches Stück ihrer staatlichen Freiheit bilde und daß ihnen das eine antaste, wer sich an dem anderen vergreife. Darum wandte sich des Volkes Herz und auch seine kampfbereite, schlagfertige Hand dem Herzog Karl zu, dem jüngsten Sohne Gustav Wasas, der treu zur Reformation stand und in dieser Treue den ausschlaggebenden Bundesgenossen im Kampfe wider seinen in der Jesuiten Gewalt verstrickten Neffen Sigismund besaß.

Dieser siegreiche Herzog von Südermanland, als König Karl IX, war, vielleicht in scharfer Betonung des Gegensatzes wider das in sein Land sich eindringende römische Unwesen, vielleicht unter dem Einflusse seiner ersten Gemahlin, einer Pfalzgräfin, reformirten Anschauungen nicht abhold, ja warm zugeneigt. Nach der Art jener Reformationstage und dem frommen Kurfürsten von der Pfalz nicht unähnlich wie ein Theologe gebildet und gerüstet, hat er ein Lehrbuch verfaßt, das in starken Anklängen an den Heidelberger Katechismus erinnert*). Auch sein Sohn, der berühmte Gustav Adolf, festbegründet im Evangelium und nicht gewillt, von dem Bekenntnis seiner Kirche zu weichen, war Bestrebungen, die den klaffenden Spalt in der evangelischen Kirche zu überbrücken

*) Vgl. Knös, Kurze Darstellung der vornehmsten Eigentümlichkeiten der schwedischen Kirchenverfassung. Stuttgart 1852. S. 42. Leider bin ich noch nicht in den Besitz eines Exemplars dieses Katechismus gelangt.

versuchten, zugänglich; sein Hosprediger Matthiä *) wandelte offenkundig in den Fußtapfen des Calixt und befürwortete warm eine Union, wie sie damals während eines halben Jahrhunderts der anglikanische Geistliche Duräus als ein unermüdlicher Wanderprediger verkündigte.

Bereits seit sechs Jahrzehnten war ein Teil der Ostseeprovinzen, das größere, westliche Gebiet des heutigen Estland, dem schwedischen Reiche einverleibt und konnte somit den Protestanten in der benachbarten Schwesterprovinz zeigen, wessen sie sich unter dem Regimente der Glaubensgenossen zu versehen hätten. Estland galt als Brückenkopf der in die Ostseeprovinzen siegreich vordringenden schwedischen Macht, und nun auch in hohem Grade in kirchlicher Beziehung. Schon Gustav Wasa hatte kurz vor seinem Tode Fuß in Estland gefaßt; als es 1561 zur völligen Besitzergreifung kam, bedurfte es für das protestantisch gewordene Ländchen keiner besonderen Schutzbriefe zur Wahrung des Glaubens, wie das besorgte Livland von Polen sie sich ausbedang; in gutem Vertrauen konnte man das kirchliche Geschick schwedischer Leitung anvertrauen. Und das Vertrauen ward nicht getäuscht. Wie die staatliche Verwaltung eine blühende war, so auch die kirchliche.

Bereits im Jahre der Einverleibung 1561 erhielt Estland in dem Stadtsuperintendenten Johann von Geldern den ersten „Visitator“ der Landkirchen; König Erich verlieh ihm vier Jahre später, entsprechend den schwedischen Verhältnissen, die Würde eines evangelischen Bischofs. Acht weitere Bischöfe walteten in oft längere Zeit unterbrochener Reihenfolge dieses Amtes bis zur russischen Besitzergreifung des Landes. Anfänglich war die Amtswirksamkeit dieser Bischöfe nicht scharf und genau abgegrenzt; neben ihnen, vielleicht auch statt ihrer tauchen ab und zu besondere Landkirchenvisitatoren auf, wie der Dompropst David Dubberg, der zur Zeit des Bischofs Agricola 1584 zehn Jahre lang eine Aufsicht über die Kirchen des Landes ausübte. Eine allgemeine Kirchenvisitation zugleich auch über die neu gewonnenen Provinzen Livland und

*) Vgl. Frant, Geschichte der protestantischen Theologie. Leipzig 1865. II, 24.

Ingermannland hielt auf Befehl Gustav Adolfs Dr. Rudbed, Bischof zu Wexerås 1627 ab. Leider sind uns keine schriftlichen Urkunden zu Gesicht gekommen, die uns über den Befund des Kirchwesens im Lande Nachricht geben könnten. Nur von der eingehenden Rudbed'schen Visitation und der seines Nachfolgers, des Bischofs Ihering, erfahren wir, daß sie Anlaß zur kirchlichen Verfassung des Landes gab, infolge deren sechs Pröpste, und zwar zwei für die Biel und je einen für Harrien, Wirland, Jerwen und Dagö eingesetzt, ein Konsistorium für die Provinz gegründet, und eine jährliche Predigersynode angeordnet wurde *).

Inwieweit das kirchliche Leben in Estland durch die unglückseligen römischen Bestrebungen des Königs Johann berührt wurde, namentlich ob es dem Könige gelang, das berüchtigte sog. „rote Buch“, jene neue, unter jesuitischer Beihilfe angefertigte Liturgie, in welcher man es wagte, dem protestantischen Schweden das heilige Abendmahl als Messopfer darzustellen, nun auch hier einzuführen, ist nicht ersichtlich. Es scheint jedoch, daß die Kirche des Landes vor solcher Vergewaltigung des Gottesdienstes verschont blieb; denn ein paar Jahre vor der Ausgabe des „roten Buches“ (1577) hatte man die 1572 vom Herzoge von Kurland gegebene Kirchenordnung, von welcher später die Rede sein wird, angenommen, die ein halbes Jahrhundert im unangetasteten Gebrauche blieb.

Gustav Adolf, sobald er von Livland Besitz genommen, zögerte nicht, thatkräftig der langersehnten und dringend notwendigen Ausgestaltung der evangelischen Kirchenverfassung seine volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ähnliche Arbeit stand ihm in seinem Stammlande bevor. Der gesamte Verwaltungsorganismus in Schweden

*) Vgl. Richter a. a. O. II. 1, 237. Pauder, Estlands Geistlichkeit (Reval 1849) S. 9, erwähnt, daß Iherings *acta visitationis generalis* handschriftlich im Oberlandgericht zu Reval aufbewahrt werden; meines Wissens sind sie bis heute noch nicht veröffentlicht.

bedurfte einer neuen Regelung. Gustav Adolf schrat vor der Riesenarbeit nicht zurück; ihm zur Seite stand Axel Oxenstierna, ein Staatsmann von bewundernswerter Reife und Weisheit, dem hohen Adel angehörig und mit warmer Liebe an seinem Vaterlande hängend, aber mit der Liebe eines Aristokraten, der weiß, was sein Land dem Adel zu danken hat und nicht gewillt ist, durch anders geartete Zeitströmungen diesen schuldigen Dank zu löschen. Die kirchliche Lage Livlands glich in mancher Beziehung der in Schweden. Eine durchaus protestantische Bevölkerung, welche in der Augustana ihr Glaubensbekenntnis festhielt; städtische Magistrate, die ähnlich wie die schwedischen Könige das kirchliche Regiment in die Hand genommen und eifersüchtig wahrten, auf dem Lande die Ritterschaft und der Adel in gleicher Stellung und mit demselben Eifer, sie zu verteidigen. An tiefgehenden Reibungen und Rechtsstreitigkeiten konnte es in der Folge nicht fehlen, so oft die Frage brennend ward, wer die letzte Entscheidung in kirchlichen Angelegenheiten zu beanspruchen habe, wie in Schweden der König oder die einstmaligen ersten Inhaber der Kirche, Magistrat und Ritterschaft, auf diesem Gebiete dem Könige ebenbürtig. Ein Unterschied in der kirchlichen Lage der baltischen Provinzen und Schwedens zeigte sich früh; sein verhängnisvoller Einfluß zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Ostseeprovinzen. Schweden hat einen heimischen, nationalen Bauernstand, mit uralten Ordnungen und Rechten, die er sich auch in seinem Kirchenwesen zu wahren mußte und wodurch ein günstiges presbyteriales Gegengewicht hergestellt wurde*). In den baltischen Landen fehlt, wie bereits erwähnt, die Volkseinheit zwischen denen, die das Land in Besitz genommen und den anderen, der Mehrzahl der Bevölkerung, welche ursprünglich das Land inne hatten. Damit fehlt in der Kirche das heilsame Gegengewicht auch, welches vor der drohenden Gefahr schützen kann, die evangelische Gemeinde als ein Laienvolk anzusehen, an welchem die Pastore thätig sind. Und welche Mühe kostete es anfänglich den treuen, evangelischen Pastoren, die Scheidewand der fremden Sprache niederzutreten

*) Auf diese presbyterialen Elemente weist Knös a. a. O. zu verschiedenen Malen hin.

und dem armen Volke in seiner Muttersprache herzlich nahe zu kommen, das Wort Gottes, den Katechismus in den heimischen Lauten zu ihm reden zu lassen. Die römische Kirche hatte in dieser Beziehung gar nichts gethan. Ihre Schriftsprache danken Esten und Letten ihren protestantischen Predigern, die zuerst ihnen das Wort Gottes gedolmetscht und damit in jahrzehntelanger heißer Arbeit die katholischen Heiden in evangelische Christen umgewandelt.

Der erste, mir bekannt gewordene kirchliche Erlaß Gustav Adolfs in Livland ist ein acht Tage nach der Besetzung Rigas von ihm gegebener Gnadenbrief, in welchem er das Rigaer Stadtkonsistorium als letzte Instanz, seine Bescheide für unwiderruflich anerkannte. Ein bedeutames Zugeständnis, das auch bereits König Stefan bei der Unterwerfung der Stadt am 14. Januar 1581 bewilligt. Als 1577 der Rat ein städtisches Konsistorium hauptsächlich für Ehefachen zum Teil aus Geistlichen und Weltlichen angeordnet, hatte er sich vor Fällung der Urteile Einsicht in die Akten ausbedungen, mit anderen Worten das jeweilige Urteil von seiner Gutheißung abhängig gemacht und das Recht dazu aus den an ihn übergegangenen Episkopalrechten abgeleitet. Das Konsistorium wehrte sich wider solche Unterstellung der Kirche unter eine weltliche Behörde; man einigte sich noch in der Zeit der Selbstständigkeit der Stadt dahin, daß das Konsistorium endgültige Entscheidungen zu treffen berechtigt sein solle, nur in Fällen, wo ein Irrtum des Urteils angenommen werde, eine Wiederaufnahme der Untersuchung zulassend, zu welcher dann zwei Abgeordnete des Rates zuzuziehen seien. Der Rat wurde somit nicht als die Oberbehörde des Konsistoriums erklärt, sondern nur in jedem vorliegenden Falle eine Art Oberkonsistorium gebildet, aus den Mitgliedern des Konsistoriums und zwei ad hoc abgeordneten Ratsmitgliedern bestehend. Alle Kompetenzstreitigkeiten zwischen Rat und Konsistorium waren damit nicht beigelegt; aber in schwerer Zeit friedfertig, einigte man sich 1625 zu einem Vergleich dahin, daß alle Fälle mixti fori vom Konsistorium beraten und endgültig erledigt werden und nur Fälle, die notwendig eine Anteilnahme des Rates beanspruchen, zwischen dem

Vorsitzenden des Konsistoriums und dem Bürgermeister beredet werden sollen *).

Diesem ersten, entgegenkommenden Schritt reihte sich eine andere königliche Entscheidung an, deren Erledigung schon seit geraumer Zeit als dringendes Bedürfnis empfunden ward. Hermann Samson, aus Riga gebürtig und seit 1616 Oberpastor an der Petrikirche wurde 1622 von Gustav Adolf zum Superintendenten von ganz Livland diesseits der Düna ernannt. Fast könnte man im Hinblick auf die völlig ungeordneten Verhältnisse des Landes, auf die arge Verwüstung der durch den fortwährenden Krieg zerstörten Gemeinden die Würde mit dem Zusatz bezeichnen: in partibus infidelium. Denn es galt für den gewählten Superintendenten alles aus dem Rothen herauszuarbeiten; Vorbilder oder auch Vorschriften und Verhaltensmaßregeln lagen nicht vor. Aber schon die Berufung wies auf einen segensreichen Fortschritt in der Verfassung der Kirche hin; sie konnte nicht vereinzelt bleiben. Die angestellten Amtsreisen und ihre wenn auch noch so niederdrückenden Ergebnisse mußten weitere Schritte zur Ausgestaltung des Kirchenwesens, zu einem festeren kirchlichen Zusammenschluß der bis dahin zerstreuten, auf sich selbst angewiesenen evangelischen Gemeinden des Landes zur Folge haben.

Samson dankte die Berufung zu dieser Würde zum Teil seinem einstigen Wittenberger Studiengenossen, dem vielvermögenden Reichskanzler Axel Oxenstierna, der bei der Huldigungsfeier des Königs in der Petrikirche zugegen war. Der Gewählte war von den damals in Riga wirkenden Geistlichen entschieden die tüchtigste und geeignetste Kraft für den schweren Posten: eine markige, geistbegabte, furchtlose Persönlichkeit, die mannhaft und unerschrocken in den polnischen Drangsalzeiten den Jesuiten in Wort und Schrift entgegengetreten war. Wenn er es doch nicht für seine Aufgabe hätte ansehen wollen, nachdem der Jesuiten

*) So nach einer in meinem Besitze befindlichen Urte. Stellt sie den Sachverhalt richtig dar, dann scheint der Bürgermeister nicht der ständige Vorsitzende des gemischten Konsistoriums gewesen zu sein, oder sollte sich etwa die Zuziehung in diesen außerordentlichen Fällen auf den zweiten Bürgermeister beziehen?

Macht und Einfluß im Lande gebrochen war, mit der gleichen Festigkeit und Kampfeslust in seinen Predigten wider die „Calvinisten“ anzugehen, ein Kampf damals in der Handelsstadt, wo sich vielleicht zufällig und zeitweilig ein paar englische oder holländische Kaufleute aufhalten mochten, wahrlich schier wie gegen Windmühlenflügel.

Samson hatte als Student in Wittenberg zu den Füßen eines Leysers gegessen, der es schon wagte, Melancthon der Irrlehre zu zeihen, die Lehre der Calvinisten als näher dem Koran denn dem Evangelium zu erklären und ein dickeibiges Buch geschrieben, „warum man lieber mit Papisten als Calvinisten Gemeinschaft haben solle“; er hatte dort auf der Hochschule den Professor Hunnius aufmerksam gehört, den übereifrigen Anwalt der Konkordienformel, der auf dem Reichstage zu Regensburg (1594) jeden auf die Variata gebauten Friedensschluß der Evangelischen Deutschlands, der doch am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges so dringend geboten war, als eine Stärkung der Sakramentierer in ihrer gottlosen Lehre verdächtigte. Und nun trug der junge, gelehrige Prediger diesen unseligen Streit auch nach dem fernen Riga, wo man von der Konkordienformel noch nichts wußte und die Augustana allein als anerkanntes Bekenntnis galt. Ein verhängnisvolles, folgenschweres Thun des ersten Superintendenten in Livland! Denn er verließ damit den alleinigen Grund, auf welchem bis dahin die evangelische Gemeinde nun auch in den Ostseeprovinzen sich aufbaute, das heilige Wort Gottes, und trug in das Gotteshaus und von hier in die Gemeinde und die Familien den unseligen Hadergeist der Schule und nun gerade in seiner argen, verderbenbringenden Gestalt, an welcher zur Freude der Jesuiten die evangelische Kirche Deutschlands ohne Gottes Erbarmen zugrunde gegangen sein würde. Solche Eindrücke am Frühmorgen ihres Lebens haften im Gedächtnis auch einer Kirche, wie bei dem Manne unvergeßliche Jugenderinnerungen und geben ebenso auch ihrem Lebensgang, zumal wenn kommende Erfahrungen nach derselben Richtung neigen, festes Gepräge. Diesem anhebenden Gepräge verhalf Samson weiter noch zu früher, scharfumschiffener Ausgestaltung dadurch, daß er diese Streitpredigten im Druck erscheinen ließ. Nur ein paar vereinzelte, kirchliche Ge-

legenheitsreden sind mir von evangelischen Geistlichen des Landes aus dem sechzehnten Jahrhundert bekannt geworden; an der Schwelle der veröffentlichten Predigtsammlungen in den Ostseeprovinzen stehen als Erstlinge diese schmerzlichen Kontroverspredigten des Superintendents, welche die in der Kirche empfangenen neuen und fremdartigen Eindrücke zuhause in langsamem Leiden zu festigen geeignet waren *).

Einen aufmerksamen Zuhörer und gelehrigen Schüler für diesen unduldsamen Hadergeist fand Samsom zumal am Rat der Stadt. Das Regiment mußte diesem leichter dünken, wenn die Landeskirche in fester Abschließung und damit unerbittlicher Ausschließung jeder anderen Glaubensrichtung zugleich eine Bekenntniskirche sei, neben welcher für kein anderes Bekenntnis irgendwelcher Raum der Duldung vorhanden. Die ganze Geistesströmung jener Tage kam solcher Anschauung förderlich entgegen; ein billiges Urteil der Gegenwart wird darin Entschuldigung für manche unbegreiflich harte Maßregel jener Tage suchen müssen. Bitter und hart waren die Maßregeln, welche der Rat jetzt wider die paar so arg verlästerten „Calvinisten“ zu ergreifen sich berechtigt fühlte. Es ist aus der Zeit der betreffenden Erlasse der Zusammenhang mit den Predigten ersichtlich: die Rats Herrn der Stadt führten ins Leben ein und übertrugen, weil sie die Macht dazu besaßen, in die Wirklichkeit, wofür sie die Anregung unter der Kanzel der Petri-Kirche erhalten und was dann die im Drucke veröffentlichten Predigten fort und fort im Gange erhielten. Wie der Superintendent bis an das Ende seiner Wirksamkeit den Hadergeist nährte, so ist während der ganzen schwedischen Zeit die unholde Gefinnung wider die Glaubensverwandten der evangelischen Kirche in Livland in Übung geblieben; erst Peter der Große mußte der Duldsamkeit in dem ihm unterworfenen Lande Bahn brechen und

*) Auch Vert Holz in seiner mit warmer Liebe verfaßten Lebensbeschreibung „Hermann Samsom, eine kirchenhistorische Skizze“ (Riga 1856. S. 128) weist auf das Ungehörige dieser Kontroverspredigten hin. Uns sind sie mehr als nur ungehörig. Wer auch nur die reichlichen Auszüge, die Vert Holz gewissenhaft giebt, kennt, muß tief solchen Mißbrauch der Predigtstätte des heiligen Evangeliums beklagen; gleichzeitig auch die schweren Folgen einer derartigen Entweihung für das ganze Gemeindeleben.

der lutherischen Kirche in den neu erworbenen Provinzen ein Gut aufnötigen, was so segensreich gewesen wäre, wenn sie es sich aus ihren Reformationstagen bewahrt hätte *).

Gustav Adolf behielt die evangelische Kirche Livlands und die weitere Ausgestaltung ihrer Verfassung fest im sorgenden Herzen. 1625 trug er dem Superintendenten die Abhaltung von Predigersynoden auf, um durch sie auf die ihm unterstellten Geistlichen des Landes geistig und amtlich anregend einzuwirken. Besondere Synodalartikel regelten in 22 Punkten, die der König selbst einer wiederholten Prüfung vor ihrer Genehmigung unterzogen, den Gang der Verhandlung. Von elf solcher Predigersynoden während der schwedischen hundertjährigen Herrschaft ist eine Runde auf uns gekommen; von ihnen sind drei noch unter dem Vorsitz von Samson gehalten **).

Rasch und thatkräftig ging es auf der mit frommem Ernst eingeschlagenen Bahn weiter. Eine evangelische Kirche wird sich

*) Ein bemerkenswerter Aufsatz in der „Baltischen Monatschrift“ (1869 S. 61) über schwedische Intoleranz in Livland, der einige baltische Beispiele altentwurzelt vorkührt, meint, daß erst seit Karl XI. dieser Geist in Livland Wurzel gefaßt. Die Wurzeln verzweigen sich zeitlich höher hinauf. Die rauen Thaten folgen den herben Worten von Samson auf dem Fuße; man hört noch aus der gefüllten Sentenz die Sprache eines Schülers von Lepsius heraus, wenn 1615 der Rat von Riga einem Bürger die Trauung in der Stadt verweigert, weil er eine Reformirte heiraten wollte und also „um des Weibes willen ein Mameluck geworden war“, oder wenn er einige Jahre später einem Bürger, der reformirt war, die kirchliche Beerdigung verweigert und seine Freunde deshalb die Leiche nach Amsterdam schickten (vgl. Richter a. a. O. II. 1, 224). Die angeführten Beispiele stehen hinter denen in obigem Aufsatz erwähnten denn doch nicht zurück. — Über das gegenseitige Verhältnis von Konfession und Landeskirche vgl. die schöne und fesselnde Studie von Geheimrat D. Herrmann in der Zeitschrift für Kirchenrecht 1869, 1—36.

**) Name und Zeit der elf Synoden verzeichnet Rapiersky in seinen Beiträgen I, 6.

ihrem Wesen entsprechend nicht richtig ausgestalten, wenn nicht ein sorgfames Augenmerk der Schule zugewandt bleibt; sie ist je und je Frucht und Zeugnis der Lebenskraft, welche die evangelische Kirche beseelt. Es erschien dem König dringend geboten, daß das Land tüchtige Pflegestätten besäße, seine Söhne in geistiger Zucht zu schulen. Aber auch auf diesem Gebiete war nach wilder Kriegeszeit fast alles neu zu schaffen. Gustav Adolf und sein gerade auf dem Gebiete des Schulwesens so wohlbewandelter Minister und einstiger Lehrer Johann Skytte, zum Freiherrn v. Duderhof geadelt, schreckten vor den Schwierigkeiten nicht zurück und gingen alsbald auch an ein hochgestecktes Ziel. 1630 wurde, um das in Trümmern gelegte Dorpat wieder erstehen zu lassen, ein Gymnasium in der verwüsteten Stadt gegründet, schon nach zwei Jahren die junge Pflanzung zu einer Universität mit den Privilegien der Hochschule in Upsala erweitert und erhoben. Im Feldlager bei Nürnberg hat der König die Stiftungsurkunde unterzeichnet; die Einweihung am 15. Oktober 1632 ging dem Heldentod des Königs in der Schlacht von Lützen nur um ein paar Wochen voraus.

Das Jahr darauf gelangte in Livland zur Ausführung, was Gustav Adolf noch mit reger Teilnahme geplant, die Errichtung eines Oberkonsistoriums. Das Bedürfnis einer solchen Behörde hatte sich schon lange fühlbar gemacht; der Plan taucht bereits, wenn auch nur in schwankenden Umrissen, auf dem früher erwähnten Landtage zu Wenden 1598 auf. Die von dem Superintendent erworbene genauere Kunde von den kirchlichen Notständen der Provinz, zusammen mit dem Ergebnis einer Visitationsreise, welche D. Rudbeck 1627 in königlichem Auftrage in den drei Provinzen ausgeführt, mochte wohl den Plan zur baldigen Reife gebracht haben. Er entsprach einem Lieblingsgedanken des Königs, den er so gern in seinem Stammlande ausgeführt hätte*).

*) Bereits Gustav Adolfs Vater, Karl IX., hatte ein solches Consistorium ecclesiasticum generale für Schweden geplant; die Sache gedieh aber nicht weiter. Erst Gustav Adolf nahm den Plan mit großer Wärme wieder auf, ohne daß er jedoch endgültigen Erfolg hatte. (Vgl. den Bericht von Thysellius „das von Gustav II. Adolf zugebaute Consist. eccl. gen.“ in der Niednerischen Zeitschrift für historische Theologie 1851, S. 101 ff.)

Bereits 1624 hatte er den sorgfältig ausgearbeiteten Plan eines Generalkonsistoriums für die gesamte schwedische Kirche dem Reichstag vorgelegt; aber seine Bestätigung scheiterte an der fast einstimmigen, mächtigen Einsprache der Bischöfe. Sie fürchteten durch die Gründung einer solchen obersten kirchlichen Behörde und durch die vorgeschlagene Weise der Stellenbesetzung ein Überwiegen der weltlichen Macht, ein bedenkliches Eindringen juristischer und politischer Elemente in kirchliche Angelegenheiten; sie meinten, daß ein solches Konsistorium ein gefügiges Werkzeug werde, dem Könige die *jura in sacra* zu verschaffen. Die Reformation in Schweden hatte den Bischöfen, nun dem päpstlichen Regimente entrückt, eine größere Freiheit und Selbständigkeit innerhalb ihrer Bistümer verschafft; noch war das Obergerichtsrecht des Königs über die Kirche nicht endgültig geregelt. Heiß mochte der Kampf über diese Rechtsansprüche lange Jahrzehnte hindurch hin und her; jeder Vorschlag wurde in erster Linie von den beiden Mächten daraufhin geprüft, ob er nicht auf eine Schädigung ihrer beiderseitigen Ansprüche hinziele. Unter solchem Kampfe fehlte der für das Gedeihen der Kirche notwendige, einheitliche Zusammenschluß, den zu verschaffen das Generalkonsistorium nach der Meinung des Königs eine geeignete Handhabe bieten sollte.

Ähnliche Übelstände waren in den Ostseeprovinzen zutage getreten. Infolge der Reformation und durch sie nach seiner Meinung dazu berechtigt, hatte in den Hansestädten der Magistrat die bischöflichen Rechte als ein ihm zukommendes Erbe angetreten; zur Ausübung dieser Rechte hatte er dann im Laufe der Zeit und durch das Bedürfnis genötigt, zur Bildung von Konsistorien die Hand geboten. Notgedrungen hatten sich die Landgemeinden vorkommenden Falles unter diese Gerichte gestellt. Selbstverständlich konnte es geschehen, daß diese Behörden ohne gemeinsame Grundsätze, ohne inneren Zusammenschluß in ihrem Urteil auseinander gingen und damit hier als zu Recht bestehend galt, was dicht nebenan in der anderen Gemarkung beanstandet wurde. Ein bedenklicher Unterschied, der übel auf das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung einwirken mußte. Was im Stammlande den Plan zum Scheitern brachte, erwies sich in den unterworfenen Provinzen als nicht mächtig genug zum Widerstande; vielleicht auch, daß man hier zu

einem solchen unlustig war, weil der Segen einer solchen Einrichtung bei zum Teil anderen Verhältnissen mehr einleuchtete. Der König starb wohl vor der Ausführung; allein gerade die Männer, welche in Schweden die geistig tüchtigsten und eifrigsten Verfechter des Planes und bei der Ausarbeitung am thätigsten waren, auf kirchlicher Seite der uns durch seine Visitationsreisen bekannte, rastlose und kraftvolle Bischof Rudbeck, auf staatlicher Seite Orenstjerna, dessen eigenstes Werk die Vorlage gewesen sein soll, diese beiden Männer bewahrten auch nach dem Tode des Königs ihre einflußreiche Stellung und waren stark und thatkräftig genug, das geplante Vorhaben in den Ostseeprovinzen zur Ausführung zu bringen. Ein Jahr nach Gustav Adolfs Tode, 1633, erschien eine einstweilige Konsistorial- und Visitationsordnung für Livland; sie bildete die Grundlage, auf welcher bereits das Jahr darauf die Oberkonsistorialordnung angefertigt ward, an welche sich zwei Jahre später eine Ordnung für die zu errichtenden Unterkonsistorien anreihete*).

Dieses Oberkonsistorium wurde gebildet aus dem vom Könige oder seinem Generalgouverneur ernannten weltlichem Vorsitzenden und dem Superintendenten der Provinz; ferner aus je drei Geistlichen und drei weltlichen Beisitzern. Das erste Mal wurden diese Beisitzer vom Könige berufen, für die Folge aber schlug eintretenden Falles das Konsistorium selbst zwei Kandidaten dem Generalgouverneur zur Wahl vor. Einmal im Jahre trat das Konsistorium in Dorpat zusammen und zwar feststehend vom 16. Juni bis 18. Juli. Während dieser Zeit seiner täglich zweimaligen Sitzungen hatte das Konsistorium über alle Uneinigkeiten und Trennungen in der Religion, bei Streit über Ordnung der Kirchenzeremonieen, bei Ansichtsverschiedenheiten und Streit unter Pastoren und Kirchendienern, sowie in allen Ehesachen und was überhaupt gegen die beiden Tafeln der zehn Gebote verstößt, auch über alles was Kirche, Schule, Armenwesen fördern mag, zu beraten und endgültig zu entscheiden. Alle im Lande, hoch und niedrig, waren vorkommenden Falles an diese Behörde gewiesen und ihrer Entscheidung unwiderruflich unterstellt. Eine Berufung an eine höhere

*) Abgedruckt bei Buddenbrod a. a. O. II, 133 ff.

Behörde war unstatthaft, nur die eine Möglichkeit dem mit dem Urtheilspruch Unzufriedenen bei gewissen Anlässen gestattet, gegen Hinterlegung von 200 Thalern eine Wiederaufnahme der Untersuchung, aber bei derselben Behörde, zu verlangen. Der Gang der Verhandlung mit den Parteien war ein mündlicher, wobei aufs strengste alles zu vermeiden war, was weitläufige Verhandlungsfristen, absichtliche Verschleppung der Streitfrage veranlassen könnte. Die Urtheile sollten gemäß den göttlichen und den anderen Rechten, Ordnungen und Gerichtsbräuchen der Augsburgischen Confessionsverwandten gefällt werden. Für die richtige Ausführung der gefällten Urtheile hatten die beiden Schloßgerichte in Riga und Dorpat zu sorgen.

Durch diese Consistorialordnung wurden auch Amt und Befugnisse des Landesuperintendenten genau geregelt. Er hat die von den Kirchenpatronen zu Predigern ernannten Candidaten zu prüfen und nachdem die Wahl bestätigt ist, an dem Erwählten die Predigerweihe und Einführung in sein Amt zu vollziehen. Er hat die Aufsicht über die Präpste der Provinz, deren es in jedem Kreise zwei gab, dabei namentlich darauf zu achten, daß sie in ihrem Sprengel alljährlich eine Synode abhalten und fleißig Visitationen veranstalten; er hat selbst jährlich in irgend einem der Kreise eine Predigersynode und Kirchenvisitation zu veranstalten, bei welcher ihm die Synodalartifel von 1625 und die Magdeburger Kirchenordnung zur Richtschnur dienen.

Die nur einmal jährlich statthabenden Sitzungen des Consistoriums hatten Übelstände zur Folge, zu deren Abhilfe schon bei Aufstellung der Ordnung Hand angelegt wurde. Es war mißlich, wenn eine schwierige Sache in der anberaumten Frist nicht zum Austrag kam, ihre Erledigung auf ein ganzes Jahr hinauszuschieben. Wenn auch dem Vorsitzenden und dem Superintendenten zu Vorarbeiten, oder auf gütlichem Wege eine Sache beizulegen, weitgehende Befugnisse eingeräumt wurden, so waren peinliche Aufschube bei verwickelteren Sachen nicht zu vermeiden. Dazu kam der weitere Übelstand, daß Dorpat für manchen armen Provinzler in jenen Tagen entlegen und sein Aufenthalt bei Gericht mit großen Kosten an Zeit und Geld verknüpft war.

Um dem möglichst vorzubeugen, wurden 1636 Unterkonsistorien*) in der Provinz eingesetzt, je eins in jedem der sechs Kreise Riga, Dorpat, Pernau, Narwa, Kolenhusen, Wenden. Vorsitzender ist hier der vom Generalgouverneur ernannte Landrichter und ihm zur Seite der Kreispropst, ihnen zugeordnet je ein geistlicher und weltlicher Beisitzer. Wer und was immer dem Oberkonsistorium unterstellt ist, ist es auch diesen Unterkonsistorien, die soweit möglich nach den gleichen Verhaltensmaßregeln die Sachen zu entscheiden haben. Nur was sie in ihrem Kreise nicht beilegen können, oder aber Einsprachen wider ihre Entscheidung gehen an das Oberkonsistorium. Um ein rascheres Endurtheil zu ermöglichen, tagen die Unterkonsistorien regelmäßig im Mai, sodaß etwaige streitige Fälle im folgenden Monate in Dorpat ihre endgültige Entscheidung finden. — Ein sehr sorgfältiges und auch treffliches Augenmerk richtete diese Konsistorialordnung auf die Visitationen. Jeder Prediger war zu regelmäßigen Hausbesuchen in seinem oft weit zerstreuten Pfarrbezirk angehalten; der Propst führte seine Visitation jährlich in einem vorausbestimmten und vierzehn Tage vor seiner Ankunft in Kenntniss gesetzten Kreise zusammen mit den beiden Beisitzern des Unterkonsistoriums und in Gegenwart der Deutschen und Undeutschen des Gebietes aus.

Die wichtige Einsetzung des Oberkonsistoriums mit seinen Unterabteilungen kann noch als eine unmittelbare That und Frucht des regen Eifers Gustav-Adolfs für die Ausgestaltung des Kirchenwesens nun auch in den neu erworbenen Provinzen angesehen werden. Der Eifer erkaltete nicht bei seinen Nachfolgern, und auch die Ostseeprovinzen wurden des Segens in gleichem Maße theilhaftig wie

*) Bereits gleichzeitig mit der Gründung des Generalkonsistoriums 1634 waren zwei Unterkonsistorien in Riga und Dorpat eingesetzt (vgl. Buddenbrock a. a. O. II, 144). Die Konsistorialordnung der sechs 1636 ins Leben gerufenen Untergerichte ist abgedruckt in „Provinzialblätter an das liv- und estländische Publikum“ 1786. I, 30—48.

das Stammland. Das Königsgelecht der Wasa — es ist bereits darauf hingewiesen — war, seitdem es den Thron bestiegen, aufs innigste mit der Reformation verknüpft; die politische Klugheit, welche die Stärkung dieses Bundes nur stark anraten konnte, ging bei fast allen Herrschern des Hauses Hand in Hand mit herzlichster Liebe zum Evangelium und zur evangelischen Kirche. Nur als Warnung konnte der Fall dienen, wo von dieser festen Familienüberlieferung abgewichen und römischen Neigungen um einer falschen Politik willen nachgegangen wurde. Bei dieser scharf ausgeprägten Stellung des Königs zur Kirche, bei der hohen Bedeutung, welche die königliche Gewalt in steigendem Grade sich in Schweden errang, konnte die persönliche Stellung des jeweiligen Herrschers zu den damals im Vordergrund stehenden religiösen Fragen nicht ohne Einfluß auf die kirchliche Gestaltung des Landes bleiben. Ein aufmerksamer Beobachter könnte aus dem Gange der kirchlichen Entwicklung nun auch in den Ostseeprovinzen gar leicht wie aus einem Spiegel die Herzensstellung des Königs zu den kirchlichen Strömungen seiner Zeit erkennen. Ob eine solche Abhängigkeit für eine evangelische Kirche und ihr Gemeinleben gesund ist, dies zu erörtern liegt uns hier fern; wir wollen nur die Thatsache betonen.

Gustav Adolf nahm eine milde, vermittelnde Stellung in den kirchlichen Streitfragen seiner Zeit ein; seine Glaubensüberzeugung wie auch sein klarer Blick in die Weltlage hieß ihn viel mehr eine Union der evangelischen Mächte betonen, als daß er beflissen gewesen wäre, dem engherzigen Hadergeist der Schule in dem verhängnisvollen Augenblick Raum zu geben, wo die wiedererstarnte römische Kirche furchtbar drohend zum entscheidungsvollen Schlage wider die Evangelischen ausholte. In der gleichen Richtung wandelte seine Tochter und Thronerbin, die treue Schülerin des erwähnten Hofpredigers Matthiä, Königin Christine, wenn auch zum Teil aus anderen Beweggründen und durch ihre wachsende Vorliebe für französisches Wesen einer bedenklichen Gleichgültigkeit in ernstesten religiösen und kirchlichen Fragen den Zugang ins Land öffnend. Von dem Gifthauche solcher Gesinnung angekränkt, fing auch in Schweden zuerst im Adel und von da weiter sich verbreitend im Volke die von den Vätern ererbte Gottesfurcht an

dahinzusiechen. 1654 entsagte die jungfräuliche Königin der Krone; dem auffälligen Schritte folgte rasch außer Landes in Brüssel der andere, der die gesamte protestantische Welt mit Entsetzen erfüllte und dem alten, glaubensstarken Axel Oxenstjerna das Herz brach: der Abfall der Königin von dem Glauben ihrer Väter. Die Abtrünnige hat den heimischen Boden nicht mehr betreten, dem Herzen des Volkes war sie mit dieser kaum begreiflichen That entfremdet. Thronerbe ward ihr Vetter Karl X. Gustav Adolfs Stiefschwester Katharina war an den wadern Pfalzgrafen Johann Kasimir *), mit dem frommen Kurfürsten Friedrich III. auch geistesverwandt in Glaubenssachen, vermählt, aus welcher Ehe ein Sohn entsprungen, der des großen Oheims Krone und auch mit seinem Sohn und Enkel, Karl XI. und XII., seinen Ruhm erbte. Nur sechs Jahre hatte der Held aus dem wittelsbachischen Stamme den schwedischen Thron inne, eine zu kurze Zeit und dazu mit glücklichen Kriegen vollauf in Anspruch genommen, als daß er den kirchlichen Dingen in seinen Landen eine größere Aufmerksamkeit hätte zuwenden können. Diese Aufgabe fiel seinem Sohne zu und Karl XI. hat sie im engen Zusammenhang mit seinen durchgreifenden Unternehmungen auf staatlichem Gebiete mit großem und weitragendem Erfolge ausgeführt. 1660, nach dem frühzeitigen Tode des Vaters zum Thronе berufen, stand der jugendliche Prinz bis 1672 unter einer Vormundschaft, an deren Spitze sich seine Mutter, Hedwig Eleonore, befand; in letzterem Jahre für volljährig erklärt, ergriff er die Zügel der Regierung; 1675 ward er gekrönt und nun schritt er machtvoll, jedes Hindernis niedertretend, dem Ziel entgegen, das er sich in kühnem Thatendrange gesteckt, dem Adel seine einflußreiche Stellung zu schmälern und einer unbeschränkten königlichen Gewalt auf allen Gebieten Bahn zu brechen.

Auch auf kirchlichem Gebiete und auch hier mit überzeugungsvollem Eifer.

Von dem reformirten Bekenntnis des Großvaters, der bis an sein Ende treu und offen und auch unbehelligt seinen Glauben bewahrt, ist keine Spur auf den Großsohn übergegangen. Sowohl

*) Vgl. über diese verwandtschaftlichen Bande der Pfalz-Zweibrückenschen Linie Häußer, Geschichte der rheinischen Pfalz (Heidelberg 1845) II, 287.

Erziehung als persönliche Neigung hatte den König der Anschauung völlig entfremdet, der der Vater noch geneigt geblieben war. Das verdächtigende Wort des Bischofs Gezelius, als ob der Calvinismus die Revolution für zulässig erkläre und sie fördere, fiel auf wohl-
bereiten Boden des nach absoluter Herrschaft strebenden Königs; die Kirche, welche das Recht der weltlichen Obrigkeit nun auch in kirchlichen Angelegenheiten von Anfang an so stark betonte, mußte dem König, als seinen Plänen förderlich, besonders genehm sein. Zielbewußt entzog er der bischöflichen Rechtspflege und Amtsbe-
fugnis, worauf immer der Staat einen Anspruch erheben konnte; in dem gleichen Zuge seiner Bestrebungen räumte er den Diöcesan-
synoden, die er kräftig unterstützte, einen erhöhten Einfluß auf die kirchlichen Angelegenheiten ein. In dem Grade als dadurch die
bischöfliche Macht abgeschwächt ward, wuchs die Staatskirche, manchem Kirchenmann in besorgniseinflößender Weise, die Kirche
könne von dem Staate völlig aufgesogen werden. Und an der Spitze dieses Staatswesens ein absoluter König, von Hoftheologen
umgeben, wie der Professor Arsenius in Upsala, der die absolute königliche Gewalt als unmittelbar von Gott stammend erklärte,
wie sein Kollege Lundius, der herrschen und nach Willkür handeln für gleichbedeutend ausgab.

Noch in die Zeit der Vormundschaft fällt eine königliche Ver-
ordnung (1668) für die Kirche Livlands, die ein wesentliches und
segensreiches Glied im Bau ihrer Kirchenverfassung geworden, die
Errichtung des Oberkirchenvorsteheramtes. Man kann diese Ein-
richtung der Reihe von Bestimmungen einfügen, welche in Schweden
darauf zielten, den Diöcesansynoden zu größerem Einfluß zu ver-
helfen. Sie ist die Heranziehung von Gemeindelräften bei der
geordneten Leitung des Kirchenwesens, eine wenn auch bescheidene,
so doch immerhin schon geeignete Äußerung eines presbyterialen
Elementes, hier nun freilich — man ist versucht zu sagen: selbst-
verständlich — unter der Oberleitung der weltlichen Macht, des
Königs.

In jedem Kreise der Provinz — so ordnet es dieses Gesetz *)
an — stellt die Ritterschaft einen Landrat vor, welchen der

*) Abgedruckt bei Buddenbrod II, 561.

Generalgouverneur zum Oberkirchenvorsteher bestätigt, welches Ehrenamt der Bestätigte für drei Jahre zu versehen hat; nach Ablauf dieser Zeit kann er, wenn dazu willig, auf weitere drei Jahre mit der Stellung betraut werden. Das aber ist eines Oberkirchenvorstehers weitgehende Obliegenheit und Verpflichtung: zusammen mit dem Propste des Kreises und einem Beigeordneten aus dem Adel die Obergewalt über die Kirchenvorsteher der einzelnen Gemeinden zu führen, das Kirchengut zu verwalten und zu seiner Förderung und Vermehrung die Gemeindeglieder anzuregen. Nicht nur diese äußeren Arbeiten fallen ihm zu. Er hat auch im Einklang mit seinen beiden Gehilfen die religiösen und sittlichen Zustände der Gemeinden eingehend zu prüfen, zu überwachen und auch Kirchenzucht zu üben. Große Machtbefugnis ist dem Amte eingeräumt, Unsitten und eingerissene schlechte Bräuche nach Kräften abzustellen und Zucht und Ordnung in der Gemeinde und ihren Familien zu fördern.

Wo der Oberkirchenvorsteher zusammen mit den beiden ihm zugeordneten Räten in einer zu visitierenden Gemeinde seines Amtes waltet, zieht er die Patrone, den Geistlichen, die Kirchenvorsteher, — eine Art Kirchenrat, von dem Patron und Pastor aus den Angesehenen der Gemeinde gewählt, — und die eingepfarrten Gutsbesitzer des Kirchspiels zur Beratung hinzu. Kann bei den Verhandlungen eine Vereinigung erzielt werden, so gelangen die Beschlüsse ohne weitere Bestätigung einer Behörde unmittelbar zur Ausführung; wenn nicht, dann geht die strittige Sache an den Generalgouverneur, den Vertreter des Königs, in dessen absoluter Gewalt die allendliche Entscheidung ruht. Solche Vorlagen, die einer Rechtsbehörde unterliegen, werden diesen zugewiesen, die geistlichen den Konsistorien, da ihnen durch dieses Amt keine Kürzung ihres Rechtsgebietes geschehen soll.

Das Amt hat die großen und mannigfaltigen Wandlungen, die auf allen Gebieten des Kirchen- und Staatslebens sich seitdem vollzogen, überdauert, nicht freilich in völlig unveränderter Gestalt, aber doch seinem Wesen und den Hauptzügen nach. Aus dem Ende des vorigen Jahrhunderts besitzen wir eine umfangreiche und eingehende Darstellung von dem damaligen Arbeitsgebiet dieses Amtes; es würde zu weit führen, alle seine Obliegenheiten auf-

zuzählen*). Vieles und Schweres ward von ihm verlangt; galt es doch z. B. allein bei den Kirchenvisitationen über 226, in 17 Abschnitten zusammengestellten Fragen genaue Auskunft sich zu verschaffen und schriftlich einzutragen. Namentlich die Stellung der Kirchenvorsteher und Kirchenvormünder, welche Gemeindeämter in ihren unregelmäßigen Anfängen älter als diese Ordnung sind, wurde im Laufe der Zeit genauer festgestellt. Die Kirchenvorsteher, je zwei in jedem Kirchspiel, werden aus den Gutsbesitzern gewählt, zur Not kann der Pastor einer derselben sein; zweimal jährlich berufen diese Vorsteher den Kirchenkonvent, der die Gemeindeangelegenheiten zu ordnen hat, während die Kirchenvorsteher für die Ausführung der Beschlüsse eintreten. Teilzunehmen an diesen Konventen sind alle eingepfarrten Gutsbesitzer sowie die Kirchenvormünder berechtigt. Die letzteren werden von dem Konvente gewählt, je einer aus dem Hofgesinde eines Gutes, als Gehilfe des Predigers, der Kirchenvorsteher und Gutsbesitzer zur Ausführung der kirchlichen Anordnungen, zugleich auch als Vertreter der Bauernschaft, deren Anliegen sie in den Konventen zur Sprache bringen.

Wir haben nicht den Spuren nachzugehen, inwieweit im Laufe der Zeit diesen heilsamen Verordnungen entsprechend das Gemeindeleben sich entwickelte: die noch nicht ausgeführte Aufgabe fällt einer Geschichte der baltischen Landeskirche zu. Ersichtlich aber ist, daß wo dieses wichtige Glied der Kirchenverfassung in lebensfrischer, geistiger Bethätigung sich verwirklicht, da ein reges, blühendes Gemeindeleben sich offenbaren wird. In der hier gebotenen Form freilich nicht in dem vollen Umfange, nicht in der freien und doch organisch-geordneten, selbständigen Weise, wie sie nach dem Vorbilde der apostolischen Gemeinden die evangelische Kirche je und je zu erstreben berufen ist. Aber auch schon diese vielversprechenden Anfänge zeigen in lothender Weise den Segen, welcher einer Kirche aus der Gesamtbethätigung der Gemeinde für ihr Gedeihen erwächst. Sicher ist, daß die innige und opferwillige Liebe des baltischen Adels für seine Kirche und Schule, nicht der kleinste Schmuck in seinem edlen Wappenschild, zum

*) Aufgeführt bei Buddenbrock a. a. O. II, 601—642.

großen Teil aus dieser seiner beruflichen Arbeit für sie entspringt; sicher zugleich auch, daß die wenn auch noch bescheidene Heranziehung von Gemeindefräften wesentlich mit dazu beigetragen, das Volk seinem heidnischen Wesen zu entfremden und sein Herz in einer Kirche einwurzeln zu lassen, die fürsorgend und zuchtvoll durch seinesgleichen ihm bis in die Schule, bis ins Trinkhaus und in die Kammer nachgeht, vielleicht zu Zeiten mehr mit dem Auge eines Polizisten, als dem eines christlichen Bruders, den das Elend seines Nächsten jammert; aber es war doch eben ein Nachgehen der Kirche in sein sittliches Leben. Solche Erfahrungen prägten sich tief dem Volksgemüte ein.

Je klarer und schärfer umrissen die Bestrebungen Karls XI. zutage traten, die königliche Gewalt in seinem Reiche zu einer unumschränkten auszugestalten, um so entschiedener und unerbittlicher wurde auch das Verfahren, dem Territorialismus in diesem Reiche unbedingte Geltung zu verschaffen. Allein das Bekenntnis des Königs hat Recht und Geltung im Reiche und zwar mit einer so unduldsamen Ausschließlichkeit, daß nicht nur kein anderer öffentlicher Gottesdienst gestattet, daß selbst das Wohn- und Aufenthaltrecht einem Andersgläubigen beschränkt oder gar versagt ward. Nicht alle darauf bezüglichen Bestimmungen wurden auch in den Ostseeprovinzen veröffentlicht; wir erwähnen im folgenden nur diejenigen, welche ausdrücklich für diese Provinzen Rechtskraft erhalten und dadurch der dortigen evangelischen Kirche das scharfe konfessionelle Gepräge verliehen, das ihr bis dahin rechtlich fremd geblieben und auch dann noch anhaftete, als die Anschauungen geschwunden waren, in deren Gefolge es diesen Ausdruck erlangt hatte.

Das erste Religionsplakat, welches, auch für die Ostseeprovinzen gültig, allen von der Landeskirche unterschiedenen Bekenntnissen das Asylrecht im Reiche untersagt, ist noch aus der Zeit der Vormundschaft vom Jahre 1667 *). Als Landesreligion gelten die auf dem Konzil von Upsala 1593 aufgestellten Beschlüsse. Sie sind bekanntlich noch so allgemein gefaßt, daß sie vollständig

*) Abgedruckt bei Buddenbrod a. a. O. II, 365 ff.

die Augsburger Konfessionsverwandten deckten. Unter ihrer Flagge konnte noch Karl IX. der in Gottenburg gegründeten ersten reformirten Kirche das Recht des Bestandes und ein Siegel mit der bedeutsamen Inschrift *velut lilium inter spinas* verleihen, konnte ein Pfalzgraf Kasimir, dessen unumwundenes Bekenntnis der Heidelberger Katechismus war, jahrelang im Lande leben. Jetzt aber erhielten diese Beschlüsse einseitige, engbegrenzte Auslegung, die für die Reformirten keinen Raum mehr ließ, sondern in scharfer Spannung der konfessionellen Gegensätze nur einem schroffen Luthertum das Recht des Daseins verlieh. Noch wagte man damals nicht offiziell von jenen Beschlüssen abzugehen; aber man gab ihnen in der Wirklichkeit eine herrisch aufgedrungene Erklärung, welche für den Reichstag von Upsala nicht maßgebend war. Das Plakat forderte die Pastore streng auf, zumal jeden aus dem Auslande kommenden Fremden, der sich binnen acht Tagen im Pastorat deshalb zu melden hat, auf seinen Glaubensstand hin zu prüfen. Fremden Kaufleuten und Soldaten, welche Schweden in Handel und Kriegshändeln nicht missen konnte, wurde, auch wenn sie die Prüfung nicht bestanden und anderem Bekenntnis angehörig sich erwiesen, das Bleiben im Lande zwar gestattet, aber da ihnen weder Geistliche noch Gottesdienst ihres Bekenntnisses zugestanden wurden, gehörten ihre im Lande gebornen Kinder durch die von den lutherischen Geistlichen vollzogene Taufe unwiderruflich dieser Kirche an, wie dieselben auch nur durch diese Zugehörigkeit Recht und Möglichkeit der Teilnahme am Schulunterricht erhielten. Religionslehrern und Geistlichen, ja Erziehern überhaupt anderer Bekenntnisse wurde jeder Zugang ins Land unbedingt untersagt. Nur den Gesandten ward das Recht eines Hausgottesdienstes, ihrem Bekenntnis gemäß und von einem demselben angehörigen Hausgeistlichen vollzogen, eingeräumt; an demselben durfte jedoch nur das Hauspersonal teilnehmen. Wer dawider handelte, setzte sich der Gefahr aus, für solches Überschreiten der Gesetze bei seinem Landesherrn verklagt zu werden. Und auch dieses notgedrungene Zugeständnis kam nur in Stockholm am königlichen Hofe zur Anwendung; für das Land und auch die baltischen Provinzen war es gegenstandslos.

Eine weitere Verordnung von 1675 *) räumte den Landesgeistlichen, selbstverständlich auch in den unterworfenen Provinzen, eine Reihe von nicht unbedeutenden Vorrechten ein. Als ob es gelte, zu zeigen, daß unter königlichem Scepter es sich in der Kirche noch besser leben lasse als unter bischöflichem Stummstab. In reichem Maße erfuhren die Geistlichen, was sie der Huld und Fürsorge des Königs zu danken hatten; solch' Dankgefühl macht einen Kurzsichtigen und Schwachen leicht geneigt, sich mit cäsaropapistischem Regimente auszuföhnen. Die in der erwähnten Verordnung zugestandenen Vorrechte an die Kirche werden auch auf die eng mit ihnen verbundenen Kirchen- und Staatsschulen des ganzen Reiches ausgedehnt; sie sind in ihrer Mehrzahl materieller Art. Die Einkünfte werden zweckmäßig und reichlich vermehrt, der Kirchenbesitz in weiter Ausdehnung von Steuern entlastet; selbst Eigenbesitz der Geistlichen wird zum Teil in den Genuß dieser mit königlich = freigebiger Hand gewährten Bewilligungen eingelegt. Ein bezeichnender Ausdruck in der Begründung dieser Rechte enthüllt die Anschauung, von welcher sich bei ihrem Erlaß Karl XI. leiten ließ. Ihre besondere Hervorhebung führt sie dem Geistlichen eindringlich, auf daß er sie sich einpräge, zu Gemüte. Es heißt da: „Der höchste Gott gebrauchet aus sonderlicher Gnade die Gustavianische Familie (das Königshaus) zu Pflegevätern und Ammen seiner Gemeinde.“ In der Anschauung tritt unverhüllt die Allgewalt des Staates auch auf kirchlichem Gebiete zutage und zwar, wie sie sich in dem unumschränkten König verkörpert **).

Jene Jahre waren fruchtbar an Erlassen für das Wohl der Kirche und legen Zeugnis ab, wie sehr dasselbe dem König am Herzen lag. Sie sind nicht nur von der Politik eingegeben; nicht wenige auch von treuer, frommer Fürsorge für die seiner Obhut und Leitung, wie der König sie sich dachte, anvertraute Kirche.

*) Abgedruckt bei Buddenbrod II, 683.

**) Der Bezug auf Jes. 49, 23 fällt ja wohl in die Augen; aber auch der Mißbrauch dieser Stelle, wie er so vielfältig stattgehabt, daß der besondere Fall verallgemeinert zu einem nicht zutreffenden Beleg des Verhältnisses von Staat, beziehungsweise Königshaus und Kirche ausgenutzt ward.

Man erkennt, daß ihm auch scheinbar Geringsfügiges nicht fremd blieb, daß er Mängel und Schäden der kirchlichen Verhältnisse auch im fernen Sibirien mit weitreichendem Auge erkannte und ungesäumt für ihre Abstellung besorgt war. So liegen uns aus jener Zeit Anordnungen vor, die Wege nach den Kirchen in guten Stand zu setzen, namentlich die Brücken herzustellen, auf daß niemand aus Unzugänglichkeit der Kirchwege Anlaß nehme, vom Gottesdienst wegzubleiben. Den Gutsherrn wird ernstlich vorgeschrieben, ihre Knechte und Mägde regelmäßig zur Kirche zu lassen und zwar nicht nur durch Abstellung der Sonntagarbeit, sondern auch durch Freigebung der nötigen Zeit, schon tags zuvor auf den Kirchgang sich zu rüsten. Bedeutsamer noch war ein anderer Erlaß, der die Teilung zu großer Pfarrensprengel forderte. Es sollte darauf Bedacht genommen werden, daß in den durch die lange währenden Kriegsläufte so arg verwüsteten Ostseeprovinzen die einzelnen Kirchen auf dem Lande nur höchstens zwei Meilen auseinanderstehen, auf daß das Landvoll sie leicht erreichen und so „um so besser in Glaubenssachen informiert werden könne.“ Ritterschaft und Adel werden demgemäß angehalten, mit recht freigebiger Hand vorhandene Lücken durch Erbauung von Kirchen auszufüllen, zugleich auch die neu erstehenden Pastorate mit den nötigen Widmen auszustatten und auch für die Hinterbliebenen der Geistlichen genügend zu sorgen.

Alle diese Anordnungen können als Vorarbeiten des Kirchengesetzes angesehen werden, welches Karl IX. seinem Reiche 1686 gab und in welchem seine Stellung zur Kirche ihren klarsten und entschiedensten Ausdruck gefunden. Das Bedürfnis nach einer solchen genauen und eingehenden Kirchenordnung war schon seit geraumer Zeit rege im Lande geworden; die Vorgänge der letzten Jahre hatten die Befriedigung dieses Bedürfnisses immer drängender in den Vordergrund gerückt. Wo auf allen Gebieten des Staatswesens die umgestaltende Hand des Königs sich zeigte und Neuordnungen schuf, da mußte auch gerade in der Kirchenverfassung

des Landes diese Hand eingreifen und gewissermaßen ihr Werk zum krönenden Abschluß bringen. Den Weg zu einem nach seinem Willen befriedigenden Abschluß hatte der König vom Beginne seiner Herrschaft an zielbewußt und flug gebahnt; jetzt galt es nur, mit rücksichtsloser und unumschränkter Entschiedenheit diesen Weg zu betreten und rasch ihn bis zum Ausgang zurückzulegen.

Günstige Verhältnisse erleichterten den Gang. Der alternde Erzbischof von Upsala, der lebensmüde für solche Arbeit unlustig und darum auch ungeschickt sich zeigte, starb; an seine Stelle trat in der Vollkraft reifen Mannesalters der mit hohen Gaben ausgerüstete und gerade für eine solche Aufgabe in hervorragender Weise begabte Olof Svebilius, sanftmütig in seinem Wesen und doch starken Charakters, anfänglich in seinem Studiengang der Rechtsgelehrsamkeit mit Eifer ergeben, dann mit gleichem Eifer seiner Herzensneigung zur Theologie folgend, durch und durch praktisch neben großer Gelehrsamkeit, ein Mann der Kirchenleitung. Ein Zeitgenosse nennt ihn einen Mann des Friedens, der die Wahrheit liebte *). Auf dem Reichstage von 1682 erhielt der Priesterstand den Auftrag, ungesäumt sich an die Ausarbeitung der Kirchenordnung zu machen. Unter Leitung des Erzbischofs und im Zuge seiner Schaffensfreudigkeit für die gestellte große Aufgabe, kam der auf dem Reichstage gegenwärtige geistliche Stand dem königlichen Befehle nach. Schon nach Verlauf eines Monats lag der Entwurf fertig gestellt vor. Er wahrte auf Grundlage der früheren Zustände der Kirche eine selbständige Stellung.

Aber dies entsprach nicht den Bestrebungen des unumschränkten Königs und er war nicht gewillt, der Kirche diese Stellung einzuräumen. Eine Kommission, aus dem Adel bestehend, größtentheils Kanzleiräte, ward mit der Prüfung des Entwurfs betraut; ihr Urteil fiel ungünstig aus, wie nicht anders von einer so zu-

*) Vgl. Carlson, Geschichte Schwedens (Gotha 1875) V, 318, dessen eingehender Darstellung für Schweden wir um so lieber folgen, da ihm schon die Verwertung der in der Stiernelbschen Sammlung aufgefundenen Handschrift des ersten Entwurfs der Kirchenordnung möglich war.

sammengestellten Kommission erwartet werden konnte. Den Rechten des Königs sei nahe getreten, zumal in der Rechtspflege, indem der Entwurf aus dem sogenannten Reichskonsistorium eine Art geistlichen obersten Gerichtshofes machen wolle, wodurch das Königsrecht endgültigen Entscheides angetastet werde. Selbstverständlich, daß ein Karl XI. diesen Ausstellungen beipflichtete. Freiherr Liliehoöl, hervorragendes Mitglied der Kommission, wurde mit der Ausarbeitung eines neuen Vorschlages betraut, der diese Königsrechte vollgültig zum Ausdruck gelangen lassen sollte. Zwei Strömungen machten sich nun geltend. Sie haben heftig miteinander gerungen; aber die Königsgewalt war doch schon zu mächtig geworden, als daß der Ausgang lange hätte zweifelhaft sein können. Friedfertig fügte sich Enebilius; er konnte gegen die herrschende Strömung auf die Dauer nicht aufkommen. Der Hofkanzler Lindsfold fertigte mit geschickter Hand die letzte Ausarbeitung an. Völlig verwischt sind in ihr die Spuren der Doppelströmung nicht; aber noch deutlicher ist, daß der König seinen unumschränkten Willen durchgesetzt und nun auch in der Kirche als ihr oberster Gebieter dastand. Am 3. September 1686 erhielt die neue Kirchenordnung die Bestätigung des Königs und zwar in einer Form, die diese Ordnung als einen Willensakt des unumschränkten Herrschers, dem die Kirche sich unbedingt zu beugen hat, erscheinen läßt.

Die kirchlichen Gebräuche, die Ausübung des geistlichen Amtes, das gegenseitige Verhältnis zwischen den Ämtern der Kirche, wie zwischen Geistlichkeit und Gemeinde ist fast unangetastet aus dem bisherigen Herkommen in die Kirchenordnung herübergenommen. Die wesentlichste und durchgreifendste Veränderung hat das Verhältnis des Staates zur Kirche gefunden: die bis dahin die Kirche nur beschützende Stellung des Königs ist in allen Teilen zu einer gebietenden geworden. Des Königs Religion ist die Religion des Landes, die alleingültige, die allbeherrschende. Der König ist höchster Bischof im Lande; in seiner Hand ruht jegliches bischöfliche Recht. Der Bischof empfängt die ihm eingeräumten Rechte als königliche Gnade. Über dem Domkapitel steht das Hofgericht; dieses entscheidet im Namen des Königs über alle gegen die Entscheidungen der Domkapitel geführten Beschwerden.

Diese im Herbst 1686 bestätigte Kirchenordnung wurde im folgenden Jahre durch den Druck dem Lande bekannt gemacht. Eine gleichzeitige deutsche Übersetzung, in Stockholm und auch in Riga erschienen, wies darauf hin, daß diese Ordnung nun auch für die Ostseeprovinzen gesetzliche Geltung habe. Das Bedürfnis nach einer Kirchenordnung hatte sich in Livland noch stärker geltend gemacht als in Schweden. Die Sehnsucht nach einer festen, einheitlichen Regelung der kirchlichen Verhältnisse war von Jahr zu Jahr dringender geworden. Einzelne heilsame Einrichtungen waren ja seit der schwedischen Zeit getroffen worden; aber sie zeigten schmerzlich empfundene Lücken und mangelten des einheitlichen Zusammenschlusses. Von 1660—64 war Generalsuperintendent von Livland der Schwede Johann Gezelius gewesen, eine hervorragende, bedeutende kirchliche Persönlichkeit, eine Herrschergestalt. Schon als 24jähriger junger Mann war er bei dem Religionsgespräch zu Thorn (1639) zugegen; die Königin Christine hatte dem begabten Mann warmes Vertrauen geschenkt. In seiner hohen Stellung an der Spitze der livländischen Geistlichkeit war ihm reichliche Gelegenheit geboten, mit den kirchlichen Notständen der Provinz bekannt zu werden und auf ihre Abstellung zu sinnen. Wahrscheinlich infolge seiner Vorstellungen wurde er, der unterdessen Bischof von Abo geworden, von der königlichen Vormundschaft 1667 mit der Ausarbeitung einer Kirchenordnung betraut. Obgleich Gezelius infolge dieses Auftrages eifrig mit Adel und Geistlichkeit der Provinz verhandelt hat, kam sein Entwurf doch nicht zur Ausführung. Nur das im Drucke erschienene deutsche Inhaltsverzeichnis ist mir zu Gesicht gekommen. Ein Blick auf dasselbe zeigt, daß das spätere Kirchengesetz in der Reihenfolge der behandelten Gegensätze auf diesen Entwurf keine Rücksicht genommen. Vielleicht der Umstand, daß sich der Bischof bei der Ausarbeitung zu sehr ins Einvernehmen mit Geistlichkeit und Ritterschaft gesetzt und deren Wünsche und Ratschläge berücksichtigt, hat mit dazu beigetragen, den Entwurf abzuweisen; er paßte in einer solchen Fassung wenig oder gar nicht in den Plan des Königs. Die Sache blieb zunächst liegen. Es lag nicht in der Absicht des Königs, der fernen Provinz gesondert zu verleihen, was für die eigenen Lande ins Auge gefaßt war. Diese Provinz

sollte wissen, daß sie auch in kirchlicher Beziehung dem Reiche völlig einverleibt, und wie in ihr des Königs Religion unbedingt zu gelten habe, so auch unbedingt das gleiche Kirchengesetz.

Kurzer Hand den baltischen Provinzen dieses Kirchengesetz, bei dessen Ausarbeitung dieselben, soweit ersichtlich, gar nicht mit herangezogen worden waren, nun auch als für sie einspruchslos gültig zu erklären, zu solch' gewaltsamem Vorgehen konnte sich der König denn doch nicht entschließen. Der baltische Adel, die Kirchenvertretung, die städtischen Magistrate mußten wenigstens gehört werden. Auf dem Landtage zu Dorpat 1690 kam das Kirchengesetz, das wohl vorher den einzelnen Ständen und Behörden zur Begutachtung zugegangen war, zur Vorlage. Trotz der Einsprache des so gewalthätigen Generalgouverneurs Pfaffter, welcher die wörtliche Beobachtung des Gesetzes forderte, wurde doch nur eine bedingte Annahme zugegeben.

Eine unbedingte in der vorliegenden Form wäre aber auch unausführbar gewesen. Das Oberkonsistorium in Dorpat für Livland, dessen Vorsitzender damals noch der Ritterschaft angehörte und somit sie darin vertrat, die Ritterschaft und Geistlichkeit Estlands und das Stadtkonsistorium von Riga, das dem Oberkonsistorium nicht unterstellt war, haben die Annahme des Kirchengesetzes an die zuporige Beantwortung einer Reihe verschiedener und gesonderter Anfragen geknüpft. Das Gesetz enthielt, wenn auch nur in nebensächlichen Einzelheiten, nicht wenige Punkte, welche, auf schwedischen Besonderheiten und Landesgebräuchen beruhend, in der gegebenen Form für die anders gearteten Provinzen unausführbar waren. In der bescheidensten, unterthänigsten Weise („in submissester Devotion“) vorgebracht, fanden diese Bedenken fast ausnahmslose Berücksichtigung. Der König konnte sie leicht gewähren und ihnen entsprechend die Fassung der angezogenen Punkte ändern. Keine einzige Bemerkung tastete die Grundlagen des Gesetzes an, die der baltischen Kirche ein verändertes Gepräge eindrückten.

Es ist fesselnd, daraufhin die vorgebrachten Einwendungen etwas genauer ins Auge zu fassen*). Sie sind allesamt im Hin-

*) Abgedruckt bei Buddenbrod a. a. O. II, 1631. Von Livland

blid auf die durch dieses Gesetz veränderte Bekenntnisstellung der Kirche, auf das wesentlich neugestaltete, die bisherigen Ordnungen wie mit einem Federstrich durchstreichende Verhältnis von Kirche und Staat harmlose zu nennen, wie ohne eine Ahnung von dem sich vollziehenden Wandel. War denn niemand da, der durch die bereits seit geraumer Zeit sich vollziehenden bedenklichen Vorgänge auf staatlichem Gebiete klug geworden, mannhaft seine warnende Stimme erhoben und den sich geltend machenden, so tief in das Wesen der Kirche einschneidenden Grundsätzen Widerstand geboten hätte? Oder wollte man in der Provinz sich fügsam zeigen, nachdem drüben in Schweden die Bischöfe endgültig sich vor der geltend gemachten Allgewalt des Königs gebeugt? Aber auch in einem solchen Falle geziemt dem Manne, vor der Beugung mutig seine ernste Einsprache zu erheben; es verlautet aber, so scharf und angestrengt ich auch hinhöre, keine Widerrede der bezüglichen und anstößigen Punkte.

Ein paar Jahre vergingen, bis nun auch für die Ostseeprovinzen nach Veränderung der nebensächlichen Kleinigkeiten die unbedingte Annahme des Kirchengesetzes stattfand. In der Zwischenzeit war die unumschränkte Souveränität des Königs auch von dem Reichstag 1693 angenommen worden. Die denkwürdigen, von einem Auschuß des Reichstages gewählten Worte lauten: „Se. Majestät sei von Gott, Natur und königlichem Erbrecht samt den über die von Sr. Majestät gemachten gnädigen Anfragen hinsichtlich seiner absoluten Macht gegebenen Erklärungen der Stände aus den Jahren 1680 und 1682 mit der in demselben Jahre erteilten Bestätigung Sr. Majestät als ein selbstherrschender, allen gebietender und souveräner König eingesetzt, der niemandem auf Erden für seine Handlungen verantwortlich sei, sondern nach seinem Gutdünken Macht und Gewalt habe, als ein christlicher König sein Reich zu beherrschen und zu regieren.“ Das war die Sprache, wie man sie damals am Hofe Ludwig XIV. zu hören gewohnt war.

Diese rücksichtslose, unumschränkte Anschauung kommt auch zum

liefen 16 Bemerkungen ein; das Rigaer Stadtkonsistorium gab 20 Punkte zu bedenken an; Estland reichte 41 Fraggunkte und Erinnerungen ein.

Ausdruck, in der „gnädigsten Verordnung“ des Königs vom 20. Dezember 1694. Ihr 16. Punkt verfügt kurz und bündig: in dem Kirchenwesen ist Ihrer Königl. Majestät Kirchenordnung die einzigste Norm, wonach alles reguliert und gerichtet werden soll *). Fast wie eine gleichgültige Nebensache ist dieser wichtige Punkt einer Reihe von anderen Verordnungen in demselben Erlaß eingefügt, die ungnädig im Ausdruck, nun auch für ein blödes Auge sichtbar, mit entschiedener Hand die Folgerungen ziehen, deren Ursprünge in dem Kirchengesetz selbst fast offen zutage liegen. Unumwunden wird mit bestehenden, altverbrieften Landesgesetzen ausgeräumt; insbesondere dem Landrat eine tödliche Art an die Wurzel gelegt. Das Oberkirchenvorsteheramt wurde mit einem Federstriche aufgehoben, gleichermaßen die Unterkonsistorien und somit eine, wenn auch bescheidene Thätigkeit von Gemeindegliedern wieder lahm gelegt. Das Oberkonsistorium wurde in eine rein geistliche Behörde verwandelt und dadurch auch aus ihr die weltlichen Mitglieder entfernt, durch deren Mitarbeit, wenn auch in beschränkter Gestalt, eine Teilnahme der Gemeinde an der Leitung der Kirche zum Ausdruck gelangte. Fast alle Pfarreien wurden unter königliches Patronat gestellt; eine Ausnahme war ähnlich wie bei den berücktigten Reduktionen nur da zulässig, wo der genaueste und dokumentarisch festgestellte Nachweis rechtmäßigen Patronats vonseiten des adeligen Gutsherrn geführt werden konnte: in jenen ungeordneten Tagen eine schier unerfüllbare Aufgabe. Die Kirche war wie ein königliches Lehn anzusehen; ihre Selbstständigkeit aufgehoben, der Gemeinde so gut wie jede Thätigkeit innerhalb der Kirche entzogen.

Wenden wir uns dem Kirchengesetz selbst zu, so befremdet zunächst die Einführung der Konkordienformel. Unter den im Laufe der Zeit und zumal während der Regierung Karl XI. so wesentlich veränderten Verhältnissen galt inbetreff des Bekenntnisstandes der schwedischen Kirche die allgemeine Fassung, wie wir sie noch bei den Upsaler Beschlüssen von 1595 finden, für ungenügend. Sie entsprachen kaum mehr der neugeschaffenen Sachlage. Die vor-

*) Abgedruckt bei Bubenbrod a. a. O. II, 1392.

mundschaftliche Regierung hatte noch 1666 die Landesreligion näher bezeichnet als „auf der Propheten, Evangelisten und Apostel Lehr und Schriften gebauet und auf dem Konzil zu Upsala von allen Ständen angenommen.“ 1675 bei gegebenem Anlaß, als der König nun schon ein paar Jahre selbständig regierte, wurde auch diese Fassung erweitert, die Zugehörigkeit zur Landeskirche in engere Schranken gebannt. Sie lautet nun: „die rechte und reine Religion, welche in den prophetischen und apostolischen Schriften wohl begründet und in der Kürze in den drei christlichen Hauptsymbolen als dem apostolischen, nilänischen und athanasianischen enthalten, wie auch in der unveränderten Augsburger Konfession, welche Kaiser Karl V. 1530 überreicht wurde, verfaßt ist und zwar so, wie solche in König Gustavs I. letzteren und König Johannis ersteren Regierungszeit gebräuchlich gewesen und nachgehends bei dem Upsalschen Konzil 1593 von König Karl und den sämtlichen Reichsständen einhellig beliebt, angenommen und beschlossen ward“ *). Und jetzt nach einem Jahrzehnt genügte auch diese Fassung nicht mehr und sie wird in der Kirchenordnung durch die andere ersetzt: „in unserem Königreiche und dessen zugehörigen Länden sollen sich alle einzig und allein zu der christlichen Lehre und Glauben bekennen, welche in dem göttlichen, heiligen Worte, den prophetischen und apostolischen Schriften Alten und Neuen Testaments gegründet, in den drei Hauptsymbolen als dem apostolischen, nilänischen und athanasianischen verfaßt, auch in der ungeänderten Augsburger Konfession, so im Jahre 1530 daselbst übergeben und auf dem Konzil zu Upsala 1593 angenommen wurde, im gleichen in dem sogenannten liber concordiae erklärt ist, und sollen alle diejenigen, so im Lehrstande, bei Kirchen, Akademien, Gymnasien oder Schulen ein Amt antreten, bei der Ordination, und wenn sie einen Posten annehmen, mit körperlichem Eide sich zu dieser Lehre und Glaubensbekenntnis verpflichten. (I, 1).“

*) Abgedruckt bei Buddenbrock II, 685. Der gelehrte Verfasser weist zur Begründung, daß Gustav Wasa sich zur Confessio Augustana bekannt habe, auf die Bestimmungen des Reichstags zu Westerås hin. Wenn Karl XI. keinen schlagenderen Beweis anführen konnte, so ist es um die Begründung übel bestellt; denn der berühmte schwedische Reichstag fand 1527 statt.

In dem angeführten Konkordienbuche bildet den siebenten Teil bekanntlich die Konkordienformel und war dieselbe nun als Bekenntnisschrift der schwedischen Kirche anerkannt. Man kann nicht sagen, daß sie unter dieser allgemeineren Bezeichnung vorsichtig eingeschmuggelt, auch nicht, daß sie Widerwilligen kraft königlichen Spruches aufgenötigt worden wäre. Freilich die Gemeinden wurden weder über ihren Inhalt belehrt, noch auch um ihre Zustimmung angegangen: solch' eine so naheliegende Rücksichtnahme war jenen Zeiten fremd. Der Kampf um die Einführung der Konkordienformel zieht sich in ganz Scandinavien durch lange Jahre hin. Bekannt ist, wie der König Friedrich II. von Dänemark ihre Veröffentlichung in seinen Landen mit Todesstrafe bedroht *). Während des siebzehnten Jahrhunderts hat ein großer Teil der Geistlichen in Schweden und den Ostseeprovinzen ihre theologische Schulung und das feste Gepräge ihrer kirchlichen Anschauung auf den damaligen Hochburgen konfessionellen Luthertums, in Wittenberg, Rostock und Jena erhalten. Sie hatten damit den Standpunkt der Konkordienformel inne und befürworteten ihre Einführung in der heimischen Kirche. Bereits auf dem Reichstage von 1647 wurden daraufhin bezügliche Anträge gestellt, aber noch nicht angenommen. Die unter Gustav Adolf stark vertretene und auch von ihm gebilligte und geschützte Richtung, welche einer solchen Schärfung des konfessionellen Gegensatzes innerhalb der evangelischen Kirche abhold war, besaß noch die Oberhand. Aber sie trat mehr und mehr in den Hintergrund; das heraufkommende Geschlecht von Geistlichen war in der Mehrheit für einen geschärften symbolischen Ausdruck der Lehre. Was sie während ihrer Studienzeit in Deutschland durchlebt, sollte auch seine Geltung in Schweden, in den Ostseeprovinzen haben. Bereits ein freilich nur auf administrativem Wege in Livland veröffentlichtes Religionsplakat von 1663 nimmt

*) Vgl. Müller, Die symbolischen Bücher der lutherischen Kirche. Stuttgart 1860. S. CXVII. Ebrard (Handbuch der christlichen Kirchen- und Dogmengeschichte. Erlangen 1866. III, 248) erwähnt die Briefstelle des Dänenkönigs an Wilhelm von Hessen: alsobald wir der zwei schön eingebundenen Exemplare, so von Kurlachsen ihm übersandt worden, ansichtig geworden, haben wir sie auf ein gut Schornsteinfeuer gebracht und verbrannt.

unbeanstandet die Formel als verpflichtend an. Durch einen späteren Reichstagsbeschluß wurde diese administrative Verfügung bestätigt. Jetzt war die Konfordinformel in dem Kirchengesetz endgültig als Glaubensbekenntnis der schwedischen und baltischen Kirche angenommen, gerade hundert Jahre nachdem diese Formel unter mühsamen Transaktionen, eine rechte Schwervergeburt, ins Leben getreten war. Eigen doch! Ein Jahrhundert früher hatte sich der evangelische Norden mit Macht wider die Annahme dieses Nachwerkes gesträubt. Nicht einmal in Deutschland wollten sich alle lutherische Staaten dieses Bekenntnis aufbürden lassen; nicht wenige haben die Annahme entschieden und dauernd abgelehnt, und jetzt an der Schwelle einer neuen Zeit, die entschieden mit der Richtung bricht, welcher die Konfordinformel entstammt und die sich auch schon in Schweden leise regt, gerade in diesem Augenblick nimmt die Kirche noch das so stark angefochtene Bekenntnis auf und verpflichtet Lehrer und Geistliche unter körperlichem Eide dazu!

Noch wird auch in diesem für die Ostseeprovinzen und ihre Verfassung so wichtigen Gesetze trotz der Annahme der Konfordinformel die Kirche nicht eine lutherische genannt. Diese nähere, seit den Tagen der Konfordinformel in Deutschland gäng und gebe gewordene Bezeichnung des einen Teils der evangelischen Kirche wird in öffentlichen Aktenstücken der schwedischen Kirche fast geflissentlich vermieden. Deshalb wohl, auf daß kein Zweifel aufsteige, als ob die evangelische Kirche in Schweden nicht eine durchaus nationale wäre. Aber wenn auch des deutschen Reformators Name verschwiegen ward, das Gesetz erwies auf jeder Seite die Kirche als eine durchaus lutherische und zwar von strengster Observanz, ängstlich um ihre Reinhaltung bemüht und in der vollen Waffentrüstung, wie sie das Konfordinbuch nur anlegen kann. Diese scharf ausgeprägte Kirche war zur alleingültigen, ausschließlichen Staatskirche erhoben, dazu unter einem Könige unumschränkter Macht, der eifersüchtig darüber wachte, daß neben seiner königlichen Religion keine andere in seinen Landen ein Recht der Geltung habe. Für Karl XI. gab es keine Augsburger Religionsverwandte; das Augsburger Bekenntnis hat in seinen Augen nur einen einzigen rechtmäßigen Sohn, das ist die lutherische Kirche

der Konfordinformel, das ist „Unsere Religion“. Jede andere evangelische Regung wurde niedergetreten, mit dem gleichen unduldsamen Eifer wie im Staatsleben alles, was sich wider die absolute königliche Gewalt aufzulehnen schien.

Die schmerzlichen Spuren sind dem Kirchengesetze an nicht wenigen Stellen eingedrückt. So mußten in gemischten Ehen, wenn der eine Teil der reformirten Kirche angehörte, die im Lande geborenen Kinder ohne Widerrede lutherisch getauft werden und gehörten damit unwiderruflich der Landeskirche an (I, 5 und III, 8). Nicht einmal reformirte Paten waren zulässig. Wohl werden die Geistlichen verpflichtet, schwerkranke Reformirte („solche, die nicht unserer Religion sind“) auf ihr Verlangen zu besuchen und zu trösten; aber sie dürfen ihnen die letzte, heilige Wegzehrung nur dann reichen, wenn sie „Unsere christliche Lehre und Glauben annehmen“. Thun sie es nicht, dann wird ihnen im Falle des Todes das gebräuchliche christliche Leichenbegängnis verweigert. „Sie genießen den Kirchhof und die Lagerstätte, aber keine Schule (darunter ist wohl die Begleitung der Schulkinder bei der kirchlichen Beerdigung zu verstehen), Gesang oder Leichenpredigt. (XVII, 8 und XVIII, 11).“

Die bereits erwähnten königlichen Verordnungen, welche in engem Zusammenhang mit den eine unumschränkte Gewalt des Königs anbahnenden Maßregeln stehen und, was nur immer von der geistlichen Gerichtsbarkeit sich loslösen ließ, dies weltlichen Behörden zuordnete, übten ihren Einfluß auch auf das Kirchengesetz und gewannen durch dasselbe ihren Eingang in den Ostseeprovinzen. Die Machtstellung der Kirche, ihr selbständiger Einfluß wurde dadurch wesentlich beschränkt, sie selbst auf Schritt und Tritt an ihre Zusammengehörigkeit und zwar in Form der Abhängigkeit von dem Staate und seinem unumschränkten Oberhaupte unliebsam gemahnt. So hatten bei den Verlobnissen der Brautleute die geistliche sowohl wie die weltliche Behörde ein Entscheidungsrecht; das Kirchengesetz führt genau die Punkte an, deren Bestimmung dem einen oder dem anderen Teile zukommt (XV, 2). Das Mißliche und Verschleppende dieses doppelten Instanzenzuges bei jedem einzelnen Falle erkannte man wohl; deshalb überließ man anfänglich noch die Entscheidung ausschließlich

dem Oberkonsistorium als einer gemischten Behörde. Als dasselbe aber 1694 im Verfolg des gleichen königlichen Zieles in eine rein geistliche Behörde umgewandelt wurde, gelangte der angezogene Paragraph auch in Livland zu seiner vollständigen und genauen Ausführung. Bei der Trennung von Verlobung und Ehe waren ebenfalls beiderlei Behörden beansprucht und zwar in der Weise und Teilung, daß zunächst der Klagende Teil sich an Propst und Konsistorium des angeklagten Teiles zur Anstellung eines Sühneversuches wandte. Fruchtete derselbe nichts, so wurde die Klagesache der weltlichen Behörde zur Untersuchung und Aburteilung überwiesen. Den von dieser Behörde gefällten Schiedsspruch hatte dann die geistliche Behörde auszurichten; sie vollzog die von ihr nicht ausgesprochene Scheidung (XVI, 1).

In klarem, zielbewußtem Verfolg des allbeherrschenden Grundgedankens des Königs, der unumschränkten, königlichen Gewalt in sämtlichen Zweigen des staatlichen Lebens und nun auch in der Kirchenverfassung unummundene Geltung und Ausdruck zu geben, brachte das Kirchengesetz und seine Einführung in den Ostjeeprovinzen eine Reihe einschneidender und das bisherige Verhältnis umgestaltender Neuerungen. Sie stehen in naher Fühlung mit der gleichzeitigen tiefgreifenden, verhängnisvollen Änderung der Landesverfassung. Es galt, die Sonderrechte des Adels möglichst zu schmälern, endgültig sie aufzuheben. So wurde das Patronatsrecht zwar genau bestimmt und auch reichlich ausgestattet (XIX, 12); aber 1693 unter der rücksichtslosen Verwaltung des königlichen Günstlings, der selbst ein Balte, alle die ärgerlichen Zeichen eines brutalen Emporkömmlings zeigte und in verletzender Weise die Untergebenen fühlen ließ, des Generalgouverneur Paßfer, wurden sämtliche Kirchen und Pastorate für königlichen Patronates erklärt; es sei denn, daß jemand binnen sechs Monaten den auch dem Generalgouverneur genügenden, nur in den wenigsten Fällen möglichen dokumentarischen Beweis seines Patronatsrechts erbringen konnte. Mit diesem, ein lange bestehendes patriarchalisches Verhältnis zwischen Gutsbesitzer und Kirche schnöde verletzenden Gewaltakt war dem Adel nicht nur der bisherige Einfluß bei der Besetzung der Pfarrstellen genommen. Das ließe sich verschmerzen. Aber er löste ihn auch mehr und mehr von der Teilnahme an

dem Wohlergehen einer Kirche ab, an die ihn keine Rechte, sondern nur noch nicht abgelöste Pflichten fesselten. Und solche Entfremdung war unter den damaligen Verhältnissen ein nicht unbeachtender Verlust. Die bisherigen Leistungen an die Kirche, seine geringen Opfer, sollte der Adel auch trotz der Einbuße seines Patronats nach wie vor entrichten; sie gingen nicht auf den nunmehrigen königlichen Patron über. Denn es wurde ausdrücklich verfügt: „Die von Adel, so unter solchen Regalsprengeln ihre Güter haben und darunter gehören, müssen ihre Verpflichtung zum Bau und Unterhalt der Kirchen und Schulen laut Kirchenordnung leisten, sowie auch zufolge anderer obrigkeitlicher sowohl als Konsistorialverordnungen die dem Pastor zukommenden Gerechtigkeiten richtig erlegen *).“

Mit der Umwandlung des Oberkonsistoriums in eine rein geistliche Behörde, die fortan ununterbrochen tagte und damit den nun zum Vorsitzenden erhobenen Generalsuperintendenten nötigte, seinen ständigen Wohnsitz in Dorpat zu nehmen, wurden die bestehenden sechs Unterkonsistorien aufgehoben. Was von ihren Rechtsbefugnissen nicht einer weltlichen Behörde zugewiesen werden konnte, ward, soweit sie nicht an das nun ununterbrochen in Thätigkeit sich befindliche Oberkonsistorium gelangten, den Präpsten überwiesen, deren selbständiger Einfluß damit erweitert wurde. Aber die alten Klagen der beschwerlichen und kostspieligen Reisen der geladenen Zeugen nach Dorpat tauchten nun wieder auf. Es war nur ein folgerichtiger, weiterer Schritt auf der eingeschlagenen Bahn, wenn jene königliche Verordnung vom Jahre 1694 mit der Einführung des Kirchengesetzes das Oberkirchenvorsteheramt aufhob. Seine verschiedenen Obliegenheiten wurden theils dem Konsistorium, theils dem Statthalter zugewiesen, die ohne Fühlung miteinander arbeiteten.

In sorgfältiger, eingehender Weise werden die Obliegenheiten des Predigers geregelt. Es scheint, als ob da die Hände der juristisch geschulten Kanzleiräte, welche bei dem ersten Entwurf die Ausführungen als zu weitläufig, bald im Ton einer beweisenden Abhandlung, bald in dem einer erbaulichen Ermahnung getadelt

*) Buddenbrod a. a. O. II, 1357.

hatten, nur wenig geändert und die Sprache des milden Erzbischofs und Seelsorgers Enebilius noch verlaute. Man fühlt wohlthuend den Verordnungen den frommen Ernst des als gottesfürchtig anerkannten Königs und seiner geistlichen Räte ab, denen die hohe Bedeutung des Predigtamtes wohl bewußt ist und seine Förderung warm am Herzen liegt. Aber wie wird doch auch hier alles bis ins kleine und Kleinliche verfügt, daß aus dem Schloß im entlegenen Stockholm die Stunde angegeben wird, wann im einsamen livländischen Dorfe das erste und letzte Läuten zum Gottesdienst statthaben soll, genau zur gleichen Zeit wie im Nord und Süd von Schweden! Eine dreifache Weichte anerkennt das Kirchengesetz, die geheime, deren Geheimhaltung jeder geistlichen und weltlichen Behörde gegenüber dem Geistlichen bedingungslos zugesichert wird. Nur bei drohender Gefahr soll der Pastor ohne Namensnennung warnen. Die allgemeine, welche der Teilnahme am heiligen Abendmahl vorausgeht, und die offenbare, bei welcher ein gerichtlich überzeugter und verurteilter Verbrecher vor der versammelten Gemeinde sein Verbrechen zu bekennen und unter Versicherung von Buße und Besserung Gott und die Gemeinde um Vergebung zu bitten hat. Es kann diese Weichte doch nur in eingeschränktem Sinne als Kirchenbuße bezeichnet werden. Sie ist nicht eine von der Kirche und infolge ihres Urteils auferlegte Buße, sondern nur ein Teil der von einer weltlichen Behörde verhängten Strafe, für deren Ausrichtung die Kirche sich ohne Dreinsprache zur Verfügung zu stellen hat. Für einen Kirchenbann gewährt das Gesetz Raum. Die weltliche Behörde leistet nun ihrerseits dafür Beihilfe, wie sie solche im vorangegangenen Falle empfangen hat. Dieser Bann wird auf Vergehen beschränkt, in welchen eine gerichtliche Belangung nicht sofort möglich ist. Zunächst hält der Seelsorger dem Missethäter seine Sünde allein vor; ist dies umsonst, dann in Gegenwart von zwei oder drei gottesfürchtigen und bescheidenen Männern aus der Gemeinde. Bleibt der Sünder auch der Zusprache dieser Leute unzugänglich, dann geht die Sache an den Bischof oder das Konsistorium, das den Unbußfertigen durch Ausschluß von dem heiligen Abendmahl für eine bestimmte Zeit in den kleinen Bann thut. Bei weiter anhaltender Verstockung beauftragt das Konsistorium

den Geistlichen, solchen verhärteten Sünder an drei Sonntagen öffentlich von der Kanzel in den Bann zu thun und damit aus der Gemeinschaft der Kirche Gottes abzusondern. Wer ein ganzes Jahr ohne Zeichen der Buße in diesem Banne verharrt — und hier leistet in auffälliger und bedeutsamer Weise die weltliche Obrigkeit ihre Beihilfe —, der wird des Reiches verwiesen (VII—X).

Durch die gewaltsame Umwandlung fast sämtlicher Pastorate der Ostseeprovinzen in Kronspfarreien war die Besetzung der meisten Stellen in die Hand des Königs gelegt. Der Bischof oder Superintendent schlägt ein paar würdige Kandidaten vor, aus welchen der König nach eigenem Belieben einen auswählt. Die Gemeinde darf in betreff der Besetzung zwar einen Wunsch äußern, der König aber ist nicht gehalten, ihn zu berücksichtigen, ebenso wie er auch einen anderen als die vorgeschlagenen Kandidaten in die freigewordene Stelle setzen kann (XIX, 10). In ähnlicher Weise vollzieht sich die Wahl des Bischofs oder Superintendenten. Das Domkapitel oder Konsistorium schlägt nach Stimmenmehrheit geeignete Kandidaten dem König zur Wahl vor.

Aufs eindringlichste wird den Superintendenten die Visitation ihres Bezirkes, den Bröpfen, die der Superintendent aus der Zahl der ihm unterstellten Geistlichen wählt, die ihres Sprengels ans Herz gelegt. Genau ist vorgezeichnet, worauf bei diesen Visitationen achtzuhaben ist; in so umständlicher Weise wie früher werden die Visitationspunkte nicht mehr aufgezählt. Noch bedeutsamer ist ein anderer Unterschied; aber er bezeichnet keinen günstigen Wandel. Die Visitation ruht nun ausschließlich in den angegebenen geistlichen Händen. Die Gemeinde ist dabei nicht mehr vertreten; sie ist fortan nur noch ein Teil der Gegenstände, an welchen die Visitation vollzogen wird. Die Bedeutung des Amtsträgers wird wohl dadurch erhöht; aber Freude an solcher Erhöhung kann doch nur haben, wer den reichen Segen für ein wahrhaft evangelisches Gemeindeleben, der aus der Mitarbeit von Gemeindegliedern entspringt, nicht kennt oder nicht zu werten vermag.

Ein gleiches, reges Augenmerk wird auf die Abhaltung regelmäßiger Synoden gerichtet. In herkömmlicher Weise sind es nur

Predigersynoden ohne jede Teilnahme der Gemeinde, zugleich auch ohne jeden Einfluß auf die Kirche in ihrer Verfassung und Leitung. Diese vorgefundene Beschränkung entsprach dem Wesen des Kirchengesetzes, nach welchem die evangelische Gemeinde möglichst wenig zur Teilnahme an der Arbeit der Kirche herangezogen wird. Sie bleibt unthätig im Hintergrunde stehen; sie ist der leidende Teil, an welchem die berufene Geistlichkeit als der handelnde Teil der Kirche wirksam ist und welcher Wirksamkeit sie sich gehorsam zu fügen hat, zufrieden damit, wenn das Wort Gottes in ihrer Mitte rein und lauter gepredigt und die Sakramente richtig verwaltet werden.

Länger wie ein Jahrhundert blieb dies schwedische Kirchengesetz in den Ostseeprovinzen in Geltung und hat sein Gepräge in Wesen und Gestalt des dortigen Kirchenlebens eingedrückt; einzelne auffallende Züge auch heute noch weisen auf diese Ordnung als ihren Ursprung hin. Freilich nicht ganz unverändert ging es in die russische Zeit über. Mit dem Wechsel des Regiments wurden Bestimmungen hinfällig, die sich als Schöflinge schon von Anfang an an den Stamm gesetzt und als verhängnisvolle Zugaben des autokratischen Gesetzgebers Merkzeichen waren, an welchen sich der allmähliche Verfall und Zusammenbruch der schwedischen Herrschaft über die baltischen Lande offenbarte. Sie konnten leicht von dem Grundstock losgelöst werden, ohne daß dieser selbst dadurch lebensunfähig geworden wäre. Wir haben unsere ernststen Bedenken über einzelne Punkte bereits geäußert. Es sind hauptsächlich zwei. Einmal die denn doch recht verspätete Einführung der Konkordienformel, dieser schärfsten Spannung der Gegensätze innerhalb der evangelischen Kirche, von der man die Kirche der Ostseeprovinzen so gerne für immer verschont gesehen hätte. Dazu dann noch das so bedenkliche Zurücktreten der Mitarbeit der Gemeindeglieder, das zu dem berechtigten Vorwurf einer Pastorenkirche unter dem unumschränkten Regimente des Landesherrn die Handhabe bietet.

Abgesehen von diesen beiden bezeichnendsten Bedenken und Ausstellungen kommt dem Gesetze für Verfassung und Leben der lutherischen Kirche der Ostseeprovinzen ein unbestreitbarer Wert, eine hervorragende Bedeutung zu. Es hat der Kirche des Landes lange entbehrte und lange ersehnte feste Ordnung verliehen. Fortan bildeten die denn doch noch immer mehr oder minder zerstreuten Gemeinden, auseinander geworfenen Gliedern ohne gegenseitige Fühlung nicht unähnlich, eine Kirche, ein größeres, einheitliches Ganzes in festgefüelter Ordnung, die einzelnen Teile von dem gleichen Geiste beseelt und innig zusammengeschlossen. Das Land und seine Bewohner hatte nun seine Landeskirche, freilich in einer engen Form schroffer und unduldsamer Ausschließlichkeit. Bitter wurde dieselbe von den evangelischen Glaubensverwandten empfunden, welche um ihrer Glaubensüberzeugung willen in ihrem Gewissen gebunden, sich ausgeschlossen sahen und tagtäglich fast den verletzenden Stachel engherziger Unduldsamkeit fühlten. Dies zugestanden, fordert eine unparteiische Beurteilung die Berücksichtigung, daß der Ausgeschlossenen im Lande nur wenige waren und diese wenigen fast ausnahmslos in den paar Handelsstädten; die überwältigende Mehrheit merkte innerhalb der wohlgehüteten Umzäunung nichts von dieser uns Spätgeborenen unbegreiflichen Härte; ihre Liebe zu der heimischen Kirche ward darum auch nicht getrübt. Bekenntnisschriften, wie die der Konkordienformel, werden nie Eigentum einer Gemeinde; sie sind theologische Schriftwerke für einen engen Kreis der Pastore, heutzutage der Mehrzahl von ihnen auch entfremdet. Wir wollen nicht das Mißliche betonen, wenn nun doch solche Schriftwerke als Bekenntnisse einer Kirche und selbstverständlich nun auch ihrer Gemeindeglieder festgehalten werden.

Der Gottesdienst war durch diese Ordnung für das ganze Land in strenger Regelung derselbe. Von Jugend auf bis ins hohe Alter geleitete die gleiche und liebgewonnene Weise das Gemeindeglied in seinen sabbatlichen Feiern, wo immer es sich im Lande aufhielt. Wir schlagen den Segen solcher Übereinstimmung nicht gering an; ein frommes Gefühl der Anhänglichkeit an die Kirche wird dadurch geweckt und rege erhalten. Die Kirche wenigstens schlang damit ein wenn auch nur loses Band der Zusammengehörigkeit um die im bürgerlichen Leben leider so sehr

auseinander fallenden Herren des Landes und die alten Bewohner desselben. Ob in deutscher oder lettischer oder estnischer Sprache, die gleichen Lieder, dieselben Weisen ertönten in allen Kirchen. In dem vorgeschriebenen, übereinstimmenden Gang der Liturgie vollzog sich Sabbatfeier und Amtshandlung, und der sie vollzog, derselbe Prediger für die Deutschen und Undeutschen seiner Gemeinde, verkündete den beiden Glaubensgenossen das gleiche, gute Gotteswort, jedem in seiner trauten Muttersprache.


Durch die sorgsam und streng geforderten Visitationen, durch die jährlichen Predigersynoden, insoweit nur eben beide Einrichtungen dem Gesetze entsprechend und mit herzlicher, treuer Liebe und Teilnahme regelmäßig gehalten wurden, konnte ein anregender, belebender, wachsender Geist in die Pastore und ihre Amtsführung eindringen; gleichermaßen in die Gemeinde, die gewiß ihr zum Wohlgefallen sah, daß sich die Kirche um christliche Lehre und Leben in ihr mütterlich sorgte. Für all' dies kann ein Gesetz die äußere Veranstaltung bieten; die vorliegende Kirchenordnung hat sie geboten. Wenn nur immer die gebotene Hand mit treuem, frommem Ernste, die starren Gebote belebend, ergriffen worden wäre! Wenn nur nicht so häufig Krieg und Seuche und Noth in dem schwer heimgesuchten Lande immer wieder von neuem die ungehinderte und friedliche Ausübung dieses Kirchengesetzes unterbrochen hätte!

Gerade die nächsten Jahre nach Einführung des Kirchengesetzes waren für die baltischen Provinzen ungemein drangsalreiche. Das arme, seit langer Zeit so hart geprüfte Ländchen, das man bezeichnend den Puffer nannte, an welchem die um die Obergewalt ringenden Nachbarvölker in gewaltigem Zusammenprallen aneinander stießen, war wieder einmal an einen entscheidungsvollen Wendepunkt seines Bestandes gelangt. 1697 starb Karl XI. Sein Sohn und Nachfolger, Karl XII., wandelte als Selbstherrscher in den stark eingedrückten Fußtapfen des Vaters, nur daß er in seinem Wesen noch eigenwilliger war und dazu einer der tüchtigsten

Feldherrn seiner Zeit, mit unbändiger Lust am Kriege, voll Kampfesfeier, mit dem Schwerte in der Hand seinen ungezügelter, zum Teil starrfinnigen Willen durchzusetzen.

Mit dem Throne war noch ein anderes, blutigrotes Erbe auf Karl XII. übergegangen; er schrak nicht zurück es anzutreten. Zumal das gewaltthätige, widerrechtliche Verfahren des Vaters in den übelberüchtigten Reduktionen hatte dies Erbe heraufbeschworen; durch sie in seinem Rechtsbewußtsein aufs tiefste verletzt, war das Herz der Besten des Volkes dem Könige und seinem Regimente entfremdet. Nur die angestammte Treue hielt das stark gelockerte Band noch eine Weile. Und schon stieg im Osten die Riesengestalt Peter des Großen herauf. Sein heißes Verlangen zog ihn nach der baltischen Meeresküste, wo sein Falkenauge das Aufsteigen der Größe Rußlands sah; klug verstand er es, den Groll zu schüren, den die Bergewaltigungen in den Provinzen erzeugt. Der allendliche Verlauf des entscheidungsvollen Waffenganges auf dieser von alten Zeiten her kampfdurchwühlten Walstatt ist bekannt; den hohen, begehrenswerten Siegespreis, um den die beiden Mächte ihre beste Kraft einsetzten, bildeten wiederum die Ostseeprovinzen selbst. Dieses Mal errang Rußland den kostbaren Juwel und hat ihn seitdem in fester Hand bewahrt. Als Polen einst ihn gewonnen, erstieg es in seinem Besitze und auch durch ihn den Höhepunkt seiner Macht unter den tonangebenden Völkern; der Verlust des Landes war Markstein und Anfang seines Verfalles. Gleiches Verhängnis brachte das Land Schweden. Mit Gustav Adolf und seinem Siegeseinzug in die Ostseeprovinzen gelangte das aufblühende nordische Reich in den Vollbesitz des Ansehens, den es im Ringe der Völker einmal einzunehmen berufen war; als Karl XII. die Ostseeprovinzen nicht mehr zu halten vermochte, büßte Schweden gleichzeitig mit diesem herben Schlag seine Stellung als Großmacht ein und stieg in allmählichem Rückschritt zu der bescheidenen Stufe herab, die es heute noch auf der Weltbühne einnimmt. Auch für Rußland und Peter den Großen bedeutete der heiß errungene Siegespreis, die Besitzergreifung des schier verhängnisvollen Ländchens, seinen Eintritt in den Kreis der europäischen Kulturvölker und seine Stellungnahme des Mitratens und Mitthatens unter ihnen.

Polen hat einst den glückbringenden Edelstein zumeist dadurch verschert, daß es den evangelischen Glauben des Landes antastete und in solch' vermessennem Thun den Verträgen wortbrüchig wurde, durch welche es in den rechtmäßigen Besitz der Provinz gelangt war. Schweden büßte den folgereichen Erwerb denn doch auch und vielleicht in erster Linie durch die Bergewaltigung ein, mit welcher es in das Rechtsbewußtsein des Adels, ein wohlgehütetes, mit allen Fasern seines Wesens verwachsenes Erbe aus der alten Heimat, rücksichtslos einbrach. Seine evangelische Kirche, sein deutsches Rechtsgefühl haben sich die beiden Male als Herz und Lebensnerv dieses Landes erwiesen, deren frebles Antasten bis dahin nur mit dem Verluste von Land und Leuten im ernststen Gange der Geschichte, die Gott lenkt, gesühnet ward.



Unter russischer Herrschaft im achtzehnten Jahrhundert.

Fast neunzig Jahre nach dem Einzuge Gustav Adolfs in Riga ergab sich diese Stadt, welche der Schlüssel für Livland geblieben, am 4. Juli 1710, dem russischen Zar; elf Jahre später, am 30. August 1721, hat der Nystädter Friedensschluß endgültig bestätigt, was die siegreichen russischen Waffen, was Peter der Große als Ziel seines eifrigsten Bemühens erworben. Livland, Estland, Ingermannland, ein Teil von Karelrien und Wiburgs-län war der kostbare Siegespreis. Peter der Große nannte sich fortan Kaiser von Rußland; willig zum Teil, zum Teil auch widerwillig, anerkannten die europäischen Großmächte den Titel und nahmen seinen Träger als solchen in die Staatenfamilie auf.

Wiederum wie vor 150 Jahren, als die livländische Ritterschaft mit dem Polenkönige kapitulierte, bildete Schutz und Bewahrung des evangelischen Glaubens die Haupt Sorge. Auch dieses Mal war der erste Punkt der Kapitulation vom 4. Juli 1710: „in specie aber pacisciret die Ritterschaft, daß im Lande sowohl als in den Städten, die bis herzu in Livland exerzierte evangelische Religion secundum tesseram der unveränderten Augsburger Confession und von selbiger Kirchen angenommenen symbolischen Bücher, ohne einigen Eindrang, unter was Vorgang er auch könnte bewirkt werden, rein und unverrückt konserviret, sämtliche Einwohner im Lande und in Städten dabei kräftig und unveränderlich gehandhabt und bei der Administration sowohl internorum als externorum ecclesiae von altersher gewöhnlichen Konsistorien und

kompetierenden *jurium patronatus* sonder Veränderung ewiglich konserviret werden.“ Ähnlich lautet kurze Zeit darauf der gleichfalls erste Punkt der Kapitulationsbedingungen der estländischen Ritter- und Landschaft. In der zarischen General-Konfirmation an die libländische Ritterschaft vom 30. September 1710, an die estländische Ritterschaft vom 1. März 1712, werden diese Bedingungen uneingeschränkt zugestanden; für Livland noch unter ausdrücklicher Bestätigung der wichtigen Abmachung mit Polen: „alle vorhin wohl erworbene und zu uns gebrachte privilegia und insonderheit das privilegium Sigismundi Augusti“. Auch die Stadt Riga, die sich unter allem Wandel ihre Selbständigkeit zu wahren wußte und ihre besonderen Unterwerfungspunkte aufstellte, rückte an die Spitze derselben, was ihr gleichermaßen am meisten am Herzen lag. Sie erhielt bei der Unterwerfung am 4. Juli 1710 als erste Bedingung zugesagt: daß die unveränderte Augsburgerische Konfession und darauf fundierte Religion in völligem Stande und bei ihrer bei 200 Jahren gebräuchlichen Übung in allen Kirchen und anderen Orten dieser Stadt und derselben Gebiete und Diöcesen verbleiben solle. Der zehnte Punkt des Nyfädter Friedens reiht sich dann diesen zarischen Konfirmationen an: „es soll auch in solchen cedierten Ländern kein Gewissenszwang eingeführt, sondern vielmehr die evangelische Religion, auch Kirchen- und Schulwesen und was dem anhängig ist, auf dem Fuß, wie es unter der letzteren schwedischen Regierung gewesen, gelassen und beibehalten werden, jedoch daß in selbigen die griechische Religion hinfüro ebenfalls frei und ungehindert exerziert werden könne und möge*)“.

Wir sehen, was in solcher Lage nach bestem Wissen und Gewissen von beiden Seiten zur Sicherstellung des höchsten menschlichen Gutes geschehen kann, ist geschehen und zugesagt. Fast alles hatte sich im Laufe einer jahrhundertlangen, an Wechselfällen reichsten Geschichte in dem schwer heimgesuchten Ländchen verändert, unverändert war eins geblieben: die unwandelbare Treue der Herren des Landes für ihren Glauben. Nur nachdem sie die feierliche Zusage seiner Wahrung erhalten, haben sie den Treu-

*) Schilling, Diplomatisches Handbuch (Nördlingen 1855) I, 158.

bund mit den jeweiligen Mächten geschlossen, denen im Laufe der letzten drei Jahrhunderte die Herrschaft über dieses Gebiet zufiel.

Eine höchst beachtenswerte Aufgabe hatte Peter der Große durch diese feierlichen Zusagen in seinem und seiner Nachfolger Namen übernommen, deren Lösung in jenen Tagen größere Schwierigkeit bot, als in unserer, für eine solche Aufgabe durch die unter allen Kulturvölkern zum Siege durchgedrungene Geistesrichtung soviel günstigeren Gegenwart. Von dem Haupte des russischen Reiches und damit auch der russischen Kirche war den evangelischen Glaubensgenossen des erworbenen Landes volle Gewissensfreiheit zugesichert. Nicht zum ersten Male waren die baltischen Provinzen im wechselvollen Gange ihrer Geschichte unter das Scepter eines andersgläubigen Herrschers zu stehen gekommen, ein mißlicher, besorgniseinflößender Standort in einer Zeit fast allgemeiner, unumschränkter Herrschaft des Territorialismus auf dem Gebiete des Glaubens. Nun aber lagen die Verhältnisse nach beiden Seiten hin, sowohl was die Kirche des neugewonnenen Herrschers, als auch die Ausgestaltung der Kirchenverfassung des erworbenen Landes betrifft, wesentlich anders als zu polnischer Zeit.

Damals waren kaum ein paar Jahrzehnte verstrichen, seitdem die kirchliche Umgestaltung der baltischen Lande sich vollzogen; nicht im gewaltsamen Abbruch und Kampf wider die alte Ordnung, vielmehr in gewisser Beziehung friedlich, eine innere Umwandlung durch die neugestaltende, reformirende Macht des Evangeliums. So entschlüpft, wenn die Zeit gekommen und Frühlingsluft über die Erde streicht, der Schmetterling der Larve; die alte, unhaltbar gewordene Hülle lag vor Aller Augen am Boden. Ob nicht auch Polen noch unter einem Sigismund August den gleichen Wandlungsprozeß durchmachen werde, war nicht völlig ausgeschlossen. Polens Reformator, Jan a Lasco, hatte das Jahr vor der Unterwerfung sein glaubenstreues Auge geschlossen. Ein großer Teil des Volkes und zwar seiner besten Söhne, ein Fürst Radziwil an ihrer Spitze, hatte bereits die überlebte Hülle abgestreift; Berührungspunkte boten sich auf Schritt und Tritt. Jetzt aber war das Land einem Herrscher unterstellt, der in ganz hervorragender Weise, der Stellung eines Papstes nicht unähnlich, an

der Spitze einer Kirche steht, die weder in Liebe noch in Haß mit der Reformation in Fühlung stand und von ihrem belebenden Geisteshauche unmittelbar in keiner Weise berührt war. Diese wunderbare Erneuerung und Erfrischung der abendländischen Kirche hatte sich fernab von ihr vollzogen. Als nun durch die Einverleibung der Ostseeprovinzen in das russische Reich die beiden Gestalten, die evangelische und griechische Kirche, sie beide in klarer Ausprägung ihres Sonderwesens und im Bewußtsein der nach ihrer Überzeugung ihnen von dem Herrn der Kirche gestellten Aufgabe, nebeneinander zu stehen kamen, ging ihnen im Unterschiede zur römischen Kirche Polens beides ab, einmal die nahen, eben erst gelösten Bande jahrhundertlangen Zusammenseins und Wohnens unter dem gleichen Dache und nun die scharfe Spannung, welche durch den Riß in noch frisch blutender Wunde entstanden war. Weder Freundschaft noch Feindschaft beseelte die beiden, jetzt und fortan unter demselben Scepter verbundenen Gestalten. Auch die Erinnerung war ausgelöscht, daß man einst in lange vergangenen Zeiten unter demselben Dache gewohnt. Die Züge der Ähnlichkeit waren verblieben, gemeinsame Laute schlugen kaum an; fremdartig, gleichgültig standen die Getrennten nebeneinander, wie anderen Welten zugehörig. Durch noch warme Verträge war der an Zahl geringe Ankömmling vor etwaigen Belästigungen oder gar Eingriffen in sein Kirchenwesen geschützt, mit deutscher Treue traute er der kaiserlichen Zusage. Auf beiden Seiten war damals stark vertreten die Willigkeit und Bereitschaft, was Gott in solcher Weise zusammengefügt, darein duldsam sich zu schicken. In hohem Grade besaß Peter der Große die benötigte Duldsamkeit; nicht nur aus politischer Weisheit, sie war ihm Glaubensüberzeugung. Seine Größe ragt zu einer Höhe empor, daß auf seinem Haupte schon warme, schöne Sonnenstrahlen einer Zeit ruhen, deren Licht soviel später erst in die Niederung fällt.

Dazu kommt der andere, schwerwiegende Unterschied in der kirchlichen Lage gegenüber der polnischen Zeit. Das Privileg von Sigismund August ist ein kostbarer, lautredender Zeuge, in welchem hohem Grade der baltischen Ritterschaſt das evangelische Bekenntnis Herzenssache geworden und welches hervorragenden Platz es in ihrem Wappenschild nun schon erhalten. Gleicher Gesinnung und

ebenso wader von der evangelischen Wahrheit durchdrungen sehen wir die Bürger in den Städten. Aber der Ausbau der Kirchenverfassung war damals noch gar sehr im Stuckstand. Raum die ersten, leisen Anfänge — in Rebal und Riga so überraschende, hoffnungsvolle — waren zutage getreten; dann aber hatte sich nur allzufrüh ein bedentlicher Stillstand geltend gemacht, den Einsichtigen besorgniseinflößend. Die Zeitläufte waren ja in dem kriegdurchwühlten Ländchen, das um seinen äußeren und inneren Bestand mit übermächtigen Gegnern zu ringen hatte, für eine solche Friedensarbeit ungemein schwierige. Dazu kam die in den Ostseeprovinzen oft gemachte Erfahrung, daß über einem mit voller Hingabe und Geschick gemachten Ansturm rasch zur gesegneten, stetigen Weiterarbeit die Kräfte erschlaffen und nur erst eine kommende Notzeit die müßig Gewordenen zu erneuter Thatkraft antreibt. Das Versäumte läßt sich dann nicht immer wieder einholen.

Ein drittes Moment legt sich bedeutsam in die Waagschale. Frühe und in verhängnisvoller Weise trat in der Ausgestaltung der lutherischen Kirche der Zug hervor, sich bei der Predigt des reinen Wortes zu beruhigen und säumig zu werden im Ausbau der so dringend benötigten evangelischen Kirchenverfassung. Durch besondere Ereignisse erschreckt, war man in Wittenberg von der eingeschlagenen Bahn einer wahrhaft evangelischen, selbständigen Gemeindebildung nach apostolischem Vorbilde eingelenkt und hatte man, verhängnisvoll für die Folgezeit, der weltlichen Obrigkeit wesentliche Stücke der Kirchenverfassung überwiesen. Es waren dies Nothelfer. Die lutherischen Synoden in Amerika, so manche lutherische Freikirche beweist, daß es keine notwendigen Folgerungen aus dem Wesen dieser Kirche selbst sind. Minder ungünstig gestaltete sich die Lage, wenn diese weltliche Obrigkeit selbst den Glauben der Kirche theilte, wenn fromme Fürsten wie Bischöfe in ihrem Volk das Werk als ein Gotteswerk trieben. Aber anderenfalls bei den herrschenden Ansichten damaliger Zeit? Von der fernem, aus dem politischen Verbande mit dem alten Stammlande losgelösten Tochter konnte kaum erwartet werden, was die Mutterkirche nicht zu Stand und Wesen gebracht. Auch die schwere Drangsal der polnischen Zeit hatte der bedrängten evangelischen Kirche nicht zu einer festgegliederten, selbständigen Verfassung ver-

holfen, wie gleichzeitig die evangelische Kirche Frankreichs unter noch härterem Drucke sich in fast mustergültiger Weise ausgebaut. So kam es, daß die lutherische Kirche der Ostseeprovinzen, was sie sich selbst nicht zu geben vermochte, von einem Selbstherrscher wie Karl XI. in Empfang nehmen mußte.

Die schwedische Kirchenordnung, deren Beibehaltung in den verschiedenen Unterwerfungsurkunden gefordert und zugestanden wurde, baut sich auf und spitzt sich zu auf Grundlage des Territorialismus. Sie ist wohl für diese Anschauung der ausgeprägteste, klarste Ausdruck, in Schweden selbst durch die Stellung ermöglicht und darum minder unerträglich, welche das Haus Wasa zum Lande und zur Reformation einnahm. Die Kirche ist dort durch und durch national, die Nation durch und durch kirchlich. Das Glaubensbekenntnis des Landesherrn („Unsere Religion“, wie der königliche Ausdruck bezeichnend lautet) ist nach dieser Ordnung das alleingültige, alleinmaßgebende für alle Bewohner des Landes. Es ist die unerbittliche Durchführung des Grundsatzes: *cujus regio, ejus religio*, und zwar in einer so ausschließlichen, unduldsamen Folgerichtigkeit, vor welcher in der Gegenwart auch der mutigste Vertreter zurückschrecken würde. Selbst das heutige Schweden hat diese Spitze seiner Kirchenordnung abgebrochen und beseitigt. Die Spuren des Kampfes, der königlichen Allgewalt auch in der Kirche Bahn zu brechen, haben wir bereits an mancher Stelle nachgewiesen; sie tauchen auch bei der Einführung der Ordnung in den Ostseeprovinzen auf, hier verschärft durch rücksichtslose Begräbung alter, festgewurzelter Einrichtungen, sobald sie nur der unbedingten Durchführung des leitenden Grundsatzes hinderlich zu sein schienen, daß der unumschränkte König nun auch in gleicher Machtfülle zum Oberhaupte in der Kirche berufen sei. Was der Anschauung zum Opfer fiel, waren spärliche Überreste, bescheidene Äußerungen der Anteilnahme der Gemeinde oder wenigstens einzelner, bevorzugter Klassen an der Leitung der Kirche, waren, wenn auch nur beschränkte, dürftige, so doch immer Lebenszeichen einer sich regenden Selbstständigkeit der Kirche, für ihren Bestand aus eigenem Vermögen aufzukommen.

Wohlverbrieft von beiden Seiten war die Kirchenordnung dem Lande geblieben, die in allen Teilen auf einen lutherischen König

an der Spitze wies; aber der Regent war nun ein anderer geworden, der Landeskirche fehlte das vorgesehene Oberhaupt. Der auf staatlichem Gebiete stattgehabte Wechsel konnte nicht ohne tiefgehende Rückwirkung auf das Kirchengesetz bleiben. Und dieser unvermeidliche Einfluß hatte sich in einer Zeit zu vollziehen, in welcher die evangelische Mutterkirche an einem bedeutsamen Wendepunkt ihrer Entwicklung angelangt, in dessen Strömung selbstverständlich auch die Kirche der Ostseeprovinzen gezogen ward. Die in dem schwedischen Kirchengesetz zu so klarer Ausprägung gelangte Anschauung des Territorialismus hatte ihre Zeit zurückgelegt; an der Schwelle stand schon zur Ablösung die andere Lehre des Kollegialismus, dem das friedliche Nebeneinanderbestehen verschiedener Bekenntnisse unter dem gleichen weltlichen Oberhaupt nicht anstößig oder befremdlich dünkte. In naher Berührung mit dieser neu aufkommenden kirchenrechtlichen Anschauung drang gleichzeitig, von einem Spener und der wachsenden Schar derer, die seiner begeisterten und begeisternden Spur folgten, mächtig angefaßt, ein erfrischender, belebender Geistesodem in die Kirche und wies ihr statt der ausschließlichen Betonung der Reinheit der Lehre und an Stelle der fast uneingeschränkten Herrschaft der Schultheologie neue und weitere Aufgaben zu, das Leben der Kirche in einem geheiligten Wandel ihrer Glieder zu erweisen.

Von diesen eingreifenden, unaufhaltsam umgestaltenden Vorgängen innerhalb der lutherischen Kirchen, deren Einfluß sich auch die baltische Kirche weder entziehen konnte noch auch wollte, hatte Peter der Große bei der Übernahme der Provinzen selbstverständlich wohl kaum eine Ahnung, auch keinen Anlaß, sich um sie zu sorgen und persönlich Stellung zu den die lutherische Kirche nun auch seines Landes so tief bewegenden Fragen zu nehmen. Und doch konnte er ihnen nicht ausweichen. Es bleibt dann immer ein fesselndes Schauspiel, zu sehen, wie in solchen Tagen hervorragende Persönlichkeiten scharfblickend erfassen, was eine gärende Zeit in ihrem Schoße noch trägt, wie sie mit einer bewundernswerten, genialen Sicherheit treffen und ergreifen, was noch kaum aus dem blauen Dufte der Ferne in nur leise umrissenen Formen hervortaucht.

Schon der angezogene zehnte Punkt des Nystädter Friedensvertrages, der die Beibehaltung des Kirchen- und Schulwesens auf dem gleichen Fuße, wie er unter der letzten, schwedischen Regierung gewesen, fordert und willig einräumt, durchbricht in demselben Atemzuge mit beiderseitiger Gutheißung die schwedische Kirchenordnung, insofern der griechischen Kirche fernerhin die freie und ungehinderte Übung im Lande zugestanden wird. Auf beiden Seiten muß man die Überzeugung von der Unhaltbarkeit gehabt haben, in der anders sich gestaltenden Zeit, unter den völlig veränderten Verhältnissen die unduldsame Härte gegen Andersgläubige aufrecht erhalten zu können. Ein weiterer, wohlthuender Schritt auf dieser Bahn religiöser Duldung, auf welcher wir Peter den Großen seinen Zeitgenossen um nicht wenige Schritte voraus sehen, war das Jahr darauf am 2. August 1722 die kaiserliche Bewilligung, daß die Reformirten Rigas sich eine Kirche erbauen und „ohne einige Turbation und Hindernis die reformirte Religion zu exercieren die Freiheit erhalten*)." Rat und Gilde der Stadt fügten sich dem kaiserlichen Nachspruch; es scheint sogar nach dem Wortlaut nicht widerwillig: „sie wollen solches gerne geschehen lassen.“ Konnten auch sie sich nicht mehr in die harte, unduldsame Weise wider die Augsburgischen Religionsverwandten finden, wie sie gerade vor hundert Jahren der erste livländische Superintendent eingeführt und durch die schwedische Kirchenordnung dann gesetzkräftig geworden? Jedenfalls war der Gesetzesfuß, auf welchem alles belassen werden sollte, ein zweites Mal ausgetreten.

Im gleichen Zuge der Neugestaltung und zum Zeugnis, daß das Leben in seinen Ansprüchen, den berechtigten oder unberechtigten, stärker ist als menschliche Ordnungen, tritt ein weiteres Merkzeichen der veränderten Zeit und ihres Einflusses auf die schwedische Kirchenordnung des Landes ein. Wir meinen die mächtige Strömung, welche von Herrnhut aus unwiderstehlich auch nach den Ostseeprovinzen hin sich bereits im ersten Jahrzehnt nach dem Nystädter Frieden Bahn brach und rasch ein tiefes Bett grub. Geistliche der Landeskirche, mit ihnen Hand in Hand besonders

*) Vgl. Dalton, Geschichte der reformirten Kirche in Rußland (Gotha, Besser, 1865) S. 169.

warm angeregte, hervorragende Gemeindeglieder des Adels nahmen diese „Brüder“ mit offenen Armen auf und ebneten ihnen die Wege, zum Verständnis und Herzen des Volkes zu gelangen. Es erschloß sich ihnen der gesicherte Zugang in überraschend kurzer Zeit und er blieb ihnen dauernd, trotz mannigfaltiger Verfolgung, offen. Die schlichten, frommen Sendboten von damals wußten so vortrefflich an die Seele dieser Undeutschen vorzudringen, in der alterprobten, stets bewährten Weise, welche der Apostel Paulus gelehrt: sie wurden den Ersten Ersten, den Letzten Letzten in der unumwundenen Absicht, um nur ja etliche selig zu machen. Die Begegnung der beiden Teile war eine wohlthuernde, nachhaltig wirkende. Die Weise, wie diese freundlichen, milden, weichen Verkündiger den sanftmütigen und von Herzen demütigen Menschensohn und Sünderfreund predigten, wie sie in ihrem Umgange mit dem armen, geknechteten Volke das schöne Wort bewahrheiteten, nicht Herren ihres Glaubens sein zu wollen, sondern Genossen ihrer Freude, das war den Ersten und Letzten in ihrem düstern Leben eine kaum noch erfahrene Labe und gewann ihr Herz wie im Sturme. Anderseits in dem Maße, als sie diesem fast übersehenen Volke, das lautlos harten Druck erduldet, brüderlich nahe kamen und einen Einblick in sein Seelenleben gewannen, war es ihnen freudige Überraschung, einem elenden Stamme die Bruderhand gereicht zu haben, der so fromm und aufmerksam ihrer Predigt lauschte, der so willig dann auch zur Buße sich führen ließ und sein Leben dem Heiland heiligen wollte. Es zeigen sich gar viele Berührungspunkte in dem eigentümlichen Wesen der Herrenhuter, in der Sonderart dieser Volksseelen, durch welche das rasche und feste Einwurzeln im Lande teilweise sich erklärt. Die Arbeit der Brüdergemeinde war damals eine gesegnete, für die nachhaltige Christianisierung des Volkes ein Gewinn und Sieg, dessen sich die evangelische Kirche dankbar zu freuen hat. Wir sind durch unsere besondere Aufgabe, — im Hinblick auf die leidigen Parteikämpfe zum Glück — dem enthoben, dieser Arbeit durch lange Jahrzehnte im einzelnen nachzugehen und im gerechten Abwägen auch ihre für die Gestaltung der lutherischen Kirche im Lande zu Zeiten bedenkliche und ihr ärgerliche Seiten hervorzuheben. Nach unserer Überzeugung hätten dieselben ihre ge-

föhrdende Höhe zu wiederholten Malen nicht erreichen können, wenn die Landeskirche weise die evangelischen Mittel, durch welche die Bröderkirche den tiefen und nachhaltigen Einfluß auf das Volk gewonnen, in ihren Dienst genommen und allezeit in gleich herzlicher Liebe, wie ein Bruder zum ebenbürtigen Bruder um die Seele dieses Volkes geworben hätte. Es hat wohl zu keiner Zeit der Landeskirche an begnadeten Seelsorgern gefehlt, die zu solchem rastlosen, barmherzigen Werbedienst willig und auch geschickt waren; sie waren in früheren Zeiten dann meist der Wirksamkeit dieser Brüder nicht abhold. Aber die da und dort in treuer, hingebender Liebe geleistete Arbeit blieb vereinzelt, gelangte nicht zu einem durchschlagenden Erfolg und Gewinn der Kirche, zum Teil deshalb nicht, weil ihre Verfassung der Mitarbeit der Gemeindeglieder zu geringen Raum gewährt und die reichhaltigen, in einer Gemeinde schlummernden Kräfte brach und für die Kirche unbenutzt liegen ließ. — Wir lehren nach dieser kurzen Abschweifung zu unserem Ausgangspunkt zurück.

Durch die Unterwerfung unter das russische Scepter traten Veränderungen in der staatlichen Verwaltung der Provinz ein, deren Wirkungen und Einflüsse sich auch in der Verfassung der Kirche spürbar machen. Eingerissene Übelstände, die das Herz der Bevölkerung der schwedischen Regierung entfremdet und zu ihrem Falle wesentlich beigetragen, wurden beseitigt; ihre Abstellung bedingte die Wiederaufrichtung mancher früheren Ordnung in der Kirche, die dem absolutistischen Streben des Königs Karl XI. zum Opfer gefallen war. So ging das königliche Patronat der Pfarreien wieder auf die früheren Inhaber über; das segensreiche Oberkirchenvorsteheramt ward von neuem ins Leben gerufen und damit der Einfluß und die Sorge wenigstens eines Teiles der Gemeindegossen für das Wohl und Wehe der Kirche gestärkt. Der Generalsuperintendent Bruiningk hat auf dem Landtage von 1727 auf die Herstellung dieses Amtes mit seinen Unterabteilungen in den einzelnen Propsteien gedrungen, gleichzeitig mit warmer

Befürwortung häufiger und eingehender Visitationen und zwar in alter Weise mit Zuziehung von Gemeindegliedern. In der unterschiedenen Betonung, mit welcher die Ritterschaft diese Anträge annahm, zeigt sich ihre Freude und Bereitschaft, wie in früheren Tagen an der Verwaltung des Kirchen- und Schulwesens regen Anteil zu nehmen.

Es dürfte hier der geeignete Punkt sein, eine Umschau über das Kirchenwesen der Ostseeprovinzen in jenen Tagen zu halten, wobei wir bemerken, daß, um den Faden der Berichterstattung nicht allzu oft unterbrechen zu müssen, wir den Verlauf in den einzelnen Konsistorien rück- und vorblickend im Zusammenhang mitteilen.

An der Spitze des livländischen Kirchenregiments stand das Oberkonsistorium, das den Wechsel überdauerte und gekräftigt aus ihm hervorging. Bereits 1711 hatte der Generalbevollmächtigte v. Löwenwolde die unter der früheren Herrschaft zu einer rein geistlichen umgestaltete Behörde wieder in eine gemischte hergestellt; ebenfalls entsprechend der ursprünglichen Gestaltung, daß der weltliche Vorsitzende und der Generalsuperintendent auf Vorstellung der Gouvernementsregierung von dem Kaiser erwählt wurden, während für die anderen frei werdenden Stellen (zwei weltliche und zwei geistliche Beisitzer) das Oberkonsistorium selbst zwei Kandidaten der Regierung zur Wahl vorstellte. 1725 hat die Kaiserin Katharina I. diese Anordnung bestätigt. Das Oberkonsistorium bildete die kirchliche Instanz für Livland mit Ausnahme der Stadt Riga, die ihr eigenes selbständiges Konsistorium sich zu bewahren gewußt hatte.

Bei seiner Gründung war dem Oberkonsistorium auf seinem Gebiete die letzte Entscheidung zugewiesen; wer sich mit seinem Spruche nicht zufrieden gab, konnte bei dem Könige eine Wiederaufnahme der Untersuchung, aber bei derselben Behörde beantragen und war dann das Urteil allendlich rechtsgültig. Solche Macht wollte Karl XI. einer kirchlichen Behörde nicht einräumen. Was weltlichem Gerichte überwiesen werden konnte, fiel ihm zu; das Oberkonsistorium wurde, wie bereits erwähnt, eine rein geistliche Behörde, von deren Urteil an das Hofgericht appelliert werden konnte. Nachdem es nun wieder in eine gemischte Behörde um-

gewandelt war, blieb es bis 1714 frei von der Unterstellung unter das Hofgericht. Als aber der Fürst Galizin gleichzeitig Generalgouverneur und Vorsitzender des Hofgerichts ward, forderte er die frühere Unterstellung, welche dann auch von dem Justizkolleg bestätigt ward. So hatte fortan das Oberkonsistorium seine einstmalige selbständige Stellung eingebüßt und sah nun zwei Herren über sich, einerseits das Hofgericht und in allen Punkten, die sich auf Bekenntnis, Lehre, Priesteramt, überhaupt rein geistliche Dinge bezogen, das später zu erwähnende Justizkolleg in Petersburg.

Die früheren Unterkonsistorien waren bereits durch Karl XI. aufgehoben und jetzt nicht wieder eingesetzt worden. Das Bedürfnis erschien nicht dringend, da das Oberkonsistorium seinen Sitz nach Riga verlegt und ununterbrochen tagte. 1739 hatte zwar das Justizkolleg angeordnet, daß das Oberkonsistorium abwechselnd zu Riga, Dorpat und Bernau seine Sitzungen halten solle, um die örtlichen Konsistorien an den beiden letzteren Orten zu ersetzen und ihre Geschäfte zu übernehmen; aber diese Bestimmung ist nicht zur Ausführung gekommen. Weder siedelte das Oberkonsistorium zeitweilig an diese Provinzialstädte, noch gingen ihre Konsistorien ein *). Dagegen waren die beiden städtischen Konsistorien in Dorpat und Bernau in der Weise dem Oberkonsistorium unterstellt, daß Einsprüche gegen ihr Urteil hier angebracht und endgültig entschieden wurden, ferner daß die betr. Stadtprediger seiner Aufsicht zugewiesen waren. Nur in gottesdienstlichen Einrichtungen, bei Prüfung und Einführung der Geistlichen und bei der Aufsicht von Kirche und Schule war diesen örtlichen Konsistorien Selbständigkeit eingeräumt.

Unabhängig von dem Oberkonsistorium stand das Rigaer Stadtkonsistorium da. Durch manchen Sturm hatte es sich seine Selbständigkeit gewahrt oder wenn geschädigt und beeinträchtigt, bald wieder zurückerobert. Auch das neue Regiment hatte sie ihm zugestanden. Die Behörde war von Anfang an eine gemischte, aus je vier, später drei Mitgliedern des Rats und der Stadt-

*) Vgl. Ehardt, Livland im 18. Jahrhundert (Leipzig 1876) I, 205.

geistlichen bestehend. Wir haben bereits gesehen, wie Übergriffe des Rates und Streitigkeiten zwischen Rat und geistlichem Ministerium inbetreff des Konsistoriums geschlichtet wurden. Stephan Bathory sowohl (1581), als Gustav Adolf (1621) bestätigten das Recht des Konsistoriums als letzte Instanz. Seit der Mitte des 17. Jahrhunderts bekam auch das Konsistorium das Bestreben zu spüren, die landesherrliche Gewalt in allen Zweigen der Verwaltung zur unbedingten Geltung zu bringen. So ward 1682 das Konsistorium wegen Anmaßung von Episkopalrechten verwahrt, es hatte einen neuen Katechismus eingeführt. So wurde ihm 1688 durch den Generalgouverneur eine königliche Neuordnung inbetreff der Einspruchslosigkeit seiner Urteile in Aussicht gestellt, „sintemal sonst solches nicht mit Unserer königlichen Majestät höchstem Episkopalrecht in einer Stadt, die mit dem Schwerte genommen, übereinkommen kann“. So ward in demselben Jahre der Burggraf als Vertreter der monarchischen Rechte im Rat auch zum Vorsitzenden des Konsistoriums ernannt. 1692 wurde dann durch die Kirchenordnung die Einspruchslosigkeit der Konsistorialurteile aufgehoben und gleichzeitig dem Rat zu bedenken gegeben, „daß alles, was die Stadt in geistlichen Rechten exerziere, ihnen nur aus Gnaden der höchsten Macht vergönnt sei, welche Gunst sie nur so lange genießen sollten, als sie in unterthäniger Devotion verharren.“

Es konnte dem Rat nicht unlieb sein, wenn die russische Regierung nun auch in geistlichen Dingen die Zustände nicht auf dem alten Fuß ließ. Unmittelbar nach der Übergabe wurde der Stadt sowohl das Patronatsrecht über Prediger- und Lehrerstellen, als auch die Einspruchslosigkeit der konsistorialen Urteile in der alten Weise, daß im Falle eines Einspruchs die Wiederaufnahme der Untersuchung in derselben Behörde statthaben konnte, zurückgegeben. Diese Macht einer letzten Instanz blieb dem Konsistorium uneingeschränkt über ein halbes Jahrhundert; erst ein Ulaß vom 4. August 1766 stellte auch diese Behörde unter das für die livländischen und estländischen Sachen bestellte Obergericht. Nicht als eine Appellationsinstanz des Rigaer Konsistoriums wird in diesem Erlaß das Obergericht bezeichnet, sondern als eine Behörde zur Beprüfung angefochtener Urteile, um durch dieselbe

beide Teile zu schützen, die Personen, die sich durch den Nichtspruch in ihrem Rechte gekränkt glaubten, aber auch die Behörde, deren gerechtes Urteil man durch die Einsprache anzweifelte. Leicht dünkt es den Laien in richterlichen Dingen nicht, den feinen Unterschied zwischen Appellation und Beprüfung herauszufinden, wenn der letzteren eine endgültige Entscheidung, beziehungsweise das Recht der Änderung des ursprünglichen Urteils zukommt. Eine weitere Veränderung hat das städtische Konsistorium während des achtzehnten Jahrhunderts dann nicht mehr erfahren.

Von den bei Gründung des Oberkonsistoriums gleichzeitig ins Leben gerufenen Unterkonsistorien hatten zwei, die sich auf alte, städtische Rechte berufen konnten, die Aufhebung ungefährdet überstanden und waren auch von der russischen Regierung unangetastet geblieben, die städtischen Konsistorien zu Dorpat und Bernau. Zunächst das Dorpater Konsistorium *). So frühe wie in Riga und Reval hatte in Dorpat die Reformation Eingang gefunden und wie in den Schwesterstädten war auch hier zumal bei dem Zusammenbruch des alten geistlichen Regiments dasselbe an den Rat der protestantisch gewordenen Stadt übergegangen. Sowohl König Stephan (1582), als auch König Sigismund (1588) sicherten der Stadt freie Religionsübung zu. Die zu verschiedenen Zeiten der Stadt gewährten Rechte wurden dann von der Königin Christine in dem von dem Bürgermeister Barneke erlangten *corpus privilegiorum* am 20. August 1646 erweitert, bekräftigt und geordnet. Bereits im Juli 1704 hat Peter der Große bei Übergabe der Stadt diesen Privilegienschatz bestätigt. Inbetriff des Konsistoriums bestimmt die denkwürdige Urkunde, welche in ihren wichtigsten Punkten heute noch gilt, daß Bürgermeister und

*) Außer einer in meinem Besitze befindlichen altenmäßigen, schriftlichen Darstellung aus dem Anfange dieses Jahrhunderts wurde hier benutzt: Rörber, Materialien zur Kirchen- und Predigerchronik der Stadt Dorpat. Dorpat 1860.

Rat in Verbindung mit der Geistlichkeit eine Behörde als erste Konsistorialinstanz einzusetzen berechtigt seien, welche alle konsistorialen Sachen der Stadt und ihres Gebietes rechtskräftig, jedoch mit Wahrung der Einsprache bei dem Oberkonsistorium abzuurteilen habe. Gleichzeitig wurde der Stadt das von altersher ihr eingeräumte Patronat über die Johannisikirche bestätigt, mit der Einschränkung nur, daß die von ihr berufenen Geistlichen von dem Superintendenten geprüft und ordiniert wurden. Das Konsistorium wurde von drei „litteraten“ Mitgliedern des Rates und zwei Stadtgeistlichen gebildet; der jedesmalige Justizbürgermeister, der ständiger Vorsitzender des Rates ist, hatte als solcher auch den Vorsitz im Konsistorium. Vor diese Behörde gehörten alle Ehesachen, nur daß Entscheidungen über Güter der Verlobten und Verheiratheten den weltlichen Gerichten zustanden. Auch die Kirchen- disziplin und Gottesdienstordnung kam dem Konsistorium zu; Sachen jedoch, welche die Lehre und die Amtsführung der Geistlichen betrafen, gelangten mit einem Gutachten des Konsistoriums über den vorliegenden Fall an das Oberkonsistorium zur Entscheidung. Was die äußere Verwaltung der Kirche, ihre Ökonomie betraf, so eignete dieselbe ausschließlich dem Rat der Stadt und zwar der mit demselben durch das Amt des Ratsvorsitzers, der zugleich Obervorsteher des Kirchenwesens, verbundenen ökonomischen Kirchenverwaltung.

Das andere städtische Konsistorium, das sich erhalten, war das zu Bernau. Es dankte seinen unangetasteten Bestand wohl auch der alten, durch mancherlei Rechte ausgezeichneten Stadt. Sie besaß Privilegien nachweisbar schon aus dem 13. Jahrhundert; im Beginn des 14. Jahrhunderts wurde das Rigaer Stadtrecht bei ihr eingeführt; im folgenden Jahrhundert hatte sie ihre Bursprache, in kurzen Sätzen erteilte Vorschriften, welche aus der Selbstverwaltung des Rates hervorgingen und damit ein Zeugnis für dessen Machtstellung ablegen. Ähnlich den Vorgängen in Reval, Riga und Dorpat hatte der Rat der Stadt, als alle Einwohner sich der reformatorischen Bewegung angeschlossen, die Fürsorge für das Kirchenwesen mit Zuziehung der Stadtgeistlichen übernommen. Infolge eines großen Brandes, der fast die ganze

beide Teile zu schüzen, die Personen, die sich durch den Nichtspruch in ihrem Rechte gekränkt glaubten, aber auch die Behörde, deren gerechtes Urteil man durch die Einsprache anzweifelte. Leicht dünkt es den Laien in richterlichen Dingen nicht, den feinen Unterschied zwischen Appellation und Beprüfung herauszufinden, wenn der letzteren eine endgültige Entscheidung, beziehungsweise das Recht der Änderung des ursprünglichen Urteils zukommt. Eine weitere Veränderung hat das städtische Konsistorium während des achtzehnten Jahrhunderts dann nicht mehr erfahren.

Von den bei Gründung des Oberkonsistoriums gleichzeitig ins Leben gerufenen Unterkonsistorien hatten zwei, die sich auf alte, städtische Rechte berufen konnten, die Aufhebung ungefährdet überstanden und waren auch von der russischen Regierung unangetastet geblieben, die städtischen Konsistorien zu Dorpat und Bernau. Zunächst das Dorpater Konsistorium *). So frühe wie in Riga und Reval hatte in Dorpat die Reformation Eingang gefunden und wie in den Schwesterstädten war auch hier zumal bei dem Zusammenbruch des alten geistlichen Regiments dasselbe an den Rat der protestantisch gewordenen Stadt übergegangen. Sowohl König Stephan (1582), als auch König Sigismund (1588) sicherten der Stadt freie Religionsübung zu. Die zu verschiedenen Zeiten der Stadt gewährten Rechte wurden dann von der Königin Christine in dem von dem Bürgermeister Barneke erlangten *corpus privilegiorum* am 20. August 1646 erweitert, bekräftigt und geordnet. Bereits im Juli 1704 hat Peter der Große bei Übergabe der Stadt diesen Privilegienschatz bestätigt. Inbetriff des Konsistoriums bestimmt die denkwürdige Urkunde, welche in ihren wichtigsten Punkten heute noch gilt, daß Bürgermeister und

*) Außer einer in meinem Besitze befindlichen altenmässigen, schriftlichen Darstellung aus dem Anfange dieses Jahrhunderts wurde hier benutzt: Körber, Materialien zur Kirchen- und Predigerchronik der Stadt Dorpat. Dorpat 1860.

Rat in Verbindung mit der Geistlichkeit eine Behörde als erste Konsistorialinstanz einzusetzen berechtigt seien, welche alle konsistorialen Sachen der Stadt und ihres Gebietes rechtskräftig, jedoch mit Wahrung der Einsprache bei dem Oberkonsistorium abzuurteilen habe. Gleichzeitig wurde der Stadt das von altersher ihr eingeräumte Patronat über die Johannisikirche bestätigt, mit der Einschränkung nur, daß die von ihr berufenen Geistlichen von dem Superintendenten geprüft und ordiniert wurden. Das Konsistorium wurde von drei „litteraten“ Mitgliedern des Rates und zwei Stadtgeistlichen gebildet; der jedesmalige Justizbürgermeister, der ständiger Vorsitzender des Rates ist, hatte als solcher auch den Vorsitz im Konsistorium. Vor diese Behörde gehörten alle Ehesachen, nur daß Entscheidungen über Güter der Verlobten und Verehelichten den weltlichen Gerichten zustanden. Auch die Kirchen- disziplin und Gottesdienstordnung kam dem Konsistorium zu; Sachen jedoch, welche die Lehre und die Amtsführung der Geistlichen betrafen, gelangten mit einem Gutachten des Konsistoriums über den vorliegenden Fall an das Oberkonsistorium zur Entscheidung. Was die äußere Verwaltung der Kirche, ihre Ökonomie betraf, so eignete dieselbe ausschließlich dem Rat der Stadt und zwar der mit demselben durch das Amt des Ratsvorsitzers, der zugleich Obervorsteher des Kirchenwesens, verbundenen ökonomischen Kirchenverwaltung.

Das andere städtische Konsistorium, das sich erhalten, war das zu Bernau. Es dankte seinen unangetasteten Bestand wohl auch der alten, durch mancherlei Rechte ausgezeichneten Stadt. Sie besaß Privilegien nachweisbar schon aus dem 13. Jahrhundert; im Beginne des 14. Jahrhunderts wurde das Rigaer Stadtrecht bei ihr eingeführt; im folgenden Jahrhundert hatte sie ihre Bursprache, in kurzen Sätzen erteilte Vorschriften, welche aus der Selbstverwaltung des Rates hervorgingen und damit ein Zeugnis für dessen Machtstellung ablegen. Ähnlich den Vorgängen in Reval, Riga und Dorpat hatte der Rat der Stadt, als alle Einwohner sich der reformatorischen Bewegung anschlossen, die Fürsorge für das Kirchenwesen mit Zuziehung der Stadtgeistlichen übernommen. Infolge eines großen Brandes, der fast die ganze

Stadt einäscherte, wurde 1564 die Gerichtsbarkeit des Stadtkonfistoriums unterbrochen und erst 1649 dieselbe wieder aufgerichtet *). Der Rat selbst entwarf die Konfistorialordnung, ähnlich der in Dorpat, auch inbetreff der Unterstellung unter das Oberkonfistorium. Es wurde gebildet aus dem ältesten Bürgermeister, zwei Ratsgliedern und den beiden Stadtpastoren.

Wir haben früher die Propsteisprengel angegeben in welche Livland entsprechend den Kreisen für seine Justizverwaltung eingeteilt war. Die beiderseitige Einteilung blieb mit nur geringer Änderung unter dem russischen Regimente. In vier Kreise mit je einem Landgerichte wurde die Provinz geteilt: in den Rigischen, Wendischen, Dörptschen und Bernauschen. In kirchlicher Beziehung besaßen die beiden ersten Kreise je zwei, der Bernausche eine und der Dörptsche drei Propsteien. Die Statthalterchaftsverfassung von 1783 teilte Livland in acht Kreise, wodurch die Propsteien, diesen Verwaltungsgebieten entsprechend, zwar in der Zahl keine Änderung, wohl aber in der Sprengelteilung mancherlei Verschiebung erlitten. Die bis zum heutigen Tage gebliebenen Namen der Propsteisprengel sind: der von Riga, Wenden, Walf, Dorpat, Fellin, Werro und Bernau **).

Die kirchliche Verfassungsgeschichte Estlands hat Dank dem, daß die Provinz unmittelbar nach Einbuße ihrer Selbständigkeit an Schweden kam, einen früher geordneten und auch stetigeren Verlauf als in dem benachbarten Livland. Sie trat durch die Unterwerfung 1561 in innigen Verband eines kirchlichen Organismus mit Glaubensgenossen und blieb in demselben während andert-halb Jahrhunderten. Ähnlich wie in Livland im Verhältnis zu Riga verläuft die kirchliche Verfassung der Provinz gesondert von der der Stadt Reval, entsprechend der gesonderten Stellung der

*) Richter, Geschichte der deutschen Ostseeprovinzen II. 2, 224.

**) Vgl. Napierisk, Beiträge u. s. w. (Riga 1843) I, 14.

beiden Teile auch in staatlicher Beziehung während ihrer ganzen bisherigen Geschichte. Zu verschiedener Zeit huldigte das Land (am 4. Juni 1561) und die Stadt (6. Juni) dem Könige von Schweden, in zwei gesonderten Urkunden bestätigte König Erik Stadt und Land ihre Privilegien. Bei der Unterwerfung der Provinz unter die russische Herrschaft schlossen wiederum Stadt und Land gesonderte Abmachungen. Demgemäß geben wir zunächst ein Bild der kirchlichen Verfassung der Provinz und dann der Stadt, wie es sich uns am Anfang des vorigen Jahrhunderts bietet.

Die lutherische Kirche Estlands stand bei der russischen Besitzergreifung entsprechend der schwedischen Verfassung unter einem Bischof, dessen Rechtsgebiet sich in der Stadt Reval nur auf den Dom, im Lande aber auf alle Kirchen erstreckte. Unter seiner Leitung stand das Domkapitel oder Provinzialkonsistorium mit etwa sechs bis zehn geistlichen Beisitzern. Bischof Rudbeck, welchen Gustav Adolf, wie bereits erwähnt, mit einer allgemeinen Kirchenvisitation betraute, hatte auf Grundlage der gemachten Eindrücke dieses Konsistorium ins Leben gerufen und ihm sein Arbeitsfeld angewiesen, das dann sein Nachfolger auf dem bischöflichen Stuhle Thering genauer absteckte. Gleichzeitig hatte derselbe die Provinz in sechs Propsteiprengele eingeteilt. Der letzte Bischof flüchtete in die Heimat, als Schweden die Provinz einbüßte. Die russische Regierung war willens und hat dem auch in den Accordpunkten Ausdruck gegeben, dem Lande die bischöfliche Würde zu belassen; allein der Adel hielt widerstrebend die Sache hin, bis endlich der Senat am 11. Juli 1743 entgegen dem Wunsch der Geistlichkeit und des Konsistoriums entschied, daß fñrderhin kein Bischof mehr sein solle. Den Vorsitz in dem Konsistorium hatte an Stelle des Bischofs ein juristisch geschulter Landrat erhalten, das einzige weltliche Mitglied in einer im übrigen nur aus Geistlichen bestehenden Behörde.

Bis zum Erlaß der schwedischen Kirchenordnung fällte das Konsistorium seine Urteile einspruchlos. Als aber Karl XI. am 30. November 1692 diese Ordnung auch für Estland rechtsgültig erklärte, bestimmte er, daß etwaige Einsprachen und Beschwerden wider ein Urteil des Konsistoriums bei dem Generalgouverneur

einzureichen seien, welcher dann zu ihrer allendlichen Entscheidung eine Kommission zusammenzuberufen habe, die unter seinem Vorsitz aus dem Statthalter von Reval, drei Landräten und zwei Beisitzern des Burggerichts bestehen solle. Über das rein geistliche Konsistorium erhob sich somit eine rein weltliche Appellationsinstanz. Jetzt, wo das veränderte Regiment auch manche Änderung in der Kirchenverfassung erwarten ließ, war der estländische Adel eifrig bemüht, in kirchlichen Angelegenheiten sich eine einflußreichere Stellung zu verschaffen. 1725 kam er bei der Regierung ein, daß fortan das Oberlandgericht die Appellationsinstanz für das Konsistorium bilden „und die Geistlichkeit der Ritterschaft, von der sie berufen würde, untergeben werde, selbige in Kirchensachen über sich erkenne und nicht die Macht haben solle, in kirchenrechtlichen Sachen etwas ohne Genehmigung der gemeinamen Ritterschaft anzuordnen, auch der Ritterschaft die Episkopalrechte mit deren Ausübung zu verleihen.“ In der That kein geringes, für die Kirche aber bedenkliches Verlangen, das in seinen Wurzeln bis in die alte bischöfliche und Ordenszeit mit ihren tiefgehenden Kämpfen zurückweist. Nach einer etwas unbestimmt gehaltenen Antwort der Kaiserin vom 24. September 1725 ordnete ein Ukas von 1728 die Bildung einer aus Weltlichen und Geistlichen zusammengesetzten Appellationsbehörde an. Ein weiterer Senatsbefehl vom 11. Juli 1743 bestimmte, daß diese Behörde aus dem Zivilgouverneur, zwei Landräten, zwei Abgeordneten der Ritterschaft, zwei Präpsten und zwei Pastoren zu bestehen habe. 1751 wurden dann durch Senatsbeschluß die Entscheidungen dieses Gerichtes der Revision des Justizkollegs unterworfen; es bildete somit eine Zwischeninstanz zwischen Provinzialkonsistorium und Justizkolleg, eine recht müßige Verschleppung der zuständigen Sachen.

Das Revalsche Stadtkonsistorium geht in seinen Ursprüngen bis in die Reformationstage hinauf. Der Magistrat hielt sich für den berechtigten Erben der durch die Reformation ledig gewordenen bischöflichen Rechte und ordnete dem entsprechend, wie wir gesehen, in selbständiger Weise sein Kirchenwesen. Anfänglich tastete die schwedische Regierung nicht an, was sie bei der Besitzergreifung vorgefunden, aber Karl XI. konnte bei seinen Anschauungen und

Bestrebungen ein solch' selbständiges Kirchenwesen in seinem Reiche nicht bestehen lassen. Durch den damaligen estländischen Bischof Gerth befahl der König 1691 der Stadt Reval: „Wir können nicht länger zugeben, daß ein so großes Regale (das eigene Konsistorium) und der königlichen Gewalt allein zugehöriges Recht, von Unserer hohen Gewalt sollte abgesondert und getrennt werden, sondern haben deshalb erklärt, daß dieses Uns als der höchsten Obrigkeit allein vorbehalten sein muß und soll die Stadt künftighin auf keinerlei Weise sich damit befassen. Zu welchem Ende Wir auch befohlen und verordnet haben, daß der bisher gewesene Stadtsuperintendent und Konsistorium unter Euch (dem Bischof, an welchen das königliche Schreiben gerichtet) und dem Domkapitel fortieren solle.“

Stillschweigend wollte der Rat solch' königlichen Eingriff in seine alten Rechte nicht statthaben lassen. Aber die Widerrede verschlug nicht. Es wurde dem Räte bedeutet, daß das jus episcopale allein der königlichen Gewalt als der höchsten Obrigkeit zustehe und Reval damit nichts zu schaffen habe. Auch solle das gemischte Stadtkonsistorium in seiner Sonderstellung abgeschafft und mit dem Domkapitel verschmolzen bleiben. Erst Peter der Große gab der Stadt das so schmerzlich eingebüßte Recht zurück. Der vierte Punkt ihrer Kapitulationsurkunde, lautend: „daß ihr das zu herrmeisterlichen Zeiten gehabte, unter die Krone Schweden gebrachte und unter deren Schutz in 130 Jahren ohne Widerspruch frei geübte jus episcopale nach vorigem alten Gebrauche sowohl in consistorialibus, als in anderen dem juri episcopali anhängenden actibus bei allen Stadtkirchen und Schulen zu exercieren und in allen Stücken auszuüben die unumschränkte Freiheit wieder gelassen werde“, wurde ihr bewilligt. Dieses städtische Konsistorium bestand bei seiner Wiederaufrichtung aus acht, zur Hälfte geistlichen, zur Hälfte weltlichen Mitgliedern. Den Vorsitz führte ein rechtsgelehrter Bürgermeister, ihm zur Seite der Stadtsyndikus und zwei Ratsherren, außerdem der Stadtsuperintendent und drei Stadtprediger. Etwaige Einsprachen wider Urteile des Konsistoriums entschied der Magistrat, von welchen Verhandlungen jedoch die weltlichen Mitglieder des Konsistoriums selbstverständlich ausgeschlossen waren.

Ein weiteres, selbständiges Konsistorium fand Rußland bei der Besitzergreifung der Ostseeprovinzen in Arensburg auf der Insel Ösel vor*). Es kann uns nur wenig aus seiner Vorgeschichte berichten, da seine Archive verloren gegangen sind. In dem kläglichen Handel beim Zusammenbruche der römischen Kirche im Lande, wobei die Bischöfe eifrig bemüht waren, ihre Sitze vorteilhaft an den Meistbietenden loszuschlagen, hatte König Friedrich II. von Dänemark das Bistum Ösel von seinem letzten Bischof Johannes von Münchhausen um die geringe Summe von 20,000 Thaler für seinen Bruder, den Herzog Magnus, erstanden (1559)**). Während dem Ländchen seine alte Verfassung mit nur geringen, notwendig gewordenen Veränderungen gelassen wurde, galt es in kirchlicher Beziehung eine Neuordnung, da zwar die Bevölkerung sich in ihrer Gesamtheit der evangelischen Bewegung angeschlossen, diese selbst aber noch keine feste Gestalt gewonnen hatte. Es lag nahe, die dänische Kirchenordnung auf der Insel einzuführen (1562). Als ein halbes Jahrhundert später der Dänenkönig Christian IV. seinem Lande eine neue Kirchenordnung verlieh, fand auch diese auf Ösel Eingang (1629). Die erstere Kirchenordnung ist bekanntlich ein Werk Bugenhagens, des Altmeisters in lutherischen Kirchenverfassungen; die andere trägt den Stempel jener friedfertigen, praktisch-frommen Gesinnung an sich, die am Hofe Christian IV. bei Staatsmännern wie Oliger von Rosencrantz, bei Geistlichen wie Bischof Brochmann herrschend war. Die Konfordinformel hatte in Dänemark und somit auch in der für Ösel gültigen Kirchenordnung keinen Eingang gefunden. Nirgends wurde diese Formel mit größerem Eifer verfolgt. Den Buchhändlern war Todesstrafe für den Vertrieb dieser Schrift in Aussicht gestellt; den Geistlichen selbst auf ihren Synoden das Eingehen auf die neu aufgekommene, deutsche Streittheologie untersagt. So blieb auch Ösel damit verschont; nicht nur bis zu seinem Übergang in schwedischen Besitz 1645, sondern bis zur Einführung der auch für Ösel rechtskräftig gewordenen schwedischen Kirchenordnung 1691.

*) Vgl. dazu auch: Burghoven, Beiträge zur Geschichte der Provinz Defell. Riga 1838.

**) Vgl. Bussé, Herzog Magnus, König von Friesland (Leipzig 1871) S. 2.

Unter dänischer Verwaltung besaß Diel kein eignes Konsistorium; geistliche Sachen wurden vom Schloßgericht, in verwickelten Fällen mit Zuziehung von Geistlichen, oder aber von dem Konsistorium in Kopenhagen verhandelt*). Mit dem Übergang an die Krone Schwedens erhielt die Insel ein Konsistorium, von welchem eine Appellation an das Hofgericht in Stockholm möglich war. Die kirchlichen Gewaltmaßregeln Karl XI. wurden auch hier durchgeführt. 1693 wurden alle Pfarreien unter königliches Patronat gestellt; vier Jahre später das bis dahin gemischte Konsistorium in eine rein geistliche Behörde umgewandelt. Das währte denn doch nicht lange. Als 1710 Rußland von der Insel Besitz ergriff, gab der Kaiser auch der Kirche und ihrer Verwaltung die alten Rechte zurück. Das nun wieder gemischte Konsistorium hatte als weltlichen Vorsitzenden einen Landrat, als geistlichen den Superintendenten, außerdem einen weltlichen und zwei geistliche Beisitzer, welche alle von der Gouvernementsregierung eingesetzt, der Superintendent und die weltlichen Mitglieder auf Vorstellung des Adels, die geistlichen durch Wahl der Pastore auf Vorstellung des Konsistoriums.

Unser Rundgang durch die geistlichen Behörden der lutherischen Kirche, welche Rußland durch den Erwerb der Ostseeprovinzen übernahm, ist nicht vollständig, solange wir nicht noch einen Blick auf das nun seit mehr als sechs Jahrzehnten eingegangene Konsistorium zu Narwa geworfen haben.

Durch den Frieden zu Stolbowa (1617) war Karelien am Ladogasee und der größte Teil von Ingermannland von Rußland an Schweden abgetreten worden. Der Hauptteil der Bevölkerung gehörte der lutherischen Kirche an, doch übernahm Schweden auch bei der Besitzergreifung ein paar zur russischen Kirche gehörige Gemeinden. Das Kirchen- und Schulwesen der neu erworbenen Provinzen wurde zunächst dem Bischof von Wiborg unterstellt, 1646 aber unter der Königin Christine aus diesem Verbande durch Gründung eines eigenen Konsistoriums in Narwa losgelöst.

*) Vgl. Richter a. a. O. II. 1, 242.

Außer der Stadt und der Provinz Ingermannland gehörte zu dem Konsistorialbezirk auch der Allentatische Kreis von Estland. Von Anfang war das Konsistorium eine rein geistliche Behörde und bestand aus dem Superintendenten, dem jeweiligen Hauptpastor an der städtischen Johannisikirche als Vorsitzenden und zwei Geistlichen, deren einer der Prediger der schwedischen Michaelis- oder Domkirche sein mußte. Um dieser seiner Zusammensetzung willen erfuhr es unter Karl XI. keine Umgestaltung. Von den Superintendenten der schwedischen Zeit zeichnete sich Johann Gezelius (1681—90) aus, des bereits erwähnten livländischen Generalsuperintendenten Sohn. Besonders eifrig war er in seinen wiederholten Visitationsreisen innerhalb seines Gebietes. An der 1683 veranstalteten Generalvisitation mußten infolge einer von ihm veranlaßten Anordnung des Generalgouverneurs von Estland alle Edelleute, Arrondatoren der Kronsdomanen samt allen Amtsleuten sich einfinden. In diese Visitation wurden auch die griechischen Gemeinden mit eingezogen. Es ist interessant zu hören, wie Karl XI., der den Reformirten das Recht kirchlichen Bestandes unterlagte, seine Königsmacht auch in kirchlicher Beziehung auf diese in seinem Reiche nun doch geduldeten fremden Kirchengehörigen erstreckte. Auf seine Verordnung hin wurden die von den Gliedern der griechischen Kirche anerkannten Lehren, nämlich die zehn Gebote, das apostolische und nikänische Glaubensbekenntnis, das Gebet des Herrn, die Lehre von den Sakramenten nebst dazu gehörigen Bibelsprüchen für jede Gemeinde und auf ihre Kosten abgeschrieben und mußten die Popen bei Verlust ihres Amtes ihren Gemeindegliedern diese ihre Kirchenlehre einprägen. Bis in das Gebiet des heutigen Petersburgs erstreckte sich die amtliche Thätigkeit des Superintendenten. Hier am Einfluß der Dnsta in die Nema lag Nyenschanz, seit 1638 Sitz eines lutherischen Propstes, mit einer tüchtigen Schule und mit zwei protestantischen Kirchen, einer schwedischen und einer deutschen. Ein noch erhaltener Brief des Superintendenten berichtet uns von seinem Aufenthalt an diesem im gegenwärtigen Weichbilde von Petersburg vor 200 Jahren gelegenen Orte*).

*) Vgl. Busch, Materialien u. s. w. (St. Petersburg 1867) I, 135.

Als 1721 Ingermannland zum Petersburger Gouvernement, der Allentatische Kreis zu Estland geschlagen wurde, büßte auch das Narmacr Konsistorium diese Gebiete ein und blieb fortan auf die in ihrer Einwohnerzahl immer mehr zusammenschmelzende Stadt beschränkt, eine in anders gewordener Umgebung befremdliche und auffällige Ruine von nun an, eine aus schwedischer Zeit allein noch übrig gebliebene rein geistliche Behörde, in welcher sämtliche Geistliche Sitz und Stimme hatten, über welche diese Behörde die kirchliche Leitung besaß, lauter Vorgesetzte, keine Untergebene. Der Stadtmagistrat hatte das Berufungsrecht der Geistlichen und Lehrer; dem Konsistorium kam ihre Prüfung und Einführung ins Amt zu; die Beschlüsse des Konsistoriums in Ausführung zu bringen, lag dem Magistrat ob. — Nicht einmal eine Ruine war dem Konsistorium inbetreff seines Unterhaltes geblieben. Nicht nur empfingen seine Mitglieder keine Vergütung mehr für ihre nun allerdings sehr geringfügigen Arbeiten, sie mußten auch das benötigte Papier u. s. w. aus eigenen Mitteln sich anschaffen, da zu schwedischer Zeit die Einkünfte des Konsistoriums aus den „Renterei- und Portoriengeldern“ geflossen, diese Bezugsquellen aber nun infolge der stattgehabten Veränderung für eine im Grunde genommene außer Thätigkeit gesetzte Behörde versiecht waren. Und doch führte dieses Konsistorium unter russischem Scepter sein harmloses, kleinstädtisches Scheindasein noch länger als ein Jahrhundert unbehelligt weiter, bis es auch dieses bei der neuen Kirchenordnung einbüßte. Nicht widerstrebend; der Bürgermeister selbst im Namen des Rates hat am 16. Februar 1822 eine Vereinbarung mit dem Bischof Gygnaus inbetreff der Auflösung des Konsistoriums getroffen und vorstellig gemacht.

Verschiedene Male bereits ist einer Behörde Erwähnung gethan, welche durch die schwedische Verfassung bedingt, bei der Ein-

In hohem Grade fesselnd und wichtig wäre es, wenn die Visitationsprotokolle oder die Berichte dieses Superintendenten noch in Schweden auffindig gemacht werden könnten. Der letzte Nachkomme dieser berühmten Familie ist der gegenwärtige Bischof von Gotland, Gezelius v. Scheele.

verleibung der Ostseeprovinzen unter das russische Scepter ins Dasein gerufen werden mußte. Dem bis dahin nur angeführten Namen versuchen wir im folgenden die nähere Erklärung der auch für die Verfassungsgeschichte der lutherischen Kirche in Rußland während eines vollen Jahrhunderts so bedeutsamen Behörde zu geben. Es ist das Justizkollegium der liv-, est- und ingermannländischen (finnländischen) Sachen, im Laufe seiner Geschichte der oberste Gerichtshof für die fremdländischen Bekenntnisse des Reiches.

In der durchgreifenden Umgestaltung, welche unter Karl XI. für die Gesamtverfassung des Reiches und auch seiner Provinzen im Verfolg seiner autokratischen Bestrebungen zur Ausführung gelangte und auch die Verfassung der lutherischen Landeskirche in starke Mitleidenschaft zog, waren es, was letztere betrifft, zumal, wie bereits erwähnt, zwei Punkte, deren folgerichtige Durchführung fest im Auge behalten wurde. Einmal die Schmälerung der Selbständigkeit der Kirche dadurch, daß alles, was von ihrer bisherigen Gerichtsbarkeit weltlichen Behörden zugewiesen werden konnte, ihnen unterstellt wurde, dann, daß die letzte Entscheidung in richterlichen Dingen sowohl auf weltlichem wie geistlichem Gebiete in der Hand des Königs lag. In weltlichen Dingen bildete fortan in den Ostseeprovinzen das königliche Hofgericht den obersten Gerichtshof, an welchen ordnungsgemäß alle Einsprachen gegen Gerichtsurteile zur Entscheidung gelangten. Dem mit seiner Entscheidung unzufriedenen Teile war unter gewissen Bedingungen die Rechtswohlthat vergönnt, sich an die Revisionskanzlei des Königs in Stockholm zu wenden, welche das angefochtene Urteil einer Durchsicht unterzog und endgültig entschied. Gleichermassen war auch in geistlichen Dingen das Urteil des Oberkonsistoriums entsprechend den schwedischen Domkapiteln kein endgültig abschließendes. Der unzufriedene Teil konnte sich mit seiner Einsprache an das Hofgericht wenden, in weiterer Folge dann auch zur Endentscheidung nach Stockholm; bei beanstandeten Urteilen aber des Oberkonsistoriums, welche „Unsere rechte Religion und Lehre, eines Priesters Amt im Lehren, Predigen und Verrichtung des Gottesdienstes betreffen, wollen Wir die Sache sofort unter Unsere eigene Revision kommen lassen und hernach desfalls verordnen, was Wir

recht befinden und der Sachen Bewandnis erfordert*)“. So liefen die letzten Fäden geistlichen und weltlichen Gerichtes in der Hand des schwedischen Selbstherrschers zusammen.

Für diese königliche Revisionskanzlei in geistlichen und weltlichen Dingen galt es bei Übernahme der Ostseeprovinzen eine ihr entsprechende Behörde in Rußland entweder einzurichten oder eine ähnliche, bereits vorhandene mit der Aufgabe zu betrauen. Keine leichte Aufgabe; besonders erschwert bei den geistlichen Sachen, da früher das Endurteil inbetreff der Lehre der lutherischen Landeskirche dem Oberhaupte des Landes als einem Gliede dieser Kirche zustand, jetzt aber durch die veränderte Sachlage in die Entscheidung eines hervorragenden Gliedes einer anderen Kirche gelegt wurde. Der Übelstand mußte sich in peinlicher Weise fühlbar machen, daß die lutherische Kirche der neuermorbenen Provinzen im Laufe der Zeit sich zu einer Staatskirche in schärfster Ausprägung ausgestaltet hatte, deren Selbständigkeit durch das schwedische Kirchengesetz in einer Weise geschmälert war, welche evangelischem Kirchenwesen denn doch wohl schwerlich entspricht. Und diese gesetzliche Gebundenheit nun bei dem Wechsel des Staatsoberhauptes. Klagen und Wünsche sind thöricht, anders gewordenen Thatsachen gegenüber. Diese Thatsachen konnten leicht in einem zubereiteten Boden wurzeln, der bereits in den Anfängen lutherischer Kirchenbildung verhängnisvoll zutage tritt. Es kann nicht beansprucht oder erwartet werden, daß die Kirche von fremder Hand empfangen, was sie sich selbst nicht von Haus aus zu geben vermochte. Der neuen Regierung konnte es nur obliegen, die überkommenen Verhältnisse den Accordpunkten gemäß zu bewahren und ihnen unter den veränderten Verhältnissen den nötigen und geeigneten Raum des Daseins zu gewähren.

Diesen zu schaffen fiel zusammen mit der Riesenaufgabe Peter des Großen, seinem neugeschaffenen Reiche durch inneren Ausbau Halt und Festigkeit zu bieten. Es lernt den großen Kaiser gerecht würdigen nur, wer ihn aufmerksam, Schritt für Schritt in diesen

*) Vgl. § XXIV der 1687 von Karl XI. erlassenen Verordnung, wie es mit den Gerichtsprozessen bei den Thumb-Kapiteln soll gehalten werden (abgedruckt bei Bubenbrock a. a. O. II, 1874).

das gesamte Staatsleben umgestaltenden Wegen verfolgt*). An die Spitze der Staatsgeschäfte stellte der Kaiser den von ihm ins Leben gerufenen Senat mit weitgehender Vollmacht der Beschließung und auch Ausführung. Ein englischer Geistlicher, Francis Lee, hatte bereits 1698 auf Aufforderung des Zaren einen Entwurf zur Einrichtung von Reformbehörden (Colleges) vorgelegt; 1717 nahm der Kaiser den Gedanken auf. Heinrich Fied — wir folgen der Darstellung von Brückner — wurde nach Schweden gesandt, das Institut der Kollegien daselbst zu erforschen. Was er darüber in verschiedenen Denkschriften mitgeteilt, bot genügenden Anhalt, diesen Kollegien ähnlich neun Behörden ins Leben zu rufen, unter welche die Verwaltungs- und Reformthätigkeit verteilt wurde. Eine dieser Behörden, welche 1718 ins Leben traten, und unter der Aufsicht des Senates, aber in ihrem Geschäftskreise unabhängig und dem Kaiser allein verantwortlich waren, war das Reichsjustizkolleg, in welchem einer besonderen Abteilung die Sachen der neu erworbenen westlichen Provinzen zugewiesen wurden.

Mit der näheren Einrichtung des Justizkollegs der liv- und estländischen Rechtsachen**) betraute Peter der Große Siegmund Wolff. Wolff war ein Balte und mit der Verfassung und Rechtspflege seiner Heimat wohlvertraut. 1675 in Narwa geboren, hatte er seine Rechtsstudien auf den deutschen Hochschulen Leipzig und Altdorf***) vollendet und war Rechtsanwalt und Notar in

*) Vgl. aus letzter Zeit die fesselnde und übersichtliche Darstellung bei Brückner, Peter der Große (Berlin 1879) S. 495—552.

**) Die Bezeichnung schwankt in verschiedenen Altenstücken und Anführungen. Häufig findet man den Zusatz „und ingermannländischen“ oder noch erweitert „und finnländischen“, oder letzteren Namen statt und für den ersteren. Statt „Rechtsachen“, wie in einem mir zufällig vorliegenden Altenstück aus dem Jahre 1757, kommt ebenso oft der Ausdruck „Sachen“ vor. Wir nennen im folgenden die Behörde kurzweg „Justizkolleg“.

***) Diese Universität ist schon geraume Zeit wieder eingegangen. Aus dem 1526 von Melancthon in Nürnberg gestifteten Gymnasium hervorgegangen, hatte sie 1578, nachdem sie fünf Jahre früher in das Landstädtchen im Nürnberger Gebiet verlegt war, die Rechte einer Hochschule erlangt und erfreute sich im 17. Jahrhundert eines sehr regen Besuches. Sie dankte denselben zum Teil auch der milden, echt wissenschaftlichen Richtung, die an

seiner Vaterstadt, 1703 daselbst auch Registrator in der Registrationskanzlei geworden. Infolge der schweren Heimfuchung, die 1708 Narwa getroffen, war der junge Mann nach der neugegründeten Hauptstadt gekommen, hier Erzieher der Kinder des Fürsten Menschikow geworden und hatte in dieser Stellung die Aufmerksamkeit des scharfblickenden Kaisers auf sich gezogen, der den begabten Rechtsgelehrten zu seinem Sekretär ernannte und ihm in dieser Stellung die wichtige Arbeit übertrug.

Mit regem Eifer ging Wolff an die gestellte, für sein Heimatland so folgenreiche Aufgabe und löste sie in kurzer Zeit. Es handelte sich nicht um die Neuschaffung einer Behörde, sondern um die Umgestaltung einer Vorlage und ihre Eingliederung in ein neues, zum Teil auf anderen Grundlagen beruhendes Staatswesen. Dieses Justizkolleg sollte, wie bereits erwähnt, ersetzen und an die Stelle treten der schwedischen Hofkanzlei. Es hatte demnach der ursprünglichen Bestimmung gemäß die Appellations- und Revisionsinstanz für das Hofgericht und Oberkonsistorium zu bilden. Als diese Instanz stand es zu den geistlichen Behörden der Ostseeprovinzen in einem verschiedenen Grade näher oder entfernterer Berührung. Für die Konsistorien zu Dorpat und Pernau bildete das Oberkonsistorium die erste Appellationsinstanz, wider die Urteile dieser Oberbehörde ging die Einsprache, je nach dem vorliegenden Falle, an das Hofgericht oder unmittelbar an das Justizkolleg. Wider die Urteile des Hofgerichts bildete das Justizkolleg die unmittelbare Revisionsinstanz, die Einsprachen wider Urteile des Rigaer Konsistoriums gingen zunächst an den städtischen Magistrat, von da dann erst an das Justizkolleg. Gleichermassen war der Instanzenzug bei dem Revaler Konsistorium, während Einsprachen wider Urteile des estländischen Konsistoriums bei dem Oberlandgericht und von da bei dem Justizkolleg angebracht wurden. Das Dölsche und Narwasche Konsistorium standen wieder unmittelbar unter dem Justizkolleg. Ein mannigfaltiger Instanzenzug, dem

ihr herrschte. In das lange bewahrte Erbe des Melanchthonianismus war die calixtinische Richtung getreten, die am Ende des Jahrhunderts zumeist vom Pietismus abgelöst wird. Vgl. Tholuck, Das akademische Leben des 17. Jahrhunderts (Halle 1854) II, 16 ff.

man das ernstliche Bemühen abmerkt, keine besonderen und lokalen Rechte und Herkommen anzutasten und zu verlegen, und welcher ängstlichen Fürsorge ein einheitlicher Geschäftsgang geopfert wurde.

Das Justizkolleg bestand ursprünglich aus sechs, oder vielmehr, da sehr häufig die Stelle des Vorsitzenden unbesezt und in seiner Vertretung von dem Vizepräsidenten eingenommen war, aus fünf Mitgliedern, außer diesen beiden Vorsitzenden zwei rechtsgelehrte Räte und zwei Beisitzer. Außerdem nahm an den Sitzungen ein Staatsprokureur teil, der dem Justizminister unmittelbar unterstellt war, ihm über die Verhandlungen Bericht erstattete und den Urteilsprüchen des Kollegs erst durch seine Unterschrift Rechtskraft verlieh. Die Geschäftssprache dieser Behörde war anfänglich und lange Zeit die deutsche. Die Mitglieder, meist deutsche Rechtsgelehrte, gehörten, wenn wir von dem ersten Vorsitzenden, dem Grafen Ratwejem, absehen, der protestantischen Kirche an, in der Mehrzahl Lutheraner, aber, wie die der reformirten Kirche angehörigen Hofrat von Gabrit (1764) und Vizepräsident von Behmer (1774) beweisen, nicht ausschließlich. Erst nach Verlauf eines halben Jahrhunderts gelangen auch Glieder der griechischen Kirche in diese Behörde, welche ihrer Bestimmung nach auch in Sachen der Lehre der lutherischen Kirche zu entscheiden hatte. Erster Vizepräsident des Justizkollegs war Hermann von Brevern, der noch in der letzten schwedischen Zeit (1694) geadelte Sohn des von Karl XI. hochgeschätzten Rigaer Superintendenten Johann Brever, des Herausgebers des bekannten Rigaer Gesangbuches von 1664. Der seinerzeit hochangesehene Rechtsgelehrte war, ehe er zu diesem wichtigen Posten berufen wurde (1717), bereits seit sechs Jahren Vizepräsident des Hofgerichtes in Riga; auffälligerweise behielt er diese Stelle bei, als er in die dem Hofgerichte übergeordnete Behörde versetzt ward, vielleicht um durch solche Doppelstellung desto leichter den neuen, noch nicht geordneten Geschäftsgang der beiden sich nahe berührenden Behörden zu regeln. Schon nach 4 Jahren starb Brevern*) und folgte ihm in der

*) Vgl. über ihn das von seinem Nachkommen, dem gegenwärtigen Mitglied des Reichsrats und Wirtl. Geheimrat Georg v. Brevern entworfene Lebensbild in seinem auch durch die mitgetheilten Urkunden wertvollen Werke:

Stellung eines Vizepräsidenten des Justizkollegs der, welcher das Kolleg eingerichtet, Wolff, von dem deutschen Kaiser Franz I. in den Reichsfreiherrnstand erhoben.

Frühe schon erweiterte und verschoß sich dadurch auch von der ursprünglichen Anlage der Geschäftskreis dieses Justizkollegs. Die Zahl der Protestanten im Innern des Reiches nahm unter Peter dem Großen rasch zu. Bei seinem Tode befanden sich allein in der neugegründeten Hauptstadt an der Nema fast so viele evangelische Gemeinden, als der große Mehrer seines Reiches bei der Thronbesteigung in ganz Rußland vorgefunden. Wir werden bald davon zu berichten haben. Je länger je mehr stellte sich das Bedürfnis heraus, für die wachsende Zahl der Gemeinden im Innern des Reiches eine geistliche Behörde zu schaffen. Jenem ersten Versuche mit der Berufung eines Superintendenten für alle lutherischen Gemeinden ward keine Folge gegeben; zum Teil vielleicht weil die damalige Wahl des Superintendenten keine besonders glückliche war, mehr wohl noch, weil der Schwerpunkt der Regierung von Moskau nach Petersburg verlegt, hier aber die evangelischen Gemeindeverhältnisse noch zu sehr in den ersten, ungeordneten Anfängen lagen, als daß von ihnen aus schon ein Einfluß auf die glaubensverwandten Gemeinden im Inneren hätte ausgeübt werden können. Dazu kam Ungeschick und auch Unlust der einzelnen, selbständigen lutherischen Gemeinden, mit Drangabe größerer Ungebundenheit sich zu einem gemeinsamen Kirchenwesen zusammenzuschließen und in solchem Thun sich selbst eine Verfassung zu geben, die man, wenn der günstige Augenblick versäumt wird, dann nur aus der Hand des Staates empfangen kann.

Nachdem die erste Zeit der Nothelfe ungenutzt verfloßen, trat das Bedürfnis staatlicher Ordnung zunächst in strittigen Sachen unabweisbar in den Vordergrund. 1734 erschien auf

„Zur Geschichte der Familie v. Brevern“ (Berlin 1878) I, 23—57. Der 2. Band (S. 243—259) enthält von diesem ersten Vizepräsidenten ein „Projekt zu einer Spezialinstruktion vor des Kaiserreichs Justice Collegium“, das aber weder gutgeheißen noch ausgeführt wurde.

geschene Anfrage vonseiten des Justizkollegs *) der Befehl der Kaiserin Anna, „die allhier vorkommenden Konsistorialsachen der fremden Religionsverwandten im Justizkolleg nach den Grundregeln einer jeden Konfession mit Zuziehung der hiesigen Geistlichen von selbiger Religion, welcher derjenige, über welchen das Gericht gehalten werden soll, zugethan ist, zu entscheiden.“ Das Justizkolleg und sein damaliger Vizepräsident Wolff wünschte wohl und ward auch damit vorstellig, daß dieses Kolleg als letzte entscheidende Instanz nicht auch mit der ersten Untersuchung und Urteilsprechung in Konsistorialsachen betraut, statt dessen aber in Petersburg und Moskau gemischte Konsistorien wie in den Ostseeprovinzen eingesetzt würden, gegen deren Urteile vorkommenden Falles die Einsprache bei dem Justizkolleg zu erheben wäre. Dem weisen Vorschlag wurde keine Folge gegeben; der kaiserliche Ukas blieb in Kraft.

In seiner Ausführung geschah es, daß dem Justizkolleg eine konsistoriale Sitzung für Petersburg zunächst, bald schon für alle evangelischen Gemeinden im Inneren des Reiches beigelegt ward. Durch diese Sitzung wurden die evangelischen Prediger nicht dem Justizkolleg unterstellt, vielmehr in ihren dazu berufenen Vertretern zu Mitarbeitern in dem betreffenden Zweige des erweiterten Arbeitsgebietes gezogen. An einem bestimmten Wochentage (lange Zeit hindurch am Freitag) wurden diese „Konsistorialsitzungen“ in einem Nebensaal des Justizkollegs gehalten. Je nach dem vorliegenden Falle wurde ein lutherischer oder reformirter Prediger der Hauptstadt als vollberechtigt zur Mitberatung und Beschlußfassung gezogen; im ersteren Falle war es meist ständig der Senior der lutherischen Geistlichen Petersburgs. Gehörten die streitenden Eheleute verschiedenen Gemeinden an, so stand jedem Theil das Recht zu, die Zuziehung eines Predigers seines Bekenntnisses zu verlangen. Allmählich schlich sich der Brauch ein, daß

*) Die näheren Angaben darüber bei Lemmerich, Geschichte der evangelisch-lutherischen Gemeinde St. Petri in St. Petersburg (Petersburg 1862) I, 84; ebendaselbst auch der Vorschlag des Vizepräsidenten Wolff nebst dem ausgeführten Plan inbetreff der Errichtung zweier Konsistorien in Petersburg und Moskau.

man dem Seelsorger des streitenden Ehepaares schriftlich die Sache mitteilte mit der Aufforderung, einen Sühneversuch zwischen den Partien anzustellen und über den Erfolg ebenfalls schriftlich an das Justizkolleg zu berichten. Die zur Teilnahme an der Sitzung zugezogenen Prediger nahmen ihren Platz an der Seite des Vorsitzenden gegenüber den anderen ständigen Mitgliedern; als das Justizkolleg eine immer größere Macht über die Geistlichen beanspruchte und dann auch ausübte, verlangte man von den teilnehmenden Geistlichen, nach allen übrigen Mitgliedern den Platz unten am Tische einzunehmen. Den Beratungen und Beschlüssen lag die schwedische Kirchenordnung als Richtschnur zugrunde; wo dieselbe in einem besonderen Falle keine genügende Auskunft zu geben schien, suchte man dieselbe mit gleicher Berechtigung aus der Magdeburger Kirchenordnung zu schöpfen, welche bereits Gustav Adolf bei seinem Konsistorialentwurf für Livland als maßgebend bezeichnet.

Innerhalb dieser Grenzlinien blieb das Justizkolleg nicht allzeit, nicht einmal sehr lange. Es enthielt namentlich in seiner Konsistorialfigung Ansätze, deren Tragweite über die anfängliche Bestimmung je länger je mehr hinaustrieb, das ursprüngliche schwedische Vorbild hinter sich zurückließ und allmählich vergessen machte. Zunächst haben wir eine Beschränkung der Kompetenz des Justizkollegs zu erwähnen. 1737 wurde es auch in der Beziehung dem Senat unterstellt, daß fortan wider seine Urteile Einsprache bei dem Senat als der obersten Reichsbehörde erhoben werden konnte. Wie zur Schadloshaltung für die Einbuße seiner früheren, einspruchlosen Selbständigkeit, räumte der Senat ihm das Recht der Einmischung und Entscheidung in Fällen ein, die früher seiner Beurteilung entzogen waren. An einem auffälligen Beispiel läßt sich der Wandel und wachsende Machtbezirk des Kollegs schlagend zeigen. Als 1724 ein gewisser Snetlage in seiner Ehescheidungssache von dem ihm mißliebigen Urteile des Rigaer Stadtkonsistoriums Einsprache bei dem Justizkolleg einreichte, wies dasselbe die Klage ab als nicht seiner Beurteilung unterliegend, da dem Rigaer Stadtkonsistorium die Einspruchlosigkeit seines Urteils infolge der Kapitulation vom 4. Juli 1710 von Rußland zugesichert sei. Vierzig Jahre später (1766), als in einer gleichen Ehe-

scheidungsache das Justizkolleg die Einsprache angenommen, der städtische Rat aber unter Berufung auf die Kapitulation dem Spruche des Justizkollegs keine Folge geleistet, entschied der von beiden Teilen angerufene Senat, daß die dem Räte zugestandene Freiheit von Appellation dem Unterthanen nicht die Möglichkeit entziehen dürfe, sich zur Wahrung seines vermeintlichen Rechtes an den Landesherrn zu wenden, und wenn derselbe das beanstandete Urteil dem Obergericht zur Beprüfung übergebe, so sei der Rat unweigerlich gehalten, alle von dieser Behörde eingeforderten Nachrichten, Antworten und Erklärungen zu geben und ihrem Urteile sich zu fügen *).

Noch mehr sprang die wachsende Macht der Konsistorialsitung bei dem Justizkolleg in die Augen und machte sich in immer peinlicherer Weise geltend. Hier trat der geradezu grelle Unterschied mit dem einstigen Vorbild der Hofkanzlei in Stockholm recht deutlich zutage. Daß es so weit hat kommen können, dafür trifft die Kirche selbst ein kleiner Teil der Schuld. Unvermeidliche innerkirchliche Streitigkeiten muß eine Kirche die Kraft und Lüchtigkeit haben, in der eigenen Mitte zum Austrag zu bringen und endgültig beizulegen. Statt dessen geschah es nur zu oft und allmählich mit der Macht eines Gewohnheitsrechts, daß man die Hilfe des Justizkollegs da in Anspruch nahm, wo man zum Teil wegen mangelnder Ausgestaltung zu einem festgefügtten Kirchenwesen sich selbst nicht zu raten wußte, eine Hilfeleistung, die umsonst dauernd nicht geboten wird. Diese wiederholte Inanspruchnahme drängte gewissermaßen das Justizkolleg dazu, sich als eine Aufsichtsbehörde, gar bald schon als eine Art Polizei der Geistlichen anzusehen und zwar mit Anmaßung einer selbsterteilten, recht weitgehenden Machtbefugnis.

Nach dem klaren Wortlaut jenes angeführten Befehles der Kaiserin Anna war dem Justizkolleg kein Aufsichtsrecht über die Geistlichen eingeräumt; als gleichberechtigte Teile tagten sie für Konsistorialsachen in derselben Behörde. Kein weiteres Gesetz hatte darin eine Änderung geschaffen und doch gewöhnte sich das Justizkolleg im Laufe der Zeit an, die evangelische Geistlichkeit als

*) Aus einem in meinem Besitze befindlichen, alten Aktenkonvolut.

ihm unterstellt anzusehen. Kleine, geringfügige Außerlichkeiten, die unter Umständen zu beachtenswerten Kennzeichen veränderter Sachlage werden, mögen als Anhaltspunkte erwähnt werden. Ursprünglich redete das Justizkolleg in seinen Schreiben die Prediger mit „wohllehrwürdiger“ und „wohlgelehrter Herr“ an; nach einer Weile und nicht infolge andersgewordenen Zeitgeschmacks fielen die nun allerdings zopfsichen Eigenschaftsworte weg und nur der „Herr“ kurzweg blieb; und wieder nach einer Weile galt auch dieser Höflichkeitsausdruck für überflüssig. Als ob sich die Behörde durch seine Beibehaltung in ihrem Ansehen gegenüber denen, die ihre Diener geworden zu sein schienen, etwas vergebe, raunte sie sie fortan nur noch mit dem rohen „Er Pastor“ an *).

Den barschen Worten entsprachen harte Thaten, Aufsehen erregende Übergriffe. Ein besonders auffälliges Vorgehen brachte die Sache zur Entscheidung. Das Justizkolleg hatte den Predigern der Hauptstadt insgesamt 1764 einen scharfen Verweis wegen der Unregelmäßigkeit eines Predigers bei einem Aufgebot erteilt. Ernst und entschieden wiesen die Prediger einen Verweis ab, der alle bis auf einen ungerechtfertigt getroffen und ohne vorhergegangene Untersuchung gefällt war. Das Justizkolleg stellte die Prediger für solche Abweisung zur Rede und forderte von ihnen das

*) Proben dieses Kanzleistiles bietet wohl manches Kirchenarchiv, das seine Papiere aus jenen Tagen bewahrt hat. Mag hier eine solche aus dem eigenen mit Beibehaltung der damaligen Rechtschreibung Platz finden.

Wann Ein Dirigirender Senat mittelst einer am 23. dieses an die Kaiserliche Collegium erlassener Ukase verfügt, daß begehrendes nach dem Allerhöchsten Willen Ihro Kaiserlichen Majestät ergangenes und von Ihro Kaiserlichen Majestät höchst eigenhändig unterschriebenes Manifest darin die Ursachen von dem Einmarsch der Kriegsmacht Ihro Kaiserlichen Majestät in die Preussischen Lande bekannt gemacht worden, in allen hier befindlichen Kirchen verlesen werden sollen: so wird ihm Pastori ein Exemplar vermeldten Manifests zu gesandt mit der Anweisung daß er solches in seiner Kirche öffentlich verlesen und Gott um den glücklichen Fortgang Ihro Kaiserlichen Majestät Waffen bitten solle: von der ergangenen Preussischen Declaration aber und der darauf verfassten Antwort wird von jeder ein Exemplar bloß zur Nachricht hier beugelegt. Es hat also Er Pastor nach solchem Ihro Kaiserlichen Befehl Sich zu achten. St. Petersburg. 24. Aug. 1757. Emme. Glück. Blittner. Tanbe. Reber.

schriftliche Zugeständnis, das Kolleg als ihre geistliche Obrigkeit anzuerkennen. Die Forderung wurde bis zur Vorzeigung eines Urfasses abgelehnt, nach welchem dem Kolleg die Gerichtsbarkeit über die Geistlichen und nun gar ohne Berücksichtigung der Konsistorialsignung, wie es der Erlass von 1734 bei geistlichen Sachen fordert, zulomme. Der stellvertretende Vorsitzende des Justizkollegs, Geheimrat Emme, ließ sich im Unwillen über diese durchaus berechnete Ablehnung fortreißen, den Wortführer der Geistlichen, Pastor Großkreuz von der Annenkirche, für diese Verweigerung festnehmen zu lassen. Er war wohl der Meinung, durch solches Vorgehen evangelische Prediger einschüchtern zu können. Mannhaft traten die Pastore für ihren Amtsbruder ein. Pastor Büsching von der Petrikirche richtete eine Klageschrift an den Senat, welche von allen Predigern der Stadt unterschrieben und von den beiden Patronen der Petri- und Annengemeinde, Feldmarschall Münnich und General Fermor, dem Senate übergeben wurde. Gleichzeitig theilte Münnich der Kaiserin die Eigenmächtigkeit Emmes mit, was die unmittelbare Entlassung des gefangenen Pastors zur Folge hatte *).

Das Justizkolleg konnte den erfordernten Beweis über das Vorhandensein eines solchen Gesetzes, welches ihm die Gerichtsbarkeit über die Geistlichen zuerkannte, nicht erbringen; ein solches Gesetz bestand eben nicht. Ein anderes war es, dem Wunsche durch eine gesetzliche Unterlage zu berechtigter Wirklichkeit zu verhelfen. In diesem Bemühen war Emme glücklicher und erfolgreicher. Er erwirkte in der That, daß das Justizkolleg als Aufsichts- und Gerichtsbehörde der Geistlichen in Petersburg und im Innern des Reiches erklärt wurde.

Es war dies ein außerordentlicher, in der Verfassungsgeschichte der lutherischen Kirche nicht nur Rußlands in hohem Grade auffälliger Vorgang, daß eine rein weltliche Behörde, welche dazu durch kein Gesetz geschützt war, teilweise oder selbst vollständig aus

*) Ausführlich hat den Fall Büsching selbst, nebst dem Wortlaut seiner für die Verfassungsgeschichte nicht unwichtigen Eingabe an den Senat mitgeteilt in seiner Geschichte der evangelisch-lutherischen Gemeinden im russischen Reiche (Altona 1766) I, 37 ff.

Gliedern einer anderen Kirche? zusammengesetzt zu sein, an die Spitze der lutherischen Kirche gerückt wurde, mit dem Aufsichtsrecht über deren Geistliche, mit der Macht, tief und umgestaltend in das Kirchenwesen der lutherischen Kirche einzugreifen und über ihre Geistlichen vorkommenden Falles zu Gericht zu sitzen. Die Geistlichkeit in den Ostseeprovinzen befand sich Dank ihrer Kirchenordnung und den allzeit gehüteten und betonten Privilegien in geschützterer Lage; durch mehrere geistliche Zwischenbehörden war der Prediger vor der unmittelbaren Berührung mit der fernen, weltlichen Behörde bewahrt. Anders und ungünstiger gestaltete sich die Lage der Kirche und ihrer Geistlichkeit in Petersburg und im Innern des Landes. Kein Konsistorium als Zwischenglied und Anwalt der Rechte und Bedürfnisse der Kirche vertrat sie bei der Oberbehörde; ungehindert griff dieselbe als eine rein weltliche Behörde, die ihrem Wesen nach dem inneren Leben der ihr unterstellten Kirche fremd blieb und in ihrer Mitte nicht einmal deren Vertretung besaß, in das Sein und Leben dieser Kirche ein, und weder der einzelne Geistliche noch auch ihre Gesamtheit konnte sich der Einwirkung erwehren, wenn etwa einer zufällig ungünstigen Zusammenstellung der Mitglieder die wahre Förderung der Kirche wenig oder gar nicht am Herzen lag. Es befremdet uns, daß von Gegenvorstellungen seitens der Kirche gegenüber solcher ungewöhnlichen Anmutung kaum etwas verlautet. Ist es, weil sie, noch ehe sie in die Öffentlichkeit hätte treten können, zum Schweigen gebracht wurde? Ist es, weil in jenen Tagen das Drückende und Ungehörige einer solchen verzweiflungsvollen, unwürdigen Lage nicht in gleichem Maße empfunden ward, als in anderen und auch besseren Zeiten, in welchen das Wesen der evangelischen Kirche, die ihr gestellte hohe Aufgabe glaubensvoller erfaßt und darum treuer und hingebender versochten wird? Es liegt ja eine Wahrheit in dem alten Spruch, daß dem Willigen kaum ein Unrecht widerfährt.

Gewiß ist, daß die letztere Frage nicht kurzer Hand verneint und abgewiesen werden kann. Die veränderte Stellung fällt in die anhebende Blütezeit der Aufklärung. Je länger je mehr durchbrach der auch in die Petersburger Geistlichkeit und in die Gemeinden eindringende Nationalismus die alten, festen Dämme

und überflutete mit seinen verheerenden Wässern das angebaute, fruchtbare Kirchenland. Es ward aus den Gemeinden, aus den Herzen das eigentümlich christliche, das wahrhaft evangelische Bekenntnis weggespült; auf der öde gewordenen Fläche blieb nur das allgemein Humane oder was die tonangebenden Stimmen des Tages dafür hielten. Was eine Kirche innerlich und äußerlich zur Kirche macht, wurde abgethan mit dem genugsamen Behagen, wenn nur ein Tempel übrig blieb, dessen Pforten weit und hoch genug waren, alle Menschenkinder von jeglicher Art einzulassen. Ein solches Geschlecht empfindet es nicht so peinlich, wenn sein Heiligtum nur noch wie eine Art staatlichen Institutes gilt, beauftragt, moralische Menschen und gute Bürger zu erziehen.

Es kommt zur gerechten Beurteilung der damaligen Sachlage noch ein weiteres in Anschlag. Diese rationalistische Tagesanschauung beherrschte die ganze Zeit, alle Schichten der Bevölkerung in größerer oder geringerer Klarheit der Überzeugung. Es war nicht ein Übelwollen wider die Kirche, eine zielstrebige Schädigung ihres Wesens und Einflusses auf Kosten etwa einer anderen Kirche. Alle Welt war von der Richtigkeit und Alleingültigkeit der Tagesmeinung völlig durchdrungen; es kam kaum jemanden ein Zweifel an, daß die Kirche nicht ein staatliches Institut sei und darum auch rein staatlich verwaltet werden könne. Das entschiedenen Christliche weichte mehr und mehr auf, die Prediger des heiligen Willens Gottes von unserer Erlösung wurden nutzbringende Kanzelredner und empfanden es dadurch minder, wenn ihre Reden und Thaten nach rein bürgerlichem Maßstab beurteilt wurden. Große Duldung herrschte auf allen Seiten; man ließ die harmlose Kirche gewähren, man sah ihren Einfluß von Tag zu Tag abnehmen, ihre Gottesdienste sich leeren. Weshalb sie, die für die Aufgeklärten auf dem Aussterbeetat stand, noch viel behelligen? Wenn nur ihre Prediger fügsame Staatsdiener waren. So war es damals allwärts, so auch hier.

So nur auch läßt es sich erklären, daß der Übelstand dieser Unterordnung der Kirche unter eine rein weltliche Behörde nicht so drückend empfunden ward, als es gottlob heutzutage der Fall wäre. Wir werden bald zu zeigen haben, wie die seltsame, unerquickliche Lage nur einem einzigen, kurzlebigen Geschlechte

erträglich dünkte und sich auf beiden Seiten langsam, aber entschieden eine andere Anschauung siegreich Bahn brach. Aber während des letzten Drittels des Jahrhunderts behielt das Justizkolleg die ihm gewordene Stellung über die evangelische Kirche und ihre Geistlichen unbeanstandet. Bis in die Gottesdienstordnung griff dieser weltliche Arm ein. Eine Reihe von Festtagen, die bis dahin in Petersburg galten, wurden abgeschafft, darunter selbst der Gründonnerstag. Wohl war, wie ein Zeitgenosse berichtet *), den Predigern dieser Eingriff in ihr Gebiet ärgerlich; aber da ihnen an den gestrichenen Tagen selbst nicht allzu viel gelegen war, fügten sie sich, bis auf den Petrikirchenrat, der sich für seine Gemeinde den von ihr liebgewonnenen Gründonnerstag ausbat und auch erhielt. Die durch die Streichung einer Anzahl kirchlicher Feste frei gewordenen Tage wurden reichlich wieder ersetzt durch die auf Verfügung des Justizkollegs angeordnete kirchliche Feier einer ganzen Reihe von Staatsfesten. Ihre Zahl war 1796 bis auf neunundzwanzig gestiegen; darunter seit 1768 das in der Kirche zu feiernde Fest zum Andenken der an der Kaiserin und dem Großfürsten Thronfolger glücklich vollzogenen Einimpfung der Blattern. Das Fest und sein Anlaß boten dem damaligen gefeierten Kanzelredner der Katharinenkirche erwünschte Gelegenheit, über Blatterneinimpfung wiederholt zu predigen **).

Eine Reihe von Verordnungen und Aufträgen liegen vor, aus welchen sich deutlich ergibt, wie sich im einzelnen die Stellung

*) Vgl. Grot, Bemerkungen über die Religionsfreiheit u. s. w. (St. Petersburg 1797) II, 140.

**) Diese denn doch berücksichtigten Kanzelreden sind in zwei Bänden im Druck erschienen. Die ausführlichen Titel gewähren einen Einblick in das Gehotene, ein rechtes Zeichen der Zeit. Der erste Band (Mitau 1870) lautet: Grot's Kanzelreden über die Rechtmäßigkeit der Blatterneinimpfung, die erste aus allgemeinen Gründen, die zweite aus besonderen Gründen, die dritte in Ansehung der Pflichten gegen Gott. — Der andere Band über das gleiche Thema trägt den Titel: Kanzelvorträge über die Blatterneinimpfung, veranlaßt durch das jährliche Dankfest wegen ihres glücklichen Erfolges an J. R. M. Katharina II. und S. R. S. Paul Petrowitsch, nebst einem Vorbericht über den Inhalt dieser elf Kanzelvorträge und über Haude's Schrift wider die Impfpredigten. (Leipzig 1781).

des Justizkollegs zu der ihrer Aufsicht überwiesenen lutherischen Kirche gestaltete. Die wichtigsten derselben faßte das Kolleg in einer Verhaltensvorschrift zusammen und stellte sie den Predigern zur Nachachtung 1775 zu *). In 14 Punkten erstrecken sie sich über das Verhalten der evangelischen Kirche gegenüber Gliedern der griechischen Kirche, über Ehesachen, Staatsfeste, Besuche bei Gefangenen und Einsendung statistischer Tabellen sowohl an das Justizkolleg, als auch an den Polizeimeister. Der Inhalt ist nicht unwichtig für die Kenntnissnahme auch der damaligen kirchenrechtlichen Verhältnisse der Evangelischen des Reichs. Die vorliegenden Verordnungen mögen als Beleg dienen, daß in den siebziger und achtziger Jahren das Justizkolleg von der ihm nach langjährigen Bemühungen zugestandenen Macht über die Geistlichen und die evangelische Kirche des Landes keinen so ausgiebigen Gebrauch gemacht, als man nach den früheren Äußerungen hätte vermuten können. Nachdem die aus Noth und Pöbelhafte grenzenden Emmeschen Zeiten und Vergewaltigungen überstanden und ihre tiefen Schädigungen verwunden waren, bei deren Rückerinnerung als schmerzlicher Stachel haften bleibt, daß ihr Anstifter ein Deutscher und ein Lutheraner gewesen, brachen ruhigere Tage an und in geordnete Geleise lenkten die Beziehungen ein. Es war nicht mehr nötig, sich eine erstrebte Stellung zu erlämpfen; es galt nur noch, die erlangte maßvoll zu bewahren. Die Bestimmungen inbetreff des Verhaltens Gliedern der griechischen Kirche gegenüber sind in den vorliegenden Vorschriften strenger, schärfer ausgestaltet als zur Zeit Peter des Großen. Es liegt unserer gegenwärtigen Aufgabe fern, dem langsam, aber zielbewußt sich vollziehenden Wandel Schritt für Schritt nachzugehen und auch begründend darauf hinzuweisen, wie die Führung auf diesem Wege mehr auf staatlicher, als kirchlicher Seite lag. Da diese Verordnungen auch für die Ostseeprovinzen galten, diesen aber in den Kapitulations- und Accordpunkten günstigere Bedingungen auf diesem Gebiete gewähret waren, würde es von hohem Werte sein, wenn

*) Abgedruckt bei Grot a. a. O. III, 149. Es befinden sich in meinem Archiv noch spätere, teilweise veränderte und erweiterte Instruktionen; die letzte aus den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts.

zumal bei den Verhaltungsmaßregeln über gemischte Ehen u. s. w. die Quellen angegeben wären, aus welchen sie ihr Recht schöpfen, wie dies gegenwärtig in der Gesetzesammlung Brauch ist.

Unser Wunsch, die Mitteilungen über das Justizkolleg im Zusammenhang zu bringen, hat uns dem Gange der allgemeinen Entwicklung vorausseilen lassen. Wir lehren in den Anfang des Jahrhunderts zurück, um nun auch die Verfassung der in den beiden Hauptstädten und im Innern des Reiches zerstreuten lutherischen Gemeinden während des angegebenen Zeitabschnittes in kurzen Strichen darzulegen.

Mit dem Erwerb der Ostseeprovinzen hatte Peter der Große die Grenzen seines Reiches bis an das völkerverbindende Meer vorgeschoben. Er ging einen Schritt auf dem eingeschlagenen Weg vorwärts und öffnete die Grenzpforten weit; er bot gastfreundliche Herberge den Scharen, die seinem Vateruse folgen und die so fruchtbaren, aber menschenleeren Steppen des weiten Reiches besiedeln wollten. Sein Fallenaue wußte die Bedeutung tüchtiger Kolonen, zumal aus Deutschland, wohl zu werten. Der kaiserliche Ruf verhallte nicht ungehört. Die Riesengestalt, von welcher er ausging und auf deren Austausch im fernen Osten aller Blicke gerichtet waren, lockte die Wanderlustigen, die Abenteuerlichen, die ihr Glück versuchen wollten; es lockten gleichermaßen die Worte und Zusicherungen, welche den Geladenen geboten wurden. Zumal die religiösen Zusagen waren überraschend weitherzig und boten der Einwanderung von Protestanten günstige, sicherstellende Aussichten. Bereits 1702 hatte Peter der Große durch seinen Generalkommissar Patkul das berühmte Manifest in Deutschland bekannt machen lassen, in welchem er den Einwandernden unter anderen weitherzigen Zugeständnissen auch völlige Religionsfreiheit mit seinem Kaiserwort verbürgt, „solchergestalt“ — wie die denkwürdigen, in jenen Tagen so unumwunden laum irgendwo noch vernommenen Worte lauten —, „daß Wir bei der Uns von dem Allerhöchsten verliehenen Gewalt Uns keines Zwanges über die Gewissen

der Menschen anmaßen und gerne zulassen, daß ein jeder Christ auf seine eigene Verantwortung sich die Sorge seiner Seligkeit lasse anlegen sein“ *).

Solch' duldsame Gesinnung und Rede der Gewissensfreiheit verstummte nicht mit dem Hingang des großen Kaisers. Bei gebotenem Anlaß gab die Kaiserin Anna laut und vernehmlich eine ähnliche Zusicherung. So hebt ein Erlaß von 1735 mit den Worten an: „Wir thun kund und zu wissen, welchergestalt zwar durch viele teils von Unseren Vorfahren, teils von Uns selbst herausgegebenen Verordnungen anderen christlichen Religionsverwandten, als den Lutheranern, Reformirten und Römischkatholischen (so fast durchgängig in früheren, russischen Erlassen sowohl die genauere kirchliche Bezeichnung, als auch die Reihenfolge) das freie exercitium religionis in Unserm ganzen Reich allergnädigst verstatet worden, damit viele sowohl in Unserm Dienste befindliche, als auch der Handlung wegen in Unserm Reiche sich aufhaltende Ausländer nach den Grundsätzen ihres Glaubens den nötigen Unterricht genießen und ihren Gottesdienst abwarten können, welche Gewissensfreiheit ihnen bis jetzt aus Unserer besonderen Gnade ohne einiges Hindernis ist zugestanden worden und deren sie sich auch instünftige zu erfreuen haben sollen“ **).

Dem reihe sich ein drittes kaiserliches Wort aus dem vorigen Jahrhundert an; denn es ist schön, sich solcher Gesinnung, die zur Größe Rußlands einst ein so wesentliches Teil beigetragen, dankend zu erinnern. Als Katharina II., deren Regierung eine gerecht abwägende Geschichtsbetrachtung in ihrer Bedeutung für das Reich immer unmittelbar nahe an die Peter des Großen heranrücken wird, wenn auch zeitlich vier Jahrzehnte dazwischen liegen, den Thron bestieg, übernahm sie verständnisinnig zum Wohle des Landes auch das Erbe des großen Vorfahren auf dem Throne, die gesegnete Friedensarbeit deutscher Kolonen fruchtbringend anzulegen. Wiederum wie sechzig Jahre zuvor erging 1762 ein Ede-

*) In der allgemeinen Gesetzesammlung unter dem Datum des 16./4. 1702.

**) Vgl. Bülching a. a. O. I, 33. In der allgemeinen Gesetzesammlung IX, 6693.

rus, durch Hereinberufung fremder Kolonisten die damals noch menschenleeren und wüsten östlichen Provinzen des Reiches zu bevölkern und durch die Ausländer neue landwirtschaftliche Kenntnisse und Industrie unter ihren Unterthanen zu verbreiten. Und wiederum, wie bei dem früheren Erlass, steht an der Spitze der kaiserlichen Zusicherungen freie Religionsübung. „Damit die Ausländer, welche sich in Unserem Reiche niederzulassen wünschen, gewahrt werden mögen, wie weit sich Unser Wohlwollen zu ihrem Vorteil und Nutzen erstreckt, so ist dieses Unser Wille: 1) gestatten Wir allen in Unser Reich ankommenden Ausländern unverbindert die freie Religionsübung nach ihren Kirchensatzungen und Gebräuchen, denen aber, welche nicht in Städten, sondern auf unbewohnten Ländereien sich besonders in Kolonien oder Landstrecken niederzulassen gesonnen sind, erteilen Wir die Freiheit, Kirchen und Glockentürme zu bauen und die dabei benötigte Anzahl Priester und Kirchendiener zu unterhalten, nur einzig den Klosterbau ausgenommen. Jedoch wird hierbei jedermann gewarnt, keinen in Rußland wohnenden christlichen Glaubensgenossen unter gar keinem Vorwande zu Annehmung oder Verpflichtung seines Glaubens und seiner Gemeinde zu bereden oder zu verleiten, falls er sich nicht der Furcht der Strafe nach aller Strenge unserer Gesetze auszusetzen gesonnen ist. Hierbon sind allerlei an Unserem Reiche angrenzende, dem mohamedanischen Glauben zugethane Nationen ausgeschlossen, als welche Wir nicht nur auf eine anständige Art zu christlichen Religionen zu neigen, sondern auch sich selbige unterthänig zu machen, einem jeden erlauben und gestatten“ *).

Gestützt auf solche Kaiserworte und im festen Vertrauen zu ihrer Aufrichtigkeit zogen Scharen auch von Protestanten, ja zum meist von ihnen, durch die weit und weitherzig geöffneten Thore des bis dahin gemiedenen Reiches ein und siedelten sich dauernd in dem gastfreien Lande an. Unter Peter dem Großen Tausende, die sich in Petersburg und auch an der Mündung der Wolga, in Astrachan, niederließen; unter Katharina zehn Tausende, von denen allein 25,000 an der Berg- und Wiesenseite der Wolga, dort wo heute Samara und Saratow stehen, das Zelt ihres Wohnens

*) Vgl. Fehner a. a. O. II, 3.

ausschlügen. Sie hatten alle als wertgehaltene Kleinodien aus der alten Heimat Kirche und Schule mitgebracht, jetzt in der Fremde ihnen doppelt wert, wie ein trautes Stück vaterländischer Erde. Die einzelnen Höfe schlossen sich zusammen, die evangelischen Gemeinden bildeten sich, in ihrer Mitte zunächst die schlichte Betlapelle, deren Räume in der Woche der Dorfjugend dienten. Mit der äußeren Gemeindebildung ging Hand in Hand der innere Ausbau der Gemeindeverfassung, gar langsam wohl, auch unbeholfen, am Nötigsten sich genügen lassend.

Werfen wir nun einen Blick auf diese Anfänge einer Kirchenverfassung, zunächst in Fortsetzung dessen, was wir bereits im sechszehnten und siebzehnten Jahrhundert in Moskau kennen gelernt.

Wir haben die lutherische Kirche Moskaus in dem Augenblick verlassen, in welchem ihre Verfassung einen so wichtigen Fortschritt machte, in verhängnisvoller Weise aber nur, um diesen bedeutsamen Schritt vorwärts nach kurzem Besinnen zurückzuthun. Bagetius war zum Superintendent aller lutherischen Kirchen Rußlands berufen, nicht von der Kirche selbst, sondern auf Befehl des Zaren. Seinen altersschwachen, zitternden Händen entfiel bald schon der Hirtenstab und blieb am Boden liegen. Es ist mir aus jenen Tagen nicht einmal ein kurzes Wort des Bedauerns der lutherischen Gemeinden über solch' raschen Verfall zu Gesicht gekommen. Die einzige kundgewordene Arbeit dieses lutherischen Würdenträgers, seine Kirchenordnung, hat ähnliches Geschick wie ihren Verfasser betroffen. Sie drang nicht in die Gemeinden, für welche sie bestimmt war, ein; sie blieb auf dem Papier und auch selbst das Papier ward vergessen, daß über ein Jahrhundert jede Spur eines gedruckten Exemplars der Ordnung verschwunden war.

Die Gemeinden im Inneren, wenn sie überhaupt in der kurzen Zeit Fühlung mit dem Superintendent gewonnen, traten wieder aus dem so wohlthätigen Zusammenschluß heraus und führten ihr einsames Einzeldasein weiter. Die lutherischen Gemeinden in Moskau lenkten auch rasch in die alten, selbständigen Geleise ein, aus welchen sie kaum gewichen waren und führten ihr Gemeindeleben weiter, wie sie es gewohnt gewesen. Weiter auch in der alten Weise, daß wenn es einen tiefgehenden Streit zu schlichten

galt, man nicht im Lande selbst, wo doch nun ein geordnetes Kirchenwesen in den angeschlossenen Ostseeprovinzen bestand, sich Rat holte, sondern wie in früheren Tagen nach Deutschland sich wandte und eine dortige Hochschule um ihr Gutachten bat. Der Fall trat 1725 ein. In der sog. „Neuen Gemeinde“ war bei gegebenem Anlaß ein ärgerlicher Zwiespalt über die Frage ausgebrochen, ob, wie die vor wenigen Jahren erst angenommene Kirchenordnung es klar verlangt, der Prediger Sitz und Stimme im Kirchenrat habe oder nicht. Der Kirchenrat wandte sich um Entscheidung nach Halle. Sowohl der theologischen wie der juristischen Fakultät daselbst wurden die Fragen vorgelegt: 1) ob die in Moskau eingeführte Kirchenordnung den evangelischen Konstitutionen in dem deutschen Vaterland gemäß oder zuwider sei? 2) ob den Predigern darin zuviel oder nur das, was billig sei, zugestanden wäre? 3) ob die Ältesten und Vorsteher dadurch etwas von ihrem Rechte und Respekt verlieren, daß die Prediger bei einer solchen Gemeinde Mitglieder eines Kirchenrats sind?

Die eingelaufenen beiden Gutachten scheinen bei dem Brande Moskaus 1812 ein Raub der Flammen geworden zu sein; aber wir besitzen aus dem vorigen Jahrhundert einen genügenden Auszug*) aus denselben, einmal um das beiderseitige Urteil der Zustimmung zu der Einrichtung der Kirchenordnung zu erkennen, dann aber auch, um aus der teilweise weitläufigen Fassung und Begründung des Urteils der damals fast tonangebenden deutschen Hochschule zu sehen, wie sich eine neue, die pietistische Richtung emporarbeitet, die auf dem Gebiete der Kirchenverfassung noch nicht zu festen, klaren Grundsätzen sich durchgebildet hat.

In das gleiche Jahr 1725 — es ist das Sterbejahr des der evangelischen Kirche so wohlgeneigten Kaisers — fällt ein Befehl seiner Nachfolgerin auf dem Throne, den wir als Anfang der Beaufsichtigung und Verordnungen der Regierung über das gottesdienstliche Leben der lutherischen Kirche im Reiche ansehen können. Die Kaiserin ordnete in den Kirchen der fremden Konfessionen eine Gedächtnisfeier für Peter den Großen an. Der Befehl ging bezeichnender Weise noch nicht durch das Justizkolleg den Gemeinden

*) Bei Grot a. a. O. I, 280 ff.

zu; der Senat erließ denselben im Namen der Kaiserin an den Synod, dieser an den geistlichen Gerichtshof und von ihm gelangte er durch Vermittelung des „Comptoirs des ausländischen Kollegs“ an die einzelnen Kirchen Moslaus^{*)}). Es währte aber jetzt nicht mehr lange, daß auch für die evangelischen Gemeinden Moslaus das Justizkolleg, zunächst in Ehesachen die Konsistorialabteilung, allmählich dann auch die Aufsichtsbehörde ward. Unangetastet blieb ihnen bei diesem Übergang die Freiheit der Predigerwahl, die Selbstständigkeit in der Verwaltung ihres Kirchenwesens, in der Anordnung ihrer Gottesdienste.

Die Verschiebung des Schwergewichts der Regierung von Moslau nach Petersburg äußerte ihren nachhaltigen Einfluß auf allen Gebieten, auch in dem Leben der lutherischen Gemeinden der alten Hauptstadt. Wenn der erste Superintendent Nachfolger gehabt hätte, würden dieselben schwerlich ihren Sitz in Moslau bewahrt haben. Derselbe wäre nach Petersburg verlegt worden. Dieser Versuch einer geistlichen Oberleitung für alle lutherischen Kirchen Rußlands war noch zu neu und auch flüchtig vorüberziehend, als daß eine Einwirkung auf die Gestaltung des Kirchenwesens in Petersburg von ihr hätte ausgeübt werden können. Man nahm notgedrungen Kenntniß von derselben, weil man feierlich zur Teilnahme an ihrer Einsetzung geladen war; irgendwelche weitere Beziehung ist nicht erkennbar. Auch von den Ostseeprovinzen wurde nicht einmal ein Versuch gemacht, einen kirchenrechtlichen Einfluß auf die an der Newa neu sich bildenden lutherischen Gemeinden zu gewinnen, geschweige denn sie in ihre Kirchenordnung einzugliedern. Und doch erhob sich die neue Hauptstadt auf ingermanländischem Boden, dem alten Gebiete der Rechtsgültigkeit des schwedischen Kirchengesetzes, und war demselben jene schwedische und deutsche Kirche unterstellt, welche in Rhen (Rhenischanz), am Ausfluß der Döhta in die Newa errichtet waren. So sahen sich die

^{*)} Vgl. Fehner I, 472.

in rascher Aufeinanderfolge sich bildenden evangelischen Gemeinden Petersburgs auf sich selbst bei ihrer Kirchengestaltung angewiesen.

Die evangelische Kirche in Petersburg nahm ihren Ausgang aus der Hauskapelle des frommen Admiral Cruys, in Norwegen geboren, aber in Holland und dem dortigen kirchlichen Leben erzogen und mit einer Holländerin verheiratet. Die Mehrzahl der an die Niewa strömenden Fremden waren in der ersten Zeit Reformirte; von dem Hausherrn dieser ältesten Petersburger Betkapelle sagt ein gleichzeitiger Bericht, „Cruys ist Obervorsteher von den evangelischen und reformirten Kirchen und Schulen in ganz Rußland, ja billig ein Protektor und Patronus von den deutschen und holländischen Nationen“ *). Der Ausdruck bezeichnet zuversichtlich keine dem Seehelden förmlich übertragene Würde, die noch ausgedehnter als die dem Moskauer Superintendenten zugewiesene wäre, sondern nur die Achtung und Geltung, welche sich der hochgestellte Mann unter seinen Glaubensgenossen erworben. Jedenfalls aber weist der Name und sein Herkommen daraufhin, daß in der neuen Stadt auf ingermannländischem Boden thatsächlich die enge Schranke des schwedischen Kirchengesetzes durchbrochen und unter den Augen des Kaisers in seiner Hauptstadt, diesem sprechendsten Ausdruck seines eisernen Willens, alsbald zur Ausführung gelangte, was ein paar Jahre später erst ebenfalls im Machtgebiet des schwedischen Kirchengesetzes, in Riga, durch sein stärkeres Machtwort zur Geltung gelangte.

Die einfache Hauskapelle genügte bald schon nicht mehr der wachsenden protestantischen Bevölkerung. Von dem ursprünglichen gemeinsamen Stamme zweigten sich einzelne Glieder ab. Nicht die Verschiedenheit des Bekenntnisses drängte auseinander; aber die Verschiedenheit der Sprache trieb die erstarkenden Zweige zu gesonderten Heimstätten des Gottesdienstes und damit auch selbständiger Gemeindebildung. Die Engländer, die Holländer, die Franzosen und von den Deutschreformirten die, denen das Französische geläufig war wie eine Muttersprache, schieden zuerst aus; ihrem Vorgang folgten bald die deutschen und skandinavischen Lutheraner,

*) Exakte Relation von der . . . neu erbauten Festung und Stadt St. Petersburg. (Leipzig 1713.) S. 84.

die an den verschiedenen, weit auseinanderliegenden Punkten der überraschend sich ausdehnenden Stadt zu besonderen Gemeinden zusammentraten. Zwei Jahrzehnte nach Gründung der Stadt hat sich die erste evangelische Hauskapelle schon geleert, ihr völliges Verschwinden ist in Dunkel gehüllt. An ihre bescheidene Stelle sind außer den erwähnten drei reformirten Gemeinden drei deutsch-lutherische, eine finnisch-schwedische und eine weitere in dem nahegelegenen Kronstadt getreten. Nur von der Verfassung dieser lutherischen Kirchen haben wir hier zu reden.

Es ist fesselnd, die ersten Anfänge evangelischer Gemeindebildung da und dort zu verfolgen. Fast überall der gleiche und auch schöne Ursprung. Den Keimpunkt bildet die Predigt des Evangeliums, die Spendung der Sacramente. Um diesen warmen Feuerherd sammeln sich die Glaubensgenossen; das heilige Band des durch die Verkündigung des göttlichen Wortes gewirkten Glaubens ist stark genug, die einzelnen zusammenzuhalten. So auch in Petersburg. Leitung und Ordnung der kleinen Gemeinwesen übernehmen hervorragende Glieder derselben, welche den „Kirchenkonvent“ bilden, mit frühen Ansätzen, daß die verschiedenen Berufsarten und dadurch bedingten gesellschaftlichen Schichten in demselben Vertretung finden. Die Zahl der Konventsglieder schwankt, sechs bis acht in der Regel, an ihrer Spitze als Vorsitzender oder außer einem solchen als Kirchenpatron eine Persönlichkeit, die durch ihre hervorragende Stellung am Hofe auch ein Anwalt der Kirche bei der Regierung zu sein imstande war. Jahrzehnte hindurch nahm bei der damaligen lutherischen Hauptkirche, der Petrikirche, der berühmte Feldmarschall Münnich diese Stellung ein und hat sich in mancher schweren Stunde als solcher Schutzvogt tüchtig bewährt.

Dem Kirchenkonvent damaliger Zeit kam ein größeres und einflußreicheres Gebiet der Thätigkeit zu als heutzutage. Außer den Arbeiten, die ihm auch gegenwärtig unverfürzt geblieben, die Fürsorge und Verwaltung des Gemeindevermögens für Kirche, Schule und Armenwesen, fielen ihm damals in Petersburg noch die anderen, wichtigen und wesentlichen zu, die in der Folge an das Konsistorium übergingen, weiter auch noch eine ernst und eingehend gehandhabte Kirchenzucht. Es sind uns noch ein paar Einblicke in solch' reges Gemeindeleben vergönnt. So verzeichnet

der Kirchenkonvent im nahegelegenen Kronstadt 1729 in seinem Protokoll die Ausstoßung eines Schiffers aus der Gemeinde wegen Gotteslästerung, und nur reumütig geleistete, ihm von dem Kirchenrat auferlegte Kirchenbuße verhalf dem Übelthäter zur Wiederaufnahme in die Gemeinde. Ein andermal finden wir eine liederliche Dirne vom Kirchenkonvent verurteilt, drei Tage auf dem Kirchhof an den Pfahl geschlossen zu stehen und darauf durch den Büttel aus der Stadt verwiesen zu werden. Ebenso wandten sich bei Ehestreitigkeiten die Parteien an den Kirchenrat zur Beilegung des Haders, oder endgültig zur Scheidung der Ehe, und willig fügten sich dieselben dem gefällten Urteilspruch. Ja selbst bei weltlichen Händeln riefen streitende Kaufleute das Schiedsgericht des Kirchenkonvents an und unterwarfen sich seiner Entscheidung.

Unter den vorhandenen hiesigen Kirchenkonventen nahm frühe der der Petrigemeinde eine hervorragende Stellung ein. Sie galt als Erbe der Grunyschen Hauskapelle, dadurch als Mutterkirche der hiesigen Protestanten. So brachte die finnisch-schwedische Kirche einst eine in ihrer Mitte ausgebrochene Mißhelligkeit zur Schlichtung vor den Petrikirchenkonvent; ein ander Mal wurde er aufgefordert, während die finnische Pfarrstelle unbesetzt war, die im Gouvernement angestellten finnischen Landgeistlichen zur sonntäglichen Vertretung in geordneter Reihenfolge aufzufordern, welcher Forderung dieselben auch Folge leisteten. Ebenso ordnete der Petrikirchenkonvent eine Predigerwahl in der finnischen Kirche an. Es zeigt sich in diesen Gesuchen und in der Fügsamkeit, sich dem Spruche des Kirchenkonvents in der Schwestergemeinde zu unterwerfen, das dringende Bedürfnis nach einer kirchlichen Behörde. Der Kirchenrat einer einzelnen Gemeinde kann auf die Dauer die Lücke nicht ausfüllen; sein Eintreten ist nur ein Nothbehelf, dienlich solange die Parteien damit zufrieden sind. Wenn doch ein synodales Element sich in jenen Tagen in den lutherischen Gemeinden geregt und die gleichgeordneten Glieder zur gemeinsamen, selbständigen Schaffung der benötigten Behörde getrieben hätte! Dann hätte die fremde Obrigkeit nicht zu bieten nötig gehabt, was die kleinen Kirchenwesen nicht sich zu geben vermochten. So aber wurde diese in gewisser Beziehung dazu gedrängt.

Die Obrigkeit war nicht müßig, dem Drängen entgegen, fast möchte man sagen, ihm zuvorzukommen. Schmerzlich ist es zu sehen, wie ein lutherischer Prediger selbst die Handhabe dazu bot. Es war der unwürdige finnische Prediger Mandelin, der es 1724 listig verstand und dann auch sich nicht entblödete, sich von dem Erzbischof Theodosius von Nowgorod als Vorsitzendem des Synods zum Propste sämtlicher protestantischen Gemeinden in Ingermannland ernennen zu lassen und mit dieser aus fremder Kirche erschlichenen Würde gefeklos wider seine Amtsgenossen vorzugehen. Arge, betrübende Sachen hat sich dieser Mann zuschulden kommen lassen und damit seine Kirche bedenklich geschädigt *). So konnte es dann nicht fehlen, daß der Synod meinte, lutherische Geistliche vor sein Gericht fordern zu dürfen. Der erste Versuch scheiterte; der Petrikirchentonvent untersagte seinem Pastor, der Forderung Folge zu leisten **), damit es nicht, wie er dem Synod mitteilen ließ, „das Ansehen gewinne, als ob der heilige Synod auch in unsern die Religion betreffenden Artiteln sich die Kompetenz zu vindicieren beflissen sei.“ Eine solche Vorforderung des Pastors erscheine nicht nur dem Kirchenrat, sondern der ganzen Gemeinde „zuwider dem Friedenstraktat, als worinnen expresse pacisciret worden, daß in den von der Kron Schweden an J. R. Majestät abgetretenen Ländern es in Religions- und Kirchensachen gehalten werden solle, wie es bei dem letzten König von Schweden gewesen“ ***). Der Synod stand von seinem Begehren nicht ab. Da trat Münnich mit starker Hand ins Mittel. Er veranlaßte den Vizepräsidenten des Justizkollegs, Wolff, eine entschiedene schriftliche Einsprache wider solches Angehen zu verfassen. Der ganze Kirchentonvent mit seinem waderen Patron unterschrieben. „... wir

*) Lemmerich a. a. O. I, 69 führt einen Teil der beklagenswerten Vorgänge an.

**) Der Pastor hatte eine Lutheranerin, die zur griechischen Kirche übergetreten war, auf ihren Wunsch wieder in seine Gemeinde aufgenommen, für welches Thun ihn der Synod zur Rechenschaft ziehen wollte. (Vgl. Lemmerich a. a. O. I, 71.)

***) Es ist sehr bedeutsam, wie hier der Grund und Boden, auf welchem Petersbnrg errichtet ist, dem Gebiete der abgetretenen Länder zugezählt wird, denen die Rechtswohltbat des Friedenstraktats zukommt.

können nicht placidiren, daß die Jurisdiction über unsere Pastores extendiret werde, da S. R. Majestät höchstseligen Andenkens in dem mit der Krone Schwedens geschlossenen Friedenstraktat per expressum unsre Kirchen davon eximiret und im § 10 allernädigst bewilliget, daß in den Religions- und Kirchensachen in denen abgetretenen Ländern es gehalten werden soll, wie es bei der Schwedischen Regierung gewesen, welchem zufolge unsre Pastores unter Konsistorien und den wohl eingeführten Kirchenordnungen unserer Religion fortiren und vor so gethanen foro besprochen werden müssen.“

So war der erste Versuch mißlungen, durch das mannhafte Auftreten des Konvents die Unabhängigkeit der Gemeinden geschützt. Ein zweiter Versuch, bei welchem sämtliche lutherische Kirchenkonvente der Stadt einmütig bei der Einsprache wider solche Eingriffe sich beteiligten, hatte den gleichen Mißerfolg. Von da an hörten alle unliebsamen Einmischungen von dieser Seite auf. Wir lesen in einer Eingabe der finnischen Gemeinde von 1729: „es ist nunmehr so weit gekommen, daß gottlob unsere lutherisch-evangelische Lehre und Religionsübung ohne einige Disposition des russischen Synods unter uns kann verwaltet und frei geübet werden.“

In jener erwähnten Eingabe war wohl von Konsistorien die Rede; aber nach dem schwedischen Kirchengesetz konnte ein einzelner Kirchenkonvent denn doch nicht als ein Konsistorium gelten. Die Notwendigkeit der Schaffung eines solchen trat immer offenkundiger zutage; zugleich auch die Ratlosigkeit, selbst ein solches oder einen genügenden Ersatz dafür herzustellen. Mancherlei Pläne tauchten auf, aber nur, um alsbald wieder wegen Unausführbarkeit von der Bildfläche zu verschwinden *). Leider! Münnich sowohl als auch der Petrikirchenkonvent richteten Eingaben an die Kaiserin um Gewährung eines Konsistoriums; die letztere Eingabe mit genauerer Angabe der Zusammensetzung eines solchen, an deren Ausführung man leicht die sachkundige und tüchtige Hand des Verfassers, des öfters schon erwähnten Rechtsgelehrten Wolff,

*) Lemmerich teilt a. a. O. I, 79 ein paar Pläne mit.

erkennt. Scheinbar blieben die Bittschriften zunächst ohne Erfolg. Erst als streitende Eheparten sich mit ihren Zwistigkeiten nicht mehr dem Urteil des Kirchenkonvents unterstellen wollten, sondern ihr Gesuch um Scheidung an das Justizkolleg richteten, dieses aber in betreff seiner Rechtszuständigkeit in solchem Falle fragend den Senat anging, erfolgte auf dessen Unterlegung 1784 die kaiserliche Entscheidung, bei dem Justizkolleg eine Konsistorialsigung mit Zuziehung von Geistlichen, jedoch mit Beschränkung der Thätigkeit auf Ehesachen, einzurichten.

Hier mündet die bisherige, unumschränkte, selbständige Thätigkeit der Kirchenkonvente in das Gebiet dieser Behörde ein. Zunächst zwar nur durch Abzweigung eines beschränkten Theiles der Thätigkeit; aber damit war der Anfang gemacht, daß eine weltliche Behörde Einfluß in das Verfassungsleben der lutherischen Kirchen der Hauptstadt, im weiteren Verlaufe eine unmittelbare Machtstellung über die Geistlichen und im engen Zusammenhang damit über die Kirche hier und im Innern gewinne. Wir haben den Gang dieser Entwicklung bereits angegeben. Abgesehen von der Schmälerung des Arbeitsgebietes, das unter Umständen peinlich werden konnte, da der Ausdehnung nur soviel Macht zur Seite stand, als die Betroffenen sich gefallen lassen wollten, empfanden die Kirchenkonvente die veränderte Lage nicht so bitter als die Geistlichen, die, wie wir an Beispielen gesehen, viel unmittelbarer einen unleidlichen Stachel zu fühlen bekamen. In den ihnen gelassenen Gemeindegliedern behielten die Konvente eine fast unumschränkte freie Hand der Selbstverwaltung. Ihre Zusammensetzung gestaltete sich ähnlich wie in Moskau, daß die drei Stände der Beamten, Kaufleute und Handwerker ihre geordnete Vertretung in freier Wahl der Gemeindeglieder fanden. In der Wahl ihrer Prediger blieb die Gemeinde in ihrem Konvente uneingeschränkt; allmählich nur mit der Forderung, daß das Justizkolleg den unbeanstandeten Gewählten in seiner Stellung bestätigte. Ebenso von außen unbehelligt blieben die Konvente in der Verwaltung des Kirchenvermögens, in der Leitung ihrer Schulen, in der Fürsorge für ihre Armen. Auch ihre Gottesdienstordnung war ihnen überlassen. Sie bestimmten die Zahl der Gottesdienste und ihre Zeit und fügten sich nur der Anordnung der Kron-

feiertage; ihren Predigern war die Weise des Gottesdienstes überlassen. In der ersten Hälfte des Jahrhunderts diente fast ausschließlich das schwedische Kirchenhandbuch der Herzogtümer Bremen und Verden als Agende, die berühmte Rigaer Viedersammlung als Gesangbuch. Als in der zweiten Hälfte der mächtig einflutende Rationalismus begehrllich sein Recht forderte, legte keine Behörde Schranken an, als Prediger und Gemeinde neue Gesangbücher einföhrten, die Liturgie und Kirchengebete nach dem Zeitgeschmack umänderten, zum Teil in den verschiedenen Gemeinden verschieden, nach dem Gutdünken des jeweiligen Predigers. Nach dem angegebenen Kirchenhandbuch fand noch bei der Kindertaufe die Teufelsaustreibung statt; an ihr setzte sich, als sie dem Zeitbewußtsein anstößig ward, die allmähliche Loslösung von der bisherigen Agende an. Etwa von 1763 war in allen hiesigen deutschen Kirchen der Exorcismus fallen gelassen.


Wenden wir uns den lutherischen Gemeinden und ihrer Verfassung im Innern des Landes außerhalb der beiden Hauptstädte zu, so dringt nur noch spärliche und lückenhafte Kunde ihres Lebens aus dem vorigen Jahrhundert zu uns herüber, und diese kümmerlichen Nachrichten verraten kaum etwas von der Verfassung der kleinen, zerstreuten Gemeinden. Von mehr wie dürftigen Notbehelfen, geringsten Ansätzen von einer Verfassung kann da überhaupt nicht die Rede sein.

Das achtzehnte Jahrhundert fand aus dem vorangegangenen außer Moskau nur etwa sechs bis acht lutherische Gemeinden im weiten Reiche vor, und diese, mit Ausnahme der in Archangel, mit kaum weiteren Nachrichten als ihrem Namen. Es tauchen wohl auch noch andere Orte auf, aber nur solche mit einem zeitweiligen Häuflein Protestanten, an diesem Orte, wie z. B. Tobolsk, Kriegsgefangene, an einem anderen Berg- und Hüttenarbeiter, zufällig unter günstigen Verhältnissen eine Zeit lang mit einem Prediger versehen, aber ohne daß es zu einer förmlichen und ständigen Gemeindebildung gekommen wäre. Im achtzehnten Jahrhundert

wurde durch die Fürsorge der Regierung eine Reihe von Divisionspredigerstellen (so in Kasan, der Ukraine, Orenburg, Tobolsk, Irkutsk u. s. w.) gegründet und die betreffenden Geistlichen mit der Pastorierung der in dem betreffenden Militärbezirke wohnenden Lutheraner beauftragt. Diese Geistlichen empfingen Anstellung und Gehalt von der Krone; an ihrem Wohnsitz bildete sich vielleicht, wenn auch nicht allemal, eine Gemeinde, die durch Zuwanderung verstärkt, allmählich zu einer Selbstständigkeit sich empor schwang. In Barnaul stellte die Regierung für die zahlreichen Beamten und Bergleute in ihren Berg- und Hüttenwerken am Altai einen Kronsprediger an.

Wir haben bereits von dem infolge des Aufrufes der Kaiserin Katharina II. starken Zuzug von Einwanderern gesprochen, die zumeist an der Wolga angesiedelt wurden. Noch in den sechziger Jahren entstanden dreizehn theils lutherische, theils reformirte Kirchspiele, acht auf der rechten Flußseite, der sogen. Bergseite (Resnoi-Karamysch, Norla, Oleschna, Wodjanoi-Bujeraf, Ust-Kulalinka, Medwedizloi-Krestowoi-Bujeraf, Ustcolicha, Talowka), die anderen fünf auf der linken, der Wiesenseite (Podstepnaja, Primalnaja, Katharinenstadt, Tarhyl, Baratajewka). In reicher, freigebiger Weise wurde von der Regierung für die Beförderung und Ansiedelung dieser Kolonen gesorgt. Die staatliche Fürsorge erstreckte sich teilweise bis zum Bau von Kirchen und Schulen, oder doch zur kräftigen Mithilfe daran. Wie man den fremden Zuzüglern in ihrer Dorfverwaltung große Freiheit ließ, so auch bei ihrem Kirchenwesen. Mit den Kolonisten waren in den meisten Fällen evangelische Prediger aus der Heimat ins gastfreie Land gezogen; jeder Hausstand hatte seine Bibel, sein Gesangbuch, so manches alte Trostbuch aus der Väter Zeit als unentbehrlichen Hausrat mitgenommen. So dauerte es dann nicht lange, bis sie sich auf der einsamen Steppe in Kirche und Schule eingerichtet, genau wie sie es von Kindheit an gewohnt gewesen. In alter, heimischer Weise hielten sie ihre Gottesdienste, leiteten sie ihr Kirchen- und Schulwesen, jetzt nur in viel größerer Selbstständigkeit, mehr auf sich selbst angewiesen, als sie es daheim gewohnt gewesen. Durch eine öde, menschenleere Steppe wie von

einem Meere von der Außenwelt abgeschnitten, bildeten diese deutschen Kolonien ein kleines Inselreich und zwar deutschen Heimwesens, deutscher Kirche. Raum ein leiser Laut dringt zu ihnen von außen oder von ihnen herüber zu uns; erst mit der Neige des Jahrhunderts tauchen diese Kolonien deutlicher an der Bildfläche auf; wir werden in einem folgenden Abschnitt von ihnen zu reden haben.



Kurland.

Wenn bis dahin von den Ostseeprovinzen die Rede war, bezog sich der allgemeine Name nur auf Livland und Estland; es fehlte im Bunde die dritte Provinz, Kurland, die dem russischen Reiche erst bei der letzten Teilung Polens 1795 völlig einverleibt wurde. Lange zuvor, ehe das „Gottesländchen“, wie zuerst Zwan der Schredliche 1577 Kurland nannte, förmlich für eine russische Provinz erklärt worden war, galt es als diesem Reiche zugehörig; nur daß die Zeit noch nicht gekommen war, den Thatbestand gesetzlich zu regeln. Niemanden überraschte die Einverleibung, niemand beanstandete sie. Von diesem Augenblick erst tritt Kurland in den Kreis unserer Betrachtung; wir müssen aber bis in die Reformationstage zurückgreifen, um den damals überkommenen Zustand der Kirchenverfassung dieser lutherischen Provinz zu begreifen.

Dem letzten Herrmeister des deutschen Ordens in Livland, Gotthard Kettler, aus altem westfälischen Geschlechte entiprungen und frühe, wie so viele seiner Landsleute, von „der roten Erde“ weg nach der fernegelegenen Provinz des Ordens ausgezogen, war es geglückt, bei dem Zusammenbruch des Ordens für sich Kurland als erbliches Herzogtum, aber der polnischen Krone lehnspflichtig, zu gewinnen. Wir sind dem enthoben, die angewandten Mittel zu prüfen und daraus zu begründen, was ein genauer Kenner von Land und Leuten kürzlich in zutreffenden Worten gesagt, daß der neue Herzog viel leisten mußte, um vergessen zu lassen, was

er als Herrmeister gethan *). Er hat die Leistung während einer fünfundzwanzigjährigen gesegneten Regierung (1562 — 1587) gebracht; am sichtbarsten ist der Segen für das Land auf kirchlichem Gebiete zutage getreten.

Wenig nur ist uns aus den Anfängen der Reformation in Kurland bekannt. Die Bedingungen ihres raschen Vordringens mögen dieselben wie in den benachbarten Schwesterprovinzen gewesen sein: die stark ausgeprägte Eifersucht zwischen der bischöflichen und Ordensgewalt, die völlig verderbte Geistlichkeit, die in allen Ständen eingerissene Zuchtlosigkeit, welche die Notwendigkeit einer tiefgehenden Reformation den Bessergefinnten nahe legte und sie für die Predigt des Evangeliums in hohem Grade empfänglich machte. Ein Unterschied zeigt sich hier. Kurland besaß keine so tonangebende Stadt, wie Livland an Riga, Estland an Reval. Was im „Gottesländchen“ an Städten und Weilern vorhanden, lag von Anfang an im Schutz und Frieden der Burg, aber auch in voller Abhängigkeit des Burgherrn. Diese Ritter hatten, ähnlich den benachbarten polnischen Magnaten, ein stark ausgeprägtes Selbstbewußtsein, das sich keiner königlichen Gewalt beugen will, weil es sich auf seinem Gebiete dem Könige ebenbürtig hält. Kein freier, städtischer Bürgerstand bot hier heilsames Gegengewicht. Es war dem neuen Herzog nicht leicht, seine Oberhoheit dem Adel gegenüber, aus welchem er selbst hervorgegangen, zur Geltung zu bringen und zu wahren; völlig ist es weder ihm noch einem seiner Nachfolger gelungen.

Herzog Gotthard war frühe und dann mit ganzer Entschiedenheit der Reformation gewonnen. 1556 besuchte er während einer Amtreise in Deutschland auch eine Vorlesung von Melanchthon in Wittenberg, die ausschlaggebend für sein kirchliches Leben geworden; mit frommem Ernste versenkte er sich in das Wort Gottes, mit voller, warmer Überzeugung ward das Augsburger Bekenntnis sein bis an sein Lebensende ungezweifeltes Glaubensbekenntnis. Die ihm als Herzog zugefallene Pflicht, für das kirchliche Leben seines Ländchens zu wirken, war ihm Hauptforge.

*) Schiemann in dem Lebensbild des Herzogs in „Allgemeine deutsche Biographie“ (Leipzig 1882) XV, 682.

Mit allem Eifer machte er sich an ihre Ausübung. Seinen Hofprediger Bülow ernannte er zum Superintendenten und trug ihm eine genaue Visitation des Ländchens auf. Das Ergebnis war ein niederbeugendes. Die Ketten, von dem Christentum kaum noch äußerlich gestreift, trotzdem sie seit 300 Jahren der römischen Kirche eingegliedert waren, lebten dumpf und stumpf in ihren alten, unausgerotteten heidnischen Überlieferungen als ein armes, gefnechtetes Volk dahin. Die Kirchen waren, wo sie überhaupt noch vorhanden, dem äußersten Verfall preisgegeben; im ganzen Ländchen (mit Ausnahme des später zu erwähnenden Biltenschen Kreises) fand der Superintendent nur drei größere, gottesdienstliche Gebäude (in Mitau, Bauske, Doblen) vor, außerdem noch an sechs Orten (Goldingen, Windau, Tuckum, Talsen, Gaudau und Zabeln) kleine hölzerne Kapellen *). Dazu dann eine Geistlichkeit ohne inneren Verband unter einander, meist ohne tüchtige Vorbildung und unfundig der Sprache ihrer undeutschen Gemeindeglieder.

Diese Visitationsreise wirkte auf den Superintendenten, daß er verzagt seine Stelle niederlegte und nach Deutschland zurückkehrte, auf den glaubenstreuen Herzog, daß er zu erhöhtem Eifer angespornt, seine ganze Kraft einsetzte, solcher bellagenswerten Verwahrlosung zu wehren und einen geordneten kirchlichen Zustand zu schaffen. Und zwar unverzüglich, mit staunenswertem organisatorischem Geschick, mit ebenso staunenswerter Opferwilligkeit. Bereits im folgenden Jahre, 1567, legte er der Ritterschaft einen sorgfältig ausgearbeiteten Plan vor und erlangte die Zustimmung zum Bau von nicht weniger als siebenzig neuen Kirchen **), außerdem zur Errichtung einer auskömmlichen „Widme“ bei diesen Kirchen, d. h. einer Predigerwohnung, genügendem Ackerland und nötigem Gefinde, die dann auf ewige Zeiten Eigentum der Kirche blieb,

*) Vgl. den tüchtigen Aufsatz von Kallmeyer, „Die Begründung der evangelisch-lutherischen Kirche in Kurland durch Herzog Gotthard“, in den „Mitteilungen aus dem Gebiete der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands“ VI, 65; wo jedoch auch darauf hingewiesen wird, daß auf den Burgen noch Schloßkapellen gewesen.

**) Die Urkunde, welche das genaue Verzeichnis enthält, abgedruckt bei Kallmeyer a. a. O. VI, 212.

dazu noch in jährlicher Leistung der Bauernschaft das „Kirchentorn“ vom Ertrag der Felder. Es blieb nicht bei dem Beschluß. Der Herzog ernannte drei Männer, seinen wackeren, ungemein tüchtigen und thatkräftigen Rat Salomon Henning, Burggraf Wilhelm von Eßern und seinen Hofprediger Alexander Einhorn, an welchem er einen vorzüglichen Ersatz für Bülow gefunden, zu „Visitatoren und Reformatoren in Rurland und Semgallen“, mit dem Auftrage, eingehend die kirchlichen Verhältnisse zu untersuchen, für Ausführung der beschlossenen Kirchbauten zu sorgen und auf Grundlage des Ergebnisses dieser eingehenden Visitation eine Kirchenordnung auszuarbeiten*). Der diesmalige Bericht lautete viel hoffnungsvoller als der frühere; die gefaßten Beschlüsse waren überall im vollen Zug ihrer Verwirklichung. Der Landtag, der zur Entgegennahme des Berichtes zusammenberufen war, ernannte Einhorn zum Landessuperintendenten und übertrug ihm die Ausarbeitung und Vorlegung eines Kirchengesetzes.

Auch dieser Aufgabe unterzog sich Einhorn mit ebenso vielem Eifer als hoher Begabung. Für die erste Hälfte der Arbeit, die „Kirchenreformation“, welche den Visitatoren, oder wie sie auch genannt wurden, den Reformatoren ihre Obliegenheiten angab, konnte er sich auf einen drei Jahre früher von dem Kanzler Michael Brunnow ausgearbeiteten Entwurf stützen, den er nur einer erneuten, eingehenden Durchsicht und Anpassung an die unterdessen zutage getretenen Bedürfnisse zu unterziehen hatte; die andere Hälfte, die Kirchenordnung behandelnd, ist ausschließlich sein Werk. Er bezieht sich darin auf Briesemanns Rigasche Kirchenordnung; ein genauer Vergleich zeigt den Fortschritt, welchen in den seitdem abgelaufenen vierzig Jahren die reformatorische Bewegung auf diesem Gebiete gemacht. Am 22. Juni 1570 war dem Superintendenten die Arbeit übertragen, bereits am 8. September konnte er sie vollendet mit Gutheißung der Geistlichen dem Herzog vorlegen, der sie am 18. September in Goldingen bestätigte; zwei Jahre später erschien sie in Rostock im Druck**). Werfen

*) Den eingehenden Bericht über diese Visitation siehe bei Kallmeyer a. a. O. S. 98.

**) Es liegt mir bei der Arbeit eins der wenigen Exemplare der ursprüng-

wir einen Blick auf das tüchtige Werk, welches der Kirche Deutschlands durch zwei Jahrhunderte hindurch ihr festes Gepräge verliehen.

Was die Lehre der Kirche betrifft, machen sich zwei Strömungen leise bemerkbar. Für die Gemeinde gilt: „so ist nun das Allernötigste und Erste, daß man christliche Lehre rein und ganz pflanze und erhalte, die Gott von seinem Wesen und Willen geoffenbaret hat und die in der Propheten und Apostel Schriften und in symbolis apostolico, Nicaeno und Athanasiano gesagt ist, mit welchen auch gleichstimmt der Katechismus Lutheri und confessio, die dem Kaiser zu Augsburg 1530 überantwortet ist.“ Dagegen bei der Einführung der Prediger ins Amt wird ihnen ans Herz gelegt, „daß sie sich aus allen Kräften befleißigen sollen, das allein seligmachende Wort Gottes biblischer d. i. prophetischer und apostolischer Schrift, den rechten Verstand des Gesetzes und Evangelii nach der Augsburgerischen Confession und Apologie, woran wir nicht zweifeln, sondern die Gewißheit haben, daß sie die rechte, einige und wahrhaftige Lehre der prophetischen und apostolischen Zeugnisse sei, der dreien symbolischen, ältesten, unverfälschten Konzilien, Schmalcaldischen Artikeln und dem ganzen Wittenbergischen corpore doctrinae von dem seligen Herrn Philippo Melanchthone 1560 vice Cygneae cantionis in den Druck verfertiget, ihrer Gemeinde vermöge derselbigen richtigen Lehre auf Christi Befehl ohne Scheu fürhalten.“ Das angeführte Philippicum oder Misnicum ist die erste zu symbolischem Ansehen erhobene Schriftenammlung, der Erstling zahlreicher Nachfolger, die mancherlei Landeskirchen und den Glauben der Untertanen sorgfältig in einer mehr oder minder starken Fülle von Bekenntnissen zu schützen und abzugrenzen. Aber gerade dieses Corpus, von dem dem Calvinismus warm zu-

lichen Ausgabe vor, deren Zahl nach einer Randbemerkung seines früheren Besitzers im Anfang dieses Jahrhunderts auf sechs zusammengeschmolzen war. Den ausführlichen, weitläufigen Titel der beiden Teile giebt Napier 819, Schriftstellerlexikon I, 485; die dort verzeichneten Bibelsprüche stehen genauer angegeben im ersten Teile (der Kirchenreformation): Ps. 24, 7; 118, 19. 20; 1 Sam. 2, 30 (letzte Hälfte); Jes. 49, 23 (erste Hälfte); 1 Tim. 2, 1. 2; im zweiten Teile (der Kirchenordnung): 1 Kor. 14, 33 u. 40; Ps. 27, 4.

geneigten Arzt Peucer zusammengestellt und von Melanchthon noch kurz vor seinem Heimgang mit einer Vorrede begleitet, bietet die Variata und außerdem eine Reihe melanchthonischer Schriften (so seine loci von 1543, sein Examen ordinandorum, seine Antwort auf die bayerischen Inquisitionsartikel, seine refutatio Serveti), dagegen keine von Luther. Man kann nicht zur Entschuldigung geltend machen, als ob man auf sein anderes corpus hätte hinweisen können; denn es waren bereits in rascher Folge ein paar weitere erschienen, darunter seit drei Jahren (1567) in der Nachbarprovinz Preußen das sog. Prutonicum, das neben einer von dem aus dem Osiandrischen Streite bekannten Königsberger Domprediger Mörlin und Chemnitz verfaßten „rechten, allgemeinen, christlichen Kirchenlehre“ nur noch die Invariata, Apologie und Schmalkaldischen Artikel aufgenommen hat. Es will mir bedünken, als ob diese Doppelströmung auf Meinungsverschiedenheit zwischen dem wacker lutherisch gesinnten Herzog und seinem Hofprediger zurückzuführen sei, der in seiner empfänglichen Jugendzeit zu den Füßen Melanchthons in Wittenberg gesessen und in diesem „Schwanengesang“ seines Meisters den treuen Wiederhall der eigenen Gesinnung und Lehrbildung gefunden.

Auch weiterhin macht sich ein Schwanen, eine Zwiespältigkeit bemerkbar, welche dem Gewissenhaften ein Verhalten nach dem Wortlaut der Verfassung schwer und bedenklich machen mußte. Denn unvermittelt neben der durch Berufung auf die „Wittenberger Sammlung“ befundeten milden, melanchthonischen Gesinnung steht die neunte Frage, welche der Superintendent bei der Visitation an den Pastor zu stellen hat, eine Frage, welche durch die Nebeneinanderstellung ihrer zahlreichen Punkte mehr wie ein Interesse weckt: „ob unter den Zuhörern Corruptelen, falsche Lehr, Selten, Kotten, Ketzerei und Zwiespaltung als der Wiedertäufer, Enthusiasten, Calvinisten und Sakramentschänder, item ob Verstockte, Ungläubige, Abgöttische, Zauberer, Gottesverächter, Gotteslästerer und dergl. vorhanden oder aus anderen Orten mit einschleichen, sonderlich ob auch die Undeutschen in Büschen und Wäldern, bei den Höfen und Feldern, in den Kapellen nach alter, teuflischer Gewohnheit mit Abgötterei, Zauberei, Hexenwerk und Götzendienst befaßt sind“. In merkwürdiger Gesellschaft doch be-

finden sich die hier namentlich aufgeführten Calvinisten, deren Name jedoch wieder verschwindet und anderen Bezeichnungen Platz macht, wo es sich darum handelt, was mit den Kotten und Schwärmern, die man vorgefunden, anzustellen sei. „Die Wiedertäufer, Pelagianer und Sakramentierer wollen wir in den Kirchen nicht wissen, viel weniger unterhalten. So derselben eglische hereiner schleichen oder sich bloß geben wollten, den sollen sich die Unseren widersetzen, sie vermelden und namkundig machen, daß sich die einfältigen Christen nicht allein vor ihnen hüten, sondern man ihrer auch müßig gehen möge und wenn sie irrig befunden, von dannen schaffen könne.“

Noch trägt diese so geordnete Kirche, so wenig wie in dem Privilegium Sigismundi, den unterscheidenden Namen nach dem deutschen Reformator, ein wie treuer, entschiedener Anhänger und Verehrer desselben und seiner Lehre auch der Herzog bis an sein Ende gewesen. Die fürstliche Privatanschauung macht wohl Versuche; es will aber nicht völlig gelingen, sie in der Kirchenordnung dem Lande als Glaubensnorm aufzudrängen. Die harten, unduldsamen Zeiten eines Territorialismus, wie er sich in der schwedischen Kirchenordnung ein Jahrhundert später einen so scharfen, unumwundenen Ausdruck verschafft, sind für das kleine Herzogtum noch nicht angebrochen; die Fürstengewalt hat sich noch nicht zu der ausschließlichen Stellung emporgearbeitet, wie sie im Zeitalter Ludwig XIV. und durch diesen glänzenden König zur Geltung gelangte. Bei der eigenmächtigen Stellung, welche der furländische Adel dem Herzog gegenüber einnahm, den er, weil aus seiner Mitte hervorgegangen, als seinesgleichen ansah, würde eine solche Geltendmachung mit ganz besonderen Hindernissen zu kämpfen gehabt haben.

Als gefügigeren Stoff scheint der Herzog die Geistlichkeit angesehen zu haben; denn er forderte von ihr in der Folge, wozu die Kirchenordnung die Vollmacht nicht erteilte. Als er 1582 eine neue Kirchenvisitation anordnete, schärfte er den bestellten „Reformatoren“ ein, darauf mit allem Fleiß zu achten, daß jeder mann bei Vermeidung höchster und ernstester Strafen an der „reinen Augsburgerischen Konfession“ festhalte und ließ, während vor zwölf Jahren die Kirchenordnung ihm von sämtlichen Predigern

als Zeichen ihrer Gutheißung zur Bestätigung überreicht worden war, jetzt eigenmächtig aus herzoglicher Machtvollkommenheit von sämtlichen Predigern des Landes die schriftliche Zustimmung zu den „zehn Artikeln vom heiligen und hochwürdigen Sakrament“ des Selneder einfordern und zwar bei Strafe der Vertreibung aus dem Fürstentum im Weigerungsfall^{*)}. Und doch liegen diese Artikel von der in der Kirchenordnung aufgenommenen Symbolsammlung so fernab, und nun sollte Landesvertreibung den armen Prediger treffen, der nicht gleiche Fertigkeit in theologischen Schwenkungen befandete, wie der bei den verschiedenen Richtungen anrühmig gewordene Leipziger Professor, den die Reformirten „Lutheräfflein“, die Lutheraner „Schelmleder und Seelnestator“, die Melancthonianer aber „Judas alter insuspensus“ schalten^{**}). Der alternde Herzog war mit den Jahren in engere Bahnen eingelenkt. Schmerzlich empfand er es, daß die Verfasser der Konfessionsformel, deren Kurzsichtigkeit nicht bis nach Kurland gereicht, ihn übersehen und ihr mühsam zustande gebrachtes Nachwerk ihm nicht nun auch zur Unterschrift vorgestellt; doch unterließ er nicht, die Prediger seines Landes aufzufordern, der in dieser Formel vorgetragenen Lehre getreulich anhängen zu wollen.

In die Kirchenordnung freilich drang dies Verlangen und jenes harte Ansinnen des Herzogs nicht ein und fand keine nachträgliche Aufnahme. Sie bot weitherzig Raum, daß ohne Verletzung ihrer Grundsätze zu einer Zeit, wo auf schwedischem Gebiete und in dem benachbarten Riga einem zufällig im Lande verstorbenen Reformirten nach dem Kirchengesetz nicht einmal ein ehrliches Be-

^{*)} Die damals lebenden Pastoren haben die geforderte Unterschrift nicht verweigert; in ihrer Antwort sagen sie: decem praeterea articulis, quos cum institutione Christi congruere et etiam Momo satisfacere luce meridiana clarius est, cum periculo vitae et fortunarum una cum Augustana confessione subscribere eosque usque ad extremum vitae spiritum confiteri, defendere ac retineri unanimi consensu decrevimus. (Vgl. die wertvollen Altensstücke in „Wahrhaftiger Bericht, wie es in Religionsachen in Ehurland gehalten worden ist gestellt durch Salomonem Penningum. Rostock 1589).

^{**}) Die Belege für diese Blumenlese von Beinamen bietet Frank in seiner Geschichte der protestantischen Theologie (Leipzig 1862) I, 221.

gräbnis gegönnt ward, dicht nebenan in Mitau und sogar im dortigen herzoglichen Schlosse allsonntäglich reformirter Gottesdienst gehalten werden konnte, an dem teilnehmen durfte, wer wollte. Denn die beiden Herzöge Jakob (1641—81) und sein Sohn Friedrich Casimir (1681—98) waren mit reformirten Prinzessinnen verheiratet und diese nicht im geringsten gewillt, ihre Überzeugung im Ehestand zu wechseln *).

Auf einen anderen Zug dieser Kirchenordnung sei hingewiesen als Beleg, daß sie in der Lehre Raum für eine mildere Anschauung besaß. Der Zug zeigt, daß man noch nicht mit irrigen, aus der römischen Kirche herübergenommenen Ausgangspunkten völlig gebrochen, aber doch auch nicht herzhast genug ist oder sein will, ihnen in unerbittlicher Folgerichtigkeit bis ans Ende anzuhängen. Aus Luthers „tauff buchlin“ von 1523 ist die Teufelaustreibung und die darauffolgende Lossagung von ihm (exorcismus und abrenuntiatio), aber mit Weglassung der Stellen, welche Luther selbst bei späterer Durchsicht gestrichen, beibehalten; mit einer Begründung freilich, die nicht aus dem Evangelium, sondern aus der Verbindlichkeit der übernommenen Kirchenlehre geschöpft ist (baptista orditur actionem baptismi ab exorcismo in catechismo praescriptam et propter consensum nostrarum ecclesiarum etiam subscriptam). Aber nur für lebenskräftig und gesund geborne Kinder; schwache, einer Nothtaufe bedürftige Täuflinge sind ihr enthoben. Bei einer nachfolgenden Bestätigung derselben wird dem Prediger eingeschärft: „solches Kind soll man nur nicht exorcieren, auf daß wir nicht den heiligen Geist (der gewißlich bei dem getauften Kinde ist) böjen Geist heißen.“ Bei einem ungetauft verstorbenen Kinde ist nun schon nicht mehr die Rede davon, als ob es von dem Teufel bis zum Vollzug der Taufe besessen wäre. Diese ganze Anschauung ist preisgegeben und vergessen; dafür wird der Prediger angehalten, den gebeugten Eltern, die vielleicht nicht

*) Reformirter Hosprediger in Mitau war ein paar Jahre hindurch (1690—1692) Pastor Konrad Mel aus Kurhessen, berühmt als noch einsamer Erstling unter den evangelischen Geistlichen, welcher mit weitem, frommem Blicke das Interesse und die Pflicht der Heidenmission wach zu rufen suchte. (Vgl. Bial, Dr. theol. Mel. Hersfeld 1864).

so rasch die bei ihren gesunden Kindern gelehrt teuflische Beseffenheit der Ungetauften vergessen könnten, zum Troste die biblische Anschauung vorzuhalten, daß Kinder von ihrem allerersten Anfang an, noch ehe sie das Licht der Welt erblickt, Gottes Gaben sind, und Gott aus väterlicher Liebe, Fürsorge und Barmherzigkeit sein angefangen Werk sich werden lassen befohlen sein. Diese beherzigenswerten Winke der Kirchenordnung boten gar bald schon dem Superintendenten Haffstein die Handhabe der Berechtigung bei den Kindern des Herzog Jakob, dessen reformirte Gemahlin von der Notwendigkeit solcher Teufelaustreibung bei der Kindertaufe in ihrer Bibel nichts gefunden, den Exorcismus, wenn auch im starken Widerspruch vieler turländischer Geistlichen, fallen zu lassen *).

An der Spitze der Geistlichkeit und mit der Aufsicht über das ganze Kirchenwesen betraut steht der von dem Herzog ernannte Superintendent, eine in alle kirchlichen, aber auch viele bürgerliche Verhältnisse bedeutend eingreifende Persönlichkeit. Er prüft, weiht und führt ein die von dem Herzog oder den Kirchenpatronen berufenen Geistlichen; er hält jährliche Visitationen, die sich auf Prediger, Schullehrer, Kirchenvorsteher, Gemeinde und auf die Deputaten und zum Gottesdienst verordneten geistlichen Güter erstrecken. Genau sind dabei die Punkte aufgestellt, auf welche sich die Untersuchung und Nachfrage zu richten hat; des Sarcerius Werk von der Visitation soll ihm dabei zur Richtschnur dienen. Beizumohnen haben der Visitation des Superintendenten ein herzoglicher Rat, der Haupt- und Amtmann des Gebietes und zwei benachbarte Prediger. Solange das von der Kirchenordnung ins Auge gefaßte, aber wegen der Bedrängnis und Kriegsläufe derzeit noch nicht ins Leben getretene Konsistorium noch aussteht, fallen auch dessen weit ausgedehnte Arbeiten dem Superintendenten und seinen Mitreformatoren zu.

Noch zu Herzog Gotthards Lebzeiten trat das sorgfältig geplante Konsistorium ins Dasein. Vorsitzender desselben war der jeweilige Kanzler, sein Stellvertreter der Superintendent; neben

*) Richter a. a. O. II, 3. S. 81.

diesen beiden Männern an der Spitze gehörten zu dem Konsistorium noch je vier Geistliche und herzogliche Räte. Ganz erstaunlich ist, was demselben als ihm zuständig zugewiesen ward. Nicht nur, was auch heutzutage einem Konsistorium untersteht; auch ein großer Teil dessen, was gegenwärtig der Polizei und dem Friedensrichter zur richterlichen Entscheidung zukommt, wurde dieser geistlichen Behörde übertragen. Räuber und Wucherer, Verbrecher, die mit falschem Maß und Gewicht, mit Verschiebung der Feldmarken, mit Siegel- und Urkundenfälschung u. s. w. umgingen, hatten sich vor dem Konsistorium zu verantworten und empfangen da Urteil und Strafe, welche die weltliche Behörde dann auszurichten verpflichtet war.

Großes wurde von den Predigern gefordert. Sie standen unter der sorgfältigen Aufsicht ihres Superintendenten, der sie bis in ihre Studien ununterbrochen im Auge hatte. Sie hatten jährlich in ihrem Pfarrbezirk bei sämtlichen Familien eingehende Visitation zu halten und auch da war ihnen genau vorgeschrieben, worauf alles sie ein scharf prüfendes Auge richten mußten. Niemand in der Gemeinde, weder Deutscher noch Undeutscher, weder Hoher noch Niedriger, durfte sich der Visitation entziehen und waren die Amtleute verpflichtet, für die Ausführung etwaiger Anordnungen Sorge zu tragen. Von großer pastoraler Weisheit, von treuer Seelsorge legen die angegebenen Punkte der Visitation Zeugnis ab; mit entsprechender Treue und Weisheit ausgeführt kann sie nur zum reichen Segen der Kirche dienen. Von Predigersynoden ist in der hurländischen Kirchenordnung keine Rede; dagegen taucht, wenn auch nur in der Ferne und als eine Möglichkeit, deren Verwirklichung der zaghafte Ausdruck kaum selber glaubt, der Gedanke einer Synode auf, an welcher die Pastore „mit samt den anderen Kirchendienern“ (wohl die Kirchenvorsteher) teilzunehmen haben. „Es seind sonderliche, ehaffte (?) und hochwichtige Ursachen, sonderliche Synoden oder conventus unterzeiten zu verschreiben.“ Nähere Angaben über solche außerordentliche Versammlungen fehlen.

Sehr zu kurz kommt leider in der Kirchenordnung die Gemeinde, die Pfarrleute, wie der Ausdruck bezeichnend ein paar Mal lautet. Alle die gemachten Veranstaltungen, alle Predigten und Gottes-

dienste sind ja ihnen zugute, gewiß; die Kirchenreformation hält ihnen auch einen vorzüglichen, blank geschliffenen, heute noch dringend wünschenswerten *speculum vitae christianae*, d. i. der getauften und gläubigen Christen Schau Spiegel und Haus tafel unter die Augen und hat die strenge Zucht und Ordnung sicherlich, zumal unter den an ihren alten, heidnischen Bräuchen noch festhängenden Letten heilsam gewirkt. Aber damit ist doch Wesen und Aufgabe einer evangelischen Gemeinde wahrlich nicht erschöpft. Wir sehen nur, was die Kirche in ihren Pastoren an ihr thut; aber nicht, wozu sie in selbständigem Thun berufen ist und in rechtlicher Mitarbeit herangezogen werden soll. Das Amt von Kirchenvormündern und Vorstehern der Schulen und Hospitäler, und somit eine Betthätigung von Gemeindegliedern ist ja vorhanden. Es ist aber nicht ersichtlich, daß die Gemeinde selbst diese ihre Vertreter wählt, aller Wahrscheinlichkeit nach werden sie vom Superintendenten, vielleicht auf Vorschlag des Pastors zu dem Dienste bestimmt, und zwar nur Adelige oder „andere bei den Kirchen nahe geseffenen, die dazu tüchtig und genügsam erkannt sind.“ Sie haben das Außere des Kirchenwesens, den Bestand der Kirche, Einnahme und Ausgabe u. s. w. zu besorgen; auch dieses nicht allein, sondern zusammen mit den herzoglichen Haupt- und Amtleuten.

Die Kirchenzucht ist noch in voller und dem Evangelium entsprechender Ausübung. Das neunzehnte Kapitel der Kirchenordnung, das vom Bann, öffentlicher Buße und Kirchenstrafe handelt, zeigt in so ernster, tiefer und schöner Weise das Wesen des Schlüsselamtes nach der heiligen Schrift, als ob dem Superintendent Einhorn die acht Jahre früher veröffentlichte Ausführung des Heidelberger Katechismus als Vorlage gedient oder ihm die mustergültige, von Johannes a Lasco etwa zwanzig Jahre früher für die Fremdlingsgemeinde in London aufgestellte Ordnung bekannt gewesen wäre; nur daß im Unterschiede mit diesen beiden Darstellungen der heilige, ernste Dienst nicht auf geistliches Gebiet beschränkt, sondern in unevangelischer Weise auch die weltliche Obrigkeit bei der Ausübung herangezogen wird. Es wird nämlich angeordnet, daß wenn ein „Verbannter tröghlich seinen Auschluss aus der Gemeinde verachtet, soll es der Obrigkeit jedes Ortes

vermeldet werden, den Übelthäter in peinliches Gefängnis und Strafe anderen zum Beispiel und Abscheu zu nehmen.“

Inbetreff der Liturgie und kirchlichen Ceremonieen atmet die Kirchenordnung noch ganz den schönen, freien Geist, wie er uns aus der Vorrede Brießmanns zu seiner Rigaer Kirchendienstordnung so erquickend entgegenbringt. In Riga selbst war man in jenen Tagen bereits ängstlich geworden und in engherzigere Bahnen eingelenkt. Schon die Ausgabe von 1548 bietet eine mannigfaltigere liturgische Ausgestaltung nach römischer Weise. Lateinische Lieder schleichen wieder ein; 1559 beschwören die Rigaer Pastore, fernerhin nur ja nichts mehr an der Ordnung zu ändern. Dem gegenüber schlägt die Aurländische Ordnung den alten Ton der ersten Reformationstage wieder an. „Die Ceremonieen sind äußerliche Werke in der gemeinen Versammlung der christlichen Kirche nach Notdurft oder Gelegenheit der Personen und Örter vermöge unserer christlichen Freiheit von gottseligen, frommen Christen vorgestellt, einträchtiglich beliebt, christlich bewilliget und einhelliglich angenommen, auf daß es alles ordentlich und zur Besserung in der christlichen Gemeinde zugehen möchte. Sie sind deswegen *voluti adiaphora* ganz unnötig zur Seligkeit, können und mögen unterzeiten in *casu necessitatis et dilectionis* in sonderlichen Fällen der dringenden Not und christlicher Liebe unterlassen, oder wo sie nicht zur Erbauung der Kirchen Gottes dienstlich und, wie leider vielmals geschieht, in einen abgöttischen Mißbrauch geraten, wo nicht geändert, gänzlich abgethan werden.“

Wie das politische Los Aurlands viel günstiger sich gestaltete als das des benachbarten Livland, das ein paarmal seinen Herrn wechselte und jeden Wandel mit Krieg und Verwüstung von Land und Leuten bitter zu zahlen hatte, so gewann es auch durch diese frühzeitige, feste und gesicherte Ordnung in kirchlicher Beziehung einen bedeutenden und gesegneten Vorsprung über die Schwesterprovinz, mit der sie so lange Freud' und Leid geteilt. Ein Vergleich zwischen den beiden Kirchenordnungen drängt sich auf. Sie tragen beide lutherisches Gepräge; hier sehen wir in leisen, zum Teil noch schwankenden Umrissen die Anfänge, welche ein Jahrhundert später fest umrissen in voller, klarer Ausgestaltung vor

uns stehen. Der Herzog versucht, was der schwedische König mit kühner Hand durchsetzt. Ob ein solches Ziel absoluter Macht auch in der Kirche, wie sie Karl XI. an sich gerissen und furchtlos ausgeübt, Gotthard Kettler vorgeschwebt, ist fraglich; aber der von ihm in der gebotenen Kirchenverfassung betretene Weg läßt, unerschrocken und folgerichtig durchschritten, einen solchen Ausgang erreichen; es bedarf dabei keines Einlenkens, keiner Umkehr. Das Regiment in der Kirche ruht in dem Geistlichen, endgültig in dem Regenten als oberstem Bischöfe; es wird ausgeübt an der Gemeinde, die ihm willigen Gehorsam zu leisten schuldig ist. Daß die Gemeinde in ihrer geordneten Vertretung durch ihre Ältesten oder Presbyter ebenfalls zur thätigen Leitung der Kirche berufen sei, von diesem evangelischen Rechte sehen wir keine Anwendung, weder hier noch dort.

Ein großer Vorzug vor dem livländischen Kirchengesetz eignet dem lurländischen. Dasselbe ist auf heimischem Boden erwachsen und schmiegt und paßt sich in vorzüglicher Weise vorgefundenen Verhältnissen an. Die vorhandenen Bedürfnisse und Notstände beeinflussen die Ausgestaltung im einzelnen, in der sie ihre Befriedigung finden. Die Kirchenordnung fußt auf nationaler Unterlage und ist selbst dadurch — ein großer Gewinn und Segen — national. National ist ja nun auch das schwedische Kirchengesetz und zwar in hohem Grade; aber nicht für Livland, das in seinen örtlichen Verhältnissen nicht das günstige Gegengewicht für einzelne Härten und Schroffheiten des Geistes bietet. Wo in Schweden uralte Lebensgewohnheiten in Staat und Kirche manchen rauhen Ton des Kirchengesetzes dämpfen, indem sie ihn im verwandten Inneren des Volksgemüthes und seiner Sitte nachklingen lassen, fehlt dem Livländer der verwandte Zug; andersgeartet büßt er somit den schwerwiegenden Vorteil ein. Die ganze Verfassung spitzt sich zu auf den lutherischen König von Schweden; aber wie bedenklich, wenn diese Spitze abgebrochen wird!

Beide Kirchenordnungen bezeugen, daß ihre Verfasser in frommer, treuer Liebe zu ihrer lutherischen Kirche gestanden. Das wissen wir auch von den beiden fürstlichen Auftraggebern. Herzog Gotthard und König Karl waren überzeugt, eine heilige Regentenpflicht auszuüben, ein Gott wohlgefälliges Werk zu thun. In der

äußeren Form und Sprache springt ein Unterschied alsbald in die Augen. Die lurländische Ordnung ringt noch, des umfangreichen, neuen Stoffes Herr zu werden; die Behandlung der einzelnen Teile ist ungleich, der Aufbau des Ganzen nicht klar und durchsichtig. Es geht ein herzlicher, erbaulicher Ton durch die Ordnung; er hört sich oft wie eine Predigt an; gesalbt, aber auch weitschweifig. Das schwedische Kirchengesetz schlug in seinem ersten Entwurf den gleichen Ton an. Aber dann haben sich, wie wir bereits gehört, die geschulten Rechtsgelehrten und Staatsmänner darüber hergemacht; infolge ihrer Überarbeitung verlautet nur noch die reine Geschäftssprache. Unter solchen geübten Händen gewann die Form wesentlich. Sie ist klarer, abgerundeter, sachentsprechender. Man merkt, diese Männer, wenn sie vielleicht auch nicht das gleich warme Herz haben, so beherrschen sie das ganze, einschlägige Gebiet als kirchenrechtlich gebildete Fachleute..

Trotz mancher beanstandeten Mängel, trotz der bedauerlichen Fernhaltung jedes presbyterialen Elementes, ohne welches nach unserer Überzeugung einer evangelischen Kirchenverfassung ein wesentliches Moment fehlt, rühmen wir diese lurländische Ordnung als eine hervorragende Leistung auf dem Gebiete der Kirchenverfassung, von der reicher Segen auf das Gottesländchen in langen Jahren ausgegangen ist, zumal da und dann, wo und so oft immer sie von treuen, frommen Pflegern in geistbelebter Ausübung stand.

So klein auch das Ländchen, erfreute sich doch nicht das ganze heutige Rurland des gleichen Kirchenregiments. Der Kreis Bitten war bischöfliches Stiftsgut, losgelöst von der Ordensprovinz, dem jeweiligen Bischof von Rurland zu eigen. Der zuletzt den bischöflichen Stuhl einnahm, Johann v. Münnichhausen, hat widerrechtlich den Besitz, zu welchem auch die Insel Diel gehörte, an den Dänenkönig für 30 000 Thaler, wie bereits erwähnt, verkauft und war mit dem Erlös nach Deutschland zurückgekehrt, dort zu heiraten. Auch ein Zeichen des kläglichen, morschen Zusammenbruchs der römischen Kirche in den Ostseeprovinzen. Nur noch

der Bischof und sein Besitz war übrig geblieben; der gesamte Adel, sämtliche ansässigen Gutsbesitzer des Stiftes hatten sich von solch' einer verfallenden Kirche losgesagt und waren mit vollen Segeln in das Fahrwasser der Reformation gesteuert; mit ihnen die Un-
deutschen, die gewohnt waren ihren Herrn zu folgen. König Friedrich II. von Dänemark hatte den Kauffchilling für das losgeschlagene bischöfliche Stift bezahlt; es sollte seinem Bruder, dem Herzog Magnus, dessen Ehrgeiz Regent zu sein begehrte, das dazu nötige Land bieten. Die Abmachung war aber so getroffen, daß nach dem Tode dieses ersten und einzigen Herzogs das Stift mit dem Ordensgebiet vereinigt und dadurch dem Herzog Gotthard überwiesen werden sollte. Es kam anders. In dem nach dem Tode von Herzog Magnus abgeschlossenen Kronenburgschen Traktat von 1583 ward eine „Transaktion“ getroffen, kraft welcher der König von Polen das Stift für den ursprünglichen Preis von dem Dänenkönig zurückkaufte und dem Markgrafen Georg Friedrich von Preußen als Unterpfand für die dargeliebene Kauffsumme verpfandte. Noch mancherlei Wandel hatte das unworbene, erfeilschte Ländchen zu bestehen; von einer Hand ging es in die andere. Der Friede von Oliva (1660) sprach Biltens dem Herzog von Rurland zu; Herzog Friedrich Kasimir schloß mit den Ständen des Biltenschen Kreises einen Unionsvertrag, welchen der König von Polen bestätigte. Nur bis 1712 blieb dieser Vertrag in Kraft; unkluges Verhalten des Herzogs Ferdinand, des letzten Erben des Kettlerschen Hauses, veranlaßte die Landschaft, sich unter unmittelbare polnische Oberherrschaft zu stellen, in welchem Verbande sie bis zur Einverleibung in Rußland blieb.

Der Biltensche Kreis war bei dem Übergang in den Besitz des Herzogs Magnus in all' seinen Teilen protestantisch; die in dem Privileg des Königs Sigismund zugesicherte Religionsfreiheit kam auch ihm zu. Herzog Magnus war anderer Art, als sein Nachbar im Ordensgebiet. Während dieser, einmal in den Besitz des Herzogtums gelangt, all' seine tüchtige Kraft, all' seine nicht geringe, administrative Begabung daran setzte, auf kirchlichem und staatlichem Gebiete sein Land zu ordnen und zu heben, bildete für die hochfahrenden, ehrgeizigen Pläne des Herzog Magnus der Erwerb von Biltens und Djel nur die Vorbedingung und bequeme

Stufe, zu höherer Macht emporzusteigen. Mit solchen weittragenden, weltlichen Plänen blieb ihm nicht Zeit noch Lust, der Kirchenverfassung seines Ländchens besondere Fürsorge zuzuwenden. Er ließ da den Dingen ihren Lauf und in patriarchalischer Weise nahmen sie auch ihren ruhigen Verlauf. Es war ein bescheidenes Kirchenwesen; ich zähle zu jener Zeit sieben Pastorate, einige darunter mit drei bis vier Filialen, die ab und zu auch einmal eigene Pastore besaßen. Herzog Magnus ordnete auch nach dem Vorgange des Nachbars einen unter den wenigen Pastoren zum Superintendenten; aber es scheint bei dem bloßen Namen geblieben, besondere Obliegenheiten ihm nicht überwiesen worden zu sein. Oder war es der Ritterschaft nicht genehm, wenn ein fremder Pastor Einblide in seine Patronatspfarre gewänne, vielleicht gar Unordnungen träge, und teilten die Pastore solche auf dem Gefühl der Selbständigkeit ruhenden Anschauungen ihrer Gutsheerrn?

Allmählich machten sich aber die Mißstände solch' losen Verbandes bemerklicher. Mündliche und schriftliche Klagen liefen bei den Landräten über die einreißenden Unordnungen im Kirchenwesen ein, für deren Abstellung man um Gründung eines Konsistoriums, um Visitationen, um Anstellung eines Superintendenten bat. Die Bitten fanden geneigtes Ohr bei denen, in deren Händen die Verwaltung des Landes lag. Es waren sechs aus der Ritterschaft und von ihr gewählte Landräte, an ihrer Spitze der Vorsitzende als Kanzler und ihnen mit Sitz und Stimme zugeordnet der Landesnotar, die im Namen des Königs von Polen die Regierungsgeschäfte, laum irgendwie behelligt, führten. Zusammen mit dem Adel des Kreises erließen sie 1622 eine „Geistliche Jurisdiction im Königlichem Kreise Wilten“ *). Es steht wohl in der Verfassungsgeschichte der evangelischen Kirche zum Glück sehr vereinzelt der Fall da, daß eine Anzahl Adelliger ohne jede Zuziehung von Geistlichen, ohne jeden Beirat der Gemeinden einer Kirche selbstständig und eigenmächtig Gesetze erteilt, die tief selbst in die Lehre

*) Ich benutze den Abdruck aus dem Jahre 1743, mit dem wörtlich übereinstimmt die von Tetsch in seiner *Kurländischen Kirchengeschichte* (Königsberg 1768) II, 26 gebotene Wiedergabe.

eingreifen. Ihr Recht dazu haben diese Landräte in kühner Folgerung aus der „Kronenburgischen Transaktion“ geschöpft, „als in welcher uns die Freiheit der Augsburgerischen Konfession und also auch konsequenter die Kirchendisziplin, welche uns dieses jus zu Händen giebt, mit transigieret und zugewandt ist.“ Und sie halten streng an diesem Rechte und beschließen, daß die zwölf Punkte dieser Jurisdiction als Grundgesetz der Piltenschen Kirche fortan auf allen Landtagen „proponieret“ und der Landschaft „kommendieret“ werden. Wie die Landräte, die Ritter- und Landschaft die treue Haltung geloben, so bitten auch die unterschriebenen 21 Barone ihre Nachkommen, auch sämtliche Eingeseßene von Adel und Hausleuten um Gottes Ehre willen, „daß sie diesem allen und zu allen Zeiten gehorsamlich nachleben, darinnen nichts, ohne was zur Besserung dient, ändern, sondern auf Glück und Segen, auf Gedeihen und Verderben unverbrüchlich halten.“

Diese Gesetze sind denn auch in ihren Hauptzügen länger wie zwei Jahrhunderte in Kraft und Übung geblieben. Als Bekenntnis der Kirche stellen sie die Lehre der prophetischen und apostolischen Schriften, der drei ökumenischen Symbole und der Augustana auf, „die 1530 Carolo Quinto übergeben wurde.“ Ein welch' bescheidenes und auch mildes Maß gegenüber der Fülle von Bekenntnissen drüben in Rurland! Ein Landeskonsistorium wird eingesetzt. Als Mitglieder desselben bestimmt die Ritterschaft den Kanzler als Vorsitzenden, ferner den Landesnotar, den Kirchenvisitator*), dem aus ihrer Mitte gewählt die Verwaltung und Aufsicht des Kirchenwesens anvertraut war, und ein weiteres Mitglied aus der Ritter- und Landschaft, dazu dann den „Superintendenten“ mit drei Geistlichen und die beiden Bürgermeister von Hasenpoth und Piltten. Einmal im Jahre, Ende August, versammeln sich die Konsistorialen im Kloster zu Hasenpoth zur Gerichtsung; nur in dringenden außerordentlichen Fällen auch sonst, dann aber auf Kosten der Perten. Nicht nur die gewöhnlichen Konsistorialfachen unterstehen diesem Gerichte, sondern ähnlich wie

*) Es konnte geschehen und geschah auch, daß die beiden Ämter eines Landesnotar und Kirchenvisitators von einer Person bekleidet wurden, wie z. B. 1741, wo Wilhelm von den Brinken beides zugleich war.

in Rurland auch die publica scandala. Eine Berufung von dem Urteil des Konsistoriums giebt es nicht.

An die Spitze der Geistlichkeit wird durch diese Transaktion ein Superintendent gestellt. Besonders liegt ihm in Gemeinschaft mit dem Kirchenvisitator die Abhaltung einer jährlichen Predigersynode zwischen Pfingsten und Johannis ob, an der alle Prediger auf Kosten der „Kirchenlade“ teilzunehmen verpflichtet sind. Er hat die von den Patronats Herrn gewählten Prediger mit Hilfe der geistlichen Konsistorialen zu prüfen, zu ordinieren und ins Amt nach der lurländischen Kirchenordnung einzuführen. Streitigkeiten der Geistlichen untereinander oder mit den Gemeinden sucht der Superintendent zunächst persönlich beizulegen; gelingt es ihm nicht, dann mit Hinzuziehung des Kirchenvisitators, ist auch dessen Hilfe vergeblich, so gelangt die Streitsache vor das Konsistorium, jedoch mit der Aussicht auf besonders scharfe Bestrafung des Schuldigen. Wegen dringenden Verlangens wird von der Landschaft eine allgemeine Kirchenvisitation zugestanden, binnen Jahresfrist zu vollenden und alle fünf Jahre zu wiederholen. Auf die Privatkapellen in den Schlössern des Adels erstreckt sich diese Visitation nur auf Verlangen des Schlossherren. Ständige Visitatoren sind der Kirchenvisitator und des betr. Kirchspiels Landrat, außerdem der Superintendent und ein von ihm dazu berufener Prediger. Die übrigen Punkte der Transaktion beziehen sich auf Pfarrgehälter, Gemeindezugehörigkeit, Pastorenwitwen-Versorgung u. s. w.

Die Ritter- und Landschaft ging unmittelbar zur Ausführung dieser von ihr aufgestellten Jurisdiction. Zum Superintendenten wurde der Pastor zu Haienpoth und Zierau, Mag. Bernhard Harder, von Geburt ein Hamburger, gewählt und beauftragt, auf Grund dieser Grundgesetze eine Kirchenordnung auszuarbeiten. 1625 hatte der Superintendent die Arbeit vollendet; sie gelangte aber nicht in den Druck, ward auch nicht bestätigt. Es macht den Eindruck, als ob der bei Aufstellung der Jurisdiction kundgegebene kirchliche Eifer der Ritterschaft erschöpft gewesen; man ließ die Sachen wieder gehen. Nur handschriftlich war in den einzelnen Pastoraten die Hardersche Ordnung vorhanden, die Geistlichen

hielten sich daran, solange es ihnen beliebte; einzelne unter ihnen zogen es vor, sich nach der lurländischen Agende zu richten. So riß denn wieder Ungleichheit, nicht lange darauf Unordnung im Gottesdienst und in den kirchlichen Gebräuchen ein, allmählich in so auffälliger Weise, daß es namentlich den Undeutschen zur Verwirrung ward und sie nicht mehr wußten, was Rechtens sei. Trotzdem währte bei den herrschenden, patriarchalischen Verhältnissen und der stark ausgeprägten Unlust der Patronatsherren, sich in ihre Kirchen, nach ihrer Meinung in ihr Eigentum dreinreden zu lassen, der unerquickliche Zustand ein ganzes Jahrhundert.

Aber doch auch nicht länger; auch den Sorglosesten erschien er unhaltbar. Auf dem Landtage von 1721 beschloß die Ritter- und Landschaft zur Abstellung der herrschenden Unordnung eine Durchsicht der Harderschen Kirchenordnung zu veranlassen und sie dann, bestätigt und im Drucke veröffentlicht, als allgemeine Richtschnur unter Androhung der Amtsentziehung im Weigerungsfalle einzuführen. Man hatte es in dem geruhigen, behaglichen Ländchen mit derartigen Beschlüssen nicht allzu eilig. Der Landtag von 1729 drängt auf die Inangriffnahme des Auftrages. Der Landtag von 1735 geht bedächtig einen Schritt weiter. Er erwählt den Pastor zu Neuhausen, Christian Wölffer, zum Superintendenten und übergiebt ihm die Vorarbeit, den Beschluß von 1721 und 1729 in Ausführung zu bringen. Aber auch das nimmt lange Zeit in Anspruch. Wölffer beschränkt sich darauf, die sehr weitläufige Hardersche Arbeit auf die Hälfte zusammenzuziehen, ein Kapitel über Kirchenzucht, über Amtsführung der Prediger und über die Lokalvisitationen des Superintendenten hinzuzufügen. Er nennt sein Werk „billig ein Werk des seligen Herrn Harderi“, so ängstlich-sorgfältig ist er in den Geleisen des Vorgängers geblieben. In der Konsistorialsitzung am gewohnten Tage des 29. Augusts 1740 wurde die Arbeit zur Begutachtung vorgelegt und einstimmig als ein immerwährendes Gesetz für die Prediger bei Strafe der Amtsentsetzung angenommen, auch die Drucklegung beschlossen.

Es schien ein Verhängnis über dieser Ordnung zu walten: nun war sie nach zwanzig Jahren der Vorbereitung doch noch zu rasch in den Druck gelangt. Auf dem unendlich weitläufigen Titel der Ausgabe von 1741 steht als Druckbeförderer der Kirchenvisi-

tator Wilhelm v. den Brinken, die ebenso weitschweifige Widmung, die in einem einzigen, entseßlichen Satzgefüge atemlos durch vier Quartseiten hindurchläuft, ist von ihm und dem Superintendenten unterzeichnet, die lange, lange Vorrede an die Geistlichkeit von dem Superintendenten allein. Seine Anrede an die paar Amtsgenossen verschlug nicht; von dem Konsistorium allein wollten sie sich eine derartige, tiefgreifende Ordnung nicht aufzwingen lassen. Sie sei nicht von der Ritter- und Landschaft bestätigt, sie müsse zuvor in einer allgemeinen Synode von den Predigern durchberaten werden. Der Landtag stimmte der Ansicht bei. Die eben durch den Druck ans Licht getretene Agende wurde wieder ins Dunkel zurückgestellt und der Superintendent beauftragt, den noch nicht bestätigten Entwurf mit den Predigern des Landes eingehend zu erörtern. Das war nun wieder ein Schub auf die lange Bank. Erst 1748 trat die zu diesem Behufe einberufene Generalsynode zusammen. Was sie beschloffen, gelangte zur Beurteilung und Bestätigung an die Landesregierung und an die Ritter- und Landschaft, und nachdem die beiden Instanzen schlüssig geworden, konnte endlich 1756 richtig versiegelt und verbrieft die Agende gedruckt und eingeführt werden.

Beide Ausgaben liegen mir vor*). Ein genauer Vergleich zeigt, daß die Prediger auf der Synode von dem ihnen zugestandenem Rechte Gebrauch gemacht und in den Änderungen Zeugnis davon ablegen, daß die Zeitanschauungen, welche um die Mitte des vorigen Jahrhunderts so stark die Kirchenlehre berührten, auch bis in die entlegene Wiltensche Ecke gedrungen und da die Pastoren modernisiert haben. Auch einen anderen kleinen Einblick gewährt der Vergleich, in die ängstliche Sorgsamkeit solcher Duodezländchen damaliger Zeit, nur ja nicht anzustoßen. Die Wölffersche Vorrede hat sich in den zwischenliegenden fünfzehn Jahren kaum verändert,

*) Der so sorgfältige Napier sky in seinem Schriftstellerlexikon (IV, 557) scheint nicht beide Ausgaben vor Augen gehabt zu haben; nur der Titel der Ausgabe von 1741 ist richtig angegeben, der der Ausgabe von 1756 unvollständig und das Verhältniß der beiden Ausgaben zueinander nicht aufgeklärt. Schon aus der Vorrede von 1741 ergibt sich, daß der angeführte Name auf dem Titel nur besagen will, daß der Kirchenvisitator im Auftrag des Konsistoriums das Werk zum Druck besördert.

aus den allerleisesten Andeutungen wird niemand, der sich keine anderen Quellen mühsam zu verschaffen weiß, den eigentlichen Grund dieser verzögerten und allein bestätigten zweiten Ausgabe zu entziffern imstande sein. — Auf einzelne Unterschiede müssen wir aufmerksam machen.

Vollständig aufgenommen, wenn auch entsprechend der Ordnung dieser *Agenda ministrorum ecclesiae evangelicae in districtu Piltinensi* an den verschiedenen, einschlägigen Stellen angebracht ist die „Geistliche Jurisdiction“ von 1622, die als Grundgesetz der Piltinischen Kirche unangetastet feststand. Dadurch ist an einer Stelle eine Ungleichartigkeit eingetreten. Die Jurisdiction hält nur an der Augustana von 1530 fest; die Agende dagegen stellt als erste Frage des Superintendenten an den zu ordinierenden Geistlichen: „ob er nach dem apostolischen Glaubensbekenntnis, auch den Symbolis, dem nicänischen und athanasianischen, nach unserer wahren und ungeänderten, dem Kaiser Carolo V. 1530 übergebenen Augsburgerischen Confession, den Schmalkaldischen Artikeln und dem christlichen Konfordinbuch seine Lehre und Predigten richten wolle u. s. w.“ Wann und durch wen diese gehäuften Symbole in die Piltinische Kirche eingeführt wurden, ist nicht ersichtlich; die gegebene Fassung läßt auf einen milde geübten Symbolzwang schließen. Die Austreibung des Teufels und die Lossage des Täuflings von ihm ist in der Kirchenordnung von 1741 noch uneingeschränkt beibehalten, 1756 dagegen freigegeben und in das Belieben der Eltern des Kindes gestellt, dem sich die Prediger „zu bequemen“ haben; nur bei den „einfältigen Vetter, denen diese Neuerung zum Anstoß gereichen würde“, wird es für das Ratksamste erachtet, den Teufel bei der Taufe ihrer Kinder nach wie vor auszutreiben. Ein halbes Jahrhundert zuvor verargten die lurländischen Pastore ihrem Superintendenten solchen Vorgang, jetzt trugen ihre Piltinischen Amtsbrüder selbst darauf an. In den Zwischenraum von 1741 auf 56 fällt auch die Einführung der allgemeinen Beichte vor dem Abendmahl an Stelle der Privatbeichte und wird der Superintendent beauftragt, eine allgemeine Beicht- und Abolutionsformel auszuarbeiten und den Predigern nebst einer Anweisung über den Vollzug zuzustellen.

Eingreifend war die Änderung, welche die Generalsynode von

1784 für die jährlichen Predigersynoden vorschlug und durchsetzte. Ihr Nutzen wurde wohl anerkannt, aber die Schwierigkeit der Ausführung betont, zumeist wegen der großen Entfernungen, infolge wovon sie ganz aus der Übung gekommen waren. Sie scheinen auch mißliebig geworden zu sein, weil nach der Harderschen Ordnung, die 1741 noch mit ihren achtzehn recht schulmeisterlichen Bestimmungen aufrecht erhalten worden, der freie, gemüthliche Verkehr auf denselben allzu sehr eingeschränkt war. Diese Bestimmungen wurden nun aufgehoben, auch die allgemeinen Synoden mehr in lokale Zusammenkünfte bei dem Superintendenten umgewandelt. Die Generalkirchenvisitation soll nicht mehr alle fünf Jahre statthaben, sondern nur da und dann, wo eine solche verlangt oder durch offenkundige Unordnung nötig wird. Den gleichen Wandel nach dem Geschmack einer anders gewordenen Zeitrichtung erfuhr die Kirchenzucht. Die Agende von 1741 hat noch die alten Bestimmungen beibehalten, nach welchen offenbare Sünden von der Kanzel ohne Namensnennung gebrandmarkt und wenn dies nichts fruchtete, der Übelthäter bei dem Konsistorium angezeigt wurde. Blieb der Sünder auch dem Konsistorium gegenüber verstockt, so bevollmächtigte dasselbe den Pastor zunächst ohne Namensnennung des Verstockten Gott im Kirchengebet um seine Belehrung anzusehen, nach vierzehn Tagen ein zweites Mal mit genauerer Angabe der Sünde und wenn auch dies vergeblich, dann den Sünder öffentlich zu nennen und in den Bann zu thun. Über die Wiederaufnahme eines Reumütigen muß sich der Pastor mit dem Superintendenten und Kirchenvisitator ins Einvernehmen setzen. Diese Art der Kirchenzucht milderte die Generalisynode von 1748 in einer Weise, daß von ihr nicht viel mehr als eine ernstliche Ermahnung des Seelsorgers übrig blieb.

Bei diesen Anordnungen ist es bis zur Einverleibung Kurlands in Rußland geblieben. Man fühlte sich behaglich, zufrieden in den stillen Geleisen, die altväterliche Gewohnheit gezogen, man freute sich über den einen und anderen geringfügigen Unterschied in der Verfassung zwischen dem stiftischen und ordenschen Gebiete, wie die Grenzländer noch immer genannt wurden, und betonte es als ein Zeichen größerer Freiheit und Selbständigkeit, daß hier bei

dem Todesfall eines Geistlichen der Superintendent unmittelbar und selbständig die allsonntägliche Vertretung in der erledigten Pfarre während des Trauerjahres anordnen könne, drüben aber der Superintendent an das Konsistorium gewiesen sei, dem die Besorgung obliege. Gleichsam als ob der Piltensche Superintendent in ein größeres Erbe bischöflicher Machtvollkommenheit gelangt sei, im Ordensgebiet aber der Adel dem Superintendenten seinen unmittelbaren Einfluß beschränke.

Am Schlusse unseres Zeitabschnittes sind einige Veränderungen in der Verfassung zu erwähnen. 1796 wurde das piltensche Konsistorium aufgelöst und mit dem furländischen, in welchem nach einer Verfügung von 1806 der Kanzler den Vorsitz hat, vereinigt. Sitz und Stimme in demselben hatten der furländische und piltensche Superintendent und sämtliche Präpste in der Provinz. Dieses volle Konsistorium, aber doch nur ein geistliches mit Ausnahme seines Vorsitzenden, tagte zweimal im Jahre in Mitau und nahm in diesen festgeordneten Juridiken die Prüfung und Ordination der Predigtamtskandidaten, sowie die Beurteilung vorliegender Ehescheidungen vor; in der Zwischenzeit verhandelte ein ständiger Ausschuß, aus dem furländischen Superintendenten und dem Pastor der lettischen Gemeinde in Mitau bestehend, die laufenden Geschäfte. Gleichzeitig mit dieser Verschmelzung der beiden Konsistorien in eins, hörte dasselbe auf, erste und letzte Instanz zu sein und konnten fortan Einsprachen wider sein Urteil bei dem Justizkolleg in Petersburg erhoben werden.

Das achtzehnte Jahrhundert ging zur Neige; für die Lutheraner der Ostseeprovinzen, für eine große Zahl von Glaubensgenossen, welche durch die weit geöffneten Pforten zur gastfreundlichen Herberge gezogen kamen, fast ein volles Jahrhundert unter russischem Scepter. Es waren nach schwerer, langer Drangsalzeit ruhige, auch glückliche Jahre. Zuerst von all' den in den vorange-

gangenen Kriegen so unsäglich heimgesuchten Landesteilen hatte sich die Kirche erholt, viel früher noch als der durch die argen Restitutionen verarmte und geschwächte Adel. Auf dem Kirchengut und den Widmen lasteten keine Schulden, wie auf den Rittergütern. Die schwedische Regierung hatte fürsorglich die Pastorate vorgesehen; die dafür in Anspruch genommenen Frohnleistungen wurden willig gebracht. In rührend-treuer Anhänglichkeit für die Kirche, die bei allem Wandel in den Geschicken des Landes wie ein kostbares Erbe ihnen geblieben und den Angefochtenen ihren heiligen Segen und Trost spendete, waren die Gutsherren in erster Linie bemüht, daß die vielleicht verwüstete Kirche alsbald zum Gottesdienst wieder eingerichtet und die ledige Pfarre mit einem tüchtigen Geistlichen besetzt würde. Man sah sich fast ausschließlich auf auswärtige Kräfte angewiesen. Die Landesuniversität war in den Kriegszeitern eingegangen. Von Schweden kamen jetzt keine Prediger mehr in die von ihrem Vaterlande losgerissene Provinz. Die Söhne des Adels, wo sie nicht auf dem väterlichen Gute blieben und in der Provinzialverwaltung ein Unterkommen fanden, zogen an den russischen Hof, in jenen Jahren dem Kaiser im Staat und in der Armee seine tüchtigsten und pflichttreuesten Kräfte stellend. Meist waren die Prediger als Erzieher ins Land gekommen. Wenn sie in solcher Stellung während ein paar Jahren die leicht zu gewinnende Zufriedenheit des Schloßherrn erhielten, dann war ihnen die nächste frei werdende Patronatsstelle gewiß.

Sie lebten sich bald und fest in die neuen Verhältnisse ein, diese ausländischen Pastoren. Die Stellen waren günstiger, wärmer gehalten als in der alten Heimat. Der Pastor hatte freundlichen, gern gesehenen Zugang im Schloß, dessen Bewohner sich auch an der gebildeten Gesellschaft auf dem einsamen Landsitz erfreuten. Livland hieß damals unter den Pastoren in Scherzrede Bliebland: wer da einmal vor Anker gegangen, der bleibt im Lande. Als ob es auch noch nach anderer Seite ein Bliebland wäre und das Auge seiner Bewohner haften bleibe auf der so engen Umgrenzung der Provinz! Rußland lag fernab aus dem Gesichtskreis der Leute und auch der Kirche, wir müssen sagen, bedauerlicherweise. Sie lebten für sich, ihr besonderes Leben in

der Provinz, im behaglichen Schatten des eigenen Kirchturms. Es ist mir während des ganzen achtzehnten Jahrhunderts keine Stimme aus der lutherischen Kirche der Ostseeprovinzen zu Ohren gekommen, die nach den zerstreuten Glaubensgenossen in Rußland gefragt oder ein Verlangen geäußert hätte, mit ihnen in kirchlichen Verband zu treten. Wäre dies rechtzeitig geschehen, dann hätte die rein weltliche Behörde des Justizkollegs den fast unbegreiflichen, unmittelbaren und das Ansehen der Kirche schädigenden Einfluß nie gewinnen können. Der schmerzliche Mangel solcher Teilnahme für die Glaubensgenossen auch jenseits der enggezogenen Landesgrenze ist zum Teil eine natürliche Folge des Staatskirchentums und wird bestärkt durch die Konsistorialverfassung. Andere Einflüsse trugen zu dieser Absonderung bei; sie sind fast alle dem eigentlichen Wesen der Kirche Christi fremd, von anderer Seite in sie hineingetragen. Ihre Wirkungen, nachhaltige, tiefgehende und auch verhängnisvolle, können nicht ausbleiben, sind es auch nicht. Es wäre nicht schwer, würde uns aber von unserer Aufgabe zu weit entjernen, die Spuren derselben in gar mancher eigentümlichen Gestaltung gegenwärtigen Verfassungslebens der lutherischen Kirche Rußlands und auch, wenn auch nur leise, in dem ihr gewordenen Lose aufzudecken.

Das abgelaufene Jahrhundert ist für die Geschichte der evangelischen Kirche zumal Deutschlands hoch bedeutsam, alle ihre Lebensgebiete und auch nicht zum geringsten Teil ihre Verfassung in ernste und schwerwiegende Mitleidenschaft ziehend. Was die Mutterkirche in Deutschland umgestaltend bewegte, das durchlebte in fast gleichem Wandel die Tochter im russischen Gebiete. An der Schwelle des Jahrhunderts steht drüben wie hüten der Pietismus mit seinem die ganze Kirche bis in das entlegenste Betlämmerlein des Hauses unaufhaltsam vordringendem Einfluß. Er war der vollberechtigte und reichgesegnete Einspruch des evangelischen Gewissens, der herzlichen Frömmigkeit wider die Satzungen

einer in ihren Lehren erstarrten Kirche. In seinem Gefolge trat eine Entwertung der Dogmen zugunsten einer erbaulichen Lebensführung ein; in dem Grade, in welchem diese Entwertung Platz griff, drang sie auch in die einzelnen Verfassungen, welche auf strenge Einhaltung dieser Bekenntnisse gegründet waren. Die Betonung der *ecclesiola in ecclesia*, deren ursprüngliche Berechtigung nicht abzustreiten ist, konnte auf die Dauer das Bewußtsein einer evangelischen Kirche und ihrer Verfassung nur schädigen; man ließ sich an der unmittelbaren, persönlichen Zusammengehörigkeit mit dem Haupte der Kirche vollauf genügen und verlernte darüber nicht so sehr den innigen Verkehr mit einzelnen, gleichgestimmten Gliedern, wohl aber mit dem ganzen Leibe, in welchem diese Glieder organisch gefaßt sind. Man verließ damit die große, apostolische Spur, die den Glauben an eine Gemeinde der Heiligen bekennet; aus dem geloderten Verbande gingen kleine, gleichgesinnte Häuflein zusammen. Das mag fein und war auch ein notwendiger, berechtigter Durchgang; kann und darf aber nicht Ziel und Aufgabe der evangelischen Kirche sein. Die aus anderen Zeiten überkommene Verfassung steht dann unbeachtet und auch einflußlos zur Seite. Das Verständnis für sie schwindet; an seine Stelle tritt Gleichgültigkeit.

Diese Zeit und ihre Strömung hat auch die lutherische Kirche in Rußland durchlebt. Nicht mehr von Moskau und Wittenberg kamen ihre Prediger zumeist; es überwogen nun die Kandidaten aus Leipzig, auf welche Universität Spener, seitdem er Oberhofprediger in Dresden geworden, immer stärkeren Einfluß gewann, später in vermehrter Zahl noch aus Halle, welche Universität von ihren Gründungstagen an (1694) unter Männern wie Breithaupt, Franke, Anton als Hochschule und Hochburg des Pietismus galt. Unter dem Schutze und Gewährenlassen dieses neu aufkommenden Predigergeschlechtes in den Ostseeprovinzen zogen die geistesverwandten Sendboten der Herrnhuter ins Land, die ihre *ecclesiolae* als Bethäuser neben den Landeskirchen errichteten. Nur wenigen Geistlichen von altkirchlichem Gepräge war dieser Zustrom, welcher der noch gültigen Kirchenordnung nicht entsprechend war, unlieb und unter diesen in der Mehrzahl solchen, die je länger je mehr fremd, unverstanden und einflußlos unter einem

andersgefinnten Geschlechter als einsame Überreste einer entschundenen Zeit dastanden.

Aber auch der Pietismus erschöpfte seine Aufgabe und lebte sich aus. Wider ihn erstand der Rationalismus, der in mancher anfänglichen Schattierung seinen Zusammenhang, selbst sein Hervorgehen aus der vorangegangenen Richtung aufweisen kann. In vollen Strömen flutete diese Bewegung der Aufklärung auch in die Ostseeprovinzen, aus dem Westen und auch von da ausgegangen, in mächtiger Rückströmung aus der Hauptstadt, vom Hofe an der Nema, wo die Diderot, die Grimm als kaiserliche Gäste weilten und sie und ihre Meinungsgenossen fast unumschränkte Gewalt, einen aufgeklärten Despotismus über die Geister ausübten. Kaum eine andere Richtung hat so allbeherrschenden Einfluß ausgeübt. Einträchtig in ihrer Gefolgschaft gehen Staat und Kirche, Haus und Schule; in solcher innigen Gemeinschaft mit der naiven, welteligen Überzeugung, nun endlich einspruchslos die Wahrheit selber in Besitz genommen zu haben. Überall sah man das eigene Bild und betrachtete es mit dem Wohlgefallen eines Narziß. Die Bibel stimmte unter ihren fast zauberhaft wirkenden Händen mit diesen Vernunftgläubigen überein und ward willig und weich und nachgiebig, nur die gewünschte Weisheit ihnen zu sagen. Jesus wurde ein vernunftgläubiger Jugendheld, Sokrates stand ihm ebenbürtig und treu zur Seite. Es war wie ein Taumel, ein Rausch, der über die Geister gekommen und sie fühlten sich so glücklich darin, daß sie gar nicht den tiefen Schaden merkten, den diese Überflutung auf dem Gebiete der Kirche, des evangelischen Glaubens in langsam-sicherer Unterwühlung verursachte. Wie ein Damm gegen solche Zerstörungsarbeit, der vor frühzeitigem Zusammenbruch schützte, erwies sich der „kategorische Imperativ“ des Königsberger Weltweisen, selber eine Frucht seiner Zeit und doch auch für eine Weile ihre heilsame Zucht, insofern er das Pflichtgefühl in ungeahntem Grade stählte und in seinen Schutz die gefährdete Religion stellte, bis die Hochflut vorüber war.

Der Pietismus konnte sich in die überkommene gottesdienstliche Ordnung schiden. Das evangelische Kirchenlied, das von Luther angestimmt und auch in den trübsten Zeiten nicht verklungen, ja auf den verwüsteten Feldern des Dreißigjährigen Krieges wie eine

blaue Wunderblume blühte, war ihm geistverwandt; die liturgischen Ordnungen, zum Teil in ihren alten, schönen Weisen, störten nicht, wo sie lebensvoll und innig gefeiert wurden, seine Andacht. So ganz anders der Rationalismus. Der hörte in den glaubensinnigen Liedern nicht mehr seine Sprache; die alten Bekenntnisse und Gebete klangen ihm fremdartig, wie aus einer untergegangenen Welt, deren Dunkel entronnen zu sein seine selbstzufriedene Freude war. Es galt da aufzuräumen, das eigene Licht umgestaltend an die Stelle der sinkenden Nacht zu rücken. Und man that es hastig; man hatte es eilig, als ob den Leuten bangte, daß sie sich mit ihrer Aufklärung verspäten könnten.

III.

Verfassung der lutherischen Kirche

in Rußland

während des neunzehnten Jahrhunderts.

1784 für die jährlichen Predigersynoden vorschlug und durchsetzte. Ihr Nutzen wurde wohl anerkannt, aber die Schwierigkeit der Ausführung betont, zumeist wegen der großen Entfernungen, infolge wovon sie ganz aus der Übung gekommen waren. Sie scheinen auch mißliebig geworden zu sein, weil nach der Harderschen Ordnung, die 1741 noch mit ihren achtzehn recht schulmeisterlichen Bestimmungen aufrecht erhalten worden, der freie, gemüthliche Verkehr auf denselben allzu sehr eingeschränkt war. Diese Bestimmungen wurden nun aufgehoben, auch die allgemeinen Synoden mehr in lokale Zusammentünfte bei dem Superintendenten umgewandelt. Die Generalkirchenvisitation soll nicht mehr alle fünf Jahre statthaben, sondern nur da und dann, wo eine solche verlangt oder durch offenkundige Unordnung nötig wird. Den gleichen Wandel nach dem Geschmack einer anders gewordenen Zeitrichtung erfuhr die Kirchenzucht. Die Agende von 1741 hat noch die alten Bestimmungen beibehalten, nach welchen offenbare Sünden von der Kanzel ohne Namensnennung gebrandmarkt und wenn dies nichts fruchtete, der Übelthäter bei dem Konsistorium angezeigt wurde. Blieb der Sünder auch dem Konsistorium gegenüber verstockt, so bevollmächtigte dasselbe den Pastor zunächst ohne Namensnennung des Verstockten Gott im Kirchengebet um seine Belehrung anzuflehen, nach vierzehn Tagen ein zweites Mal mit genauerer Angabe der Sünde und wenn auch dies vergeblich, dann den Sünder öffentlich zu nennen und in den Bann zu thun. Über die Wiederaufnahme eines Reumütigen muß sich der Pastor mit dem Superintendenten und Kirchenvisitator ins Einvernehmen setzen. Diese Art der Kirchenzucht milderte die Generalynode von 1748 in einer Weise, daß von ihr nicht viel mehr als eine ernstliche Ermahnung des Seelsorgers übrig blieb.

Bei diesen Anordnungen ist es bis zur Einverleibung Aurlands in Rußland geblieben. Man fühlte sich behaglich, zufrieden in den stillen Geleisen, die altväterliche Gewohnheit gezogen, man freute sich über den einen und anderen geringfügigen Unterschied in der Verfassung zwischen dem stiftischen und ordenschen Gebiete, wie die Grenzländer noch immer genannt wurden, und betonte es als ein Zeichen größerer Freiheit und Selbständigkeit, daß hier bei

dem Todesfall eines Geistlichen der Superintendent unmittelbar und selbständig die allsonntägliche Vertretung in der erledigten Pfarre während des Trauerjahres anordnen könne, drüben aber der Superintendent an das Konsistorium gewiesen sei, dem die Besorgung obliege. Gleichsam als ob der Piltensche Superintendent in ein größeres Erbe bischöflicher Machtvollkommenheit gelangt sei, im Ordensgebiet aber der Adel dem Superintendenten seinen unmittelbaren Einfluß beschränke.

Am Schlusse unseres Zeitabschnittes sind einige Veränderungen in der Verfassung zu erwähnen. 1796 wurde das piltensche Konsistorium aufgelöst und mit dem turländischen, in welchem nach einer Verfügung von 1806 der Kanzler den Vorsitz hat, vereinigt. Sitz und Stimme in demselben hatten der turländische und piltensche Superintendent und sämtliche Präpöste in der Provinz. Dieses volle Konsistorium, aber doch nur ein geistliches mit Ausnahme seines Vorsitzenden, tagte zweimal im Jahre in Mitau und nahm in diesen festgeordneten Juridiken die Prüfung und Ordination der Predigtamtskandidaten, sowie die Beurteilung vorliegender Ehescheidungen vor; in der Zwischenzeit verhandelte ein ständiger Ausschuß, aus dem turländischen Superintendenten und dem Pastor der lettischen Gemeinde in Mitau bestehend, die laufenden Geschäfte. Gleichzeitig mit dieser Verschmelzung der beiden Konsistorien in eins, hörte dasselbe auf, erste und letzte Instanz zu sein und konnten fortan Einsprachen wider sein Urtheil bei dem Justizkolleg in Petersburg erhoben werden.

Das achtzehnte Jahrhundert ging zur Neige; für die Lutheraner der Ostseeprovinzen, für eine große Zahl von Glaubensgenossen, welche durch die weit geöffneten Pforten zur gastfreundlichen Herberge gezogen kamen, fast ein volles Jahrhundert unter russischem Scepter. Es waren nach schwerer, langer Drangsalzeit ruhige, auch glückliche Jahre. Zuerst von all' den in den vorange-

1.

Der rationalistische Versuch.

Auf allen Lebensgebieten ist der Aufklärung der unwiderstehliche Drang zu eigen, in festgeordneten Gesetzen ihrer Herrschaft unbedingten und dauernden Einfluß zu verschaffen. Der „Geist der Gesetze“ war seit dem epochemachenden Werke von Montesquieu das bevorzugte Studium der Aufgeklärten, Gesetze zu geben die Lust der Mächtigen. Sie thaten es in der Überzeugung, daß die papiernen Erlasse stark und mächtig genug wären, das Leben der Völker in Staat und Kirche bis in die hinterste Kinderstube hinein umzugestalten, auch die Widerstrebenden zu der von ihnen in Aussicht gestellten Geistesfreiheit und Aufklärung zu zwingen, ihnen die unausbleiblichen Segnungen aufzunötigen. Überall machte man sich geschäftig an das Werk, von dem man den vollen Sieg der Aufklärung auch über die „einfältigen Leute“ erwartete. Entsprechend ihrem Ursprung und auch den verheißungsvollen Anfängen in den baltischen Provinzen begann die lutherische Landeskirche, dem allgemeinen Drange folgend, ihre Ummodelung der vorgefundenen Verfassung in der Gottesdienstordnung. Die Geistlichen hielten sich an die bestehenden Agenden nicht mehr gebunden; bei Taufe und Abendmahl traten an Stelle der liturgischen Formen aus der Reformationszeit willkürliche Abänderungen nach dem Zeitgeschmack, die von dem ursprünglichen Wesen kaum mehr eine Spur an sich hatten. Die reiche Liturgie schrumpfte zusammen. Nicht einmal das Gebet des Herrn blieb unangetastet; seine heiligen Bitten wurden aufgeweicht in lange und langweilige Umdeutungen, Erklärungen, Auslegungen, die dem Vater im Himmel

allsonntäglich von der noch immer zahlreich versammelten Gemeinde vorgebetet wurden. Einen Schritt weiter noch, und die Zeit forderte ihr Recht auf eigene Gesangbücher. In Riga, in Petersburg erschienen sie in rascher Folge und in welcher Verballhornung der evangelischen Kernlieder! Nicht einmal das Reformationslied „Ein feste Burg ist unser Gott“, nicht die Gesänge eines Luther, Gerhard, Herrmann und der anderen kirchlichen Liederfürsten blieben vor Verunglimpfung und Entstellung bewahrt. In welch' rührselige, empfindende und doch so klapperdürre nüchterne Gesellschaft gerieten diese arg entstellten, evangelischen Glaubenslieder in getreuer Nachahmung der Vorgänge in Deutschland auch hierzulande!

Versuche, die kirchliche Verfassung dem Zeitgeschmack entsprechend umzugestalten, blieben nicht aus. Auch zweckmäßige Vorschläge tauchen auf. Ein Gesetz der Kaiserin Katharina aus dem Jahre 1785 ordnete die Gründung lutherischer Konsistorien in den beiden Hauptstädten und in allen Gouvernementsstädten an, in welchen die vorhandene größere Zahl von Protestanten es wünschenswert machte. Über diese Anordnung kam aber der Plan nicht hinaus. Schon zwölf Jahre (1773) zuvor hatte das Justizkolleg, selbst von der Unhaltbarkeit der alten schwedischen Kirchengesetze in den damaligen aufgeklärten Tagen durchdrungen, den Wunsch geäußert und auch den Antrag an die Petersburger Geistlichkeit gestellt, ein zeitgemäßes Kirchengesetz auszuarbeiten. An den damals schon bestehenden sogen. „Pastoralabenden“ machten sich die Prediger der Hauptstadt, die alle sonder Ausnahme im breiten Fahrwasser der Zeitströmung dahintrieben, an die große Arbeit, vollendeten sie auch frohgemut und übertrugen ihrem Amtsbruder Senior Hougberg von der schwedischen Kirche die Zusammenstellung der einzelnen beratenen Punkte. Der alte Herr, bereits gedächtnisschwach, hat im Versehen die angesammelten Papiere verbrannt; damit hatte es sein Bewenden. Der Versuch war mißlungen, sicherlich kein Verlust für die Verfassungsgeschichte. Es scheint, als ob man in Ahnung der Leistungsunfähigkeit vor einem zweiten Versuche zurückgeschreckt sei *).

*) Vgl. die Andeutungen darüber bei Grot a. a. O. II, 445 u. III, 178.

Aber die Unordnung riß weiter ein. Ein Kirchengesetz, und niemand hielt es; Gottesdienstordnungen, und jeder einzelne Geistliche glaubte sich berechtigt, daran zu- und abzusetzen, was ihm beliebte, wenn nur eben seine Gemeinde ihm zustimmte. Der tonangebende Teil derselben that es gern; auf die leisen und bänglichen Einsprachen der Alten, welche die frommen Erinnerungen ihrer Kindheit und Jugend treu bewahrt, wurde wenig geachtet. Da gelangte, völlig unerwartet, im Juli 1804 von dem Militärgouverneur und Zivil-Oberbefehlshaber von Liv-, Est- und Curland, Graf Buxhöwden, aus dem uralten Geschlechte jenes machtvollen, glaubensstarken Gründers des Kirchen- und Ordensstaates Livland, eine Klage gegen die livländischen Prediger wegen liturgischer Neuerungen nach Petersburg. Der Minister des Inneren, Graf Rotschubei, überreichte die Klagschrift dem Kaiser; Alexander I. trug durch den Justizminister, Fürst Lapuchin, dem Justizkolleg die Untersuchung der Sache auf. Besonders hervorgehoben in der Anklage war das eigenmächtige Vorgehen des hochangesehenen Generalsuperintendenten und Oberpastors an St. Jakobi in Riga, Sonntag. Von diesem und von dem Oberkonsistorium wurden eingehende Berichte von dem Justizkolleg einverlangt.

Der angeklagte Generalsuperintendent war sich seiner Berechtigung, von der vorgeschriebenen Ordnung abzuweichen, so gewiß, daß ihn die Anklage in seinem Verhalten nicht störte. Als deshalb eine zweite darauf bezügliche Klage von dem Gouverneur eintraf, blieb dieselbe zunächst unbeachtet. Sonntag hatte seine Gründe schriftlich dem Justizminister mitgeteilt; das Oberkonsistorium hatte den livländischen Predigern nur jede fernere liturgische Neuerung untersagt. Lapuchin konnte aus allem leicht erkennen, daß eine einfache Rückkehr zu dem als überwunden angesehenen Standpunkt der Agende nicht mehr möglich sei. Allseitig wurde anerkannt, daß den herrschenden Anschauungen Rechnung getragen werden müsse. Das Justizkolleg ersuchte den stellvertretenden Procureur Sahlfeld um die Ausarbeitung einer „allgemeinen liturgischen Verordnung“ für sämtliche Protestanten des russischen Reiches; der Kaiser verfügte, daß das Justizkolleg geistliche Personen zur Beratung über den Entwurf nach Petersburg einladen solle. In Ausführung dieses Befehles kamen im Februar 1805 in der

Hauptstadt zur Beratung zusammen: aus Finnland Konfistorialrat Bahl und Propst Benzeliuß, aus Estland Oberpastor Smerdsjö und Pastor Eberhard, aus Livland Generalsuperintendent Sonntag *), aus Kurland die Präpste Wilpert und Wehrt. Dazu noch aus Petersburg Konfistorialrat Busse, Propst Lampe und die Pastore Hamelmann und Mandelin.

Von den angeführten Mitgliedern fesseln heute nur zwei noch unsere Aufmerksamkeit: Sonntag und Sahlfeld. Karl Gottlob Sonntag, ein Sachse von Geburt, im berühmten Schulpforte erzogen, dann in Leipzig Philologie und Theologie studierend, war, erst dreiundzwanzigjährig, 1788 als Rektor der Domschule nach Riga gekommen und hatte sich durch seine hohe Begabung ein solches Ansehen rasch erworben, daß er bereits nach drei Jahren Oberpastor an St. Jakobi, 1803 aber Generalsuperintendent von Livland und damit zugleich Vorsitzender des Oberkonfistoriums ward. Er gehörte seiner theologischen Richtung nach völlig der herrschenden neologischen Zeitströmung an, welche er tonangebend in den Ostseeprovinzen in edelster Weise, eine durchaus würdige, mannhafte, ernstgerichtete Erscheinung, vertrat. Nicht einer leichten Aufklärung Verfechter war er, noch viel weniger der frivolen Spielart; auf seiner ehrwürdigen Gestalt ruhen lichte Strahlen des Geistes von Herder, der an der Rigaer Domschule unterrichtete, als Sonntag geboren ward. Der Schattenriß dieses bedeutenden Mannes, der wesentlich zur Überwindung des Rationalismus und Anbahnung eines tieferen, wenn auch zunächst nur ästhetischen Verständnisses der heiligen Schrift beitrug, wurde auch nach seinem Weggange lange Jahrzehnte hindurch in den besseren Rigaer Kreisen wie ein holdes Vermächtnis treu festgehalten und verlieh ihnen ein Gepräge, welches in späteren Zeiten den Übergang zu einer tieferen Erfassung des Evangeliums wesentlich erleichterte. Sonntags klassisch-humane Bildung, sein beredter Mund auf der Kanzel und dem Lehrstuhl, sein offener, warmer Blick in die verschiedensten Lebensverhältnisse, zugleich mit der praktischen Begabung und auch Lust an thätigem Eingreifen, seine ganze

*) Der zweite Abgeordnete, Propst v. Roth, war am rechtzeitigen Erscheinen verhindert.

lautere und auch leutselige, umgängliche Erscheinung machen ihn zu einer wohlthuenden Kirchengestalt nach dem Herzen seiner Zeitgenossen.

Georg Friedrich Sahlfeld, eines Handwerkers Sohn aus Dorpat, um vier Jahre jünger als Sonntag, hatte sich aus den mißlichsten, kümmerlichsten Verhältnissen emporgearbeitet, sodaß er endlich mit mühsam erworbenen Sparpfennigen vierundzwanzigjährig schon die Universität Jena zum Studium der Rechte beziehen konnte. 1796 in die Heimat zurückgekehrt, stieg der begabte, fleißige Mann rasch von Stufe zu Stufe. Bereits 1803 siedelte er als Juriskonsult des Justizministeriums nach Petersburg über; im folgenden Jahre wurde er zum Redakteur der zweiten Abteilung der Gesetzkommision und zum Profureur des Justizkollegs ernannt. Er vertritt das Recht des herrschenden Nationalismus im Staat, wie Sonntag in der Kirche; darum ist in hohem Grade fesselnd die gemeinsame Arbeit der beiden geistverwandten Männer an dem Punkte, wo Staat und Kirche berufen waren, die Hand sich zu reichen. Wir werden an mehr wie einer Stelle Gelegenheit haben, die sehr bemerkenswerten Berührungspunkte beider Teile im Zuge der Aufklärung hervorzuheben.

Bezeichnend zunächst für das geringe Ansehen der Kirche und ihre abhängige Dienststellung im Staate bei der herrschenden Richtung ist, daß die Ausarbeitung liturgischer Ordnungen einem Rechtsgelehrten übertragen und nur infolge unmittelbaren kaiserlichen Befehles eine kleine Zahl von Geistlichen wenigstens zur Beratung über einen so tief ins kirchliche Leben eingreifenden Entwurf hinzugezogen wird. Die Kirche galt als ein Staatsinstitut, eine Ordnung im Staate neben vielen anderen Ordnungen, über welche der Staat verfügt, für die er aber persönlich in seiner Toleranz ein so geringes Interesse hat wie etwa an der Polizei. Darum ist es auch nichts Ungehöriges, demselben Beamten, dem man die Ausarbeitung einer Polizeiordnung überträgt, auch die andere einer Gottesdienstordnung zu befehlen. Befremdlich und tief bedauernswert erscheint nur, daß in dem reichlich mir vorliegenden Altenmaterial keine kirchliche Stimme verlautet, als ob solcher Vorgang denn doch ungehörig sei.

Eine Abschrift des Sahlfeld'schen Entwurfes war rechtzeitig den Abgeordneten der vier Provinzen zur Einsichtnahme zugestellt worden, sodaß sie nicht unvorbereitet in Petersburg erschienen. Nur Sonntag hatte schriftlich ein Gutachten ausgearbeitet *). Er betont darin und es ist auch leicht ersichtlich, daß beide Männer auf dem völlig gleichen Standpunkt stehen. Ein leiser Unterschied zeigt sich, daß der Jurist mit den kirchlichen Anschauungen noch entschlossener aufräumt, dagegen aber dem Staate größeren Einfluß auf dieses „Staatsinstitut“, die Kirche, zuweist; daß der Theologe für die Kirche dem Staate gegenüber mehr Selbständigkeit beansprucht und konservativer herkömmliche Ordnungen beibehalten will, zum Teil aus Rücksichtnahme auf denn doch noch in der Gemeinde vorhandene Überreste „unaufgeklärter“, religiöser Anschauungen des gemeinen Mannes, dessen schwacher Erkenntnis-kraft die modernen Formulare anstößig sein könnten. Der Sahlfeld'sche Entwurf kränkt an gar vieler, dem Leben abgewandter Theorie; der Sonntagsche hat den Vorzug, in genauerer Fühlung mit den Ansprüchen und Bedürfnissen einer im vollen Strome der Aufklärung dahintreibenden Gemeinde geblieben zu sein. Dieser Vorteil gab den Ausschlag, daß die Kommission die Sahlfeld'sche Verordnung auf der Seite liegen ließ und nur die Sonntagsche Arbeit in Beratung zog; freilich unter einstimmiger Betonung an das Justizkolleg bei Überreichung ihrer Arbeit: „mit dem verpflichtetsten Dank erkennen wir, daß in dem Sahlfeld'schen Entwurf ganz der Geist eines wohlunterrichteten Protestantismus und der edelsten Grundsätze herrschend ist“ **).

*) Das interessante Schriftstück ist in meinem Besitze, ebenso wie das Original der Sahlfeld'schen Arbeit und auch des Sonntagschen Gegenentwurfes, von seiner Hand geschrieben und auf Grundlage der Beratung umgearbeitet; ein um so wertvollerer Besitz, da wohl keine Abschrift der Sahlfeld'schen Arbeit mehr vorhanden sein mag und so wenigstens noch ein Vergleich möglich ist.

**) Sonntag hat in einem kleinen Schriftchen „Geschichte und Gesichtspunkt der allgemeinen liturgischen Verordnung für die Luthieraner im russischen Reiche“ (Riga 1805, 61 Seiten) die Vorgänge in schonender Rücksichtnahme auf die Mitlebenden dargestellt; die Erörterung des herrschenden „Gesichtspunktes“ ist als Zeichen der Zeit wichtig. Welch' ein weiter Abstand, der Sonntag von Brieffmann trennt!

Sahlfeld wünschte die liturgische Verordnung auf die gesamte evangelische Kirche auszudehnen. Er sagt: „vonseiten der Regierung wird es mit Wohlgefallen bemerkt werden, wenn auch die übrigen Protestanten sich diese liturgischen Bestimmungen in ihren kirchlichen Handlungen, insofern als ihre Glaubensartikel darin keine Ausnahme notwendig machen, zur Richtschnur dienen lassen.“ Die Kommission beschränkte ihre Arbeit nur auf die Lutheraner des Reiches, fast möchte man sagen, befremdlicherweise; denn die Sonderzüge sind in einem Grade verwischt, das Ganze in einem so kosmopolitischen Geist gehalten, daß es selbst für Juden und Tataren Raum läßt. Von Jesus ist kaum mehr die Rede, und nicht anders als daß man sich seine Religion — freilich ohne nähere Angabe, worin sie besteht — zu eigen gemacht. Als alleinigen Zweck der kirchlichen Handlungen erklärt Sahlfeld: „die Erkenntnis unserer Pflichten in unser Gefühl zu übertragen durch eine vernünftige Hinsicht auf Gott und die Notwendigkeit ihrer Erfüllung zu versinnlichen und dadurch zu bewirken, daß Tugend und Rechtschaffenheit bei den Menschen mehr Eingang finden und sie also sittlich vollkommener werden.“ Die Kommission dagegen erklärt sich für die Sonntagsche Fassung: „Die protestantische Kirche hat keinen anderen Zweck, als ihren Mitgliedern zur Erreichung der ganzen höchsten Menschenbestimmung in Sittlichkeit und Zufriedenheit behilflich zu sein, mit steter Hinsicht auf die jedesmaligen religiösen und moralischen Umstände und Bedürfnisse der Gemeinden. Und sie erkennt dazu keine anderen Mittel als den rechten Gebrauch der Bibel und Vernunft.“

Auf Grund solchen Kirchenbegriffs und ihm entsprechend baut sich nun das armselige, bejammernswerte Fachwerk der Kirchenordnung auf. Nur ein paar Streiflichter. Das wichtigste und wesentlichste Stück des Gottesdienstes ist die Predigt, nach der Meinung Sahlfelds deshalb, „da durch das Predigen die Begriffe einer Gemeinde über die Ansichten der Verhältnisse unter den Menschen und über die Pflichten des Individuums gegen die Obrigkeit sowohl, als gegen seinen Nächsten berichtet, auch jedem nach seinen individuellen Verhältnissen die Möglichkeit zur gehörigen Pflichterfüllung gezeigt und ihm dergestalt zugleich Anweisung zum guten Lebenswandel erteilt werden soll.“ Zur Erreichung dieser

Aufgabe ist der Prediger, oder wie er noch öfter genannt wird der Volkslehrer, bei der Kanzelrede nicht auf die heilige Schrift für seine Texte zu beschränken; er kann auch gute praktische und moralische Sätze wählen; „ja, es ist ihm sogar als verdienstlich anzurechnen, wenn er solche Sätze als Texte zu wählen weiß, durch welche dem Gedächtnis des Zuhörers mit einem einzigen kurzen Satz (wahrscheinlich also Sprichwörter) eine ganze Reihe von nützlichen Begriffen eingeprägt wird.“

Solche Auffassung erschien den Pastoren denn doch überstürzt. Sie einigten sich über der Meinung, daß „aus dem Gesichtspunkt die Predigt ein so höchst wichtiges und wesentliches Stück des lutherischen Gottesdienstes sei, weil die Predigten einerseits lehren sollen, was der Mensch als ein moralisches Wesen in allen seinen verschiedenen Verhältnissen zu thun und zu lassen hat, warum es ihm zukommt und wie er am besten seine Pflicht erfüllen kann, anderseits weil sie ihn unterrichten sollen, was er in Ansehung seiner eigenen Natur, Bestimmung und Würde, der Einrichtungen der Welt und des Ganges der Dinge zu glauben und zu hoffen hat, und zwar dies alles in Gemäßheit der Lehre und des Beispiels Jesu Christi und der Aussprüche der Bibel.“ Darum wird zwar der Perikopenzwang abgeschafft, aber dem Konsistorium die Ausarbeitung neuer Textverzeichnisse, die nur der Bibel entnommen werden dürfen, überwiesen; Liederverse und moralisch edle Sprichwörter können wohl zum Thema gewählt werden, aber doch muß jeder Predigt eine biblische Stelle zu Grunde liegen und „mit dem Ganzen in die gehörige, homiletische Verbindung gebracht werden.“

Auch ein Kirchengebet hat der Procureur des Justizkollegs ausgearbeitet. Sonntag und seine Amtsbrüder befürchteten nur, daß die Übertragung in die lettische und estnische Sprache und nun gar erst in das Herz und Verständnis der Esten und Letten (und fügen wir nur zugleich hinzu, auch der deutschen Christen) schwer, wenn nicht unmöglich sei. Sie haben vollkommen recht. Der Eingang lautet, als ob die Derzhawinsche Ode an Gott, die der Kaiser von China an die Wand eines Tempels schreiben ließ, zum Vorbild gedient: „Unsichtbarer Geist, unnennbares Wesen, das der Mensch, der Wurm, stumm ahnet, Gott! Der du das

All der Welt durchströmt, im Lautropfen wie im Sonnensystem mit gleicher Allmacht und Güte dich ewig wirksam zeigt: Herr Gott, vor dem wir im Staube niederfallen und anbeten: höre auf uns." Es ist ein sehr langes Kanzelgebet, auf welches Gott allsonntäglich zu hören gebeten wird; darin auch auf die Stelle: „Laß uns, o Urquell alles Guten, das seltene Glück gehörig würdigen lernen, Bürger eines Staates zu sein, durch dessen Einrichtungen unser körperliches Bedürfnis, wenn wir selbst nur thätig sein wollen, befriedigt und der Versuchung, in die Nahrungssorgen und andere Übel dieser Art so leicht führen und zu Fehlritten und Laster verleiten können, vorgebeugt wird; eines Staates, dessen so weise Regierung uns noch außer der Befriedigung dieser unserer körperlichen Bedürfnisse auch noch jede Art der Befriedigung des dem denkenden Menschen ungleich wichtigeren geistigen Bedürfnisses verleiht, sodaß lediglich uns allein die Schuld beizumessen ist, wenn wir — unter Millionen unserer Erdenbrüder die glücklicheren — von allen diesen namenlos wohlthätigen Mitteln zur Ausbildung unseres Geistes und Herzens keinen gehörigen Gebrauch machen. Sieb uns daher Kraft und Weisheit, daß wir diese Mittel zu unserer Vervollkommnung in jeder Tugend gehörig anwenden, daß wir den Augenblick des Glückes, der uns geworden ist, nicht ungenutzt vorübergehen lassen! Segne unseren edlen Monarchen, aus dessen reinem und gutem Willen diese Mittel täglich vollkommener hervorgehen. Lasse Ihn der ungetrübten Freude genießen, welche jede große Seele fühlt, wenn sie das Wohl der Menschheit schafft. Lasse Ihn, lasse Seine teure Gemahlin und Seine treffliche Mutter, Sie, die Ihn in geheiligter Stunde empfing (!) und Ihn uns schenkte, lasse Seine edlen Geschwister, Sie alle lasse, o Gott, deine segnende Belohnung in dem Bewußtsein finden, das Glück des Volkes begründet und die Freudenthränen des Dankes verdient zu haben u. s. w. u. s. w." Und in dem ganzen unsagbar langen Gebet ist nicht das bescheidenste Plätzchen auch nur für den Namen Jesu, nicht der entlegenste Winkel, der Sünde Erwähnung zu thun und der Sehnsucht und Sorge der Seele nach Vergebung und Seligkeit in Gott!

An Stelle dieser Herzensergießung des Juristen setzten die

Pastore ein längeres und kürzeres Kanzel- und ein Altargebet. Sonntag deutet darauf hin, daß die Ausarbeitung Mühe bereitet. Von ihm ist das längere Kanzelgebet; für die beiden anderen „lieferte Rheinbott nur die Materialien“, die Formgebung überließ er bei ersterem dem livländischen Generalsuperintendent, bei dem Altargebet dem Pastor an der Katharinentirche, Basse. Sie sind, im Drucke veröffentlicht, allen zugänglich *). Auch in ihrer kümmerlichen Gestalt überragen sie denn doch entschieden das Sahlfeldsche Nachwerk, haben auch etwas mehr christliches und kirchliches Gepräge, was wohl mit zu dem Vorwurfe beigetragen haben muß, als ob sie den neueren Ansichten nicht genug Raum gegeben. Sonntag verteidigt in der angeführten Schrift diese Rücksichtnahme auf die „Anhänger des älteren Kirchenglaubens“. Er und seine Mitarbeiter sind und wollen sein Neologen, wie damals die heute sogenannten Modernen hießen; aber er warnt nun auch die Heißblütigen seiner tonangebenden Partei, nicht werden zu wollen, was sie an den alten Orthodoxen gescholten haben: Zwingherrs des Glaubens. — Nach diesen paar Streiflichtern sind wir wohl dem enthoben, nun auch noch zu zeigen, was unter solchen Händen aus Laute und Abendmahl geworden, daß man die heiligen Handlungen in der gebotenen Entstellung kaum mehr erkennt. Diese „liturgische Ordnung“ wird wohl für lange Zeit ein beherzigenswerter Warnungsruf sein, was einer Kirche in ihren Gottesdiensten droht, wenn sie von dem Evangelium sich löst und auf eigenen, selbstgewählten Wegen einhergeht.

Nicht ganz in der gebotenen Form ließ das Justizkolleg die „liturgische Ordnung“ im Drucke erscheinen. Der Vorsigende Baron Korff übergab sie zur allendlichen Durchsicht Sahlfeld; leichte, aber bezeichnende Änderungen lassen sich nachweisen. Sonntag druckt am Schlusse der erwähnten Geschichte den von der Kommission gutgeheißenen Wortlaut und daneben die zu seiner Überraschung anders lautende Fassung des Justizkollegs ab und dies in einem für die Kirche so wichtigen und mit den Unterschriften der Kommissionsmitglieder versehenen Altenstück! Der

*) In der Schrift: „Von S. Kaiserl. Maj. allerhöchste bestätigte allgemeine liturgische Verordnung“ (St. Petersburg 1805) S. 24.

Procureur sucht in diesen Änderungen dem Staate größeren Einfluß einzuräumen; so wenn er in § 7 der Behauptung, daß die Konsistorien und Prediger den Grundsatz nicht aus den Augen verlieren dürfen, daß es über die Gewissen keine Rechte und keine Gewalt giebt, die Einschränkung beifügt: insofern als gewisse religiöse Überzeugungen der Sittlichkeit und der Erreichung des Staatszweckes nicht entgegen wirken. Ebenso geht des Procureurs Bestreben dahin, seinem entschlosseneren neologischen Vorgehen auf kirchlichem Gebiete nachträglich noch schärferen Ausdruck zu verleihen; so im § 27, wo er der beibehaltenen Bibelverlesung am Altare eigenmächtig den Zusatz beifügt, „weil aber diese Vorlesung überhaupt keinen eigentlichen Zweck hat, so ist dahin zu arbeiten, dieselbe als zwecklos allmählich ganz eingehen zu lassen.“

Die liturgische Verordnung erfreute sich nicht allgemeinen Beifalls. Den einen war des Neuen nicht genug, den anderen viel zu viel. Graf Burghöfden hatte eine Eingabe der lurländischen Ritterschaft eingereicht, die sich ablehnend gegen jede Änderung der herkömmlichen Kirchenordnung verhielt; die Einführung in die un-deutschen Gemeinden stieß auf starke Hindernisse. Dem „aufgeklärten Despotismus“ ging auf allen Gebieten ein tieferes Verständnis der berechtigten Bedürfnisse der „einfältigen Leute“ ab, noch fast in einem höheren Grade, als diese von den gebotenen „Beglückungen“ nichts begreifen konnten und lieber davon unbehelligt bleiben wollten. Nach ein paar Jahren stand die allerhöchst bestätigte Verordnung fast nur noch auf dem Papier oder hatte die Zahl der verschiedenen, im Brauche befindlichen Ordnungen um eine und gerade nicht die beste vermehrt.

Aber der Anfang war wenigstens gemacht, eine ändernde Hand an den vorgefundenen Bau zu legen. Er blieb nicht lange vereinzelt; es geschah wie Erben, die sich mit ihren anderen Lebensgewohnheiten in dem überkommenen Hause der Väter nicht einleben können. Man fängt mit kleinen Änderungen an, die zuletzt nach vielem Flickwerk zu einem Umbau drängen. Und nun gar bei einem auf dem Gebiete der Gesetzgebung so baulustigen Geschlechte, wie es in dieser Aufklärungsperiode lebte, dem bei seinem unhistorischen Sinne in dem alten, schwerfälligen Baue unheimlich

wie in einem dunklen Verließe zumute ward! Dazu kamen Notstände, die gehoben werden mußten und die am drückendsten auf den lutherischen Gemeinden außerhalb der kirchlich geordneten baltischen Provinzen lasteten. Das Justizkolleg, das allmählich dieser Gemeinden geistliche Behörde geworden, war in den beiden letzten Jahrzehnten stark vernachlässigt worden *). Kaiser Paul war bereits von dem Wunsche beseelt, diesem Gerichtshofe seine frühere Würde zurückzugeben; er hatte dem Manne, welchen er mit dieser Arbeit betraute und dem er dafür die weitgehendste Vollmacht erteilte, bei der Übergabe geäußert: „ich weiß, daß mehrere lutherische Pastore vom Geiste der Neuerung durchdrungen sind und Ansichten zur Schau tragen, die nach der neuen französischen Doktrin gebildet sind. Ich werde immer die in meinem Reiche gesetzlich konstituierten Religionen beschützen und folglich auch die Diener ihrer Kulte; aber mögen sie sich nicht vom schuldigen Gehorsam gegen die Gesetze entfernen, oder ich werde sie exemplarisch strafen, weil sie doppelt schuldig sind.“

Erst unter der Regierung des Kaisers Alexander traten wesentliche Neuerungen zutage, die auf eine erhöhte Thätigkeit des Justizkollegs im Gebiete kirchlicher Gesetzgebung schließen lassen. Man spürt in allem, daß der Redakteur bei der zweiten Abteilung der Gesetzkommision, von der Leidenschaft der Aufklärungsperiode für die Theorie der Gesetzgebung stark ergriffen, zugleich Profureur des Justizkollegs ist und diese etwas bequem gewordene Behörde zu ungewohnter Thätigkeit unablässig antreibt. Schon die Ausarbeitung und der Erlaß der liturgischen Verordnung ist ein erstes Zeichen dieser Rührigkeit. Weitere Zeichen reihen sich in rascher Folge an; es weht ein so ganz anderer Wind, als ein halbes Jahrhundert früher in den stillen piltenschen Kreisen, wo die bloße Durchsicht einer Kirchenordnung durch Jahrzehnte geschleppt werden konnte. Von der Gottesdienstordnung übertrug sich naturgemäß die Geschäftigkeit der gesetzgeberischen Hand auf die Kirchenverfassung. Große Notstände lagen offen da. Es scheint als ob

*) Eine vor kurzem erschienene interessante Schrift: „Aus den Tagen Kaiser Pauls. Aufzeichnungen eines kurländischen Edelmanns“ (Leipzig 1886) giebt schlagende Belege dafür, S. 83 ff.

man anfänglich mit Glidarbeit auskommen zu können glaubte; denn nur als eine solche kann die vereinzelt dastehende Gründung einer Generalsuperintendentur für alle lutherischen Gemeinden des Petersburger Gouvernements angesehen werden. Der Ulas vom 11. Januar 1803, welcher diese neue Würde ins Leben rief, betraute mit derselben zum erstenmale 1804 den Propst an der Annenkirche Thomas Rheinbott.

Die Stellung war geschaffen; aber weder nach oben zum Justizkolleg, noch nach unten zu den Pastoren und Gemeinden geklärt. Reibungen konnten deshalb nicht ausbleiben. Zumal dem Justizkolleg gegenüber, in welchem noch die Überlieferungen seiner schier unbegrenzten Gewalt über die Geistlichen in den Tagen des Emme unvergessen waren, spitzten sich dieselben in einer Weise zu, daß der Senat zu ihrer Schlichtung angerufen werden mußte. Der Generalsuperintendent beanspruchte das Recht, der seiner Leitung anvertrauten Kirche auch zu einer dringend erforderlichen Verfassung zu verhelfen, anderseits wieder wollte der rechtsgelehrte Procureur diese Arbeit für ein „Staatsinstitut“ nicht geistlichen Händen übertragen wissen; sie konnte doch nach seiner Meinung über die Kirche und nach seiner Stellung in der Gesekskommission nur ihm zukommen. Die Gesekskommission betraute auch ihren begabten Mitarbeiter mit der Anfertigung einer Kirchenordnung. Der Generalsuperintendent reichte — fast hat es den Anschein, um der Ausführung dieses ihm unwillkommenen Auftrages zuvorzukommen — einen von ihm selbst aufgestellten Entwurf wegen Gründung eines Oberkonsistoriums für die lutherische Kirche Rußlands bei dem Fürsten Lapuchin am 25. Januar 1805 ein. Der ausführliche Entwurf enthielt eine denn doch etwas rasch hingeworfene Kirchenordnung. Der Justizminister übergab die Arbeit dem Senat, der sie als unzeitgemäß zur Seite legte. Sie würde wohl völlig verschollen sein, wenn nicht zufällig in einem kleinen, namenlosen Schriftchen, von Sahlfeld verfaßt*), ein Auszug aus diesem Plane gegeben wäre.

Um der späteren, von Sahlfeld entworfenen Kirchenordnung

*) „An das St. Petersburger Protestantische Publitum“ (Mitau 1808, 67 Seiten).

willen und auch zur Beleuchtung der unter den damaligen Geistlichen herrschenden Anschauungen über die Kirche und ihre Verfassung können wir nicht umhin, wenigstens auf einige Züge aus den geretteten Bruchstücken dieses Entwurfes hinzuweisen. Das vorgeschlagene Oberkonsistorium, als eine rein geistliche Behörde gedacht, besteht nur aus dem Generalsuperintendenten, dem bei Abstimmungen zwei Stimmen zukommen, und zwei Petersburger Pastoren. Ein noch anwesender Oberkonsistorialsekretär hat bei den Beratungen keine Stimme. Zu jeder Ausfertigung bedarf es der Unterschrift des Generalsuperintendenten, sodaß die Verweigerung derselben jeden ihm mißfälligen Beschluß hinfällig machte. Dieses Oberkonsistorium erhält von dem Monarchen das Recht, Gesetze in Kirchensachen zur unabweichlichen Richtschnur vorzuschreiben. Nur dieses Konsistorium hat, ohne daß eine Beschwerde oder Einspruch gestattet wäre, die Untersuchung, Entscheidung und Aufsicht über Dinge, welche die Lehre betreffen; ihm ist die Einführung neuer Gesangbücher, Katechismen und Kirchengebete gänzlich und allein und ohne alle Anfrage überlassen; ebenso steht ihm allein zu, kirchliche Gebräuche und Agenden nach seiner Ansicht abzuschaffen und zu verändern. Alle Kircheneinkünfte und ihre Verwendung stehen unter der Aufsicht dieses Konsistoriums. Nur in Ehesachen bildet das Justizkolleg fernerhin eine Instanz, Einsprachen wider Entscheidungen des Konsistoriums, mit Ausnahme seiner einspruchlosen Lehrbestimmungen, müssen an den Senat gerichtet werden. Was die Kirchenlehre betrifft, verfügt zunächst diese hier unumschränkte Behörde: „obgleich die symbolischen Bücher die Grundsätze der christlichen Kirche enthalten, so sind sie doch auch häufig mit Vorstellungsarten derselben angefüllt, die nicht zu billigen sind. Es soll daher der in der (schwedischen) Kirchenordnung vorgeschriebene körperliche Eid auf dieselben nicht mehr stattfinden, sondern es sollen die Prediger nur auf die Augsburgerische Konfession, sofern (hier wohl quatenus) sie die christliche Lehre enthält, verpflichtet werden.“

Aus diesen wenigen mitgetheilten Zügen ist leicht ersichtlich, weshalb der Senat den schier ungeheuerlichen Plan stillschweigend zur Seite geschoben. Wie doch in dieser Auflösung der evangelischen Kirche und bei dem völligen Unverständnis ihres Wesens

oft unbegreifliche Gegensätze mit einer geradezu verblüffenden Unbefangenheit frohgemut aufschießen. Dieses Oberkonsistorium nun, oder vielmehr sein Generalsuperintendent, den zwei Prediger wie Hur und Aaron den Moses stützen, mit voller päpstlicher Gewalt und Machtvollkommenheit an die Spitze der lutherischen Kirche gerückt! Auch auf diesem Gebiete das allbeherrschende Streben eines aufgeklärten Despotismus bei aller Schwärmerei für eine freie Humanität.

Das Justizkolleg händigte dem Generalsuperintendenten beim Antritt seiner Stelle (1804) eine schriftliche „Instruktion“ *) ein. Sie zeigt in ihren neun ausführlichen Artikeln die Halbheit, das Schwanken einer in betreff ihrer Ziele noch unklaren Übergangsperiode, zugleich das Unfertige der neugegründeten Stellung. In demselben Augenblick, wo der Erlaß der liturgischen Verordnung aufdeckt, wie sehr innerlich und äußerlich sich das Justizkolleg von dem Standpunkt der schwedischen Kirchenordnung von 1686 entfernt, wird dieselbe dennoch dem Petersburger Generalsuperintendenten zur Richtschnur seines amtlichen Verhaltens und Verfahrens an die Hand gegeben. Gehen wir etwas näher auf diese Instruktion ein. Sie weist dem Generalsuperintendenten Sitz und Stimme im Justizkolleg an und zwar unmittelbar nach dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter. Wenn wir uns der traurigen Vorgänge vierzig Jahre früher erinnern, so zeigt diese Stellung, daß der Kirche im Justizkolleg nun eine größere Beachtung zuteil ward. Den Ritus der Kirche soll er unangetastet in den Gemeinden erhalten und alles daraus entfernen, was sich als gegen das Wort Gottes und die Kirchenordnung eingeschlichen. Und ein Jahr später (1805) wird eine Verordnung erlassen, von der wir sagen müssen, daß sie ebenso sehr von dem Worte Gottes als der Kirchenordnung abgewichen! Gleiches verlangt die Instruktion in betreff der Verkündigung des Wortes Gottes und der Sakramente, und nun doch das Jahr darauf erfolgen aus derselben Behörde so ganz andere Bestimmungen.

*) In meinem Besitze befindet sich eine gleichzeitige Abschrift aus dem Justizkolleg; wohl das einzige jetzt noch vorhandene Exemplar.

Ernst wird dem Generalsuperintendent ans Herz gelegt — wir erkennen daraus den wohlthätigen Einfluß des alten Kirchengesetzes — alljährliche Visitationen in seinem ganzen Gebiete zu halten. Rechtzeitig ist der zu visitierenden Gemeinde der Besuch anzumelden, zugegen haben dabei zu sein der Bezirkspropst, einige angesehenere Gemeindeglieder, ein Geistlicher aus der Hauptstadt und ein Notar, von dessen Protokoll eine Abschrift in der Gemeinde verbleibt, die andere an das Justizkolleg gelangt. Bei dem Mangel eines Petersburger Konsistoriums ist eigentümlich die Bildung eines solchen nur bei vorkommendem Falle. Nach eigener Wahl zieht der Generalsuperintendent zwei Geistliche aus der Stadt oder von den Landpropsten zur Mitarbeit heran, wenn sich seine umfangreichen Geschäfte so gehäuft, daß er sie nicht mehr allein bewältigen kann, wenn es gilt, Predigtamtskandidaten zu prüfen, Streitigkeiten zwischen Geistlichen und Gemeinden zu schlichten, die nur beim Scheitern ans Justizkolleg gelangen, oder Fragen, die sich auf die Lehre der Kirche beziehen, zu entscheiden, soweit sie nicht unmittelbar der Kompetenz des Justizkollegs zugehören. Nach gethauer Arbeit treten diese Gehilfen wieder von ihrer kurzen, zeitweilig innegehabten Stellung zurück. Dem Generalsuperintendenten liegt die genaue Einsicht und Begutachtung der Rechnungsbücher der Gemeinden ob und hat er für die richtige Verwaltung und Bewahrung des Kirchengutes Sorge zu tragen.

Weitere Neuerungen folgten. Den veränderten Gesangbüchern, der veränderten Liturgie mußte nun auch ein moderner Katechismus sich anreihen. Luthers unübertroffenes Meisterwerk stand als eine Hieroglyphe unter diesem aufgeklärten Geschlechte stumm, vielen ein Ärgernis, den meisten eine Thorheit. Die „liturgische Verordnung“ hatte bereits den Konsistorien die Sorge aufgetragen, „daß ihre Provinzen nach Bedürfnis zweckmäßige katechetische Hilfsmittel und Materialien erhalten.“ Der Vorsitzende des livländischen Oberkonsistoriums hielt es um so mehr für seine Pflicht, der Sorge nachzukommen, als er selbst sie in der Verordnung den Konsistorien aufgetragen. Man ließ sich den Auftrag angelegen sein. Da und dort schossen die Bücher und Büchlein wie Pilze auf, die berufen waren, den veralteten lutherischen Katechismus

zu ersetzen. Die traurigen Nachwerke, die uns aus dieser Zeit aus der lutherischen Kirche Rußlands zu Gesichte gekommen sind! Armselige Belege auch dafür, daß diese aufgeklärten Neologen, wie ihnen das Verständnis für die Bedürfnisse der „einfältigen Leute“ abging, so auch in gleichem Maße das für die „kleinen Leute“, für das Kindergemüt. Als ob ihnen mit dem Glauben an den Heiland gleichzeitig das Licht für das Volk und die Kindlein, die er an sein Herz gezogen, entschwunden wäre.

Von diesem Vorwurfe können wir auch die Arbeit des Generalsuperintendenten Sonntag nicht freisprechen. Sieben verschiedene Zeitsäden hatte er bereits für den Konfirmandenunterricht von 1796 bis 1809 im Drucke erscheinen lassen, wohl ein Beweis, wie rasch jeder neue Versuch als ungenügend sich erwies. Nun machte sich der begabte Stimmführer der Rationalisten des Landes an den „Entwurf zu einem Landeskatechismus für einen dreifachen Kursus des Religionsunterrichtes“ und verteilte einen Probedruck unter die Geistlichen und die Schulanstalten der Provinz (Mitau, 1811, II. Aufl., 196 S.). Sonntag ist überzeugt, „daß, läme Luther jetzt wieder und überlähe er den Geist und die Bedürfnisse unserer Zeit, so wie einst der seinigen, er befremdet nicht bloß, sondern entrüstet sein würde, daß man seinen Notbedarf des Augenblicks nun fast dreihundert Jahre erhalten zu müssen geglaubt hat. Daß Luthers kleiner Katechismus sein gutes hat, wer zweifelt daran? Bei der Arbeit eines Mannes von solchem Geiste und Gemüte, wie konnte das anders sein! Aber eben, indem der große, kräftige Mann so allgewaltig auf sein Zeitalter wirkt, muß er zunächst auch für dasselbe wirken. Wenn das spätere noch der ihm fremd gewordenen Hülle zu ehrerbietig huldigt, so hat es nicht den Geist erkannt, der jener einst ihre Hochachtung erwarb“ *). Mit welcher Entrüstung wohl der deutsche Reformator den Katechismus betrachtet haben würde, durch welchen ein Generalsuperintendent der nach ihm benannten Kirche das vermeintlich antiquierte Meisterwerk verdrängen wollte! Was wird doch in diesem Landeskatechismus den armen Kindern geboten und zugemutet!

*) Vgl. S. VIII der Vorrede zu dem Landeskatechismus, wo ausführlich die bei dem Entwurf maßgebenden Grundsätze besprochen wird.

75 Paragraphen haben sich die Kleinen schon einprägen müssen, darunter Gesangbuchlieder wie: Gesunde Glieder, muntere Kräfte, o Gott, wie viel sind die doch wert! Wer taugt zu des Berufs Geschäfte, wenn Krankheit seinen Leib beschwert? Ist nicht der Erde höchstes Gut Gesundheit und ein heitrer Mut?“ Da endlich taucht ganz am Schlusse auch der Jesusname auf. Und was erfahren die Kinder von ihm? § 80 lautet: Mehr sollt ihr von Jesus erfahren, wenn ihr werdet größer sein. Jetzt merket euch nur das! Jesus war gegen seine Eltern ein gehorsames, gutes Kind. Jemehr er heranwuchs, destomehr hatten ihn alle, die ihn kannten, lieb. Als er zwölf Jahre alt war, war er schon so gesetzt, daß seine Eltern an einem fremden, großen Orte ihn sich selbst überlassen konnten, und da ging er in ein Haus, wo Gottes Wort gelehrt wurde und er mußte damals von Gott schon soviel, daß die Lehrer selbst sich über ihn verwundern mußten Er selbst blieb auch ein guter Sohn bis an seinen Tod. Denn wie er starb, war das letzte noch, was er besorgte, daß er seinen besten Freund bat, seine Mutter zu sich zu nehmen.“ Genug dieses Zeuges, das wir nur mit Schmerz und Widerstreben bieten, zum Zeichen, in welchem Grade die Kirche und ihr innerstes Leben unter diesem aufgeklärten Despotismus entleert war. Dieser Zwingherr machte sich nun daran, ihr eine Verfassung zu geben.

Alle die erwähnten Arbeiten waren Studien, Vorläufer der notwendig gewordenen abschließenden Arbeit der Kirchenverfassung. Es sind bedeutsame Lebensäußerungen einer völlig anders gewordenen Kirche, die in dem alten Baue sich nicht mehr zurecht finden konnte. Ein selbstbewußter, eigenwilliger und eigengearteter Geist treibt in der Aufklärung sein Wesen, machtvoll dringt er in alle Lebensgebiete ein, zieht die besten, tüchtigsten Kräfte seiner Zeit an sich und verleiht ihnen festes Gepräge. Auf nicht wenigen Gebieten ein befreiendes, belebendes Gepräge. Am übelsten daran war das Gebiet, auf welchem der Kampf zu seinem Austrag gelangen sollte. Er spitzte sich in die beiden Rufe zu: Gottesoffen-

barung oder Menschenvernunft. Trat endgültig die Wahrheit auf die letztere Seite, dann war es Zeit, die Kirche mit ihren Heiligtümern abzutragen. Die hier siegestrunken fochten, waren überzeugt, daß diese Zeit gekommen, und darum eifrig im Niederreißen bei der Hand. Ein Notbau wurde aufgeführt, eine Zufluchtsstätte gewissermaßen, bis sich alle an die freie Zugluft der Aufklärung gewöhnt haben würden. Die Berechtigung zum Ausbau einer Kirchenverfassung auf ihrem Grund und Boden darf auch diesem Standpunkt nicht abgesprochen werden; lehrreich bleibt immer, auch den kümmerlichen, kläglichen Bau als notwendigen Ausdruck der Leistungsfähigkeit einer Zeit und Richtung zu prüfen.

Die lutherische Kirche Rußlands erhielt, wenigstens im Entwurfe, einen solchen sehr bemerkenswerten Notbau einer Verfassung nach dem Herzen der Aufklärung. Er kann in mancher Beziehung, was die Klarheit und Entschiedenheit in der Durchführung der herrschenden Grundsätze betrifft, als ein Musterbau dienen, der als solcher ernüchternd wirkte und einen heilsamen Umschlag einleitete. Der Procureur des Justizkollegs empfing den Auftrag; entschlossen legte er Hand an und entwarf den Riß. Es ist nicht ersichtlich, in wie langer oder kurzer Zeit, nur daß es geschah, während der Senat zwischen dem Justizkolleg und Generalsuperintendent die obwaltenden Mißhelligkeiten zu schlichten suchte, die das Bedürfnis einer festen Kirchenverfassung nahe gelegt haben mögen, während der livländische Generalsuperintendent mit seinem Landesstatechismus beschäftigt war, der sogar nicht in den Rahmen der alten Kirchenverfassung paßt. Im Frühjahr 1808 wurde der gefertigte Riß den Baumeistern der Kirche zur Begutachtung vorgelegt; selbst das Ausland wurde aufgerufen, sein Urtheil zu fällen. Sehen wir uns die Zeichnung einen Augenblick an*).

Sahlfeld muß zur Berechtigung seines rücksichtslosen Vorgehens weit ausholen; denn die Kirche sowohl als auch die Religion er-

*) Im Druck erschienen unter dem Titel: Kirchenordnung für die Protestanten im russischen Reiche; entworfen und mit Genehmigung der kaiserlichen Gesetzkommision herausgegeben von G. F. Sahlfeld. Joh. 4, 24. Mitau 1808, 312 Seiten.

sahen in seinen Augen wesentlich anders, als wofür sie die Reformatoren angesehen. Es galt ihm auch, den befremdlichen, von ihm unter den Pflug genommenen Grund und Boden zu kennzeichnen. „Religion ist nichts anders (nach § 6), als diejenige Stimmung des Gemütes, in welcher der Mensch sich geneigt fühlt, die Natur als das Werk Gottes, des Urhebers der Welt und die Gebote der Gerechtigkeit und Güte als Gebote desselben anzusehen und demgemäß in allen Verhältnissen des Lebens zu denken und zu handeln.“ Auf Grundlage dieses allgemeinen Religionsbegriffes hat „die protestantische Kirche (§ 24) als öffentliche Anstalt im Staat keinen anderen Zweck, als ihren Mitgliedern in Wahrheit, Sittlichkeit und Zufriedenheit behilflich zu sein und zwar bei vollkommener Gewissensfreiheit.“ Darum ist auch irgendwelche anderweitige Verpflichtung auf Bekenntnisse oder Vorschriften abzuweisen. Nicht einmal eine Verpflichtung auf die Bibel findet statt, sodaß in dem Rahmen der vorgeblichen protestantischen Kirche ohne Gewissensbeschweris auch die Juden, Türken und Heiden des Reiches Raum finden können. Jedenfalls werden als selbstverständlich unter dieser Ordnung verfaßt alle „Kirchengesellschaften der protestantischen Religionsgesellschaft“ angesehen, protestantisch so genannt, „weil sie diesen Namen von der 1529 auf dem Reichstag zu Speier übergebenen Protestation bekommen“. Auf diese flüchtige Angabe beschränkt sich die ganze Erinnerung an die Reformation; sie ist der Spinnfaden, an welchem diese Kirche mit ihr zusammenhängt.

Auch der Prediger ist an kein Bekenntnis gebunden. Bei der Ordination verpflichtet ihn sein Amtseid (§ 742) nach dieser Seite nur dazu, nichts zu lehren, was der Sittlichkeit überhaupt, dem religiösen Sinn und der Erkenntnis und Ausübung des Rechts und alles Guten entgegenwirken und dasselbe untergraben könnte; „namentlich will ich keine Vorurteile und keine Art des Unglaubens und des Mystizismus begünstigen, sondern ihnen, nicht aus Eitelkeit oder Neuerungsucht, sondern einzig und allein aus reinem Willen für Wahrheit und Tugend, jedoch mit steter Vorsicht und Schonung gegen die Schwachen, entgegen arbeiten und dieselben daher mit Ruhe und Würde beleuchten und einzig und allein durch Bewirkung einer freien, bessern Überzeugung zu ver-

tilgen suchen u. s. w. u. s. w.“ Wohl jeder Mollah im weiten Reiche hätte den Eid leisten und damit eine Anstellung in dieser „Kirchengesellschaft“ finden können.

Auf solchem aufgeklärten, trockenen Sandboden, in welchem nie eine kirchliche Gemeinschaft wurzeln kann, wird nun für die auf anderem Grunde entsprungene und als Staatsinstitut vorgefundene Kirche eine Verfassung hergerichtet, die an einzelnen Teilen den geschäftsgewandten, rechtsgelehrt tüchtig geschulten Beamten nicht verleugnen kann. Die Oberleitung aller Angelegenheiten der protestantischen Kirche wird einem „Reichskollegium der protestantischen Kirchensachen“ übergeben (§ 885), „welches die gesamten landesherrlichen Hoheitsrechte in Hinsicht auf die Protestanten unter unmittelbarer Wissenschaft R. Majestät als höchstem Oberhaupt aller Kirchen und Korporationen des Staates, für jetzt und künftig durch ganz Rußland ausübt.“ Dieses Reichskolleg ist eine rein weltliche Behörde; seine Mitglieder, der Vorsitzende, sein Stellvertreter, zwei rechtskundige Räte, ein ebenfalls rechtsgelehrter Schriftführer und Procureur müssen zwar Protestanten sein, aber eine besondere geistliche Vertretung in dieser Behörde wird der Kirche nicht zugestanden. Der unmittelbare Gegensatz also zu dem erwähnten Entwurf des Generalsuperintendenten. Dieses Reichskollegium bildet auch die oberste Instanz in allen richterlichen Entscheidungen der protestantischen Kirche. Wohl kann wider sein Urteil eine Berufung bei dem Senat eingereicht werden; aber es ist für den Beschwerdeführer eine verhängnisvolle Sache. Erkennt der Senat die Beschwerde für unbegründet, so trifft den Kläger ausnahmslos zweimonatliche Gefängnishaft oder tausend Rubel Strafe zum Besten der protestantischen Kirche.

Unter dem Reichskolleg stehen die protestantischen Konsistorien, deren sieben errichtet werden, in Petersburg, Moskau, Wilna, Mitau, Riga, Reval, Wiborg (§ 689); aus einem weltlichen Vorsitzenden, dem Superintendenten des Konsistorialbezirkes, je einem gelehrten und geistlichen Räte, einem Beisitzer aus der Bürgerschaft und wenn möglich aus einem weiteren geistlichen Beisitzer bestehend. Glaubt ein Konsistorium genötigt zu sein, gegen das Reichskolleg bei dem Senat Beschwerde führen zu müssen, so trifft im Falle der Nichtigkeit derselben ohne alle Schonung

sämmtliche Mitglieder Amtsentsetzung. Zur Wahl eines Superintendenten werden vom Konsistorium durch das Reichskolleg dem Kaiser zwei Kandidaten vorgestellt, als erster ein von sämmtlichen Geistlichen des Konsistorialbezirks aus der Zahl der Pröpste erwählter Kandidat und der dienstälteste Propst des Bezirks. Eigentümlich, daß mit der Superintendentur bestimmte Pfarrstellen verknüpft werden; die etwas unklare, flüchtige Fassung deutet darauf hin, daß bei Erledigung der betr. Pfarrstelle der Superintendent dieselbe erhält. In Petersburg ist es die erste Pfarre an der Petrikirche, in Moskau ebenfalls, in Wilna an der dortigen lutherischen Kirche, in Mitau an der Trinitatiskirche, in Riga und Reval am Dom, in Wiborg an der Paulskirche. Außer seiner Stellung im Konsistorium fällt dem Superintendenten die Aufsicht und Leitung der in seinem Bezirke angestellten Pröpste zu.

Die Konsistorialbezirke werden in Diözesen, welche acht bis fünfzehn Pfarrgemeinden umschließen, geteilt und wählen die Geistlichen dieser Gemeinden aus ihrer Mitte einen Propst, den das Konsistorium mit dem dienstältesten Geistlichen der Diözese dem Reichskolleg zur Wahl und Bestätigung vorstellt. Doch ist die Zahl der Pröpste beschränkt; Kurland darf nicht mehr als acht, Livland zehn, Estland und Petersburg je vier, Finnland und Moskau je fünf und Wilna zwei Pröpste haben. Der Propst hat die Aufsicht über die Amtsführung der Geistlichen und das Leben der in der Diözese sich aufhaltenden Predigtamtskandidaten zu führen; er vermittelt durch den Superintendenten den Verkehr seiner Diözese mit dem Konsistorium und wacht über die genaue Durchführung der erlassenen Anordnungen, als dafür dem Konsistorium verantwortlich. Über die vorhandenen Predigtamtskandidaten führt auf Grundlage der stattgehabten Prüfungen und der fortlaufenden eingehenden Berichte der Pröpste das Konsistorium genau Buch und Rechnung. Jährlich müssen die Kandidaten gestellte wissenschaftliche Fragen schriftlich beantworten, welche Arbeiten das Konsistorium durch den Druck zur Kenntnis des Publikums zu bringen verbunden ist, damit dieses sehen kann, ob und inwieweit „der Kandidat eine ruhige und vernünftige Ansicht der Dinge hat, welche sich ebenso weit von Mystizismus, Vorurteil und Aberglauben, als von Asterphilosophie und Unglauben ent-

fernt zu halten weiß.“ Im Falle einer Predigerwahl schlägt das Konsistorium aus seiner nach Alter und Befähigung genau geführten Liste den an der Spitze Stehenden dem Kirchenrat vor; zweimal hat derselbe das Recht mit Angabe der Gründe den Vorgeschlagenen zurückzuweisen, muß aber dann den dritten annehmen.

Was nun die Einzelgemeinde betrifft, so ist darauf zu achten, daß an jeder Kirche nur ein Pastor angestellt, deshalb im Bedürfnisfall alsbald zur Teilung der Gemeinde geschritten werde. Personalgemeinden in Städten müssen, weil sie nur Unordnungen begünstigen, in Stadtteilsgemeinden umgewandelt werden. Die Gemeinden haben durch Steuern für die Kosten des Kirchenwesens aufzukommen; auch wenn dieselbe ein Vermögen besitzt, muß der Gehalt der Geistlichen durch Jahresbeiträge aufgebracht werden und zwar in einem Grade, daß in möglichst kurzer Frist alle Nebeneinkünfte durch Amtshandlungen in Wegfall kommen, jedenfalls jetzt schon der sogen. Reichthilling. Vier Fünftel der nicht verbrauchten Zinsen eines vorhandenen Gemeindevermögens werden an die bei dem Reichskolleg zu gründende Kirchenkasse abgeführt, aus welcher sowohl die Altersversorgung der Geistlichen als auch ihrer Witwen und Waisen und eine Reihe anderer kirchlicher Unkosten bestritten werden.

Die Gemeinde wählt aus ihrer Mitte auf drei Jahre einen Kirchenrat, aus je zwei Gliedern der in ihr vertretenen sieben Stände (Beamte, Adel, Gelehrte, Künstler, Kaufleute, Gewerker, Bauern) bestehend, der wieder aus den Gemeindegliedern Kirchenvorsteher auf drei Jahre erwählt und zwar je einen aus den Kronbeamten, dem Adel, dem Bürger- und dem Bauernstand. Während diese Vorsteher mit den laufenden Geschäften in der Verwaltung und Besorgung des Kirchenwesens betraut sind, gilt der Kirchenrat als die Vertretung der Gemeinde und liegt ihm die Obergewalt über die von den Vorstehern zu besorgenden Geschäfte ob; er setzt die Gemeindesteuer für jedes einzelne Glied fest, wählt unter den vorgeschlagenen Kandidaten den Geistlichen, und übt die Polizei aus, wie bezeichnend der dürstige Rest der Kirchenzucht heißt. Diese Polizei ist befugt, „wie jede geschlossene Gesellschaft berechtigt ist, Mitgliedern derselben, die sich

nicht den Regeln der Gesellschaft gemäß benehmen wollen, ausschließen zu dürfen, einzelne Mitglieder, wenn sie durch öffentliche Reden bei Ausübung von Religionshandlungen absichtlich eine Geringschätzung derselben bewirken wollen oder andere in ihrer Andacht absichtlich und öffentlich stören, den Zutritt in die Versammlung bis zur Besserung zu verweigern.“ So entfernt man nun freilich auch ein schreiendes Kind, einen bellenden Hund aus der Kirche. Zu diesen beiden Gemeindeämtern, deren Annahme nicht verweigert werden darf, tritt für Gemeinden auf dem Lande und in kleinen Städten das unter dem Pfarrer und Kirchenrat stehende Amt der „Sittenaufseher zum Behufe der unteren Volksklassen, wohin der Bauer und diejenigen, welche sich von ihrer Hände Arbeit nähren, desgleichen die Dienerschaft gehört.“ Sie werden von diesen Volksklassen selbst erwählt, haben ein wachsames Auge über Kinderzucht, über eheliches und elterliches Verhältnis, über das wirtschaftliche und sittliche Verhalten des gemeinen Mannes und versammeln sich bei Beerdigungen, wenn der Verstorbene ein ausgezeichnet tugendhafter Mensch war, und sprechen bei dieser Gelegenheit öffentlich ein Urteil über des Verstorbenen tugendhaften Wandel aus, die übrigen Gemeindeglieder zur Nachahmung auffordernd.

Noch eine kurze Nachlese. Im § 144 gewährt der Procureur, sein Vorbild, das preussische Landrecht, unbedachtsam abschreibend, jedem Staatsbürger, den die Gesetze fähig erkennen, für sich selbst zu urteilen, das Recht, aus einer nicht protestantischen (somit also auch aus der russischen) zur protestantischen Kirche überzugehen. Bei dem § 488 ist Sahlfeld von seinem Ausfluge in das preussische Landrecht zurückgelehrt und schreibt als landeskundiger Russe, daß die Taufe in gemischten Ehen bei Strafe der Amtsentsetzung untersagt sei. Und dies ganz unvermittelt neben jenem Paragraph mit seiner ganz anders und soviel erfreulicher und schriftgemäßer lautenden Tragweite. In die Kirchenverfassung ist die Gottesdienstordnung mit hineinverarbeitet. Ein Vergleich mit der drei Jahre früher allerhöchst bestätigten Verordnung zeigt, wie bedenklich Sahlfeld in der Zwischenzeit auf der schiefen Ebene weitergekommen. Die hastige Gesezmacherei der ganzen Richtung geht unbehelligt

über das damals Bestätigte hinaus, weiter in die blaue Ferne, in welcher alles kirchliche, alles christliche Leben verschwimmt, als Luftspiegelung zerfließt. Nun dürfen Nottaufen „durchaus nicht geduldet werden, weil dadurch Unordnung in den Kirchenbüchern entsteht und der Endzweck ihrer regelmäßigen Führung nur zu leicht vereitelt werden kann.“ Selbst das heilige Wort des Herrn bleibt nicht unangetastet und muß sich von diesem Schlag Leute, die überall ihre Geistesarabeske zudringlich anbringen, die Entstellung gefallen lassen, daß fortan die Taufformel zu lauten habe: „ich taufe dich im Namen Gottes, des Vaters, des Schöpfers aller Wesen, im Namen Jesu Christi, dessen Tugend auch dir zuteil werde, im Namen des heiligen Geistes, des Geistes der Wahrheit, der dich überall leiten möge. Amen.“ Die Konfirmation verpflichtet zu nichts Christlichem; den Konfirmanden wird nur „das Gelübde der Sittlichkeit und — der Unterthanseid des russischen Reiches feierlich abgenommen“, eine Verpflichtung demnach, die ein Kalmülenjunge der goldenen Horde unbedenklicher eingehen konnte, als der Sohn lutherischer Eltern, die, preussische Unterthanen, sich in Rußland nur zeitweilig aufhalten. Diese durch die Konfirmation „förmlich und feierlich zu Bürgern und Unterthanen dieses Reiches“ gestempelten Kindern erhalten „die Erlaubnis, den Tod Jesu im Abendmahl mit uns zu feiern; sie sind nun zu dem reiferen Menschenleben eingeweiht.“ Da niemand verpflichtet war, von der gewährten Erlaubnis Gebrauch zu machen, so konnte ruhig der durch die Konfirmation zum russischen Unterthanen gemachte Kalmüle nun auch noch sich weihen lassen „zu dem reiferen Menschenleben“. Kranken und Sterbenden durfte das Abendmahl nur mit Vorwissen und Erlaubnis des Arztes erteilt werden. Man stelle sich — von allem Empörenden solcher Zumutung abgesehen — die Lage eines armen, deutschen Kolonisten vor, der sich nach dieser letzten, heiligen Bezehrung sehnt; sein Pastor will sie ihm spenden, aber der nächste Kreisarzt wohnt in einer Entfernung von 100 und 200 Werst; der reitende Bote findet ihn nicht zuhause, weil er ans andere Ende seines weiten Gebietes abgerufen ist. Und wenn dann doch der Geistliche den flehentlichen Wunsch des Sterbenden erfüllt, dann drohte ihm Amtsentlassung; zum mindesten war er einer Strafversetzung gewiß. Die

allgemeine Beichte, weil sie moralischen Mißbrauch veranlaßt, ist samt allen übrigen etwa üblichen Gebeten und Vorlesungen abzustellen *).

Scharf geregelt wurden die Geistlichen. Sie galten als Staatsbeamte und waren als solche zahllosen, strengen Verordnungen, wie sie nur ein geplagter, unter Altenstößen seufzender Ranzleibeamte kennt, ausgesetzt. Bis zur Tracht und Kleidung bemüht sich die obrigkeitliche Vorschrift. „Anständig beschnittenes Haar, runder Hut, ein Kleid mit stehendem Kragen von schwarzem Tuch, das rund umher bis zur Wade reicht, sich vorne durch eine Reihe bezogener Knöpfe schließt, schwarze Weste und Beinkleider, schwarzseidene Strümpfe und Schuhe mit Bändern, schwarze Halsbinde mit dem bisher gewöhnlichen, weißen Lappchen und ein schwarzseidener Mantel, der länger als das Kleid.“ Das ist die empfohlene Uniform des Geistlichen. Je freier und unbehelligter man „den Religionslehrer“ in seinen religiösen Anschauungen gewähren ließ, wenn er nur nicht offenkundig dem „Mytizismus“ huldigte, um so eifriger war man beflissen, ihn äußerlich als Pfarrer kenntlich zu machen. Auch in seine amtlichen Gepflogenheiten drang das scharfe Auge des maßregelnden Juristen. Die Kirchenverfassung hat Raum, in einem besonderen Paragraphen dem Geistlichen die Ausstellung von Bettelbriefen strengstens zu untersagen.

Alles, was sich auf Entscheidung über rechtmäßiges Eingehen und Scheidung der Ehe bezieht, wird den Konsistorien entzogen und vor die erste Instanz der protestantischen weltlichen Justiz-

*) Auch Sonntag war gegen das überkommene Gebet der Abendmahlsbeichte, das am Altar gesprochen wurde, weil er es — wie in seiner handschriftlich in meinen Besitz gelangten Besprechung des Sahlsfeldschen Entwurfs geschrieben steht — für „etwas Unwürdiges“ hält, wenn allsonntäglich eine ganze Gemeinde Armsündergefühle ausdrückt“. Sahlsfeld begründet seine Abschaffung mit der erstaunlichen Berufung auf Matth. 6, 7; 1 Kor. 4, 20. Ebenso erstaunlich ist sein kühnes Vorgehen, in die Kirchenordnung wieder einzuschmuggeln, was von seinen neologischen Ansichten in den bestätigten liturgischen Verordnungen ausgemerzt worden war. So sagt kühnlich § 61: „der Pfarrer darf auch Fieberverse und moralisch-able Sprichwörter und Sätze (statt des Bibelwortes) zum Texte nehmen.“

behörde gestellt, mit Ausnahme von Petersburg, Moskau und Wilna, wo diese Behörde fehlt. „Weil die Ehe nach protestantischen Ehebegriffen kein Sakrament ist, deshalb“ — so folgert der Jurist ebenso rasch wie unlogisch — „ist sie durch beiderteilige Einwilligung aufhebbar und folglich nur als bürgerlicher Kontrakt gültig.“ Nicht weniger wie siebenzehn verschiedene Ehescheidungsgründe werden aufgeführt. Den ersten Platz nimmt die wechselseitige, freie Einwilligung in die Scheidung ein; erst an neunter Stelle taucht der Ehebruch auf. Auch eine siebenjährige Kinderlosigkeit ist ein Scheidungsgrund, der jedoch im achten Jahre ohne Angabe von Gründen hinfällig wird. Das Einziehen des Mannes zum Rekruten gewährt der Frau das gleiche Recht der Scheidung, wie wenn er zu einer entehrenden Strafe verurteilt worden wäre. Sühneversuche werden „als unzweckmäßig und schädlich gänzlich untersagt (§ 827).“ Den Geschiedenen wird, ob schuldig oder unschuldig, in allen siebenzehn Fällen das Recht zum Eingehen einer neuen Ehe bedingungslos zugestanden.

Dies das interessante Gegenstück des Rechtsgelehrten zu dem drei Jahre früher eingereichten Entwurf des Generalsuperintendenten. Der Ausgangspunkt ist bei dem Theologen und Juristen der gleiche: das breite Fahrwasser der allgemein herrschenden Neologie und Aufklärung. Es macht nur geringen Unterschied, wenn im Verfolge der gleichen Grundsätze der eine auf dem gemeinsam eingeschlagenen Wege viel heherzter, rücksichtsloser vorgeht, der andere, durch die Bande und Gewohnheiten des Amtes etwas im Zaume gehalten, bedächtigeren, langsameren Schrittes das Ziel verfolgt. Und doch dieses Ziel so verschieden und in der Verschiedenheit trotz alledem beide Ergebnisse Früchte des gleichen Baumes! Mit der evangelischen Kirche der Reformation haben beide Männer im Dienste der herrschenden Zeitanschauungen gründlich aufgeräumt wie mit dem Evangelium selbst. Das steht ihnen unter der Buchtrute ihrer Vernunft. Die nun doch nicht einfach von der Vernunft als nicht vorhanden wegzuleugnende Kirche wird von dem Juristen der Staatsallmacht überantwortet; eine rein weltliche Behörde steht an ihrer Spitze. Die von dem Staate ausgehende Gesetzgebung, dieses anmaßliche Schoßkind der Aufklärung, darf sich

bis zur Bestimmung des Begriffes der Religion versteigen. Mit jenem oben erwähnten ungeheuerlichen Satz beginnt Sahlfeld seine Kirchenordnung. Der Theologe dagegen löst die Kirche mit entschlossener Hand völlig vom Staate ab; nicht aber, um ihr freie Selbständigkeit zu gewähren, sondern um sie in die Botmäßigkeit eines Geistlichen, sagen wir lieber, eines kleinen Papstes zu stellen. Zu solcher zwiefachen Entstellung und Verzerrung wird die arme Kirche unter dem eisernen Regimente der sogen. Vernunftreligion verurteilt.

Die beiden Entwürfe, zumal der Sahlfeldsche, der uns vollständig vorliegt und in seinen einzelnen Theilen mit viel größerem Geschick und mit fachmäßig geschulterter Hand ausgeführt ist, sind höchst bedeutsame Zeichen ihrer Zeit; gleichsam das letzte Wort, das eine theologische Richtung je und je in der von ihr zu handelnden Kirchenverfassung zu sagen hat, die praktische Summa ihrer Weisheit, ihre spät reisende Frucht. Beherzigenswert für die ganze Richtung, wie sie sich in der lutherischen Kirche Rußlands gestaltet und auch ausgelebt hat, steht die unleugbare Thatsache, daß diese ihre letzte geistige Anstrengung auf dem so fruchtbar angebauten Felde der Gesetzgebung sich als Fehl- und Totgeburt erwies. Ihre eigenen Söhne stellten den Totenschein aus. Sahlfeld hatte um eingehende Beurteilung gebeten; sie blieb nicht aus. Es ist mir kein anderer Fall in der Geschichte der lutherischen Kirche Rußlands bekannt geworden*), daß die hiezulande nur schwer und widerstrebend in Bewegung sich setzenden litterarischen Federn mit einemmale so rührig in der Besprechung des vorliegenden Kirchenplanes waren. Handelt es sich auch nur um einen längst vergessenen und vergilbten Totenschein, so müssen wir doch in dieser Verfassungsgeschichte einen flüchtigen Blick auf die verschiedenen Schriftzüge werfen. In fast allen damals im Lande erscheinenden Zeitschriften und Zeitungen stoßen wir auf mehr oder minder eingehende Besprechungen; damit nicht genug, hat man die zerstreuten Artikel zusammengestellt im Drucke erscheinen lassen.

*) Nur in jüngster Vergangenheit dürften vielleicht die Vorträge zweier Professoren in Dorpat über die heilige Schrift eine ähnliche litterarische Thätigkeit erzeugt haben.

Der Eifer erkaltete zwar bald, über das erste Heft ist das Unternehmen nicht gediehen*).

Ein Blick in die verschiedenen, mir vorliegenden Besprechungen zeigt, daß fast ausnahmslos alle Beurteiler von dem gleichen Punkte religiöser Ansicht ausgehen, der eine aber früher, der andere etwas später auf der eingeschlagenen Bahn Halt gemacht; daß schier alle über den rücksichtslosen Verfolg dieser Bahn und die für die bestehende Kirche daraus gezogenen Folgerungen teils verblüfft, teils in Staunen gesetzt und bedenklich geworden sind. Sie wittern ernststen Schaden für die Kirche, sind aber unschlüssig und schwanken, ob den Schaden die herrschenden und rückhaltlos durchgeführten Grundsätze des gemeinsamen, theologischen Standpunktes oder aber erst die Einzelheiten der auf diesem Standpunkt aufgebauten Verfassung angerichtet haben. Die Mehrzahl neigt sich letzterer Meinung zu und erspart sich damit die peinliche Aufgabe, den selbst sorgsam gepflegten Baum an dieser, nach unserer Überzeugung naturgemäßen Frucht zu erkennen. Die Übereinstimmung mit dem Ausgangspunkt, seine zweifellose Vortrefflichkeit wird mit der fast schwärmerischen und sentimentalen Vertrauensseligkeit, wie sie der Aufklärung eigen war, gerühmt. Das hier laut zustimmende Wort berechtigt dann im einzelnen, leise, halbe Bedenken zu äußern. Sie lagen auf der Hand, sobald man nur den ersten Versuch machte, das am grünen Tische Niedergeschriebene in die raube Wirklichkeit einzuführen. Die hastige Gesezmacherei jener Lage hatte nicht Zeit, noch Lust, noch Auge, die vorhandenen Thatfachen, das frisch pulsierende Leben zu beachten. Der Rod wurde nicht nach dem Leibe zugeschnitten; von dem Leibe verlangte man, daß er sich in den ihm gewiesenen Rod recke und strecke und zwar umgehend, und zwar einerlei, ob es der massive Knochenbau eines Bauern oder die schwächliche Gestalt eines Städters sei. Der Despotismus dieser Aufklärung setzte sich über derartige Unebenheiten leichten Herzens hinweg.

Sahlfeld hatte es durch solche Rücksichtslosigkeiten seinen Angreifern leicht gemacht, die verwunderlichen Blößen zu brand-

*) „Gesammelte Urtheile und Bemerkungen über den Sahlfeldschen Kirchenordnungs-Entwurf.“ Mitau 1808. I. Heft. 200 Seiten.

marlen. Ein Lehrer der Petrischule ließ nebeneinander abdrucken Stellen aus dem „Musterrod“ der Kirchenordnung, aus dem allgemeinen Landrecht für die preussischen Staaten, und daneben die Anordnungen des russischen Procureurs, welche die für Rußland völlig unzutreffenden Bestimmungen als ungeschickte, nur allzutreue Übersetzungen des vorliegenden Originals erscheinen lassen*). Ebenso wiesen ein Paar lurländische Geistliche auf die dem Leben abgewandten Bestimmungen hin. Der Procureur verfügte über Letten und Esten, als ob es Märker und Pommern wären, über die Geistlichen aber, wie wohl ein gestrenger, kurz angebundener Wachtmeister über die von ihm zu drillenden Soldaten. Mit welchen Schreibereien, mit welchen Botengängen wurden diese armen „Religionslehrer“ überlastet und mit welchen entwürdigenden Strafen belegt, nicht nur über das geringste Vergehen, wenn sie sich z. B. über die alphabetisch geordnete Reihenfolge der Abendmahlsgäste geirrt oder nicht rechtzeitig diese umfangreichen Listen in mehreren Exemplaren angefertigt. Solange irgendwelche Anklage wider sie, ob falsch oder gegründet, schwebte, waren sie des Amtes entsetzt, und selbst wenn die Anklage sich als ungerechtfertigt erwies und der Pastor völlig unschuldig war, wurde er dennoch in eine andere Gemeinde versetzt!

Nur vereinzelte und dazu zaghafte Stimmen verlauteten, die einsichtsvoll versuchten, diese Auswüchse bis in ihre Wurzel zu verfolgen. Daß es dabei zu einer entschiedenen Beurteilung der Wurzel gekommen wäre, haben wir nirgends finden können; die alte Orthodoxie und auch der Pietismus schienen keine Vertreter mehr zu haben, oder wo ein solcher Spätling doch noch als Stiller im Lande auf irgendeiner weltverborgenen Pfarre gewissermaßen vergessen dahin lebte, hüllte er sich in Schweigen. Was in dieser Hinsicht geäußert wurde, war nur das Bekenntnis, daß man nicht so weit in der gleichen Richtung vorgehen, daß man größere Rücksichten auf die noch vorhandenen religiösen Bedürfnisse nehmen und der Zeit es überlassen wolle, das gepriesene Werk der Aufklärung in allen Schichten der Bevölkerung auszuführen. Man half sich

*) Vgl. Segelbach, Bemerkungen über die Sahlfeldsche Kirchenordnung (Dorpat 1808) S. 35 ff.

dann über die aufsteigenden Bedenkslichkeiten dadurch hinweg, daß man die aufgestellte Kirchenordnung als ein erst in weiter Ferne winkendes Ziel sich wolle gefallen lassen.

Rühl stellte sich von Anfang an der Vorlage gegenüber das im Lande hochangesehene Haupt der Nationalisten, der livländische Generalsuperintendent. Man merkt seinen kurzen Äußerungen ab, daß seit den Verhandlungen über die liturgischen Verordnungen eine tiefgehende Spannung zwischen ihm und Sahlfeld eingetreten. Die Eigenmächtigkeit, mit welcher der Procureur in dem von der Kommission unterschriebenen Entwurf Änderungen gemacht, war ihm peinlich und ärgerlich. Ärgerlicher und befremdlicher, daß, um nicht zu sagen dreist, ihm nun wieder harmlos dieselben Züge entgegentraten, die hauptsächlich durch seinen Einfluß in der liturgischen Verordnung als Runzeln und entstellende Flecken entfernt worden waren. Auch das mag dem hochangesehenen Kirchenmann verdrießlich und anstößig erschienen sein, daß eine für die Kirche wichtigste Arbeit einem Juristen anvertraut war und dazu einem solchen, der bereits den Beweis geliefert, wie unmöglich und schädlich für die Kirche seine Aufstellungen seien. Raum fünfzehn Zeilen, wie Sonntag freilich jetzt erst verrät*), hätte die liturgische Kommission unverändert aus dem Sahlfeldschen Entwurf in die bestätigte Ordnung übernehmen können. Sonntag war eine kräftig ausgeprägte und dabei auch begabte Kirchengestalt. Er fühlte sich nicht nur persönlich durch die Umgehung verletzt; er fühlte diese Behandlung auch als eine bittere Geringschätzung der Kirche, die er liebte und vertrat. Es liegt in seinem Rationalismus der erwähnte, wohlthuende Herdersche Zug, der ihn bewahrte, seiner Kirche die Aschenbrödelstellung in der Staatskirche anzuweisen, zu welcher der Sahlfeldsche Entwurf sie verurteilte. Dieser erfreuliche Zug, hoffnungsvoll wie Morgenröte, verführte den Generalsuperintendent bei doch gleichem Ausgangspunkt mit dem Juristen zu geringerer Folgerichtigkeit. Aber was schlägt endgültig der Mangel, menschliche Schulmeinungen bis zu ihrer letzten Stufe auszutragen, wo es sich um die höchsten Lebensfragen für den Christen, für die Kirche handelt? Je früher ich entdecke, daß der

*) Vgl. die „Neuen wöchentlichen Unterhaltungen“ II, 113.

stürmisch verfolgte Weg in einer Sadgasse oder in einer Grube ausläuft, je entschlossener ich dann im Laufe einhalte und mich nach dem richtigen Wege umsehe, desto besser. Auf den Ruhm der Folgerichtigkeit verzichtet dann gern, wem der Weg des Heils lieber ist als ein Holzweg.

Die von allen Seiten verlautenden Einwendungen erstickten die Frucht in der Geburt. Auch an maßgebender Stelle überzeugte man sich von der Gültigkeit des Totenscheins. Es trat zunächst Stille ein wie in einem Trauerhause. Eine unheimliche, besorgniseinflößende Stille; denn die in dem Hause lebten, im Grunde doch Familiengenossen, überkam die Furcht, daß diese Totgeburt das Leben der Mutter selbst gefährde. Sichtlich schwanden ihre Kräfte; ein bedenkliches Siechtum stellte sich ein; die Unsicherheit, als ob die Lage gezählt wären, trat an die Stelle der lebensfrohen Sicherheit von gestern. Und wenn nun die Entscheidung käme, was sollte aus ihnen, den Hausgenossen, werden, die sich so siegesgewiß und behaglich gefühlt?

Es ist mir keine Äußerung aus der lutherischen Kirche Rußlands jener Tage zu Ohren gekommen, die mit der Stimme eines Propheten die anhebende, unheimliche Stille auch anders gedeutet und zwar als die heilsame und entscheidungsvolle Ruhe und Sammlung, die jeder tiefgehenden Krisis voranzieht, wie jenes stille, sanfte Gausen, vor dem der Prophet Elias sein Antlitz mit dem Mantel umhüllte, weil er wußte, daß nun der Herr nahe sei. Für den Tag der Alleinherrschaft des herkömmlichen Vernunftglaubens war unaufhaltsam der Abend angebrochen. Die nächtlichen Schatten lagen nicht nur auf dem Wege, den die lutherische Kirche zog; soweit das Gebiet jener Herrschaft reichte — und wohin wäre der Einfluß der Aufklärung in der Zeit ihrer Blüte nicht gedrungen — auf Staat und Kirche sehen wir den Abend Schatten, zugleich mit den Wetterzeichen am östlichen Himmel, daß ein neuer Tag geboren werde.

Die Vorarbeiten zum Gesetz für die lutherische Kirche.

Der Sahlfeldsche Entwurf einer Kirchenordnung bildet den Höhepunkt der Aufklärungsperiode in der lutherischen Kirche Rußlands, zugleich auch ihren Wendepunkt. Er weist auf den tiefsten Niedergang dieser Kirche hin, wo sie ihrem eigensten Wesen entfremdet, fernab von ihrem Heimgebiete der Reformation nur einen Schritt noch zu thun hat, um als christliche Kirche zu verschwinden und eine Zeit lang noch als ein Staatsinstitut geduldet zu werden, bis dieses durch zweckmäßigere Institute völlig ersetzt worden wäre. Auch solche Bergewaltigungen überdauert eine evangelische Gemeinde. Der Herr kann ihrer nicht vergessen und hat ihr eine Lebenskraft eingehaucht, die immer wieder durch alle Schädigungen der Menschen sich hindurcharbeitet. Zumal in den baltischen Landen hätte man mit einer jahrhundertlangen, in deutscher, frommer Treue festgehaltenen Geschichte brechen müssen, wenn man sich mit derartigen Nachwerken hätte auch nur für kurze Zeit befreunden können. Christliches Leben ist stärker als eine kommende und gehende Schulmeinung.

Der anhebende Wandel und Umschlag vollzog sich in Rußland auf staatlichem und kirchlichem Gebiete in enger Verbrüderung in wunderbarer Weise. Aus dem fernen Frankreich waren wie eine Sintflut die sieggewohnten Scharen des gewaltigen Korsen in Rußland eingebrochen; der Feuerschein des brennenden Moskau, ein riesengewaltiges „bis hierher und nicht weiter“, warf seine unheimlichen Flammzeichen in weite, scheinbar für sie unerreichbare

Gebiete. Auch in das Gebiet, welches der aufgeklärte Despotismus unter Führung eines Voltaire und seiner gefeierten Meinungsgenossen vom Throne bis in die Familienstube seit einem halben Jahrhundert mit fast einspruchloser Macht inne hatte. Hier zündeten die Funken zu einer Läuterungsfeuer, das wiederum vom Throne bis in die Familienstube reinigend drang. Im Widerschein des brennenden Moskauer hat Kaiser Alexander die Bibelgesellschaft für Rußland bestätigt; im Morgengrauen, banger, schwerer Zeit ein bedeutsamer Hahnruf des anbrechenden neuen Tages.

Es würde uns hier zu weit führen, wollten wir alle die anderen, rasch aufeinander folgenden Wetterzeichen des sich vollziehenden Umschlages aufzählen. Sie sind in die Geschichtsbücher eingetragen und allgemein bekannt. Aus verborgener Tiefe der evangelischen Kirche, aus den weltvergeffenen oder auch weltverachteten Kreisen der „Stillen im Lande“, die sich von dem Straßenlärm der herrschenden Richtung in die bescheidenen Hinterstuben zurückgezogen und aus dem geringgeschätzten Bibelbuche sich gottselig erbauten, war ein Hauch evangelischer Erfrischung wieder auf die Straße gedrungen und von den gewaltigen, weltumgestaltenden Ereignissen gekräftigt, in alle Kreise getragen worden. Auch wieder in die Kirchen; auch wieder in die evangelischen Kirchen des russischen Reiches.

Mancherlei befremdliche und auch erfreuliche Zeichen hatten dieser Erneuerung des evangelischen Glaubenslebens an, das sich allen Kirchen wie ein schöner Morgentraum mittheilte. Von Gemeindegliedern in viel höherem Grade als von Geistlichen ging die Anregung, das Ergriffensein und Ergreifen aus. Die Geistlichen hatten es schwerer, von ihren lang gehegten Schulmeinungen loszulommen; der ihnen zugewiesene Kampf war tiefgehender, ein Jakobskampf, über welchem gar manche Hüfte verrenket ward, bis der Gottessegens errungen war. Und wenn sie dann, meist schon ein neu heraufgelommenes Geschlecht, hervortraten, sahen sie sich von den Gemeindegliedern überholt und diese bereits in voller Thätigkeit, das rasch Gewonnene in der Kirche zu verwerten; zum Teil im Uebereifer, lange Versäumtes in den so öden Kirchen herzurichten. Alle Kirchen und Gemeinden ohne Ausnahme hatten

unter dem Drucke und Einfluß der Aufklärung gestanden; unter solchem Regimente war das Bewußtsein der Eigentümlichkeiten und Sonderart der einzelnen Kirchen völlig verschwunden, gleichzeitig mit ihrem christlichen Gehalte. Jetzt wie aus einem langen Schläfe erwachend, sammelten sich alle aus den verschiedenen Kirchen um das gemeinsame Bibelwort, um den gemeinsam ergriffenen und mit gleicher Liebe festgehaltenen Heiland und reichten sich freudetrunken über diesem Besitze die Bruderhand. In der römischen Maltheserkirche in Petersburg lauschte alle Welt andächtig den Predigten Gogners, ein römischer Priester noch dem Äußeren nach, durch und durch aber schon ein gottgeegneter Prediger des Evangeliums. Die ihm begeistert zuhörten: die Angehörigen der evangelischen, russischen, römischen Kirche bis hinauf in die höchsten Kreise freuten sich ihres gleichförmigen Christentums. Man meinte den Tag heraufgekommen zu sehen, den der Herr an das Ende der Entwicklung gerückt, wo dann nur ein Hirte und eine Herde sein werde. Die schöne Frühstunde, in mancherlei Nebel verschwommen, ging freilich vorüber; im klaren Tageslicht tauchten dann auch wieder die Besonderheiten der einzelnen Kirchen auf, die sich unter den bestehenden Verhältnissen in ihrem berechtigten Schwergewicht nicht von einer schwärmerischen Liebe wegheben ließen.

Es konnte nicht fehlen, daß diese erfrischende, wahrhaft evangelische Strömung viele mit sich fortriß, die ihr selbst nur allzu bald eine trübe Beimischung gaben. Auf der einen Seite die Schwachen, die sich von jeder Strömung wiegen und tragen lassen, aber nicht ernst und tief genug sind, sich von ihr läutern, innerlich umgestalten zu lassen: Holzblöcke nur, die bei dem leisesten Hindernis sich anstauen und dann die Strömung aus ihrem gegnerten Bette drängen. Auf der andern Seite die Unlautern, die sich jedem Winde hingeben, wenn er sie nur vorwärts bringt, deren Gebaren aber nirgends abstoßender, verderblicher ist, als auf religiösem Gebiete, weil sie da im Heuchelschein der Frömmigkeit ihr Unwesen treiben und gewissenlos den Ast durchsägen, der sie trägt. Wer die gewaltige Bewegung im Staats- und Kirchenwesen hierzulande im zweiten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts aufmerksam beobachtet, findet leicht die Belege für die einzelnen

Züge auch auf dem von uns behandelten Gebiete und wird ihre förderlichen und hemmenden Spuren in dem Gewebe der angestrebten Kirchenverfassung wiedererkennen, das diese Zeit gewirkt hat. Aus diesen Spuren ist ersichtlich, warum das Gewebe wieder aufgelöst und mit den gewonnenen Fäden die Arbeit später neu aufgenommen werden mußte.

Während des Jahrzehntes 1808 bis 1818 herrschte auf dem eben noch so geschäftigen und lärmigen Gebiete versuchter Verfassungspläne für die lutherische Kirche des Reiches nächtliche Stille. Auf staatlichem Gebiete freilich arbeitete ein Speranski seinen großartigen Plan der Umgestaltung von Reich und Regierung aus und begann, nachdem er die Gutheißung des Kaisers für den sorgsam geheim gehaltenen Entwurf erlangt hatte, an seine allmähliche Verwirklichung zu gehen. Aus dem geheimnisvollen Dunkel tauchte zunächst die Neugestaltung, eigentlich die Neuschöpfung des Reichsrats auf, mit einer Machtbefugnis, wie sie einst Peter der Große dem Senat eingeräumt. Notwendigerweise wirkte diese Anordnung in allen Verwaltungszweigen des Staatswesens nachhaltig und umgestaltend ein. Auch das kirchliche Gebiet mußte davon berührt werden; unmittelbar die lutherische Kirche des Reiches durch die Schaffung einer „Oberverwaltung der geistlichen Angelegenheiten fremder Konfessionen“ im Jahre 1810. Verschiedenen und weit auseinander liegenden Behörden waren die vielerlei im Reiche vertretenen fremden Kulte unterstellt; fortan leitete eine Hand und eine Oberbehörde diese Kulte; neben der lutherischen und reformirten Kirche auch die Katholiken, die Armenier, die Uniaten, ja selbst die zahlreichen Juden und Mohammedaner des weiten Reiches. Mit dieser Veränderung gingen für die Protestanten des Reiches alle bisherigen administrativen Verfügungen des Justizkollegs an diese neue Oberverwaltung über, ebenso wie alle Sachen in Beziehung auf die Hoheitsrechte (*jura circa sacra*).

An die Spitze dieser „Oberverwaltung“ wurde der Fürst Alexander Nikolajewitsch Galizin gestellt, der Altersgenosse und einst auch Spielgefährte des Kaisers Alexander und seit jenen Kindheitstagen innig mit ihm befreundet. Bereits 1805 war der

lebenslustige, in Voltaireschen Anschauungen befangene Fürst Oberprocurator der Synode geworden. Die hohe Stellung nötigte ihn, sich mit den bis dahin ihm fremd gebliebenen kirchlichen Angelegenheiten zu beschäftigen; eine ungewohnte Arbeit, die er aber ernst und tief angriff. Denn er nahm die Bibel zur Hand und ihr Inhalt wirkte wunderbar auf ihn und ergriff sein Herz, das alle Lebensgenüsse frühzeitig gelostet, ohne Befriedigung darin gefunden zu haben. Galigin war der erste wohl aus der Tafelrunde der kaiserlichen Freunde, an welchem sich der Wandel und Fortschritt aus der öden Aufklärerei der höchsten russischen Gesellschaft, bei den besseren in etwas durch den humanen Idealismus, wie ihn des Kaisers Erzieher, der edle Loharpe, mannhaft und freisinnig vertreten, verklärt, zu gläubiger, wahrhaft evangelischer Gesinnung vollzogen hat. Galigin ist unter den vielen, die in späteren Jahren den Wechsel an sich willig oder widerstrebend durchmachten, einer der lautersten, ein wahrhaft frommer Vertreter. Man spürte alsbald in dieser eben errichteten Oberverwaltung den regen Eifer, mit welchem sich der Fürst der neuen, umfangreichen Arbeit widmete, zugleich auch den scharfen Blick, mit welchem er die Notstände des ziemlich zersetzten lutherischen Kirchenwesens, wie er es überkommen, durchschaute und sachgemäße vorläufige Schritte für eine gründliche Abhilfe that.

Unter den vielen Fehlern der vorangegangenen gescheiterten Versuche war einer der auffälligsten und verhängnisvollsten der Erbfehler der ganzen Aufklärungsperiode, die Rücksichtslosigkeit, mit welcher leichten Herzens über alle bestehenden, in langsamer Entwicklung geschichtlich gewordenen und damit teilweise rechtlich begründeten Verhältnisse hinweg gesehen und wie auf einer unbeschriebenen Tafel der Riß eines Lustschlosses hingezeichnet wurde, für dessen Ausbau alles geopfert werden sollte. In anderer, gründlicherer Weise begann Galigin die Arbeit damit, daß er bereits im November 1810 von den verschiedenen Konsistorien eine genaue Beantwortung einer Reihe gestellter Fragen inbetreff der kirchlichen Verhältnisse und ihrer historischen Entwicklung mit den nötigen Beweisstücken einforderte. Gleichförmig lautete die erste Frage: „auf welche Gesetze, Anordnungen und Befehle gründet sich die Verfassung des betr. Konsistoriums und in welcher Art ist

dasfelbe organisiert?“ Noch vor Schluß des Jahres sollten die Antworten einlaufen. Wenn ich die mir heute noch zugänglichen aufmerksam prüfe, gewinne ich den Eindruck an nicht wenigen Stellen, daß die gewährte Frist für die Beantwortung zu knapp angesetzt war. Man hatte es nun doch wieder zu eilig, um etwas Gründliches zu erhalten, und als die verlangten Auskünfte eingetroffen waren, schien man säumig geworden, das Gewonnene zu verwerten. Von dem einen Ufer hastig abgefahren, war es, als ob man an das andere Ufer nicht gelangen konnte oder wollte. Man gab sich zufrieden, ein dermaleinst vielleicht zu verwertendes Altenmaterial gewonnen zu haben, ein Kapital, an dessen reichem Besiz sich so manche Behörde hierzulande erfreut, ohne daran zu denken, die Jahreszinsen zu heben. Andere Arbeiten drängten diese Anläufe in den Hintergrund; dann kam der Krieg, dann kamen die Nachwirkungen desselben, die alle Aufmerksamkeit auf fernabliegende Gebiete hinzogen. Und Galigin war in alle massenhaft andrängenden, anderweitigen Anforderungen hineingezogen, daß ihm keine Zeit blieb, diesem einen Bruchteil die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Ein größerer Hemmschuh scheint gewesen zu sein, daß er nicht die geeignete Persönlichkeit in jenen Jahren fand, in seinem Sinne den Riß im einzelnen auszuführen. Das Verjäumnis wird nicht beklagen, wer die Zeit vor 1812 genau kennt und auch das verfügbare Material an geistigen Kräften.

So blieben die Verhältnisse nach wie vor für die lutherische Kirche des Landes im großen und ganzen in den alten, ausgefahrenen Geleisen, ungeordnet, einer festen Verfassung dringend bedürftig. Das Jahr 1818 sollte den Anfang der ersehnten Wendung bringen. Ein paar tiefeingreifende kaiserliche Erlasse läuten gewissermaßen den anhebenden Umschwung ein. Gleich an der Schwelle des Jahres, am 1. Januar, steht die Eröffnung des neugegründeten Ministeriums des Kultus und der Volksaufklärung, welches dem Fürsten Galigin übertragen wurde, der außer seinen bisherigen Ämtern bereits 1816 die Verwaltung des Ministeriums der Volksaufklärung erhalten hatte. Der Amtskreis dieses neuen Ministeriums umfaßte die drei umfangreichen Gebiete, welche bis dahin Galigin geleitet, außer dem zuletzt hinzugelommenen der

Vollsaufklärung die Oberprokuratur der Synode und die Oberverwaltung der geistlichen Angelegenheiten fremder Konfessionen. Fürst Meschtscherski wurde nun Oberprokureur der Synode, aber als solcher dem Minister unterstellt. Das neue Ministerium teilte sich in zwei Departements; dem der Vollsaufklärung stand der wirkliche Staatsrat Popow vor, dem des Kultus, welches aus der früheren Oberwaltung und der Kanzlei des Synodaloberprokureurs gebildet wurde, der wirkliche Staatsrat Alexander Iwanowitsch Turgenieff, ein näher Verwandter des berühmten Dichters. Dieses Departement des Kultus gliederte sich wieder in vier Abteilungen für: 1) griechisch-russische, 2) römisch-katholische, 3) protestantische, 4) jüdische und mohammedanische Angelegenheiten *).

Dieser Verordnung reihte sich nach einer Woche ein weiterer Erlass an, der sich unmittelbar auf die evangelische Kirche des Landes bezog und in allen protestantischen Kirchen des Reiches von der Kanzel aus zur Verlesung kam. Am 19. Oktober des vorangegangenen Jahres war auf allerhöchsten Befehl in sämtlichen protestantischen Kirchen Rußlands die dritte Säcularfeier der Reformation festlich begangen worden. In besonders feierlicher, eindrucksvoller Weise in der lutherischen Petrikirche der Hauptstadt. Hier war von den Amtsbrüdern die Festpredigt, um allen Gemeindegliedern ein beredtes Zeugnis der Gesinnung, in welcher man das Fest feiern wollte, zu bieten, dem Pastor der deutsch-reformirten Gemeinde, Johannes von Muralt, übertragen worden. Als weiterer Ausdruck der herrschenden Gesinnung galt, daß unter herzlichster Teilnahme und inniger Zustimmung der gesamten evangelischen Bevölkerung der Stadt bei dieser Feier die sämtlichen lutherischen Prediger aus Stadt und Land zusammen mit Muralt, mit dem Pastor der Brüdergemeinde und mit einigen anwesenden englischen Missionaren das heilige Abendmahl in brüderlicher Vereinigung nahmen. Draußen an der deutschen Heimstätte der Reformation hatte man in der Domkirche zu Berlin das Fest ganz in der gleichen Weise durch eine gemeinsame Abendmahls-

*) Vgl. Fürst Galizin und seine Zeit. Aus den Erlebnissen des Geheimrat Peter v. Gölze (Leipzig 1882) S. 24.

feier begangen; der Tag war zum Geburtstag der Union geworden.

Das Petersburger Fest^{*)} wirkte lange und tief nach. Auch in den fromm angeregten russischen Kreisen sprach man mit warmer Anerkennung von der befundeten Abendmahlsgemeinschaft, „so ganz im Geiste des Evangeliums der Liebe gegründet“, wie sich der „russische Invalide“ in seinem Berichte am 24. Oktober Nr. 248 ausdrückte. Ein besonders lebhaftes Echo hatte die Feier in dem Herzen des Vorsitzenden des Justizkollegs, Baron Heinrich v. Korff gefunden, ein Kurländer von Geburt, frühe den neologischen Bestrebungen seiner Zeit abgencigt und ernsteren, frommeren Anschauungen zugewandt. Ich besitze ein Schriftstück von seiner Hand, in welchem er entschieden gegen die unchristliche Anschauung Sahlfelds von der Ehe und ihrer leichten Lösbarkeit Einsprache erhebt und dabei erwähnt, daß er seine auf das Evangelium begründete Ansicht schon seit seinem Eintritt in das Justizkolleg allzeit verfochten habe^{**}). Er brachte die gemeinschaftliche Abendmahlsfeier als „ein den Geist der Liebe und der Eintracht beurlundendes Ereignis“ zur Kenntniss des Kaisers, der — wie es in jener Mitteilung von allen Kanzeln lautet — „mit wahrer Zufriedenheit eine solche Vereinigung der verschiedenen protestantischen Konfessionen betrachtet und nicht zweifelt, daß diese Einigung im Geiste jene Befenner des Evangeliums stets beselen werde. Darum er der Unterlegung des Baron Korff, daß von nun an die verschiedenen protestantischen Konfessionen die evangelische Kirche genannt werden möchten, die allerhöchste Genehmigung erteile.“

So hatten denn die Evangelischen in Petersburg das Reformationsfest ohne jede Verabredung in gleicher Weise wie die Glaubensgenossen in Berlin gefeiert und zunächst wenigstens, wenn auch nur in sehr allgemeiner, schwankender, loser Fassung, mit

^{*)} Ausführlich schildern diese Feier: Lemmerich, Geschichte der Petri-Kirche (St. Petersburg 1862) I, 206 ff. und Dalton, Joh. v. Muralt (Weissbaden 1876) S. 110 ff.

^{**}) Korff wurde bereits 1797, damals zweiunddreißigjährig, stellvertretender Vorsitzender des Justizkollegs, von 1804 bis 1819, wo er in den Senat gelangte, hatte er dann den Vorsitz inne.

dem gleichen, schönen Ertrag wie in Wittenberg, wie in ganz Preußen. Die gleichen Vorbedingungen wie im Heimatlande der Reformation fanden sich auch hier; was die Mutter bewegte, züchte wenn auch in geringeren Wallungen, in dem Herzen der ferngezogenen Tochter nach. Schon lange hatte der Pietismus die argen Schroffheiten des sog. Orthodoxyismus mit seiner scharfen Spannung in der Lehre auch hierzulande erschüttert und ins Wanken gebracht. Der frommen Richtung auf dem Fuße folgend hatte dann der Rationalismus mit allen Unterscheidungslehren innerhalb der evangelischen Kirche im Dienste einer Allerwelts-Humanität so gründlich aufgeräumt, daß von seinen glaubensleeren Händen auch die Zäune abgerissen wurden, die das Christentum von Juden, Türken und Heiden abgrenzen. Es war planes Feld vorhanden. Aber der legt seine Unkenntnis der Geschichte seiner Kirche in Deutschland und auch in Rußland an den Tag, wer an dem Wahne festhalten wollte, daß dieselben unevangelischen Hände, die in arger Verblendung jene Zäune entfernt, nun auch diese Vereinigung unter den solange getrennten Glaubensbrüdern der einen, gemeinsamen evangelischen Kirche zustande gebracht. Die Wurzeln solchen Strebens gehen fast bis unmittelbar an die verhängnisvolle Scheidung hinauf; wie einen holden Einschlagfaden können wir die sehnsuchtsvolle Bestrebung in aller Folgezeit aufdecken, bis sie endlich bei diesem Anlaß offen zutage trat und zwar nun auch offen als eine erste, berechtigte Einsprache des wiedererwachenden evangelischen Bewußtseins wider die Verwüstungen des Rationalismus auf dem Gebiete des Glaubens, als das erste, hoffnungsvolle Zeichen, daß der arge Winter vorüber und für die evangelische Kirche eine neue Lenzeszeit nach göttlicher Wendung der Gesche, in vorangegangener schwerer Trübsal und dann in den Befreiungskriegen geläutert und lund geworden, angebrochen sei. Von den Männern, die dort Hand ans Werk der Union gelegt, ist die Erfrischung unseres evangelischen Glaubenslebens, dessen Segen wir spätgeborene Söhne teilhaft geworden, ausgegangen, sie sind die begnadeten Zugführer einer anders gewordenen und zwar besseren Zeit christlichen und auch kirchlichen Aufschwunges.

Der Erlaß spiegelt klar und warm die Gesinnung wieder, welche damals den Kaiser beseelte. Man hat häufig die Union

eine echte Hohenzollernthat genannt, von den meisten als solche gepriesen, von einigen das Wort zum Vorwurf für ihren Ursprung ausgenutzt. Ja, sie ist es. Von den Tagen des großen Kurfürsten an, durch die Zeit des großen Friedrich läßt sich zielbewußt ununterbrochen das Bestreben dieser Hohenzollernkönige verfolgen, dem dann Friedrich Wilhelm III. den sieggetrönten Ausdruck verliehen. Seine königliche Tochter weilte damals schon als Gemahlin des Thronfolgers am kaiserlichen Hofe. Der geistige Verkehr, der herzliche Austausch mit der Heimat mußte alles hier freudig begrüßen, was wie ein Nachhall von dort in der evangelischen Kirche des Reiches verlautete. Wie dem auch sei: der denkwürdige Erlaß hat seine Aufnahme in der allgemeinen russischen Gesetzesammlung gefunden*); freilich nur da in den alten, vergilbten Bänden ist er festgehalten, wie ein rasch vorübergeeilter Morgentraum, dessen sich heute hierzulande die nicht mehr erinnern, deren Glaubensleben im andersgestalteten Gange kirchlicher Entwicklung ein von jener kundgewordenen Gesinnung so verschiedenes Gepräge erhalten. Das sind beides historische Thatfachen geworden, mit denen zu rechten wir hier keinen Anlaß haben. Auch das würde uns zu weit von unserer Aufgabe abführen, wollten wir den Ursachen nachspüren, warum ein in solch' unbestimmten, schier verschwommenen Zügen gehaltener Erlaß, immerhin ein beredter Zeuge der zwar frommen, aber unklaren Bestrebungen jener Tage, so rasch und wenig nachhaltig in das Dunkel der Vergessenheit zurücktreten mußte. Denn wir schreiben nicht die Geschichte der lutherischen Kirche in Rußland, beschränken uns auf die ihrer Verfassung.

Auch auf dies Gebiet war ein Samenkorn der Ausfaat beim Reformationsfest gefallen. Als es im folgenden Jahre 1819 wieder Sommer ward, zeigten sich die ersten Keimblätter der jungen Pflanze; wir werden bald sehen, wie dieselbe noch Farbe und Gestalt jenes Erlasses, einer Vereinigung der beiden Schwesterkirchen an sich tragen. Sie zeigen nur eine gemeinsame evangelische Kirche, der die gewordenen Bestimmungen gleichermaßen

*) Bgl. Bb. XXXV. Nr. 27217.

gelten. Der nächste Anlaß zu dem wichtigen Vorgehen, das die lange zurückgedrängte Verfassungsfrage von neuem in Fluß brachte, war ein zufälliger und auch bedauernswerter. Der Tag mußte ja kommen, an welchem die überlebte theologische Richtung sich mit der neuauftommenden in entscheidungsvollem Waffengange messen werde; aber es war wahrhaftig nicht nötig und bleibt ein Mafel, daß der erste Schlag des jugendlichen Streiters mit der in einem ehrlichen Kampfe verpönten Waffe der Denunziation geführt ward. Der Hergang ist dieser.

1783 hatte die völlig im Fahrwasser des Nationalismus dahintreibende lutherische Geistlichkeit der Hauptstadt eine „Petersburger Sammlung gottesdienstlicher Lieder“ herausgegeben und bei den Gottesdiensten eingeführt, ein rechtes Kind seiner Zeit, blutarm, siech, die herrlichen, alten Kirchenlieder bis zur völligen Entstellung verwässert, verballhornisiert und dazwischen die lästige Wolle von armseligen Eintagsfliegen, wie Einen nur ein Rüdenschwarm an einem heißen Julitage quälen kann. Das Buch war nun vergriffen. Man wollte keinen bloßen Abdruck, im gleichen Geiste vielmehr eine Verbesserung. Der Senior der Geistlichen, Pastor Busse an der Katharinenkirche, arbeitete im Auftrage und unter Mithilfe seiner Amtsbrüder ein solches aus, das 1818 im Drucke erschien. Bald nach seiner Veröffentlichung lief bei der Behörde eine Anklageschrift wider dieses Buch ein; sie liegt mir vor, verfaßt von dem Staatsrat Pesarovius, einem Livländer von Geburt. Auf der einen Hälfte der gebrochenen Seite stehen die angeschuldigten Liederverse, recht klägliche Misköne, wie sie damals fast alle modernen Gesangbücher unsicher machten, auf der anderen Hälfte, „was die Heilige Schrift dazu sagt“. Ein Beispiel. So lautet ein Vers des jämmerlichen Liedes Nr. 363, das einer christlichen Gemeinde bei ihrem Gottesdienste zu singen und ihrer Schuljugend zu lernen aufgenötigt wurde: Denn weil ich nicht zu sehr die Wollust liebe, Freiwillig mich sie zu verleugnen übe, So stärkt auch ihr Genuß mich zum Geschäfte, Giebt neue Kräfte &c. Dem gegenüber stehen die Bibelworte: Matth. 5, 29. Luk. 6, 43. Röm. 7, 8. Gal. 5, 9. Die Anklageschrift gelangte zur Kenntnis des Kaisers, auf welchem Wege, ist aus den mir vorliegenden Papieren nicht ersichtlich. Sie ward für den armen Senior in

weiterer Folge verhängnisvoll: er mußte seine Stelle als Pastor, die er neunzehn Jahre innegehabt, niederlegen. Schier gebrochenen Herzens fiedelte er in seine deutsche Heimat über.

Noch eine viel größere, die lutherische Kirche des Reiches überraschende Tragweite hatte das beschuldigte Buch und seine Anlageschrift. Unter dem 20. Juli 1819 erging von Zarstojе Selo aus ein Befehl des Kaisers an den Minister Galigin, daß aus Anlaß dieses Buches und „um die evangelische Kirche gegen die Einführung solcher Grundsätze, die von der christlichen Sittlichkeit abzuführen geeignet sind, sicher zu stellen“, der Kaiser es für nötig erachtet habe, für die evangelische Konfession in Rußland einen Bischof mit dem Sitze in Petersburg zu ernennen, dessen besonderer Aufsicht hinfort alle evangelischen Kirchen, sowie die sämtliche Geistlichkeit derselben in Rußland unterstellt werden sollen. Als zweite ebenso tiefgreifende Bestimmung reiht sich in demselben Erlaß die Gründung eines „Evangelischen Reichs-Generalkonfistoriums“ an, „zur Aufsicht über die Erfüllung der kirchlichen Verordnungen, die Übereinstimmung der kirchlichen Bücher und der Lehre mit den Grundsätzen der Kirche, sowie über den Wandel und das Verhalten der Geistlichkeit, welchem Reichs-Generalkonfistorium alle Ober- und Konfistorien, die Littauische evangelische Synode und die übrigen evangelischen geistlichen Behörden, Kirchen und Gemeinden, benebst der zu denselben gehörigen Geistlichkeit untergeordnet sind“ *).

Dieses Reichskonfistorium sollte aus einem weltlichen Vorgesetzten und seinem ebenfalls weltlichen Stellvertreter nebst zwei weltlichen Mitgliedern, ferner aus dem Bischof mit dem Titel des

*) Busch in seiner Schrift „Der Fürst Karl Lieven und die Universität unter seiner Oberleitung“ (Dorpat 1846) S. 80 teilt den kaiserlichen Befehl nach der „Deutschen Petersburger Zeitung“ vom 29. Juli 1819 mit, jedoch ohne seinen bezeichnenden Anfang und Schluß, in welchem des Bussches Buches ausdrücklich als des Anlasses zu der Anordnung Erwähnung geschieht; der andere Busch hat in seinen wertvollen „Ergänzungen“ (I, 22) nur wiedergegeben, was sein Namensvetter 20 Jahre früher geboten. Aber erst durch die Beziehung auf das Bussche Buch wird die oben angeführte Stelle von der bedrohten christlichen Sittlichkeit klar und der äußere Anlaß des Befehles festgestellt.

geistlichen Vorfigers und zweien geistlichen Mitgliedern als Oberkonsistorialräten bestehen. Während über die Person des Bischofs in dem Erlaß noch nichts verlautet, bezeichnet derselbe als Vorfigenden des Generalkonsistoriums den Generallieutenant, damaligen Grafen Karl Lieven, als seinen Stellvertreter den oben erwähnten Staatsrat Roman Besarobius. Dem Grafen Lieven wurde aufgetragen, unverzüglich unter Leitung des Kultusministers einen Organisationsentwurf dieses Konsistoriums abzufassen; bis zu seiner Vollendung und Bestätigung aber jetzt schon den Vorsitz in den Konsistorialfigungen bei dem Justizkolleg zu übernehmen und zwar nach der früheren Grundlage, mit den zeitherigen Mitgliedern und Kanzleibeamten und auch in dem gegenwärtigen Lokale.

Eine gewaltige, die gesamte Verfassung nicht nur der lutherischen Kirche des Reiches bis in ihre entlegensten Teile mit einem einzigen kaiserlichen Federstrich umgestaltende Doppelverfügung! Ihre genaue Ausführung würde die evangelische Kirche des Landes im Grund und Boden umgeformt und ihr eine Gestalt gegeben haben, für welche in den mannigfaltigen Verfassungsformen der Reformationskirche meines Wissens ein Vorbild nicht gefunden werden dürfte. Für die Verbindung der beiden solange getrennten Schwesterkirchen unter eine gemeinsame kirchenregimentliche Behörde, wie sie fortan das Reichsgeneralkonsistorium sein sollte, würde die in Preußen ins Leben gerufene Union vielleicht vorbildliche Handleitung geboten haben; die kurze Angabe des Erlasses deutet aber in keiner Weise an, welche Vertretung in diesem Konsistorium der reformirten Kirche zugestanden war. An der Spitze der gesamten evangelischen Kirche ein Bischof, auf der einen Seite mit einer Macht, die, wie mit Recht in dem Departement der geistlichen Angelegenheiten hervorgehoben wurde, an die Patriarchenwürde in der russischen Kirche erinnerte, welche Peter der Große für sein Reich abgeschafft, auf der anderen Seite wieder mit einer Beschränkung der Macht, die ihm in der geistlichen Oberbehörde des Reichsgeneralkonsistoriums noch nicht einmal den stellvertretenden Vorsitz einräumte, ihm in strittigen Fällen nur eine Stimme gewährte und ihn mit seinen geistlichen Kollegen in die Minderheit gegenüber den weltlichen Mitgliedern rückte.

Der Vorsitzende des Departements des Kultus, Turgenieff, wies in einer mir vorliegenden, wichtigen Unterlegung an den Minister auf die schweren Bedenken hin, welche die Wahl eines Bischofs für alle Protestanten des Reiches nach sich ziehen würde. Er erklärte, daß gerade deshalb die Protestanten sich von Rom losgesagt, um sich von der Suprematie einer einzelnen Person zu befreien, und betonte, indem er den Minister auf die starke Beunruhigung der Gemüther in den Ostseeprovinzen in Anlaß dieser in Aussicht genommenen Neuerung hinwies, wie die eingelaufenen gründlichen Auseinandersetzungen dieser Frage von dortigen Konsistorien befundeten, daß etwas zur Beruhigung geschehen müsse. Laut den im Nystädter Friedenstraktat bekräftigten und allzeit bewilligten Privilegien der Ostseeprovinzen — so fährt Turgenieff fort — ist die protestantische Kirche dort die herrschende, steht also auf anderem Rechtsboden als im Inneren des Reiches, wo sie nur eine geduldete ist. An die Stelle des livländischen römischen Erzbischofs sei in der protestantischen Zeit das Oberkonsistorium getreten. Ferner könnten die Reformirten im russischen Reiche nach der ihnen gewährleisteten kirchlichen Verfassung keinen Bischof anerkennen; die Reformirten in Polen hätten seinerzeit die Waffen gegen ihre römischen Bergewaltiger nur niedergelegt, als ihnen diese Freiheit zugesichert worden war. Die schwedische Kirchenverfassung beschränke die Macht des Erzbischofs von Upsala doch nur auf seinen bischöflichen Bezirk; er sei unter den anderen Bischöfen des Landes nur der erste, ohne ein Recht des Eingriffes in die anderen Bistümer des Landes oder einer unmittelbaren Aufsicht über die anderen Bischöfe.

Die beachtenswerten Bedenken fanden bei dem Minister zustimmendes Gehör und da der wichtige Erlaß die evangelische Kirche Rußlands zu einer bischöflichen machte, „wie in anderen ähnlichen protestantischen Staaten“, so war es nicht unschwer zu erwirken, daß die Bestattungsurkunde des erwählten Bischofs vom 31. Januar 1820 ausgestellt wurde auf ihn als den evangelischen Bischof von Petersburg, nicht aber der evangelischen Kirche des gesamten Rußlands. Auch diese engere Fassung war noch weit und unbestimmt und ließ viele Fragen ohne Antwort. Welche Stellung sollte ihm den Reformirten gegenüber in diesem Kon-

sistorialbezirk zustehen? Ja selbst welche den seiner Obhut anvertrauten Lutheranern und dem noch immer in Amt und Würde befindlichen Generalsuperintendenten gegenüber, dessen Name doch nur in lateinischer Sprache bezeichnet, was der Bischofsname in der griechischen ausdrückt? Lösung dieser Fragen war wohl von dem dem Generallieutenant übertragenen Organisationsentwurf zu erwarten; bis zu seiner Vollendung und Annahme besaß Petersburg einen evangelischen Bischof in *partibus terrarum incognitarum*.

Zu dieser noch sehr der Sichtung und Klärung bedürftigen Würde ward der vor kaum Jahresfrist (17. Mai 1819) zum Bischof von Borgo ernannte Dr. theol. Zacharias Egnäus ausgewählt*). Er war 1763 in Lovisa, wo sein Vater Prediger war, geboren, hatte auf der damaligen Landesuniversität Åbo studiert und von 1788 an fast ununterbrochen in verschiedenen Stellungen als Militärgeistlicher gedient, bis er 1811 Propst in Holsola ward, von wo aus er dann den Bischofstuhl bestieg. Ausschlaggebend für die jetzige Wahl und Beförderung war wohl der Wunsch, mit der neugeschaffenen Stelle einen Mann zu betrauen, der bereits die bischöfliche Würde erhalten und mit den gleichen Würdenträgern der anderen Kirchen in dem Punkte der sog. apostolischen Nachfolge ebenbürtig, denen genehm sein würde, welche auf diese angeblich in ununterbrochener Reihe stattgehabte Weihe zum Bischofsamt einen Wert legen. Eine hervorragende

*) Nicht zu verwechseln mit seinem Namensvetter Joh. Heinrich Egnäus, der um zwei Jahre jünger sein Studiengenosse in Åbo und später von 1792 bis 1798 Pastor der schwedischen Gemeinde in Petersburg, aber bereits 1814 als Propst in Rantasalmi gestorben war. Der Vater unseres Egnäus war ebenfalls von 1792 bis 1809 Bischof von Borgo. Vgl. Akiander. *Herdaminne för fordna Wiborgs och nuvarande Borgå stift* (Helsingfors 1868) I, 70 und 72. Es sei hier beigefügt, daß Lieben zunächst ein paar Ausländer für den zu errichtenden Bischofstuhl ins Auge gefaßt; in erster Linie den zumal durch seine 95 Thesen von 1817 weit über die Grenzen Deutschlands bekannt gewordenen hochbegabten Prediger Klaus Harms (vgl. seine „Lebensbeschreibung von ihm selbst“ Kiel 1851. S. 128), und als dieser ausschlug, den Professor Scheibel in Breslau, dessen Nichtannahme einmal nach den Mitteilungen von Wangelmann (in seiner *Una Sancta*. Berlin 1883. III, 19 ff.) als ein Segen für die lutherische Kirche angesehen werden muß.

Kirchengestalt war Cygnäus nicht, mit einer zeitgenössischen Persönlichkeit etwa wie der des libländischen Generalsuperintendenten hält er den Vergleich nicht aus. Je genauer und eingehender man die nicht leichten Anforderungen jener gärenden Zeit prüft, je sorgfältiger man die sparsamen Äußerungen aus dem Munde von Cygnäus erwägt, desto mehr hält man die Wahl für eine ungeschickte. Er war nicht der Mann, weder der theologischen und religiösen Richtung, welcher er diese neue Stellung verdankte, als zielbewußter Zugführer zur dringend erforderlichen Klarheit und zum endgültigen Siege zu verhelfen, noch auch praktisch geschult und thatkräftig, dieser bedeutsamen Würde, welche im ersten Augenblick berufen schien, der ganzen Verfassung der evangelischen Kirche in Rußland anderes Gepräge zu geben, ihre entsprechende Stellung in dem kirchlichen Leben zu erobern und dauernd zu gründen. Er ging nicht mutvoll voran, was er unter den außerordentlichen Verhältnissen, in welche er eintrat, hätte thun müssen; aus alten, festgeordneten Zuständen seiner heimatlichen Kirche plötzlich in die so ganz anders geartete, hochgehende Bewegung verschlagen, ließ er sich von den herandrängenden Umständen leiten, nicht selten schieben. Seine theologische Richtung wurzelte im Nationalismus, dessen sich auch das fernegelegene Abo nicht hatte erwehren können, in der Ausprägung jedoch, welche es einer konservativen Natur ermöglicht, sich mit den überkommenen kirchlichen Lehren und Sagen friedlich abzufinden. Was man in jenen Tagen von gegnerischer Seite als „Mystizismus“ zu verdächtigen suchte, war und blieb ihm fremd *). Er lämpfte nicht dawider an:

*) Vgl. des Bischofs Urteil über Lieben in den wertvollen zeitgenössischen Mitteilungen von Göbe (Fürst Galizin S. 129). Göbe, ein Beamter des Kultusministeriums und seinem Chef Turgenieff tüchtig zur Hand, steht mitten inne in der hochgehenden kirchlichen Bewegung der nächsten Jahre; wir werden Gelegenheit haben zu sehen, einen welch' regen unmittelbaren Anteil er an derselben nimmt, wie er sie sogar einige Augenblicke durch seine nahe und befreundete Stellung zu Turgenieff, sowie durch seine Berufung in die Kommission zur Ausarbeitung eines Kirchengesetzes beeinflusst. Er teilt den Standpunkt des Bischofs, dem er sich geistig als überlegen erweist. Dieser Standpunkt macht ihn, den Juristen, gereizt und empfindlich wider die vorhandenen Schattenseiten der als „Mystizismus“ verschrieenen neuen Richtung; grell und scharf erkennt er sie und läßt sich davon beein-

er würde dann die Mehrzahl derer, denen er die Stellung zu verdanken hatte, zu bekämpfen gehabt haben; wohlwollend und friedfertig wie er war, ließ er sie gewähren, nur dann und wann zeigten gelegentliche Äußerungen, wie er ihnen innerlich fernstand und zwar nicht nur manchen ihrer unholden, tadelnswerten Ausschreitungen.

Anderes Gepräge als der Bischof zeigte der General, dem der Kaiser eine noch bedeutendere Stellung bei der Umgestaltung der lutherischen Kirchenverfassung angewiesen. Graf Karl Lieven*) ist

flussen; darüber blüht er nicht selten das klare Verständniß der Lichtseiten und des wesenhaften Kernes ein, der sich aus mancher wenig ansprechenden Schale machtvoll emporarbeitet. Seine Erinnerungen in dem angegebenen Buche sind bei den vorhandenen dürftigen Nachrichten eine wichtige, dankenswerte Quelle, die jedoch vorsichtig benutzt sein will. Hochbetagt hat sie der Greis an seinem Lebensabend niedergeschrieben; gerade auf dem uns interessierenden Gebiete mit der lebenslang gehegten Verbrießlichkeit, als ob seine damalige Stellungnahme und der darin befundene Freimut ihn von bedeutenderen Bahnen, die der begabte Mann sich offen glaubte, weggedrängt.

*) Die uralte livländische Familie, deren sieben Nordsterne im Wappenschild auf eine Abstammung von dem Livenkönig Kauppo hindeuten, dessen sagenumwobene Gestalt über die geschichtlichen Anfänge der baltischen Provinzen hinüberraagt, wurde in Anlaß der Kaiserkrönung 1826 in den Fürstenstand erhoben, als Anerkennung der Verdienste, welche sich die verwitwete Mutter unseres Lieven um die Erziehung der Töchter von Kaiser Paul und der Großfürsten Nikolai und Michail Paulowitsch erworben. Karl Lieven, am 1. Februar 1767 geboren, war elfjährig bereits Adjutant seines Vaters, zwanzig Jahre später schon Generallieutenant und Kriegsgouverneur von Archangel. 1801 zog er sich in die Stille des Privatlebens auf seine schön gelegenen Güter in der baltischen Heimat zurück. Sein Kaiser ließ aber den befreundeten Mann, der in religiöser Beziehung ihm aus tiefster Überzeugung gleichgesinnet war, nicht in der ländlichen Zurückgezogenheit. Neben anderen Vertrauensposten ward Lieven 1817 Nachfolger des Landmannes von Goethe, Klinger, der als deutscher Dichter berühmter wie als russischer General gewesen, im Kuratorium der Universität Dorpat. Da die Kuratoren der baltischen Hochschule damals noch in Petersburg ihren Wohnsitz behielten, so konnte Lieven leicht mit dieser Stellung die neu ihm übertragene kirchliche Stellung verbinden. Hochbetagt entschlief der fromme Greis am 31. Dezember 1844. Hauptquelle für die Kunde seines Lebens ist noch immer das angeführte Buch von Busch (Dorpat 1846), streng genommen eine Lob- und Standrede am frischen Grab.

in seiner ganzen ritterlichen Erscheinung ein schöner und fesselnder Zeuge und Bürge des livländischen Adels der guten Art, mit den Bügen, wie sie gerade jene Tage so manchem seiner hochgestellten Söhne eingedrückt. Mit rührender deutscher Treue hat er seinem Kaiser unentwegt gedient; mit der gleichen Treue hat er an seiner evangelischen Kirche festgehangen, fromm, in der warmen, wohlwollenden Weise, wie sie gerade damals mit der Kraft einer ersten Liebe weitherzig, in evangelischer Innigkeit die Männer und Frauen beseelte, die sich in tiefer Überzeugung der Erfrischung des religiösen und dann auch kirchlichen Lebens hingaben. Es gewährt einen wohlthuenden Anblick, an solchen Gestalten zu erkennen, wie auf gar manchem baltischen Edelitze ein christliches Familienleben die dürre Zeit des Rationalismus überdauert und das Feuer am häuslichen Herde sorgfältig unterhalten, das in den Tagen der Reformation angezündet war und dessen unter dem Druck unholder Zeit nur noch glimmenden Kohlen dann die auf den Schlössern willig und gastfrei aufgenommene Richtung des Grafen Zinzendorf und in seinen Fußtapfen die Pietisten von neuem angefaßt und zumeist von der Herrin des Hauses gepflegt wurden. Eine theologische Schule wechselt rascher, als ein ernstes, wohlgehütetes Familienleben in trauter Abgeschlossenheit; die Treue für das von den Vätern ererbte Kleinod wird hier länger bewahrt. So sehen wir auch damals so manchen aus dem Adel der Ostseeprovinzen freudigen Mutes mit dem Bekenntnis des Evangeliums frank und frei hervortreten, wackere, gesinnungstüchtige Christen, adelige Söhne, ihrer Väter wert, die mit der evangelischen Kirche festen Treubund geschlossen und in allem Wechsel der Zeiten bewahrt. Unser Lieben gehört zu dieser wahrhaft erlauchten Zahl. Er war aus einem christlichen Hause, in welchem wie ein adeliges Recht die Liebe zu dem Evangelium und zur heimischen Kirche von Geschlecht zu Geschlecht sich vererbt, entsprungen und bewahrte bis an sein Ende herzliche Dankbarkeit der frommen Mutter, die ihn das Wort Gottes gelehrt. Im Waffendienste frühe geschult tragen auch seine religiösen Anschauungen einen militärischen Anstrich. Er gehorcht seinem himmlischen Herrn mit der zweifellosen Sicherheit und Pünktlichkeit wie seinem irdischen Kaiser; seine Worte, und zwar in dem Sinne wie er sie versteht, sind ihm unantast-

bare Befehle, über die der Soldat nicht viel grübelt. Als General fordert er solchen zweifellosen Gehorsam von allen und kann trotz stark ausgeprägten Wohlwollens unduldsam werden, weil es ihm unverständlich ist, wenn ein anderer den Segen des Herrn, ein im Glauben gefestetes Herz, nur nach langem Kampfe und mit verrenkter Hüfte an sich reißt. Er ist geneigt, solche Streiter für untüchtig zum Kampfe zu halten, weil sie nicht blindlings drauf gegangen sind. Die Stärke wie auch die Schwäche solcher Soldatennaturen auf kirchlichem Gebiete trat in der Ausführung des Lieven vom Kaiser gestellten Auftrages sichtbar zutage.

Der General gehorchte dem ihm gewordenen Befehl; um so lieber, da in ihm kaiserliche Wünsche sich verwirklichen sollten, denen seine ernst-christliche Gesinnung vollen, warmen Beifall schenkte. Ist es uns doch, als ob wir diesen Beifall noch aus den kaiserlichen Worten heraushörten und der Gesinnungsgenosse und hochgestellte Staatsdiener an ihrer Fassung nicht ganz unbeteiligt gewesen wäre. Einen Militär, und dazu noch allein auf sich angewiesen mit einer für die ganze evangelische Kirche des Landes wichtigsten Verfassungsfrage, zu deren Lösung doch die hervorragendsten Männer der Kirche als die berufenen Kräfte herangezogen werden sollten, betraut zu sehen, diese ungemein auffällige Thatsache befremdet den laum, der mit desbezüglichen Gepflogenheiten hierzulande vertraut ist. Das Verfahren liegt auch nicht so völlig fernab von dem einstigen Vorgehen Karl XI., der seinen königlichen Willen gar sehr in der Kirchenverfassung zur Geltung zu bringen wußte; bildet aber den entschiedenen Gegensatz einer synodalen Verfassung, in welcher die evangelische Gemeinde besser zu ihrem Rechte gelangt. Hätte Lieven in der ihm aufgetragenen Kirchenverfassung einen Mann und Gehilfen zur Seite gehabt wie bei dem Kuratorium der Dorpater Hochschule an dem Rektor Erwerth, er wäre gewiß eingehender Belehrung zugänglich gewesen und die Arbeit würde dauernden Erfolg gehabt haben.

Lieven hatte es eilig, unverzüglich, wie der kaiserliche Befehl lautete, an die Ausarbeitung des Organisationsentwurfes zu gehen; er hatte es aber auch eilig, was der Befehl nun gerade nicht forderte, diese Ausarbeitung in kürzester Frist fertig zu stellen.

Bereits nach sechs Wochen legte der General den vollendeten Entwurf dem Fürsten Galizin zur Begutachtung vor. Aus einer vertraulichen Briefstelle jener Tage entnehme ich, daß derselbe aus der Feder von Pesarobius stammt*). Es ist eine ungemein flüchtige, beklagenswert oberflächliche Arbeit, die es dem Departement des Kultus nur allzu leicht machte, von der Unmöglichkeit ihrer Ausführung den Minister zu überzeugen. Der Entwurf liegt mir vor**). Maßgebend ist zunächst die in dem kaiserlichen Erlaß gebotene Richtschnur: ein Bischof an der Spitze der gesamten evangelischen Kirche Rußlands die Beschränkung des Episkopalbezirkles auf Petersburg war noch nicht eingetreten und gleichzeitig ein uniertes Reichs-Generalkonsistorium. Daran wird unbedingt festgehalten, dem müssen sich unweigerlich alle anderweitigen, noch so privilegierten Rechtsbestände in den beiden evangelischen Kirchen beugen. Übergänge, Vermittelungen mit denselben werden nicht einmal versucht; wir stoßen hier auf die gleiche Rücksichtslosigkeit der Gesezmacherei, wie sie den rationalistischen Versuchen zum unausbleiblichen Falle gedient. In der Wirklichkeit fand sich infolge der vorausgegangenen kirchlichen Auflösung planer Boden vor, lediger Baugrund; aber die alten Rechtstitel waren noch vorhanden und ihre Inhaber und Erben regten sich, ihren Anspruch geltend zu machen.

Die große Rücksichtslosigkeit ging Hand in Hand mit der Unkenntnis dieses Rechtsbestandes, mit der Unwissenheit in kirchenregimentlichen Fragen. Einerseits räumte nun auch der Entwurf dem Bischöfe Rechte ein, wie sie keinem Bischof in evangelischen Episkopalländern zugestanden werden, anderseits wies er ihm im Reichs-Generalkonsistorium eine so niedrige Stellung unter dem weltlichen Vorsitzenden und seinem Stellvertreter an, wie sie

*) Auch Göge in seinem Buche über Galizin bestätigt an mehreren Stellen die Thatsache.

**) Er ist wahrscheinlich nur noch, ebenso wie der gleich zu erwähnende zweite Entwurf, in dieser einzigen Abschrift vorhanden, die ich schon vor Jahrzehnten bei kirchenhistorischen Studien das Glück hatte im Privatbesitz aufzuspüren und dann auch bei gebotener Gelegenheit käuflich zu erwerben. Dies berechtigt wohl und verpflichtet auch zu größerer Ausführlichkeit der Darstellung.

wiederum kaum ein Generalsuperintendent in einem Konsistorium hat und die Unterordnung der Kirche unter den Staat auch in einer kirchlichen Behörde nur allzu grell beleuchtet. Diesem Reichs-Generalkonsistorium waren bedeutende Rechte eingeräumt. Es war die oberste und zwar einspruchlose kirchliche Behörde, der alle anderen Konsistorien unmittelbar unterstellt waren. Einige von ihnen wurden damit kurzer Hand ihrem Verbande mit den städtischen Magistraten entrückt. Nur dem Kaiser selbst war vorbehalten, bei stattfindendem Einspruch wider ein Urteil die Behörde selbst zu einer wiederholten Durchsicht und Prüfung des von ihr gefällten Spruches zu veranlassen. Bei solchem großen Einfluß sollte diese Behörde — das war den Juristen besonders anstößig — keinen Staatsprokureur in ihrer Mitte haben.

Galigin teilte die scharfen Anstände seines Kultusdepartements Lieben mit. Sie waren dem General ärgerlich; aber er mußte die gerügten Mängel für stichhaltig ansehen; denn er reichte nach kurzer Zeit einen zweiten Entwurf ein. In der beigefügten Denkschrift erklärte er zwar, daß der neue Entwurf nur eine in Einzelheiten veränderte Umarbeitung des ersten sei; ein genauer Vergleich zeigt aber recht beträchtliche Unterschiede. Später hätte Lieben gern den ursprünglichen Plan völliger Vergessenheit übergeben. Er äußerte einmal, daß er dem befreundeten Fürsten von ihm nur als eine Studie privatim übergeben worden sei, das Schriftstück sei aber dann ohne seine Absicht in die Behörde und zu deren Beurteilung gelangt.

Auch dieser zweite Plan fand keine besondere Gnade vor den Augen der Männer im Kultusdepartement, die sich verletzt fühlten, daß der General ihre schneidige Beurteilung des ersten Entwurfes in einem Schreiben an den Minister nur eine „allgemeine und mehr oberflächliche Kritik“ genannt. Der Abteilungschef für die protestantischen Kirchenangelegenheiten im Kultusdepartement, der noch jugendliche, begabte Kollegienassessor v. Göke unterzog im Auftrage seines Freundes und Vorgesetzten Turgenieff den Entwurf einer eingehenden Beleuchtung, in welche auch die Schlaglichter des verletzten Ehrgefühls fielen. In dieser gegenseitigen, spitzigen Beurteilung, in dieser Kritik und Antikritik spiegelt sich für den Tieferblickenden noch etwas mehr wie persönliche Übel-

nehmerei ab, die heute kaum mehr erwähnenswert wäre. Es ist die unsanfte Berührung der aufstommenden evangelischen Richtung mit den Nachtruppen einer denn doch schon geschlagenen und im Weichen begriffenen Armee, bei welcher die siegreich Vordrängenden leider sich so auffällige, ungeschickte Blößen geben, daß es den andern nicht schwer fällt, diesen ihren Leistungen wuchtige Schläge zu versetzen. Wenn doch da eine hervorragende kirchliche Persönlichkeit gewesen wäre, dem General in seinen wahrhaft evangelischen Bestrebungen klare, sachgemäße, verständnisvolle Handreichung zu bieten! Fesselnd ist der wiederholt auftauchende Zug, daß diese Beamten des russischen Kultusdepartements, tüchtige Fachmänner und entschieden den anderen in ihrer Befähigung überlegen, in geschickter Weise sich zu beredten Anwälten der baltischen Privilegien aufwerfen und dieselben gegen die angeblichen Verletzungen des baltischen Grafen mit einer Wärme verteidigen, wie es heutzutage kaum mehr in den Ostseeprovinzen selbst geschehen würde.

Zur Kennzeichnung dieses zweiten Entwurfes, der in seiner Gliederung der einzelnen Teile sachgemäßer und übersichtlicher als der erste ist, wenn er in diesem Punkte auch noch viel zu wünschen übrig läßt, ein paar bemerkenswerte Züge. Dem Konsistorium wird nach wie vor die hohe Stellung einer obersten kirchlichen, einspruchlosen Behörde eingeräumt, gegen deren Urteile nur durch den Kaiser eine zweite, von ihr wieder zu veranstaltende Prüfung des anhängigen Falles angeordnet werden kann, über deren Ergebnis dann der Kaiser selbst endgültig entscheidet. Diesem R. G.-Konsistorium als einem evangelischen untersteht die lutherische und die reformirte Kirche des Landes, die beide ihre Vertretung derart darin haben, daß der Bischof immer der lutherischen Kirche angehört, einer aber der beiden Oberkonsistorialräte „auf der geistlichen Bank“ aus den paar Geistlichen der reformirten Kirche gewählt werden muß, daß ferner bei Behandlung reformirter Sachen das lutherische Konsistorium des betreffenden Bezirkes mit Zuziehung des nächsten reformirten Geistlichen die Untersuchung und Entscheidung, selbstverständlich mit dem Rechte der Einsprache bei dem R. G.-Konsistorium, zu treffen hat. Nur die litauische reformirte Synode wird keinem Konsistorium untergeordnet oder angefügt, sondern steht unmittelbar unter dem R. G.-Konsistorium.

Ein besonderes Augenmerk hat das R. G.-Konfistorium auf Wahrung der reinen Lehre zu richten, daß nur ja „keine vom Evangelium abweichenden Lehren vorgetragen oder verbreitet, auch in den gottesdienstlichen Gebräuchen, in den Katechismen, Gesang- und Gebetbüchern keine eigenmächtigen, willkürlichen Abänderungen vorgenommen werden, sondern daß sämtliche Geistliche bei der reinen, ewigen Lehre Jesu und seiner Apostel verbleiben und zwar in Rücksicht der evangelisch-lutherischen Konfession so, wie sie in den drei Hauptsymbolis enthalten und in der unveränderten Augsburger Konfession vom Jahre 1530 ausgedrückt, in Rücksicht der evangelisch-reformirten Konfession aber so, wie sie in den Beschlüssen der Synode zu Bern im Jahre 1532, zu Dortrecht im Jahre 1619, dem Consensu Helvetico von 1671 und dem Heidelberger Katechismus enthalten und ausgesprochen ist (§ 30)*).

*) Geradezu verblüffend wirkt auf den Kundigen die Zusammenstellung dieser Symbole. Während die lutherische Kirche des Reiches von dem Foch der Konkordienformel, daß sie seit 1693 geduldig getragen, seit langen Jahrzehnten stillschweigend und einspruchlos abgelegt, nun rechtskräftig entlastet wird und zwar ganz unbeanstandet dessen, daß der kaiserliche Ukas vom 20. Juli 1819 ihr die Last auf den Schultern gelassen, erhält die arme, reformirte Kirche, die sich bis dahin so frei fühlte, ein viel unerträglicheres aufgebürdet. Es ist mir keine reformirte Landeskirche bekannt, die im Laufe ihrer Geschichte gleichzeitig einen solchen Druck zu tragen gehabt hätte. Diese helvetische Konsensusformel, länger wie ein Jahrhundert nach dem Tode Calvins ins Leben getreten, wurde von Anfang an als eine Spätgeburt bezeichnet und beklagt, die ihre Entstehung der universalistischen Lehre des Ampralbus dankt, wider welche sie Einsprache erhebt. Nicht einmal in allen reformirten Kantonen der Schweiz fand sie Ausnahme; der große Kurfürst, seine Nachfolger auf dem Throne, die Könige von England drangen auf ihre Entfernung in den paar Kantonen, wo man sie angenommen. Nach einem halben Jahrhundert war die kümmerliche Erscheinung auch an der Stätte ihres Ursprunges verblieben; es fand sich sogar niemand, der über den frühen Tod auch nur eine Klage geäußert. Und ihr sollte nun in Rußland ein Auferstehungsmorgen bereitet werden! Der Nachweis wäre vielleicht nicht unschwer zu erbringen, daß, möglicherweise mit Ausnahme der großen kaiserlichen Bibliothek, damals in ganz Rußland kein einziges Exemplar dieser Bekenntnisschrift aufzutreiben gewesen wäre. Bei dieser tadelnswert oberflächlichen Kenntnis und strafwürdig leichtfertigen Verordnung der für eine Kirche gültigen Glaubenslehre kommt man dazu, die fast böshafte Bemerkung in einem in meinem Besitze befindlichen Privatschreiben

Der Bischof wird als über die gesamte evangelische Kirche Rußlands gerüdt dargestellt, ein deutliches Zeichen, daß auch der zweite Entwurf schon nach Verlauf von ein paar Wochen, noch vor der Ausfertigung der Bestallungsurkunde von Synäus, fertig gestellt gewesen sein muß. Über die lutherischen Geistlichen des Landes steht ihm die unmittelbare Oberaufsicht zu, über die reformirten nur mittelbar in Gemeinschaft mit dem R. G.-Konfistorium und dem darin sitzenden reformirten Oberkonfistorialrat. Auch über die lutherische Geistlichkeit ist in diesem Entwurf die Aufsicht eine beschränkte. Früchten die persönlichen Ermahnungen des Bischofs nichts, so kann er nicht eigenwillig den Widerstrebenden ablegen; die Sache gelangt dann zur Klage an das Konfistorium, weiter zur allendlichen Verfügung an das R. G.-Konfistorium. In demselben ist auch jetzt noch nicht dem Bischof ein größerer Einfluß eingeräumt; er steht nach wie vor unter dem Vorsitzenden und seinem weltlichen Stellvertreter und muß sich an dem völlig leeren Titel „Vorsitzer der geistlichen Bank“ genügen lassen. Dem R. G.-Konfistorium steht das Recht zu, von Zeit zu Zeit nach eigenem Befinden Synoden zusammenzuberufen, ihm zugleich auch das ausschließliche Recht, angesehene evangelische Geistliche dazu einzuladen. Es geht eben durch den ganzen Entwurf das unevangelische Bestreben, in dem Bischof und dem R. G.-Konfistorium gewissermaßen das gesamte geistliche Leben der Kirche zusammenzufassen und alle etwaigen Lebensäußerungen in die bischöfliche und konsistoriale Zucht zu fassen. Die Geistlichkeit und die Gemeinden haben sich mit dem Recht des Unterthanen-Gehorsams zufrieden zu geben. Patrone und Vorsteher evangelischer Kirchen können wohl zu den Synodalversammlungen gezogen werden; es ist aber nicht angedeutet, ob ihre Teilnahme auf dies ihr Zugewesen sein sich zu beschränken hat oder ob sie an den Beratungen und Beschlußfassungen teilnehmen dürfen. Etwaige Vor-

Turgenieffs, auch von Göbe bestätigt (Galigin S. 159), für richtig zu halten, Besarobius habe in einem Freundeskreise auf die Frage, wie er zu dieser seltsamen Zusammenstellung gekommen sei, geantwortet, daß er die Namen aus der damals gerade erschienenen ersten Auflage des Konversationslexikons geschöpft habe.

schläge — zu weiterem darf sich die Synode nicht erheben —, die sich auf neue oder zu ändernde Anordnungen und gesetzliche Bestimmungen beziehen, werden von dem R. G.-Konfistorium, wenn dasselbe sie für genugsam erheblich erkennt, geprüft und die daraufhin von ihm gefaßten Beschlüsse dem Minister der geistlichen Angelegenheit unterlegt.

Da es bestimmt war, daß im Augenblick des In-Kraft-tretens des R. G.-Konfistoriums die bis dahin bei dem Justizkolleg befindliche Konfistorialsigung eingehen solle, so ordnete der Entwurf gleichzeitig die Bildung eines Petersburger Konfistoriums an. Mit dem ausgedehntesten Gebietskreis, der wohl je einem Konfistorium zugewiesen wurde, größer als ganz Europa. Denn er sollte außer den evangelischen Bewohnern des Petersburger Gouvernements sämtliche Kolonisten des Reiches (an der Wolga, am Schwarzen Meere, in den bereits unterworfenen Gebieten des Kaukasus) umfassen, ferner alle unter keinem besonderen Konfistorialbezirk stehenden protestantischen Gemeinden, außer Moskau, demnach die sämtlichen Evangelischen von Archangel im Norden bis Astrachan im Süden, bis Irkutsk im fernsten Osten. Da auch für alle diese Gebiete mit Einschluß der Ostseeprovinzen das R. G.-Konfistorium die einzige geistliche Zensurbehörde für die Protestanten bilden sollte, so war damit etwaiger litterarischer Thätigkeit, der etwas entfernter wohnenden Geistlichen oder Gemeindeglieder, soweit sie sich auf Religion und Kirche bezog, schon räumlich die Möglichkeit einer Entfaltung genommen. Abgesehen davon, daß für die neun hauptsächlich in der evangelischen Kirche Rußlands vertretenen Sprachen (deutsch, französisch, englisch, schwedisch, finnisch, estnisch, lettisch, litauisch, polnisch) kaum die urteilsfähige Vertretung im R. G.-Konfistorium anzutreffen gewesen wäre.

Genug der einzelnen Andeutungen über den nicht ins Leben getretenen Entwurf!

Wie erwähnt, suchte das Departement des Kultus in einer mir vorliegenden, eingehenden Denkschrift (von 24 Folioseiten) die

Unausführbarkeit auch dieses zweiten Entwurfes nachzuweisen. Fürst Saligin erkannte, daß der Organisationsentwurf in seiner gegenwärtigen Fassung einer reiflichen Prüfung bedürfe, unter Berücksichtigung all' der bis dahin eingelaufenen, umfassenden Gutachten verschiedener Konsistorien, zumal von Kurland, Livland und Littauen, die ihre Bedenken noch nicht über den ihnen unbekannt gebliebenen Entwurf, wohl aber über die ihnen Besorgnis einflößende Tragweite des kaiserlichen Erlasses vom Jahre zuvor dem Minister kund gethan. Der Minister war wohlwollend und einsichtsvoll genug, mit dieser Prüfung nicht sein Departement zu betrauen, dessen Urteil ihm bekannt war, sondern nach dessen Vorschlag eine besondere Kommission dafür zusammenzuberufen.

Leider nicht in allen Theilen gelangte der weise und gerechte Vorschlag des Kultusdepartements zur Ausführung. Der Abtheilungschef hatte bei dem Minister befürwortet, daß die zu erwählende Kommission aus „einsichtsvollen, in den geistlichen und weltlichen Rechten erfahrenen Männern zu bestehen habe, welche sich des Vertrauens ihrer Glaubensgenossen erfreuen.“ Sei es, daß man befürchtete, durch eine so zusammengesetzte, zu gründlicher Untersuchung befähigte Kommission die Ausführung des in dem kaiserlichen Befehl bereits in den wesentlichen Umrissen gezeichneten Planes zu lange hinauszuschieben, sei es, daß Graf Lieven besorgt war, sein Werk, welches er für eine Gewissenssache und Glaubensthat zur Überwindung des herrschenden Unglaubens zu halten sich gewöhnt hatte, an dem Urteil von Männern, deren Widerstreben er in den vorliegenden Bedenken zur Genüge erkennen konnte, scheitern zu sehen: wie dem auch sei, der Kaiser bestätigte die von dem Minister vorgeschlagene Kommission, welche unter dem Vorfige des Bischofs aus Graf Lieven, dem Senator Geheimrat v. Hablig, dem Direktor des Departements der geistlichen Angelegenheiten wirkl. Staatsrat Lurgenieff, dem Mitgliede des Generalkonsistoriums Kollegienrat v. Aldersack und als Geschäftsführer der Kommission dem Kollegienassessor v. Göke bestand.

Die Wahl war unter den obwaltenden Verhältnissen keine glückliche, hoffnungserweckende. Der Bischof, der deutschen Sprache nur notdürftig mächtig und noch weniger bewandert und vertraut mit den besonderen kirchlichen und kirchenrechtlichen Verhältnissen

der ihm fremden Ostseeprovinzen, als alleiniger Vertreter und Anwalt der Kirche. Graf Lieven, der denn doch bereits gemerkt hatte, daß die herzlichste Liebe für die Sache des Herrn, der glühendste Wunsch und Eifer, seiner evangelischen Kirche aus den Bedrückungen des Nationalismus zu helfen, noch nicht genügen, ihr auf Grundlage der vorhandenen Rechtsverhältnisse eine tüchtige Verfassung zu geben, gegenüber den beiden rechtskundigen Männern, in denen er Gegner seines Planes witterte, nach seiner Meinung nicht, weil sie ihn sachlich für unausführbar hielten, sondern weil sie seiner gläubigen Richtung zuwider waren. Und er dazu ein General, der gewohnt war, daß der Untergebene seinem Willen nachkomme, ohne sich lange mit seiner Begründung aufzuhalten. Hablig war eine edle, friedfertige Natur, mit dem Grafen gleicher religiöser Gesinnung, ein tüchtiger Beamter, nun aber schon bei Jahren und darum schwerfällig und auch etwas unlustig, sich thätig an einer ihm bis dahin fremd gebliebenen, strittigen, kirchenrechtlichen Frage zu beteiligen. Adlerlaß war ein jüngerer Beamter; Göke wirft ihm vor, daß er es nicht gewagt habe, seinem Chef zu widersprechen.

Die Aufgabe dieser zeitweiligen Kommission war genau angegeben. Sie sollte die Einsprachen der verschiedenen Konsistorien wider die Errichtung des R. G.-Konsistoriums prüfen, gleichzeitig die vom Grafen Lieven dagegen vorgebrachten Einwände, nebst dem von dem Departement geäußerten Bedenken und darauf zu einer Beurteilung des von dem Grafen Lieven vorgestellten Organisationsentwurfes und der dawider geäußerten Einwürfe des Departements schreiten, auf Grundlage dieser Prüfung dann den Entwurf entweder verbessern oder nötigenfalls einen neuen ausarbeiten. Nur viermal tagte die Kommission; am 6. Oktober 1820 trat sie zum erstenmale zusammen, bereits am 13. November zum letztenmale. Ein Jahr später, um die Weihnachtszeit 1821, nachdem seit Jahresfrist kein Lebenszeichen mehr von der für die Verfassung der Kirche so wichtigen Kommission verspürt worden war, löste sie ein kaiserlicher Befehl wieder auf. Ein mir vorliegendes Schreiben des Fürsten Galizin an den Bischof begründete diese Auflösung mit dem mittlerweile eingetretenen Tode des Senators Hablig und mit dem Abgange des Grafen Lieven von der

Stelle eines Vorsitzenden des evangelischen R. G. = Konsistoriums, das nun freilich noch immer auf seinen Eintritt ins Leben wartete. Der letztere Grund war der ausschlaggebende. Mißhelligkeiten in der Kommission, bei denen die Schuld offenkundig aufseiten des verdrießlich gewordenen Generals lag, hatten den Grafen zu diesem folgenschweren Schritt veranlaßt.

Was diese Kommission in ihren paar Sitzungen beschäftigte, könnten wir füglich übergehen, weil sie selbst ohne Erfolg aufgelöst ward. Freilich nicht ganz ohne Erfolg, weil auch sie einer überstürzten Ausführung des unreifen Organisationsentwurfes ein Hindernis in den Weg legte. Aber doch können wir die eingehende Kenntnisaufnahme der Protokolle sowohl als auch der mir gleichfalls vorliegenden Gutachten und Denkschriften der verschiedenen kirchlichen Behörden nicht auf sich beruhen lassen, ohne nicht auf ein paar auch heute noch beachtenswerter Punkte aufmerksam gemacht zu haben.

In dem kaiserlichen Erlaß vom 10. Juli 1819 ist wohl der bedeutsamste und auch ein wertvoller, erfreulicher Zug das erste, zielbewußte Bestreben, der evangelischen Kirche des Reiches eine gemeinsame Verfassung zu geben. Wir halten aus vielen Gründen, die hier anzuführen nicht der Ort ist, auch eine kirchenregimentliche Vereinigung der beiden Konfessionen hierzulande unter den geschichtlich gewordenen Verhältnissen für unausführbar, nicht einmal für begehrenswert. Der weitere Verlauf hat auch von dem ursprünglichen Plan Abstand genommen. Aber in der zur Thatfache gewordenen Beschränkung auf die lutherische Kirche des Reiches ist dieses in der Gründung eines R. G. = Konsistorium befundete, und in dem Organisationsentwurf näher ausgeführte Verlangen herzlich von allen denen willkommen zu heißen, denen es um eine feste Gliederung ihrer Kirche, um die einheitliche Zusammenfassung ihrer Glaubensgenossen mitten in einem Lande anderen Bekenntnisses wahrhaft zu thun ist. Die Verwirklichung eines solchen Planes kann nicht ohne manches Opfer von Sonderrechten sich vollziehen, ist aber um der Kirche und ihres Bekenntnisses willen, die man lieb hat, in hohem Grade der verlangten Opfer wert.

In den Darlegungen des livländischen Oberkonsistoriums, von

dem Generalsuperintendent Sonntag verfaßt*), ebenso auch in der kurländischen Denkschrift vermißt man schmerzlich diese Willigkeit, den großen, freien Standpunkt, der sich auch der Glaubensgenossen im Inneren des Reiches brüderlich annimmt und mit ihnen zusammen in der Verfassung eine gemeinsame und damit auch starke lutherische Kirche bilden will. Statt dessen die scharfe Ungeneigtheit, ein schier trotziger Widerwille, auch nur den kleinsten Befizstand der gewährten kirchlichen Privilegien, die doch bereits durch die schwedische Kirchenverfassung eine wesentliche Veränderung erlitten, dranzugeben, um dadurch den außerhalb der Ostseeprovinzen in der weiten Zerstreuung des Reiches wohnenden Glaubensgenossen die Wohlthat einheitlichen Kirchenregiments zu gewähren. Der libländische Generalsuperintendent weist den Versuch unter anderem mit der herben, stolz klingenden Äußerung ab, „daß die drei privilegierten protestantischen Provinzen in dem Grade ihrer religiösen und sittlichen Bildung wie in ihrer staatsbürgerlichen Verfassung von den Gemeinden in der Residenz und in dem übrigen Reiche wesentlich unterschieden sind.“ Es ist kaum anzunehmen, daß das Oberkonsistorium diesen Unterschied in der religiösen und sittlichen Bildung, der bis zu einer Unmöglichkeit gemeinsamer Kirchenverfassung sich ausdehnt, zu ungunsten der seiner Leitung anvertrauten Provinz bezeichnet haben wird.

*) Die Denkschrift vom 9. September 1819 ist von dem gesamten Oberkonsistorium unterzeichnet und zwar von Graf Mellin, als Direktor und Präses, dem Generalsuperintendent und Präses Sonntag, und den vier Assessoren H. v. Campenhausen, E. Cornelius, Freiherr R. Bubberg und D. Masing. — Graf Mellin — der nun auch schon den „verklungenen Namen“ zugezählt wird (vgl. Eckart, Die baltischen Provinzen Rußlands. Leipzig 1869. S. 271), eine fesselnde Gestalt des baltischen Adels, ein treuer Sohn seiner Zeit — war mit Sonntag durch Jahrzehnte hindurch aufs innigste befreundet; an die kraftvolle Persönlichkeit des Generalsuperintendenten schmiegte sich die weichere Natur des Grafen mit einer Wärme an, die von der vollen religiösen Übereinstimmung der beiden Männer fortwährend angefaßt ward. Als Sonntag vor ihm entschlief, setzte ihm der 74 jährige Greis auf dem Jakobikirchhofe ein Denkmal, einen mächtigen Felsblock mit der knappgefaßten Inschrift: „Dem Viebermann voll Licht und Kraft, Karl Gottlob Sonntag.“ Das war dem Grafen kein Schmehelwort; ihm, dem Gefinnungsgenossen, überzeugungsvolle Gewißheit.

Das herbe Urtheil wider die anderen lutherischen Gemeinden des Reiches, die man leider nur aus weiter nebelhafter Ferne kennt, das ganze Widerstreben fließt zum Theil sicherlich aus dem schönen, regen Heimatgefühl der Balten und verliert damit für den gerecht Urtheilenden manches, was sonst schmerzlich berühren könnte, als ob die Liebe nicht der großen, evangelischen Kirche, sondern nur der evangelischen Kirche „des Gottesländchens“ gelte. Es ist ein fester und auch kostbarer Verband, der in den Ostseeprovinzen Kirche und Land aufs engste verknüpft. Dieser Verband ist mit dem Blute seiner besten Söhne seit Jahrhunderten besiegelt. In allen erschütternden Wechselfällen ihrer Geschichte haben die Balten mit rührender, frommer Treue diesen Verband bewahrt; sie hüten das Kleinod wie auch eine Löwin ihre Jungen. Das ist ein erhebendes Schauspiel, um welches willen man gerne mancherlei übersieht, wenn zähe an den Privilegien festgehalten wird, sei es daß man die kirchlichen oder die weltlichen Rechte angetastet glaubt, wenn die Standhaften ritterlich nichts von den Vätern Ererbtes preisgeben wollen. Aber schon die politische Klugheit rät, rechtzeitig einzulenken und einer unaufhaltsamen Gegenströmung geschickt entgegenkommend, ihre Kraft zu brechen. Wenigstens ein Versuch ist geboten. So zündet der umsichtige Förster mit eigener Hand eine noch unversehrte Waldstrecke an, auf daß sich an diesem feurigen Walle die heranstürmende Lohe des Waldbrandes verzehre.

Anders und auch günstiger fällt das Urtheil über die geäußerten Bedenken der littauischen reformirten Synode wider die Unterstellung unter einen Bischof und ein R. G.-Konfistorium aus. Eingestandenermaßen hatte man bei dem Organisationsentwurf das Dasein dieser Synode völlig übersehen und war nun überrascht, als aus Wilna von ihr, der vergessenen oder auch nicht gekannten, eine Denkschrift und zwar eine sehr beachtenswerte einlief. In Litauen und Polen allein haben die Reformirten des Reiches, in zahlreicheren Gemeinden zusammenwohnend, seit den Tagen der Reformation auch kirchenregimentlich den Segen ihres Bekenntnisses sich errungen und durch die Jahrhunderte hindurch in allen schwersten Drangsalen ihren römischen Bergewaltigern gegenüber glaubensstark und mannhaft gewahrt. Schon 1550 tagte ihre

erste Synode im Flecken Pintschoren in der Krakauschen Voivodenschaft, 1557 die erste in Littauen unter dem Vorfige des hochangesehenen Voivoden von Wilna, Fürst Nikolai Radziwil. In der Ausgestaltung dieser wohlbewährten Synodalverfassung erkennt der Kundige die Einwirkung des polnischen Reformators Jan a Lasco, der in Ostfriesland und dann in der Fremdlingsgemeinde zu London eine meines Erachtens schier mustergültige Kirchenverfassung aufgestellt und am Abend seines Lebens sie mit heißem Begehrt auch seinem Heimatlande zu bieten versuchte. Für die littauische Synode wäre die Ausdehnung des Regimentes von Bischof und K. G.-Konfistorium auch über sie die Verwandlung der ihrem Bekenntnis entsprechenden synodalen Verfassung in eine konsistoriale gewesen, in den Augen der Söhne solchen Kirchenregimentes ein Rückschritt und Abfall von dem, worin sie die Eigentümlichkeit einer evangelischen Gemeinde erkennen. Außer der Verleugnung des ihnen als unantastbar geltenden evangelischen Gemeinderectes sollten sie nun auch noch das Regiment eines mit weitreichenden Vollmachten ausgestatteten Bischofs über sich ergehen lassen! Die Denkschrift wies darauf hin, daß in reformirten Landen solch' bischöfliches Regiment unerhört sei, und bat dringend, ehe man der Synode nehme, worauf ihr ganzes, tief und innig mit ihrem Bekenntnis verflochtenes Kirchenverfassungsleben beruhe, die Kommission einen Abgeordneten in ihrer Mitte zulasse, der sie mit der Eigentümlichkeit ihrer übersehenen Synode bekannt mache.

Während die Verfassungsfrage der evangelischen Kirche in Rußland die beteiligten Kreise in der Hauptstadt und in den Ostseeprovinzen in großer Spannung und Erregung hielt und durch Jahre ungelöst in der Schwebe blieb, empfing ein Bruchteil der evangelischen Kirche des Landes geordneten, kirchenregimentlichen Bestand. Auch nur für kurze Zeit, und ist von diesem einmaligen Sonderbestand in den beteiligten Kreisen kaum mehr eine Erinnerung zurückgeblieben. Eine Geschichte der Kirchenverfassung darf sie nicht völlig der Vergessenheit anheim geben; im Rahmen

des Gesamtbildes hat auch dieser kleine Zug seinen Wert: er zeigt in schärfer umrissenen Zügen, wie die tonangebenden Männer ihr großes Verfassungsbild im einzelnen auszuführen gedachten.

An der Wolga waren, wie erwähnt, bereits in den Tagen der Kaiserin Katharina II. zahlreiche deutsche Kolonien angesiedelt worden; landeinwärts von der Nordküste des Schwarzen Meeres und in der Krim jetzt unter Alexander I. frische Einwandererzüge. Diese letzteren deutschen Kolonisten trafen in der Nähe des ihnen reichlich zugemessenen Steppenbodens auf ältere evangelische Kolonien; so in Alt-Schwedendorf auf schwedische Bauern, welche noch Fürst Potemkin auf Befehl der Kaiserin zwangsweise von ihrer Insel Dagoe, weil sie wegen der Hand- und Spanndienste mit ihren Gutsherrn in Streit geraten waren, in so weite Ferne hatte überführen lassen; so in dem Kirchspiel Josefthal, das bereits 1789 gegründet worden war. Diese Protestanten im Süden und Osten des Reiches, zehn Tausende an Zahl, entbehrten einer festen Kirchenordnung, eines starken Kirchenregimentes immer empfindlicher, je stärker sie sich vermehrten und die anfängliche Notzeit einem wachsenden Wohlstande wich. Sie waren in kirchlicher Beziehung wie die zerstreuten lutherischen Einzelgemeinden im Innern des Reiches unter das Justizkolleg gestellt; aber diese recht lose Stellung konnte auf die Dauer nicht genügen.

Die Männer am Ruder des evangelischen Kirchenregimentes in Petersburg erkannten das drängende Bedürfnis, hier in geordelter Weise einzuschreiten. Die Zeitlage war ihnen günstig. Das Justizkolleg ging seiner Auflösung entgegen; der Kaiser und sein Minister, Fürst Galizin, waren zu größtem Entgegenkommen geneigt; der verordnete Vorsitzende des R. G.-Konfistoriums, Graf Lieven, stand in hoher Gunst, verstärkt durch gleiche evangelische Überzeugung. Bei so bewandten Umständen überraschte es kaum, als bereits ein Vierteljahr nach Erlass des für die Verfassungsgeschichte so wichtigen Ukases, am 25. Oktober 1819, zunächst für die zahlreicheren und älteren evangelischen Ansiedler an der Wolga in Saratow ein Konfistorium mit einem Bezirk gegründet ward, der die Protestanten und ihr Kirchenwesen in den Gouvernements Saratow (mit Ausnahme der Brüdergemeinde zu Sarepta), Astrachan, Woronesch, Tambow, Rjasan, Penza, Simbirsk, Kasan,

Drenburg und Perm — im ganzen also ein Gebiet von 1113058 □ Kilometer — umfaßte.

Der zum Vorsitzenden dieses Konsistoriums erwählte Staatsrat Reinholm zieht kaum die Aufmerksamkeit auf sich; viel bezeichnender, auch für die herrschende Stimmung in den ausschlaggebenden Kreisen der Hauptstadt, war die Wahl des Dr. Fessler zum Superintendenten und stellvertretenden Vorsitzenden des Sarsower Konsistoriums. Fessler ist völlig ein Kind seiner Zeit, oder sagen wir lieber der damals innerhalb eines Menschengeschlechts rasch sich ablösenden Zeitfolgen mit all' den gärenden, brodelnden Elementen, die sie in ihrem sturm- und drangvollen Schoße trug. Er war bei seiner Ernennung bereits dreiundsechszig Jahre alt und durch welche Wandlungen hindurch ist leichten Herzens und eiligen Fußes diese fast räthelhafte und auch zerfahrene Erscheinung hindurchgegangen! In Czurendorf an der Weitha 1756 als Katholik geboren tritt er siebenzehnjährig in den Kapuzinerorden und wandert, zum Priester geweiht, unstät durch verschiedene Klöster; innerlich voll Unruhe, denn der geistvoll angelegte, rastlos bewegliche Kopf hat sich schon zu viel in klassischen und philosophischen Studien umgetrieben, als daß er sich in den öden Klosterzellen und unter ihren rohen Bewohnern hätte heimisch fühlen können. Dem Kaiser Josef legt der Kapuziner Pläne zur Aufklärung der Mönche vor; ein waghalsiges Unternehmen, dessen drohenden Gefahren ihn der Kaiser nur durch seine Ernennung zum Professor der orientalischen Sprachen in Lemberg entzieht. Nun treibt der Gelehrte mit vollen Segeln in litterarische Vielgeschäftigkeit hinein. Es erscheinen Grammatiken, Trauerspiele, vielgelesene, für uns ungenießbare Romane voll breiter, wässeriger Moral, historische Romane, in denen aber doch nur der moderne Zeitgeist der Aufklärung gespensterhaft und zudringlich umgeht. In Galizien nicht mehr sicher, eilt Fessler über die Grenze und wird Erzieher bei dem Fürsten Carolath, wird lutherisch und heiratet, um sich nach zehn Jahren wieder scheiden zu lassen. Damals auch wird er begeisterter Logenbruder, gründet daneben einen Guergetenbund, siedelt nach Berlin über, wo er einen Humanitätsbund als Zweig der Loge Royal York stiftet, von dem aus er das Freimaurertum neu beleben will. Wieder verheiratet

gerät er in den Kriegsjahren in große Not, aus welcher ihn eine Anstellung als Professor der Philosophie und orientalischen Sprachen an der geistlichen Akademie zu Petersburg zieht. Die armen, angehenden Popen verstehen kaum den Latein redenden Lehrer; was der Priestermonch Leonides davon begriffen haben will, dünkt ihm, wie Fessler andeutet *), bedenkliches „Vorziehen des Platonismus zu Ungunsten der aristotelischen Scholastik, der Wolffschen Ethik und des Kantischen Kritizismus.“ Als Atheist verdächtigt legte der zeitweilige Lehrer der sich vorbereitenden russischen Geistlichkeit seine Stelle nieder und trat in die Gesetzkommision ein, mit dem Rechte, wo er wolle in Rußland seinen Wohnsitz zu nehmen. Fessler siedelte zunächst nach Wolst, weiter nach Saratow, weiter in die Brüdergemeinde nach Sarepta, wo er seine Geschichte Ungarns schrieb, zugleich auch, wie er meint, unter den frommen Herrnhutern Christ ward. „Er merkte über dem Chaos seiner Seele die Bewegung des Geistes und das schöpferische Wort: es werde Licht.“ Das war am 7./19. April 1816, wie er nach dem Geschmack mancher Leute aus dem Krüdenerischen Kreise genau anmerkt. In dem dem Fürsten Salizin 1819 eingehändigten Glaubensbekenntnis, — der unstäte Pilger war rechtzeitig nach Petersburg gekommen — bekennt Fessler, daß er genau von diesem Tage an so erleuchtet wurde, daß er seitdem auch „alles annehme, was in dem ganzen sogen. Libro Concordiae über den christlichen Lehrbegriff als Glaubenssatz entschieden und erklärt worden, insofern diese Entscheidungen und Erklärungen dem echten, reinen Sinne der heiligen Schriften Alten und Neuen Bundes, wie ihn das bewährte christliche Altertum, die Allgemeinheit der echtgläubigen Christen überall und in Übereinstimmung der heiligen Väter und Auserwählten Gottes ausgesprochen haben, nicht widersprechen.“

Das war der Mann, den man zum wichtigen Posten eines Superintendenten auserkoren. Als bald nach seiner Bestallung eilte er nach Borgo, sich von dem dortigen Bischof weihen zu lassen. Die ihn gewählt und wohl auch damals schon Egnäus als

*) Vgl. Fesslers Rückblicke auf seine 70jährige Pilgerschaft (Breslau 1824) S. 354.

Bischof für die evangelische Kirche Rußlands ins Auge gefaßt, legten besonderen Wert auf eine Weihe durch Handauflegung „apostolischer Nachfolge“ (successionis apostolicae). Sie hatten auch dafür Sorge getragen, daß dem bischöflich Geweihten ein „Episkopal-Kreuz“ als Zeichen seiner Würde umgehängt werde. Fast hat es nach diesen Notizen den Anschein, als ob den Männern an der Spitze des Kirchenwesens damals schon vorzuschwebte, Synodus zum Erzbischof zu ernennen, die Superintenden ten aber fortan Bischöfe zu heißen. Fessler hat sich oft, vielleicht auch gern so nennen lassen*); sicher ist jedenfalls, daß in Saratow als dem Sitz des Superintenden ten die lutherische Kirche, St. Marienkirche genannt, ein recht bescheidener, einfacher Bau aus dem Jahre 1793, fortan den stolzeren Namen einer Kathedralkirche zu führen, der an ihr angestellte Pastor aber Dompropst zu heißen angewiesen ward.

Wir begleiten den alten Herrn nicht auf seinen Amtsfahrten, auch nicht in alle Einzelheiten der Leitung seines umfangreichen Bezirkes. Er hatte viel zu säubern, viel einzurichten; rastlos auch noch litterarisch thätig ist er in dem Amte eine Reihe von Jahren geblieben, bis daß wir den unsteten Mann noch vor Einziehung dieses Konsistoriums wieder in Petersburg auftauchen sehen. War dem unruhigen Geiste auch diese Arbeit verleidet, er wieder einmal eines Wechsels bedürftig geworden? Sechs

*) Auch bei Busch (Materialien I, 300) wird ihm dieser Titel beigelegt; ich habe nirgends ein Schriftstück über seine Ernennung zum Bischof finden können, auch in seinen Rückbliden erwähnt er denselben nicht. In der „Instruktion für das evangelische Konsistorium in Saratow“, die dem Superintenden ten bald nach Antritt seines Amtes von Petersburg aus zugeing, taucht mit einemmale dieser Bischofsname auf. Mit welchem Rechte, infolge welcher Wendung ist nicht ersichtlich; so wenig als, von wem diese Instruktion ausgearbeitet und welche staatliche Gutheißung sie erhalten. Ich besitze noch die Abschrift einer zweiten „Instruktion für die evangelischen Konsistorien in Saratow und Odeßa“, vom Geschäftsdirektor Böke gleichzeitig mit seinem später zu erwähnenden Organisationsentwurf 1824 ausgefertigt, in welchem ebenfalls der Bischofsname, wohl infolge der Dorpater Verhandlungen, in Vorschlag und Anwendung gebracht wird. Aber diese Instruktion hat gleiches Schicksal wie der Entwurf gehabt; sie ist nicht ins Leben getreten.

Jahre hat der Greis das Ende des Saratower Konsistoriums *) überlebt. Wichtiger im Rahmen der Verfassungsgeschichte ist die Organisation, die er für sein Konsistorium in Saratow mitbekam **).

Ungleich von dem Entwurf des R. G.-Konsistoriums war der Superintendent Stellvertreter des weltlichen Vorsitzenden. Neben diesen beiden Männern bestand das Konsistorium noch aus je einem weltlichen und geistlichen Beisitzer, letzterer ständig der Dompropst und als solcher auch bei den Visitationen Gehilfe, bezw. Vertreter des Superintendents. Der Schriftführer der Kanzlei mußte ein Rechtsgelehrter sein und verfaß als solcher in gewisser Art die Stelle eines Procureur; er war gehalten, etwaige Überschreitungen oder Widergeseglichkeiten des Konsistoriums in kirchlicher oder administrativer Beziehung dem Oberprocureur des R. G.-Konsistoriums unverzüglich zu melden. — Inbetreff der Unterschiede in den Bekenntnissen hilft die Instruktion sich leicht. Der fest nach seiner Aussage in der Konkordienformel wurzelnde Superintendent darf die besonderen Gebräuche der beiden evangelischen Konfessionen nicht willkürlich und wider Willen der Gemeinde ändern. Ziemlich weitgehende Rechte werden dem Konsistorium inbetreff der Anstellung und Überwachung der Geistlichen und Schullehrer zugestanden und dasselbe nur angehalten, über seine desbezüglichen Verfügungen Mitteilungen an das R. G.-Konsistorium zu machen; doch steht den Geistlichen und Schullehrern das Recht einer Klage bei dem R. G.-Konsistorium zu. — Dies ein paar Züge aus der Instruktion einer ins Leben getretenen Behörde, deren Oberbehörde noch durch so schwere Geburtswehen hindurchzugehen hatte, um dann doch nicht das Tageslicht zu erblicken. Das Saratower Konsistorium hatte somit Zeit seines vierzehnjährigen Bestandes eine ganz eigenartige Selbständigkeit: nur abhängig von einer nicht vorhandenen Behörde.

Mehr Zeit nahm man sich bei der gleichzeitig geplanten Bil-

*) Aber nicht, wie in der „Allgemeinen deutschen Biographie“ (Leipzig 1877. VI, 725) zu lesen, als Generalsuperintendent und Kirchenrat der lutherischen Gemeinde in Petersburg.

**) Außer der in meinem Besitze befindlichen Abschrift wird wohl kaum ein weiteres Exemplar dieser Konsistorialordnung mehr vorhanden sein.

dung eines Konsistoriums in Odeffa für die Evangelischen in den südlichen Gouvernements des Reiches; mit einer Vorsicht und Gründlichkeit ging man dabei zuwerke, daß bei dem so raschen und auch unerwartet veränderten Verlauf der Dinge in den letzten Regierungsjahren Alexanders I. das auf dem Papier fertiggestellte Konsistorium schließlich doch nicht zustande kam. Mit der Ausarbeitung der Pläne für beide Konsistorien war eine besondere Kommission betraut, die aus den beiden uns schon bekannten weltlichen Mitgliedern Turgenieff und Besarowius und aus den beiden Geistlichen, dem Bischof und dem Pastor der deutsch-reformirten Gemeinde v. Muralt bestand. Letzterer dankte seine Aufnahme dem schönen Bestreben der Regierung, den beiden Konfessionen in den betreffenden Bezirken in ihren Ansprüchen bei der gemeinsamen Kirchenverfassung gerecht zu werden. Die Kolonisten an der Wolga boten leichter lösbare Fragen inbetreff der Ausdehnung des Konsistorialbezirkes. Es handelte sich hier nur darum, ob die Herrnhutergemeinde in Sarepta dem Konsistorium zu unterstellen sei, was um ihrer Privilegien willen verneint wurde. Dazu kam, daß die Kommission in der Anwesenheit des mit den dortigen Verhältnissen vertrauten Fessler allzeit den erwünschten Beirat zur Seite hatte. Ein solcher Fachmann fehlte für Odeffa; niemand in der Kommission kannte aus eigenem Augenschein die dortigen Verhältnisse, der schriftliche Verkehr trug zur Verschleppung bei.

Im Süden lagen überhaupt schwierigere Verhältnisse vor. Wie sollte es mit den in der Nähe von Zefaterinoslaw und in der Molotschna angesiedelten zahlreichen Mennoniten gehalten werden? wie mit der schottischen Kolonie Karras im Kaukasus, die nun fast ausschließlich aus deutschen Kolonisten bestand? wie mit den vor kurzem in so großer Menge zugewanderten „Sektierern“ aus Württemberg? Unzufrieden mit dem in ihrer Heimat neu eingeführten Gesangbuch, waren sie 1816 ausgewandert, hatten eine Zeit lang in der Nähe von Odeffa gerastet, und waren nun nach Grusien aufgebrochen, sich auf den ihnen angebotenen Kronländereien in der Nähe von Tiflis fest anzusiedeln *). Als Gewährsmann bei

*) Über diese Kolonisten vgl. Schrenk, Geschichte der deutschen Kolonisten in Transkaukasien. Tiflis 1869. 197 Seiten.

Entscheidung dieser Fragen diente der Kommission der Pastor der in Odeffa seit 1804 angesiedelten deutschen Handwerkerkolonie, Karl Böttiger, der seit 1811 dort angestellt, mit den Verhältnissen vertraut war. Auf Grundlage seiner schriftlichen Mittheilungen entschied die Kommission, daß die gut beleumundeten und ähnlich wie die Herrnhuter durch besondere Privilegien in ihrem festgeordneten Kirchenwesen geschützten Mennoniten nicht in den Verband des Konsistoriums aufzunehmen seien, wohl aber die deutschen Ansiedeler in Karsas und die Württemberger Separatisten in Grusien, denen Böttiger ein recht abholdes Zeugnis ausstellte.

Nachdem in solcher Weise der Bezirk abgegrenzt und bestimmt war, daß das Odeffaer Konsistorium seine Macht über alle Protestanten in den Gouvernements Cherson, Taurien, Zefaterinoslaw, Poltawa, Charlow, Kursk, Rjew, Bessarabien, Grusien und dem gesamten Kaukasus auszudehnen habe, — über ein Gebiet also von 903 190 □ km., kleiner demnach als das des Saratower Konsistoriums — schritt man zur Organisirung dieses Konsistoriums. Noch war der Mann nicht gefunden, dem man die geistliche Leitung hätte anvertrauen können. Da erschien Ende 1821 Böttiger in Petersburg, ob gerufen oder weil er wie Fessler die gelegene Zeit zu ergreifen verstand, ist aus den mir vorliegenden Papieren nicht ersichtlich. Wohl aber — denn ich selbst besitze die betr. Abhandlung —, daß er bereits am 17. Dezember 1821 dem Fürsten Galizin eine ausführliche Denkschrift über die „liturgische Verordnung“ von 1806 einreichte. Böttiger hatte es gar leicht, den argen Gegensatz und Widerspruch dieser Verordnung mit dem Evangelium an den Pfahl zu nageln. Er ging noch einen bedenklichen Schritt weiter, indem er dieses jämmerliche Nachwerk der Verleitung zum Aufruhr beschuldigte und die Absetzung von ein paar Geistlichen mit dieser Liturgie in völlig ungerechtfertigter Weise in einen geistigen Zusammenhang brachte. Bereits am 10. Januar 1822 hatte der Kaiser genaue Einsicht von der Denkschrift genommen und von dem Bischof ein Gutachten darüber einfordern lassen, welches im ganzen maßvoll ausfiel, das Buch zwar als untauglich verwarf, aber die arge Beschuldigung, als ob es zum Aufruhr verleite — und in jenen Tagen konnte es keine gefährlichere Beschuldigung geben — entschieden abwehrte. Als

weitere Folge dieser Denkschrift ist anzusehen, daß die Kommission zur Ausarbeitung der Pläne für die beiden Konsistorien Böttiger mit dem Entwurf für das Odeffaer, auf Grundlage des bereits in Saratow zur Ausführung gelangten, zu beauftragen hatte. In wenigen Wochen war der Plan von Böttiger fertiggestellt. Am 24. Juni 1822 übergab der Minister dem Bischof denselben, ihn bei dem ihm übertragenen allgemeinen Organisationsplan zu verwerten.

Wir greifen dem Gange der Entwicklung etwas vor und werfen hier schon einen Blick in die „Instruktion für die evangelischen Konsistorien zu Saratow und Odeffa“, welche der Bischof gleichzeitig mit seinem allgemeinen Organisationsplan 1824 dem Minister zur Begutachtung und kaiserlichen Bestätigung vorlegte und welche von dem gleichen Geschick wie der Hauptplan betroffen ward.

Die „Instruktion“ gleicht in den wesentlichen Zügen den fünf Jahre früher dem Superintendent Fessler mitgegebenen vorläufigen Vorschriften. Indem wir darauf zurückverweisen, geben wir hier nur entweder ein paar weitere Ausführungen oder leise Änderungen wieder. Ein weltlicher und ein geistlicher Vorsitzender (Bischof) mit je einem weltlichen und geistlichen Beisitzer; alle Ausfertigungen werden von beiden Vorsitzenden unterschrieben; in allen judiziären und administrativen Verhandlungen giebt bei Stimmengleichheit die Stimme des weltlichen Vorsitzenden den Ausschlag, die des geistlichen in Fragen der Amtstüchtigkeit der Geistlichen und Lehrer, der Lehre und des Gottesdienstes. Dem Bischof werden jährliche Inspektionsreisen zur Pflicht gemacht und zwar so, daß er alle sieben Jahre seinen ganzen Amtsbezirk besucht haben muß. Ein Pfarramt darf der Bischof neben dieser Würde nicht bekleiden; seine Rechte und Pflichten sind die in der schwedischen Kirchenordnung aufgestellten. Die beiden Konsistorien sind dem R. G.=Konsistorium unmittelbar unterstellt, mittelbar durch dasselbe in judiziärer Beziehung dem Senat, in administrativer dem „Generaldirektor der geistlichen Angelegenheiten fremder Konfessionen“ (das Kultusministerium war inzwischen wieder aufgehoben und seine einzelnen Abteilungen anderen Ministerien zugewiesen). Die weltlichen Vorsitzenden werden auf Vorstellung des Generaldirektors durch aller-

höchsten Ulas an das Reichs-Generalkonsistorium, die weltlichen Beisitzer aber vom Generaldirektor auf Vorstellung des Reichs-Generalkonsistoriums bestätigt und entlassen. Die Bischöfe werden durch einen allerhöchsten Ulas an das Reichs-Generalkonsistorium, die Dompropste und Propste auf Vorstellung der Konsistorien vom Reichs-Generalkonsistorium bestätigt und entlassen. Bei Erledigung des Bischofsamtes senden in Aufforderung des Konsistoriums sämtliche Prediger des Episkopalbezirkes ihre Stimme zur Wahl eines Bischofs versiegelt dem Konsistorium ein. Nach Verlauf von zehn Wochen stellt das Konsistorium den auf solche Weise mit Stimmenmehrheit erwählten Kandidaten nebst einem zweiten Kandidaten seinerseits dem Reichs-Generalkonsistorium vor; dieses fügt den beiden Kandidaten einen dritten seinerseits hinzu und diese drei stellt der Generaldirektor dem Kaiser zur Wahl und allendlichen Entscheidung vor.

Wir nehmen den unterbrochenen Faden unseres Berichtes wieder auf und fahren fort, das Ringen um die Organisierung eines Reichs-Generalkonsistoriums zu schildern. Nach dem Scheitern des letzten Anlaufes ein neuer Versuch, der lutherischen Kirche des Reiches zu einer den veränderten Verhältnissen entsprechenden Verfassung zu verhelfen! Der wievielte nun wohl schon seit einem halben Jahrhundert? Und immer wieder unverdrossen machten sich die aufgerufenen Werkleute an die verlangte Arbeit, mit neuem Mut, zum Teil weil sie nicht wußten, wie oft schon vergeblich die Arbeit unternommen war, und aus Unkunde der Vorläufer auf dem gleichen Gebiete.

Am 13. November 1820 hatte die erwählte „zeitweilige Kommission zur Prüfung des Organisationsentwurfes“ ihre vierte und auch letzte Sitzung, wie bereits erwähnt, gehabt. Wochen und Monate verstrichen, ohne daß ihrer weitere Erwähnung geschieht. Am 4. September 1821 bat der Bischof in einer Audienz den Kaiser, die scheintote Kommission thatsächlich aufzu-

lösen und ihm den Entwurf eines neuen Organisationsplanes, bei dessen Ausarbeitung er die Superintendenden der Ostseeprovinzen zurate ziehen wolle, zu übertragen*). Zum Mitarbeiter erbat er sich den als tüchtig erprobten, aber bereits in Ungnade gefallenen Geschäftsdirektor Göke. Der Kaiser bewilligte beides, behielt sich jedoch die Prüfung der verschiedenen Meinungen und die endgültige Entscheidung vor. Am 18. Dezember 1821 beauftragte ein kaiserlicher Erlaß den Bischof mit dieser Arbeit; Fürst Galigin teilte ihm denselben am 1. Januar 1822 mit, gleichzeitig, daß er die nötigen Veranstaltungen getroffen, die von dem Bischof erbetene Beratung mit den Superintendenden der Ostseeprovinzen in Dorpat halten zu können. Am 20. Februar begannen die Beratungen der Abgeordneten aus den Ostseeprovinzen; nach angestrengter, unausgesetzter Arbeit schlossen dieselben am 6. März. Anfänglich besprach sich der Bischof mit den einzelnen Gliedern und ließ sich von ihnen über die betreffenden Gegenstände schriftlich die Ansicht geben. Auf Grundlage dieser Eingaben folgten dann gemeinsame Beratungen, die in einem von allen unterschriebenen Gutachten als Ergebnis der Versammlung dem Bischof für seinen auszuarbeitenden Organisationsentwurf, jedoch zu freier, selbständiger Bewertung, eingehändigt wurde.

An diesen wichtigen Beratungen beteiligten sich außer dem Bischof und seinem Geschäftsdirektor, nachdem einige der zuerst in Aussicht genommenen Geistlichen wegen Alters oder Kränklichkeit abgesagt: der livländische Generalsuperintendent Sonntag, der lurländische Konsistorialrat Richter, der Assessor des estländischen Provinzialkonsistoriums Pastor Anüpffer, der Revalsche Stadtsuperintendent Mayer und der Assessor des Rigaischen Stadtkonsistoriums Oberpastor Liedenmann. Sollte man das Recht zur Teilnahme an dieser Tafelrunde genau prüfen, so würde man bei einzelnen als Zeugnis ihrer Befähigung, in Kirchenverfassungsfragen ein gereiftes, eigenes Urteil abzugeben, nur eben auf ihre Stellung in den betreffenden kirchlichen Behörden hinweisen können; die Meinung bestätigen die mir sämtlich vorliegenden schriftlichen

*) Ausführlich ist die Unterhaltung mitgeteilt bei Göke, Fürst Galigin S. 171.

Ausarbeitungen der einzelnen Teilnehmer über die behandelten Gegenstände. Verlockend wäre es wohl, näher auf diese Arbeiten einzugehen, zumal darüber nie etwas in die Öffentlichkeit gedrungen; aber es würde denn doch zu weit führen. Bedeutsam sind die Beantwortungen des unbedingt hervorragendsten Teilnehmers, Sonntag; auch um deswillen, weil sich ein Einlenken gegenüber der noch vor zwei Jahren eingenommenen schroffen, abwehrenden Stellung zeigt, auch weil der noch im Anfang des Jahrhunderts bei der „liturgischen Ordnung“ innegehabte Standpunkt nicht mehr mit der gleichen Entschiedenheit festgehalten wird. Die auf theologischem und kirchlichem Gebiete in der Zwischenzeit eingetretene günstige Wendung mit ihrer Loslösung von dem allbeherrschenden Einfluß des Rationalismus scheint nicht spurlos an dem geistvollen Manne vorübergezogen zu sein, der sich bis in sein hohes Alter hinein ein scharfes, offenes Auge für das geistige Leben seiner Zeit bewahrt.

Müssen wir auch stillschweigend an den Einzelberatungen vorübergehen, so doch nicht an ihren beachtenswerten Endergebnissen. Es weckt schon ein günstiges Vorurteil, daß man diesmal Stimmen aus den zunächst beteiligten Kreisen hören wollte, daß man ernste und eingehende Studien für die wichtige Arbeit machte, so umfassende, daß man sogar den in jenen Tagen berühmten Oberhofprediger Ammon in Dresden um Belehrung anging, dessen ausführliches Gutachten mir vorliegt. Hier nun die hauptsächlichsten Punkte, über welche sich die Dorpater vertrauliche Versammlung einigte.

Das infolge kaiserlichen Erlasses unabänderlich zu gründende Reichs-Generalkonfistorium bildet in judiziärer und administrativer Beziehung die kirchliche Oberinstanz der Evangelischen des Reiches; in ersterer Beziehung tritt es an Stelle des bisherigen Justizkollegs und soweit diese Zwischeninstanzen noch bestanden, an Stelle des livländischen Hofgerichtes und des estländischen geistlichen Oberappellationsgerichtes. Einspruchlos urteilt das Reichs-Generalkonfistorium in Klagesachen wider Prediger und in Ehescheidungen, nur bei Fragen über Alimentation und Erziehung der Kinder ist eine weitere Einsprache an den Senat möglich. Vorsigender dieses

Reichs-Generalkonsistoriums*) ist der jeweilige Bischof von Petersburg, oder wie er genauer zu bezeichnen wäre, der Erzbischof, da der Vorschlag gemacht wird, entsprechend der schwedischen Kirchenverfassung fünf Superintendenten (und zwar den livländischen Generalsuperintendenten, den lurländischen Superintendenten, den für den Bezirk des estländischen Provinzialkonsistoriums noch erst zu erwählenden und die beiden Superintendenten des Saratower und Odeßauer Konsistoriums) zu Bischöfen zu ernennen, nur die Superintendenten von Döbel, Stadt Reval und Riga bei ihrem alten Namen zu belassen, in Wilna und Moskau neue Superintendaturen zu gründen und die in Piltten aufzuheben. Zu Beisitzern des Reichs-Generalkonsistoriums schlägt die Ritterschaft jeder der drei Provinzen je zwei Kandidaten aus ihrer Mitte vor, die Geistlichkeit aber jeder Provinz je einen und das betreffende Provinzialkonsistorium einen weiteren Kandidaten, aus welchen in jedem einzelnen Falle das Reichs-Generalkonsistorium zwei bezeichnet, die es dem Kaiser zur Wahl vorstellt.

Mit Genehmigung des Kaisers werden nötigenfalls von dem Reichsgeneralkonsistorium Generalsynoden zusammenberufen, bestehend aus dem Erzbischof, sämtlichen Bischöfen und Superintendenten, den geistlichen Oberkonsistorialräten und anderen Geistlichen, welche je zwei oder einer von den Amtsbrüdern der verschiedenen Konsistorialbezirke dazu berufen und entsendet werden. Nur innere kirchliche Angelegenheiten, die sich auf Glauben, Lehre, Liturgie, Kirchendisziplin, Bibelübersetzungen, Katechismen, Gesang- und Gebetbücher beziehen, dürfen bei diesen Synoden zur Verhandlung kommen. Sobald die Beschlüsse der Synode die kaiserliche Bestätigung erhalten haben, sind sie für die evangelische Kirche rechtskräftig und ohne Einsprache irgendeiner Behörde bindend. Um jedoch in gewisser Beziehung weitere Theilnahme an der Beschlussfassung zu betheiligen, muß die Tagesordnung der Verhandlungen rechtzeitig zuvor den einzelnen Konsistorien mitgeteilt werden.

*) Sehr ausführlich und in bemerkenswerter Weise werden die Nachteile für die Kirche auseinandergesetzt, wenn der Vorsitz in diesem Konsistorium einer weltlichen Persönlichkeit überwiesen würde, Nachteile, welche die etwaigen Vorteile nach Meinung der Versammlung, die darin ganz die Bedenken von Sonntag teilt, überwiegen.

Eine eingehende Beachtung wird dem Punkte zugewandt, „die Konsistorien gänzlich dem nachtheiligen Einfluß der weltlichen Behörde zu entziehen“. Deshalb sollen sie, wie bereits in dem Entwürfe für die Konsistorien in Saratow und Odeffa geschehen, zu den Gouvernementsregierungen und übrigen Gouvernementsbehörden in ein kommunikatives Verhältniß gerückt werden. Auch in den Ostseeprovinzen, wo alle bisherigen Berechtigungen der Gouvernementsregierung in geistlichen Sachen an das Reichs-Generalkonsistorium übergehen. Im weiteren Verfolg dieser Bestrebungen sollen auf Vorschlag des Bischofs die Stadtkonsistorien von Riga und Reval mit den betr. Provinzialkonsistorien verschmolzen werden, so jedoch, daß ein Magistratsglied und ein Stadtgeistlicher Sitz und Stimme in dem Konsistorium haben müssen; ferner sollen die Oberkirchenvorsteherämter in Livland, welche die sogen. kirchliche Oekonomie und Polizei ohne nähere Mitwirkung des Oberkonsistoriums und des Diöcesan-Provinzialkonsistoriums ausüben, entweder aufgelöst oder wesentlich umgestaltet werden; die reformirte Gemeinde in Riga solle derart dem Oberkonsistorium unterstellt werden, daß etwaige Klagesachen unter Zuziehung des reformirten Predigers, Klagesachen wider ihn aber unter Zuziehung des Mitauer reformirten Predigers zu verhandeln sind; in das gleiche Verhältniß zu dem kurländischen Konsistorium tritt die reformirte Gemeinde in Mitau. Die piltenische Superintendentur geht ein oder vielmehr völlig auf in dem kurländischen Konsistorium. Das lutherische Konsistorium in Wilna wird mit der litthauischen reformirten Synode, von der jedoch kein Abgeordneter zu den Beratungen in Dorpat zugezogen war, zu einem gemeinsamen Konsistorium verschmolzen, kurzer Hand also die Synodalverfassung des einen Theils mit einer konsistorialen vertauscht. „Da das evangelische Kirchenwesen in Moskau im Verfall ist (es war niemand von dort eingeladen, um über den Zustand zu berichten, noch auch kannte irgendeiner der Herren die Lage aus eigenem Augenschein; das Urtheil erscheint aber doch nicht, zehn Jahre nach dem Brande von Moskau, als unzutreffend), so dürfte es nicht unangemessen sein, in Moskau für mehrere umliegende Gouvernements und Sibirien ein besonderes Konsistorium zu bilden.“

Über die Liturgie urteilt die Versammlung, daß die liturgische Verordnung von 1805 der Verbesserung und Vervollständigung bedürftig sei (der Meinung waren dieselben Männer siebenzehn Jahre früher nicht; die in der Zwischenzeit vollzogene Wendung und auch Wiederbelebung evangelischen Glaubens war wie an Sonntag, so auch an ihnen nicht spurlos vorübergezogen)*). Deshalb habe die erste Generalsynode sich mit der Ausarbeitung einer für das ganze Reich gemeinsamen Agende, „in echt christlichem Geiste zu beschäftigen, wobei die Verfasser nicht unterlassen werden, die herrlichen Muster, welche unsere alten Kirchenlehrer sowohl, als unsere Glaubensverwandten der späteren Zeit uns aufstellen, in gehörige Berücksichtigung zu ziehen.“ Bei dem Religionsunterricht für das Volk ist der kleine lutherische Katechismus zugrunde zu legen (welch ein Fortschritt auch hier gegenüber 1808!). Die Versammlung beklagt bitter, daß durch die veränderte Einrichtung des Schulwesens dasselbe dem segensreichen Einfluß der Kirche fast völlig entzogen sei, und ist dankbar, daß bei den Landschulen wenigstens derselbe, wenn auch beschränkt, gelassen wurde.

Nachhause zurückgekehrt beeilte sich der Bischof das Protokoll der Dorpater Verhandlungen dem Fürsten zur Übermittlung an den Kaiser vorzustellen. Dasselbe sollte entsprechend dem kaiserlichen Willen dem bischöflichen Organisationsentwurf zur Grundlage dienen, aber erst nachdem es von dem Kaiser gutgeheißen war. Vom Tage der Überreichung am 25. April 1822 hatte der Fürst bis zum 9. Oktober noch keine günstige Gelegenheit gefunden, dem Kaiser das Protokoll einzuhändigen; man merkt auch hier, wie die Stellung des Jugendfreundes, geschickt von den Araktschejew,

*) In einem Schreiben an den Fürsten Galizin fällt um jene Zeit der Bischof das auch für ihn bezeichnende Urteil über jene „liturgische Verordnung“ von 1805: „Diese ganze Sache muß einmal in der Kirchengeschichte einen Platz unter den Belegen dafür finden, welche unseligen Folgen es nach sich zieht, wenn weltliche Beamte bei den inneren Angelegenheiten der Religion mit Hand anlegen“ (hat er dabei wohl auch an Pesarovius und seinen Organisationsentwurf gedacht?).

Serafim, Photi und ihren Helfershelfern untergraben, zu wanken beginnt und auf das selten schöne Verhältniß die trüben Schatten wachgerufenen Argwohnes fallen. Dem Fürsten selbst war das Hinausschieben peinlich; er forderte den Bischof auf, nicht mehr länger zu zögern und an die Arbeit einstweilen zu gehen. Aber es war ein mißlich Ding, den Bau nach einem Grundriß aufzuführen, von dem man noch nicht wissen konnte, ob die Zeichnung bestätigt würde. Selbst am 23. August 1823 war noch keine kaiserliche Willensäußerung erfolgt; den allgemein fühlbaren Druck veränderter Lage empfand auch der Bischof je länger je mehr. Er hatte mit viel Unternehmungslust die wichtige Aufgabe begonnen; er wollte ein gründliches Werk herstellen, das möglichst alle Ansprüche befriedigte. Durch die russischen Gesandtschaften trafen in der langen Zwischenzeit die durch sie erbetenen Gutachten über die gegenwärtigen Kirchenverfassungen in den protestantischen Ländern ein. Eognäus bat um die Absendung eines besonderen Beamten, sich inbetreff bestimmter Punkte mit den geistlichen und weltlichen Behörden und Körperschaften im Reiche zu besprechen. Das Gesuch ward abgeschlagen: es stehe nichts im Wege, daß der Bischof selbst diese Fahrten übernehme. So zog sich die Sache hin. Endlich am 2. März 1824, zwei lange Jahre nach den Dorpater Verhandlungen stellte der Bischof dem Fürsten seinen Entwurf vor, noch nicht zur Übermittlung an den Kaiser, aber daß er ihn zuvor durch den Generalgouverneur der Ostseeprovinzen den dortigen kirchlichen Behörden zur Begutachtung mitteile. Benutzen wir die Gelegenheit zu einer Einsichtnahme und Begutachtung unsererseits.

Über die Lehre der unter das Reichs-Generalkonsistorium gestellten evangelischen Kirche Rußlands ist in dieser „Allgemeinen Verordnung über das evangelische Kirchenwesen“ nichts erwähnt, als ob man auch nicht einmal erinnern wolle an die leichtfertige Aufstellung von Besarovius, die sich sogar bis in den Erlaß vom 20. Juli 1819 vorgeedrängt. In der Ordnung des Kirchenwesens dient der denkwürdige Erlaß zur strenge eingehaltenen Richtschnur in seinen beiden Hauptpunkten, was den Bischof und das Reichs-Generalkonsistorium betrifft. Der Bischof von Petersburg (auch Erzbischof genannt) ist, ähnlich wie der Erzbischof von Upsala,

der erste unter seinesgleichen (primus inter pares). Er ist der Vorsitzende des Reichs-Generalkonsistoriums, erläßt Hirtenbriefe an die übrigen evangelischen Bischöfe und Superintendenten des Reiches, welche von ihm die Ordination erhalten. Des Erzbischofs Kathedrale ist die Petrikirche in der Hauptstadt; deshalb erhält der erste Prediger an derselben den Titel eines Dompropstes. Außer einem Gehalte von 6000 Rubel und freier Wohnung fließen ihm infolge kaiserlichen Erlasses vom 26. August 1820 die Einkünfte des in Aurland gelegenen Krongutes Ruzan zu.

Das Reichs-Generalkonsistorium zählt zu den Reichskollegien und bildet sowohl in judiziärer als administrativer Beziehung die Oberinstanz der evangelischen Kirche des Reiches; in ersterer Beziehung tritt es somit ganz an Stelle des bisherigen Justizkollegs, in letzterer wird es das Organ der Regierung an die Konsistorien. Eine Einsprache wider seine Urteile kann bei dem Senate erhoben werden, mit Ausnahme der beiden in Dorpat festgesetzten, von ihm einspruchlos zu entscheidenden Fälle. Die Wirksamkeit dieses Reichs-Generalkonsistoriums bezieht sich auf die Oberaufsicht über die inneren Kirchenangelegenheiten, auf die Ausübung der kirchlichen Verwaltung und auf die Leitung der konsistorialen Gerichtspflege. Es wird gebildet aus dem Erzbischof als Vorsitzendem, aus einem auf Vorstellung „des Generaldirektors der geistlichen Angelegenheiten fremder Konfessionen“ von dem Kaiser ernannten weltlichen stellvertretendem Vorsitzenden, aus drei von dem Adel der drei Ostseeprovinzen erwählten und auch besoldeten Vertretern, aus einem von dem Rat der Stadt Riga erwählten Mitgliede, aus einem von den Konsistorien der Ostseeprovinzen erwählten geistlichen Mitgliede, einem weiteren von den Konsistorien in Petersburg, Wilna, Saratow und Odessa aus den lutherischen Geistlichen der Hauptstadt gewählten Mitgliede, bei welcher Wahl das Petersburger Konsistorium *) zwei Stimmen hat, und endlich aus einem

*) Der „Allgemeinen Verordnung“ ist die Instruktion für das Petersburger Konsistorium, das zwar schon in Thätigkeit war, aber ohne noch eine genau ausgearbeitete Geschäftsweise zu besitzen, beigelegt, nach dem Muster der Instruktion für Saratow und Odessa. Dieses Petersburger Konsistorium umfaßte die Evangelischen in den Gouvernements von Petersburg, Nowgorod, Twer, Jaroslaw, Kostroma, Wjatka, Archangel und Olonez, also ein Gebiet

dritten geistlichen Mitglieder, welches die reformirten Gemeinden in Polen und Littauen zu entsenden haben. Der Procureur des Reichs-Generalkonsistoriums, welcher unmittelbar dem Justizminister unterstellt ist, wird auf Vorstellung des „Generaldirectors“ von dem Kaiser durch einen namentlichen Ulas an den Senat ernannt. Die Procureure der Konsistorien oder auch die Schriftführer, wo dieselben zugleich die Stelle des Procureurs versehen, stehen in unmittelbarer Abhängigkeit von dem Procureur des Reichs-Generalkonsistoriums.

Diesem Reichs-Generalkonsistorium als kirchlicher Oberinstanz sind sämtliche evangelische Konsistorien unterstellt, mit Aufhebung aller bis dahin etwa bestandenen weltlichen Zwischenbehörden. Es giebt fortan solcher sich gleichstehenden Konsistorien zehn, und zwar das livländische Oberkonsistorium, das Petersburger, kurländische, estländische und öselische, sowie das saratowsche und odesjaische Konsistorium, das Rigaer und Revaler Stadtkonsistorium und das in Wilna neu zu errichtende Konsistorium. Die weltlichen Vorgesetzten werden unter Berücksichtigung des bisherigen Wahlverfahrens *) von dem Kaiser bestätigt. Stellvertretender Vorsitzender ist der Bischof, wie in den Konsistorialbezirken von Petersburg, Livland, Kurland, Estland, Saratow, Odessa der bisherige Superintendent oder Generalsuperintendent fortan genannt wird, oder der Superintendent der übrigen Bezirke, der jedoch auch bischöfliche Weihe erhält. Diese Bischöfe und Superintendents erteilen in ihrem Bezirke den Kandidaten die Predigterlaubnis, nehmen ihnen

von 1522174 □ Kilometer, dazu zeitweilig bis zur Errichtung eines geplanten Moskauer Konsistoriums die Evangelischen in den Gouvernements Moskau, Kaluga, Orel, Tschernigow, Tula, Wladimir, Nischnij-Nowgorod, die auf einem Gebiete von 293894 □ Kilometer zerstreut lebten; dazu noch ganz Sibirien mit seinen 12503858 □ Kilometer. Demnach wohl das größte Bistum der Welt, dessen gar dünnbesäte Glieder auf dem unabsehbaren Gebiete von 14319926 □ Kilometer verteilt waren (ganz Europa umfaßt ein Gebiet von 9875000 □ Kilometer). Und nun sollte der Bischof von Petersburg mindestens in einem Zeitraum von sieben Jahren sein ganzes Bistum bereisen!!!

*) In Reval und Riga ist es nach wie vor der jeweilige Bürgermeister, in Kurland der Kanzler, in Est- und Livland und auf Ösel ein Glied des Adels.

die Pastoralprüfung ab, veranstalten mit den Geistlichen bei jeder Pastoralveränderung ein Colloquium, halten die Aufsicht über Lehre und Wandel der Geistlichen, über die Fortbildung der Kandidaten, vollziehen die Weihe zum Amte, erlassen Hirtenbriefe an ihre Geistlichen, leiten die Predigersynoden, legen Zeugnis über die Amtstüchtigkeit ihrer Geistlichen ab u. s. w. und haben über dieses alles dem Reichs-Generalkonsistorium gegenüber die Erstattung der Rechenschaft und die Verantwortung. Jährlich sind Predigersynoden zu veranstalten, ebenso wie jährlich die Kandidaten dem Bischof oder Superintendent eine von ihm gestellte wissenschaftliche Aufgabe zur Prüfung ihrer fortschreitenden Kenntnisse schriftlich zu lösen haben.

Eine bedeutsame Rolle ist in höchst erfreulicher und aner kennenswerter Weise der Generalsynode von dieser Kirchenverordnung angewiesen. Alle zehn Jahre muß sie zusammentreten. Zu den in den Dorpater Beratungen angegebenen Mitgliedern wird noch die gesamte theologische Fakultät der Dorpater Hochschule hinzugefügt; aber auch so ist sie noch immer keine wahre und vollständige Vertretung einer evangelischen Gemeinde. Auf ihr werden nur innere Angelegenheiten verhandelt, welche die ganze evangelische Kirche in Rußland angehen und den Glauben, die Lehre, Liturgie, Kirchendisziplin, Predigtamt, Landschulwesen betreffen. Ihre Beschlüsse sind rechtskräftig und muß der Vorsitzende des Reichs-Generalkonsistoriums sie in Ausführung bringen; nur Vorschläge inbetreff der Abänderung bestehender kirchlicher Gesetze bedürfen der kaiserlichen Bestätigung. Auch Verfügungen und Bescheide, die das Reichs-Generalkonsistorium bereits gegeben, können zur nochmaligen Erwägung von einem Mitgliede vor die Generalsynode gebracht werden, und muß dann der Erzbischof seinen Vorsitz einem anderen, von der Synode dazu berufenen Bischof abtreten und sich der Beratung entziehen. Im Falle der Antrag wider die Verfügung des Reichs-Generalkonsistorium der Synode begründet erscheint, wird die Sache alsbald dem Kaiser zur Entscheidung vorgelegt. Der Procureur des Reichs-Generalkonsistoriums nimmt in gleicher Eigenschaft an der Synode teil. In dringenden Fällen kann mit Genehmigung des Kaisers das Reichs-Generalkonsistorium eine außerordentliche Generalsynode zusammenberufen.

Wir haben etwas eingehender diese „Allgemeine Verordnung“ betrachtet, da sie nie im Druck erschienen, auch nichts über sie meines Wissens in die Öffentlichkeit gedrungen. An mehr wie einer Stelle gelüftete es uns, noch mehr in die Einzelheiten einzugehen. Auch wo man von den Aufstellungen abweicht, ist es ein Genuß, an der Hand eines fachverständigen, rechtskundigen Mannes einen Weg zurückzulegen, welchen wir im Gange unserer Geschichte auf den letzten Blättern so oft haben betreten müssen und meist im Geleite von Männern, die kaum mehr als einen guten Willen, eine redliche Absicht für die Führung aufweisen konnten.

Die verhängnisvolle Verschleppung in der für die evangelische Kirche des Reiches so wichtigen Angelegenheit setzte sich fort. Sechs Wochen nachdem der Bischof seinen Entwurf dem Minister zur Übermittlung an den Generalgouverneur überreicht, empfängt er ihn mit der Weisung aus der Kanzlei zurück, daß dem Bischof nach dem Ukas vom 27. August 1823 das Recht zugestanden, ihn unmittelbar an den Generalgouverneur gelangen zu lassen. Daraufhin sendet ihn der Bischof am 29. April 1824 an den Marquis Paulucci mit der Bitte, von dem Inhalte Kenntniß zu nehmen, und, wenn er es für nötig erachte, mit den einzelnen kirchlichen Körperschaften über etwaige zu beanstandende Punkte Rücksprache zu nehmen. Wochen, Monate verstreichen, ohne daß der ungeduldig werdende Bischof etwas über das Geschick seines Entwurfes erfährt. Da melden die Zeitungen, daß in den Ostseeprovinzen unter Leitung der Gouvernementsregierungen Komitees aus verschiedenen Körperschaften, welche zur Beurteilung kirchlicher Angelegenheiten unberechtigt waren, zusammengetreten seien, ihr Gutachten über den Entwurf abzugeben. Völlig gegen den Wunsch des Bischofs und auch im Widerspruch mit dem ihm gewordenen kaiserlichen Auftrag. Mitte Januar 1825 lief die sehnlichst erwartete Antwort des Generalgouverneurs ein, oder vielmehr die Mitteilung an den Bischof, daß er sich durch den Inhalt der ihm unterlegten Meinungen der Körperschaften und der gleichfalls dabei beteiligten Gouvernementsregierungen veranlaßt erachtet habe,

diese Meinungen unmittelbar dem Minister der Volksbildung zu übersenden *).

Die lange und geschickt geplante, die ebenso lange befürchtete Wendung war in der Zwischenzeit eingetreten; den Araktschejew, Photi, Magnikli und Serafim war ihr Werk, um mich keines bezeichnenderen, aber viel schärferen Ausdrucks zu bedienen **), geglückt. Am 15. Mai war Galigin seines Amtes als Minister des Kultus und der Volksaufklärung enthoben worden. Das Ministerium selbst wurde einer Umgestaltung unterworfen. Den siegreichen Gegnern des Fürsten schien die Eingliederung des Synods in die Verwaltung des Kultusministers der Würde der herrschenden Kirche nicht gemäß; deshalb wurde dieser Zweig dem Ministerium wieder entzogen und der Oberprokureur des Synods angewiesen, seine Vorlagen durch den Grafen Araktschejew unmittelbar an den Kaiser gelangen zu lassen. Das Kultusministerium kam dadurch in Wegfall; der Minister der Volksaufklärung ward zugleich „Generaldirektor des Departements der geistlichen Angelegenheiten fremder Konfessionen“. Mit dieser Stellung als Nachfolger Galigins ward der Admiral Schischlow, der Vorsitzende der Akademie der Wissenschaft, betraut.

*) Es war eine schwere Postsendung, die bei dem Admiral Schischlow vom General- und Kriegsgouverneur aus Riga eintraf und die wir durchgesehen haben. Außer dem Gutachten des Marquis selbst enthielt sie: 1) Die Unterlegung der livländischen Gouvernementsregierung vom 18. Dezember 1824; 2) Erinnerungen der livländischen Gouvernementsregierung zu der „Allgemeinen Verordnung“ und zu den Bemerkungen der zur Beprüfung dieser Verordnung in Riga und Arensburg niedergesetzt gewesenen beiden Komitäten; 3) Anträge und Bemerkungen der rigaschen Komität; 4) Bemerkungen und Erinnerungen der Dölschen Komität; 5) Besondere Bemerkungen und Ansichten des Dölschen Superintendenten Schmidt; 6) Bemerkungen und Erinnerungen der estländischen Komität; 7) Unterlegung der estländischen Gouvernementsregierung vom 8. November 1824; 8) Unterlegung der furländischen Gouvernementsregierung vom 31. Dezember 1824; 9) Bemerkungen der in Mitau niedergesetzten Kommission; 10) Unterlegung der furländischen Ritterschaftskomität vom 28. November 1824; 11) Exposé der furländischen Ritterschaftskomität.

**) Genaueres über diese Vorgänge in meinem Joh. Gossner (II. Auflage. Berlin 1878) S. 256—284.

Der Generaldirektor enthielt dem Bischof die Antwort und auch die Mitteilung der verschiedenen Gutachten nicht vor. Wir können nicht stillschweigend an ihnen vorübergehen; sie sind zur Beleuchtung der damaligen Sachlage in hohem Grade bezeichnend. Göge, aus dessen Feder der Entwurf geflossen und der warm für ihn eintrat, hatte es wohl mühsam, aber nicht schwer, die vielen, wenn auch nicht wuchtigen Steine, die dem Plane in den Weg gelegt wurden, wegzuräumen. Er konnte als Sachkundiger, der sowohl mit den Kirchenverfassungsfragen der Ostseeprovinzen als auch mit den Reichsgesetzen sich als besser vertraut erwies, wie die Tadler des Entwurfs, das Unhaltbare der Beanstandungen schlagend nachweisen, wenn auch ohne Erfolg, wie wir sehen werden. Die Ostseeprovinzen durchlebten in jenen Jahren unter ihrem bis zur Stunde noch nicht völlig vergessenen Marquis ihre „heitere, behäbige Zeit“, wie ein Kenner seiner Heimat zutreffend jenen Zeitabschnitt der livländischen Geschichte nennt *). Es entspricht dieser Stimmung, die sich so oft in jenen Tagen, wenn die Rigaer Bürger zur fröhlichen Unterhaltung zusammen kamen, in dem in Riga beliebtesten Rozebueschen Liedchen Luft machte: „ach, wenn es nur immer so bliebe!“, wenn Paulucci, der aufgellärte und despotische Anwalt der Ostseeprovinzen, dem Minister berichtet, „daß die gegenwärtige Organisation des evangelischen Kirchenwesens in den Ostseeprovinzen beizubehalten sei, indem dieselbe besser sei als jede andere und keiner Verbesserung bedürfe.“ Mit diesem befremdlichen Urteil des Katholiken und Italieners hatte der Marquis kurzer Hand den kaiserlichen Erlaß von 1819 für seine Ostseeprovinzen als unnütz und keiner Beachtung wert erklärt.

In denselben Geleisen, aber schärfer ausgeprägt, bewegt sich das Urteil des lurländischen Adels. In seiner Sprache verlaute kaum mehr die Stimme einer evangelischen Gemeinde, viel eher ein anmaßliches Standesbewußtsein, an welchem die im letzten halben Jahrhundert alles umgestaltende Zeit völlig spurlos vorübergezogen zu sein scheint. Neben der Klage, daß der Entwurf

*) Vgl. Edardt, Die baltischen Provinzen Rußlands (Leipzig 1869) S. 288.

die Rechte und Privilegien des Adels sehr beeinträchtige, hören wir hier den uneingeschränkten Lobpreis der bestehenden kirchlichen Verhältnisse, nach welchen der Adel allein die protestantische Kirche repräsentiere und durch öffentliche Landtage die Kirchengewalt ausübe. Nur dem Adel stehe es zu, über Kirchenordnung, Liturgie, Kirchenpolizei Bestimmungen zu treffen. Für die tollkühne Behauptung, daß der Adel die Kirche repräsentiere, beruft sich der lurländische Adelsbevollmächtigte auf Art. 7 der Augsburgerischen Konfession: „es wird auch gelehrt, daß allezeit müsse eine heilige, christliche Kirche sein und bleiben, welche ist die Versammlung aller Gläubigen.“ Man traut seinen Augen kaum, jene Behauptung mit diesem Worte begründet zu sehen; denn man schrickt vor dem Gedanken zurück, nur dem Adel den Besitz des Glaubens zugesprochen zu hören. Und doch scheint der Adelsbevollmächtigte nicht ferne von dem Wahne gewesen zu sein; denn er beruft sich auf ein Wort Pauli, daß die Kirche (d. h. nach der Meinung dieses Bevollmächtigten der sie repräsentierende Adel) mehr sei, denn die Diener. Deshalb weist der Adel den Entwurf und damit selbstverständlich auch seine Grundlage, jenen kaiserlichen Erlaß, weit von sich ab.

In solch' schroffer, man kann wohl sagen, schnöder Weise hat denn doch nur dieser eine Bevollmächtigte im Namen seiner Standesgenossen geredet. Die Gutachten der livländischen Gouvernementsregierung und der Komitees von Livland und Ösel billigen in den meisten Stücken den Entwurf, die estländische Gouvernementsregierung spricht nur den Wunsch aus, „daß die Verhältnisse und Verwaltungsformen nicht verändert werden, unter deren wohlthätigem Einflusse die gegenwärtige Denkungs- und Handlungsweise der gesamten Geistlichkeit des Gouvernements sich so vorteilhaft auszeichnet.“ Überall eben die große Selbstzufriedenheit des noch ungebrochenen Nationalismus, der seine Stärke in der völligen Übereinstimmung der Denkungsart mit der Gemeinde hat.

Vorteilhaft hebt sich von diesen Wünschen, es beim Alten, Herkömmlichen bewenden zu lassen und die vorhandene Ruhe nur nicht zu stören, das sachkundige und maßvolle Urteil des livländischen Generalsuperintendenten Sonntag ab. Er erklärt den

Entwurf für eine wohlthätige Kaisergabe; „wenn einmal für das ganze Reich etwas Allgemeines festgesetzt werden muß, wie das allerdings ebenso wünschenswert als nachgerade unausweichbar ist, wodurch der Willkür und Anarchie im einzelnen abgeholfen und eine Gleichheit der kirchlich-politischen Grundsätze und des Geschäftsganges bewirkt werden soll, so führt der im Entwurf eingeschlagene Weg im ganzen unstreitig am sichersten und würdigsten zum Ziele.“ Sonntag rühmt an dem Entwurfe, daß in seinen Bestimmungen die privilegierten und bestehenden Lokalverfassungen so sorgfältig berücksichtigt seien, weist aber auch einsichtsvoll darauf hin, daß nicht selten solche Sonderverhältnisse „weniger auf wirkliche Privilegien und deutliche, gesetzliche Bestimmungen, als auf Folgerungen, Willkür, Usurpationen und allmählich eingeschlichene Mißbräuche sich gründen“. „Auf diese Weise geraten“ — wir führen die eigenen Worte des Generalsuperintendenten an — „die beständigen Rücksichten auf das Bestehende nur allzuleicht mit dem eigentlichen Hauptzweck des Ganzen in einen nicht zu hebenden Widerspruch. Denn soll alles bleiben, wie es ist, so ist an ein Allgemeines nicht zu denken; soll aber ein solches zustande kommen, so muß durchaus das Einzelne und Besondere nachgeben und sich modifizieren lassen. Mußten nun die Provinzen überhaupt dem Bedürfnis einer allgemeinen Anordnung für das ganze Reich das Wichtigste zum Opfer bringen, ihre seitherige kirchliche Autonomie und Unabhängigkeit, so können einzelne Korporationen, Kollegien oder Ämter um so weniger fordern, daß nur eben sie bei allen ihren seitherigen Rechten und Formen erhalten werden sollen.“

Alle aufgewandte Mühe, diese Steine und Hindernisse, welche dem Entwurfe in den Weg gelegt wurden, sorgfältig wegzuräumen, verschlugen nicht gegenüber der widerstrebenden Macht und Ungunst der über das Reich hereinbrechenden schweren Geschehnisse. Im Frühjahr 1825 reiste der Kaiser nach Warschau, das Herz noch schwer und bedrückt von all' den tiefgehenden Erlebnissen der letzten Zeit, in welcher zumal die Verwüstung Petersburg durch die Wasserflut

im November 1824 einen unauslöschlichen, mit düsteren Ahnungen verknüpften Eindruck hinterlassen. Im Juni kaum aus Polen zurückgekehrt, vernimmt der Kaiser die tief schmerzlichen Enttäuschungen, die ihm der Lieutenant Sherwood zu machen sich gedrungen fühlt. In rascher Folge dann eine lange und schmerzlichst nachwirkende Todesnachricht aus dem nächsten Kreise, die weitere Kunde, daß die gefährdete Gesundheit der Kaiserin unbedingt einen Winteraufenthalt im Süden erheische. Im September die Reise dahin; nach Taganrog am Niowschen Meere. Da ist der Kaiser am 1. Dezember entschlafen *).

Nun war mit dem Kaiser der Mann aus dem Leben geschieden, der in wahrhaft christlicher Gesinnung seinen evangelischen Unterthanen den Hoffnung weckenden Erlaß gegeben. Die anderen Männer, die als Träger und Förderer dieses kaiserlichen Willens mit Herz und Seele an die Ausführung gegangen, waren von der Stätte ihrer gesegneten Wirksamkeit entfernt. Es wehte schon die letzten Monate vor dem Tode des Kaisers auf fast allen Gebieten ein so ganz anderer Wind, einem Unheil verkündenden Föhn vergleichbar. Der Bischof hat jetzt (es war am 22. Mai) dem Grafen Araktschejew **) seinen Entwurf zur Durchsicht und Befürwortung bei dem Kaiser einzureichen. Unterwürfig naht er dem gefürchteten Manne. „Mögen Eure Erlaucht es nicht ver-
schmähen, zu dem Glanze Ihres Namens auch den Ruhm hinzu-
zufügen, eine bessere Einrichtung des Kirchenwesens von mehr als
drei Millionen evangelischer Glaubensgenossen herbeigeführt zu
haben“. Der Bischof hatte Mißgeschick mit seinen Eingaben, daß
er nun auch diese wieder an falscher Stelle einreichte und dadurch
zur Verschleppung der Angelegenheit beitrug. Oder war es in
diesem Falle begreifliche Unlust des einflußreichen Machtherrn, in

*) Vgl. das Nähere über das, was hier nur angedeutet werden konnte, in der fesselnden Studie von Schnitzler, *Dernière année de la vie d'Alexandre* in seiner *Histoire intime de la Russie* (la Haye 1847) II, 1—66 und auch die folgenden Kapitel.

**) Eine maßvolle Beurteilung dieses ungewöhnlichen Mannes darf die Zeichnung nicht unberücksichtigt lassen, die aus eigener, langjähriger Bekanntschaft Geheimrat Georg v. Bradle (in seinen Aufzeichnungen über sein Leben 1796—1861. St. Petersburg 1871. S. 79—118) entworfen hat.

dessen Hand fast alle Fäden ausliefen, daß er sich mit der Sache augenblicklich nicht befassen wollte? Der Bischof hatte das Schreiben in der Privatwohnung des Grafen an der Ecke der Kirotschnaja und Sitänaja abgegeben; erst nach sechs Wochen erhielt er Bescheid aus Grusino, dem prachtvollen Lustschloß, das sich der Schöpfer der Militärkolonien an den Ufern des Wolchow erbaut und das die meisten scheu mieden wie die Höhle eines Löwen. Gerade in jenen Wochen hatte sich in düsterer Verzweiflung der Graf in diese Höhle zurückgezogen, für alles unempfänglich wie eine Löwin, der man die Jungen geraubt, und nur über der Strafe brütend, in welchen ausgesuchten Martern er den Mord seiner Geliebten an möglichst vielen seiner Leibeignen, aus deren Mitte der Mörder hervorgegangen, rächen könne. Der Bischof solle — so lautete die Antwort vom 10. Juni — die Papiere bei dem Admiral Schischlow einreichen. Gognäus säumte nicht, der Weisung zu folgen; aber es war doch zu spät geworden. Es kamen die aufregenden Wochen zwischen der Heimkehr aus Polen und dem Aufbruch nach Taganrog; es kam das Ende des Kaisers, der entschlafen ohne eine Kunde von der Ausführung seines vor zwei Jahren erteilten Auftrages erhalten zu haben.

Mit seinem Hingang bricht auf dem Gebiete, auf welchem wir uns so lange bewegt und wo es zeitweilig recht laut hergegangen, Totenstille ein. Die bis dahin reichlich fließenden Quellen versiegen plötzlich. Nicht weil die Wasser einen uns unzugänglichen Lauf genommen hätten; vielmehr weil es eben mit einemmale still und stumm geworden. Nicht einmal ein Flüstern vernimmt der aufmerksam Lauschende. Die gesamte Aufmerksamkeit war fieberhaft von den ganz anders lautenden Tagesereignissen in Anspruch und auch Spannung genommen, welche den damaligen Thronwechsel in so außerordentlicher Weise begleiteten. Gegenüber ihrem allbeherrschenden Einfluß wurden die kirchlichen Angelegenheiten hintenangesetzt, vergessen, und zwar so völlig, daß man über dem vergessenen Werke auch die Werksführer unbeachtet stehen ließ und nicht bedachte, daß sie einen kaiserlichen Auftrag ausgerichtet.

Das Kirchengesetz der evangelisch-lutherischen Kirche Rußlands von 1832.

Ein paar Jahre verstrichen, ohne daß sich auf dem von uns betretenen, eben noch so lebhaften Gebiete auch nur ein Laut vernehmen ließ; eine unheimliche Stille.

Der Stern des gefürchteten Araktschejew war untergegangen. Drüben am Wolchow im einsamen, scheu gemiedenen Grusino verbrachte der vor kurzem noch so gewaltige Mann seinen Lebensabend im düstern Sinnen über den Wechsel menschlichen Geschickes. Alle Versuche, den Fürsten Salizin auch in der persönlichen, liebevollen Stellung zu dem Kaiser zu stürzen, waren den schonungslosen Gegnern denn doch nicht geglückt. Wie ein schönes Erbe hatte der Bruder und Nachfolger auf dem Throne dies Verhältniß des Vertrauens und der Hochachtung übernommen; aber der alternde Fürst fühlte nicht mehr die Kraft und auch nicht die Lust, den schweren Kampf für die einst mit frommer Liebe verfolgten Grundsätze und Anschauungen in einer anders gewordenen Zeit wieder aufzunehmen. Die Leitung der geistlichen Angelegenheiten der fremden Konfessionen lag nach wie vor in den Händen des Admiral Schischlow, einer offenen, geraden Natur, deren seltsamer Fanatismus nicht auf religiösem Gebiete lag, der aber hier unter dem verhängnisvollen Einfluß der leitenden Gedanken eines Araktschejew und Magnikli stand und auch stehen blieb, als diese von der Stätte ihrer Wirksamkeit abgetreten waren. Er hielt

fest daran und ließ es sich nicht ausreden, daß unter den Bestrebungen der Bibelgesellschaft, unter dem tiefgehenden Einfluß, den Gogner auf weiteste Kreise ausgeübt, unter all' den erfrischenden, wohlthuenden Bestrebungen und Zeugnissen wahrhaft evangelischen Lebens schlau versteckt doch nur der gefürchtete Karbonarismus wie ein Maulwurf wühle und den Bestand von Staat und Thron untergrabe. Was an jene Zeitströmung und damit für den Admiral an einen inneren geistigen Zusammenhang mit ihr erinnerte, war deshalb in seinen Augen verpönt; darum auch die Verfassungsfrage der evangelischen Kirche des Reiches, die er erst 1819 entstanden glaubte. Sie mußte deshalb, so lange er an der Spitze des Ministeriums stand, auf ihre Lösung warten.

Als Greis von 75 Jahren sehnte sich Schischlow nach Ruhe. Sein Herz und auch sein ganzes Wesen wurzelte in einer untergegangenen Zeit, in der Welt der Kaiserin Katharina; er fühlte sich fremd und immer fremder unter dem neu aufgetretenen, so ganz anderen Geschlechte. Der Kaiser kam dem Wunsche des ergrauten Beamten nach und enthob ihn der hohen und einflußreichen Stellung. Am 25. April 1828 ward der uns wohlbelannte Fürst Lieben Minister der Volksaufklärung; Generaldirektor des Departements der geistlichen Angelegenheiten fremder Konfessionen, in den letzten Jahren mit dem Ministerium verbunden, wurde der Staatssekretär Dmitrij Bludow. Der neue Direktor, welcher mit den Aufgaben seines Departements schon seit ein paar Jahren vertraut war, fand zurückgelegte Besuche aus der letzten Zeit vor, die aus der lutherischen Kirche hervorgegangen, dringend um Ordnung und Lösung der zum Stillstand gelangten Verfassungsfrage baten. In den Ostseeprovinzen ging die kirchliche Verwaltung die alten, lang gewohnten Wege, aber doch auch schon mit dem Gefühle der Unsicherheit, in diesen Wegen wiederholt aufgeschreckt worden zu sein und der Besorgnis, nicht lange mehr auf ihnen sich ergehen zu können. Übergangszustände, wenn sie zu lange hingehalten werden, können nie gedeihlich wirken. Größer waren die Übelstände im Inneren. Ein halber Bau stand fertig da, zum Teil selbst schon bewohnt; aber noch war man nicht unter Dach gekommen und nun schien die Weiterarbeit eingestellt. Solch' beklagenswerte Lage kommt dem Sektenwesen zugute.

Es liefen wiederholt Klagen wegen des Umsichgreifens der Sektirerei ein, wahrscheinlich zumeist aus dem Süden. Sie führten die Übelstände auf das Unfertige im unternommenen Umbau der Verfassung zurück: zum Teil gewiß mit vollkommenem Rechte. Der Bischof Egnäus hatte auf endliche Prüfung seines Entwurfes gedrungen; vom Saratower Superintendenten, dem allzeit geschäftigen Fessler, soll ein weiterer Entwurf vorstellig gemacht worden sein *). Der Bischof war noch weiter gegangen. In Verbindung mit den Pastoren Reinbott und Bollborth überreichte er dem Kaiser eine Denkschrift, welche die mißliche Lage der evangelischen Kirche darlegte und in deren Anlaß der Kaiser von der Oberverwaltung der geistlichen Angelegenheiten umständliche Nachrichten über den Zustand der lutherischen Kirche in Rußland einforderte. Unter dem ersten März 1828 erstattete ihm der Admiral darüber Vortrag; es mag wohl der letzte gewesen sein, den er aus diesem Departement gehalten. Der Kaiser überzeugte sich von der Notwendigkeit, auf diesem Gebiete baldigen Wandel zu schaffen.

Bludow, der mit regem Eifer an die Spitze des Departements getreten, säumte nicht, die drängende Aufgabe in die Hand zu nehmen. Geistreich, wie er war, bot sie ihm manche loßende Seite und auch sein stark ausgeprägtes Wohlwollen konnte in ihrer Lösung Befriedigung finden. Vier Wochen nach Antritt seiner neuen Stellung gab ihm der erwähnte Erlaß **) den kaiserlichen Willen und auch die Weise seiner Ausführung kund. Die baltischen Konsistorien und die Petersburger Konsistorialsigung sollten die genauesten und umständlichsten Nachrichten über den gegenwärtigen Stand der lutherischen Kirchenordnung mit daran zu knüpfenden Bemerkungen und Vorstellungen der Oberverwaltung einreichen; auf Grund dieses Altenmaterials sollte dann ein be-

*) Der kaiserliche Erlaß aus dem Dorfe Belgrad in Bessarabien vom 22. Mai 1828 erwähnt dieses Projekt; zu Gesicht ist es mir nie gekommen. Ich kann auch nicht begreifen, was Fessler zur Aufstellung eines besonderen Entwurfes veranlaßt haben könnte, und möchte deshalb die gegebene Andeutung auf seine im Druck erschienenen „Liturgischen Versuche“ beziehen.

**) Dieser Erlaß ist in deutscher Übertragung abgedruckt bei Lemmerich a. a. O. I, 303.

sonderes Comité unter dem Vorsitze des Senators Geheimrat Graf Tiefenhausen, einer alten livländischen Familie hochangesehener Sprosse, zur Entwerfung eines Vorschlags für eine allgemeine Ordnung der protestantisch-evangelischen Kirche in Rußland zusammentreten. Diesem Comité gab derselbe kaiserliche Erlaß die beiden hauptsächlichsten Punkte an, nach welchen sich dasselbe bei seiner Arbeit zu richten habe. Einmal sollten alle Feststellungen im genauen Einklange mit den Grundsätzen der protestantisch-evangelischen Kirche sowohl in der Lehre, wie in der Gottesdienstordnung und Kirchenverwaltung stehen und dann sollten diese Vorschriften vollständig dem jetzigen Standpunkt der protestantischen Kirchen in Rußland, den Bedürfnissen derselben und der Art ihrer Beziehungen zur obersten Gewalt und zu allen Administrations- und Gerichtsbehörden im Reich entsprechen.

Es ist dies in wesentlichen Punkten ein anderer Grundriß, als ihn der kaiserliche Erlaß vom 20. Juli 1819 gezeichnet. Wer den Rat zu der veränderten Einienführung gegeben, ist mir trotz allen Bemühens nicht ersichtlich geworden. Eynäus kann es nicht gewesen sein; wenn der Bischof nicht, dann auch schwerlich die beiden anderen Pastore der Petri- und Annenkirche, die unter seiner Führung bei dem Kaiser vorstellig geworden waren. Vielleicht Bludow selbst? Aber konnte er so rasch sich ein Verständnis über die andersartige Zeichnung einer Kirche, der er selbst nicht angehörte, verschafft haben? Wie dem auch sei: von einer episcopalen Kirche ist nun keine Rede mehr, auch nicht mehr von einer evangelischen Kirchenverwaltung, welche die lutherische und reformirte Kirche des Landes zusammenzufassen und damit eine gerechte Ausgleichung der konsistorialen und synodalen Verfassung, wie beide ihre klare Ausprägung in einzelnen Landesteilen gefunden, anzubahnen gehabt hätte; eine schwere Aufgabe freilich, wenn überhaupt lösbar, für welchen Versuch die evangelische Kirche Deutschlands erst in den letzten Jahren bedeutsame Schritte gethan. Noch ist in dem Erlaß nicht ausdrücklich von einer Beschränkung der Aufgabe auf die lutherische Kirche des Landes die Rede; aber der damalige Sprachgebrauch des beigefügten protestantisch bei der Bezeichnung der evangelischen Kirche weist darauf hin und die Wahl

der Mitglieder, welche der Erlaß namhaft macht, bestätigt den Hinweis.

Als Mitglieder des Komités nennt der Erlaß den Bischof Gynäus, den alternden Mann, den man nicht umgehen konnte und der doch in seiner bischöflichen Würde an ein überkommenes, unliebsames Erbe gemahnt, das anzutreten man in veränderter Zeitlage sich sträubt; ferner den Generalsuperintendent von Livland Dr. Karl Berg, den Nachfolger des vor Jahresfrist verstorbenen Sonntag, einen Mann erst von fünfundsünfzig Jahren, der aber doch schon seine beste Lebenskraft, reich einst an Wissen und Erfahrung, reichgesegnet auch und hochgeachtet, in schwerem Kirchendienste aufgebraucht und erschöpft hatte; den Professor der praktischen Theologie in Dorpat, Dr. Gottlieb Lenz, des einstigen gläubigen Generalsuperintendenten, der vergeblich gegen die von allen Seiten einbrechende Neologie angekämpft hatte, Sohn, der mit zweiundzwanzig Jahren bereits (1810) Oberpastor der deutschen Gemeinde in seiner Vaterstadt Dorpat geworden, und der sich wiederholt wenn auch erfolglos gewehrt, eine Professur anzunehmen, weil er sich die dazu nötige Kraft und Leistungsfähigkeit nicht zutraute; endlich als Mitglied der Petersburger Konsistorialsitzung den Propst Eric Ehrström von der schwedischen Kirche der Hauptstadt. Als weltliche Mitglieder waren berufen der Oberkirchenvorsteher in Livland Baron Campenhausen und der Vorsitzende des estländischen Provinzialkonsistoriums Baron Maydell. Die Wahl zweier weiterer Mitglieder war dem baltischen Adel und den Konventen der drei deutschen lutherischen Kirchen Petersburgs überlassen. Ersterer wählte den kurländischen Kanzler Bistram, letztere den wirklichen Staatsrat v. Adelong.

Daß wir es hier nur gleich erwähnen: während der Zeit der mehrjährigen Verhandlungen starben der Bischof (1830), an dessen Stelle als Mitglied des Komitees Ehrström trat, der anfänglich wegen Krankheit durch den Pastor der Petrikirche Wolborth ersetzt worden war, und Professor Lenz (1829), für welchen der Superintendent von Kurland Dr. Johann Richter eintrat, der trotz seiner 67 Jahre noch geistig rüstig, bereits an den Dorpater Verhandlungen vor acht Jahren regen Anteil genommen. Auch Berg mußte 1830 wegen zunehmender Kränklichkeit einen südlicheren

Himmelsstrich auffuchen und ward durch den rigaschen Sprengelpropst Christian Brodhusen ersetzt. Hinzugezogen wurde noch zu diesem Komitee auf ausdrücklichen Befehl und Wunsch des Kaisers der Generalsuperintendent von Pommern, Bischof Dr. Georg Mitsch, um über die Einrichtung und Verwaltung der evangelischen Kirche Preußens erwünschte Auskunft zu geben, zumeist aber, um an der Ausarbeitung der geplanten Agende thätigsten Anteil zu nehmen, einer Arbeit, für welche der begabte Kirchenmann eine frühe entwickelte Veranlagung, die auch bereits in seiner Heimat bei der Ausarbeitung des Berliner Gesangbuches sich bewährt hatte, besaß *). Zum Geschäftsführer war der Staatsrat Lerche ernannt; ihm als Gehilfe zur Seite, zunächst für die russische Redaktion, stand der noch junge Titulärrat Alexander Roschew.

Sechzehn Monate dauerten die Vorarbeiten, die Einziehung und Sichtung der geforderten genauen Berichte der verschiedenen Konsistorien und geistlichen Körperschaften. Mancherlei hatte die Absendung verzögert; Nachfragen und Ergänzungen waren bei einzelnen eingelaufenen Berichten notwendig geworden. Auf das bereits reichlich in den letzten Jahren nach dieser Seite hin angehäufte Altenmaterial hatte man, wie das so Brauch ist, nicht zurückgegriffen; all' die mühsame Arbeit mußte von neuem unternommen werden und das mochte manche Beteiligte saumselig in der Erfüllung machen, da man nach den jüngsten Erfahrungen nicht wissen konnte, wie oft wohl die gleiche Arbeit wiederholt werden müsse. Das neu eingelaufene Altenmaterial nebst den Protokollen des Komitees ist leider aller Wahrscheinlichkeit nach bei dem Brande, welcher das Archiv des Ministeriums des Inneren vor einem Vierteljahrhundert zerstörte, zugrunde gegangen; wenigstens waren alle Nachspürungen seit Jahren in den verschiedensten Behörden in Petersburg und Moskau, wo auch nur immer alte Alten aufbewahrt sein mögen, vergeblich. So ist uns, weil unsere einschlägigen Studien vor dieser Zeit noch nicht so weit vorgerückt waren, um diesen Teil nach den Alten kennen zu lernen, zu

*) Vgl. den Lebensabriß, welchen sein berühmter Sohn Albrecht in der Realencyclopädie (Leipzig 1884. II. Auflage. XIII. Band) von dem Vater entwirft.

unserem Bedauern kein Einblick möglich, wieviel Neues etwa die diesmaligen Mittheilungen gewährt haben mögen.

Nachdem Mitschl im August 1829 in der Hauptstadt eingetroffen war *), wurden die Sitzungen am 25. September 1829 eröffnet und bis zum 8. Mai 1830 in angestrengtester Thätigkeit fortgesetzt. Hundertundzwölftmal war man in diesen Monaten zu stundenlanger Beratung zusammengetreten, die Zwischenzeit war mit eingehenden Vorbereitungen auf die Beratungen ausgefüllt. Die alte schwedische Kirchenordnung von 1686, die — wie wir gezeigt — seiner Zeit der livländischen Kirche und auch nur nach mancher unumgänglichen Änderung aufgenötigt worden war und in weiten Gebieten der lutherischen Kirche Rußlands nie Gesetzeskraft erhalten, auch in Livland selbst in wichtigen Punkten außer Übung gekommen war, wurde nun doch wieder herangezogen und als Grundlage benutzt. Freilich in freier und auch willkürlicher Behandlung, wie wir sehen werden, die sich möglichst den völlig andersgewordenen Verhältnissen sowohl in der Kirche selbst als auch dem russischen Staate gegenüber anzupassen versuchte.

Einzelne und wesentliche Punkte der Vorlage riefen selbstverständlich recht heftige Kämpfe hervor. Raum einer mehr, als die unbedingt festgehaltene Unterstellung aller Konsistorien des Reiches unter ein in Petersburg zu errichtendes Generalkonsistorium. Das erkannten die Vertreter der Ostseeprovinzen rasch, daß mit diesem Schritte eine tief eingreifende Verschiebung des Schwergewichtes der kirchlichen Oberleitung aus der heimischen Provinz weit, weit weg, „nach Rußland“ eintreten müsse, daß damit eine bedenkliche, in ihren Folgen noch gar nicht zu berechnende Loderung der ihnen von Peter dem Großen an bis dahin von jedem russischen Kaiser feierlich bestätigten Privilegien eintreten würde. Es fehlt uns leider der Einblick in den Gang der Verhandlungen,

*) Zu unserem Bedauern hat Professor Mitschl in Göttingen im Nachlaß seines Vaters keine Aufzeichnungen über seinen hiesigen Aufenthalt vorgefunden, nur ein paar höchst fesselnde Briefe, in denen ihn der Adjutant des Königs, der später berühmt gewordene General Werlach, mit den gesellschaftlichen Kreisen Petersburgs in zutreffender Zeichnung bekannt macht, die, bis jetzt unveröffentlicht, hier mitzutheilen uns zu weit von unserer Aufgabe entfernen würde.

sodasß wir die hochwichtigen Gründe und Gegengründe heute nicht mehr beurteilen können; auch aus Privatmitteilungen der Mitglieder ist kaum etwas in die Öffentlichkeit gedrungen oder, so viel man auch hinhörte, als Familientradition aufbewahrt worden. Bei diesen mangelnden Nachrichten gewinnt die Skizze, welche der einzige bei diesen Verhandlungen wenigstens gegenwärtige Russe, Roschelew, über dieselben entwirft, ein Interesse. Er sagt *): „Es war das erste Mal, daß ich mit den Ostseeprovinzialen zu thun hatte, mit ihren Privilegien und ihrer Sonderart. Sie sahen, daß in ihren Ordnungen vieles faul war, daß der Fortbestand der verschiedenen kirchlichen Gesetze in den drei Ostseeprovinzen und auf der Insel Diel mehr wie thöricht und unbequem und eine Veränderung und Vereinbarung unumgänglich sei; aber jeder bestand auf dem Seinen, sich auf seine Privilegien stützend. Der Vorsitzende suchte auf jede Weise die Mitglieder zur Übereinstimmung zu bringen und doch mußte fast jeder Beschluß durch Stimmenmehrheit erzielt werden. Merkwürdig war es, daß die teilnehmenden evangelischen Geistlichen sich weniger hartnäckig zeigten, als die weltlichen Mitglieder, namentlich die Landräte Mandell und Campenhausen. Am widerwärtigsten war den Ostseeprovinzialen der Gedanke an die Gründung eines Generalkonsistoriums in Petersburg. Jedoch auch dieser Gedanke ging durchs Comité, wenn auch mit sehr geringer Stimmenmehrheit und infolge starken Drängens vonseiten Tiesenhausens und Bludows. Einige Mitglieder hatten sich krank gemeldet; die Landräte Mandell und Campenhausen waren über die Abstimmung wütend.“

Nachdem diese Vorarbeiten **) beendet, wurden zunächst die

*) In seinen in russischer Sprache in Berlin 1884 erschienenen „Aufzeichnungen“ S. 25.

**) Erst im März 1830 wandte sich das Comité der Prüfung des bischöflichen Entwurfes vom Jahre 1824 zu. Man hätte annehmen sollen, daß von ihm als dem Schlußstein einer längeren Entwicklungsreihe der Ausgangspunkt der Beratung genommen worden wäre; aber es scheint, daß man sich von den da niedergelegten Grundsätzen von Anfang an loslagen und enger an den bisherigen Bestand anschließen wollte. Es macht einen wehmütigen Eindruck, daß das letzte vorhandene Papier aus jener Periode eine

auswärtigen Mitglieder einstweilen nachhause entlassen. Bischof Mitschke lehrte nach Vollendung der Agende nach Deutschland zurück. Der Professor der theoretischen und praktischen russischen Rechtswissenschaft zu Dorpat, Johann v. Neumann, ein Magdeburger von Geburt, der bereits mit 27 Jahren 1807 Sahlfelds Gehilfe bei der Gesetzkommision in Petersburg geworden und seit 1826 neben seiner Professur der eigenen Kanzlei des Kaisers zugezählt an den Arbeiten der Gesetzkommision regen und starkbeanspruchten Anteil nahm, wurde mit der Redaktion und Verschmelzung dieser Vorarbeiten zu einem organischen Ganzen betraut. Ein ganzes Jahr ging über dieser schwierigen Arbeit hin; erst im März 1831 *) nach zehnmonatlicher Pause trat das Comité wieder in der Hauptstadt zusammen, die Gesetzesvorlage in der von dem rechtskundigen Professor ihr gegebenen Fassung zu prüfen und endgültig darüber schlüssig zu werden. Diese Prüfung nahm längere Zeit in Anspruch — oder wenigstens man nahm sie sich —, als die erstmalige Beratung, deren wichtigste Ergebnisse der Kaiser bereits gutgeheißen, sodaß an ihnen nichts mehr geändert werden konnte. Das Jahr ging zur Neige, bis man die beschließende Durchsicht beendet hatte. Am 2. Januar 1832 wurde der Ent-

Witzschrift vom 31. März 1830 des bei dieser Arbeit außeracht gelassenen früheren Geschäftsführers ist, des Inhaltes, daß Graf Tiesenhausen bei der Beprüfung des bischöflichen Entwurfes doch auch die beigelegte eingehende Denkschrift über den Entwurf den Mitgliedern zur Kenntnis bringen möchte.

*) Die Zeitangaben schwanken. Sowohl Adelung in seinem Bericht an den Petrikirchenrat (Zemmerich a. a. O. I, 306), als auch Koschelew in seinen Aufzeichnungen deuten an, daß das Comité bereits im Herbst 1830 wieder zusammengetreten sei, während der Bericht Bludows den März 1831 angiebt. Wir halten uns denn doch an diese offizielle Mitteilung. Sie ist der Denkschrift entnommen, mit welcher als Begleitschreiben Bludow den Entwurf dem Reichsrat zur Begutachtung übergab. Das wichtige Schriftstück, nicht in all' seinen Angaben der Verfassungsgeschichte ganz genau und tiefgehend, aber auch dadurch für uns zur Beurteilung des Gesetzes wertvoll, ist in etwas anderer Fassung im Journal des Ministeriums des Inneren 1833 zum Abdruck gelangt, jedoch ohne Hinweis auf seine erste Bestimmung; die „Deutsche Petersburger Zeitung“ bot ihren Lesern die Übersetzung des Artikels (16. Juni und folgende Tage 1833), welche dann wieder Busch (a. a. O. I, 1—25) abgedruckt hat.

wurf dem Kaiser vorgelegt, welcher ihn dem Reichsrat zur Prüfung überwies. Die wesentlichen Punkte wurden unverändert angenommen, in nebensächlichen Dingen legte der Reichsrat eine ändernde Hand an. Nachdem das Gesetz auch diese höchste, entscheidende Prüfung der obersten Reichsbehörde bestanden, setzte der Kaiser am 28. Dezember 1832 sein „dem sei also“ unter. Damit hatte die langjährige, mühevolle Arbeit Gesetzeskraft erlangt. Am demselben Tage erhielt der Senat den Befehl, dieses Gesetz für die evangelisch-lutherische Kirche in Rußland mit der ebenfalls bestätigten Kirchenagende zu veröffentlichen. Gleichzeitig wurde das Justizkolleg nach mehr wie hundertjährigem Bestande aufgehoben; sein Amtsgebiet war dem neugegründeten Generalkonsistorium überwiesen.

Es liegt uns ob, einen prüfenden Blick auf dieses für die Verfassungsgeschichte der lutherischen Kirche in Rußland bedeutsame Werk zu werfen, das eine dreihundertelange Entwicklung zu ihrem gegenwärtigen Abschluß gebracht hat.

Hatte schon der kaiserliche Erlaß vom 22. Mai 1828, wenn auch nicht in klarer Absage, ein Aufgeben des Planes in der Ferne gezeigt, welchen Kaiser Alexander in seinem Erlaß vom 20. Juli 1819 in großen Zügen gezeichnet, so war dies Vorhaben nun unzweideutig und entschieden durchgeführt. Statt eines gemeinsamen Gesetzes für die gesamte evangelische Kirche in Rußland, beschränkte sich das vorliegende auf die lutherische Kirche des Reiches. Es wäre fesselnd zu erfahren, was ausschlaggebend für diese engere Fassung gewesen; die verloren gegangenen Protokolle hätten uns vielleicht Auskunft geben können. Jetzt sind wir nur auf Mutmaßungen angewiesen. Geschärfte konfessionelle Bedenken, die auch in der Verfassung ein Zusammengehen mit der Schwesterkirche von der Hand weisen, waren damals nicht der Anlaß. Sie regten sich noch nicht im Bewußtsein der Landeskirche; auf dem Ratheder und der Kanzel ging noch unbehelligt, wenn auch schon lebensmüde,

ein matter Rationalismus um, da und dort bereits von hoffnungswedenden Anfängen einer Erfrischung des Glaubenslebens berührt, das sich aber noch nicht in konfessioneller Spannung äußerte. Der Grund der Beschränkung ist wohl auf anderem als dem rein kirchlichen Gebiete zu suchen. Die entschiedene Abwehr wider den bischöflichen Entwurf mit seiner Unterstellung der baltischen Kirche unter ein Reichs-Generalkonsistorium in Petersburg hatte die Besorgnis der Provinzen fund gethan, in dem jedem Balten mit Recht teuren Erbe seiner Privilegien — ein kostbares Vermächtnis der Väter und auch der Landesherrn, die im Wandel der Geschichte und Geschehnisse der Provinzen Gewalt und Recht über dieselben gewonnen — beeinträchtigt zu werden. Unter solcher Befürchtung reifte rasch und entschieden der Entschluß, auf den Bestand der Kirche, wie er von den Vätern in ernstester, schwerer Zeit überkommen war, sich rückhaltlos zu besinnen und zähe daran festzuhalten. Dies Vorgehen schien den Ostseeprovinzialen von der politischen Klugheit gefordert. Die einer späteren Zeit angehörende Erstarkung konfessioneller Sonderart hat dann ihrerseits die Forderung gutgeheißen und in ihrer Bewahrung sich wohlgeföhlt.

Auch die entschiedenste Betonung dieser besonderen Rechte war endgültig doch nicht stark genug, die Aufstellung einer für alle Lutheraner des Reiches gültigen gemeinsamen Verfassung abzuwehren oder aufzuhalten. In beiden Erlassen von 1819 und 1828 ist dieser kaiserliche Wille unumwunden ausgesprochen; wem eine Kräftigung seiner Mutterkirche vor allem am Herzen lag, der mußte eine Verfassung gutheißen, welche sämtlichen Glaubensgenossen in der weiten Zerstreuung des Reiches gleichen Schutz, gleiche Ordnung, gleichen starken Zusammenhalt bot. Das ist ein unbestreitbarer Segen für die lutherische Kirche des Reiches geworden, des Opfers manchen Sonderbestandes, der doch wieder in den drei baltischen Provinzen verschieden gestaltet war, wohl wert. Die Kirche und gleichzeitig das Bewußtsein von ihrer Größe in dem Glauben ihrer Glieder wuchs damit über die Schranke einer Provinz hinaus, ward dieser Fessel ledig und konnte sich auf ihrem größeren, selbständigen Gebiete besser einleben. Noch lange nicht in dem Maße von Freiheit und Selbständigkeit,

wie es nach unserer Überzeugung für eine evangelische Kirche zu wünschen ist; aber damit war doch ein herzhafter Schritt auf der bedeutsamen Bahn gethan.

Um den Balten das große Opfer der Unterstellung unter ein in Petersburg tagendes Generalkonsistorium zu erleichtern, war in dem kaiserlichen Erlaß die Weisung gegeben, schonungsvoll soweit wie nur möglich den vorgefundenen kirchenrechtlichen Stand zu wahren. Dieser Weisung entsprach die stark ausgesprochene Neigung in den Ostseeprovinzen, bei dem übernommenen kirchenrechtlichen Erbe zu bleiben, jetzt auch wieder bei den Bestandteilen, die schon längst als überlebt auf der Seite lagen. Der Pietismus und noch mehr der so gründlich aufräumende Nationalismus hatte in langer Herrschaft so manchen Urbäter-Hausrat in die Bodenkammer des Vergessens gewiesen.

Diese beiden Bestrebungen von Staat und Provinz begegneten sich in dem Vorhaben, die schwedische Kirchenordnung von 1686 dem neuen Kirchengesetze zugrunde zu legen. Ob dies nach allen Seiten hin weise und klug gewesen, ist aus mehr wie einem Grunde fraglich. Durchaus berechtigt ist eine sorgfältige Anlehnung an historisch Gegebenes auch auf kirchenrechtlichem Boden, ja da in erster Linie, weil des Rechtes Bestand auf der Sitte ruht. Das war einer der ärgsten Fehler des Nationalismus, sein gespreiztes, selbstgefälliges Hinwegsetzen über das in langsamer Entwicklung Gewordene, sein in fast kindischer Unbefangenheit unternommener Versuch, einen Verfassungsbau auf dem Flugsand einer rasch verwehten Tagesmeinung aufzuführen. Es ist aber zu bedauern, daß unter den Männern des Komités keine hervorragende Persönlichkeit sich fand, die so umfassend auf dem Gebiete evangelischer oder selbst nur der provinziellen Kirchenverfassung historisch geschult gewesen, um nun auch verheißungsvolle Reime, die jenseits der schwedischen Kirchenordnung liegen, zu beachten und ihre Triebkraft bei dem neuen Gesetze zu verwerten; keine Persönlichkeit, soweit wir heute noch die Geister prüfen können, die von den reformatorischen und apostolischen Anschauungen auf diesem Gebiete durchdrungen, ihnen entsprechend das Gesetz bereichert hätte.

Wir haben gesehen, daß die schwedische Kirchenordnung, ein rechtes Kind einer Zeit, welche von den ursprünglichen reformatorischen Gedanken sich bereits stark entfernt hatte, ohne Rücksicht auf die besonderen livländischen Verhältnisse zunächst eben nur für Schweden und seine ganz anderen kirchlichen Vorbedingungen, ihnen in guter Weise angepaßt, entstanden und dann den unterworfenen baltischen Provinzen aufgenötigt worden war. Es mußten zwar damals einzelne Bestimmungen der livländischen kirchlichen Eigenart entsprechend vor der endgültigen Einführung abgeändert werden; aber damit war das fremde Werk noch keine heimische Frucht geworden. Nach kaum zwanzigjährigem Bestande (1692 bis 1710) beginnt mit der russischen Besitzergreifung der Provinzen und zwar in der Kirche selbst eine langsame innere und äußere Loslösung von nicht wenigen Punkten der aufgedrungenen Ordnung. Gerade was die Wechselwirkung von Kirche und Staat betrifft, geht durch die schwedische Kirchenordnung ein Geist der Unterstellung der Kirche unter den Staat, der nur in jenen unholden Tagen des Absolutismus aufkommen konnte und mit ihnen zum Glück wieder verschwunden ist. Diese Kirchenordnung bildete wohl die schärfste Ausprägung des Staatskirchentums innerhalb der evangelischen Kirche, die für Schweden selbst durch seine Geschichte und auch durch uralte Gemeindesitten, die nicht angetastet wurden, gemildert ward. Verhängnisvoll kann eine solche Ordnung in unseren Tagen werden, wenn der Herrscher oder Staat, welchem so großer Einfluß in der Kirche eingeräumt wird, nicht selbst ein Glied dieser Kirche ist und deshalb innerlich ihrem Wesen und Leben fremd bleibt. Dazu kommt, daß die schwedische Kirchenordnung nur für einen Bruchteil der lutherischen Kirche Rußlands Rechtskraft besaß. Aurland, die vielen lutherischen Gemeinden im Innern des Reiches, an Zahl also die Hälfte der Lutheraner, wenn nicht gar die Mehrheit, waren dieser Ordnung rechtsgültig nie unterstellt gewesen.

Auch die äußere Form, der Grundriß des neuen Gesetzes zeigt in der Reihenfolge der behandelten Gegenstände das vorliegende Muster; aber die Gliederung der einzelnen Teile ist gegenwärtig eine organischere; man merkt eine gutgeschulte Hand. Die lose aneinander gereihten 28 Kapitel der schwedischen Kirchenordnung

sind hier übersichtlicher in zwölf Hauptkapiteln mit Unterabteilungen zusammengefaßt und handeln von der Lehre, dem Gottesdienst, der Verwaltung der Sacramente und anderen geistlichen Handlungen, der Ehe, dem Predigtamte, den höheren geistlichen Beamten, den Konsistorien, dem gerichtlichen Verfahren bei den Konsistorien, den Synoden, der Verwaltung des Kirchenvermögens, dem Patronatsrechte und endlich der Instruction für die Geistlichkeit und die Behörden der lutherischen Kirche im Reiche.

An der Spitze des Gesetzes steht wieder mit Recht die Lehre; denn sie ist der Grund jeder besonderen Kirche und damit auch ihres Rechtsbestandes. Eine christliche Kirche kann nur eine Bekenntniskirche sein. Als das Bekenntnis dieser Kirche wird zusammenfassend das Konkordienbuch genannt. Zu unserem Bedauern. Nicht um deswillen, weil es nicht das eigene Bekenntnis ist; vielmehr aus Liebe zur Schwesterkirche, weil es derselben ein Gepräge verliehen, welches wir nach unserer Überzeugung um ihretwillen wohl anders gewünscht hätten. Als das Gesetz aufgestellt wurde, bekannte die lutherische Landeskirche des Reiches in dem Glauben sowohl der Lehrer der Hochschule, als der gesamten Geistlichkeit, als aller Gemeindegengenossen nicht die Theologie der Konkordienformel; den Nachweis zu führen fällt dem nicht schwer, der mit der Geschichte dieser Landeskirche vertraut ist. Der überlebte Rationalismus ging seinem Ende entgegen; was sich von Erfrischung des Glaubenslebens zeigte, fand wahrlich in der Konkordienformel nicht seinen bekenntnismäßigen Ausdruck. Der war in der Augustana zu vollem Genügen gegeben *).

*) Gerade das Jahr 1830 mit seiner 300jährigen Jubelfeier der Augustana hatte dies in anregendster Weise in den Ostseeprovinzen gezeigt. Die Hochschule veröffentlichte eine Polyglotte dieses Bekenntnisses in lateinischer, deutscher, estnischer und lettischer Sprache und schenkte jeder Gemeinde ein Exemplar. Der noch unter dem Kuratorium des Fürsten Lieven und durch seine Bemühung nach Dorpat berufene Professor Sartorius, der wohl als der erste ein Verständnis und Liebe zu dem Bekenntnis der lutherischen Kirche in den Ostseeprovinzen wieder weckte, hielt bei der Jubelfeier als Dekan der theologischen Fakultät die Rede über „die Herrlichkeit der Augsburger Konfession“ (sie ist auch Dorpat 1830 im Druck erschienen)

Es ist immer ein peinliches Ding, eine Glaubensverpflichtung für ein Bekenntnis zu fordern, das dem Glauben der Bekennenden völlig fremd geworden ist. Eine Kirche kann und soll auch in glaubensarmer Zeit ihr Bekenntnis, auf welches sie gegründet ist, treu festhalten und mit ernster Liebe ihre Glieder zu glaubensfester Überzeugung in demselben erziehen. Aber dann muß es eben das Bekenntnis sein, auf welches sie begründet ist; das ist auch für die Ostseeprovinzen die Augustana, nicht ein solches wie die Konkordienformel, welches im Gange der Entwicklung als Ausdruck einer bestimmten, vorübergehenden theologischen Richtung innerhalb dieser Kirche und in scharfer Spannung wider die Schwesterkirche entstanden, auch in der Zeit seines Ursprungs nur teilweise Anerkennung in der lutherischen Kirche gefunden und gegenwärtig aus dem Bewußtsein auch der treuesten Gemeindeglieder geschwunden ist. Es ist doch noch ein anderes, mit einer aus alten Tagen überkommenen und unangetastet gebliebenen Kirchenverfassung auch ein derartiges Bekenntnis stehen lassen, ein anderes bei der Ausarbeitung eines neuen Kirchengesetzes ein solches Bekenntnis wieder aufnehmen, ja für wohl die Hälfte der Glaubensgenossen es zum erstenmale zur bindenden Richtschnur zu erheben. Denn außer Livland und Estland hatte die Konkordienformel in keinem Teile der lutherischen Kirche Rußlands Rechtskraft erhalten. Auch das Land, welches jenen beiden baltischen Provinzen einst mit der Kirchenordnung die Konkordienformel aufgenötigt, hatte damals bereits seit einem Vierteljahrhundert diesen auf einem wahrhaft gläubigem Gewissen so schwerlastenden Symbolzwang aufgehoben. Seit 1809 verlangt Schweden von seinen Geistlichen nur noch das Bekenntnis auf die Augustana. Daß doch die lutherische Kirche hierzulande dem Vorgange der einstigen Mutterkirche gefolgt wäre! Die Beschränkung würde hier inmitten einer andersgläubigen Staatskirche und bei der so nahen Berührung mit der

ähnliche, wenn auch minderwertige Rundgebungen erschienen in gleichem Anlaß in Riga, Reval und Mitau, hoffnungweckende Äußerungen, daß sich das heraufkommende gläubige Geschlecht in den Ostseeprovinzen in seinem Bekenntnis eins fühlen wollte mit seinen Vätern im 16. und fast dem ganzen 17. Jahrhundert.

staatlich gleicher Rechte sich erfreuenden reformirten Schwesterkirche noch heilsamer und segensreicher gewesen sein. Die besondere Lage der beiden evangelischen Kirchen, in ihren Ursprüngen und Zielpunkten innig verwandt wie Töchter derselben Mutter, erheischt gebieterisch zumal in der Diaspora und neben der mächtigen Staatskirche ein friedliches Neben-einander-gehen, ein enggeschlossenes Für-einander-einstehen, darum die Betonung des Gemeinsamen, nicht die Schärfung und Spannung des Unterschiedes, wie sie in der Konkordienformel so bezeichnenden und auch schmerzlichen Ausdruck erhalten.

Die Folgerungen aus diesem Bekenntnisstand der lutherischen Kirche sind nicht so unerbittlich gezogen wie einst bei der schwedischen Kirchenordnung. Gegen jene drakonischen Erlasse einer absoluten Staatskirche am Ausgange des siebzehnten Jahrhunderts lehnte sich denn doch zu entschieden die duldsamere, gläubige Gesinnung des neunzehnten Jahrhunderts auf. Aber auch das, was in dieser Beziehung stehen geblieben, ist noch verwunderlich stark und seine gerechte Anwendung würde sich gar bald als unausführbar erweisen. So erlaubt das Kirchengesetz keinem Lutheraner in Rußland mündlich oder schriftlich eine Meinung zu verbreiten, welche der in dem Konkordienbuch niedergelegten Lehre zuwider ist, und jeder lutherische Pastor wird eidlich verpflichtet, nun auch gemäß der Lehre dieses Buches zu lehren und zu predigen, ein Symbolzwang, der unter Umständen auf einem zarten Gewissen um des Wortes Gottes willen unendlich schwer lasten kann. Das Leben und die Sitte gleicht wohl manches aus und feilt die Spitzen ab; besser aber dünkt Einem, die Stacheln und Spitzen nicht in das Gesetz aufzunehmen, sondern die notwendigen Stäbe um des Gewissens willen also zu fertigen, daß sie solcher Nacharbeit nicht bedürfen.

Nicht im Widerspruche mit der schwedischen Kirchenordnung, wohl aber als eine Neuerung für die Ostseeprovinzen ist die Zusammenfassung und gleichmäßige Gliederung der gesamten lutherischen Kirche Rußlands unter ein gemeinsames Generalkonsistorium; wie schon wiederholt erwähnt ein großer Gewinn, eine ungemeine

Stärkung der lutherischen Kirche des Reiches. Vom rein kirchlichen Standpunkte aus bleibt uns das Sträuben der Ostseeprovinzen schwer verständlich; selbst staatlich erinnerte die Maßregel an Zustände der schwedischen Zeit. Wie damals auch, in gewisser Beziehung gewaltsam und entgegen dem Herkommen und dem gewährleisteten Privileg Sigismund Augusts, die Ausgangsfäden der kirchlichen Leitung von Dorpat oder Riga nach Stockholm verlegt wurden, so nun nach Petersburg; nur mit dem günstigeren Verhältniß gegenwärtig, daß sie dort in einer Hofkanzlei ausliefen, in welcher die baltischen Provinzen und die Kirche überhaupt keine pflichtmäßige Vertretung hatten, während hier in der Mitgliederzahl des Generalkonsistoriums eine wechselnde Vertretung der verschiedenen Teile der lutherischen Landeskirche gesetzlich geordnet ist. Der Sitz dieser obersten kirchlichen Behörde in der Hauptstadt des Reiches ergab sich von selbst, damit auch die begreiflicher Weise schmerzlich in den Ostseeprovinzen empfundene Verlegung des kirchlichen Regimentes aus den heimischen Provinzen in die Hauptstadt des fremdgebliebenen Reiches. Hier in Petersburg konnte dieses Konsistorium seiner Aufgabe entsprechend leichter Fühlung mit allen Teilen der lutherischen Kirche pflegen, als es in den Ostseeprovinzen möglich gewesen, als dieselben auch nach der bisherigen Geschichte und ihrer stark festgehaltenen Sonderung zu urteilen auch nur willig gewesen wären, sie zu suchen und zu unterhalten.

Das Generalkonsistorium besteht aus einem weltlichen Vorsitzenden und einem geistlichen Stellvertreter, beide von dem Kaiser zu dieser Stellung ernannt; ferner aus je zwei geistlichen und weltlichen Mitgliedern. Zu geistlichen Mitgliedern stellen sämtliche Konsistorien, die Landratskollegien, das kurländische Oberhofgericht und die Stadtmagistrate von Riga und Reval, zu weltlichen Mitgliedern das livländische, estländische und öjelsche Landratskollegium, das kurländische Oberhofgericht, die beiden Stadtmagistrate je einen Kandidaten auf und bringt der Minister des Inneren mit seinem auf den Gutachten der obigen Behörden gegründeten Gutachten diese Kandidaten zur Kenntnis und Wahl des Kaisers. Der Gewählte hat sein Amt drei Jahre inne. In administrativen Sachen steht das Generalkonsistorium unter dem

Minister des Inneren, in judiciären unter dem Senat, mit Ausnahme von Ehescheidungssachen und solchen, die zeitweiligen oder dauernden Amtsverlust oder Amtsentsetzung zur Folge haben, in welchen Fällen es endgültig entscheidet, ebenso in Sachen der Abweichung von der Lehre und der Gottesdienstordnung, bei welchen Anlässen das Generalkonsistorium seine Entscheidung dem Minister des Inneren zur Unterlegung an den Kaiser vorstellt. Genau geordnet ist der Geschäftskreis des Generalkonsistoriums einerseits als der Aufsichtsbehörde der verschiedenen Konsistorien und der Verwaltung des Kirchenvermögens, anderseits als der Prüfungsbehörde aller der durch seine Hand an den Minister des Inneren zu gelangenden kirchlichen Angelegenheiten, wie es auch für dieses Ministerium die Vermittlungsbehörde an alle unterstellten Konsistorien ist. Zweimal im Jahre kommen die Mitglieder zur „Juridik“ zusammen; in diesen Sitzungen wird nach den Grundsätzen der Kollegialordnung verfahren. In der Zwischenzeit erledigen der Vorsitzende und sein geistlicher Stellvertreter, die beide in der Hauptstadt zu wohnen haben, die laufenden Geschäfte.

Das ganze, fast unermessliche Gebiet, in welchem im russischen Reiche Lutheraner angesiedelt sind, wird in acht dem Generalkonsistorium unterstellte Konsistorialbezirke abgegrenzt. Eine zarte Schonung bestehender Verhältnisse hat, was die Ausdehnung betrifft, in hohem Grade ungleiche Bezirke geschaffen; auf der einen Seite verschwindend kleine Konsistorien, die kaum über das Weichbild einer Stadt wie Riga und Reval reichen, und diesen gegenüber unübersehbare Konsistorien, wie das Petersburger und Moskau, die einer genauen und sorgfältigen Kenntnissnahme und Leitung spotten. Für die Ostseeprovinzen sechs Konsistorien, für das ganze übrige Reich nur zwei. Sachgemäßer wäre wohl gewesen, jenen drei Provinzen drei oder auch vier Konsistorien *) zu belassen und die übergroßen beiden anderen Bezirke zu teilen.

*) Das Osel'sche Konsistorium, wenn es sich auch nur auf gegenwärtig 14 Kirchspiele beschränkt, mag einen Sonderbestand beanspruchen, da es seine Thätigkeit auf die dem Festlande gegenüber gelagerten Inseln von Osel, Moon, Runö beschränkt.

Der Teilungsgrund lag nahe, daß man die zahlreichen Kolonien des Südens vereint mit den rasch sich mehrenden evangelischen Ansiedelungen in Podolien und Wolhynien zu einem Konsistorialbezirk in Odeffa, die ebenfalls zahlreichen Kolonien an der Wolga mit den nahegelegenen Gouvernements zu einem solchen in Saratow vereint hätte. Es wäre dies nur die Beibehaltung des letzteren, bereits ins Leben gerufenen, jedoch mit anderen Grenzen, ebenso die Ausführung des geplanten Konsistoriums in Odeffa gewesen. In beiden Gebieten lebt in der Mehrzahl ein eigener Schlag Leute, mit stark ausgeprägtem kirchlichem Bewußtsein und auch mit ebenso scharf umrissener Sonderart, an welcher der Ansiedler zähe hält und für welche er sorgsame Berücksichtigung nicht mit Unrecht beansprucht. Konsistorien sollen wie Synoden heimische Feuerstätten sein, an welchen das kirchliche Leben der Bezirks- und Gesinnungsgenossen Licht und Wärme empfängt. In eine nebelgraue Ferne hinein können sie diesen gesegneten Dienst nicht mehr ausrichten; sie werden, woran sie dann hinstehen und zugrunde gehen und mit ihnen das kirchliche Leben in ihrem Bezirk, bürokratische Behörden, die auch im Reiche Gottes nach der Schablone arbeiten wollen. Für die paar vereinzelt evangelischen Gemeinden in Sibirien bis hinunter nach Zentralasien können zunächst keine besonderen Konsistorien geschaffen werden. Das sind beklagenswerte Notstände wie in einer Verbannung, an welchen die Kirche selbst schwer trägt; gemindert kann der Druck nur werden, wenn diesen einsamen, weltfernen Gemeinden ein möglichst großes Maß von Selbstständigkeit in geordneter Weise zugestanden wird.

Die acht Konsistorialbezirke sind mit Beifügung der bezüglichlichen Gouvernements, ihres Flächeninhalts und der in dem Bezirke befindlichen lutherischen Kirchspiele *) folgende:

*) Leider ist es mir nicht möglich, nun auch noch die ungefähre Seelenzahl der Eingepfarrten anzugeben. Abgesehen von der Schwierigkeit einer solchen Zählung vonseiten des Geistlichen und der Kirchenältesten, die sich für den Gewissenhaften fast bis zur Unmöglichkeit der Ausführung steigert, ist die letzte Veröffentlichung über eine ungefähre Schätzung der einzelnen Gemeinden aus dem Jahre 1866, ein Zeitabstand, der nur aus der herrschenden beklagenswerten Mürkstigkeit veröffentlichter Nachrichten über das kirchliche Leben der Lutheraner in Rußland zu erklären ist.

1) Das petersburgische, außer der Hauptstadt umfassend die Gouvernements Petersburg, Nowgorod, Pskow, Wologda, Olonez, Archangel, Kostroma, Jaroslaw, Smolensk, Tschernigow, Wolhynien, Podolien, Kijew, Poltawa, Tschelaterinowsk, Taurien, Cherson und Bessarabien, zusammen 2 332 100 □ Kilometer mit 87 Kirchspielen.

2) Das livländische, mit Ausnahme des Rigaer Stadt- und Patrimonialgebietes und des Arensburger Inselkreises 47 000 □ Kilometer mit 113 Kirchspielen.

3) Das estländische, mit Ausnahme des Revaler Stadtgebietes 19 000 □ Kilometer mit 52 Kirchspielen.

4) Das kurländische, außer Kurland die Gouvernements Witebsk, Mohilew, Minsk, Wilna, Grodno und Nowo, zusammen 353 700 □ Kilometer mit 120 Kirchspielen.

5) Das moskauerische, die Gouvernements Moskau, Twer, Kaluga, Tula, Rjasan, Wladimir, Nischni-Nowgorod, Penza, Tambow, Woronesch, Kursk, Orel, Charlów, Saratow, Simbirsk, Kasan, Wjatka, Perm, Samara, Orenburg, Astrachan, Stawropol, zusammen 1 957 400 □ Kilometer. Dazu noch ganz Transkaukasien, Sibirien und Mittelasien mit insgesamt 65 Kirchspielen.

6) Das öfelsche, die Inseln Ösel, Moon, Rügen mit zusammen 14 Kirchspielen.

7) Das rigasche mit 11 Kirchspielen.

8) Das revalsche mit 5 Kirchspielen.

Diese acht Konsistorien werden gleichförmig gebildet aus einem weltlichen Vorsitzenden, einem geistlichen stellvertretenden Vorsitzenden und einer gleichen Anzahl weltlicher und geistlicher Beisitzer. Für Petersburg und Moskau werden die Vorsitzenden auf Vorstellung des Ministers des Inneren unter zuvoriger Einholung der Meinung des Generalkonsistoriums vom Kaiser ernannt, in den drei baltischen und dem öfelschen Konsistorium werden von dem Adel (gegenwärtig von den Landtagen), in den Stadtkonsistorien von den Stadtmagistraten zwei Kandidaten und zwar in Estland, Livland und Ösel aus den Gliedern der Landratskollegien, in Kurland aus den Gliedern des Oberhofgerichts, in den beiden Städten aus den gelehrten Bürgermeistern erwählt, welche Kandidaten der Gouverneur dem Minister zur Entscheidung des Kaisers vorstellt.

Geistlicher Stellvertreter ist in dem Petersburger, Moslauer, est-, liv- und kurländischen Konsistorium der betr. Generalsuperintendent des Bezirkes, im öfelschen, rigaschen und rebalschen der betr. Superintendent, zu welcher Würde in den Ostseeprovinzen und auf Ösel von dem Adel (den Landtagen) der betr. Provinz, in Riga und Reval von dem Magistrat, in Petersburg und Moskau von dem Generalkonsistorium zwei Kandidaten dem Kaiser zur Wahl durch den Minister vorgestellt werden. Die Geistlichkeit selbst ist demnach bei der Wahl ihrer Oberhirten völlig übersehen und außeracht gelassen, dem Adel oder den Magistraten dabei ein größerer Einfluß eingeräumt als den Pastoren. Es wäre wohl wichtig die ausschlaggebenden Beweggründe für die auffällige Thatsache zu erfahren. Nur bei der Wahl der geistlichen Beisitzer wird der Geistlichkeit des betr. Bezirkes das bescheidene Recht eingeräumt, von drei oder vier von dem Konsistorium vorgeschlagenen Kandidaten zwei zu bezeichnen, von welchen der Minister einen bestätigt. Auch dieses geringe Zugeständnis fällt für die Geistlichkeit des Petersburger und Moslauer Konsistoriums weg; hier schlägt das Konsistorium selbst dem Minister die zwei Kandidaten vor. Diese beiden Konsistorien auch haben das Vorschlagsrecht der weltlichen Beisitzer, während bei den anderen Konsistorien es dem Adel (den Landtagen) bezw. den Magistraten bewilligt ist, zwei Kandidaten aus ihrer Mitte dem Minister vorzustellen.

Sechszwanzig verschiedene Punkte grenzen den Wirkungskreis der Konsistorien nach allen Seiten hin ab und bestimmen dieselben als die unmittelbare Aufsichtsbehörde der Kirchen und Geistlichen des betr. Bezirkes, als die erste Instanz in Ehestreitigkeiten, als die Vermittlungsbehörde zwischen der einzelnen Gemeinde und einerseits dem Minister, anderseits dem Generalkonsistorium. Der stellvertretende Vorsitzende ist zugleich der geistliche Vorgesetzte der zu seinem Konsistorialbezirke gehörigen Pröpste, Geistlichen und Kandidaten; ihm ist die Obhut über die Reinheit der Lehre gemäß der heiligen Schrift und den symbolischen Büchern, und über den Wandel der Geistlichen anvertraut, er leitet die Prüfung der Kandidaten, führt die Gewählten ins Amt und in ihre Gemeinde ein und hat innerhalb sechs Jahre regelmäßig Visitationen in allen Teilen seines Sprengels zu veranstalten,

eine Pflicht, die für den Petersburger und Mosklauer Generalsuperintendent im Laufe des letzten halben Jahrhunderts sich als unausführbar erwiesen. Ebenso unausführbar für diese beiden Generalsuperintendenten ist die Abhaltung der jährlich geforderten allgemeinen Predigersynoden ihres Bezirkes; sie müssen sich auf einen engeren Umfang ihres Gebietes beschränken und, wie es auch im Gesetze vorgesehen, die Leitung von Synoden der entfernten Bezirken den Präpsten übertragen.

Die 1819 mit so vielem Eifer und Entschiedenheit ins Werk gesetzte Episkopalisation der lutherischen Kirche Rußlands, in welcher man den geeigneten Damm gegen die Überflutung des Unglaubens gefunden zu haben wähnte, ist so völlig aufgegeben, daß man den bischöflichen Namen bis zur Nichtigkeit einer bloßen Würde ohne jeden Inhalt einer Amtsbefugnis ausgeleert hat und diese altapostolische Bezeichnung verdienten Geistlichen oder auch Würdenträgern verleiht, die das griechische Wort in seiner lateinischen Übertragung selbst mit dem Zusatz eines Generals, aber als Amtsbezeichnung längst besitzen.

Die in den Ostseeprovinzen seit alter Zeit bestehenden Präpstenbezirke wurden beibehalten und im Innern des Reiches, soweit nicht solche bereits vorhanden, derart geordnet, daß für das Petersburger Gouvernement drei, für das estländische und livländische je acht, für das kurländische sieben, für das wilnische ein, für die saratowschen und südlichen Kolonien je zwei Präpste bestimmt wurden, die anderen Prediger des Reiches aber, deren Pfarreien in keinen dieser Bezirke fielen, dem Konsistorium und seinem Generalsuperintendenten unmittelbar unterstellt blieben. Die Präpste, amtlich dem Superintendenten ihres Bezirkes untergeordnet und verantwortlich, haben in ihrem kleineren Kreise ähnliche Befugnisse wie die Superintendenten. Sie sind die nächsten Aufseher von Lehre und Wandel der Geistlichen; sie veranstalten mindestens alle drei Jahre eine eingehende Visitation der ihrer Obhut anvertrauten Kirchen.

In den Ostseeprovinzen aus alter Zeit überkommen, in den jetzt geordneten Konsistorialbezirken im Innern des Reiches neu

eingeführt sind die Synoden. Keine Predigerzusammentünfte, die kein synodales Element in das Gemeindeleben tragen. Sie bezwecken „die Vervollkommnung jedes Geistlichen des betr. Konsistorialbezirkes durch gegenseitige Mitteilung ihrer Ansichten, örtlichen Erfahrungen und Kenntnisse in religiösen Gegenständen, über die Ausübung der Pflichten des geistlichen Amtes, über die ihnen in diesem Amte aufstößenden Schwierigkeiten und die Mittel, dieselben zu beseitigen.“ Die Mehrzahl dieser Synodalverbände hat in den letzten Jahren ihre halbhundertjährige Jubelsynode begangen; leider verlauteten nur unvollständige Berichte darüber in der Öffentlichkeit. Unbegreiflicherweise, wenn man nicht die schwer überwindliche Scheu vor dem gedruckten Worte, wie sie in nicht zu rechtfertigender Weise unter der lutherischen Geistlichkeit Rußlands herrscht, in Anschlag bringt. Die vereinzelt Stimmen bekunden, daß im großen und ganzen der angegebene Zweck erreicht wurde; die veröffentlichten Protokolle geben immerhin ein Spiegelbild geistigen Regens und Strebens innerhalb dieser Geistlichkeit und wie dieselbe in dem abgelaufenen Zeitraum sich zunächst den lebensmüde und schlaff gewordenen Armen des Rationalismus entwand, wie sie dann eine Weile sich an der Erweckung und Erstarkung evangelischen Glaubenslebens erfreute, um zuletzt in eine immer schärfer umrissene, enger gezogene konfessionelle Richtung einzulenken und sich mit voller Entschiedenheit und Ausschließlichkeit darin bis auf den heutigen Tag festzusetzen.

Auch von einer Generalsynode weiß die Kirchenverfassung zu reden; hat aber in all' der langen Zeit noch nicht erlebt, daß die zugestandene Möglichkeit sich verwirklicht hätte. Leider nicht. Es ist zu bedauern, daß dieser beste Teil in dem Entwurf von Synodus, der ihren Zusammentritt im Laufe von je zehn Jahren gesetzmäßig forderte und in der gegebenen Ausführung der Kirche große Selbständigkeit und Freiheit eingeräumt, außeracht gelassen und an seine Stelle nur eine Aussicht getreten, die im blauen Dufte der Ferne verschwimmt. Es lohnt kaum, auf die hingzeichneten Umriss einer doch nicht ins Leben getretenen Gestalt zu achten. Deshalb sei nur kurz erwähnt, daß abwechselnd das eine Mal die Konsistorialbezirke von Petersburg, Livland, Kurland und Reval die geistlichen, und die von Moskau, Estland, Liel

und Riga die weltlichen Abgeordneten wählen, das nächste Mal diese Verbände die anderen Abgeordneten und zwar je vier in den gleichen Wahlgängen, wie sie für die weltlichen und geistlichen Beisitzer der Konsistorien angeordnet sind. Außer diesen acht Mitgliedern haben Sitz und Stimme in der Generalsynode der geistliche stellvertretende Vorsitzende des Generalkonsistoriums, ein von der theologischen Fakultät erwählter Professor von Dorpat und abwechselnd die weltlichen Vorsitzenden oder ihre Stellvertreter der Konsistorien von Petersburg, Liv-, Est-, Kurland und Moskau. Aus dieser angeordneten, knappen Mitgliederzahl und einseitigen Vertretung der Kirche ergibt sich, daß die eigentliche evangelische Gemeinde sowohl bei dem Wählen, als auch der Wahlfähigkeit unberücksichtigt gelassen ist; denn ein privilegierter Stand stellt nicht den Vollbegriff einer evangelischen Gemeinde dar. Nur auf drei Gegenstände beschränkt sich die Beratung der in Aussicht genommenen Generalsynode. Sie entscheidet die von dem Generalkonsistorium auf Verfügung oder mit Genehmigung des Ministers an sie gerichteten Fragen; sie schlägt Maßregeln zur genauesten Ausführung der in dem Kirchengesetz enthaltenen Bestimmungen vor und endlich sie bringt ihre Ansichten und Beschlüsse rücksichtlich des Zustandes und der Bedürfnisse der lutherischen Kirchen im Reiche und deren Verwaltung durch den Minister zur Kenntnis des Kaisers.

Wir kommen in der Beurteilung des Kirchengesetzes zu seinem schwächsten Punkte, die mangelhafte Berücksichtigung oder vielmehr die fast völlige Außerachtlassung der evangelischen Gemeinde. Für sie findet sich in der Verfassung kein offenkundiger Raum. Gelegentliche Äußerungen lassen ihr Vorhandensein vermuten als das Objekt, welchem das Wort Gottes rein und lauter zu verkündigen, die Sakramente richtig darzubieten sind, das Objekt, welches von der Kirche, ihren Beamten und Behörden zu regieren und zu leiten ist. Daß aber einer evangelischen Gemeinde ein wesentlicher Platz in der Verfassung der Kirche einzuräumen, daß die in ihr nach der Weisung der Apostel durch den heiligen Geist vorhandenen Kräfte und mannigfaltigen Gaben für die Kirche zu verwerten und deshalb für sie in ihrer Verfassung ausgiebiger Raum und

Ordnung zu schaffen ist, davon kaum eine leise Spur, kaum die ersten bescheidenen Anfänge. Bezeichnender, aber auch bedauernswerter Weise ist von den Kirchenräten, oder wie immer eine Gemeindevertretung heißen mag, in dem Kapitel von der Verwaltung des Kirchenvermögens die Rede; an diesen einen, man darf wohl sagen, nebensächlichen Punkt ihrer wesentlichen Bestimmung ist die Gemeindevertretung in ihrer Thätigkeit festgenagelt. Im Laufe der Zeit, unter den ernststen Forderungen der Gegenwart, die für eine evangelische Gemeinde weitere und der apostolischen Lehre entsprechendere Rechte beansprucht, hat sich die Überzeugung einer stärkeren Berücksichtigung der Gemeinde geltend gemacht; die Spuren davon zeigen sich, wenn auch noch in sehr bescheidener Weise, bereits in der letzten Ausgabe des Kirchengesetzes vom Jahre 1857. Noch immer wird von den Kirchenräten in dem Kapitel über die Verwaltung des Kirchenvermögens gehandelt; aber in dem weitläufigen und sorgfältig ausgebauten Saale ist ihnen gegenwärtig nun doch schon ein gesonderter Raum angewiesen. Im starken Zuge der wohlberechtigten, echt evangelischen Strömung, welche für die Gemeinde mit den gesteigerten Pflichten auch ein erhöhtes Maß von Rechten fordert, ist zu hoffen, daß an einem kommenden Tage die Gemeinde und ihre Vertretung ihr eigenes Kapitel in der Verfassung erhält, weil sie selbständig in den Bau eingegliedert ist. Möchte um der gedeihlichen Entwicklung der Kirche willen dieser Tag nicht allzu ferne sein!

Daß die stärkere Heranziehung der Gemeinde lutherischem Wesen nicht widerspricht, zeigt der blühende Zustand dieser Kirche an Orten, wo sie sich einer starken, staatlichen Bevormundung, deren Wurzeln einer vorübergegangenen Zeit angehören, entwunden hat. Gerade die besonderen und so schwierigen Verhältnisse der im Innern des Reiches weithin zerstreuten Glaubensgenossen bedingen eine Erziehung und Schulung zu größerer Selbständigkeit der Gemeinde in fester, kirchlicher Zucht und Ordnung, einen in solcher gesetzlichen Schulung gereiften christlichen Gemeinfinn, der die vorhandenen Kräfte allseitig wachruft, große Opfer von ihnen fordert und in ihrer Leistung die Liebe und Treue der vereinsamten Glaubensgenossen, der kleinen Häuflein, zur gemeinsamen Mutterkirche stärkt und stählt. Und auch wo die Gemeinden dichtgeschart,

in jahrhundertlang geordneten kirchlichen Verhältnissen wie in den Ostseeprovinzen dahinleben, erheischt der Ernst der Gegenwart, die besondere von Tag zu Tag sich schwieriger gestaltende Lage — hier gegenüber einer machtvoll und zielbewußt eindringenden andersgläubigen Staatskirche, da gegenüber einer Mehrheit von Gemeindegliedern, die durch Volkseigentümlichkeit und Sprachverschiedenheit von den leitenden Teilen der lutherischen Kirche unterschieden ist, welcher Unterschied so leicht von geschickter Hand zur bedenklichen Spannung gereizt und gesteigert werden kann —, daß die Überzeugung kirchlicher Zusammengehörigkeit durch ein erhöhtes Maß evangelischen Gemeindelebens mit entschiedenem Betonen seiner Rechte und Pflichten gekräftigt werde. Und zwar bald und entschieden, ehe es zu spät sein dürfte.

Anknüpfungspunkte dafür sind vorhanden. In ihrer weisen und klugen Ausnutzung kann — noch ist es Zeit — eine allseitige Bethätigung des Gemeindelebens, wie es uns in der apostolischen Zeit entgegentritt, wie es sich in nicht wenigen evangelischen Kirchenverfassungen seit den Tagen der Reformation ausgestaltet hat, angestrebt werden. Da und dort zeigen sich bereits hoffnungswedende Anfänge, Lichtpunkte in trüber Zeit*). Wird glaubensvoll allseitig auf diese Bahn eingelenkt, mutvoll auf ihr fortgeschritten, dann wird auch in der Verfassung der Kirche die Gemeinde die gesetzlich geordnete Stelle finden, welche sie sich im Leben und in der Wirklichkeit zuvor errungen. Diese Anfänge und Anknüpfungen sind möglich in dem aus alter Zeit in den Ostseeprovinzen überkommenen Amte der Kirchenvorsteher bei jeder Gemeinde, des Oberkirchenvorsteheramtes für ganze Bezirke. Der bei der Ausarbeitung des Gesetzes geforderte enge Anschluß an die vorhandene Kirchenordnung hat diese alte Einrichtung bewahrt; sie birgt große und fruchtbare Reime, die nicht allzu schwer zur Entwicklung gebracht werden können. Die Binden der Erstarrung müssen gelöst, der Zugang zu diesen Gemeindeämtern sowohl für die Wähler als die Wahlfähigkeit erweitert, die später

*) Wir denken zumal auf das in ein paar lurländischen Gemeinden auf Anregung des Geistlichen ins Leben gerufene Amt der Diakonen als aus der Gemeinde hervorgegangenen Gehilfen des Seelsorgers.

erst angelegte Schale einer äußeren Kirchenpolizei abgelöst oder in den Hintergrund gestellt und der ursprüngliche Kern einer evangelischen Kirchenzucht Hand in Hand und als Gehilfe des Seelsorgers sorgfältig beachtet und wieder bloßgelegt werden.

Doch das sind Wünsche und Vorschläge, welche herzliche Liebe zur Schwesterkirche in schwerer, banger Zeit nicht unterdrücken mag, die aber denn doch nicht in eine geschichtliche Darstellung der Verfassung gehören.

Von diesem Kirchenvorsteheramt ist bereits früher die Rede gewesen. Der Kirchenkonvent in den Landgemeinden, aus allen Gemeindegliedern bestehend, die irgendein unbewegliches Eigentum besitzen, wählt aus seiner Mitte je nach der Größe der Gemeinde ein oder zwei Kirchenvorsteher auf drei Jahre; in den Landgemeinden der Gouvernements Petersburg, Wilna und Grodno, wo es keine lutherischen Gutsbesitzer (?) giebt, wird auch diese bescheidene Gemeindevertretung hinfällig und ist der Pastor zugleich mit den Obliegenheiten eines Kirchenvorstehers bedacht. Diese Kirchenvorsteher, von dem Oberkirchenvorsteheramte bestätigt, haben die unmittelbare Aufsicht über die unverlehrte Haltung des Kirchenvermögens, die Sorge für die ökonomischen Angelegenheiten der Kirche, die Zusammenberufung der Gemeindefonvente zur Berathschlagung über die wichtigsten kirchlichen Gemeindeangelegenheiten, die Festsetzung der mit Zustimmung des Konvents unter den Gemeindegliedern zu verteilenden Beiträge zu den bei Kirchenbauten und Ausbesserungen nötigen Kosten, die Aufsicht über diese Bauten, die über die Gemeindearmen, die über die Friedhöfe, mit einem Worte die ganze sogen. Kirchenpolizei. Als Gehilfen in den ökonomischen Angelegenheiten der Kirche und für die Handhabung der Kirchenpolizei werden den Kirchenvorstehern „Bauerkirchenvormünder“ untergeordnet. Im Petersburger Gouvernement werden sie von der Gemeinde gewählt, in den Ostseeprovinzen nur von dem wahlfähigen Teil der Gemeinde, das heißt, von denen, welche in der Gemeinde unbewegliches Eigentum besitzen.

Die Aufsicht über die Kirchenvorsteher steht dem Oberkirchenvorsteheramt zu, von einem Vorsitzenden, einem weltlichen und einem geistlichen Beisitzer gebildet. Der Kirche und Gemeinde als

solchen ist die Beteiligung an der Wahl versagt. Den Oberkirchenvorsteher und den weltlichen Beisitzer wählt der Adel in Liv- und Estland und auf Ösel aus den dortigen Landräten, in Aurland, Wilna und Grodno aus dem dortigen, unbewegliches Vermögen besitzenden lutherischen Adel. Der dienstälteste Propst des betr. Bezirkes nimmt in den Oberkirchenvorsteherämtern des liv-, est-, kurländischen und Petersburger Gouvernements immer die Stelle des geistlichen Beisitzers ein. Mittelbar wenigstens ist die Geistlichkeit des Bezirkes bei dieser Wahl beteiligt, insofern bei der Besetzung einer Präpositur die Prediger des Propstbezirkes zwei Kandidaten aus ihrer Mitte durch das Konsistorium und Generalkonsistorium dem Minister zur Wahl vorstellen. Diese Vorsteherämter haben die Oberaufsicht über alle Kirchenvorsteher ihres Bezirkes und deren Amtsobliegenheiten, damit auch die Kirchenpolizei, „zu welcher besonders die Sorge für die Kirchenwege zu rechnen ist“. Das gegenwärtige zwölfte Kapitel des Kirchengesetzes, welches die ursprünglich völlig losgelöste und gesonderte „Instruktion für die lutherische Geistlichkeit und Behörden“ dem Gesetze als festeingegliederten Bestandteil einverleibt, handelt in einem eigenen, dem fünften Abschnitt von den Pflichten der Kirchenvorsteher und Vormünder.

Ein Vergleich mit der ursprünglichen Gestalt dieses wichtigen und entwicklungsfähigen Amtes zeigt, daß im Laufe der Zeit, hauptsächlich unter dem Einflusse des schwedischen Kirchengesetzes, dessen ganzem Gepräge diese bescheidene Äußerung von Gemeindeleben nicht zusagen konnte, nun auch bei der durch das Kirchengesetz geordneten Verfassung die anfängliche Hilfeleistung aus der Gemeinde auch auf dem Gebiete der Seelsorge und der Kirchenzucht je mehr und mehr in den Hintergrund gerückt wurde und die zugestandene Bethätigung der Gemeinde auf die äußere Verwaltung sich beschränkt.

Auch im Innern des Reiches und in den beiden Hauptstädten hat das Gesetz die vorgefundene Kirchenverwaltung vonseiten der Gemeinde möglichst in den vorgefundenen Verhältnissen belassen. Die Kirchenräte sind in ihrer Thätigkeit zumeist auf die Bewahrung und Verwaltung des Kirchenvermögens beschränkt; stehen dabei

erst angelegte Schale einer äußeren Kirchenpolizei abgelöst oder in den Hintergrund gestellt und der ursprüngliche Kern einer evangelischen Kirchengemeinschaft Hand in Hand und als Gehilfe des Seelsorgers sorgfältig beachtet und wieder bloßgelegt werden.

Doch das sind Wünsche und Vorschläge, welche herzliche Liebe zur Schwesterkirche in schwerer, langer Zeit nicht unterdrücken mag, die aber denn doch nicht in eine geschichtliche Darstellung der Verfassung gehören.

Von diesem Kirchenvorsteheramt ist bereits früher die Rede gewesen. Der Kirchenkonvent in den Landgemeinden, aus allen Gemeindegliedern bestehend, die irgendein unbewegliches Eigentum besitzen, wählt aus seiner Mitte je nach der Größe der Gemeinde ein oder zwei Kirchenvorsteher auf drei Jahre; in den Landgemeinden der Gouvernements Petersburg, Wilna und Grodno, wo es keine lutherischen Gutsbesitzer (?) giebt, wird auch diese bescheidene Gemeindevertretung hinfällig und ist der Pastor zugleich mit den Obliegenheiten eines Kirchenvorstehers bedacht. Diese Kirchenvorsteher, von dem Oberkirchenvorsteheramte bestätigt, haben die unmittelbare Aufsicht über die unversehrte Haltung des Kirchenvermögens, die Sorge für die ökonomischen Angelegenheiten der Kirche, die Zusammenberufung der Gemeindefräuleiche zur Berathschlagung über die wichtigsten kirchlichen Gemeindeangelegenheiten, die Festsetzung der mit Zustimmung des Konvents unter den Gemeindegliedern zu verteilenden Beiträge zu den bei Kirchenbauten und Ausbesserungen nötigen Kosten, die Aufsicht über diese Bauten, die über die Gemeindefürsorge, die über die Friedhöfe, mit einem Worte die ganze sogen. Kirchenpolizei. Als Gehilfen in den ökonomischen Angelegenheiten der Kirche und für die Handhabung der Kirchenpolizei werden den Kirchenvorstehern „Bauerkirchenvormünder“ untergeordnet. Im Petersburger Gouvernement werden sie von der Gemeinde gewählt, in den Ostseeprovinzen nur von dem wahlfähigen Theil der Gemeinde, das heißt, von denen, welche in der Gemeinde unbewegliches Eigentum besitzen.

Die Aufsicht über die Kirchenvorsteher steht dem Oberkirchenvorsteheramte zu, von einem Vorsitzenden, einem weltlichen und einem geistlichen Beisitzer gebildet. Der Kirche und Gemeinde als

solchen ist die Beteiligung an der Wahl verlagert. Den Oberkirchenvorsteher und den weltlichen Beisitzer wählt der Adel in Liv- und Estland und auf Ösel aus den dortigen Landräten, in Kurland, Wilna und Grodno aus dem dortigen, unbewegliches Vermögen besitzenden lutherischen Adel. Der dienstälteste Propst des betr. Bezirkes nimmt in den Oberkirchenvorsteherämtern des liv-, est-, kurländischen und Petersburger Gouvernements immer die Stelle des geistlichen Beisitzers ein. Mittelbar wenigstens ist die Geistlichkeit des Bezirkes bei dieser Wahl beteiligt, insofern bei der Besetzung einer Präpositur die Prediger des Propstbezirkes zwei Kandidaten aus ihrer Mitte durch das Konsistorium und Generalkonsistorium dem Minister zur Wahl vorstellen. Diese Vorsteherämter haben die Oberaufsicht über alle Kirchenvorsteher ihres Bezirkes und deren Amtsobliegenheiten, damit auch die Kirchenpolizei, „zu welcher besonders die Sorge für die Kirchenwege zu rechnen ist“. Das gegenwärtige zwölfte Kapitel des Kirchengesetzes, welches die ursprünglich völlig losgelöste und gesonderte „Instruktion für die lutherische Geistlichkeit und Behörden“ dem Gesetze als festeingegliederten Bestandteil einverleibt, handelt in einem eigenen, dem fünften Abschnitt von den Pflichten der Kirchenvorsteher und Vormünder.

Ein Vergleich mit der ursprünglichen Gestalt dieses wichtigen und entwicklungsfähigen Amtes zeigt, daß im Laufe der Zeit, hauptsächlich unter dem Einflusse des schwedischen Kirchengesetzes, dessen ganzem Gepräge diese bescheidene Äußerung von Gemeindeleben nicht zusagen konnte, nun auch bei der durch das Kirchengesetz geordneten Verfassung die anfängliche Hilfelistung aus der Gemeinde auch auf dem Gebiete der Seelsorge und der Kirchenzucht je mehr und mehr in den Hintergrund gerückt wurde und die zugestandene Bethätigung der Gemeinde auf die äußere Verwaltung sich beschränkt.

Auch im Innern des Reiches und in den beiden Hauptstädten hat das Gesetz die vorgefundene Kirchenverwaltung vonseiten der Gemeinde möglichst in den vorgefundenen Verhältnissen belassen. Die Kirchenräte sind in ihrer Thätigkeit zumeist auf die Bewahrung und Verwaltung des Kirchenvermögens beschränkt; stehen dabei

aber unter so strenger Aufsicht, daß selbst Kirchen mit einer Jahreseinnahme von über hunderttausend Rubeln für außerordentliche Ausgaben von mehr als 500 Rubeln die Bestätigung der kirchlichen Behörde einholen müssen. Es ist das eine Fessel, die unter Umständen die Opferwilligkeit und Schaffensfreudigkeit einer Gemeinde hemmt; der Druck der Fessel hängt ab von der Stärke des Anzuges seitens der Behörde, kann also zeitweilig recht fühlbar sein. Die Kirchenräte sind die Bevollmächtigten ihrer Gemeinde; von ihr auf je drei Jahre gewählt, sind sie verpflichtet diesen ihren Auftraggebern Rechenschaft ihres Thuns abzulegen, in außerordentlichen Fällen sich von einer anberaumten Gemeindeversammlung besondere Vollmachten auszubitten.

Wir haben, wenn auch nur in leisen, rasch hingeworfenen Umrissen, eine Darstellung der gegenwärtigen Verfassung der lutherischen Kirche in Rußland gleichzeitig mit der Beurteilung einzelner Teile zu geben versucht. An ein paar Stellen sind Wünsche nicht unterdrückt worden; sie mögen herzlicher Anteilnahme zugute gehalten werden. Es erübrigt uns noch ein zusammenfassendes Schlußwort über diese heute noch zu Recht bestehende Verfassung.

Im Hinblick auf das abgelaufene erste halbe Jahrhundert unangetasteten Bestandes dieser Verfassung und ihrer Wirksamkeit räumen wir willig ein, daß die lutherische Kirche Rußlands reichen Segen von ihr empfangen hat. Das einheitliche Regiment hat der Kirche und ihren weit auseinander liegenden Teilen ein starkes Bewußtsein von einer fest zusammengehörigen, kirchlich verbundenen Glaubensgemeinschaft eingeflößt. Zumal die zahlreichen, in der Diaspora zerstreuten Gemeinden und Gemeindlein, so leicht der Gefahr ausgesetzt, wie vom Stamme abgerissene Zweige auf fremdem Boden zu verdorren, haben die Wohlthat eines geordneten Verbandes, der lebenswecenden Einfügung in eine geistlich geregelte kirchliche Gemeinschaft, die sich auch für sie sorgt, erfahren, wenn auch gerade an diesem Punkte einer regen, die zerstreuten

Teile zur Mitarbeit, nicht nur zum Gehorsam unter das Regiment aufrufenden Zusammengehörigkeit eine wunde, der Heilung bedürftige Stelle in der Verfassung bloßliegt. Die provinziellen und staatlichen Grenzen sind mit Ausnahme der Lutheraner von Finnland und der das ehemalige Königreich Polen ausmachenden Provinzen, die außerhalb des Rechtsgebietes dieser Kirchenverfassung stehen, gefallen; unter möglichst schonender Bewahrung von kirchlicher Sitte, Gewohnheit und Volkseigentümlichkeit ist ein Bau aufgerichtet, in welchem die räumlich getrennten Glaubensgenossen brüderlich unter dem gleichen Dache derselben Mutterkirche zusammen wohnen. Das ist ein Gewinn, den nicht gering anschlägt, wer das Leben von Gemeinden in der Diaspora kennt und wer von seiner Kirche und ihrer hohen Aufgabe im Leben der Völker Großes erwartet und beansprucht, weil er liebend ihr die Leistungsfähigkeit zutraut.

Mancherlei Ergänzungen und Erweiterungen haben sich während des abgelaufenen halben Jahrhunderts, wie nicht anders zu erwarten, an den ursprünglichen Grundstoß der Verfassung angefügt. Ein Vergleich der letzten Ausgabe von 1857, in welcher die stattgehabten Änderungen und Zusätze an ihrer Stelle in das Ganze verarbeitet und eingefügt sind, mit der Ausgabe von 1832 zeigt den Unterschied, in nicht wenigen Fällen auch einen erfreulichen Fortschritt. Aber der Grundriß und auch seine Ausführung in dem wesentlichsten und wichtigsten Teil, zumal in der Verfassung, ist unangetastet der gleiche geblieben. Nach wie vor trägt der Bau den scharf ausgeprägten Charakter konsistorialen Regimentes; zur unbedingten Zustimmung derer, welche darin nicht nur die geschichtlich am häufigsten innerhalb der lutherischen Kirche vorkommende Verfassungsform sehen, sondern auch die allein ihrem Wesen entsprechende erkennen wollen. Die Zahl dieser Zustimmenden mindert sich freilich von Tag zu Tag sichtlich. Umfangreiche und blühende lutherische Kirchenverbände der Gegenwart, zumal da, wo keine Geschichte ihr Machtwort in die Waagschale der Ausgestaltung geworfen, wie in Amerika, Australien und anderwärts, haben sich in ihrem Ursprung und in ihrer Fortentwicklung von dieser Form losgesagt und rühmen die Lossage als einen der Gründe ihres reichsegneten Bestandes. Dem Kundigen fällt es nicht schwer, aus der Geschichte der lutherischen Kirchenverfassung

den Nachweis zu liefern, daß an der Ausgestaltung des konsistorialen Regiments auch die Not einer Zeitlage ihr Teil hat, welche mit dieser Lage überwunden werden und verschwinden kann. Es ist die Notlage einer mehr oder minder starken Abhängigkeit der Kirche vom Staate und seinem weltlichen Regimente.

Die schweren Übelstände solcher Abhängigkeit treten für eine Kirche peinlicher zutage, wenn die leitenden Glieder dieses Staatslebens nicht dieser Kirche selbst angehören. Die also gestellte Kirche wird den Druck in zwiefacher Gestalt zu fühlen bekommen, entweder daß der Staat diese Kirche, die nun doch in ihren Endpunkten von dem Staate abhängig und in ihrem ganzen Organismus auf diese Abhängigkeit gewiesen ist, sich selbst überläßt und die Zügel lose und schlaff hält, statt sie kundiger Hand abzugeben, oder aber in anders gewordenen Zeiten, daß sie die Zügel stramm anzieht und die Kirche, an welche sie selbst keine irgendwelche Anhänglichkeit knüpft, diese ihre Abhängigkeit durch empfindliches Dreinreden und Dreinwirtschaften schmerzlich fühlen läßt. Auch der erstgenannte Fall ist ein Druck, weil ein Hemmschuh lebenskräftiger Entwicklung. Bei schlaffen Zügeln geht Anspann und Gefährt bedächtig in den gewohnten Geleisen, bleibt eine Weile stehen, dann wieder schleppt es sich im Schritt weiter, immer in den ausgetretenen Bahnen des Herkommens, wohl friedsam ohne Kampf, aber auch ohne Kraft der Überwindung, ohne Siegesbewußtsein. Das sind einschläfernde Zeiten für berufene Streiter, die doch auch in der Kirche und ihrer Verfassung einen guten Kampf des Glaubens zu kämpfen ausgerüstet und geheißen sind.

Konsistoriales Regiment hat sich im Laufe seiner Geschichte überall mehr als eine staatliche Behörde, welcher die Kirche unterstellt ist, erwiesen, denn als ein Organ der Kirche, welches aus ihr hervorgegangen, mit ihr innig verwachsen, ihr Leben und Interesse an oberster Stelle vertritt, muß es sein, auch gegenüber dem Staate. Durch diese geschichtlich gewordene, durch einseitige Vertretung der Gemeinde wesentlich bedingte Stellung ist ein bureaukratischer Zug in die Kirchenleitung gedrungen, welcher ihrem Wesen fremd, nur zu leicht es schädiget, das evangelische Leben in der Kirche und in den Gemeinden, das nach Ausgestaltung ringt, statt anzuregen, mit herzlicher Anteilnahme thatkräftig zu fördern,

hemmt und zurückdrängt. Die Glieder des Konsistoriums sind bald versucht, sich mehr als Staatsbeamte, denn als Kirchenmänner, nun auch ihrer Kirche für ihr Thun und Lassen verantwortlich, anzusehen. Die Spuren lassen sich leicht auch in den Lebensäußerungen, welche diese lutherische Kirchenverfassung in Rußland während eines halben Jahrhunderts gethan, nachweisen. Es ist mir kein die gesamte Kirche förderndes Werk bekannt geworden, das seinen Ausgang aus eigener Inangriffnahme von dem Generalkonsistorium genommen; wohl ein paar segensreiche Werke, wie die Kolonisierung lutherischer Verbannten in Sibirien, wie die lutherische Unterstützungskasse, die ihre Anregung und warme Förderung dem um seine Kirche so hochverdienten Bischof Ulmann danken, zugleich auch dem, daß er für diese mit reger, frommer Begeisterung getriebenen Werke mit dem Schwergewicht sowohl seiner lauterer Persönlichkeit als seiner hervorragenden Stellung, durch beides eine populäre Gestalt in der Kirche, mit rastlosem Eifer eingetreten. Es ist mir keine Veröffentlichung des Generalkonsistoriums in Gestalt von Hirtenbriefen, von regelmäßigen Mitteilungen oder Rechenschaftsberichten aus dem Gesamtgebiet der von ihm vertretenen und seiner Leitung unterstellten lutherischen Kirche zu Gesicht gekommen. Hierzulande wären derartige Rundgebungen besonders erwünscht und heilsam. Die Unkenntnis über die Zustände der lutherischen Landeskirche ist selbst in den nächstbetheiligten Kreisen erschreckend groß; die unheimlich weiten Entfernungen machen ein Näherrücken durch die Schrift doppelt erwünscht; das Bedürfnis, ja die Sehnsucht nach Lebenszeichen der obersten kirchlichen Behörde, die bereit ist Rechenschaft ihres Thuns und Verhaltens gleichzeitig mit dem Thun und Verhalten in der ihrer Fürsorge anvertrauten Kirche denen abzulegen, an deren Spitze zur Wahrung ihrer Interessen sie gestellt ist, ist ungemein rege, zumal in der Diaspora. Eine offene Aussprache — wir räumen es gerne ein — ist erschwert, stellenweise unmöglich gemacht. Aber dem Rundigen genügt zur Beruhigung, daß der Wächter auf der Binnne treu seinen Dienst versieht, eine Andeutung, ja selbst an betreffender Stelle ein Schweigen, wenn nur die Darstellung verrät, daß die Sachwalter das Wohl der Kirche in schwerer Stunde auf betendem Herzen tragen. Solche regel-

mäßige Berichterstattungen tilgen dann das Auffällige, das eine derartige außerordentliche Rundgebung nur in einer Notzeit haben würde. — Und solcher Spuren würden sich noch viele aufweisen lassen. Es soll nicht gesagt sein, daß alle diese nun auch hier sichtbar gewordenen Spuren unausbleibliche, notwendige Folgen konsistorialen Regimentses seien. Wohl aber, daß dasselbe in erhöhtem Grade ihnen Vorschub leistet und hierzulande während eines halben Jahrhunderts den Beleg dazu geboten hat.

Nicht alles Leben in einer Kirche läßt sich behördlich reglementieren oder unter Umständen, wenn es sich wider solch' Ansinnen auflehnt, kurzer Hand zurückdrängen. Entspringt dieses Leben aus der reinen Quelle des Evangeliums, dann bricht es sich unaufhaltsam Bahn; aber zum Schaden und Eintrag der Kirche, wenn deren Führer nicht rechtzeitig und verständnisinnig die befruchtenden Lebenswasser in das Gebiet der Kirche überzuleiten verstehen. Fördernde Handreichung könnte wie ein heilsames Gegengewicht gegen offen zutage liegende Schäden rein konsistorialer Verfassung eine regelmäßig wiederkehrende, zielbewußt arbeitende Generalsynode bilden. Das Kirchengesetz bietet die Möglichkeit ihres Zusammentrittes; die gezeigte Aussicht ist aber während eines halben Jahrhunderts keine Wirklichkeit geworden. Wir betonen jetzt nicht, daß wir zum Wohl der Kirche den gebotenen Grundriß dieser Synode, sowohl was ihre Zusammensetzung als was ihr Arbeitsgebiet betrifft, anders wünschen; aber wir heben hervor, daß zur Entschuldigung des Ausbleibens der Synode in all' der langen Zeit nicht einmal angeführt werden kann, als ob die Regierung schwerlich eine Abhaltung derselben gestattet haben würde. Meines Wissens wurde auch nicht einmal der Versuch gewagt und es bot sich doch mehr wie ein günstiger Augenblick, in welchem man die Gewährung vertrauensvoll hätte erwarten können. Raum daß sich ein Wunsch nach dem Zusammentritt einer solchen nach dem Kirchengesetz doch immer in Aussicht genommenen Synode irgendwo geregt.

In den Konsistorien tritt der Charakter einer mehr staatlichen Behörde nicht so scharf hervor, als in dem Generalkonsistorium, weil in dem den Generalsuperintendenten und Superintendenten zugewiesenen Amtsgebiete der unmittelbare, persönliche Einfluß eines

Geistlichen auf seine Berufsgenossen und die Gemeinden nachhaltiger sich geltend macht, als bei dem geistlichen stellvertretenden Vorsitzenden des Generalkonsistoriums, der jedem unmittelbaren Einfluß auf die Kirche fern gerückt ist. Die dem Generalsuperintendenten eingeräumte, schöne Stellung gewährt ihm innerhalb bestimmter Grenzen den zwiefachen Einfluß, einmal die Bedürfnisse und Wünsche seines Kirchenbezirkes, mit welchem er in fortwährender und warmer Fühlung steht, zu vertreten und dann durch seine hervorragende Stellung und ihr Gewicht das evangelische Leben in den seiner persönlichen Aufsicht anvertrauten Gemeinden anzufachen und ihm gesetzliche Ausgestaltung zu verschaffen.

Andere evangelische Kirchenverbände haben in ihrer Verfassungsgeschichte den Beweis erbracht, daß von dem konsistorialen Regimente unterschiedene Verfassungsformen das Wesen der evangelischen Kirche nicht beeinträchtigen, dasselbe vielleicht reiner, selbständiger, freier zur Entfaltung bringen. Die gegenwärtige kirchliche Strömung ist konsistorialer Verfassung abhold. Auch durch die Kirche geht unaufhaltsam ein starker Zug, der auch ihre gläubigsten, treuesten Glieder berührt und für die Kirche, für die Gemeinden in ihr ein größeres Maß der Selbständigkeit und allseitiger Bethätigung in der vollen Gebundenheit unter das Wort Gottes und das Bekenntnis der Kirche fordert. In dieser immer stärker verlautenden Forderung liegt auch der wohlberechtigte Wunsch, die nach der Zusage des Herrn und nach der Anweisung der Apostel reichlich in einer auf Gottes Wort sich aufbauenden, wahrhaft evangelischen Gemeinde schlummernden Kräfte zu wecken und in Pflicht und Dienst der Kirche zu stellen.

Mit unwiderstehlicher Macht regt sich der Zug in der Gemeinde selbst. Die Zahl der Geistlichen, die gegen diesen Zug nicht mehr angehen können oder auch nicht wollen, wächst von Tag zu Tage. In ihren besten Teilen werden sich unsere evangelischen Gemeindegengenossen der hohen Aufgabe bewußt, die jedem einzelnen lebendigen Gliede der Gemeinde zugewiesen ist; in steigendem Grade fordern sie zur Bethätigung der erkannten Aufgabe den nötigen Raum auch in der Verfassung der Kirche. Wird ihr derselbe standhaft versagt, dann liegt die Gefahr nahe, daß sie sich diesen nun einmal zur Entfaltung des Lebens benötigten Raum

neben der Kirche und ihr zur Schädigung aneignet. In der immer regeren Bethätigung auf dem weiten und löstlichen Gebiete der inneren und äußeren Mission sind diese nicht mehr zu übersehenden, wertvollen Lebensbethätigungen einer evangelischen Gemeinde auf den Plan getreten. Mit innerer Notwendigkeit drängen sie weiter und weiter und werden auch endgültig in den Verfassungsbau der Kirche eindringen und hier eine wohliche Stätte verlangen.

Gewiß auch in der lutherischen Kirche Rußlands. Einem aufmerksamen Beobachter außerhalb ihres Gebietes, der aber mit liebevoller Teilnahme seit Jahren und Jahrzehnten allen Vorgängen und Regungen in der Schwesterkirche gefolgt, will es in gegenwärtiger, schwerer Zeit manchmal bedünken, ob nicht dennoch die Lage eine andere geworden wäre, wenn rechtzeitig auf diese unabwiesbaren Forderungen geachtet und die nun doch, wenn auch nur leise vorhandenen Anknüpfungspunkte in der Verfassung nach dieser Seite hin in die Hand genommen und entwickelt worden wären.

Doch das gehört nicht mehr in unsere geschichtliche Darstellung der Kirchenverfassung. Möchte die der Schwesterkirche hier gebotene, bescheidene Gabe anregen, dem geschichtlich Gewordenen in der Verfassung der heimischen Kirche durch eine Vertiefung in das Wesen evangelischer Kirchenverfassung zu lebensvoller Fortentwicklung auf dem heiligen Grunde, der auch für sie in Christus gelegt ist, zu verhelfen.

Namensverzeichnis.

A.

Abelung, Friedr. v., Wirkl. Staats-
rat 300.
Aberlaß, Immanuel v., Koll.-Rat 275.
Agricola, Michaelis, Bischof 92.
Albrecht von Brandenburg 58.
Alexander I., Kaiser 229. 281. 304.
Ammon, Friedrich v., Oberhofprediger
291.
Anderson, Jöns, Bischof 87.
Anderson, Lorenz, Archidiaconus 87.
Anna, Kaiserin 162. 172.
Araktschejev, Alexei, Graf 304. 306.

B.

Barnsley, Anna 11.
Bathory, Stefan, von Polen 79.
Battus, Jakob, Superintendent 71.
Baumann, General 16. 26.
Beer, Martin, Pastor 8.
Behmer, v., Vizopräsident 160.
Berg, Karl, Generalsuperintendent
310.
Bisram, Kanzler 310.
Bludow, Dmitrij, Staatssekretär 307.
Blumentrost, Laurentius Dr. 20. 27.
Bodhorn, Christian, Pastor 8.

Böttiger, Karl, Pastor 287.
Bomhouwer, Antonius 55.
Bradel, Timan, Pastor 7.
Brever, Johann, Superintendent 160.
Brevern, Hermann v. 160.
Brißmann, Johann 56.
Brochmann, Bischof 152.
Brochusen, Christian, Propst 311.
Bruiningk, Heinrich, Generalsuper-
intendent 142.
Bubberg, Karl, Freiherr 278.
Bughagen, Johann 53.
Büßing, Anton, Pastor 166.
Busse, Heinrich, Pastor 221. 260.
Buxhöwden, Albert 45. 50.
Buxhöwden, Friedrich, Graf 220. 228.

C.

Cabrit, v., Hofrat 160.
Calixt, Georg, Professor 27.
Calov, Abraham, Professor 38.
Campenhausen, H. v., Landrat 278.
310. 313.
Chancellor, Richard 6.
Christian III. von Dänemark 3.
Christian IV. von Dänemark 10. 152.
Christine von Schweden 105.

Crupß, Vizeadmiral 31. 177.
 Cygnäus, Zacharias, Bischof 264. 310.

D.

Dubberg, David, Dompropst 92.
 Duräus, John, Pastor 92.

E.

Eberhard, Christian, Pastor 221.
 Eduard VI. von England 6.
 Ehrström, Erich, Propst 310.
 Emme, Geheimer Rat 166.
 Erich von Schweden 76.
 Ernst, Herzog von Altenburg 18.

F.

Feodor Iwanowitsch, Zar 9.
 Fermor, General 166.
 Fessler, Ignaz, Superintendent 282.
 Fid, Heinrich 158.
 Fletcher, Giles 15.
 Friedrich II. von Dänemark 121. 152.
 Friedrich III. von der Pfalz 106.
 Friedrich Wilhelm III. von Preußen
 259.

G.

Galitzin, Alexander, Fürst 253. 306.
 Galitzin, Sergei, Fürst 144.
 Gelbern, Johann v., Bischof 92.
 Gerth, Heinrich, Bischof 151.
 Gezelius, Johann, Bischof 116. 154.
 Godunow, Boris, Zar 10.
 Göbe, Peter v., Roll.-Assessor 265.
 270. 275. 290.
 Golowkin, Großkanzler 30.
 Großkreuz, Michael, Pastor 116.
 Grot, Joachim, Pastor 169.
 Gustav Adolf von Schweden 86. 91.
 93. 99. 104.
 Gustav I. Wasa von Schweden 88.

H.

Hablig, Karl v., Geheimer Rat 275.
 Haffe, Zacharias, Pastor 62.
 Haffner, Jakob, General-Gouverneur
 117. 124.
 Herder, Friedrich v. 221.
 Hougberg, Isaaß, Senior 219.
 Hunnius, Agibius, Professor 97.

I.

Ihering, Joachim, Bischof 93.
 Innocenz III., Papst 45.
 Johann III. von Schweden 90.
 Johann Friedrich, Kurfürst 70.
 Jungen, Alexander, Pastor 28.
 Iwan der Schreckliche, Zar 5. 8.

K.

Karl IX. von Schweden 91. 111.
 Karl X. von Schweden 106.
 Karl XI. von Schweden 106. 110. 113.
 Karl XII. von Schweden 130.
 Kasimir III. von Polen 80.
 Kasimir, Pfalzgraf 111.
 Katharina II., Kaiserin 172. 281.
 Knoplen, Andreas, Pastor 53. 55. 69.
 Knüpfner, Arnold, Pastor 290.
 Korff, Heinrich, Baron 227. 257.
 Koschelew, Alexander, Titulärrat 311.
 313.
 Kotschubei, Graf 220.
 Kuhlmann, Quirinus 27.

L.

Lange, Johann, Pastor 62.
 Lapuchin, Fürst 220. 230.
 Lasco, Johannes a, 78. 280.
 Lee, Francis, Pastor 158.
 Lenz, Gottlieb, Professor 310.
 Lerche, Gustav v., Staatsrat 311.
 Leyser, Polylarp, Professor 97.

Lieben, Karl, Graf (Fürst) 262. 266. 307.

Liliehöft, Freiherr v. 115.

Lindskold, Hofkanzler 115.

Löwenwolde, General-Bevollmächtigter 143.

Lohmüller, Johann, Magister 69.

Luther, Martin 1. 54. 89.

M.

Magnus, Herzog von Holstein 8. 152.

Marlow, Heinrich, Pastor 62.

Masing, Otto, Propst 278.

Matthä, Johann, Hosprediger 92. 105.

Maybell, Baron, Landrat 310. 313.

Mayer, Christian, Oberpastor 290.

Meinhart, Mönch 44.

Mellin, Ludwig, Graf 278.

Meschtscherski, Fürst 256.

Michaelis, Philipp, Pastor 28.

Michail Fedorowitsch, Zar 11.

Missenheim, Johann 4.

Moller, Pastor 53.

Münchhausen, Johann, Bischof 152.

Münnich, Feldmarschall 166.

Muralt, Johann v., Pastor 256. 286.

N.

Neumann, Johann, Professor 314.

Nikon, Patriarch 14.

O.

Orensjerna, Axel, Kanzler 94.

P.

Pattul, General-Kommissar 171.

Paul, Kaiser 229.

Paulucci, Marquis 299. 301.

Pelargus, Christoph, Professor 84.

Penzelius, Propst 221.

Pesarovius, Pomian, Staatsrat 260. 262. 269.

Peter der Große 29. 43. 133. 140. 171.

Peterson, Lorenz, Erzbischof 89.

Peterson, Olaf, Pastor 88.

Plettenberg, Walthar v. 51.

Polenz, Georg, Bischof 58.

Popow, Staatsrat 256.

Possevin, Anton, Jesuit 9. 79.

Q.

Queis, Erhard, Bischof 58.

R.

Radjiwil, Nikolai, Fürst 78. 280.

Radjiwil, Statthalter 80.

Reinholm, Staatsrat 282.

Rham, Nikolai, Pastor 53.

Rhan, Peter, Pastor 20. 26.

Rheinbott, Friedrich, Pastor 308.

Rheinbott, Thomas, Propst 227. 230.

Richter, Johann, Konsistorialrat 290. 310.

Ritschl, Georg, Bischof 311.

Rohsta, Johann 8.

Rosenkranz, Oliger v. 152.

Roth, Philipp v., Propst 221.

Rubbed, Johann, Bischof 93. 100. 149.

S.

Sahlfeld, Georg, Procureur 222. 236.

Samson, Hermann, Superintendent 96.

Schaffirow, Bizetanzler 30.

Schischlow, Alexander, Admiral 300. 307.

Sherwood, Lieutenant 304.

Sigismund, August von Polen 77.

Sigismund von Polen 91.

Stytte, Johann, Minister 100.
 Snetlage, Kaufmann 163.
 Sonntag, Karl, Generalsuperintendent
 221. 227. 234. 248. 278. 290. 302.
 Svebilus, Olaf, Erzbischof 114.
 Sverdsjö, Johann, Oberpastor 221.

I.

Tegetmeier, Sylvester, Pastor 53. 57.
 69. 72.
 Tiedemann, Paul, Oberpastor 290.
 Tiefenhausen, Graf 309. 313.
 Tole, Humphry, Pastor 9.
 Turgenieff, Alexander, Staatsrat 256.
 263.

II.

Ulmann, Karl, Bischof 337.

B.

Bagetius, Barthold, Pastor 29. 30.
 37. 39.
 Boderott, Johann, Pastor 16.
 Bolborth, Friedrich, Pastor 308.

B.

Bahl, Konsistorialrat 221.
 Barnede, Bürgermeister 146.
 Behrt, Karl, Pastor 221.
 Wettermann, Johann, Pastor 7.
 Wilpert, Christian, Propst 221.
 Wolff, Siegmund, Reichsfreiherr
 158.

B.

Zamoiski, Jan, Großkanzler 79.

Beiträge
zur
Geschichte der evangelischen Kirche
in Rußland

von
Germann Dalton.

II.
Urkundenbuch der evangelisch-reformirten Kirche in Rußland.



Gotha.
Friedrich Andreas Bertges.
1889.

2

Urkundenbuch
der
evangelisch-reformirten Kirche
in Rußland

von
D. Hermann Dalton.



Gotha.
Friedrich Andreas Berthes.
1889.

~~~~~  
**Alle Rechte vorbehalten.**  
~~~~~


Dem
Minister Staatssekretär des Großfürstentums Finnland
Wirkl. Beheimrat
Baron Theodor v. Bruun,
Vorsitzenden des Generalkonsistoriums
und dem
Beheimrat Basil v. Reutern,
Vorsitzenden des Petersburger Konsistoriums,
den treubewährten Freunden,
zugleich den der reformirten Schwesterkirche
wohlgesinnten Männern
in herzlicher Liebe.

Vorrede.

Der vor Jahresfrist erschienenen „Verfassungsgeschichte der evangelisch-lutherischen Kirche in Rußland“ reiht sich nun ein weiterer Band der in Aussicht genommenen „Beiträge zur Geschichte der evangelischen Kirche in Rußland“ an: das Urkundenbuch der evangelisch-reformirten Kirche in Rußland. Auch ein innerer Zusammenhang verbindet die beiden aufeinanderfolgenden Hefte. Volle Einsicht und richtiges Verständniß der auf die reformirte Kirche hiezulande bezüglichen staatlichen Verordnungen konnte nur gewonnen werden nach Klarlegung der Verfassungsgeschichte der lutherischen Kirche. Der damit der Untersuchung gewiesene Umweg war nicht vergeblich. Nicht nur, daß er erwünschten Anlaß und Gelegenheit bot, den Amtsgenossen in der Schwesterkirche ein Studienblatt aus der fesselnden Lebensführung zu zeichnen, die der Herr der Kirche diesem Theil seiner Gemeinde zugewiesen; ein solcher Weg kann nicht zurückgelegt werden ohne reichen Gewinn für die eigne, innere Entwicklung, ohne regen und dauernden Ansporn, in der herzlichen Liebe zur evangelischen Kirche zu wachsen.

Eine Sammlung der auf die reformirte Kirche in Rußland bezüglichen Verordnungen war dringend geboten. Befremdlicherweise fehlten dafür auch bescheidene Vorarbeiten. Die üblen Folgen solcher Versäumnis liegen zutage; sie machten sich im Einzelfall nicht selten peinlich bemerkbar. Eine Unsicherheit, ein Schwanken in der Beurteilung und Entscheidung vorliegender Rechtsfachen konnte nicht ausbleiben; daß die nachtheiligen Wirkungen nicht schärfer hervortraten, danken die reformirten Gemeinden des Reiches zum Theil ihrer geringen Zahl und daß — von Litaunen und Polen mit ihren viel günstigeren Verhältnissen abgesehen —

mit Ausnahme des Verwaltungsgebietes der Petersburger Reformirten Sitzung des Konsistoriums sich die Thätigkeit der einzelnen Reformirten Sitzungen auf die eine, verhältnismäßig kleine und im ganzen selbständig geordnete Gemeinde an Ort und Stelle (Moskau, Mitau, Riga) beschränkt.

Eine engere Umgrenzung der Aufgabe hätte eine merkwürdige Erleichterung der Arbeit geboten; nur wäre sie dem, der sie nun einmal übernommen, in dieser ihrer dürftigeren Gestalt eine unerträgliche und damit unausführbare gewesen. Es ist schwer, gegen die Natur anzugehen. Der bloße Abdruck, meinetwegen auch in einer leidlichen Übersetzung, der augenblicklich für die reformirten Gemeinden in Rußland gültigen Verordnungen würde wohl dem vorhandenen Bedürfnis notdürftiges Genüge geleistet, dem eignen Wissensdrang aber keine Befriedigung geboten haben. Die konnte nur durch eine eingehende geschichtliche Untersuchung gewonnen werden, daß alle seit Peter dem Großen der reformirten Kirche gebotenen Verordnungen gesammelt, in ihrem Zusammenhang, so weit ein solcher ersichtlich, klargelegt und auch, wo dies noch möglich, über die Entstehung der einzelnen Verordnungen Licht und Aufklärung geboten würde.

Um diesen fesselnden Aufgaben gerecht werden zu können, galt es zunächst die mehr wie hundert Folioebände der „vollständigen Gesetzesammlung“ zu durchstöbern. Wen sein Weg in dieses Dickicht geführt, kennt die Mühsal. Undurchdringbar würde der Gang dem Pastor geblieben sein, ohne die nicht genug zu rühmende treue und dankenswerte Mithilfe des unermüdblichen Pfadfinders und Dolmetschers, Herrn v. Neutern, dem die Durchforschung dieser Gesetzesammlung seit Jahrzehnten zur Lebensaufgabe geworden. Diese für Rußland überreiche Fundgrube versagt ihre Hilfe für Polen und Littauen. Da galt es andere Quellen ausfindig machen, oft recht entlegene. Nicht jeder Fund aus vergangener Zeit konnte aufgenommen werden. Es galt zu sichten, das Minderwertige auszuscheiden

von dem, was auf bleibenden Gehalt Anspruch erheben kann. Ob bei der Auswahl allemal das Richtige getroffen, darüber steht mir das Urtheil nicht zu. Eine sorgsame Nachlese wird manche Bestimmung noch finden, die die Einzelgemeinde für lokale Bedürfnisse sehr gut verwerten kann; dazu Anstoß und Fingerzeig zu geben, liegt auch in der Aufgabe dieses „Beitrages“. Nur in einzelnen Fällen bot die „vollständige Gesetzesammlung“ Licht und Hinweis, dem Ursprung einer Verordnung und ihrer Begründung nachzuspüren; der Kundige wird finden, daß jeder derartige Wink ausgenutzt wurde. In noch mehr Fällen konnten die eignen, wertvollen Quellsammlungen, die unter günstigem Geschick und in jahrelangem Bemühen erworben wurden und bereits der Verfassungsgeschichte zugute kommen, erwünschten Aufschluß bieten.

Was in solcher Weise gefunden, ist in den Anmerkungen zu den einzelnen Verordnungen niedergelegt. Diese Erläuterungen sind mit steter Rücksichtnahme auf die Leser abgefaßt, für welche in erster Linie das Büchlein geschrieben, die Kirchenältesten der einzelnen reformirten Gemeinden, die nach der ursprünglichen Verfassung unserer Kirche und auch nach dem von der Regierung, dieser Verfassung entsprechend, gewährleisteten Rechte berufen sind, einen so wesentlichen Anteil an der selbständigen Leitung der Gemeinde, der Kirche zu nehmen. Um ihretwillen sind den Verordnungen in diesem Buche die Bekenntnisse beigefügt. Denen ein so bedeutsamer Teil in der Kirchenverwaltung eingeräumt ist, von denen muß ein eingehendes Verständnis, eine herzliche Übereinstimmung des Glaubens gefordert werden, in welchem diese auf Gottes Wort reformirte Kirche den festen Grund ihres Rechtes und ihres Bestandes besitzt. Solch' heilige Pflicht ist die Voraussetzung des zugestandenen Rechtes. Wahre Freiheit entspringt nie der Willkür und gesellt sich ihr nicht zu; sie erweist sich in der ernstesten, mannhaften Gebundenheit unter den, der allein frei macht, Jesus, der Christ und Sohn Gottes. Wir fordern von denen, welchen die Mitarbeit am Aufbau

der Gemeinde in so hervorragender Weise anvertraut ist, daß sie in dem Glauben und Bekenntnis dieser Kirche als deren Herzschlag und Lebensodem wohl begründet sind. In solcher Festwurzelung den einzelnen zu fördern, dazu will der zweite Teil dieses Büchleins Handreichung bieten. Ein paar einleitende Worte über die vier Bekenntnisse, welche in den verschiedenen Gemeinden der reformirten Kirche in Rußland Geltung haben, schien um dieser Leser willen ratsam und förderlich. Eine genauere Auslegung und auch Rechtfertigung der einzelnen Bekenntnisse in der Gegenwart lag außerhalb der gezogenen Grenze. Wir haben den großen Gewinn, daß eins dieser Bekenntnisbücher, der Heidelberger Katechismus, dem Konfirmandenunterricht zugrunde liegt und damit denen in empfänglicher Jugendzeit aus Herz geliebt wird, deren Treue und Liebe zur Gemeinde ihnen dereinst als Männern das Ehrenamt eines Kirchenältesten gewährt. Ihnen ist der Inhalt nicht fremd; sie werden dann in den Mannesjahren zum Segen der Gemeinde ein Bekenntnis bewähren, das sie als Jünglinge erkennen und glauben gelernt.

Die Bezeichnung eines Urkundenbuches dürfte von denen beanstandet werden, die dem Worte nur die Verwendung einräumen wollen, welche in der letzten Zeit wissenschaftlich ihm zugewiesen wurde. Enthielte das Büchlein nur die Verordnungen oder nur die Bekenntnisse, so wäre in diesen Sondernamen auch die zutreffendere Bezeichnung gefunden; ihre Vereinigung in einem Hefte mag die knappe gemeinsame Bezeichnung rechtfertigen. Beide Teile bieten Urkunden für diese Kirche als eine reformirte und als solche in Rußland zu Recht bestehend. Möchte die Zusammenstellung dieser Urkunden dazu beitragen, das Leben der Kirche im Reiche zu stärken und den Aufbau und Bestand dieser auf Gottes Wort reformirten Gemeinden zu fördern.

Staroschilowka bei Petersburg, 8. VIII. 1888.

Inhaltsverzeichnis.

L

Seite

Verordnungen.

Überblick des Kirchenwesens der reformirten Kirche im Innern des Reiches und in Litauen und Polen	3
---	---

1) Allgemeine Verordnungen.

I. Paß der Zulassung flüchtiger Hugenotten in Rußland (1689)	15
II. Manifest Peter des Großen über die Berufung von Ausländern nach Rußland mit dem Versprechen freier Religionsübung (1702)	21
III. Allerhöchste Entscheidung, die Durchsicht und Beschlußfassung der geistlichen Angelegenheiten der Evangelischen im Innern des Reiches dem Justizkolleg zu überweisen (1734) . . .	28
IV. Manifest der Kaiserin Anna über Gestattung freier Religionsübung aller christlichen Glaubensbekenntnisse (1735) . . .	31
V. Allerhöchster Ulaß inbetreff Bildung eines evangelischen Reichs-Generalkonsistoriums (1819)	33
VI. Namentlicher Ulaß inbetreff Bildung einer reformirten Sitzung beim Justizkolleg (1828)	37
VII. Allerhöchst bestätigte Vorstellung inbetreff der Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten reformirter Gemeinden (1830)	39
VIII. Allerhöchst bestätigter Beschluß des Ministerkomites über die Ordnung und Verwaltung der Angelegenheiten der reformirten Gemeinden in Petersburg, Moskau, Riga und Mitau (1834)	46
IX. Namentlicher Ulaß inbetreff von ausländischen Kandidaten, welche Pastorenstellen in Rußland suchen (1842) . . .	48
X. Allgemein gültige Verordnungen für die Christen fremder Konfessionen sowie die Andersgläubigen in Rußland, zumeist inbetreff ihres Verhaltens gegenüber der Staatskirche . .	50

	Seite
XI. Allgemein gültige Verordnungen für die fremdländischen Konfessionen inbetreff der Tudentaufen	56
XII. Fortsetzung allgemein gültiger Verordnungen für die fremdländischen Konfessionen	61
XIII. Verordnung inbetreff der Verrichtung von Amtshandlungen reformirter Geistlicher an Lutheranern-und umgekehrt . .	63
XIV. Verordnung inbetreff des Übertrittes zur lutherischen Kirche	64
XV. Allgemeine Bestimmungen über die Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten der ev.-reformirten Gemeinden . .	68
2) Verordnungen auf die reformirten Gemeinden in Petersburg bezüglich.	
XVI. Manifest zur Wiederherstellung des Einklanges zwischen den Gliedern der reformirten Kirche französischer und deutscher Nation (1778)	75
XVII. Weitere desbezügliche Anordnung (1797)	79
XVIII. Erlaß inbetreff Trennung der französischen und deutschen Gemeinde (1858)	82
XIX. Die Verwaltung geistlicher Angelegenheiten der St. Petersburger evangelisch-reformirten Gemeinden	87
XX. Note inbetreff Umgestaltung der holländischen Kirche zu einer Gesandtschaftskapelle (1842)	90
XXI. Bestätigung der Reformirten Kirchenschule (1818) . . .	94
XXII. Verleihung der Gymnasialrechte an die Reformirte Kirchenschule (1864)	102
3) Verordnung auf die reformirte Gemeinde in Moskau bezüglich.	
XXIII. Die Verwaltung geistlicher Angelegenheiten der Moskauer ev.-reformirten Gemeinde	105
4) Verordnungen auf die reformirte Gemeinde in Mitau bezüglich.	
XXIV. Stiftungsurkunde der Gemeinde von Herzog Ferdinand (1701) nebst Bestätigung derselben durch den König von Polen (1701) und Erneuerung derselben von Herzog Johann (1739)	109
XXV. Auszug aus dem „Traktat ewigen Friedens“, auf die Reformirten Aurlands bezüglich (1768)	117
XXVI. Urkunde inbetreff der bei Einverleibung Aurlands ins russische Reich feierlich zugestandenen freien Religionsübung (1795)	119
XXVII. Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten der Mitauer ev.-reformirten Gemeinde	121

	Seite
5) Verordnungen auf die reformirte Gemeinde in Riga bezüglich.	
XXVIII. Stiftungsurkunde der Gemeinde (1722)	122
XXIX. Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten der Rigaer ev.= reformirten Gemeinde	126
6) Verordnungen auf die reformirten Gemeinden im Süden Rußlands bezüglich.	
XXX. Erlaß Alexanders I. inbetreff Ansiedlung von Ausländern im Süden (1804)	127
XXXI. Stiftungsurkunde der reformirten Gemeinde in Obeffa (1843)	131
XXXII. Stiftungsurkunde der reformirten Gemeinde in Koberbach= Worms (1858)	133
XXXIII. Stiftungsurkunde der reformirten Gemeinde in Neuborf, Glücksthal, Raffel (1861)	139
7) Verordnung auf die reformirten Gemeinden an der Wolga bezüglich.	
XXXIV. Manifest der Kaiserin Katharina II. inbetreff der Ein= wanderung von Ausländern in Rußland und der ihnen verliehenen Rechte (1763)	143
8) Verordnungen auf die reformirte (evangelische) Gemeinde in Archangel bezüglich.	
XXXV. Kamentlicher Ukas des Kaisers Alexander I. inbetreff Ver= einigung der lutherischen und reformirten Kirche in Ruß= land (1818), nebst Vereinigungsakte der beiden protestan= tischen Gemeinden in Archangel (1817)	152
XXXVI. Über die Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten der evangelischen Gemeinde zu Archangel	159
9) Verordnung auf die (eingegangne) reformirte Gemeinde in Reval bezüglich.	
XXXVII. Stiftungsurkunde der Revaler reformirten Gemeinde . .	168
10) Verordnungen auf die reformirte Kirche in Litauen bezüglich.	
XXXVIII. Privileg von Sigismund August inbetreff Verleihung staat= licher Rechte an die Nichtkatholiken (1563)	170
XXXIX. Gründung von sechs Freistellen an der Dorpater Hochschule für Reformirte (1823)	176
XL. Senatsulas inbetreff Schutz des kirchlichen Eigentums (1827)	181
XLI. Senatsulas über Anerkennung des Wilnaschen reformirten Kollegs (1831)	186

	Seite
XLII. Überführung zweier Freistellen von der Dorpater Hochschule an die zu St. Petersburg (1838)	188
XLIII. Umbenennung des litauisch ev.-reformirten Synods in den Wilnaschen (1840)	189
XLIV. Über die Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten der ev.-reformirten Gemeinden in Littauen	190
XLV. Stiftungsurkunde der Schule in Sluzl (1630)	195
XLVI. Umgestaltung der Schule in Sluzl (1868)	199
 11) Verordnungen auf die reformirte Kirche in Polen bezüglich.	
XLVII. Auszug aus dem Friedensakt zu Warschau (pax dissidentium) 1573	206
XLVIII. Auszug aus dem „Friedenstraktat zu Oliva“ (Instrumentum pacis Oliuensis) 1660	210
XLIX. Auszug aus dem „Traktat ewigen Friedens“ 1768.	212
L. Unionsakte von Sielec 1777	226
LI. Gründungsurkunde eines evangelischen Generalkonfistoriums in Warschau 1828	238
LII. Gründungsurkunde des ev.-reformirten Synods in Polen nebst Vorschrift über die Verwaltung der ev.-reformirten Kirche im Königreich Polen 1849	245

II.

Bekennnisse.

Allgemeines	260
I. Der Heidelberger Katechismus	280
1. Von des Menschen Elend	281
2. Von des Menschen Erlösung	282
a) Von Gott dem Vater	284
b) Von Gott dem Sohne	285
c) Von Gott dem heiligen Geiste	289
d) Von den heiligen Sakramenten	292
e) Von der heiligen Taufe	292
f) Vom heiligen Abendmahl	294
3. Von der Dankbarkeit	298
a) Die zehn Gebote	299
b) Vom Gebet	304
II. Die zweite helvetische Konfession	308
1. Von der Heiligen Schrift, dem wahren Worte Gottes	308
2. Von der Auslegung der Heiligen Schrift, den Kirchenvätern, Kirchenversammlungen und Überlieferungen	310
3. Von Gott, seiner Einheit und Dreieinigkeit	312

	Seite
4. Von den Abbildungen Gottes	314
5. Von der Anbetung Gottes durch Jesum Christum . .	316
6. Von der Vorsehung Gottes	318
7. Von der Erschaffung, den Engeln, dem Teufel, dem Men- schen	320
8. Vom Fall des Menschen und von der Sünde	321
9. Von dem freien Willen und den Kräften des Menschen	324
10. Von der göttlichen Vorbestimmung und Erwählung der Heiligen	327
11. Von Jesu Christo, dem wahren Gott und Menschen. .	330
12. Vom Gesetze Gottes	335
13. Vom Evangelium Jesu Christi und den Verheißungen .	337
14. Von der Buße und Belehrung des Menschen	340
15. Von der wahren Rechtfertigung der Gläubigen . . .	344
16. Von dem Glauben und den guten Werken	347
17. Von der allgemeinen und heiligen Kirche	351
18. Von den Dienern der Kirche und ihren Pflichten . . .	359
19. Von den Sakramenten	368
20. Von der heiligen Taufe	373
21. Von dem heiligen Abendmahl	376
22. Von den religiösen und kirchlichen Versammlungen . .	381
23. Von den Kirchengebeten und dem Gesang	388
24. Von Feiertagen und Fasten	384
25. Von dem Jugendunterricht und Krankenbesuch	387
26. Von Begräbniß, Fegfeuer und Geistererscheinung . . .	388
27. Von äußeren Gebräuchen, Zeremonieen und Mittelbdingen	390
28. Von den Gütern der Kirche	391
29. Von ehelosem Stande, der Ehe und dem Hauswesen .	392
30. Von der Obrigkeit	304
III. Das Glaubensbekenntnis der französisch-refor- mirten Kirche	396
IV. Der Vergleich von Genodomir	411

I.
Verordnungen.

Ein Zwiefaches drängt sich uns auf, wenn wir einen Blick auf die folgende Sammlung von Verordnungen werfen, die sich auf die Stellung und das Verhältniß der reformirten Kirche in Rußland zum Staate beziehen. Einmal: die lange Reihenfolge der einzelnen Erlasse gewährt in ihrem Gesamtinhalt kein alle Gebiete kirchlichen Lebens umfassendes, in sich abgeschlossenes Gesetz, zeigt kein Verfassungsbild, das die Kirche planmäßig nach allen Seiten hin gegenüber dem Staate und in der eignen Mitte ordnete. Dem reiht sich als zweiter Eindruck an, daß sich die verschiedenen reformirten Gemeinden leicht in zwei oder drei Gruppen zusammenfassen lassen, hier die paar im Innern des Reiches zerstreuten reformirten Gemeinden mit ihren besonderen Sitzungen, die sich an die entsprechenden lutherischen Konsistorien anlehnen, dort in Littauen und Polen kleine, wohlgeordnete Synodalverbände, welche reformirtem Kirchenverfassungswesen klaren und schönen Ausdruck verleihen und auch einst dem russischen Staatsmanne, dessen mächtigen Einfluß während des dritten und vierten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts die folgenden Blätter an mehr wie einer Stelle zeigen, bewundernde Anerkennung abgenötigt, daß er sie nicht anzutasten wagte oder auch nicht willens war.

Diese beiden Gruppen, die reformirten Gemeinden im Innern des Reiches und die in Littauen und Polen, beanspruchen gesonderte Behandlung, wenn wir dem Abdruck unsrer Urkunden hier ein paar allgemeine Bemerkungen vorausschicken.

I. Die reformirten Gemeinden im Innern des Reiches.

Die nachfolgende Sammlung umfaßt in dieser Abteilung die reformirten Gemeinden in Petersburg, Moskau, Mitau, Riga, Odessa, die reformirten Kolonien Rohrbach, Neudorf, Chabag im Süden von Rußland, Norka, Ustjolicza und Soloilaramysch an der Wolga nebst den zu diesen Kirchdörfern gehörenden Filialen. Im Anschluß an die „Geschichte der reformirten Kirche in Rußland“ (kirchenhistorische Studie von H. Dalton, Gotha 1865) erstreckt sich die Sammlung auch noch auf die bereits wieder eingegangene reformirte Gemeinde in Reval und auf die Gemeinde in Archangel, welche in Ausführung des kaiserlichen Erlasses von 1818 — allein unter allen Gemeinden in Rußland — mit ihrer lutherischen Schwester-gemeinde daselbst sich zu einer unirten zusammengeschlossen hat.

Wenn auch nur innerhalb des europäischen Rußlandes, liegen diese paar Gemeinden dennoch so weit auseinander, daß an einen gemeinsamen kirchlichen Verband nicht gedacht werden kann. Persönliche Fühlung, vereinte Arbeit in Synoden erweisen sich unter solchen Verhältnissen als unausführbar. Der dies schreibt, ist bis jetzt der einzige gewesen, welcher alle diese Gemeinden aus eigenem Augenschein hat kennen gelernt; eine mühsam erworbene, oft nur einmalige Kenntnisaufnahme genügt aber nicht zu einem ständigen inneren Verkehr, zu einem gemeinschaftlichen, kirchlichen Leben. Die geringe Zahl der Gemeinden, die geringe Zahl auch ihrer Glieder (es mögen deren mit Einschluß der Glaubensgenossen in Litaun und Polen etwas über 80 000 Seelen sein) hat vielleicht dazu beigetragen, sie in ihrem besonderen Kirchenwesen unbehelligter zu lassen als die Schwesterkirche, die mit vier Millionen Glieder auf den Plan rückt, stellenweise in geschlossener Zahl ganzer Provinzen, und die mit solch stattlicher, wohlgeordneter Vertretung zu einer eingehenderen, sorgsameren Absteckung der Grenzgebiete gegenüber dem Staate herausfordert. Seit den Tagen der Reformation hat diese Kirche der weltlichen Obrigkeit eine viel größere Macht der Dreinsprache bei Leitung ihres Wesens eingeräumt, welches ausdrücklich von der Kirche dem Staate zugestandene Recht unter einem Karl XI. von Schweden, der bekanntlich der lutherischen Kirche von Est- und Livland ihre Verfassung aufgenötigt, zu einer

unumschränkten Machtvollkommenheit des Staatsoberhauptes über die Kirche ausgeartet war. Ein zwiefach schwer lastendes Verhängnis, wenn im Gange der Geschichte dieses Staatsoberhaupt nicht der Kirche angehört, über welche ihm diese Macht eingeräumt ist.

Zur treuen Bewahrung größerer Selbständigkeit der reformirten Gemeinden hat gewiß in erster Linie ihre geringe Vertretung in Rußland wesentlich beigetragen. Es wäre aber ungerecht, wollten wir nicht dankend anerkennen, daß von Peter dem Großen an in langer Reihenfolge der Regenten und Behörden mit der zugesagten Duldung der evangelischen Glaubensbekenntnisse uns gegenüber Ernst gemacht und mehr wie einmal in zarter Schonung Belege geboten wurden, daß die Regierung nicht willens sei, die den Reformirten des Landes zugestandenen Rechte anzutasten oder antasten zu lassen. Die Bildung selbständiger reformirter Gemeinden im Süden wurde zugestanden, sobald sich ein paar Kolonisten in ihrem Glauben bedrängt fühlten. Als Einzelne an der Wolga an der dort vorgeschriebenen und auch in den reformirten Gemeinden eingeführten Kirchenagende Änderungen im Sinne ihrer Kirche machten, verwies der Minister solches Vorgehen nicht als unstatthaft, sondern beauftragte die drei reformirten Prediger in Petersburg, „wünschend, so viel als möglich mich zu überzeugen, daß diese Veränderungen nichts den Gesetzen der reformirten Kirche Widriges enthalten und indem ich demnach inbetracht ziehe, daß sich in der reformirten Sitzung des Petersburger Konsistoriums eine im Vergleich zu den anderen Konsistorien größere Anzahl zu verschiedenen Nationen gehörender Mitglieder reformirter Konfession befindet“, genau zu prüfen, ob diese Änderungen im Sinne und Geist der reformirten Kirche geschehen seien (vgl. „Geschichte“ S. 236).“

Die weiten Entfernungen, welche die einzelnen reformirten Gemeinden des Landes trennen und einen innigen Synodalverband unmöglich machen, dazu die Wahrung reformirten Gemeindelebens, welches die Regierung bis dahin treu beobachtet, hat diesen Gemeinden ein Gepräge verliehen, ähnlich dem der kongregationalistischen Gemeinden in England und Amerika. Die einzelnen Gemeinden leben gesondert für sich; die innere Verwaltung ihres Kirchenwesens ist ihnen selbständig überlassen; die paar Verordnungen, die der einen oder der anderen Gemeinde nach dieser Seite

hin meist in Anlaß zufälliger Ereignisse in dem Leben der Einzelgemeinden gegeben wurden, sind rein äußerer Natur und greifen das Wesen einer reformirten Gemeinde nicht an. Wir verhehlen uns nicht die Schattenseiten des Kongregationalismus, die Gefahren, welche mit ihm verbunden sind. Aber wir wüßten unter den gegebenen hiesigen Verhältnissen keine dem reformirten Gemeinwesen entsprechendere Verfassungsform, wenn nur die Mittel, den entstehenden Gefahren vorzubeugen, von denen, welchen die Leitung der einzelnen Gemeinden anvertraut ist, mit treuer, allzeit reger Wachsamkeit in Anwendung bleiben. Die größte Gefahr entspringt aus der Vereinsamung, in welcher der Glaube und das Leben der Gemeinde in wechselnder Zeitströmung zu versiechen droht. Vor solcher Vereinsamung kann eine Anlehnung an irgend ein Kirchenwesen der alten Heimat nicht schützen, einfach deshalb nicht, weil dieselbe durch den Staat untersagt ist. Aber der andere gewichtige Schutz bleibt unverwehrt, um so inniger und treuer sich an das Bekenntnis der Kirche anzuschließen und aus der festen, lebendigen Anhänglichkeit an dasselbe die Kraft zu schöpfen, die auch dem vereinsamten Glied je und je das starke Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit dem beseelten Organismus der evangelischen Kirche einflößt. Wir hier in der Diaspora bedürfen in noch viel höherem Grade dieses Schutzes, als die Heimgebiete der evangelischen Kirche selbst.

Das Band, welches uns mit unserer lutherischen Schwesterkirche hierzulande von den ersten Tagen an, da Protestanten im Reiche sich ansiedelten, verknüpft, ist auch in der Verfassung nicht völlig gelöst worden. Einen Augenblick nur, kurz und flüchtig vorüber-eilend wie ein Morgentraum, war dies Band ein so inniges, daß die Sonderbezeichnungen dahinsielen und nur der gemeinsame Name einer evangelischen Kirche in Rußland beibehalten werden sollte. Die „Verfassungsgeschichte“ erzählt, wie es so bald anders geworden und die lutherische Kirche des Landes ihr Gesetz mit scharf umrissenem Sondergepräge in Lehre und Verfassung erhielt. Die reformirte Kirche blieb unberührt daneben stehen; offen gestanden nicht zu ihrem Schaden! Sie wäre durch ihre Einfügung in das 1832 ohne ihr Mitraten und Mitthaten entstandene Kirchengesetz für die evangelisch-lutherische Kirche in Rußland an

ihrem Leben und Bestand ernstlich gefährdet worden. Die durch das Gesetz aufgestellte Ordnung von acht Konsistorialbezirken, denen sämtliche lutherische Gemeinden des Reiches (mit Ausnahme von Finnland und Polen) unterstellt sind, ist auch für die reformirten Gemeinden insoweit maßgebend gewesen, als in den Bezirken, in welchen sich reformirte Gemeinden befinden, bei den betreffenden lutherischen Konsistorien sogenannte „reformirte Sitzungen“ eingerichtet wurden. Diese unsere Sammlung zeigt, daß die Wurzeln solcher Einrichtung sich bis in die Zeit der Kaiserin Anna verzweigen und als lebenskräftig genug sich erwiesen, um das „Justizkollegium“ zu überdauern und in die neue Zeit, wenn auch in veränderter Gestalt, herüberzutreten. Ein Teil der Männer, welche das betreffende lutherische Konsistorium bilden, ist auch Glied der reformirten Sitzung: der Vorsitzende, die beiden weltlichen Beisitzer und die gesamte Kanzlei. An die Stelle der ausgeschiedenen drei geistlichen Mitglieder (des stellvertretenden Vorsitzenden und Generalsuperintendenten, sowie der beiden geistlichen Beisitzer) kommt — und das ist bezeichnend und dankenswert als Wahrung reformirten Gemeinwesens — geistliche und weltliche Vertretung, ein oder zwei Geistliche und ebenso viele Kirchenälteste. Mit dieser Zusammenstellung ist in das uns fremde Konsistorialwesen ein Anflug wenigstens wohlthuenden synodalen oder presbyterialen Elements gelangt. Auch schon eine solch leise Rücksichtnahme auf das Sonderwesen genügt, wenigstens seine Berechtigung im Prinzip feierlich anzuerkennen. Tritt das Bedürfnis nach größerer Entfaltung dieses Prinzips gleichzeitig mit der Möglichkeit seiner Verwirklichung irgendeinmal in der Folgezeit zutage, so findet dieselbe in dieser gesetzlich gewährten Einrichtung ihren von altersher staatlich anerkannten Rechtsboden vor.

Diese reformirten Sitzungen bei den örtlichen evangelisch-lutherischen Konsistorien besitzen in den hier folgenden, auf die reformirte Kirche im allgemeinen und auf die einzelnen Gemeinden im besonderen bezüglichen Verordnungen die gesetzliche Richtschnur, ihres Amtes als geistliche Behörde der reformirten Kirche zu walten. Diesen ausdrücklich für diese Kirche gegebenen Erlassen sind beigelegt eine Reihe von Verordnungen, die das Verhalten der nicht zur Staatskirche gehörigen Gemeinden und Gemeindeglieder im russischen

Reiche regeln und festsetzen. Auch in ihrer Zusammenfassung bieten diese beiden Arten von Verordnungen, so scharf sie auch nach gewissen Seiten hin das Leben der „fremden Konfessionen“ eingrenzen, weiten Spielraum, nach bestem Wissen und Gewissen das Gemeindeleben, sowohl nach innen, als auch in der Verwaltung der äußeren Angelegenheiten zu fördern. Die Selbständigkeit der einzelnen Gemeinden ist nicht durch eine Unmasse ins einzelne und kleinliche gehender Regeln und Beaufsichtigungen eingeengt; die Verantwortung derer, denen die Gemeinde die Leitung ihres Kirchenwesens anvertraut, ist eine weitgehende. Gewiß nicht zum Nachteil einer christlichen Gemeinde, die wie der einzelne Christ nur an Kraft gewinnt, wenn man es mit ihr wagt und sie nicht überängstlich am Gängelbände leitet. Freiheit der Bewegung ist ein löstliches Gut, auch nach der Seite hin, daß ihre Gewährung einer Gemeinde die Pflicht gewissenhafter Gebundenheit unter das Gesetz stellt, das Bewußtsein ihrer heiligen Verantwortung vor dem unsichtbaren Haupte der Kirche wach und rege erhält. Wir sind dem Staate zu treuer Dankbarkeit verpflichtet, der uns diese dem Wesen unserer Kirche entsprechende Selbständigkeit duldsamen Geistes in dem gebotenen Umfange eingeräumt hat.

Die der reformirten Kirche des Reiches gegebenen besonderen Gesetze nehmen an ein paar Stellen, die aus den folgenden Urkunden ersichtlich sind, ausdrücklich Bezug auf bestimmt herausgehobene Artikel des lutherischen Kirchengesetzes und unterstellen in diesen Punkten das Verfahren der reformirten Sitzung der in diesen Artikeln gegebenen Verordnung. Es ist dies wichtig und beachtenswert. Denn damit ist die heikle Frage, inwieweit dieses für die evangelisch-lutherischen Gemeinden und demnach auch für die Konsistorien aufgestellte Gesetz maßgebend und verpflichtend für die reformirten Sitzungen sei, klar und bündig gelöst. Maßgebend kann es nur sein in den ausdrücklich von der Obrigkeit als maßgebend betonten Artikeln. Wollte man es allgemein, soweit es nicht die Glaubenslehre der reformirten Kirche berührt, als verpflichtend erklären und aufdrängen, so würde man mit dem klaren Willen der Obrigkeit in schweren Widerspruch geraten. Denn dann hätte es der ausdrücklichen Betonung der hervorgehobenen Punkte nicht bedurft, und zugleich wäre die eingeräumte Ausnahme

inbetreff der Lehre doch nicht das Sondergebiet der Thätigkeit der reformirten Sitzung, da Entscheidungen über diese Fragen dem Kaiser selbst vorbehalten sind.

So wie das Gesetz für die evangelisch-lutherische Kirche in Rußland vorliegt, ist kein einziges seiner zwölf Kapitel unmittelbar in all' seinen Teilen maßgebend für die Rechtspflege der reformirten Sitzungen, auch nicht als verpflichtend für sie von der Obrigkeit aufgestellt. Selbst nicht einmal uneingeschränkt in den Punkten, auf welche wir in den der reformirten Kirche gegebenen Gesetzen gewiesen werden. Auch das vierte Kapitel von der Ehe und in dem fünften Kapitel der fünfte Abschnitt von dem Gerichtsstande der Prediger, sowie das achte Kapitel von dem gerichtlichen Verfahren bei den Konsistorien sind nicht in allen Teilen als unbedingt maßgebend aufgestellt. Denn sonst hätte es z. B. nicht bei gegebenem Anlaß vor einigen Jahren eines besonderen, durch den Reichsrat gegangenen Gesetzes bedurft, in judiciären Sachen auch für die reformirte Kirche das Generalkonsistorium als Appellationsinstanz aufzustellen. Auch bei dieser jüngsten Verfügung ist auf die Sonderart reformirten Kirchenwesens Rücksicht genommen, insofern nicht das Generalkonsistorium in seinem vorgefundenen Bestand als solche Instanz gilt, sondern in dem Einzelfalle bei ihm eine „reformirte Sitzung“ eingerichtet wird, nicht durch einfache Ersetzung der geistlichen Mitglieder mit Geistlichen des reformirten Bekenntnisses, sondern durch eine gemischte Vertretung von Geistlichen und von der Gemeinde abgeordneten Gliedern. In dem Kapitel von der Ehe ist der ganze Abschnitt von den Verlöbnißnissen hinfällig, da von ihnen und ihrer verpflichtenden Wirkung die reformirte Kirche nichts weiß. Was die Obrigkeit in dieser Beziehung alle die Jahrzehnte hindurch in schonender und dankenswerter Scheu vor jedem Eingriff in die Besonderheit eines in dem Reiche zugelassenen christlichen Bekenntnisses als offene Frage behandelt hat, da müssen wir uns, von gleichem, duldsamem Geiste beseelt, wohl hüten gewaltsame Antwort zu geben, vielleicht um deswillen, weil es der leitenden Behörde bequemer ist, für jeden Schritt der Bewegung einen Artikel zu bejagen, wie derselbe reglementsmäßig zu machen ist. Wir müssen uns aber auch anderseits wohl hüten, durch Taktlosigkeit und übelangebrachte Eigen-

willigkeit eine unliebsame Antwort heraufzubeschwören. Es ist nicht gut und gewinnbringend, in Kleinigkeiten trotzig auf seinen Schein zu pochen. In gar manche Geringsfügigkeit kirchlichen Verlehrs und Herkommens kann sich schweigend fügen, wer ernstlich zu werten weiß, welch' hohe Güter er durch solche Bereitschaft in Nebendingen schützt.

Wir sind ausführlich an diesem wichtigen Punkte gewesen. Es lag uns daran und gar sehr am Herzen, was in einer dreißigjährigen Thätigkeit in der reformirten Sitzung und bei eingehenden Studien auf diesem Gebiete an Kenntniß und Erfahrung gewonnen wurde, dies wie ein Vermächtniß mitzuteilen, um so mehr, da hier der erste Versuch gemacht ist, die auf die reformirte Kirche bezüglichen Gesetze zusammenzustellen und es von so hoher Bedeutung ist, diese Zusammenstellung gleichzeitig offen und klar in ihrem rechten Lichte zu erhalten.

II. Die reformirten Kirchen in Littauen und Polen.

Herzliche Teilnahme flößt uns diese Kirche in Littauen und Polen auch in den wenigen Altentstücken der folgenden Sammlung ein. Es liegt auf ihnen nicht nur die anheimelnde Begierung einer langen Vergangenheit, die ihren Träger ehrwürdig macht, sondern auch der ergreifende Schmelz einer drangsalreichen Geschichte. Ein genauer Kenner synodalen Kirchenwesens (Veßler in seiner Geschichte der Presbyterial- und Synodalverfassung, Leiden 1854, S. 153) sagt zutreffend, daß die Presbyterialverfassung von den Tagen der Reformation in allen Landen, wo sie Aufnahme gefunden, unter dem Kreuze gestanden, an solch' geweihter Stätte gewachsen und gediehen sei und zur Stärkung ihrer Gemeinden im Glauben und in der Geduld mitgeholfen. Die reformirte Kirche in Polen und Littauen mit ihrem schmerzreichen Geschick steht wie eine trauernde Witwe im Ringe, die Wahrheit des Wortes zu bethätigen. Durch welche Trübsal und Verfolgung, durch wieviel Leid, Geschrei und Schmerzen hat sie hindurchschreiten müssen, von den Heldenzeiten eines Johannes a Lasco und seines Mitstreiters des Fürsten Nikolaus Radziwil Nigier an, bis herab zu

dem Tage, wo man Polen geteilt und das Volk seine Selbstständigkeit endgültig eingebüßt. Dieser Kirche Urkundenschatz bezeugt ihr tiefes Leiden und zwar in zwiefach verstärkter Weise. Sie war durch und durch mit der ganzen Blut eines Polen national und mußte in erschütternder Weise erkennen, wie innig mit ihrem Geschiede das Geschick des heißgeliebten Vaterlandes verknüpft war, daß jeder Schlag, den römische Jesuitenhände ihr in ausgesuchter, abgefeimter Weise versetzten, mit vermehrter Kraft auf das Heimatland selber fiel, daß, als es mit diesem unter solchen Schlägen in unerbittlichem Geschiede zu Ende gekommen war, sie selber gleichzeitig an dem Grabe ihres einstmaligen reichen Besitzes stand. Das Herz ihrer Kinder, ihrer Gemeinden hatte man ihr abwendig gemacht. Was ihr geblieben, war nur ein kümmerlicher Rest dessen, was sie einst in der Zeit ihrer Blüte besaßen, Trümmerhaufen, unter denen sie klagend dahinwandelte.

Unter den Trümmern war aber unverfehrt geblieben dieser reformirten Kirche Verfassung, ein kostbares Erbe aus der Zeit, als Polen noch so groß war und die besten Männer und edelsten Geschlechter des Landes der evangelischen Kirche angehörten. Die Verfassung hatte auch hier alle Verfolgungen in lebenskräftiger Weise überdauert; sie waltet bis in die Gegenwart hinein ungebeugt ihres schönen Amtes, die Gemeinden zu erbauen und auch in bedrängter, teurer Zeit ihr den Trost festgeschlossenen Gemeindegemeinschafts zu bieten. Gerade die Luchtigkeit solch' wohlbewährter Verfassung erhöht den wehmütigen Eindruck, welchen diese Gemeinden in Littaun und Polen auf den Freund und Zuschauer machen. Eine starke, kostbare Rüstung wohl, aber sie schlottert um die dünner und magerer werdenden, abgehärmten Glieder derer, die sie heute tragen. Zumal in Littaun sind einzelne Gemeinden im Aussterben. Sie würden schon dahingeschwunden sein, wenn nicht die festgefügte Rüstung sie noch hielte und alte Stiftungen ihnen eine kümmerliche Weiterfristung des Daseins bis zu dem Augenblicke gönnten, wo der Pastor das letzte übergebliebene Glied seiner Gemeinde zur Erde bestattet haben wird.

Die beiden Schwesterkirchen in Polen und Littaun — wir finden die Belege dafür auch in den folgenden Urkunden — weisen in ihrer gemeinsamen Presbyterial- und Synodalverfassung leise

noch die Unterschiede auf, die sich früh schon wie zwei Tropfen des gleichen Wesens in den verschiedenen Ländern zeigen. In Litten hat die von Genf ausgegangene, in Frankreich und Schottland zu festen Umrissen gelangte Gemeindeordnung mit ihrem aristokratischen Gepräge von Anfang an Wurzel gefaßt, die bis heute noch triebkräftig ist; im gegenwärtig zu Rußland gehörigen Polen, zum großen Teil das „Kleipolen“ der alten Zeit, hat die von Rastri zunächst in England und Ostfriesland eingeführte Ordnung mit ihrem demokratischen Anstrich durch ihn Eingang gefunden und zwar so nachhaltigen, daß wir auch heute noch auf diese Spuren stoßen. Der litauische Großadel fiel beinahe vollzählig der Reformation zu und zwar mit warmer, thatkräftiger Begeisterung, mit tief-frommer Hingabe an die erkannte und freimachende Wahrheit des Evangeliums. Was uns in Heldengestalten wie die des Fürsten Radziwil so ergreifend anmutet, die fesselnden Züge treten uns, wenn auch abgestuft, bei der Mehrzahl seiner Glaubens- und Standesgenossen entgegen. Diese Männer hatten sich der von Calvin ausgehenden Bewegung in festem Treubund angeschlossen. Auch in betreff der so eng damit verknüpften Kirchenverfassung. Dem Landeskundigen ist dieser Anschluß nicht verwunderlich. Das Sondergepräge calvinischen Kirchenwesens fand verwandten Anklang und starken Rückhalt an den Sitten und Rechten dieser freien Adelsgeschlechter in Litten, an heimischem Wesen, festgewurzelten Landesgewohnheiten. Es sind nur wenige Gebiete bekannt, wo dieses Kirchenwesen so sehr den vorgefundenen Verhältnissen entsprach, so national war, als ob es dem Boden selbst entsprungen wäre. In dieser seiner Kraft lag zugleich der Keim der Schwäche. Die Gemeinde bildete sich aus dem Adel und der Geistlichkeit. Der Bauer war armer Höriger, bis in dessen armselige Hütte und in das Elend seines geknechteten Zustandes das Wort des Evangeliums nicht drang. Man übersah ihn, man vergaß ihn, man ließ ihn unbehelligt und damit unbelehrt und unaufgeklärt auch in religiöser Beziehung in seinen alten Gewohnheiten, in seinem alten, dumpfen Aberglauben. Und damit ward versäumt, der Gemeinde den kräftigen Boden festen Bestandes zu geben. Die Adelsgeschlechter starben aus oder wichen dem Druck jahrzehntelanger Verfolgung; die römische Kirche zog in die leeren

Schlösser ein und fand das Volk als eine widerstandslose Herde vor. Die verhängnisvolle Folge ist nicht ausgeblieben; wir sehen mit nur geringen Ausnahmen die langsam hinsiehenden, aussterbenden Gemeinden in Litauen und auch in der gegenwärtigen Verfassung noch die Spuren des alten, aristokratischen Gepräges.

Anders in dem zu Rußland gehörigen Teile Polens, wie erwähnt, zumeist das alte „Klempolen“, die Heimstätte der letzten, aufreibenden Wirksamkeit des hervorragendsten Polen auf dem Reformationsgebiet. Johannes a Laslo hat in der Kirchenverfassungsfrage selbständige Wege, wenn auch in starker Anlehnung an Calvin, eingeschlagen. Er hat diese Wege in der „Fremdlingsgemeinde“ zu London, in Ostfriesland und von hier aus in weiten Gebieten Deutschlands, die bis zur Stunde die segensreiche Nachwirkung der gebotenen Anregung spüren, erprobt. Nachdem sie da die Probe bestanden, hat er sie glaubensfreudig, hoffnungsvoll in seiner Heimat mit Drangabe seiner letzten Lebenskraft ebenfalls betreten. In seiner Kirchenordnung hat die Gesamtheit der Gemeinde ihre festgeregelte Vertretung; kein bürgerlicher Stand ist als solcher ausgeschlossen im Räte der ganzen Gemeinde; alle diese Unterschiede sind aufgehoben, um Freiheit und Recht des einzelnen Christenmenschen in der evangelischen Gemeinde nicht zu kürzen noch zu schädigen. Selbstverständlich ist die von ihm geordnete und als zu Recht bestehende Gemeinde keine wirre Massenwirtschaft. In ihr baut sich auf eigenem Grund und Boden eine neue, festgefügte Gliederung auf, mit klar und scharf umrissenen Ämtern, mit einer so ernstesten, heiligen Zucht, die sich unerbittlich auf alle Gemeindeglieder bezieht, wie wir sie in solcher Folgerichtigkeit nirgend anderswo antreffen.

Wir können die wenn auch bereits erbleichenden Spuren dieses Sondergepräges durch die Kirchenordnung des reformirten Polens in leisem Unterschiede mit der Schwesterkirche in Litauen bis zum heutigen Tage verfolgen. Die eigentümlichen Verhältnisse der paar übrig gebliebenen Gemeinden kamen solcher Bewahrung der alten Weise fördernd entgegen. Zumal in Warschau mit seiner städtischen Gemeinde und ihren gleichberechtigten Gliedern fand diese Weise Halt und von hier aus Einfluß und Eingang in die anderen, zu eigenem Kirchenwesen verbundenen Gemeinden. Die Gefahren,

welche auf diesem Wege drohen, daß die kirchliche Ordnung in eine Willkürherrschaft einer von ganz anderen als tief evangelischen Grundsätzen geleiteten Menge ausarte, haben sich stellenweise gezeigt, auch in diesem Jahrhundert. Die Erläuterungen zu ein paar der folgenden einschlägigen Urkunden weisen die Spuren auf, zeigen aber auch die besonnene, ernste und kirchliche Arbeit der letzten Synoden, durch welche diese Gefahr beseitigt ist, hoffentlich für lange Zeit.

I.

Die reformirte Kirche im Innern des Reiches.

1) Allgemeine Verordnungen.

I.

Nr. 1331 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 21. Januar 1689.

Copia des Passes, welchen beyde Czaarischen Majestäten in der Moskau auff Se. Churfürstl. Durchl. zu Brandenburg beschehene Recommendation denen der Christl. Reformirten Religion halber geflüchteten Frankosen, in der Moskau sich frey und ungehindert niederzulassen und darinnen zu handeln, auch nach Belieben wieder von dannen zu ziehen, ertheilt haben.

In diesem 7197 Jahre (1689) schickte zu uns der allererlauchteste Fürst und Herr Friedrich III., Markgraf von Brandenburg, S. Kurfürstliche Hoheit seinen außerordentlichen Gesandten und Geheimrath Jagan (Johann) Keycher Czaplitz, welcher auf die an ihn gestellten Fragen erklärte und brieflich auseinandersetzte, daß die königliche Hoheit von Frankreich in ihrem Reiche die Leute in der evangelischen Religion zu bedrücken begonnen habe und Viele durch Qualen aus seinem Reiche verdrängt und sie durch mehrfache Bedrückungen zum katholischen Glauben gezwungen, Viele dem Tode Preis gegeben, Männer von ihren Frauen und Kindern getrennt in Ketten hält und welche einige Freiheit erlangen, die fliehen in verschiedene benachbarte Reiche und zu S. kurfürstlichen Hoheit sind Viele von den Verwiesenen ge-eilt, so wie sie auch in Zukunft sich solcher von den fran-

zöfischen Herrschern versehen und daß in Vermehrung solcher Verfolgungen Einige wünschen, in die Unterthanschaft bei S. Zarischen Majestät im großrussischen Reiche zu stehen, in Betreff deren S. Kurfürstliche Hoheit angelegentlichst bittet, daß wir Großfürsten sie gnädig zu versorgen geruhen und unter unsrer Herrschaft sie in das großrussische Reich zur Unterthanschaft annehmen und über die Grenze lassen.

Diese genannte kurfürstliche Hoheit haben wir durch den außerordentlichen Gesandten anzuhören geruht und wohlwollend aufgenommen und erklären unsre Zustimmung zu der Bitte S. Kurfürstlichen Hoheit: welche Emigranten evangelischen Glaubens bei uns in der Unterthanschaft zu sein wünschen und hoffend auf unsere viel große Gnade zu den Grenzen unsrer Zarischen Majestät großrussischen Reiches gereist sind, nicht mit zweifelhafter Hoffnung und ohne jegliche Früchte, diesen an den Grenzen der Einlaß zu unsrem Reiche ungeschmälert sein wird, sie auch zu unsrem Dienste angenommen und mit unsrer gnädigen Fürsorge beschenkt werden nach dem von ihnen geleisteten Dienste, nach der Natur, dem Rang und Stande derselben; wenn aber aus solchen Ankömmlingen Jemand aus unsrem Dienste in sein Vaterland zurückzukehren wünscht, auch dann soll dieses ihnen unbenommen und ihnen eine freie Entlassung gewähret werden, wofür wir diesen Gnadenbrief mit unsren Reichswappen aus der Gesandtschaftskanzlei zu geben befohlen haben.

So geschehen bei Hofe unseres Reiches in der regierenden großen Stadt Moskow im Jahre von Erschaffung der Welt 7197 den 21 Jenner, unserer Regierung im 7. Jahre.

Mit diesem fesselnden Schriftstück aus der Hand Peter des Großen beginnen wir die Reihenfolge unserer Urkunden; auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein so angenehm überraschendes Zeugnis weitherziger Duldung wie es bei seinem Erlasse das Staunen aller erregte, die davon Kunde erhielten. Der brandenburgische Gesandte am schwedischen Hofe berichtet über den auf-

fälligen Unterschied in dem Verhalten von Rußland und Frankreich inbetreff der Duldung, daß in dem damaligen Moskau, Vielen als eine Stadt der Barbaren geltend, die Wunden geheilt wurden, welche ein so aufgeklärtes, wohlunterrichtetes und gebildetes Volk wie das französische, der Humanität und der Religion geschlagen: Mr. le comte Gustav de la Gardie a reçu des lettres de Moscou par où on lui mande qu'il s'y est établi un nombre prodigieux de Réformés de France, que les czars les ont parfaitement bien reçus, leur ont accordé l'exercice public de leur religion et beaucoup de privilèges et de franchises. Étrange métamorphose que la France autrement si poli et si pleine d'humanité soit devenue barbare à ce point que les plus fidèles sujets du Roi de France soient obligés d'aller chercher un asyle en Moscovie et qu'ils y trouvent le repos et la sûreté qu'ils ne peuvent trouver en leur patrie (vgl. Erman et Reclam, Mémoires pour servir à l'histoire des réfugiés français dans les états du Roi, Berlin 1782, I, 145).

Friedrich III., der Sohn des großen Kurfürsten, hatte mit der Thronfolge auch die warme, opferwillige Fürsorge für die aus Frankreich flüchtenden reformirten Glaubensgenossen von seinem Vater geerbt. Dem Abgesandten Johann Necher von Czapliez, der am moskowitischen Hofe seine Thronbesteigung zu melden hatte, gab der Kurfürst von Brandenburg auch ein Schreiben mit, das für die Hugenotten Aufnahme und Schutz in Rußland zu erlangen suchte. Die Zaren, in deren Namen die Antwort erteilt wurde, waren die beiden Söhne des 1682 verstorbenen Zaren Feodor Alexejewitsch, der schwachsinnige Iwan und sein jüngerer Bruder, der damals im 17. Jahre stehende Peter. Die Urkunde ist ausgestellt wenige Tage vor der Trauung Peters, in demselben Jahre, in welchem die Regentin Sophie Alexejewna aus dem Kreml in das Jungfrauenkloster verwiesen wurde und Peter der Große die Alleinherrschaft übernahm (12. September 1689).

Bosselt (vgl. sein: „Der General und Admiral Franz Zesort“, Frankfurt a. M. 1866, I, S. 468) weist darauf hin, daß dieser „Paß“ weder innerhalb noch außerhalb der Grenzen Rußlands irgend in Berücksichtigung gekommen sei. In der allgemeinen

Fassung ist die Bemerkung nicht zutreffend. Vollständige Hugenottengemeinden haben sich allerdings in Rußland keine angesiedelt; Brandenburg und andere deutsche Staaten hatten den Flüchtlingen warmen Aufenthalt geboten, daß sie den Wanderstab nicht weiter nach dem ihnen kalt und unwirtlich erscheinenden Osten zu richten hatten. Wohl aber sind von den massenhaften Zügen aus Frankreich einzelne abgesplittert und bis nach Rußland geraten, wo sie in Moskau sowohl als auch später in Petersburg Gemeinden und Gottesdienste ihres Bekenntnisses vorfanden. Es wäre eine fesselnde Studie, den einzelnen Namen von solchen Hugenotten in den reformirten Gemeinden beider Städte sorgfältig nachzugehen und ein Bild zusammenzustellen zurichtigstellung der völlig verfehlten Zeichnung in dem verdienstvollen Werke von Weiss, *Histoire des réfugiés protestants de France*. Paris 1853, II, 313 sq.

Wenn wir auch unsere Urkundensammlung dieses Theiles erst mit der Zeit Peter des Großen beginnen, so scheint es doch geboten, wenigstens hier in der Erläuterung eine Zusammenstellung der auch auf die reformirte Kirche in Rußland bezüglichen Staatsgesetze zu geben, wie sie die erste Gesetzesammlung (*Sobornoje Uloshenie*, der Anfang der „vollständigen Gesetzesammlung“ vgl. die Erläuterung zu Nr. X) bietet. Wir geben dieselbe in der von Fehner gebotenen Übersetzung (*Chronik der evangelischen Gemeinden in Moskau* I, 272).

„Wenn ein Andersgläubiger, welches Glaubens er auch wäre, oder selbst ein Russe Gott den Herrn und unsern Heiland Jesum Christum oder dessen Mutter, unsere allerreinste Gebieterin, die Gottesgebärerin und Jungfrau Maria oder das ehrwürdige Kreuz oder die heiligen Lieblinge Gottes (die Heiligen) lästert, so soll solcher bei Anwendung aller Mittel aufs schärfste untersucht und wenn die Sache also befunden und der Gotteslästerer überführt worden, dieser hingerichtet und zwar verbrannt werden. — Jedes Urtheil soll allen Unterthanen des moskowischen Reiches, vom höchsten bis zum geringsten Stande, mit Gerechtigkeit gefällt werden. Desgleichen sollen auch die angereisten Ausländer und alle An-

kömmlinge, welche im moskowischen Reiche sich befinden werden, nach demselben Rechte gerichtet werden und soll ihnen auf Sr. Maj. Befehl das Urtheil mit Gerechtigkeit gesprochen werden. — Wenn Polen oder Deutsche oder Tataren oder irgend andere Ausländer gegen Russen eine Klage erheben und die Russen den Eid zu leisten, die Ausländer aber zu verlangen haben, so soll man bei Klagen der Ausländer die Russen in den betreffenden Prilafen zum Kreuze führen, daher auch zu diesem Zwecke in den Prilafen ein auf ein Heiligenbild gemaltes Kreuz gehalten werden muß. Desgleichen soll, wenn ein Russe gegen einen Ausländer klagt und der Ausländer den Eid zu leisten hat, letzterer zum Eide geführt werden in den Prilafen gemäß seines Glaubens. Besitzt ein Russe, wes Standes er auch sei, ein Haus oder einen Hofraum in Moskau, in Rtaigorod, Belgorod oder Semljanoigorod, in den vorstädtischen Globoden, so soll von dem Russen ein Deutscher oder eine deutsche Witwe solche Häuser oder Hofräume weder kaufen noch in Versuch nehmen. Wenn aber Deutsche oder ihre Frauen und Kinder von Russen Häuser oder Hofräume kaufen, auf Grund von Verkaufsbriefen auf Russen klagen, Kauf- oder Verkaufsbriefe zur Eintragung in den Semskoi-Prilas bringen werden, so sollen diese Kauf- oder Verkaufsbriefe nicht eingetragen werden. Diejenigen Russen aber, welche ihre Häuser oder Hofräume an Deutsche oder deutsche Witwen verlaufen werden, sollen Sr. Maj. Ungnade verfallen sein. Die deutschen Kirchen aber, welche auf deutschen Höfen erbaut worden, sollen niedergerissen werden (vgl. „Geschichte“ S. 117), und in Zukunft sollen in Rtai-, Bel- und Semljanoi-gorod auf den deutschen Höfen keine Kirchen sich finden, sondern außerhalb des Erdwalles an von den Kirchen Gottes entfernten Stellen. — Ungetaufte Ausländer in Moskau und den Städten sollen auf ihren Höfen nur Ausländer jeglichen Glaubens im Dienste haben; russische Leute aber sollen weder durch Verpflichtungen noch freiwillig bei ungetauften Ausländern Knechte sein. Denn im Jahre 1628 ist es Sr. Maj. dem Zaren und Großfürsten von ganz Rußland Michail Fjedorowitsch und Sr. Maj. Vater, dem großen Herrn, dem heiligsten Philaret Mititsch, Patriarchen von Moskau und ganz Rußland, kund geworden, daß in Moskau und den Städten bei Andersgläubigen, den ungetauften Ausländern, rechtgläubige

Christen dienen und diesen rechtgläubigen Christen von den Andersgläubigen Bedrängnis und Verunreinigung widerfährt und ihrer viele ohne Beichte, ohne ihre Beichtväter dahinsterven und in den großen Fasten und an anderen Fasttagen gezwungenerweise Fleisch und allerlei verbotene Speise genießen. Hierauf haben Se. Maj. und der Patriarch befohlen, die rechtgläubigen Christen von den Höfen der ungetauften Ausländer wegzunehmen und hinfort jenen rechtgläubigen Christen bei Andersgläubigen, bei ungetauften Ausländern auf ihren Höfen zu sein verboten, damit den Christenseelen keine Verunreinigung widerfahre und sie nicht ohne Beichte dahinsterven möchten. Aus demselben Grunde sollen auch jetzt bei ungetauften Ausländern auf ihren Höfen russische Leute in keinerlei Dienst sich finden. Sollten aber russische Leute bei ungetauften Ausländern auf den Höfen dienen, sei es durch Verpflichtung, sei es freiwillig, so soll man sie zur Rechenschaft ziehen und mit harter Strafe belegen, damit es sie und andere nicht gelüste, also zu thun. — Wenn aber ungetaufte Ausländer irgendwelchen Glaubens, welche in Moskau oder anderen Städten bei eben solchen Ausländern auf Grund von Kaufbriefen oder als Kriegsgefangene leben, sich in den orthodoxen christlichen Glauben taufen lassen wollen und deshalb an Se. Maj. eine Bittschrift richten, daß sie auf Sr. Maj. Befehl von jenen Ausländern, auf deren Höfen sie leben, genommen und getauft werden möchten, so sollen solche Ausländer ihrer Bitte gemäß in den orthodoxen christlichen Glauben getauft werden, für die Freilassung aber ist den Ausländern fünfzehn Rubel für den einzelnen Mann zu geben, dieses Geld jedoch müssen jene selbst zahlen. Falls aber in den Kaufbriefen der Ausländer geschrieben stände, daß diese beim Kauf mehr für jene gezahlt hätten, so soll solchen Kaufbriefen kein Glaube beigemessen werden, weil man in denselben die Summe über den Preis anzugeben pflegt.“

II.

Nr. 1910 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 16. April 1702.

Manifest über die Berufung von Ausländern nach Rußland mit dem Versprechen der freien Religionsübung.

In allen Ländern, welche der Allerhöchste unsrer Verwaltung untergeben hat, ist es ziemlich bekannt, daß mit unserer Thronbesteigung alle unsere Bestrebungen und Absichten darauf gerichtet waren, dieses Reich dergestalt zu verwalten, daß alle unsere Unterthanen durch unsere Bemühungen für das allgemeine Wohl mehr und mehr zu besten und glücklichsten Zuständen gedeihen möchten. Zu diesem Ende haben wir uns sehr bemüht, die innere Ruhe zu erhalten, das Reich vor fremdem Einfall zu behüten und auf jegliche Weise den Handel zu verbessern und zu verbreiten. Zu eben diesem Zwecke wurden wir veranlaßt, in der Verwaltung selbst einige nöthige und zum Heil unseres Landes dienende Veränderungen herzustellen, damit unsere Unterthanen um so besser sich in den ihnen bis jetzt unbekannten Kenntnissen unterrichten könnten und uns so erfahrener in allen Handelsbeziehungen würden. Deßhalb haben wir alle besonders zur Förderung des Handels mit Ausländern nöthigen Befehle, Veranstaltungen und Verordnungen allergnädigst erlassen und wollen solche auch fürderhin erlassen.

Weil wir aber befürchten, daß diese Dinge sich nicht in einem solchen Zustande befinden, wie wir es wünschen, und weil unsere Unterthanen noch nicht imstande sind, sämtliche Früchte ihrer Bemühungen in Ruhe zu genießen, deßhalb haben wir uns noch um andere Mittel bemüht, um unsre Grenzen vor dem Einfall des Feindes zu schützen und die Rechte und Vorrechte unsres Staates in der allgemeinen Ruhe und in christlichem Stande, wie es sich für eine christliche Monarchie geziemet, zu bewahren. Zur Erreichung solcher hohen Ziele haben wir uns besonders um einen bessern Kriegsetat bemüht als einer Stütze unsres Reiches, damit unsere Truppen nicht nur aus gut geschulten Leuten be-

ständen, sondern auch in guter Zucht und Ordnung leben möchten. Um aber solches um so mehr zu vervollständigen und die Fremden, welche zu diesem Ziele mitwirken und zu einer solchen Verbesserung helfen können, anzuregen, gemeinsam mit den übrigen, dem Reiche nützlichen Künstlern zu uns zu kommen und sowohl in unsrem Dienste, als auch in unsrem Lande zu verweilen, haben wir dieses Manifest mit den unten verzeichneten Punkten erlassen und wollen, daß es überall verkündet, gedruckt und in ganz Europa veröffentlicht werde.

1) Es ist bekannt, auf welche Weise wir schon längst während unsrer Regierung den alten Brauch aufgehoben und vernichtet haben, nach welchem den Ausländern die freie Einwanderung in Rußland überhaupt verboten war. Wir wiederholen dieses nicht nur, sondern erweitern es auch derart, daß Alle und Jeder, der die Absicht hat, zum Eintritt in den Dienst unsres Heeres hierher zu reisen und sich hinfüro mit neuen Zeugnissen von unsrem Generalcommissar in Deutschland, welchen wir zu diesem Behufe daselbst zu halten gedenken, versehen hat, nachdem er dem ersten Gouverneur oder Statthalter an der Grenze von seiner Ankunft Anzeige gemacht, von da bis zu unsrer Hauptstadt unentgeltlich mit Einschluß der bei ihm befindlichen Begleitung und Gepäck mit fuhrwerk versorgt werden und zugleich jeglichen Schutz auf der Reise erhalten soll. Deßhalb haben wir unter diesem Datum allen unsren Statthaltern, Gouverneuren und Befehlshabern sowohl an der Grenze, als auch auf dem Wege von Kijew, Smolensk und Pskow hierher unsre dies bestätigende Befehle und Verhaltungsmaßregeln mitgetheilt, so daß fortan den anreisenden Offizieren auf keinerlei Weise Hindernisse oder Störungen verursacht, sondern daß ihnen im Gegentheil jede freiwillige Bereitschaft zu Diensten erwiesen werden und gleicher Weise sie sich auch der Kaufleute und Handwerker, die nach Rußland einwandern wollen, mit aller Huld anzunehmen haben.

2) Da hier in unsrer Hauptstadt schon freie Ausübung des Gottesdienstes aller andren, wenn auch mit unsrer Kirche nicht einverstandenen christlichen Secten eingeführt ist, so

wird darum dasselbe auch ihnen von Neuem bestätigt in der Weise, daß wir nach der uns von dem Allerhöchsten verliehenen Macht uns keine Vergewaltigung über die Gewissen der Menschen zu Schulden kommen lassen wollen und gerne jedem Christen es überlassen, sich um die Errettung seiner Seele zu sorgen. Und so wollen wir fest darauf achten, daß nach früherer Gewohnheit Niemand sowohl in seiner öffentlichen, als auch in seiner privaten Ausübung des Gottesdienstes gehindert, sondern dabei erhalten und gegen jede Störung geschützt werde. Sollte es aber geschehen, daß in irgend einem Ort unsres Reiches oder bei unsrer Armee und in den Garnisonen es keine Prediger oder Kirchen des betreffenden Bekenntnisses gebe, so wird es Jedem nicht nur in seinem Hause erlaubt sein, selbst und mit seinen Hausgenossen den Gottesdienst zu vollziehen, sondern auch bei sich diejenigen zu versammeln, welche sich bei ihnen zu versammeln wünschen, um nach Vorschrift des allgemeinen Gebotes der christlichen Kirche einmüthig Gott zu loben und auf diese Weise Gottesdienst zu halten. Und wenn bei unsren Armeen einzelne Offiziere oder auch ganze Corps, die aus Regimentern und Kompagnien bestehen, sich finden, bei welchen Prediger vorhanden sind, so haben diese ohne jeden Zweifel alle diejenigen Vortheile, Vorrechte und Freiheiten zu genießen, welche wir solchen Kirchen hier in Moskau, in Archangel und an andren Orten verliehen haben und welche nicht nur bei Ausübung des wirklichen Predigerdienstes, sondern auch bei Spendung der heiligen Sakramente und bei andren kirchlichen Handlungen hier üblich sind; wobei wir auf Bitten solcher Andersgläubigen ihnen erlauben, auch an andren Orten neue Kirchen zu erbauen.

3) Damit aber die Ausländer nicht von der Einwanderung nach Rußland durch die Befürchtung abgehalten werden, daß sie Satzungen, Gerichten oder Strafarten unterliegen möchten, welche mit ihren Landesgesetzen und Gebräuchen nicht vereinbar sind, darum haben wir hiermit befohlen, von Ausländern, die in Sache des Kriegsetats kundig sind, ein geheimes Collegium des Kriegsraths zu

bilden, das zu bestehen hat aus einem Vorsitzenden, aus Räthen, Schriftführern und andren Kanzleidienern und dasselbe in unsren Kriegsetat aufzunehmen. Einen weiteren Befehl haben wir erlassen, solches durch den Druck zu veröffentlichen. Auch soll von diesem Collegium all und jede Sache abhängen, welche den ausländischen Kriegsetat betrifft, welcher Art und Eigenschaft sie auch wäre, sowie auch das auswärtige Kriegscommissariat, die Kriegskasse und ihre Angestellten. Obenerwähnter Vorsitzender aber hat uns allein unmittelbar über seine Verwaltung Rechenschaft abzulegen; auch soll er von uns allein in den nöthigen Sachen Vorschriften und Befehle erwarten. Unläßlich aber der Gerichtssachen, so hat die erste Instanz bei den Regimentern zu bleiben, über deren Entscheidung das Generalkriegsgericht die Revision auszuüben hat. Das Gericht wird so gehandhabt werden, wie es bei andren ausländischen regulären Armeen der Brauch ist und in den Kriegsartikeln enthalten sein wird; welche Kriegsartikel und andre im Kriegsetat dienende Reglements und Verordnungen der Vorsitzende unsres geheimen Kriegsraths nach gemeinsamer Beurtheilung des gesammten geheimen Kriegscollegiums ausarbeiten, dann zunächst uns zur Durchsicht unterlegen und darauf durch den Druck veröffentlichen soll. Übrigens soll alle und jede Person höchsten und niedrigsten Standes, die in unsrem ausländischen Kriegsetat steht, sowohl Offiziere als auch andre Bedienstete und gemeine Soldaten mit all' ihren Kindeskindern und wer auch in ihrer Begleitung sich finden mag, zu ihnen gehört oder von ihnen abhängt, in Bezug auf militärische oder andre Sachen, persönlich oder dinglich Vorträge oder Prozesse unter die Gerichtsbarkeit unsres geheimen Kriegsrathscollegiums gehören.

Diesem selben Gericht und Gerichtsbarkeit unterwerfen wir alle übrigen Ausländer, die nach Eintritt in unsren Dienst auf irgend welche Weise vom Kriegsressort abhängen, damit auch sie nicht zu befürchten haben, daß sie unter ein Gericht gerathen, welches nicht ihren Landesgesetzen, Gebräuchen und Recht entspräche. In diesem Falle gestatten

wir, daß unser geheimes Kriegscolleg Recht spreche: 1) nach göttlichem Gesetze, 2) nach dem römischen Privatrecht und andren Gewohnheitsrechten; wobei aber daran festgehalten werden muß, daß hierdurch unsere kaiserlichen Gerechtsame, Rechte und Vorrechte überall beobachtet werden.

4) Damit aber alle diejenigen, welche in unsren Dienst eintreten werden, überzeugt seien, daß sie nicht die Freiheit verlieren, unsren Dienst zu verlassen, darum sprechen wir ihnen die Hoffnung aus, daß bei dem Abschied aus unsrem Dienste immer auf die Art gehandelt werden wird, wie solches gewöhnlich bei andren europäischen Monarchen Gebrauch ist, wonach Alle und Jeder, auf den sich dieses bezieht, sich zu richten hat.

Gegeben in unsrer Hauptstadt Moskau, am 16. April 1702.

Peter.

Dieses Manifest des Kaisers reiht sich würdig und ebenbürtig dem „Passe“ an, welchen wir in der vorherigen Nummer zum Abdruck gebracht. Den zweiten Artikel allein hat in jüngster Zeit Zechner („Chronik der evangelischen Gemeinden in Moskau“ I, 408) wieder zum Abdruck gebracht und zwar in der altertümlichen Rede-weise der ursprünglichen, in Deutschland verbreiteten Übersetzung, die früher bereits Büsching gegeben (Büsching, Geschichte der lutherischen Gemeinden im russischen Reiche, Altona 1766, I, 9). Wir haben eine neue Übersetzung aus der vollständigen Gesetzes-sammlung geboten. Denn es erschien uns bedeutsam genug, das ganze Manifest zu veröffentlichen; die einzelnen Artikel und ihre Tragweite werden durch ihren Zusammenhang verständlicher. Das Manifest durfte in unserem Urkundenbuch nicht fehlen. Sind auch die Reformirten so wenig ausdrücklich mit Namen genannt, wie die Lutheraner, so haben sie reichlich dem Rufe Folge geleistet; besondere Verhältnisse haben dazu beigetragen, daß sie zumal bei der zwei Jahre darauf folgenden Gründung der Stadt Petersburg in dichterem Scharen kamen als ihre lutherischen Glaubensverwandten. Refort, der Freund und Ratgeber Peter des Großen, ein Sohn der französisch-reformirten Schweiz, ließ es sich an-

gelegen sein, seine Landsleute zur Übersiedelung in ein gastfrei geöffnetes Land zu veranlassen, das ihm selbst den Zugang zu den höchsten Stellen eingeräumt. Der Admiral Crups kam aus Holland und ihm auf dem Fuße nach eine Schar von Holländern, der entstehenden russischen Flotte die ersten Offiziere und Lehrmeister im Schiffbau zu bieten. Aus dem gleichen Grunde seetüchtige Söhne Englands in nicht geringer Zahl. Es traf sich, daß der kaiserliche Raderuf auch in Deutschland gerade in reformirten Gegenden auf zahlreiche Auswanderungslustige stieß. Melac, der nur allzu willige Ausführer der schonungslosen Befehle Ludwigs XIV., zwischen Deutschland und Frankreich auf deutschem Gebiete einen Wüstensaum zu schaffen, hatte sein barbarisches Werk der Pfalzverwüstung eben vollendet; an der Heimstätte des Heidelberger Katechismus bezeugt bis zur Stunde das Schloß, wie der blutige Scherge sich des Auftrages entledigt. Zahllose Reformirte wanderten aus. Buchholz in Preußen bekundet heute noch, daß Brandenburg auch für diese Glaubensgenossen Herberge hatte, ebenso wie für die Hugenottenscharen, die derselbe Ludwig XIV. um ihres Glaubens willen von Haus und Hof vertrieb. Einzelne der Flüchtlinge erreichte die Einladung Peter des Großen unterwegs, und sie folgten ihr. Leider fehlen uns aus jener Zeit Namens- und Ortsverzeichnisse der Einwandernden, um aus ihnen die Ziffer der Reformirten annähernd feststellen zu können. Daß der Zuzug kein geringer gewesen sein kann, zumeist bei der Besiedelung von Petersburg, ergibt sich auch daraus, daß kaum zwei Jahrzehnte nach Gründung der Stadt die Reformirten bereits drei Kirchen und Gemeinden besaßen, während die Lutheraner nur erst zwei hatten, von denen die eine, welche sich auf dem Hofe des Admirals Crups befand, auch diejenigen deutsch Reformirten in sich barg, welche der französischen Sprache nicht mächtig genug waren, um an dem Gottesdienste in der französisch-reformirten Kirche teilzunehmen. Später hat sich nun freilich das Zahlenverhältnis der beiden evangelischen Schwesterkirchen wie in Petersburg, so auch im Reiche wesentlich verändert, zumal seit der Einverleibung der Ostseeprovinzen.

Das vorliegende Manifest weist wesentliche Unterschiede gegenüber dem „Paß“ auf. Schon äußerlich springt ein bedeutsamer

Fortschritt in der Annäherung an die europäischen Kulturstaaten in die Augen. Es trägt nicht mehr die Jahreszahl nach Erschaffung der Erde, die uns in dem „Paß“ noch wie aus einer fremden, verschollenen Welt anmutet. Ein kaiserlicher Machtspruch vom 19. Dezember 1699 hatte angeordnet, daß auch Rußland wie die übrigen christlichen Staaten vom 1. Januar 1700 die Jahre nach der Geburt Christi zu zählen habe. Dies Manifest gewährt nicht Schutzfliehenden eine gastfreie Aufnahme und Duldung, welche das Frankreich Ludwigs XIV. unbarmherzig den eigenen Landeskindern verweigerte, sondern bittet um Zuwanderung, damit durch dieselbe Rußland Nutzen ziehe. Auf dieses Kaiserwort hin sind unsere Väter ins Land gekommen; wir sind darum keine ungebetenen Gäste, keine rechtslosen Eindringlinge, deren man sich nach Belieben entledigen kann. Die Ladung ist eine klare, laute, unmißverständliche, von einer Geisteshöhe, einem Scharfblick, einer Freiheit der Gesinnung, wie sie die meisten Erlasse Peter des Großen auszeichnet. Das ist dem Geschichtskundigen bei dieser großen Herrschergestalt nichts Ungewohntes; aber der Anblick erquicht im Einzelfalle jedesmal wieder von neuem. Wir besitzen ferner in dieser Urkunde die Quelle, welche Jahrzehnte später erst Friedrich dem Großen das geflügelte Wort eingab, daß in seinem Lande jeder nach seiner Façon selig werden könne. Im Munde beider für ihre Landen und Zeiten ebenbürtiger Herrscher ist der schöne Gedanke dennoch nicht gleichwertig der abgegriffenen Kupfermünze in der Hand des Ungläubigen, der sich um seine Seligkeit sorgt und darum gleichgültig und blasirt auf jede Façon verächtlich und mitleidig herabblickt. Bei beiden Helden ist das Wort dennoch die goldene Münze einer frommen Überzeugung, daß an der Schwelle der Seligkeit die Gewissensfreiheit je und je Posten steht, jedem Zwange, jedem fremden Antasten des Heiligsten zu wehren. Mag sich manches andere an den christlichen Gedanken wie häßliche Schlacke ansetzen; dieses ursprüngliche Gepräge lassen wir uns nicht verwischen, auch nicht bei Peter dem Großen, auch nicht bei Friedrich dem Großen, bei beiden ein wesentlicher Zug ihrer Größe.

Mit Freuden begrüßen wir in dem Manifeste Spuren eingeräumter Freiheit und Selbständigkeit, welche das gegenwärtig in

Rußland geltende lutherische Kirchengesetz einschränkt. Peter der Große bewilligt hier den im weiten Innern zerstreuten Häuflein von Protestanten eine Freiheit gottesdienstlicher Privatversammlungen, welche der Artikel 150 des Kirchengesetzes in viel engere Grenzlinien bannt. Beide Fassungen sind allgemein gehalten, nicht in fest umrissener Gestalt. Darum lassen sie viele Fragen offen; aber die ältere Fassung gewährt größeren Spielraum, freiere Bewegung in der Entscheidung des Gewissens bei den offenen Fragen. Fesselnd wäre es, die Anlässe und Beweggründe zu kennen, welche den Anstoß zu dem § 150 gegeben. Im schwedischen Kirchengesetz finde ich sie nicht; das bot in seinen geordneten Verhältnissen des Landes nirgends einen Raum, wo das Bedürfnis, wie es Peter der Große in seinem weiten Reich für die kleinen Häuflein der Protestanten scharfblickend erkennt, sich geltend machen könnte. War doch selbst in den Ostseeprovinzen alsbald nach der schweren Verwüstung des Ländchens noch in schwedischer Zeit Fürsorge getroffen worden, daß die Gläubigen auf dem Lande nicht weiter als höchstens zwei Meilen zu der nächstgelegenen Kirche hätten (vgl. „Verfassungsgeschichte“, S. 113). Auf mancherlei Studiengängen haben wir den Eindruck gewonnen, daß bei der Abfassung des angezogenen 150. Artikels auch die Scheu vor pietistischen Strömungen mit ihren *ecclesiolae in ecclesia*, den Rationalisten gleichermaßen wie den Konfessionellen anstößig, die Scheu vor den Sendboten der Brüderkirche und deren Thätigkeit in ihren Bethäusern zum Worte gekommen ist. Die Ansicht hier näher zu begründen, würde zu weit führen, zumal unsere reformirte Kirche nicht unter diesem Artikel steht und für sie an diesem Punkt das Manifest Peter des Großen allein maßgebend ist.

III.

Nr. 6548 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 23. Februar 1734.

Allerhöchste Entscheidung auf die Denkschrift des Reichs-Justizkollegs Liv- und estländischer Sachen über die Durchsicht und Entscheidung dieses Kollegs von geistlichen Angelegenheiten außerhalb Liv- und Estland lebender Personen fremder Bekenntnisse unter Zuziehung von geistlichen Personen desjenigen Bekenntnisses, zu welchem die betr. Personen gehören.

Im Reichs-Justizkolleg zur Entscheidung liv- und estländischer Sachen hat der in Petersburg lebende Kaufmann Georg Napier gebeten, da hier in Petersburg kein geistliches und weltliches Gericht bestehe, welches in Ehesachen nach Augsburgischem Bekenntniß eine Entscheidung treffen könnte, so sei er genöthigt, sein Gesuch in Betreff seiner vormaligen Frau Anna Saddi wegen Ehebruchs und böswilliger Verlassung bei dem Justizkolleg J. K. Majestät anzubringen und zu bitten, daß er von ihr geschieden und ihm dabei erlaubt werde, sich mit einer anderen Person ehelich zu verbinden.

Obwohl nun die geistlichen Angelegenheiten aus Liv- und Estland unter diesem Colleg sich befinden und E. K. Majestät unlängst ihm die Entscheidung über verbotene Sachen (in gradibus prohibitis) allerhöchst bewilligt hat, dieses Colleg aber sich in geistliche Angelegenheiten zwischen im hiesigen Reiche außerhalb Liv- und Estland von Augsburger-Bekennern ohne besonderen Befehl E. K. Majestät nicht mischen darf, darum hat bei dieser Gelegenheit, besonders aber da im Reiche kein Gericht sich findet, durch welches die geistlichen Angelegenheiten außerhalb Liv- und Estland lebender Augsburger-Bekenner entschieden und Unordnungen vermieden werden könnten, das Justizkolleg sich genöthigt gesehen, E. K. Majestät vorzustellen, auf welche Weise dieses Colleg dabei handeln soll und ob es geistliche Angelegenheiten im ganzen Reich lebender Augsburger-Bekenner zu verhandeln habe.

Entscheidung: solch geistliche Angelegenheiten fremder Gesetze, die sich hier ereignen, im Justizkolleg auf Grundlage eines jeden Bekenntnisses durchzusehen und zwar unter Beziehung von hier sich aufhaltenden geistlichen Personen desjenigen Bekenntnisses, zu welchem der gehört, über den Gericht gehalten wird und die Entscheidung gemeinsam mit den geistlichen Personen zu treffen.

Wir geben hier die kaiserliche Entscheidung nach dem in der „vollständigen Gesetzesammlung“ gebotenen Texte; die Übersetzung unterscheidet sich nicht dem Sinne, wohl aber dem Wortlaute nach

von der, welche Lemmerich (in seiner „Geschichte der Petrikirche in Petersburg“ I, S. 84) wahrscheinlich nach einer mit der Entscheidung gleichzeitigen, etwas weitschweifigen und unreinen Übertragung bietet. Der Erlaß, von einem Einzelfalle seinen Ausgang nehmend und für Reformirte wie Lutheraner geltend, ist für die Verfassungsgeschichte der evangelischen Kirche von hoher Bedeutung. Die Gründung des Justizkollegs war wegen der durch das schwedische Kirchengesetz dem Herrscher des Reiches zugewiesenen Stellung innerhalb der Kirche und seit der Einverleibung der Ostseeprovinzen in das russische Reich notwendig geworden (vgl. „Verfassungsgeschichte“ S. 155). Ursprünglich nur für diese Provinzen ins Leben gerufen, sehen wir durch diesen Ulas zunächst in Ehescheidungsachen seine Macht auch auf die Protestanten im Inneren des Reiches ausgedehnt, der erste, noch gar bescheidene Versuch, die Stellung, welche das schwedische Kirchengesetz dem Staatsoberhaupt in Kirchensachen einräumt, nun auch für sämtliche evangelische Gemeinden des Reiches zur Anwendung zu bringen. Der zufällige Anlaß und auch die weiteren zeitgeschichtlichen Begebenheiten nach dieser Seite hin zeigen, daß es noch kein klarer, zielbewußter Versuch war, mehr ein von einer vorhandenen Notlage eingegebener; aber wir sehen doch den Anfang und die Quelle einer Richtung, die in dem lutherischen Kirchengesetz von 1832 ihren vollen und bewußten Ausdruck gewonnen. Die Bahn einer selbständigen Kirchenverwaltung innerhalb der Kirche selbst war damit verlassen; man war auch für die Gemeinden im Inneren des Reiches eingebogen in konsistoriales Regiment, das, wie die Verfassungsgeschichte zeigt, bald in ein rein weltliches Regiment des Justizkollegs über die evangelische Kirche ausartete. Man kann in diesem ersten Versuch auch den Anfang der gegenwärtigen reformirten Sitzungen bei den evangelischen Konsistorien erkennen; die Zuziehung der betreffenden Geistlichen im Einzelfall ist anzusehen wie eine lutherische oder reformirte Sitzung je nach dem bei dem Justizkolleg.

Interessant wäre es, ausfindig zu machen, auf wessen Anregung hin die beschränktere Fassung allein auf die Belenner der Augustana in der Denkschrift des Justizkollegs die Erweiterung und Ausdehnung auf alle evangelischen Bekenntnisse in der kaiserlichen Entscheidung gefunden. Der Erlaß des Ulases liegt zeitlich zu fern

ab, um auf eine Befriedigung dieses Interesses jetzt noch zählen zu dürfen.

IV.

Nr. 6693 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 22. Februar 1735.

Manifest über die Gestaltung freier Religionsübung aller christlichen Glaubensbekenntnisse und über das Verbot der Geistlichen fremder christlichen Bekenntnisse, zu denselben russische Unterthanen, welchen Glaubens sie auch seien, unter Androhung von Gericht und gesetzlichen Strafen herüberzuziehen.

Obgleich durch viele Befehle von uns und unsren Vorfahren andren christlichen Glaubensbekenntnissen, namentlich dem lutherischen, reformirten und römischen, freie Religionsübung in unsrem Reiche allergnädigst gestattet ist, damit so viele sowohl in unsrem Dienste, als in der Kaufmannschaft unsres Reiches befindlichen Ausländer nach ihrem Bekenntniß die gehörige geistliche Bedienung haben und ihren Gottesdienst begehen können, wie sie eine solch freie Ausübung ihres Bekenntnisses bisher aus unsrer besonderen Gnade ohne jegliches Hinderniß hatten und genossen und auch fernerhin zu haben ihnen gestattet wird, dabei aber stets unser allergnädigster namentlicher Wille war und jetzt ist, daß die Geistlichen jener Bekenntnisse in jeglicher Demuth leben mögen und besonders sich nicht erdreisten, von unsren Unterthanen, welchen Standes er auch wäre, zu ihrem Glauben herüberzulocken, noch viel weniger herüber zu ziehen, wie dieses auch in vielen andren Reichen zur Stärkung der Gesetze eines solchen Reiches verboten ist; aber weil wir zu unserem Leidwesen hören müssen, daß einige von ihnen dem entgegen handeln und aus unsren Unterthanen mit allen Mitteln zu ihrem Glauben herüberzuführen trachten, deßhalb haben wir allergnädigst beschlossen; hierdurch den oben angeführten namentlichen Willen zu bestätigen und mit allem Nachdruck anzubefehlen, daß Niemand von den Geistlichen oben genannter Bekenntnisse hinfüro sich unterstehe, auf irgend eine Weise oder unter welchem Vorwande immer aus unsren

Unterthanen, welchen Volkes oder Standes er auch sei, irgend wen zu seinem Glauben herbeizuziehen, unter Androhung, daß im Übertretungsfalle mit ihm nach unsren Reichsgesetzen verfahren werde.

Hiermit befehlen wir, diesen unsren Ukas in allen Kirchen obengenannter Glaubensbekenntnisse, die sich in unsrem Reiche befinden, gehörig zu veröffentlichen und an den Kirchthüren anzuschlagen, damit davon Kenntniß genommen und nach diesem unsrem Willen und Befehl unverbrüchlich gehandelt werde.

Vorstehender Befehl der Kaiserin Anna steht zeitlich und auch inhaltlich in der Mitte zwischen den beiden so hochbedeutsamen Manifesten Peter des Großen (vgl. Nr. II) und Katharina II. (vgl. Nr. XXXIV). Es ist kein Laderuf, für die weiten, entvölkerten Gebiete im russischen Reiche den wertvollen Besitz tüchtiger Ansiedler aus der Fremde zu gewinnen, sondern in seinem ersten Teile die erneute Versicherung freier Religionsübung an alle die, welche dem mächtigen Kaisermort vertrauend seit drei Jahrzehnten gekommen. Denn freie Religionsübung war die erste Bedingung der Einwanderung. Würde ihre Gewährung auch nur leise beanstandet worden sein, so wäre in jenen Tagen jede auch lockendste Werbung vergeblich gewesen. Einen tüchtigen, lebenskräftigen Zuzug gewinnt nur, wer sein Augenmerk auf Leute richtet, denen ihr Glaube unantastbares Heiligtum ist. Wer lange in Rußland gelebt, sagt sich gern, daß in den evangelischen Gemeinden des Reiches das schöne Erbe der Hauptbedingung der Einwanderung der Väter denn doch noch nicht völlig aufgezehrt sei. Das Leben in der Diaspora bewahrt den Einzelnen und die Gemeinden vor zu raschem, leichtsinnigen Verbrauch; Pietätsbände, die in der Heimat selten nur in Anwendung zu kommen brauchen, halten unter einer Umgebung anderen Bekenntnisses enger zusammen.

Was den anderen Teil dieses Manifestes betrifft, so hat auch eine eingehende Kenntnissnahme der lutherischen wie reformirten Gemeinden jener Zeit keine Anhaltspunkte zu einer Verchtigung der erhobenen Anklage geboten. Nicht als ob sie nun als unbezichtigt gelten sollte. Aber die Geschichte der ebenfalls erwähnten

Katholiken des Reiches ist noch zu wenig dargestellt, um angeben zu können, ob und inwieweit sie den Anlaß geboten. Nach dem Wortlaut des Manifestes erscheint die Thatsache als unbestreitbar. Die Fassung des Gesetzes sowohl, als auch die Anerkennung der Thatsachen läßt darauf schließen, daß ein erfolgreiches Bemühen noch nicht in seinen ersten Anfängen schon mit so starken Strafen geahndet wurde wie heutzutage, wo auch der Wunsch danach kaum aufzukommen wagt, weil er die völlige Unmöglichkeit der Erfüllung kennt, oder aber daß eine gewisse Erschlaffung in der Handhabung vorhandener Strafgesetze damals eingetreten sein mußte, die zur Übertretung anreizte *).

V.

Nr. 27896 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 20. Juli 1819.

Allerhöchster Ulaß an den Minister der geistlichen Angelegenheiten und des öffentlichen Unterrichtes (Fürst Galizin).

Aus dem mir auf meinen Befehl von Ihnen unterbreiteten Gutachten der Mitglieder der Consistorialsitzung des Justizcollegs zur Verwaltung der Liv- und Estländischen Angelegenheiten in Betreff der Sammlung von Liedern sowie der denselben beigefügten Parallelstellen der heiligen Schrift ersehe ich zu meinem größten Leidwesen, daß die größte Anzahl der Mitglieder ihr Gutachten auf leere Sophismen gründen, die nicht den Zweck haben, die Wahrheiten der christlichen Lehre lauter und rein zu erhalten, sondern nur den Wunsch bekunden, die oben benannte Sammlung von Liedern zu verteidigen, ungeachtet dessen, daß viele dieser

*) Die der Zeit nach an dieser Stelle einzureißenden Manifeste der Kaiserin Katharina und Alexanders I. inbetreff Einwanderung in Rußland, ferner Alexanders I. inbetreff Aufhebung der Sonderbezeichnungen innerhalb der gemeinsamen evangelischen Kirche sind um ihres Inhaltes willen in anderer Ordnung eingereiht, und zwar steht das erstere vom Jahre 1763 unter Nr. XXXIV, das andere vom Jahre 1804 unter Nr. XXX, das dritte endlich vom Jahre 1818 unter Nr. XXXV unserer Sammlung.

Lieder in offenem Widerspruch zu der heiligen Schrift und in keiner Übereinstimmung mit dem Geiste des Christenthumes stehen. In diesem Buche, das dazu bestimmt ist, Gott dem Allerheiligsten Gebete und Lobgesänge in seinem Tempel darzubringen, deren Inhalt dienen soll, die Herzen zum Gebete anzuregen und zu erbauen, finden sich zum größten Erstaunen Stellen, welche nicht nur der Aufklärung bedürfen, sondern auch Lieder, aus denen der anstößige Sinn entfernt werden muß und welche Lehrsätze enthalten, die kaum in guten sittlichen Büchern des Heidenthums zu finden sind und in keiner anständigen Gesellschaft gesungen werden können.

Kraft alter Privilegien über die freie Ausübung des Gottesdienstes der evangelischen Kirche in Rußland genoß dieselbe zeither den ihr unter der Benennung der evang.-lutherischen verliehenen Schutz nach Grundlage der von meinen Vorfahren confirmirten königl. schwedischen Kirchenordnung, welche sich in der Glaubenslehre an die drei Hauptsymbole, an die Augsburgische Confession von 1530 und das Concordienbuch zu halten vorschreibt. Unter der Benennung der ev.-Reformirten ist diese Kirche in Rußland aufgenommen und bekannt als eine auf die Beschlüsse des Berner Synodus von 1532, die formula consensus Helvetici und den Heidelberger Katechismus gegründete. Alle diese Bestimmungen aber erkennen als ihren Grund das Wort Gottes oder die Bücher alten und neuen Testaments an, und nur auf diesen von der evangelischen oder protestantischen Kirche feierlich anerkannten und bekannten Prinzipien beruht ihre freie und gegen jede Beeinträchtigung gesicherte Existenz in diesem Reiche.

In Erwägung dessen und nach dem von der evangelischen Kirche selbst mit der höchsten Gewalt vereinten Rechte erachte ich es für eine vor Gott und dieser Kirche heilig Pflicht, sie gegen die Einführung solcher Grundsätze, die von der christlichen Sittlichkeit abzuführen geneigt sind, sicher zu stellen.

Deßhalb habe ich nöthig erachtet, für die evangelische Confession in Rußland die Bischofswürde zu creiern, wie

denn selbige auch in Finnland für die Protestanten und in andren Reichen als in Schweden, Dänemark und Preußen besteht. Zu dieser Würde werde ich nicht ermangeln, eine würdige Person aus der Geistlichkeit dieser Confession nach meinem Ermessen auszuwählen und anzustellen. Der gewöhnliche Sitz des Bischofs wird in St. Petersburg sein und werden unter seiner besonderen Aufsicht hinfort alle ev. Kirchen, sowie sämtliche Geistlichkeit derselben in Rußland stehen. Überdem wird für die Verhandlungen der geistlichen Angelegenheiten dieser Confession zur Aufsicht über die Erfüllung der kirchlichen Verordnungen die Übereinstimmung der kirchlichen Bücher und der Lehre mit den Grundsätzen der Kirche, sowie über den Wandel und das Veralten der Geistlichkeit eine besondere administrative Behörde unter der Benennung „Evangelisches Reichs-General-Consistorium“ errichtet, welchem alle Ober- und Consistorien, die Littauische evang. Synode und die übrigen ev. geistlichen Behörden, Kirchen und Gemeinden benebst der zu denselben gehörigen Geistlichkeit untergeordnet sind. In diesem Reichs-Consistorio sitzen außer dem Präsidenten, Vice-Präsidenten und zweien weltlichen, auch der Bischof nebst zweien geistlichen Mitgliedern, und zwar der Bischof unter dem Titel eines geistlichen Vorsizers und die geistlichen Mitglieder als Ober-Consistorialräthe.

Indem ich zum Präsidenten des Ev. Reichs-General-Consistoriums den Curator des Dörkt'chen Lehrbezirks, den General-Lieutnant Grafen Lieven und zum Vice-Präsidenten den Staatsrath Pesarovius ernenne, beide aber auch bei ihren anderweitigen Ämtern zu verbleiben haben, befehle ich Ihnen zu verfügen, daß die Consistorialsitzungen beim Justiz-Collegio von jetzt an unter dem Voritze des Präsidenten Grafen Lieven und dem Beisitze des Vicepräsidenten Pesarovius nach der früheren Grundlage und mit den zeitherigen Mitgliedern und Kanzleibeamten, sowie in dem gegenwärtigen Lokale ihren Fortgang haben. Unterdessen trage ich dem Präsidenten Grafen Lieven auf, sich unverzüglich unter Ihrer Leitung mit der Abfassung des Organisationsentwurfes und des

Etats für das Ev. Reichs-General-Consistorium zu beschäftigen und denselben durch Sie mir zur Einsicht und Bestätigung vorzulegen. Sobald dieses vollführt und das Ev. Reichs-General-Consistorium in Thätigkeit gesetzt worden ist, soll die Aufhebung der besonderen Consistorial-Sitzung beim Justiz-Collegio erfolgen.

Auf dieser neuen Grundlage hoffe ich, daß die Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten der evangelischen Confessionen ihrem früheren wichtigen Zweck mehr entsprechen und in derselben größere Einheit herrschen werde.

Alles dieses befehle ich Ihnen sofort dem Präsidenten des Ev. Reichs-General-Consistoriums Grafen Lieven, sowie der Consistorial-Sitzung des Justizcollegs kund zu thun, wem und wo nöthig darüber Mittheilung zu machen und es sofort in Kraft treten zu lassen. Was die Consistorialsitzung des Justizcollegs betrifft, überlasse ich dies dem dirigirenden Senate, dem ich darüber meinen Befehl zugestellt habe. Da die Sammlung der Lieder von Busse, die ihrem Inhalt nach dem heiligen, wichtigen Zwecke nicht entsprechen, sowie die geringe Anzahl guter Gesänge aus früheren Sammlungen für ihre Bestimmung nicht genügend befunden wurden, so befehle ich, indem ich meinen Willen Ihnen hiermit kund thue, daß dieses Buch hinfort in Rußland nicht mehr gebraucht werde

(eigenhändig unterschrieben)

Alexander.

Das wichtige Schriftstück darf in einer Urkundensammlung der evangelisch-reformirten Kirche nicht fehlen; geht doch sein Inhalt diese Kirche ebenso sehr an wie die Schwestergemeinde. Ein einfacher Hinweis auf Busch („Ergänzungen der Materialien zur Geschichte und Statistik des Kirchen- und Schulwesens der evangelisch-lutherischen Gemeinden in Rußland“, St. Petersburg 1867, I, 22), der den Befehl verstümmelt ohne den bezeichnenden Anfang und Schluß bietet, konnte nicht genügen; erst durch den ausdrücklichen Hinweis auf den äußeren Anlaß, dem der in die Verfassung der evangelischen Kirche in Rußland tief eingreifende

Befehl seinen Ursprung dankt, werden einzelne Stellen desselben verständlich. In meiner „Verfassungsgeschichte“ ist dieser äußere Anlaß ausführlich und auch genügend dargestellt (S. 249—264), auch der weitere Verlauf der infolge dieses Befehles unternommenen Arbeiten. Staatsrat Besarobius ist an der Fassung dieses Befehles nicht unbeteiligt, einmal durch die Beurteilung über das Bussische Gesangbuch, die handschriftlich in meinem Besitze sich befindet und den Anstoß zu dem Eingreifen des Kaisers gegeben; dann aber auch weil auch hier schon die befremdliche, von ihm, wie nachgewiesen, stammende Aufzählung der reformirten Bekenntnisschriften auftaucht, welche — später noch bei dem verlangten Organisationsentwurf um die Dordrechter Beschlüsse von 1619 weiter belastet — in der „Verfassungsgeschichte“ (S. 272) gebrandmarkt wird.

Es wäre auf manche fesselnden Punkte dieses kaiserlichen Erlasses im besonderen die Aufmerksamkeit zu lenken; wir müssen uns der Fodung entziehen. Nur der wichtige Zug darf zumal in der Gegenwart und gegenüber den Verlautbarungen, als ob die evangelische Kirche nur eine geduldete sei, nicht übersehen werden, daß Kaiser Alexander in diesem Erlass von Rechten redet, welche die evangelische Kirche selbst mit der höchsten Gewalt vereinbart hat. Solch feierliches Zugeständnis von ebenbürtig vereinten Rechten räumt kein russischer Kaiser einer nur geduldeten Kirche ein. Aus diesem freimütig anerkannten und zugegebenen Rechtsverhältnis leitet der Kaiser hier die ihm vor Gott und dieser evangelischen Kirche gestellte Pflicht ab. Inwieweit der betreffende Ulas ein genauer Ausdruck dieser Pflichten ist und innerhalb ihres Grenzgebietes liegt, dies abzuwägen und zu beurteilen, bedürfte einer längeren Erörterung, als sie hier am Platze ist.

VI.

Nr. 1978 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 22. April 1828.

Kaiserlicher Ulas, erlassen an den Minister der Volksaufklärung, den Oberdirigirenden der geistlichen Angelegenheiten fremder Konfessionen.

Wegen der Unbequemlichkeit, eine Konsistorialsitzung protestantischen Bekenntnisses an dem gleichen Ort mit dem

Justizcolleg zu haben und um dieselbe in der Art, wie es durch den Ukas vom 20. Juli 1819 bis zur Einrichtung eines General-Konsistoriums vorgeschrieben war, fortzusetzen, befehle ich

1) für die Konsistorialsitzung ein Haus zu miethen;

2) in die Konsistorialsitzung zwei geistliche Mitglieder ständig zuzuziehen statt der Reihenfolge, welche bis dahin unter allen lutherischen Pastoren angeordnet war, und zwar die Pastore Hammelmann und Ehrström, deren Jedem monatlich hundert Rubel zu zahlen sind;

3) eine besondere Kanzlei zur Besorgung aller Konsistorialsachen zu errichten;

4) zur Mieth der Wohnung für die Konsistorialsitzung nebst Kanzlei — beispielsweise zu 3500—4000 Rubel im Jahr mit Beheizung angenommen —, zugleich auch für Gehaltzahlung der zwei oben genannten geistlichen Mitglieder, das Geld aus der Summe von 8800 Rub. zu nehmen, welche im Ausgabebudget dieses Jahres für das noch nicht eröffnete Odeffaer Konsistorium angewiesen ist; auf Kosten des Restes dieser Summe aber die Einrichtung des Behördelofals und der Kanzlei zu bestreiten, zur Erhaltung der Kanzlei jedoch die Gelder zu bestimmen, welche dem Bischof Cygnaeus zur Beendigung des ihm gewordenen Auftrages eines Entwurfes einer Kirchenverfassung abgelassen wurden und aus diesen Geldern zu zahlen a) dem Schriftführer 1500 Rub., dem Übersetzer 1000 Rub., dem Archivar, welcher auch das Amt eines Exekutors zu vollziehen hat, 1000 Rub., den beiden ältesten und einem jüngeren Kanzleidiener 2000 Rub., die übrigen 1200 Rub. aber zu Kanzleiausgaben und zum Unterhalt zweier Wächter aus den Invaliden des Kriegsressorts zu verwenden;

5) für die Durchsicht der reformirten Sachen, welche manchmal vorkommen, an Stelle der erwähnten beiden lutherischen geistlichen Mitglieder zwei an Ort und Stelle befindliche reformirte Geistliche zuzuziehen.

Der fünfte Artikel erheischt die vollständige Aufnahme dieses namentlichen Ulasses in unserer Sammlung, da seine Bedeutung aus dem Zusammenhang gerissen unverständlich sein würde. Schon während der Zeit des Justizkollegs (vgl. Nr. III unserer Sammlung) wurden je und je bei Behandlung reformirter Angelegenheiten statt der lutherischen reformirte Geistliche zugezogen. Der vorliegende Erlaß gehört in die Reihe der zeitweiligen Verordnungen, die seit dem Ulaß von 1819 bis zur Ausgabe des Kirchengesetzes der evangelisch-lutherischen Kirche Rußlands 1832 die langdauernde Übergangszeit erforderlich machte. Nebenbei sei bemerkt, daß die erwähnten Pastoren angestellt waren: Hieronymus Hammelmann von 1801—1834 an der deutschen Petrikirche, Eric Ehrström von 1826—1835 an der schwedischen Katharinenkirche; über den Bischof Egnaeus giebt die „Verfassungsgeschichte“ genügende Auskunft (vgl. S. 264). Die Bezeichnung „zwei an Ort und Stelle befindliche reformirte Geistliche“ ist für jene Zeit richtig, da eine Auswahl aus drei vorhandenen reformirten Geistlichen damals möglich war. Seitdem aber 1842 (vgl. Nr. IX unserer Sammlung) der holländische Geistliche in Petersburg aus dem Verband des Ministeriums des Innern geschieden, sind nur der deutsche und der französische reformierte Prediger übrig geblieben und als solche Mitglieder der reformirten Sitzung, welche in das Erbe dieser zeitweiligen Verordnung getreten ist.

VII.

Nr. 3796 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 24. Juni 1830.

Gemäß den Gesetzen vom 11. Mai 1778 *) und vom 22. April 1823 **) und nach dem Wunsche der Rigaer und Mitauer reformirten Gemeinden und Geistlichen, dergleichen auch der Vorschläge des Generalgouverneurs und der Civilgouverneure der Ostseeprovinzen und des Comites, welches zur Abfassung eines allgemeinen Gesetzes für die protestantisch-

*) In unsrer Sammlung Nr. XVI.

**) In unsrer Sammlung Nr. VI.

evangelische Kirche in Rußland niedergesetzt war, halte ich meinerseits dafür, daß zur besseren Verwaltung der Angelegenheiten der reformirten Gemeinden, welche bisher unter der Aufsicht der hiesigen Konsistorialsitzung steht, dieselben unter die örtlichen evangelischen Konsistorien gestellt werden müssen und zugleich, daß bei der Durchsicht dieser Sachen in den Konsistorien statt der lutherischen Geistlichen ein oder, wo es möglich ist, zwei aus den reformirten Geistlichen und eben so viele Kirchenälteste dieser Gemeinde zugezogen werden. Diese Letzteren sollen von der Gemeinde nach Stimmenmehrheit gewählt und wie die Pastore auf Vorstellung der Konsistorien von der Hauptverwaltung der geistlichen Angelegenheiten fremder Konfessionen bestätigt werden. Im Falle von Klagen gegen den reformirten Pastor selbst oder die Ältesten, welche im Konsistorium sitzen, muß dasselbe der Oberverwaltung Vorstellung machen über Ernennung eines Deputirten aus den Reformirten des Standes, zu welchem der Angeschuldigte gehört; behufs Untersuchung solcher Klage und in der ferneren Durchführung derartiger Sachen soll nach dem für das evangelische Bekenntniß in judiziärer Beziehung angeordneter Weise verfahren werden, ausgenommen wenn die Sache die Glaubenslehre berührt. Von solchen übrigens sehr selten vorkommenden Dingen muß jedes Mal an die Allerhöchste Entscheidung Vorstellung gemacht werden.

Alle diese Maßregeln können meiner Meinung nach ausgedehnt werden auch auf die Ordnung der Verwaltung der Angelegenheiten der St. Petersburger reformirten Gemeinde und der hiesigen evangelischen Konsistorialsitzung, welcher wie bisher wegen Nichtvorhandenseins eines örtlichen evangelischen Konsistoriums auch die Moskauer reformirte Gemeinde untergeordnet sein soll.

Was die Ordnung der Anstellung der reformirten Pastore betrifft, so werden selbige jetzt von der Gemeinde selbst gewählt und auf Vorstellung der hiesigen Konsistorialsitzung von der Hauptverwaltung bestätigt; die Pastorenprüfung und Ordination werden von dem örtlichen oder

benachbarten reformirten Pastor in Gegenwart mehrerer lutherischen Geistlichen vollzogen. Übrigens werden für diese Stellen aus Mangel von Candidaten reformirten Bekenntnisses bei uns gewöhnlich Ausländer bestimmt, die bereits im Auslande geprüft und ordinirt sind. Bei der Anstellung dieser Letzteren prüft die geistliche Behörde die von denselben vorgestellten akademischen und andren Zeugnisse derselben und stellt über solche Geistliche der Hauptverwaltung vor, welche übrigens sie nicht anders bestätigt als nach Einholung der ausführlichsten Nachrichten über dieselben auf Grundlage der in der Hauptverwaltung mit Allerhöchster Genehmigung angenommenen allgemeinen Ordnung für Anstellung aus dem Auslande gekommener Geistlichen. Ich glaube, daß diese Ordnung auch fernerhin beibehalten werden kann, mit der Einschränkung jedoch, daß die Prüfung von noch nicht ordinirten Candidaten in den örtlichen Konsistorien vorgenommen würde; befindet sich aber in demselben kein reformirtes geistliches Mitglied, dann in einem benachbarten, wo ein solches vorhanden ist.

Die Verwaltung des Vermögens der reformirten Kirchen, Schulen und Wohlthätigkeitsanstalten in den Ostseeprovinzen hing bisher gänzlich von den reformirten Gemeinden selbst ab und hat die Hauptverwaltung hierüber gar keine Bestimmung unsrer Regierung vor Augen. Weil aber über diesen Gegenstand gar keine Klage in die Hauptverwaltung gelangt ist, so kann, scheint es, in Übereinstimmung mit der Meinung des Comites, welches zur Abfassung eines allgemeinen Gesetzes für die evangelische Kirche in Rußland niedergesetzt ist, diese Weise auf bisheriger Grundlage fortbestehen. Zur Verwaltung der ökonomisch-kirchlichen Angelegenheiten der Petersburger reformirten Kirchspiele sind durch das obenerwähnte Manifest von 1778 genaue Regeln bestimmt worden. Da diese Regeln aber sich nicht auf die Moslauer reformirte Gemeinde beziehen und in derselben einige Unordnungen in der Verwaltung des Kirchenvermögens stattfanden, so beschäftigt sich die Hauptverwaltung nach Einverlangen der erforderlichen Nachrichten

hierüber sowohl von der Gemeinde selbst, als auch von der hiesigen Consistorialsitung und im Hinblick auf jenes Manifest gegenwärtig mit der Abfassung eines Entwurfes der besonderen Regeln zur Verwaltung dieser Angelegenheit in genannter Gemeinde. Diesen Entwurf werde ich nicht unterlassen in kürzester Zeit der allerhöchsten Einsicht zu unterlegen.

Vorstehende Vorstellung vom 24. Juni 1830 inbetreff der Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten reformirter Gemeinden vonseiten des damaligen Generaldirektors des Departements der geistlichen Angelegenheiten fremder Konfessionen (vgl. darüber „Verfassungsgeschichte“, S. 307), Staatssekretär Dmitrij Bludow, wurde am 28. Juni im Ministerkomite vorgetragen, welches dieselbe zu bestätigen beschloß. Am 15. Juli wurde sodann dem Komite bekannt gemacht, „daß Se. Majestät Allerhöchst geruht habe, den Beschluß des Komites zu bestätigen“.

Um der Bedeutung willen dieser Vorstellung für die reformirte Kirche des Landes geben wir ihre kurze Vorgeschichte, wobei wir uns zumeist auf die Angaben stützen, die der Antragsteller selbst zu ihrer Begründung gemacht.

Bludow erwähnt, daß 1820 in Mitau Streitigkeiten zwischen der lutherischen und reformirten Geistlichkeit der Stadt ausgebrochen seien. Welcherlei Art dieselben gewesen, darüber haben meinerseits angestellte Nachforschungen keine irgendwelche Aufklärung geboten. In Anlaß derselben sollte das reformirte Kirchspiel dem kurländischen Konsistorium unterstellt werden. Dürfen wir vielleicht in einem bei gebotenem Anlaß dahin zielenden Antrag den Grund der Streitigkeit suchen? Bis dahin nämlich wurden alle reformirten Sachen in Rußland von der Petersburger evangelischen Consistorialsitung und von der Littauischen reformirten Synode verhandelt, der Art, daß bei reformirten Angelegenheiten in der Petersburger Consistorialsitung statt der beifigenden lutherischen Pastoren zwei von den Petersburger reformirten Geistlichen zugezogen wurden. Seit der Einverleibung Kurlands 1795 mag 1820 zum erstenmal ein Fall in dem kurländischen Konsistorium vorgekommen sein, der sich bei den anders gewordenen Verhältnissen zu einer Kompetenzfrage

ausgestaltete, die den Namen Streitigkeit erhielt oder aber auch Grund dazu bot. Wie dem auch sei, die Sache gelangte an die Petersburger Konsistorialsigung und erklärten die reformirten Mitglieder derselben, daß in einem solchen Falle man bestimmen müsse, daß der Prediger und zwei Kirchenälteste der reformirten Gemeinde in dem lutherischen Konsistorium bei reformirten Sachen zugegen zu sein haben. Diese reformirten Mitglieder waren somit für eine Loslösung der Reformirten des Reiches von der alleinigen Instanz der Petersburger Konsistorialsigung; befürworteten aber bei den örtlichen Konsistorien eine gleiche Vertretung der Reformirten, wie sie bis dahin in der Petersburger Konsistorialsigung statt hatte. Die lutherischen Mitglieder des Konsistoriums waren jedoch der Meinung die besondere Angelegenheit des reformirten Mitauer Kirchspiels auf sich beruhen zu lassen, bis die in jenen Jahren geplante und in Ausarbeitung begriffene allgemeine Organisation der evangelischen Kirche in Rußland zur Ausführung gelangt wäre. Und dabei hatte es zunächst sein Bewenden.

Als dann 1828 die Verfassungsfrage von neuem in Anregung kam (vgl. „Verfassungsgeschichte“ S. 306 ff), wandte sich Bludow, sobald das Komitee zur Abfassung eines allgemeinen Gesetzes für die evangelische Kirche Rußlands seine umfassende Arbeit begonnen hätte, an den Generalgouverneur der Ostseeprovinzen und verlangte seine Meinung über die Verwaltung der Angelegenheiten der reformirten Kirche in jenen Provinzen. Baron Pahlen, damals Generalgouverneur, berichtete, daß nur in Livland und Kurland, nicht aber in Estland reformirte Gemeinden seien. Der livländische und auch der kurländische Zivilgouverneur hätten über die angeregte Frage die Meinung der Kirchenräte der dortigen reformirten Gemeinden einverlangt, welche glaubten, daß die Kirchensachen dieser Gemeinden der Begutachtung der örtlichen lutherischen Konsistorien überlassen werden könnten, unter der Bedingung jedoch, daß bei der Durchsicht derselben im Konsistorium sowohl der reformirte Pastor als auch ein Ältester zugezogen würden; im Falle einer Klage aber über diesen Pastor selbst, dieselbe nicht anders durchgesehen werden könne als in Gegenwart von zwei oder drei Kirchenältesten der betreffenden Gemeinde. Der Generalgouverneur erklärte sich mit dieser Meinung einverstanden.

Im weiteren Fortgang erkannte Staatssekretär Bludow, daß es nicht genüge, die Angelegenheit für die Reformirten der Ostseeprovinzen zu regeln, sondern daß allgemeine Maßregeln über die Verwaltung der reformirten Kirchenangelegenheit jetzt bei der Umgestaltung der bisherigen lutherischen Kirchenverfassung ergriffen werden müßten. Unangetastet blieb nur die litthauische reformirte Synode. Sie hatte von ihrem Ursprung an mit nur kurzer Ausnahme unberührt von der lutherischen Kirche selbständig die Angelegenheiten ihrer Kirche verwaltet, in einer Weise und nach einer festbegründeten Ordnung, von welcher Bludow offen und ausdrücklich bekennt, daß diese Synode „eine sehr gut wirkende Behörde“ sei. Der Staatssekretär richtete deshalb an das vom 25. September 1829 bis zum 8. Mai 1830 in Petersburg tagende Komitee zur Entwerfung eines Vorschlages für eine allgemeine Ordnung der protestantisch-evangelischen Kirche in Rußland eine diesbezügliche Anfrage. Nicht weil dieses Komitee berufen gewesen wäre, auch das Kirchenwesen der Reformirten des Landes zu ordnen; es hatte von Anfang an seine Arbeit auf die lutherische Kirche zu beschränken; wohl aber, weil es sich um einen Berührungspunkt der beiden Schwesterkirchen in den örtlichen Konsistorien handelte.

Das Komitee gab auf die gestellte Anfrage seine Meinung in folgenden vier Punkten ab:

1) die geistlichen Angelegenheiten der reformirten Gemeinden in Riga und in Livland kann das Rigauer Stadtkonsistorium verwalten; in den übrigen Gouvernements aber, außer denen, in welchen diese Sachen von der litthauisch-reformirten Synode verwaltet werden, sollen dieselben von den örtlichen lutherischen Konsistorien verwaltet werden;

2) bei der Verhandlung von die Reformirten betreffenden Sachen in den lutherischen Konsistorien sollen vonseiten derselben der reformirte Pastor und ein Ältester nach Wahl der Glaubensgenossen zugegen sein, die beiden lutherischen Geistliche und Beisitzer jedoch der Verhandlung nicht beiwohnen;

3) wenn die Sache eine Klage wider den Pastor selbst oder den beisitzenden Kirchenältesten in sich schließt, so müssen zu der Sitzung andere Personen des gleichen Standes aus diesem oder einem benachbarten Konsistorialbezirk zugezogen werden;

4) Prüfung und Anstellung der reformirten Geistlichen, die Verwaltung des Vermögens der reformirten Kirchen, Schulen und Wohlthätigkeitsanstalten verbleiben auf dem alten Fuße.

Ein Vergleich dieser beiderseitigen Meinungen mit der Vorstellung selbst ergibt, inwieweit Bludow dieselben berücksichtigt hat. Es dürfte bei dieser Gelegenheit die Notiz eine Stelle finden, die, im Fortgang der Studien gewonnen, einen Beitrag zur Lösung der in der „Verfassungsgeschichte“ (S. 309) aufgeworfenen Frage zu bieten imstande ist, wie es doch komme, daß bei der dem Komite von 1828 gestellten Verfassungsaufgabe keine Rede mehr sei von einer gemeinsamen Kirchenverwaltung der Lutheraner und Reformirten des Landes. Bludow giebt 1832 in einer bis jetzt unveröffentlichten Mitteilung an den Reichsrat den darauf bezüglichen Vorgang also an:

„Im Ulas vom 22. Mai 1828 über Bildung des Komitees war meistens der Ausdruck gebraucht ‚evangelisch-protestantische Kirche‘, mit welchem Ausdruck in der Regel sowohl die lutherische als auch reformirte Kirche bezeichnet wird. Darum hatte das Komite in Erwägung des Allerhöchsten Befehls, welcher am 8. Januar 1818 (vgl. unsere Nr. XXXV) durch den Minister der geistlichen Angelegenheiten dem Justizkolleg bekannt gemacht worden war, daß die protestantischen Konfessionen in Rußland evangelische Kirche zu nennen seien, bei der vorläufigen Erwägung der Gegenstände, welche in das Projekt des von ihnen anzufertigenden Ustaws gehören sollten, die Entscheidung sich erbeten: soll dieser Ustaw für die Verwaltung der lutherischen Kirche allein oder auch für die reformirte gelten? Hierauf hat der Kaiser auf meine Unterlegung geäußert, daß die Vereinigung dieser Kirchen von ihrem eigenen Wunsche und gegenseitigem Übereinkommen abhängen solle. Sich mit dem Kaiserwillen in Übereinstimmung setzend hat das Komite ausschließlich aus Mitgliedern lutherischer Konfession bestehend*), sich nicht für befugt gehalten, ein Projekt eines allgemeinen Ustaws für beide Konfessionen zu machen, sich aber

*) Unaufgeklärt bleibt bis zur Stunde diese von dem Verlaufe der Verfassungsgeschichte seit 1818 abweichende Beschränkung, von wem sie ausgegangen und aus welchen Beweggründen.

überall bestrebt — und zwar, wie ich zu glauben wage, nicht ohne Erfolg —, in seinem Entwurfe alle Anordnungen, sogar Ausdrücke zu vermeiden, welche in der Folge als Hindernis zur Vereinigung der beiden Konfessionen dienen könnten, wenigstens was die Verwaltung derselben betrifft, falls jemals diese Kirchen den Wunsch äußern sollten. Dazu ist infolge des allerhöchst bestätigten Ministerkomitees vom 14. Juni 1830, welcher beim Senatsaufsat vom 13. August 1830 veröffentlicht wurde, bereits der erste Schritt gethan worden durch Übertragung der Durchsicht der Sachen der reformirten Gemeinden in Petersburg, Moskau, Riga, Mitau an die lutherischen Konsistorien bei Anwesenheit besonders dazu eingeladenen geistlicher und weltlicher Glieder der reformirten Kirche. Diese Bestimmung ist — wie ich aus den von mir gesammelten Nachrichten ersehe — mit gleicher Freude von Reformirten und Lutheranern aufgenommen worden.“

VIII.

Nr. 6999 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 17. April 1834.

Allerhöchst bestätigter Beschluß des Minister-Komitees über die Ordnung und Verwaltung der Angelegenheiten der reformirten Gemeinden in St. Petersburg, Moskau, Riga, Mitau.

Der dirigirende Senat hat sich die Meldung des Ministers des Innern vortragen lassen, daß der Senat in einem Erlaß vom 16. März 1834 ihm, dem Minister, anheimgegeben, die allerhöchste Bewilligung zur Ausführung der von ihm geplanten und vom dirigirenden Senat gutgeheißenen Maßregel zu erbitten, daß nämlich die Angelegenheiten der reformirten Gemeinden in St. Petersburg, Riga und Mitau wie früher von den örtlichen ev.-lutherischen Konsistorien verwaltet werden (die reformirte Gemeinde in Moskau, für deren Verwaltung der Angelegenheiten sowohl in kirchlicher, als auch in ökonomischer Beziehung besondere, am 14. Oktober 1830 (vgl. in unsrer Sammlung Nr. XXIII) allerhöchst bestehende Regeln vorhanden sind, war unter die

Competenz des neu errichteten Moskauer ev.-lutherischen Konsistoriums gestellt) und daß die bezeichneten Konsistorien in der Verwaltung dieser Angelegenheiten vollständig im Einflang mit dem allerhöchst am 15. Juli 1830 (siehe unsere vorangegangene Nummer) bestätigten Beschluß des Minister-Comites zu handeln haben. Der Minister des Innern ging mit der Vorstellung über diese Angelegenheit an das Minister-Comite und gegenwärtig ist ihm, dem Herrn Minister des Inneren, mittelst Auszug aus dem Journal des Comites vom 13. und 17. April dieses Jahres eröffnet worden, daß S. M. der Kaiser in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Minister-Comites geruht habe, die obenbezeichnete Ordnung bezüglich der Verwaltung der Angelegenheiten in St. Petersburg, Moskau, Riga und Mitau der allerhöchsten Bestätigung zu würdigen.

Indem der Herr Minister des Innern darüber dem Senat Meldung macht, bittet er um Vorschriften an wen gehörig über Ausführung dieses allerhöchsten Willens.

Zwischen diese kaiserliche Bestätigung eines Beschlusses des Ministercomites vom Jahre 1834 und das vorangegangene Schriftstück inbetreff Ordnung der geistlichen Angelegenheiten der reformirten Kirche in Rußland vom Jahre 1830 fällt die Ausgabe des Gesetzes für die evangelisch-lutherische Kirche am 28. Dezember 1832, über dessen Entstehung die „Verfassungsgeschichte“ (S. 306 ff.) nähere Mitteilung giebt. Es ist beachtenswert, daß auch der Fortgang in der Ausarbeitung dieses Gesetzes und seine endgültige Fassung den Minister nicht veranlaßt und beeinflusst hat, die Stellung, welche er der reformirten Kirche in Leitung ihrer geistlichen Angelegenheiten 1830 angewiesen hatte, zu ändern, dieselbe etwa in eine größere Abhängigkeit zu diesem nun nach allen Seiten hin fertig gestellten Gesetzbuch der Schwesterkirche zu rücken. In den hier auf neuer Grundlage geregelten Konsistorien und ihrer Amtsbezirke war eine bequeme Behörde geschaffen, an welche sich die von altersher bestehenden „reformirten Sitzungen“ anlehnen konnten, mit teilweiser Benützung des Beamtenstandes dieser Konsistorien, aber doch unter Wahrung der Eigentümlichkeit reformirten

Kirchenwesens, welches in der geistlichen Behörde in irgendwelcher Form die Vertretung der Gemeinde und zwar durch die Gemeinde selbst gewählt fordert. Untersuchung und Durchführung von Klagesachen werden nach der für das evangelische Bekenntnis in judiziärer Beziehung angeordneten Weise verhandelt. Der Ausdruck ist — vielleicht weil diese Weise damals (1830) noch in der Anordnung begriffen war — nicht ganz klar; es scheint aber die Auslegung die richtige zu sein, welche sie im Geschäftsgang der Folgezeit gefunden, daß die reformirten Sitzungen an diesem einen Punkte an die genaue Beobachtung der in diesem Gesetzbuch aufgestellten Ordnung gewiesen sind. Die ausdrückliche Hervorhebung beweist, daß dieses Gesetz an den anderen Punkten, wie bereits erwähnt, für die reformirte Sitzung nicht als maßgebend aufgestellt ist. Das zeigt auch der andere Punkt inbetreff der Verwaltung der ökonomisch-kirchlichen Angelegenheiten der Petersburger reformirten Kirchspiele, wobei ausdrücklich das Manifest von 1778 als Richtschnur aufgestellt wird, nicht aber die eingehenden Verfügungen des lutherischen Kirchengesetzes von 1832.

IX.

Nr. 15658 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 19. Mai 1842.

Kaiserlicher Ukas, durch den Minister des Inneren veröffentlicht, inbetreff von ausländischen Kandidaten, welche Pastorenstellen in Rußland suchen.

Auf allerunterthänigste Unterlegung des Ministers des Innern ist allerhöchst befohlen worden, daß auf gesetzlicher Grundlage die Erlaubniß für Ausländer zu predigen und Pastorenstellen im Reiche anzutreten, nur solchen von ihnen gewährt werde, welche ein Zeugniß über den Eintritt in die russische Unterthanschaft beibringen.

, Aus der knappen Fassung dieses Ukases ist der Beweggrund nicht ersichtlich, welcher den damaligen Minister Staatssekretär Bludow zu dem Schritt veranlaßt haben mag. Und doch möchten alle, die von diesem Ukas betroffen werden, so gerne die Ursachen

kennen, weil die erkannte Zweckmäßigkeit dem gewissenhaften Manne das Schwere einer Verordnung erleichtert. Je ernster und heiliger der Christ den Unterthaneneid nimmt, um so drückender wird ihm der Wechsel des Vaterlandes; er kann sich dem fügen, wenn er überzeugt ist, daß sein Herr ihn an diese Stelle ruft, und er wird dann in treuem Gehorsam der Obrigkeit unterthan sein, die Gewalt über ihn hat. Aber zu diesem Gehorsam wird er nicht erst durch den Unterthaneneid verpflichtet, sondern durch das Wort Gottes, das ihn unbedingt in all' seinem Thun und Lassen leitet. Es ist dennoch ein anderes, eine Übersiedelung in ein fremdes Land, um daselbst eine neue Heimat sich zu gründen und der Ruf für eine bestimmte Zeit unserm Herrn Christus in seiner Gemeinde an irgendeinem Punkte der Erde zu dienen. Die volle Schärfe dieses Ulaßes ist in der Folge etwas gemildert worden; sein Inhalt war an den Thatfachen schartig geworden. Wie in der Urkunde Nr. XV der Artikel 284 zeigt, wird der Unterthaneneid denn doch nicht mehr für die Erlaubnis zu einer Predigt eines fremden Geistlichen gefordert, nur noch im Falle der Anstellung eines auswärtigen Kandidaten zum Predigtamt.

Die eigentliche Triebfeder zu dieser Verordnung wird wohl kaum mehr zutage treten. Wenigstens nicht mehr aus den Altentstücken, soweit sie darin bei Erörterung dieses Gesetzes sichtbar geworden sein mag. Denn fast das gesamte Archiv ging zugrunde bei dem verheerenden Brande, welcher das Ministerium des Innern im Anfang der sechziger Jahre so verhängnisvoll betroffen. Unter den wenigen geretteten Schriftstücken habe ich nichts auf diese Verordnung Bezügliches gefunden. Vielleicht, daß günstiges Geschick Tagebücher oder Briefe der beteiligten Personen in der Folge zur Veröffentlichung bringt, durch welche genügendes Licht auf den Anlaß dieses Gesetzes fällt. Mehr oder minder stichhaltige Mutmaßungen, welche sich auf politische Vorgänge in jenen Jahren, auf Maßregeln, die anfangen sich in betreff der Ostseeprovinzen geltend zu machen, stützen und den Faden eines Zusammenhanges aufweisen, diese Mutmaßungen nun auch auszusprechen und in ihrer Wahrscheinlichkeit zu begründen, ist hier nicht der Ort.

X.

Aus dem Reichsgesetzbuch XI. Bd., I. Th. Ausgabe von 1857 mit Berücksichtigung der späteren Fortsetzungen.

§ 1. Der vorberechtigte und herrschende Glaube im russischen Reiche ist der christliche rechtgläubig-katholische des östlichen (oriental.) Bekenntnisses. Jedoch genießen auch alle nicht zu dieser Kirche gehörigen Unterthanen des Reiches sowohl als auch Ausländer nicht allein im Reiche, sondern auch im Königreiche Polen und im Großfürstenthum Finnland überall Glaubens- und Cultusfreiheit.

§ 2. Im russischen Reiche ist die Glaubensfreiheit nicht nur den Christen fremder Konfessionen, sondern auch den Hebräern, Muhamedanern und Heiden zugestanden.

§ 3. Die geistlichen Angelegenheiten der Christen fremder Konfessionen und der Andersgläubigen unterstehen ihren besonderen geistlichen Verwaltungen, welche von der höchsten Gewalt des Selbstherrschers dazu eingesetzt sind. Diese Verwaltungen richten sich bei Ausübung ihrer Thätigkeit und ihres Amtes nach den Vorschriften und Gesetzen ihres Glaubens, beobachten dabei aber gleichzeitig auch die sowohl in diesem, als auch in den übrigen Theilen des Reichsgesetzbuches enthaltenen Reichsgesetze und wahren auf Grund ihres Unterthaneneides alle geheiligten Rechte und Vorzüge S. K. Majestät und die Reichsgesetze.

§ 4. Innerhalb der Grenzen des Reiches hat allein die herrschende rechtgläubige Kirche das Recht, die Befenner der andren christlichen Konfessionen und die Andersgläubigen zur Annahme ihrer Glaubenslehre zu überzeugen. Die Geistlichen und Weltlichen der übrigen christlichen Konfessionen und die Andersgläubigen sind dagegen aufs Strengste gehalten, die Gewissensüberzeugung der nicht zu ihrer Religion Gehörigen nicht anzutasten; im entgegengesetzten Falle unterliegen sie den in den Kriminalgesetzen bestimmten Strafen.

§ 5. Wenn Befenner eines andren Glaubens zur rechtgläubigen Kirche überzugehen wünschen, so darf Niemand,

unter welchem Vorwande es auch sei, sie an der Erfüllung dieses Wunsches verhindern.

§ 6. Personen, welche zu einer der fremden christlichen Konfessionen gehören, können nach ihrem Wunsche zu einer andren eben solchen übergehen, jedoch nicht anders als mit Erlaubniß der höheren, im § 8 bezeichneten Autorität und auf förmliche Bitte, welche bei der Letzteren von ihnen ohne jegliche Theilnahme der Geistlichkeit derjenigen Konfession, zu welcher sie überzutreten wünschen, eingereicht wird. Die Annahme von Hebräern, Muhamedanern und Heiden zu einer der christlichen Konfessionen, mit Ausnahme der in den § 109, 110 und 115 *) des Gesetzes über Verhinderung und Verhütung von Verbrechen aufgezählten Fälle wird ebenfalls nur mit Erlaubniß derselben Autorität auf ihre freiwillige, der geistlichen Obrigkeit unterlegten Bitte hin gestattet.

§ 7. Die Eheschließung ist Personen verschiedener christlicher Konfessionen unter einander und einigen derselben auch mit Andersgläubigen gestattet, jedoch unter genauer Erfüllung der besonderen hierüber im Civil-Gesetz enthaltenen Regeln.

§ 8. In der allgemeinen Ordnung der Reichsverwaltung stehen die geistlichen Angelegenheiten der fremden christlichen Konfessionen und der Andersgläubigen unter dem Minister der inneren Angelegenheiten.

§ 9. Die Gegenstände und die Ordnung der geistlichen Verwaltungen mit dem Minister der inneren Angelegenheiten sind weiter unten in besonderen Bestimmungen für jede Konfession und jeden Glauben angegeben, die Verhandlung über dieselben aber bei diesem Minister ist in Grundlage der Verfassung der Ministerien im Departement der fremden Culte vereinigt (Verfassung der Ministerien § 1217—1220).

*) § 109 entspricht in den neuen Ausgaben dem § 670 Anm. des XI. Bd., I. Th., § 110 und 115 dem § 90 und 91 des erwähnten Gesetzes in der Ausg. von 1776. Vgl. in unsrer Sammlung Nr. XII und XIV.

§ 10. Alle Angelegenheiten und Vorkommnisse bei den fremden christlichen und andersgläubigen Konfessionen, welche nach den unten dargelegten Verfassungen und Gesetzen der im § 8 genannten Autorität nicht überlassen sind, werden von derselben in der hierfür festgesetzten Ordnung zur allerhöchsten Entscheidung vorgestellt.

Mit dieser Urkunde taucht zum erstenmale in unserer Sammlung eine neue Quellenangabe auf. Es sei uns gestattet, über sie und die früher genannte Quelle ein paar erläuternde Worte hier beizufügen.

Auch auf dem Gebiete der russischen Gesetzesammlung tritt Peter der Große als mächtig anregender Bahnbrecher in seinem Reiche auf. Am 18. Februar 1700 erteilte er den Befehl, mit Zugrundelegung der am 29. Januar 1649 unter dem Zaren Alexei Michailowitsch erlassenen Gesetzesammlung (Sjobornoe Ulo-schenie) die seitdem erschienenen Novellen, Ukase und Erlasse des Bojarenrats zu vergleichen und zu einem Ganzen zu verarbeiten. Die erwähnte Sammlung von 1649 war eine hastige, übereilte Arbeit: heute befohlen und schon nach drei Monaten fertig gestellt. Man hatte ein Fachwerk von 25 Kapiteln aufgeführt, das man mit dem rasch und oberflächlich zusammengebrachten Material an vorgefundenen Gesetzen auszufüllen versuchte. Aber diese Abteilungen boten große und empfindliche Lücken, deckten in ihrem Inhalte Widersprüche unter den einzelnen Verordnungen auf und zeigten klar, wie die nun lose neben einander gestellten Gesetze nicht von dem gleichen Geiste durchdrungen, von keinem inneren, einigenden Bande zusammengehalten waren. Statt die Handhabung des Rechtes und in erstrebter Folge das Rechtsbewußtsein zu stärken, trat die entgegengesetzte Wirkung ein; Unordnung und damit Unsicherheit lagen offen zutage. Daneben füllten sich weitere Bände mit den seit einem halben Jahrhundert ununterbrochen neu erschienenen Gesetzen, die ihre sachgemäße Eingliederung in das nun einmal aufgestellte Fachwerk forderten.

Der Befehl Peter des Großen bezweckte, dem weiteren Umsichgreifen dieser Unordnung vorzubeugen. Wirksam und sein Ziel erreichend wäre das Gesetz gewesen, wenn eine entsprechend geniale

Hand die Riesenarbeit in absehbarer Zeit wie aus einem Gusse vollendet hätte. Aber keine solche notwendige Hilfe bot sich dem genialen Gesetzgeber; es kam so ganz anders, als Peter der Große es beabsichtigt. Eine Kommission nach der andern ward zur Ausführung des Befehls ins Leben gerufen, durch Jahrzehnte hindurch sie alle mit einer Penelopearbeit belastet. Was die eine Kommission an dem Gewebe glaubte mühsam zustande gebracht zu haben, trennte die folgende wieder los, um die Arbeit von neuem zu beginnen. Nicht weniger wie zehn solcher Gesetzeskommissionen tagten und lösten sich wieder im Verlauf von 126 Jahren auf; die Spuren ihrer Thätigkeit bewahrt kaum ein geduldiges Archiv. Es würde hier zu weit führen, diese einzelnen Kommissionen in ihrer besonderen Arbeit zu verfolgen; ihre lange Reihenfolge legt Zeugnis ab, wie fruchtbar die Anregung gewesen, die bis zu ihrer Lösung trotz aller vergeblichen Versuche nicht mehr zur Ruhe kommen konnte.

Drei Hauptaufgaben hatten sich aus der Arbeit aller Kommissionen als dringend erforderlich herausgestaltet: zunächst eine möglichst „vollständige Gesetzsammlung“ (polnoi sobranje) anzulegen, dann ihre Ordnung durch Zusammenfassung in ein einziges Gesetzbuch (corpus, swod sakonow, Reichsgesetzbuch) herzustellen und endlich die Abfassung neuer Gesetzbücher (codes, codices). Nun endlich zeigte sich auch die Hand zur Ausführung, nach welcher Peter der Große vergeblich ausgeschaut, die sich auch unter all' der übereifrigen, geschäftigen Gesetzmacherei im Zeitalter Katharina der Zweiten nicht gefunden und während des ganzen achtzehnten Jahrhunderts von Rußland so schmerzlich entbehrt ward. Es war der geniale Speranski, der seine Kraft unter Alexander dem Ersten zeigte, um sie unter Nikolai völlig zum Nutzen des Reiches verwertet zu sehen.

Am 31. Januar 1826 berief Kaiser Nikolai eine Kommission unter seiner eigenen Oberteilung zusammen als sogenannte zweite Abteilung der höchstgelegenen Kanzlei und vertraute dem Grafen Speranski den Vorsitz in derselben an. Vier Aufgaben wurden der Kommission nach dem Plane ihres Vorsitzenden überwiesen, zunächst: genau das Wesen und die leitenden Grundsätze der Codification aufzustellen; dann: einen Plan für die allgemeine Teilung der Gesetze zu entwerfen; weiter: nach diesem Plane die

vorbereitenden Arbeiten zu ordnen und schließlich: die endgültigen Arbeiten fertig zu stellen. Und es blieb unter solcher Persönlichkeit im Vorsitz nicht bei dem Wollen und bei dem Entwurf. In den seitdem abgelaufenen sechzig Jahren hat diese Kommission mehr gearbeitet als ihre sämtlichen Vorgängerinnen in der doppelten Zeit und was die Hauptsache, sie hat mit Erfolg unter Einhaltung der vier Aufgaben gearbeitet. Den alten Namen hat diese sogenannte zweite Abteilung seit dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers eingebüßt. 1881 wurden die einzelnen Abteilungen der „höchsteigenen Kanzlei“ aufgehoben; die genannte Abteilung heißt jetzt „Codifikationsarbeit beim Reichsrat“.

Als Arbeitsfrucht liegt nun vor die „vollständige Gesetzesammlung“ in drei Abteilungen (Sammlungen, sobranje). Die erste Abteilung reicht von Peter dem Großen (streng genommen von 1649) bis zum Regierungsantritt des Kaisers Nikolai und enthält in 40 mächtigen Bänden die Sammlung aller Gesetze bis zum Jahre 1825. Die zweite Sammlung umfaßt die Regierung der beiden Kaiser Nikolai und Alexander II. (1825—1881). Wenn sie mit ihren 55 starken Bänden, nicht weniger als 61 928 Nummern enthaltend, trotz der kürzeren Zeit die erste Sammlung räumlich überragt, so liegt der Grund nicht in der größeren Gesetzmacherei während dieses Zeitraumes, sondern in der streng eingehaltenen Sorgfalt bei der Sammlung aller Uktase und Erlasse, eine Sorgfalt, die bei der früheren Sammlung und den noch ungeordneten Zuständen auf diesem Gebiet in der von ihr umgrenzten Zeit nicht ausgeübt wurde. Noch bis zur Stunde tauchen Ergänzungen aus dem vorigen Jahrhundert auf; wer immer sich in Quellenstudien jener Zeit einläßt, wird Beiträge zur Vervollständigung der Sammlung bieten können. Die dritte Sammlung endlich, ebenfalls wie die zweite mit neuer Zahlenfolge, hat ihren Anfang am 1. März 1881 genommen und macht auch schon wieder eine Reihe von Bänden aus.

Hand in Hand mit dieser „vollständigen Gesetzesammlung“ ist die andere der „zweiten Abteilung“ von ihrem ersten Vorsitzenden angewiesenen Arbeit fortgeschritten. Es liegen bereits fünfzehn Bände des „Reichsgesetzbuches“ vor, aus der vollständigen Gesetzesammlung geschöpft und in systematischer Gestalt die ein-

zelnen Rechtsgebiete behandelnd. Von Zeit zu Zeit erhalten die einzelnen Bände Nachträge; in größeren Zwischenräumen wird dann von der einen oder anderen Abteilung eine neue Ausgabe nötig, in welcher die Nachträge verarbeitet, das Ganze, wenn erforderlich, umgearbeitet wird. Hier und in weitaus den meisten Nummern unserer Sammlung, die wir dem Reichsgesetzbuch, wie jedesmal angegeben, entnehmen, ist der erste Teil des ersten Bandes als Quelle bezeichnet. Dieser erste Teil enthält die Gesetze und Verordnungen der Verwaltung geistlicher Angelegenheiten fremder christlicher und andersgläubiger Bekenntnisse. Er beginnt mit den in dieser Nummer zum Abdruck gelangten zehn ersten Artikeln allgemeinen Inhalts, für alle fremde christliche und andersgläubige Bekenntnisse gültig und verpflichtend. Dann reihen sich die besonderen Verordnungen für die einzelnen Kirchen und Religionen in sechs Büchern an. Das erste Buch (§ 11—133) enthält die auf die römische Kirche bezüglichen Gesetze; das zweite (§ 134—904) die auf die evangelische Kirche (und zwar § 134—789 die auf die lutherische, § 790—833 die auf die reformirte, § 834—857 die auf die unirte Kirche in Archangel, § 858—884 die auf die deutschen Kolonistengemeinden im Kaukasusgebiete, § 885—898 die auf die evangelische Brüdergemeinde in Sarepta und den baltischen Provinzen und endlich § 899—904 die auf die schottische Kolonie in Arras, auf die Baseler Kolonisten in Schuscha und auf die Mennoniten bezüglichen Verordnungen). Das dritte Buch (§ 905—1059) behandelt die armenische Kirche, das vierte (§ 1060—1139) die Juden, das fünfte (§ 1140—1258) die Mohamedaner, das sechste (§ 1259—1291) die Samaiten.

Da eine Beurteilung der einzelnen Gesetze unserer Aufgabe fern liegt, so sind wir dem enthoben, die hier gebotenen zehn Artikel näher zu beleuchten. Wir freuen uns des, weil wir dadurch nicht genötigt sind, dem tiefen Schmerz Ausdruck und Begründung zu geben, daß der herrschenden Kirche im vierten Artikel als Recht eingeräumt ist, was den übrigen christlichen Konfessionen als schwer zu züchtendes Kriminalverbrechen angerechnet wird und was mit einer überraschenden Klarheit und Wahrheit der Artikel selbst als Antastung der Gewissensüberzeugung bezeichnet und damit auch brandmarkt. Es ist nicht nötig, Glied einer dieser übrigen christ-

lichen Konfessionen zu sein, um den brennenden Schmerz über den Artikel und seine unverblünte Fassung zu empfinden. Mehr wie eine Stimme aus der herrschenden Kirche selbst hat dem tiefen Leidgefühl warmen und beredten Ausdruck verliehen und zwar aus treuer Liebe zu ihrer Kirche und zu ihrem Vaterlande. Uns will scheinen, als ob dennoch trotz aller anders verlaufenden augenblicklichen Strömung diese Stimmen an Tiefe, Überzeugungskraft und auch Umfang im Wachsen begriffen seien, bis sie einmal stark genug werden, einen ersehnten Umschlag herbeizuführen. Es regen sich in der Brust auch ganzer Völker wie der Einzelnen Stimmen — wie vom Himmel her —, die nicht zur Ruhe gelangen können, bis sie sich Gehör verschafft. Zu ihnen gehört der Sehnsuchtslaut nach Gewissensfreiheit bei allen christlichen Völkern. In dem Eifer, mit welchem man zu Zeiten solche Sprache zum Schweigen bringen will, erkennt der Kundige nicht selten das hoffnungserweckende Zeichen, daß der Anbruch des Tages nicht ferne und darum der Gegensatz von Licht und Wärme in erhöhtem Grade zum letzten wichtigen Ausholen im Kampfe geschäftig ist.

XI.

Aus dem Reichsgesetzbuch XI. Bd., I. Tl., Ausg. 1857. Beilage zum § 76.

Allgemeine Regeln hinsichtlich der Annahme von Hebräern zu fremden christlichen Religionsbekenntnissen.

1) Hebräer können auf ihren Wunsch zum christlichen Glauben eines jeden im Reiche geduldeten, fremden Bekenntnisses aufgenommen werden mit Genehmigung des Ministers der inneren Angelegenheiten oder im Kaukasus und Transkaukasien mit Genehmigung des kaukasischen Statthalters. Die Genehmigung wird durch formelle, bei der geistlichen Behörde eingereichte Bittschriften der die Aufnahme Begehrenden selbst nachgesucht.

Anmerk. Mahomedaner und Heiden können auf ihren Wunsch gleichfalls zum christlichen Glauben eines oder des anderen geduldeten fremden Bekenntnisses aufgenommen wer-

den, nach den Vorschriften des Reglements über Verhütung und Verhinderung der Verbrechen (in unsrer Sammlung Nr. XII, § 90 und 94).

2) Gefährlich franke und nach Punkt 10 im Militärdienste stehende Hebräer können auf ihren Wunsch nach den unten bezeichneten Vorschriften auch ohne Genehmigung des Ministers der inneren Angelegenheiten oder des Kaukasischen Statthalters, indeß mit Berichterstattung darüber an dieselben, aufgenommen werden.

5) Der Minister der inneren Angelegenheiten oder nach Erforderniß der Kaukasische Statthalter können minderjährigen Hebräern erlauben, sich im Reiche geduldeten, fremden, christlichen Bekenntnissen anzuschließen, ohne dazu die Zustimmung von deren Eltern einzufordern.

4) Die Zulassung eines Hebräers zur heiligen Taufe nach den Gebräuchen des christlichen Bekenntnisses, dem er anzugehören wünscht, wird erst nach gründlichem Unterrichte in den Lehren dieses Bekenntnisses bewilligt, wofür die geistlichen Vorgesetzten besonders verantwortlich gemacht werden. Die Vorstellung in Grundlage der angenommenen Bittschrift wird dem Minister der inneren Angelegenheiten oder dem Kaukasischen Statthalter nicht eher unterlegt, als nachdem das Zeugniß des Geistlichen über den Unterricht des Hebräers in den Glaubenslehren und die bestätigende Meinung darüber von Seiten des örtlichen geistlichen Vorgesetzten eingegangen ist.

5) Die Taufe von Hebräern wird nur in Stadtkirchen und mit größter Öffentlichkeit an Sonn- oder Feiertagen vollzogen. Sie in Kolonial- oder überhaupt in Landkirchen und um so mehr noch in Häusern zu taufen, ist, den im Punkt 8 bezeichneten Fall ausgenommen, verboten.

6) Nachdem Hebräer den christlichen Glauben angenommen haben, ist die Taufe auch an ihren minderjährigen Kindern bis zu sieben Jahren zu vollziehen. Wenn der Vater allein oder die Mutter allein den christlichen Glauben annimmt, so sind im ersteren Falle die Söhne, im zweiten die Töchter zu taufen.

7) Nachdem die heilige Taufe an Hebräern vollzogen ist,

sollen sie mit Ausnahme der Minderjährigen sogleich oder am nächsten Sonntage nach der Taufe zum heilige Abendmahl zugelassen werden.

8) Gefährlich franke Hebräer ist es gestattet auch in Häusern zu taufen, wobei indeß zu beobachten: 1) daß sie nicht anders zum Empfang der hiligen Taufe zugelassen werden dürfen, als auf ärztliches Zeugniß über die Gefährlichkeit der Krankheit und nachdem man sich über die Aufrichtigkeit ihres Wunsches, den christlichen Glauben anzunehmen, versichert hat; 2) daß bei der Taufe außer einigen Zeugen sich ein von der örtlichen weltlichen Obrigkeit abgeordneter Beamter befindet; 3) daß sie nach der Genesung und nach gründlichem Unterrichte in den Glaubenslehren mit möglichster feierlichkeit an einem Sonn- oder feiertage vor zum Gottesdienste versammelter Gemeinde zum heilige Abendmahl zugelassen werden und 4) daß über alle solche Neugetauften die Geistlichkeit durch ihre vorgesetzte Behörde dem Minister der inneren Angelegenheiten oder nach Erforderniß dem Statthalter Kaukasiens berichtet.

9) Die Geistlichen müssen auch nach Vollziehung der Taufe fortfahren, die Neubefehrten in den Grundsätzen des von ihnen angenommenen christlichen Glaubens zu befestigen.

10) Hebräer, die im Militärdienste stehen, sind, wenn sie den christlichen Glauben irgend eines geduldeten, fremden, christlichen Glaubensbekenntnisses anzunehmen wünschen, auf Verlangen der Militär-Obrigkeit in den Lehren dieses Bekenntnisses zu unterrichten und nach dem gehörigen Unterrichte in den Grundsätzen desselben in Gegenwart von drei oder mehr Zeugen aus der Gemeinde zu prüfen. Bei jeder solchen Prüfung ist ein Protokoll zu führen, in welchem die dem Geprüften gemachten Fragen und seine Antworten zu verzeichnen sind, das Protokoll muß ebensowohl von dem Geistlichen selbst, als von den Zeugen unterschrieben werden. Wenn in der Prüfung befunden wird, daß der Geprüfte hinlänglich in den Grundsätzen des Glaubens, den er annehmen will, unterrichtet ist und überhaupt eine aufrichtige Neigung zum Christenthume zeigt, so kann der Geistliche an ihm die

Taufe vollziehen, indem er ihn zugleich zum heilige Abendmahle zuläßt, aber alles das unter der Bedingung möglicher Öffentlichkeit, wenn da eine Kirche des Bekenntnisses ist, in der Kirche und, wenn es möglich ist, an einem Sonn- oder Feiertage, nachdem vorher die Militär-Obrigkeit darüber benachrichtigt worden. Nach Vollziehung der Taufe giebt der Geistliche dem Neugetauften darüber durch dessen Militär-Obrigkeit ein Zeugniß und ist zugleich verbunden, seiner geistlichen Obrigkeit ohne Verzug deshalb zu berichten, indem er das Original-Protokoll über die Prüfung beilegt, welches auch dem Ministerium der inneren Angelegenheiten unterlegt werden muß.

Der Zusatz zu diesen Regeln in der Überschrift weist darauf hin, daß sie für alle fremden christlichen Bekenntnisse verbindlich sind; ihre Mitteilung haben sie in dem angegebenen Bande des Reichsgesetzbuches an der Stelle gefunden, wo zuerst ein Anlaß dazu geboten war: weil in diesem Bande die Gesetze der römischen Kirche denen der übrigen fremden Bekenntnisse vorangehen, in dem ihr zugewiesenen Abschnitt.

Im Verfolg der Spuren, welche diesen Regeln ihr Entstehen verliehen, haben wir folgende Anhaltspunkte gefunden.

Bald nach der Thronbesteigung des Kaisers Nikolai war mehrfach das Gesuch von Juden, sich der evangelischen Kirche in Petersburg anzuschließen, abschlägig beschieden worden, freilich ohne genügende Rechtsunterlage für solchen Bescheid. Die Abgewiesenen konnten und wollten sich mit der erhaltenen Entscheidung nicht zufrieden geben; die Angelegenheit gelangte bis ins Ministerkomitee. Dieses entschied, daß mit Unrecht solch' absagender Bescheid gefällt worden sei. Neue Gesetze zu erlassen, um sich der Aufrichtigkeit der Juden bei ihrem Begehren der Taufe zu vergewissern, sei unnötig; die alte Verordnung reiche vollkommen aus, welche vor der Taufe eine eingehende Unterweisung in der christlichen Lehre verlange, die Taufe selbst nur in der Kirche und zwar in feierlicher Weise gestatte und den Geistlichen zur Pflicht mache, auch nach vollzogener Taufe den Proselyten in den christlichen Lehren zu befestigen. Eine weitere Aufsicht vonseiten der weltlichen Obrigkeit,

wie sie von einigen zur Bergewisserung der Aufrichtigkeit verlangt wurde, hielt das Ministerkomite im Jahre 1827, als es über den Gegenstand zu beraten hatte, für unangemessen und auch unausführbar, wenn, wie das Begehren dieser Eifrigen war, diesen Proselyten zur Pflicht gemacht werden sollte, fortan ihren ständigen Sitz am Kirchort, in der Nähe des Pastors ihres Bekenntnisses zu nehmen.

Am 6. September 1827 konnte dem Minister-Komite in Anlaß dieses seines Gutachtens eröffnet werden, daß der Kaiser für die Folge nur fordere, streng darauf zu achten, „daß die Judentaufe durchaus am Sonntag und mit möglichster Feierlichkeit in der Kirche zu geschehen habe, um jeglichen Verdacht einer heimlichen Annahme des Christentums zu vermeiden“.

Sechzig Jahre sind seitdem verflossen; alle Verhältnisse haben sich wesentlich geändert. In gar manchem einzelnen Falle mag geblieben sein, was die angeführte Annahme berechtigt. Um so häufiger werden diese Fälle auftreten in Zeiten, in welchen die Juden ärger bedrängt werden und diese Bedrängnis sie um äußeren Gewinnes willen zur Annahme der Taufe treibt. Aber ob nicht die Gegenwart wirksamere Mittel besitzt der Verheimlichung stattgehabten Übertrittes vorzubeugen? Um wieviel nachhaltiger, öffentlicher würde eine geforderte Bekanntmachung durch die Zeitungen sein? Und die Kirche wäre damit des leidigen Dienstes enthoben, in ihrem Thun an heiliger Stätte zugleich die Rolle eines Aufsehers oder Polizeimannes zu übernehmen. Die ursprüngliche Fassung hat glücklicherweise eine Änderung bei der Taufhandlung, wenn auch leider nicht bei der Darreichung des heiligen Abendmahles in dem im 8. Punkte vorgesehenen Falle erfahren. Es wird, um dem berechtigten oder unberechtigten Verdachte einer heimlichen Annahme des Christentums vorzubeugen, an die Kirche nicht mehr das Anfinnen gestellt mit möglichster Feierlichkeit die Handlung zu vollziehen; gegenwärtig genügt die größte Öffentlichkeit. Denn es wäre doch ein schweres Antasten des heiligen Ernstes unserer Gottesdienste, wenn wir unsere möglichste Feierlichkeit wie etwa an den hohen christlichen Festen in Anwendung zu bringen hätten, um einen Juden von einer heimlichen Annahme der Taufe abzuhalten. Glücklich auch in diesem Falle dann die Kirchen und Ge-

meinden, die in ihren Gottesdiensten keine größere Feierlichkeit entfalten können als die allsonntäglich erstrebte: eine zahlreich und in tiefer Andacht um das Wort Gottes versammelte gläubige Gemeinde, die in Gebet, Gesang und Predigt bezeugt, daß der Herr mitten unter ihr ist.

Aber auch der günstigere Wortlaut, wie er jetzt vorliegt, birgt im Einzelfalle schwere Bedenken. Dem evangelischen Seelsorger sind nicht die Taufkinder aus den Juden die liebsten Kandidaten, die mit Wohlgefallen sich zu der größten Öffentlichkeit der heiligen Handlung vordrängen; die anderen vielmehr, die den ersten Schritt in tiefer, feierlicher Stille vollziehen möchten, wohl in der Kirche und auch inmitten einer kleinen Schar von Gemeindevertretern und Freunden, aber nur nicht auffällig, nur nicht zu sehr behelligt von dem zerstreuen Gedanken, beachteter Mittelpunkt einer ganzen Gemeinde zu sein. Würde dieser Punkt — für so manchen Juden in seiner natürlichen Veranlagung, die mit der Taufe denn doch noch nicht völlig abgestreift ist, eine sehr bedenkliche Klippe — dem Ermessen des Seelsorgers überlassen, dann müßte gleichzeitig die Beschränkung der Taufe in Stadtkirchen, die auch der Abwehr des angeführten Verdachtes ihr Dasein dankt, aufgehoben werden.

XII.

Aus dem Reichsgesetzbuch XIV. Bd., enthaltend: Gesetze über Verhinderung und Verhütung von Verbrechen. Ausg. von 1876.

§ 73. (inhaltlich übereinstimmend mit § 1 und 2 des 1. Th. d. XI. Bd.; in unsrer Sammlung in der Nr. X.)

§ 75. Es ist Allen und Jedem verboten, wegen Verschiedenheit des Glaubens Zank und Streit anzufangen oder Schmähung und Lästerung laut werden zu lassen.

§ 76. Die Polizei hält unter allen in einer Stadt Lebenden; wenn auch verschiedenen Glaubens, gute bürgerliche Eintracht, Frieden und Ruhe aufrecht.

§ 77. Behufs Aufrechterhaltung der Ordnung bei kirchlichen Handlungen der fremden christlichen und anders-

gläubigen Bekenntnisse wird auf Verlangen der örtlichen Obrigkeit eine Wache abgeordnet.

§ 82. Vor Vollziehung der Trauung eines Rechtgläubigen mit einer einem fremden Bekenntnisse angehörigen Person oder einem Andersgläubigen, nimmt der Geistliche dieser Person in genauer Grundlage der in den Civil-Gesetzen (Bd. X, Th. 1, § 67) enthaltenen Regeln einen Revers ab.

§ 83. (Übereinstimmend mit § 5, Bd. XI, Th. 1, in unserer Sammlung Nr. X.)

§ 85. Dieselben Grundsätze der Toleranz, welche die Regierung beobachtet, verpflichten jede geistliche Autorität und jede Privatperson fremder christlicher und andersgläubiger Konfession in Glaubenssachen sich jeder Einwirkung auf die Gewissensüberzeugung der Befenner eines anderen Glaubens zu enthalten. Daher wird jede, auch die geringste Untastung der rechtgläubigen Kirche in ihren Vorschriften und im Gottesdienst, die Beleidigung ihrer Diener, wodurch es auch sei und jede Abwendigmachung nicht nur von ihr, sondern auch von den andren geduldeten Bekenntnissen strengstens verboten.

§ 89. Es wird der protestantischen Geistlichkeit verboten, ihr unbekannte, in ihre Gemeinde kommende Personen zum hlg. Abendmahl zuzulassen, ohne von denselben einen Revers darüber zu nehmen, daß sie nicht zur rechtgläubigen Kirche gehören.

§ 90. Die Geistlichen aller in Rußland geduldeten fremden christlichen Konfessionen schreiten nicht anders zum Unterricht von Muhamedanern und Heiden, welche diesen Wunsch ausgesprochen haben, in den Regeln ihrer Kirche, als auf besondere, jedes Mal durch den Minister der inneren Angelegenheiten zu erbittende allerhöchste Erlaubniß mit Ausnahme der im § 94 dieses Gesetzes angegebenen Fälle.

§ 93. Ein Andersgläubiger, der irgend einen russischen Unterthan zu seinem Glauben befehrt, in welcher Weise und unter welchem Vorwand solches auch geschehen und zu welchem Glauben auch er selbst und der von ihm Befehrte gehören mag, unterliegt der Verantwortung in Grundlage des Strafgesetzes.

§ 94. Hierbei (§ 93) sind folgende Fälle zu berücksichtigen:

- 1) Hebräer können auf ihren Wunsch nach den für die Geistlichkeit für diese Fälle besonders festgesetzten Regeln mit Erlaubnis des Ministers der inneren Angelegenheiten zum christlichen Glauben jeder geduldeten Konfession aufgenommen werden und im Falle gefährlicher Krankheit des Convertenden ohne seine Erlaubnis.
- 3) Ausländische (an den Grenzen des Reichs wohnende) Muhamedaner können zum christlichen Glauben jeder geduldeten Konfession bekehrt werden.
- 5) Personen, welche zu einer christlichen, nicht rechtgläubigen Konfession gehören, können aus einer in die andere christliche Konfession mit Erlaubnis des Ministers der inneren Angelegenheiten übertreten.
- 6) Gleichlautend mit der Anmerk. zu § 698 des XI. Bds., I. Tl..
- 7) Es ist gestattet, Kinder aus Ehen von Muhamedanern und Hebräern mit Personen evang. Konfession nach evang. Bekenntnisse zu taufen.

Wir haben diesen Artikeln nichts hinzuzufügen. Sie bilden eine Fortsetzung der in der vorigen Nummer begonnenen Reihe von auf alle fremden Rulte des Reiches bezüglichen und dieselben verpflichtenden Gesetzen, dem XIV. Bd. des Reichsgesetzbuches entnommen. Die in der hier gebotenen Folge fehlenden Artikel sind weggelassen, weil sie keinen Bezug auf die evangelische Kirche haben.

XIII.

Aus dem Reichsgesetzbuch XI. Bd., I. Tl. Ausgabe 1857 mit Ergänzung von 1886.

§ 333. Anmerk. In Gemeinden, die aus Land-Eigenthümern (gewesene Kolonisten und Kolonisten des Kaukasus) verschiedener protestantischer Bekenntnisse gebildet sind, ist es

den lutherischen Geistlichen gestattet, die geistliche Bedienung an Reformirten, den reformirten Predigern an Lutheranern zu verrichten, falls die Gemeindeglieder solches wünschen.

Bei der später zu erwähnenden Loslösung der Gemeinden Rohrbach und Neudorf (vgl. Nr. XXXII und XXXIII dieser Sammlung) fällt die Außerachtlassung dieses Paragraphen schwer ins Gewicht. Erfüllt in christlicher Weise kann er nur werden, wenn die Geistlichen dieser Bekenntnisse von der Wahrheit beseelt sind, daß des Einigenden zwischen den beiden Schwestergemeinden mehr ist als des Trennenden und jenes im Mittelpunkte, dieses aber zumeist in dem Umkreis der Glaubenslehre liegt, zumal im heutigen Bewußtsein des gläubigen Theiles der Gemeinde. Freilich redet der Paragraph nur von einer Gestalt. Es hieße die Gewissensfreiheit antasten, wollte ein äußerliches, staatliches Gesetz daraus eine Pflicht machen; nur meinen wir, daß solche Pflicht mit Nothwendigkeit aus der Wahrheit und Liebe evangelischer, tiefgegründeter Überzeugung strömt. Die angegebene Beschränkung auf Kolonisten hindert nicht die Anwendung des Artikels auch auf andere Gemeinden; mehr wie befremdlich müßte uns im Einzelfalle eine Verweigerung erscheinen.

XIV.

Aus dem Reichsgesetzbuch XI. Bd., I. Th. Ausgabe von 1879.

§ 670. Die ev.-lutherischen Konsistorien, General-Superintendenten, Superintendenten und Pröpste haben sorgfältig darüber zu wachen, daß die ihnen untergeordneten Geistlichen und, soviel es von ihnen abhängt, auch weltliche Personen der ihnen untergeordneten Bezirke sich keine Art von Störungen des guten Einvernehmens mit andern, im Staate freie Religionsübung genießenden Konfessionen erlauben und daß sie weder mit Worten, noch auf irgend eine andere Weise andere Religionsverwandte zum Übertritt zu ihrer Konfession verleiten. Die Prediger sollen das Gesuch von Gliedern einer andern, im Reiche freie Ausübung des Cultus

genießenden Religion, sie in den Glaubenslehren der ev.-lutherischen Kirche zu unterrichten oder gar sie in den Schooß der ev.-lutherischen Kirche aufzunehmen, ablehnen. Die dazu nöthige Erlaubniß kann gesetzlich nur von den Personen der fremden Konfessionen selbst, die ihren Glauben ändern wollen und ohne alle Theilnahme der Geistlichkeit nachgesucht werden. Die Prediger dürfen nur Hebräer ohne besondere Erlaubniß der Behörde zum Unterricht in den Wahrheiten der christlichen Lehre annehmen, wenn diese den Wunsch äußern, den christlichen Glauben der ev.-lutherischen Konfession anzunehmen; die Konsistorien haben dabei darauf zu sehen, daß bei dem ferneren Verfahren hinsichtlich der Aufnahme der Hebräer in die ev.-lutherische Kirche alle über diesen Gegenstand bestehenden Verordnungen beobachtet werden.

Zu diesem auf die evangelisch-lutherische Kirche bezüglichen Artikel gehört die an der oben mit * bezeichneten Stelle beige-fügte Fußnote!

Dieses bezieht sich nicht auf die zu den verschiedenen ev.-protestantischen Konfessionen gehörigen Personen. Die Geistlichen können an ihnen Amtshandlungen verrichten. Zu dem Übertritt aus einer der ev.-protestantischen Konfessionen zu der andern ist es hinlänglich, daß diejenigen Personen, die überzutreten wünschen, Zeugnisse ihrer früheren Gemeindeprediger darüber, daß sie denselben ihre Absicht zu erkennen gegeben, vorstellen. Diejenigen Prediger, welche in Gemäßheit dieser Zeugnisse Personen in die andere protestantische Konfession aufnehmen, sind verbunden, über jeden Übertritt derart durch das gehörige Konsistorium dem Ministerium der inneren Angelegenheiten zu berichten.

Vorstehender Artikel ist der „Instruktion für die Geistlichkeit und die Behörden der evangelisch-lutherischen Kirche im Reiche“ entnommen. Ursprünglich beim Erlaß des Kirchengesetzes 1832 war diese Instruktion gesondert in 122 Artikeln erschienen, wenn auch

gleichzeitig mit dem Kirchengesetz selbst. Sie trug an ihrer Spitze das gewohnte „Dem sei also! Nikolai“ und war gegengezeichnet vom damaligen Vorsitzenden des Reichsrats, Fürsten Kotshubei, den 28. Dezember 1832. Seit 1857 aber bildet diese Instruktion das zwölfte Kapitel des anfänglich nur aus elf Kapiteln bestehenden Kirchengesetzes und bekundet ihre Einverleibung auch durch Aufgabe der früheren gesonderten Paragraphirung und Annahme der fortlaufenden Zählung im I. Teil des XI. Bandes, in welchem sie die Zahlenreihe 668—789 ausmacht. Unser § 670 entspricht demnach dem oft angeführten 3. Artikel der Instruktion.

Über den Ursprung der Fußnote (wir betonen das Wort zum Unterschied der manchmal im Gesetz vorkommenden Anmerkungen, die im Texte fortlaufend eingetragen sind; es ist als ob durch die Stellung der Bemerkung am Ende der Seite, dazu in kaum lesbar kleinen Buchstaben eine Minderwertigkeit des Inhalts ausgedrückt werden soll) sind wir imstande, nähere Auskunft zu geben.

Anfänglich hatte das mit der Abfassung des Gesetzentwurfs für die lutherische Kirche betraute Komitee verfügt, daß eine Anmerkung zu diesem Artikel zu lauten habe: „zum Übergang aus einer evangelischen Konfession in die andere ist die Erlaubnis der Hauptverwaltung der geistlichen Angelegenheiten fremder Konfessionen notwendig“. Von welchem Komitemitgliede dieser Gedanke und Vorschlag ausgegangen, habe ich nicht in Erfahrung bringen können; er erweist sich als Gegenfüßler des kaiserlichen Gedankens, dem der Erlaß vom 7. Januar 1818 (vgl. Nr. XXXV unserer Sammlung) Ausdruck verliehen. Nachträglich erschien auch dem Komitee die bereits angenommene Fassung peinlich, weil eine zu scharfe Trennungsmauer zwischen den Glaubensverwandten der evangelischen Kirche aufrichtend und dem Staate zu viel einräumend, daß er allein das verschlossen gehaltene Pfortchen in der Mauer zu öffnen berechtigt sei. Der Vorsitzende des Komites, Senator Graf Liefenhausen (vgl. „Verfassungsgeschichte“ S. 309), begab sich deshalb zu dem Staatssekretär Bludow und teilte ihm mit, nach nochmaliger reiflicher Erwägung gehe seine und des Komites Meinung dahin, daß es genügend sei, statt der geforderten Vorstellung an die Hauptverwaltung, die protestantischen Geistlichen zu verpflichten, niemanden in die Gemeinde aufzunehmen, der nicht von dem

Prediger seiner früheren Gemeinde Zeugnisse aufstellen könne, daß ihm von der Absicht des Übertretenden Kunde geworden. Bludow machte inbetreff dieser Meinungsänderung des Komites Unterlegung an den Kaiser, welcher dieselbe in der nun vorliegenden Form am 2. Januar 1832 gut hieß.

Vergleichen wir die gegenwärtige Fassung mit der ursprünglichen des Komites und mit der vom Grafen Tiefenhausen gewünschten Änderung, so ergiebt sich leicht, daß sie in der Mitte zwischen beiden Anschauungen liegt. Bludow will zwar nicht mehr die Hauptverwaltung den Pförtner zum Übertritt nach der anderen Seite der Mauer sein lassen, aber doch sollen die neuen Schlüsselinhaber dem früheren Besitzer Anzeige in jedem einzelnen Falle machen, so oft nach der einen oder anderen Seite hin Leute um Einlaß gebeten. Der beherzigenswerte Vorgang zeigt, wie so sehr vorsichtig eine Kirche sein muß in dem, was sie dem Staat von Einfluß einzuräumen willig ist. Bemüht sie sich eine eilige Unbesonnenheit wieder gut zu machen, wird es ihr nicht immer gelingen, die Spuren ihres Fehltritts völlig zu verwischen, weil der Teil, der an solchem Versuche nun mitbeteiligt ist, die Hilfe nur mit Schmälierung bereits zugestandenen Machteinflusses leisten wird. Der reformirten Kirche ist niemals von dieser Fußnote eine Mitteilung zur Nachachtung gekommen; ebenso wenig ist jemals in den abgelaufenen mehr als fünfzig Jahren eine Anfrage an sie ergangen, ob nun auch ihrerseits diese Fußnote beobachtet werde. Ob eine solche Anfrage auf der anderen Seite stattgefunden, weiß ich nicht, bezweifle es jedoch. So gewinnt es den Anschein, als ob die beiden Schwestergemeinden der lutherischen und reformirten Kirche in Rückerinnerung an den kaiserlichen Erlaß von 1818 als zu nahe stehend angesehen werden, um von dieser Fußnote berührt zu werden, die in Kraft zu treten habe gegenüber den mancherlei anderen protestantischen Denominationen.

XV.

Aus dem „Reichsgesetzbuch“ XI. Bd., I. Th. Ausgabe 1857 mit den Ergänzungen von 1885.

Über die Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten der ev.-reformirten Gemeinden. I. Abt. Allgemeine Bestimmungen.

§ 795. In jedem örtlichen ev.-lutherischen Konsistorium treten bei Prüfung und Entscheidung geistlicher Angelegenheiten der ev.-reformirten Gemeinden an die Stelle der geistlichen Mitglieder des ev.-lutherischen Bekenntnisses ein oder wenn möglich zwei Pastore und die gleiche Anzahl Kirchenälteste des ev.-reformirten Bekenntnisses.

Anmerk. Gerichtssachen, die in den reformirten Sitzungen der ev.-lutherischen Konsistorien verhandelt werden, werden auf Grund hier beigefügter Regeln untersucht.

§ 796. Die Wahl und Einsetzung ev.-reformirter Prediger, die Prüfung und Ordination der Candidaten wird nach Art. 453—456 des Gesetzbuches ausgeführt; die Weise der Ernennung auswärtiger Pastore, die bereits geprüft und ordinirt sind, ist in Art. 284 erläutert.

§ 797. Im Falle von Klagen auf den im ev.-lutherischen Konsistorium fungirenden Pastor oder Kirchenältesten ev.-reformirten Bekenntnisses bestimmt — nach eingegangener Berichterstattung des Konsistoriums — das Ministerium des Innern zur Prüfung der Klage einen Vertreter ev.-reformirten Bekenntnisses, welcher zum Stande der Angeklagten gehört. In weiterer Verfolgung von Angelegenheiten dieser Art wird die Gerichtsordnung eingehalten, welche im Ustav der ev.-lutherischen Kirche verzeichnet ist, mit Ausnahme von Angelegenheiten über kirchliche Dogmen, welche alle zur allerhöchsten Kenntnißnahme vorgestellt werden.

Anmerk. An Orten, wo Gerichtsstatuten in Wirksamkeit gesetzt sind, werden die bürgerlichen Angelegenheiten, die in den Kreis der Kirchen- und Klostergüter gehören, ebenso Criminalverbrechen, im Falle, daß bei diesen geistliche Personen irgend einer ausländischen Konfession betheiligt sind, nach der in den Statuten angegebenen Ordnung und zwar ohne Deputirte von kirchlicher Seite ausgeführt.

Eine Ergänzung zu § 795 ist die am 28. Mai 1885 erlassene Verfügung. Sie lautet:

1) Prozeßsachen, welche in den reformirten Sitzungen der örtlichen ev.-lutherischen Konsistorien verhandelt wurden, werden bei Anlaß der Appellation und Beschwerdeführung an das ev.-lutherische Generalkonsistorium überwiesen, in welchem bei Durchsicht und Entscheidung dieser Sachen an Stelle des geistlichen Vice-Präsidenten, eines weltlichen und zweier geistlichen Mitglieder zwei weltliche und ein geistliches Mitglied ev.-reformirter Konfession Theil nimmt.

2) Zu den Stellen der weltlichen Glieder reformirter Konfession wählen alle reformirte Sitzungen der örtlichen ev.-lutherischen Konsistorien auf drei Jahre Candidaten, jede Sitzung zu einem Candidaten aus der Zahl der Kirchenältesten. Die erwählten Candidaten stellt der Minister des Innern mit seinem Gutachten zur allerhöchsten Entscheidung vor.

3) An der reformirten Sitzung des ev.-lutherischen General-Konsistoriums nimmt als geistliches Glied nach Bestimmung des Ministers des Innern derjenige aus der Zahl der reformirten Prediger Petersburgs Theil, welcher bei der Beprüfung der Sache in der reformirten Sitzung des örtlichen Konsistoriums nicht Theil genommen hat. Im Falle der Unmöglichkeit, den Bestand der Sitzung in oben angegebener Weise zu vervollständigen, wird an Stelle des betr. Predigers vor allen andern der Moskause und darauf der Mitause Prediger zur Sitzung zugezogen, wenn sie an der Entscheidung der Sache im örtlichen Konsistorium nicht Theil genommen haben.

4) Die zur Theilnahme am General-Konsistorium ernannten Glieder ev.-reformirter Konfession erhalten, falls sie nicht beständig in St. Petersburg leben, Reise- und Diätengelder in dem dem Range der sechsten Classe zukommenden Betrage.

Ergänzung zu § 796 (die hier gegebenen § 453—456 sind aus dem IX. Bd. des Reichsgesetzbuches, Ausg. 1876; § 284 aus dem XI. Bd.):

§ 453. Die ev.-reformirten Prediger werden von den Gemeindegliedern selbst erwählt und auf Vorstellung der reformirten Sitzung der örtlichen ev.-lutherischen Konsistorien durch das Ministerium des Innern in ihrem Amte bestätigt.

§ 454. Die Prüfung der noch nicht ordinirten Candidaten wird in der reformirten Sitzung oder im örtlichen oder — wenn hier wegen Fehlens eines reformirten Predigers in der Stadt, wo es errichtet ist, eine reformirte Sitzung nicht zusammengesetzt werden kann — im nächstgelegenen ev.-lutherischen Konsistorium, die Ordination der Candidaten wird in gleicher Weise durch den örtlichen oder nächstgelegenen reformirten Pastor in Gegenwart einiger lutherischen Geistlichen vollzogen.

§ 455. Im Falle der Ernennung von Ausländern, welche im Auslande schon geprüft und ordinirt sind, zu Predigern von ev.-reformirten Gemeinden werden folgende Regeln beobachtet:

1) nach Prüfung der akademischen oder anderer von ihnen beigebrachten Zeugnisse durch die geistliche Obrigkeit stellt dieselbe über solche Geistliche dem Ministerium des Innern vor, wenn sie die erwähnten Zeugnisse für genügend erachtet;

2) das Ministerium bestätigt sie nicht anders, als nachdem es über sie auf Grundlage der in diesem Ministerium mit allerhöchster Genehmigung beobachteten allgemeinen Ordnung für Anstellung ausländischer Geistlichen die ausführlichsten Erkundigungen eingezogen hat.

§ 456. Zum Erweise des geistlichen Standes der Prediger ev.-reformirten Bekenntnisses dienen:

1) Zeugnisse über Ordination und Introduction, welche von einer competenten geistlichen Obrigkeit ertheilt sind;

2) kürzere dienstliche Angaben in der Art, wie sie von den örtlichen lutherischen Konsistorien und der Wilnaschen ev.-reformirten Synode ausgestellt werden.

§ 284. In Rußland können Ausländer nur nach Anordnung des Ministeriums des Innern und nach Vor-

weisung eines Zeugnisses der russischen Unterthanenschaft die Erlaubniß, ein Predigtamt zu bekleiden, erhalten. Es wird ihnen nur mit Bewilligung des Ministers des Innern gestattet, in ev.-lutherischen Gemeinden zu predigen nach Überzeugung ihrer Zuverlässigkeit und des Vollzugs einer Prüfung oder eines Colloquiums. Das Übertreten zur russischen Unterthanenschaft wird von ihnen nur im Fall ihrer Anstellung zum Predigtamt verlangt. Diejenigen ausländischen Prediger, welche den Wunsch äußern, Gemeindeprediger zu werden und zugleich Beweise über ihre Ordination zum geistlichen Stande und belobende Zeugnisse über ihre Person vorweisen, haben sich nur nach Analogie des § 310 einem Colloquium in der vollen Versammlung eines der örtlichen ev.-lutherischen Konsistorien zu unterziehen. Prüfungen bei der Universität werden von ihnen nicht verlangt; wohl aber hat das örtliche Konsistorium über den für fähig Befundenen dem Ministerium der Inneren Angelegenheiten durch das Generalkonsistorium vorzustellen, welche Vorstellung von den geistlichen Behörden der reformirten Kirche unmittelbar einzureichen ist.

Anmerk. Geistliche fremder Konfessionen, welche auf Anordnung des Ministeriums des Inneren zum Dienste in Rußland eingeladen werden, können ihrem Wunsche gemäß zu jeder Zeit und ohne Aufschub zur Ableistung des Unterthaneneids nach Ermessen ihrer unmittelbaren Obrigkeit zugelassen werden, unter Beobachtung des § 1025 des Gesetzes über die Stände.

Diese Artikel bilden zusammen mit den in dem Abschnitt der Wilnaschen reformirten Synode mitzuteilenden § 790—794 gewissermaßen das vom Staate gegebene oder auch gutgeheißene Gesetzbuch der evangelisch-reformirten Kirche in Rußland in ihrem Bezug und Verhalten zur weltlichen Obrigkeit; freilich nur in den allgemeinsten Umrissen, viele Lücken aufweisend, viele und darunter wichtige Fragen unbeantwortet und offen lassend. Man sieht, es ist nicht in einem Gusse gearbeitet, nicht mit der Absicht, ein derartiges Gesetzbuch aufzustellen, abgefaßt; vielmehr nur die Bear-

beitung vorgefundenen Materials in der vollständigen Gesetzesammlung, welches Material aber der Natur seines Ursprungs nach oft nur zufälligen Ursachen seine Entstehung dankt: Uktase, Erlasse, die in einem vorliegenden Falle von der Behörde zur Ordnung eines bestimmten Verhältnisses gegeben wurden.

Die angezogenen Paragraphen beanspruchen ein paar Worte der Erläuterung.

Die oben mitgeteilte Ergänzung zu § 795 gehört der allerneuesten Zeit an (28. Mai 1885) und dankt einem zufälligen Ereignis den Ursprung. In einer Ehescheidungssache wollte der Rechtsanwalt des schuldigen Theiles sich mit dem Urtheil der reformirten Sitzung nicht zufrieden geben, aber auch nicht den Weg einschlagen, der seit länger als einem halben Jahrhundert der herkömmliche war. Im vorigen Jahrhundert und bis zum Erlaß des neuen lutherischen Kirchengesetzes verfügte das Justizkollegium allendlich in Ehescheidungssachen. Nach seiner Aufhebung wurde das General-Konsistorium als Appellationsinstanz auch für Ehesachen eingesetzt; da aber die reformirte Kirche demselben nicht unterstellt ist, fehlte ihr diese Appellationsinstanz. In den sehr selten vorkommenden Fällen wandte sich der appellierende Theil an den Kaiser, der dann eine nächstgelegene reformirte Sitzung mit der nochmaligen Durchsicht und endgültigen Entscheidung der Streitsache betraute. Am sachgemähesten und den bestehenden Verhältnissen entsprechendsten wäre gewesen, diesem bewährten Herkommen geordneten, gesetzlichen Bestand zu geben, daß es in dem Einzelfalle nicht mehr nötig gewesen wäre, das Recht zum Betreten des Weges durch ein Bittgesuch an den Kaiser zu erwirken. Statt dessen wies der Rechtsanwalt, dem das gefällte Urtheil ärgerlich war, auf das mit dem modernen Rechtsgange Ungehörige hin von Entscheidungen richterlicher Behörden ohne Appellationsinstanz für die mit dem Rechtsspruche unzufriedenen Partien. Man hielt den vorgefundenen Zustand für unhaltbar, auch für einzigartig in unseren Tagen, ohne zu wissen oder zu beachten, daß in der ganz gleichen Lage sich bis zur Stunde sowohl die lutherische Kirche in Polen, als auch der wilnasche reformirte Synod befinden, vielleicht in einer noch ungünstigeren, da nicht bekannt, wie dort für den oben angegebenen, bis dahin innegehaltenen Ausweg ein Ersatz geboten ist.

Die Behörde ging auf den gerügten Mißstand ein und machte sich an seine Abstellung. Nach längerer Beratung hin und her glaubte sie die Lösung in der oben gegebenen Ergänzung gefunden zu haben. Sie ist nun Gesetz geworden. Die reformirte Sitzung wurde in keiner irgendwelcher Art zu dieser Beratung oder auch nur zu einer Meinungsäußerung, nicht einmal zu einer Mitteilung über das bisherige Verfahren herangezogen; sie empfing nur den fertigen Beschluß und das vorliegende Gesetz von der Bildung einer reformirten Sitzung bei dem Generalkonsistorium in Appellationsfachen. Es schien nötig in weiter Ausführlichkeit den Sachverhalt zu betonen, um bei der Beurteilung des Gesetzes jede leiseste Anteilnahme eines Gliedes der reformirten Kirche an seiner Fassung abzuweisen. Die reformirte Kirche trifft bei dieser Ergänzung keine Schuld. Daß das Gesetz ohne Beratung mit der reformirten Kirche ausgearbeitet ist, zeigt sein Inhalt gar deutlich. Nehmen wir z. B. § 3. Da die beiden reformirten Prediger Petersburgs, der deutsche und der französische, Mitglieder der reformirten Sitzung des örtlichen Konsistoriums sind und somit von amtswegen an der Beprüfung der gerichtlichen Sachen teilzunehmen haben, so ist unerfindlich, aus welcher Zahl von reformirten Predigern Petersburgs das geistliche Mitglied für die Appellationsinstanz gewählt werden soll; denn an den hiesigen englischen und holländischen Prediger kann nicht gedacht werden, da beide als Gesandtschaftsprediger außerhalb des Verbandes des Ministeriums des Inneren stehen und als Nichtunterthanen des Reiches keine geistliche Stellung im Generalkonsistorium einnehmen können. Der angenommene Fall „der Unmöglichkeit den Bestand der Sitzung in der angegebenen Weise zu vervollständigen“ ist also ein ständiger, der keine Ausnahme zuläßt. Der gleiche Paragraph giebt für diesen ständigen Fall die Buziehung des reformirten Predigers von Moskau und Mitau an, ohne irgendwelchen Hinweis, warum der reformirte Prediger von Riga zu solcher Dienstleistung nicht herangezogen werden darf. Die Schuld der Nichtberücksichtigung ist wohl in keiner Absicht, sondern nur in einem Versehen zu suchen. Der gleiche Paragraph läßt das nötige Verhalten unentschieden, wenn während einer Juridik des Generalkonsistoriums zwei Appellationsfälle zur Entscheidung vorliegen, der eine aus Moskau, der

andere aus Petersburg. Für den ersteren muß nach dem Wortlaut des Gesetzes einer der Petersburger reformirten Geistlichen zugezogen werden, für den letzteren Fall der Moslauer. Sind nun beide Glieder der Juridik? Oder muß die Entscheidung des einen Falles auf ein halbes Jahr bis zur nächsten Juridik vertagt werden, und welcher Fall wird als der dringendere zunächst zur Entscheidung kommen, daß dann der moslauische Prediger vielleicht unverrichteter Dinge wieder zurückreisen muß?

Der angezogene § 284 ist dem „Gesetz für die lutherische Kirche Rußlands“ entnommen in Berücksichtigung des, daß § 796 bestimmten Bezug auf ihn nimmt. Die Weise seiner Anwendung auf die reformirte Kirche des Landes erörtert eine ministerielle Mitteilung des genaueren. Infolge gestellter Anfrage gab am 9. Juli 1858 unter Nr. 103 der Minister des Innern der reformirten Sitzung folgende Antwort:

„Auf meinen allerunterthänigsten Bericht hat S. M. der Kaiser am 4. Juli allerhöchst zu befehlen geruht, Ausländer zur Predigt in den ev.-reformirten Gemeinden zuzulassen und sich dabei dem § 151 (nach der fortlaufenden Zählung im I. Thl. des XI. Bandes, in welchem das lutherische Kirchengesetz die Artikel 134—789 ausmacht, der § 284) des Ustaw, die ev.-lutherische Kirche Rußlands betreffend, anzupassen; den Eintritt in den Unterthanenverband jedoch nur dann zu verlangen, wenn sie das Predigeramt antreten. Außerdem müssen die ausländischen Pastore, welche gewillt sind in unsren Gemeinden das Amt eines Predigers anzutreten und ihre Zeugnisse von ihrer Ordination und für sie sprechende Attestate vorzuweisen haben, einem Colloquium bei vollzähliger Sitzung einer ev.-reformirten geistlichen Behörde unterzogen werden, ohne daß man von ihnen ein Universitätseramen beansprucht, mit dem Beifügen, daß über diejenigen, welche das geistliche Colloquium bestanden und für tüchtig befunden worden sind, ein Bericht der besagten Behörde dem Ministerium des Inneren eingereicht werde.

Diesen S. M. allerhöchsten Befehl theile ich der besagten Sitzung mit in folge des Rapports vom 22. februar

dieses Jahres unter Nr. 473 und zur Beachtung vorkommenden Falles.

Minister der inneren Angelegenheiten: C. Lanskoi.

Direktor: Graf Sievers.

Von den allgemeinen Bestimmungen dieser ersten Abteilung über die Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten der evangelisch-reformirten Gemeinden beziehen sich die § 790 — 794 auf die Wilnasche reformirte Synode und sind deshalb unter Nr. XLIV zum Abdruck gelangt; nur die zweite Hälfte des § 790, die dort nachzuschlagen ist, nimmt Bezug auf die reformirten Gemeinden im Innern Rußlands.

2) Verordnungen auf die reformirten Gemeinden in Petersburg bezüglich.

XVI.

Nr. 14748 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 11. Mai 1778.

„Allerhöchstes Manifest von den Einrichtungen, welche sich auf die Wiederherstellung des Einklanges zwischen den Gliedern der reformirten Kirche französischer und deutscher Nation beziehen.“

Dem löblichen Beispiele unsrer in Gott ruhenden Vorfahren folgend, gestatten auch wir in unsrem weiten Reiche das freie Bekenntniß verschiedener Konfessionen und geben den Bekennern derselben unter unserem Schutze eine gesicherte Freistätte, Allen, die um ihrer religiösen Überzeugung willen, wo es auch sei, Unterdrückung oder Verfolgung leiden. Diese unsere mütterliche Sorge ist und bleibt, daß alle unsere treuen Unterthanen verschiedener Bekenntnisse als Mitunterthanen mit einander in Frieden leben. Von diesen auf Humanität sich gründenden Gefühlen beseelt, konnten wir nicht anders als mit tiefer Betrübniß die Zerwürfnisse sehen, welche zwischen den französisch- und deutsch-reformirten Nationalitäten in unsrer Hauptstadt entstanden sind; dieselben haben das

frühere löbliche Einvernehmen gestört und zu Prozessen geführt. Um die frühere Eintracht wiederherzustellen, haben wir von den verschiedenen, ihre Rechte beweisenden Schriftstücken Einsicht genommen und aus denselben ersehen, daß die hiesige reformirte Kirche ihre Gründung Franzosen, die in unsrem Reiche lebten und dienten, verdankt, daß dieselbe durch verschiedene Umstände und Mängel einige Zeit ohne Thätigkeit blieb, daß nach Beseitigung derselben sich die Reformirten deutscher Nationalität zugesellten, die mit ihnen in Gemeinschaft verblieben und sogar ohne jeglichen Streit die jetzt bestehende Kirche gründeten, daß von gemeinsam gewählten Kirchenältesten die Kirchenangelegenheiten geleitet, die Ausgaben bestimmt und in beiden Sprachen Gottesdienst und Predigten gehalten wurden, daß jedoch bei der Wahl des Predigers die jetzigen Streitigkeiten entstanden, dieselben unserem Justizkolleg von Liv-, Est- und Finnland unterbreitet wurden und daß sogar mehrmals Bitten und Klagen bis zu unserem Throne gelangten. — Nach gründlicher Durchsicht und reiflicher Überlegung bestimmen wir allernädigst — damit der jetzige Streit nicht fortdauere, vielmehr zu beiderseitiger Wohlfahrt geschlichtet und die Eintracht zu Gottes Ehre wieder hergestellt werde — folgendes:

1) da die reformirte Kirche hier in unsrer Residenz ihre Gründung den Franzosen verdankt und erst später die Vereinigung mit den Deutschen stattgefunden hat, den Franzosen das Recht zuzugestehen, bei Unterzeichnung von Schriftstücken, die sich auf Kirchenangelegenheiten beziehen, die erste Stelle einzunehmen;

2) daß, um auch in zukünftiger Zeit dem Streite die Unterlage zu nehmen und damit die Reformirten, Jeder in seiner Sprache, die Möglichkeit haben könnten, den Gottesdienst und Religionsunterricht in ihrer besonderen Sprache zu genießen, jede Nationalität gesondert ihren eignen Pastor zu erhalten und dessen Anstellung durch Wahl und Bestimmung der betr. Nationalität zu geschehen hat;

3) daß den beiden Pastoren die gleiche Gehaltssumme aus den Kircheneinnahmen gezahlt werde;

4) daß, um jeder Nationalität die Möglichkeit zu gewähren, die Gottesdienste in eigener Sprache zu halten, bestimmt werde, daß der französische Gottesdienst um 9 Uhr Morgens anfangen und bis 11 Uhr dauere, der deutsche Gottesdienst jedoch um halb 12 Uhr Vormittags anfangen und um halb 2 Uhr Nachmittags ende;

5) daß den beiden Nationen gestattet werde, falls sie um die Ausgaben ihrer Kirchengelder zu verringern, es wünschen sollten, nur einen Pastor anzustellen, der in beiden Sprachen den Gottesdienst halten könnte; in diesem Falle jedoch die Wahl nur dann stattfinden dürfe, wenn eine gleiche Anzahl Kirchenältester beider Nationalitäten gegenwärtig sind, wobei dann die Wahl durch Stimmenmehrheit entschieden werde, — daß jedoch, wenn die Zahl der Beistimmenden wie der nicht Beistimmenden eine gleiche ist, die Wahl durchs Loos bestimmt werde, zur Aufrechterhaltung der Ordnung bei dieser Wahl ein Mitglied des Justizkollegs zugegen zu sein habe, gleichwie es im § 8 bei der Wahl der Kirchenältesten bestimmt werde;

6) daß zur Ordnung der Kirchenangelegenheiten sowie der ökonomischen Fragen ein gemeinsamer Kirchenrath mit Mitgliedern beider Nationalitäten ins Leben zu rufen sei;

7) daß der Kirchenrath aus je drei Mitgliedern jeder Nationalität zu bestehen habe und dieselben alle drei Jahre von neuem zu wählen seien; daß in Kirchenangelegenheiten die Pastoren zu diesem Rathe zugezogen werden müssen und dann die erste Stimme haben.

8) daß die Wahl der Kirchenältesten oder Kuratoren einstimmig zu sein habe und zwar durch die Übereinstimmung der Vertreter jeder Nationalität in Gegenwart eines Beisitzenden des Justizkollegs, welcher auf die Ordnung zu sehen habe;

9) daß falls die Einkünfte zu den nothwendigsten Ausgaben als da sind: der Unterhalt der beiden Pastoren u. s. w. fehlen, die nothwendigen Summen von beiden Nationalitäten zu gleichen Theilen zu entheben seien;

11) daß ebenso, wie oben erwähnt, die Verwaltung der

ökonomischen Angelegenheiten dem Kirchenrath unterstellt sind, von ihm auch die Vermiethung des Kirchengebäudes, in welchem sich auch die Kirche befindet, abhängen und der Kirchenrath dabei darauf zu sehen habe, daß beide Pastoren der beiden Nationalitäten die gleichen Vortheile genießen und die übrigen Bediensteten gleichfalls im Kirchenhause unterzubringen sind; daß die aus der Miethen gezogenen Einkünfte der allgemeinen Kirchensumme zuzuzählen seien;

12) daß nach Ablauf der dreijährigen Frist die Kirchenältesten der Gemeindeversammlung Rechenschaft abzulegen verpflichtet seien, nicht nur über ihre Thätigkeit, sondern auch vornehmlich über die Verwendung der ihnen anvertrauten Summen und ihre Verwaltung der Kirchengüter, und von ihren Gemeindegliedern ein zufriedenstellendes Zeugniß zu beanspruchen haben; daß sie dabei ihre Entlassung erhalten, jedoch auch ihre Stellung beibehalten können, falls die Gemeindeversammlung dazu ihre Zustimmung erteilt und sie selbst ihrer Kirche fernerhin dienen wollen;

13) daß der Gemeindeversammlung beider Nationalitäten zu gestatten sei, zur Durchsicht der Rechnungen einen oder zwei Männer aus ihrer Mitte zu wählen, welche die Buchhalterkunst verstehen und denen die Kirchenältesten jeder Zeit ohne Widerspruch Rechenschaft abzulegen verpflichtet sind;

14) daß nach dem Beispiel der übrigen fremdländischen Kirchen, denen ein freies Bekenntniß ihrer Konfession in unserem weiten Reiche gestattet ist, diese reformirte Kirche in Betreff von Streitfragen, die möglicher Weise zwischen ihren Pastoren, ihren Kirchenältesten, ihren Gemeindegliedern in kirchlichen oder ökonomischen Angelegenheiten entstehen könnten, unter dem Ressort des Justizkollegs stehe, dieses jedoch sich unter keiner Bedingung in die religiösen Dogmen der Andersgläubigen mischen dürfe;

15) daß, sollte die Gemeinde beider Nationalitäten zur Kräftigung der Gemeinde es für nöthig erachten, Sammlungen zu Kirchenzwecken zu veranstalten, die nicht wider die Gesetze unsres Reiches streiten, wir gestatten, die Frage unserem Justizkolleg sowie unserem Senate zu unterbreiten

und versprechen, ihnen unsre gnädige Erlaubniß nicht vorzu-
enthalten.

Diese unsere allergnädigste Verordnung befehlen wir im
Original im Justizkolleg aufzubewahren, eine Abschrift, von
den Mitgliedern unterzeichnet, der reformirten Kirche zur
pünktlichen Befolgung einzuhandigen.

Erlassen am 11. Mai im Jahre des Herrn 1778 in
Zarskoje Selo, im 17. Jahre unserer Regierung.

Katharina.

Der Anlaß zu diesem für das Leben der beiden Gemeinden so
bedeutsamen Manifeste ist ausführlich dargestellt in der „Geschichte
der reformirten Kirche in Rußland“, S. 63 ff.

XVII.

Nr. 17896 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 30. März 1797.

Entscheidung auf eine Unterlegung des Senats.

Der deutschen Gemeinde, als der später hinzugekommenen,
wird die Zeit des Gottesdienstes von 8—10 Uhr angewiesen
und zwar zur genauen Einhaltung, damit die französische
Gemeinde als die ältere, welche die reformirte Kirche in
Petersburg gegründet hat, die Möglichkeit habe, ihren Gottes-
dienst von 10 Uhr ab zu beginnen.

Diese kaiserliche Entscheidung reiht sich dem Manifeste vom
11. Mai 1778 an (vgl. Nr. XVI), indem sie dem vierten Ar-
tikel eine abermals veränderte Fassung giebt. Sie ist ein Zeichen,
daß der ärgerliche Handel zwischen den beiden Schwestergemeinden
in all' den vielen Jahren noch nicht zu seinem endgültigen Aus-
trag gelangt war. Die „Geschichte“ (vgl. S. 73 ff.) erzählt den
Hergang, wie das durch das kaiserliche Manifest nur notdürftig
gelöschte Feuer unter der Asche fortglommte und durch Pastor
Mansbendel zu neuer Lohe angefacht ward. Der zornmütige Pastor
büßte sein peinliches Vorgehen endgültig, wie die „Geschichte“

mitteilt, mit Amtsentsetzung; eine Strafe, wie sie meines Wissens kein anderer reformirter Pastor in Rußland je auf sich gezogen *).

Der hier gegebenen kurzen Entscheidung geht zur Begründung eine ausführliche Darstellung ihres Anlasses voraus, welche in der Gesetzesammlung Aufnahme gefunden. Wir geben dieselbe nur abgekürzt, weil sie theils Wiederholung des kaiserlichen Manifestes von 1778 ist, theils berichtet, was in der „Geschichte“ bereits im Zusammenhang dargestellt wurde. Nachdem im Eingang das Manifest in seinen Hauptpunkten wiedergegeben, auch die Klageschrift der Franzosen an das Justizkolleg erwähnt ist, daß die Deutschen einen eigenen Kirchenrat gebildet und ihrem Pastor einen besonderen Gehalt ausbezahlt, nachdem der Entscheid des Justizkollegs berichtet, nach welchem der gesonderte deutsche Kirchenrat abgeschafft, die Kasse zu einer gemeinsamen erklärt und den beiden Pastoren der gleiche Gehalt ausbedungen wurde, nachdem des weiteren mitgeteilt ist, daß die Deutschen von diesem Urtheil des Justizkollegs an den Senat appelliert, aber noch vor dessen allendlicher Entscheidung die beiden Gemeinden sich aus eigenen Stücken auf Grundlage des kaiserlichen Manifestes von 1778 vertragen, fährt die erwähnte Darstellung also fort:

„Im Dezember 1796 haben die deutschen Kirchenältesten dem Kaiser eine Bittschrift eingereicht, ihnen zu bewilligen, mit dem Ertrage ihrer Sammlungen jeden Ausfall in der gemeinsamen Kasse zu decken, über den Rest aber selbständig zu verfügen und ihn auch für eine erhöhte Gehaltszahlung an ihren Pastor, der bei größerer Arbeit erhöhte Ausgaben als sein französischer Amtsbruder habe, zu verwenden. Nachdem dies abgeschlagen, erklärten sie sich in ihrer Bittschrift willig und bereit, auch diese Entscheidung mit Geduld zu tragen, wenn die Franzosen ihnen keine Hindernisse in der Zeit des Gottesdienstes machen würden. Deshalb bitten sie

*) Über Pastor Mansbendel und sein Auftreten gegenüber dem Justizkolleg bietet einen fesselnden Beitrag das Büchlein: Aus den Tagen Kaiser Pauls. Aufzeichnungen eines lurländischen Edelmannes. Herausgeg. von Fr. Dienemann. Leipzig 1886. Der betr. Edelmann ist wohl kein anderer als Baron Karl Heyking, in jenen Jahren des Mansbendelschen Handels Vorsitzender des Justizkollegs, wie sich auch aus Daten im Archiv der reformirten Kirche ergibt.

um völlige Trennung und Teilung des Kirchenplatzes in zwei Teile, wobei den Franzosen die Wahl ihres Teiles überlassen werden solle*).

In Ausführung allerhöchsten Willens hat der Senat daraufhin dem Justizkolleg Weisung erteilt und hat das Justizkolleg dem gemeinsamen Kirchenrat den Auftrag gegeben, einig zu werden, auf welche Weise sie glauben, diese Teilung unter sich herstellen zu können. Der gemeinsame Kirchenrat ist aber nicht zur Teilung geschritten, weil die Franzosen das Recht auf den Kirchenplatz für sich allein in Anspruch nahmen. Letztere brachten die Sache vor den Thron Sr. kaiserl. Majestät mit dem Ansuchen, daß den Deutschen, weil sie den Vereinigungsversuch durch die von ihnen gewünschte Trennung zerrissen hatten, befohlen werde, sich auf eigene Kosten eine Kirche zu erbauen. Die deutschen Gemeindeglieder jedoch, welche sich inbetreff des Kirchenplatzes und der darauf befindlichen Gebäude als gleichberechtigt mit den Franzosen erklären, baten wiederum, diesen Platz zu gleichen Teilen zu teilen.

Das Justizkolleg hat auf alles bisher Erwähnte von seiner Seite beschlossen, daß es inbezug auf die Teilung der Deutschen und Franzosen keine Vorlage machen könne, weil der allerhöchste Ukas von 1778 beide Teile vereinige, diese Teile aber in der Art und Weise einer geplanten Trennung auseinander gehen. Zur Wiederherstellung der Ruhe hält das Kolleg dafür, daß der Gottesdienst abwechselnd an dem einen Sonntag deutsch, an dem andern französisch gehalten werde, denn die Begehung des Gottesdienstes, der von den Franzosen zu der angeordneten Zeit weder begonnen noch beendigt wird, bildet den Hauptstreitpunkt.

Der Senat findet nach Durchsicht des Erwähnten die Meinung des Justizkollegs für begründet und stellt in Übereinstimmung mit dieser Meinung dieselbe Ew. kaiserl. Majestät anheim in Erwartung der Entscheidung durch einen Befehl Ew. Majestät."

*) Es ist interessant, daß mehr wie 60 Jahre später (1858) die beiden Gemeinden freiwillig und ohne jeden Hader die Trennung genau nach dem 1796 von dem deutschen Teil vorgeschlagenen Teilungsgrund ausgeführt und dann dafür die kaiserliche Bestätigung erbeten haben.

Bestehend ist, aus einem Vergleich der Vorstellung und Entscheidung zu ersehen, daß letztere anders ausgefallen, als Justizkolleg und Senat vorgeschlagen; leider waren die Nachforschungen erfolglos zu erfahren, was den Kaiser Paul zu dieser andersgetroffenen Entscheidung veranlaßt haben mochte. Sein Urteil ist in diesem Falle das den Gemeinden heilsamere gewesen. Es wäre denn doch ein arger Übelstand geworden, wenn jede Gemeinde nur alle vierzehn Tage einmal Gottesdienst in ihrer Muttersprache gefeiert hätte, während zwei Pastore vorhanden. Ein paar Jahrzehnte später, als die Gewohnheit in den deutschen Kreisen einriß, die zwei, drei Sommermonate auf dem Lande zu verbringen, kam auch — wie in Erinnerung an den Vorschlag des Senats und Justizkollegs — die Sitte auf, während dieser drei Monate den Gottesdienst abwechselnd den einen Sonntag in deutscher, den andern in französischer Sprache zu begeben, eine Sitte, die bis zur Vollendung des deutschen Kirchenbaues (1865) beibehalten wurde. Von der Zeit an ist ununterbrochen auch im Sommer deutscher Gottesdienst, mit Ausnahme des Julimonats, in welcher Zeit der Pastor Gottesdienste in der Sommerkapelle zu Bargaia übernimmt, während die französische Kirche die drei Monate hindurch völlig geschlossen bleibt.

XVIII.

Nr. 82999 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 15. April 1858.

Erlaß.

Laut Bericht vom 13. Februar dieses Jahres unter Nr. 214 hat die reformirte Sitzung bei mir unter Vorstellung des Entwurfes über Regeln der Theilung der französisch-deutsch reformirten Gemeinde der hiesigen reformirten Kirche in zwei besondere Gemeinden die Bestätigung dieses Entwurfes gemäß der Bitte von Gliedern der Gemeinde beider Nationen nachgesucht.

Ich habe mich mit dieser Sache an das Ministerkomitee gewandt, nach dessen Entscheidung der Herr und Kaiser an

diesem 15. April allerhöchst zu befehlen geruht hat, die Theilung der französisch-deutschen Gemeinde der St. Petersburger reformirten Kirche in zwei besondere Gemeinden mit der Bestimmung zu genehmigen, daß Punkt 6 des § 2 der über diesen Gegenstand zusammengestellten Regeln durch die Erläuterung ergänzt werde, daß der Unterhalt der Prediger von der Zeit der Theilung der Gemeinde von jeder Gemeinde besonders getragen werden muß und daß im § 3 derselben Regeln der Zusatz gemacht werde, daß der Kirchenrath bestehen müsse: bei der französischen Gemeinde aus drei, der viel zahlreicheren deutschen Gemeinde aus nicht weniger als fünf Gliedern.

Diesen allerhöchsten Willen eröffne ich der reformirten Sitzung zur Anordnung des zur Erfüllung Nothwendigen.

Minister der inneren Angelegenheiten: C. Kanstoi.

Direktor: Graf Sievers.

18. April 1858.

Über den Anlaß zu dieser Teilung vgl. „Geschichte der reformirten Kirche in Rußland“, S. 111. Die Teilung selbst geschah auf Grund folgender Abmachung, die von beiden Gemeinden angenommen, nur die oben angegebenen geringfügigen Änderungen erfuhr:

§ 1. Die französische und deutsche Gemeinden, durch die Verhältnisse gezwungen, ihre Verbindung aufzulösen, werden für die Zukunft zwei für sich bestehende Gemeinden bilden und jede für sich die sie betreffenden geistigen und materiellen Interessen ordnen.

§ 2. Die Gemeinden theilen bei ihrer Trennung die Grundstücke, welche sie gemeinschaftlich besessen haben. Diese Theilung geschieht unter folgenden Bedingungen:

1) Das der Kirche gehörige Terrain wird im innern Hofe durch eine in gleicher Entfernung vom Pastorat (gegenwärtig das neuaufgerichtete Hintergebäude auf dem französischen Gebiete) und von der Schule gezogenen Linie getheilt. Auf

dieser Linie wird eine zwei Faden hohe Doppelmauer für gemeinschaftliche Kosten aufgeführt, welche somit die Grenze der beiden Grundstücke bilden wird. — Die gegenwärtigen Besitzer entsagen für sich und für ihre Nachfolger, welche es auch sein mögen, dem Rechte, auf dem zwischen Pastorat und Schule befindlichen Grunde irgend ein Gebäude aufzuführen, welches die Höhe der Trennungsmauer übersteigen würde.

2) Die französische Gemeinde bleibt im Besitz des Grundstücks und der darauf befindlichen Gebäude, welche zwischen der großen Stallhofstraße und der Trennungsmauer liegen. Das Grundstück nebst Gebäuden zwischen dieser Mauer und der Moika werden dagegen Eigenthum der deutschen Gemeinde.

3) Die Schulden werden durch jede Gemeinde zur Hälfte getragen.

4) Die deutsche Gemeinde behält den Gebrauch der Kirche zu den gewöhnlichen Stunden für den Sonntags-Gottesdienst sowie zu andren Amtshandlungen, bis sie die Mittel gefunden, sich eine neue Kirche zu bauen, wobei die französische Gemeinde die Heizung übernimmt. Die Dauer dieser Übereinkunft darf indessen nicht zwanzig Jahre überschreiten.

5) Die Trauer-Effekten und die darauf erhobenen Lagen und Revenuen bleiben Eigenthum der deutschen Gemeinde gegen eine von derselben an die französische Gemeinde zu zahlende jährliche Vergütung von achthundert Rubel Silber, so lange die Kirche beiden Gemeinden dient.

6) Das Silbergeräth zu den heiligen Sakramenten dient beiden Gemeinden und wird nachher zwischen ihnen getheilt mit Ausnahme des von Herrn Brandt geschenkten Kelches, welcher der Gemeinde des Gebers verbleibt.

7) So lange der Gottesdienst beider Gemeinden in derselben Kirche stattfindet, wird das Dienstpersonal der Kirche, wie Küster, Organist und Kirchendiener, gemeinschaftlich durch die Vorstände der beiden Gemeinden ernannt und die Kosten desselben zu gleichen Theilen getragen.

8) Die Gemeinden behalten sich vor, durch ihre Vorstände

wegen nothwendiger Reparaturen oder Verbesserungen im Innern der Kirche nebst den dazu gehörigen Räumen, wie Gemeindefaal, Sakristei und Gewölbe, übereinzukommen, wobei es jedoch der französischen Gemeinde freisteht, dergleichen Reparaturen selbst auszuführen, mit der Bedingung nur, daß die Zahl der Plätze nicht verringert werde.

9) Sowie die deutsche Gemeinde ein passendes Lokal dazu findet, nimmt sie von den Duplikaten der Protokolle und anderen ihr gehörigen Büchern und Dokumenten Besitz und erhält beglaubigte Abschriften von allen durch sie zu bezeichnenden Dokumenten; bis dahin bleibt das Archiv gemeinschaftlich. — Die französische Gemeinde behält sich indessen das Recht vor, die Aufnahme jedes zur Deposition vorgestellten versiegelten Paquets zu verweigern.

10) Jede Gemeinde sorgt für Erziehung ihrer Waisen nach eigenem Ermessen. — Inzwischen bleibt die Mobiliar-einrichtung der gegenwärtigen Waisenanstalt Eigenthum der deutschen Gemeinde. Das Waisencapital wird zu gleichen Theilen zwischen den beiden Gemeinden getheilt. Desgleichen werden die jährlichen Beiträge von den hohen Mitgliedern der kaiserlichen familie in Zukunft zwischen beiden Gemeinden getheilt. Dasselbe geschieht mit dem Ertrage der Waisenkasse, so lange die Kirche beiden Gemeinden dient. Jede andre Collette zu Gunsten der Waisen bleibt ausschließliches Eigenthum der Gemeinde, welche sie sammelt.

11) Das Armen-Capital wird zu gleichen Theilen zwischen der französischen und der deutschen Gemeinde getheilt.

12) Die Schule bleibt, was sie seit ihrem Entstehen gewesen, eine Stiftung der französisch-deutsch und holländisch reformirten Gemeinden.

13) Die Lehrer-Wittwen-Casse wird zur Schule gehören, durch den Schulrath verwaltet werden und zur Hälfte auf die Gebäude der französischen, zur Hälfte auf diejenigen der deutschen Gemeinde zum Zinsfuß von 4 Prozent jährlich hypothekirt bleiben. Jede der Gemeinden behält sich indessen das Recht vor, den ihr zur Last fallenden Theil dieses Capitals dem Schulrath auszuzahlen. Die letzte Anleihe

von 5000 Rubel wird von den beiden Gemeinden vor deren Trennung zurückgezahlt.

§ 3. An der Stelle des laut Art. 6 des kaiserlichen Manifestes bestätigten Kirchenraths wird eine jede Gemeinde ihren besonderen Kirchenrath haben, welchem die Leitung der Geschäfte und die Administration der Kirchengüter übertragen werden. Die Wahl dieses Kirchenraths sowie auch dessen Competenz und Verantwortlichkeit werden entsprechend dem kaiserlichen Manifest vom Jahre 1778 bestimmt.

§ 4. Die administrativen Beziehungen der reformirten Kirchen zu der reformirten Sitzung des ev.-lutherischen Konsistoriums in St. Petersburg und denjenigen, welche vermittelst dieser Sitzung mit den andern höhern Behörden des Reiches bestehen, bleiben wie sie früher gewesen.

§ 5. Die in der Generalversammlung (am 15. Dezember 1857) gegenwärtigen Mitglieder der beiden Gemeinden, nachdem sie die oben gesagten Artikel gebilligt, nahmen dieselben als einen Vertrag in duplo zwischen der französischen und deutschen Gemeinde an, unter Vorbehalt der allerhöchsten Sanction, welche der gegenwärtige Kirchenrath zu erbitten die Ehre haben wird.

Dieser Vertrag wurde unterzeichnet von den Kirchenältesten der französischen Gemeinde: Couriard, Ruffard, Glarner, sowie von denen der deutschen Gemeinde: Grommé, Brag, Gustav Salomé, welchen sechs Männern in erster Linie die friedliche Abwicklung der schwierigen Teilung zu danken ist und zwar wie bereits in der Urkunde Nr. XVII erwähnt, nach einem Plane, der sechzig Jahre früher von der französischen Gemeinde verworfen worden war und damit die Teilung selbst zum Scheitern gebracht hatte.

XIX.

Aus dem „Reichsgesetzbuch“ XI. Bb., I. Tl. nach der Ausgabe von 1857 mit den Ergänzungen von 1876, 1879 und 1886.

Über die Verwaltung geistlicher Angelegenheiten der **St. Petersburger** ev.-reformirten Gemeinden.

798. Die dem ev.-reformirten Glaubensbekenntniß Angehörigen in St. Petersburg bilden zwei gesonderte Gemeinden, die französische und die deutsche, mit einer **getrennten** Verwaltung ihrer geistlichen und materiellen Interessen.

799 abgeändert.

800. Jede Gemeinde hat ihren eignen Pastor. Den Unterhalt empfängt der Pastor von seiner Gemeinde.

801 und 802 abgeändert.

803. Die Kirchengüter und überhaupt die **wirthschaftlichen** Angelegenheiten der ev.-reformirten Kirchen werden in jeder Gemeinde von einem besonderen Kirchenrath **verwaltet**.

804. Der Kirchenrath der französischen Gemeinde besteht aus drei, der der deutschen aus fünf Ältesten. In kirchlichen Angelegenheiten werden auch die Pastore in den Rath **zugezogen** und haben bei denselben zuerst ihre Stimme abzugeben.

805. Die Ältesten sowohl des französischen wie deutschen Kirchenraths werden von jeder Gemeinde auf drei Jahre **gewählt**.

806. Der Fürsorge der Kirchenräthe ist übertragen: die Verwaltung aller Arten von **Kirchenemkünften**, die Unterhaltung der bei der Kirche Angestellten, alle nöthigen Instandsetzungen der ihnen angehörigen Gebäude und ähnliche Angelegenheiten der **wirthschaftlichen** Verwaltung auszuführen.

807 abgeändert.

808. Zu der Zahl der Angelegenheiten der **wirthschaftlichen** Verwaltung des Kirchenraths gehört auch das **Ver-miethen** der der Kirche angehörigen Gebäude. Dabei hat der Kirchenrath in der Weise zu verfügen, daß der Pastor und die Angestellten der Kirche in diesem Gebäude untergebracht werden. Die Einnahme von den Miethen wird den

Kirchensummen der Gemeinde zugezählt, der nach der Verfügung vom 15. April 1858 die Gebäude angehören.

Anmerk. 1. Die Regeln, die in den Bemerkungen 2 und 5 zum Artikel 622 auseinandergesetzt sind über die Erhebung der Stadtsteuer auf unbewegliche Güter und über die Kronssteuer auf die unbeweglichen Güter in den Städten, Vorstädten und Dörfern erstrecken sich auch auf die Häuser der Kirchen und geistlichen Personen ev.-reformirten Bekenntnisses.

Anmerk. 2. Die beweglichen und unbeweglichen Kirchengüter sind unter der französischen und deutschen Gemeinde nach einem besondern Akte getheilt.

809. Nach Ablauf der drei Jahre sind die Ältesten verpflichtet, der Gemeindeversammlung eine vollständige Rechenschaft über ihre gesammte Thätigkeit in Verwaltung der Kirchenangelegenheiten und insonderheit ihrer Einkünfte abzulegen und darüber die Gutheißung der betr. Gemeinde einzuholen. Nach geschehener Rechnungsablage werden die Kirchenältesten ihres Amtes enthoben, können aber auf Wunsch der Gemeinde und mit eigner Zustimmung im Amte bleiben.

810. Jede Gemeinde wählt zur Revision der Rechnungen einen mit der Buchführung vertrauten Bevollmächtigten, die Kirchenältesten sind verpflichtet, alle zu derselben nöthigen Auskünfte zu geben.

811 abgeändert.

Die 1858 stattgehabte Trennung der beiden Gemeinden hatte mehrere Artikel der Ausgabe von 1857 hinfällig gemacht, was den Kirchenrat der deutsch-reformirten Gemeinde veranlaßte, am 19. April 1868 mit einem Gesuche (unterschieden von den Kirchenältesten Hauff, Pratz, Bonenblust, Salomé) an die reformirte Sitzung sich zu wenden, „dahin wirken zu wollen, daß die Art. 798—802 und 804 im I. Th. des XI. Bandes der Gesetzsammlung, welche durch die seit zehn Jahren ausgeführte Trennung hinfällig geworden seien, außer Wirksamkeit gesetzt, bzw. so abgeändert werden, daß sie mit den gegenwärtigen Zuständen in Einklang kommen.“ Das Gesuch fand volle Berücksichtigung, wie die

obigen Artikel im Vergleich mit ihrem Wortlaut in der Ausgabe von 1857 erweisen.

In der Ausgabe von 1857 lauten diese nun veränderten oder gestrichenen Artikel wie folgt:

798. Die St. Petersburger ev.-reformirte Gemeinde besteht aus zwei Gemeinden, der französischen und der deutschen, welche indeffen ein Ganzes bilden.

799. Die St. Petersburger ev.-reformirte Kirche wird als eine gemeinschaftliche für die beiden vereinigten Gemeinden angesehen.

Anmerk. Diese Kirche ist von der französischen Gemeinde gegründet worden und hat daher diese das Recht, sich in allen Akten vor der deutschen Gemeinde zu nennen.

800. Jede Gemeinde hat ihren eignen Pastor. Beide empfangen ihren Gehalt aus dem Einkommen der Kirche.

801. Der Gottesdienst in der Kirche findet sich für die eine und die andere Gemeinde zu verschiedener Zeit, welche laut gegenseitiger Übereinkunft mit Wissen der geistlichen vorgesetzten Behörden bestimmt wird.

802. Es ist den beiden Gemeinden gestattet, wenn sie es aus ökonomischen Gründen einmütig wünschen sollten, nur einen Pastor anzustellen, welcher in beiden Sprachen seine Verrichtungen zu versehen imstande wäre. In diesem Falle würde behufs Wahl des Pastors jede Gemeinde eine gleiche Anzahl von Gemeindegliedern bestimmen, welche in Gegenwart eines von der reformirten Sitzung des ev.-lutherischen Konsistoriums abgesandten Delegierten den Pastor mit Stimmenmehrheit wählen; bei gleicher Stimmenzahl wird die Wahl durch das Los bestimmt.

803. Das Eigentum der Kirche, sowie die ökonomischen Angelegenheiten derselben überhaupt verwaltet der Kirchenrat.

804. Der Kirchenrat besteht aus dreien Ältesten der französischen und der gleichen Anzahl Ältesten der deutschen Gemeinde. In kirchlichen Angelegenheiten werden auch die Pastoren in den Kirchenrat gezogen; in diesen Angelegenheiten haben dieselben zuerst das Stimmrecht.

807. Wenn die Kircheneinnahmen sich zur Deckung der Kosten und Besoldung der Pastoren als unzureichend erweisen sollten, so

ist die fehlende Summe durch Sammlungen von beiden Gemeinden herbeizuschaffen.

811. Die Gemeinde hat das Recht, durch Vermittelung des Kirchenrats bei der ihr vorgesetzten geistlichen Behörde um die ihrer Meinung nach nötigen ergänzenden Bestimmungen der oben genannten Verordnungen einzukommen.

Die hier nach den letzten Ergänzungen wiedergegebenen Artikel sind als das gegenwärtig zu Recht bestehende Gesetzbuch den hiesigen französischen und deutschen reformirten Gemeinden in ihrem besonderen Verhältnis zur Obrigkeit anzusehen, wozu dann noch die weiteren Verfügungen zu rechnen sind, die sich auf die reformirte Kirche des Reiches im allgemeinen beziehen. Wenn außer den in dem Gesuche des deutsch-reformirten Kirchenrats vom 19. April 1868 angezogenen Artikeln auch § 811 gefallen ist, so ist der Grund allein darin zu suchen, daß er durch die stattgehabte Ergänzung und Veränderung der vorangegangenen Bestimmungen seine Erfüllung gefunden und damit hinfällig geworden ist, auch für die Folge eine besondere Hervorhebung als überflüssig erschien, da dem Kirchenrat nicht ein Recht entzogen werden kann, welches jedem Untertanen eingeräumt ist, nämlich sich vorkommendenfalles mit einem Wittgesuch an die betr. Behörde, endgültig an den Kaiser zu wenden. Diese allein zulässige Auslegung ist durch eine Reihe eingereichter und angenommener Wittgesuche auch inbetreff Änderung oder Ergänzung des einen oder andren Artikels seit dem Jahre 1868 bestätigt worden.

XX.

Note.

Par sa note du 23 Juin/5 Juillet Monsieur Gevers a eu recours à l'intervention du Ministère Impérial, afin d'obtenir à Monsieur Walter l'autorisation d'exercer en cette Capitale les fonctions de Ministre du culte protestant de la commune Hollandaise.

Bien qu'en vertu d'une nouvelle loi émanée le 19 Mai 1842 les ministres protestants qui témoignent le désir d'être admis dans l'Empire comme prédicateurs ou comme pasteurs soient tenus

de produire un certificat constatant qu'ils ont prêté serment de sujction à l'Empire, en égard toutefois aux considérations que Monsieur le Baron de Mollerus, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas a bien voulu faire valoir dans sa lettre postérieure du 19/31 Août le soussigné s'est empressé de placer la demande du Sieur Wélter sous les yeux de son Auguste Maître et il a en conséquence la satisfaction de prévenir Monsieur le Ministre des Pays-Bas que Sa Majesté l'Empereur a daigné ordonner que le pasteur de l'Eglise Reformée Hollandaise à St. Pétersbourg soit admis à l'exercice de ses fonctions à l'égal des prédicateurs de l'église Anglicane qui sans relever du Ministère de l'Intérieur, se trouvent placés sous la protection spéciale de l'Ambassade Britannique.

Il profite de cette occasion pour renouveler à Monsieur le Baron de Mollerus l'assurance de sa considération très distinguée.

St. Pétersbourg, le 31 Août/12 Septembre 1842

(signé) Nesselrode.

Dieses Schreiben des damaligen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, welches die holländisch-reformirte Gemeinde aus ihrer bisherigen Unterstellung unter das Ministerium des Innern entließ und damit zugleich aus der Zugehörigkeit zur reformirten Sitzung des ev.-lutherischen Consistoriums, schließt eine längere Verhandlung in Anlaß des Ulaßes vom 19. Mai 1842 (vgl. unsere Nr. IX), betreffend die Unterthanschaft der evangelischen Prediger in Rußland, zugunsten des Gefuches der holländischen Gemeinde ab. Jener Ulaß würde seine erste Anwendung auf den am 22. Juni von der holländischen Gemeinde gewählten Pastor Belter gehabt haben, der sich aber entschieden weigerte, seine holländische Unterthanschaft aufzugeben und eher die stattgehabte Wahl ablehnen wollte. Die Gemeinde wandte sich an den holländischen Gesandten, Baron Mollerus, der unter dem 19. August folgendes Schriftstück dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Nesselrode, übermittelte:

Le Pasteur de l'Eglise Reformée Hollandaise à St. Pétersbourg, Monsieur Erko Arnold Tamling, après avoir occupé

la chaire de la dite Eglise durant un espace de 23 ans, ayant désiré obtenir sa retraite, le Conseil Ecclésiastique la lui a accordée et pour le remplacer dans ses fonctions le Conseil a fait venir aux frais de la communauté trois Candidats de la Hollande, afin que la communauté puisse faire un choix. Ce choix étant tombé sur le Sieur W. L. Welter, le Conseil Ecclésiastique Reformé s'est adressé au Consistoire Général pour obtenir l'autorisation requise pour l'installation du Candidat W. L. Welter, par une supplique datée du 22 Juin 1842 dont copie ci-jointe.

Ce fut à la même époque et presque simultanément que le Conseil Ecclésiastique reçut une communication officielle du Consistoire Général, lui faisant part d'un Ukase Impérial du 19. Mai 1842, prescrivant que dorénavant l'installation de Prédicateurs étrangers ne pourrait avoir lieu que pour autant qu'il serait constaté par des attestats en due forme que les Candidats sont devenus sujets Russes.

Le Conseil Ecclésiastique Reformé ayant pris en considération les inconvénients qui pourraient résulter de cet Ukase Impérial pour la Communauté Réformée Hollandaise de St. Pétersbourg a cru devoir adresser une requête sur ce sujet au Département des Affaires de l'Intérieur, requête dans laquelle le Conseil développe ses motifs.

L'Eglise Reformée Hollandaise à St. Pétersbourg se trouvant depuis son établissement sous le patronage de la Légation de la mère patrie, le Conseil Ecclésiastique a cru également ne pas devoir négliger dans cette circonstance à porter à la connaissance de la Légation Royale des Pays-Bas le sujet et les motifs de sa requête, afin d'obtenir s'il en fut besoin sa protection et son appui auprès du Gouvernement Impérial.

La Légation Royale des Pays-Bas, sans vouloir anticiper sur la décision du Département de l'Intérieur, a cru qu'il pourrait y avoir quelque utilité à développer déjà dès aujourd'hui les motifs qui lui paraissent plaider en faveur de la requête présentée par le Conseil Ecclésiastique.

Ces motifs sont:

Que la Communauté Reformée Hollandaise ne saurait choisir ses Candidats parmi les Théologiens des Universités de l'Empire Russe, puisque parmi les facultés qui les constituent on n'en trouve aucune, où l'enseignement aie lieu d'après la profession de foi et le rite de l'Eglise Reformée des Pays-Bas et conforme aux stipulations du Synode National de Dordrecht de l'année 1618, et que le prêche se fait durant six mois de l'année en langue Hollandaise, langue qui n'est possédée par aucun Candidat en Théologie des Universités de l'Empire.

A ces considérations la Légation Royale des Pays-Bas croit devoir en ajouter encore une qui ne lui paraît pas d'un moindre poids quoiqu'elle ne soit applicable qu'au cas présent. Cette considération est celle que lorsque les trois derniers Candidats sont partis de la Hollande pour se présenter devant la Communauté Reformée à St. Pétersbourg, l'Ukase du 19/31 Mai ne leur était pas connu et ne pouvait l'être; et que de plus le Candidat actuel, le Sieur W. L. Welter, n'a été informé de cet Ukase qu'après avoir été choisi par la Communauté et au moment même qu'il s'agissait de procéder à son installation, d'où il suivrait que l'application rigoureuse de l'Ukase du 19/31 Mai aurait pour lui un effet rétroactif.

La Légation Royale des Pays-Bas, encouragée par les paroles bienveillantes que Son Excellence le Vice-Chancelier de l'Empire a bien voulu adresser à son Chef sur ce sujet, prend la liberté de lui soumettre cet exposé et de solliciter en faveur de l'Eglise Reformée Hollandaise à St. Pétersbourg sa haute protection et son puissant appui pour que l'Ukase du 19/31 Mai ne soit pas rendu applicable au prédicateur choisi en dernier lieu par la Communauté et que son installation solennelle puisse se faire sans retard.

St. Pétersbourg, le 19/31 Août 1842.

Die oben gegebene Mitteilung des Bizetanzlers zeigt, daß die russische Regierung beide in dem Gesuch angegebenen Gründe, sowohl den der Gemeinde als auch den des außerordentlichen Ge-

sanden der Niederlande, der Bitte entsprechend berücksichtigt, indem sie den besonders herausgehobenen Einzelfall durch eine auch für alle Folgezeit gültige Anordnung erledigte. Die holländische Kirche, deren Gemeinde in dem Schriftstück die Beschlüsse der Dordrechter Synode von 1618 für sie bindend erklärte, ist seit jenem Schreiben eine Gesandtschaftskapelle geworden und damit aus dem Verbande des Ministeriums des Inneren ausgeschieden. Nach dem Wortlaute des Schreibens ist die holländische Kirche fortan der hiesigen englischen Kirche gleich und wie diese unter den Schutz ihrer Botschaft gestellt worden; unaufgeklärt bleibt unter anderem, ob sie der englischen Kirche auch in dem gleichgestellt, daß ihre Prediger durch diese neue Stellung nur in der Muttersprache ihrer Gesandtschaft das Wort Gottes zu verkündigen haben, oder aber ob sie das unter anderen Bedingungen zugestandene Recht beibehalten, die Hälfte des Jahres in einer anderen Sprache als der ihres Landes zu predigen. Seit nun fast einem halben Jahrhundert ist der Gemeinde der alte Brauch jedenfalls unbeanstandet gelassen.

XXI.

Den 20. Juni 1819. Nr. 509.

An den Schulrath der reformirten Kirche.

Eine Abschrift des Beschlusses der Ober-Schul-Verwaltung, wodurch sämtliche Vorschläge der Kirchenconvente in Betreff der bei denselben befindlichen Schulen bestätigt werden, füge ich hier zur Nachricht und Beachtung bei.

Curator des Petersburger Lehrbezirkes: Sergei Uwarow,
ältester Secreär: Jw. Tschernajew.

Auszug aus dem Protokoll der Ober-Schulverwaltung vom 6. August 1818.

Art. XIV. Vorgetragen: Die Vorstellung des Herrn Curators des St. Petersburgischen Lehrbezirkes vom 29. Juli sub. Nr. 373, wobei derselbe die Unterlegung des Convents der hiesigen evangelischen St. Annenkirche, welche auf seinen

Untrag in Betreff der bei dieser Kirche befindlichen Schulanstalt erfolgt ist, im Original einsendet. Der Convent führt unter andern in seiner Unterlegung an, daß die St. Annenschule in Hinsicht ihrer innern Einrichtung und Verwaltung in mehrerer Rücksicht von der bei der St. Petrikirche errichteten Schulanstalt abweicht, daß dieselbe nie in Verbindung mit letzterer gestanden und nie von der dortigen sogenannten Verwaltung der deutschen Schulen abhängig gewesen, sondern zu jeder Zeit von ihrem ersten Entstehen an ihre völlige Unabhängigkeit genossen hat und immerwährend anerkannt ist als Privateigenthum der Gemeinde der St. Annenkirche, auf deren Kosten dieselbe errichtet worden und von welcher dieselbe bis auf den heutigen Tag unterhalten wird; daß diese Schule keine besonderen, derselben von der Regierung ertheilten Rechte besitze und nie von derselben eine Unterstützung erhalten, auch seit ihrer ersten Einrichtung unter keiner besonderen Verwaltungsbehörde gestanden; daß die Verwaltung derselben immer dem Prediger der Kirche unter der Oberaufsicht des Kirchenconvents übertragen gewesen, wie dieses auch bis jetzt stattfindet, weshalb denn der Convent der St. Annenkirche bittet, daß die unter der Leitung desselben stehende Schule sowohl in Rücksicht ihrer Verwaltung, als auch ihrer ganzen Einrichtung bei demselben Zustande gelassen werden möge, in welchem dieselbe sich bis jetzt befunden. Was übrigens die Nachricht über den Zustand dieser Schule betreffe, so werde der Director derselben, wem sich's gehöret nach Verlauf jedes halben Jahres oder in welcher Frist solches bestimmt werden wird, die gehörigen Verzeichnisse über den Zustand der unter seiner Verwaltung stehenden Schule nach der ihm gegebenen Form einsenden.

Die frühere Verhandlung weist aus, daß im März 1818 der Herr Curator des St. Petersburgischen Lehrbezirks vorgestellt hat, daß die Verwaltung der deutschen Schulen unter ihrer Leitung zwei Lehranstalten habe, die bei der hiesigen St. Petrikirche bestehen, eine für Knaben und die andre für Mädchen, welche zwar unter ihm fortirten, deren Verhältniß zu ihm aber nicht genau bestimmt ist, daß zufolge § 33 des

allerhöchst bestätigten Reglements des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten und der Volksaufklärung die Verwaltung der deutschen Schulen unter den Gegenständen namhaft gemacht ist, welche unmittelbar unter der Verwaltung des Curators des St. Petersburger Lehrbezirks sortiren, daß derselbe diesem nach diese Angelegenheit einer besonderen Aufmerksamkeit gewidmet und nach Rücksprache mit jener Verwaltung selbst von derselben über diesen Gegenstand einen Aufsatz erhalten, welchem er in allen Punkten vollkommen beistimme, weshalb derselbe gebeten, selbigen zur allerhöchsten Bestätigung zu unterlegen und dieselben Maaßregeln auch auf die übrigen, bei den hiesigen evangelischen Kirchen befindlichen Schulen auszudehnen, als nämlich auf die St. Annen-Schule oder auch auf künftig noch zu errichtende anderweitige. Die Ober-Schulverwaltung überließ es dem Herrn Curator zuvor mit der Obrigkeit der übrigen deutschen Gemeinden, bei welchen Schulen eingerichtet sind, darüber in Schriftwechsel zu treten, ob selbige nicht gleichfalls wünschten, diejenigen Rechte zu genießen, welche die Verwaltung der deutschen Schule erbeten hätte und sodann mit einem Male hierüber die Vorstellung dem Herrn Minister zur allgemeinen Bestimmung für alle solche Schulen zu machen;

ferner vorgetragen: daß am 14. Februar desselben Jahres die Prediger und Ältesten der hiesigen drei evangelisch-reformirten Kirchen um die Erlaubniß angehalten hatten, eine Schule unter dem Namen der „Schule der reformirten Kirche“ zu errichten, welche von dem Schulrath, aus den drei Predigern und drei Kirchenältesten, von denen jede Kirche einen bestimmt, bestehend, verwaltet werde;

endlich vorgetragen: daß die Ober-Schulverwaltung in Gemäßheit der früheren Verfügung derselben es gleichfalls dem Herrn Curator anheimgestellt, auch mit diesen dreien Gemeinden in Correspondenz zu treten, um über ihre Vorschläge zugleich mit den Lehranstalten bei den übrigen Kirchen fremder Konfessionen in St. Petersburg eine Vorstellung zu machen.

Verfügt: sämtliche Vorschläge zu bestätigen, welche die

Kirchen-Direction einer jeden der erwähnten hiesigen Gemeinden auszuführen wünscht, um sich mit dem Ministerio der geistlichen Angelegenheiten und der Volksaufklärung durch den Herrn Curator des St. Petersburgischen Lehrbezirks in Verbindung zu setzen, wovon derselbe zu benachrichtigen und ihm zu überlassen ist, jenen Kirchen-Directionen zu eröffnen, daß ihre Vorschläge von dem Ministerio in ihrem ganzen Umfange genehmiget worden und denselben gemäß künftig die Erfüllung zu geben sei.

Nr. 1407. 25. August 1818.

Director Wassilij Popow.

Chef der Abtheilung: Alexander Birukow.

Sr. Excellenz dem Herrn Sergei Jemenowitsch Uwarow.

Dies die Bestätigungsurkunde unserer reformirten Kirchenschule. Über ihre Gründung war ich schon verschiedene Male veranlaßt zu sprechen und sei hier darauf hingewiesen (vgl. „Geschichte“, S. 89; Dalton, Johann v. Muralt, eine Pädagogen- und Pastoren-Gestalt der Schweiz und Rußlands aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts [Wiesbaden, Niedner 1876], S. 152 und Dalton, Das 50jährige Jubiläum der reformirten Kirchenschule [St. Petersburg 1868], S. 40f.). Aus den angezogenen Büchern ergibt sich, daß das Reformationsjubiläum 1817 den Anstoß zur Gründung einer reformirten Kirchenschule gegeben. Bereits am 1. März 1818 trat die geplante Schule ins Leben, wenn auch die Bestätigung von dem Ministerium der Aufklärung erst, wie ersichtlich, im August 1818, richtiger noch am 20. Juni 1819 erfolgte. Der erste veröffentlichte Schulbericht vom 20. August 1819 sagt über das Ziel und die leitenden Grundsätze: „Diese Lehranstalt ist ausdrücklich ihren Grundgesetzen gemäß eine Elementarschule, welche die allgemeinen Bedürfnisse der religiösen, sittlichen und geistigen Bildung der minder begüterten Volksklasse befriedige; als solche soll sie erhalten und fortgeführt werden. Der Unterrichtsplan wird demnach bloß diese Lehrgegenstände umfassen: Religion, Rechnen, russische, deutsche und französische Sprache.

Zeichnen, Schreiben und Choralgesang. Söhne dürftiger Eltern, die zu einer der drei ev.=reformirten Gemeinden gehören, werden ganz unentgeltlich angenommen, andere bezahlen jährlich das geringe Schulgeld von 40 Rub. (Bco.) und 10 Rub. für Schulmaterialien."

Das obige Protokoll der Ober-Schulverwaltung erwähnt die Eingabe der drei Gemeinden um Bestätigung ihrer Schule. Leider konnte eine Abschrift dieser Eingabe, die doch wohl näher den Gedanken und Plan der Schule entwickelt haben muß, weder in dem Protokoll der Schule noch in dem irgendeiner der drei Gemeinden aufgefunden werden. Die ärgerliche Lücke ist auch nicht vonseiten des Ministeriums auszufüllen. Der Minister der Volksaufklärung Staatssekretär Deljanoff schreibt mir soeben, daß alle auf meinen Wunsch veranstalteten Nachforschungen im Archiv vergeblich gewesen seien. In jenen Jahren machte dieses Ministerium mancherlei Wandlungen durch, daß es bald eine Abteilung des Ministeriums des Innern, dann wieder selbständig war. So mag ein Teil seiner Akten das gleiche Los getroffen haben, wie fast das gesamte Archiv des Ministeriums des Innern, bei dem Brand vor einem Vierteljahrhundert von den Flammen verzehrt worden zu sein. Wir sind deshalb auf mittelbare Quellen, die auch nur gar zu dürftig fließen, bei unseren Nachforschungen angewiesen. Von einer Seite gewinnen wir spärliches Licht. Das Protokoll der Ober-Schulverwaltung erwähnt einen Aufsatz aus der Verwaltung der deutschen Schulen in Petersburg, dem der Kurator des Lehrbezirks vollkommen beistimme und dessen Vorschläge er auf die anderen hiesigen evangelischen Schulen ausgedehnt wissen möchte. In heutzutage überraschend lebenswürdiger Weise wird dabei dem Kurator übertragen, mit den anderen evangelischen Schulverwaltungen in Schriftwechsel zu treten, ob sie nicht gleichfalls wünschten, diese in dem Aufsatz erbetenen Rechte zu genießen. Es ist mir gelungen, diesen Aufsatz wenigstens in Abschrift ausfindig zu machen. Da derselbe eingehend die damaligen evangelischen Schulverhältnisse bespricht, da Lemmerich in seiner ausführlichen „Geschichte der deutschen Hauptschule St. Petri in St. Petersburg“ (Leipzig 1862) keine Erwähnung desselben thut, so mag es gerechtfertigt sein, demselben, weil sein Inhalt auch

unserer Schule zugute kam, in diesem Urkundenbuch Aufnahme zu geben.

„Die Gemeinde der hiesigen evangelischen St. Petrikirche, welche seit der Zeit ihres Bestehens im Anfang des verfloffenen Jahrhunderts bis zur Thronbesteigung der Kaiserin Katharina II. keine passende Schule hatte, fühlte bei ihrer Vergrößerung die Notwendigkeit der Gründung einer Lehranstalt für die Erziehung und den Unterricht der Jugend beiderlei Geschlechts und gründete dieselbe zu diesem Zwecke im Jahre 1762 bei dieser Kirche auf eigene Kosten. Diese Schule erreichte bald einen ausgezeichneten Grad der Vervollkommenung und brachte dem gesamten Publikum fühlbaren Nutzen. Die Kaiserin, welche mit Vergnügen von diesen Fortschritten vernahm, verlieh derselben schon 1764 eine allergnädigste Urkunde, durch welche diese Schule unter den besonderen Schutz der Regierung genommen wurde, ohne derselben anderseits irgendwelche Verpflichtungen aufzuerlegen. Die hohe Monarchin bestätigte nicht nur 1783 bei Gründung der Volksschulen diese Urkunde, sondern erweiterte sogar die Vorrechte dieser Schule, indem sie derselben den Rang einer Hauptschule verlieh und bei derselben den Vorstand aller deutschen Schulen im russischen Reiche gründete. Die Mitglieder dieses Vorstandes wurden durch allerhöchsten namentlichen Befehl ernannt. Dieser neuen Gestaltung gemäß wurden für den Unterhalt der Vorstandsmitglieder je 1800 Rub. jährlich aus den Zolleinkünften in Riga, Reval und Wiburg bestimmt; ferner wurde diesem Vorstand anheimgestellt, den für die Volksschulen bestätigten Unterrichtsmodus in allen deutschen Schulen Rußlands einzuführen, die dazu notwendigen Lehrbücher herauszugeben, vorher alle für dieselben bestimmten Lehrer zu prüfen (?), die in St. Petersburg befindlichen Pensionsanstalten unter seiner Aufsicht zu haben, Nachrichten über den Stand der deutschen Schulen zu sammeln und dieselben der Schuldirektion vorzustellen und überhaupt das Hauptorgan der Bildung und Verwaltung der deutschen Schulen zu sein.

Der genannte Vorstand behielt diese Bestimmung bis zum Jahre 1804, wo die Bildung des Ministeriums der Volksaufklärung und die Gründung der Universität seine Aufgabe vollständig veränderten und seinen Wirkungsbereich ausschließlich auf die

Fürsorge der Schulen der St. Petrigemeinde beschränkten, wobei jedoch dem Vorstande weder seine Benennung, noch die für seinen Unterhalt allergnädigst bestimmten Summen entzogen wurden. In dieser Lage blieb der Vorstand bis zum Ende des verfloffenen Jahres. Jetzt aber durch das am 24. Oktober 1817 allerhöchst bestätigte Statut des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten und der Volksaufklärung trat der Vorstand der Petrischule unter unmittelbare Verwaltung des Kurators des Petersburger Lehrbezirks und auf Grund dieses Statutes forderte der Kurator w. Staatsrat Umarow von dem Vorstande, ihm in Kürze darzustellen, in welchem Verhältnisse derselbe sich bis jetzt zur Direktion der Volksaufklärung befunden. Dieser Forderung wird durch die gegenwärtige Vorlage Folge geleistet, zu gleicher Zeit aber macht sich der Vorstand nach Beratung mit dem Kurator, welchen er zu einer außerordentlichen Sitzung im Januar dieses Jahres eingeladen hatte, zur Pflicht, bei dieser geeigneten Gelegenheit von neuem allerunterthänigst die allerhöchste Aufmerksamkeit und Protection des allergnädigsten Monarchen auf die Anstalt zu lenken, welche wie in anbetracht ihrer Ausdehnung, so aus Rücksicht auf ihre bis jetzt dem Vaterlande erwiesenen Dienste sicher in eine Reihe mit den bedeutendsten Lehranstalten im Reiche treten kann.

§ Aus diesem Grunde nimmt der Vorstand, indem er dem Herrn Kurator des St. Petersburgischen Lehrbezirks die folgende Bitte vorstellt, die Freiheit, den Herrn Minister der geistlichen Angelegenheiten und der Volksaufklärung unterthänigst zu bitten, dieselbe S. M. dem allergnädigsten Kaiser zur Bestätigung vorzulegen.

„ 1) Der Vorstand der St. Petrischule, bei vollständiger Veränderung seiner früheren Verhältnisse sich auf die Verwaltung der Schulen der Gemeinde der St. Petrikirche beschränkend, entsagt gern seinem gegenwärtigen Amte als Vorstand der deutschen Schulen und bittet um die Erlaubnis, zum Ersatz dafür die Benennung eines Rates der Schulen der evangelischen St. Petrikirche anzunehmen, welcher seiner gegenwärtigen Bestimmung vollkommen entspricht.

„ 2) Die Mitglieder dieses Rates werden in der Folge aus drei Gemeindemitgliedern der St. Petrikirche vom Rate selbst ge-

wählt, aber immer durch den Kurator des St. Petersburger Lehrbezirks dem H. Minister der Volksaufklärung zur Bestätigung vorgestellt werden.

3) Die Schulen der evangelischen St. Petrikirche werden wie früher die Vorteile der ihnen allergnädigst verliehenen Urkunde bewahren und wie bisher Hauptschulen genannt werden, indem sie Privateigentum der Gemeinde der St. Petrikirche bleiben, welches durch allerhöchste Protektion geschützt ist.

4) Der Schulrat wird dem Herrn Kurator des St. Petersburger Lehrbezirks nach Ablauf eines jeden Halbjahres einen Bericht über den Stand der Schulen nach der ihm gegebenen Form vorstellen.

5) Der Schulrat behält das frühere Recht, mit Einstimmung des Kirchenrates den Leiter der Schule, die Lehrer und Lehrerinnen zu wählen und ist verpflichtet, über jede Veränderung der in ihr Dienenden dem Herrn Kurator Bericht zu erstatten.

6) Der Schulrat wird wie bisher das besondere Recht haben, sowohl seine Mitglieder, als auch die unter ihm stehenden Lehrer für ausgezeichnete Leistungen und Verdienste zu allergnädigsten Belohnungen vorzustellen, indem er sich in allen solchen Fällen in gleicher Weise an den Herrn Kurator wendet. Diejenigen, welche einen Rang erhalten haben, werden das Recht besitzen, die Uniform des St. Petersburger Lehrbezirks zu tragen.

Dies ist das unterthänigste Gesuch der Repräsentanten einer Anstalt, welche, wie der Obrigkeit bekannt ist, dem Reiche niemals zur Last fiel, immer sich durch ihre für das Vaterland nützliche Wirksamkeit auszeichnete und jetzt die Hoffnung und das Vertrauen hegt, auch in der Folge das Mittel zu finden, mehr und mehr des allergnädigsten Protectorates des allererhabensten Monarchen würdig zu werden.

St. Petersburg, 25. Februar 1818.

Kurator Theodor Gerard. Kurator Graf Sievers. Pastor Dr. Hamelmann. Pastor Dr. Wolborth. Andreas Sievers.

Friedrich Adelong. Johann Weiße.

XXII.

Nr. 41516 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 30. November 1864.

An das Conseil der Kirchenschule der drei reformirten Gemeinden in St. Petersburg.

Der Reichsrath hat im Departement der Gesetze und in der Plenar-Versammlung die Vorstellung des Herrn Ministers der Volksaufklärung, welche Letzterer in folge meiner Befürwortung vom 5. November 1863 unter Nr. 6474 — betreffend einige Vorrechte der Kirchenschule der drei reformirten Gemeinden, der deutschen, holländischen und französischen, in St. Petersburg — vorlegte, einer Prüfung unterworfen und dem Beschlusse des Herrn Ministers der Volksaufklärung entsprechend folgendes Gutachten ausgesprochen:

1) Die Schule der reformirten Kirchen in St. Petersburg wie bisher im Ressort des St. Petersburger Curatoriums zu belassen, dem letzteren es jedoch zur Pflicht zu machen, hinsichtlich dieser Schule über Alles zu wachen, was sich auf das moralische Ziel der Erziehung und den Vortrag der Lehrgegenstände bezieht;

2) dem Director der Schule der reformirten Kirchen die achte, den Lehrern der Wissenschaften und Sprachen die zehnte, den Lehrern der Zeichenkunst und der Kalligraphie die vierzehnte Rangklasse zuzusprechen, wie dieses der Classification der Ämter nach den Rangclassen, welche dem § 358 der Verordnung über den Staatsdienst (Gesetzsamml. Ausg. 1857, III. Bd.) beigelegt ist, entspricht; die Lehrer der übrigen Künste werden als nicht im Staatsdienste stehend betrachtet;

3) die Bestätigung in diesen Rangclassen erfolgt, ebenso wie bei den übrigen Schulbeamten, in nachfolgend bestimmter Ordnung: der Director wird nach sechsjähriger, die Lehrer nach vierjähriger Dienstzeit in dem ihren Ämtern entsprechenden Classenrange bestätigt; die Anciennität in diesen Rangclassen wird bei denjenigen Beamten, welche den dafür festgesetzten Termin ausgedient, von dem Tage der Bestätigung dieser gegenwärtigen Verordnung gerechnet, wenn die-

selben an diesem Tage bereits im Dienste der Schule gestanden; bei denjenigen Beamten jedoch, die neu angestellt werden, wird die Anciennität erst von dem Tage der Bestätigung in ihren Ämtern gerechnet;

4) betreffs der weiteren Rangbeförderung werden der Director und die Lehrer der Zeichenkunst und Kalligraphie den allgemeinen Bestimmungen über die Civilbeamten untergeordnet, die übrigen im Staatsdienste zählenden Lehrer können drei Rangclassen über die ihren Ämtern zugesprochenen weiter befördert werden;

5) in Bezug auf die Classification der Ämter behufs Verschiedenheit der Uniformen (Gesetz. Bd. III der Verordn. über den Staatsdienst Beil. zum § 975) wird der Director dem VII., die Lehrer der Wissenschaften, der russischen und alten Sprachen dem IX., die Lehrer der neueren Sprachen, des Zeichnens und der Kalligraphie dem X. Raskrad zugezählt;

6) über die Anstellung sowohl des Directors als auch der Lehrer hat der Schulrath vorschriftsmäßig unter seiner eignen Verantwortlichkeit betreffs der Wahl mit einer Vorstellung bei dem Herrn Curator des St. Petersburger Lehrbezirks einzukommen und zwar müssen dabei die für den Unterricht Anzustellenden mit gesetzlichen, von der Ober-Schulverwaltung ertheilten Zeugnissen versehen sein;

7) bei der Anstellung von Personen, welche der Kopfsteuer unterliegen oder zur Kaufmannschaft gehören, können nur solche zu Lehrern gewählt werden, die ihr Entlassungszeugniß aus obenerwähnten Corporationen beigebracht, worauf sie dann nach den mit der betreffenden Behörde gepflogenen Unterhandlungen aus diesen Corporationen vollends ausgeschlossen werden;

8) hinsichtlich der Rechte der Schüler dieser Schule im Staatsdienste wird dieselbe gleich den Gymnasien (Gesetz. Ausg. 1857, Bd. III, § 88 nebst Beil.) den mittleren Lehranstalten zugezählt.

S. Majestät der Kaiser hat dieses Gutachten des Reichsrathes am 30. November a. c. allerhöchst zu bestätigen und die Ausführung desselben anzubefehlen geruht.

Von diesem allerhöchsten Befehl, der mir in einem Er-
laß des Herrn Ministers der Volksaufklärung vom 2. De-
zember unter Nr. 10311 mitgetheilt worden, beehre ich mich,
das Conseil der reformirten Schule hiermit in Kenntniß zu
setzen.

(unterzeichnet)

J. Delianow.

Kanzleidirector A. Neiliffow.

Nach einem noch nicht halbhundertjährigen Bestande hatte sich
die reformirte Kirchenschule in einer Weise entwickelt, daß ihre
ursprünglichen Umrisse sich völlig umgebildet und aus der Volkss-
schule für unbemittelte Gemeindeglieder ein Gymnasium sich her-
ausgestaltet hatte, das in seinen Leistungen als ebenbürtig den
beiden älteren hiesigen deutsch-evangelischen Gymnasien, dem bei
der Petri- und bei der Annengemeinde galt. Was so unsere
Schule aus eigener Kraft geworden, dazu bedurfte es der obrig-
keitlichen Bestätigung, die ihr in obiger Urkunde dann auch an-
standslos und in Anerkennung ihrer Leistungen zuteil ward. In
Anlaß dieser Bewilligung gab der damalige Direktor Margot
(über ihn vgl. Dalton, Lebenslauf von David Margot, Peters-
burg 1872), dessen tüchtiger Leitung in erster Linie die Schule
diesen Aufschwung dankte, in dem Programm der Anstalt von
1865 eine Skizze über die Entstehung und Entwicklung der Schule,
welcher Darstellung sich dann ein paar Jahre später in eingehen-
derer Weise anreicht: Dalton, Das 50jährige Jubiläum der re-
formirten Kirchenschule, St. Petersburg 1868.

3) Verordnung auf die reformirte Gemeinde in Moskau bezüglich.

XXIII.

Aus dem „Reichsgesetzbuch“ XI. Bd., I. Th., Ausgabe 1857.

Über die Verwaltung geistlicher Angelegenheiten der Moskauer ev.-reformirten Gemeinde.

812. Die ev.-reformirte Kirche gilt als eine für alle dortigen Anhänger des ev.-reformirten Bekenntnisses gemeinsame, mit Ausnahme derjenigen, welche sich zu einer andren Gemeinde in Moskau halten.

813. Die Gemeinde stellt bei dieser Kirche einen oder zwei Pastoren an, je nach ihrem Ermessen und den Umständen und Bedürfnissen der Gemeindeglieder.

814. Die Wahl der Pastore geschieht in der allgemeinen Versammlung der Gemeinde mit Stimmenmehrheit der Anwesenden. Über die Zeit und den Ort der Wahl wird die Gemeinde durch dreimalige Ankündigung von der Kanzel an Sonntagen und durch dreimalige Veröffentlichung in den Zeitungen benachrichtigt.

815. Zur Beobachtung der Ordnung bei der Wahl des Pastors muß ein Abgeordneter der örtlichen Gouvernementsregierung zugegen sein.

816. Nach geschעהner Wahl des Pastors hat der Kirchenrath denselben seiner vorgesetzten geistlichen Behörde vorzustellen.

817. Die kirchlichen und ökonomischen Angelegenheiten der Gemeinde verwaltet der Kirchenrath.

818. Der Kirchenrath ist aus acht, auf drei Jahre gewählten Kirchenältesten zusammengesetzt; dieselben walten ihres Amtes während dieser Zeit als Bevollmächtigte von Seiten der Gemeindeglieder.

819. Im Kirchenrath hat den Vorsitz der Pastor, mit Ausnahme solcher Fälle jedoch, wo über denselben eingelaufene Klagen oder Sachen, an denen er betheiligt ist, zur Verhandlung kommen. In solchen Fällen hat der Pastor weder Sitz noch Stimme im Kirchenrath.

820. Die Wahl der Kirchenältesten geht in derselben Weise vor sich wie die Wahl der Pastore. Bei der Wahl ist der Ordnung wegen ein Beamter der örtlichen Gouvernementsregierung anwesend.

821. Bei Antritt ihres Amtes sind die Kirchenältesten verpflichtet, die Lage der die Verwaltung betreffenden Angelegenheiten der Kirche einer genauen Prüfung zu unterziehen und ein Verzeichniß sämtlicher kirchlichen Stiftungen, Sachen und Gelder zu machen.

Anmerk. Die Kirchenkasse wird in einem besonderen Kirchenschranke unter Kirchenstempel und dreien verschiedenen Schlössern aufbewahrt; je einer von den Schlüsseln befindet sich beim Pastor und zweien Kirchenältesten und müssen jedes Mal alle drei beim Öffnen des Schranke zugegen sein.

822. Die Verwaltung der Kircheneinnahmen, die Besoldung des Pastors und der Kirchendiener, die Besorgung der Geschäfte in Gerichtsbehörden, soweit sie kirchliche Sachen betreffen, der Bau und die Instandhaltung der Kirchenhäuser gehören zu den Obliegenheiten des Kirchenraths. Die Kirchenältesten haben in wichtigen Angelegenheiten das Recht, von der Gemeinde in einer möglichst vollzähligen Gemeindeversammlung eine besondere Vollmacht zu verlangen. Nach Empfang dieser Vollmacht sind sie hinsichtlich der ihnen in dieser Gemeindeversammlung vorgeschriebenen Handlungsweise von jeder Verantwortlichkeit der Gemeinde gegenüber entbunden. Über die Zeit und den Ort dieser Versammlungen werden die Gemeindeglieder, wie oben in § 814 gesagt worden, von der Kanzel und durch die Zeitungen in Kenntniß gesetzt.

823. Im Falle eines Mangels in den Einnahmen der Kirche, wodurch nothwendige Ausgaben und besonders die Besoldung des Pastors nicht bestritten werden könnten, muß die fehlende Summe auf alle Gemeindeglieder vertheilt werden, unter Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse eines Jeden.

824. Alle gesammelten und zu sammelnden Summen

der Kirche, woher sie auch immer stammen mögen, sind als Gemeindebesitz der ganzen Gemeinde anzusehen und werden zur Verzinsung in Krons-Credit-Anstalten niedergelegt. Für die laufenden Ausgaben hat der Kirchenrath das Recht, bis 150 Rubel in der Casse zu haben.

825. Von monarchischer Großmuth gespendete Summen, so wie auch solche, die der Kirche testamentarisch und durch Schenkungen zufallen, dürfen nur unter Rücksichtnahme der im Testament oder in der Schenkungsurkunde ausgesprochenen Bestimmungen verwandt werden.

826. Alle Kirchencapitalien müssen unangetastet wie Kronseigenthum erhalten werden; wie dieses werden sie auch geschützt, unter Verantwortung für jede ungesetzliche Ausgabe oder Verlust zunächst der Kirchenältesten, welche die Schuld trifft, dann aber, im Falle der Zahlungsunfähigkeit dieser, aller derer, welche zu ihrer Wahl ihre Zustimmung gegeben haben.

827. Nach Ablauf von drei Jahren haben die Kirchenältesten vor der Gemeindeversammlung Rechenschaft über ihre Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten, insonderheit über die Einnahmen abzulegen. Die Gemeinde kann, wenn sie es für gut findet, denselben schriftlich bezeugen, daß sie die Sachen und Gelder der Kirche von denselben in vollkommener Ordnung empfangen hat.

828. Nach Ablauf von drei Jahren können die Kirchenältesten aufs Neue gewählt werden.

829. Zur Prüfung der Rechnungen kann die Gemeinde zwei der Buchhaltung kundige Bevollmächtigte wählen und sind die Kirchenältesten verpflichtet, denselben die nöthigen Erklärungen zu geben.

830. Die Gemeinde hat das Recht, bei ihrer vorgesetzten geistlichen Behörde durch den Kirchenrath um nothwendige Maßregeln als Ergänzung zu den oben angegebenen Bestimmungen (§ 812—829) einzukommen.

Von den reformirten Gemeinden im Reiche besitzt die Mostauer in vorliegenden Artikeln die eingehendste staatliche Beachtung und

Beaufsichtigung. Sie dankt diese Rücksichtnahme in erster Linie eigener Verschuldung. Die „Geschichte“ (S. 122 f., später hat der Geschichtslehrer in Moskau, Krause, in Fehners Chronik der evangelischen Gemeinden in Moskau II, 377 die altentworfene Zusammenstellung des beklagenswerten, langwierigen Handels gegeben) erzählt den Anlaß: ein Bild der fast völligen Auflösung der Gemeinde unmittelbar nach und zum Teil infolge des Brandes von Moskau, sowie des Eigennuzes eines Gliedes der Gemeinde, dem die zerfahrenen Verhältnisse nur allzu sehr Vorschub leisteten. Der Brand von Moskau fällt in die Blütezeit des Nationalismus. Das charakterisiert dessen Herrschaft überall: der Mangel regen Gemeindelebens als notwendige Folge mangelnden Glaubens an den, der einer Gemeinde lebendiges Haupt ist. Das verheerende Element, welches den von der Vätern ererbten Besitz zerstörte, hatte damit die äußere Heimstätte der Gemeinde vernichtet und ihr auch den sichtbaren Mittelpunkt der Vereinigung geraubt. Sie schien auseinander fallen zu wollen. Solche zerfahrene Verhältnisse drängen dann den einen, den andern zu selbständigerem Zugreifen und Handeln, daß er allein thut, was nur in gemeinsamem Handeln gesegliche Unterlage hat. Das mindert in gerechter Beurteilung die Schuld derer, die sich für ein vielleicht doch nicht selbstsüchtiges Handeln von den Übrigen im Stiche gelassen sahen. Die Eigenmächtigen haben für ihre Schuld büßen müssen, insofern sie gezwungen wurden, der denn doch fahrlässigen Gemeinde den erlittenen Verlust aus dem eignen Vermögen zu ersetzen.

Durch fast zwei Jahrzehnte zog sich der unerquickliche Handel. Unter einander konnten ihn die Gemeindeglieder nicht schlichten, als, durch den Schaden klug geworden, die schlummernde Gemeinde sich aufraffte. Die Regierung mußte um ihre Unterstützung angegangen werden; nur ihr Machtwort setzte dem Streite ein Ende. Damit hatte sie auch einen Einblick in die inneren Zustände der Gemeinde gewonnen, gleichzeitig eine Handhabe, ordnend einzugreifen. Der eifrig thätige Staatssekretär Bludoff ließ sich die ihm zuvorige Gelegenheit nicht entgehen. Während das erwählte Komitee zur Ausarbeitung des lutherischen Kirchengesetzes in Petersburg tagte, wurde in der Kanzlei des Staatssekretärs der Statuten-

entwurf für die Moslauer Gemeinde zusammengestellt. Wer der Vater desselben ist, wer eine hilfreiche Hand dabei geboten, habe ich nicht in Erfahrung bringen können. Jedenfalls waren es keine Hände, welche in evangelischer Kirchen- oder Gemeinde-Verfassung tüchtig und geübt sich erweisen. Die neunzehn Artikel enthalten einerseits zu viel und anderseits zu wenig. Da wo sie zu viel enthalten, sieht der Kundige alsbald den Anlaß in den traurigen vorgefundenen Notständen, denen man durch einen Artikel für die Folge einen Riegel vorschieben will. Das sind aber meist nur Notbehelfe. Wenn anderseits dem zu wenig die zielbewußte Absicht zugrunde lag, einer reformirten Gemeinde vonseiten der Regierung nur ein „Geschäfts“-Statut aufzuerlegen, so muß auch heute noch nach einem halben Jahrhundert den Urhebern warmer Dank ausgesprochen werden für die treue Bewahrung kirchlicher und gemeindlicher Selbständigkeit, wie sie dem Wesen der evang.-reformirten Kirche allein entspricht. Es wäre dies als eine zarte Duldsamkeit anzuerkennen, die das Wesen einer christlichen Kirche in ihrer Mitte, der sie Gastrecht und freie Religionsübung geboten, nicht antasten will.

Das „Reichsgesetzbuch“ hat die vorliegenden Artikel wortgetreu der „vollständigen Gesetzesammlung“ entnommen, woselbst sie unter dem 14. Oktober 1830, als dem Tage, an welchem sie die kaiserliche Bestätigung erhielten, als Nr. 3998 zum Abdruck gelangt sind.

4) Verordnungen auf die reformirte Gemeinde in Mitau bezüglich.

XXIV.

Aus dem Archiv der reformirten Gemeinde in Mitau.

1.

Von Gottes Gnaden Wir Ferdinand, in Liefland und Kurland und Semgallen Herzog, Regierender Vormund und Administrator.

Urkunden nnd bekennen hiemit vor Uns und fürstliche Successoren, was gestalt Uns die Reformirte Gemeinde in

Mitau unterthänigst angelegen, Wir möchten geruhen Ihnen das freye Religions-Exercitium in der Stadt Mitau zu verleihen, Sie darüber mit einem gewissen Privilegio zu versehen, und einen gewissen Orth, worinnen Sie künftiger Zeit ihren ordentlichen Gottesdienst halten, und die dazu gehörigen Bedienten in nothdürftiger Wohnung haben könnten, bebauen zu lassen. Als Wir nun eines Theils ex Iure territoriali et plenitudine potestatis, andern Theils in Betracht, daß Selbige Reformirte Religions-Verwante von vielen Jahren her Ihre Gewissens freyheit alhier gehabt, wie nicht weniger, daß dadurch der Stadt Aufnehmen befördert wird, indem mehrere der Reformirten Religion Zugethane Sich alhier häufiglich niederzulassen Gelegenheit gewinnen, sothanem Besuch in Gnaden Raum gelassen; So gönnen, geben und verleihen Wir Ihnen in der Stadt Mitau das freye ungehinderte Exercitium Religionis, wollen Ihnen einen gewissen eigenen Platz zum Gottes Hause einweisen und bebauen, worinnen Sie von nun an zu allen Zeiten Ihren ordentlichen Gottesdienst pflegen, predigen hören, die Heylige Sacramenta gebrauchen, Reich-Predigten und Copulationes halten, die Jugend informiren, oder was sonst auf einige Weise zu Celebrirung des Gottesdienstes, und gewöhnlichen Übungen, ingleichen bey sich ereignenden Nothfällen in privat-Häusern mit Reichung der Communion, Verrichtung der Tauffe, Besuchung der Kranken und sonst unumbgänglich erforderlich wird, verrichten sollen, können und mögen und ist die Reformirte Gemeinde, Kraft dieser unsrer Concession, befugt, nach eigener Willführ izo und künftig, sooft die Stelle vaciret, einen Prediger zu beruffen und zu bestellen, ohne allein, daß allemahl, sooft es geschehen, solches Uns und fürstlichen Successoren bekannt gemacht werde.

Wann mit der Zeit eines und das andere oder auch das zu Pflege des Gottesdienstes gewidmete Gebäude baufällig oder sonst per casus fortuitos verderbet würde, stehet Ihnen frey selbige im baulichen Wege zu unterhalten und zu repariren, oder auch von neuem in Stein und Holz zu bauen. Den Prediger, Informatorn auch alle und Jede Bedienten

laßen wir unter des Ober-Haupt manns Iurisdiction salva tamen in causis admissibilibus ad Nos Appellatione, und sollen dieselbige von Allen und Jeden Auflagen, Contributionen, Unpflchten und Einquartirungen befreyet seyn und bleiben und gleich wie die Reformirte Gemeine sowohl in Mietau, als auch diejenige, welche Sich auß der Nachbarschaft oder vom Lande dazu halten wollen, das derselben verliehene Exercitium Religionis forthin frey, sicher und ungehindert sonder einige Schmälerung treiben mag; So versichern Wir vor Uns und fürstl. Successoren Sie aller Ohrten bei sich ereignender Contradiction zu vertreten und zu schützen, auch über diese Unsere Concession von S^c. Königlichem May^{tt}. in Pohlen gnädigste Confirmation unter beyden Siegeln zu erhalten. Zu deßen mehrerer Urkund Wir diese Concession mit unserm gewöhnlichen Handzeichen befestiget und Unser größeres Innsiegel beyhangen laßen. Geschehen und gegeben in Mietau d. 13. Tag Monats Aprilis nach Christi Gebuhrt im Eintausend Siebenhundert und Ersten Jahre.

ferdinand H. 3. Curl.

2.

Augustus Secundus Dei gratia Rex Poloniae, Magnus Dux Lithuaniae, Russiae, Prussiae, Massoviae, Samogitiae, Livoniae, Volhyn, Kuoviae, Podoliae, Podlachiae, Severiae, Czerniechoviaeque; necnon Haereditarius Dux Saxoniae et Princeps Elector etc. etc.

Significamus praesentibus Literis Nostris quorum interest universis et singulis Solemnem hanc Confirmationem Nostram Regiam visuris et lecturis ad perpetuam rei memoriam. Quomodo illustrissimus Princeps Dominus Ferdinandus in Livonia, Curlandiae et Semigalliae Dux Tutor et Administrator Consanguineus Noster grate Nobis Dilectus, certis et rationabilibus Causis adductus liberum Coetui et Universitati Reformatae Mitaviensi, Christianae suae Religionis exercitium, quo illa Universitas ab antiquo in arce Mitaviensi utebatur

illudque libere exercebat, atque exstructionem Aedis ad usum devotionis et aedificiorum Ecclesiasticorum in Civitate Mitaviensi per certum Privilegium suum Pargamentum manus Ejus Subscriptum et Sigillo pensili communitum sub dato ejus Mitaviae die decimatertia Mensis Aprilis Anni Millesimi Septingentesimi Primi virtute Ducalis et Tutorialis suae authoritatis dederit et concesserit Supplicatum proinde Nobis humillime per Consiliarios lateri Nostro assidentes nomine suprafati Illustrissimi Ducis, quatenus praeinsertam Concessionem Ejus et Privilegium coram Nobis exhibitum et productum, tanquam Salvum et illaesum, omnique Suspitionis nota carens ex potestate nostra Regia in omnibus suis punctis, clausulis articulis non aliter ac si hic de verbo ad verbum insertum foret approbare, ratihabere et confirmare dignaremur.

Nos igitur Supplicationibus hisce benigne annuentes, attento eo, quod ex vi Pactorum Conventorum pacem inter Dissidentes servare, et unumquemque circa suae Religionis usum, et liberum ejusdem exercitium manutenere sumus obstricti, consideratisque mature et perpensis, ac cum Consiliariis lateri nostro assidentibus trutinatis omnibus et singulis hujus concessionis et Privilegii contentis, proinde disjudicantes ea Iuribus territorialibus Spiritualibus Illustrissimorum Ducum Curlandiae esse consentanea, nec in minimo quidem legibus Regni nostri et Reipublicae multo magis Religioni Catholicae adversantia et derogantia, quin potius tam in praesenti statu Domui Ducali, quam in casu devolutionis fructificationes atque emolumenta esse allatura. Dictum Privilegium atque omnia in illo contenta, scienter inspecta aequitatis Iustitia ex plenitudine potestatis nostrae Regiae approbandum, ratihabendum et confirmandum esse duximus, prouti quidem cum omnibus suis clausulis punctis articulis intro contentis quae hic omnia pro expressis et insertis haberi volumus, approbamus, ratihabemus et confirmamus praesentibus Literis nostris. Decernentes vim et robur perpetuae firmitatis illa obtinere debere. In cujus rei fidem praesentes manu nostra subscriptas Sigillis Regni et MD^a.

Lithuaniae communiri jussimus. Dat. Varsaviae die VIII Mensis Augusti. Anno Dni M. D. C. C. I^{mi}. Regni vero Nostri anno V^{to}.

Augustus Rex.

Jan Tyzynaus Bisacz Wielke.

Johannes Casimirus Odolski.

Sac. R^{ac}. M^{ttis} Secretarius.

Gabriel Petrus Neronowicz Szpillowski.

3.

Von Gottes Gnaden Wir Ernst Johann in Piesland zu Churland und Semgallen, freyer Standesherr in Schlesien zu Wartenberg, Bralin und Boschuß u. s. w. u. s. w. u. s. w.

Urkunden hiermit vor Uns und unsere fürstliche Successoren maßgestalt Uns die Prediger, Vorsteher und ganze Reformirte Gemeinde in Unserer Residence-Stadt Mitau unterthänigst vorgetragen, daß die vorige fürstl. Landes Herrschafft mit einem Privilegio über das freye Religions-Exercitium sie versehen, und einen gewissen Ort, worinnen sie ihren ordentlichen Gottesdienst halten, und die dazu gehörigen Bediente in nothdürfftiger Wohnung haben könnten zu bekommen concediret und nachgehends einweisen lassen, ihnen die freyheit einen Prediger, so offte die Stelle vacirete zu berufen und zu bestellen, nur daß allemahl so oft es geschehe, der fürstl. Landes Herrschafft solches bekannt gemacht werden sollte, wenn mit der Zeit ein oder das andere, oder auch das zur Verrichtung des Gottesdienstes gewidmete Gebäude baufällig, oder sonst per casus fortuitos verderbet würde, selbige in baulichen Wesen zu unterhalten und zu repariren, oder auch von neuen in Stein oder Holz zu bauen, verliehen, den Prediger Informatoren, und alle und jede Bediente von allen und jeden Auflagen, Contributionen, Unpflichten und Einquartierungen exemiret, auch die reformirte Gemeine aller Orten bey sich ereignender Contradiction zu vertreten und zu schützen, und über die Concession von S. Königl. Majestät in Pohlen Gnädigste Confirmation

unter beyden Siegeln zu erhalten über Sich genommen hätte. Worauf denn weyland S. Königl. Majestät in Pohlen August II. Glorwürdigsten Andenkens Confirmation ihrer Privilegii unter der Krone und der Großherzogthümer Litthauen Insiegeln de dato d. 8. Augusti anno 1701 in Warschau erfolgt wäre wie sie, sowohl sothane Confirmation als das Privilegium selbst in forma probante Unß unterthänigst vorgezeigt, mit der demüthigsten Bitte, nicht nur die ganze Concession überhaupt in allen ihren puncten zu reassumiren und zu erneuren, sondern auch specialiter bewilligen, daß sie die von Stein gebauete Kirche, welche sie aber in völligen Stand zu setzen theils durch die trübselige Zeiten, theils durch eine Contradiction gegen oberwehnte Königl. Oberherrschaftliche Bestätigung behindert worden wären, zur perfection bringen lassen dürfften, bevorab, weil daß hölzerne Gebäude, worinn sie interim ihren Gottesdienst gehalten, bey der unglücklichen feuers-Brunst in Mitau Anno 1735 mit-eingeäschert wäre. Wenn wir nun vornehmlich in Anmerkung der über mehr gedachter Reformirter Gemeinde freyes Religions-Exercitium, außer der vorhin gehaltenen Gewissens-freyheit und ungehinderten Ausübung ihres Gottesdienstes, ergangnen Confirmation von weyland S. Königl. Majestät alß dem Ober Herrn, ihrem unterthänigsten Besuch Statt und Raum gegeben haben, so reassumiren und erneuren Wir ex jure territoriali et plenitudine Potestatis das Privilegium ratione liberi Exercitii Religionis der reformirten Gemeinde, in der maasse, daß sie zu allen Zeiten ihren öffentlichen Gottesdienst pflegen, predigen hören, die heiligen Sacramenta gebrauchen, Reichpredigten und Copulationes halten, die Jugend informiren, oder was sonst auf einige Weise zu Celebrirung des Gottesdienstes und gewöhnlichen Uebungen, imgleichen bey sich ereignenden Nothfällen in Privathäusern mit Besuchung der Kranken Reichung der Communion und Verrichtung der Tauffe auch sonst unumbgänglich erfordert wird, verrichten sollen, können, und mögen, und ist die reformirte Gemeinde Krafft dieser Unserer Concession befugt nach eigner Willführ, sooft die Stelle vaciret einen Prediger zu beruffen,

und zu bestellen, nur allein, daß allemahl, sooffte es geschehen, solches Unß und Unsern fürstli. Successoren bekannt gemacht werde. Ingleichen vergönnen Wir Gnädigst, daß sie die so weit erbaute steinerne Kirche zur Haltung des öffentlichen Gottesdienstes darinn, vollends in den Stand bringen, und wenn hinfünftig dieselbe, oder auch andere Kirchen- und derselben Bedienten Gebäude baufällig oder sonst per casus fortuitos verderbet werden möchten, sie solche in baulichen Wesen unterhalten und repariren, oder auch von neuen in Stein oder Holz bauen mögen. Den Prediger, Informatorem auch alle und jede Bediente laßen Wir unter Unsers Ober-Hauptmanns zu Mitau Iurisdiction, salva tamen in causis admissibilibus ad Nos Appellatione, und sollen dieselbe von allen und jeden Auflagen, Contributionen, Unpflchten und Einquartirungen befreyet sein und bleiben. Und gleichwie die Reformirte Gemeinde, sowohl in Mitau, alß auch diejenige, welche sich auß der Nachbarschaft oder vom Lande darzu halten wollen, das deroelben verliehene Exercitium Religionis innierfort frey, sicher und ungehindert, ohne einige Schmälerung treiben kann. So versprechen Wir von Unß und Unsere fürstl. Successoren sie aller Orten dabey zu handhaben und zu schützen. Zu dessen mehrerer Urfundt, Wir diese Erneuerung der Concession mit Unsern gewöhnlichen Handzeichen befestiget, und Unser größeres Innsiegell anhängen lassen. So geschehen und gegeben in St. Petersburg den 13/24^{te} Tag Monats Iulij nach Christi Geburth im Eintausend Siebenhundert Neun und Dreyßigsten Jahre.

E. Johann H. 3. C.

Wir haben die drei für den Rechtsbestand der reformirten Gemeinde in Mitau wichtigen Urkunden in ununterbrochener Reihenfolge zum Abdruck gebracht; nun ein paar Worte der Erläuterung. In dem ersten Schriftstück bezeichnet sich Herzog Ferdinand als regierender Vormund und Administrator. Als nämlich 1698 der Herzog Friedrich Casimir starb, war der Thronerbe, Herzog Friedrich Wilhelm, dessen Mutter, die zweite Frau des

verstorbenen Herzogs, eine brandenburgische Prinzessin war, erst fünf Jahre alt. Trotz der Einsprache der lurländischen Oberräte ergriff der Vatersbruder des Knaben, Prinz Ferdinand, ebenfalls der Sohn einer brandenburgischen Prinzessin, als nächster Agnat die Vormundschaft über den unmündigen Herzog, in dieser Würde durch die Bestallung dazu vonseiten des Lehns Herrn von Kurland, des Königs August II. von Polen, bestätigt. In dieser Eigenschaft stellt er der reformirten Gemeinde, deren Bekenntnis er durch seine Mutter und seine beiden Schwägerinnen sehr nahe getreten war, die Stiftungsurkunde aus. Sie bedurfte der Bestätigung des Königs von Polen; die zweite Urkunde bezeugt dieselbe. Als August II. die Bestätigung gab, waren erst vier Jahre verstrichen, seitdem er als Kurfürst von Sachsen seinen protestantischen Glauben schmachvoll verleugnet, um die polnische Königskrone zu erlangen. Wenn in dem ersten Schriftstücke davon die Rede ist, daß die reformirten Religionsverwandte schon seit vielen Jahren in Kurland Gewissensfreiheit genossen, so läßt sich diese Duldung sechzig Jahre zurück verfolgen, in den Anfang der Regierung des Herzogs Jakob (1642), der mit der Schwester des großen Kurfürsten vermählt, ihr bei der Trauung das Recht zugesagt, auf dem Schlosse in Mitau einen Hosprediger ihres Bekenntnisses und reformirten Gottesdienst halten zu können, an welchem auch die etwa in der Stadt oder auf dem Lande vorhandenen Reformirten teilnehmen konnten. In dieser Beziehung hatte also Kurland einen schönen Vorsprung von acht Jahrzehnten vor dem benachbarten Livland, das erst durch Peter den Großen diese Wohlthat empfing.

Das dritte Schriftstück, die Erneuerung der Stiftungsurkunde, ist von dem Herzog Ernst Johann ausgefertigt. Herzog Friedrich Wilhelm, für welchen während seiner unmündigen Jahre der Oheim Prinz Ferdinand die Verwaltung des Herzogtums übernommen, war achtzehnjährig 1712 auf der Rückreise von seiner Hochzeit, die er mit der Großfürstin Anna Iwanowna gefeiert, in Ripen, der zweiten Poststation von Petersburg, gestorben. Sein Nachfolger wurde der einstige Vormund, der von 1711—1737 die herzogliche Würde bekleidete. Nach seinem Tode trug unter den verschiedenen Bewerbern um den herzoglichen Thron von Kurland

der Kandidat den Sieg davon, welchen die Kaiserin von Rußland begünstigte: Biron, der als Herzog Ernst Johann von 1734 bis 1741 regierte. An ihn wandte sich die reformirte Gemeinde — und wie das Schriftstück erweist, nicht vergeblich — die Erneuerung ihrer Rechte zu erbitten.

XXV.

Nr. 13071 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 13. Februar 1768.

Auszug aus dem „Traktat ewigen Friedens“, welcher von Katharina II. mit dem Könige Stanislaus August und der polnischen Republik am 13. Februar 1768 in Warschau geschlossen ward. Aus dem 4. Art. des Separatvertrags die auch auf die Reformirten Kurlands bezüglichen Paragraphen.

Die Herzogthümer Kurland und Semigallien sollen auf immer bei ihren Kirchenrechten nach den Provinzialgesetzen gehalten und Niemand unter irgend einem Vorwand dazu gebracht werden, Plätze zur Errichtung von Tempeln oder anderer dem ähnlicher Gebäude oder auch Häuser zur Ausübung des römisch-katholischen Gottesdienstes anzuweisen. Doch soll ihnen das Recht, den Schwachen, wo immer sie sich befinden mögen, die Sakramente zu reichen, unangetastet bleiben.

§ 6. Alle Kirchen insgesamt jeder der beiden evangelischen Konfessionen, welche jetzt im Herzogthum Kurland und Semigallien vorhanden sind, und in Zukunft erbauet werden, sollen auf immer dem Rechte der genannten Konfessionen unterstehen und unter keinem irgend welchen Vorwand einer Änderung oder Reformation unterliegen.

§ 7. Es soll nicht gestattet sein, Tempel, Kapellen, Cönobien in den herzoglichen Städten und Gütern ohne Erlaubniß des Herzogs, auf den adligen Gütern ohne die der Erbherrn zu errichten. Gleichwie es durch die Staatsgesetze verboten ist, daß die Geistlichkeit Güter zum Nutzen der Kirche oder einer bestimmten Gemeinde erwerbe, so soll die Kraft und Gültigkeit dieser Verordnung auch auf das Herzogthum Kur-

land ausgedehnt werden, mit den Ausnahmen jedoch, welche in der Constitution vorgesehen sind.

§ 8. Da in den Gebietstheilen der Republik durch die Gleichstellung der Nicht-Unirt-Griechen und der Dissidenten beiderlei Bekenntnisses mit den Katholiken in Ansehung der den Staatsangehörigen zukommenden Vorrechte die Fähigkeit zu königlichen Ehrenstellen und Gnadenbezeugungen anerkannt ist, so sollen auch die Einwohner Kurlands beiderlei Konfession auf Grund dieses Separatvertrages sich desselbigen gleichen Rechtes zu erfreuen haben, welches die Katholiken genießen. Deshalb sollen in Kurland und Semigallien die diesen Religionen zugethanenen Adligen, nicht minder die Katholiken, die aus dem Königreich Polen, die gleichen Vorrechte mit dem Adel Kurlands, wenn sie Besitzungen in Kurland haben, genießen. Dieses gilt auch von den Einwohnern in Bezug auf ihre Vorrechte in beiden Gebieten.

Über diesen „Traktat ewigen Friedens“ vgl. die bei Nr. XLIX dieser Sammlung gegebenen Erläuterungen. Wenn in dem erwähnten dritten Artikel ausdrücklich die mit der polnischen Republik verbundenen Provinzen genannt werden, so bezieht sich der Ausdruck in erster Linie auf Kurland und Semigallien, die in einem Suzeränitätsverhältnis zu Polen standen. Ihnen gilt auch ausschließlich der vierte und fünfte Artikel des Separatvertrages, der vierte auf Kurland und Semgallen bezüglich, der fünfte auf den innerhalb dieses Gebietes von den alten bischöflichen Zeiten her eine Sonderstellung einnehmenden Wilnischen Kreis (vgl. über diese Sonderstellung „Verfassungsgeschichte“, S. 200 f.). Aufgefallen ist mir, daß bei all' den mancherlei mir vorliegenden Schriftstücken aus Kurland, in denen wider die endgültig mit Erfolg gekrönte Bestrebung der Verschmelzung der lutherischen Kirche der Ostseeprovinzen mit den lutherischen Gemeinden in Rußland jahrelang hindurch Einsprache erhoben wurde, nirgends eine Berufung auf § 6 dieses vierten Artikels des Separatvertrages zu finden ist, der diesen Einsprachen eine von Rußland gewährleistete gesetzliche Unterlage geboten hätte.

XXVI.

Nr. 17319 der „vollständigen Geseßsammlung“ vom 15. April 1795.

Von Gottes Gnaden wir Katharina die Zweite, Kaiserin und Selbstherrscherin aller Reußen usw. usw.

Unsern lieben und getreuen Unterthanen, der wohlgeborenen Ritter- und Landschaft, den Städten und allen Bewohnern der fürstenthümer Kurland und Semgallen, sowie auch des Piltenischen Kreises.

Eure Erkenntlichkeit für unsere, seit langer Zeit in Ansehung eures Vaterlands gehabte Fürsorge, um selbiges mitten unter den verschiedenen Unruhen, welche in dessen Nachbarschaft ausgebrochen waren, hauptsächlich während des letzten Aufruhrs in Polen, unzertrennt in Sicherheit zu erhalten, nehmen wir mit besonderm Wohlwollen an. Überzeugt von eurem aufrichtigen Wunsche, welcher wegen Vereinigung der fürstenthümer Kurland und Semgallen und des Piltenischen Kreises unter unserm Scepter in eurer Versammlung ist geäußert und durch eure Bevollmächtigte vor unserm kaiserlichen Throne feierlichst bestätigt worden, thun wir selbigen ein Genüge, indem wir euch allerhuldreichst mit unter die Zahl unserer getreuen Unterthanen aufnehmen und gedachte Provinzen auf ewig dem russischen Reiche einverleiben. Nachdem zufolge dessen eure Bevollmächtigten den Eid der Treue in unserm Senate werden geleistet haben, verordnen wir zu dem Amte eines General-Gouverneurs von Kurland den General-Lieutenant Baron Peter von Pahlen und tragen ihm auf, alle Bewohner der fürstenthümer Kurland und Semgallen wie auch des Piltenischen Kreises, wes Standes sie sein mögen, denselben Eid leisten zu lassen, nach angetretener Verwaltung dieser Provinzen aber uns diejenigen Verordnungen zu unterlegen, welche das Wohl und die Ruhe derselben auf eine sichere Art befördern können.

Zugleich erklären wir auf unser kaiserliches Wort, daß nicht nur die freie Ausübung der Religion, welche ihr von euren Vorfahren geerbt habt, die Rechte, Vorzüge und das einem Jeden gesetzmäßig gehörige Eigenthum ganz-

lich beibehalten werden sollen, sondern daß von nun an ein jeder Nationalstand oberwähnter Provinzen auch alle die Rechte, Freiheiten, Vortheile und Vorzüge zu benutzen habe, welche die alten, russischen Unterthanen aus Gnade unserer Vorfahren und aus der unsrigen genießen.

Übrigens halten wir uns versichert, daß ihr und eure Nachkommen durch Beobachtung einer unverletzlichen Treue gegen uns und unsere Thronfolger und durch Eifer zum Nutzen und Dienst unseres Reiches, dessen Mitglieder ihr durch die Vorsehung des Allerhöchsten geworden seid, euch bestreben werdet, die Fortdauer unseres kaiserlichen Wohlmollens zu verdienen.

Gegeben in St. Petersburg, den 15. April nach Christi Geburt im Jahre 1795, unsrer Regierung aller Rußen im drei und dreißigsten und Tauriens im dreizehnten.

Katharina.

Aufnahme in unsrer Sammlung hat diese wichtige Urkunde gefunden, weil sie bei der Einverleibung von Kurland ins russische Reich die feierliche Erklärung von der gänzlichen Beibehaltung der freien Ausübung der Religion in der sich unterwerfenden Provinz enthält und zwar in der von den Vorfahren ererbten Weise. Das Kaiserwort anerkennt somit, daß die evangelische Kirche in Kurland keine geduldete sei, was sie nie war, sondern die zu Recht bestehende, wie sie es 1561 gewesen, als sich die Provinz in die Ober- und Schutzherrschaft von Polen begab und in Gotthard Kettler ihren ersten Lehnsherrzog erhielt. Die vorangegangenen Urkunden bezeugen, daß die reformirte Kirche in Kurland seit jener Zeit in den Genuß der gleichen Rechte der freien Religionsübung getreten war. In diesem Rechtsverhältnis wurde sie bei der Unterwerfung Kurlands von Rußland übernommen und in gleicher feierlicher Weise durch vorstehende Akte bekräftigt.

Die formelle Unterwerfung der Provinz fand bekanntlich am 15. April 1795 im Winterpalais statt. Als Abgeordneter von Kurland überreichte Oberburggraf D. H. von der Hoven, als Abgeordneter des Wilnenschen Kreises Landrat Baron Niclas Karl v. Rorf die Unterwerfungsakten der Kaiserin; fünf Tage später,

am 20. April, fand im Senat die Eidleistung der Abgeordneten vor dem Generalprokureur Graf Samoilow und sämtlichen Senatoren durch den Prediger an der Petrikirche Pastor Wolff statt. Bei dieser Gelegenheit wurde den Abgeordneten vorstehendes kaiserliche Reskript mitgeteilt, das dann in der unterworfenen Provinz in deutscher und russischer Sprache zur Verteilung gelangte. Sämtliche auf die Unterwerfung bezüglichen Aktenstücke finden sich abgedruckt bei G. B. Gruse (von 1802—1834 Pastor der reformirten Gemeinde in Mitau; vgl. „Geschichte“, S. 161 ff.): Kurland unter den Herzögen. Mitau 1837. II, 256 ff.

XXVII.

Aus dem Reichsgesetzbuch Bd XI, Tl. I. Ausgabe von 1857.

Über die Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten der Mitauer ev.-reformirten Gemeinde.

§ 831. Die Regeln, welche oben über die Anstellung der Pastore (§ 796) und die Geschäftsführung der ev.-lutherischen Konsistorien, die ev.-reformirten Gemeinden betreffend (§ 795), angegeben worden sind, beziehen sich auch auf die ev.-reformirte Gemeinde zu Mitau.

§ 832. Im Allgemeinen ist in den baltischen Provinzen die Verwaltung des Vermögens der ev.-reformirten Kirchen sowie des Vermögens der Schulen und Wohlthätigkeitsanstalten bei diesen Kirchen vollständig der Gemeinde anheimgegeben.

Nur diese beiden Artikel hat das Reichsgesetzbuch als im besondern auf die reformirte Gemeinde in Mitau bezüglich aus der „vollständigen Gesetzesammlung“ geschöpft und bezieht sich dabei als auf seine Quelle auf den unter Nr. VII unserer Sammlung mitgetheilten Ufas. Die in § 831 angezogenen beiden Artikel 795 und 796 sind abgedruckt hier in der Urkunde Nr. XV.

5) Verordnungen auf die reformirte Gemeinde in Riga bezüglich.

XXVIII.

Resolution an die Regierungs-Kanzlei.

Es haben J. K. Majestät den expressen Befehl ergehen lassen, daß laut geschehenem Ansuchen der reformirten Gemeinde ihnen erlaubt sein solle, eine Kirche vor sich an einem gelegenen Orte zu bauen und einen Priester zu vociren. Wannenhero dem Magistrat obrigkeitlich angesonnen werden muß, daß sie zu gehorsamer folge solchen J. K. Majestät expressen hohen Willens oberwenten reformirten Gemeinde eine Kirche vor sich zu bauen und einen Priester zu halten verstatten. Wonach dieselbe sich schuldigstermaßen zu richten hat.

Gegeben Riga den 27. Juli 1722.

fürst Repnin.

Michael Klemcken Secr. u. Translat.

concordat cum originali.

Gesern.

Was das Manifest Peter des Großen 1702 (vgl. unsre Urkunde Nr. II) den Ausländern, die sich in seinem Reiche ansiedeln wollten, in einer für jene Zeit hochherzigen Duldung zugesichert, das durfte nicht in Livland, nachdem diese Provinz durch den Nyssädter Friedensschluß 1721 förmlich und endgültig dem russischen Reiche einverleibt war, verwehrt bleiben. Konnte es auch nur geschehen dadurch, daß das bisher gültige schwedische Kirchengesetz an dieser Stelle schroffster Unduldsamkeit durchbrochen ward, so war die Fassung des ersten Punktes der Capitulationsbedingung von 1710 eine so allgemeine, daß die Begräumung eines unhaltbar gewordenen Zustandes nicht notwendigerweise als eine Verletzung dieser Bedingung ausgelegt zu werden braucht. Was unter demselben schon vor Erlass des schwedischen Kirchengesetzes und dann durch dasselbe nun auch in Livland wider die Reformirten in einer für uns heute Lebenden unbegreiflichen Härte gesündigt ward, mußte abgethan und gesühnt werden, je eher je

lieber. Wir hätten wohl gewünscht, daß es damals vonseiten der evangelischen Glaubensgenossen selbst geschehen wäre; es ist aber kein geringes Blatt in der Ruhmesthronen des großen Kaisers, daß er auch hier voran den Grundsätzen wahrhaft christlicher Duldung lichte Bahn gebrochen.

Die vorgefundenen und übernommenen Zustände waren an diesem Punkte in den eroberten Provinzen thatsächlich unhaltbar geworden. Die Rigaer Stadtbibliothek bewahrt handschriftlich ein Heft „Kurze Nachricht, welchergestalt die Reformirte Religions-Verwandten in Riga vormahlen sind angesehen und wie selbige nachgehends hieselbst aufgenommen worden“, dem wir ein paar Einträge zur Beleuchtung dieser Zustände entnehmen. „Im Jahre 1615 den 26. Juni haben die hiesige Prediger den Hans Heißmann mit seiner Braut Belm Saliz, eines Holländers Tochter, nicht ehelich zusammengeben wollen, weilen der Bräutigam ein Mamelucke oder Calvinist geworden, darumb sie dann nach der Edom gezogen und sich allda copuliren lassen. — 1627 den 8. April ist Carsten Neermann, ein Rigaischer Bürger, gestorben und weilen er calvinisch ist gewesen, hat das Ministerium nicht zugeben wollen, daß der Körper zu Riga in der Kirchen, sondern nur auf dem Kirchhofe begraben werden solle (d. h. das kirchliche Begräbniß von der Kirche aus wurde versagt; vgl. „Verfassungsgeschichte“, S. 123), worinnen aber seine Freunde nicht willigen wollten; derowegen sein Körper den 14. April mit einem holländischen Schiffe nach Amsterdam geführt und allda zur Erde bestattet worden. — 1670 den 29. Juli haben J. R. Majestät zu Schweden ad instantiam Bürgermeister und Rath vor billig befunden, daß Niemand von den Calvinischen Religions-Verwandten zu Riga die Bürgerschaft gewinnen möge. — 1671 dem 21. Februar vermöge Religions-Edict befohlen, daß diejenigen, welche hier wohnen und zu einigen jura civitatis admittirt und angenommen werden, ihre Kinder in der lutherischen Religion nach der unveränderten Augsburgerischen Confession ohnfehlbar erziehen lassen sollten, wozu sie dann sich voraus reversiren und verbinden müssen, weßhalben 1680 den 1. August eine Intimation von den hiesigen Gankeln abgelesen, daß die Reformirten ihre Kinder zu unserer Religion nach der unveränderten Augsburgerischen Confession auf-

- erziehen lassen sollten. — Und auch noch: 1718 den 16. Mai hat Johann Frazer, wie er sich allhie verheyrathet, schriftlich reverſiret, ſeine Kinder in der unveränderten Augſburgiſchen Religion aufzuerziehen u. ſ. w. u. ſ. w.“

Die „Geſchichte“ erzählt (S. 168), wie die in Riga anſäſſigen Reformirten ſchon ſeit 1668 ſich zu einem, wenn auch noch völlig rechtloſen Verband zuſammengeſchloſſen, wie ſie ſchon unmittelbar nach Beſetzung der Stadt Riga durch die ſiegreichen ruſſiſchen Truppen von dem Zar die Bewilligung erbeten und erhalten, daß der reformirte Prediger von Mitau einige Mal im Jahre nach Riga kommen und in einer Privatwohnung predigen und amtiren dürfe. Der Nyſtadter Friedensabſchluß gab dem kleinen Häuflein zu weiterem Vorgehen Mut. Bereits am 4. April 1721 wurde eine Bittſchrift an den Zar gerichtet des weſentlichen Inhaltes: „Es ſei bekannt, daß S. Majeſtät nicht allein den reformirten Gottesdienſt in allen Städten und Häfen höchſt ihrer Erbländer zu üben conſentire, ſondern die Gemeinden auch mit Privilegien verſehē; daß der Handel in Riga wegen Beſchränkung der Religionsfreiheit nicht wenig leiden und andernfalls der Handel einen neuen Aufſchwung gewinnen werde.“

Peter der Große ſagte dem General-Gouverneur von Livland, Fürſt Nepnin (wie Konſistorialrat Weiſe in der Zeiſchrift „Das Inland“ 1837, Nr. 4 mittheilt) bei ſeiner Anweſenheit in Petersburg mündlich die Bewilligung der Bittſchrift zu. Da den Reformirten aber der mündliche Beſcheid dem Magiſtrat gegenüber nicht genügend erſchien, ſo reichten ſie eine zweite Bittſchrift ein, auf welche hin dann am 27. Juli 1722 obige Reſolution an die Regierungskanzlei vonſeiten des General-Gouverneurs erfolgte, die abſchriftlich jetzt im Archiv der reformirten Gemeinde aufgefunden wurde und meines Wiſſens noch nicht veröffentlicht iſt. Die Regierungskanzlei beeilte ſich, den kurz angebundenen Befehl des Fürſten an den Rigaiſchen Magiſtrat gelangen zu laſſen; bereits am 2. Auguſt 1722 ging aus der Kanzlei an den Rigaer Magiſtrat das ausführlichere Schreiben, welches wir des Zuſammenhanges wegen hier noch einmal zum Abdruck bringen (vgl. „Geſchichte“, S. 169):

„Es haben J. M. unſer allernädigſter Kaiſer und Herr dem

allerunterthänigsten Ansuchen derer hieselbst subsistirenden reformirten Religions-Verwandten wegen Verstattung eines freien Religions-Exercitiums zum Aufnehmen des gemeinen Wesens allergnädigst zu deferiren und denenselben zu concediren geruht, daß allhier selbigen eine Kirche zu erbauen und einen Priester zu vociren auch ohne einzige Turbation und Hinderniß die reformirte Religion zu exerciren freigelassen werden solle. Ich habe hiervon einem wohledlen Rath, nach erhaltener Ordre von ihro Durchlaucht dem Herrn General en Chef und General-Gouverneur Fürsten Repnin hiemitteltst Duvertüre zu geben nicht entseyn wollen, damit selbige zu unterthänigst gehorsamster Folge dieser ihro R. Majestät allergnädigsten Willensmeinung denen Reformirten in dem Genuß dieses erhaltenen Privilegii im geringsten kein Hinderniß zu verursachen, sondern denenselben eine Kirche zu erbauen und einen Priester zu erhalten, solchergestalt ihr Religion frey und ungekränkt allhier zu treiben verstaten mögen.

Womit verbleibe mit Genehmhaltung S. Durchl. des Herrn General en Chef und General-Gouverneur Fürsten Repnin eines wohledlen Rathes dienstgeflissenster Hermann v. Vietinghoff.“

Solch klar und unumwunden ausgesprochener Willensmeinung des Kaisers konnte der Magistrat nur gehoramen. Wir dürfen wohl hoffen, daß nicht wenige Mitglieder des Rates den Gehorsam mit herzlicher Zustimmung geleistet haben. Es wehte denn doch schon ein anderer Wind in der Theologie und in den evangelischen Gemeinden der alten deutschen Heimat, und leise Spuren sind vorhanden, daß diese andere, mildere Strömung schon durch die nach Westen hin weitgeöffneten Fenster der Rigaer Bürgerhäuser in die Familienstuben gedrungen war. Es ist zwar noch eine Strecke Weg von da bis in den Sitzungssaal des Rates; aber in der patriarchalisch engen Handelsstadt jener Tage kein allzu weiter, anstrengender Gang.

Den weiteren Lebenslauf der Gemeinde schildert die „Geschichte“ (vgl. S. 170 f.).

XXIX.

Aus dem „Reichsgesetzbuch“ Bd. XI, Tl. I. Ausgabe von 1857.

Über die Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten der Rigaer ev.-reformirten Gemeinde.

§ 831. Die Regeln, welche oben über die Anstellung der Pastore (§ 796) und die Geschäftsführung der ev.-lutherischen Konsistorien, die ev.-reformirten Gemeinden betreffend (§ 795), angegeben worden sind, beziehen sich auch auf die ev.-reformirte Gemeinde zu Riga.

§ 832. Im Allgemeinen ist in den baltischen Provinzen die Verwaltung des Vermögens der ev.-reformirten Kirchen, sowie des Vermögens der Schulen und Wohlthätigkeitsanstalten bei diesen Kirchen vollständig der Gemeinde anheim gegeben.

Das Reichsgesetzbuch faßt an der angezogenen Stelle die beiden reformirten Gemeinden in den Ostseeprovinzen zusammen und hat für sie gemeinsam diese beiden Artikel. Um der andern uns gestellten Aufgabe willen haben wir die beiden Gemeinden gesondert berücksichtigt und müssen deshalb die zwei Artikel wiederholt zum Abdruck bringen.

Die reformirte Gemeinde in Riga hat in den 166 Jahren ihres Bestandes ein geruhiges Leben führen dürfen. In all' der Zeit hat sie weder Anlaß gegeben, neue staatliche Gesetze und Verordnungen hervorzurufen, noch auch Anlaß genommen, das, was ihr von Peter dem Großen einst gewährt wurde, durch weitere Gesuche zu erweitern, zu vervollständigen oder zu ändern. Die „Geschichte“ zeigt (S. 171), daß auch nach der Seite das Leben der Gemeinde begünstigt war, als sie in der langen Zeit nur den Wechsel von fünf Geistlichen zu bestehen hatte (1723—1771. 1771—1788. 1788—1814. 1814—1864. 1861 (zunächst als zweiter Geistlicher). —

6) Verordnungen auf die reformirten Gemeinden im Süden von Rußland bezüglich.

XXX.

Nr. 21177 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 23. Februar 1804.

Allerhöchst bestätigte Unterlegung des Ministers des Inneren über die Orte zur Ansiedelung von Ausländern.

Die Unzuträglichkeiten einerseits, welche in Betreff der bei der Gründung der ersten Kolonien im Saratower Gouvernement getroffenen Maaßregeln aufgedeckt wurden, und andererseits die Nothwendigkeit der Aufstellung fester Regeln für die weiteren Ansiedelungen von Ausländern in Rußland, veranlassen mich E. K. Majestät folgenden Entwurf mit der unterthänigen Bitte zu unterbreiten, ihn bestätigen zu wollen, damit er sowohl mir, als den verschiedenen Obrigkeiten, die bei Einrichtung der Kolonien sich zu betheiligen haben, als Handhabe dienen könne.

1) für den Beginn der Gründung von Kolonien in den Gouvernements Cherson, Jekaterinoslaw und Taurien die Auswahl von Orten, welche den Häfen zunächst liegen, damit die Übersiedelnden bequeme Gelegenheit zum Absatz ihrer Producte finden und die Einhaltung dieser Grundlage und ihrer Absicht bei Ausbreitung der Kolonisten ins Innere des Reiches.

2) Solche Orte sollen Odessa und Feodosia sein.

3) In der Nähe von Feodosia und in dem ganzen Gebirgsthale von Taurien sollen Weinbauer und im Gartenbau geschickte Leute angesiedelt werden, wobei entweder vorhandene Kronsländereien zu berücksichtigen oder der Erwerb durch Kauf des nöthigen Gebietes ins Auge zu fassen ist.

4) Weil als Hauptziel bei Ansiedelung an diesen Orten Wein- und Gartenbau gelten soll, so muß sowohl deshalb, als auch wegen des im Verhältniß zu andren Orten geringen Umfanges urbaren Landes und wegen der Kostspielig-

keit des Bodens ein Gebiet von 20 Deßjatinen *) für jede familie als durchaus genügend angesehen werden.

3) Wenn außer obiger Art Ausländer sich Ackerbauern finden, die in der Krimm sich anzusiedeln wünschen, so sollen diese vorzugsweise an der Molotschnaja angesiedelt werden, an Orten, die sie den im Jekaterinoslaw'schen Gouvernment angesiedelten Mennoniten nahe bringen. Wenn sich aber die Zahl solcher Übersiedelnden vergrößern sollte, so sind dieselben auf den Ländereien anzusiedeln, die in früheren Zeiten von den Weideplätzen der Kalmüffen, welche jetzt in das Gebiet der donischen Kosaken übergeführt sind, eingenommen wurden. Ebenso sollen die Mennoniten ihrem eignen Wunsche gemäß in der Molotschnaja angesiedelt werden, indem man ihnen die zwei auf dem Kreisplan unter Nr. 60 und 61 verzeichneten, bis dahin von den Nogaiern eingenommenen Bezirke abgibt u. s. w.

Der durch die Kaiserin Katharina II. gegebene Anstoß zur Auswanderung kam nicht so bald zur Ruhe. Auch nachdem der Hauptstrom, der unmittelbar dem ersten Ruf gefolgt war, an der Wolga zum Stehen gebracht worden war, kamen noch ununterbrochen, wenn auch in geringerer Zahl Nachzügler, welche die gebotene Gelegenheit, zu einem freien, selbständigen Bauernstand zu gelangen, ergriffen. Bei den Ansiedelungen an der Wolga hatten sich mit der Zeit Übelstände ergeben. Geringer wie die ihnen durch die Nähe der wilden Grenzvölker bereiteten Gefahren dünkte ihnen je länger je mehr der Übelstand, daß sie dort in der entlegenen Ecke für ihre wunderbar gesegneten Ernten kein rechtes Absatzgebiet anfänglich finden konnten. Das machte die später ins Land Kommenden stutzig; sie suchten sich unter der im Aufrufe der Kaiserin angegebenen Liste von Ansiedlungsorten ihnen günstiger dünkende aus. Der in märchenhaft schöner, aber künstlicher Beleuchtung erstrahlende und in aller Welt pomphaft verkündete Zug

*) Die Deßjatine kommt der deutschen Hektare fast gleich; das Verhältniß ist: 0.91583 zu 1.

der Kaiserin nach der neugewonnenen Krim hatte die Blicke auch der Einwandernden auf dies angebliche Wunderland gelenkt. Bereits 1781 wurde Alt-Schwedendorf — freilich durch zwangsweise Versetzung streitsüchtiger schwedischer Bauern von der Insel Dagden — im Gouvernement Cherson gegründet. Freiwillige deutsche Einwanderer folgten der gewiesenen Spur in den fernen, warmen, als so fruchtbar gepriesenen Süden. So entstand 1789 im Gouvernement Jekaterinoslaw die Kolonie Josephthal, die in ihrem Namen an die Begegnung des österreichischen Kaisers mit Katharina II. auf ihrer Krimreise erinnert. Wir schreiben keine Geschichte der Kolonien, darum haben wir nicht den Fortgang dieser Ansiedelungen zu schildern.

Kaiser Alexander I. lenkte vom Beginn seiner Regierung an in die gleichen Bahnen der Wertschätzung deutscher Kolonisten für Rußland, welche Peter der Große und Katharina II. mit scharfer Bitterung für das Gedeihen ihres Reiches so entschieden und zielbewußt betreten. Alexander hielt den Raderuf seiner Vorgängerin mit seinen weitgehenden Zugeständnissen aufrecht, zumal auch in betreff der zugesagten freien Religionsübung, die in der klar ausgesprochenen Duldung ihm, dem Schüler Saharpes, vielleicht noch mehr, allermeist in den späteren Jahren etwa von 1815 bis 1820, am Herzen lag. Sein Hauptaugenmerk für die Einwanderung war auf die Krim gerichtet. In dem lebhaften Schaffenstrieb der ersten Regierungsjahre galt es von vornherein der Einwanderung richtige Wege zu bahnen. Unsere Urkunde giebt dafür den Beleg, wenn auch die Einwanderung selbst im weiteren Verlauf ihre eigenen Wege zog. Freilich Odeffa, das in erster Linie genannt ist, eine moderne Städtegründung in vorzüglicher Lage — erst 1791 von dem Admiral Ribas an der Stelle einer türkischen Schanze gegründet, die auf Anordnung der Petersburger Akademie ihren Namen Fadschibei mit dem von Odeffa vertauschen mußte —, blieb als Eingangspforte der Einwanderung und hielt auch in seinem damals schier unbegrenzten Reichbild eine deutsche Kolonie, aus Lutheranern und Reformirten bestehend, dauernd fest, die 1804 als Handwerkerkolonie — ein Teil im Osten, der andere im Westen der Stadt — unter Leitung des Herzogs von

Micheliu vom Kaiser bestätigt wurde. Alexander I. ließ sich nicht daran genügen, dem Zug der Einwanderung den Weg zu bahnen; unablässig war er bemüht, den Zug zu verstärken und überall den Eifer, nach der Arim überzusiedeln, aufs stärkste anzufachen. Wiederholte Aufrufe und Einladungen ergingen während seines Aufenthaltes in Deutschland zur Zeit der Befreiungskriege. Seine Erscheinung neben den anderen Heerführern, die das unerträgliche Joch des Korfen abschüttelten, die Not jener Kriegsjahre, die zumal auf Deutschland schwer lastete, unerquickliche religiöse Bedrängnisse in dem geistigen Kampfe zwischen dem zum Tode verwundeten Nationalismus und der Erfrischung des evangelischen Glaubens in weiten Gebieten, vorzugsweise in Württemberg, veranlaßte Tausende und Tausende, der lockenden Ladung zu folgen. Die Namen von Kolonien in Bessarabien, die an so manche siegreiche Schlacht der Befreiungskriege erinnern (Arcis, Fère Champenoise, Tarutino u. s. w.), die Namen von Kolonien im Gouvernement Cherson, die das Andenken an die alten verlassenen Heimatdörfer bewahren (Rassel, Worms, Neu-Stuttgart, Zürichthal, Rohrbach u. s. w.) befunden heute noch den Anlaß der Auswanderung und die Gegend des Aufbruches.

Unter den Kolonisten, die auf die Zusage Kaiser Alexanders kamen — und es sei zum drittenmale betont: nicht als ungebetene Gäste und Eindringlinge, sondern als sehr begehrter und von dem Kaiser zum Wohle des Landes dringend geladener, wertvoller Zuwachs der Bevölkerung des Reiches —, befanden sich auch zahlreiche Reformirte, welche anfänglich mit ihren lutherischen Glaubensgenossen friedfertig auch in kirchlicher Beziehung ein evangelisches Gemeinwesen bildeten, in welchem jedem Teile gleichmäßig die uneingeschränkte, freie Religionsübung seines Bekenntnisses zugesichert war. Bis zum Erlaß des lutherischen Kirchengesetzes, das nun auch für den Süden die Theologie der Konkordienformel mit einemmale und für die dortigen evangelischen Gemeinden unhistorisch und auch damit unberechtigt als verpflichtend aufstellte, blieb das friedliche Zusammenwohnen dieser Evangelischen völlig ungetrührt. Die „Geschichte“ (S. 195) erzählt, wie sich in den vierziger Jahren eine andere Strömung geltend machte, infolgederen sich die Reformirten an besonders bedrängten Orten auf die

ihnen bei der Einwanderung zugesicherte Wahrung ihres Bekenntnisses bekräftigen und auch der Obrigkeit gegenüber berufen, in deren weiterem Verlaufe dann die selbständigen reformirten Gemeinden in Odessa, in Rohrbach mit Worms, in Neudorf mit Glücksthal und Kassel sich bildeten und obrigkeitlich bestätigt wurden. Zu diesen drei reformirten Kirchspielen kommt dann noch die französisch-reformirte Kolonie Chabag im Gouvernement Bessarabien, die von ihrer Gründung an im Jahre 1822 (vgl. „Geschichte“, S. 204 f.) eine unvermischte reformirte Kolonie war, ursprünglich aus 120 Familien bestehend, Weinbauern aus dem Waadtland. Es ist wohl die einzige Ansiedlung, welche dem Wunsche dieser Urkunde entsprechend, eine ganze Kolonie von Weinbauern dem weinreichen Süden zugeführt hat. Diese vier Kirchspiele sind von dem Tage ihrer Gründung an der reformirten Sitzung des Petersburger Konsistoriums kirchenregimentlich unterstellt.

XXXI.

An die Reformirte Sitzung des ev.-lutherischen Konsistoriums in St. Petersburg.

Erlaß.

In dem Bericht Nr. 741 hat die Reformirte Sitzung mit dem Wunsch der Reformirten in Odessa wegen Gründung einer Gemeinde mit einem Kirchenrath und mit einem besonderen Prediger, welcher den Gottesdienst in deutscher und französischer Sprache halten könnte, unterlegt.

Da ich aus diesem Bericht ersehe, daß die Reformirten in Odessa genügende Mittel zum Unterhalte eines Predigers und eines gottesdienstlichen Hauses besitzen, so gestatte ich die Bildung eines Kirchenraths dieser Gemeinde mit dem Rechte zur Berufung eines besonderen Predigers auf Grundlage der allgemeinen für die protestantische Geistlichkeit bestehenden Ordnungen; wegen seiner Bestätigung im Amte ist vorschriftsmäßig zu unterlegen.

Solches eröffne ich der Reformirten Sitzung in Erledigung erwähneter Vorstellung und zur nöthigen Anordnung.

Minister der inneren Angelegenheiten Perowski.
Director Stribizki.

Ministerium des Inneren

15. Mai 1843

Nr. 1502.

Wie es zur Bildung einer gesonderten reformirten Gemeinde in Odeffa kam, ist in der „Geschichte“, S. 185 ff. erzählt und auch angedeutet. Auch jetzt noch fällt es schwer, über einzelne unliebsame Vorgänge den Schleier zu lüften, um nicht die Züge des damaligen Propstes bloßzustellen, die wir vielfach und in bedauerlicher Weise in den wirren Fändeln sehen, aus denen endgültig die Bildung der reformirten Gemeinden in Rohrbach und Neudorf hervorgegangen ist. Ein mir vorliegendes Schreiben des damaligen Generalsuperintendenten bezeichnet sein Auftreten als ausschlaggebende Veranlassung zu diesem Ausweg, sich seiner Botmäßigkeit zu entziehen. Aus einem anderen mir vorliegenden Schreiben aus Odeffa ist ersichtlich, daß zunächst bei einer Anzahl unzufriedener Gemeindeglieder der Gedanke an Bildung einer zweiten lutherischen Gemeinde aufgetaucht war und sowohl vom Generalsuperintendenten als auch einem der Petripastore in der Hauptstadt unterstützt wurde. Schon war ein Pastor für diese Stelle in Aussicht genommen, eben der Schreiber des zuletzt erwähnten Briefes, der 1841, vielleicht zu diesem Behufe, sich in Odeffa aufhielt. Aber die Sache zerschlug sich; es war zu geringe Aussicht auf Erfolg da. Da jedoch der Anlaß blieb, so tauchte nach Jahresfrist der andere Plan auf, der von vornherein viel gegründeterer Hoffnung der Verwirklichung bot. Vorstehender Erlaß zeigt die Erfüllung dieser Hoffnung. Von dem vor zwei Jahren in Aussicht genommenen Geistlichen, dem obigen Briefschreiber, war nun bei Besetzung der Stelle keine Rede mehr: zum Glücke für die jugendliche Gemeinde, denn die betreffende

Persönlichkeit bot keine Bürgschaft zur Kräftigung und Stärkung evangelischen Gemeindelebens.

XXXII.

An das ev.-lutherische General-Konsistorium.

Erlaß.

Zufolge der Unterlegung des ev.-lutherischen General-Konsistorii vom 14. dieses Monats Nr. 1004 gestatte ich, an wen gehörig darüber Vorschrift ergehen zu lassen, daß die im Einverständniß mit dem Ministerium der Reichsdomänen vorgeschlagene neue Ordnung für die Verwaltung der lutherischen und reformirten Bevölkerung in den Kolonial-Kirchspielen Glücksthal und Rohrbach in Ausführung gebracht werde, und zwar unter Belassung des erstgenannten im Ressort des St. Petersburgischen ev.-lutherischen Konsistorii und Unterstellung des letzteren unter die ev.-reformirte Sitzung desselben Konsistorii, jedoch mit der Bedingung, daß die nach Übersiedelung aus dem einen Kirchspiel in das andere in Glücksthal verbleibenden Reformirten, sowie die in Rohrbach verbleibenden Lutheraner das Recht nicht verlieren sollen, sich behufs Vollziehung von Amtshandlungen an den nächsten Prediger ihres Bekenntnisses wenden zu können.

Solches eröffne ich dem General-Konsistorio zur Anordnung des Erforderlichen. Über die in dieser Angelegenheit getroffenen Anordnungen wird das General-Konsistorium nicht ermangeln, seinerzeit dem Ministerium des Inneren zu berichten.

Minister des Innern: S. Eanskoj.

Director: Graf Sievers.

Nr. 2636.

20. November 1858.

Der Anlaß zu dieser Verordnung ist bereits in der „Geschichte“, S. 213 ff. dargestellt. In einem Berichte des Peters-

burger Generalsuperintendenten vom Jahre 1857 werden mit Recht die beiden Punkte hervorgehoben, welche den Anstoß zu der ganzen Bewegung gegeben; ihre Betonung ist nur schärfer gefaßt, als wir sie in unserer Darstellung schonend geboten haben. Es ist einmal das Gesetz für die lutherische Kirche in Rußland vom Jahre 1832 und dann das von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in unterschiedener ausgeprägter konfessioneller Richtung in Dorpat geschulte Pastorengeschlecht, das die aus Deutschland mit den auswandernden Kolonisten herübergekommenen Pastore allmählich ablöste und zunächst mit seinen Überlieferungen und Erinnerungen an das kirchliche Leben in den Ostseeprovinzen nur sehr schwer in die wesentlich verschiedenen Verhältnisse der Gemeinden in Südrußland sich einzuleben vermochte. Diese deutschen Kolonisten, zumeist aus Württemberg, Baden, Hessen und der Pfalz eingewandert, sind ein anderer Schlag als die Esten und Letten und fordern auch für ihre religiöse Eigenart eine wesentlich andere Berücksichtigung, als die ländlichen Gemeindeglieder in den Ostseeprovinzen bis dahin seit der Väter Zeit gefunden, die sie kaum zu beanspruchen gewagt, wenn es ihnen auch im Laufe der Jahrzehnte gar wohl that, sie von den Sendboten der Brüdergemeinde in so herzlicher Weise zu erhalten.

Diesen deutschen Kolonisten, aus Lutheranern und Reformirten bestehend, war bei ihrer Einwanderung in den ersten beiden Jahrzehnten des Jahrhunderts von der Regierung gleichermaßen freie Religionsübung zugesichert und ist von dieser Seite die Zusicherung treu eingehalten worden. Als 1809 bei ihrer Gründung die Kolonie Rohrbach, weil der Mehrzahl nach aus Reformirten bestehend, als eine reformirte bezeichnet werden sollte, wiesen die Ansiedler um der unter ihnen wohnenden lutherischen Glaubensgenossen willen die Sonderbezeichnung ab; sie wollten eine evangelische Gemeinde sein und bleiben. Dieser damals allwärts unter den evangelischen Ansiedlern des Südens und an der Wolga verbreiteten Ansicht entsprach nun völlig der kaiserliche Erlaß (vgl. Nr. XXXV) vom 7. Januar 1818, welcher dem in diesen Kolonien vorhandenen Thatbestand nur den gesetzlichen Rechtsausdruck verlieh. In seiner obenerwähnten Denkschrift drückt sich der lutherische Generalsuperintendent über diesen Punkt folgendermaßen aus: „In allen

Kolonieen sowohl des südlichen Rußlands als auch in den Gemeinden an der Wolga (durch eine frühere langjährige pastorale Thätigkeit in diesen Wolga-Kolonieen waren dem Generalsuperintendenten die dortigen Gemeindeverhältnisse wohlbekannt) hatte diese Eröffnung des Willens S. Majestät (eben jener Erlaß vom 7. Januar 1818) die Folge, daß sogleich eine Repartition der bisherigen Kirchspiele vorgenommen und 1820 beendet wurde, so daß auf der Wiejenseite zwei neue Pastorate entstanden und auf der Bergseite eins weniger wurde; die Benennung „reformirtes“ oder „lutherisches“ Kirchspiel fiel weg und jede Gemeinde berief einen Prediger, ohne Rücksicht, zu welcher der beiden Konfessionen er selber sich bekenne, wenn er nur Reformirte und Lutheraner nach ihrem Ritus bediente. . . . Als Belege des Geagten diene: Pastor Cattaneo, reformirter Konfession, war Pastor im lutherischen Kirchspiel Talosla; Brunauer, reformirter Konfession, war Pastor im lutherischen Kirchspiel Nord-Katharinenstadt; Bonwetich, lutherischer Konfession, ist Pastor des reformirten Kirchspiels Norka; Jordan, reformirter Konfession, war viele Jahre Prediger des lutherischen Kirchspiels Fère-Champenoise u. s. w.“

Das veränderte sich wesentlich durch das Kirchengesetz von 1832, welches ohne jede Berücksichtigung der besonderen Kolonialverhältnisse nun auch diese „evangelischen Gemeinden“ im Süden und an der Wolga kurzer Hand mit einem Federstrich unter die Herrschaft der Konkordienformel stellte, nicht entfernt deshalb, weil diese Gemeinden sich nach solcher Herrschaft aus Glaubensüberzeugung sehnten, einzig und allein deshalb, weil das in Estland und Livland bis dahin noch zu Recht bestehende, thatsächlich aber in diesem Punkte des Bekenntnißstandes längst außer Übung gekommene schwedische Regierungsgesetz auch einst unversehends diese beiden Provinzen mit der Konkordienformel aus der königlichen Kanzlei in Stockholm bedacht. Zum Anschluß an dieses Kirchengesetz wurde nun das gewaltjame Verfahren, das in Anschauungen inbetreff der Macht des Staatsoberhauptes auch über den Glauben der Kirche wurzelte, welche wohl dem 17. Jahrhundert eignen, heute aber in der evangelischen Kirche keinen Boden mehr finden, von Petersburg aus gegenüber den fernem, nicht zum Nitraten zugezogenen evangelischen Gemeinden in Anwendung gebracht. Solange den

Geistlichen selbst die Theologie der Konfordinformel noch nicht in Fleisch und Blut ihres Gemütes übergegangen, war der Inhalt des Art. 134 und 135 für das Gemeindeleben ein toter Buchstabe, der wenig versing und zu einer Einsprache den Kolonisten keinen Anlaß bot. Als baldige Einsprache erhob sich nur wider die gleichzeitig mit dem Kirchengesetz zur Ausführung gelangte neue Liturgie und Agende und zwar eine so wirksame, daß es damals nicht gelang, ihnen Eingang in den Gottesdienst der Kolonisten zu verschaffen. Anders gestalteten sich die Verhältnisse, seitdem eine scharfe konfessionelle Ausprägung der Theologen in Dorpat klar, lebendig, zielbewußt erstrebt wurde und die junge Geistlichkeit, warm für diese Ausprägung gewonnen, ins Amt trat. Die in den Ostseeprovinzen verblieben, hatten kaum eine Ahnung der Seelenkämpfe, die so mancher ihrer jugendlichen Amtsbrüder im Süden durchzumachen hatte; ebenso fällt es dem Fernerstehenden schwer, die Seelenkämpfe von nicht wenigen Gemeinden unparteiisch zu verstehen und zu werten, wenn taktloser Eifer, lieblose Härte ohne Schonung wider den Glauben der Schwestergemeinde anging, deren Vertreter in der ihm zugewiesenen Gemeinde in seelsorgerlicher Liebe zu tragen und zu pflegen der junge Geistliche bei seinem Amtsantritt versprochen.

Sobiel noch einmal über den Anstoß zu diesem Erlaß. Sein auffälliger Inhalt fordert ein paar weitere erläuternde Worte.

Die Mißhelligkeiten hatten sich in einer so bedenklichen Weise zugespitzt, daß es nicht mehr genügen konnte gegen einzelne Ausschreitungen vorzugehen, die heute hier gestraft, morgen in der Nähe wieder und nun verstärkt, erbittert zutage traten. Die Art mußte an die Wurzel gelegt werden. Zu Recht bestand nach wie vor — und die Regierung hat in dankenswerter Weise diesen Standpunkt während all' der schweren Zeit treu und unentwegt innegehalten und jede Vergewaltigung mit starker Hand von den Schutzfehlenden abgewehrt — zu Recht bestand der laut verkündete Grundsatz, der den Ansiedlern bei ihrer Einwanderung mit festem Kaiserwort zugesichert war, daß den Reformirten wie den Lutheranern freie Religionsübung gewährt wurde. Wurde sie dem einen Teil durch den anderen beeinträchtigt, gekürzt, so schien unter den obwaltenden Verhältnissen nur in einer Lösung der

beiden bis dahin zu einem Gemeindeverband geeinten Teile das zugesicherte Recht ausführbar. Verschiedene daraufhin bezügliche Vorschläge lagen vor. Der vom 8—12. September 1857 in Odessa tagenden 19. Kreissynode des ersten Propstbezirkles im südlichen Rußland waren zur Begutachtung von zwei Seiten Anträge gestellt. Der eine vom St. Petersburger lutherischen Konsistorium hofft Beilegung des leidigen Streites, wenn die Urheber und Führer des Streites der wenigen Reformirten in Glücksthal und Rassel gleich den unruhigen Lutherischen in Rohrbach im Jahre 1838 durch die Obrigkeit zur Ruhe verwiesen werden. Der andere Antrag des Generalkonsistoriums mit nach unserer Überzeugung genauerem und eingehenderem Verständnis der tiefer liegenden Ursachen des Streites und seiner Beilegung — man denkt unwillkürlich an den weisen Ratgeber Bischof Ulmann, damals Vizepräsident des Generalkonsistoriums, mit dessen Ansichten der Vorsigende, der fromme, mildgesinnte Baron Meyendorff übereinzustimmen pflegte — verwirft die Ansicht des Konsistoriums und stellt dafür drei weitere Vorschläge auf, zu dem erstrebten Ziele der Ruhe und des Friedens zu gelangen:

a) die Reformirten im Kirchspiel Glücksthal mögen aus ihren jetzigen zerstreut liegenden Wohnsitzen unter den Lutherischen ausziehen und in einer jener Kolonien als ein abgesondertes, rein reformirtes Kirchspiel angesiedelt werden, oder

b) es werde bei Belassung derselben an Ort und Stelle ein reformirtes Kirchspiel in einer der Kolonien gegründet, an welches sich die Reformirten aller anderen Kolonien anzuschließen hätten; oder endlich

c) sollten die Reformirten jenes Kirchspiels sich als eine Filialgemeinde an die reformirte Kirche in Odessa oder sonstwo anschließen, welchen Vorschlag der Minister der Reichsdomänen, dem die Kolonialverwaltung unterstellt war, befürwortete.

Eingehend berieten die Synodalen über diese Vorlagen. Es würde zu weit führen, in die Einzelheiten der Beratungen einzugehen, so lothend es auch wäre, aus der ganzen Haltung und Beweisführung die Überzeugung zu begründen, daß bei den da zur Geltung gelangten Ansichten an ein friedliches, evangelisches Mit-einandergehen in dem duldsamen Geiste der Gleichberechtigung der

beiden Bekenntnisse nicht mehr zu denken war und in der That nur der Ausweg blieb: scheidlich, friedlich. Die an der Synode teilnehmenden sieben Pastore (Propst Fletniger von Odeſſa als Vorsitzender, Hübner von Freudenthal, Behning von Sarata, Widwig von Raffel, Doll von Glücksthal, Knauer von Arcis, Loerne von Klöstig) einigten sich, unter den vier Vorschlägen dem ersten des Generalkonsistoriums den Vorzug zu geben. Die auch von der Obrigkeit in der Ausführung desselben erkannten Schwierigkeiten erwiesen sich zwar auch ihnen an Ort und Stelle als große, jedoch nicht als unüberwindliche. Wenn nur guter Wille vorhanden — so meinten die Pastore —, so könnten diese Schwierigkeiten ohne allen erheblichen Nachteil beseitigt werden. Die Synodalen gaben dem bevorzugten Vorschlag die weitere, schärfer umrissene Ausgestaltung, daß sie Rohrbach als rein reformirte Kolonie befürworteten, nach welcher die Reformirten des Kirchspiels Raffel überzusiedeln hätten, während die nach ihrer Berechnung in gleicher Anzahl vorhandenen lutherischen Familien Rohrbachs nach Raffel auszuwandern und die dort frei gewordenen Plätze einzunehmen hätten. In weiter Ausführung haben die Synodalen die Vorzüge in religiös-kirchlicher, in ökonomischer und in administrativer Beziehung hervorgehoben.

Das Petersburger Konsistorium ließ sich von den dargelegten Gründen überzeugen und befürwortete diesen Vorschlag bei dem Generalkonsistorium, das ihn, da er von ihm selbst gestellt worden war, gleichfalls befürwortend dem Minister übermittelte. Auch Staatssekretär Ranskoj fand keinen Anlaß zur Beanstandung; sein vorliegender Erlaß bietet die Bestätigung.

Und doch war die Wirklichkeit, das tatsächliche Leben auch in diesem Falle mächtiger als menschliches Raten. Jetzt nachträglich dünkt es schwer sich vorzustellen, wie die dortigen Geistlichen auf solchen Ausweg und genauer ausgeführten Vorschlag kommen konnten. Ist es an sich schon einem deutschen Kolonisten nicht leicht, den Heimatz, den er sich in der öden Steppe unter vielem Schweiß der Arbeit ertragsfähig gemacht und auf dem er ein halbes Jahrhundert gewirtschaftet, dranzugeben, so wird die Schwierigkeit zu einem schier unübersteigbaren Hindernis, wenn der Wechsel nicht nur eine örtliche Veränderung, sondern eine Verschiedenheit der

Arbeit nach sich zieht. Die Kolonie Neudorf treibt vorzugsweise Getreidebau, die Gegend um Rohrbach dagegen bietet ergiebiges Weideland. Ackerbauer und Hirte tauschen im schwerfälligen Bauernstand nicht leicht willig ihr Geräte. Was den Erfolg in der dortigen Gegend betrifft, so würden, die Willigkeit zum Umzug vorausgesetzt, die auswandernden reformirten Neudorfer einen guten Tausch gemacht haben. Im großen und ganzen ist die Rohrbacher Kolonie auf günstigerem Boden; den zur Auswanderung genöthigten Lutheranern von Rohrbach hätte leicht ihr Auszug als eine Strafe in Form von Vermögensschädigung erscheinen können.

So bewirkte der Erlaß wohl, daß die zugesicherte freie Religionsübung gewahrt und die Kolonie Rohrbach als eine reformirte, die Kolonie Kassel als eine lutherische staatlich anerkannt wurde; ein Umzug fand aber nicht statt. Die Macht des wirklichen Thatbestandes drängte zu der Lösung, auf welche der zweite Vorschlag des Generalkonsistoriums hingezielt hatte. Das ernste Bestreben, der bei der Einwanderung gewährleisteten freien Religionsübung offene Bahn treu zu bewahren, leistete Vorschub, jenen Plan auszuführen. In wenigen Jahren wurden, wie aus der folgenden Urkunde ersichtlich, in den beiden Kirchspielen hier eine reformirte, dort eine lutherische Gemeinde in einer der zugehörigen Filialkolonien gegründet und obrigkeitlich bestätigt. Legt dies auch den Ansiedlern doppelte Lasten auf, zieht es auch weitere Mißstände nach sich, so ist diese Art der Lösung dennoch unter den obwaltenden Umständen die zuträglichste.

XXXIII.

An die Reformirte Sitzung des ev.-lutherischen Konsistoriums in St. Petersburg.

Erlaß.

Gemäß der Vorstellung der ev.-reformirten Sitzung des St. Petersburgischen ev.-lutherischen Konsistoriums vom vergangenen 1. August Nr. 2013 und in Folge nun erhaltener Antwort des Ministers der Reichsdomänen verfüge ich die

Gründung der bis jetzt zum Glüdsthaler Kirchspiel gehörenden Kolonien Neudorf, Glüdsthal und Kassel zu einer besonderen Neudorfer ev.-reformirten Gemeinde auf der Grundlage, wie sie in der vorliegenden Vorstellung vorgeschlagen ist. Ich theile Solches der genannten Sitzung zur nöthigen Anordnung des kirchlichen Theiles mit, indem ich zugleich hinzufüge, daß ich über diese Entscheidung gleichzeitig dem Minister der Reichsdomänen Nachricht gegeben habe.

Verweser des Ministeriums des Innern:

Staatssecretär Walujeff.

Director: Graf Sievers.

24. Oktober 1861.

Nr. 2251.

Dieser Erlaß belehrt uns, daß die Reformirten der drei zum lutherischen Glüdsthaler Kirchspiel gehörenden Kolonien Neudorf, Glüdsthal und Kassel, welche durch den unter Nr. XXXII mitgetheilten Befehl entweder zur Übersiedelung in das reformirte Kirchspiel Rohrbach oder aber zur Eingliederung in das lutherische Kirchspiel Glüdsthal genötigt worden waren, sich zu einem reformirten Kirchspiel zusammenzuschließen berechtigt seien. — Der Vorschlag, auf Grundlage dessen der Erlaß gegeben, ist die Volationsurkunde, welche die reformirten Familienväter des Kirchspiels ausgestellt und die Leistungen angiebt, zu welcher sich dieselben bei Berufung eines Pastors verpflichteten. Eine solche Urkunde war im Januar 1861 vonseiten des Ministers als Vorbedingung der Bestätigung ihres dringlichen Gesuches, eine selbständige Gemeinde bilden zu dürfen, eingefordert worden. In Erfüllung dieser Forderung stellten am 13. Februar 1861 141 reformirte Familienväter die Urkunde aus, in welcher sie sich mit Namensunterschrift verpflichteten, einem zu berufenden Pastor zu zahlen: 1) einen Gehalt von 400 Rubel; 2) statt eines Ackerlandes 100 Rubel oder aber 50 Desjätinen von dem von der Krone erhaltenen Kolonistenland, wenn es erlaubt sein wird, eine solche Parzelle an irgendeinem Ende der Steppe gegen Umtausch mit dem Lande der lutherischen Brüder in Neudorf abzuschneiden; 3) an Gebühren von einer Taufe: 30 Kopelen, von einem Konfirmanden: 75 Ko-

pelen, von einer Trauung: 100 Kopelen, von der Beerdigung eines Erwachsenen: 75 Kopelen, eines Kindes: 50 Kopelen; 4) freie Wohnung und freies Brennmaterial.

Über den Anlaß zu diesem Gesuche der Reformirten des Kirchspiels vgl. „Geschichte“, S. 212 ff. Zur Ergänzung des S. 220 Erwähnten sei hier beigelegt, daß der Minister des Inneren dem Generalkonsistorium aufgetragen, das unter Nr. XXXII mitgeteilte Gesetz ins Werk zu setzen. In Erfüllung dieses Auftrages gab das Generalkonsistorium am 5. Dezember 1858 dem Petersburger Konsistorium auf, die Reformirten in Glüdsthal wie die Lutheraner in Rohrbach zu benachrichtigen, daß dieselben in Glüdsthal nur lutherischen Gottesdienst und Unterricht in der Schule und in Rohrbach nur reformirten Gottesdienst und Unterricht zu erwarten haben, wobei jedoch nicht verwehrt werde, sich zum nächsten Geistlichen seiner Konfession ad sacra zu halten und der Pastor zu Glüdsthal nach wie vor den Reformirten, die solches wünschen, bei Darreichung des Abendmahls das Brot brechen und den Kelch in die Hand geben könne. Dem lutherischen Pastor in Glüdsthal, ernstlich bestrebt, ein friedliches Zusammenleben der beiden Glaubensverwandten anzubahnen, gelang es auf Grundlage des letzt erwähnten Zugeständnisses des Konsistorialbefehls eine Vereinbarung zu treffen, mit welcher sich zufrieden zu geben beide Teile bereit waren. Allein der Propst in Odessa verwarf diese Vereinbarung und wandte sich infolge davon der Glüdsthaler lutherische Pastor in einem Schreiben an den Generalsuperintendenten mit der Bitte, ihn seines Amtes zu entbinden, „denn ich kann es nicht mit ansehen, wie ein Streit immer absichtlich genährt wird, während man ihn jetzt leicht mit einem Schläge so weit beilegen könnte, daß er die amtliche Wirksamkeit des Predigers nicht mehr hindert und hoffentlich ganz abstirbt.“ Das Petersburger Konsistorium stellte sich aufseite des Pastors und richtete unter dem 26. Februar 1859 an den Propst ein Schreiben, „daß es leider wiederholt Gelegenheit gehabt habe, sich davon zu überzeugen, daß ihm der Geist der Toleranz fremd ist und sich deshalb veranlaßt sieht, vorzuschreiben, nicht nur die betr. Prediger aufs eifrigste zur Schonung der Schwachen und überhaupt zur Nachgiebigkeit und christlichen Toleranz zu vermögen, sondern auch sich selbst zu be-

mühen, in diesem Geiste zu wirken und zu lehren, widrigenfalls sich das Konsistorium wird gedrungen sehen müssen, Ihrer Amtsthätigkeit einen anderen Wirkungskreis anzuweisen.“

Da die Reformirten des Kirchspiels die von ihnen zugestandene Vereinbarung durch den Propst vernichtet sahen, erkannten sie, daß ihnen nur noch der Weg offen stände, von der Regierung ihre Selbständigkeit zu erwirken. Der Erlaß zeigt, daß ihre ununterbrochenen Bemühungen nicht erfolglos gewesen. Der Erfolg war um so eher vorauszusehen, da schon ein paar Jahre zuvor es den Lutheranern in dem Kirchspiel Rohrbach-Worms gelungen war, die Erlaubnis zur Bildung einer lutherischen Gemeinde in Worms-Johannisthal, an welche sich die in Rohrbach sesshaften lutherischen Familien anschlossen, zu erlangen. Der ministerielle Erlaß vom Jahre 1858, der so kurzer Hand eine Übersiedelung in Aussicht nahm, hatte sich nur allzu rasch als unausführbar erwiesen.

Über die Kolonie Chabag liegt keine besondere Stiftungsurkunde vor. Die „Geschichte“ (S. 204 ff.) erzählt, wie diese Ansiedler aus der französischen Schweiz ins Land gekommen und von dem ihnen durch Kaiser Alexander I. angewiesenen Grund und Boden Besitz ergriffen. Nachdem sie sich durch die erste und schwerste Notzeit mühsam bis fast zur Aufreibung hindurch gearbeitet, wandten sie sich bereits 1827 an den reformirten Prediger und Landsmann in Petersburg, Pastor Muralt, mit dem Ausdruck ihrer Sehnsucht nach Kirche und Schule und dem Verlangen der Unterstützung und Hilfe, beides gründen zu können. Einer besonderen ministeriellen Erlaubnis zur Gründung bedurfte es nicht; dieselbe war mit dem Rechte zur Ansiedelung gegeben. Es bedurfte nur der materiellen Erstarkung, um für den Unterhalt von Kirche und Schule aufkommen zu können. Die „Geschichte“ teilt mit, inwieweit solches diesen Kolonisten im Laufe der Jahrzehnte gelungen ist.

7) Verordnungen auf die reformirten Gemeinden an der Volga bezüglich.

XXXIV.

Nr. 11880 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 22. Juli 1763.

Manifest von der Erlaubnis für alle Ausländer, die in Rußland einwandern, in den Gouvernements, in welchen sie wünschen, sich niederzulassen und von den ihnen verliehenen Rechten.

Über dem Verwalten der Gebiete unsres Reiches erkennen wir unter Anderem die geeignetsten Orte zur Ansiedelung und Bevölkerung in Gegenden, welche bis jetzt noch unangebaut daliegen und unter denen viele in ihrem Boden einen unerschöpflichen Reichthum verschiedener Metalle in sich bergen, auch Wälder, Ströme, Seen und Meer besitzen, die dem Handel förderlich sind und zur Vermehrung der Manufacturen, Handwerke und Fabriken und andrer Anlagen beitragen können. Dieses hat uns veranlaßt, an alle unsere gehorsamen Unterthanen das Manifest vom vergangenen Dezember 1762 zu erlassen. Da wir aber in demselben in Bezug auf die Ausländer, welche sich in unsrem Reiche niederlassen wollen, unsere Erlaubnis nur kurz angedeutet haben, so verordnen wir als Ergänzung alle hier folgenden Bestimmungen zu verkünden, was wir feierlichst hiermit festsetzen und auszuführen befehlen.

1) Wir erlauben allen Ausländern in unser Reich einzuwandern, wo immer Jemand es wünscht und zwar in alle unsere Gouvernements.

2) Diese Ausländer können bei ihrer Einwanderung sich nicht nur in unserer Hauptstadt und in der daselbst hierfür errichteten Tutelkanzlei anmelden, sondern auch in den übrigen Grenzstädten unseres Reiches, wo es Jedermann bequem ist, bei den Gouverneuren der Provinzen oder in Ermangelung derselben bei den städtischen Obervorstehern.

3) In der Zahl der Ausländer, welche nach Rußland zur Ansiedelung kommen, befinden sich auch Solche, welche zu ihrer Reise kein hinlängliches Vermögen besitzen. Diese

können sich bei unsren Gesandten und Residenten, die sich bei den fremden Höfen befinden, melden, von welchen sie nicht nur auf unsere Kosten sofort nach Rußland abgefertigt, sondern auch mit Reisegeldern versehen werden.

4) Sobald die Ausländer in unsre Hauptstadt kommen und in der Tutellkanzlei erscheinen oder in einer unsrer anderen Grenzstädte, so haben sie ihre Absicht kund zu thun, worin ihre Wünsche bestehen, ob sie sich in den Kaufmannsstand oder in die Gilden einschreiben lassen oder einfache Bürger (Meschtschanin) sein wollen und zwar in welcher Stadt, oder aber ob sie sich in Kolonien niederlassen wollen und zwar ob in Marktflecken oder auf freien, fruchtbarem Boden zum Ackerbau oder zu andren nutzbringenden Handtirungen. Nach diesem ihrem Wunsche werden alle sofort eine Anweisung für sich erhalten. Wo aber und an welchen Orten namentlich unsres Reiches sich freie und zur Ansiedelung taugliche Ländereien befinden, ist aus dem nachfolgenden Verzeichniß ersichtlich. Noch unvergleichlich mehr als die veröffentlichte Anzahl ist an ausgedehnten nutzbringenden Ländereien vorhanden, auf denen gleichfalls sich anzusiedeln wir erlauben, wer und wo immer er sich den Boden zu seinem Vortheil auswählt.

5) Sobald Jemand von den Ausländern in unser Reich zur Niederlassung kommt und sich in der zu diesem Behufe errichteten Tutellkanzlei oder in unsren andren Grenzstädten meldet, so hat Jeder zunächst nach Eröffnung seines Wunsches, wie oben im 4. Punkt vorgeschrieben, den nach seinem Glauben und Ritus hergebrachten Eid der Unterthanschaft zu leisten. Damit aber alle diejenigen Ausländer, die sich in unsrem Reiche niederzulassen wünschen, ersehen, wie groß unsere Huld zu ihrem Vortheil und Nutzen sei, so gestatten wir:

a) allen in unser Reich zur Ansiedelung Gefommenen freie Religionsübung nach ihren Satzungen und Gebräuchen ungehindert zu halten; denjenigen aber, welche nicht in Städten, sondern in besonderen Kolonien und Flecken, auf unbebauten Ländereien sich niederzulassen beabsichtigen, Kir-

chen mit Glockenthürmen zu errichten und dazu die nöthige Zahl von Pastoren und sonstigen Kirchendienern zu haben, mit Ausnahme nur des Baues von Klöstern. Wir bringen dabei in Erinnerung, daß unter Androhung der ganzen Strenge unsrer Geseze Niemand von den in Rußland unter christlichen Gesezen Lebenden irgend Jemanden in die Gemeinschaft seines Glaubens und seiner Konfession unter keinerlei Vorwand zu ziehen und zu bringen suchen soll, mit Ausnahme jedoch der sich im mohamedanischen Ritus befindlichen Personen jeglichen Standes von den an den Grenzen unseres Reiches befindlichen Völkerschaften, welche wir nicht nur auf schickliche Weise zum Christenthum zu bringen gestatten, sondern auch einem Jeden erlauben, sie sich zu Leibeigenen zu machen;

b) es sollen solche vom Auslande nach Rußland zur Ansiedelung Erschienenen keinerlei Abgaben in unsre Reichskasse zahlen und keine allgemeinen noch außerordentlichen Dienste leisten, keine Einquartierung erhalten, auch von allen Auflagen und Steuern frei sein und zwar in folgender Abstufung: welche sich in vielen Familien und ganzen Kolonien auf freien Stellen angesiedelt haben, dreißig Jahre lang; welche aber in Städten wohnen und sich in den Gilden und Kaufmannschaften in unsrer Hauptstadt Petersburg oder in den benachbarten Orten oder in den liv.- und estländischen, den farelischen und finnländischen Städten, sowie in der Hauptstadt Moskau einschreiben lassen wollen, fünf Jahre lang; in den übrigen Gouvernements-, Provinzial- und andren Städten zehn Jahre lang; außerdem jedem nach Rußland nicht zu zeitweiligem Aufenthalt, sondern zur Niederlassung Kommenden freie Wohnung während eines halben Jahres.

c) Allen Ausländern, die nach Rußland zur Niederlassung kommen, wird jede Hülfe und Unterstützung bereitet, wenn sie zum Ackerbau oder zu irgend einem Handwerk, zur Anlegung von Manufakturen, Fabriken und andren Anlagen bereit sind und zwar in Gestalt nicht nur der ausreichenden Zahl von tauglichen und brauchbaren Ländereien, sondern auch jeglicher Unterstützung je nach dem Vermögen eines

Jeden, wobei besonders die Nothwendigkeit und der Nutzen der neuanzulegenden Fabriken und Anlagen berücksichtigt werden soll, in erster Linie derjenigen, welche bis jetzt in Rußland noch nicht eingerichtet sind.

(Im weiteren Verlaufe des Manifestes wird noch angegeben und hervorgehoben, daß die Übersiedelnden unter dem Zivilgerichte stehen, das Recht freier Einführung ihres Gepäcks haben, frei sind vom Zivil- und Kriegsdienst, mit Geld unterstützt werden, wenn sie nach dem Innern übersiedeln, Märkte nach Belieben errichten dürfen, ferner daß diese Rechte auf Kinder und Kindesfinder übergehen, auch wenn dieselben nicht in Rußland geboren sind. Nach Ablauf der Zeit für die Abgabefreiheit zahlen die Ansiedler die gewöhnlichen Abgaben und leisten die Landschafstdienste [semski, im Gegensatz zum Kronsdienst]. Wer wieder in die alte Heimat zurück will, der hat die Freiheit dazu; nur muß er aus dem erworbenen Vermögen einen bestimmten Teil an die Reichskasse abgeben. u. s. w. u. s. w.)

An dieser Stelle sei auch noch bemerkt, daß das frühere Manifest, auf welches dieses im Anfange hinweist, am 4. Dezember 1762 erlassen wurde (unter Nr. 11720 in der „vollständigen Gesetzessammlung“ veröffentlicht), sich auf Ausländer jedoch mit ausdrücklicher Ausnahme der Juden bezieht und in wenigen allgemeinen Worten allen Kommenden die kaiserliche Huld und Gunst zusichert, auch volle Straffreiheit allen denen, welche aus Rußland geflohen und bei ihrer Rückkehr versprechen, ein geruhiges Leben fortan zu führen).

Wenn auch nicht vollständig, sondern gegen den Schluß hin in abgekürzter Form, so geben wir dennoch dieses Manifest in einer größeren Ausführlichkeit, als es unsere besondere Aufgabe verlangt; für diese würde die Mittheilung von Artikel 5a genügt haben. Die Bedeutung des Erlasses mag die weitere Aufnahme hier rechtfertigen; von den anderen Punkten fällt Licht auf diesen Artikel und seinen hohen Wert.

Auch durch dieses Manifest bekundet die Kaiserin Katharina II.,

wie nahe sie Peter dem Großen auf dem Fuße folgt und von der gleichen hohen Warte den Vorteil ihres Reiches scharfsinnig und klug im Auge hat. Sie weiß wie er den Wert der Ausländer, zumal der Deutschen, für ihr Land zu schätzen und läßt sich nicht durch engherzige Anschauungen dreinreden, den erkannten Wert abzuweisen. Sie öffnet so weit wie Peter der Große die gastfreien Pforten Rußlands in überraschend entgegenkommender Weise. So stellt sie für alle Folgezeit den zweiten Kaiserzeugen auf, daß diese deutschen Ansiedler nicht als ungebetene Gäste ins Land gekommen und da sich widerrechtlich eingedrängt haben, vielmehr als Männer, die dem warmen, lodenden Laderuf der russischen Kaiser Glauben geschenkt und Folge geleistet. Fesselnd wäre ein eingehender Vergleich der beiden Manifeste, die zeitlich mehr wie sechs Jahrzehnte auseinanderliegen und doch in ihrem Inhalt so nahe sich berühren. Es würde uns zu weit führen, wollten wir der Forderung folgen und namentlich den Vergleich durch Betonung der Unterschiede hervorheben. Unterschiede sind ersichtlich; ihr Ausbleiben wäre uns verwunderlicher, als ihr Vorhandensein. Eine fortschreitende Zeit wandelt mit innerer Notwendigkeit an den Satzungen und Verordnungen vergangener Tage um, was an ihnen zeitlich ist. Thöricht und unförmlich ist es, wider solchen unaufhaltbaren Lauf der Dinge sich eigenwillig stemmen wollen; die Thatfachen schreiten achtlos über solches vergebliche Bemühen hinweg. Aber allezeit gilt es zu beherzigen, daß es ein schweres Verhängnis und ein unheilvoller Bruch mit der Vergangenheit ist, wenn sich der Wandlungsprozeß auch an die in den Gesetzen und Ordnungen walten- den ewigen, göttlichen Rechte macht, wenn die Änderung nicht ein Fortschritt, sondern ein Rückfall in ärgere, rechtlosere Zustände ist. So darf ein hoffnungweckender Anfang zur Gewissensfreiheit, die unbedingt von Gott ist und der Weisung des Evangeliums entspricht, nicht aufgehalten und umgebogen werden in verstärkten Gewissenszwang, der ebenso unbedingt von Gott abführt, wie er dem Evangelium widerspricht. — In hohem Grade beachtenswert in diesem Erlaß ist, daß wie derselbe bezeugt, noch unter der Kaiserin Katharina II. nach Punkt 8a ausnahmslos niemandem im Reiche gestattet wird, was der gegenwärtige Artikel 4 des I. Teiles des XI. Bandes des Reichsgesetzbuches (vgl.

Nr. X unserer Sammlung) der herrschenden Kirche einräumt und zubilligt.

Der Ruf der Kaiserin verhallte nicht unerhört; die gebotene Lodung war verführerisch. In weiten Gebieten Deutschlands unmittelbar nach dem siebenjährigen Kriege lagen die staatlichen und gemeindlichen Verhältnisse zumal des noch sehr gedrückten, unselbstständigen Bauernstandes derart, daß sie die bei den Germanen allzeit vorhandene Wanderlust in hohem Grade verstärkten. Amerika übte in jenen Tagen auf den Deutschen noch nicht die Anziehungskraft aus wie heute. Dazu kam, daß das im Osten fast märchenhaft aus dem Dunkel auftauchende Reich auf dem sicheren Landwege zu erreichen war, für Ackerbauer und Landleute, die das Wasser und eine Meerfahrt nicht mögen, ein ausschlaggebender Vorteil. Dazu noch die opferwillige, hilfreiche Hand, die sich auch dem mittellosen Auswanderungslustigen im Herzen Deutschlands verlangend entgegenstreckte und ihm mit der Macht eines Kaiserwortes verhieß, ihn frei und ungefährdet bis an Ort und Stelle zu geleiten und ihm den Rückweg offen zu halten. Der Hauptstrom der gerufenen Fremdlinge wandte sich zur Nema und in den nahegelegenen Schutz der eigens für sie in Petersburg errichteten Zuteilanzlei. Ein Teil von ihnen ließ sich auch hier dauernd halten. Diese Kolonisten sind nun schon fünf Vierteljahrhunderte fest in der Umgebung der Hauptstadt angesiedelt; wie ein blühender Kranz urbar und fruchtbar gemachten Landes liegen diese deutschen Kolonien im Süden und Westen in größerer oder geringerer Entfernung von der Residenz. Zum Kirchdorf ward die Ansiedlung Neu-Saratowka erhoben; den Kolonisten blieb unabwehrlich, sich an Gemeinden der Stadt zu halten. Entschiedenem Gebrauch davon machten anfänglich die reformirten Ansiedler; die alten Kirchenbücher der deutsch-reformirten Gemeinde Petersburg liefern den Beweis. In dem Grade aber als die einzelnen Kolonien erstarrten und eigne Schulen in ihrem Dorfe anlegten, als auch in der Nähe, in Strelna, Peterhof, Dranienbaum, Zarskoje Selo, Gatschina, sich lutherische Kirchspiele bildeten, schlossen sich die Reformirten diesen an; das Sonderbekenntnis war aus dem Gedächtnis der Nachkommen allmählich geschwunden. Das letzte Mütterchen, das die Erinnerung durch

ein langes Leben wach erhalten und in seiner alten deutschen Bauerntracht zum Abendmahl nach der Stadt in die reformirte Kirche kam, ist nun auch seit einem Vierteljahrhundert entschlafen und damit die letzte Spur ausgelöscht.

Der größte Teil der dem Laderuf der Kaiserin Folgeleistenden wanderte von der Hauptstadt landeinwärts nach der fernegelegenen Wolga. Dort breiteten sich unabsehbar weite, fruchtbare, aber menschenleere Ländereien aus, dicht an der damaligen Grenze des Reiches, in gefährvoller Nähe von den wilden, ränberischen Nachbarstämmen, die fort und fort einbrachen und zu zerstören versuchten, was mühsam die Kultur unter ihre Pflugschar genommen. Die deutschen Kolonen fürchteten nicht den Kampf und freuten sich des staunenswerten Ertrages einer Schwarzerde, wie sie sie in der alten Heimat nicht gesehen. Und dieser Boden und der Segen ihrer Arbeit bildeten hier ihr wohlverdientes, ungeschmälertes Eigentum (vgl. „Geschichte“, S. 230 ff. und „Verfassungsgeschichte“, S. 184). Man berechnet die Anzahl der damals dort an der Wolga mit einem Kostenaufwand von fünf Millionen Rubel angesiedelten Kolonisten auf 25 000 Seelen, die außer den Katholiken in dreizehn theils lutherische, theils reformirte Kolonien längs der Berg- (rechtes Ufer) und Wiesen- (linkes Ufer) der Wolga in den Gouvernements Saratow und Samara angesiedelt wurden. Der Bruchteil der Reformirten (zumeist aus Posen, Hessen und der Pfalz) war ein sehr beträchtlicher, das Zahlenverhältnis zu den Lutheranern stellte sich noch nach hundert Jahren wie 1 : 4.

Heutzutage sind von jenen ursprünglichen dreizehn evangelischen Kolonien nur noch drei mit ihren Filialen (Morka, Ustsolicha und Goloikaramysch mit zusammen etwa 27 — 28 000 Seelen) reformirte, weitere 12 — 14 000 Reformirte sind in lutherischen Kirchspielen eingepfarrt. Um dieser drei Kolonien willen haben wir das Manifest der Kaiserin an dieser Stelle zum Abdruck gebracht; sonst würden dieselben in unserem Urkundenbuch nicht vertreten gewesen sein. Diese Kolonien, welche von der Regierung je und je von ihrer Anlage an als reformirte anerkannt und in zarter Schonung als solche geschützt wurden (vgl. das schöne, duldsame Verfahren, wie es die „Geschichte“, S. 235 erwähnt) sind

nahe daran, in diesem ihrem Bekenntnisstande totgeschwiegen zu werden. Und zwar in raschem Verlaufe. In den 1862 erschienenen „Materialien zur Geschichte der lutherischen Gemeinden in Rußland“ (vgl. S. 278) von Busch sind diese drei Kolonien in der Reihenfolge der lutherischen Gemeinden, aber wenigstens noch mit dem wenn auch nicht näher erklärten Zusatz, daß es reformirte Kolonien seien, aufgeführt; fünf Jahre später, also nachdem seit zwei Jahren die „Geschichte der reformirten Kirche“ vorlag, in den sehr wertvollen Ergänzungen und Materialien (Leipzig 1867, I, 329) läßt Busch diesen Zusatz weg und die drei Kolonien gelten als lutherische. Als solche führt sie auch anstandslos der seit 1877 von Generalsuperintendent Saaland herausgegebene Personalstatus der ev.-lutherischen und ev.-reformirten Kirche in Rußland an. Zu diesem auf den ersten Blick auffälligen Vorgang hat unstreitig geführt, daß seit Gründung des Moslauer Konsistoriums 1832 diese drei Kolonien nicht der dortigen reformirten Sitzung, sondern dem lutherischen Konsistorium zugewiesen wurden.

Aus welchem Anlaß, darüber giebt kein Schriftstück Aufklärung. Auch jetzt wieder zum drittenmale schlugen alle Bemühungen, den Grund zu erfahren, fehl. Weder in dem Archiv des Generalkonsistoriums, noch auch in dem des Moslauer Konsistoriums findet sich so wenig wie in dem Ministerium des Innern eine Urkunde, die Licht geben könnte. Wir sind auf die Thatsache allein und ihre unbeanstandete Verjährung angewiesen für den eigentümlichen Fall, daß es, wie gesagt worden ist, den Anschein hat, als ob in Rußland „lutherische Gemeinden von der Observanz des Heidelberger Katechismus“ vorhanden wären (vgl. XXXV. Dialoniebericht der deutsch-reformirten Gemeinde in St. Petersburg, S. 25). Denn dieser Katechismus besteht in den Gemeinden zu Recht und die dortigen Pastore, mögen sie auch aus der Dorpater Schule hervorgegangen sein, sind verpflichtet, nach demselben zu lehren, die Schuljugend und die Konfirmanden in demselben zu unterweisen.

In dem XXXV. Dialoniebericht der deutsch-reformirten Gemeinde zu St. Petersburg (1887, S. 25) wird ein Versuch gemacht, der auffälligen Sachlage auf den Grund zu kommen. Mag die in dem angegebenen Dialoniebericht aufgestellte Mutmaßung,

zum Teil aus der Verfassungsgeschichte geschöpft, auch hier eine Stelle finden. In Saratow wurde 1819 ein evangelisches Konsistorium infolge und im Zusammenhang mit dem kaiserlichen Erlass eingerichtet, nach welchem für die Lutheraner und Reformirten des Reiches ein gemeinsames Kirchenregiment hergestellt werden sollte, im zeitlichen und ursächlichen Zusammenhang mit den Vorgängen, welche in Preußen die Union ins Dasein gerufen (vgl. in dieser Sammlung die Urkunde Nr. V und Nr. XXXV und ferner „Verfassungsgeschichte“, S. 280). Als dann durch das 1832 erlassene Kirchengesetz für die lutherische Kirche Rußlands endgültig der Plan aufgegeben war, unter dessen Einfluß das Saratower Konsistorium ins Leben getreten, ging nach so kurzem Dasein dieses Konsistorium an der Wolga ein und sein bisheriger Bestand an das neugegründete Konsistorium in Moskau über. In Hauch und Bogen. Man hatte bei der Übernahme kein Acht, daß unter dem übernommenen Erbe auch ein paar zu Recht bestehende reformirte Kolonien sich befanden, die nach der festgesetzten Ordnung der reformirten Sitzung des lutherischen Konsistoriums in Moskau hätten unterstellt werden müssen. Es hatte dabei sein Bewenden bis zur Stunde. Das konsistoriale Regiment verfuhr bis dahin milde, ohne jede konfessionelle Schärfe; seine Zensur bestätigte je und je den Heidelberger Katechismus zum Drucke und ließ die Leute in ihrer entlegenen Kolonie ruhig gewähren. Bis vor kurzem waren auch fast alle Prediger von Haus aus der reformirten Kirche angehörig oder aber hatten eine Schulung genossen (Basler Missionshaus), welche mehr das Gemeinsame des evangelischen Glaubens als das Sonderbekenntnis betont.

8) Verordnungen auf die reformirte (evangelische) Gemeinde in Archangel bezüglich.

XXXV.

Nr. 27217 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 7. Januar 1818.

Kaiserlicher Ukas an das Justizkolleg durch den Minister der geistlichen Angelegenheiten und Volksaufklärung.

Der Vorsitzende des Justizkollegs hat mich benachrichtigt, daß am 20. Oktober 1817 die Prediger sämtlicher protestantischen Kirchen in St. Petersburg die Feier der 300jährigen Reformation durch ein gemeinsames Abendmahl in der St. Petrikirche begangen haben. Dieses Ereigniß, welches vom Geiste der Liebe und des Friedens zeugt, habe ich zur Kenntniß S. K. Majestät gebracht.

Indem der Herr und Kaiser auf diese Vereinigung der verschiedenen protestantischen Bekenntnisse mit wahren Vergnügen blickt und nicht zweifelt, daß fortan immer eine solche Vereinigung im Geiste diese Bekenner des Evangeliums befeelen wird, hat er seine allerhöchste Zustimmung der Vorstellung des Vorsitzenden Baron Korff gegeben, daß hinfüro die protestantischen Bekenntnisse evangelische Kirche genannt werden.

S. Majestät ist überzeugt, daß dieses Ereigniß zur besseren Kräftigung der gegenseitigen Übereinstimmung unter ihren Unterthanen evangelischen Bekenntnisses und zur Befestigung ihrer Herzen in den Wahrheiten, auf welchen der Grund der bürgerlichen Ordnung beruht und welche von obenher als Bürgschaft künftigen Wohles gegeben sind, gereichen werden.

Indem ich von diesem allerhöchsten Willen des Herrn und Kaisers dem Justizkolleg Mittheilung mache, ersuche ich, alle evangelischen Konsistorien im russischen Reiche durch ein Umschreiben davon in Kenntniß zu setzen.

Über den Anlaß zu diesem für die hiesigen Verhältnisse auffälligen und bedeutsamen Ukas vgl. die „Verfassungsgeschichte“

S. 256 ff. und die weiteren dort angeführten Quellen. Selbstverständlich konnte ein solcher zumal in den Ostseeprovinzen großes Aufsehen erregender Ulaß nicht ohne Gegenäußerung hingenommen werden. Man war besorgt für den Rechtsbestand der heimischen Kirche; man sah in dem Vorgang einen verhängnisvollen Eingriff von weltlicher Seite in die von Peter dem Großen an von allen russischen Kaisern bis dahin verbürgte Selbständigkeit der von den Vätern überkommenen ev.=lutherischen Kirche der baltischen Provinzen. Es fehlte nicht an Ausdrücken der Besorgnis, die der Minister nicht glauben unbeantwortet lassen zu können. Wir teilen an dieser Stelle aus unsrem angesammelten Schatz für die Verfassung der ev.=lutherischen Kirche in Rußland wichtiger Schriftstücke eine solche Antwort mit, die meines Wissens noch nicht veröffentlicht ist und eine ministerielle Auslegung des namentlichen Ulaßes bietet.

Der Minister Fürst Alexander Galizin erließ unter dem 18. März 1818 auf eine Eingabe des lurländischen Konsistoriums, auf deren Inhalt ich nur aus dem vorliegenden Schreiben selbst schließen kann, folgenden „Auftrag“:

„Das lurländische Konsistorium hat mir unterlegt, wie es dafür halte, in S. R. Majestät allerhöchsten Genehmigung, daß die verschiedenen protestantischen Konfessionen hinfüro die evangelische Kirche genannt werden sollen, sei keine äußere Vereinigung der ev.=lutherischen und der ev.=reformirten Kirche mit Aufgebung der besonderen Glaubenslehren und Kirchengebräuche ausgesprochen worden, vielmehr leuchte daraus der Wunsch des Monarchen hervor, daß die Protestanten sich unter einander wie alle Gläubigen als eine Herde Jesu Christi ansehen möchten.“

„Ich trage gedachtem Konsistorio auf, den ihm untergeordneten Geistlichen bei etwaigen Anfragen folgendes bekannt zu machen: Mein Auftrag an das Reichs-Justizkollegium der Liv- und Estländischen Angelegenheiten vom 7. Januar d. J. enthält bloß die Eröffnung der allerhöchsten Genehmigung einer unterlegten Bitte. Die für alle Befenner des christlichen Glaubens erfreuliche Eintracht und Bruderliebe, mit welcher die Protestanten die allergnädigst zugestandene Feier des dritten Reformationsjubiläums am 20. Oktober vorigen Jahres begingen, mußte dem Herzen des

Monarchen angenehm sein. S. Majestät geruhte darüber ihr besonderes Wohlgefallen zu erkennen zu geben, und auf daß den Protestanten eine immerwährende Erinnerung an das kaiserliche Wohlwollen bliebe, ihren verschiedenen Konfessionen zu gestatten, sich von nun an in Gemäßheit der von ihnen zur einzigen Glaubensregel angenommenen Heiligen Schrift vorzugsweise die evangelische Kirche zu nennen.“

„In meinem Auftrage an das Reichs-Justizkollegium ist übrigens weder von einer äußeren Vereinigung die Rede, noch wird darin untersagt, sich durch die besonderen Konfessionsnamen zu unterscheiden, zumal wenn jemand sein Gewissen durch die allgemeinere Bezeichnung „evangelisch“ beeinträchtigt fühlen sollte. Diese der christlichen Religion würdige Benennung ist noch in einer anderen Beziehung dem Geiste des Protestantismus gemäß. Der Urheber der Reformation hat mehr als einmal seine Anhänger ermahnt, sich nicht paulisch und lephisch zu heißen, am wenigsten aber nach ihm, sondern dem Herrn und Heiland allein die Ehre zu geben. In diesem Sinne haben auch die übrigen Reformatoren fortgelehrt. Obnehin ist in protestantischen Ländern und Provinzen der Name „Evangelisch“ nicht nur gebräuchlich, sondern desselben bedienen sich auch vorzugsweise die gottesfürchtigen Befenner des Evangeliums.

Die Regierung, welche vom Geiste des Christentums beseelt stets allen ihren Unterthanen gleiche Duldung hat angedeihen lassen, hat sich nie in den eigentlichen Kultus oder in Glaubenssätze und Kirchengebräuche irgendeiner Konfession gemischt.“

St. Petersburg, 18. März 1818.

Nr. 420.

Fürst Alexander Galizin.

Direktor des Departements: A. Turgeneff.

Diese nach mehr wie einer Seite hin fesselnde Auslegung des kaiserlichen Ukases — ein getreues Spiegelbild der damals herrschenden religiösen Strömung am Hofe, eine in dem Munde eines Gliedes der russischen Kirche stellenweise naive, immerhin aber beachtenswerte Belehrung über Bedeutung und Tragweite des Wortes „evangelisch“ — bricht demselben streng genommen die historische Spitze ab und verleiht ihm eine Harmlosigkeit, die in der That

auch dem Ängstlichsten keine Beunruhigung mehr einflößen kann. Die befürchtete Spitze taucht dann freilich zwei Jahre später wieder, wenn auch in veränderter Gestalt in der unter Nr. V mitgeteilten, für beide Konfessionen gemeinsam geplanten Verfassung auf, um dann endgültig ohne Sang und Klang ein Jahrzehnt später in völlige Vergessenheit zu sinken, wie sich dies aus der „Verfassungsgeschichte“ (namentlich S. 309) ergibt.

Nur eine einzige Gemeinde im Reich hat den Ufas, wie er ursprünglich gemeint war, zur klaren, folgerichtigen Durchführung in rascher Entschlossenheit gebracht, noch ehe ihr die ministerielle Abschwächung seiner Tragkraft bekannt sein konnte. Die „Geschichte“ zeigt (vgl. S. 138), wie günstig für eine solche Union die Verhältnisse in Archangel lagen, um die stark zusammengeschmolzene lutherische und reformierte Gemeinde zu einem einzigen evangelischen Kirchenwesen zu verbinden; zeigt auch, daß an diesem fernsten Vorposten der evangelischen Kirche im Norden unabhängig von dem Ufas die Jubiläumsfeier der Reformation 1817 die gleiche Wirkung ausgeübt, wie in Berlin, in Petersburg, an anderen Orten. Dieses Urkundenbuch ist wohl für die Vereinigungsakte der beiden Gemeinden in Archangel (vgl. „Geschichte“, S. 140), die bis jetzt noch nirgends zum Abdruck gelangt ist, der richtige Platz der Mitteilung. Sie lautet:

„Akte der Vereinigung beider protestantischen Gemeinden in Archangel, 30. November 1817.

1. Art.

Was die äußeren gottesdienstlichen Gebräuche und die Beseitigung der bisher bestandenen Verschiedenheit im kirchlichen Ritus betrifft, so sind die Herren Pastore Brünings und Brehme unter schriftlicher Verpflichtung des Herrn Pastor em. Lindes dahin übereingekommen:

a) daß bei jeder gottesdienstlichen Versammlung, die im Sommer um elf Uhr, im Winter um zwölf Uhr anfängt, es den Herren Pastoren überlassen bleibt, unter sich die Verabredung zu treffen, je nachdem sie es für angemessen halten, und es ihnen ihr Gesundheitszustand erlaubt, daß einer die sämtlichen Amts-

geschäfte an dem Tage verwaltet, oder daß sie dieselben unter sich so verteilen, daß der eine die Predigt hält und der andere die Diakonalien (!) am Altar verrichtet, welche in zwei Gebeten bestehen, deren eins nach dem ersten Gesange stattfindet und das zweite nebst den Segensworten die Gottesverehrung beschließt;

b) das Hildburghausensche Gesangbuch wird beibehalten;

c) haben beide Herren Pastore Konfirmanden, so konfirmirt der eine am Palmsonntag, der andere aber am Mittwoch vor Ostern, an welches letztere Geschäft sich zugleich eine Vorbereitung der gegenwärtigen Kommunikanten schließt, denen sie am Gründonnerstag das Abendmahl gemeinschaftlich reichen. Nachdem der eine der Herren Pastoren an demselben Tag die Predigt verrichtet hat, so hält der andere die Abendmahlsrede und spricht sodann die Einsetzungsworte. Nach denselben erscheint der andere Herr Prediger am Altare und beide reichen sich dann wechselsweise das Abendmahl. Hierauf teilt der eine das Brot und der andere den Kelch unter die Konfirmirten aus, an welche sich nachher die übrigen Kommunikanten anschließen. Der ursprünglichen Form des Abendmahlsstifters zufolge vertritt ungesäuertes Brot die Stelle der bisher in der lutherischen Kirche gebräuchlichen Oblate oder Hostie, und bei Darreichung desselben sowie des Kelches werden beide Herren Prediger sich nach den eigenen Worten Jesu richten. Brennende Wachskerzen bleiben dabei auf dem Altare als Sinnbild unseres erleuchteten Christentums. Nach beendigter Austeilung spricht einer der Herren Prediger ein Dankgebet und beschließt die Abendmahlsfeier mit dem Segen;

d) bei Trauungen, Kindtaufen, Beerdigungen und anderen zufälligen Amtshandlungen finden keine besonderen Abmachungen statt, weil jeder protestantische Prediger diese Geschäfte seinen besten Einsichten gemäß im Geiste Jesu zu verrichten hat. Es steht auch jedem Mitgliede der vereinigten Gemeinde frei, sich zur Verrichtung eines solchen Geschäftes an den einen oder den anderen der Herren Prediger zu wenden.

2. Art.

Bei einer vorzunehmenden genaueren Untersuchung des ökonomischen Standes des gesamten Kirchenwesens sind hauptsächlich

folgende Gegenstände zu berücksichtigen, insofern sie von den vorhandenen ökonomischen Mitteln abhängen:

a) zweckmäßige, den hiesigen Bedürfnissen angemessene Verbesserung und Erweiterung der in eine gemeinschaftliche Schulanstalt zu vereinigenden Schulen unter spezieller Aufsicht und Leitung beider Herren Pastoren. Ein Teil des dadurch vermehrten Kostenaufwandes würde dadurch gedeckt werden können, daß die Eltern oder Vorgesetzten der Kinder, die den Unterricht in der Schule genießen, ein angemessenes, mäßiges Schulgeld wie an allen anderen Orten bezahlen, wovon nur bewiesenes Unvermögen befreien kann;

b) Berufung eines englischen Predigers, der nicht allein den Gottesdienst in englischer Sprache hier zu verrichten, sondern auch in der Schule Unterricht in der englischen Sprache zu erteilen hätte, wodurch einem lang gefühlten Mangel abgeholfen würde*);

c) Zulage zu einigen bestehenden Gehältern und zu der für Witwen und Waisen ausgelegten Unterstützung.

3. Art.

Um die beiden Kirchen durch Benennungen zu unterscheiden, so schlagen Endesunterschiedene für die bisher „reformirt“ benannte den Namen „St. Petri-Kirche“ vor, im Gegensatz der bisher „lutherisch“ genannten, welche seit ihrer Erbauung den Namen „St. Katharinen-Kirche“ führt.

4. Art.

Da, wie es bei einer Vereinigung der Kirche sich von selbst versteht, nicht in beiden derselben zugleich öffentlicher Gottesdienst gehalten werden kann, so dürfte es den Herren Predigern überlassen bleiben, abwechselnd in der einen und anderen die Predigten

*) Es sei zu diesem Punkte bemerkt, daß bis dahin sich die Engländer an die dortige deutsch-reformirte Gemeinde gehalten. 1817 schlossen sie sich der Vereinigung an und wurde in Anlaß derselben, insbesondere dieses Punktes, ein evangelischer Prediger berufen. Bald darauf ausgebrochene Mißhelligkeiten veranlaßten die Engländer diese Vereinigung aufzuheben und eine selbständige Gemeinde zu bilden, die aber nun seit einigen Jahren vollständig eingegangen ist.

an Sonn- und anderen Tagen zu halten oder nach Lage und Umständen diejenige zu wählen, die sie als dem Zweck am angemessensten bestimmen; bei hohen Kirchen- und Tronsfesten und bei Veranlassungen, wozu sich eine größere Anzahl von Zuhörern wie gemeiniglich einzustellen pflegt, muß die St. Katharinenkirche als die geräumigere, mit einer vorzüglichen Orgel zur Hebung der Andacht versehen, vorgezogen werden, sowie auch darum, weil dieselbe an der Hauptstraße gelegen und jedem Vorübergehenden mehr wie die St. Petrikirche wegen ihrer abgelegenen Lage bemerkbar ist, so daß die Glaubensgenossen der in diesem Reiche herrschenden Religion, durch deren Regierung wir so huldreich tolerirt und geschützt werden, keinen Anstoß nehmen können, diese mehr in die Augen fallende Kirche bei feierlichen Gelegenheiten geschlossen oder ohne daß Gottesdienst darin gehalten wird, zu sehen.

5. Art.

Nach erfolgter Vereinigung beider Gemeinden ist es nötig, aus den beiderseitigen Mitgliedern des Kirchenrats derselben ein Komitee zu wählen, um die ökonomischen Verhältnisse des gemeinsamen Kirchenwesens auf das genaueste zu untersuchen und zwar in Hinsicht der Anwendung und Belegung der etwa vorhandenen Kapitalien, der Art und Weise der durch die Kontribuenten von Zeit zu Zeit zu machenden Einschüsse, der Einrichtung der benötigten neuen Gebäude und Realisierung etwaiger überflüssiger Gebäude und Plätze Beschluß zu fassen.

Da nach der vollendeten Vereinigung der beiden Gemeinden jeder seither bestandener Unterschied zwischen Lutheranern und Reformirten aufgehoben ist, so werden diese Unterscheidungsnamen in Zukunft von selbst verschwinden und die vereinigte Gemeinde den Namen der „Evangelischen“ führen. Möge denn dieses gute Werk der Vereinigung, so gewünscht von vielen und dessen heilsame Folgen so einleuchtend sind, mit dem Geiste der Liebe und der Eintracht, mit dem festen Willen ohne Nebenrücksichten nur für das allgemeine Beste zu wirken, wie es begonnen ist, auch gefördert und bald zu dem gewünschten Ziele gebracht werden!

Beseelt von diesem Wunsche legen die Unterzeichneten hiermit diese Vorschläge den gesamten beiderseitigen Gemeinden vor und

sehen zuversichtlich einem erwünschten Erfolg entgegen, fest überzeugt, daß jedes Mitglied derselben nur die Beförderung des allgemeinen Besten vor Augen haben wird.

(Unterzeichnet ist diese Akte von den derzeitigen Predigern, Kirchenältesten und Kirchenvorstehern beider Gemeinden und später von denselben acceptirt.)“

XXXVI.

Aus dem I. Th. des XI. Bds. des „Reichsgesetzbuches“.

Über die Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten der evangelischen Gemeinde zu Archangel.

834. Nachdem die ev.-lutherische und die ev.-reformirte Gemeinde zu Archangel mit allerhöchster Genehmigung sich im Jahre 1817 zu einer Gemeinde vereinigt, bilden dieselbe eine besondere Parochie unter dem Namen „Archangelsche evangelische Gemeinde.“

835. Für den Gottesdienst der Archangelschen evangelischen Gemeinde ist die St. Katharinenkirche in Archangel bestimmt.

836. Der öffentliche Gottesdienst, die Sakramente und sonstigen heiligen Handlungen werden in dieser Kirche nach derjenigen Ordnung vollzogen, welche in dem am 30. November 1817 abgeschlossenen besonderen Statut der Vereinigung der lutherischen und reformirten Gemeinde in Archangel und in dem auf Grundlage dieses Statuts am 25. April 1836 aufgestellten Protokoll niedergelegt ist.

837. Die Gemeinde unterhält bei ihrer Kirche einen oder mehrere Pastore nach dem Ermessen der Gemeindeglieder und je nach den Verhältnissen, Mitteln und Bedürfnissen derselben.

838. Die Wahl der Pastore geschieht in der Generalversammlung der Gemeinde nach Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. Über Zeit und Ort der Wahl wird die Gemeinde durch dreimaligen sonntäglichen Aufruf

von der Kanzel oder mittelst eines durch die Kirchendiener zu verbreitenden Circulars in Kenntniß gesetzt.

839. Behufs Einhaltung der Ordnung bei der Wahl eines Pastors muß ein Abgeordneter der örtlichen Gouvernements-Obrigkeit derselben beiwohnen.

840. Zur Wahl werden nur solche Männer zugelassen, welche nach den für die Protestanten im Reiche gültigen Bestimmungen das Recht haben, das Amt eines Predigers zu bekleiden.

841. Die geschehene Wahl wird jedesmal durch die Gouvernements-Obrigkeit dem Ministerium des Innern zur Bestätigung vorgelegt.

842. Wenn der Prediger in Folge von Altersschwäche oder Krankheit um Entlassung von seinem Amte einkommt, so liegt es der Gemeinde ob, je nach ihren Mitteln seine Existenz sicher zu stellen.

843. Wenn ein Pastor nicht aus vorstehend genannten Gründen, sondern aus eigenem Antriebe gewillt ist, das Predigtamt niederzulegen, so hat er der Gemeinde sechs Monate vorher hierüber Anzeige zu machen.

844. Die Kirchenangelegenheiten der Archangelschen evangelischen Gemeinde verwaltet der Kirchenrath.

845. Der Kirchenrath setzt sich zusammen aus dem Ehren-Patron als Vorsitzendem, dem Pastor, zwei Kirchenältesten und drei Kirchenvormündern. Die Letzteren theilen unter sich die Verwaltung der Kirche und des Eigenthums derselben in der Weise, daß Jeder von ihnen ein Jahr die Verwaltung besorgt und nach Ablauf desselben das Kirchenprotokoll, die Rechnungsbücher und die Abrechnung für das abgelaufene Jahr zugleich mit der Kirchenkasse seinem Nachfolger in Gegenwart des Kirchenraths und der Gemeinde übergibt.

846. Der Ehrenpatron und die Kirchenältesten werden auf Lebenszeit gewählt, die Vormünder dagegen auf drei Jahre, so daß jährlich einer von ihnen austritt und an seiner Stelle ein neuer Vormund gewählt wird; dem Aus tretenden steht es jedoch zu, auf einstimmigen Wunsch der

Gemeinde das Amt auch für das folgende Triennium beizubehalten. Der Ehrenpatron hat im Nothfalle oder auf eignen Wunsch das Recht, den Vorsitz dem jeweilig funktionirenden Vormund zu überlassen.

847. Die Wahl des Patrons, der Ältesten und der Vormünder geschieht nach derselben Ordnung wie die Wahl der Pastore, wobei behufs Einhaltung der Ordnung ebenfalls ein Beamter der Gouvernements-Obrigkeit zugegen sein muß.

848. Der Patron wird durch die örtliche Gouvernements-Obrigkeit dem Ministerium des Innern zur Bestätigung vorgestellt. Über die Wahl der Ältesten und Vormünder wird dieses Ministerium auf demselben Wege in Kenntniß gesetzt.

849. Die Aufsicht über die Ordnung beim Gottesdienst in Gemäßheit des Statuts der Vereinigung und des Protokolls (Art. 836), die Verfügung über die jährlichen Kircheneinnahmen, die Versorgung des Pastors, die Anstellung und Versorgung der nöthigen Kirchendiener, die Bauten an der Kirche und den Kirchenhäusern, die gesammte Instandhaltung derselben, die Vertretung der Kirche vor den Gerichtsbehörden und überhaupt alles, was das Interesse der evangelischen Gemeinde berührt, wird der Fürsorge des Kirchenraths anheimgestellt. Angelegenheiten aber, welche Familienverhältnisse und Ehescheidungen angehen, als: friedliche Versöhnung zwischen Ehegatten, die auf Scheidung antragen, Ausstellung von Zeugnissen behufs Sicherstellung des Eigenthums von Kindern, deren Eltern eine neue Ehe eingehen u. dgl. gehört ausschließlich zu den Pflichten des Pastors.

850. In wichtigen Angelegenheiten hat der Kirchenrath das Recht, von der Gemeinde eine besondere Bevollmächtigung zu erlangen, welche in einer möglichst vollzähligen Versammlung der Gemeindeglieder zu ertheilen ist. Nach Erhalt einer solchen Vollmacht ist der Kirchenrath in denjenigen Handlungen, welche ihm im Besonderen in einer solchen Gemeindeversammlung aufgetragen werden, von jeglicher Verantwortung vor der Gemeinde frei. Über Zeit und

Ort der Versammlung werden die Gemeindeglieder durch dreimaligen Aufruf von der Kanzel oder im Nothfall bei Unvollständigkeit der Gemeinde durch den Kirchendiener in Kenntniß gesetzt.

851. In Ehesachen, welche in obengenannter Weise nach dem ev.-lutherischen Kirchengesetz verhandelt werden, ist der evangelische Kirchenrath dem St. Petersburger ev.-lutherischen Konsistorium und dem Generalkonsistorium dieser Konfession unterstellt, in allen anderen Angelegenheiten aber unmittelbar dem Ministerium des Innern, dem er seine Eingaben durch die höchste örtliche Gouvernementsbehörde unterbreitet.

Anmerk. Über die Zahl der Gemeindeglieder beiderlei Geschlechts, der Geburten, Eheschließungen und Sterbefällen sendet der Pastor alljährlich im Januar dem Ministerium des Innern die erforderlichen Angaben ein, indem er seinen Bericht an das Departement der geistlichen Angelegenheiten fremder Konfessionen richtet. Diesem Departement hat der Pastor überhaupt unmittelbar Bericht zu erstatten in allen Angelegenheiten, in denen das Departement es für nöthig erachten sollte, sich an ihn zu wenden.

852. Falls die Kircheneinnahmen nicht hinreichen sollten, die nothwendigen Bedürfnisse, namentlich die Versorgung des Pastors, zu bestreiten, wird die fehlende Summe auf sämtliche Gemeindeglieder vertheilt und zwar in Gemäßheit der Vermögensverhältnisse jedes Einzelnen.

853. Das gesammte Vermögen der Kirche, sowie sämtliche ihr zufließenden Summen werden als gemeinsames Eigenthum der ganzen Gemeinde anerkannt und behufs Zuwachses an Zinsen in Reichscreditanstalten niedergelegt. Die laufenden Ausgaben werden aus den Einkünften des Vorjahres bestritten was aber den Rest der Einnahmen betrifft, der aus dem Gesamterlös und aus den Zinsen verbleibt, so verfügt darüber die Gemeinde in ihrer jährlichen im Januar statthabenden Generalversammlung nach eigenem Ermessen und beschließt, ob der Rest zum Capital hinzuzuschlagen oder zur Bestreitung der Ausgaben des Folgejahres — unter Herabsetzung der Beiträge — zu verwenden sei.

Anmerk. Das Einsammeln der für die Kirche bestimmten Einkünfte sowohl, als auch deren Verwendung für Kirchenzwecke liegt nach den allgemeinen Bestimmungen des Kirchenraths dem jeweiligen leitenden Kirchenvormund ob, unter dessen einzigem Verschlusse sich auch die Kirchenkasse befindet.

854. Etwaige durch Vermächtnisse oder Schenkungsurkunden der Kirche zufallenden Summen können zu keinem andren Zwecke als zu dem in dem Vermächtniß oder in der Schenkungsurkunde bezeichneten verwendet werden.

855. Sämmtliche der Kirche gehörigen Kapitalien sind unverfehrt und schadenlos aufzubewahren und genießen die für Kronseigenthum bestehenden Rechte, durch welche sie auch geschützt werden. Für gesetzwidrige Ausgaben und für Verluste verantwortet der Kirchenrath.

Anmerk. Der Pastor ist von jeglicher Verantwortung in ökonomischen und finanziellen Angelegenheiten der Kirche frei.

856. Alljährlich in der ersten Hälfte des Januars wird die Generalversammlung der Gemeinde zusammenberufen.

Derselben liegt es ob: 1) Die Rechnungsbücher durch eine besonders zu erwählende Commission prüfen zu lassen; 2) den Rechenschaftsbericht des Kirchenraths über die Verwaltung der Kirche und deren Einnahmen entgegen zu nehmen; 3) die Ausgaben für das laufende Jahr festzustellen und anzuweisen; 4) über nothwendige Bauten, über geplante Verbesserungen und Änderungen im Sammeln der Beiträge je nach den Bedürfnissen Rath zu halten; schließlich 5) dem ausscheidenden Vormund ein Zeugniß auszustellen und an seiner Stelle einen neuen zu erwählen.

857. Die Gemeinde hat das Recht, über jeden ihrer Meinung nach nothwendigen Nachtrag zu den vorstehenden Bestimmungen durch den Kirchenrath und die örtliche Hauptobrigkeit beim Ministerium des Innern einzukommen.

Über die Union der reformirten und lutherischen Kirche in Archangel in Anlaß des Ulaßes vom 7. Januar 1818 (vgl.

Nr. XXXV), auf welche sich diese Artikel gründen, giebt die „Geschichte“, S. 138 f. ausführliche Mitteilung. Inbetreff der näheren Veranlassung zur Ausgabe dieser Artikel im Jahre 1838 teilen wir folgendes mit:

Als 1833 die seit 1817 zu einer evangelischen Kirche vereinigte Gemeinde zu Archangel sich weigerte, das nur für die lutherische Kirche erlassene Gesetz anzunehmen und die ihr durch den Ulas von 1817 gewährten Rechte dem Minister gegenüber verteidigte, stellte es sich heraus, daß der auf Grundlage des kaiserlichen Erlasses von 1817 gebildeten evangelischen Gemeinde zu Archangel noch die ausdrückliche allerhöchste Bestätigung fehle. Diese zu erlangen, forderte der Minister des Innern eine unverzügliche „Feststellung besonderer Regeln inbetreff der Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten“. Um dieselben zu entwerfen, wurde ein Ausschuß von Gemeindegliedern unter dem Vorsitz des Pastor Brehme erwählt. Die Ergebnisse der Beratungen sind in einem Protokolle vom 25. April 1836 niedergelegt und von der Gemeinde bald darauf gutgeheißen worden.

Dieses bis jetzt nicht veröffentlichte Protokoll lautet:

„Infolge einer unter dem 30. Januar dieses Jahres durch Stimmenmehrheit der ganzen evangelischen Gemeinde getroffenen Wahl zu einem beratenden, aus zehn Gemeindegliedern mit Zuziehung der Associés der hier bestehenden deutschen Handlungshäuser und der an der Kirchenschule angestellten Lehrer bestehenden Ausschusse versammelten sich heute nach mehreren vorangegangenen vorbereitenden Beratungen zur Erreichung eines Endergebnisses in dieser Angelegenheit folgende Personen: die Herren Wilhelm Brandt jun., Eduard Brandt, A. des Fontaines, Peter Lührs, Staatsrat Baum, Jakob Stucker sen., Ludwig Stopp, Benjamin Meyer, Leopold Tieden, Al. Rouffatier, Ferdinand Lindes, Friedrich Aneuper, Friedrich Schiller, Andreas Bäg, Direktor Christ. Seyfert, Nikolaus Untiedt unter dem Vorsitz des Herrn Pastor Brehme als dem bestehenden Wortführer des Ausschusses.

Als Zweck der Versammlung war aufgestellt: Beratung wegen einer Beschlußnahme behufs einer vom hohen R. Ministerium durch den Herrn Kriegsgouverneur Admiral von Hall geforderten Be-

richterstattung über unser neu zu organisirendes Kirchenwesen und Nachsichung der allerhöchsten Bestätigung desselben.

Zunächst wurde das Ministerialschreiben vom 30. November 1835 verlesen und aus demselben entnommen, daß die einzurichtende Verwaltung der äußeren und inneren Angelegenheiten unserer Kirche Gegenstand unserer Beratungen sein solle und daß namentlich folgende Hauptpunkte unsere Aufmerksamkeit vorzugsweise in Anspruch nehmen sollen:

- 1) die zu beobachtende Ordnung beim Gottesdienste,
- 2) die Anstellung und Ablösung der Prediger,
- 3) die Ehesachen,
- 4) die Errichtung eines Kirchenrats zur Verwaltung der ökonomischen Angelegenheiten unserer Kirche.

1. Die Ordnung des Gottesdienstes anlangend, so glauben wir von den Vereinigungsakten unserer beiden protestantischen Gemeinden zu einer evangelischen, geschlossen den 30. November 1817, ohne erhebliche Ursachen nicht abweichen zu dürfen. Die in dieser Hinsicht bisher beobachtete Ordnung ist folgende:

a) die gottesdienstlichen Versammlungen an Sonn- und Festtagen nehmen genau um elf Uhr vormittags ihren Anfang und wird die Feier der Gottesverehrung jedesmal mit einem Liede aus dem bereits vor 20 Jahren eingeführten Hildburghausenschen Gesangbuche unter Orgelbegleitung eröffnet. Darauf spricht der Prediger vor dem Altar den apostolischen Segensgruß „die Gnade unseres Herrn Jesu Christi u. s. w.“. Hieran schließt sich ein zweckmäßiges Altargebet. Nun folgt das Hauptlied und darauf die Predigt, der in der Regel das für den Sonntag vorgeschriebene Evangelium, bisweilen auch die Epistel zugrunde gelegt ist. An diese schließt sich das allgemeine Kirchengebet, welches seit drei Jahren aus der neuen Agende gewählt ist. Nun folgen die Fürbitten, Danksagungen, Aufgebote u. s. w. Das Vaterunser wird bald vor der Verlesung des Textes, bald nach der Predigt gebetet. Den Beschluß macht ein biblischer Segenswunsch. Hierauf wird ein Lied gesungen und der mosaische Segen gesprochen;

b) die Konfirmation der Kinder findet am Palmsonntag statt, nachdem die Konfirmanden in der Schule und durch den im Pastorat erteilten Konfirmandenunterricht wohl vorbereitet, darauf

vorher vor der ganzen Gemeinde öffentlich in der Kirche in den Hauptwahrheiten des Christentums nach den Grundsätzen des Protestantismus geprüft worden sind und in dieser Prüfung genügend bestanden haben;

c) der heiligen Handlung der Konfirmation folgt am Gründonnerstag die Feier des heiligen Abendmahles, nachdem die Kommunikanten sich tags vorher im Gotteshause versammelt, durch eine erweckende Rede zur Selbstprüfung angeleitet worden und darauf die allgemeine Beichte im stillen nachgesprochen haben. Die Feier des Gründonnerstages wird mit Gesang und einer Predigt über den Zweck der heiligen Abendmahlsstiftung begonnen, darauf wendet sich der Prediger zunächst mit einer kurzen Anrede an die jungen Konfirmirten, spricht die Einsetzungsworte und reicht ihnen das Brot und den Kelch; ihnen schließen sich sodann die übrigen Kommunikanten an. Der ursprünglichen Form des Abendmahlsstifters zufolge vertritt ungesäuertes Brot die Stelle der bisher in der lutherischen Kirche gebräuchlichen Oblate oder Hostie und bei der Darreichung derselben sowie des Kelches richtet der Prediger sich nach den eigenen Worten Jesu. Brennende Wachskerzen bleiben dabei auf dem Altare als Sinnbild unseres erleuchteten Christentums. Nach beendigter Austeilung spricht der Prediger ein Dankgebet und beschließt die Abendmahlsfeier mit dem Segen.

d) Bei Trauungen, Kindtaufen, Beerdigungen und anderen zufälligen Amtsverrichtungen finden keine besonderen Konventionen statt, weil jeder protestantische Prediger diese heiligen Handlungen seinen besten Einsichten gemäß im Geiste Jesu zu verrichten hat.

Um allen Mißdeutungen oder einem möglichen Verdacht der Sektirerei vorzubeugen, achten wir für nötig noch hinzuzufügen, daß unsere evangelische Kirche (der Ausdruck kann selbstverständlich in diesem Zusammenhang nur heißen wollen „unsere evangelische Gemeinde in Archangel“) ihren Glauben und ihre Lehre einzig und allein aus der Heiligen Schrift ableitet. Das reine Evangelium allein bildet ihre Grundlage.

2. Hinsichtlich der Anstellung des Predigers ersucht die Gemeinde um Beibehaltung der ihr bisher zugestandenen Befugnis, sich ihren Prediger berufen und ihn dem hohen Ministerio zur Bestätigung empfehlen zu dürfen.

Inbetriff der Ablösung nehmen wir zwei mögliche Fälle an. Entweder:

a) der Prediger wird zu einer anderen Gemeinde berufen oder wünscht sein Amt aus irgendeinem Grunde niederzulegen, so hat er zuvor nicht nur die Genehmigung der höchsten Behörde nachzusuchen, sondern seinen Entschluß der Gemeinde sechs Monate vorher schriftlich zu erkennen zu geben. Die Notwendigkeit dieser Bedingung liegt in der Schwierigkeit der Wiederbesetzung wegen der großen Entfernung Archangels von den Universitätsstädten des In- und Auslandes. — Oder im zweiten Falle:

b) Der Prediger scheidet sich aus Altersschwäche oder Krankheit genötigt, sein Amt niederzulegen, so wird die Gemeinde für seinen Unterhalt nach Pflicht und Gewissen die möglichste Sorge tragen im Verhältnis zu ihren Mitteln.

3. In Ehesachen unterwirft sich die evangelische Gemeinde gerne den weisen Anordnungen und Gesetzen, welche das vierte Kapitel der ev.-lutherischen Kirchenordnung darüber feststellt.

4. Was den zu bildenden Kirchenrat und die Verwaltung der ökonomischen Angelegenheiten unserer Kirche durch denselben betrifft, so muß hier bemerkt werden, daß unsere Kirche bisher bloß durch freiwillige Beiträge hauptsächlich der zu unserer Gemeinde gehörigen Handelshäuser unterhalten worden ist, und daß den Teilnehmern derselben daher auch — wie billig — stets die Entscheidung und Verwaltung der ökonomischen Verwaltung zustand. Die beitragenden Kaufleute bildeten in ihrer Gesamtheit bisher den Kirchenrat und unterzogen sich allein der Mühe der Verwaltung unseres ganzen Kirchen- und Schulwesens zur vollkommensten Zufriedenheit der ganzen Gemeinde. Die Associés der gegenwärtig existirenden beiden deutschen Handlungshäuser, sowie die übrigen Gemeindeglieder sind bereit, auch ferner die zum Unterhalt der beiden für unsere Gemeinde so wichtigen Institute — Kirche und Schule — erforderlichen Mittel herbeizuschaffen, unter dem Vorbehalte, daß sie nach wie vor wegen der Verwaltung ihrer ökonomischen Angelegenheiten keiner Kontrolle vonseiten der Regierung unterworfen seien. In der vollen Überzeugung, daß auf diesem Wege der Fortbestand gedachter Anstalten vorläufig gesichert ist, wenn nicht das hohe Ministerium heilsamere Verfügungen zu treffen sich aller-

gnädigst bewogen finden sollte, ersucht die evangelische Gemeinde ihren wortführenden Prediger, Herrn Pastor Brehme, einem hohen Ministerio das unterthänigste Gesuch vorzulegen, daß man höchsten Orts allergnädigst geruhen möchte, diese Beschlußnahme zu bestätigen und auch fernerhin unserem Kirchenrat die Freiheit von der ökonomischen Kontrolle zuzugestehen.

(Folgen die Unterschriften der oben namhaft gemachten Herren.)
Dann heißt es weiter:

Nachdem dies Protokoll von der Gemeinde genehmigt, wurde es befohlenermaßen durch Herrn Pastor Brehme mit einem Begleitschreiben dem Herrn Kriegsgouverneur von Hall übergeben.

9) Verordnung auf die (eingegangene) reformirte Gemeinde in Reval bezüglich.

XXXVII.

Nr. 10086 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 31. März 1837.

Namentlicher Befehl von Bildung einer ev.-reformirten Gemeinde in Reval, durch den Minister des Innern bekannt gemacht.

Auf Vorstellung der ev.-reformirten Sitzung des Petersburger ev.-lutherischen Konsistoriums und auf Ersuchen des Revaler Kriegs-Gouverneurs, Admirals Graf Heyden, hat der Herr und Kaiser meiner Unterlegung zufolge allerhöchst zu erlauben geruht, in Reval eine ev.-reformirte Gemeinde mit eigenem Prediger nach dem Beispiel ähnlicher Gemeinden in Riga und Mitau und mit Überweisung derselben an die Verwaltung der reformirten Sitzung des hiesigen evang.-lutherischen Konsistoriums zu gründen.

Über den Ursprung und nur kurzen Bestand dieser kleinen Gemeinde vgl. die „Geschichte“, S. 182 ff. Nur ein paar Ergänzungen zu dem dortigen Bericht. Graf Heyden fand für seinen Wunsch lebhafteste Zustimmung bei Baron Rossillon, damals Di-

rektor des Gymnasiums in Reval und seit seiner Übersiedelung nach Estland sehnüchtig nach den heimischen Gottesdiensten. Den beiden Männern schloß sich von Anfang an mit gleichem Eifer, den Wunsch zu verwirklichen, General v. Livron an. Schon Ende des Jahres 1835 waren zweiundzwanzig Familien und vierundzwanzig Einzelstehende zu einer kleinen Gemeinde zusammengetreten und wandte sich am 22. Januar 1836 Pastor Reutlinger an den vielvermögenden Pastor v. Muralt in Petersburg mit der Bitte, seinen Einfluß auf seinen Freund den Finanzminister Graf Cancrin, Mitglied der deutsch-reformirten Gemeinde, zur Stiftung einer reformirten Gemeinde geltend zu machen. — Bei dem ersten Gottesdienst der kleinen Gemeinde im Saale des Revaler Gymnasiums am 20. Juni 1837 nahmen vierzig Geistliche teil, die gerade zur Synode in der Stadt versammelt waren, außerdem der Rat, Vertreter der Gilden, der Zivilgouverneur, der Kommandant u. s. w. u. s. w. Eine Kollektenreise des Pastors 1838 durch Deutschland, England, Holland und die Schweiz brachte nur geringen Gewinn; dagegen schenkte der König von Preußen, Friedrich Wilhelm III. den fernen Glaubensgenossen hundert Thaler, als man ihm ein Exemplar der von Professor Schweizer in Zürich zum Besten der Gemeinde veranstalteten Predigtsammlung überreichte.

So kurz auch das Leben der kleinen reformirten Gemeinde in Reval war, ist doch eine flüchtige Spur davon dem Reichsgesetzbuch eingedrückt: es lautet im XI. Bd., I. Tl.

§ 833 (über die Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten der Revaler ev.-reformirten Gemeinde); die ev.-reformirte Gemeinde in Reval wird von der reformirten Sitzung des St. Petersburger ev.-lutherischen Konsistoriums verwaltet.

10) Verordnungen auf die reformirte Kirche in Littauen bezüglich *).

XXXVIII.

Privileg des Königs Sigismund August vom 16. Juni 1563.

Von jetzt an sollen nicht allein die Edlen und Herrn mit ihren Nachkommen, die der römisch-katholischen Kirche zugethan sind, und deren Vorfahren auch Adelsbriefe im Königreich Polen erlangt haben, sondern auch überhaupt alle vom Ritterstand und Edle, sie mögen ursprünglich Littauer oder Russen sein, wofern sie sich nur zum christlichen Glauben bekennen, und wenn auch gleich ihre Vorfahren die adeligen Rechte im Königreich Polen nicht erlangt hätten, im ganzen Umfange unsres Reiches alle ihnen zugestandenen Privilegien, Freiheiten und adeligen Vorrechte genießen und sich auf immer derselben gemeinschaftlich zu erfreuen haben, eben so gut und auf eben dem Fuß, als sonst in alten Zeiten und bis hieher der Ritterstand und die Edelleute sowohl littauischer als russischer Abkunft sich aller dieser Freiheiten zu erfreuen gehabt. Ebenso sollen von nun an zu den Ehrenstellen und Würden sowohl des Senats als auch der Krone und zu allen adeligen Ämtern nicht allein die der römischen Kirche zugethane, sondern auch gemeinschaftlich und auf eine gleiche Weise alle und jede vom Ritterstand und von adeliger Geburt, wofern sie nur Christen sind, sowohl Littauer als Russen zugelassen und jeglicher nach Maaßgabe seiner Verdienste und Würde von uns und aus unsrer Gnade zu allen Würden und beträchtlichen Ämtern befördert werden, auch niemand von der Ritterschaft und adeligem Stande wegen Unhänglichkeit an seiner Religion, wofern er nur ein Christ

*) Die Reihenfolge der beiden Kirchen in Littauen und Polen geben wir hier nach der in der „Geschichte“ zuerst eingeschlagenen. Es ist insofern mißlich, als dadurch die historische andere Reihe der Verordnungen unterbrochen wird und die zum großen Teil für die reformirte Kirche in Littauen und Polen gemeinsamen Verfügungen erst in der Abteilung für Polen eingereiht werden können.

ist, auch nicht wegen der zwei in den vorigen Privilegien erwähnten Artikel (entfernt werden).

Wir geben dieses wichtige Privileg nach dem Wortlaut in „Darlegung der Gerechtiame sowohl derer jetzt sogenannten Dissidenten als auch der hohen Mächte, welche jene aufrecht zu erhalten verbunden sind. Französisch nach der Petersburger Urschrift nebst einer zugleich aus dem französischen und lateinischen petersburger Abdruck verfertigten deutschen Übersetzung wiederum aufgelegt.“ 1767, S. 13. Die beiden letzten, in Klammern beigefügten Worte sind von mir aus der französischen Urschrift (*ne pourra en être exclu*) hinzugefügt; die deutsche Übersetzung hat sie nachlässigerweise nicht mitgeteilt. Das Original dieses auf dem Reichstag zu Wilna 1563 erlassenen königlichen Privilegs soll sich nach der gleichen alten Quelle im Archiv des „höchsten Tribunals des Großherzogtums Littauen“ befunden haben.

Der Erlaß dieses Privilegs, welches den Reformirten sowohl als auch Griechen adeligen und ritterlichen Standes in Littauen volle Gleichberechtigung in staatlicher Beziehung mit den Katholiken des Landes einräumt und ihnen Thür und Thor auch zu allen Ämtern des Reiches öffnet, setzt den nicht in Staunen, der weiß, wie nahe König Sigismund August der reformatorischen Strömung gestanden, mehr wie einmal im Begriff, ihr entschieden und offen zu folgen (vgl. Dalton, Johannes a Lasco, Gotha, Berthes 1881; zumal S. 492). Die am Schluß erwähnten, früher erlassenen, nun aber durch dieses Privileg aufgehobenen Artikel beschränkten die Verleihung von Ehrenstellen und Würden des Staates auf die Zugehörigkeit zur römischen Kirche.

Auf dem nächsten Reichstag zu Grodno am 1. Juli 1568 bestätigte der König einer gegebenen Zusage gemäß dieses Privileg, das schöne und beredte Zeugnis der Duldsamkeit dieses letzten Königs aus dem Hause der Jagellonen. Der Bestätigungsbrief ist keine wörtliche Wiederholung des ursprünglichen Privilegs. Die rührige Jesuitenpartei war mittlerweile geschäftig gewesen, den Wortlaut in ihrem Sinne auszudeuten; es galt solchem Treiben

eine Schranke zu setzen durch genauere und schärfere Fassung des Ausdruckes. Dem allgemeineren Ausdruck „wofern sie sich nur zum christlichen Glauben bekennen“, den die feindseligen Gegner der Reformation auf die in Littauen zahlreichen Glieder der griechischen Kirche einengen wollten, wurde der deutliche Zusatz beigefügt: „zu welcher christlichen Gemeinde oder Bekenntnis sie nur gehören mögen“ und die Reichswürden, zu welchen alle diese Christen zugelassen werden, werden nun insgesamt und im einzelnen angegeben: „alle hohen Würden als Woywodschaften, Kastellaneien, Senatorstellen, Hof- und Landämter.“

Privileg und Bestätigungsbrief beziehen sich selbstverständlich in jenen Tagen noch vor der Union von Lublin 1569 nur auf das Großherzogtum Littauen. Rauß (in seinem noch immer brauchbaren Buche: *Praecipua ac publica religionis evangelicae in Polonia fata etc.* Hamburgi 1728, p. 39) betont bei diesem Anlaß, daß nach polnischem Rechte der König keine auf polnische Bürger bezüglichen Gesetze außerhalb der Grenzen des Reiches erlassen konnte. Allgemeines Reichsgesetz wurden beide Verfügungen auf dem Reichstage zu Lublin 1569, durch welchen bestimmt wurde, daß fernerhin das Königreich und Großherzogtum ein unteilbares Staatswesen bilden, mit einem durch gemeinsame Wahl gemeinsamen Oberhaupte. Der gemeinsame Senat wird aus Senatoren beider Gebiete mit gleichen Rechten gebildet. Die wichtige königliche Bestätigung dieser Vereinigung lautet:

„Sigismund August, von Gottes Gnaden König von Polen, Großherzog von Littauen u. s. w. Wir machen hiermit jedermann bekannt, daß wir, um den Forderungen und dem Verlangen aller Reichsstände, den Bedürfnissen der Republik selbst, wie auch unseren eigenen Pflichten als König ein Genüge zu leisten, um nämlich die von unserem Herrn Obergroßvater und den übrigen Ständen bestätigte und befestigte Vereinigung des Großherzogtums Littauen mit der Krone Polen auf einem festen und unbeweglichen Grunde zu errichten, ebendeshwegen den gegenwärtigen Reichstag zusammenberufen und angesetzt haben, damit auf selbigem der Anfang zu den Unterhandlungen gemacht werden würde, welche die Bestätigung der besagten Vereinigung zum Endzweck haben. Nun ist zu diesem Ende die Übereinstimmung aller Stände, so-

wohl der Krone als des Großherzogtums Littauen, vorhanden, als welche dieses Geschäft unter sich eingerichtet und vollendet haben; gleichwie auch wir selbst mit ihnen gethan haben, soviel unsere Obliegenheit und königliche Würde vermöge der Privilegien, Declarationen und Verordnungen sowohl unserer Vorfahren als auch unserer eigenen und vermöge der von uns selbst vorher, wo es nötig war, verliehenen es erforderte. Eben dieselben Stände haben auch alles bekräftigt und sich mit feierlichem Eide bei großer Versammlung von Menschen jeglichen Standes und verschiedener Nationen darüber die Gewähr geleistet, indem jeder vom Senat und von den übrigen Ständen entweder in Person oder durch Bevollmächtigte für sich und seine Nachkommen es verrichtete. Wir bestätigen demnach in Kraft des gegenwärtigen Reichstages das ganze Vereinigungsgeschäft und gewähren es auf ewig, wie wir es auch schon durch einen zu anderer Zeit von uns ausgestellten Bestätigungsbrief gethan haben. Solches wird umständlicher ausgeführt gefunden in den Declarationen und Privilegien, welche von uns teils vorher, teils hernach auch hier erteilet worden und in dem, was unter ihnen selbst geschrieben, gehandelt und eidlich bekräftigt worden ist und welches alles wir für hier eingeschaltet (*pro insertis habere volumus*) gehalten wissen wollen und durch gegenwärtige Declaration befehlen, selbiges alles in jeder Kanzlei von Wort zu Wort einzutragen. Wir haben auch unseren Ranzlern aufgelegt, einem jeden in seiner Wojwodtschaft authentisch und mit unserem Siegel verwahrte Abschriften zu erteilen, wobei wir bekannt machen und anbefehlen, diesen Abschriften eben solchen Glauben zuzustellen, als wenn ihnen die Urschriften selbst vorgeleget worden wären.“

Es sind dies nicht die einzigen Belegstücke, in wie duldsamem Geiste König Sigismund August dem großen Bruchteil seines Volkes, der sich der Reformation angeschlossen, gerecht zu werden bestrebt war. Wenigstens in der Erläuterung zu obigem Privileg mögen ein paar weitere auszugsweise erwähnt werden, die, wenn auch nur auf engere örtliche Grenzen beschränkt, bedeutsam sind als gelegentliche Rundgebungen, daß der König mit der zugestandenen Religionsfreiheit Ernst gemacht und den aufgestellten Grundsatz im Einzelfall durchgeführt. Beide königliche Verfügungen be-

ziehen sich auf die Reformirten in Krakau. Noch auf dem Reichstag zu Lublin 1569, welcher, wie eben mitgeteilt, die bereits früher den Protestanten und Griechen in Littauen zugestandenen Rechte auch ihren Glaubensgenossen im Königreich Polen zuerkannte, noch zu Lublin und in Ausführung der reichstaglichen Beschlüsse bewilligte der König den Reformirten in Krakau einen erbetenen Begräbnisplatz. In der Schenkungsurkunde vom 8. August heißt es unter anderem (nach Fries, Beiträge zur Reformationsgeschichte in Polen und Littauen [Breslau 1786] III, 59): „Durch das Bitten einiger unserer Räte bewogen, bewilligen wir zum Besten der Christen, die sich zu den Lehrsätzen des weiland ehrwürdigen Vaters Johann Calvins*) bekennen und in Krakau oder außerhalb dieser Stadt, es sei wo es wolle, leben, nach unserer königlichen Huld und Milde den Garten, der von alten Zeiten her der Seifriedische genannt wird, zum Begräbnis der Kirchen der Personen, die den vorgedachten christlichen Lehrsätzen zugethan sind, als ihren Kirchhof und einen öffentlichen, heiligen Ort mit einer Mauer zu umgeben und zu verschönern. Auch soll besagter Garten von allen sowohl königlichen als bürgerlichen Lasten und von öffentlichen Abgaben frei sein, wie wir ihn denn hiermit auf ewige Zeiten davon befreien und ausnehmen, so wie bei anderen Kirchhöfen, die von alten Zeiten her in unserem Reiche angelegt worden u. s. w.“

War demnach zunächst den heimgegangenen Reformirten gleiches Recht wie den entschlafenen Katholiken eingeräumt, so erhielten drei Jahre später auf dem Reichstag zu Warschau am 2. Mai 1572 auch die Lebenden eine Heimstätte für Kirche und Schule. Die Bezugnahme auf das Glaubensbekenntnis zu Sandomir verleiht der Bewilligungsurkunde einen erhöhten Wert. In abgekürzter Form lautet das Privileg (nach der gleichen Quelle wie vorhin):

„In Erwägung der vielen und großen Unfälle, welche die

*) Der Beichtvater der königlichen Mutter, Pismanini, der evangelischen Lehre stark zugeneigt, hatte vor Jahren dem Könige Calvins Institutio zur großen Erbauung des Königs vorgelesen (vgl. Dalton, Johann a Lasco, S. 492).

größten und blühendsten Reiche und Herrschaften der Christenheit in diesen Jahren betroffen, weil ihre Könige und Fürsten die verschiedenen Meinungen, die jetziger Zeit in der Religion entstanden, zu unterdrücken getrachtet, bei diesen großen Gefahren der Christenheit, die besonders auch unserem Reiche wegen der Nachbarschaft der Ungläubigen drohen, halten wir es für unsere Pflicht, für die Ruhe und Sicherheit unseres Reiches zu sorgen und darauf zu achten, damit nicht wegen dieser Religionsstreitigkeiten durch die erhitzen Gemüter der verschiedenen Parteien Gelegenheit zu inneren Zwistigkeiten gegeben werde, besonders da die Schärfe in diesem Stücke nicht nur unnütze, sondern auch höchst schädlich, wie die Beispiele anderer Reiche, in welchen beinahe mit ihrem gänzlichen Untergange so viel Christenblut vergeblich vergossen worden, uns belehret und wir deutlich sehen, daß Gott selbst zur Prüfung der Beständigkeit der Gläubigen in diesen letzten Zeiten der Welt so große Uneinigkeiten in Ansehung seines Dienstes zugelassen, die durch keine menschliche Klugheit gehoben werden können, sondern man nur Gott unaufhörlich anflehen muß, daß er sich seiner in Gefahr schwebenden Kirche erbarne und alle irrende selbst wieder in seinen eigenen und wahren Schafstall führe. Als daher auf diesem Reichstage zu Warschau von unseren Unterbeamten, Räten und den übrigen von ihrer Religion ihr zu Sendomir im 1570. Jahre bekannt gemachtes Glaubensbekenntnis übergeben worden und man auf ihren Betrieb der allgemeinen Ruhe wegen zwischen dem geistlichen und weltlichen Stande eine Vereinigung zu stiften angefangen, die man aber noch nicht zustande bringen konnte, sondern sie auf einen anderen Reichstag verschieben mußte, so haben unsere Unterthanen christlichen Glaubens durch unsere Räte angelegentlich gebeten, daß denen, die sich von ihrem Bekenntnis und Gemeinschaft in unserer Stadt Altau befinden, freistehen möchte, gemeinschaftlich für ihr Geld daselbst ein Haus zu kaufen, darinnen ihre gottesdienstlichen Handlungen zu halten, zu lehren und alle ihre übrigen Religionsübungen sicher zu verrichten, auch frei und ungehindert Schule zu halten. Demnach so haben wir, um größeres und schwereres Unheil, das unserem Reiche erwachsen könnte, zu vermeiden, unsere königliche Einwilligung zum Anlauf und nachherigen Besiz, Eigentum, Gebrauch, Besuchung, auch ge-

meinschaftlichen Anwendung desselben, wozu es ihnen besser und bequemer dünken möchte, zu erteilen für gut befunden. Wir erlauben ihnen auch die freie Ausübung ihrer Religion in besagtem Hause, ohne auf jemandes Hindernis oder Widerspruch zu achten, und nehmen sie alle und jede unter unseren königlichen Schutz und sicheres Geleite gegen alle Gewalt und Macht aller, von was für Stand, Würde und Hoheit sie auch sein mögen. Auch machen wir sie frei von der Gerichtsbarkeit aller geistlichen und weltlichen Richter und Gerichtshöfe unseres Reiches, so daß sie wegen dieser Lehre und Übung ihrer Religion vor keinen Richterstuhl gefordert werden können und wenn sie gefordert werden, weder zu erscheinen gehalten sein sollen, noch auch deswegen von den Richtern und Gerichtsbeamten, sowohl geistlichen als weltlichen, mit einiger Strafe belegt oder von irgendeinem anderen Menschen ihnen das geringste Unrecht oder Beschimpfung angethan werden soll u. s. w.“

Die königliche Unterschrift unter dies Privileg ist eine der letzten von des Königs Hand; bald darauf verfiel er in Krankheit, welche am 7. Juli 1572 mit dem Tode endigte. Die Bestätigungs-urkunde dieses Privilegs vom König Stefan Batori unter dem 20. Februar 1578 ist abgedruckt bei Griesse a. a. D. III, 65.

XXXIX.

Nr. 29429 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 14. April 1823.

Der Reichstag hat im Departement der Ökonomie und in der allgemeinen Versammlung die Vorstellung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten und Volksaufklärung über Bildung einer Stiftung an der Dorpater Universität für sechs Zöglinge des littauischen Synods durchgesehen und den allerhöchsten Willen in Erwägung gezogen, welcher Gesuche bei fremden Höfen inbezug auf Eneuerung eingegangener Geldleistungen (funduschi) verbietet. Indem er die Unmöglichkeit für die littauische Synode einsieht, auf eigne Rechnung sechs Zöglinge bei der Dorpater Universität ausbilden zu lassen, ist er mit dem Minister der geistlichen Angelegenheiten und Volksaufklärung einverstanden, daß es nothwendig sei um

die fundation für obigen Zweck von der Krone zu bestimmen. Er beschließt deßhalb, die nöthige Summe von 1200 S. Rub. jährlich aus dem Reichsschatz abzulassen, unter Freistellung an den Minister der geistlichen Angelegenheiten, sich mit dem Finanzminister über den Zeitpunkt aus einander zu setzen, wann der Reichsschatz im Stande sein wird, obige Summe abzulassen und danach ins Budget des genannten Ministeriums einzutragen.

Wie anderwärts allüberall, so auch in Littauen und Polen sehen wir die evangelische Kirche von den ersten Tagen ihrer Reformation an es sich aufs ernstlichste angelegen sein lassen, die von der römischen Kirche so stiefmütterlich in der letzten Zeit behandelte Schule in ihren warmen Schutz zu nehmen. Sie ist durch ihren Ursprung und ihr ganzes Wesen auf solchen Liebesdienst hingewiesen, wie aus gleichem Grunde die evangelische Schule in dem innigen Verband mit der Kirche den Nährboden besitzt, der ihre Wurzeln hält. Unsere Sammlung bietet einen fesselnden Beleg, in welch' hohem Grade die Häupter der reformirten Kirche in Littauen sich dieser ernsten, adeligen Pflicht bewußt gewesen. Neben den höheren Schulen in Sluzk, in Reidan und anderwärts finden wir an den meisten Orten, wo eine Kirche entstand, auch eine Schule zur evangelischen Erziehung der Gemeindeglieder. So sicher wie das Pastorat erhob sich zur Seite der Kirche das Schulhaus und in solch trauter Nähe auch festgegründet in der Anschauung und Vorstellung der Leute.

Aber für die heranwachsende männliche Jugend, die sich dem Dienste am Worte Gottes in der heimischen Kirche widmen wollte, war keine Hochschule tüchtiger Vorbereitung in Littauen; die Theologen waren auf den Besuch auswärtiger Universitäten angewiesen und blieben es auch in der Folgezeit. Nicht ungern. Mit reichen Unterstützungen hochherziger und opferwilliger Magnaten, unter denen auch an dieser Stelle wieder die Radziwils in langer Reihenfolge der Geschlechter glänzend hervorrangen, wanderten die jungen Studenten anfänglich zumeist nach Genf; Calvin sah zu seinen Füßen fast immer lernbegierige Jünglinge aus dem fernen Littauen,

die sich der lateinischen Sprache mit einer Leichtigkeit und Gewandtheit bedienten, als ob es ihre Muttersprache wäre. Sollte ein solcher Besuch Bestand haben, so war es wichtig und nötig, daß derselbe im Einzelfalle nicht von der zufälligen Gunst eines Wohlhabenden abhängt, sondern durch feste Stiftungen dauernd sichergestellt war. Auch an derartigen Stiftungen fehlte es nicht, sobald das Bedürfnis sich gezeigt. Dem Beispiele einzelner litauischer Adelligen, die für ihre Landesfinder solche Stipendien an auswärtigen Universitäten gründeten, folgten da und dort reformirte Landeskirchen, die an ihren heimischen Hochschulen Freistellen für Söhne der fernen Märtyrerkirche, welche Theologie studiren wollten, eröffneten. Außer Genf sind uns nach dieser Seite hin bekannt geworden Königsberg, Frankfurt an der Oder, Marburg, Leyden, Edinburg; es mögen aber auch noch andere Universitäten gewesen sein. Die schottische Hochschule hatte ein besonderes Interesse, Studenten aus Littauen und Kleinpolen gastlich bei sich aufzunehmen. Bei den schweren Glaubensverfolgungen, welche die Presbyterianer in den Hochlanden und drüben in Irland im 17. Jahrhundert trafen und infolge deren viele zumeist nach Amerika auswanderten, öffnete sich nicht wenigen unter ihnen eine Freistätte in den reformirten Gegenden zumal Kleinpolens, wohin sie ähnlich wie die Hugenotten ihre geschäftliche Tüchtigkeit verpflanzten, daß bis tief ins folgende Jahrhundert hinein Schottländer und Kaufleute gleichbedeutende Begriffe im Lande waren und wir heute noch in Verzeichnissen reformirter Gemeindeglieder des Landes, auf Namen wenn auch polonisirte, stoßen, deren Stamm nach Schottland weist. Durch ein paar Jahrhunderte hindurch erhielten in solcher Weise die reformirten Geistlichen Littauens und Polens ihre theologische Ausbildung auf auswärtigen Hochschulen.

Das alte Herkommen änderte sich in dem ersten Viertel dieses Jahrhunderts. Den äußeren Anlaß zu dem Verbot des Besuches auswärtiger Universitäten finde ich nirgends ausdrücklich angegeben; dem mit den damaligen Landesverhältnissen Kundigen aber ist er unschwer zu erraten. Was man sich heute noch in den beteiligten Kreisen zuflüstert, trifft im ganzen das Richtige. Die Ermordung des russischen Staatsrats v. Rogebue durch den un-

glückseligen Studenten Sand (1819) warf ihre unheimlichen Schatten über die Grenze nach Rußland, durch die Ferne in vergrößerten und damit zum Teil verzerrten Umrissen, welchen die in Deutschland anhebende, so tief beklagenswerte Verfolgung der Burschenschaften eine Berechtigung zu geben schien. Nur die strengste Abschließung wider den gefürchteten Westen, von welchem die drohenden Schatten herüberfielen, galt als Schutzwehr; der geistige Verkehr der beiden Nachbarländer sollte stillgestellt werden. Die arge Strömung draußen fand ihre Nachahmung und verstärkte Wiederholung hierzulande in einer nicht minder entschiedenen rückläufigen Bewegung, wenn dieselbe auch hier andere Gestalt annahm, von anderen Beweggründen sich leiten ließ. Dem Aufschwung auch in religiöser Beziehung der Regierungszeit Alexanders I., der aufs innigste mit der edlen und frommen Gestalt des Fürsten Galizin verflochten ist, war jetzt gegen das Ende der Herrschaft desselben Kaisers ein Niedergang gefolgt, dem der nun tonangebende Araktschejeff sein verhängnisvolles Gepräge eingedrückt und in dessen Richtung der Mann einlenkte, dem die Leitung des Unterrichtswesens in Rußland damals anvertraut war. Admiral Schischlow witterte in jeder geistigen Bewegung geheimnisvolle Zusammenhänge mit dem „Carbonarismus“; vor den Maulwurfs- gängen dieses in seinen Augen gefährlichsten Feindes sein Land zu schützen, hielt der alte Seemann für eine heilige Lebensaufgabe (vgl. darüber sowohl die Verfassungsgeschichte, S. 307 als auch mein Leben Gohners, II. Aufl., S. 256—284). Als ein wirksames Schutzmittel erschien ihm die schärfste Grenzsperre, daß die geistige Erziehung der Jugend von jeder Verührung mit dem Auslande freibleibe.

Mit dem Verbot, auswärtige Universitäten zu besuchen, war verknüpft die Einbuße der dort niedergelegten Stiftungen. Vorliegender Ulas läßt darauf schließen, daß selbst Gesuche, die Einkünfte jener Stiftungen nach Rußland überzuführen und ihre Ausnützung hiezulande zu erhalten, untersagt war. Ein Ersatz mußte geschaffen werden. Nach einer Seite hin war ein solcher durch die Wiederaufrichtung der unter dem Schwedenkönig Gustav Adolf einstmals gegründeten Dorpater Universität seit 1804 gegeben; die Landeskinder besaßen somit innerhalb der Grenze eine

Hochschule auch für die theologische Ausbildung. Aber der Besuch war den Mittellosen erschwert, fast unmöglich gemacht. Dem Übelstand schuf dieser Erlass erwünschte Abhilfe.

Materiell war damit den reformirten Theologen Littauens und Kleinpolens ein wenn auch notdürftiger, so doch bei der geringen Zahl von Studirenden und bei großer Genügsamkeit in jenen Jahren auskömmlicher Ersatz geboten. Auch was die Unterweisung betrifft, war ein später erst immer schärfer hervortretender Mißstand damals kaum fühlbar. In der theologischen Fakultät jener Tage in Dorpat herrschte noch völlig uneingeschränkt der vulgäre Rationalismus, den in seiner behaglichen Ruhe ungestörten Besigstandes noch kaum ein andersartiger Luftzug behelligte und der für das Sonderbekenntnis der Kirche nicht das leiseste Interesse hatte. Das änderte sich — um eine Zeit anzugeben: von den Tagen der dreihundertjährigen Jubelfeier des Augsburger Glaubensbekenntnisses, — um die Wendung mit einer Persönlichkeit in Verbindung zu bringen: seit der Berufung und Wirksamkeit des Professor Sartorius. Die Anfänge der Wendung waren auch für die reformirten Studenten segensreich, heilsam; sie geleiteten sie aus den dürren, fahlen Niederungen der herrschenden Schul- und Zeitmeinung in die höher gelegenen, warmen Gebiete evangelisch-gläubigen Strebens. Im weiteren Fortgang nahm aber die theologische Fakultät immer schärfer ausgeprägten Charakter an und ward zu einer Hochburg konfessionellen Luthertums. Niemand hat ein Recht, ihr solche Entwicklung zu wehren; sie ist als eine ev.-lutherische Universität wieder ins Leben getreten, sie ist die anerkannte Bildungsstätte für die Söhne der ev.-lutherischen Ostseeprovinzen und der lutherischen Kirche im Inneren des Reiches.

In recht üble Lage wurden durch diese allmähliche Ausgestaltung die reformirten Studenten aus Littauen und Polen versetzt. Als man ihnen in den zwanziger Jahren nur noch den Besuch Dorpats gestattete, konnte niemand solchen Wandel im theologischen Gepräge der Fakultät auch nur ahnen. Als er sich vollzog und dies feste Gepräge annahm, übersah und vergaß man völlig, daß die Universität nun doch auch die einzige Bildungsstätte sei, die nach kaiserlichem Befehle den Söhnen der reformirten Kirche der

beiden Gebiete zugänglich war. Es ist mir in all' den abgelaufenen Jahrzehnten kein Fall bekannt, daß aus der Mitte der Fakultät auf diese Glieder der evangelischen Kirche und ihr Sonderbekenntnis Rücksicht genommen worden wäre, daß sie für dies ihr Sonderbekenntnis Unterweisung, liebevolle wissenschaftliche Belehrung gefunden hätten. Was sie davon ab und zu zu hören bekamen, war die Hervorhebung der Unterschiede, durch welche der Professor seinen theologischen Zuhörern die Wahrheit der lutherischen Lehre zu zeigen versuchte. Es ist ein peinliches Ding für einen Studenten die Wahl, entweder sich gegen den heilsamen Einfluß des Lehrers abzuschließen, um nicht in der Liebe zu der Kirche, der man dienen will, Einbuße zu erleiden, oder aber dem Einflusse mit der warmen, offenen Herzlichkeit der Jugend sich hinzugeben und damit kühl und teilnahmslos gegenüber einer Kirche zu werden, der man seine ganze Lebenskraft weihen soll und deren besonderes Charisma man nicht kennen und darum auch nicht lieben gelernt. Nur einmal in all der Zeit, soweit mir bekannt, ist ein Versuch — nicht aus der Fakultät heraus — gemacht worden, dem auffälligen Übelstand Abhilfe zu verschaffen. Es war damals als Graf Reyserslingk, selbst ein Glied der reformirten Kirche, Rurator der Universität Dorpat geworden. Sein ernstliches Bestreben, den reformirten Studenten der Theologie gerecht werden zu wollen, blieb erfolglos, mußte erfolglos bleiben, weil der nur widerstrebend eingeschlagene Weg von vornherein eines solchen Ausganges gewiß sein konnte. Es schien geboten, an dieser Stelle wenigstens im Hinblick auf die in meinem Besitze befindlichen Schriftstücke die Erinnerung, daß einmal ein solcher Versuch im Jahre 1866 stattgefunden, festzuhalten.

XL.

Nr. 1138 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 31. Mai 1827.

Senatsbesluß (in abgekürzter Wiedergabe).

Der dirigirende Senat hat — auf den Bericht des Ministers der Volksaufklärung und Oberdirigirenden der geistlichen Angelegenheiten fremder Konfessionen, dahin lautend,

daß die litthauisch ev.-reformirte Synode beantrage, 1) daß der Senatsufas vom 24. Oktober 1818 betreffend den Schutz des Eigenthums von Kirchen und Geistlichkeit römisch-katholischer Konfession in den von Polen erworbenen Gouvernements auf das reformirte Bekenntniß in jenem Lande ausgedehnt werde und 2) daß der Generalactor des genannten Synods bevollmächtigt werde, mit den Justizbehörden in Angelegenheiten der reformirten Kirche und Geistlichkeit zu verkehren — befohlen mitzutheilen, daß der Minister in Bezug auf Nr. 1 auf derselben Grundlage und aus denselben Ursachen, aus welchen oben erwähnter Ufas vom 24. Oktober 1818 den Besitz von Kirchen und Geistlichkeit römisch-katholischen und uniatischen Bekenntnisses schützt, er für gerecht ansieht, die Kraft des Ufases auf die protestantischen Bekenntnisse in den Gouvernements von Witebst, Mohilew, Kijew, Wolhynien, Podolien, Minsk, Grodno, Wilna und Bjälostok auszudehnen und in Bezug auf die 2. Bitte es natürlich findet, den Generalactor als Bevollmächtigten Seitens des Synods zum Verkehre mit den Justizbehörden zuzulassen.

Wir bieten diesen Senatsufas in abgekürzter Form, da er ausführlich den der römischen und uniatischen Kirche im Ufas von 1818 gewährten Schutz wiedergiebt. Zur ausschöpflichen Erläuterung des Gebotenen wird genügen, wenn wir mittheilen, daß der Senatsufas vom 24. Oktober 1818 den Gouvernementsverwaltungen obengenannter Gouvernements vorschreibt, daß, wenn von geistlichen Personen und Behörden römisch-katholischen und uniatischen Bekenntnisses Klagen über Nichtzahlung von Prozenten infolge von Verträgen, welche Kirchen, Klöstern, Schulen, Hospitälern und anderen Anstalten der Geistlichkeit zukommen, einkommen, diejenigen Personen, welche sich als schuldig erwiesen haben, ihren Verpflichtungen gemäß der Fundation nicht nachgekommen zu sein, durch die zuständige Behörde zur sofortigen Auszahlung angehalten werden sollen.

Über die Stellung des in dem hier angeführten zweiten Punkt

genannten Generalaltors der Synode, dessen Name auch in der später folgenden Stiftungsurkunde des Gymnasiums von Gluzl auftaucht, entnehmen wir der systematisch geordneten Gesetzesammlung der littauiſch-reformirten Kirche die nötige Aufklärung. In den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts wurde diese wichtige Sammlung auf Grund der großen Agende (Thorn 1636) und der Akte der littauiſchen Provinzialsynoden in polniſcher Sprache zusammengestellt, auch zum Drucke beſtimmt, der aber leider aus unbekannten Gründen unterblieb. Um der Bedeutung der Sache willen wäre wohl eine deutsche Überſetzung und ihre Veröffentlichung wünschenswert, denn die Sammlung enthält faſt die ganze Verfaſſung der littauiſch-reformirten Kirche von 1611 bis zur Zeit der Zusammenſtellung vor ſechzig Jahren. Der einſchlägige Auszug lautet (Zl. II, Kap. 4, Art. 9: von den Bevollmächtigten der Kirche):

§ 1. Bevollmächtigte der Kirche giebt es zwei Arten, die einen wirken kollegialiſch, während die anderen abgeſondert wirken.

§ 2 (bezieht ſich auf die kollegial wirkenden).

§ 3. Hier iſt die Rede von den abgeſondert wirkenden, welche die Provinzialsynode entweder mittelbar oder unmittelbar in beſtimmten kirchlichen Angelegenheiten beſonders bevollmächtigt hat.

§ 4. Solcher Bevollmächtigten giebt es zwei Arten, die einen heißen Provinzial-, die anderen Diſtriktsbevollmächtigte.

Artikel 10. Von den Provinzialbevollmächtigten.

§ 1. Provinzialbevollmächtigte giebt es zwei; der eine überwacht die Schulangelegenheiten inbezug auf die Wilnaſche Akademie, der andere vertritt die rechtlichen (juristiſchen) Angelegenheiten und Formalitäten.

§ 2. Der erſtgenannte iſt ſoſagen der actor intermedius zwischen der Provinzialsynode und der höchſten Bezirksſchulobrigkeit in Littauen, deſhalb muß er der Schulprokurator heißen; der leztgenannte aber iſt der Repräſentant und Vertreter der ganzen Gemeinſchaft (Zednota) als der geſezmäßigen Beſitzerin ihrer Güter in allen Fällen, wo immer es nur gilt Schritte zu thun und rechtliche Fürſorge zu treffen zur Bewahrung oder Wiedererlangung oder Sicherſtellung dieſer ihrer Güter, und deſhalb hat man ihm den Titel eines Altors der reformirten Kirchen im Großfürſtentum

Littauen oder eines Aktors der evangelisch-reformirten Gemeinschaft (Jednoty) im Großfürstenthum Littauen mit dem Zusatz „General-aktor“ beigelegt, zum Unterschied von den Distrikts- oder außerordentlichen Bevollmächtigten, welche früher ebenfalls Aktoren genannt wurden.

Artikel 12. Von dem Aktor der ev.-reformirten Gemeinschaft (Jednoty) im Großfürstenthum Littauen.

§ 1. Das lateinische Wort actor bezeichnet im allgemeinen „Thäter“ (Urheber, Anstifter); im engeren Sinne aber 1) Anwalt der ihm von anderen Personen anvertrauten Rechtsfachen, also Rechtsanwalt (procurator), 2) Anfänger eines Prozesses oder Kläger, 3) rechtmäßiger Besitzer eines Vermögens, welches sich entweder in seinen oder in den Händen anderer befindet, 4) Schauspieler. Damit die vielseitige Bedeutung dieses Wortes niemandem Anlaß gebe zur falschen Deutung oder zum Mißbrauch des Titels eines Aktors unserer Gemeinschaft, wird durch diesen Paragraph betont, daß bei uns dieser Titel einen solchen bevollmächtigten Rechtsanwalt bezeichnet, der durch die Vollziehung der Rechtsfachen unsere ganze littauische Kirche als Eigentümerin öffentlich vertritt. Aus diesem Grunde werden auf den Namen des Aktors sowohl alle Kapitalien, Obligationen und Versicherungen, dieser Kirche angehörend, verschrieben, wie auch unter seinem Namen alle zwischen dieser Kirche und irgendeinem anderen obwaltenden Übertragungen (transactiones) und Geschäfte befördert, Kontrakte abgeschlossen und Prozesse geführt.

§ 2. Daraus ersieht man, daß der Aktor unserer Gemeinschaft, obschon nicht mit der ganzen Gemeinschaft gleichbedeutend, dennoch als Repräsentant derselben in den Rechtsfachen und in allen Landesgerichtsbarkeiten ein sehr wichtiges und angesehenes Amt bekleidet, zu welchem nicht eine beliebige, sondern nur eine solche Persönlichkeit gebraucht werden kann, welche die dazu erforderlichen Eigenschaften besitzt.

§ 3. Diese Eigenschaften, welche unsere Kirche von ihrem Aktor fordert, sind folgende: 1) er muß nicht nur in unserer Religion gut befestiget, sondern auch ein Mann rectae et probatae conscientiae sein; 2) ist es erforderlich, daß er aus einer Adelsfamilie stamme und im Lande eine gewisse Bedeutung und An-

sehen habe; 3) muß er in Littauen wohl situiert sein (*bene possessionatus*); 4) muß er im besonderen eine genaue Kenntniß der Landesgesetze besitzen, welche ihn befähigt, die kirchlichen Rechtsangelegenheiten richtig zu führen.

§ 4. Da aber die Rechtsangelegenheiten aus der Streitfrage um den Unterschied zwischen mein und dein hervorgehen, so besteht deshalb das Amt eines Aktors im allgemeinen in der Überwachung der Unversehrtheit (*Unverlegbarkeit*) aller Kapitalien und aller unserer Gemeinschaft zugute kommenden Rechte und Schenkungen oder in der vollgültigen Verwaltung des ganzen kirchlichen Vermögens.

§ 5. Mit der Verwaltung des oben genannten Amtes beschäftigt sich eigentlich unsere „Schul-Ökonomie-Kommission“, doch so, daß alle *actus juridicales* derselben durch den Vorsitzenden dieser Kommission als durch den Aktor und bevollmächtigten Repräsentanten der Gemeinschaft in den Rechtsangelegenheiten, sei es mittelbar oder unmittelbar (*mediate vel immediate*) befördert werden.

§ 6. Somit sind die besonderen Pflichten unseres Aktors folgende: 1) die kirchlichen Rechtsangelegenheiten in allen littauischen Behörden (*subselia*) zu überwachen, dieselben mit dem größten Fleiß und mit Vorsicht auf gesetzlichem Wege zu führen, im Falle der für uns ungünstigen gerichtlichen Urteile von der niederen zur höheren Instanz (*a minori ad majus subselium*) zu appelliren und dieselben *ad ultimum convictionis gradum et executionem* nach dem gerichtlichen Urteilspruch durchzuführen, entweder selbst, wenn es durchaus erforderlich ist, oder durch seine Subalterne und Substitute; 2) alle von der Provinzialsynode in *forma juris* ausgefertigten Schriftstücke oder Dokumente zu unterzeichnen; 3) über die durch die Kommission inbetreff des kirchlichen Eigentums besprochenen Angelegenheiten oder die von ihr mit jemandem sei es mündlich oder schriftlich getroffenen Verabredungen auf seinen Namen lautende formelle Kontrakte auszufertigen; 4) in unvorhergesehenen und unaufschiebbaren Angelegenheiten des kirchlichen Eigentums die Stelle der Kommission zu vertreten; 5) die Provinzialsynoden stets zu besuchen, um bei den Berichterstattungen der Distrikte auch über seine eigene Thätigkeit in dem verflossenen Jahre

zu berichten und für das kommende Jahr neue Informationen zu empfangen.

§ 7. Damit aber der Altor die ihm verliehene Macht nicht mißbrauche, behält sich unsere Gemeinschaft vor, daß der Altor ohne die Erlaubnis der Provinzialsynode oder des Kollegiums der Kuratore weder neue Prozesse anfangen, sondern nur die angefangenen fortsetzen, noch endgültige Vereinbarungen (*combinationes finales*) abfassen, noch Kontrakt schließen, noch die kirchlichen Kapitalien heben, noch die gehobenen oder durch seine Bemühung zurüdgekommenen unterbringe, unter Androhung der Nichtigkeit (*sub nullitate*) aller solcher Abmachungen, noch schließlich sein Amt nicht anders niederlege, als nur persönlich und feierlich auf der Provinzialsynode, nachdem er zuerst alle von ihm gegen Quittung aus dem Archiv genommenen Dokumente, Schriftstücke und Bücher derselben zurückerstattet hat, wenn er von seiner Thätigkeit als Altor gänzlich befreit werden will.

§ 8. Im Falle der Krankheit oder des Todes des Generalaltors soll seine Stelle der Vizealtor der Gemeinschaft sofort vertreten, wie es bis zum Jahre 1796 einschließlich üblich war.

An Stelle des „Generalaltors“ ist seit 1829 das Wilnasche ev.-reformirte Kollegium getreten, über welches die folgende Urkunde zu vergleichen ist.

XLI.

Nr. 4674 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 24. Juni 1831.

Senatsukas auf allerhöchsten Befehl über die Anerkennung des Wilnaschen reformirten Kollegs in seiner Eigenschaft als Behörde.

Der dirigirende Senat läßt sich den Rapport des Oberdirigirenden der geistlichen Angelegenheiten fremder Konfessionen vom 5. Junj 1831 vortragen, daß — auf Bitte des littauischen Synods wegen Anerkennung des Wilnaschen reformirten Kollegs als Behörde mit Bestätigung eines Etats für dasselbe und Ausdehnung der Vorrechte des Staatsdienstes auf seine weltliche Mitglieder und seine Kanzlei — der Herr Oberdirigirende sich mit einer Vorstellung an das Minister-

comite gewandt und seine Meinung dahin ausgesprochen habe, daß in Übereinstimmung mit dem Wunsche des littauisch-evangelischen Synods das Wilna'sche ev.-reformirte Kolleg als Behörde anerkannt werde mit Ausdehnung der Rechte des Staatsdienstes auf die weltlichen Mitglieder und seine Kanzlei und zugleich, daß der für dasselbe von dem littauisch-reformirten Synod angefertigte Entwurf eines Etats bestätigt werde, mit der Bedingung, daß über die von dem Synod zum weltlichen Vorsitzenden und geistlichen stellvertretenden Vorsitzenden ernannten Personen jedes Mal zur Bestätigung an die Hauptverwaltung der geistlichen Angelegenheiten fremder Konfessionen vorgestellt, die Anstellung aber der übrigen Glieder und der Schriftführer des Kollegs dem Synod selbst zugestanden werde.

Der Herr und Kaiser hat auf den Beschluß des Ministercomites diese Vorstellung seiner Allerhöchsten Bestätigung zu würdigen geruht. Indem der Herr Oberdirigirende davon dem dirigirenden Senate Mittheilung macht und hierbei eine Abschrift des Etats des Wilna'schen reformirten Kollegs hinzusetzt, hat er sich hierüber von wem gehörig die nöthigen Vorschriften erbeten.

Der Senat befiehlt von diesem allerhöchsten Befehl unter Anfügung des Exemplares des allerhöchst bestätigten Etats des Wilna'schen reformirten Kollegs Kunde zu geben allen Gouvernements- und Gebietsverwaltungen, den Behörden und Kriegskanzleien, zugleich auch den Ministern, Generalgouverneuren, Kriegsgouverneuren, die zugleich das Civil-Resort verwalten, und Statthaltern.

Etat: ein weltlicher Vorsitzender; ein geistlicher stellvertretender Vorsitzender; je drei geistliche und weltliche Curatoren; ein Generalsecretär; ein Protokollist; ein Registrator; sechs Kanzleidiener.

Auch sachlich berührt sich diese Verordnung mit der unmittelbar vorangehenden; denn das bezeichnete Kolleg ist der Erbe des eben erwähnten „Generalaltors“ und in den Besitz der diesem zu-

gewiesenen Obliegenheiten und Pflichten getreten. Um deswillen bedarf es unter Verweisung an die in der vorigen Urkunde genau angegebenen Amtsbefugnisse hier keiner weiteren Erläuterung (vgl. übrigens auch die Bemerkungen zu Nr. XLIV).

XLII.

Nr. 10903 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 18. Januar 1838.

Allerhöchst bestätigter Beschluß des Ministercomites, eröffnet durch den Justizminister.

Der Minister der Volksaufklärung hat dem Justizminister mitgetheilt, daß auf Grund des allerhöchst am 14. April 1823 bestätigten Reichsrathsgutachten jährlich aus dem Reichsschatz 1200 Rubel zum Unterhalt von sechs Zöglingen der litauisch-reformirten Synode zur Verfügung der Dorpater Universität abgelassen werden. Dieser Fond (funduschi), welcher die eingebüßten ausländischen Stiftungen ersetzen sollte, ist für ewige Zeiten als eine bleibende Stiftung belassen worden. In Veranlassung einer Vorstellung des weiß-russischen Curatoriums an das ihm anvertraute Ministerium in Betreff des Vorschlags des genannten Synods über Entsendung von Zöglingen des Synods in eine von den Universitäten der beiden Hauptstädte, um sie zur Besetzung von Lehrerstellen am Sluzker Gymnasium und zur Vervollkommenung in der russischen Sprache auszubilden und in Betrachtnahme des Gutachtens des Ministers des Innern, welcher auch diese Meinung theilt, hat der Geheimrath Uwarow eine Denkschrift über diesen Gegenstand ins Ministercomite eingebracht, auf dessen Beschluß der Kaiser am 18. Januar allerhöchst zu befehlen geruht hat, aus der Zahl der bei der Dorpater Universität errichteten sechs Stipendien von je 200 Rubel zum Unterhalt von sechs Zöglingen des litauisch ev.-reformirten Synods zwei Stipendien, nämlich 400 Rubel im Jahr zur Petersburger Universität überzuführen behufs Unterhalts in der Zahl studentischer Pensionäre von zwei

Zöglingen jenes Synods, welche bestimmt sind, einst im Sluzker Gymnasium Lehrerstellen zu bekleiden, unter der Bedingung jedoch, daß der Rest dieser Summe ihnen nach Beendigung des Lehrcursus zur Bestreitung der Rückfahrt ausbezahlt werde.

Zur Erläuterung dieser Verordnung verweisen wir zunächst auf die ausführliche Erörterung, die wir der Urkunde Nr. XXXIX beigelegt und ergänzen hier nur noch, daß schon 1823 die sechs Stipendien nicht ausschließlich für Theologen bestimmt waren. Die Anzahl der Pfarrstellen ist eine so geringe, daß für so viele Kandidaten nur eine überlange Wartezeit bis zum Eintritt ins Amt bevorstände. Aber das Sluzker Gymnasium bedurfte eines Nachwuchses von Philologen, für welche eine gründliche Kenntniß der russischen Sprache sich im Laufe der Zeit als ein immer dringenderes Bedürfnis herausgestellt hatte. Dies konnte in Petersburg viel leichter befriedigt werden als in Dorpat, zumal nachdem in den dreißiger Jahren eine tüchtige Vorbereitungsanstalt für Philologen ins Leben gerufen war. Es war nicht schwer, eine Abzweigung und Übertragung von 400 Rubel aus dem für Zöglinge des littauisch-reformirten Synod festgesetzten Stipendienfonds auf die Petersburger Universität zu erwirken; es kam solches Gesuch den Wünschen der Regierung entgegen. Die in dem Erlaß erwähnte Denkschrift von Uwarow ist mir nicht zu Gesicht gekommen.

XLIII.

Nr. 13854 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 11. Oktober 1840.

Der dirigirende Senat hat sich den Rapport des Verwalters des Ministeriums des Innern vortragen lassen, daß S. Majestät am 15. September allerhöchst befohlen hat, den littauisch ev.-reformirten Synod in den Wilna'schen umzubenennen.

Alle Bemühungen, den Grund zu dieser Umbenennung in unumwundenen Äußerungen der Behörde ausfindig zu machen, waren erfolglos. Vonseiten des Synods ist selbstverständlich kein darauf hinzielender Wunsch geäußert worden. Ihr konnte nur an dem altgewohnten Namen gelegen sein, der ihr eine vergangene, glänzende Zeit der Selbständigkeit des Volkes ins Gedächtnis zurückrief, für den Synod insbesondere, den engen Zusammenschluß der Kirche mit den hervorragendsten Gliedern des Volkes, die schwere Drangsalzeit der Glaubensgenossen während der Jahrhunderte, in welchen seit der Lubliner Union die Reformirten in Littauen die gleiche Verfolgung erduldeten wie ihre Brüder in Polen. Den Anlaß der Namensänderung haben wir wohl in Petersburg zu suchen. Die Zeit des Erlasses läßt uns vielleicht darauf schließen, daß er unter den Erstlingen den damals aufkommenden Bestrebungen seinen Ursprung dankt, welche die westlichen Provinzen völlig dem russischen Reiche auch dadurch einverleiben wollten, daß möglichst alle Erinnerungen an eine andere Vergangenheit aus dem Gedächtnis der Leute entfernt werde. Diese Bestrebungen haben dann in ihrem weiteren Vordringen von Süden nach Norden die litthauische Grenze überschritten und sich in den Ostseeprovinzen seit den vierziger Jahren in der unvergeßbaren Weise kund gethan.

XLIV.

Aus dem Reichsgesetzbuch: XI. Bd., I. Th., Ausgabe von 1857 mit den Ergänzungen von 1885.

Über die Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten der ev.-reformirten Gemeinden. I, Abth. Allgemeine Bestimmungen.

§ 790. Die Kreisverwaltung der geistlichen ev.-reformirten Angelegenheiten in den westlichen Gouvernements unterliegt dem in Wilna gegründeten Synod und den Kollegien dieses Bekenntnisses; in den andren Gouvernements unterliegt dieselbe den örtlichen ev.-lutherischen Konsistorien, deren Sitzungen, welche zu Verhandlungen und Entscheidungen in diesen Angelegenheiten anberaumt werden, laut untenstehen-

den Regeln in ihrer Zusammensetzung modifizirt und Reformirte Sitzungen genannt werden.

§ 791. Der Wilnaer ev.-reformirte Synod hat keine bestimmte Anzahl Mitglieder. Er wird gebildet aus allen Ehrenmännern reformirten Bekenntnisses geistlichen und adligen Standes des Westgebietes des Reiches und hält eine bis zwei Versammlungen jährlich, um die wichtigsten Angelegenheiten betreffend die unter seiner Verwaltung stehende ev.-reformirte Kirche zu entscheiden. Die Verwaltung ihrer laufenden Geschäfte ist dem Wilnaer reformirten Kollegium anvertraut, welches einen Monat im voraus Zeit und Ort der Synodalversammlung dem Gebiets-Chef zu berichten und nach Auflösung derselben dem Minister des Innern durch den Gebiets-Chef die Abschrift der Synodal-Protokolle zu unterbreiten hat.

§ 792. Die Sitzung des Wilna'schen reformirten Kollegiums ist zusammengesetzt aus dem dem weltlichen Stande angehörigen Vorsitzenden, aus dem dem geistlichen Stande angehörigen stellvertretenden Vorsitzenden und aus je drei geistlichen und weltlichen Mitgliedern. Das Kollegium besitzt eine Kanzlei, bestehend aus dem Generalschriftführer, Registrator und einer bestimmten Anzahl Kanzleibeamten.

§ 793. Der Vorsitzende des Kollegs sowie sein Stellvertreter werden von dem Synod gewählt und vom Minister des Innern bestätigt. Die Anstellung der übrigen Mitglieder hängt von dem Synod selbst ab.

§ 794. Die weltlichen Mitglieder des Kollegs und die Beamten der Kanzlei werden als im Staatsdienste stehend betrachtet.

Vorstehende Artikel, die sich nur auf den Wilna'schen reformirten Synod beziehen, bilden den Anfang der allgemeinen Bestimmungen über die Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten der ev.-reformirten Gemeinden. Die weiteren drei Artikel des gleichen Abschnittes (§ 795 — 797) sind unter Nr. XV dieser Sammlung gegeben, da sich ihr Inhalt auf die anderen reformirten

Gemeinden des Reiches in erster Linie bezieht, der Wilnaer reformirte Synod nur mittelbar davon berührt wird.

Es mag an dieser Stelle gestattet sein, das Bild einer Synodalversammlung und einen Überblick über den gegenwärtigen Bestand der zu diesem Synod zählenden Gemeinden in Ergänzung zu dem in der „Geschichte“ Gesagten (S. 258) zu geben.

Sämtliche ev.-reformirten Gemeinden in den Gouvernements Wilna, Grodno, Nowo, Minsk, Mohileff, Witebsk, und in neuerer Zeit Wolhynien sind organisch durch die Synodalverfassung mit einander verbunden. Zur Teilnahme an der Synode berechtigt ist jedes männliche, gebildete und mündige Glied der reformirten Kirche dieser Provinzen; bei den Verhandlungen jedoch haben eine entscheidende Stimme nur die geistlichen und weltlichen Kuratoren, sowie die Abgeordneten der einzelnen Bezirke, während den übrigen Teilnehmern nur eine beratende Stimme zugestanden ist, um in solcher Ordnung einerseits der öffentlichen Meinung Freiheit der Äußerung einzuräumen, anderseits den etwaigen Ausschreitungen unerfahrener und mit den ernststen Lebensfragen einer Kirche weniger vertrauten Leute einen Kiegel vorzuschieben. Jede Synodalversammlung beginnt mit einem öffentlichen Gottesdienst, an welchen sich unmittelbar die Eröffnung der Synode durch den Generalsuperintendenten anschließt. Ihre erste Arbeit ist die Wahl eines Direktors aus dem Adel, ferner die Wahl eines Zensors aus dem geistlichen Stande, der auf die Ordnung im Geschäftsgange und während der Sitzungen zu achten hat, die Wahl von drei bis fünf Kuratoren aus dem geistlichen und weltlichen Stand, die Wahl dreier Notare, deren einer die laufenden Geschäfte, der andere die gesetzgebenden Beschlüsse, der dritte den Schriftverkehr besorgt. Einem Ausschuss der Synode, Synedrium genannt, liegt die Stellenbesetzung, die Disziplin unter den Geistlichen, sowie die Ehecheidung ob. Außerdem wird in dieser ersten Sitzung noch Zeit und Dauer der Synode festgesetzt, deren einzelne Sitzungen jedesmal mit einem kurzen Gottesdienst in der Kirche begonnen werden, wobei man von altersher zum Schlusse das Lied „Komm, heiliger Geist“ regelmäßig singt.

In der folgenden Sitzung erstattet der Generalsuperintendent Bericht über seine Thätigkeit im verfloffenen Jahre und schreitet

dann die Versammlung zur Wahl eines Generalsuperintendenten für das beginnende Geschäftsjahr aus der Zahl der Bezirks-superintendenten, wobei jedoch eine Wiederwahl nicht ausgeschlossen, vielmehr herkömmlich ist. Zu dem Geschäftskreis der Synode gehört die Verfügung über den Unterhalt des gesamten Kirchenwesens. Die Kirchen, Schulen, die Armen, Witwen und Waisen, sowie die Erziehung der unbemittelten Jugend werden aus dem Synodalfonds unterhalten, welcher aus Vermächtnissen der Vorfahren entstanden, auch gegenwärtig noch von Zeit zu Zeit durch neue Verschreibungen und Stiftungen Zuwachs erhält. Die Jahreseinkünfte aus diesem Fonds belaufen sich augenblicklich (1887) auf 31 137 Rubel, über deren Verwendung die Synode im Laufe ihrer Sitzungen entscheidet, während die Verwaltung des Vermögens dem Wilnaschen reformirten Kollegium übertragen ist, über welches Nr. XLI dieser Sammlung nähere Auskunft giebt.

Das Gebiet des Wilnaschen ev.-reformirten Synods, das wie erwähnt sieben westliche Gouvernements umfaßt, ist in drei Superintendentur-Bezirke eingeteilt, der wilnasche, weißrussische und littauische oder samogitische. Der wilnasche Bezirk, der sich über die Gouvernements Wilna, Romno, Grodno und Wolhynien erstreckt, enthält die Kirchspiele: Wilna, Reidany und Dziemaltow im Gouvernement Romno, Niepołojczyce im Gouvernement Grodno und aus neuerer Zeit die beiden böhmischen Ansiedelungen Bora-tin und Rupiczewo im Gouvernement Wolhynien; der weißrussische Bezirk, der die Gouvernements Minsk und teilweise Grodno umfaßt, enthält die Kirchspiele: Tjabellin im Gouvernement Grodno und im Gouvernement Minsk die Gemeinden Sluzk, Roidanow, Ropyś; der littauische Distrikt enthält die im Gouvernement Romno gelegenen Kirchspiele: Birsen, Radzivilischki, Poppel, Schwabischki, Kjelmy. Die Größe der Gemeinden ist eine sehr ungleiche; während in dem samogitischen Bezirk etwa 8200 Seelen eingepfarrt sind, zählt der weißrussische nur etwa 160 Gemeindeglieder, der wilnasche etwa 700, von welchen über die Hälfte auf die beiden böhmischen Kolonien kommen. Und diese verschwindend kleinen Ziffern der beiden letzten Distrikte verteilen sich nicht bloß auf die angegebenen Gemeinden, sondern auch noch auf eine An-

zahl dazu gehöriger Filiale, von denen im Laufe der Zeit eins nach dem andern ausstirbt, ein Geschick, dem auch noch ein paar Kirchspiele zu verfallen drohen, ihm schon verfallen wären, wenn nicht alte Stiftungsgelder für den Unterhalt der Kirchen sorgten.

Der Grund für dieses Dahinsiechen ist zum Teil darin zu suchen, daß gegenüber den Landesgesetzen an ein Wachstum der Gemeinde durch Übertritt aus der Staatskirche nicht zu denken ist, dagegen durch die nicht seltenen Mißhehen die Nachkommen unwiderruflich der Staatskirche verfallen, und daß die männliche Jugend die vom Weltverkehr völlig entlegenen, schier weltvergeffenen heimischen Gemeinden verläßt, um anderwärts einen lohnenden Beruf zu finden. Nicht übersehen darf auch die Nachwirkung werden, welche von der verhängnisvollen Versäumnis aus dem 16. Jahrhundert bis heute sich verspüren läßt, daß damals die reformirten Magnaten nicht das Landesgesetz in gleicher Weise wie die Katholiken zur Ausführung gebracht, die zahlreichen Hörigen auf ihren Gütern, den Bauernstand — wenn das Wort auf polnische damalige Verhältnisse anwendbar ist — zum Anschluß an das Bekenntnis des Gutsherrn anzuhalten. Die Scheu vor einer derartigen Nötigung aufseiten der reformirten Magnaten, vielleicht auch bei einzelnen eine gewisse Sorglosigkeit, die sich um das religiöse Leben ihrer Untergebenen wenig kümmerte, kam in der Folge reichlich der römischen Kirche zugute. Das Herrenhaus war reformirt geworden, aber seine Bewohner starben aus oder verzogen oder machten im Wandel der Geschichte anderen Platz; das Dorf dagegen war römisch geblieben und wechselte seine Insassen nicht. Nur im eigentlichen Littauen brachten die hochangesehenen Magnaten das Gesetz zur Ausführung und darum hat sich hier bis zur Stunde ein starker reformirter Gemeindestand erhalten, der sich nach mehr wie einer Seite in Sprache, Sitte und Brauch vortheilhaft von seinen römisch gebliebenen Landesgenossen unterscheidet. Wer die Gegend auch nur flüchtig durchwandert hat, wird sich des Unterschieds gar bald bewußt. Schon von weitem heimelt ihn das reformirte Dorf an, kenntlich an dem Schornstein der Hütte, der den Rauch des Feuerherdes nach außen führt, während der Katholik noch in den elenden Hütten hauset, aus deren Thüren und

Fenstern der Rauch einen notdürftigen Ausgang sich bahnt. Und dem ähnlich der ganze übrige Zuschnitt im Dorf, im Haus, in der Schule, in der Kirche. So war es wenigstens noch, als ich vor fünfzehn Jahren das Gebiet durchstreifte.

XLV.

Stiftungsurkunde der Schule in Sluzt aus dem Jahre 1630.

Christophorus Radziwil, durch Gottes Gnade Herzog in Birsen und Dubnik, des heiligen Römischen Reiches fürst, feldhauptmann (campiductor) des Großherzogthums von Littauen, thue hiermit Allen und Jedem, die diese Urkunde kennen lernen, kund und zu wissen:

Wenn auch die Gründe nicht vorhanden wären, welche den fürsten und den durch reiche und ausgezeichnete Gaben in Kirche und Staat von Gott geadelten Männern die Sorge für die Schulen ans Herz legete, so könnte sie schon die bloße Pietät und ihr Gewissen an. diese ihre Schuld gemahnen. Da es nämlich unter den menschlichen Gaben nichts giebt, was nicht aus göttlichem Segen seinen Ursprung nimmt, so müssen wir alle Kraft der uns von Gott verliehenen Gaben zum Lob und Preis seines Namens verwenden. Die Sache selbst spricht dafür, wie sehr es zum Preise Gottes gereiche, wenn die christliche Jugend vom zartesten Alter an in den Lehren der Frömmigkeit und der freien Künste unterwiesen wird. Mögen wir den Zustand der in unsren Tagen blühenden Kirchen oder Staaten ins Auge fassen, so werden wir erkennen, daß nach Gott und der Sorgfalt der Obrigkeit dieser blühende Zustand von einer richtigen Unterweisung der Jugend stamme; wenn wir uns dagegen allüberall die Züge der in Finsterniß und Verfall versinkenden Anwesen unter die Augen rücken, werden wir leicht abnehmen können, daß solch' unheilvoller Verfall aus der Vernachlässigung und dem Verkommen der Schule entsprungen sei. Außer der Pflicht der Frömmigkeit drängen uns aber auch noch

andere Ursachen, der Pflege der Schule ernstlichst obzuliegen. Da es nun Aufgabe eines guten Bürgers ist, das Wohl und Gedeihen des Landes, in welchem er geboren ist, zu fördern und insbesondere die vaterländische Jugend für das gesammte Staatswesen von Kindesbeinen an zu schulen, so wird er dies sicherlich durch kein geeigneteres Unternehmen leisten, als durch Gründung von Heimstätten der Wissenschaften und Tugenden und daß er an die Spitze derselben rechtschaffene, gelehrte und unverdrossene Lehrer stellt.

Daraus ergibt sich demnach, daß fromm und weise in dem Testamente des seligen Angedenkens sehr erlauchten Fürsten Januß Radziwil, Herzogs in Birsen, Dubnisi, Sluzk und Kopyl, des heiligen Römischen Reiches Fürsten, des Kastelans von Wilna und Hauptmannes von Borissow, unsres innigst geliebten Bruders, dies bestimmt und vertrauensvoll unsrer Ausrichtung übertragen wurde, daß, ohne die Volljährigkeit des sehr erlauchten Boguslaw Radziwil, unsres von diesem unsrem erwähnten Bruder zurückgelassenen Mündels und sehr geliebten Neffen abzuwarten, eine öffentliche Schule von uns auf den Erbgütern des sehr erlauchten Boguslaw Radziwil eröffnet werde. Nachdem in dieser Angelegenheit bereits von vielen Herrn, Patronen und Pflegern der christlichen evangelischen Religion im Großherzogthum Littauen Geldmittel gesammelt worden sind, war es unsre Aufgabe, den Willen unsres selig entschlafenen Bruders und den Wunsch aller für Kirche und Vaterland Wohlgesinnten nicht länger hintanzusetzen, sondern nach Berathung und mit Zustimmung der 1627 und in den folgenden Jahren in Wilna abgehaltenenen großherzoglich littauischen Provinzialsynoden, die Gelehrtenschule, die schon vorher von uns in Sluzk ins Leben gerufen war, durch vergrößerte Stiftungen und Einkünfte zu vermehren und zu erweitern.

Mit dem Wunsche, daß Gott der Allmächtige und Allgütige, Schöpfer und Leiter aller Dinge, seine heimgesuchte Kirche, das Vaterland, unser Haus segnen und beglücken möge, haben wir in seinem hochgepriesenen Namen in der erwähnten herzoglichen Stadt Sluzk des sehr erlauchten Her-

jogs Boguslaw in Kraft und Würde eines Testamentsvollstreckers und gemäß der Verpflichtung seines selig in dem Herrn entschlafenen Vaters, eine Schule oder ein öffentliches Gymnasium gegründet, errichtet und eröffnet, und gründen, errichten und öffnen es durch dieses unser gegenwärtiges Schriftstück. Außer der dieser Schule, dem Alumnat oder Seminar zu Sluzk aus dem Gute Mieszkowice von uns schon früher für ewige Zeiten eingeschriebenen Jahresrente, außer den Gütern Bolehowicze und Proszczyce, welche im Palatinate von Nowogrod nach Hypothekenrecht von uns diesem Alumnat zur Nutznießung überlassen wurden, außer diesem allen weisen wir durch gegenwärtige Urkunde an und tragen wir ein als Gehalt der in der Schule zu Sluzk unterweisenden Lehrer eine Jahressumme von neunhundert Gulden polnischer Währung, welche aus den Zöllen der Stadt Sluzk von dem jetzt und in der Folge vorhandenen Steuereinnehmer in zwei jährlichen Raten zu zahlen sind und zwar am ersten Januar jeden Jahres 450 und am Tage Johannis des Täufers wiederum 450 Gulden.

Wir fügen um besserer Ordnung willen bei, einmal, daß dieses Geld durch die Hände der von der Wilnaer Synode erwählten Schulrätthe (Scholarchen), denen allzeit ein von uns bestimmter beigegeben wird, den Lehrern zukommt und dann, daß diese Herrn Schulrätthe sich Mühe zu geben haben, nur rechtschaffene, gelehrte und in der Kunst des Unterweisens erprobte Männer zum Lehramte zuzulassen und in erster Linie nur solche, welche entsprechend der evangelischen Religion an den dreieinigen Gott glauben, und endlich, daß sie die Zahlung also theilen, um außer dem Rector noch drei Collegen allzeit besolden zu können. Wenn aber etwas an der von uns ausgesetzten Summe fehlen sollte, so werden die Herrn Schulrätthe dies nach ihrem Verständniß aus andren Sammlungen und Einkünften der Schule ergänzen. Zu ihren Pflichten gehört, darauf zu achten, daß die Ordnungen und Gesetze der Schule zu Sluzk, sowohl die, welche mit unsrer Guttheißung aufgestellt und durch Druck in Lübel 1628 veröffentlicht wurden, als auch diejenigen, welche in Betreff der

Alumnen 1627 von der Wilnaer Synode gefaßt und außerdem auch die, welche später ebenfalls von der Synode zu Wilna 1629 über das Schulwesen im Allgemeinen veröffentlicht wurden, durch keines Menschen eigenwilliges Verfahren verändert, sondern heil und unverletzt in aller Folgezeit beobachtet werden. Wenn aber der Menschen und Zeiten Verhältnisse es rathsam machen sollten, daß an jenen Gesetzen etwas verändert oder beigefügt werde, so darf dies nicht ohne vorherige Berathung der Provinzialsynode und ohne unser Wissen und Gutheißen geschehen. Über geringfügigere und veränderliche Angelegenheiten aber, wie Übungen im Disputiren und Declamiren, wie Prüfungen, Aufführungen und andere öffentliche Handlungen, ebenso in Betreff der Aufnahme und Entlassung der Zöglinge, ihrer Überführung auf auswärtige Hochschulen, über Gehaltsvereinbarung mit den Lehrern und ihre Entlassung, über Änderung in der Schulzucht, über Berechnung der Schuleinkünfte, über alles dieses wird den vollzählig versammelten Schulräthen frei gestellt, der Sache gemäß zu entscheiden, so jedoch, daß sie alljährlich über ihre Handlungen und Verfügungen der Provinzialsynode und uns Rechenschaft abzulegen gehalten sind. Zu alledem verfügen wir, daß alle unsre Schreiben in Betreff der Geldleistungen und Einkünfte dieser Schule, die früher von uns erlassen sind, als durch diese unsre gegenwärtige Urkunde für hinfällig, aufgehoben und vernichtet angesehen werden sollen.

Daß dies Alles und jedes Einzelne, für das Gemeinwohl bestimmt, unser sehr erlauchter Nefse und Mündel, sobald er volljährig geworden sein wird, zu Recht bestehend halten wird, dafür flößt uns volle Hoffnung und Vertrauen ein außer der Verpflichtung des väterlichen Willens seine eigne vorzügliche Begabung, die zu Großem und Hohem aufstrebt. Im Vertrauen auf dieses alles geben und überliefern wir gegenwärtige Urkunde als eine gewisse und unverletzbare Schrift und Verpflichtung, eigenhändig von uns und den als Zeugen von uns erbetenen edlen Herrn Stanislaus Krzyszkowski, Daniel Naborowski und Peter Kochlewski unter-

schrieben und besiegelt, der Hut und Sorge des hochedlen Actors der evangelischen Kirchen des Großherzogthums Littauen, insbesondere der zu Wilna, dem jetzigen als auch dem in Zukunft seienden.

Gegeben zu Sluzk, am 6. November 1630.

Ch. Radziwil, Herzog.

(folgen die Unterschriften der erbetenen Zeugen).

Ich bestätige diesen Brief:

Boguslaw Radziwil

Groß-Bannerträger des
Großherzogth. von Littauen.

XLVI.

Schließung beziehungsweise Umgestaltung der Schule in Sluzk im Jahre 1868.

Das nach allgemeiner Sitzung erfolgte Gutachten des Reichsraths in Betreff der Schließung einiger und der Umgestaltung andrer mittlerer Lehranstalten des nord-westlichen Gebietes, sowie über die Verwendung eines Theiles der diesen Anstalten gehörenden Summen für die weiblichen Erziehungs-Lehranstalten daselbst hat S. Majestät allerhöchst geruht allergnädigst zu bestätigen und befohlen, dieses sofort in Ausführung zu bringen.

(unterzeichnet) Präsident des Reichsraths: Konstantin.

Wir geben die beiden in Form und Inhalt so völlig andersgearteten Schriftstücke in ununterbrochener Reihenfolge: die schöne Stiftungsurkunde der durch ein paar Jahrhunderte gesegneten Kirchenschule zu Sluzk, ein wertvolles und hochgehaltenes Kleinod der littauischen reformirten Synode aus den Tagen der Reformation, und die schmerzlich empfundene Wegnahme kurzer Hand in unsren unholden Tagen. Ein paar erläuternde Worte beanspruchen die beiden Schriftstücke. Zunächst die ohne Erklärung unverständliche zweite Urkunde, die eine so tiefe Wunde unerwartet der littauischen

reformirten Kirche schlug und vernichtete, was sie in treuer Pietät als Erbe der Väter so lange gehütet.

Das in dem Befehl des Reichsraths erwähnte ausführliche Gutachten, das die alte Radzivilische Stiftung aufhob, lautet (so weit sich dasselbe auf Gluzl bezieht und den Schritt wider die dortige Schule beleuchtet):

Gutachten des Reichsraths.

„Den Vorschlag des Ministers der Volksaufklärung inbetreff Schließung dieser und Umgestaltung andrer mittlerer Lehranstalten im nordwestlichen Gebiete und der Verwendung eines Theiles der diesen Anstalten gehörenden Summen zur Verbesserung der weiblichen Bildung zu verwerten zu bestätigen und in Folge dessen:

1) das Gymnasium in Swenziana und Nowogrudsł mit ihren Leitungen, sowie das Progymnasium von Telscha zu schließen; anstatt ihrer in den obengenannten Städten zweiklassige Kreis-schulen zu gründen, auf gleicher Grundlage mit den anderen gleichartigen Anstalten des Wilnaer Lehrbezirks;

2) die Progymnasien von Wilna, Brest Litowsk und Bobruisk umzugestalten, das erste in ein Gymnasium, die letztere in Progymnasien nach dem Ustav und Etat vom 19. November 1864, mit dem Bedingen jedoch, daß dieser Etat nicht früher in diesen Anstalten eingeführt werde, als bis die dazu nötigen Ergänzungssummen verabsolgt sind;

3) auf derselben Grundlage das Gluzler Gymnasium umzugestalten, jeglichen Einfluß der Wilnaer reformirten Synode zu beseitigen und dieser Synode nur das Recht zuzugestehen, mit Genehmigung der Schuldistrikt-Obrigkeit einen Religionslehrer der reformirten Konfession anzustellen, sowie auch ein Konvikt oder eine allgemeine Wohnung für arme Schüler reformirten Bekenntnisses auf Grundlage der Verordnungen für Privat-Erziehungsanstalten zu unterhalten;

4) die bei den genannten Anstalten dienenden Beamten, welche bei der Umgestaltung dieser Schulen keine andere Verwendung finden, außer Etat zu setzen, jedoch mit dem Vorrechte, daß diejenigen Beamten des Gluzler Gymnasiums, die unter dem Schutze des reformirten Synods stehen und noch nicht die volle

Anzahl Dienstjahre, welche zur Erhaltung einer Pension aus dem kaiserlichen Rentamte berechtigen, ausgedient haben und würdig befunden werden, ihre Lehrthätigkeit in irgendeiner Kronslehranstalt fortzusetzen, in den besagten Anstalten zu belassen, bis sie die nöthigen Jahre zur Pension abgedient haben u. s. w. u. s. w. (folgen noch sieben weitere Artikel, die ohne Bezug auf das Gluzler Gymnasium sind).“

Das Original-Gutachten ist in den Journalen unterzeichnet vom Vorsitzenden des Reichsrats und von den Mitgliedern: Reichssekretär Solski, Staatssekretär Lutnatschew, Geschäftsführer Waschtschinin, Kanzleichef Konstantinoff.

Den erwähnten „Vorschlag“ des Ministers der Volksaufklärung (in jenem Jahre Graf D. A. Tolstoi, gegenwärtig Minister des Innern) habe ich leider nicht zu Gesicht bekommen. Es wäre aber von hohem Interesse, die Beweggründe kennen zu lernen, die einen Minister veranlassen können, den ernstesten, wohlverbrieften letzten Willen eines Stifters nach pietätsvoller Beachtung während eines Vierteljahrtausends zu vergessen und die Stiftungsurkunde einer Schule völlig außeracht zu lassen, die einer geistlichen zu Recht bestehenden Behörde unterstellt ward und nach welcher Urkunde etwaige Veränderungen ausdrücklich der Beratung und Gutheißung dieser Behörde vorbehalten sind. Eine eingehende Geschichte dieser für das geistliche Leben der reformirten Kirche Littauens in all' der Zeit so bedeutsamen Schule, für welche ich die Materialien gesammelt, würde zeigen, daß so mancher Sturm, der im Laufe der Jahrhunderte über diese einsamen Gebiete mit ihrem wechselvollen Geschehe dahingebraust, die festgegründeten Bestimmungen der Schule ungeschädigt in ihren Wurzeln gelassen hat. Als ob man schonungsvoll mit der Pietät, die auch ein Volk adelt, den letzten Willen eines Entschlafenen nicht antasten wollte! Auch der Vertrag vom 16. Juli 1809 mit der Wilnaer Universität, auch die 1835 laut allerhöchstem Ulas vollzogene neue Organisation verletzten nicht die Grundbestimmungen dieser hochherzigen Radziwilschen Stiftung; die Schule zu Gluz blieb nach wie vor wertgehaltenes Eigenthum der Wilnaer reformirten Synode.

Doch wenden wir uns von dem trüben, beklagenswerten Ausgang zurück zu dem lichten, schönen Anfang.

Als Stifter der Schule bezeichnet die Urkunde den hochangesehenen Fürsten Januß Radziwil, Fürst in Birsen, auch Dubnisi, Sluzl und Ropyl, Kastelan von Wilna, Starost von Boryssow. Er war Großneffe des berühmten Nikolaus Radziwil mit dem Beinamen Nizer, des Schwagers von König Sigismund II. August und Freundes von Calvin. Des Stifters Vater, Nikolaus Radziwil, Wojewode von Wilna und mit Katharina, Herzogin von Ostrow, vermählt, war frühe dem Vorgange des Onkels gefolgt und hatte das reformirte Bekenntnis angenommen; Graf Arasinski (in seiner *Historical sketch of the reformation in Poland*. London 1838, I, p. 309) schildert ausführlich den äußeren Anstoß zu diesem Übertritt. Fürst Januß Radziwil, Mundschent von Littauen, geboren am 22. Juli 1579, war durch seine erste Frau, die Prinzessin Sophie von Olesko, letztes Glied dieses reichbegüterten herzoglichen Hauses, in das Erbe des weitausgedehnten Besizes des Herzogtums von Sluzl und Ropyl gelangt. Diese kurze Ehe war kinderlos geblieben. 1613 ging der Fürst eine zweite Ehe ein mit der Prinzessin Elisabeth Sophie, Markgräfin von Brandenburg, welcher Ehe drei Kinder entsprangen, die beiden Töchter Elisabeth Eleonore und Sophie Agnes und der langersehnte männliche Nachkomme und Stammhalter Boguslaw, der bei dem frühzeitigen Tode seines Vaters 1620 erst drei Monate alt war. Die Vormundschaft ging nach polnischem Rechte auf den Bruder des Verstorbenen über, den ebenfalls der reformirten Kirche treu anhänglichen Fürsten Christoph II. Radziwil, Feldhauptmann des Großherzogtums von Littauen, der in Ausführung des mit ebenfalls handschriftlich vorliegenden Testamentes seines Bruders und im Namen des unmündigen Neffen die oben abgedruckte Urkunde, aus dem lateinischen Original wortgetreu übertragen, ausstellte.

Den Gedanken zu dieser Stiftung gleichzeitig mit dem Bau einer Kirche in Sluzl faßte Fürst Januß bereits 1617. Die Synode zu Wilna hatte den Plan des entschlafenen Fürsten Januß zu ihrem eigenen gemacht; 1625 beschloß sie die gleichzeitige Gründung zweier Schulen, der zu Reydan im Gouvernement Rowno und der zu Sluzl im Gouvernement Minsk. Sie veranstaltete Sammlungen und bestimmte den Ertrag der

Sammlungen unter den reformirten Gemeindegliedern zu Trofi, Nowogrodel, in Weißrußland und Podlachen zum Anlauf der in der Stiftungsurkunde erwähnten Güter Wolchowicze (in einem anderen mir vorliegenden Schriftstück Buthowicze genannt) und Broszczycze, dem dann noch aus der Nachlassenschaft des Fürsten das erwähnte Vorwerk Mielestowice hinzugefügt ward, so daß die Schule auch in ihrer materiellen Gründung als Eigentum der reformirten Kirche und ihrer Glieder zu bezeichnen ist.

Dem Kenner der Geschichte der evangelischen Kirche in Polen ist der rührende Ausdruck der Stiftungsurkunde von der „heimgesuchten und bekümmerten Kirche“ (*ecclesia afflicta*) wohl verständlich. In der Zeit von 1606—1620 durchlebte diese Kirche wohl ihre schwerste Drangsalzeit. Die losgelassenen Jesuiten waren in der rührigsten und unaufgehaltenen Geschäftigkeit, die evangelische Kirche des Landes zu erwürgen: eine brutale Freveltthat, an welcher dann endgültig das so reich gesegnete Land selber zugrunde gegangen ist. In dem kurzen Zeitraum von kaum drei Lustren haben die Evangelischen zwei Drittel ihrer Gotteshäuser eingebüßt. Und trotz alledem — die Gründung der Schule von Gluzl bezeugt es auch — haben die Evangelischen den Mut, weil den Glauben nicht eingebüßt, und über den Trümmern der zerstörten Kirchen errichteten sie opferwillig neue Kirchen, neue Schulen. So haben sie an ihrem Teil ein kostbares, unauslöschbares Blatt in die blutig-rote Martyrgeschichte der evangelischen Kirche eingetragen, wohl wert, neben dem anderen Blatt ihrer Glaubensgenossen in jenen Tagen, der Hugenotten in Frankreich, immer wieder von neuem gelesen zu werden, auch um Hebr. 13, 7 willen.

Wenn die Stiftungsurkunde neben dem hauptsächlichsten Erfordernis in der Wahl der Lehrer, daß sie im evangelischen Bekenntnis stehen, im besonderen hervorhebt ihren Glauben an den dreieinen Gott, so ist bei dieser entschiedenen Betonung des Fundamentalartikels unseres Glaubens auch zu beachten, daß es galt, wider die Unitarier im Lande starke Stellung einzunehmen und diese Pflanzung vor den widrigen Einflüssen einer Richtung zu schützen, welche die evangelische Kirche des Landes schwer geschädigt und gerade durch ihre Schulen viel Anhänger gewonnen. Fürst

Januß Radziwil stand unerschütterlich fest im Glauben seiner Kirche. Es sei das schöne Wort und Bekenntnis aus seinem Testamente hier erwähnt: „inbetreff meines Glaubens und der Religion, darin ich geboren und erzogen bin und all' meine Lebenszeit verbracht habe, will ich nicht verschweigen, daß dieser mein Glaube sich gründet auf Gott den Alleinigen in heiliger Dreieinigkeit, auf dessen Namen ich getauft wurde und gelebt habe als evangelischer Christ, der sich allein auf den unerschütterlichen Grund des Wortes Gottes ohne Zuthat und menschliche Erfindungen stützt. Dieses Glaubens, so wie er sich in meinem Herzen befand und befindet, habe ich mich durch des Herrn Gnade niemals geschämt und ich bekenne mich zu demselben auch jetzt und bitte Gott den Herrn, er wolle bis zu meinem letzten Lebensaugenblick mich in selbigem Glauben fördern und mir ihn bis ans Ende bewahren, und wenn meine Seele vom Leibe scheiden wird, dannn wolle er nach Vergebung aller meiner Missethaten, Sünden und Bosheiten um der Verdienste des blutigen Leidens und Sterbens Christi, des Herrn, meines Erlösers willen, mich zu seiner Herrlichkeit aufnehmen, deren ich — daran zweifle ich nicht — aus Gnade und Barmherzigkeit theilhaftig werden soll.“

Wir geben zum Schlusse dieser Erläuterungen auf der folgenden Seite die sehr wertvolle Stammtafel der reformirten Linie des Hauses Radziwil in Birsen und Dubnicki, welche der Akademiker Geheimrat v. Kunil die Güte gehabt hat, mir mit der diesem Gelehrten eigenen Genauigkeit und Zuverlässigkeit aufzustellen. Die Arbeit war angesichts der vielfach widersprechenden alten Angaben keine leichte.

Stammtafel der reformirten Linie des Hauses Radziwil.

Nikolaus II. priscus (stary) gest. 1509, Wojewode (Palatin) von Wilna, Kanzler von Littauen.

Nikolaus III. amor Poloniae, gest. 1522, Stifter der Linie von Goniadz und Medel, Kanzler von Littauen, 1518 Reichsfürst. Mit seinen Söhnen starb 1542 und 1546 diese Linie aus und der Fürstentitel ging auf die beiden andren Linien über.

Georg Victor (zwycicza) gest. 1541, Stifter der Linie von Birsen und Dubnisi.

Johann Barbatus (brodaty), gest. 1522. Stifter der Linie von Olyka und Nieswiez, welche Güter ihm von seiner dritten Frau zufließen.

Barbara, verheiratet mit König Sigismund August, gest. 1551.

Nikolaus Rufus (rudy) gest. 1584, 1547 zum Fürsten auf Birsen und Dubnisi erhoben, 1537 voller Hetmann von Littauen, 1561 Großhetmann von Littauen, 1564 Calvinist.

Nikolaus, gest. 1589, Podkomorzny wielki (Großunterkämmerer von Littauen) und Verehrer von Stefan Batory.

Georg oder Jerzy, gest. 1613.

Christoph I. fulmen (piorun) geb. 1547, gest. 1603.

Janusz d. Ältere, gest. 1620.

Boguslaw.

Kudowisa.

Christoph II., geb. 1585, gest. 1640.

Janusz d. Jüngere, geb. 1612, gest. 1655.

Anna.

Nikolaus Nizer (Czarny).

Uhnherr aller bis jetzt noch bestehenden römischen Linien; geb. 1515, Reichsfürst von Nieswiecz 1547, Kanzler des Großherzogtums Littauen 1552, Wojewode von Wilna 1552, Calvinist 1564, gest. 1565.

Nikolaus Sierotka, geb. 1540, rückfällig zum Katholicismus 1570, gest. 1616.

Stanislaus rückfällig 1575, gest. 1599.

Albert, rückfällig 1575, gest. 1592.

Georg, rückfällig 1575, Bischof von Wilna, Kardinal, gest. 1600.

11) Verordnungen auf die reformirte Kirche in Polen bezüglich.

XLVII.

Aus dem „Friedensakt (pax dissidentium) zu Warschau“, den 6. Januar 1573.

Und weil in unfrem Staate nicht geringe Spaltung (dissidium) in Sachen der christlichen Religion angetroffen wird und wir dem vorbeugen wollen, daß nicht aus diesem Grunde unter den Bürgern irgend welch' schädlicher Aufstand entstehe, wie wir es in andren Reichen deutlich sehen, so geloben wir dies uns für uns und unfre Nachkommen auf ewige Zeiten unter eidlicher Verpflichtung auf unfren Glauben, Ehre und Gewissen, daß wir, die wir in der Religion auseinandergehen (qui sumus dissidentes de religione) friede unter einander bewahren, auch nicht wegen Verschiedenheit des Glaubens und der kirchlichen Gebräuche Blut vergießen oder mit Geld, Ehrentziehung, Gefängniß und Verbannung bestrafen noch auch irgend einer Obrigkeit oder Behörde zu einem solchen Verfahren in keiner Weise Hülfe bieten wollen; ja sogar wollen wir uns insgesamt anheischig machen, wenn irgend Jemand um solcher Ursache willen Blut zu vergießen beabsichtigte, ihm Widerstand entgegen zu setzen, auch wenn er solches unter dem Vorwande eines Beschlusses oder richterlichen Spruches thun wollte.

Übersetzt habe ich die wichtige Urkunde aus: Kautz, Praecipua religionis evangelicae in Polonia fata. Haburgi 1738, p. 46.

Das Privileg Königs Sigismund August (vgl. Nr. XXXVIII), die weiteren Bestätigungsbriefe von seiner Hand, welche in der Folge erschienen und den Evangelischen wie in Litten so in Polen auf Grundlage der Bestimmungen des Reichstags zu Lublin 1569 gerecht wurden, wirkten auch nach seinem Hingang mächtig fort; ein schlagender Beweis, daß der König nur eine

Gefinnung befundet und ausgesprochen, welche die edelsten und hervorragendsten Männer seines Volkes theilten. Im Zuge dieser Strömung waren die Häupter des evangelischen Adels in Klempen und Littauen — und sie bildeten daselbst in jenen Tagen die ausschlaggebende Mehrheit — Willens, bei der bevorstehenden Königswahl auf den großartig angelegten Plan des Admirals Coligny einzugehen und ihre Stimme für Heinrich von Valois, Herzog von Anjou, abzugeben; im weiteren Zuge dieser Strömung wurde noch vor der Wahl nach mehreren vorausgegangenen Parteiversammlungen der Protestanten und Katholiken an verschiedenen Orten des Landes der Reichstag zum 6. Januar 1573 nach Warschau zusammenberufen. Hauptgegenstand der Verhandlung war das von nicht wenigen Katholiken eben so dringend wie von den Protestanten insgesamt gefühlte Bedürfnis, über die ausgebrochne Spaltung in religiösen Dingen hinweg sich auf staatlichem Gebiete gegenseitig als voll- und gleichberechtigte Bürger des Landes anzusehen und zu versöhnen. Die beiden Richtungen hielten sich in Einfluß und Machtstellung die Wage. Die römische Partei konnte nicht mehr ihre alten, harten, drakonischen Gesetze wider die Andersgläubigen durchsetzen; sie sah es selbst ein. Eine genaue Prüfung würde vielleicht ergeben haben, daß in jenen Jahren die Wagschale zugunsten der Protestanten sank; aber auf ihrer Seite war auch nicht einmal die Lust zu einer Unduldsamkeit, die sie selbst so bitter erfahren. Ihrem evangelischen Verlangen war genügende Rechnung getragen, wenn sie Gleichberechtigung mit den Katholiken erlangt und dadurch ein Friede zwischen denen, die in Glaubenssachen auseinander gingen, hergestellt wurde (*pax dissidentium*).

Selbst unter den katholischen Bischöfen gab es einzelne, die ihre Pflichten gegen das Reich und seine Wohlfahrt als Vaterlandsfreunde für höher achteten, als den Gehorsam unter die Bestrebungen der Jesuiten, die ebenso vaterlands- wie rücksichtslos nur das römische Interesse im Auge hatten, mochte darüber auch Polen zugrunde gehen. War es doch der Bischof von Cujavien selbst, Karnkowski, welcher diese Friedensartikel mit ihrer an alle Bürger des Landes verbürgten völligen Religionsfreiheit verfaßt und warm zur Annahme empfohlen hatte. Ein polnischer Bischof war damals

noch stark und fromm genug, selbst den Bohn Roms zu ertragen, der dem Bischof nicht erspart blieb, um seine Pflicht gegen das Vaterland zu erfüllen.

Die Königswahl fiel auf den Kandidaten des Admiral Coligny; die Protestanten sowohl wie die Katholiken hofften in Heinrich v. Valois einen Beförderer ihrer Sache zu finden; jeder der beiden Teile konnte in dem Leben des Herzogs sich auf Anhaltspunkte für seine Hoffnung berufen. Der evangelische Adel gab jedoch erst dann seine Stimme ab, nachdem er für seine reformirten Glaubensgenossen in Frankreich, die eben durch die furchtbare Bluttaufe der Bartholomäusnacht hatten gehen müssen, vollständige Amnestie und Religionsfreiheit von dem französischen Könige erwirkt, ein schönes, beachtenswertes Zeugnis von der Kraft des Pflichtgefühls der Zusammengehörigkeit, das die Protestanten erfüllte. Auch die weitere Bürgschaft für ihren Glauben forderten die Protestanten, wenn sie ihre Stimme einem katholischen Könige geben sollten, daß der König nur nach Ablegung des von dem Reichstag gutgeheißenen Königseides als der Gewählte des Reiches zu gelten habe. Dieser Königseid, den auch die späteren Könige zu schwören hatten und dessen schändliche Verletzung das Land zu Tode getroffen, ist so bedeutsam und als eine den Protestanten des Reiches zugestandene Verordnung anzusehen, daß die bezeichnenden Stellen hier eine Aufnahme zu finden haben.

Der Eid lautet an diesem Punkte: „Ich gelobe und schwöre heilig bei dem allmächtigen Gott, daß ich alle Rechte, Freiheiten, öffentlichen und privaten Privilegien, die dem allgemeinen Rechte jeglichen Standes und seinen Freiheiten nicht zuwider sind, die geistlichen sowohl als auch die weltlichen, welche durch meine königlichen Vorgänger erlassen, von allen Ständen zur Zeit des Interregnums festgesetzt und mir vorgestellt sind, festhalten und bewahren werde, daß ich den Frieden und die Ruhe zwischen den in Glaubenssachen Auseinandergehenden (*pacem et tranquillitatem inter dissidentes de religione tuebor et manu tenebo*) festhalten und schützen und in keiner Weise, sei es durch eigne Rechtsprechung oder die meiner Behörden oder kraft irgendwelcher Bestimmungen gestatten werde, daß irgendjemand um des Glaubens willen angetastet oder unterdrückt werde; auch werde ich selbst

niemanden deshalb antasten noch unterdrücken. So wahr mir Gott helfe.“

Als der erkorene König, der den Abgesandten sein Wort und seine Ehre verpfändet, den Eid zu leisten, nach Polen kam und als ihm vor der Krönung die römischen Zeloten, ein Hosius und Solikowski an ihrer Spitze, also zusetzten, den Teil des Eides nicht zu leisten oder wenn auch geleistet, ihn, weil Kegern gegeben, nicht zu halten, daß König Heinrich im Augenblick der Krönung diese Stelle ausließ, da unterbrachen der Kronmarschall Firley und der Großkanzler Dembinski, beide Großwürdenträger Glieder der reformirten Kirche, die feierliche Handlung, reichten ihm den Wortlaut der in Paris übernommenen Eidformel, und Firley, mit kühner Hand die Krone wieder an sich nehmend, erklärte mit lauter Stimme: Schwörst du nicht, so herrschest du nicht (si non jurabis, non regnabis). Und Heinrich v. Valois leistete den Schwur an heiliger Stätte vor versammeltem Reiche und empfing nur auf Grund dieses Eides die Krone (vgl. Krasinski, Reformation in Poland [London 1840] II, 11—43).

Aus dem hier mitgeteilten Wortlaut des Friedensaktes ist die ursprüngliche Bedeutung des Wortes, „Dissidenten“ klar ersichtlich. Der Ausdruck ist nicht Sonderbezeichnung der Protestanten und Griechen, die von der alleingültigen römischen Kirche dissentiren. Diese Auslegung mit der Nebenbedeutung der Geringschätzung und Verurteilung wurde frühe vonseiten der Römlinge dem Worte gegeben und auch da in verletzender Weise angewandt, wo dem Worte jede historische Unterlage fehlt und diese fälschliche Auslegung eher auf die römische Kirche passen würde (vgl. „Verfassungsgeschichte“ S. 80). Nach der ursprünglichen Wertung des Wortes schließt es auch die Katholiken ein und bezeichnet alle christlichen Reichsangehörigen, die, wenn sie auch auf religiösem Gebiete Dissidenten sind, dennoch auf staatlichem Gebiete einträchtig zueinander stehen wollen, sie alle trotz des gegenseitigen Dissenses einmütig der gleichen Rechte auch inbezug auf ihre religiöse Überzeugung theilhaftig. Erst ein Jahrhundert später, in dem ewigen Friedenstraktat (vgl. Nr. XLIX unserer Sammlung und zwar im 2. Artikel des Separatvertrages § 2) wurde die all-

gemeine Bezeichnung auf die Evangelischen beiderlei Bekenntnisses beschränkt.

XLVIII.

Aus dem „Friedenstraktat von Oliva“ (Instrumentum pacis Olivensis) 1660, II. Artikel.

§ 1. Es soll auf beiden Seiten eine dauernde Vergessenheit und Amnestie alles dessen statthaben, was irgendwo und irgendwie von irgend einem der Friede schließenden Theile bis hierher feindseliges geschehen ist, also daß fortan kein Theil dem andern deswegen oder aus andrem Grunde noch auch Vorwand irgend etwas feindseliges oder Unfreundliches in Gestalt des Rechtes oder auf dem Wege der That anthun oder durch die Seinigen oder durch Andere anthun lasse.

§ 2. Dieser allgemeinen Amnestie sollen sich alle und jede erfreuen, welchem Stande, Beruf oder Religion sie auch angehören, auch alle Gemeinden, welche einem der beiden kriegführenden Theile gefolgt oder in feindlichen Besitz gelangt sind. Auch soll Niemandem dieser Krieg zum Nachtheil oder Schaden gereichen in seinen Rechten, Vorrechten und allgemeinen und besonderen Gewohnheiten, es sei kirchlichen oder bürgerlichen und weltlichen, deren sie sich vor diesem Krieg zu erfreuen gehabt, sondern sie sollen diese völlig nach den Reichsgesetzen genießen. Auch soll keinen Gemeinden noch Privatpersonen aus Grund ihrer Unhänglichkeit an den Feind ein Rechtshandel angestrengt werden, so daß es Niemandem gestattet ist irgend Einem Handel zu bereiten auf Grund seines dem Feinde Zugethanseins oder ihn deshalb zu schmähen.

§ 3. Den Gemeinwesen (civitates) des königlichen Preußen, welche zur Zeit dieses Krieges im Besitz S. M. des Königs des Reiches und von Schweden gewesen, bleiben ebenfalls alle Rechte, Freiheiten und Vorrechte, welche sie, sei es in kirchlichen, sei es in weltlichen Dingen vor diesem Kriege besessen haben (so wie vor diesem Kriege in den genannten Gebieten die Übung der katholischen und evangelischen Reli-

gion statthatte). S. M. der König wird ihre Gebiete, Obrigkeiten, Gemeinden, Bürger, Einwohner, Untergebenen in der Folge mit der früheren königlichen Huld und Gnade behandeln, begünstigen und schützen. Es wird ihnen auch das Recht zugesprochen, ihre öffentlichen und privaten Gebäude, welche durch die Kriegsunbill verwüstet wurden, in Stand zu setzen und neu aufzubauen; für diejenigen aber, welche aus Noth der Vertheidigung zerstört worden sind, sollen sie nicht im geringsten belangt werden.

Diesen zweiten Artikel (der letzte Satz in § 3, der sich auf ein paar nebensächliche Angelegenheiten zweier kleinen Inseln [Werder] bezieht, ist hier weggelassen) des Olivischen Friedensinstrumentes habe ich entnommen und übersetzt aus Pufendorf: *De rebus a Carolo Gustavo Sueciae rege gestis*. (Norimbergae 1696) und zwar aus den in einem Anhang beigefügten „tractatus praecipui“, p. 39),

Nur wie ein kurzer Ruhepunkt in der tief-schmerzlichen Verfolgung, mit welcher die römische Partei im Lande die protestantische Kirche, und weil an ihr Geschick nun dennoch unlösbar das Wohl und Wehe von ganz Polen verknüpft war, das blühende Reich bedrängte, bietet sich der Friedensvertrag von Oliva dar. Der erneute Ausbruch der Feindseligkeit, mit allen Waffen geführt, welche eine siegestrunkene Ränkesucht und herzlose Vergewaltigung von Jesuiten zu schmieden vermag, überflutete bald wieder die in dem Vertrag nur vorsichtig und gar bescheiden auftauchende Milde gegen die Protestanten. Denn was wollte ihnen viel eintragen die gewährleistete Zusicherung der Rechte und Freiheiten, die sie vor dem Schwedenkriege besaßen! Wie viele waren ihnen denn noch unangetastet geblieben nach der verhängnisvollen sechs- undvierzigjährigen Regierung Sigismund III.? Bei seiner Thronbesteigung (1586) war Polen auf der Höhe seiner Macht, in der vollen Blüte seiner weltgeschichtlichen Stellung; aber als er in das Grab stieg (1632) war Livland für immer verloren, war ein Teil von Preußen von den Schweden besetzt; stark und mächtig geworden war nur die festgeschlossene, zielbewusste Jesuitenpartei,

je und je ein unheilbarer Krebs am Leibe eines Volkes. Und was dieser Partei vielleicht unter dem ihr willfährigen Könige noch nicht gelungen war, trotzdem sich derselbe wegen seiner Unterwürfigkeit unter diese vaterlandslosen Leute den Spottnamen „König der Jesuiten“ erworben, was der duldsamere Sinn seines Nachfolgers Vladislav IV. mühsam, wenn auch nicht immer erfolgreich noch etwas aufgehalten, das hatten die Jesuiten bald wieder eingeholt und überholt unter dem unglückseligen Jan Casimir, der selber Jesuit und Cardinal geworden, ehe er 1648 nach dem Tode seines Bruders die Königskrone erhielt.

Wir schreiben hier nicht die Geschichte der evangelischen Kirche in Polen, ein schmerzreiches Blatt nach mehr wie einer Seite hin in dem Märtyrbuch der christlichen Bekenner, das in seinem blutigen Inhalt wohl nahekommt dem andren Blatte, auf welchem die Leidensgeschichte der Hugenotten in Frankreich um dieselbe Zeit eingetragen ist. Darum sei hier nur noch daran erinnert, daß dieser Friede von Oliva 1660 dem fünfjährigen Kriege mit Schweden ein Ende machte, nachdem Karl Gustav von Schweden in ungestümem Siegeslauf in kurzer Zeit fast ganz Polen und beinahe auch die Krone erworben, um dann wieder, durch Stolz verblindet, die rasch gewonnenen Besitztümer einzubüßen. Als Garantiemächte des Friedensvertrages verbürgten England, Frankreich und Holland die Wahrung nun auch des angezogenen zweiten Artikels, ohne freilich willig zu sein, für seinen Schutz nötigenfalls das Schwert zu ziehen.

XLIX.

Nr. 13071 der „vollständigen Gesetzesammlung“ vom 13. Februar 1768.

Auszug aus dem „Traktat ewigen Friedens“, welcher von Katharina II. mit dem Könige Stanislaus August und der polnischen Republik am 13. Februar 1768 in Warschau geschlossen warb.

Art. 3. Da S. M. der König und die erlauchte polnische Republik ebenso sehr aus Liebe zur Gerechtigkeit wie aus Rücksicht auf die hohe Verwendung J. M. der Kaiserin aller Reussen und der der übrigen Höfe, welche ihr für den glei-

den Zweck Beihülfe geboten, übereingekommen sind und beschlossen haben, in der feierlichsten Weise und mittelst eines von den Bevollmächtigten unterzeichneten Separatactes die volle Freiheit der Ausübung der Religion der Nicht-Unirten Griechen und dieselbe vollständige Freiheit der Ausübung der evangelischen Bekenntnisse mit Ausdehnung zu Gunsten derer, welche diesen verschiedenen Religionen und Bekenntnissen in allen Gebieten der Republik und den ihr verbundenen Provinzen angehören, gleichzeitig auch alle Rechte und Vorrechte, weltliche sowohl als geistliche, deren sich die übrigen Bürger und Bewohner der einzelnen Gebiete der Republik zu erfreuen haben, zu gewährleisten und die in solcher Weise zugestandene Freiheit zu einem Haupt-Grund und bleibendem Staatsgesetz aufzustellen, so bekräftigen die erlauchtesten, den Vertrag schließenden Theile in einhelliger Übereinstimmung des einen und des andren Theiles in feierlichster Weise alles das, was in dem oben erwähnten Separatvertrag ausgesprochen ist, welchem gleicher Werth, Kraft und Verbindlichkeit eingeräumt werden soll, wie wenn er Wort für Wort in diesen Tractat aufgenommen wäre.

Der II. Artikel des erwähnten Separatvertrages lautet in den auf die Dissidenten bezüglichen Punkten:

Da die adeligen Einwohner in Polen, die Nicht-Unirten-Griechen und die Dissidenten beiderlei evangelischer Konfession zur Wiederherstellung ihrer alten sowohl geistlichen als weltlichen Rechte und Freiheiten eine Conföderation unter einander eingegangen sind, so heißen S. M. der König und die Republik vermittlest des gegenwärtigen Separatactes die in Thorn und Sluzk errichteten Conföderationen derselben gut und anerkennen sie für gesetzmäßig, wie ihre Gesetzmäßigkeit früher bereits von der Generalconföderation anerkannt ist, also daß diese conföderirten Einwohner und alle diejenigen, welche durch einen Beitritt sich mit ihnen verbunden, als solche, die ihre Rechte unterstützt und Gerechtigkeit gefordert, für wahre Vaterlandsfreunde und Bürger S. Majestät und der Republik gehalten werden sollen.

§ 1. Wie alle alten Privilegien aus den Jahren 1563, 1568 und 1579, die Conföderationen und Constitutionen aus den Jahren 1569, 1573, 1576, 1632, 1648 und 1667 es überzeugend beweisen, können die Jagellonischen Verordnungen und Erlasse, welche in den Jahren 1424 und 1439 wider die Ketzer ausgegangen sind, auf die Nicht-Unirten-Griechen und die Dissidenten nicht ausgedehnt werden. Das im Jahre 1525 von dem Herzog Janusz von Masuren erlassene Gesetz, dessen keine Erwähnung geschieht, weder bei dem Anschluß des Herzogthums Masuren an die Kronsgesetze, noch auch bei den späteren Gesetzen, welche die Regierungsform besser ausgestaltet und als Grundlage die Gleichheit der Geburt festgesetzt, heben wir nun auf und schaffen es ab. Da wir ferner wünschen, alle Zweideutigkeiten aus dem Wege zu räumen, so erklären wir durch gegenwärtigen Vertrag, daß die vorher erwähnten Jagellonischen Verordnungen sich auf die Nicht-Unirten-Griechen und die Dissidenten nicht beziehen, ferner daß die Verordnungen des Herzogs von Masuren aufgehoben sind und für alle Zukunft aufgehoben bleiben. Ebenso heben wir auf alle Punkte, welche wider die Nicht-Unirten-Griechen und die Dissidenten in den Conföderationen und Constitutionen aus den Jahren 1717, 1733, 1736, 1764 und 1766 zusammengefaßt sind, nicht weniger die Clausel, welche zum Nachtheil der Nicht-Unirten-Griechen und der Dissidenten in die Eidformel der Kanzler und Heerführer durch den Tractat von 1717 eingefügt ist, sammt alle denen, welche etwa in älteren Gesetzen, nach Beginn des durch den Frieden von Oliva abgeschlossenen Schwedischen Krieges, endlich in den Verträgen seiner gegenwärtig glücklichen regierenden königlichen Majestäten sich finden mögen als diesen Personen, weß Standes oder Würde sie auch seien, und ihrer Religion widrig; gleichermaßen heben wir auf alle Vorbehalte und Ausnahmgeseze, welche dem Vorrechte der Gleichheit und freien Ausübung ihrer Religion schädlich und den Tractaten und dem Wesen der ein für allemal festgesetzten Regierungsform zuwider sind.

§ 2. Das Grundgesetz vom Jahre 1573 und die Eides-

formel aller Könige Polens bis zu unsrer Zeit lehren deutlich, daß der Name Dissidenten allen christlichen Religionen gleichermaßen zukomme; in Erwägung jedoch, daß seit einiger Zeit es durch die Gewohnheit eingeführt ist, daß die, welche der römisch-katholischen Religion nicht zugethan sind, mit dem Namen der Dissidenten bezeichnet werden, so verfügen wir von nun an (ohne jedoch die nun einmal in die Eidesformel der Könige aufgenommenen Punkte, die unverfehrt beibehalten werden sollen, aufzuheben), daß die Nicht-Unirten-Griechen und Dissidenten unter dem eben aufgeführten Namen verstanden und so bezeichnet werden sollen, indem wir ernstlich bei den wider die Gesetzesübertreter verordneten Strafen warnen, daß die weltlichen Personen, weß Standes und Würde sie auch seien, nicht Ketzer, Abtrünnige oder Disunirte genannt werden, sondern vielmehr Nicht-Unirte-Griechen (*Graeci Orientales non Uniti*), Dissidenten oder Evangelische, die geistlichen Personen aber bei den Griechen Bischöfe, Wladiken, bei den Evangelischen dagegen entsprechend ihren Ämtern Priester, Geistliche, Pastore oder auch Diener des Wortes Gottes, die der Gottesverehrung geweihten Häuser der Nicht-Unirten-Griechen Gottestempel (*templa divina*), bei den Dissidenten aber Kirchen, Versammlungen (*Ecclesiae, Coetus*), auch nicht ihr Glaube Secte oder Ketzerei, sondern Glaube, Religion, Bekenntniß und zwar sowohl in öffentlichen Akten, als auch in Drucksachen und bei Schriftstücken.

§ 3. Die Tempel der Nicht-Unirten-Griechen und die Kirchen der Dissidenten beiderlei Bekenntnisses, die irgendwo im Reiche, im Großherzogthum Littauen und in den beigefügten Provinzen im Bestande aufgefunden werden, von was für einer Stiftung sie auch sein mögen, ihre Kirchhöfe, Schulen und Hospitäler und alle zu ihren Kirchen und geistlichen Stiftungen gehörigen Gebäude, welchen Namen immer sie tragen, werden für alle Zeit als ihnen zugehörig erklärt (*pro subsistibilibus in perpetuum declarantur*), mit voller Freiheit sie auszubessern, so oft immer es ihnen gut dünkt, ebenso auch sie von Neuem aufzuführen und herzurichten,

wenn irgend eins dieser Gebäude zufällig einfallen oder vom Feuer verzehrt werden sollte, ohne dafür von irgend einer römisch-katholischen geistlichen Obrigkeit die Erlaubniß auswirken zu müssen. Da an verschiedenen Orten aus Anlaß dieser Kirchen die Collatores, Gemeinden und ihre Geistlichen vor verschiedenen geistlichen und weltlichen Gerichtsbarkeiten zum Rechte aufgerufen und in Prozessen gezogen werden, so soll den Nicht-Unirten Griechen und den Dissidenten beiderlei Bekenntnisses der tatsächliche Besitz ihrer Kirchen zugesichert sein ohne Einspruch der von irgend einer Gerichtsbarkeit erlassenen Anordnungen noch auch der mit diesen Erlassen verbundenen Strafen; solche Erlasse sollen weder dem Besitzthum noch auch ihren Personen zum Nachtheil gereichen.

§ 4. Weil den Dissidenten beiderlei Bekenntnisses auf vielerlei Art und durch verschiedene Quälereien von Prozessen entgegen dem Geiste des Friedens von Oliva sehr viele Kirchen weggenommen worden sind und diese, von Bescheidenheit und Mäßigung geleitet, auf ihre Zurückgabe nicht drängen, sondern sie aus eignen Stücken und freiwillig zusammen mit den dazu gehörigen Stiftungen abtreten mit Ausnahme der Hospital- und Schulk Stiftungen, so sollen ihnen dieselben zurückerstattet werden, insoweit der Nachweis geliefert werden kann, daß sie ihnen widerrechtlich weggenommen seien und sich an diesen Orten wirklich noch Dissidenten befinden. Dies ist auch von den Stiftungen zu verstehen, welche Kirchen angehörig sind, die sich noch im gegenwärtigen Besitz von Dissidenten befinden, insoweit der Nachweis geliefert wird, daß die besagten Stiftungen ihnen ungesetzlich weggenommen oder daß ihnen Unrecht widerfahren sei, sei es durch die Erbherrn oder durch die Nachbarn dieser Güter (fundi). Fortan soll es Jedem frei und gestattet sein und zwar in den königlichen Städten und Gütern mit Erlaubniß S. M. des Königs, in den Starosteien mit Zustimmung des Starosten und mit königlicher Bestätigung (mit Ausnahme der größeren Städte in Preußen, wo die Dissidenten das Recht des Kirchbaues seit langer Zeit genießen), auf welt-

lichen und geistlichen Gütern mit schriftlicher Erlaubniß des Erbherrn Tempel und Kirchen, ebenso auch Schulen und Hospitäler mit den dazu nöthigen Gebäuden aufzuführen, so jedoch, daß kein Erbherr ohne Genehmigung des Konsistoriums desjenigen Bekenntnisses, zu dessen Nutzen er den Tempel oder die Kirche erbauen will, den Bau beginne; ebenso sollen da, wo keine Kirchen vorhanden sind, auf sie bezügliche Stiftungen aber sich im gegenwärtigen Besitze der Dissidenten befinden, die besagten Stiftungen ihnen für immer angehören. Gleichmaßen wenn ein evangelischer Erbherr beim Verkauf seiner Güter an einen Katholiken zur Stiftung der Kirche Plätze in Stadt und Land, Grundstücke und Dörfer, die zur Stiftung gehören, im Contract ausnehmen, der neue Erbherr aber und Besitzer dieses Dorfes oder Städtchens entgegen der aufgestellten Abmachung die kirchliche Stiftung sich aneignen würde, so soll er völlig gehalten sein, das Ausbedungene zurückzuerstatten und dem Kaufcontract von Stadt oder Dorf Genüge zu thun.. Auch soll jeder Schuldner gehalten sein, entweder aus dem Besitzthum oder durch handschriftliche Verpflichtung die aus Stiftungen und Vermächtnissen herkommenden Summen der Evangelischen zu zahlen.

Ferner sollen die Nicht-Unirten-Griechen und die Dissidenten freie Ausübung ihrer Religion im vollen Umfange haben, als da ist: die zum Gottesdienst gehörigen frommen Handlungen auszuüben, Geistliche zu ordiniren und zu berufen, die Sakramente auszutheilen, in jeder Sprache zu predigen, geistliche Lieder zu singen, zu trauen, öffentliche Leichenbegängnisse zu halten, die Kranken allenthalben zu besuchen, ihnen die Sakramente zu reichen und dies alles Leuten ihres Bekenntnisses, auch sich der Glocken und Orgeln zu bedienen. Auch soll ihren Ältesten, den weltlichen sowohl als auch geistlichen, freistehen, ihre Kirchen zu visitiren und alles das zu thun, was Herkommen und Kirchenbrauch (ritus) beider Konfessionen mit sich bringt, ohne sich deswegen an den Bischof der Diöcese oder an die römisch-katholischen Geistlichen des Ortes zu wenden und ohne die geringste Hinderung von irgend Jemanden. Eben dieser Freiheit sollen sich

auch die Nicht-Unirten-Griechen zu erfreuen haben, nämlich in den Städten und Orten, wo Leute des nicht-unirten-griechischen Ritus sich finden, mit Wissen und Erlaubniß ihres Bischofs oder Konsistoriums neue Tempel zu bauen und alte in Stand zu setzen und an diesen Orten und in diesen Tempeln ihre völlig freie Religionsübung zu haben (mit Einschluß auch der öffentlichen Prozessionen), jedoch ohne Behinderung des römisch-katholischen Gottesdienstes und ihrer Prozessionen. Deßhalb sollen die Tempel und Kirchen nicht näher als 200 Ellen von den katholischen Kirchen errichtet werden. Dasselbe ist auch wechselseitig bei dem Bau von römisch-katholischen Kirchen zu beachten. Um fernerhin Streit zu vermeiden, sollen niemals Prozessionen noch auch zwei Leichenbegängnisse zu ein und derselben Zeit begangen werden, sondern in solch' einem Falle haben die Kirchenvorsteher in Anberaumung der Zeit sich freundschaftlich und ohne irgend einen Streit zu verständigen; wer zuerst seinen nächsten Pastor von der Nothwendigkeit einer Prozession benachrichtigt, der soll auch in Haltung der Prozession oder des Leichenbegängnisses der Erste sein.

§ 5. Weil keine Gemeinschaft ohne Unterordnung (subordinatio) und Zucht bestehen kann, so sollen fortan die Dissidenten beiderlei Bekenntnisses volle Freiheit haben, eigne Konsistorien zu errichten, ihre Synodalversammlungen, die nur die innere Ordnung ihrer Religion behandeln, ohne irgend Jemandes Verhinderung zu halten, dieselben so oft, als es ihnen selbst nöthig erscheint, zusammen zu berufen, auf denselben alle Sachen, die sich auf ihre kirchliche Lehre, Ordnung, Zucht, Gebräuche, das Leben und den Wandel der Geistlichen beziehen, zu entscheiden und anzuordnen, Fälle von Dispensationen und Scheidungen dissidentischer Ehepaare beider evangelischen Konfessionen zu verhandeln und zu entscheiden, und zwar ohne daß sich die römisch-katholische Geistlichkeit noch auch die Erbherrn einzumischen haben, welche auf Grund ihres Besitzstandes sich weder mittelbar noch unmittelbar in das Kirchenregiment einzulassen beanspruchen sollen. Wenn sie dies etwa in vergangenen

Zeiten gethan und die Sache noch nicht beigelegt ist, so steht dem sich beeinträchtigt haltenden Theile die Freiheit zu, die Verhandlung vor einen gemischten Gerichtshof zu bringen.

§ 6. Die Nicht-Unirten-Griechen und die Dissidenten, sowohl geistliche als weltliche, sollen von aller römischen kirchlichen Gerichtsbarkeit frei sein, so daß Niemand von ihnen, sei er geistlichen oder weltlichen Standes, unter irgend welchem Vorwand vor irgend ein römisches Konsistorium oder auch vor das geistliche Tribunal des Großherzogthums Littauen geladen werden soll.

§ 7. Da an mehreren Orten ein Mißbrauch eingerissen, daß die römisch-katholische Geistlichkeit ohne irgend ein Recht von den Dissidenten eine bestimmte Abgabe unter dem Namen von Stolgebühren eintreibt, ungeachtet dessen, daß sie ihre eignen Geistlichen zu versorgen gehalten sind, so werden die Dissidenten beiderlei Bekenntnisses von nun an von der Zahlung besagter Stolgebühren freigesprochen. Der römisch-katholischen Geistlichkeit wird es unter keinerlei Vorwand gestattet, irgend welche Gaben von den Dissidenten, seien es Adlige oder Bürger oder Bauern zu fordern. Die an einzelnen Orten eingeführte Sitte, die Häuser der Dissidenten Gewinnes halber um zu terminiren zu betreten und die Mißbräuche, die Dissidenten zu zwingen, Zettel und geschriebene Lizenzen von den römisch-katholischen Geistlichen zu erlangen, kraft welcher sie ihre Kirchengebräuche und religiöse Pflichten ausüben können, werden für immer aufgehoben und vernichtet.

§ 8 (bezieht sich nur auf die Nicht-Unirten-Griechen).

§ 9. Da eine freie Religionsübung allgemein Bücher verlangt, die der Andacht dienen, die Dissidenten aber in den letzten Zeiten genöthigt waren, dieselben außerhalb der Reichsgrenze drucken zu lassen, früher aber die Dissidenten sowohl als auch die Nicht-Unirten-Griechen diese ihre Bücher ohne irgend eine Verhinderung im Reiche selbst drucken ließen, so soll fortan ihnen die Freiheit wiedergegeben werden, ihre Bücher zu drucken, ihre Buchdruckereien zu errichten nach vorhergängiger Erlaubniß J. K. Majestät, soweit es

königliche Städte betrifft; mit der allgemeinen Warnung jedoch an alle im Gebiet der Republik befindliche Buchdrucker, keine ketzerischen Bücher zu drucken und in streitigen Punkten sich sorgfältig vor anzüglichen Ausdrücken und schroffer Schreibart zu hüten.

§ 10. Ehen zwischen Personen verschiedenen Bekenntnisses, d. i. des römisch-katholischen, des nicht-unirten-griechischen und des evangelischen beiderlei Konfession, sollen von Niemandem verboten noch verhindert werden. Die Sprößlinge aus einer solchen gemischten Ehe folgen der Religion der Eltern, die Söhne der des Vaters, die Töchter der der Mutter, mit Ausnahme des Falles, daß Udlige im Ehevertrage vor der Eheschließung unter einander ein Übereinkommen getroffen. Die Trauung geschieht von dem Priester oder Geistlichen der Religion, welche die Braut bekennet; sollte aber der Geistliche der römisch-katholischen Braut die Trauung verweigern, so steht dem Geistlichen des dissidentischen Bekenntnisses das Recht zu, sie zu trauen. Erlasse, die etwa dieser Verordnung zuwider von irgend einem Gerichtshofe ergangen sind, werden für nichtig erklärt.

§ 11. Zur freien Religionsübung gehört, daß kein Nicht-Unirter-Griechen noch auch Dissident die römisch-katholischen Festtage zu feiern, noch viel weniger sich an den öffentlichen Prozessionen und andren Ceremonieen der römisch-katholischen Kirche zu betheiligen habe, ebenso wenig auch gezwungen werde, sich die Freiheit, seine eignen Kirchengebräuche einzuhalten, mit Geld zu erkaufen. Deßhalb sollen dieselben weder zur Beobachtung dieser Festtage, noch zur Theilnahme an den katholischen Prozessionen genöthiget werden. Die Dienstleute aber und Untergebenen römisch-katholischen Bekenntnisses sollen von ihren nicht-unirt-griechischen oder dissidentischen Herrschaften nicht an der Haltung der katholischen Festtage verhindert werden.

§ 12 (abgekürzt, nur in so weit er auf die Dissidenten bezüglich). Nicht-Unirte-Griechen und Dissidenten sollen in keiner Weise zu einem Glaubenswechsel genöthiget werden. Klöster und nicht-unirte-griechische und dissidentische Geistlich-

keit sollen bei der Heranziehung zu den öffentlichen Lasten mit der römisch-katholischen Geistlichkeit auf gleichen Fuß gestellt werden und von den Abgaben und Auflagen, die nur den Herrn von ihren Untergebenen geleistet zu werden pflegen, befreit sein. An dieser Befreiung haben jedoch die noch nicht ordinirten Söhne der Geistlichen und die Stiftungen, die nicht Kirchenstiftungen sind, keinen Theil.

§ 13. Da die öffentliche Ruhe und Sicherheit der Personen von einer völlig unparteiischen und auf nichts als Recht und Billigkeit Rücksicht nehmenden Verwaltung abhängt und bei Religionsbeschwerden schon von unsren Vorfahren zur Sicherstellung der Ehren und Güter der Dissidenten eine Prozeßordnung und Ausführung verlangt wurde, die beiden Theilen dienet, so wollen wir zu dem Behufe, um die durch so viele Reichstagsrecesse versprochene Weise einer Rechtspflege, durch welche wir mit den im christlichen Bekenntniß mit uns auseinander gehenden Mitbürgern, den Nicht-Unirten-Griechen und den Dissidenten zum Friedensschluß gelangen können (da sie bis dahin auf dem Wege des Rechtes vor die Tribunale und Konsistorien zuwider den Konstitutionen von 1627, 1632, 1638 und 1648 gezogen wurden), herbeizuführen, die Dissidenten sowohl wenn sie Kläger als wenn sie Angeklagte sind, von der Gerichtsbarkeit der Tribunale und römisch-katholischen Konsistorien und gleichermaßen von dem geistlichen Tribunal des Großherzogthums Littauen vollkommen befreien und errichten in Folge davon eine gemischte Gerichtsbehörde aus 17 Richtern bestehend, nämlich aus acht Weltlichen römisch-katholischer Religion und aus acht Dissidenten oder Nicht-Unirten-Griechen, unter welchen der nicht-unirte-griechische Bischof von Weiß-Rußland als ständiger Vorsitzender in seiner Ordnung der siebenzehnte sein wird, außerdem zwei Notare der Erlasse (notarii decretorum) ohne Stimmrecht. Außerdem sollen erwählt werden zwei Adlige zur Aufsicht über das Archiv, einer der Notare und einer der Adligen sollen dem römisch-katholischen, die beiden andren dem nicht-unirt-griechischen oder dissidentischen Bekenntniß zugehören.

Vorstehender Auszug der wichtigen Urkunde ist aus der „Vollständigen Gesetzesammlung“ übertragen und wurde dabei berücksichtigt, bei der Wiedergabe des III. Artikels das Werk: *Traité d'amitié perpétuelle et de garantie de la part de la Russie entre Cathérine II et Stanislas Auguste. avec des observations par un confédéré de Bar. Cracovie 1768*; bei dem II. Artikel des Separatvertrages der bei Friesse (Beiträge zur Reformationgeschichte in Polen und Littauen III, 326) gebotene Abdruck der *Iura dissidentium in Polonia, Lithuania et annexis provinciis tam spiritualia quam secularia, quae in comitiis regni Varsaviensibus 1767 in actu primo separato tractatus Varsaviensis restituta in perpetuum sunt*. Das angezogene, weitseichtige Sammelwerk in französischer Sprache eines römischen Parteigängers bietet auch heute noch wertvolle Belege für die Anschauungen, von welchen die Gegner der Dissidenten und damit des Friedensstraktates beseelt waren.

Wie der unter Nr. XLVII dieser Sammlung mitgeteilte feierliche Krönungseid die Könige von Polen des 17. Jahrhunderts, meist gelehrige Schüler der Jesuiten und ihrer Moral, nicht hinderte, in arglistiger, feindseliger Weise gegen die Evangelischen des Reiches gewaltsam vorzugehen und sich in ihrem Sturm Lauf wider die „Ketzer“, denen gegenüber alles erlaubt zu sein schien, nicht durch den Friedensakt zu Warschau von 1573 (vgl. Nr. XLVII) aufhalten zu lassen, so war auch gegen das jesuitische Treiben der Friedensstraktat von Oliva 1660 kein genügendes Bollwerk. Nach kurzer Pause setzte die ruhelose Vergewaltigung der Protestanten mit ungeschwächter Kraft wieder ein, geschäftig die „Ketzer“ unbarmherzig und allen Verträgen zum Hohn auszurotten, geschäftig damit zugleich das schöne, blühende Reich an den Rand des Abgrundes zu stoßen und endgültig dem Volke seine Selbstständigkeit zu vernichten. Die evangelische Wahrheit kann eine zweihundertjährige zügellose und gewissenlose Zwingherrschaft der Jesuiten überdauern, ein Staatsleben kaum. Es empfängt über dem unseligen Kampfe Wunden, die auch einen starken Organismus zum Verbluten bringen. Polen in seinem schweren, tief beklagenswerten Geschick ist des ein beredter Zeuge.

Von Peter dem Großen an beginnen die Versuche Rußlands für die bedrängten Glaubensgenossen im Nachbarstaate schützend einzutreten. Rußland gehörte zwar nicht zu den Garantiemächten des Friedenstraktates von Oliva; aber es war seit den Tagen des großen Kaisers nicht mehr gewillt, gelassen zuzusehen, wie man dem gewährleisteten Schutz der Nicht-Unirt-Griechen und der Dissidenten in Polen offenkundig und schändliche Hohn zu sprechen fortfuhr, auch dann noch damit unausgesetzt fortfuhr, als zum Teil infolge solchen verblendeten Treibens die politische Macht und Stellung des einst so mächtigen Staates von Jahrzehnt zu Jahrzehnt abnahm. Die systematisch betriebenen Bedrängnisse mögen dem scharf beobachtenden Nachbarreich erwünscht gewesen sein, weil sie ihm die begierig ergriffene Handhabe boten, um der Verfolgungen auf religiösem Gebiete willen sich immer gebieterischer in das morsch werdende Staatsleben Polens zu mischen. Eine Stunde der Abrechnung nahte verhängnisvoll; sie hebt an — in fast ironischer Weise — mit dem „Traktat ewigen Friedens“, zwischen der Kaiserin von Rußland und dem Könige von Polen, 1768 geschlossen und von den Königen von Preußen, Dänemark, England und Schweden, als in diesem Punkte den Allirten der Kaiserin, verbürgt. Es liegt abseits unsrer Aufgabe, alle die einzelnen zumeist politischen Vorgänge zu schildern, als deren geschicht und mit gut geschulter Hand geleitetes Ergebnis dieser Traktat dasteht, der letzte Meilenzeiger auf der Heerstraße zum Beginn der Teilung Polens. Schon dieser Reichstag zu Warschau war am 5. Oktober 1767 unter dem Schutze der russischen Truppen zusammengetreten; zu beschützen hatten diese Truppen in erster Linie den kaiserlichen Willen, der sich wie eine eiserne Faust auf jedes Widerstreben legte. Wem die genauere Kenntnisaufnahme dieser Vorgänge nicht abseits seiner Studien liegt, der vergleiche Krasinski in dem mehrfach bereits erwähnten Werke II, 467, Bernhardi, Gesch. Rußlands in der europ. Politik 1814—1831 (Leipzig 1875) II, 2, S. 240 ff., aber auch Schloffer, Gesch. d. 18. Jahrhunderts (Heidelberg 1864) III, 181 ff. und die eingehende Darstellung der Verhandlungen auf diesem Reichstag bei Beer, Die erste Teilung Polens (Wien 1873) I, 211 ff.

In dem ganzen vorliegenden Traktate finden die beiden so

arg bedrängten religiösen Gemeinschaften, die Nicht-Unirt-Griechen und die Evangelischen, die gleiche Berücksichtigung, wie sie auch gleich hartes Los der Verfolgung und Vergewaltigung ihres Rechts und ihres Gewissens jahrzehntelang erduldet; die Evangelischen auf dem gegenwärtig in russischem Besitze befindlichen Gebiete hauptsächlich im Westen und Norden Littauens und Kleinpolens angesiedelt, die Nicht-Unirt-Griechen aber im Osten und Süden des Großherzogtums Littauen, die Wojwodtschaft Witebsk und Minsk einschließend und in Rußland mit den Wojwodschaften Podolien, Wolhynien, Kiew und Braclaw, deren Grenze teilweise das heutige Gouvernement Cherson berührte. Selbstverständlich, daß das Haupt der russischen Kirche in erster Linie von dem schweren Lose der so nahen Glaubensgenossen berührt und veranlaßt ward, zu seiner Linderung die nötigen Schritte zu thun; aber dieser arge Glaubens- und Gewissenszwang lastete zu sehr auf beiden von der römischen Kirche gleichermaßen vergewaltigten kirchlichen Gemeinschaften, als daß nicht zumal in Rücksicht auf die ausschließlich protestantischen Garantiemächte derselbe Schutz, dieselbe Gewissensfreiheit beiden Leidensgenossen gemeinsam hätte zugute kommen sollen. Höchst beachtenswert ist in unsren Tagen, in welchen die evangelische Kirche der Ostseeprovinzen durch eine so schwere Prüfungszeit hindurchzugehen hat, wie vor mehr als hundert Jahren die Kaiserin von Rußland als Schirmherrin der Gewissensfreiheit im Nachbarstaate aufgetreten ist und in demselben siegreich Ansichten zur Durchführung gebracht, auf deren vollständige Ausführung im eignen Lande nach mehr wie einem Jahrhundert das ernsteste Verlangen der Besten des Landes gerichtet ist, die Rußlands wahres Wohl und darum auch die Gewissensfreiheit für alle seine Unterthanen, gleiches Recht und gleiche Pflicht in allen Kirchen, von ganzem Herzen begehren und erfliehen.

Nicht erst der vorliegende Traktat hat die beiden so schwer geprüften Leidensgenossen um ihres Glaubens willen einander nahe gerückt. Wir erwähnen hier nicht die Gesandtschaft, die von dem Patriarchen von Konstantinopel bereits 1451 zu den Hussiten nach Böhmen abgeordnet wurde, auch nicht die spätere Berührung der protestantischen Kirche mit der griechischen, als 1575 der

evangelische Prediger Stefan Gerlach dem Patriarchen die Augsburger Konfession in griechischer Übersetzung in Konstantinopel überreichte, als 1597 ebenfalls dem evangelisch gesinnten Patriarchen die griechische Übersetzung des Heidelberger Katechismus zugestellt ward. Im eifrigen und geschickten Verfolg der ins Rollen gelangten Angelegenheit, als es 1590 Sigismund III. hauptsächlich durch die geschickten Umtriebe des eifrigen Jesuiten Bosselinus geglückt war, vier griechische Bischöfe einer Union mit der römischen Kirche geneigt zu machen, und im Zusammenhang damit der Patriarch sich veranlaßt glaubte, den Metropolit von Kiew abzusetzen, ward auf der Synode zu Brest 1596 eine Union der mit dem Patriarchen in Hader geratenen Griechen und der Katholiken geschlossen. Nicht alle Griechen traten der Union bei; diese recht zahlreichen Nicht-Unierten Griechen, die in dem aufkommenden Moskowiterreiche einen starken religiösen Schutz und Hinterhalt hatten, waren damit zwiefach der römischen Partei im Lande verdächtig, staatlich und kirchlich, und wider sie erging nun die Verfolgung in gleicher Schärfe wie gegen die Protestanten. Das führte die beiden Leidensgefährten einander nahe. Fürst Ostrogski, eins der hervorragendsten Häupter der evangelischen Kirche, war die Seele der Bestrebungen, eine engere Verbindung zwischen den in ihrem Glauben gefährdeten Kirchen anzubahnen. Ihm zur Seite standen treugesinnt Leszczynski, Palatin von Brest, Fürst Christoph Radziwil, Palatin von Wilna. Es würde zu weit führen, die ungemein fesselnden Verhandlungen, welche zwischen Abgeordneten der drei durch den Vergleich von Sendomir 1570 noch eng zusammengehaltenen protestantischen Bekenntnisse und der der Nicht-Unierten-Griechen in dem Palast des Fürsten Ostrogski zu Wilna 1599 stattfanden, im einzelnen zu verfolgen. Eine Reihe von Glaubenslehren wurde zwar aufgestellt als gemeinsam den beiden Kirchen; aber der Unterschied in den meisten Punkten war doch ein zu großer, als daß eine religiöse Union wenn auch auf weitester Grundlage und in den allgemeinsten Umrissen hätte erzielt werden können. Anderseits war die gemeinsam erduldete Glaubensverfolgung eine so stark und schmerzlich empfundene, daß man sich trotz der Trennungspunkte auf dem Gebiete des Glaubens dennoch die Hand bot, gemeinsam wider die

argen Anläufe zu stehen und als Polen und Söhne des gleichen Vaterlandes zusammen die Fundamentalartitel des Reiches auch inbezug auf Gewissensfreiheit wider die zerstörenden Bestrebungen der Römlinge zu verfechten. Denn beide Teile erkannten damals schon nur allzugut, daß der Erfolg dieser vaterlandslosen, unchristlichen Bestrebungen unlösbar mit dem Verfall und Zusammenbruch Polens verknüpft sei. Was die beiden so arg bedrängten Kirchen schon am Ausgang des 16. Jahrhunderts an Vergewaltigung vonseiten der immer mächtiger das Haupt hebenden Jesuiten erduldet, zeigt klar die bei der Versammlung in Wilna hergestellte Aufzählung der Mißhandlungen, welche sie bis dahin bereits erlitten; nur einen Auszug davon, der aber vollauf genügt, auch heute noch den Bohn wider solche Verfolgungen wach zu rufen, giebt Arasinski in *Historical sketch of the reformation in Poland II*, 151 sqq.

L.

Unions-Acte von Sielec, 2. Mai 1777.

Damit ein Jeder wissen möge, worauf sich diese unsere Union und Verbindung beider Kirchenversammlungen des Herzogthums Masuren mit unsren kleinpolnischen Kirchenversammlungen gründet, so stimmt unsre Provinz ausdrücklich den nachfolgenden Punkten bei und sie wünscht sich nicht nur eine unverbrüchliche Haltung derselben, sondern sie macht sich auch selbst zur Festhaltung derselben gegenseitig anheischig:

1) daß diese beiden Gemeinden (die ev.-augsburgische und ev.-reformirte) zu den kleinpolnischen Provinzialsynoden gehören und folglich als Mitglieder unter den gemeinschaftlich Synodirenden durch ihre Abgeordneten sich befinden sollen;

2) daß dieselben in den gemeinschaftlichen Synodalberathungen Sitz und Stimme haben sollen cum voto decisivo.

5) Dieses votum decisivum wird auf den Synodalversammlungen alsdann statthaben, wenn nicht etwa Angelegenheiten einer besonderen Gemeinde, sondern vielmehr

öffentliche Angelegenheiten in Berathschlagung genommen werden. In diesem Falle hat der adelige Stand eine, die Geistlichkeit eine und der bürgerliche Stand eine Stimme, so daß dergleichen Angelegenheiten durch Mehrheit der Stimmen, das ist, durch zwei Stimmen entschieden werden müssen.

4) Keine Gemeinde, auch nicht der Synod, soll das Recht haben, sich in die innere Einrichtung einer andren Gemeinde einzumischen, es sei denn daß Klagen einlaufen oder aber dieserwegen Ansuchungen geschehen.

5) In Sachen der Angelegenheiten einer oder der andren Gemeinde sind so viel Stimmen als einzelne Gemeinden sind und zwar, daß der Patron der Gemeinde, der Prediger und das Presbyterium zusammen nur eine Stimme haben.

6) Die Seniores sowohl vom Ritterstande als von der Geistlichkeit und dem Civilstande sollen nur allein von der Synodalversammlung erwählt werden, auch soll die vorhergehende Vorschlagung der Candidaten zu diesen Ämtern allein von der Synodal-Versammlung abhängen.

7) Ob zwar bei unsren protestantischen Gemeinden es noch nie im Brauch gewesen, daß der Civilstand seinen eignen Senior hätte haben sollen, so zeigen wir dennoch die bereitwilligste Neigung der heiligen Eintracht, des gegenseitigen Zutrauens zwischen den Brüdern beider Konfessionen wegen eben so wohl, als auch wegen der Gründung einer desto näheren Vereinigung zwischen den Gemeinden beider Konfessionen in dem Herzogthume Masuren mit unsrer kleinpolnischen Provinz und geben gerne unsre Zustimmung zur Ansetzung eines Seniors aus dem Civilstande beider Konfessionen in dem Herzogthum Masuren, zu welchem auch alle Gemeinden vom Civilstande in der Provinz Kleinpolen gehören sollen. Zu diesem Senioratsamte ist durch einhellige Stimmen der Synodirenden sogleich der Herr Peter Teppe sen. erwählt und ordiniret worden. Damit aber dieser würdige Senior des Civilstandes sogleich nach der Rückkehr nach Warschau beiden Gemeinden vorgestellt werden könne,

so empfehlen und übergeben wir dieses vermöge des Ansehens der gegenwärtigen Synodalversammlung den würdigen Herrn Delegirten und Bevollmächtigten beider Warschauer Gemeinden, dem Herrn Samuel von Kahle und dem Herrn Samuel Horn.

8) Die Wahl eines Predigers oder Pastors wird zu einer jeden einzelnen Gemeinde gehören, so wie es der Gebrauch und die Einrichtung mit sich bringet. Die Ordinirung eines Predigers soll allezeit von einem Senior geistlichen Standes von jeder Konfession besonders geschehen, nach vorhergegangnem Examen des Candidaten. Ein bereits im Amte gestandener Prediger ist von beidem befreiet.

9) Der Ritterstand sowohl als auch der Civilstand soll nur einen Senior haben, hingegen soll der Senior geistlichen Standes noch einen Consenior an seiner Seite haben, welche beide ihre Ordination und Instruction von der Synodalversammlung empfangen sollen.

10) Auf unsren Provinzial-Synodalversammlungen werden wir uns alle Mal, so wie es von je her üblich gewesen, einen Director der Synode aus dem Ritterstande erwählen und derselbe wird alle unsere Unternehmungen durch sein Ansehen berichtigen.

11) Der Senior vom Civilstande, welcher dieses Amt bis zum Ende seines Lebens bekleidet, soll zur Erleichterung der öffentlichen Angelegenheiten allezeit in Warschau wohnen und wir bestimmen hierbei die Alternirung in beiden evangelischen Gemeinden.

12) Der Director der Synodalversammlung soll mit Zuziehung zweier Senioren vom geistlichen und Civilstande im Falle einer sich ereignenden Gleichheit der Stimmen auf einer Synodalversammlung den Ausschlag durch seine Stimme geben. Dieses aber ist nur zu verstehen von besonderen Angelegenheiten einer jeden Gemeinde.

13) Die Gemeinden, welche keine Kirchen oder auch nicht ihre eignen Prediger haben, wie Krafau, Lublin, Staffow u. s. w. können durch ihre Deputirten ihre Stimme wie andre Gemeinden in Klein-Polen haben, doch mit der

Bestimmung, daß eine jede Gemeinde nur eine Stimme haben soll.

14) Die Ausschreibung zu einer zu haltenden Synode wird von dem Einverständniß und Übereinkommung aller drei Senioren abhängen. Jedoch erfordert es die Nothwendigkeit, daß wir unsere jährlichen Synodal-Versammlungen halten, wozu wir auch immer den ersten Sonntag nach Trinitatis als die allerbequemste und schicklichste Zeit dazu anberaumen. Sollte es aber eine schleunige Nothwendigkeit erfordern, eine zeitigere Synodal-Versammlung zu halten, so wird es denselben Herrn Senioren freistehen, eine außerordentliche Synodal-Versammlung zu berufen.

15) Sollte es sich ereignen, daß auf einer Synode nur sechs Gemeinden und zwei Seniores gegenwärtig wären, wenn vier Wochen vorher alle Gemeinden von der zu haltenden Synodal-Versammlung benachrichtiget worden, so soll diese Ereignung der Gültigkeit der auf einer solchen Synodal-Versammlung gemachten Schlüsse keinen Eintrag thun.

16) Die Synodal-Schlüsse sollen von einer Synode bis zu der andern ihre volle Gültigkeit haben. Kardinalgesetze aber bleiben unveränderlich, es wäre denn, daß die Umstände der Zeit eine Veränderung oder Aufhebung derselben schlechterdings erforderten.

17) Eine jede Gemeinde, auch selbst einzelne Glieder einer Gemeinde sollen die vollkommene Freiheit haben, ihre besonderen Angelegenheiten der Synodal-Versammlung vorzulegen, nur mit dieser Bedeutung, daß dergleichen Angelegenheiten schriftlich verfaßt und so der Synodal-Versammlung übergeben werden müssen.

18) Unsere Synodal-Versammlungen sollen die vollkommene Macht haben, die Seniores abzuändern, wenn wichtige Ursachen hiezu sein sollten.

19) Das Archiv oder die Sammlung der Synodal-Akten soll allezeit bei dem Notarius der Synode verbleiben; deren Copien aber sollen einem jeden aus den verbundenen Gemeinden unverweigerlich sein. Und wir setzen hiernit fest,

daß diese Synodal-Acten und Schlüsse allemal in unserem Konsistorium oblatiret werden.

20) Alle beschlossenen Synodal-Acten müssen von allen auf der Synode gegenwärtigen, von jedem insbesondere, eigenhändig unterschrieben werden. Keine Protestation dagegen kann und soll solchen in nichts schaden, weil es Synodal-Acten und Schlüsse sind, welche nun schon durch die Mehrheit der Stimmen berichtigt und beschlossen worden.

21) Die Gemeinden, welche auf der Synodal-Versammlung erscheinen sollen, müssen vorher durch eine Zuschrift hierzu feierlich eingeladen werden.

Wenn wir nun diese oben ausdrücklich bezeichneten Punkte zum Grunde der Vereinigung unserer Provinz mit den Gemeinden beider Konfessionen in dem Herzogthum Masuren gelegt, so lassen wir in ihrer vollen Gültigkeit unverbrüchlich und behalten uns vor die alten Gebräuche und Gesetze unserer kleinpolnischen Gemeinden. Um aber aller Zwietracht zwischen den Gemeinden beider Konfessionen vorzubeugen, deßgleichen um alle dem brüderlichen Zutrauen entgegenstehenden Hindernisse aus dem Wege zu räumen, so verbinden wir uns in dem Geiste der Liebe und Eintracht mit den so oft bemeldeten Gemeinden beider Konfessionen in dem Herzogthum Masuren, welche gegenwärtige Handlung wir zu mehrerer Urfunde und Gültigkeit auf kommende Zeiten mit Beidrückung unseres kleineren Synodal-Siegels eigenhändig unterschreiben und bestätigen.

Gegeben in der Kirche zu Sielec, den 2. Mai 1777.

Dieser „Unions-Acte“ ist die folgende „Bestätigung des gemeinschaftlichen kleinpolnischen, durch die Unionsacte den 2. Mai 1777 in Sielec vereinigten Konsistoriums mit den Gemeinden beider Konfessionen der Woywodschaft Masuren“ beigelegt:

1) Das Konsistorium dieser kleinpolnischen mit Masuren vereinigten Provinz soll aus sechs Personen, nämlich aus

zweien vom Ritterstande, zweien Geistlichen und zwei Personen vom Civilstande beiderlei Konfessionen in gleicher Anzahl bestehen.

2) Vom geistlichen Stande soll der Pastor der Warschauer Gemeinde augsburgischer Konfession Konsistorialrath sein.

3) Die Konsistorialgerichte sollen für beständig in Warschau gehalten werden.

4) Diese Konsistorial-Gerichtspflege soll jährlich vom 15. März bis zum Ausgang des Aprils gehalten werden; den zweiten Termin dieser Gerichtspflege im Jahre hingegen setzen wir auf den 1. bis 15. Oktober zur Beförderung der Gerechtigkeit fest.

5) Der Konsistorial-Notarius soll jederzeit eine Person wechselseitig vom Civilstande sein.

6) In diesem Konsistorio sollen zwei Vorsitzende, einer vom geistlichen und der andere vom Ritterstande sein, welche die Beisitzer des Konsistoriums durch Mehrheit der Stimmen unter sich erwählen werden und an jedem Termin der Gerichtspflege werden selbige unter einander alterniren.

7) Die Konsistorialräthe müssen nirgends anders als in dem versammelten Synod durch Mehrheit der Stimmen erwählt werden, ausgenommen der Pastor der Gemeinde augsburgischer Konfession in Warschau.

8) Nach erfolgter Wahl der Konsistorial-Räthe müssen diejenigen, welche erwählt worden und im Synod gegenwärtig sind, vor demselben ohne Anstand den Eid leisten; diejenigen aber, so erwählt und nicht gegenwärtig sind, sollen ihren Eid vor dem Konsistorium abzulegen verbunden sein.

9) Die zum Konsistorium ernannten Personen können auf Lebenszeit ausgesetzt werden, es sei denn, daß von diesen Konsistorial-Gliedern Jemand zur Veränderung selbst Gelegenheit gebe; was aber dem geistlichen Konsistorial-Rath der ev.-reformirten Konfession und gleicherweise den Ritterstand beider Konfessionen betrifft, die sollen im Konsistorium nur durch zwei Jahre Assessoren sein.

10) Dem Konsistorium steht frei, sich einen Notar zu erwählen und wenn derselbe Geschicklichkeiten genug besitzt, so kann derselbe auch sogar perpetuirlicher Konsistorial-Rath mit dem voto decisivo sein; insofern derselbe aber nur Notar ist, soll ihm lediglich das votum consultativum verstattet werden.

11) Von den Konsistorial-Gerichten kann nirgends anders hin als an den Provinzial-Synod appelliret werden.

12) Die innere Gerichts-Verordnung, Einrichtung und Bestimmung des Konsistoriums in Absicht der Verbindlichkeiten der Räthe, der Gegenstände und Gerichtspflegen, die zum Konsistorium gehören u. s. w. u. s. w., soll vor allen Dingen von dem ganzen Synod entworfen werden.

Geschehen in der Sielecer Kirche den 2. Mai 1777.

Beide für die Verfassungsgeschichte der evangelischen Kirchen Polens wichtigen Schriftstücke, sowohl die Unionsakte, als auch die Bestätigung des Konsistoriums, jedes mit der eigenhändigen Unterschrift der 35 anwesenden Synodalmitglieder versehen, sind dem im Jahre 1781 (Dresden und Leipzig in der Gröllischen Buchhandlung) in polnischer und deutscher Sprache erschienenen Büchlein entnommen: „Unionsakte derer in dem Herzogtum Masuren sich befindenden protestantischen Gemeinden beider Konfessionen mit den Gemeinden der Provinz Klein-Polen“. Nicht zum Abdruck gelangt hier, als zu weit führend und der uns gestellten Aufgabe nicht entsprechend, die dem Büchlein beigefügte, aus dreizehn längeren Artikeln bestehende „Gerichtsordnung des gemeinschaftlichen Konsistoriums der kleinpolnischen Union mit der Woywodschaft Masuren beiderlei Konfessionsgemeinden.“

Der Inhalt vorliegender Akte beansprucht ein paar erklärende Worte.

Raum irgend auf einem andren Gebiete wäre ein einmütiges Zusammengehen der verschiedenen evangelischen Richtungen der Reformation so sehr geboten gewesen, wie in Polen; kaum irgendwo hat die sich nach kurzem Daniederliegen wieder ermannende römische Kirche unter der gewandten und schlauen Führung der Je-

suiten so erfolgreich den Hebel in die verhängnisvolle Spaltung der Reformationkirchen eingesetzt als hier in diesem Lande, das freilich nun über diesem Erfolge selber zugrunde ging. Der größere und entschieden auch der angesehenste und einflußreichste Teil des polnischen Adels hatte sich der Reformation angeschlossen, ebenso weitaus die Mehrzahl der Bürger in den Städten; die Hörigen auf dem Lande folgten meist ihren Herren. In Großpolen waren die böhmischen Brüder und die Lutheraner überwiegend, in Kleinpolen und Littauen die Reformirten und zwar in der Weise, daß letztere in dem Gesamtgebiet der Republik von den drei Bekenntnissen die stärkste Vertretung besaßen, sowohl der Zahl nach, als auch inbezug auf die hohe und einflußreiche Stellung ihrer Bekenner. Das Bedürfnis, die Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses war den besten und frömmsten Gliedern der drei evangelischen Kirchen klar bewußt; in seiner Anbahnung verzehrte sich das Leben des edlen polnischen Reformators und Patrioten Johannes a Lasco. Nicht ganz erfolglos; denn der Vergleich zu Sendomir 1570 darf als eine reife Frucht seiner rastlosen Bemühungen angesehen werden (vgl. darüber Dalton, Joh. a Lasco [Gotha 1881], S. 569 ff.). Das Privileg des Königs Sigismund August vom 16. Juni 1563 (vgl. Nr. XXXVIII), das den Protestanten eine rechtliche Stellung im Reiche einräumte, gab den Anstoß, im Sendomirer Vergleich dieses gewährleistete Recht in festgeschlossnem, einheitlichem Zusammenstehen gegen die Feinde zu wahren, welche allzeit im Kampfe mit den unter sich uneinigen Protestanten durch ihr einheitlich geschlossenes Vorgehen von vornherein im Vorteil waren.

Es ist ein peinliches Erkennen zu sehen, wie die Außerachtlassung dieser Taktik, die Lockerung des durch den Sendomirer Ausgleich geschlossenen Verbandes gleich einem schwarzen Einschlagfaden verhängnisvoll durch die Leidensgeschichte der Evangelischen in Polen sich hindurchzieht und sie mitschuldig werden läßt an ihrem und ihres Landes unheilvollem Geschick. Unsere besondere Aufgabe hier überhebt uns der tiefichmerzlichen Pflicht, den Nachweis dieser Thatsache Schritt für Schritt zu verfolgen; wir sind dadurch auch dem enthoben eine anklagende Stimme wider die zu richten, welche an dieser Lockerung aufseiten der drei Verbündeten

geflissentlich gearbeitet: kurzichtige, engherzige Leute, die dazu noch im Schatten und Bann der Theologie standen, welche von jenseits der Grenze im 17. Jahrhundert auch auf polnisches Gebiet fielen.

Der „Traktat des ewigen Friedens“ 1768, der nach einer zweihundertjährigen Vergewaltigung den Dissidenten die Rechte zurückgab, welche das Privileg des Königs Sigismund August 1563 ihnen gewährt, bot wieder den Anstoß, wie damals zu einem Besinnen auf den Sandomirer Vergleich, so jetzt zu dem Versuch eines Zusammenschlusses der Protestanten in Polen. Denn der „Traktat“ hat dennoch kein Ende der Feindseligkeit der römischen Kirche wider die Protestanten gemacht, barg vielmehr in seinem Schoße neue und recht gefährliche Waffen wider sie. Die Protestanten wurden in schlauer, pfiffiger Weise als im Schutze der Feinde des Vaterlandes stehend wie eine Art Landesverräter verdächtigt und gebrandmarkt; manch' edler Pole, dem der Traktat die heiß ersuchte Gewissensfreiheit gebracht, konnte es nicht verwinden, daß er dies kostbare Gut, das sich die Väter in rührender Treue zu ihrer evangelischen Kirche wohl verdienet, aus denselben Händen in Empfang nehmen sollte, die alsbald wie eine Fortsetzung des Traktates die Teilung Polens durchführten. Wir gedenken des Schmerzes, dem Graf Krasiński im Schlußwort seiner „Reformation in Polen“ so wahren Ausdruck leiht.

Dies alles drängte zu einer engeren Verbindung der Protestanten. Versuche und Anläufe wurden alsbald gemacht. Büsching, nicht lange zuvor Prediger an der Petrikirche zu St. Petersburg und auch in seiner neuen Stellung in Berlin den kirchlichen und politischen Vorgängen in Rußland und Polen aufmerksam folgend, hat eine altentworfene Darstellung dieser mancherlei Anläufe gegeben, auf welche wir diejenigen verweisen möchten, welche eingehender die damaligen Versuche und auch ihr Scheitern kennen lernen wollen (Büsching, Neueste Gesch. der Evangelischen beider Konfessionen in Polen und Littauen von 1768 — 1783, Halle 1784). Büsching, selbst ein Lutheraner, betrachtet die Vorgänge von einem höheren und damit auch weitfichtigeren und weitherzigeren Standpunkt als Griesse [in seinen Beiträgen zur Reformationsgeschichte in Polen und Littauen], der selber zum Teil in

den Strom der Vorgänge gezogen, zu sehr als Parteimann dieselben darstellt).

Unter diesen Versuchen nimmt den hervorragendsten Platz die Silescher Union von 1777 ein. Bis zum Traktat von 1768 durfte in der polnischen Provinz Masowien, in welcher Warschau liegt, keine evangelische Gemeinde bestehen. Die von Groß- und Klein-Polen wie eine Enklave eingeschlossene Provinz hatte lange Zeit ihre selbständige Regierung bewahrt und auch nach ihrem Anschluß an das Reich (1569) die bereits 1525 von dem Fürsten Janusz II. erlassenen harten Gesetze gegen die Reher auch nach der Vereinigung mit Polen in aller Strenge aufrecht zu erhalten verstanden. Und doch wuchs die Zahl der Protestanten in Warschau in gleichem Schritte mit dem Aufblühen der Stadt selbst. Einen Kirchhof für ihre Toten räumte man im 17. Jahrhundert den Evangelischen wohl ein, aber keine Kirche für ihre lebenden Bekenner. Dieselben waren eingepfarrt in der nächstgelegenen evangelischen Gemeinde in Kleinpolen, in Wengrow, siebenzig Werst von Warschau dicht an der Grenze gelegen. Die Stadt gehörte der hervorragendsten Familie der reformirten Kirche, den Radziwils, an; die Fürsten dieses Hauses haben sich in jenen Tagen — ganz im Geiste Laskis, mit welchem der erste Reformirte aus dem Hause innig befreundet, ja weitläufig verwandt war — durch ihre opferwillige Milde gegen alle Reformationsegenossen hervorragend ausgezeichnet. So nahm es auch nicht wunder, daß die Tochter des Fürsten Woleslaus Radziwil, Prinzessin Ludowila Karoline, an den Markgrafen Ludwig von Brandenburg vermählt, den Lutheranern von Warschau die bisherige reformirte Kirche in Wengrow einräumte und ihren Glaubensgenossen eine neue Kirche erbaute. Die beiden Gemeinden lebten einträchtig neben und mit einander. Ihre Prediger begaben sich jährlich zweimal in ihre Filialen nach Warschau; ein beschwerlicher Dienst, da ihre eignen Gemeinden in Wengrow durch sehr starken Zuzug auch von Schottland her die volle Kraft eines Pastors in Anspruch nahmen. Der „Traktat ewigen Friedens“ machte dem Mißstande ein Ende und gewährte den Dissidenten der Provinz die gleiche Gewissensfreiheit wie dem ganzen Lande.

Die beiden nun selbständig gewordenen evangelischen Gemein-

den in Warschau, die einzigen in der ganzen Provinz, fühlten das Drückende der Vereinsamung und das Bedürfnis des Anschlusses an eine größere kirchliche Gemeinschaft, zumal sie in Bengrow dem kirchlichen Gebiet von Kleinpolen eingegliedert waren. Ihr Wunsch traf zusammen mit dem Verlangen der reformirten und lutherischen Gemeinden Kleinpolens, in einen engeren kirchenregimentlichen Verband zu treten. Abgeordnete der Gemeinden trafen auf der anberaumten Synode in Sielec, in der Wojwodenschaft Sandomir gelegen, im Mai 1777 zusammen; die oben mitgetheilte Akte ist das Ergebnis der einmütigen Beratungen. Die hergestellte Vereinigung, um der beiden Kirchen willen so dringend durch die Zeitumstände geboten, erschien als eine segensversprechende Frucht. Sie strebte keine Lehrvereinigung an. Wie sie das Sonderbekenntnis der beiden Konfessionsverwandten unangetastet ließ, so hütete sie sich auch in die innere Ordnung der einzelnen Gemeinden, in ihre dadurch gewährte Selbständigkeit einzugreifen. Nur in strittigen Fällen oder wenn es galt, eine Anklage zu schlichten, sollte die gemeinsame kirchliche Vertretung die Entscheidung treffen und damit Kirchensachen vor unliebsamen Eingriffen der weltlichen Macht entsprechend den Zugeständnissen des ewigen Traktates schützen. Die wohl an Zahl geringeren lutherischen Gemeinden in Kleinpolen (wir finden bei dieser Synode vertreten Warschau, Krakau, Lublin, Staszow u. a.) tagten als ebenbürtige Bundesgenossen neben den reformirten Gemeinden mit völlig gleichen Rechten, gleichen Pflichten; ebenso waren — ein fernerer Gewinn der Sielecer Union — als gleichberechtigte Bundesgenossen bei der Leitung des Kirchenwesens, welche bis dahin nur in den Händen der Geistlichkeit und des Adels ruhte, Vertreter aus dem Bürgerstande zur Teilnahme an der Synode gezogen.

Aber die ansehnliche Frucht dieser Unionsakte fiel ab, noch ehe sie ausgereift war; der arge Mehltau einer rührigen Partei unter den Lutheranern, die jedoch in diesem Falle nicht von konfessionellen Bedenken beeinflusst wurden, legte sich auf die noch zarte Pflanze. Wen es gelüstet, die Gänge kennen zu lernen, die gemacht wurden, in der evangelischen Kirche Kleinpolens das eben geknüppte Band der kirchenregimentlichen Gemeinschaft wieder zu

zerreißen, wag den ausführlichen Bericht bei Büsching nachlesen. In all' den schweren Drangsalzeiten der Glaubensverfolgung haben dennoch — schier unfassbar — die Protestanten Polens „nichts gelernt und nichts vergessen.“ Die ärgerlichen, kleinlichen Streitigkeiten begannen vonseiten jener Partei unmittelbar nach der Unterzeichnung der Unionsakte und setzten sich in so heftiger Weise fort, daß bereits nach fünf Jahren diese Union nur noch auf dem Papier stand, höchstens gut genug, dermaleinst in einem „Urkundenbuch“ Aufnahme zu finden. Das Schlimmste war, daß die Gegner mit ihren engherzigen Angriffen dem russischen Botschafter Graf Stadelberg die begierig ergriffene Handhabe boten, der 1782 wiederum nach Sielec zusammenberufenen Kleinpolnischen und masurischen Synode seine Auslegung des Friedenstraktates als unumstößliche Richtschnur vorzuschreiben. Das war zunächst ein widergesetzlicher, anmaßlicher Eingriff vonseiten einer weltlichen Macht ins kirchliche Gebiet. Eine etwa als notwendig sich erweisende Auslegung konnte nur in voller Übereinstimmung der Partien geschehen, welche den Traktat geschlossen, im vorliegenden Falle mit Gutheißung der bei seinem Abschluß beteiligten Garantiemächte. Die als unumstößliches Machtgebot der Synode aufgedrungene Privatanschauung des Botschafters ist aber auch eine irrtümliche und willkürliche, die ihre Übereinstimmung mit dem Friedenstraktat nicht nachzuweisen imstande ist. Abgesehen von alledem war den katholischen Patrioten des Landes ein neuer Beleg zur Verdächtigung geboten, daß durch die Dissidenten verschuldet ein fremder Gesandter seinen Willen auf polnischem Gebiete als unwiderrufliches Gesetz zur Geltung brachte.

LI.

Kaiserlicher Ukas vom 14./26. Februar 1828 inbetreff Gründung des evangelischen Generalkonsistoriums für die evangelische Kirche Polens.

Auszug aus dem Protokoll des Staatssekretariats des Königreichs Polen.

In Erwägung der von den evang.-augsburgischen und reformirten Einwohnern des Königreichs und ihrer Geistlichkeit der Landesregierung von lange her vorgelegten Wünsche, wie auch in der Absicht nach dem Geiste der dem Königreich Polen verliehenen Verfassungsurkunde die ferneren Mittel zu entwickeln, die den evangelischen Einwohnern die väterliche Obhut der Regierung versichern und in die Führung der Angelegenheiten dieser Glaubensbekenntnisse eine feste und gleichförmige Ordnung bringen, haben wir auf Vorstellung der Regierungscommission der Gottesverehrungen und der öffentlichen Aufklärung und nach eingezogenem Gutachten des Staatsraths beschlossen und beschließen was folgt:

1) An die Stelle des einstweiligen ev.-augsburgischen und des ev.-reformirten Konsistoriums Warschauer Departements tritt für das ganze Königreich Polen ein evangelisches Generalkonsistorium, welches sich unter Leitung der Regierungscommission der Gottesverehrungen und der öffentlichen Aufklärung mit allem dem beschäftigen wird, was das Wohl der Kirchen und Schulen sowohl der augsburgischen als reformirten Glaubensgenossen betrifft.

2) Das evangelische Generalkonsistorium wird aus zwei Abtheilungen bestehen, welche den erwähnten beiden evangelischen Glaubensbekenntnissen entsprechen und diejenigen Gegenstände, welche jedem Bekenntniß wesentlich eigenthümlich sind, vorläufig vorbereiten und dann vor die allgemeine Konsistorialsitzung bringen.

5) In dem General-Konsistorio haben ihren Sitz zwei mit einander wechselnde Vorsitzende, ferner drei Konsistorialräthe vom ev.-augsburgischen und eben so viele vom ev.-reformirten Glaubensbekenntnisse.

4) Von diesen Vorsitzenden wird einer, er sei nun geistlichen oder weltlichen Standes, vom ev.-augsburgischen, der andre vom reformirten Glaubensbekenntnisse sein. Der Wechsel im Vorsitz ist jährlich. Der Vorsitzende, der nicht an der Reihe ist, nimmt das Jahr hindurch im Konsistorium die Stelle des ersten Mitgliedes ein und ist, so oft es die Noth erfordert, Stellvertreter des wirklichen Vorsitzenden. Der erste Vorsitz wird durch das Loos bestimmt. Der Vorsitzende entscheidet die Gleichheit der Stimmen.

5) Wir, der König, ernennen die Vorsitzenden des evangelischen Generalkonsistoriums, zu welchen uns von der Regierungscommission der Gottesverehrungen und öffentlichen Aufklärung zwei Candidaten für jeden vorgeschlagen werden.

6) Unser Statthalter erwählt die Räthe des evangelischen Generalkonsistoriums auf Vorstellung der Regierungscommission der Gottesverehrungen und öffentlichen Aufklärung, wozu ihr von dem Generalkonsistorium die Candidaten in zwiefacher Wahl vorgeschlagen werden. Das erste Mal werden dieser Commission die Candidaten in derselben Zahl von dem bisher bestehenden ev.-augsburgischen und ev.-reformirten Konsistorium vorgeschlagen.

7) Wir, der König, werden durch eine besondere Verordnung die Attribute und Rechte des evangelischen Generalkonsistoriums bestimmen, so wie auch seine Verhältnisse zu der Regierungscommission der Gottesverehrungen und öffentlichen Aufklärung, ingleichen zu den geistlichen Unterbehörden, zu den einzelnen Pastoren oder Gemeinden und endlich zu den Landesbehörden. Das Projekt zu dieser Verordnung wird, von dem Generalkonsistorium selbst ausgearbeitet, durch die Regierungscommission der Gottesverehrungen und öffentlichen Aufklärung zu unserer Bestätigung vorgelegt werden.

8) Kein Gegenstand, der eines von den evangelischen Glaubensbekenntnissen betrifft, wird weder in den administrativen, noch in den allgemeinen Sitzungen der Regierungscommission der Gottesverehrungen und öffentlichen Aufklärung entschieden ohne vorhergegangne Einladung beider

Vorsitzenden des evangelischen Generalkonsistoriums zu dieser Sitzung, wo diese dann ihre Stelle in gedachter Commission mit entscheidender Stimme einnehmen.

9) Zur Beforgung der kirchlichen Angelegenheiten werden auf den Vorschlag des Generalkonsistoriums in beiden Glaubensbekenntnissen Superintendenten ernannt, welche die Aufträge des Generalkonsistoriums, jeder in dem angewiesenen Umkreise, vollziehen werden, Ihre Attribute werden in der Verordnung enthalten sein, die wir zufolge des 7. Artikels erlassen werden.

Unser Statthalter wird auf die Vorstellung der Regierungscommission der Gottesverehrungen und öffentlichen Aufklärung die Superintendenten aus den vom evangelischen Generalkonsistorium gedachter Commission in doppelter Zahl eingereichten Candidaten ernennen.

10) In der Folge können nach Maßgabe des von der Regierung anerkannten Bedürfnisses von dem Generalkonsistorium abhängige Provincialkonsistorien eingeführt werden.

11) Das evangelische Konsistorium wird ein Project seiner inneren Einrichtung und der Ordnung der Geschäftsführung gemäß den Vorschriften unsrer Verordnung, welche die Attribute desselben bestimmen soll, entwerfen. Diese Einrichtung soll unserem Statthalter von der Regierungscommission der Gottesverehrungen und öffentlichen Aufklärung zur Bestätigung übergeben werden.

12) Die durch gegenwärtige Verordnung bestimmte Personenzahl des evangelischen Generalkonsistoriums kann mit Mitgliedern aus andren evangelischen Glaubensbekenntnissen vermehrt werden auf den Fall, daß wir es nothwendig finden oder die Glaubensbekenntnisse darum einkommen sollten.

15) Mit der Vollziehung des gegenwärtigen Beschlusses, der in die Geseßsammlung (Dziennik Praw) aufgenommen werden soll, beauftragen wir die Regierungscommission der Gottesverehrungen und öffentlichen Aufklärung.

Gegeben zu St. Petersburg, den 14./26. februar 1828.

Nikolaus.

Reichlich mit Unterschriften versehen ist dieser kaiserliche Ulaß. Das im Drude mir vorliegende Exemplar enthält außer dem Namen des Kaisers noch folgende Unterschriften mit den Angaben: „Der Minister der Gottesverehrungen und öffentlichen Aufklärung Stanislaus Grabowski; von dem Kaiser und Könige der Minister Staatssekretär Stefan Graf Grabowski; übereinstimmend mit dem Original der Minister Staatssekretär Stefan Graf Grabowski; übereinstimmend mit dem Original der Staatsrat Staatssekretär Divisionsgeneral Kossedzi; übereinstimmend mit der Abschrift in Vertretung des Justizministers der Staatsrat Wozniaki; für den Generalsekretär der Bureauchef R. Hofmann. — Der kaiserliche Erlaß, am 26. April 1828 bekannt gemacht, verlangt einige erläuternde Worte.

Die Anmerkungen zur voranstehenden Unions-Acte von Sielec haben bereits darauf hingewiesen, daß der Versuch vor einem halben Jahrhundert, eine kirchenregimentliche Vereinigung der beiden evangelischen Konfessionen herzustellen, gescheitert sei. Wer den Gang der Theologie im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts unter der allbeherrschenden, auch in Polen an der Spitze einher-schreitenden Führung des Rationalismus kommt, ist überzeugt, daß in jenen Tagen konfessionelle Bedenken weder auf der einen, noch auf der andren Seite ausschlaggebend sein konnten. Ein genauerer Einblick in die Warschauer kirchlichen Vorgänge bestätigt die Überzeugung. Der Schutz der Dissidenten bot wohl den erwünschten Anlaß für die fremden Mächte, sich in die völlig zerfahrenen Verhältnisse Polens zu mischen; aber diese Einmischung beschränkte sich entfernt nicht auf dieses Gebiet, daß sie mit der gebotenen Hilfeleistung sich zufrieden gegeben hätte. Im Verlauf der für Polen so verhängnisvollen Geschehnisse, an deren Ziel der Untergang des Reiches und seine Teilung an die drei Nachbargebiete steht, trat die kirchliche Frage völlig in den Hintergrund, selbst in kirchlichen Kreisen. Man war über dem Ausgang der staatlichen Dinge erschöpft, der Schmerz über den Verlust des Vaterlandes machte unlustig und wie gelähmt, irgendeine tiefer greifende Frage zu erörtern. Man ließ den Dingen ihren Lauf, zumal die allgemein herrschende religiöse Gleichgültigkeit nicht sich erwärmen konnte, auf dem kirchlichen Gebiete wenigstens Ersatz für das zu finden, was

auf staatlichem Gebiete verloren war. Bald nach der letzten Theilung tauchte der Kriegsheros Napoleon auf; jeder seiner Siege weckte in den Herzen der Polen den Hoffnungsschimmer, daß in ihm auch ihnen ein Befreier erstanden sei. Die gespannteste Aufmerksamkeit des Volkes, das anfang in Traumgebilden Ersatz für die Wirklichkeit zu suchen, richtete sich auf die in traumhaftem Glanze erscheinende Gestalt; ihrem Siegeslaufe gegenüber konnte keine kirchliche Frage im Lande aufkommen.

Mit dem Untergang dieses Sternes trat in die Erregung der Geister in Polen Stille ein; in ihrem Gefolge Neigung und Willigkeit dem religiösen Leben und seiner Tröstung Raum zu geben. Den Raum erweiterte die Strömung, welche in jenen Tagen selbst die höchsten Kreise Rußlands ergriff und vom Kaiserthron in allen Theilen des unermesslichen Reiches sich geltend machte. Auch in Polen und in seiner evangelischen Kirche. Die „Verfassungsgeschichte“ hat in ihrem dritten Abschnitt gezeigt, wie von dem Zuge dieser Strömung auch die Verfassung der Kirche ergriffen ward und in diesen Anläufen das Gepräge der herrschenden Geistesrichtung trägt, ein der Vereinigung der beiden Konfessionen in kirchenregimentlicher Beziehung entschieden günstiges; hat auch gezeigt, wie diese ersten Versuche, durch kaiserlichen Ulas gut geheissen, nach der evangelischen Kirche in Polen die Hand ausstreckten. Mit dem Tode Alexander I. hörten die Versuche nicht auf; was sie erstrebten — wir haben es in jenem andren Buche erzählt, war ein zu dringendes Bedürfnis für den gesegneten Fortbestand der evangelischen Kirche geworden; aber diese Bestrebungen belamen nun endgültig eine andere Richtung und hatten sich fernerhin nur auf die lutherische Kirche im Reiche zu beschränken.

Während für das Reich der ursprüngliche Versuch einer kirchenregimentlichen Vereinigung der beiden Konfessionen drangegeben war, lebte er auffälligerweise im Königreich Polen wieder auf; vorstehender Erlaß zeigte seine Verwirklichung im Jahre 1828. Besondere Umstände kamen der auffälligen Thatsache günstig entgegen. In beiden Konfessionen waren die Erinnerungen an eine gemeinsam durch Jahrhunderte erduldete Zeit der Verfolgung und Trübsal nicht erloschen; auch nicht völlig die Erinnerung an den Sandomirer Ausgleich vor einem Vierteljahrtausend, an die Sie-

later Unions=Acte vor einem halben Jahrhundert. Konfessionelle Sondergelüste zeigten sich bei keinem der beiden Teile; was sich von evangelischem Leben nach langem Schläfe wieder zu regen begann, trug völlig die wohlbekannten Züge eines Pietismus, der in der kindlichen Freude über den wiedererlangten Glaubensbesitz viel lieber das Gemeinsame, den Glauben an den Herrn Jesum, betont, als die historisch gewordenen Trennungspunkte geflissentlich hervorleht. Ein Weiteres leistete der Richtung Vorschub. Tonangebend auf religiösem Gebiete und in den einig neben einander hergehenden kirchlichen Kreisen Warschaus und von da weit hinaus in die evangelische Kirche des Landes war in jenen Tagen der Generalsenior der Kirche, die als ein kostbares Erbe aus der Väter Zeit überkommen und je und je treu bewahrt hat die freudige Bereitschaft und warme Willigkeit, über die Trennungspunkte hinweg den Glaubensgenossen der evangelischen Kirche eine fromme Bruderhand zu reichen. Diese Bereitschaft stammt wahrlich nicht aus religiöser Gleichgültigkeit, vielmehr aus der tiefen, evangelischen Überzeugung, daß des Gemeinsamen und Einigenden viel, viel mehr sei als des Unterscheidenden und Trennenden, auch aus der auf einer ihr in den verschiedenen Landen von Gott gewiesenen schweren Martyrstraße gewonnenen reichen und auch schmerzlichen Erfahrung, daß der Hader der Brüder im eignen Hause nur die Kraft des gemeinsamen, unerbittlichen Gegners stärke.

Generalsenior der reformirten Kirche Polens war der ehrwürdige, fromme Karl Diehl. Seine Vorfahren waren von der Pfalz ins Großherzogtum Posen übergesiedelt, woselbst er 1764 in Lissa geboren ward. Nachdem er 1786—1788 auf der reformirten Universität in Frankfurt a. d. O. studirt, ward er 1791 als Pastor nach Warschau berufen und stieg hier von Würde zu Würde dank seiner hervorragenden Tüchtigkeit. Als die Preußen Warschau einnahmen, erwählte ihn der König zu seinem Hofprediger; 1810 ward er Generalsuperintendent der reformirten Gemeinden Polens, bald darauf geistlicher Senior der großpolnischen, 1822 auch der kleinpolnischen reformirten Unität; schon seit 1812 hatte er den Voratz im Konsistorium. Eine gleich hohe und achtungsgebietende Stellung nahm er im öffentlichen Leben ein. 1811 wählten ihn die Bürger seines Bezirks in Warschau zu

ihrem Abgeordneten in den Reichstag; er gehörte der Deputation an, welche den Kaiser Napoleon in Thorn empfing; seit 1815 war er ein eifriges Mitglied der königlichen Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften. Ihm dankt die Gemeinde den Bau ihres Pastorats, die Sammlung ihres Kirchenvermögens, die kaiserliche Schenkung eines geräumigen Platzes zum Bau einer neuen Kirche. 1831 starb er auf einer Reise nach Posen in Orzeszowo. Wenn auch Diehl ein treuer Sohn seiner Kirche war und bis an sein Ende blieb, so begrüßte er doch — oder sagen wir lieber, deshalb — mit herzlicher Freude und Zustimmung, was seit 1817 den größten und auch besten Teil der evangelischen Kirche Deutschlands bewegte und dessen Einfluß in der evangelischen Kirche Rußlands sich in manch fesselnden Zeichen geltend machte. Warum dem Geiste nicht auch in Polen Geltung verschaffen, wo gleiches schweres Geschick die beiden Konfessionen so enge aufeinander anwies? Diejem Streben Diehls kam förderlichst entgegen seine innige Freundschaft mit Samuel v. Linde, dem damals hervorragendsten Gliede der lutherischen Gemeinde in Warschau, der auch in diesem Punkte mit Diehl Hand in Hand ging und dessen Einfluß auf seine Glaubensgenossen stark genug war, das stärkste Hindernis der Vereinigung aus dem Wege zu räumen. Das waren damals nicht die konfessionellen Trennungspunkte, vielmehr der nationale Gegensatz des deutschen und des polnischen Elementes, jenes der lutherischen, dieses der reformirten Kirche angehörig. Ferner kam dem Plane förderlich entgegen, daß damals, was sich seitdem geändert, die reformirte Kirche die ausschlaggebende war, die in ihrer Mitte hochangesehene Staatsmänner zählte, von deren mächtigem Einfluß äußerer Gewinn auch für die lutherische Kirche in der gemeinsamen Kirchenleitung zu erhoffen war.

All' diese günstig zusammenwirkenden Umstände ermöglichten es, daß die beiden Konfessionen im Königreich Polen ihren kirchenregimentlichen Zusammenschluß in dem gemeinsamen Generalkonsistorium fanden und diese Vereinigung auf beiden Seiten herzlich begrüßt ward. Es ist nicht schwer, unter diesen Grüßenden die große Schar von konfessionell Gleichgültigen zu erblicken, die keine Ahnung von den der evangelischen Kirche anvertrauten Heilsgütern haben; aber an der Wahrheit versündigt sich, wer in die-

sem Zuge nicht auch in großer Zahl die treue, fromme Schar der wahrhaft evangelisch Gläubigen erkennen wollte, die in jenen Tagen in Polen als die Zeugen der sieben Tausend dastehen, die zu keiner Zeit fehlen und ihre Kniee nicht vor dem Zeitgötzen beugen. Und diese Jünger und Jüngerinnen des Herrn sind denn doch immer, mögen sie auch an Zahl in der Minderheit bleiben, das Salz jeder wahrhaften religiösen Bewegung.

Das durch obigen kaiserlichen Erlaß ins Leben getretene gemeinsame Generalkonsistorium für die evangelischen Gemeinden des Königreichs Polen bestand aus den Mitgliedern lutherischerseits: Samuel Gottlieb v. Linde (Vorsitzender), Karl Rauber, Alexander Engelle, Alexander v. Große; reformirterseits: Karl v. Diehl (Vorsitzender), August v. Wolff, Ernst Falk, Moriz Wonde.

LII.

Kaiserlicher Ukas vom 8./20. Februar 1849 inbetreff Gründung des ev.-reformirten Synods in Polen.

Indem wir es für angemessen erachtet haben, die Verwaltung der Angelegenheiten der evang.-augsburgischen und der evang.-reformirten Konfession in unfrem Königreich Polen an die im Kaiserreich vorhandene Ordnung anzubekommen und zwar in der Weise, daß sie auf den Grundlagen einer jeden dieser Kirchen beruht, haben wir geruht, laut Vorstellung des Statthalters des Königsreichs folgendes zu bestimmen:

1) Das Konsistorium der im Königreich Polen gegenwärtig existirenden evangelischen Konfessionen erhält die Benennung des evang.-augsburgischen; dasselbe wird alle Angelegenheiten der Kirche und der Schulen der evang.-augsburgischen Bekenner auf Grund der von uns am heutigen Tage bestätigten und zum gegenwärtigen Ukas beigefügten besonderen Verordnung für die evang.-augsburgische Kirche im Königreich Polen leiten. Das evang.-augsburgische Konsistorium wird sich zugleich mit den Angelegenheiten der im

Königreiche wohnhaften Herrnhuter oder mährischen Brüder und Mennoniten nach der bisherigen Ordnung beschäftigen.

2) Die Verwaltung der Angelegenheiten der ev.-reformirten Kirche im Königreich Polen wird einer ev.-reformirten Synode übertragen, die einmal im Jahre sich versammeln wird. Zur Besorgung der laufenden Angelegenheiten wird in Warschau ein ev.-reformirtes Konsistorium gegründet. Die Grenzen der Thätigkeit sowohl der Synode wie des Konsistoriums sind in den gleichzeitig bestätigten und dem gegenwärtigen Ukas beigefügten besondern Vorschriften bestimmt.

3) Wir überlassen die Ausführung dieses Ukases, welcher in der Gesetzes-Sammlung eingetragen werden soll, unserem Statthalter des Königreichs Polen.

Gegeben in St. Petersburg, den 8./20. Februar 1849.

Nikolai

Minister Staatssecretär Turkul.

Die oben erwähnten, gleichzeitig erlassenen „Vorschriften über die Verwaltung der Angelegenheiten der evang.-reformirten Kirche im Königreiche Polen“ lauten:

1) Zur Verwaltung der Angelegenheiten der evang.-reformirten Kirche im Königreich Polen wird unter Aufsicht der Regierungs-Kommission der inneren und geistlichen Angelegenheiten eine evang.-reformirte Synode verordnet, aus weltlichen und geistlichen Personen dieses Bekenntnisses bestehend.

2) Die Synode bilden: alle evang.-reformirten Geistlichen, Adlige, Militär- und Staatsbeamte dieses Bekenntnisses, weltliche Abgeordnete aus den Gemeinden und Mitglieder aus der evang.-reformirten Gemeinde, innerhalb welcher die Synode sich versammelt.

3) Vor dem Anfang der Synodalberathungen werden die zu diesem Zwecke Versammelten jedes Mal auf die Zeit der Dauer der Berathungen einen Vorsitzenden und einen Schriftführer aus der Zahl der Weltlichen und einen Notar aus der Zahl der Geistlichen wählen.

4) Zur Synode gehört: Die Durchsicht aller die evang.-reformirten Kirchen und Schulen betreffenden Angelegenheiten, die Durchsicht der besonderen Etats für die Gemeinden und Schulen, der Entwurf eines Verzeichnisses behufs Vertheilung des alljährlich vom Staate bewilligten Hilfsfonds für die evang.-reformirte Kirche, die Berufung und Anstellung der Geistlichen und Kirchendiener, die Durchsicht der gegen die Geistlichen eingereichten Klagen, die Versetzung und zeitweilige Entfernung vom Amte der Geistlichen.

5) Die Synode versammelt sich einmal im Jahre im Monat Juni an dem von Seiten der Regierungskommission für innere und geistliche Angelegenheiten bestimmten Orte. Die Anträge auf der Synode werden durch Stimmenmehrheit entschieden. Über die Eröffnung der Synode berichtet der Vorsitzende an die Regierungskommission für innere und geistliche Angelegenheiten und nach Schluß derselben sendet er ihr eine Abschrift des Protokolls der Berathungen, welches Protokoll nach Bestätigung von Seiten der genannten Regierungskommission dem Konsistorium zur Ausführung zugesandt wird.

6) Zur Vollziehung der laufenden Angelegenheiten des evang.-reformirten Bekenntnisses wird in Warschau ein evang.-reformirtes Konsistorium gegründet, welches laut beigefügtem Etat besteht aus einem weltlichen Vorsitzenden, einem geistlichen stellvertretenden Vorsitzenden in der Person des Superintendenten, aus zwei weltlichen und einem geistlichen Mitgliede und aus einem Schriftführer. Sämmtliche Mitglieder werden von der Synode gewählt und auf Vorstellung der Regierungskommission für innere und geistliche Angelegenheiten durch den Statthalter des Königreiches bestätigt, nur den Schriftführer bestätigt die Regierungskommission selbst. Der Vorsitzende, die weltlichen Mitglieder und der Schriftführer verbleiben drei Jahre in ihrem Amte, wenn sie auf weitere drei Jahre nicht wieder gewählt und bestätigt werden. Die Erwählung und Entlassung anderer zum Konsistorium gehörenden Personen wird dem Konsistorium selbst überlassen. Alle weltlichen zum Konsistorium gehörigen Personen er-

freuen sich der mit dem Staatsdienste verbundenen Vorrechte.

7) Außer der Vollziehung der laufenden Angelegenheiten wird das evang.-reformirte Konsistorium ausschließlich und in letzter Instanz entscheiden in Sachen der Ungültigkeit und Scheidung der Ehe zwischen Personen des ev.-reformirten Bekenntnisses, wie zwischen Personen dieses Bekenntnisses mit Personen des evang.-augsburgischen und römisch-katholischen Bekenntnisses, wenn die Ehe ausschließlich durch einen evang.-reformirten Geistlichen gesegnet wurde. Der Procureur des Königreichs beim Appellationsgericht wird von Amtswegen Pflichten des ev.-reformirten Konsistorialgerichtes erfüllen.

8) Das Konsistorium beschäftigt sich ebenfalls mit der Prüfung der Candidaten zum geistlichen Amte, beauftragt zu ihrer Ordination, ertheilt in gesetzlichen Fällen Dispensationen zur Eheschließung.

9) Die gegenwärtig unter dem Namen Unität bestehende evang.-reformirte Synode, welche die evang.-reformirten Gemeinden in den Gouvernements Radom und Lublin verwaltet, wird sammt dem neben ihr bestehenden Senioratskollegium aufgehoben und die unter der Verwaltung der genannten Versammlungen sich befindenden Fonds werden der Synodalverwaltung übergeben.

10) Die Erweiterung obiger Vorschriften im Falle eines eintretenden Bedürfnisses, so wie auch die Feststellung der Änderung bei den Synodalberathungen, der Vollziehung der Angelegenheiten des Konsistoriums und der Verwaltung einer jeden Gemeinde im Besonderen wird der evang.-reformirten Synode übertragen, welche verpflichtet ist, darüber eine Bestätigung des Statthalters im Königreich vermittelt der Regierungskommission für innere und geistliche Angelegenheiten auszuwirken.

Nur zwanzig Jahre bestand die kirchenregimentliche Vereinigung der beiden evangelischen Konfessionen in Polen, welche die Lehre und den Kultus der augsburgischen und reformirten Bekenner

grundsätzlich unangetastet gelassen hat. Was diesen baldigen Wandel verursachte, läßt sich zum großen Teil heute schon erkennen und auch berichten, wenn auch mancher einzelne beeinflussende Zug bei dem großen Mangel an veröffentlichten Nachrichten noch nicht offen zutage getreten ist. Versuchen wir es, ein unparteiisches Bild der Vorgänge zu entwerfen.

Unleugbar war bei dem Wiederaufkommen evang. = gläubiger Gesinnung im zweiten und dritten Jahrzehnt neben aller herzlichen und innigen Freude an dem wiedergewonnenen christlichen Heile manche Verschwommenheit, manche pietistische Färbung beeinflussend, die erleiden mußte, als im Fortgange der geistigen Entwicklung das heilige Gut der Reformation in klar umrissener Gestalt hervortrat und mit seiner ernsten, festgeschlossenen Schönmächtigkeit die Gemüter ergriff. Man versenkte sich in den gewissermaßen neu gehobenen Schatz mit einer begreiflichen, aber doch eben einseitigen Liebe und hielt an ihm fest, auch an seinen Schladen, die sich im menschlichen Parteigetriebe daran angesetzt. Man durchlebte wieder im Geiste, was die Väter einst in lange vergangener Zeit durchgelämpft und zwar mit dem Glauben und auch der entschiedenen Willigkeit, alles auch für die Gegenwart festhalten zu wollen und auch zu können. Die evangelische Kirche in Polen konnte auf die Dauer keinen von dem allgemeinen Gang der kirchlichen, immer mehr konfessionellen Entwicklung der evangelischen Kirche in Deutschland gesonderten Weg gehen; die deutsche Theologie ist und bleibt die geistige Nährmutter und Führerin für die Protestanten in Rußland und Polen. Die lutherische Hochschule des Landes Dorpat, deren Besuch für die Polen seit 1830 allgemein verpflichtend mit Ausschluß auswärtiger Universitäten ward, hatte sich seit dem vierten Jahrzehnt mit immer größerer Entschiedenheit dem Konfessionalismus, der in Deutschland Boden gewonnen, in die Arme geworfen; die jungen Kandidaten brachten, was sie auf der Hochschule gelernt und aufgenommen, mit Eifer ins Amt und in demselben immer entschiedener zur Geltung. Dazu kam für Polen im besonderen, daß nach dem Hinscheiden von Diehl die tonangebende Führung der Evangelischen der lutherische Oberpastor in Warschau, Adolf v. Ludwig, erhielt, in seiner Theologie zwar bis an sein Ende ein nicht abgelöster Wachtposten des

vulgären Rationalismus und zwar in seiner kümmerlichsten Gestalt; aber in seiner Gemeinde damals sehr gefeiert. Auch die der reformirten Kirche angehörigen hochgestellten Staatsmänner der zwanziger Jahre — Polen ihrer Abstammung nach — mußten zum Teil infolge der Vorgänge von 1830 weichen und Platz machen den Beamten, die man aus Rußland, zumeist aus den Ostseeprovinzen heranzog und welche in der Mehrzahl der lutherischen Kirche angehörten.

Wie aus dem Artikel 7 des Ulasses von 1828 zu ersehen ist, war dem neugegründeten Generalkonsistorium die Ausarbeitung einer Kirchenordnung übertragen. Nachdem diese Arbeit vollendet und der Regierungskommission des Kultus eingereicht war, wurde sie von dieser dem Staatsrat Grabowski und einigen andren Mitgliedern zur Begutachtung überwiesen. Da kam das für Polen so verhängnisvolle Jahr 1830, in dessen Folge auch diese Arbeit liegen blieb und dem Vergessen anheim fiel. Erst 1843 besann man sich wieder auf den Auftrag und ernannte die Regierungskommission unter dem Vorsitze des lutherischen Präsidenten des Generalkonsistoriums Krusenstern ein neues Komite, aus drei Mitgliedern bestehend: den beiden Lutheranern Superintendent Ludwig und weltlichen Konsistorialrat Heilmann und dem reformirten Konsistorialrat Joseph v. Spleszynski, der nach dem frühzeitigen Tode des Nachfolgers und Schwiegersohns v. Diehl, Pastor Reichmann, seit 1839 Prediger der reformirten Gemeinde zu Warschau geworden war. Staatsrat Falk, der dem Generalkonsistorium seit seiner Gründung angehörte, erhob Einspruch wider solche Zusammensetzung und verlangte, wenn auch vergeblich, gleiche Vertretung der Reformirten in dem Komite. Diesem Ausschusse lag eine weitschichtige Arbeit ob. Inbetreff der ersten zweihundert Paragraphen hatten sich die drei Mitglieder bereits verständigt; eine Spaltung trat ein, als von lutherischer Seite der Vorschlag gemacht wurde, außer den vorhandenen drei Superintendenten noch einen Generalsuperintendenten augsburgischer Konfession zu ernennen. Spleszynski gab seine Einsprache schriftlich zu Protokoll, weil dieser Vorschlag dem Ulas von 1828 zuwider war, der eine völlige kirchenregimentliche Gleichstellung der beiden Konfessionen bestimmte, und befürwortete die Gründung einer vierten

Superintendentur. Die Sache zog sich hin. Ein paar Jahre kamen die Verhandlungen nicht von der Stelle; weiter war man in der Zwischenzeit nur von der Richtung abgekommen, welcher das gemeinsame Generalkonsistorium von 1828 seine Gründung verdankte.

Vorüber sich der erwählte Ausschuß, die beiden Konfessionen unter einander nicht verständigen konnten, das entschied nun wieder einmal die weltliche Macht. Es blieb leider kaum ein anderer Ausweg übrig. Welche Persönlichkeiten bei dieser Entscheidung in Warschau oder Petersburg ausschlaggebend waren, ist mir aus dem vorliegenden Material nicht ersichtlich; Vermutungen auszusprechen, ziemt nicht. Nur eben das Ergebnis selbst. Am 30. Dezember 1847/11. Januar 1848 erhielt Senator Falk die schriftliche Mitteilung des Vorsitzenden Krusenstern, daß er ihm und dem General Rurnatowski im Auftrage des Fürst Statthalter die Grundlagen mitzuteilen habe, nach welchen die reformirte Kirche in Polen künftig verwaltet werden solle. Diese Grundlagen waren tiefeingreifende. Die Trennung der beiden Konfessionen nun auch in kirchenregimentlicher Beziehung war von oben ausgesprochen und entschieden, ferner bestimmt, daß die reformirte Kirche in Polen gleichmäßig dem litauischen reformirten Synod organisirt, die kleinpolnische Unität auf alle reformirten Gemeinden im Königreich erweitert, die kleinen reformirten Gemeinden in Wielkanoc, Grzymata, Sereje, Piaski und Lurel, sowie die Superintendentur in Radom geschlossen und zur Erhaltung der reformirten Kirche in Polen eine jährliche Staatsunterstützung von 2000 Rubel, aber keine besondere Wohnung für das reformirte Konsistorium bewilligt werden sollen.

Am 8./20. Februar 1849 erfolgte die Aufhebung des Generalkonsistoriums. Senator Falk hatte wenigstens das eine noch für seine Kirche auswirken können, daß von der 30 759 Rubel 21 Kopelen betragenden jährlichen Staatsunterstützung an die evangelische Kirche in Polen 5 226 Rubel 53 Kopelen der reformirten Kirche des Landes zugute kommen. So war geschehen, was lange vorauszu sehen war. Spleszynski war eben kein Diehl, Falk ein altlicher Herr, der in kirchlichen Angelegenheiten wenig bewandert war, sich nur als Beamter und Jurist in seinen verschiedenen staat-

lichen Stellungen wohl bewährt hatte. Dazu kam, daß der reformirte Prediger, der in dem Bekenntnis seiner Kirche vorzugsweise die Stellen betonte, die in der Verneinung, weniger die andern, welche in der Bejahung das Wesen der reformirten Kirche und auch ihren Unterschied mit der Schwesterkirche hervorkehrten, nicht rechtzeitig in warme Fühlung und engeren Anschluß mit der kleinpolnischen und littauischen Unität trat, daß die reformirten Gemeinden Below, Bychlin und Sereje, der Superintendentur von Kalisch und Plock eingegliedert, vereinsamt ihre Zusammengehörigkeit mit der reformirten Kirche des Landes vergaßen und nun auch vergessen wurden.

Der Ulas vom Februar 1849 hatte die kirchenregimentliche Trennung der beiden evangelischen Konfessionen ausgesprochen. Es galt auf Grundlage der sehr allgemein gehaltenen näheren Vorschriften eine ins einzelne gehende Kirchenordnung auszuarbeiten; diese Arbeit war der reformirten Synode selbst übertragen und damit auch ihrem Wesen entsprechend überlassen. Schon die erste nach Erlaß des Ulases zusammengetretene Synode, welche vom 13.—17. Juni 1849 tagte, beauftragte das Konsistorium mit der Anfertigung eines solchen Entwurfes. Als Vorbild war ihm die Kirchenordnung der littauischen Synode an die Hand gegeben. Befremdlicherweise hielt sich das Konsistorium bei seinem Entwurf weniger an dieses Vorbild, das reformirter Kirchenverfassung entspricht, als vielmehr an die bereits obrigkeitlich bestätigte Ordnung der lutherischen Kirche von 1849. Es konnte deshalb nicht fehlen, daß der endlich 1856 vom Konsistorium der Synode vorgestellte Entwurf auf große Mißbilligung stieß, zumal in den Punkten, in welchen die Rechte der Warschauer Gemeinde angetastet wurden. Die Warschauer Gemeinde säumte nicht, diese ihre Rechte durch Wiederabdruck ihrer besonderen Kirchenverfassung vom Jahre 1777 und 1839 zu wahren und unter ihren Gemeindegliedern die Kunde davon zu verbreiten.

Die Folge dieser scharf ausgesprochenen Mißbilligung war, daß fünf Jahre hindurch die Angelegenheit auf der Synode nicht mehr zur Verhandlung kam. Die Kirchenordnungsfrage ruhte. Erst 1861 ernannte die Synode aus ihrer Mitte einen Ausschuß von je sechs geistlichen und weltlichen Personen mit dem Auftrage, die

Grundlage einer neuen Ordnung aufzustellen. Auch dieser Entwurf stieß auf entschiedene Einsprache, namentlich in seinen Aufstellungen, daß alle stimmfähigen Mitglieder der Warschauer Gemeinde das Stimmrecht auch auf den Synoden haben sollten, während aus den andren Gemeinden nur zwei bis drei Abgeordnete zugelassen wurden, ferner daß die Mitglieder des Konsistoriums nicht Mitglieder des Presbyteriums sein konnten und der Pastor der Warschauer Gemeinde keinenfalls, nicht einmal als Glied des Presbyteriums, den Beratungen desselben beiwohnen durfte. Unter Berücksichtigung dieser Grundlagen sollte ein neuer Ausschuß, aus zehn Mitgliedern der Warschauer Gemeinde und dem Pastor-Adjunkt Diehl bestehend, zusammentreten und eine von ihm auszuarbeitende Kirchenordnung baldigst der Synode vorstellen. Die Seele dieses Ausschusses war sein Vorsitzender Ludwig Pietrusinski, Rat des Prokuratoriums und Vorsitzender des Warschauer Presbyteriums, in seinen religiösen Ansichten ein entschiedener Anhänger des Socinianismus, der seit den Tagen der Reformation im alten Kleinpolnischen Gebiete nicht völlig erloschen ist und in den Tagen des herrschenden Rationalismus neue Nahrung gewonnen hatte. Aber Pietrusinski starb 1865, in demselben Jahre, in welchem ein Teil des Entwurfes der Synode zur Beratung vorgelegt wurde. Unter seinen neun weltlichen Mitarbeitern war keiner, die verwaiste Arbeit weiter zu führen, das einzige geistliche Mitglied aus konfessionellen Gründen unlustig, auf der gelegten Grundlage den Bau weiter zu führen.

Jahre vergingen, ohne daß das Werk im geringsten gefördert wurde; als öde Ruine stand der Unterbau da und zerfiel. Als endlich 1881 Superintendent Splezzyński starb, traten die Geistlichen mit der Bitte vor die Synode, ihnen die Ausarbeitung der so dringend notwendig gewordenen Kirchenordnung zu überlassen. Gleichzeitig stellte die Geistlichkeit folgende vier Punkte der Synode zur Entscheidung vor:

1) Die reformirte Kirche im Königreich Polen bekennt sich unstreitig zu der Confessio helvetica posterior, dem Consensus Sandomiriensis und dem Heidelberger Katechismus;

2) die Synode erkennt das Stimmrecht nur den Abgeordneten aus den Gemeinden zu;

- 3) der Geistliche gehört von Rechts wegen zum Presbyterium;
- 4) Auf der Gemeindeversammlung wird ein besonderes Präsidium gewählt.

Die Synode des Jahres 1881 nahm sämtliche Vorschläge der Geistlichen an. Zwar versuchte das Warschauer Presbyterium, seine Mißbilligung des Beschlusses in der Weise zu bekunden, daß es jede Vermittlung in kirchlichen Sachen mit dem Pastor aufhob; aber die Gemeindeversammlung vom 15. Januar 1884 hat sowohl den Punkt drei obiger Artikel durchgesetzt, als auch die Möglichkeit der Einführung von Punkt vier nachgewiesen. Damit war eine Streitsache gütlich zum Heil der Gemeinde beigelegt, die seit 1839 die Glieder in Spannung und Aufregung erhielt.

Nun war die Ausarbeitung der lang ersehnten Kirchenordnung in rasches Fahrwasser gelangt. Bereits nach Jahresfrist war der umfangreiche Entwurf, aus 556 Paragraphen bestehend, fertig gestellt und konnte dem Konsistorium zur Begutachtung vorgestellt werden. Nach eingehender Prüfung von dieser Seite gelangte er 1884 vor die Synode. Dieselbe ließ ihn zunächst im Drude vervielfältigen und übergab ihn dann einem Ausschuss zur Begutachtung und ebenso den verschiedenen Presbyterien und Gemeindegliedern, ihre Bemerkungen über denselben zu machen und einzusenden. Das Gutachten sowohl als auch die erbetenen Bemerkungen sind eingelaufen und lauten für den Entwurf günstig. Die im Juni 1888 tagende Synode wird nun die endgültige Entscheidung zu treffen haben; fast vierzig Jahre mußten verstreichen, ein Werk fertig zu stellen, das durch den Ufas vom Februar 1849 nötig geworden war.

Zum Schlusse dürfte ein kleiner statistischer Überblick über die reformirten Gemeinden in Polen nicht wertlos sein.

- 1) Die Gemeinde in Warschau, 1776 gegründet, zählt 2700 Seelen (Polen, Deutsche, Schweizer, Franzosen, Engländer, Böhmen), mit 1111 Kommunikanten im Jahre 1887. Pastor Superintendent August Diehl *) seit 1879, Pastor Adjunkt Friedrich Jelen seit 1885.

*) Nicht verwandt mit dem S. 243 erwähnten Generalsenior Karl Diehl.

2) Die Gemeinde in Żelow, 1802 gegründet, zählt 1911 Seelen (Böhmen und Deutsche) mit 737 Kommunikanten 1887. Die Pfarrei wird seit dem Tode von Pastor Silora (1887) von Ruczew aus versehen.

3) Die Gemeinde in Sielec — Gründungsjahr unbekannt — zählt 1281 Seelen (Deutsche und Polen) mit 941 Kommunikanten 1887. Pastor Adolf Schäfer seit 1859.

4) Die Gemeinde in Żychlin — seit 1623 bekannt — zählt 390 Seelen (Deutsche und Polen) mit 171 Kommunikanten 1887; wird seit dem Tode des Pastors Henkel 1885 von Superintendent Diehl administriert.

5) Die Gemeinde in Ruczew — Gründungsjahr unbekannt — zählt 304 Seelen (Böhmen) mit 128 Kommunikanten 1887. Pastor Adolf Szefer seit 1887.

6) Die Gemeinde in Sereje (1584 gegründet) zählt 278 Seelen (Polen und Deutsche; eingepfarrt sind außerdem 250 Seelen augsburgischen Bekenntnisses) mit 537 Kommunikanten 1887. Pastor Friedrich Jelen administriert augenblicklich von Warschau aus die Gemeinde. Bis 1815 gehörte die Gemeinde zum littauischen Synod, stand von da bis 1846 unter dem Warschauer Generalkonsistorium, seitdem ist sie dem reformierten Synodalverband zugewiesen.

7) Das Filial in Lublin, 1852 gegründet, zählt 71 Seelen (Schweizer und Polen) mit 35 Kommunikanten 1887, wird von Superintendent Diehl administriert.

8) Das Filial Nowosolna bei Łódź, 1879 gegründet, zählt 78 Seelen (Deutsche, Polen und Böhmen) mit 78 Kommunikanten 1887, wird ebenfalls von Superintendent Diehl administriert.

9) Das Filial Żyrardow, 1874 gegründet, zählt 396 Seelen (Böhmen) mit 219 Kommunikanten 1887, wird ebenfalls von Superintendent Diehl administriert.

II.

Bekennnisse.

Die seit den Tagen Peter des Großen ins russische Reich eingewanderten Ausländer, ebenso die unter ihm und dann wieder unter Katharina II. durch feierliche Friedensverträge dem Reiche einverleibten Scharen von Protestanten, nach ihrem Bekenntnis die einheitliche Bevölkerung ganzer Provinzen, sind keine Eindringlinge, deren man sich nicht erwehren konnte, sondern dringend geladene Kräfte, deren man zum Wohle des Landes bedürftig zu sein überzeugt war. Darum ist mit dem Laderuf und bei der Einverleibung die kaiserliche Zusicherung bestimmter Rechte, wie wir in den Verordnungen des ersten Theiles wiederholt gesehen, je und je aufs innigste verknüpft. Im Vordergrund dieser Rechte stand und steht Schutz und Trutz der religiösen Überzeugung, mit feierlichem, unzweideutigem Kaiserwort zugesicherte freie Religionsübung. Ohne solche Zusage wären die Scharen der Geladenen nicht gekommen, wären die Verträge nicht geschlossen worden: das ist unbestrittene, unantastbare Thatsache.

Vor der Einverleibung Polens gehörte weitaus die Mehrzahl derer, die dem Rufe gefolgt, der evangelischen Kirche an und ist in den kaiserlichen Ulasen ausdrücklich der so feierlich gewährleistete Schutz und Trutz den Gliedern dieser Kirche zugesagt. Die solche kaiserliche Zusage gegeben, wußten gar wohl den Wert der Söhne und Töchter der Reformation zu schätzen, welche, gebunden in der Wahrheit des Wortes Gottes, darum so treue Unterthanen jeder Obrigkeit sind, die von Gott verordnet Gewalt über sie hat (Röm. 13, 1). Diese einwandernden und einverleibten Protestanten gehörten den beiden Abteilungen an, in welche die eine evangelische Mutterkirche schon in den Anfangstagen ihres Be-

standes sich teilte. Was der evangelischen Kirche zugesichert war, dies Recht wurde, wie die vorangegangenen Verordnungen ebenfalls an mehr wie einer Stelle bezeugen, förmlich und ausdrücklich gleichermaßen den Gliedern der lutherischen und der reformirten Kirche gegeben. Beiden damit selbstverständlich unter der Bedingung, daß und insoweit sie treue Glieder ihrer Kirche seien.

Jedwede Kirche besteht nicht in der Verneinung, daß sie nicht mit dieser oder jener andren Kirche übereinstimme. Neben die Hervorhebung der Unterschiede muß sie in ihren lebendigen Gliedern, um das Recht des Bestandes zu erhalten, die Bejahung hinzufügen dessen, was sie glaubt und demgemäß bekennt. Eine bekenntnislose Kirche ist ein Widerspruch in sich selbst, ist ein Unding. Durch ihr Bekenntnis empfängt sie ihr Gepräge, ihren eigentümlichen Charakter. Die in freier Überzeugung gewonnene Übereinstimmung des eignen Bekenntnisses mit dem Bekenntnis einer bestimmten Kirche gewährt dem Einzelnen Recht und Pflicht der Zugehörigkeit zu dieser Kirche. Lebendiges Glied der reformirten Kirche kann nicht sein, wer nur betont, daß er nicht mit der russischen oder römischen oder lutherischen oder irgendeiner andern Lehre übereinstimme, vielmehr der nur, welcher freudig Ja und Amen zu dem sagt, was diese auf Gottes Wort reformirte — bekanntlich der erste so schöne und bedeutsame Name der evangelischen Kirche am Frühmorgen ihres Daseins — Kirche in ernstem Glauben bekennt. In ihrem Bekenntnis besitzt jede christliche Kirche ihre geschichtlich gegebne Grundlage, ihren festen Rechtsboden. Was der evangelischen Kirche aus der göttlichen Offenbarung als untrügliche Wahrheit gewiß geworden, das hat sie in ihrem Bekenntnis niedergelegt, eine gute Wehr und Waffe. Wir stimmen dem zutreffenden Worte bei, das kürzlich gesagt wurde: das Bekenntnis einer Kirche sei die feste Burg, um alle Angriffe von links und rechts abzuschlagen, eine Großmacht in der Kirche *). Eine evangelische Kirche ist zur Bewahrung ihres Bekenntnisses berufen. Es ist wie ein Sieg und kostbares Zeugnis der in dieser Kirche waltenden Glaubenskraft und Wahrheitsüberzeugung, daß sie es mit ihren Gliedern und einzelnen Gemeinden wagt, sie nicht in der schweren

*) Vgl. „Konservative Monatschrift“ 1887, S. 941.

Rüstung und Bevormundung eines festgeschlossenen äußerlichen Kirchenwesens, das weltlichem Auge glänzend und machtvoll erscheinen mag, in den verordneten Kampf und Strauß zu senden, sondern allein in der Kraft eines Glaubens, von dem der Apostel bezeugt, daß er der Sieg ist, welcher die Welt überwunden hat. In solchem Glauben und seinem freudigen Bekennen stehen wir — meinetwegen in Knechtsgestalt und darin unserm Herrn Christus und dem Worte, welches von ihm zeuget, ähnlich — daheim und in der Fremde treu, fest, männlich und stark. Eine wahrhaft evangelische Gemeinde weiß, daß sie in all' ihren Theilen lebendige Steine zu sein berufen ist und zwar um ein geistliches Haus zu bauen, ein heiliges Priestertum zu werden, geistliche Opfer zu opfern, die Gott angenehm sind, durch Jesum Christum (1 Petr. 2, 5). Solcher Beruf hält uns je und je vor, daß wir nur Haushalter sind, anvertraute Glaubensschätze zu verwalten und zu bewahren, auf daß sie nicht verloren gehen. Es gilt ein gutes Bekenntnis vor vielen Zeugen abzulegen und zwar als ein Heiligtum der Gemeinde, das kein menschliches Meinen, kein zeitlich wechselndes Gutdünken mit frebler Hand antasten darf, um an seine Stelle die eigne Weisheit zu rücken, vergänglich wie eine auf- und niedersteigende Welle. Eine evangelische Gemeinde ist verpflichtet, solchem Gebahren in ihrer Mitte zu wehren und aller Verflüchtigung der bekannten Gotteswahrheit durch Menschen-sagung mannhaft entgegenzutreten. Unser evangelisches Bekenntnis ist ein Fels, den die Wellen nur umspülen, nicht aber von seinem Platze heben.

An solche Wahrheit, auf welcher das Recht unsres Bestandes überall und auch hierzulande gleichzeitig mit der alleinigen Bürgschaft gottgesegneten Fortbestandes beruht, nun auch an dieser Stelle zu erinnern und zu gemahnen, das schien in ernster Prüfung geboten. Darum auch die Aufnahme der Bekenntnisse, welche dem einen oder andren Theil der reformirten Glaubensgenossen im russischen Reiche Schild und Burg seines Glaubens und Lebens sind. Vier Bekenntnisse sind hier mitzuteilen: der Heidelberger Katechismus, die zweite helvetische Konfession, das Glaubensbekenntnis der französisch-reformirten Kirche und der Vergleich von Sendomir. Hätten wir die englischen Kirchen, soweit sie in Rußland in be-

sondren Gemeinden ihre Vertretung besitzen, in die uns hier gestellte Aufgabe mit einbegriffen, so würden wir noch für die Gemeinden der englischen Staatskirche (in Petersburg, Kronstadt, Moskau, Riga und wenn ich nicht irre Odessa)*) die „neununddreißig Artikel“, für die andren englischen Gemeinden (in Petersburg und Alexandrofski) aber eine Reihe von Bekenntnisschriften, in erster Linie etwa das Glaubensbekenntnis von Westminster, zum Abdruck haben bringen müssen. Der holländischen Kirche ist in den Verordnungen einmal Erwähnung gethan, an der Stelle, wo sie aus dem Verbande mit ihren Schwestergemeinden in Petersburg 1842 ausgeschieden und als Gesandtschaftskapelle fortan außerhalb der Beziehungen zum Konsistorium und dem Ministerium des Innern steht (vgl. S. 90). In den mitgetheilten Verhandlungen beruft sich die holländische Gemeinde ausdrücklich und förmlich darauf, daß sie an den Beschlüssen der Dortrechter Nationalsynode von 1618 festhalte; es wäre somit geboten gewesen, auch dieses niederländische Glaubensbekenntnis zum Abdruck zu bringen. Endgültig haben wir dennoch davon Abstand genommen, bewogen dadurch, daß diese Gemeinde in jenen Jahren aus dem hiesigen kirchlichen Verbande ausgeschieden ist. Wir sind dadurch dem Schmerze enthoben, der Gemeinde in dem Bekenntnis ihrer Väter den unwiderlegbaren Beweis bieten zu müssen, wie stark der Abfall ihrer modernen Kanzelrede von der Predigt und dem Bekenntnis ihrer Reformationskirche ist. Es sind nicht nur leichte Unterschiede in den Vorworten des Bekenntnisses, die allzeit einer Änderung unterworfen sind; es ist die Preisgabe der Burg, die auf den Fels des Wortes Gottes gegründet ist, der Bruch mit einer glänzenden Vergangenheit, die mit ihren Wurzeln in apostolischem Boden, in den Tiefen evangelischer Wahrheit begründet ist, und auf welchen Grund und Boden der treue Wahrheitspruch des Volkes in seinem Wappenschild gewiß auch sich bezieht: *je maintiendrai*.

Da wir dieses Urkundenbuch in erster Linie für diejenigen Ge-

*) Der Zweifel entsteht daraus, daß an diesen Orten mit nur einer Kirche englischer Sprache sich die Glieder der verschiednen engl. Denominationen der vorhandenen Kirche anschließen.

meindeglieder bestimmt haben, denen nach reformirter Weise die Leitung und Verwaltung ihrer Gemeinde anvertraut ist, den Geistlichen und Kirchenältesten, so ist es gerechtfertigt, nicht nur, wo nötig, diese Bekenntnisse ihrer lateinischen Sprache zu entkleiden, sondern auch ihre Wiedergabe mit ein paar Begleitworten ausgehen zu lassen. Die fortdauernde, immer eingehendere Bekanntschaft mit den Glaubenszeugnissen unsrer Kirche fördert die Liebe zur Kirche, stärkt mit dem Glauben nun auch, was unlösbar damit verknüpft ist, die Willigkeit, die einem jeden von Gott verliehenen Gaben freudig und von Herzen in den Dienst der Gemeinde zu stellen und zwar als ein lebendiges Dankopfer dem Herrn dargebracht, „der uns durch seinen heiligen Geist zu seinem Ebenbilde erneuert hat“ (Heidelb. Katechism. Fr. 86). Dieser heilige Geist, als ein Geist der Kraft und des Lebens von Gott, rauscht in mächtigen Strömen durch diese ehrwürdigen Zeugnisse und Denkmale der Reformation. Wer an diesem Strom das Zelt seines Wohnens aufschlägt, den berühren die lebendigen Wasser herzerquickend und segnend zu einer Treue bis an den Tod. Unser Herr Christus sucht an seinen Haushaltern, denen die Heiligtümer des Glaubens in einer Gemeinde anvertraut sind, nicht mehr, denn daß sie in solcher Bewahrung treu erfunden werden. Den also Treubewährten sichert er die Krone des Lebens zu.

1) Der Heidelberger Katechismus.

Im Todesjahre Luthers (1546) ward die Reformation endlich auch in dem Kurfürstentum der Pfalz, dieser kostbaren Perle in der Krone deutscher Lande, eingeführt. Sie empfing hier ihr Gepräge von Melancthon. Lehrgrundlage war das Augsburger Bekenntnis, selbstverständlich in der damals allein gültigen Ausgabe von 1540. In dem Gottesdienst herrschte die gleiche Einfachheit, wie sie der Herzog von Württemberg der evangelischen Kirche seines Landes in der bis auf den heutigen Tag haften gebliebenen Form verliehen und wie sie im ganzen Süden Deutschlands, an die be-

nachbarte Schweiz erinnernd und von ihr beeinflusst, die herrschende war. Durch Tilemann Heshius, der 1558 nach Heidelberg gekommen war, hielt die konfessionelle Streittheologie ihren Einzug nun auch in der Medarstadt und entfaltete unter solchem Führer alsbald einen Eifer, daß als Kurfürst Friedrich III. 1559 zur Regierung kam, sein erstes war, den hitzigen Streiter und seinen Hauptgegner zu entfernen, um nicht die evangelische Kirche und die Hochschule zum wüsten Lummelplatz solch unfrohen Gezänkes werden zu lassen.

Kurfürst Friedrich III., bei der Übernahme der Kurwürde ein ernster, tieffrommer Mann in der Vollkraft seiner Jahre (geb. 1515), nimmt unter den evangelischen Fürsten im Zeitalter der Reformation, zumal in den Tagen ihres Ausgangs, eine der hervorragendsten Stellen ein, das schöne Bild einer in Gottes Wort gereiften und auch geheiligten Persönlichkeit, unerschütterlich in seiner Glaubensüberzeugung, nur gebunden in seinem Gewissen in Gottes Wort und darum so frei von aller Menschenfurcht, von allem irdischen Besitz, daß er auch bereit war, seine Krone dranzugeben und zum Märtyrer zu werden, um seinen einigen Trost im Leben und im Sterben nicht einzubüßen. Der Reichstag zu Augsburg 1566, wo er seinen Glauben mannhaft und mit Gefahr seines Lebens vor Kaiser und Reich verfocht, steht am Abendhimmel des Reformationstages so licht da, wie als dieses einzigartigen Tages holder Morgenstern der Reichstag zu Worms. Die zahlreichen Gegner hofften dem Kurfürsten durch Beschuldigung des Calvinismus am meisten Schaden zu können. Unerstrocken bezeugte der Angeklagte, daß er in Gewissens- und Glaubenssachen nur einen Herrn anerkenne, der ein Herr aller Herrn und ein König aller Könige sei. „Des Sinnes und Meinung bin ich noch und sag' derowegen, daß es nicht um eine Kappc voller Fleisch, wie man pflegt zu sagen, zu thun, sondern daß es die Seele und deren Seligkeit belange. Die habe ich von meinem Herrn und Heiland Christo in Befehl, bin auch schuldig und erbötig, ihm dieselbige zu verwahren; darum lann ich E. R. Majestät nicht zustehen, daß sie, sondern Gott, der sie geschaffen, darüber zu gebieten habe. Will auch zu E. R. Maj. mich abermals nichts weniger versehen, als daß sie diese Dinge ab executione solle

anfangen, und weil ich Calvini Bücher nie gelesen, wie ich vor Gott und meinem christlichen Gewissen bezeugen mag, so kann ich um soviel weniger wissen, was mit dem Calvinismus gemeint.“ Auf diesem denkwürdigen Reichstag ist es gewesen, daß sein lutherischer Gegner, der Kurfürst August von Sachsen, von Bewunderung eines solchen Glaubensmutes hingerissen, in die Worte ausbrach: „Fritz, du bist frommer als wir alle.“

Mit seiner tiefgegründeten, evangelischen Herzensüberzeugung, die in ihrer Gotteskraft weltüberwindend ist, verband Friedrich III. in hohem Grade den Scharfblick für die Nöten der evangelischen Kirche in allen Landen und die Bereitschaft, bis zur selbstlosesten Hingabe und Opferwilligkeit an der Linderung dieser Not zu arbeiten und allüberall der Bergewaltigung zu wehren, mit welcher die sich wieder aufraffende römische Zwingherrschaft sich über die evangelische Kirche hermachte und deren arge Blößen in ihrem Interesse ausbeutete. Er erinnert in solchem rastlosen Thun an die spätere, mit größerem Erfolg gesegnete Handlungsweise des Großen Kurfürsten. Auch darin ist er den Hohenzollern vorangegangen, daß er mit diesem weiten Blick inniger Anteilnahme an dem Geschehe der gesamten evangelischen Kirche verband die warme, fromme Fürsorge für das geistliche und leibliche Wohlergehen des seiner Leitung anvertrauten Landes. Wir kennen wenige Herrscher; die so hoch von dem ihnen anvertrauten Berufe dachten und von der ernststen Rechenschaft, die sie Gott demaleinst über ihren Beruf abzulegen haben, und die diese ihre Gedanken so thatkräftig um ihres Gewissens willen vor Gott im Leben zu rechtfertigen beflissen waren. Auch das Seelenheil seiner Unterthanen glaubte er von Gott ihm auf die Seele gebunden, und soweit er eine Furcht und ein Zittern kannte, war es, auch in dieser Aufgabe treu erfunden zu werden.

Im eifrigen Verfolg solcher Aufgabe ließ er sich Kirche und Hochschule seines Landes ernst angelegen sein. Tüchtige und dabei fromme Lehrer für Heidelberg zu gewinnen, war sein eifriges Bemühen. Den wertvollsten, für sein Land und seine Kirche reichsten Erwerb machte er in der Berufung der beiden Männer Zacharias Ursinus und Kaspar Olevianus. Jener, ein Schlesier von Geburt (geb. 1534) und hochbegabter Schüler des Melanchthon und wie

dieser sein Lehrer von tiefgehender klassischer und theologischer Bildung, mit großer Lehrgabe, voll warmer Frömmigkeit; dieser, ein Rheinländer (geb. 1536), der wie Calvin das Studium der Rechtspflege mit dem der Gottesgelehrsamkeit vertauschte und zu den Füßen des großen Genfer Reformators in eifrigem Lernen ge-
 fessen, ein feuriger Prediger des Evangeliums und seinem Mitarbeiter überlegen in der reichen Begabung zur Kirchenleitung, deshalb der geistliche Ratgeber des Kurfürsten. Diesen beiden Männern übertrug Friedrich III. die Ausarbeitung des Katechismus mit der Doppelaufgabe, ein Lehrbuch für die Jugend und zugleich eine Bekenntnisschrift für die Gemeinde zu sein.

In welcher Weise dies geistige Brüderpaar den Auftrag erfüllt und die schwierige Doppelaufgabe gelöst (1563), ist hier nicht der Ort auszuführen*). Man ist versucht zu sagen, daß sie für solch ein Werk gottbegnadet in seltenem Maße gewesen, daß nicht leicht ein zweites Menschenwerk gefunden werden mag, welches die Eigentümlichkeit zweier reformatorischen Gestalten, wie die des Melancthon und Calvin, der Lehrer, die sie das Wort gelehrt, zu solchem Wohlklang verschmolzen. Das gemeinsame Werk steht da wie aus einem Guß formvollendet, ein Meisterstück als Katechismus und als Bekenntnis, auf beiden Gebieten ebenbürtig den größten Hervorbringungen, am Ausgang der Reformation ihre reife Frucht, der gesegnete Erwerb einer langen, reichen und tiefen Arbeit im Evangelium. Die fernere Geschichte des Büchleins und sein Siegesgang durch die verschiedensten Länder des Erdkreises ist ein wertvolles Blatt in der Geschichte der evangelischen Kirche nun schon seit dreihundert Jahren, auch vor diesem ersten Richtstuhl des Bekenntnisbuches Rechtfertigung auf Erden.

In der deutsch-reformierten Kirche gilt der Heidelberger Katechismus als das in ihrer Mitte allgemein angenommene und gültige Bekenntnis. Der „reformierte Bund“ in Deutschland hat noch in letzter Zeit ausdrücklich ihn als solches Bekenntnis be-

*) Vgl. darüber Dalton, Immanuel, 2. Aufl., Wiesbaden 1883, S. 1—24 und von demselben Verfasser: Der Heidelberger Katechismus. Ein Gedenkblatt zur 500jährigen Jubelfeier der Heidelberger Universität, Heilbronn 1886.

zeichnet. Die Reformirten deutscher Zunge, die in Rußland eingewandert und hier eine Heimstätte ihres Glaubens gefunden, haben sie als Anhänger dieses Bekenntnisses erhalten; der kaiserliche Ukas von 1819 bezeichnet ausdrücklich den Heidelberger Katechismus als Bekenntnis der in Rußland aufgenommenen Reformirten. Das Wort bezieht sich auch auf die seit dem 17. Jahrhundert in Rußland gegründeten holländischen Gemeinden (gegenwärtig auf eine einzige in Petersburg zusammengeschmolzen); denn die Dortrechter Synode hat in ihrer 148. Sitzung vom 1. Mai 1619 ausdrücklich den Heidelberger Katechismus als Lehrbuch der niederländischen Kirche bezeichnet. Auch nach Littauen und Polen drang frühe der Heidelberger Katechismus als der Glaubensgenossen Bekenntnisbuch. Schon aus dem Ausgang des 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts sind in beiden Sprachen Gesangbücher vorhanden, denen der Katechismus beige druckt ist und zwar nicht als gleichgültiger Anhang, sondern mit der Entschiedenheit, daß von ihm das ganze Gesangbuch den alleinigen Titel Katechismus hat; so der polnische „Katechism“ von Krainski 1601, so der littauische „Katechism“ von Rysinski 1624. Zu wiederholten Malen haben die Synoden im Laufe der Jahrhunderte ausdrücklich verordnet, daß in allen reformirten Schulen dieser Katechismus der Jugend erklärt und eingeschärft werden soll und wird diese Verordnung bis zur Stunde aufrecht erhalten. Auf meinem Schreibtische liegt in der Handschrift eine neue Übersetzung in die littauische Sprache von dem vor kurzem entschlafenen Generalsuperintendent v. Moczulski und harret der hoffentlich doch noch abzurückenden Erlaubnis, in den dem Volke allein geläufigen und trauten littauischen Schriftzeichen veröffentlicht werden zu dürfen, und nicht in den geforderten, der Gemeinde fremdartigen und nicht jeden heimischen Laut wiedergebenden russischen. In die polnische Sprache wurde der Katechismus bereits im 16. Jahrhundert übersetzt und als Lehrbuch und Bekenntnisschrift bei den „Evangelischen Polens“, wie sich die Reformirten ursprünglich nannten, eingeführt und treu festgehalten. Erst der Herrschaft des Rationalismus war es vorbehalten, auch hier einen Wandel zu schaffen. An die Stelle der alten Psalmen trat das Zollosersche Gesangbuch; in der gleichen Strömung mußte der Heidelberger Katechismus einem „zeitgemäßen“ Lehrbuch

weichen. Die Strömung hat sich ja wieder auch in Polen verlaufen; der Lust an der Verneinung und ihren Fabeln ist der Eifer für die Bejahung evangelischen Bekenntens gefolgt. Die reformirte Synode von 1880 hat in ihrem 24. Canon beschlossen, den Heidelberger Katechismus beim Religionsunterricht einzuführen; auf dem hier eingeschlagenen Wege ist die Synode von 1883 weiter gegangen und hat in ihrem 4. Canon den Grundsatz als keiner weiteren Veränderung unterliegend angenommen, die Heilige Schrift im Geiste der zweiten helvetischen Confession und des Heidelberger Katechismus zu erklären *), sowie auch den Consensus Sandomiriensis vom Jahre 1570 als für die Kirche bindend festzustellen.

Außer den beiden Übersetzungen des Heidelberger Katechismus in die polnische und litaunische Sprache, die im Laufe der Jahrhunderte wiederholt aufgelegt wurden (die polnische zuletzt 1880; eine solche ins Hebräische für die zahlreichen Proselyten liegt in der Handschrift druckfertig vor mir), erschienen deutsche Textausgaben in wiederholten Auflagen in Petersburg und in Moskau; an letzterem Orte für die an der Wolga befindlichen reformirten Kolonien. Erwähnt mag hier auch werden, daß das in zweiter Auflage erschienene Werk „Immanuel“ (auch ins Holländische übersetzt) nach seinem zweiten Titel „Der Heidelberger Katechismus als Bekenntnis- und Erbauungsbuch der evangelischen Gemeinde erklärt und ans Herz gelegt“ als eine Auslegung des Katechismus, die von Petersburg ausgegangen, sich erweist.

*) Wer diese knappe Fassung aus dem einen oder andren Grunde beanstanden möchte, dem rufen wir das schöne Wort der Helvetica in die Erinnerung: wir sind der Meinung, daß aus dem Worte Gottes die wahre Weisheit und Frömmigkeit, alle Verbesserung und Leitung der Kirchen, die Unterweisung zu allen Pflichten der Frömmigkeit, die Beweise für die Glaubenslehre und die Widerlegung aller Irrtümer, sowie alle Ermahnungen zu schöpfen sind. Es giebt ja nur ein unfehlbares Wort; das ist das Wort, das Gott eingegeben. Es giebt nur einen unfehlbaren Propheten und Lehrer, das ist Jesus Christus, der uns gemacht worden ist von Gott zur Weisheit und zur Gerechtigkeit, zur Heiligung und zur Erlösung, auf daß, wer sich rühmet, der rühme sich des Herrn.

2) Die zweite helvetische Konfession.

Während Ursinus und Olevianus 1562 mit der Abfassung des Heidelberger Katechismus als einer Bekenntnisschrift der auf Gottes Wort reformirten Gemeinde beschäftigt waren, ist in Zürich in der Stille seines Museums der Antistes Heinrich Bullinger, Zwinglis Nachfolger im Amte, beschäftigt, sein Glaubensbekenntnis niederzuschreiben, unaufgefordert von irgendjemandem, nur in der eignen Nötigung, wie einer, der vor dem Scheiden zur Rechenschaftsablegung bereit sein Testament aufsetzt. Es trägt in allen Theilen die fesselnden Züge dieser milden, frommen Persönlichkeit und birgt in ansprechendster Weise den kostbaren Erwerb eines langen, in Treue bewährten Glaubenslebens.

Nicht gleich einem Luther und Calvin steht Bullinger unter den Vordermännern der Reformation; wohl aber ist er in der ihm von dem Herrn gewiesenen Stellung im zweiten Gliede eine hervorragende, ungemein anmutende Heldengestalt von weittragender Bedeutung. Bieder, treu, festgegründet in seinem Glauben, voll reichen, tiefen Wissens, eine in sittlicher Kraft lebenslang bewährte Persönlichkeit kennt Bullinger nur eine Aufgabe, sich selbstlos ganz in den Dienst des Herrn zu stellen und von ihm allein sich allzeit leiten zu lassen. Er steht hochangesehen unter seinen Zeitgenossen als der Mann und Christ da, die Wahrheit in der Liebe zu bekennen, friedfertigen Geistes das Gemeinsame zu betonen, einmal im Nachweis des tiefen Zusammenhanges der Reformation mit der alten Kirche in ihren erleuchtetsten Gestalten bis hinan in die apostolische Zeit, dann auch in der brüderlichen Liebe zu den Reformationsgenossen, durch deren Adern er dennoch stammverwandtes Blut pulsiren sieht. Der milde, ökumenische Zug bei aller Klarheit und Überzeugung verlieh ihm den nachhaltigen Einfluß nicht nur in der heimischen Kirche, sondern weit hinaus über die ganze Schweiz, tief hinein in die deutschen Lande, bis hinüber nach dem fernen England, wo sein Wort und Rath ausschlaggebend galt unter den Männern der Reformation. Wie in jenen Tagen und zumal durch seine Wirksamkeit die Schweiz Herberge ward aller um ihres Glaubens willen Verfolgten, so war Bullinger auch in solch edler, aufopferungsvoller Gastfreundschaft diesen allen der geistige Vater,

der die Flüchtlinge zu trösten, die Müsseligen im Namen seines Herrn zu erquiden verstand.

Von der frommen Kunst zeugt seine Bekenntnisschrift, der reine Spiegel seiner Seele, ein Bekenntnis, das er für sich vor seinem Herrn Christus ablegt. Es geht durch dasselbe der gleiche, hohe Geist der Wahrheit in der Liebe, genährt allein am Evangelium und innerlich frei durch den Sohn Gottes; es waltet in ihm der echt historische und darum konservative Sinn, der durch alle vergangenen Jahrhunderte hindurch den güldenen Einschlagfaden zeigt, von dem unter dem Walten des heiligen Geistes nach der Verheißung des Herrn die Kirche Christi von Anfang an durchzogen ist. Es ist dies Bekenntnis in wohlthuendster Weise von einem Hauche des Friedens und der Stille durchdrungen, in der noch leise nachklingt, aus welch' schwerem Kampfe siegreich diese friedensvolle Ruhe sich losgerungen. Das giebt dem Büchlein seine besondere Weihe, das eigenartige Gepräge, um deswillen es dennoch nicht die Rechenschaftsablage des einzelnen Mannes bleiben konnte, sondern am Abend der Reformation zum freudig-einstimmigen Bekenntnis ganzer Gemeinden in allerlei Herren Länder ward.

Wie diese helvetische Konfession zeitlich in ihren Ursprüngen mit dem Heidelberger Katechismus zusammenfällt, wie diese beiden Reformationsschriften geistig die gleichen Züge tragen, als ob sie Zwillingsbrüder wären, so berühren sie sich am Frühmorgen des ihnen gewiesenen Lebensganges ganz nahe in edler Waffenbrüderschaft. Es war 1566, als der Reichstag nach Augsburg zusammenberufen ward, auf welchem Kurfürst Friedrich III. von der Pfalz sich wegen seines Glaubens und seines Heidelberger Katechismus, wie Luther einst in Worms, vor Kaiser und Reich verantworten sollte. Der fromme Kurfürst bat den von ihm hochverehrten Bullinger um eine Bekenntnisschrift, sich für diesen Tag und seine Verantwortung zu rüsten. Der Züricher Antistes sandte ihm, was er nur zu eignem Nutz wie ein Testament niedergeschrieben; aber er wies nicht die dringende Bitte zurück, daß diese Trostschrift zeitig noch vor der Eröffnung des Reichstages veröffentlicht werde. Wohl war der Reichstag von Kaiser Maximilian II. auf den Januar 1566 ausgeschrieben; er mußte aber um besonderer Ursache willen um mehrere Wochen hinausgeschoben

werden, und so konnte noch wenige Tage vor Eröffnung desselben am 12. März das Büchlein in lateinischer und deutscher Sprache im Drucke erscheinen unter dem Titel: „Einfaches Bekenntnis und Darlegung des orthodoxen Glaubens und der katholischen Lehren der lauterer christlichen Religion.“

Mit dieser Hülfeleistung auf dem Reichstage war des Büchleins öffentlicher Dienst nicht erledigt, hub vielmehr erst an und zwar zu einer ungeahnten Ausdehnung und weittragenden Wirksamkeit. Die evangelisch gewordenen Kantone der Schweiz fühlten je länger je mehr das dringende Bedürfnis des Zusammenschlusses im Glauben und in einem gemeinsamen Bekenntnis dieser geistigen Verbindung offenen Ausdruck zu verleihen. Was bis dahin an solchen Bekenntnissen im Lande erschienen war, hatte sich nur enger begrenzten örtlichen und auch im raschen Verlauf der Ereignisse zeitlich vorübergehenden Einfluß zu verschaffen gewußt. Von Zwingli bis Calvin war ein wesentlicher Fortschritt in der Vertiefung der Heilswahrheit augenfällig erkennbar; derselbe forderte zum Schutz und Trutz seine Ausgestaltung im Bekenntnis und fand sie in dem Worte, das seine Kraft eben auf dem Reichstag zu Augsburg bewährt und daselbst vor Kaiser und Reich durch seinen mannhaften Anwalt den nachhaltigen, bedeutsamen Eindruck gemacht. Diese Darstellung des Glaubens, persönlich in ihrem Ursprung, bot dennoch in ihrem Ausdruck Züge eines Volksliedes: was in der Tiefe die Seele einer ganzen Kirche bewegte, das war hier im klaren, glaubensstarken Ton eines Bekenntners zum frischen, volkstümlichen Leben herausgestaltet. Genf, Bern, Schaffhausen, Biel, Graubünden, St. Gallen, Mülhausen nahmen das Büchlein in rascher Folge als ihre Bekenntnisschrift an. Am längsten zögerte in treuem Festhalten am heimischen Bekenntnis Basel; aber auf die Dauer konnte auch hier Stadt und Land nicht widerstehen. Als eine gemeinsame Bekenntnisschrift für die Schweiz galt und gilt diese helvetische Konfession.

Nicht nur für die Schweiz. An weiter Ausbreitung und Anerkennung stand unsre Bekenntnisschrift in reformirten Landen nur dem Heidelberger Katechismus nach, aber treu zur Seite als sein wahrer, ebenbürtiger Kamerad durch die ganze Anlage und Ausführung seine wertvolle Ergänzung. Neuchâtel (1568), Frankreich

(1571), Ungarn (1567), Schottland (1566) gaben ihre laute Zustimmung auf den in obigen Jahreszahlen angegebenen Synoden; Holland und England boten herzliche Aufnahme. Fast eine zweite Heimat fand das Bekenntnis in Polen. Bereits 1570 wurde die Schrift ins Polnische übersetzt und dem König Sigismund als Bekenntnis der Evangelischen in Polen überreicht. Seitdem nannten diese Evangelischen sich selbst und wurden auch von den lutherischen Glaubensgenossen, die zumal in Groß-Polen sich fanden, mit diesem Unterscheidungsnamen belegt: Genossen der helvetischen Konfession. Bis zur Stunde macht sich der Name geltend. In Warschau bezeichnet man die beiden Gemeinden als die helvetische und die augsburgische Kirche. 1574 wurde eine neue Ausgabe in der Landessprache angefertigt und dem eben erwähnten Könige Heinrich von Valois als Konfessionsbuch seiner evangelischen Unterthanen überreicht. Die gleiche Stellung hatte dies Bekenntnis von Anfang an in Littauen und auch hier ist diese Stellung unerschüttert und ungeschmälert bis zur Stunde geblieben. Dieselbe Synode zu Warschau von 1883, welche in ihrem 4. Kanon den Heidelberger Katechismus als Bekenntnisschrift und zwar mit der Verstärkung, daß dieser Grundsatz keiner weiteren Veränderung unterliegen dürfe, aufgestellt, hatte als ihm ebenbürtig, auch in seinem verpflichtenden Ansehen, die helvetische Konfession erklärt.

Alle reformirten Schweizer, die seit Peter dem Großen Gastrecht und Heimstätte in Rußland gefunden, haben beides als Bekenner dieser Konfession erhalten.

Wir geben im folgenden diese helvetische Konfession von 1566 mit gütiger Erlaubnis des Übersetzers nach der jüngsten deutschen Übertragung, welche der Pastor an der evangelischen Kirche helvetischen Bekenntnisses in Wien (in der Kaiserstadt an der Donau bestehen die gleichen Unterscheidungsnamen der beiden Konfessionen wie in Polen) Dr. theol. Alphonse Witz in Anlaß der Säcularfeier des Josefinischen Toleranzediktes vom 13. Oktober 1781 angefertigt und veröffentlicht hat *).

*) Der volle Titel lautet: Die zweite helvetische Konfession. Übersetzt und herausgegeben von Ch. Alphonse Witz, Doktor der Theologie. Röm. 10, 10. Klagenfurt. Verlag von Joh. Heyn. 1881.

3) Das Glaubensbekenntnis der französisch-reformirten Kirche.

Die Reihe der Verordnungen in unsrem Urkundenbuch haben wir mit dem Paß begonnen, welchen Zar Peter den aus Frankreich um ihres Glaubens willen Vertriebenen für ihre Übersiedelung nach Rußland ausstellen ließ. Die auswandernden Hugenotten, willens im fernen Osten eine Freiheit der Glaubensüberzeugung zu genießen, die ihnen freblicherweise die eigne Heimat versagte, und in ihrer seitdem ununterbrochenen Nachfolge die vereinzelt Protestanten, die aus Frankreich nach Rußland aus mancherlei Ursache gezogen kamen, trafen als Glieder einer festgefügt, wohlgeordneten Kirche in der gastfreundlich ihnen geöffneten Herberge ein. Wir kennen wenige evangelische Gemeinwesen, in deren Verfassung das eigentümliche Wesen der Kirche der Reformation so klaren, schönen, schier vollendeten Ausdruck gefunden, wie sie einen solchen in der französisch-reformirten Kirche frühe erhalten und treu auch in den Zeiten der schwersten Verfolgung bewahrt, in ihr damit zugleich einen stillen Tröster, als diese Kirche öffentlich für tot erklärt war, einen kräftiger Helfer, als sie, die Totgesagte, aus ihren Wüsten und Schlupfwinkeln wieder zum Staunen Frankreichs und der Welt lebenskräftig in die Öffentlichkeit hinaustrat. Wir haben hier nicht die Aufgabe, diese Verfassung zu schildern und die Punkte hervorzuheben, welche ihr so hohes Lob eintragen und sie zu so bedeutsamer Wirksamkeit in guten und bösen Tagen befähigten.

Als treue Söhne dieser ihrer Reformationskirche brachten die vom schönen Boden ihrer Heimat Vertriebenen als ein Kleinod mit den Schatz, um dessentwillen sie auch das Vaterland drangaben: ihr Glaubensbekenntnis. Seit 1559, wo dieses Bekenntnis auf der ersten Nationalsynode der reformirten Kirche Frankreichs von sämtlichen Abgeordneten angenommen war, hatte jede folgende Nationalsynode bis zur 29. und letzten, die bereits unter großer Beschwernis 1659 in Loudun gehalten wurde, mit Verlesung dieses Bekenntnisses begonnen, gleichzeitig mit der Aufforderung, was als nicht schriftgemäß in ihr erscheine, darüber freimütig sich zu äußern, andernfalls aber jedesmal von neuem sich auf dieses Bekenntnis zu verpflichten und auf seiner Grund-

lage die beginnende Versammlung zu halten. Tatsächliche Änderungen fanden in all' der Zeit nicht statt; jede weitere neue Synode verlieh dem Bekenntnis die erhöhte Weihe der Einigung der Gemeinden in diesem so vielfach mit dem Märtyrblut der Brüder und Schwestern versiegelten Glauben. Was die Geistlichen und Ältesten über diesem Bekenntnis auf der Synode gelobten, haben sie treu bis ins Sterben hinein gehalten: *de vouloir vivre et mourir en cette foi*. Die auswandernden Hugenotten nahmen mit diesem Bekenntnis in die fernsten Fernen das ihnen teuerste Stück heimatlicher Erde mit; die zurückgebliebenen Glaubensgenossen, die an die Galeeren geschmiedet oder in den furchtbaren Gefängnissen in grausamer Langsamkeit dahin starben, hatten in diesem Bekenntnis ein holdes Stück heimischer Erde, in der ihre Lebenswurzeln in aller Vereinsamung hafteten und die ihnen eine Freiheit auch im Kerker und in Ketten unangestastet ließ, größer, begehrenswerter, beseligender als die des geknechteten Mannes auf dem Throne, der sie ihrer Freiheit auf Erden in so tyrannischer, grausamer Weise beraubt hatte.

Es war ein kühner Entschluß, wie ihn nur tiefüberzeugter Glaubensmut einflößen kann, als Antwort auf das Edikt von Chateaubriand (1557), durch welches Heinrich II. den reformirten Glauben bei Todesstrafe verbot und von jedem Anzustellenden den Schwur auf die papistische Lehre forderte, in Paris selbst 1559 die Vertreter sämtlicher reformirter Gemeinden des Landes zur ersten Nationalsynode zusammenzuberufen und sich auf derselben durch ein Bekenntnis und eine Ordnung der Disziplin zu einer festgefügtten Kirche in Schutz und Trutz zu einigen. Das Zustandekommen der Synode ist hauptsächlich Werk und Verdienst des begabten, einer vornehmen Familie entstammenden Pariser Predigers Antoine de la Roche Chandieu, in seinen Werken bekannt unter dem ins Hebräische übertragenen Familiennamen Sadeel (Champ de Dieu) oder auch Samariel (Chant de Dieu). 1558 war er von Paris in kirchlichen Angelegenheiten nach Poitiers gesandt worden und hatte dort mit den zahlreich zusammengekommenen reformirten Predigern die Notwendigkeit eines gemeinsamen Bekenntnisses und einer Verfassung besprochen. Zurückgelehrt nach Paris setzte sich Chandieu mit allen Gemeinden in

brieflichen Verkehr; das günstige Ergebnis war der Zusammentritt dieser ersten Nationalsynode. In der Hauptstadt; die am besten Gelegenheit bot, von allen Orten Frankreichs, wo Reformirte wohnten, sich in unauffälliger geheimer Weise zu vereinigen, tagte diese Synode im Mai 1559 unter dem Vorsitz des Pariser Pastors Morel de Collanges, eines Schülers von Calvin. Der Genfer Reformator, der mit gespanntester Aufmerksamkeit und regster Teilnahme die Vorgänge in seiner Heimat verfolgte, erfuhr etwas spät den Zusammentritt der Synode und beeilte sich, drei Abgeordnete mit dem Entwurf eines Bekenntnisses nach Paris zu senden. Collanges kann nach Ablauf der Synode dem Meister in Genf melden, daß die Boten rechtzeitig eingetroffen und die Versammlung an der eingesandten Bekenntnisschrift des Calvin einiges hinzugefügt, wenigstens nur verändert und dieselbe dann mit allgemeiner Gutheißung angenommen und eine Abschrift derselben in dem Archiv jeder einzelnen Gemeinde handschriftlich niederzulegen verordnet habe. 1560 wurde diese *Confessio gallica*, welchen Namen sie fortan meist erhielt, zu Amboise Heinrich II. mit einer Vorrede überreicht, ein Jahr später durch Beza Karl IX. bei dem Religionsgespräch in Poissy. Bei dieser Zusammenkunft war es bekanntlich, daß Beza, als er an der Spitze von 34 Abgeordneten den Versammlungsaal betrat, in welchem der König und seine Mutter nebst 36 Bischöfen und andern hochgestellten Würdenträgern saßen, und als einer der Kardinäle bei ihrem Eintritt laut rief: „Da kommen die Genfer Hunde!“ geistesgegenwärtig und schlagfertig auf die Schimpfrede das denkwürdige Gegenwort gab: „Wahrlich, treue Hunde thun not in der Schafhürde des Herrn.“ Auf der siebenten Nationalsynode, die unter dem Moderator Beza 1571 in la Rochelle in Gegenwart der reformirten Königin von Navarra, ihres Sohnes (des späteren Renegaten Heinrich IV.) und des Admirals Coligny stattfand, wurde das Bekenntnis einer erneuten Durchsicht unterzogen und einstimmig angenommen. Seitdem tritt zu dem Namen der *Confessio gallica* häufig der andere „Bekenntnis von la Rochelle“.

Wir geben in dem Folgenden die in la Rochelle ausdrücklich als die alleinig zurecht bestehend anerkannte Fassung des Bekenntnisses in 40 Artikeln. Inbetreff der andern Ausgabe in 35 Ar-

titeln mag die von den berühmten Herausgebern der Gesamtwerke Calvins (IX, LX) geäußerte Meinung das Richtige treffen, daß die kleinere Ausgabe den ursprünglichen Entwurf Calvins bietet, die erweiterte Ausgabe die Änderungen und Zusätze, die dieser Entwurf auf der ersten Nationalsynode gefunden.

4) Der Vergleich von Sandomir.

In dem Leben des Johannes a Lasco (S. 568 ff.) ist ausführlich von der Synode die Rede, welche vom 9.—15. April 1570 in Sandomir tagte. Endlich, wenn leider auch in einer für die Geschichte der evangelischen Kirche in Polen und damit für dieses unglückliche Land selbst verhängnisvollen Weise verspätet, war die Überzeugung von der Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses, um dem einheitlichen, zielbewußten Andrang der sich wieder aufraffenden römischen Kirche gewachsen zu sein, bei den drei Gemeinschaften zum Durchschlag gekommen, in welche sich die Evangelischen des Landes geteilt und damit ihre Kraft dem gemeinsamen, schonungslosen Feinde gegenüber zersplittert hatten. In Groß-Polen, zumal unter seiner zahlreichen deutschen Bevölkerung in den Städten, waren die Lutheraner in starker Vertretung, in Klein-Polen und Littauen fast ausschließlich die Reformirten, auf beiden Gebieten eine große Zahl Gemeinden böhmischer Brüder. Sowohl der Zahl wie dem Gewichte und der Bedeutung seiner Glieder nach bildeten den stärksten, hervorragendsten Teil die Reformirten, auch dadurch an Einfluß und Geltung den andren überlegen, daß ihre Gemeindegengenossen fast ausschließlich Polen waren, während der ausschlaggebende Teil in den andren beiden kirchlichen Gemeinden aus fremden Elementen bestand. Es erklärt dieser verschiedenartige nationale Zug in etwas die Schwierigkeit der Vereinigung, welche noch dadurch erhöht wurde, daß diese fremden Elemente, namentlich der deutsche und lutherische Teil, kirchlich stark, fast ausschließlich auf die alte Heimat sich stützte, diese aber bei ihrem damaligen blinden Eifer für Schulmeinungen wenig Scharf-

blick für die besonderen Notstände der evangelischen Glaubensgenossen im Nachbarlande zeigte. Die Wahl des Ortes in Klein-Polen wies auf die starke Vertretung der Evangelischen in diesem Teile Polens hin; auch die Leitung der Versammlung lag in den Händen der hervorragendsten Männer der evangelischen Kirche dieses Gebietes.

Gerade diese Kirche durfte auf solchen Vorzug gerechten Anspruch erheben. Denn die Vereinigung der drei evangelischen Gemeinschaften zum einmütigen Zusammenstehen dem sich erhebenden gemeinsamen Bergewaltiger gegenüber ist als die spät gereifte Frucht des damals schon heimgegangnen hervorragendsten Gliedes dieser Kirche anzusehen, des edlen, frommen Johannes a Lasco, den seine Zeitgenossen Vater der Kirche genannt, den wir gewissermaßen als Reformator Polens wohl bezeichnen dürfen. Wie ein Seher hat Łoski die Notwendigkeit einer solchen Vereinigung vorausgesehen und gerade er in seiner ganzen theologischen Ausprägung steht wie ein von Gott gesandter Bote da, solch eine Vereinigung der Evangelischen im Geist und in der Wahrheit anzubahnen. An die Verwirklichung dieser Aufgabe, in welcher er die ihm gewiesene Gottesaufgabe für sein heißgeliebtes Polen erkannte, hat er seine letzte Lebenskraft aufgebraucht und verzehrt; diese Synode zu Sandomir ist anzusehen wie eine kostbare Blume, die auf seinem Grabhügel erblüht, deren Wurzeln aber noch an seinem Herzbute sich genährt.

Die hervorragenden Männer, welche in jenen Tagen in Sandomir voll evangelischen Geistes zu solch löblichem Werke zusammentraten, waren in einem Grade von der Notwendigkeit einer Vereinigung überzeugt und auch in ihrem Glauben dazu willig, daß nicht viel gefehlt hat und es würde zu einer organischen Union unter diesen Vertretern der evangelischen Glaubensgenossen des Landes gekommen sein. Der Abgeordnete von Groß-Polen Gliczner drang nicht darauf, die Augustana zur allgemeinen Grundlage zu machen; der Abgeordnete der böhmischen Brüder Turnowski erklärte die helvetische Konfession von 1566, die bereits in Klein-Polen als Bekenntnisgrundlage in Vorschlag gebracht worden war, für ausführlicher und deutlicher als die Brüdertkonfession. Endgültig jedoch entschied man sich für eine föderative Union. Der reformirte

Pfarrer von Krakau, Christoph Treicius zusammen mit Johannes Ikenandus, aus Bourges in Frankreich gebürtig, aber seit langen Jahren in Polen ansässig und durch seine Beteiligung an der Bibelübersetzung um die evangelische Kirche des Landes wohl verdient, wurden mit der Ausarbeitung eines „Vergleiches“ betraut. Was sie der Versammlung als solch einen Vergleich boten, wurde mit nur wenigen Veränderungen von derselben als die ersuchte Einigungsformel der drei evangelischen Kirchen in Polen angenommen.

Was in dem Sandomirer Vergleich in solcher Weise zustande gekommen, das haben die gemeinsamen Synoden der evangelischen Kirche in Polen während des letzten Viertels des 16. Jahrhunderts (Krakau 1573, Piotrkow 1578, Wladislaw 1583, Thorn 1595) bestätigt und anerkannt. Dann aber geriet in den folgenden Jahrhunderten der „Vergleich“ immer mehr in Vergessenheit. Der Geist, dem er seinen Ursprung dankt, wich je länger je mehr. Die deutsche Theologie des 17. Jahrhunderts verlor selbst das Verständnis für die in dem Vergleich ausgesprochene Unionsgesinnung; ihr trüber, so ganz anders gearteter Schatten lag düster und unheimlich auch auf dem unglücklichen Nachbarlande und beeinflusste den Teil der schwer heimgesuchten evangelischen Kirche in Polen, welcher von Anfang an der Wittenberger Reformation Heerfolge zu leisten gewohnt war. Treu zum Sandomirer Vergleich hielt auf die Dauer nur die reformirte Kirche des Landes. Bis zur Stunde ist diese Treue ungebrochen geblieben, wenn sie auch in gewisser Beziehung gegenstandslos geworden, weil ein einseitiges Halten an einem Vergleich unter mehreren Parten diesen selbst hinfällig macht. Trotzdem ist die auch heute noch in der reformirten Kirche sowohl Polens als auch Littauens geübte Betonung und Verpflichtung auf diesen Vergleich nicht gleichgültig und ohne Bedeutung. Sie bezeugt ein pietätvolles Halten und Bewahren des von den Vätern ererbten und durch die schwersten Drangsalzeiten ungeschmälert hindurch geretteten kostbaren Vermächtnisses; sie bezeugt immer wieder von neuem, daß nun auch in der reformirten Kirche Polens und Littauens die fromme und wahrhaft evangelische Gesinnung warm gehegt und gepflegt werde, welche sich lieber des Gemeinsamen der evangelischen Schwesterkirchen erfreut und

sich dazu frei und offen bekennt, als daß sie geſſentlich die Unterschiede und Trennungspunkte hervorleht. Eine dreihundertjährige, tieſſchmerzliche und blutige Geſchichte iſt dieſen Glaubensgenoſſen in Polen die ernſte Warnungſtafel, nur nicht ihrem eigenen Weſen untreu zu werden und das ihr von dem Herrn verliehene Charisma zu verleugnen, das nach Verſöhnung und Einigung der echten, wahren Söhne der Reformation verlangt.

I. Der Heidelberger Katechismus.

Vergleiche Seite 263 dieses Urkundenbuches.

Einleitung.

1. Was ist dein einiger Trost im Leben und im Sterben?

Daß ich mit Leib und Seele, beides im Leben und im Sterben, nicht mein, sondern meines getreuen Heilandes Jesu Christi eigen bin, der mit seinem theuern Blute für alle meine Sünden vollkommlich bezahlet und mich aus aller Gewalt des Teufels erlöst hat und also bewahret, daß ohne den Willen meines Vaters im Himmel kein Haar von meinem Haupt kann fallen, ja auch mir alles zu meiner Seligkeit dienen muß. Darum er mich auch durch seinen heiligen Geist des ewigen Lebens versichert und ihm forthin zu leben von Herzen willig und bereit macht.

2. Wieviele Stücke sind dir nötig zu wissen, daß du in diesem Troste seliglich leben und sterben mögest?

Drei Stücke. Erstlich, wie groß meine Sünde und mein Elend sei. Zum andern, wie ich von allen meinen Sünden und Elend erlöst werde. Und zum dritten, wie ich Gott für solche Erlösung soll dankbar sein.

I. Von des Menschen Elend.

3. Woher erkennst du dein Elend?

Aus dem Gesetz Gottes.

4. Was erfordert denn das göttliche Gesetz von uns?

Dies lehret uns Christus in einer Summe Matth. am 22.

Du sollst lieben Gott deinen Herrn von ganzem Herzen, von ganzer Seele, von ganzem Gemüte und allen Kräften. Dies ist das vornehmste und größte Gebot. Das andere aber ist dem gleich: du sollst deinen Nächsten lieben als dich selbst. In diesen zweien Geboten hanget das ganze Gesetz und die Propheten.

5. Kannst du dies alles vollkommenlich halten?

Nein, denn ich bin von Natur geneigt, Gott und meinen Nächsten zu hassen.

6. Hat denn Gott den Menschen also böse und verkehrt erschaffen?

Nein, sondern Gott hat den Menschen gut und nach seinem Ebenbild erschaffen, das ist in wahrhaftiger Gerechtigkeit und Heiligkeit, auf daß er Gott seinen Schöpfer recht erkennete und von Herzen liebte und in ewiger Seligkeit mit ihm lebte, ihn zu loben und zu preisen.

7. Woher kommt denn solche verderbte Art?

Aus dem Fall und Ungehorsam unsrer ersten Eltern Adam und Eva im Paradies, da unsre Natur also vergiftet worden, daß wir alle in Sünden empfangen und geboren werden.

8. Sind wir aber dermaßen verderbt, daß wir ganz und gar untüchtig sind zu einigem Guten und geneigt zu allem Bösen?

Ja, es sei denn, daß wir durch den Geist Gottes wiedergeboren werden.

9. Thut denn Gott dem Menschen nicht unrecht, daß er in seinem Gesetz von ihm fordert, was er nicht kann thun?

Nein. Denn Gott hat den Menschen also erschaffen, daß er es konnte thun; der Mensch aber hat sich und alle seine Nach-

I. Der Heidelberger Katechismus.

Vergleiche Seite 263 dieses Urkundenbuches.

Einleitung.

1. Was ist dein einziger Trost im Leben und im Sterben?

Daß ich mit Leib und Seele, beides im Leben und im Sterben, nicht mein, sondern meines getreuen Heilandes Jesu Christi eigen bin, der mit seinem theuern Blute für alle meine Sünden vollkommenlich bezahlet und mich aus aller Gewalt des Teufels erlöst hat und also bewahret, daß ohne den Willen meines Vaters im Himmel kein Haar von meinem Haupt kann fallen, ja auch mir alles zu meiner Seligkeit dienen muß. Darum er mich auch durch seinen heiligen Geist des ewigen Lebens versichert und ihm forthin zu leben von Herzen willig und bereit macht.

2. Wieviele Stücke sind dir nötig zu wissen, daß du in diesem Troste seliglich leben und sterben mögest?

Drei Stücke. Erstlich, wie groß meine Sünde und mein Elend sei. Zum andern, wie ich von allen meinen Sünden und Elend erlöst werde. Und zum dritten, wie ich Gott für solche Erlösung soll dankbar sein.

I. Von des Menschen Elend.

3. Woher erkennst du dein Elend?

Aus dem Gesetz Gottes.

4. Was erfordert denn das göttliche Gesetz von uns?

Dies lehret uns Christus in einer Summe Matth. am 22.

Du sollst lieben Gott deinen Herrn von ganzem Herzen, von ganzer Seele, von ganzem Gemüte und allen Kräften. Dies ist das vornehmste und größte Gebot. Das andere aber ist dem gleich: du sollst deinen Nächsten lieben als dich selbst. In diesen zweien Geboten hanget das ganze Gesetz und die Propheten.

5. Kannst du dies alles vollkommenlich halten?

Nein, denn ich bin von Natur geneigt, Gott und meinen Nächsten zu hassen.

6. Hat denn Gott den Menschen also böse und verkehrt erschaffen?

Nein, sondern Gott hat den Menschen gut und nach seinem Ebenbild erschaffen, das ist in wahrhaftiger Gerechtigkeit und Heiligkeit, auf daß er Gott seinen Schöpfer recht erkennete und von Herzen liebte und in ewiger Seligkeit mit ihm lebte, ihn zu loben und zu preisen.

7. Woher kommt denn solche verderbte Art?

Aus dem Fall und Ungehorsam unsrer ersten Eltern Adam und Eva im Paradies, da unsre Natur also vergiftet worden, daß wir alle in Sünden empfangen und geboren werden.

8. Sind wir aber dermaßen verderbt, daß wir ganz und gar untüchtig sind zu einigem Guten und geneigt zu allem Bösen?

Ja, es sei denn, daß wir durch den Geist Gottes wiedergeboren werden.

9. Thut denn Gott dem Menschen nicht unrecht, daß er in seinem Gesetz von ihm fordert, was er nicht kann thun?

Nein. Denn Gott hat den Menschen also erschaffen, daß er es konnte thun; der Mensch aber hat sich und alle seine Nach-

kommen aus Anstiftung des Teufels durch mutwilligen Ungehorsam derselbigen Gaben beraubet.

10. Will Gott solchen Ungehorsam und Abfall ungestraft lassen hingehen?

Mit nichten; sondern er zürnet schrecklich beides über angeborne und wirkliche Sünden und will sie aus gerechtem Urtheile zeitlich und ewig strafen, wie er gesprochen hat: verflucht sei jedermann, der nicht bleibet in alle dem, was geschrieben stehet in dem Buche des Gesetzes, daß er es thue.

11. Ist denn Gott nicht auch barmherzig?

Gott ist wohl barmherzig, er ist aber auch gerecht. Derhalben erfordert seine Gerechtigkeit, daß die Sünde, welche wider die allerhöchste Majestät Gottes begangen ist, auch mit der höchsten, das ist, der ewigen Strafe an Leib und Seele gestrafet werde.

II. Von des Menschen Erlösung.

12. Diemeil wir denn nach dem gerechten Urtheil Gottes zeitliche und ewige Strafe verdienet haben: wie möchten wir dieser Strafe entgehen und wiederum zu Gnaden kommen?

Gott will, daß seiner Gerechtigkeit genug geschehe. Derowegen müssen wir derselben entweder durch uns selbst oder durch einen andern vollkommene Bezahlung thun.

13. Können wir aber durch uns selbst Bezahlung thun?

Mit nichten, sondern wir machen auch die Schuld noch täglich größer.

14. Kann aber irgendeine bloße Creatur für uns bezahlen?

Keine, denn erstlich will Gott an keiner andern Creatur strafen, was der Mensch verschuldet hat. Zum andern, so kann auch keine bloße Creatur die Last des ewigen Zornes Gottes wider die Sünde ertragen und andere davon erlösen.

15. Was müssen wir denn für einen Mittler und Erlöser suchen?

Einen solchen, der ein wahrer und gerechter Mensch und doch starker, denn alle Creaturen, das ist, zugleich ein wahrer Gott sei.

16. Warum muß er ein wahrer und gerechter Mensch sein?

Darum, daß die Gerechtigkeit Gottes erfordert, daß die menschliche Natur, die gesündigt hat, für die Sünde bezahle, und aber einer, der selbst ein Sünder wäre, nicht könnte für andere bezahlen.

17. Warum muß er zugleich wahrer Gott sein?

Daß er aus Kraft seiner Gottheit die Last des Jornes Gottes an seiner Menschheit ertragen und uns die Gerechtigkeit und das Leben erwerben und wiedergeben möchte.

18. Wer ist aber derselbe Mittler, der zugleich wahrer Gott und ein wahrer gerechter Mensch ist?

Unser Herr Jesus Christus, der uns zur vollkommenen Erlösung und Gerechtigkeit gesendet ist.

19. Woher weißt du das?

Aus dem heiligen Evangelio, welches Gott selbst anfänglich im Paradiese hat offenbaret, folgendes durch die heiligen Erzväter und Propheten lassen verkündigen und durch die Opfer und andere Ceremonieen des Gesetzes vorgebildet, endlich aber durch seinen geliebten Sohn erfüllet.

20. Werden denn alle Menschen wiederum durch Christum selig, wie sie durch Adam sind verloren worden?

Nein, sondern allein diejenigen, die durch wahren Glauben ihm werden einverleibet und alle seine Wohlthaten annehmen.

21. Was ist wahrer Glaube?

Es ist nicht allein eine gewisse Erkenntnis, dadurch ich alles für wahr halte, was uns Gott in seinem Wort hat offenbaret, sondern auch ein herzliches Vertrauen, welches der heilige Geist durchs Evangelium in mir wirket, daß nicht allein andern, sondern auch mir Vergebung der Sünden, ewige Gerechtigkeit und Selig-

leit von Gott geschenkt sei, aus lauter Gnade, allein um des Verdienstes Christi willen.

22. Was ist aber einem Christen not zu glauben?

Alles, was uns im Evangelio verheißen wird, welches uns die Artikel unsres allgemeinen, ungezweifelten, christlichen Glaubens in einer Summa lehren.

23. Wie lauten dieselben?

Ich glaube an Gott Vater, den allmächtigen Schöpfer Himmels und der Erden.

Und an Jesum Christum seinen eingebornen Sohn, unsren Herrn, der empfangen ist von dem heiligen Geist, geboren aus Maria der Jungfrau, gelitten unter Pontio Pilato, gekreuzigt, gestorben und begraben, abgestiegen zu der Hölle, am dritten Tage wieder auferstanden von den Toten, aufgefahren gen Himmel, sitzt zu der Rechten Gottes, des allmächtigen Vaters, von dannen er kommen wird, zu richten die Lebendigen und die Toten.

Ich glaube an den heiligen Geist, eine heilige allgemeine christliche Kirche, die Gemeinschaft der Heiligen, Vergebung der Sünden, Auferstehung des Fleisches und ein ewiges Leben.

24. Wie werden die Artikel abgetheilt?

In drei Teile. Der erste ist von Gott dem Vater und unserer Schöpfung. Der andere von Gott dem Sohne und unserer Erlösung. Der dritte von Gott dem heiligen Geiste und unserer Heiligung.

25. Voweil nur ein einig göttliches Wesen ist, warum nennest du drei, den Vater, Sohn und heiligen Geist?

Darum, daß sich Gott also in seinem Wort geoffenbaret hat, daß diese drei unterschiedliche Personen der einige, wahrhaftige, ewige Gott sind.

Von Gott dem Vater.

26. Was glaubst du, wenn du sprichst: ich glaube an Gott Vater, den allmächtigen Schöpfer Himmels und der Erden?

Daß der ewige Vater unsres Herrn Jesu Christi, der Himmel und Erden samt allem, was darinnen ist, aus nichts erschaffen,

auch dieselbigen noch durch seinen ewigen Rath und Fürsorge erhält und regieret, um seines Sohnes Christi willen mein Gott und mein Vater sei, auf welchen ich also vertraue, daß ich nicht zweifele, er werde mich mit aller Nothdurft Leibes und der Seele versorgen, auch alles Übel, so er mir in diesem Jammerthale zuschickt, mir zugut wenden, dieweil er es thun kann als ein allmächtiger Gott und auch thun will als ein getreuer Vater.

27. Was verstehst du durch die Vorsehung Gottes?

Die allmächtige und gegenwärtige Kraft Gottes, durch welche er Himmel und Erde samt allen Creaturen gleich als mit seiner Hand noch erhält und also regieret, daß Laub und Gras, Regen und Dürre, fruchtbare und unfruchtbare Jahre, Essen und Trinken, Gesundheit und Krankheit, Reichthum und Armut und alles nicht von ungefähr, sondern von seiner väterlichen Hand uns zukommt.

28. Was für Nutzen bekommen wir aus der Erkenntnis der Schöpfung und Vorsehung Gottes?

Daß wir in aller Widerwärtigkeit geduldig, in Glückseligkeit dankbar und außs Zukünftige guter Zuversicht zu unsrem getreuen Gott und Vater sein sollen, daß uns keine Creatur von seiner Liebe scheiden wird, dieweil alle Creaturen also in seiner Hand sind, daß sie sich ohne seinen Willen auch nicht regen noch bewegen können.

Von Gott dem Sohne.

29. Warum wird der Sohn Gottes Jesus, das ist Seligmacher genannt?

Darum, daß er uns selig macht von unsren Sünden und daß bei keinem anderen einige Seligkeit zu suchen noch zu finden ist.

30. Glauben denn die auch an den einigen Seligmacher Jesum, die ihre Seligkeit und Heil bei Heiligen, bei ihnen selbst oder anderswo suchen?

Nein, sondern sie verleugnen mit der That den einigen Seligmacher und Heiland Jesum, ob sie sich sein gleich rühmen. Denn entweder Jesus nicht ein vollkommener Heiland sein muß oder die

diesen Heiland mit wahrem Glauben annehmen, müssen alles in ihm haben, was zu ihrer Seligkeit vonnöten ist.

31. Warum ist er Christus, das ist ein Gesalbter genannt?

Daß er von Gott dem Vater verordnet und mit dem heiligen Geiste gesalbet ist zu unserm obersten Propheten und Lehrer, der uns den heimlichen Rat und Willen Gottes von unsrer Erlösung vollkommen offenbaret, und zu unsrem einigen Hohenpriester, der uns mit dem einigen Opfer seines Leibes erlöst hat und immerdar mit seiner Fürbitte vor dem Vater vertritt, und zu unsrem ewigen König, der uns mit seinem Wort und Geist regieret und bei der erworbenen Erlösung schützet und erhält.

32. Warum wirst du aber ein Christ genannt?

Daß ich durch den Glauben ein Glied Christi und also seiner Salbung theilhaftig bin, auf daß auch ich seinen Namen bekenne, mich ihm zu einem lebendigen Dankopfer darstelle und mit freiem Gewissen in diesem Leben wider die Sünde und Teufel streite und hernach in Ewigkeit mit ihm über alle Creaturen herrsche.

33. Warum heißt er Gottes eingeborner Sohn, so doch wir auch Kinder Gottes sind?

Darum, daß Christus allein der ewige natürliche Sohn Gottes ist, wir aber um seinerwillen aus Gnaden zu Kindern Gottes angenommen sind.

34. Warum nennest du ihn unsren Herrn?

Daß er uns mit Leib und Seele von der Sünde und aus aller Gewalt des Teufels nicht mit Gold oder Silber, sondern mit seinem theuern Blute ihm zum Eigentume erlöst und erlauft hat.

37. Was heißt, daß er empfangen ist von dem heiligen Geist, geboren aus Maria der Jungfrau?

Daß der ewige Sohn Gottes, der wahrer und ewiger Gott ist und bleibet, wahre menschliche Natur aus dem Fleisch und Blut der Jungfrau Maria durch Wirkung des heiligen Geistes an sich genommen hat, auf daß er auch der wahre Sohn Davids sei, seinen Brüdern in allem gleich, ausgenommen die Sünde.

36. Was für Nutzen bekommst du aus der heiligen Empfangnis Christi?

Daß er mit seiner Unschuld und vollkommenen Heiligkeit meine Sünde, darin ich bin empfangen, vor Gottes Angesicht bedeckt.

37. Was verstehst du durch das Wörtlein: gelitten?

Daß er an Leib und Seele die ganze Zeit seines Lebens auf Erden, sonderlich aber am Ende desselben den Zorn Gottes wider die Sünde des ganzen menschlichen Geschlechtes getragen hat, auf daß er mit seinem Leiden als mit dem einigen Sühnopfer unsren Leib und Seele von der ewigen Verdammnis erlösete und uns Gottes Gnade, Gerechtigkeit und ewiges Leben erwürbe.

38. Warum hat er unter dem Richter Pontio Pilato gelitten?

Auf daß er unschuldig unter dem weltlichen Richter verdammt würde und uns damit von dem strengen Urteil Gottes, das über uns ergehen sollte, erledigte.

39. Ist es etwas mehr, daß er ist gekreuziget worden, denn so er eines andren Todes gestorben wäre?

Ja, denn dadurch bin ich gewiß, daß er die Vermaledung, die auf mir lag, auf sich geladen habe, dieweil der Tod des Kreuzes von Gott verflucht war.

40. Warum hat Christus den Tod müssen leiden?

Darum, daß von wegen der Gerechtigkeit und Wahrheit Gottes nicht anders für unsre Sünde möchte bezahlt werden, denn durch den Tod des Sohnes Gottes.

41. Warum ist er begraben worden?

Damit zu bezeugen, daß er wahrhaftig gestorben sei.

42. Weil denn Christus für uns gestorben ist, wie kommt es, daß wir auch sterben müssen?

Unser Tod ist nicht eine Bezahlung für unsre Sünde, sondern nur eine Absterbung der Sünden und Eingang zum ewigen Leben.

43. Was bekommen wir mehr für Nutzen aus dem Opfer und Tod Christi am Kreuze?

Daß durch seine Kraft unser alter Mensch mit ihm gekreuziget, getödet und begraben wird, auf daß die bösen Lüste des Fleisches nicht mehr in uns regieren, sondern daß wir uns selbst ihm zur Dankagung aufopfern.

44. Warum folget: abgestiegen zu der Hölle?

Daß ich in meinen höchsten Anfechtungen versichert sei, mein Herr Christus habe mich durch seine unaussprechliche Angst, Schmerzen und Schrecken, die er auch an seiner Seele am Kreuz und zuvor erlitten, von der höllischen Angst und Pein erlöst.

75. Was nuzet uns die Auferstehung Christi?

Erstlich hat er durch seine Auferstehung den Tod überwunden, daß er uns der Gerechtigkeit, die er uns durch seinen Tod erworben hat, könnte theilhaftig machen. Zum andern werden auch wir jegunder durch seine Kraft erwecket zu einem neuen Leben. Zum dritten ist uns die Auferstehung Christi ein gewisses Pfand unsrer seligen Auferstehung.

46. Wie verstehst du, daß er ist gen Himmel gefahren?

Daß Christus vor den Augen seiner Jünger ist von der Erde aufgehoben gen Himmel und uns zugut daselbst ist, bis daß er wiederkommt, zu richten die Lebendigen und die Toten.

47. Ist denn Christus nicht bei uns bis ans Ende der Welt, wie er uns verheißen hat?

Christus ist wahrer Mensch und wahrer Gott: nach seiner menschlichen Natur ist er jegunder nicht auf Erden, aber nach seiner Gottheit, Majestät, Gnade und Geist weicht er nimmer von uns.

48. Werden aber mit der Weise die zwei Naturen in Christo nicht von einander getrennet, so die Menschheit nicht überall ist, da die Gottheit ist?

Mit nichten; denn weil die Gottheit unbegreiflich und allenthalben gegenwärtig ist, so muß folgen, daß sie wohl außerhalb ihrer angenommenen Menschheit und dennoch nichtsdestoweniger in derselben ist und persönlich mit ihr vereinigt bleibet.

49. Was nützet uns die Himmelfahrt Christi?

Erstlich: daß er im Himmel vor dem Angesicht seines Vaters unser Fürsprecher ist. Zum andern: daß wir unser Fleisch im Himmel zu einem sichern Pfand haben, daß er als das Haupt uns seine Glieder auch zu sich werde hinaufnehmen. Zum dritten: daß er uns seinen Geist zum Gegenpfand herabsendet, durch welche Kraft wir suchen, was droben ist, da Christus ist, sitzend zur Rechten Gottes, und nicht, was auf Erden ist.

50. Warum wird hinzugesetzt, daß er sitze zur Rechten Gottes?

Daß Christus darum gen Himmel gefahren ist, daß er sich daselbst erzeige als das Haupt seiner christlichen Kirche, durch welchen der Vater alles regieret.

51. Was nützet uns die Herrlichkeit unsres Hauptes Christi?

Erstlich, daß er durch seinen heiligen Geist in uns, seine Glieder, die himmlischen Gaben ausgießet. Danach, daß er uns mit seiner Gewalt wider alle Feinde schützet und erhält.

52. Was tröstet dich die Wiederkunft Christi, zu richten die Lebendigen und die Toten?

Daß ich in aller Trübsal und Verfolgung mit aufgerichtetem Haupte eben des Richters, der sich zuvor dem Gerichte Gottes für mich dargestellt und alle Vermaledeung von mir hinweggenommen hat, aus dem Himmel gewärtig bin, daß er alle seine und meine Feinde in die ewige Verdammnis werfe, mich aber samt allen Auserwählten zu sich in die himmlische Freude und Herrlichkeit nehme.

Von Gott dem heiligen Geist.**53. Was glaubst du vom heiligen Geist?**

Erstlich, daß er gleich ewiger Gott mit dem Vater und dem Sohne ist. Zum anderen, daß er auch mir gegeben ist, mich durch einen wahren Glauben Christi und aller seiner Wohlthaten theilhaftig macht, mich tröstet und bei mir bleiben wird in Ewigkeit.

54. Was glaubst du von der heiligen, allgemeinen, christlichen Kirche?

Daß der Sohn Gottes aus dem ganzen menschlichen Geschlechte ihm eine auserwählte Gemeinde zum ewigen Leben durch seinen Geist und Wort in Einigkeit wahren Glaubens von Anbeginn der Welt bis ans Ende versammle, schütze und erhalte und daß ich derselben ein lebendiges Glied bin und ewig bleiben werde.

55. Was verstehst du durch die Gemeinschaft der Heiligen?

Erstlich, daß alle und jeder Gläubige als Glieder an dem Herrn Christo und allen seinen Schätzen und Gaben Gemeinschaft haben. Zum andern, daß ein jeder seine Gaben zu Nutz und Heil der andern Glieder willig und mit Freuden anzulegen sich schuldig wissen soll.

56. Was glaubst du von der Vergebung der Sünden?

Daß Gott um der Genugthuung Christi willen aller meiner Sünden, auch der sündlichen Art, mit der ich mein Leben lang zu streiten habe, nimmermehr gedenken will, sondern mir die Gerechtigkeit Christi aus Gnaden schenket, daß ich ins Gericht nimmermehr soll kommen.

57. Was tröstet dich die Auferstehung des Fleisches?

Daß nicht allein meine Seele nach diesem Leben alsbald zu Christo ihrem Haupte genommen wird, sondern auch, daß dies mein Fleisch durch die Kraft Christi auferwecket, wieder mit meiner Seele vereinigt und dem heiligen Leibe Christi gleichförmig werden soll.

58. Was tröstet dich der Artikel vom ewigen Leben?

Daß nachdem ich jegunder den Anfang der ewigen Freude empfinde, ich nach diesem Leben vollkommene Seligkeit besitzen werde, die kein Auge gesehen, kein Ohr gehört und in keines Menschen Herz nie kommen ist, Gott ewiglich darin zu preisen.

59. Was hilft es dich aber nun, wenn du dies alles glaubst?

Daß ich in Christo vor Gott gerecht und ein Erbe des ewigen Lebens bin.

60. Wie bist du gerecht vor Gott?

Allein durch wahren Glauben an Jesum Christum, also, daß ob mich schon mein Gewissen anklagt, daß ich wider alle Gebote Gottes schwerlich gesündigt und derselben keines nie gehalten habe, auch noch immerdar zu allem Bösen geneigt bin, doch Gott ohn' all mein Verdienst aus lauter Gnaden mir die vollkommene Genugthuung, Gerechtigkeit und Heiligkeit Christi schenket und zurechnet, als hätte ich nie keine Sünde begangen noch gehabt und selbst alle den Gehorsam vollbracht, den Christus für mich hat geleistet, wenn ich allein solche Wohlthat mit gläubigem Herzen annehme.

61. Warum sagst du, daß du allein durch den Glauben gerecht seiest?

Nicht daß ich von wegen der Würdigkeit meines Glaubens Gott gefalle, sondern darum, daß allein die Genugthuung, Gerechtigkeit und Heiligkeit Christi meine Gerechtigkeit vor Gott ist und ich dieselbe nicht anders, denn allein durch den Glauben annehmen und mir zueignen kann.

62. Warum können aber unsere guten Werke nicht die Gerechtigkeit vor Gott oder ein Stück derselben sein?

Darum daß die Gerechtigkeit, so vor Gottes Gericht bestehen soll, durchaus vollkommen und dem göttlichen Gesetz ganz gleichförmig sein muß und aber auch unsre besten Werke in diesem Leben alle unvollkommen und mit Sünden befleckt sind.

63. Verdienen aber unsre guten Werke nichts, so sie doch Gott in diesem und dem zukünftigen Leben will belohnen?

Die Belohnung geschieht nicht aus Verdienst, sondern aus Gnaden.

64. Macht aber diese Lehre nicht sorglose und verruchte Leute?

Nein, denn es unmöglich ist, daß die, so Christo durch wahren Glauben sind eingepflanzt, nicht Frucht der Dankbarkeit sollen bringen.

Von den heiligen Sakramenten.

65. Dieweil denn allein der Glaube uns Christi und aller seiner Wohlthaten theilhaftig macht, woher kommt solcher Glaube?

Der heilige Geist wirkt denselben in unsrem Herzen durch die Predigt des heiligen Evangeliums und bestätigt ihn durch den Brauch der heiligen Sakramente.

66. Was sind die Sakramente?

Es sind sichtbare, heilige Wahrzeichen und Siegel, von Gott dazu eingesetzt, daß er uns durch den Brauch derselben die Verheißung des Evangeliums desto besser zu verstehen gebe und versiegle: nämlich, daß er uns von wegen des einigen Opfers Christi, am Kreuze vollbracht, Vergebung der Sünden und ein ewiges Leben aus Gnaden schenke.

67. Sind denn beide, das Wort und die Sakramente, dahin gerichtet, daß sie unsren Glauben auf das Opfer Jesu Christi am Kreuze als auf den einigen Grund unsrer Seligkeit weisen?

Ja freilich; denn der heilige Geist lehret im Evangelio und bestätigt durch die heiligen Sakramente, daß unsre ganze Seligkeit stehe in dem einigen Opfer Christi für uns am Kreuze geschehen.

68. Wieviele Sakramente hat Christus im Neuen Testamente eingesetzt?

Zwei, die heilige Taufe und das heilige Abendmahl.

Von der heiligen Taufe.

69. Wie wirst du in der heiligen Taufe erinnert und versichert, daß das einige Opfer Christi am Kreuze dir zugut komme?

Also daß Christus dies äußerliche Wasserbad eingesetzt und dabei verheißt hat, daß ich so gewiß mit seinem Blut und Geist von der Unreinigkeit meiner Seele, das ist, von allen meinen Sünden gewaschen sei, so gewiß ich äußerlich mit dem Wasser, welches die Unsauberkeit des Leibes pfleget hinzunehmen, gewaschen bin.

70. Was heißt: mit dem Blut und Geist Christi gewaschen sein?

Es heißt Vergebung der Sünden von Gott aus Gnaden haben um des Blutes Christi willen, welches er in seinem Opfer am Kreuze für uns vergossen hat. Danach auch durch den heiligen Geist erneuert und zu einem Gliede Christi geheiligt sein, daß wir je länger je mehr der Sünde absterben und in einem gottseligen, unsträflichen Leben wandeln.

71. Wo hat Christus verheißen, daß wir so gewiß mit seinem Blut und Geist als mit dem Taufwasser gewaschen sind?

In der Einsetzung der Taufe, welche also lautet: Gehet hin und machet zu Jünger alle Völker indem ihr sie taufet auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes. Wer da glaubet und getauft wird, der wird selig werden; wer aber nicht glaubet, der wird verdammet werden. Diese Verheißung wird auch wiederholet, da die Schrift die Taufe das Bad der Wiedergeburt und Abwaschung der Sünden nennet.

72. Ist denn das äußerliche Wasserbad die Abwaschung der Sünden selbst?

Nein, denn allein das Blut Jesu Christi und der heilige Geist reiniget uns von allen Sünden.

73. Warum nennet denn der heilige Geist die Taufe das Bad der Wiedergeburt und die Abwaschung der Sünden?

Gott redet also nicht ohne große Ursache: nämlich nicht allein, daß er uns damit will lehren, daß, gleichwie die Unsauberkeit des Leibes durchs Wasser, also unsre Sünden durchs Blut und Geist Christi hinweggenommen werden; sondern vielmehr, daß er uns durch dies göttliche Pfand und Wahrzeichen will versichern, das wir so wahrhaftig von unseren Sünden geistlich gewaschen sind, als wir mit dem leiblichen Wasser gewaschen werden.

74. Soll man auch die jungen Kinder taufen?

Ja. Denn dieweil sie sowohl als die Alten in den Bund Gottes und seine Gemeinde gehören und ihnen in dem Blute

Christi die Erlösung von Sünden und der heilige Geist, welcher den Glauben wirket, nicht weniger denn den Alten zugesagt wird, so sollen sie auch durch die Taufe als des Bundes Zeichen der christlichen Kirche eingeleibet und von der Ungläubigen Kinder unterschieden werden, wie im Alten Testamente durch die Beschneidung geschehen ist, an welcher Statt im Neuen Testament die Taufe ist eingesetzt.

Vom heiligen Abendmahl Jesu Christi.

75. Wie wirst du im heiligen Abendmahl erinnert und verpflichtet, daß du an dem einzigen Opfer Christi am Kreuz und allen seinen Vätern Gemeinschaft habest?

Also daß Christus mir und allen Gläubigen von diesem gebrochenen Brot zu essen und von diesem Kelch zu trinken befohlen hat und dabei verheißt, erstlich, daß sein Leib so gewiß für mich am Kreuz geopfert und gebrochen und sein Blut für mich vergossen sei, so gewiß ich mit Augen sehe, daß das Brot des Herrn mir gebrochen und der Kelch mir mitgeteilet wird. Und zum andern, daß er selbst meine Seele mit seinem gekreuzigten Leibe und vergossenen Blute so gewiß zum ewigen Leben speise und tränke, als ich aus der Hand des Dieners empfangen und leiblich genieße das Brot und den Kelch des Herrn, welche mir als gewisse Wahrzeichen des Leibes und Blutes Christi gegeben werden.

76. Was heißt den gekreuzigten Leib Christi essen und sein vergossenes Blut trinken?

Es heißt: nicht allein mit gläubigem Herzen das ganze Leiden und Sterben Christi annehmen und dadurch Vergebung der Sünden und ewiges Leben bekommen, sondern auch daneben durch den heiligen Geist, der zugleich in Christo und in uns wohnt, also mit seinem gebenedeiten Leibe je mehr und mehr vereinigt werden, daß wir, obgleich er im Himmel und wir auf Erden sind, dennoch Fleisch von seinem Fleisch und Wein von seinem Wein sind und von einem Geist (wie die Glieder unseres Leibes von einer Seele) ewig leben und regieret werden.

77. Wo hat Christus verheißen, daß er die Gläubigen so gewiß mit seinem Leib und Blut speise und tränke, als sie von diesem gebrochenen Brod essen und von diesem Kelche trinken?

In der Einsetzung des Abendmahls, welche also lautet:

Unser Herr Jesus in der Nacht, da er verraten ward, nahm er das Brod, dankte und brach's und gab's ihnen und sprach: nehmet, esset, das ist mein Leib, der für euch gebrochen wird; solches thut zu meinem Gedächtnis. Desselben gleichen auch den Kelch nach dem Abendmahl und sprach: dieser Kelch ist das neue Testament in meinem Blute, solches thut, so oft ihr es trinket, zu meinem Gedächtnis. Denn so oft ihr von diesem Brod esset und von diesem Kelch trinket, sollt ihr des Herrn Tod verkündigen, bis daß er kommt.

Und diese Verheißung wird auch wiederholt durch St. Paulum, da er spricht:

Der Kelch der Dankagung, damit wir danken, ist der nicht die Gemeinschaft des Blutes Christi? Das Brod, das wir brechen, ist das nicht die Gemeinschaft des Leibes Christi? Denn ein Brod ist's, so sind wir viele ein Leib, dieweil wir alle eines Brotes theilhaftig sind.

78. Wird denn aus Brod und Wein der wesentliche Leib und Blut Christi?

Nein, sondern wie das Wasser in der Taufe nicht in das Blut Christi verwandelt oder die Abwaschung der Sünden selber wird, deren es allein ein göttlich Wahrzeichen und Versicherung ist, also wird auch das heilige Brod im Abendmahl nicht der Leib Christi selbst, wiewohl es nach Art und Brauch der Sacramente der Leib Christi genannt wird.

79. Warum nennet denn Christus das Brod seinen Leib und den Kelch sein Blut oder das neue Testament in seinem Blute und St. Paulus die Gemeinschaft des Leibes und Blutes Jesu Christi?

Christus redet also nicht ohne große Ursache. Nämlich, daß er uns nicht allein damit will lehren, daß, gleich wie Brod und Wein das zeitliche Leben erhalten, also sei auch sein gekreuzigter Leib und vergoffen Blut die wahre Speise und Trank unsrer

Seele zum ewigen Leben, sondern vielmehr, daß er uns durch dies sichtbare Zeichen und Pfand will versichern, daß wir so wahrhaftig seines wahren Leibes und Blutes durch Wirkung des heiligen Geistes theilhaftig werden, als wir diese heiligen Wahrzeichen mit dem leiblichen Mund zu seinem Gedächtnis empfangen, und daß all' sein Leiden und Sterben so gewiß unser eigen sei, als hätten wir selbst an unsrer eignen Person alles gelitten und genug gethan.

80. Was ist für ein Unterschied zwischen dem Abendmahl des Herrn und der päpstlichen Messe?

Das Abendmahl bezeugt uns, daß wir vollkommene Vergebung aller unserer Sünden haben durch das einzige Opfer Jesu Christi, so er selbst einmal am Kreuze vollbracht hat, und daß wir durch den heiligen Geist Christo werden eingeleibet, der jegund mit seinem wahren Leib im Himmel zur Rechten des Vaters ist und daselbst will angebetet werden. Die Messe aber lehrt, daß die Lebendigen und die Toten nicht durch das Leiden Jesu Christi Vergebung der Sünden haben, es sei denn, daß Christus noch täglich für sie von den Messpriestern geopfert werde und daß Christus leiblich unter der Gestalt Brots und Weins sei und derhalben darin soll angebetet werden. Und ist also die Messe im Grunde nichts anders denn eine Verleugnung des einzigen Opfers und Leidens Jesu Christi und eine vermaledeiete Abgötterei.

81. Welche sollen zu dem Tisch des Herrn kommen?

Die ihnen selbst um ihrer Sünde willen mißfallen und doch vertrauen, daß dieselbige ihnen verziehen und die übrige Schwachheit mit dem Leiden und Sterben Christi bedeckt sei, begehren auch je mehr und mehr ihren Glauben zu stärken und ihr Leben zu bessern. Die Unbußfertigen aber und Heuchler essen und trinken ihnen selbst das Gericht.

82. Sollen aber zu diesem Abendmahl auch zugelassen werden, die sich mit ihrem Bekenntnis und Leben als Ungläubige und Gottlose erzeigen?

Nein, denn es wird also der Bund Gottes geschmähnet und sein Zorn über die ganze Gemeinde gereizet. Derhalben die

christliche Kirche schuldig ist nach der Ordnung Christi und seiner Apostel solche bis zur Besserung ihres Lebens durch das Amt der Schlüssel auszuschließen.

83. Was ist das Amt der Schlüssel?

Die Predigt des Evangeliums und die christliche Bußzucht, durch welche beide Stüde das Himmelreich den Gläubigen aufgeschlossen und den Ungläubigen zugeschlossen wird.

84. Wie wird das Himmelreich durch die Predigt des heiligen Evangeliums auf- und zugeschlossen?

Also, daß nach dem Befehl Christi allen und jeden Gläubigen verkündigt und öffentlich bezeugt wird, daß ihnen, so oft sie die Verheißung des Evangeliums mit wahrem Glauben annehmen, wahrhaftig alle ihre Sünden von Gott um des Verdienstes Christi willen vergeben sind und hinwiederum allen Ungläubigen und Heuchlern, daß der Zorn Gottes und die ewige Verdammnis auf ihnen liegt, so lange sie sich nicht bekehren. Nach welchem Zeugnis des Evangelii Gott beide in diesem und zukünftigen Leben urteilen will.

85. Wie wird das Himmelreich auf- und zugeschlossen durch die christliche Bußzucht?

Also, daß nach dem Befehl Christi diejenigen, so unter dem christlichen Namen unchristliche Lehre oder Wandel führen, nachdem sie etlichemal brüderlich ermahnt sind und von ihren Irrtümern oder Lastern nicht abstecken, der Kirche oder denen, so von der Kirche dazu verordnet sind, angezeigt und so sie sich an derselben Vermahnung auch nicht lehren, von ihnen durch Verbietung der heiligen Sacramente aus der christlichen Gemeinde und von Gott selbst aus dem Reich Christi werden ausgeschlossen und wiederum als Glieder Christi und der Kirche angenommen, wenn sie wahre Besserung verheißen und erzeigen.

III. Von der Dankbarkeit.

86. Diemeil wir denn aus unsrem Elend ohne all' unser Verdienst aus Gnaden durch Christum erlöst sind, warum sollen wir gute Werke thun?

Darum, daß nachdem uns Christus mit seinem Blut erlauft hat, so erneuert er uns auch durch seinen heiligen Geist zu seinem Ebenbilde, daß wir mit unsrem ganzen Leben uns dankbar gegen Gott für seine Wohlthat erzeigen und er durch uns gepriesen werde. Danach auch, daß wir bei uns selbst unsres Glaubens aus seinen Früchten gewiß seien und mit unsrem gottseligen Wandel unsren Nächsten auch Christo gewinnen.

87. Können denn die nicht selig werden, die sich von ihrem undankbaren, unbußfertigen Wandel zu Gott nicht bekehren?

Keineswegs; denn die Schrift sagt: kein Unkeuscher, Abgöttischer, Ehebrecher, Dieb, Geiziger, Trunkenbold, Rästerer, Räuber u. dgl. wird das Reich Gottes erben.

88. In wieviel Stücken besteht die wahrhaftige Buße oder Bekehrung des Menschen?

In zwei Stücken: in Absterbung des alten und Auferstehung des neuen Menschen.

89. Was ist die Absterbung des alten Menschen?

Ihm die Sünde von Herzen lassen leid sein und dieselbe je länger je mehr hassen und fliehen,

90. Was ist die Auferstehung des neuen Menschen?

Herzliche Freude in Gott durch Jesum Christum und Lust und Liebe haben nach dem Willen Gottes in allen guten Werken zu leben.

91. Welches sind aber gute Werke?

Allein die aus wahren Glauben nach dem Gesetze Gottes ihm zu Ehren geschehen und nicht, die auf unser Gutdünken oder Menschenfagung gegründet sind.

92. Wie lautet das Gesetz des Herrn?

Gott redet alle diese Worte:

I.

Ich bin der Herr, dein Gott, der ich dich aus Aegyptenland, aus dem Diensthause geführt habe.

Du sollst keine andren Götter neben mir haben.

II.

Du sollst dir kein Bildnis noch irgendein Gleichnis machen, weder des, das oben im Himmel, noch des, das unten auf Erden, noch des, das im Wasser unter der Erde ist. Du sollst sie nicht anbeten, noch ihnen dienen. Denn ich der Herr, dein Gott, bin ein starker, eifriger Gott, der die Missethat der Väter heimsuchet an den Kindern bis ins dritte und vierte Glied derer, die mich hassen und thue Barmherzigkeit an vielen Tausenden, die mich lieben und meine Gebote halten.

III.

Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht missbrauchen, denn der Herr wird den nicht ungestraft lassen, der seinen Namen mißbraucht.

IV.

Gedenke des Sabbattages, daß du ihn heiligst. Sechs Tage sollst du arbeiten und alle deine Werke thun, aber am siebenten Tage ist der Sabbat des Herrn, deines Gottes. Da sollst du keine Arbeit thun, noch dein Sohn, noch deine Tochter, noch dein Knecht, noch deine Magd, noch dein Vieh, noch der Fremdling, der in deinen Thoren ist. Denn in sechs Tagen hat der Herr Himmel und Erde gemacht und alles, was darinnen ist, und ruhte am siebenten Tage. Darum segnete der Herr den Sabbat-tag und heiligte ihn.

V.

Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren, auf daß du lange lebest im Lande, das dir der Herr, dein Gott, giebt.

VI.

Du sollst nicht töten.

VII.

Du sollst nicht ehebrechen.

VIII.

Du sollst nicht stehlen.

IX.

Du sollst kein falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten.

X.

Laß dich nicht gelüsten deines Nächsten Hauses; laß dich nicht gelüsten deines Nächsten Weibes, noch seines Knechts, noch seiner Magd, noch seines Ochsen, noch seines Esels, noch alles, was dein Nächster hat.

93. Wie werden diese Gebote geteilt?

In zwei Tafeln, deren die erste in vier Geboten lehret, wie wir uns gegen Gott sollen halten, die andere in sechs Geboten, was wir unserem Nächsten schuldig sind.

94. Was fordert der Herr im ersten Gebot?

Daß ich bei Verlierung meiner Seelen Heil und Seligkeit alle Abgötterei, Zauberei, abergläubige Segen, Anrufung der Heiligen und anderer Creaturen meiden und fliehen soll, und den einigen, wahren Gott recht erkennen, ihm allein vertrauen, in aller Demut und Geduld von ihm allein alles Gute erwarten und ihn von ganzem Herzen lieben, fürchten und ehren, also daß ich eher alle Creaturen übergebe, denn im geringsten wider seinen Willen thue.

95. Was ist Abgötterei?

Anstatt des einigen, wahren Gottes, der sich in seinem Wort hat offenbaret oder neben demselben etwas anderes dichten oder haben, worauf der Mensch sein Vertrauen setzt.

96. Was will Gott im andern Gebot?

Daß wir Gott in keinem Weg verbilden noch auf irgendeine andere Weise, denn er mit seinem Worte befohlen hat, verehren sollen.

97. Soll man denn gar kein Bildnis machen?

Gott kann und soll keineswegs abgebildet werden; die Creaturen aber, ob sie schon mögen abgebildet werden, so verbeut doch

Gott denselben Bildnis zu machen und zu haben, daß man sie verehere oder ihnen damit diene.

98. Mögen aber nicht die Bilder als der Eaten Bücher in den Kirchen geduldet werden?

Nein, denn wir sollen nicht weiser sein als Gott, welcher seine Christenheit nicht durch stumme Götzen, sondern durch die lebendige Predigt seines Wortes will unterwiesen haben.

99. Was will das dritte Gebot?

Daß wir nicht allein mit Fluchen oder mit falschem Eid, sondern auch mit unnötigem Schwören den Namen Gottes nicht lästern oder mißbrauchen, noch uns mit unserm Stillschweigen und Zusehen solcher schrecklichen Sünden theilhaftig machen. Und in Summa, daß wir den heiligen Namen Gottes anders nicht, denn mit Furcht und Ehrerbietung gebrauchen, auf daß er von uns recht bekennet, angerufen und in allen unsern Worten und Werken gepriesen werde.

100. Ist denn mit Schwören und Fluchen Gottes Namen lästern so eine schwere Sünde, daß Gott auch über die zürnet, die, soviel an ihnen ist, dieselbe nicht helfen wehren und verbieten?

Ja freilich; denn keine Sünde größer ist, noch Gott heftiger erzürnet, denn Lästerei seines Namens; darum er sie auch mit dem Tode zu strafen befohlen hat.

101. Mag man aber auch gottselig bei dem Namen Gottes einen Eid schwören?

Ja; wenn es die Obrigkeit von ihren Unterthanen oder sonst die Not erfordert, Treue und Wahrheit zu Gottes Ehre und des Nächsten Heil dadurch zu halten und zu fördern. Denn solches Eidschwören ist in Gottes Wort gegründet und derhalben von den Heiligen im alten und neuen Testamente recht gebraucht worden.

102. Mag man auch bei den Heiligen oder andren Creaturen einen Eid schwören?

Nein, denn ein rechtmäßiger Eid ist eine Anrufung Gottes, daß er als der einzige Herzenskündiger der Wahrheit Zeugnis wolle

geben und mich strafen, so ich falsch schwöre, welche Ehre denn keiner Creatur gebühret.

103. Was will Gott im vierten Gebot?

Gott will erstlich, daß das Predigtamt und Schulen erhalten werden und ich sonderlich am Feiertage zu der Gemeinde Gottes fleißig komme, das Wort Gottes zu lernen, die heiligen Sacramente zu gebrauchen, den Herrn öffentlich anzurufen und das christliche Almosen zu geben. Zum andern, daß ich alle Tage meines Lebens von meinen bösen Werken feiere, den Herrn durch seinen Geist in mir wirken lasse und also den ewigen Sabbath in diesem Leben anfangen.

104. Was will Gott im fünften Gebot?

Daß ich meinem Vater und Mutter und allen, die mir vorgesetzt sind, alle Ehre, Liebe und Treue beweisen und mich aller guten Lehre und Strafe mit gebühlichem Gehorsam unterwerfen und auch mit ihren Gebrechen Geduld haben soll, diemeil uns Gott durch ihre Hand regieren will.

105. Was will Gott im sechsten Gebot?

Daß ich meinen Nächsten weder mit Gedanken, noch mit Worten oder Geberden, viel weniger mit der That, durch mich selbst oder andere schmähen, hassen, beleidigen oder töten, sondern alle Rachgierigkeit ablegen, auch mich selbst nicht beschädigen oder mutwillig in Gefahr begeben soll. Darum auch die Obrigkeit, dem Totschlag zu wehren, das Schwert trägt.

106. Redet doch dies Gebot allein vom Töten?

Es will uns aber Gott durch Verbotung des Totschlags lehren, daß er die Wurzel des Totschlags, als Neid, Haß, Zorn, Rachgierigkeit hasset und daß solches alles vor ihm ein heimlicher Totschlag sei.

107. Ist's aber damit genug, daß wir unsern Nächsten, wie gemeldet, nicht töten?

Nein. Denn indem Gott Neid, Haß und Zorn verdammt, will er von uns haben, daß wir unsern Nächsten lieben als uns selbst, gegen ihn Geduld, Friede, Sanftmut, Barmherzigkeit und

Freundlichkeit erzeigen, seinen Schaden, soviel uns möglich, abwenden und auch unsern Feinden Gutes thun.

108. Was will das siebente Gebot?

Daß alle Unkeuschheit von Gott vermaledeiet sei und daß wir darum ihr von Herzen feind sein und keusch und züchtig leben sollen, es sei im heiligen Ehestand oder außerhalb desselben.

109. Verbeut Gott in diesem Gebot nichts mehr denn Ehebruch und dergleichen Schanden?

Diemeil beide, unser Leib und Seele, Tempel des heiligen Geistes sind, so will er, daß wir sie sauber und heilig bewahren; verbeut derhalben alle unkeusche Thaten, Geberden, Worte, Gedanken, Lust und was den Menschen dazu reizen mag.

110. Was verbeut Gott im achten Gebot?

Er verbeut nicht allein den Diebstahl und Räuberei, welche die Obrigkeit straft, sondern Gott nennet auch Diebstahl alle böse Stücke und Anschläge, damit wir unsres Nächsten Gut gedenken an uns zu bringen, es sei mit Gewalt oder Schein des Rechts, als unrechtem Gewicht, Elle, Maß, Ware, Münze, Wucher oder durch einiges Mittel, das von Gott verboten ist, dazu auch allen Geiz und unnütze Verschwendung seiner Gaben.

111. Was gebet dir aber Gott in diesem Gebot?

Daß ich meines Nächsten Nutzen, wo ich kann und mag, fördere, gegen ihn also handle, wie ich wollte, daß man mit mir handelte und treulich arbeite, auf daß ich dem Dürftigen in seiner Not helfen möge.

112. Was will das neunte Gebot?

Daß ich wider niemand falsch Zeugnis gebe, niemand seine Worte verlehre, kein Aferreder und Lasterer sei, niemand unerhört und leichtlich verdammen helfe, sondern allerlei Lügen und Trügen als eigne Werke des Teufels bei schwerem Gotteszorn vermeide, in Gerichts- und andren Handlungen die Wahrheit liebe, aufrichtig sage und bekenne, auch meines Nächsten Ehre und Glimpf nach meinem Vermögen rette und fördere.

113. Was will das zehnte Gebot?

Daß auch die geringste Lust oder Gedanken wider irgendein Gebot Gottes in unser Herz nimmermehr kommen, sondern wir für und für von ganzem Herzen aller Sünde feind sein und Lust zu aller Gerechtigkeit haben sollen.

114. Können aber die, so zu Gott belehret sind, solche Gebote vollkommenlich halten?

Nein; sondern es haben auch die Allerheiligsten, so lange sie in diesem Leben sind, nur einen geringen Anfang dieses Gehorsams; doch also, daß sie mit ernstlichem Vorsatz nicht allein nach etlichen, sondern nach allen Geboten Gottes anfangen zu leben.

115. Warum läßt uns denn Gott also scharf die zehn Gebote predigen, weil sie in diesem Leben niemand halten kann?

Erstlich, daß wir unser ganzes Leben lang unsere sündliche Art je länger je mehr erkennen und so viel desto begieriger Vergebung der Sünden und Gerechtigkeit in Christo suchen. Danach, daß wir ohne Unterlaß uns befleißigen und Gott bitten um die Gnade des heiligen Geistes, daß wir je länger je mehr zu dem Ebenbild Gottes erneuert werden, bis wir das Ziel der Vollkommenheit nach diesem Leben erreichen.

Vom Gebet.**116. Warum ist dem Christen das Gebet nötig?**

Darum, daß es das vornehmste Stück der Dankbarkeit ist, welche Gott von uns erfordert und daß Gott seine Gnade und heiligen Geist allein denen will geben, die ihn mit herzlichem Seufzen ohne Unterlaß darum bitten und ihm dafür danken.

117. Was gehört zu einem solchen Gebet, das Gott gefalle und von ihm erhört werde?

Erstlich, daß wir allein den einigen, wahren Gott, der sich uns in seinem Worte hat geoffenbaret, um alles, das er uns befohlen hat, von Herzen anrufen. Zum andern, daß wir unsre Not und Elend recht gründlich erkennen, uns vor dem Angesicht seiner Majestät zu demütigen. Zum dritten, daß wir diesen festen Grund haben, daß er unser Gebet, unangesehen daß wir unwürdig sind,

doch um des Herrn Christi willen gewißlich wolle erhören, wie er uns in seinem Worte verheißen hat.

118. Was hat uns Gott befohlen, von ihm zu bitten?

Alle geistliche und leibliche Notdurft, welche der Herr Christus begriffen hat in dem Gebet, das er uns selbst gelehret hat.

119. Wie lautet dasselbe?

Unser Vater, der du bist im Himmel! Geheiligt werde dein Name; dein Reich komme; dein Wille geschehe wie im Himmel, also auch auf Erden; unser täglich Brot gib uns heute, und vergieb uns unsre Schulden, wie wir vergeben unsern Schuldigern, und führe uns nicht in Versuchung, sondern erlöse uns von dem Bösen; denn dein ist das Reich, die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen.

120. Warum hat uns Christus befohlen, Gott also anzureden: Unser Vater?

Daß er gleich im Anfang des Gebets in uns erwecke die kindliche Furcht und Zuversicht gegen Gott, welche der Grund unseres Gebets sein soll, nämlich: daß Gott unser Vater durch Christum worden sei und wolle uns viel weniger versagen, warum wir ihn im Glauben bitten, denn unsere Väter uns irdische Dinge abschlagen.

121. Warum wird hinzugethan: der du bist im Himmel?

Auf daß wir von der himmlischen Majestät Gottes nichts Irdisches gedenken und von seiner Allmächtigkeit alle Notdurft Leibes und der Seele gewarten.

122. Was ist die erste Bitte?

Geheiligt werde dein Name; das ist: gib uns erslich, daß wir dich recht erkennen und dich in allen deinen Werken, in welchen leuchtet deine Allmächtigkeit, Weisheit, Güte, Gerechtigkeit, Barmherzigkeit und Wahrheit, heiligen, rühmen und preisen. Danach auch, daß wir unser ganzes Leben, Gedanken, Worte und Werke dahin richten, daß dein Name um unsertwillen nicht gelästert, sondern geehret und gepriesen werde.

123. Was ist die andere Bitte?

Dein Reich komme; das ist: regiere uns also durch dein Wort und Geist, daß wir uns dir je länger je mehr unterwerfen; erhalte und mehre deine Kirche und zerstöre die Werke des Teufels und alle Gewalt, die sich wider dich erhebt und alle bösen Ratschläge, die wider dein heiliges Wort erdacht werden, bis die Vollkommenheit deines Reiches herzukomme, darin du wirfst alles in allem sein.

124. Was ist die dritte Bitte?

Dein Wille geschehe auf Erden wie im Himmel; das ist: verleihe, daß wir und alle Menschen unserm eignen Willen absagen und deinem allein guten Willen ohne alles Widersprechen gehorchen, daß also jedermann sein Amt und Beruf so willig und treu ausrichte, wie die Engel im Himmel.

125. Was ist die vierte Bitte?

Unser täglich Brot gib uns heute; das ist: wollest uns mit aller leiblichen Nothdurft versorgen, auf daß wir dadurch erkennen, daß du der einige Ursprung alles Guten bist und daß ohne deinen Segen weder unsere Sorgen und Arbeiten, noch deine Gaben uns gedeihen und wir deshalb unser Vertrauen von allen Creaturen abziehen und allein auf dich setzen.

126. Was ist die fünfte Bitte?

Bergieb uns unsere Schulden, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern; das ist: wollest uns armen Sündern alle unsere Missethat, auch das Böse, so uns noch immer anhängt, um des Blutes Christi willen nicht zurechnen, wie auch wir dies Zeugnis deiner Gnade in uns befinden, daß unser ganzer Vorsatz ist, unserm Nächsten zu verzeihen.

127. Was ist die sechste Bitte?

Und führe uns nicht in Versuchung, sondern erlöse uns von dem Bösen; das ist: dieweil wir aus uns selbst so schwach sind, daß wir nicht einen Augenblick bestehen können, und dazu unsere abgesagten Feinde, der Teufel, die Welt und unser eigen Fleisch nicht aufhören uns anzufechten, so wollest du uns erhalten und stärken durch die Kraft deines heiligen Geistes, auf daß wir

ihnen mögen festen Widerstand thun und in diesem göttlichen Streit nicht unterliegen, bis daß wir endlich den Sieg vollständig behalten.

128. Wie beschließt du dieses Gebet?

Denn dein ist das Reich, die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit; das ist: solches alles bitten wir darum von dir, daß du als unser König und aller Dinge mächtig, uns alles Gute geben willst und kannst und daß dadurch nicht wir, sondern dein heiliger Name ewig soll gepriesen werden.

129. Was bedeutet das Wörtlein: Amen?

Amen heißt: das soll wahr und gewiß sein. Denn mein Gebet viel gewisser von Gott erhört ist, als ich in meinem Herzen fühle, daß ich solches von ihm begehre.

II. Helvetisches Bekenntnis*).

Vergleiche S. 269 dieses Urkundenbuches.

1) Von der heiligen Schrift, dem wahren Worte Gottes.

Wir glauben und bekennen, daß die kanonischen Schriften der heiligen Propheten und Apostel beider Testamente das wahre Wort Gottes sind und daß sie durch sich selbst, nicht von Menschen hinreichende Autorität haben. Denn Gott selbst hat zu den Vätern, Propheten und Aposteln geredet und redet noch immer zu uns durch die heiligen Schriften. Und in dieser heiligen Schrift besitzt die ganze christliche Kirche die vollständigste Darlegung alles dessen, was sowohl zum seligmachenden Glauben, als auch zu einem Gott gefälligen Leben nötig ist. Deswegen ist auch ausdrücklich von Gott verboten „etwas hinzu oder davon zu thun“ (5 Mos. 4, 2. Offenb. 22, 18. 19). Wir sind also der Meinung, daß aus diesen Schriften die wahre Weisheit und Frömmigkeit,

*) Der vollständige Titel lautet: *Confessio et expositio simplex orthodoxae fidei et dogmatum catholicorum sinceræ religionis christianae.* — Concorditer ab ecclesiae Christi ministris, qui sunt in Helvetia, Tiguri, Bernae, Glaroniae, Basileae, Scaphusii, Abbatis cellae (Appenzell), Sangalli, Kuriae Rhetorum et apud confoederatos Mylhusii item et Biennae; quibus adjunxerunt se Genevensis et Neocomensis Ecclesiae ministri et cum aliis Evangelii praeconibus in Polonia, Hungaria et Scotia: edita in hoc, ut universis testentur fidelibus, quod in unitate verae et antiquae Christi ecclesiae perstent, neque ulla nova aut erronea dogmata spargant atque ideo etiam nihil consortii cum ullis sectis aut haeresibus habeant. ad Rom. X, 10.

alle Verbesserung und Regierung der Kirchen, die Unterweisung zu allen Pflichten der Frömmigkeit, die Beweise für die Glaubenslehre und die Widerlegung aller Irrtümer, sowie alle Ermahnungen zu schöpfen sind nach dem Worte des Apostels: Denn alle Schrift, von Gott eingegeben, ist nütze zur Lehre, zur Strafe u. s. w. (2 Tim. 3, 16) und weiterhin sagt der Apostel dem Timotheus (1 Tim. 3, 14): Solches schreibe ich dir . . . daß du wissest, wie du wandeln sollst in dem Hause Gottes u. s. w. — Und ebenderfelbe schreibt ferner den Thessalonichern (1 Thess. 2, 13) . . . da ihr empfanget von uns das Wort, nahmet ihr es auf nicht als Menschen-Wort, sondern (wie es denn wahrhaftig ist) als Gottes-Wort. Denn der Herr selbst sagt im Evangelium: Ihr seid es nicht, die da reden, sondern der Geist meines Vaters redet in euch; wer also euch höret, der höret mich, wer aber euch verachtet, der verachtet mich (Matth. 10, 20. Luk. 10, 16).

Da nun dieses göttliche Wort jetzt durch rechtmäßig berufene Prediger in der Gemeinde verkündigt wird, so glauben wir, daß Gottes Wort selbst verkündigt und von den Gläubigen gehört werde und daß man kein anderes Gottes-Wort erdichten oder vom Himmel erwarten solle. Auch daß man jetzt nur auf das verkündigte Wort und nicht auf den Diener achten müsse, der es verkündet, da, wenn er auch böse und sündhaft ist, doch Gottes Wort nichtsdestoweniger wahr und gut bleibt.

Auch halten wir nicht dafür, daß jene äußere Verkündigung darum gleichsam unnütz erscheine, weil die Unterweisung in der wahren Religion von der innern Erleuchtung des Geistes abhängt, wie geschrieben steht: Es wird keiner den andern lehren . . . sondern sie sollen mich alle kennen (Jer. 31, 34). Ferner: So ist nun weder der da pflanzt, noch der da begießet, etwas, sondern Gott, der das Gedeihen giebt (1 Kor. 3, 7). Denn obgleich niemand zu Christo kommt, es ziehe ihn denn der himmlische Vater (Joh. 6, 44) und erleuchte ihn innerlich der heilige Geist, so wissen wir doch, daß Gott durchaus verlangt, daß sein Wort gepredigt werde! Gott hätte ja auch äußerlich durch seinen heiligen Geist oder durch den Dienst eines Engels, ohne den Dienst des heiligen Petrus den Cornelius unterweisen können; aber nichtsdestoweniger weist er ihn an Petrus, von dem der Engel

sagt: der wird dir sagen, was du thun sollst (Apg. 10, 6). Denn der, welcher innerlich erleuchtet, indem er den Menschen auch den heiligen Geist giebt, befiehlt seinen Jüngern: Gehet hin in alle Welt und prediget das Evangelium aller Creatur (Mark. 16, 15). Daher predigte Paulus zu Philippi der Purpurträgerin Lydia das Wort äußerlich, innerlich aber that ihr der Herr das Herz auf (Apg. 16, 14). Und derselbe Paulus macht nach einer schönen Steigerung (Röm. 10, 13—17) den Schluß: So kommt nun der Glaube aus der Predigt, das Predigen aber durch das Wort Gottes. Indessen erkennen wir an, daß Gott auch innerlich die Menschen erleuchten könne, ohne das äußere Predigtamt, wann und welche er will: das steht in seiner Macht. Wir aber reden von der gewöhnlichen Weise, die Menschen zu unterrichten, wie Gott sie uns durch Befehl und Beispiel bekannt gemacht hat.

Wir verabscheuen daher alle Ketzereien des Artemon, der Manichäer, der Valentinianer, des Cerdo und der Marcioniten, welche leugnen, daß die heiligen Schriften vom heiligen Geiste eingegeben seien oder auch nur einige derselben nicht angenommen, oder eingeschoben oder verfälscht haben. Dabei verschweigen wir nicht, daß etliche Bücher des Alten Testaments (von den Alten Apokryphen, von andern Ecclesiastici genannt, weil sie solche wohl in den Gemeinden wollten lesen lassen) doch nicht dahin reichen, um eine Glaubensautorität aus ihnen zu begründen. Wie auch Augustin in seinem Buch De civit. Dei XVIII, Cap. 38 daran erinnert, daß in den Büchern der Könige die Namen etlicher Propheten und Bücher angeführt würden, welche nicht im Canon wären; aber er setzt sogleich hinzu, daß die, welche wir hätten, hinreichend seien zur Gottseligkeit.

2) Von der Auslegung der heiligen Schriften, von den Kirchenvätern, den Kirchenversammlungen und den Überlieferungen.

Der Apostel Petrus sagt, keine Weissagung in der Schrift geschieht aus eigener Auslegung (2 Petr. 1, 20). Darum billigen

wir nicht alle und jede Schriftdeutung. Auch lassen wir nicht als wahre und echte Schriftdeutung das gelten, was man den Sinn der römischen Kirche nennt, den nämlich die Verteidiger der römischen Kirche schlechtthin jedermann aufnötigen wollen; sondern wir erkennen nur die Schriftauslegung als rechtgläubig und echt an, welche aus den Schriften selbst geschöpft (nämlich aus dem Geist der Sprache, in der sie verfaßt ist, nach den Umständen erwogen, und mit Rücksicht auf ähnliche und unähnliche Stellen, auch mehrere und deutlichere Stellen erklärt), mit der Regel des Glaubens und der Liebe übereinkommt, und insbesondere zur Ehre Gottes und dem Heil der Menschen beiträgt.

Demnach verachten wir nicht die Schriftauslegung der griechischen und lateinischen Kirchenväter und verwerfen ihre Abhandlungen über heilige Dinge nicht, wo sie mit der heiligen Schrift übereinkommen. Wir ziehen uns aber bescheiden von ihnen zurück, wenn sich findet, daß sie etwas enthalten, das der heiligen Schrift fremd oder zuwider ist. Auch glauben wir nicht, ihnen damit irgendein Unrecht zu thun, da sie alle einmütig verlangen, daß ihre Schriften den kanonischen nicht gleich geachtet würden, vielmehr uns prüfen heißen, wieferne sie mit der heiligen Schrift im Einklang oder Widerspruch stehen, und uns auftragen, das übereinstimmende anzunehmen und das Abweichende aufzugeben. Auf eben diese Weise halten wir es mit den Konzilien (Kirchenversammlungen) und ihren Beschlüssen.

Daher lassen wir uns bei Streitfragen über Religion oder Glaubenssachen nicht durch bloße Aussprüche der Kirchenväter, oder durch Beschlüsse der Konzilien, noch viel weniger durch bestehende Gewohnheiten oder auch durch eine Menge derer, die derselben Meinung sind, oder durch eine uralte Verjährung belämpfen.

Wir dulden in Glaubenssachen keinen andern Richter als Gott selbst, der durch die heilige Schrift erklärt, was wahr oder falsch ist, was zu befolgen oder zu meiden sei. So beruhigen wir uns nur bei den Aussprüchen, welche geistlich gesinnte Menschen aus dem Worte Gottes schöpfen.

Benigstens haben Jeremias und die übrigen Propheten die wider Gottes Gesetz einberufenen Versammlungen der Priester nachdrücklich verworfen und mit Ernst gemahnt, nicht auf die

Väter zu hören, oder ihre Wege zu betreten, wo sie nach eigenen Erfindungen gewandelt und von dem Gesetz Gottes abgefallen sind.

Gleicherweise verwerfen wir die menschlichen Überlieferungen, die, wenn auch mit schön klingenden Titeln bezeichnet, als ob sie göttlich, apostolisch, aus dem Munde der Apostel entnommen, durch apostolische Männer den nachfolgenden Bischöfen der Kirche übergeben wären, doch, mit der Schrift verglichen, von ihr abweichen und durch diese ihre Abweichung zeigen, daß sie nichts weniger als apostolisch sind. Denn wie die Apostel in der Lehre sich nicht untereinander widersprochen haben, so haben auch die apostolischen Männer nichts gelehrt, was mit der Apostel Lehre streitet. Sientemal es gottlos wäre zu behaupten, die Apostel hätten mündlich überliefert, was ihren Schriften widerspräche. Sagt doch Paulus ausdrücklich, er habe in allen Gemeinden dasselbe gelehrt (1 Kor. 4, 17) und an einer anderen Stelle sagt er: Wir schreiben euch nichts anderes, denn das ihr leset und auch befindet (2 Kor. 1, 13). Noch an einer andern Stelle bezeugt er: Haben wir nicht auch in einem Geiste gewandelt? Sind wir nicht in einerlei Fußtapfen gegangen (2 Kor. 12, 18)? Auch die Juden hatten einst Überlieferungen von ihren Ältesten, aber sie sind mit Nachdruck widerlegt worden von dem Herrn, welcher zeigte, daß die Beobachtung derselben dem Gesetze Gottes Abbruch thue, und damit vergeblich ihm dienen (Matth. 15, 8).

3) Von Gott, seiner Einheit und Dreieinigkeit.

Von Gott glauben und lehren wir, daß er einig sei seinem Wesen oder seiner Natur nach, das Leben durch sich selbst habe, allgenugsam, unsichtbar, unkörperlich, unermesslich, ewig, der Schöpfer aller Dinge, der sichtbaren wie der unsichtbaren, das höchste Gut, lebendig, alles belebend und erhaltend, allmächtig und allweise, gnädig und barmherzig, gerecht und wahrhaftig sei.

Bielgötterei aber verabscheuen wir, weil deutlich geschrieben

steht: Der Herr dein Gott ist ein einiger Gott (5 Mos. 6, 4). — Ich bin der Herr dein Gott, du sollst keine anderen Götter neben mir haben (2 Mos. 20, 3). — Ich bin der Herr und sonst keiner mehr; kein Gott ist außer mir (Jes. 45, 5). — Herr, Herr Gott, barmherzig und gnädig und geduldig und von großer Gnade und Treue (2 Mos. 34, 6).

Nichtsdestoweniger glauben und lehren wir, daß derselbe unermessliche, unteilbare, einige, unendliche, den Personen nach untrennliche und unvermischte Gott unterschieden sei als Vater, Sohn und heiliger Geist, so daß der Vater den Sohn von Ewigkeit her gezeuget habe, der Sohn auf unaussprechliche Weise gezeuget sei, der heilige Geist aber von beiden und zwar von Ewigkeit ausgehe, und mit beiden anzubeten sei; so daß nicht drei Götter, sondern drei Personen gleichen Wesens sind, gleich ewig und völlig gleich, aber unterschieden als Personen, deren eine der andern in der Ordnung vorgeht, aber keine der andern durch irgendwelche Ungleichheit nachsteht. Denn ihrer Natur oder ihrem Wesen nach sind sie so verbunden, daß sie ein Gott sind, und das göttliche Wesen dem Vater, dem Sohn und dem heiligen Geist gemeinschaftlich ist. Denn die heilige Schrift hat uns eine deutliche Unterscheidung der Personen gelehrt, indem der Engel zu der heiligen Jungfrau unter anderem spricht: Der heilige Geist wird über dich kommen und die Kraft des Höchsten wird dich überschatten, darum auch das Heilige, das von dir geboren wird, wird Gottes Sohn genannt werden (Luk. 1, 35). Auch bei der Taufe Christi wird eine Stimme vom Himmel gehört über Christum, welche spricht: Dies ist mein lieber Sohn (Matth. 3, 17). — Es erschien auch der heilige Geist in Gestalt einer Taube. Und als der Herr selbst zu taufen gebot, befahl er zu taufen in den Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes (Matth. 28, 19). — Auch anderwärts spricht er in dem Evangelio: den heiligen Geist wird euch mein Vater senden in meinem Namen (Joh. 14, 26), und wiederum sagt er: wenn der Tröster kommen wird, den ich euch senden werde vom Vater, der Geist der Wahrheit, der vom Vater ausgeht, der wird zeugen von mir (Joh. 15, 26). Kurz, wir nehmen das apostolische Glaubensbekenntnis an, welches uns den wahren Glauben überliefert.

Wir verwerfen darum die Juden und Mahomedaner und alle, welche diese hochheilige und anbetungswürdige Dreieinigkeit lästern. Wir verwerfen auch alle Ketzereien und alle Keger, welche lehren, der Sohn und der heilige Geist seien nur dem Namen nach Gott, ferner, es sei etwas erschaffenes und dienendes oder untergeordnetes in der Dreieinigkeit, es sei in ihr etwas ungleiches, etwas größeres oder kleineres, etwas körperliches oder körperlich gedachtes, etwas der Gefinnung oder dem Willen nach Verschiedenes, etwas Vermischtes oder Vereinzelttes, als wenn der Sohn und der heilige Geist Beschaffenheiten oder Eigenschaften des einigen Gottes, des Vaters, wären, wie die Monarchianer, die Novatianer, Praxeas, die Patripassianer, Sabellius, Samosatenus, Arius, Macedonius, die Anthropomorphiten, Arius und andere ähnliche gedacht haben.

4) Von den Götzen oder Abbildungen Gottes, Christi und der Heiligen.

Weil aber Gott ein Geist ist, unsichtbar und unendlich in seinem Wesen, so kann er sicher durch keine Kunst und in keinem Bilde dargestellt werden, weshalb wir uns nicht scheuen, mit der Schrift Abbildungen von Gott eitel Lügen zu nennen. Wir verwerfen darum nicht allein die Götzenbilder der Heiden, sondern auch die Bilder der Christen. Denn obschon Christus menschliche Natur angenommen, so hat er es doch nicht in der Absicht gethan, um Bildhauern und Malern als Modell zu dienen.

Er erklärt, daß er nicht gekommen sei, das Gesetz und die Propheten aufzulösen (Matth. 5, 17), aber im Gesetz und in den Propheten sind die Bilder verboten. Er erklärt ferner, daß seine leibliche Gegenwart der Kirche nicht nützen werde; er verhieß mit seinem Geiste uns immer nahe zu sein. Wer wollte nun glauben, daß ein Schatten oder eine Abbildung seines Leibes den Frommen von irgendeinem Nutzen sein könne? Da er durch seinen Geist in uns bleibt, so sind wir ein Tempel Gottes. Was hat aber Gottes Tempel für eine Gleiche mit den Götzen (2 Kor.

6, 16)? Und da die seligen Geister und verklärten Himmelsbewohner während ihres irdischen Lebens alle Verehrung von sich ablehnten und Standbilder verwarfen (Apg. 14, 15. Offenb. 14, 7; 22, 8. 9), wenn möchte es glaublich scheinen, daß die verklärten Himmelsbewohner und Engel Gefallen haben könnten an ihren Abbildungen, vor denen die Menschen die Kniee beugen, die Häupter entblößen und welchen sie mit andern Ehrerweisungen dienen? Um aber die Menschen in der Religion zu unterrichten, um sie an göttliche Dinge und an ihr Heil zu mahnen, hat der Herr befohlen, das Evangelium zu predigen (Mark. 16, 15), nicht aber zu malen und durch Bilder die Laien zu unterweisen: auch hat er Sakramente eingesetzt, aber nirgends Standbilder aufgerichtet.

Übrigens begegnen uns allerorts, wohin wir unsere Blicke wenden, lebendige und wirkliche Geschöpfe Gottes, die, wenn wir sie recht betrachten, den Beschauer weit mehr rühren, als alle von Menschen verfertigten Bilder, oder leere, unbewegliche, faule und tote Gemälde, von welchen der Prophet in Wahrheit sagt: Sie haben Augen und sehen nicht (Ps. 115, 5). Daher billigen wir den Ausspruch des alten Schriftstellers Lactantius, da er sagt: „Ohne Zweifel ist da keine Religion, wo ein Bild ist.“ Und wir behaupten, daß der selige Bischof Epiphanius recht handelte, der, als er an der Thüre einer Kirche einen Vorhang fand, worauf ein Bild Christi oder eines Heiligen gemalt war, ihn zerriß und wegthat, weil er gefunden hatte, daß das Bild eines Menschen gegen den Ausspruch der Schrift in der Kirche Christi aufgehängt war. Daher befahl er auch, daß forthin solche Bilder, die unserer Religion zuwider sind, in der Kirche Christi nicht mehr aufgehängt würden, sondern vielmehr jenes Vorurteil (welches solche Bilder als etwas Heiliges betrachte) als eine Schande für die Kirche Christi und das gläubige Volk ausgerottet werden solle. Ebenso billigen wir den Ausspruch des heiligen Augustin: „Religion sei uns keine Verehrung von Menschenwerk“; übrigens sind gewiß die Künstler selbst besser als die Werke, die sie schaffen, und doch dürfen wir sie nicht verehren.

5) Von der Anbetung, Verehrung und Anrufung Gottes durch den einigen Mittler Jesum Christum.

Wir lehren, daß der wahre Gott allein anzubeten und zu verehren sei. Diese Ehre legen wir sonst niemandem bei, nach dem Befehl des Herrn: du sollst anbeten Gott deinen Herrn und ihm allein dienen (Matth. 4, 10). Gewiß haben alle Propheten auf das ernstlichste geeifert gegen das Volk Israel, wenn es fremde Götter und nicht den einigen wahren Gott allein anbetete und verehrte. Wir lehren aber, daß Gott angebetet und verehrt werden müsse, wie er selbst uns gelehrt hat, nämlich im Geist und in der Wahrheit, nicht mit irgendeinem Aberglauben, sondern in Aufrichtigkeit, nach seinem Wort, damit er nicht einst zu uns sage: Wer fordert das von euren Händen? Wie auch Paulus sagt: Gott wird nicht von Menschenhänden gepflegt, als der jemandes bedürfe (Apg. 17, 25).

Ihn allein rufen wir an in allen Nöten und Lagen unseres Lebens und zwar durch die Vermittelung unseres einigen Mittlers und Fürsprechers Jesu Christi. Denn es ist uns ausdrücklich vorgeschrieben: Rufe mich an in der Not, so will ich dich erretten, so sollst du mich preisen (Ps. 50, 15). Auch ist uns auf die liebevollste Weise verheißen von dem Herrn: Was ihr bitten werdet von meinem Vater, das wird er euch geben (Joh. 16, 23) und: kommet her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erquicken (Matth. 11, 28). Und da geschrieben steht: wie sollen sie anrufen, an den sie nicht glauben? (Röm. 10, 14), wir aber an den einigen Gott glauben, so rufen wir ihn auch allein an und zwar durch Christum. Denn es ist ein Gott, sagt der Apostel, und ein Mittler Gottes und der Menschen, Jesus Christus (1 Tim. 2, 5). Desgleichen: Und ob jemand sündigt, so haben wir einen Fürsprecher bei dem Vater, Jesum Christum, der gerecht ist (1 Joh. 2, 1).

Das ist die Ursache, weshalb wir weder die verklärten Himmelsbewohner noch die Heiligen anbeten noch verehren oder anrufen und sie nicht als unsere Fürbitter und Vermittler bei dem Vater im Himmel anerkennen. Denn uns genügt Gott und der Mittler Christus; die Ehre, die Gott allein und seinem Sohne

gebühret, geben wir keinem andern, weil er ausdrücklich sagt: meine Ehre will ich keinem andern geben (Jes. 42, 8), und weil Petrus lehrt: Es ist den Menschen kein anderer Name gegeben, darinnen wir sollen selig werden, als der Name Christi (Apg. 4, 12). Wer darin seine Ruhe durch den Glauben gefunden, sucht fürwahr außer Christo nichts.

Trotzdem verachten wir die Seligen nicht und schätzen sie nicht gering. Vielmehr erkennen wir sie an als lebendige Glieder Christi, als Freunde Gottes, welche das Fleisch und die Welt glorreich überwunden haben. Wir lieben sie darum als Brüder und ehren sie, doch nicht durch irgendeine Art von Anbetung, sondern durch ehrenhafte Hochschätzung und billiges Lob. Auch ahmen wir ihnen nach; denn als Nachfolger ihres Glaubens und ihrer Tugenden, als Mitgenossen ihrer ewigen Seligkeit mit ihnen ewig bei Gott zu wohnen und in Christo uns zu freuen, das ist unsere Sehnsucht und unser heißester Wunsch.

In dieser Beziehung billigen wir ferner den Ausspruch des heiligen Augustin von der wahren Religion: „Unsere Religion soll nicht eine Verehrung verstorbener Menschen sein. Denn haben sie fromm gelebt, so kann man nicht glauben, daß sie solche Ehre suchen; sie wollen vielmehr, daß wir den verehren, in dessen Lichte sie leben und sich freuen, daß wir Mitgenossen seines Verdienstes sind. Sie sind daher zu ehren, weil sie der Nachahmung wert sind, keineswegs aber ihrer Heiligkeit wegen anzubeten.“ Noch viel weniger glauben wir, daß die Reliquien der Heiligen verehrt oder angebetet werden dürfen. Jene Heiligen des Altertums glaubten ihre Verstorbenen genug geehrt zu haben, wenn sie ihre irdischen Reste ehrbar zur Erde bestattet hatten, nachdem der Geist sich zum Himmel erhoben; für den alleredelsten Nachlaß der Vorfahren hielten sie ihre Tugenden, ihre Lehren und ihren Glauben; wie sie diese mit dem Lobe der Verstorbenen empfahlen, so bestrebten sie sich auch, dieselben während ihres Lebens auf Erden darzustellen. Und eben diese Alten schwuren auch nicht anders als bei dem einigen Namen des Gottes Jehova, wie es das göttliche Gesetz befiehlt. Und weil dieses Gesetz verbietet, bei dem Namen fremder Götter zu schwören, so leisten wir auch keinen bei den Heiligen geforderten Eid. — Wir verwerfen folglich

in dem allen eine Lehre, die den seligen Himmelsbewohnern zu viel beilegt.

6) Von der Vorsehung Gottes.

Wir glauben, daß durch die Vorsehung dieses weisen, ewigen und allmächtigen Gottes alle Dinge im Himmel, auf Erden und in allen Creaturen erhalten und regieret werden. Denn David zeugt und spricht: Der Herr ist hoch über alle Heiden; seine Ehre gehet, so weit der Himmel ist. Wer ist wie der Herr unser Gott? Der sich so hoch gesetzt hat und auf das Niedrige siehet im Himmel und auf Erden (Ps. 113, 4—6). Und abermals spricht er: Du siehest alle meine Wege. Denn siehe, es ist kein Wort auf meiner Zunge, daß du Herr nicht alles wissest (Ps. 139, 3. 4). Auch Paulus bezeugt und spricht: Denn in ihm leben und weben und sind wir (Apg. 17, 28); und: denn von ihm und durch ihn und zu ihm sind alle Dinge (Röm. 11, 36).

Sehr wahr und schriftgemäß hat darum Augustin in dem Buche *De agone Christi*, Cap. 8 gesagt: „Der Herr hat gesagt: Kauft man nicht zwei Sperlinge um einen Pfennig? Doch fällt derselben keiner auf die Erde ohne den Willen eures Vaters (Matth. 10, 28). Mit diesen Worten aber hat er zeigen wollen, daß auch das, was die Menschen für das Geringste halten, durch die Allmacht Gottes regiert werde.“ So spricht ferner auch die Wahrheit, daß gleichfalls die Vögel unter dem Himmel von ihm ernähret und die Lilien auf dem Felde von ihm bekleidet werden, ja unsere Haare gezählt seien.

Wir verwerfen die Epikuräer, welche die Vorsehung Gottes leugnen, und alle, welche lästerlich behaupten: Gott wohne weit oben im Himmel und sehe und achte weder auf uns, noch auf unsere Angelegenheiten. Solche hat auch David, der königliche Prophet, verurteilt, als er sprach: Wie lange, Herr, wie lange sollen die Gottlosen prahlen? . . . Sie sprechen: Der Herr siehet es nicht und der Gott Jakob achtet es nicht. Merket doch, ihr

Narren, unter dem Volke, ihr Thoren, wann wollt ihr klug werden? Der das Ohr gepflanzt hat, sollte der nicht hören? Der das Auge gemacht hat, sollte der nicht sehen (Ps. 94, 7)? In= dessen aber unterschätzen wir die Mittel nicht, durch welche die göttliche Vorsehung wirkt, sondern wir lehren, daß wir uns ihrer bedienen müssen, soweit sie uns im Worte Gottes empfohlen werden.

Darum mißbilligen wir die verwegenen Reden derer, welche sagen: „Wenn alles durch Gottes Vorsehung geführt wird, so ist unser Wollen und Wirken unnütz. Es ist genug, wenn wir alles der göttlichen Vorsehung überlassen, und haben nicht nötig, irgend= etwas zu besorgen oder zu thun.“ Denn obgleich Paulus mußte, daß er unter der Vorsehung Gottes schiffte, der ihm gesagt hatte: Du mußt auch zu Rom zeugen (Apg. 23, 11); dem überdies verheißen war: Keines Leben aus uns wird umkommen und euer keinem ein Haar von seinem Haupte entfallen (Apg. 27, 22. 34); so sagte doch derselbe Paulus, als die Schiffleute die Flucht such= ten, zum Hauptmann und zu den Kriegsknechten: Wenn diese nicht im Schiff bleiben, so könnt ihr nicht beim Leben bleiben (Apg. 27, 31). Denn derselbige Gott, der jeglichem Dinge seinen Zweck gesetzt hat, hat auch den Anfang und die Mittel geordnet, durch welche sie zum Ziele gelangen. Die Heiden schreiben alle Ereignisse dem blinden Glück und dem ungewissen Zufalle zu. Der heilige Jakobus aber will nicht, daß wir sagen: Heute oder mor= gen wollen wir in die oder die Stadt gehen und hantiren, sondern er fährt fort: dafür ihr sagen sollt: So der Herr will und wir leben, wollen wir dies oder das thun (Jak. 4, 15). Und Augustin sagt: „Alles was den eitlen Menschen im Laufe der Dinge von ungefähr zu geschehen scheint, geschieht nur durch sein Wort, weil nichts ohne seinen Befehl vorfällt (Auslegung des 148. Ps.).“

So schien es von ungefähr zu geschehen, daß Saul, als er die Eselin seines Vaters suchte, mit dem Propheten Samuel zusammentraf; aber vorher hatte schon der Herr zu dem Propheten gesagt: Morgen will ich einen Mann zu dir senden aus dem Stamme Benjamin (1 Sam. 9, 16).

7) Von der Erschaffung aller Dinge, von den Engeln, dem Teufel und dem Menschen.

Dieser gute und allmächtige Gott hat alles, sowohl das Sichtbare als das Unsichtbare, durch sein gleich ewiges Wort erschaffen und erhält es durch seinen gleich ewigen Geist, wie David bezeugt und spricht: Der Himmel ist durch das Wort des Herrn gemacht und alles sein Heer durch den Geist seines Mundes (Ps. 33, 6). Alles aber, was Gott geschaffen, war, wie die Schrift sagt (1 Mos. 1, 31), sehr gut und den Menschen zu Nutz und Frommen eingerichtet. Wir behaupten jedoch, daß alle diese Dinge nur aus einem Ursprung hervorgegangen sind. Wir verwerfen daher die Manichäer und Marcioniten, welche gottloserweise zwei Wesen und Naturen des Guten und des Bösen erdichten und somit auch zwei Grundursachen und zwei sich entgegengesetzte Götter, einen guten und einen bösen.

Unter allen Geschöpfen stehen die Engel und Menschen oben an. — Von den Engeln lehrt die heilige Schrift: Er macht seine Engel zu Winden und seine Diener zu Feuerflammen (Ps. 104, 4). Desgleichen: Sind sie nicht allzumal dienstbare Geister, ausgesandt zum Dienste derer, welche ererben sollen die Seligkeit (Hebr. 1, 14)? Von dem Teufel aber zeugte der Herr Jesus selbst: Derselbe ist ein Mörder von Anfang und ist nicht bestanden in der Wahrheit; denn die Wahrheit ist nicht in ihm. Wenn er die Lügen redet, so redet er von seinem Eigenen, denn er ist ein Lügner und ein Vater derselben (Joh. 8, 44). Wir lehren also, daß etliche Engel im Gehorsam verharret und zu treuem Dienste Gottes und der Menschen verordnet sind, die andern aber durch eigene Schuld gefallen und in das Verderben gestürzt sind, Feinde alles Guten und der Gläubigen geworden sind.

Von dem Menschen sagt nun die Schrift, daß er im Anfang gut, zum Ebenbild und in der Ähnlichkeit Gottes geschaffen gewesen sei; daß Gott ihn in das Paradies gesetzt und ihm alles unterthan gemacht habe (was David im achten Psalm so herrlich besingt). Überdies hat er ihm eine Gehilfin gegeben und beide gesegnet.

Wir behaupten aber, daß der Mensch zwei, und zwar zwei

verschiedene Grundbestandteile (Substanzen) in einer Person habe: eine unsterbliche Seele, welche nämlich vom Leibe getrennt nicht schläft, nicht untergeht, und einen sterblichen Leib, der aber am jüngsten Gericht von den Toten erweckt werden wird, auf daß von da an der ganze Mensch, sei es im Leben oder im Tode, d. h. in der Seligkeit oder Verdammnis ewiges Dasein habe. Wir verwerfen alle, welche über die Unsterblichkeit der Seele lachen, oder sie durch Spitzfindigkeit in Zweifel ziehen, oder behaupten, daß die Seele schlafe, oder daß sie ein Teil Gottes sei. Kurz, wir verwerfen alle und jede Meinungen, wie viel und mancherlei sie sein mögen, über Schöpfung, Engel, Teufel und Menschen, wenn sie von dem abweichen, was uns durch die heiligen Schriften in der apostolischen Kirche Christi überliefert ist.

8) Vom Fall der Menschen und von der Sünde und der Ursache der Sünde.

Der Mensch war anfänglich zum Bilde Gottes geschaffen, in wahrer Gerechtigkeit und Heiligkeit, gut und recht, aber auf Anstiften der Schlange und durch seine eigene Schuld aus der Güte und Rechtschaffenheit gefallen, ist er der Sünde, dem Tod und mancherlei Übeln unterworfen. Und was er durch seinen Fall geworden ist, das sind alle, die von ihm abstammen, nämlich der Sünde, dem Tod und mancherlei Übeln unterworfen. Unter der Sünde verstehen wir aber jene angeborene Verderbtheit der Menschen, die von diesen unseren ersten Eltern auf uns alle übertragen oder fortgepflanzt worden ist, wonach wir, in böse Begierden versunken, dem Guten abgeneigt, dagegen zu allem Bösen bereit, voll aller Bosheit, Mißtrauen, Verachtung und Hasses Gottes, nichts Gutes aus uns selbst thun, ja nicht einmal denken können.

Ja, wir bringen sogar, je älter wir werden, in bösen Gedanken, Worten und Werken gegen Gottes Gesetz verderbte Früchte,

wie sie nur auf einem schlechten Baume zu finden sind. Deswegen sind wir aus eigener Schuld dem Zorne Gottes, seinen gerechten Strafen verfallen und wären alle von Gott verstoßen, wenn uns nicht Christus, der Erlöser, zurückgebracht hätte.

Unter dem Tod verstehen wir also nicht allein den leiblichen Tod, den wir alle einmal wegen der Sünde erdulden müssen, sondern auch die ewigen Strafen, die wir durch unsere Sünden und unsere Verderbnis verdient haben. Denn wir waren, sagt der Apostel, tot durch Übertretungen und Sünden und von Natur Kinder des Zornes, wie auch die anderen. Aber Gott, der da reich ist von Barmherzigkeit, hat uns, da wir tot waren in den Sünden, lebendig gemacht samt Christus (Eph. 2, 1. 3. 4). Ferner: Wie durch einen Menschen die Sünde ist gekommen in die Welt und der Tod durch die Sünde und ist also der Tod zu allen Menschen durchgedrungen, dieweil sie alle gesündigt haben (Röm. 5, 12).

Wir erkennen also an, daß in allen Menschen eine angeborne Sünde sei; wir erkennen an, daß alle andern Sünden, welche daraus entspringen, Sünden heißen und wirklich sind, mit welchem Namen sie auch bezeichnet werden: Todsünden oder verzeihliche, oder auch die, welche genannt wird „Sünde wider den heiligen Geist, die niemals vergeben wird“. Dabei geben wir zu, daß nicht alle Sünden gleich sind, wenn sie auch aus derselben Quelle des Verderbens und Unglaubens hervorgehen, sondern einige sind schwerer als die andern. Wie der Herr gesagt hat: Dem Lande der Sodomer und Gomorrer wird es erträglicher ergehen am jüngsten Gericht, als solcher Stadt (die das Wort des Evangeliums abweist) (Matth. 10, 14).

Wir verwerfen daher alle, die dem zuwider gelehrt haben, vornehmlich aber den Pelagius und alle Pelagianer samt den Jovinianisten, welche wie die Stoiker behaupten, daß alle Sünden gleich seien. Überhaupt stimmen wir in diesem Punkte ganz überein mit dem heiligen Augustin, welcher seine Meinung aus der heiligen Schrift abgeleitet und verteidigt hat.

Weiter verwerfen wir den Florinus und Blaſius, gegen welche auch Irenäus geschrieben hat und alle, welche Gott zum Urheber der Sünde machen, da doch ausdrücklich geschrieben steht:

Du bist nicht ein Gott, dem gottlos Wesen gefällt. Du bist feind allen Übelthätern; du bringest die Lügner um (Ps. 5, 5—7). Und wiederum: Wenn der Teufel die Lüge redet, so redet er von seinem Eigenen, denn er ist ein Lügner und ein Vater der Lüge (Joh. 8, 44). Aber es ist auch in uns selbst Bosheit und Verderbnis genug, daß es nicht nothut, daß Gott uns noch neue und größere Verderbtheit einflöße. Wenn also in der Schrift gesagt wird, daß Gott verhärte, mit Blindheit schlage und in einen verkehrten Sinn dahin gebe, so ist dies so zu verstehen, daß Gott dies aus gerechtem Urtheil thue als gerechter Richter und Rächer.

Endlich, so oft es in der Schrift heißt oder scheint, daß Gott etwas Böses wirke, so soll das nicht bedeuten, daß der Mensch das Böse nicht thue, sondern daß Gott es zulasse und nicht hindere, aus gerechtem Urtheil, da er es hätte hindern können, wenn er gewollt hätte: entweder weil er das Böse der Menschen zum Guten lenke, wie bei den Sünden der Brüder Josephs, oder weil er selbst die Sünden regiere, daß sie nicht zu weit ausbrechen und um sich greifen. St. Augustinus sagt in seinem „Handbuch“: „Es ist eine wunderbare und unerklärliche Sache, daß nichts ohne den Willen Gottes geschieht, wenn es auch gegen seinen Willen geht. Denn es würde nicht geschehen, wenn er es nicht zuließe; und er läßt es nicht gezwungen zu, sondern aus freiem Willen. Auch würde er, da er gut ist, das Böse nicht geschehen lassen, wenn er nicht nach seiner Allmacht aus dem Bösen Gutes entstehen lassen könnte.“ So weit Augustin.

Andere Fragen, z. B. ob Gott den Fall Adams gewollt oder ihn dazu getrieben habe? oder warum er den Sündenfall nicht verhindert habe? und ähnliche, verweisen wir unter die müßigen; es müßte denn sein, daß die Schlechtigkeit der Regier oder anderer vorwärtiger Menschen uns nötigte, auch solche Fragen nach Gotteswort zu erörtern; wie nicht selten fromme Lehrer der Kirche es gethan haben, obgleich sie wußten, daß der Herr den Menschen untersagt hatte, von der verbotenen Frucht zu essen und daß er die Übertretung gestraft habe; aber sie wußten auch zugleich, daß nicht das böse sei, was mit Rücksicht auf die Vorsehung, den Willen und die Macht Gottes geschieht, sondern nur das, was

mit Rücksicht auf den Satan und unseren Willen, der wider den Willen Gottes streitet, unternommen wird.

9) Von dem freien Willen und den Kräften des Menschen.

Über diesen Gegenstand, welcher stets in der Kirche viele Streitfragen erregt hat, lehren wir, daß eine dreifache Lage oder Beschaffenheit des Menschen in das Auge zu fassen sei.

Erstens, wie der Mensch vor dem Falle gewesen sei, nämlich rechtschaffen und frei, so daß er sowohl im Guten beharren, als auch zum Bösen sich hinneigen konnte; daß er aber zum Bösen sich geneigt und sich und das ganze Geschlecht der Sterblichen der Sünde und des Todes theilhaftig gemacht habe, wie schon früher gesagt worden ist.

Zweitens ist zu beachten, wie der Mensch nach dem Fall beschaffen gewesen ist. Es ist dem Menschen der Verstand nicht entzogen und der Wille nicht genommen, er ist nicht gänzlich in einen Stein oder Klotz verwandelt worden; aber beide sind in dem Menschen so verändert und vermindert, daß sie nicht mehr vermögen, was sie vor dem Falle vermochten. Der Verstand ist nämlich verdüstert, der Wille ist aus einem freien ein gebundener geworden. Denn er dient der Sünde nicht unwillig, sondern willig. Daher wird er auch „Wille“, nicht „Unwille“ genannt. Was also das Böse oder die Sünde betrifft, so thut der Mensch das Böse nicht von Gott oder dem Teufel gezwungen, sondern aus eigenem Antrieb und hat in dieser Hinsicht einen durchaus freien Willen.

Wenn wir aber nicht selten die häßlichen Thaten und Anschläge des Menschen von Gott verhindert und ihr Ziel nicht erreichen sehen, so hebt Gott des Menschen Freiheit zum Bösen nicht auf, sondern er kommt mit seiner Macht dem zuvor, was der Mensch sonst frei sich vorgesetzt hatte. So beschließen die Brüder Josephs frei, ihn umzubringen, aber sie können es nicht, weil es dem Ratsschlusse Gottes anders gefallen hatte.

Was aber das Gute und die Tugenden anbelangt, da urtheilt der Verstand des Menschen aus sich selbst nicht richtig in göttlichen Dingen. Denn die evangelisch-apostolische Schrift fordert von einem jeden unter uns, der selig werden will, die Wiedergeburt; folglich ist die erste Geburt aus Adam zur Seligkeit gar nichts nütze. Paulus sagt: Der natürliche Mensch vernimmt nichts vom Geist Gottes (1 Kor. 2, 14). Derselbe setzt anderswo in Abrede, daß wir tüchtig seien aus uns selbst etwas Gutes zu denken (2 Kor. 3, 5). Nun aber ist bekanntlich der Verstand oder die Erkenntnis der Führer des Willens; da aber der Führer blind ist, so läßt sich leicht erraten, wohin der Wille gerät. Folglich hat der noch nicht wiedergeborene Mensch zum Guten keinen freien Willen und keine Kraft zum Vollbringen des Guten. Der Herr sagt im Evangelium: Wahrlich, wahrlich ich sage euch: wer Sünde thut, der ist der Sünde Knecht (Joh. 8, 34). Und der Apostel Paulus: Denn fleischlich gesinnet sein, ist eine Feindschaft wider Gott, sintemal es dem Gesetze Gottes nicht unterthan ist; denn es vermag es auch nicht (Röm. 8, 7).

Was fernerhin die irdischen Dinge betrifft, so ist in dem gesunkenen Menschen die Erkenntnis nicht verschwunden. Denn Gott hat ihm aus Barmherzigkeit den natürlichen Verstand gelassen, der freilich weit hinter dem zurücksteht, den er vor dem Falle besaß. Gott befiehlt den natürlichen Verstand auszubilden, und giebt Anlagen und Fortschritte dazu. Dabei ist offenbar, daß wir es in allen Künsten ohne den Segen Gottes zu gar nichts bringen. — Die Bibel wenigstens schreibt alle Künste Gott zu. Auch die Heiden leiteten den Ursprung der Künste von Göttern als deren Erfinder ab.

Endlich ist zu untersuchen, ob die Wiedergeborenen freien Willen haben und inwieweit. Bei der Wiedergeburt wird der Verstand durch den heiligen Geist erleuchtet, so daß er die Geheimnisse und den Willen Gottes verstehe. Auch der Wille selbst wird nicht nur durch den heiligen Geist geändert, sondern auch mit Kräften ausgerüstet, daß er das Gute aus freiem Antriebe will und kann. Wenn wir dies nicht zugeben, so würden wir die christliche Freiheit leugnen und eine gesetzliche Knechtschaft einführen. Nun läßt aber auch der Prophet Gott also sprechen: Ich will mein Gesetz

in ihr Herz geben und in ihren Sinn schreiben (Jer. 31, 33). Auch der Herr sagt im Evangelium: So euch der Sohn freimacht, so seid ihr recht frei (Joh. 8, 36). Auch Paulus schreibt den Philippern (1, 29): Denn euch ist gegeben um Christi willen zu thun, daß ihr nicht allein an ihn glaubet, sondern auch um seiner willen leidet. Ferner (Phil. 1, 6): Ich bin desselben in guter Zuversicht, daß, der in euch angefangen hat das gute Werk, der wird es auch vollführen bis an den Tag Jesu Christi. Und endlich: Gott ist es, der in euch wirket beides, das Wollen und das Vollbringen (Phil. 2, 13).

Hierbei lehren wir indessen, daß zweierlei zu beachten sei: Erstens, daß die Wiedergeborenen bei der Erwählung und Ausübung des Guten nicht bloß leidend sich verhalten, sondern thätig. Denn sie werden von Gott also getrieben, daß sie selbst thun, was sie thun. Sehr richtig führt daher Augustin hierbei an: daß Gott unser Helfer genannt wird. Es kann aber nur geholfen werden dem, der etwas thut. Die Manichäer nahmen dem Menschen alles eigene Wirken und machten ihn zu einem Steine oder Holz. Zweitens, daß in den Wiedergeborenen Schwachheit zurückbleibe. Denn da in uns die Sünde wohnt und das Fleisch in den Wiedergeborenen gegen den Geist streitet bis ans Ende unseres Lebens, so wird es den Wiedergeborenen gerade nicht leicht, das auszuführen, was sie sich vorgenommen hatten. Dies wird von dem Apostel bestätigt: Röm. 7, 14. Gal. 5, 17.

Demnach ist dieser unser freier Wille schwach wegen des, was vom alten Adam und der angeborenen Verdorbenheit in uns bis zu unserem Lebensende zurückbleibt. Da indessen die Kräfte des Fleisches und die Überreste des alten Menschen nicht so stark sind, daß sie gänzlich die Wirkung des Geistes ersticken, so werden die Gläubigen freie genannt, so doch, daß sie ihre Schwäche erkennen und mit dem freien Willen sich nicht brüsten. Denn immer muß der gläubigen Seele vorschweben, was Augustin so oft einschärft aus 1 Kor. 4, 7: „Was hast du, das du nicht empfangen hast? So du es aber empfangen hast, was rühmest du dich denn, als der es nicht empfangen hätte?“ Dazu kommt, daß uns nicht auf der Stelle gelingt, was wir uns vorgenommen hatten. Denn der Ausgang aller Dinge stehet in Gottes Hand. Daher bittet Paulus

den Herrn, daß er seine Reise gelingen lasse (Röm. 1, 10). Also auch aus diesem Grunde und in dieser Hinsicht ist der freie Wille schwach.

Übrigens stellt niemand in Abrede, daß in äußeren Dingen Wiedergeborne und Unwiedergeborne freien Willen haben. Denn diese Eigenschaft hat der Mensch mit anderen lebenden Wesen gemein (denen er nicht nachsteht), daß er dieses wollen und jenes nicht wollen kann. Also kann er reden und schweigen, ausgehen und zuhause bleiben u. s. w. Obwohl auch hierbei immer Gottes Macht im Auge zu behalten ist, welche bewirkt hat, daß Bileam nicht dahin gehen konnte, wohin er wollte, und Zacharias, als er aus dem Tempel heimging, nicht reden konnte, wie er wollte. Wir verwerfen in diesem Punkte die Manichäer, welche leugnen, daß bei dem guten Menschen das Böse aus dem freien Willen entstanden sei. Wir verwerfen auch die Pelagianer, welche behaupten, daß der böse Mensch hinreichend freien Willen habe, um einer guten Vorschrift nachzuleben. Beide werden aus der heiligen Schrift widerlegt, die zu jenen spricht: „Gott hat den Menschen gut gemacht“, und zu diesen: „Wenn euch der Sohn frei macht, so seid ihr recht frei.“

10) Von der göttlichen Vorbestimmung und der Erwählung der Heiligen.

Gott hat von Ewigkeit her frei und aus lauter Gnade ohne Ansehen der Person die Heiligen vorherbestimmt und erwählt, welche er selig machen will in Christo, wie der Apostel spricht: Gott hat uns erwählt in ihm, ehe der Welt Grund gelegt ward (Eph. 1, 4), und weiter: Der uns hat selig gemacht und berufen mit einem heiligen Rufe, nicht nach unsern Werken, sondern nach seinem Vorsatz und Gnade, die uns gegeben ist in Christo Jesu vor der Zeit der Welt, jetzt aber geoffenbaret durch die Erscheinung unsers Heilandes Jesu Christi (2 Tim. 1, 9. 10).

Also nicht unmittelbar, obwohl nicht wegen irgendeines Ver-

dienstes von unserer Seite, sondern in Christo und um Christi willen hat uns Gott erwählt, so daß eben diejenigen, welche nun Christo durch den Glauben sind einverleibt, auch die Erwählten sind, dagegen diejenigen, die außer Christo sind, die Verworfenen, wie der Apostel spricht: Prüfet euch selbst, ob ihr im Glauben stehet. Oder erkennet ihr euch selbst nicht, daß Jesus Christus in euch ist? Es sei denn, daß ihr untüchtig seid (2 Kor. 13, 5).

Endlich sind die Heiligen erwählt durch Gott in Christo zu einem bestimmten Zweck, welchen der Apostel gleichfalls darlegt mit den Worten: Wie er uns denn erwählt hat in demselben, ehe der Welt Grund gelegt war, daß wir sollten sein heilig und unsträflich vor ihm in der Liebe, und hat uns verordnet zur Kindenschaft gegen ihn selbst durch Jesum Christum nach dem Wohlgefallen seines Willens zum Lobe seiner herrlichen Gnade (Eph. 1, 4—6).

Und obwohl Gott die Seinigen lennet und an einer Stelle die Rede ist von der geringen Zahl der Erwählten, so muß man doch Gutes von allen hoffen und nicht unbedacht jemand zu den Verworfenen zählen. Paulus sagt zu den Philippern (1, 3): Ich danke meinem Gott, so oft ich eurer gedenke über eurer Gemeinschaft am Evangelio vom ersten Tage bis hierher und bin desselben in guter Zuberficht, daß, der in euch angefangen hat das gute Werk, der wird es auch vollführen bis an den Tag Jesu Christi. Wie es denn nur billig ist, daß ich dermaßen von euch allen halte. Und da der Herr (Luk. 13) gefragt wird, ob es wenige seien, die errettet würden, so antwortete er nicht so, daß er sagt, ob wenige oder mehrere errettet würden oder verloren gingen, sondern er ermahnt vielmehr, daß jeder danach trachten möge, durch die enge Pforte einzugehen, als wenn er hätte sagen wollen: Es ist eure Sache nicht, neugierig hiernach zu fragen, sondern euch Mühe zu geben, daß ihr auf dem schmalen Wege in den Himmel gelanget.

Daher mißbilligen wir die gottlosen Reden einiger, welche sagen: Es sind wenige erwählt, und da ich nicht bestimmt weiß, ob ich in der Zahl dieser wenigen bin, so will ich mein Leben genießen. Andere sagen: Wenn ich von Gott vorherbestimmt oder

ermählt bin, so wird mich nichts an einem so fest bestimmten Heile hindern, ich mag thun was ich will; bin ich aber in der Zahl der Verworfenen, so wird mir weder Buße, noch Glauben etwas helfen, da die Bestimmung Gottes unabänderlich ist. Daher sind alle Lehren und Ermahnungen unnütz. Gegen solche streitet das Wort des Apostels: Ein Knecht aber des Herrn soll nicht zänfisch sein, sondern freundlich gegen jedermann, lehrhaftig, der die Bösen tragen kann mit Sanftmut, und strafe die Widerspenstigen, ob ihnen Gott demaleinst Buße gäbe, die Wahrheit zu erkennen und sie wieder nüchtern würden aus des Teufels Strick, von dem sie gefangen sind zu seinem Willen (2 Tim. 2, 24—26). Aber auch Augustinus zeigt in dem Buche „Von der Gabe der Beharrung“ Kap. 14 c., daß man beides predigen müsse, sowohl die Gnade der freien Erwählung und Vorherbestimmung, als auch die Ermahnungen und heilsamen Lehren.

Wir verwerfen daher diejenigen, welche außer Christo fragen, ob sie von Ewigkeit erwählt seien und was Gott vor aller Ewigkeit über sie beschlossen habe. Man soll vielmehr die Predigt des Evangeliums hören und ihr glauben, und für unzweifelhaft halten: wenn du glaubst und in Christo bist, so bist du erwählt. Denn der Vater hat uns den ewigen Rathschluß seiner Erwählung in Christo offenbart, wie wir eben aus 2 Tim. 1, 9 gesehen haben. Man muß also vor allem lehren und betrachten, erwägen, wie groß die Liebe des Vaters gegen uns ist, die uns in Christo offenbart ist; ferner muß man hören, was uns täglich in dem Evangelium der Herr selbst verkündiget; wie er ruft und spricht: Kommt zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erquicken (Matth. 11, 28); ferner: Also hat Gott die Welt geliebt, daß er seinen eingebornen Sohn gab, auf daß alle, die an ihn glauben, nicht verloren gehen, sondern das ewige Leben haben (Joh. 3, 16). Ferner: Es ist nicht der Wille des Vaters, daß jemand von diesen Gerungen verloren gehe (Matth. 18, 14). Christus muß also der Spiegel sein, in dem wir unsere Vorherbestimmung betrachten.

Ein gewiß einleuchtendes und festes Zeugnis, daß wir in das Buch des Lebens eingeschrieben sind, werden wir haben, wenn wir mit Christo Gemeinschaft haben und er durch wahren Glauben

unser ist und wir sein. In der Anfechtung über unsere Gnadenwahl (eine gefährlichere giebt es kaum) muß uns das trösten, daß die Verheißungen Gottes allgemein auf die Gläubigen gehen, daß er sagt: Bittet und ihr werdet empfangen. Wer da bittet, der empfängt; daß wir ferner mit der ganzen Kirche beten: Unser Vater u. s. w., und daß wir auch durch die Taufe eingepflanzt sind dem Leibe Christi und in der Kirche oft mit seinem Leibe gespeiset und mit seinem Blute getränkt werden zum ewigen Leben. So gestärkt sollen wir mit Furcht und Zittern nach Pauli Vorschrift unsere Seligkeit schaffen.

11) Von Jesu Christo, dem wahren Gott und Menschen, dem einigen Heiland der Welt.

Wir glauben und lehren ferner, daß der Sohn Gottes unser Herr Jesus Christus von Ewigkeit vorbestimmt oder verordnet sei von dem Vater zum Heiland der Welt und glauben, daß er gezeuget sei, nicht nur als er aus der Jungfrau Maria Fleisch angenommen, und nicht nur ehe der Welt Grund gelegt war, sondern vor aller Ewigkeit und zwar von dem Vater auf unaussprechliche Weise. Denn Jesaias sagt: Seine Erzeugung, wer will sie aussprechen? und Micha: Sein Ausgang ist von Anfang und von Ewigkeit her gewesen (5, 1). Auch Johannes sagt im Evangelium: Im Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott, und Gott war das Wort (Joh. 1, 1). Folglich ist der Sohn der Gottheit nach dem Vater gleich und mit ihm eines Wesens; wahrer Gott nicht dem Namen nach oder durch Adoption oder durch irgendeine Würde, sondern dem Wesen und der Natur nach, wie Johannes abermals sagt: Dieser ist der wahrhaftige Gott und das ewige Leben (1 Joh. 5, 20). Paulus sagt ebenfalls: Er hat den Sohn gesetzt zum Erben über alles, durch welchen er auch die Welt gemacht hat; sintemal er ist der Glanz seiner Herrlichkeit und das Ebenbild seines Wesens und trägt alle Dinge mit seinem kräftigen Worte (Hebr. 1, 23). Denn im

Evangelium sagt der Herr selbst: Vater verfläre du mich bei dir selbst mit der Klarheit, die ich bei dir hatte, ehe die Welt war (Joh. 17, 5). Und an einer anderen Stelle des Evangeliums heißt es: Die Juden trachteten Jesum zu töten, weil er gesagt hatte, Gott sei sein Vater, sich Gott gleich machend (Joh. 5, 18).

Wir verabscheuen daher die ruchlose Lehre des Arius und aller Arianer gegen den Sohn Gottes, vornehmlich aber des Spaniers Michael Servets und aller Servetaner Lasterung, welche Satan durch sie gegen den Sohn Gottes gleichsam aus der Hölle geschöpft und frech und frevelhaft in der Welt austreut.

Wir glauben und lehren auch, daß derselbe ewige Sohn des ewigen Gottes ein Menschensohn geworden aus dem Samen Abrahams und Davids, nicht durch eines Mannes Zuthun, wie Ebion gesagt hat, sondern ganz rein empfangen sei von dem heiligen Geiste und geboren aus der immer jungfräulich gebliebenen Maria, wie uns deutlich die evangelische Geschichte lehrt. Auch Paulus sagt: Er nimmt nirgends die Engel an sich, sondern den Samen Abrahams (Hebr. 2, 16) und der Apostel Johannes: Ein jeglicher Geist, der da nicht bekennet, daß Jesus Christus ist in das Fleisch gekommen, der ist nicht von Gott (1 Joh. 4, 3). Der Leib Christi war also weder ein Scheinkörper noch vom Himmel herabgebracht, wie Valentinus und Marcion träumten. Ferner hatte Jesus Christus unser Herr eine Seele nicht ohne Empfindung und Vernunft, wie Apollinaris meinte, auch nicht einen Körper ohne Seele, wie Eunomius lehrte, sondern eine Seele mit der ihr zukommenden Vernunft, und einen Körper mit seinen Sinnen, durch welche Sinne er wahre Schmerzen ertrug zur Zeit seines Leidens, wie er selbst bezeugt, wenn er spricht: Meine Seele ist betrübt bis an den Tod, und: Jetzt ist meine Seele betrübt (Matth. 26, 38 und Joh. 12, 27). Wir erkennen also in einem und demselben Jesu Christo, unserem Herrn, zwei Naturen, eine göttliche und eine menschliche, und behaupten, daß sie mit einander verbunden und vereinigt sind, ohne verschlungen oder vermischt zu werden, sondern vielmehr mit Beibehaltung der Eigenschaften beider Naturen in einer Person vereinigt und verbunden bleiben, so daß wir einen Herrn Christum, nicht zwei verehren, nämlich einen wahren Gott und Menschen, nach der göttlichen Natur dem

Vater, nach der menschlichen Natur aber mit uns Menschen gleichen Wesens und uns in allem ähnlich, die Sünde ausgenommen.

Denn wie wir die Lehre der Nestorianer, welche aus einem Christus zwei machen und die Einheit der Person auflösen, verabscheuen, so verwünschen wir ganz und gar den Wahnsinn des Eutyches und der Monotheliten oder Monophysiten, welche das Eigentümliche der menschlichen Natur bestreiten. Folglich lehren wir keineswegs, daß die göttliche Natur in Christo gelitten habe oder daß Christus nach seiner menschlichen Natur noch in der Welt und sogar allenthalben sei. Denn weder denken noch lehren wir, daß der wahrhaftige Leib Christi bei der Verklärung aufgehört habe oder vergottet und so vergottet worden sei, daß er seine Eigentümlichkeit hinsichtlich des Leibes und der Seele abgelegt habe und ganz zur göttlichen Natur übergegangen sei und nur unter einer Substanz zu existiren angefangen habe. Folglich billigen wir nicht, noch nehmen wir an die leeren, dunklen, verworrenen und sich selbst widersprechenden Geschwätze der Schwentfelder und ihresgleichen und lehnen jedwede Verwandtschaft mit ihnen ab. Weiter glauben wir, daß unser Herr Jesus Christus wahrhaft gelitten habe und gestorben sei für uns am Fleische, wie Petrus sagt. Wir verabscheuen ferner den gottlosen Wahnsinn der Jakobiten und aller Türken, welche das Leiden des Herrn schmähen.

Indessen leugnen wir auch nicht, daß nach dem Worte Pauli der Herr der Herrlichkeit gekreuzigt sei (1 Kor. 2, 8). Denn die Mitteilung der Eigenschaften, aus der Schrift hergeleitet und von der ganzen alten Kirche zur Erklärung und Vereinigung der sich scheinbar widersprechenden Schriftsteller gebraucht, nehmen wir an und gebrauchen dieselbe gläubig und ehrerbietig. Wir glauben und lehren, daß derselbe unser Herr Jesus Christus in seinem wahren Leibe, in dem er gekreuzigt und gestorben war, von den Toten auferstanden und nicht einen anderen statt des begraben auferweckt oder Geist statt Fleisch angenommen, sondern den wahren Leib beibehalten habe. Darum er den Jüngern, welche meinten, sie sähen einen Geist, seine Hände zeigt und seine Füße und zwar mit den Nägelmalen und Wunden bezeichnet und spricht: Sehet meine Hände und meine Füße, ich bin es selber. Betastet mich und

sehet; denn ein Geist hat nicht Fleisch und Bein, wie ihr sehet, daß ich habe (Luk. 24, 39).

In demselben Leibe, glauben wir auch, daß er aufgefahren ist über alle sichtbaren Himmel in den höchsten Himmel selbst, nämlich in die Wohnung Gottes und der Seligen zur Rechten Gottes und des Vaters. Dies bezeichnet zwar auch die gleich innige Teilnahme an der Majestät und Herrlichkeit; es wird aber auch für einen bestimmten Ort genommen, von dem der Herr (Joh. 14, 2) sagt: Er werde hingehen, um den Seinigen die Stätte zu bereiten. Auch der Apostel Petrus spricht: Christus muß den Himmel einnehmen bis auf die Zeit, da herwiedergebracht werde alles, was Gott geredet hat (Apg. 3, 21).

Derselbe wird auch vom Himmel wiederkommen zum Gericht, wenn einst die Lasterhaftigkeit der Welt auf das höchste gestiegen sein und der Antichrist die wahre Religion verfälscht, alles mit Aberglaube und Gottlosigkeit erfüllet und mit Blut und Flamme die Kirche grausam verwüftet haben wird. Christus wird aber wiederkommen zu erretten die Seinigen, dem Antichristen durch seine Zukunft ein Ende zu machen und zu richten die Lebendigen und die Toten. Die Toten werden auferstehen und die, welche an jenem (allen Geschöpfen unbekannten) Tage noch leben, werden in einem Augenblick verwandelt werden; alle Gläubigen mit einander werden dem Herrn in der Luft entgegengeführt, damit sie alsdann mit ihm eingehen in die seligen Wohnungen, um ewig zu leben; die Ungläubigen aber und Gottlosen werden hinabsteigen mit den Teufeln in die Hölle, um in Ewigkeit zu brennen und von ihrer Qual niemals erlöst zu werden.

Folglich verwerfen wir alle, welche die wirkliche Auferstehung des Fleisches leugnen oder, wie Johannes von Jerusalem (gegen welchen Hieronymus geschrieben hat), unrichtige Vorstellungen haben von den verklärten Leibern. Wir verwerfen diejenigen, welche meinen, daß auch die Teufel und alle Gottlosen einst selig werden und daß die Strafen ein Ende haben würden. Denn der Herr sagt geradezu: Ihr Wurm stirbt nicht und ihr Feuer verlischt nicht (Matth. 9, 44). Wir verwerfen außerdem die jüdischen Träume, daß vor dem letzten Gericht ein goldenes Zeitalter auf der Erde eintreten und die Frommen nach Unter-

drückung ihrer gottlosen Feinde die Reiche der Welt einnehmen werden. Denn in der evangelischen Wahrheit (Matth. 24 u. 25, Luk. 18) und in der Lehre der Apostel (2 Theß. 2 und 2 Tim. 3 u. 4) findet sich weit anderes hierüber. Ferner hat Christus durch sein Leiden und Sterben und überhaupt durch alles, was er seit seiner Erscheinung im Fleische um unsertwillen gethan und gelitten hat, den himmlischen Vater allen Gläubigen veröhnt, die Sünde gesühnt, den Tod entwaffnet, die Verdammnis und die Hölle zerbrochen und durch seine Auferstehung Leben und Unsterblichkeit hergestellt und an das Licht gebracht. Denn er ist unsere Gerechtigkeit, das Leben und die Auferstehung, die Fülle und Vollendung aller Gläubigen, ihr Heil und volle Genüge. Denn der Apostel sagt: Denn es ist das Wohlgefallen gewesen, daß in ihm alle Fülle wohnen sollte (Kol. 1, 19), und: ihr seid vollkommen in ihm (Kol. 2, 10). Wir lehren daher und glauben, daß dieser Jesus Christus unser Herr der einzige und ewige Erlöser des menschlichen Geschlechts, ja, der ganzen Welt sei, in welchem durch den Glauben alle Erlösung haben, die vor dem Gesetz, unter dem Gesetz und unter dem Evangelium selig geworden und bis ans Ende der Welt werden selig werden. Denn der Herr selbst sagt im Evangelio: Wer nicht zur Thür hineingehet in den Schafstall, sondern steigt anderswo hinein, der ist ein Dieb und Mörder. Ich bin die Thüre (Joh. 10, 1. 9). Und an einer anderen Stelle in demselben Evangelium: Abraham sahe meinen Tag und freute sich (Joh. 8, 56). Auch der Apostel Petrus spricht: Es ist in keinem andern Heil, ist auch kein anderer Name den Menschen gegeben, darinnen wir sollen selig werden (Apg. 4, 12). Wir glauben durch die Gnade des Herrn Jesu Christi selig zu werden, in gleicher Weise wie auch sie (Apg. 15, 11). Paulus sagt ebenfalls: Alle unsere Väter haben einerlei geistliche Speise gegessen und haben alle einerlei geistlichen Trank getrunken; sie tranken aber von dem göttlichen Fels, der mit folgte, welcher war Christus (1 Kor. 10, 3. 4). Daher lehren wir auch, wie Johannes sagt, Christus sei das Lamm, das erwürget ward vom Anfang der Welt (Offenb. 13, 11), und wie der Täufer bezeugt: Christus sei das Lamm Gottes, das der Welt Sünde hinwegnimmt (Joh. 1, 29).

Darum bekennen und predigen wir mit lauter Stimme: „Jesus Christus ist der einzige Erlöser und Heiland der Welt, der König und Hohepriester, der wahre und der erwartete heilige Messias, der Heilige, der Gepriesene, den alle Gesetze, Vorbilder und Weissagungen der Propheten abgebildet und verheißen haben und den Gott uns geschenkt und gesendet hat, so daß kein anderer mehr zu erwarten ist. Nun bleibt nichts anderes übrig, als daß wir alle Christo alle Ehre erweisen, an ihn glauben und in ihm allein ruhen, mit Verachtung und Verwerfung aller andern Hilfe im Leben. Denn wie viel ihrer das Heil in irgendeiner andern Sache außer Christo suchen, die sind aus der Gnade gefallen, und machen Christum für sich unnütz.“

Und um mit wenigen Worten viel über diesen Gegenstand zu sagen, erklären wir: Alles was über das Geheimnis der Menschwerdung unseres Herrn Jesu Christi aus der heiligen Schrift aufgestellt und enthalten ist in den Symbolen und Aussprüchen der vier ersten Kirchenversammlungen zu Nicäa, Konstantinopel, Ephesus und Chalcedon, sowie in dem Glaubensbekenntnisse des heiligen Athanasius und allen ähnlichen Bekenntnissen, das glauben auch wir mit aufrichtigen Herzen und bekennen es laut und frei, indem wir alles verwerfen, was dem entgegen ist. Auf diese Weise behalten wir unverletzt und unversehrt den christlichen, rechtgläubigen und allgemeinen Glauben, da wir wissen, daß in den erwähnten Bekenntnisschriften nichts enthalten sei, was nicht mit dem Worte Gottes übereinstimmt und zur Darlegung des aufrichtigen Glaubens dient.

12) Vom Gesetze Gottes.

Wir lehren, daß im Gesetz Gottes uns sein Wille vorgelegt werde, was wir thun und lassen sollen, was gut und gerecht, was böse und unrecht ist. Darum bekennen wir, daß das Gesetz gut und heilig ist. Und dies Gesetz, sagen wir, ist theils mit Gottes Finger geschrieben in die Herzen der Menschen (Röm. 2, 15) und

heißt das Gesetz der Natur, teils aber geschrieben durch Gottes Finger auf die zwei Tafeln Moses und in dessen Büchern ausführlicher erläutert (2 Mos. 20. 5 Mos. 5). Der Deutlichkeit wegen unterscheiden wir das Sittengesetz, welches in den zehn Geboten oder zwei Tafeln Moses enthalten ist, und das Ceremonial-Gesetz, welches über gottesdienstliche Gebräuche handelt, und das Rechts-Gesetz, welches politische und häusliche Angelegenheiten ordnet. Wir glauben, daß in diesem Gesetze Gottes sein ganzer Wille und alle Vorschriften, welche zu jedem Lebensverhältnis erforderlich sind, auf das vollständigste dargelegt werden. Sonst hätte Gott nicht verboten etwas hinzu oder davon zu thun (5 Mos. 4, 12); nicht befohlen, genau danach einher zu gehen und weder zur Rechten noch zur Linken abzuweichen (Jes. 30, 21).

Wir lehren, daß dies Gesetz den Menschen gegeben sei, nicht daß sie durch dessen Beobachtung gerecht, sondern daß wir vielmehr durch seine Belehrung zur Erkenntnis gebracht werden sollen von unserer Schwäche, unserer Sünde und Verdammnis und wir an der eigenen Kraft verzweifelnd uns im Glauben an Christum wenden. Denn der Apostel sagt deutlich: Das Gesetz richtet Zorn an, und: Durch das Gesetz kommt Erkenntnis der Sünde (Röm. 4, 15 und 3, 20). Wenn aber ein Gesetz gegeben wäre, das da könnte lebendig machen, so käme die Gerechtigkeit wahrhaftig aus dem Gesetz; aber die Schrift hat es alles beschlossen unter die Sünde, auf daß die Verheißung käme durch den Glauben an Jesum Christum gegeben denen, die da glauben. Also ist das Gesetz unser Zuchtmeister gewesen auf Christum, daß wir durch den Glauben gerecht würden (Gal. 3, 21. 22. 24). Denn kein Mensch konnte oder kann irgend dem Gesetz Gottes Genüge thun und es ganz erfüllen, wegen der Schwäche, die unserem Fleisch bis zum letzten Hauche anklebt und zurückbleibt. Wiederum sagt der Apostel: Denn das dem Gesetz unmöglich war (intemal es durch das Fleisch geschwächt ward), das that Gott und sandte seinen Sohn in der Gestalt des sündlichen Fleisches (Röm. 8, 3). . . Denn Christus ist des Gesetzes Ende (Röm. 10, 4); er hat uns erlöst von dem Fluche des Gesetzes, da er ward ein Fluch für uns (Gal. 3, 13). Ebenso teilt er uns durch den Glauben

seine Genugthuung mit und rechnet uns seine Gerechtigkeit und seinen Gehorsam zu.

Insofern ist also das Gesetz abgeschafft, als es uns nicht mehr verdammt und Zorn gegen uns wirkt. Denn wir sind unter der Gnade und nicht unter dem Gesetz. Überdies hat Christus alle Vorbilder des Gesetzes erfüllt. Die Schatten sind gewichen, da der Körper selbst kam, wie wir denn in Christo die Wahrheit und volle Genüge haben. Jedoch haben wir deshalb keinen Widerwillen gegen das Gesetz und verwerfen es nicht. Wir gedenken der Worte des Herrn: Ich bin nicht gekommen, das Gesetz und die Propheten aufzulösen, sondern zu erfüllen (Matth. 8, 17). Wir wissen, daß uns in dem Gesetz die Gestalten der Tugenden und der Laster vorgeführt sind. Wir wissen, daß das geschriebene Gesetz, wenn es durch das Evangelium erklärt wird, der Kirche nützlich ist und daß deshalb das Lesen desselben nicht aus der Kirche verbannt werden darf. Ob schon Moses Angesicht mit einer Decke verhüllt war, so lehrt doch der Apostel, daß diese Decke durch Christum hinweggenommen und fortgeschafft ist. Wir verwerfen alles, was ältere und neuere Rezer gegen Gottes Gesetz gelehrt haben.

13) Von dem Evangelium Jesu Christi, von den Verheißungen, auch von dem Geiste und dem Buchstaben.

Das Evangelium steht dem Gesetze gegenüber; denn das Gesetz wirkt Zorn und kündigt den Fluch an; das Evangelium aber Gnade und Segen. Johannes sagt: Das Gesetz ist durch Moses gegeben, die Gnade und Wahrheit aber ist durch Jesum Christum geworden (Joh. 1, 17). Nichtsdestoweniger ist es ganz gewiß, daß jene, welche vor dem Gesetz und unter dem Gesetz lebten, des Evangeliums nicht durchaus ermangelt haben. Denn sie hatten große evangelische Verheißungen, als da sind: des Weibes Samen wird der Schlange den Kopf zertreten. In deinem Samen sollen alle Völker der Erde gesegnet werden. Es wird das Scepter von Juda nicht weggenommen werden, bis der Herr kommt. Einen

Propheten wird der Herr aus ihren Brüdern erwecken (1 Mos. 3, 15; 12, 2; 49, 10. 5 Mos. 18, 18). Und zwar erkennen wir an, daß den Vätern zweierlei Verheißungen geoffenbart waren, wie auch uns. Einige betrafen gegenwärtige oder irdische Dinge, so nämlich die Verheißungen über das Land Kanaan und ihre Siege; wie wir denn auch heute noch Verheißung haben über unser tägliches Brot. Andere betrafen damals und betreffen jetzt noch himmlische und ewige Dinge: nämlich die Gnade Gottes, die Vergebung der Sünde und das ewige Leben durch den Glauben an Jesum Christum. Es hatten aber die Alten nicht nur äußere oder irdische Verheißungen, sondern auch geistige und himmlische in Christo. Denn Petrus spricht: Nach welcher Seligkeit haben gesucht und geforscht die Propheten, die von der Gnade geweissagt haben, welche auf uns kommen sollte (1 Petr. 1, 10). Daher sagt auch der Apostel Paulus: Das Evangelium sei zuvor verheißen durch seine Propheten in der heiligen Schrift (Röm. 1, 2). Daraus erhellet, daß die Alten nicht gänzlich des Evangeliums ermangelt haben.

Ob schon auf diese Weise die Väter in den Schriften der Propheten das Evangelium hatten, wodurch sie das Heil in Christo durch den Glauben ergriffen, so wird doch im eigentlichen Sinne Evangelium genannt jene frohe, beseligende Botschaft, welche zuerst durch Johannes den Täufer, dann durch Christum den Herrn selbst, hierauf durch seine Apostel und ihre Nachfolger der Welt ist verkündigt worden: „daß Gott jetzt erfüllet habe, was er vom Anfange verheißen, und gesandt, ja geschenkt habe seinen einigen Sohn und in ihm die Versöhnung mit dem Vater, die Vergebung der Sünden, alle Fülle und das ewige Leben.“

Die von den vier Evangelisten geschriebene Geschichte, welche darstellt, wie dies geschehen und von Christo erfüllt sei, was er gethan und gelehrt habe, und daß alle, die an ihn glauben, volle Genüge haben, heißt daher mit Recht Evangelium. Auch die Predigt und Schrift der Apostel, worin sie uns darlegen, wie uns der Sohn vom Vater gegeben sei und in ihm alles, was zum Heil und Leben dient — auch sie heißt mit Recht evangelische Lehre, so daß sie auch heute, wenn sie lauter ist, diesen herrlichen Namen nicht verliert. Gerade diese evangelische Predigt wird

vom Apostel auch „Geist“ und „Amt des Geistes“ genannt, darum weil sie kräftig und lebendig wird durch den Glauben in den Ohren, ja in den Herzen der Gläubigen durch die Erleuchtung des heiligen Geistes. Denn der „Buchstabe“, welcher dem „Geiste“ entgegengesetzt wird, bedeutet zwar jedes Äußere, vornehmlich aber die Lehre des Gesetzes, die ohne Geist und Glaube in den Gemütern derer, die nicht im lebendigen Glauben stehen, Zorn wirkt und Sünde erzeugt. Darum wird er auch von dem Apostel ein „Amt des Todes“ genannt. Hierher gehört auch der Ausspruch des Apostels: Der Buchstabe tötet, der Geist macht lebendig (2 Kor. 3, 6). Auch die falschen Apostel predigten das Evangelium, aber durch Beimischung des Gesetzes verfälscht; als ob Christus ohne das Gesetz nicht könne selig machen. Solcherart sollen die Ebioniten, die von dem Reger Ebion abstammten, und die Nazaräer, die in alter Zeit auch Nindäer genannt wurden, gewesen sein. Diese alle verwerfen wir, indem wir das Evangelium rein predigen und indem wir lehren, daß die Gläubigen durch den Geist allein und nicht durch das Gesetz gerecht werden. Hiervon wird bald unter der Überschrift „von der Rechtfertigung“ eine ausführlichere Erklärung folgen.

Ob schon die Lehre des Evangeliums im Vergleiche mit der Gesetzeslehre der Pharisäer eine neue Lehre zu sein schien, als sie von Christo zuerst gepredigt wurde, wie auch Jeremias vom neuen Testamente geweissagt hat, so war sie doch im Grunde nicht nur alt und ist es noch (denn neu wird sie auch jetzt wieder von den Papisten gegenüber der von Rom angenommenen genannt), sondern sie ist unter allen Lehren in der Welt die älteste. Denn Gott hat von Ewigkeit vorherbestimmt, die Welt selig zu machen durch Christum, und diesen seinen ewigen Rath und Vorherbestimmung hat er der Welt durch das Evangelium geoffenbart. Daraus erhellt, daß die Religion und Lehre des Evangeliums unter allen, soviel deren je in der Welt waren, sind und sein werden, die älteste ist. Darum behaupten wir, daß alle diejenigen schmäblich irren und Reden führen, die des ewigen Rathschlusses Gottes unwürdig sind, welche die evangelische Lehre und Religion einen neu entstandenen und kaum dreißig Jahre alten Glauben nennen. Auf solche paßt jener Ausspruch des Propheten Jesaiä: Wehe denen,

die Böses gut und Gutes böse heißen; die aus Finsternis Licht und aus Licht Finsternis, aus bitter süß und aus süß bitter machen (Jes. 5, 20).

14) Von der Buße und Bekehrung des Menschen.

Mit dem Evangelium ist die Lehre von der Buße verbunden; denn also spricht der Herr im Evangelium: Christus muß predigen lassen in seinem Namen Buße und Vergebung der Sünde unter allen Völkern (Luk. 24, 47). Unter Buße aber verstehen wir die Sinnesänderung bei einem sündigen Menschen, geweckt durch das Wort des Evangeliums und den heiligen Geist und erlangt durch wahren Glauben, wobei der Sünder seine angeborne Verderbnis und alle seine durch Gottes Wort ihm vorgehaltenen Sünden erkennt, darüber von Herzen betrübt ist und sie vor Gott nicht nur beweint und voll Scham bekennet, sondern auch mit Unwillen verabscheut, ernstlich an seine Besserung, an das unausgesetzte Streben nach Unschuld und Gottseligkeit denkt und darin alle noch übrigen Tage seines Lebens sich gewissenhaft übt. Und zwar ist das die wahre Buße: nämlich eine aufrichtige Bekehrung zu Gott und allem Guten, und eine ernstliche Abkehr von dem Teufel und allem Bösen.

Wir behaupten ausdrücklich, daß solche Buße ein reines Geschenk Gottes sei und nicht das Werk unserer Kräfte. Denn der Apostel befiehlt, daß ein Knecht des Herrn strafe die Widerspenstigen, ob ihnen Gott demaleinst Buße gebe, die Wahrheit zu erkennen (2 Tim. 2, 25). Schon jene Sünderin, die des Herrn Füße mit ihren Thränen benetzt, und Petrus, der die Verleugnung seines Herrn bitterlich beweinte, zeigen deutlich, wie das Gemüt in der Buße beschaffen sein müsse, nämlich ernstlich die begangenen Sünden beweinend. Auch der verlorene Sohn und jener Zöllner im Evangelium, der dem Pharisäer gegenübergestellt wird, geben uns die passendste Anleitung, unsere Sünden Gott zu bekennen. Jener sprach: Vater, ich habe gesündigt in den Himmel und vor

dir; ich bin hinfort nicht mehr wert, daß ich dein Sohn heiße, mache mich als einen deiner Tagelöhner (Luk. 15, 19); dieser aber wagte nicht, seine Augen aufzuheben, schlug an seine Brust und rief: Gott sei mir Sünder gnädig (Luk. 18, 13)! Und wir zweifeln nicht, daß sie von Gott zu Gnaden angenommen sind, denn der Apostel Johannes spricht: So wir unsere Sünde bekennen, so ist er treu und gerecht, daß er uns die Sünden vergiebt und reinigt uns von aller Ungerechtigkeit. So wir sagen: wir haben nicht gesündigt, so machen wir ihn zum Lügner und sein Wort ist nicht in uns (1 Joh. 1, 9. 10).

Wir glauben aber, daß dies aufrichtige Bekenntnis, welches nur vor Gott geschieht, entweder insgeheim zwischen Gott und dem Sünder, oder auch öffentlich in der Kirche, wo das allgemeine Sündenbekenntnis abgelegt wird, hinreiche, und daß es nicht erforderlich sei, um Vergebung der Sünden zu erlangen, daß jemand seine Sünden dem Priester ins Ohr beichte, um dagegen von ihm unter Auflegung der Hände die Absolution zu erhalten, weil darüber weder eine Vorschrift, noch davon ein Beispiel in der Bibel vorkommt. David bezeugt und spricht: Darum bekenne ich dir meine Sünde und verhehle meine Missethat nicht. Ich sprach: Ich will dem Herrn meine Übertretung bekennen: da vergabst du mir die Missethat meiner Sünde (Ps. 32, 5). Aber auch der Herr, da er uns beten und unsere Sünden bekennen lehrte, sprach: So sollt ihr beten: Unser Vater, der du bist in den Himmeln, vergieb uns unsere Schulden, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern (Matth. 6, 12). Es ist also nötig, daß wir Gott unserm Vater unsere Sünden bekennen und daß wir uns mit unserm Nächsten versöhnen, wenn wir ihn beleidigt haben. Von solcher Art des Sündenbekenntnisses sagt der Apostel Jakobus: Bekenne einer dem andern seine Sünden (Jak. 5, 16).

Wenn aber jemand, von der Last seiner Sünden und von gefährlichen Anfechtungen gedrückt, Rat, Unterweisung und Trost von einem Diener der Kirche oder einem im Gesetz Gottes bewanderten Freunde unter vier Augen suchen will, so mißbilligen wir das nicht. Ebenso billigen wir sehr das allgemeine öftere Sündenbekenntnis, welches in der Kirche bei den gottesdienstlichen Versammlungen pflegt hergesagt zu werden, weil es der Schrift gemäß

ist. Von den Schlüsseln des Himmelreiches, die von dem Herrn den Aposteln übergeben sind, schwägt man erstaunliche Dinge, schmiedet aus ihnen Schwerter, Lanzen, Scepter und Kronen und leitet von ihnen her volle Gewalt über die größten Reiche, ja über Seelen und Leiber. Wir urteilen einfach nach Gottes Wort und sagen: Alle und jede rechtmäßig berufenen Prediger haben und gebrauchen die Schlüssel des Himmelreiches, wenn sie das Evangelium verkündigen, das ist, wenn sie das ihrer Treue befohlene Volk lehren, ermahnen, trösten, strafen und in der Zucht erhalten. Denn so öffnen sie den Folgsamen das Himmelreich und verschließen es den Unfolgsamen.

Diese Schlüssel verhiess der Herr den Aposteln (Matth. 16), und gab sie ihnen (Joh. 20. Mark. 16. Luk. 24), indem er sie aussandte und ihnen befahl, aller Welt das Evangelium zu verkündigen und die Sünde zu erlassen. Der Apostel sagt (2 Kor. 5, 18): Der Herr habe ihnen gegeben das Amt, das die Versöhnung predigt; und bald darauf erklärt er (B. 19), worin es besteht, indem er spricht; die Predigt oder das Wort von der Versöhnung. Noch deutlicher erläutert er diese seine Worte, indem er hinzufügt, daß die Diener Christi in seinem Namen ihres Auftrages sich entledigen, so daß gleichsam Gott selbst durch die Diener das Volk ermahnt, sich mit Gott zu versöhnen, nämlich durch treuen Gehorsam. Sie gebrauchen also diese Schlüssel, wenn sie Buße und Glauben empfehlen. So versöhnen sie mit Gott; so erlassen sie die Sünden; so schließen sie das Himmelreich auf und führen die Gläubigen hinein. Sehr verschieden von denen, von welchen der Herr im Evangelium sprach: Wehe euch Schriftgelehrten, die ihr den Schlüssel der Erkenntnis habt. Ihr kommt nicht hinein und wehret denen, so hinein wollen (Luk. 11, 52).

Rechtmäßig und wirksam sprechen also die Diener Gottes, indem sie das Evangelium Christi und in demselben die Vergebung der Sünden, welche allen einzelnen Gläubigen verheißen ist, verkündigen und bezeugen, daß sie jedem einzelnen, wie sie auch einzeln getauft worden, eigens zukomme. Wir meinen nicht, daß diese Erlassung dadurch kräftiger werde, daß man sie jemandem ins Ohr, oder jedem einzelnen auf das Haupt murmle. Wir halten aber dafür, daß die Vergebung der Sünde in dem Blute Christi

den Menschen fleißig angekündigt werden müsse und die einzelnen ermahnt werden sollen, daß die Sündenvergebung sie persönlich angehe. Wie wachsam und fleißig übrigens die Bußfertigen sein müssen im Eifer des neuen Wandels, in der Ertötung des alten und Erweckung des neuen Menschen, das lehren uns die evangelischen Beispiele. Der Herr spricht zum Sichtbrüchigen, den er geheilt hatte: Siehe, du bist gesund worden; sündige hinfort nicht mehr, daß dir nicht etwas Ärgeres widerfahre (Joh. 5, 14), und zu der freigesprochenen Ehebrecherin sagt er: Gehe hin und sündige hinfort nicht mehr (Joh. 8, 11).

Mit diesen Worten hat er freilich nicht sagen wollen, es sei möglich, daß der Mensch, so lange er in diesem Fleische ist, nicht mehr sündige, sondern er empfiehlt Wachsamkeit und sorgsamem Eifer, daß wir auf alle Weise uns bestreben und von Gott uns im Gebete erflehen, daß wir nicht wieder in die Sünden zurückfallen, aus welchen wir gleichsam erstanden sind, und daß wir nicht überwunden werden vom Teufel, von der Welt und unserm Fleisch. Zachäus der Zöllner, vom Herrn begnadigt, ruft im Evangelium aus: Siehe Herr, die Hälfte meiner Güter gebe ich den Armen, und so ich jemand betrogen habe, das gebe ich vierfältig wieder (Luk. 19, 8). Auf gleiche Weise nun predigen wir, daß Wiedererstattung und Barmherzigkeit und Almosen den wahrhaft Bußfertigen unerläßlich sei, und überhaupt ermahnen wir alle mit den Worten des Apostels: So laßt nun die Sünde nicht herrschen in eurem sterblichen Leibe, ihr Gehorsam zu leisten in seinen Lüsten. Auch begehbet nicht der Sünde eure Glieder zu Waffen der Ungerechtigkeit, sondern begehbet euch selbst Gott, als die da aus dem Tode lebendig sind, und eure Glieder Gott zu Waffen der Gerechtigkeit (Röm. 6, 12. 13).

Demnach verwerfen wir die gottlosen Reden einiger, welche die evangelische Predigt mißbrauchen und sagen: Leicht ist die Rückkehr zu Gott. Christus hat alle Sünden gesühnt. Leicht ist die Sündenvergebung. Was schadet's, wenn wir sündigen? Man brauche um die Buße nicht allzu besorgt zu sein u. s. w. Wir lehren indessen immer, sowohl daß allen Sündern der Zugang zu Gott offen stehe, als auch, daß er den Gläubigen alle Sünden vergebe, ausgenommen jene eine Sünde wider den heiligen Geist.

Daher verwerfen wir die alten und neuen Novatianer und Katharer. Vornehmlich verwerfen wir die einträgliche Lehre des Papstes von der Buße und gegen seine Simonie und Simonischen Ablassse wenden wir das Urteil Petri über Simon an: Daß du verdammet werdest mit deinem Gelde, daß du meinst, Gottes Gabe werde durch Geld erlangt. Du wirst weder Teil noch Anfall haben an diesem Worte; denn dein Herz ist nicht rechtschaffen vor Gott (Apg. 8, 20. 21). Wir mißbilligen auch die, welche durch eigene Genugthuungen für begangene Sünden glauben genugthun zu können. Denn wir lehren, Christus allein sei durch seinen Tod und Leiden für alle Sünder die Genugthuung, Versöhnung und Sühnung: wobei wir jedoch, wie gesagt, auf Ertötung des Fleisches zu dringen nicht aufhören und noch besonders hinzufügen, daß man sie Gott nicht als eine Genugthuung für die Sünde stolz aufzählen, sondern sie in Demut üben müsse im Geiste der Kinder Gottes als neuen Gehorsam, aus Dankbarkeit für die durch den Tod und die Genugthuung des Sohnes Gottes empfangene Erlösung und vollgültige Genugthuung.

15) Von der wahren Rechtsfertigung der Gläubigen.

Rechtsfertigen heißt nach dem Apostel in der Abhandlung von der Rechtsfertigung: Sünden erlassen, von Schuld und Strafe lossprechen, zu Gnaden annehmen und für gerecht erklären. Denn in dem Briefe an die Römer sagt der Apostel: Gott ist hier, der da gerecht macht, wer will verdammen (Röm. 8, 33)? So wird die Rechtsfertigung der Verdammnis entgegengesetzt. Und in der Apostelgeschichte sagt er: So sei es euch nun kund, liebe Brüder, daß euch verkündigt wird Vergebung der Sünden durch Christum und von all' dem, durch welches ihr nicht konntet im Gesetz Moses gerecht werden. Wer aber an diesen glaubet, der ist gerecht (Apg. 13, 38). Denn auch im Gesetz und in den Propheten lesen wir: Wenn ein Hader ist zwischen Männern, so soll man sie vor Gericht bringen und sie richten und den Gerechten Recht sprechen

und den Gottlosen verdammen (5 Mos. 25, 1). Und: Wehe denen, die den Gottlosen Recht sprechen um Geschenke willen (Jes. 5, 23).

Es ist aber ganz gewiß, daß wir alle von Natur Sünder sind und Gottlose und vor dem Richterstuhl Gottes der Übertretung schuldig und des Todes würdig; daß wir aber gerechtfertigt, das heißt von der Sünde und dem Tod freigesprochen werden durch Gott den Richter, verdanken wir allein der Gnade Christi, nicht unserem Verdienste. Denn was ist einleuchtender als was Paulus sagt: Sie sind allzumal Sünder und mangeln des Ruhmes, den sie an Gott haben sollten, und werden ohne Verdienst gerecht aus seiner Gnade durch die Erlösung, so durch Christum Jesum geschehen ist (Röm. 3, 23. 24). Denn Christus hat die Sünden der Welt auf sich genommen und getragen und der göttlichen Gerechtigkeit genuggethan. Gott ist also lediglich nur um Christi des Gestorbenen und Auferstandenen willen gnädig bei unseren Sünden, und rechnet sie uns nicht zu, sondern rechnet uns die Gerechtigkeit Christi zu als unsere eigene; so daß wir nicht nur gewaschen und gereinigt von der Sünde oder heilig, sondern auch beschenkt sind mit der Gerechtigkeit Christi und somit freigesprochen von Sünde und Tod oder Verdamnis, gerecht und Erben des ewigen Lebens. Eigentlich zu reden, Gott allein macht uns gerecht und zwar nur um Christi willen, indem er uns nicht unsere, sondern seine Gerechtigkeit zurechnet. Weil wir aber diese Rechtfertigung empfangen nicht durch Werke, sondern durch den Glauben an Gottes Barmherzigkeit und an Christum, so lehren und glauben wir mit dem Apostel, daß der sündige Mensch gerecht werde allein durch den Glauben an Christum, nicht durch das Gesetz oder durch irgendwelche Werke. Denn der Apostel sagt: So halten wir es nun, daß der Mensch gerecht werde ohne des Gesetzes Werke, allein durch den Glauben (Röm. 3, 28). Ferner: Ist Abraham durch die Werke gerecht, so hat er wohl Ruhm, aber nicht vor Gott. Was sagt denn die Schrift? Abraham hat Gott geglaubt und das ist ihm zur Gerechtigkeit gerechnet. Dem, der nicht mit Werken umgeht, glaubet aber an den, der die Gottlosen gerecht macht, dem wird seine Glaube gerechnet zur Gerechtigkeit (Röm. 4, 2—5). Und wiederum: Aus Gnaden seid ihr

selig geworden durch den Glauben, und dasselbige nicht aus euch, Gottes Gabe ist es. Nicht aus den Werken, auf daß sich nicht jemand rühme (Eph. 2, 8. 9). Weil nun der Glaube Christum als unsere Gerechtigkeit ergreift und der Gnade Gottes in Christo alles zuschreibt, so wird dem Glauben die Rechtfertigung beigelegt, insbesondere um Christi willen und nicht darum, weil sie unser Werk ist. Denn sie ist ein Geschenk Gottes.

Übrigens zeigt der Herr vielfältig, daß wir Christum durch den Glauben aufnehmen (seiner teilhaftig werden), bei Johannes Kap. 6, indem er essen für glauben und glauben für essen gebraucht. Denn wie wir durch essen die Speise in uns aufnehmen, so werden wir auch Christi durch den Glauben teilhaftig. Wir teilen darum die Wohlthat der Rechtfertigung nicht und schreiben sie nicht theils der Gnade Gottes, theils uns selbst, unseren Werken oder Verdiensten zu, sondern einzig und allein der Gnade Gottes in Christo durch den Glauben. Denn Gott könnten auch unsere Liebe und unsere Werke nicht gefallen, wenn sie von Ungerechten herstammten; darum müssen wir zuerst gerecht werden, ehe wir lieben oder gerechte Werke thun können.

Wahrhaft gerecht werden wir, wie gesagt, durch den Glauben an Christum aus reiner Gnade Gottes, der uns nicht die Sünde, sondern die Gerechtigkeit Christi und so auch den Glauben an ihn als unsere Gerechtigkeit zurechnet. Überdies leitet offenbar der Apostel die Liebe von dem Glauben her, indem er spricht: Die Hauptsumme des Gebots ist Liebe von reinem Herzen und von gutem Gewissen und von ungefärbtem Glauben (1 Tim. 1, 5). Darum reden wir hier nicht von dem eingebildeten, von dem leeren, müßigen oder toten Glauben, sondern von dem lebendigen und lebendigmachenden, der durch Christum (der das Leben ist und lebendig macht, wer ihn ergreift) lebendig ist und heißt und sich als lebendig durch lebendige Werke bewährt.

Gegen diese unsere Lehre streitet auch Jakobus nicht, da er von einem eiteln und toten Glauben redet, dessen etliche sich rühmten, ohne daß Christus durch den Glauben in ihnen lebte. Er behauptet: daß man durch die Werke gerecht werde, ohne dem Apostel Paulus zu widersprechen (sonst müßte er verworfen werden); er zeigt vielmehr, daß Abraham seinen lebendigen und gerecht-

machenden Glauben durch Werke bewiesen habe. So thun alle Frommen, die dennoch Christo allein vertrauen und nicht auf ihre Werke. — Das bestätigt auch der Apostel: Ich lebe aber, doch nun nicht ich, sondern Christus lebet in mir. Denn was ich jetzt lebe im Fleische, das lebe ich in dem Glauben des Sohnes Gottes, der mich geliebet hat und sich selbst für mich dargegeben. Ich werfe nicht weg die Gnade Gottes; denn so durch das Gesetz die Gerechtigkeit kommt, so ist Christus vergeblich gestorben (Gal. 2, 20. 21).

16) Von dem Glauben, den guten Werken, ihrem Lohn und dem Verdienste des Menschen.

Der christliche Glaube ist nicht eine Meinung oder menschliche Einbildung, sondern das zuversichtlichste Vertrauen und eine klare und beständige Zustimmung des Gemütes, endlich das gewisseste Ergreifen der in der heiligen Schrift und dem apostolischen Glaubensbekenntnisse dargelegten Wahrheit Gottes, folglich das Ergreifen Gottes selbst als des höchsten Gutes, und insbesondere der göttlichen Verheißung und Christi, der da ist die Vollendung aller Verheißung. Dieser Glaube aber ist rein ein Geschenk Gottes, das Gott allein aus Gnade seinen Erwählten nach Verhältnis, wann, wenn, wie groß und wie viel er will, schenket, und zwar durch den heiligen Geist, mittelst der Predigt des Evangeliums und eines gläubigen Gebets. Dieser Glaube hat auch seine Zunahme, aber auch diese ist ein Geschenk Gottes, sonst hätten die Apostel nicht gesagt: Herr, stärke uns den Glauben (Luk. 17, 5).

Das alles, was wir bisher von dem Glauben gesagt haben, haben vor uns die Apostel gelehret. Denn Paulus sagt: Es ist aber der Glaube eine gewisse Zuversicht des, das man hofft und nicht zweifelt an dem, das man nicht sieht (Hebr. 11, 1). Und an einer andern Stelle: Denn alle Verheißungen Gottes sind Ja in Christo und sind Amen in ihm (2 Kor. 1, 20). Den Philippinern sagt er, es sei ihnen gegeben, daß sie an Christum glau-

ben (Phil. 1, 29). Und: Gott hat ausgeteilt das Maß des Glaubens (Röm. 12, 3). Ferner: Der Glaube ist nicht jedermanns Ding (2 Theff. 3, 2); sie sind nicht alle dem Evangelium gehorsam (Röm. 10, 16). Lukas zeugt und spricht: Es wurden gläubig wie viele ihrer zum ewigen Leben verordnet waren (Apg. 13, 48). Daher nennt auch Paulus den Glauben einen Glauben der Auserwählten Gottes (Tit. 1, 1), und wiederum: So kommt der Glaube aus der Predigt, das Predigen aber durch das Wort Gottes (Röm. 10, 17). An mehreren anderen Stellen befehlt er, um den Glauben zu beten. Derselbe Apostel nennt den Glauben wirksam und durch die Liebe thätig (Gal. 5, 6). Er giebt Friede dem Gewissen und öffnet freien Zugang zu Gott, daß wir mit Vertrauen zu ihm treten und erlangen, was nützlich und nötig ist. Er erhält uns in der Pflicht, die wir Gott und dem Nächsten schuldig sind, stärkt in Widerwärtigkeiten die Geduld, bildet und belebt das Bekenntnis, mit einem Worte, er erzeugt alle Arten von guten Früchten und Werken. Denn wir lehren, daß wahrhaft gute Werke aus dem lebendigen Glauben erwachsen durch den heiligen Geist und von den Gläubigen gethan werden nach dem Willen und der Regel des Wortes Gottes. Denn der Apostel Petrus sagt: So wendet alle euren Fleiß daran und reichet dar in eurem Glauben Tugend und in der Tugend Bescheidenheit u. s. w. (2 Petr. 1, 5. 7).

Wir haben aber oben gesagt, daß das Gesetz Gottes, welches Gottes Wille ist, uns eine Anweisung gebe zu guten Werken. Und der Apostel sagt: Das ist der Wille Gottes, eure Heiligung, daß ihr meidet die Hurerei und niemand zu weit greife noch vorzueile seinen Bruder im Handel (1 Theff. 4, 3. 6). Denn Gott gefallen nicht Werke und nach unserem Gutdünken erwählte Dienste, welche Paulus selbsterwählte Frömmigkeit (Kol. 2, 18) nennt. Davon sagt der Herr im Evangelium: Sie dienen mir umsonst, dieweil sie lehren solche Lehren, die nichts denn Menschengebote sind (Matth. 15, 9). Wir verwerfen daher solche Werke; billigen aber und dringen auf solche, die nach dem Willen und Befehl Gottes sind. Sie müssen geschehen, nicht daß wir mit ihnen das ewige Leben verdienen, weil das ewige Leben, wie der Apostel sagt, Gottes Gabe ist, nicht zur Prahlerei, die der Herr gleichfalls

verwirft, sondern zur Ehre Gottes, um unseren Beruf zu zieren, um Gott Dank zu erweisen und dem Nächsten zu nützen. Denn wiederum sagt der Herr im Evangelium: Also laffet euer Licht leuchten vor den Leuten, daß sie eure guten Werke sehen und euren Vater im Himmel preisen (Matth. 5, 16). Und der Apostel Paulus: Wandelt wie sich's gebühret eurem Berufe (Ephes. 4, 1). Ferner: Was ihr thut mit Worten oder mit Werken, das thut alles in dem Namen des Herrn Jesu und danket Gott und dem Vater durch ihn (Kol. 3, 17). Ferner: Ein jeglicher sehe nicht auf das Seine, sondern auf das, das des Andern ist (Phil. 2, 4). Und: Laß aber auch die Unfern lernen, daß sie im Stande guter Werke sich finden lassen, wo man ihrer bedarf, auf daß sie nicht unfruchtbar seien (Tit. 3, 14).

Obgleich wir also mit dem Apostel lehren, daß der Mensch gerecht werde durch den Glauben an Christum und nicht durch irgendwelche gute Werke, so verachten oder verwerfen wir darum die guten Werke nicht, da wir wissen, daß der Mensch durch den Glauben weder geschaffen noch wiedergeboren sei, damit er unthätig sei, sondern vielmehr, daß er unablässig thue, was gut und nützlich ist. Denn im Evangelium sagt der Herr: Ein guter Baum bringt gute Früchte (Matth. 7, 17), ferner: Wer in mir bleibt, der bringt viele Frucht (Joh. 15, 5). Der Apostel spricht: Denn wir sind Gottes Werk, geschaffen in Christo Jesu zu guten Werken, zu welchen Gott uns zuvor bereitet hat, daß wir darinnen wandeln sollen (Ephes. 2, 10). Und wiederum: Der sich selbst für uns gegeben hat, auf daß er uns erlösete von aller Unge rechtigkeit und reinigte ihm selbst ein Volk zum Eigentum, das fleißig wäre zu guten Werken (Tit. 2, 14).

Wir verwerfen also alle die, welche die guten Werke verachten oder die alberne Rede führen, daß sie unnütz wären und man sich nicht darum zu kümmern habe. Indessen sind wir nicht, wie vorher gesagt, der Meinung, daß wir durch die guten Werke selig werden, auch nicht, daß sie zur Seligkeit so nötig sind, daß ohne sie kein Mensch selig werden könne; denn allein durch die Gnade und die Wohlthat Christi werden wir selig. Die Werke gehen notwendigerweise aus dem Glauben hervor und uneigentlich wird ihnen die Seligkeit zugeschrieben, da es eigentlich der Gnade

zuzuschreiben ist. Denn sehr bekannt ist jener Spruch des Apostels: Ist es aber aus Gnaden, so ist es nicht aus Verdienst der Werke, sonst würde Gnade nicht Gnade sein. Ist es aber aus Verdienst der Werke, so ist die Gnade nichts; sonst wäre Verdienst nicht Verdienst (Röm. 11, 6).

Die Werke aber, welche von uns aus Glauben geschehen, gefallen Gott und werden von ihm gebilligt, weil diejenigen Gott gefallen, welche wegen des Glaubens an Christum gute Werke thun, Werke, die übrigens durch den heiligen Geist aus der Gnade Gottes gethan werden. Denn Petrus sagt: In allerlei Völkern, wer ihn fürchtet und recht thut, der ist ihm angenehm (Apg. 10, 35). Und Paulus: Verhalben hören wir nicht auf für euch zu beten . . ., daß ihr wandelt würdiglich dem Herrn zu allem Gefallen und fruchtbar seid in allen guten Werken (Kol. 1, 9. 10). Wir lehren daher ernstlich wahre, nicht falsche oder philosophische Tugenden, sondern wahrhaft gute Werke und eigentümlich christliche Pflichten, und schärfen sie allen mit allem uns möglichem Fleiß und Eifer ein, indem wir die Trägheit und Heuchelei aller derer tadeln, welche das Evangelium mit dem Munde loben und bekennen, es aber mit schändlichem Leben entehren, und halten ihnen dabei ermahnend, tröstend und strafend die schrecklichen Drohungen, aber auch die großen Verheißungen und den reichen Lohn Gottes vor. Denn wir lehren auch, daß Gott denen, die Gutes wirken, reichen Lohn gebe, nach dem Ausspruche des Propheten: Laß dein Schreien und Weinen, denn deine Arbeit wird wohl belohnt werden (Jerem. 31, 16). Auch im Evangelium sagt der Herr: Seid fröhlich und getrost; es wird euch im Himmel wohl belohnt werden (Matth. 5, 12). Und wer dieser Geringsten einen nur mit einem Becher kalten Wassers tränket in eines Jüngers Namen, wahrlich ich sage euch, es wird ihm nicht unbelohnt bleiben (Matth. 10, 42).

Wir schreiben aber diesen Lohn, den der Herr giebt, nicht dem Verdienst des Menschen zu, welcher ihn empfängt, sondern der Güte oder Milde und Wahrhaftigkeit des verheißenden und gebenden Gottes, welcher, da er niemand etwas schuldig ist, dennoch verheißt hat, daß er seinen getreuen Verehrern den Lohn geben wolle und ihn denselben auch wirklich giebt, daß sie ihn preisen.

Übrigens findet sich an den Werken der Heiligen manches, was Gottes nicht würdig und vieles was unvollkommen ist. Weil aber Gott die, welche die Werke thun, um Christi willen in Gnaden aufnimmt, so reicht er ihnen den verheißenen Lohn. Denn irgendwo wird unsere Gerechtigkeit mit einem unflätigen Kleide (Jes. 64, 6) verglichen. Auch der Herr sagt im Evangelium: Wenn ihr alles gethan habt, was euch befohlen ist, so spricht: wir sind unnütze Knechte; wir haben gethan, das wir zu thun schuldig waren (Luk. 17, 10).

Obgleich wir also lehren, daß unsere guten Werke von Gott belohnt werden, so lehren wir doch auch mit Augustin, daß Gott an uns nicht unsere Verdienste, sondern seine Gaben kröne. Und folglich sagen wir von allem Lohn, den wir empfangen, daß er Gnade sei, und zwar mehr Gnade als Lohn, weil, was wir Gutes thun, wir mehr durch Gott, als durch uns selbst thun, weshalb auch Paulus spricht: Was hast du aber, das du nicht empfangen hast? So du es aber empfangen hast, was rühmest du dich denn, als der es nicht empfangen hätte (1 Kor. 4, 7)? Und hieraus folgert der selige Märtyrer Cyprianus: Wir hätten uns in nichts zu rühmen, weil nichts unser sei. Wir verwerfen daher alle, welche die Verdienste des Menschen so in Schutz nehmen, daß die Gnade Gottes überflüssig wird.

17) Von der allgemeinen und heiligen Kirche und dem alleinigen Haupte derselben.

Da Gott von Anfang an die Menschen selig machen und zur Erkenntnis der Wahrheit kommen lassen wollte, so folgt daraus, daß von jeher dagewesen, jetzt dasein und bis ans Ende der Welt bleiben müsse eine Kirche, das ist, eine aus der Welt berufene und gesammelte Gemeinde der Gläubigen, eine Gemeinschaft der Heiligen nämlich, welche den wahren Gott in Christo dem Heiland durch das Wort und den heiligen Geist wahrhaft erkennen und recht verehren, und endlich an allen Gütern, welche in Christo

umsonst dargeboten werden, im Glauben teilnehmen. Sie alle sind Bürger einer Stadt, lebend unter demselben Herrn, unter denselben Gesetzen, in derselben Teilnahme an allen Gütern. Dieselben nennt also der Apostel Mitbürger der Heiligen und Hausgenossen Gottes (Ephes. 2, 19). Heilig werden die Gläubigen auf Erden genannt, weil sie durch das Blut des Sohnes Gottes geheiligt sind. Von diesen ist zu verstehen der Artikel des Glaubensbekenntnisses: „Ich glaube eine heilige, allgemeine Kirche, die Gemeinschaft der Heiligen.“

Und da immer nur ein Gott ist, ein Mittler zwischen Gott und den Menschen, Jesus, der Messias, und ein Hirte der ganzen Herde, ein Haupt eines Körpers, ein Geist endlich, eine Seligkeit, ein Glaube, ein Testament oder ein Bund: so folgt notwendig, daß auch nur eine Kirche ist, welche wir darum die allgemeine nennen, weil sie allgemein und verbreitet ist - in alle Teile der Welt und sich auf alle Zeiten erstreckt, durch keinen Ort und durch keine Zeit beschränkt. Wir verwerfen also die Donatisten, welche die Kirche in wer weiß welche enge Winkel von Afrika einschlossen. Auch billigen wir den römischen Alerus nicht, welcher die römische Kirche allein für die allgemeine ausgiebt.

Zwar teilt sich die Kirche in verschiedene Parteien oder Formen, nicht daß sie in sich geteilt oder zerrissen wäre, sondern mehr wegen der Verschiedenheit ihrer Glieder. Denn einige machen die streitende und andere die triumphirende Kirche aus. Jene streitet noch auf Erden und kämpft mit dem Fleisch, mit der Welt und mit dem Fürsten der Welt, dem Teufel, mit der Sünde und dem Tod. Diese, schon mit der Palme beschenkt, triumphirt im Himmel über alles, was sie überwunden hat, und jauchzet vor dem Herrn. Nichtsdestoweniger haben beide unter sich Gemeinschaft und Verbindung. Und die streitende Kirche hat auf der Erde von jeher mancherlei besondere Kirchen, die aber alle zu der Einheit der allgemeinen Kirche gezählt werden. Sie war anders gestaltet vor dem Gesetz unter den Patriarchen, anderes unter Moses durch das Gesetz, anders von Christo durch das Evangelium. Gewöhnlich zählt man zwei Völker, nämlich die Israeliten und die Heiden, oder diejenigen, welche aus den Juden und aus den Heiden gesammelt sind, zur Kirche; ebenso zwei Testamente, das alte und

das neue. Für alle diese Völker gab und giebt es aber nur eine Gemeinheit, ein Heil in dem einen Messias, in welchem sie wie Glieder eines Leibes unter einem Haupte alle verbunden werden, in demselben Glauben, auch an derselben göttlichen Speise und an demselben geistlichen Tranke teilnehmen.

Hierbei erkennen wir jedoch, daß es verschiedene Zeiten gegeben hat und verschiedene Glaubensbekenntnisse (Symbola) des verheißenen und gesandten Messias, und daß nach Aufhebung der Zeremonieen uns ein helleres Licht leuchtet und reichere Gaben und eine vollere Freiheit uns verliehen sind. Diese heilige Kirche Gottes wird genannt das Haus des lebendigen Gottes, erbaut aus lebendigen und geistlichen Steinen, gegründet auf einem unbeweglichen Felsen, auf einem Grund, außer dem kein anderer gelegt werden kann, weshalb sie auch Pfeiler und Grundfeste der Wahrheit genannt wird (1 Tim. 3, 15). Sie irret nicht, solange sie auf dem Felsen, Christus, und auf dem Grund der Propheten und der Apostel ruht. Aber es ist nicht zu verwundern, daß sie irret, so oft sie sich von dem entfernt, der allein die Wahrheit ist. Die Kirche wird auch genannt Jungfrau und Braut Christi und zwar die einige und geliebte. Der Apostel sagt: Denn ich habe euch vertrauet einem Manne, daß ich eine reine Jungfrau Christo zubrächte (2 Kor. 11, 2). Auch heißt die Kirche die „Herde der Schafe“ unter einem Hirten, Christo, und zwar bei Ezechiel 34 und bei Johannes 10. Endlich heißt sie auch der Leib Christi, weil die Gläubigen lebendige Glieder Christi sind, unter Christus als dem Haupte.

Das Haupt ist das Vorzüglichste an dem Leibe; von ihm aus fließt das Leben in den Körper, durch dessen Geist werden alle Teile regiert, von ihm geht aus Wachstum und Gedeihen. Es kann nur ein einziges Haupt zum Leibe sich schicken. Darum kann auch die Kirche kein anderes Haupt haben als Christum. Denn wie die Kirche ein geistiger Leib ist, so muß sie ein ihr entsprechendes, nämlich ein geistliches Haupt haben. Sie kann durch keinen andern Geist regieret werden, als durch den Geist Christi. Auch Paulus sagt: Er ist das Haupt des Leibes, nämlich der Gemeinde, welcher ist der Anfang und der erstgeborne von den Toten, auf daß er in allen Dingen den Vorgang habe (Kol.

1, 8). Und ein anderes Mal: Christus ist das Haupt der Gemeinde und er ist seines Leibes Heiland (Ephes. 5, 23). Und wiederum: Gott hat ihn gesetzt zum Haupte der Gemeinde über alles, welche da ist sein Leib, nämlich die Fülle des, der alles in allem erfüllet (Ephes. 1, 22. 23). Ferner: Lasset uns wachsen in allen Stücken an dem, der das Haupt ist, Christus, aus welchem der ganze Leib zusammengefüget und ein Glied am andern hängt (Ephes. 4, 15. 16).

Wir billigen daher nicht die Lehre des römischen Alerus, welcher seinen römischen Bischof zum allgemeinen Hirten und Oberhaupt der streitenden Kirche auf Erden, sogar zum wirklichen Stellvertreter Christi macht, der, wie sie sagen, die vollste Gewalt und die oberste Herrschaft habe. Denn wir lehren, daß Christus der Herr sei und der alleinige allgemeine Hirte bleibe, der Hohenpriester vor Gott dem Vater, daß er selbst in der Kirche alles Priester- und Hirtenamt bis an das Ende dieser Welt verwalte und daß er deshalb keines Stellvertreters bedürfe, den nur ein Abwesender hat. Christus aber ist seiner Kirche gegenwärtig und ihr belebendes Haupt. Er hat seinen Aposteln und Nachfolgern das Primat und die Herrschaft in der Kirche auf das strengste verboten. Alle, welche dieser einleuchtenden Wahrheit widersprechen und widerstreben, die müssen (wer sieht das nicht ein?) beigezählt werden denen, von welchen die Apostel Christi, Petrus (2 Petr. 2, 1) und Paulus (Apg. 20, 29. 2 Kor. 11, 2. 2 Thess. 2, 3 u. ä.), weissagen.

Durch Verwerfung des römischen Oberhauptes führen wir jedoch keine Unordnung und Verwirrung in die Kirche ein; denn wir lehren, daß die Regierung der Kirche, wie sie von den Aposteln stammt, uns genüge, um die Kirche in rechter Ordnung zu erhalten; um so mehr als die Kirche im Anfang, da sie eines solchen römischen Oberhauptes mangelte, von dem jetzt gesagt wird, daß es dieselbe in Ordnung halte, keineswegs ungeordnet und regellos war. Das römische Haupt bewahrt zwar seine Herrschaft und das in die Kirche eingeführte Verderben; aber es hindert auch zuweilen, belämpft und zerstört aus allen Kräften eine gerechte Verbesserung der Kirche.

Man wirft uns vor, daß in unseren Kirchen, seitdem sie sich

von der römischen Kirche getrennt haben, mancherlei Streitigkeiten und Parteiungen entstünden, mithin dieselben keine wahren Kirchen seien. Als ob es in der katholischen Kirche niemals Selten gegeben, niemals Trennungen und Kämpfe und zwar über die Religion, nicht nur in den Schulen, sondern auf den Kanzeln und in der Mitte des Volkes! Wir wissen, daß der Apostel gesagt hat: Gott ist nicht ein Gott der Unordnung, sondern des Friedens (1 Kor. 14, 33) und: Sientemal Eifer und Zank und Zwietracht unter euch sind, seid ihr denn nicht fleischlich (1 Kor. 3, 3)? Allein es kann nicht geleugnet werden, daß auch in der apostolischen Kirche Streitigkeiten und Trennungen vorkamen, trotzdem Gott in der apostolischen Kirche und die apostolische die wahre Kirche war. Paulus tadelt den Apostel Petrus und von jenem trennt sich Barnabas. Ein ernstler Streit entsteht in der Gemeinde zu Antiochien unter denen, die einen Christum predigten, wie Lukas in der Apostelgeschichte 15 erzählt.

Ernstle Streitigkeiten gab es immer in der Kirche und die berühmten Kirchenlehrer waren mitunter verschiedener Meinung über wichtige Dinge, ohne daß indessen wegen dieser Streitigkeiten die Kirche aufhörte zu sein, was sie war. Denn es ist Gottes Wohlgefallen, kirchliche Streitigkeiten zu gebrauchen zu seines Namens Ehre und zur Verherrlichung der Wahrheit, auch damit die, welche bewährt sind, offenbar werden. Wie wir übrigens kein Kirchenhaupt außer Christo anerkennen, so erkennen wir auch nicht jedwede Kirche für die wahre an, die sich selbst für die wahre ausgiebt; sondern wir lehren, nur diejenige sei die wahre Kirche, an der die Zeichen und Merkmale der wahren Kirche gefunden werden. Vornehmlich die rechte und lautere Predigt, wie sie uns überliefert ist in den Büchern der Propheten und Apostel, die alle auf Christus hinführen, der im Evangelio spricht: Meine Schafe hören meine Stimme und ich kenne sie und sie folgen mir und ich gebe ihnen das ewige Leben. Einem Fremden aber folgen sie nicht, sondern fliehen vor ihm, denn sie kennen der Fremden Stimme nicht (Joh. 10, 1—5).

Die so beschaffen sind in der Kirche, die haben einen Glauben, einen Geist und beten daher nur einen Gott an, verehren ihn allein im Geist und in der Wahrheit, lieben ihn allein von ganzem

Herzen und aus allen Kräften, rufen ihn allein an durch den alleinigen Mittler und Fürsprecher, Christum, und suchen außer Christo und dem Glauben an ihn keine Gerechtigkeit und kein Leben; weil sie Christum allein als das Haupt und den Grund der Kirche anerkennen und auf ihn gegründet sich täglich durch Buße erneuern, mit Geduld das ihnen auferlegte Kreuz tragen, aber auch in ungeheuchelter Liebe mit allen Gliedern Christi verbunden bleiben und durch diese Liebe zeigen, daß sie Jünger Christi sind, beharrend in dem Bunde des Friedens und der heiligen Einheit. Zugleich nehmen sie teil an den von dem Herrn eingesetzten und von den Aposteln uns überlieferten Sacramenten und gebrauchen sie nicht anders, als wie sie dieselben von dem Herrn empfangen haben. Denn jedermann kennt den Spruch des Apostels: Ich habe es von dem Herrn empfangen, das ich euch gegeben habe (1 Kor. 11, 23).

Wir verwerfen daher jene Kirchen als der wahren Kirche Christi entfremdet, welche nicht so sind, wie wir gehört haben, daß sie sein müßten, wie sehr sie auch prahlen mögen mit der Reihenfolge der Bischöfe, der Einheit und dem Alter. Vielmehr gebieten uns die Apostel den Götzendienst und Babylon zu fliehen und nicht daran teilzunehmen, wenn wir nicht auch teilnehmen wollen an den Strafgerichten Gottes. Die Gemeinschaft mit der wahren Kirche Christi aber schätzen wir so hoch, daß wir behaupten, die können vor Gott nicht leben, welche mit ihr nicht in Gemeinschaft stehen, sondern sich von ihr trennen. Denn wie außer der Arche Noah keine Errettung möglich war, als die Welt in der Sündflut umkam, so glauben wir auch, daß außer Christo, der sich den Auserwählten in der Kirche zu genießen giebt, kein sicheres Heil zu finden sei; und daher lehren wir, daß die, welche leben wollen, sich nicht von der wahren Kirche Christi trennen dürfen.

Mit den aufgezählten Kennzeichen beschränken wir jedoch die Kirche nicht so enge, daß wir behaupteten, alle diejenigen wären außerhalb der Kirche, die entweder an den Sacramenten unfreiwillig nicht teilnehmen, ohne Verachtung derselben, vielmehr durch eine unvermeidliche Notwendigkeit gezwungen, wider ihren Willen sich derselben enthalten oder sie entbehren; oder bei denen zuweilen

der Glaube nachläßt, jedoch nicht gänzlich verlöscht oder aufhört; oder in welchen Fehler der Schwachheit und Irrtümer sich finden. Denn wir wissen, daß Gott auch in der Welt außerhalb der jüdischen Staaten noch etliche Freunde hatte. Wir wissen, was sich mit dem Volke Gottes in der babylonischen Gefangenschaft zugetragen hat, wo sie ihrer Opfer 70 Jahre entbehrten. Wir wissen, was dem verleugnenden Petrus begegnete und was täglich den von Gott erwählten Gläubigen zu widerfahren pflegt, die da irren und schwach sind. Wir wissen endlich, wie zur Zeit der Apostel die Gemeinden der Galater und Korinther beschaffen waren, bei welchen der Apostel viele und schwere Taster rügt, und doch nennt er sie heilige Kirchen Christi. Ja, es geschieht zuweilen, daß Gott aus gerechtem Gericht die Wahrheit seines Wortes und den allgemeinen Glauben und den rechten Gottesdienst so verdunkeln und erschüttern läßt, daß die Kirche beinahe vernichtet und nicht mehr vorhanden zu sein scheint, wie wir sehen, daß es zur Zeit des Elias und zu anderen Zeiten geschah. Dennoch hat Gott in dieser Welt und in diesen Dunkelheiten seine wahren Anbeter, und nicht wenige, sondern siebentausend und darüber (1 Rön. 19). Auch der Apostel ruft aus: Der feste Grund Gottes bestehet und hat dieses Siegel: Der Herr kennet die Seinen (2 Tim. 2, 19).

Daher kann auch die Kirche eine unsichtbare heißen, nicht als wären die Menschen unsichtbar, aus welchen die Kirche zusammengesetzt ist, sondern weil sie unsern Augen verborgen, Gott aber allein bekannt und dem menschlichen Urteil sich oft entzieht. Wiederum sind nicht alle, die zur Kirche gezählt werden, Heilige, lebendige und wahre Glieder derselben. Denn es giebt viele Heuchler, die äußerlich das Wort Gottes hören und öffentlich die Sakramente empfangen, Gott auch allein durch Christum anzurufen, Christum als ihre alleinige Gerechtigkeit zu bekennen, Gott zu verehren, Werke der Liebe zu üben, mit Geduld in Trübsalen eine Zeit lang zu verharren scheinen; innerlich aber ermangeln sie der wahren Erleuchtung des Geistes, des wahren Glaubens, der Lauterkeit des Herzens und der ausdauernden Beharrlichkeit. Wer und welche sie auch sein mögen, sie werden endlich entlarvt. Der Apostel Johannes sagt: Sie sind von uns ausgegangen, aber sie waren nicht von uns; denn wo sie von uns gewesen wären, so

wären sie ja bei uns geblieben (1 Joh. 2, 19). Obgleich sie der Kirche nicht angehören, so werden sie doch, da sie Frömmigkeit heucheln, zur Kirche gerechnet, gleichwie die Verräter des Gemeinwesens, bevor sie entdeckt sind, zu den Bürgern noch gezählt werden, und wie Solch oder Unkraut und Spreu unter dem Weizen gefunden wird, oder wie Kröpfe und Geschwülste am gesunden Körper sich finden, die statt wirkliche Glieder zu sein, vielmehr Krankheiten und Mißgestalten sind. Daher wird die Kirche Gottes mit Recht einem Netz verglichen, das Fische aller Art fängt, und einem Acker, worauf sich sowohl Unkraut als Weizen findet.

Hier müssen wir uns wohl hüten, daß wir nicht vor der Zeit richten und auszuschließen und wegzumerfen oder abzuschneiden suchen diejenigen, welche der Herr nicht will ausgeschlossen und weggeworfen haben, oder welche ohne Verlust der Kirche wir nicht absondern können. Wiederum muß man auch wachen, daß nicht, während die Frommen schlummern, die Gottlosen zunehmen und der Kirche schaden. Weiter lehren wir sorgfältig, daß man achten muß auf das, worin hauptsächlich die Wahrheit und Einheit der Kirche bestehe, damit wir nicht leichtlich Trennung in der Kirche anrichten und nähren. Sie besteht nicht in den Zeremonieen und äußeren Gebräuchen, sondern vielmehr in der Wahrheit und Einheit des allgemeinen Glaubens. Dieser allgemeine Glaube ist uns nicht durch menschliche Gesetze, sondern durch die heilige Schrift gegeben, deren kurzer Inhalt das apostolische Glaubensbekenntnis ist. Wir sehen also, daß bei den Alten eine mannigfaltige Verschiedenheit in den Gebräuchen stattfand in aller Freiheit und nie jemand daran gedacht habe, es würde damit die kirchliche Einheit aufgehoben. Darum sagen wir, die wahre kirchliche Einheit bestehe in den Glaubenslehren und der wahren, einmütigen Predigt des Evangeliums Christi und in den Gebräuchen, welche ausdrücklich von dem Herrn selbst geordnet sind. Wobei wir hauptsächlich den Ausspruch des Apostels einschräfen: Wie viele nun unser vollkommen sind, die laßt uns also gesinnet sein. Und sollt ihr sonst etwas halten, das laßt euch Gott offenbaren; doch so ferne, daß wir nach einer Regel, darin wir gekommen sind, wandeln und gleichgesinnt seien (Phil. 3, 15. 16).

18) Von den Dienern der Kirche, ihrer Einsetzung und ihren Pflichten.

Zur Sammlung, Begründung, Erhaltung und Regierung seiner Kirche hat Gott allezeit Diener gebraucht; er bedient sich noch derielben und wird sie ferner gebrauchen, so lange die Kirche auf Erden sein wird. Darum ist die Entstehung, Einsetzung und Wirksamkeit der Diener sehr alt und göttlichen Ursprunges, keine neue oder menschliche Anordnung. Gott könnte sich freilich kraft seiner Macht unmittelbar aus den Menschen heraus seine Kirche sammeln; aber er wollte lieber mit Menschen und durch den Dienst der Menschen dahin wirken. Folglich sind diese Diener nicht bloß als Diener durch sich selbst zu betrachten, sondern als Diener, durch welche Gott das Heil der Menschen wirkt. Deshalb erinnern wir, daß man sich hüten müsse, das, was zu unserer Belehrung und Erleuchtung gehört, also der verborgenen Wirkung des heiligen Geistes beizumessen, daß dadurch das Predigtamt überflüssig werde. Vielmehr müssen wir immer eingedenk sein der Worte des Apostels: Wie sollen sie aber glauben, von dem sie nichts gehört haben? Wie sollen sie aber hören ohne Prediger? So kommt der Glaube aus der Predigt, das Predigen aber durch das Wort Gottes (Röm. 10, 14. 17). Und dessen, was der Herr im Evangelium sagt: Wahrlich, wahrlich, ich sage euch: wer aufnimmt, so ich jemand senden werde, der nimmt mich auf; wer aber mich aufnimmt, der nimmt den auf, der mich gesandt hat (Joh. 13, 20). Und dessen, was der Mann aus Macedonien, der Paulo, da er in Asien sich aufhielt, in einem Gesichte erschien, erbat und sagte: Komm hernieder in Macedonien und hilf uns (Apg. 16, 9). Anderwärts sagt auch der Apostel: Denn wir sind Gottes Mitarbeiter, ihr seid Gottes Ackerwerk und Gottes Gebäude (1 Kor. 3, 9).

Wir müssen uns aber anderseits ebenso hüten, daß man nicht zu viel den Dienern und dem Amt beimesse, eingedenk auch hier der Worte des Herrn: Es kann niemand zu mir kommen, es sei denn, daß ihn ziehe der Vater (Joh. 6, 44). Und der Worte des Apostels: Wer ist nun Paulus? Wer ist Apollo? Diener sind sie, durch welche ihr seid gläubig geworden; und dasselbe, wie

der Herr einem jeglichen gegeben hat. Ich habe gepflanzt, Apollo begossen; aber Gott hat das Gedeihen gegeben. So ist nun, weder der da pflanzt, noch der da begießt, etwas, sondern Gott, der das Gedeihen giebt (1 Kor. 3, 5—7). Laßt uns daher glauben, daß Gott uns äußerlich durch seine Diener in seinem Worte unterweise, innerlich aber die Herzen seiner Erwählten durch den heiligen Geist zum Glauben lenke, so daß alle Ehre für diese Wohlthat Gott allein gebührt. Hiervon haben wir schon im ersten Kapitel dieser Abhandlung geredet.

Und zwar schon vom Anfang der Welt gebrauchte Gott die vortrefflichsten Menschen (obwohl einfältig in menschlicher Weisheit und Philosophie, doch ausgezeichnet in wahrer Gottesgelehrtheit), die Patriarchen nämlich, mit welchen er nicht selten durch Engel geredet hat. Denn die Erzväter waren die Propheten oder Lehrer ihres Zeitalters, welche Gott deshalb einige Jahrhunderte leben ließ, daß sie gleichsam die Väter und Leuchter der Welt wären. — Ihnen folgte Moses mit den weltberühmten Propheten. Ja, nach diesem sandte Gott seinen eingebornen Sohn, den vollkommensten Lehrer der Welt, in dem die göttliche Weisheit verborgen und auf uns gekommen ist durch die heiligste, einfachste und vollkommenste Lehre. Denn er selbst wählte sich Jünger, die er zu Aposteln ordnete. Sie aber gingen aus in alle Welt, sammelten überall Gemeinden durch die Predigt des Evangeliums, ordneten dann in allen Gemeinden der Welt Hirten und Lehrer nach dem Gebot Christi, durch deren Nachfolger er bisher die Kirche gelehrt und regiert hat. Wie also Gott dem alten Volke die Patriarchen samt Mose und den Propheten, so hat er dem Volk des neuen Testaments seinen eingebornen Sohn mit den Aposteln und Lehrern der Kirche gesandt.

Ferner werden die Diener des neuen Volkes mit verschiedenen Namen genannt, denn sie heißen Apostel, Propheten, Evangelisten, Bischöfe, Älteste, Hirten und Lehrer (1 Kor. 12, 4). Die Apostel hatten keinen festbestimmten Ort, sondern sammelten in der Welt hier und da verschiedene Gemeinden. Als diese errichtet waren, hörten die Apostel auf und ihre Stellen nahmen Hirten ein, jeder in seiner Gemeinde. Die Propheten, einst mit dem Blick in die Zukunft begabt, weissagten; aber sie erklärten auch die Schrift.

Solche Männer findet man auch noch heute. Evangelisten hießen die Verfasser der evangelischen Geschichte, aber auch die Prediger des Evangeliums; wie auch Paulus 2 Tim. 4, 5, dem Timotheus befiehlt, das Werk eines evangelischen Predigers zu thun. Die Bischöfe aber sind die Aufseher und Wächter der Kirche, welchen die Erhaltung und Verwaltung der Kirche obliegt. Die Ältesten sind Seniores, gleichsam Senatoren und Väter der Kirche, die sie mit heilsamem Räte regieren. Die Pastoren wachen über die Herde des Herrn und sorgen für ihre Bedürfnisse. Die Doktoren unterweisen und lehren den wahren Glauben und die wahre Frömmigkeit. Wir dürfen also jetzt die Diener der Kirche Bischöfe, Älteste, Hirten (Pastoren) und Doktoren nennen.

In den nachfolgenden Zeiten wurden noch viel mehr Benennungen der Diener der Kirche in die Kirche Gottes eingeführt. Einige wurden zu Patriarchen eingesetzt, andere zu Erzbischöfen, andere zu Weihbischöfen, andere zu Metropolitane, zu Erzpriestern, zu Diakonen, zu Subdiakonen, Akoluthen, Exorcisten, Sängern, Thürhütern und ich weiß nicht wozu noch alle, zu Cardinälen, Präpsten, Prioren, zu niederen und höheren Patres, zu größern und kleinern Orden. Aber um diese alle haben wir uns nicht zu bekümmern, was sie einst sein mochten und jetzt sind. Uns genügt die apostolische Lehre von den Dienern der Kirche.

Da wir nun gewiß sind, daß Mönche und Mönchs-Orden oder Setten weder von Christo, noch von den Aposteln eingesetzt sind, so lehren wir, daß solche der Kirche Gottes nicht nützlich, sondern schädlich sind. Denn obgleich sie einst zu dulden waren, als sie Einsiedler waren und niemand zur Last fielen, indem sie ihrer Hände Brot aßen und auch den Hirten der Kirche in allem als Laien gehorchten, so sieht und erkennt doch jetzt die ganze Welt, was sie sind. Sie geben wer weiß welche Gelübde vor und führen ein ihren Gelübden ganz entgegengesetztes Leben, so daß die besten unter ihnen denen beigerchnet werden müssen, von welchen der Apostel redet: Denn wir hören, daß etliche unter euch wandeln unordentlich und arbeiten nichts, sondern treiben Vornehm (2 Thess. 3, 11). Solche also haben wir nicht in unseren Kirchen und lehren, daß man sie nicht in den Kirchen Christi haben müsse.

Niemand aber darf zu der Ehre eines kirchlichen Amtes auf unerlaubte Weise gelangen, das heißt es durch Geschenke oder sonstige Schleichwege oder durch eigene Willkür an sich reißen. Die Diener der Kirche sollen gewählt und berufen werden durch rechtliche Wahl der Kirche; das ist, sie sollen feierlich von der Gemeinde oder den aus der Gemeinde dazu Deputirten in rechter Ordnung, ohne Gewühl, Zwistigkeit oder Streit gewählt werden. Es darf aber nicht ein jeder gewählt werden, sondern nur tüchtige Männer, von rechter heiliger Gelehrsamkeit, frommer Beredsamkeit, argloser Klugheit, und ausgezeichnet durch ihren sittlichen und ehrbaren Wandel, nach der apostolischen Vorschrift. (1 Tim. 3. Tit. 1) Die nun also gewählt sind, sollen von den Ältesten mit öffentlichem Gebet unter Auflegung der Hände geweiht werden. Hiermit verwerfen wir alle, welche nach eigener Willkür laufen, ohne gewählt noch gesandt oder geweiht zu sein. Wir verwerfen die untüchtigen und nicht mit den einem Hirten nötigen Gaben versehenen Diener.

Indes erkennen wir an, daß die schlichte Einfalt etlicher Hirten zuweilen der Kirche mehr Nutzen gebracht habe, als eine mannigfaltige, feine, auserlesene, aber ein wenig aufgeblasene Gelehrsamkeit anderer. Darum verwerfen wir auch heute nicht die fromme Einfalt einiger, vorausgesetzt, daß sie nicht ganz unfundig sei. Die Apostel nennen zwar alle, die an Christum glauben, Priester, aber nicht in Aufsehung des Amtes, sondern weil durch Christum alle Gläubigen Könige und Priester geworden sind und geistliche Opfer Gott darbringen können (1 Petr. 2. Offenb. 1). Das Priestertum und das Amt der Kirche sind also sehr von einander verschieden. Jenes ist allen Christen gemein, wie wir soeben gesagt haben; dieses nicht. Wir haben das Amt der Kirche nicht aufgehoben, da wir das päpstliche Priestertum aus der Kirche verbannt haben.

In dem neuen Bunde bestehet eben nicht mehr wie im alten ein Priestertum mit äußerer Salbung, heiligen Kleidern und mancherlei Ceremonieen. Das waren einst Vorbilder Christi, die er alle durch seine Erscheinung und Erfüllung aufgehoben hat. Er allein bleibt Priester in Ewigkeit (Hebr. 5, 6). Damit wir ihm nichts entziehen, legen wir keinem Diener der Kirche den Namen

Priester bei. Denn unser Herr selbst hat nirgends in der Kirche des neuen Bundes Priester geordnet, daß sie nach der vom Weibischof erhaltenen Vollmacht täglich ein Opfer, nämlich den Leib und das Blut des Herrn für die Lebendigen und die Toten darbringen, sondern daß sie lehren und die heiligen Sakramente verwalten. Paulus sagt uns ja kurz und einfach, was wir von den Dienern des Neuen Testaments oder der Kirche Christi halten und was wir ihnen zuerkennen sollen, indem er spricht: Dafür halte uns jedermann, nämlich für Christi Diener und Haushalter über Gottes Geheimnisse (1 Kor. 4, 1). Folglich will der Apostel, daß wir die Diener der Kirche als Diener ansehen sollen, *ὑπερέτας* nennt er sie, das ist untergeordnete Ruderer, die auf den Schiffseigentümer sehen, oder Menschen, die nicht sich und der eigenen Willkür, sondern andern, nämlich ihren Herren leben, von deren Befehlen sie ganz abhängen. Denn ein Diener der Kirche soll ganz und in allem seinem Thun nicht der eigenen Willkür folgen, sondern nur das verrichten, was ihm von seinem Herrn befohlen ist. Die vorliegende Stelle drückt es aus, wer der Herr sei, nämlich Christus. Ihm gehören die Diener an in allen Verrichtungen ihres Amtes.

Und damit nun vollständig dargelegt werde, worin das Amt bestehe, fügt der Apostel hinzu, die Diener seien Haushalter oder Verwalter der Geheimnisse Gottes. Geheimnisse Gottes aber nennt Paulus das Evangelium Christi an vielen Stellen, namentlich Eph. 3. Auch die Sakramente Christi nannte man in den älteren Zeiten Geheimnisse. Folglich sind die Diener der Kirche dazu berufen, das Evangelium den Gläubigen zu verkündigen und die Sakramente zu verwalten. Sonst lesen wir auch noch in dem Evangelium von dem getreuen und klugen Knecht, daß ihn der Herr setzte über sein Gefinde, daß er ihnen zur rechten Zeit gebe ihre Gebühr (Luk. 12, 42). Anderswo im Evangelium reist ein Mensch über Land und verläßt sein Haus und giebt seinem Knechte sein Vermögen oder seine Güter und jedem sein Geschäft.

Nun können wir auch füglich etwas über die Macht und die Pflicht der Diener der Kirche hinzufügen. Über diese Macht haben etliche sehr angelegentlich gestritten und ohne weiteres alles, was auf Erden ist, ihrer Gewalt unterwerfen wollen; trotz des Be-

fehles des Herrn, der den Seinigen alles Herrschen verboten und vor allem die Demut empfohlen hat (Matth. 18, 20. Luk. 22). Es giebt allerdings eine andere reine, unumschränkte und zu Recht bestehende Macht. Nach dieser Macht sind Christo, dem Herrn über alles, alle Dinge unterworfen, wie er selbst bezeugt und gesagt hat: Mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden (Matth. 28, 18); ferner: Ich bin der erste und der letzte, und siehe, ich bin lebendig von Ewigkeit zu Ewigkeit und habe die Schlüssel der Hölle und des Todes (Offenb. 1, 18); ferner: Er hat den Schlüssel Davids, der aufthut und niemand zuschließt, der zuschließt und niemand aufthut (Offenb. 3, 7).

Diese Macht hat der Herr für sich vorbehalten und überträgt sie keinem andern, um nachher müßig dabei zu stehen als Zuschauer seiner thätigen Diener. Jesaia sagt: Ich will die Schlüssel zum Hause Davids auf seine Schulter legen (Jes. 22, 22) und die Herrschaft ist auf seiner Schulter (Jes. 9, 6). Seine Herrschaft legt er nicht auf die Schultern anderer, sondern er behält und gebraucht seine Macht heute noch und regieret alles. Eine ganz andere Gewalt ist die des Amtes oder Dienstes, welcher von dem, der die volle Macht hat, ihre Grenzen gesetzt sind. Sie gleicht weit mehr einem Dienst, als einer Herrschaft. Denn ein Herr vertraut seinem Haushalter die Gewalt über sein Haus, weshalb er ihm die Schlüssel überläßt, mit denen er einlassen und ausschließen mag, welche der Herr eingelassen oder ausgeschloffen haben will. Vermöge dieser Gewalt thut der Diener von Amtes wegen, was ihn der Herr geheißen hat; und der Herr genehmigt, was sein Diener gethan, und will, daß es auch so betrachtet und anerkannt werde, als hätte er es selbst gethan. Dahin gehören jene evangelischen Aussprüche: Und ich will dir des Himmelreichs Schlüssel geben. Alles, was du auf Erden binden wirst, soll auch im Himmel gebunden sein, und alles, was du auf Erden lösen wirst, soll auch im Himmel los sein (Matth. 16, 19). Desgleichen: Welchen ihr die Sünden erlasset, denen sind sie erlassen und welchen ihr sie behaltet, denen sind sie behalten (Joh. 20, 23). Wenn aber der Diener nicht alles nach dem Befehl des Herrn ausführt, sondern die Grenzen der Treue überschreitet, so wird sicher das, was er gethan, von dem Herrn verworfen werden.

Folglich ist die kirchliche Gewalt der Diener der Kirche jene amtliche Thätigkeit, vermöge deren die Diener zwar die Kirche regieren, aber in der Kirche alles so thun, wie es der Herr in seinem Wort vorgeschrieben! Ist dies geschehen, so sollen die Gläubigen es als des Herrn eigenes Werk erkennen. Von dem Amt der Schlüssel ist schon oben einiges gesagt worden.

Es ist aber allen Dienern in der Kirche eine und dieselbe Gewalt oder Verwaltung gegeben. Wenigstens haben im Anfange die Bischöfe oder Ältesten gemeinschaftlich die Kirche regiert; keiner erhob sich über den andern oder machte sich eine größere Gewalt oder Herrschaft über seine Mitbischöfe an. Denn eingedenk der Worte des Herrn: Der Größeste unter euch soll sein wie der Jüngste und der Vornehmste wie ein Diener (Luk. 22, 26), hielten sie sich in der Demut und unterstützten sich einander mit gegenseitigen Dienstleistungen in der Regierung und Erhaltung der Kirche. Um indessen die Ordnung zu erhalten, berief irgendeiner oder auch ein bestimmter unter den Dienern die Gemeinde zusammen, trug in der Versammlung die Gegenstände der Beratung vor, sammelte die Stimmen der anderen und sorgte nach Kräften dafür, daß keine Verwirrung entstünde. So that, wie wir in der Apostelgeschichte lesen, der heilige Petrus, der darum doch nicht den andern vorgesetzt oder mit größerer Gewalt versehen war, als die übrigen.

Sehr richtig sagt Cyprian, der Märtyrer: die übrigen Apostel waren, was Petrus war, und genossen mit ihm die gleiche Ehre und Gewalt; nur geht der Anfang von der Einheit aus, damit die Gemeinde als Einheit sich zeige. Auch Hieronymus berichtet ähnliches in seinem Kommentar über den Brief Pauli an Titum und sagt: Ehe auf Anstiften des Teufels Parteien in der Religion entstanden, wurden die Gemeinen durch der Ältesten gemeinsamen Rat regiert. Nachdem aber ein jeder diejenigen, welche er getauft hatte, für die Seinigen, nicht für Christo eigen ansehen wollte, wurde beschlossen, daß ein aus den Ältesten Gewählter den übrigen vorgesetzt würde, damit ihm die ganze Sorge für die Kirche übertragen und so der Same der Zwietracht erstickt würde. Diesen Beschluß giebt aber Hieronymus nicht für göttlich aus. Denn bald darauf fügt er hinzu: Wie die Ältesten wissen, daß sie nach

Brauch der Kirche dem ihnen Vorgesetzten untergeben sind, so sollen auch die Bischöfe wissen, daß sie mehr durch Gewohnheit als durch eine wirkliche Verordnung des Herrn höher stehen als die Ältesten und die Kirche gemeinschaftlich regieren müssen. So Hieronymus. Darum wird niemand mit Recht wehren können, auf die alte Anordnung der Kirche Gottes zurückzugehen und sie menschlichem Brauch vorzuziehen.

Die Verrichtungen der Diener sind mannigfaltig; sie lassen sich aber meist auf zwei zurückführen, worin alle anderen begriffen sind: die Lehren des Evangeliums von Christo und die rechte Verwaltung der Sacramente. Den Dienern kommt es zu, die Gemeinde zu versammeln, in derselben das Wort Gottes auszulegen und die ganze Lehre zum Verständnis und Nutzen der Kirche anzuwenden, damit, was gelehrt wird, den Zuhörern nütze und die Gläubigen erbaue. Den Dienern, betone ich, kommt es zu, die Unwissenden zu unterweisen, die Säumigen und Schläfrigen zum Fortgange auf dem Wege des Herrn zu ermahnen und zu nötigen, die Kleinmütigen zu trösten und zu stärken und sie gegen die mannigfaltigen Versuchungen des Satans auszurüsten, die Sünder zu strafen, die Irrenden zurückzuführen, die Gefallenen aufzurichten, die Widersprecher zu überführen, die Wölfe von dem Schafstall des Herrn wegzutreiben, die Laster und die Lasterhaften weißlich und ernsthaft zu tadeln und beim Frevel weder Nachsicht zu üben noch dabei zu schweigen! Aber es ist auch Sache der Diener, die Sacramente zu verwalten, ihren rechten Gebrauch zu empfehlen und alle zum rechten Gebrauch derselben durch die heilsame Lehre vorzubereiten; die Gläubigen in heiliger Eintracht zu erhalten und Spaltungen zu verhüten, ferner auch die Unwissenden im Christentume zu unterweisen, die Bedürfnisse der Armen der Gemeinde zu empfehlen, die Kranken und von mancherlei Versuchungen Angefochtenen zu besuchen, zu unterweisen und auf dem Wege des Lebens zu erhalten; endlich auch die öffentlichen Gebete und Bitten zur Zeit der Not mit Fasten, das heißt mit heiliger Enthaltensamkeit anzustellen und alles, was zur Ruhe, zum Frieden und Wohl der Kirche gereicht, aufs fleißigste zu besorgen.

Damit aber der Diener dies alles desto richtiger und leichter zu leisten imstande sei, wird von ihm insbesondere gefordert, daß

er selbst Gott fürchte, fleißig bete, anhaltend die heilige Schrift lese, in allen Stücken und zu jeder Zeit wachsam sei und durch die Keinheit des Lebens jedermann vorleuchte. Und da in der Kirche eine Disziplin durchaus sein muß und bei den Alten einst die Ausschließung üblich war, auch bei dem Volke Gottes geistliche Gerichte bestanden, bei welchen diese Zucht durch weise und fromme Männer angewendet wurde, so wird es den Dienern ebenfalls zukommen, diese Disziplin zur Erbauung nach Beschaffenheit der Zeit, der öffentlichen Verhältnisse und nach dem jeweiligen Bedürfnisse auszuüben. Wobei immer als Regel zu beobachten ist, daß alles geschehen müsse zur Erbauung, ehrbar, anständig, ohne Herrschsucht noch Zwietracht. Denn der Apostel bezeugt: Der Herr hat uns Gewalt gegeben, euch zu bessern und nicht zu verderben (2 Kor. 10, 8). Denn der Herr selbst hat verboten das Unkraut aus seinem Acker auszujäten, wenn Gefahr da ist, daß der Weizen mit ausgerauft werde (Matth. 13, 29).

Übrigens verwerfen wir hiermit den Irrtum der Donatisten, welche die Lehre und Sacramente für wirksam oder für unwirksam halten, je nachdem der Lebenswandel des Dieners gut oder schlecht ist. Denn wir wissen, daß die Stimme Christi gehört werden müsse auch aus dem Munde böser Diener, da der Herr selbst spricht: Alles nun, was sie euch sagen, daß ihr halten sollt, das haltet und thut es; aber nach ihren Werken sollt ihr nicht thun (Matth. 23, 3). Wir wissen, daß die Sacramente durch die Einsetzung und durch das Wort Christi geheiligt und für die Frommen wirksam sind, wenn sie auch schon von unwürdigen Dienern dargereicht werden. Hierüber hat der selige Knecht Gottes, Augustinus, stark gegen die Donatisten gestritten.

Dennoch muß unter den Dienern eine gerechte Zucht bestehen. Es muß auf den Synoden ihre Lehre und ihr Wandel fleißig untersucht werden. Die Fehlenden müssen, wenn sie noch heilbar sind, von den Ältesten zurechtgewiesen und auf den Weg zurückgebracht oder abgesetzt und gleich Wölfen von der Herde Christi durch die rechten Hirten hinweggetrieben werden, wenn keine Besserung mehr zu hoffen ist. Sind sie aber Irrlehrer, so darf man sie schlechterdings nicht dulden. Doch mißbilligen wir auch nicht die allgemeinen Konzilien, wenn sie nach apostolischem

Vorbild zum Heil und nicht zum Schaden der Kirche gehalten werden.

Alle treuen Diener sind auch als gute Arbeiter ihres Lohnes wert und sündigen nicht, wenn sie Besoldung und alles annehmen, was sie für sich und ihre Familie brauchen. Denn der Apostel zeigt, daß dieses mit Recht von der Gemeinde gegeben und von den Dienern genommen werde. Widerlegt sind auch durch die apostolischen Lehren die Wiedertäufer, welche Diener, die von ihrem Amte leben, verdammen und schmähen.

19) Von den Sakramenten der Kirche Christi.

Mit der Predigt seines Wortes hat Gott gleich von Anfang in seiner Kirche die Sakramente oder sakramentliche Zeichen verbunden. Das bezeugt die ganze heilige Schrift. Es sind aber die Sakramente geheimnisvolle Wahrzeichen oder heilige Gebräuche oder heilige Handlungen, von Gott selbst eingesetzt, bestehend in seinem Worte, in den Zeichen und in der bezeichneten Sache, wodurch er in der Kirche die höchsten Wohlthaten, die er den Menschen erzeigt hat, im Gedächtnis erhält und von Zeit zu Zeit wieder erneut, durch welche er seine Verheißungen auch besiegelt und das, was er uns innerlich gewährt, äußerlich darstellt und gleichsam mit Augen sehen läßt und also unseren Glauben mit Hilfe des in unseren Herzen wirkenden heiligen Geistes stärkt und vermehrt, wodurch er uns endlich von allen anderen Völkern und Religionen auszeichnet, sich ihm allein heiligt und verpflichtet und zu verstehen giebt, was er von uns fordert.

Andere Sakramente hat das alte, andere das neue Volk. Die Sakramente des alten Volkes waren: die Beschneidung und das Osterlamm, welches geopfert wurde, unter welchem Namen es zu den Opfern gerechnet wird, die vom Anfange der Welt dargebracht wurden. Die Sakramente des neuen Volkes sind: die Taufe und das Abendmahl des Herrn. Es giebt welche, die sieben Sakramente des neuen Bundes zählen. Unter diesen nehmen wir die

Buße, die Weihe der Diener, zwar nicht jene päpstliche, sondern die apostolische, und die Ehe als göttliche und heilsame Anordnungen, nicht aber als Sakramente an. Die Firmung und letzte Ölung sind menschliche Erfindung, deren die Kirche ohne einigen Schaden entbehren kann. Wir haben sie auch nicht in unseren Kirchen, denn sie enthalten einiges, was wir keineswegs billigen können. Allen Handel, welchen die Römlinge bei der Austeilung der Sakramente treiben, verabscheuen wir gänzlich.

Der Stifter aller Sakramente ist nicht irgendein Mensch, sondern Gott allein. Menschen können keine Sakramente einsetzen; denn sie gehören zum Gottesdienst. Und es ist nicht der Menschen Sache, den Gottesdienst einzurichten und zu bilden, sondern aber, wie er von Gott übergeben ist, anzunehmen und zu bewahren. Überdies sind diesen Zeichen Verheißungen beigefügt, welche Glauben erfordern. Der Glaube aber allein beruht auf dem Worte Gottes. Das Wort Gottes ist gleichsam ein Gesetz, eine Schrift und die Sakramente sind das Siegel, welches Gott allein der Schrift beifügt. Wie nun Gott der Stifter der Sakramente ist, so wirkt er auch beständig in der Kirche, wo die Sakramente recht verwaltet werden: also daß die Gläubigen, wenn sie aus der Hand des Dieners das Sakrament empfangen, es innerwerden, daß der Herr in seinen Stiftungen wirke und sie folglich wie aus Gottes Hand unmittelbar die Sakramente empfangen, und ihnen auch die Fehlerhaftigkeit des Dieners (wie groß sie auch sei) nicht schade, weil sie anerkennen, daß die Reinheit der Sakramente auf der Einsetzung des Herrn beruhe. Daher sie auch unverhohlen bei den Sakramenten unterscheiden den Herrn und den Diener, indem sie bekennen, daß das Wesen des Sakraments vom Herrn, die geheiligten Zeichen aber von den Dienern dargereicht werden.

Das Hauptächliche übrigens, was bei allen Sakramenten von Gott gegeben und von den Gläubigen aller Zeiten erwartet wird (einige nennen es die Substanz und das Wesen der Sakramente) ist Christus der Erlöser, jenes alleinige Opfer, jenes von Anbeginn der Welt geschlachtete Lamm Gottes, jener Fels, von dem alle unsere Väter getrunken haben, durch den alle Erwählten beschnitten werden ohne Gebrauch der Hände durch den heiligen Geist und

gewaschen werden von ihren Sünden und genähret werden mit dem wahren Leib und Blut Christi zum ewigen Leben.

In Beziehung auf dasjenige, was bei den Sacramenten das Vorzüglichste ist und inbetreff der Sache selbst, sind die Sacramente beider Völker gleich. Denn Christus der einige Mittler und Erlöser der Gläubigen ist auf beiden Seiten das Wesentliche und die Hauptsache der Sacramente. Ein und derselbe Gott ist auf beiden Seiten der Stifter derselben. Dem einen und dem andern Volk sind sie gegeben als Zeichen und Siegel der Gnade und Verheißungen Gottes, welche seine größten Wohlthaten ins Gedächtnis zurückrufen und erinnern, wodurch die Gläubigen von allen Religionen der Welt abge sondert und die, welche im Glauben diese Wohlthaten geistig empfangen, der Kirche verpflichtet und an ihre Obliegenheiten erinnert werden.

In diesen und ähnlichen Beziehungen sind die Sacramente beider Völker sich gleich, obgleich sie in den Zeichen verschieden sind. Auch in Ansehung der Zeichen setzen wir eine größere Verschiedenheit fest. Die unsren nämlich sind fester und dauernder, fintemal sie bis ans Ende der Welt niemals werden verändert werden. Sie bezeugen eben die Sache und die in Christo geschehene Erfüllung und Vollendung der Verheißung, von der jene nur die bevorstehende Erfüllung andeuteten. Auch sind die unsrigen einfacher, weniger unständlich, mit wenigeren Kosten und Zeremonieen verbunden. Sie gelten übrigens einem größeren Volk, das über die ganze Erde ausgebreitet ist; und da sie auch erhabener sind und durch den heiligen Geist einen höheren Glauben erwecken, so sind sie auch von einer reicheren Fülle des Geistes begleitet.

Da übrigens Christus der wahre Messias uns gegeben und die Fülle der Gnade auf das Volk des neuen Bundes ausgegossen ist, so sind schlechterdings abgeschafft und haben aufgehört die Sacramente des alten Volkes und an ihre Stelle sind gesetzt die Symbole des neuen Testaments: anstatt der Beschneidung die Taufe, anstatt des Osterlammes und der Opfer das Abendmahl des Herrn.

Wie aber ehemals die Sacramente bestanden in dem Wort, in dem Zeichen und der bezeichneten Sache, so liegen sie auch jetzt

noch gleichsam in diesen Stücken beschloffen. Denn durch Gottes Wort werden sie, was sie vorher nicht waren: Sakramente. Sie werden geweiht durch das Wort und als geheiligt dargestellt durch den, der sie eingesetzt hat. Weihen oder heiligen heißt eine Sache Gott und zum heiligen Gebrauch widmen, das ist vom gemeinen oder unheiligen Gebrauch absondern und zum heiligen Gebrauch bestimmen. Denn die Zeichen in den Sakramenten sind von dem alltäglichen Gebrauche entlehnt, äußere und sichtbare Dinge. In der Taufe nämlich ist das Zeichen das Element des Wassers und jene sichtbare Abwaschung, welche durch den Diener geschieht; die bezeichnete Sache aber ist die Wiedergeburt oder die Abwaschung der Sünden. In dem Abendmahl des Herrn aber sind die Zeichen Brot und Wein hergenommen von dem gewöhnlichen Gebrauche der Speise und des Trankes. Die bezeichnete Sache aber ist der Leib des Herrn für uns gegeben und sein Blut für uns vergossen, oder die Gemeinschaft des Leibes und Blutes des Herrn. Folglich sind Wasser, Brot und Wein der Natur nach und außer der göttlichen Einsetzung und dem heiligen Gebrauch nur das, was sie heißen und was wir empfinden. Wenn aber des Herrn Wort, mit der Anrufung seines Namens und mit der Erneuerung der ersten Einsetzung und Heiligung hinzukommen, so werden diese Zeichen geweiht und als von Christo geheiligt uns vorgehalten. Denn die erste Einsetzung und Weihe der Sakramente durch Christus bleibt in der Kirche für immer wirksam; also daß, wer nicht anders sie feiert, als der Herr sie anfänglich geordnet hat, auch jener ersten überaus herrlichen Weihe theilhaftig wird. Darum werden bei der Feier der Sakramente die eigenen Worte des Herrn wiederholt.

Und weil wir aus dem Worte Gottes lernen, daß diese Zeichen zu einem andern Zweck vom Herrn geordnet sind, als dem, wozu sie gewöhnlich dienen, so lehren wir, daß ihnen auch bei dem heiligen Gebrauch der Name der bezeichneten Sache zukomme und sie nicht nur Wasser, Brot und Wein heißen, sondern auch Bad der Wiedergeburt und Leib und Blut des Herrn oder Wahrzeichen oder Sakramente des Leibes und Blutes des Herrn, jedoch ohne daß die Zeichen verwandelt würden in die bezeichnete Sache und ohne daß sie aufhörten das zu sein, was sie ihrer Natur

nach sind. Sonst wären es ja keine Sakramente, wenn sie die bezeichnete Sache selbst wären, so wären sie nicht Zeichen derselben. Die Zeichen nehmen aber darum die Namen der Sache an, weil sie geheimnisvolle Wahrzeichen heiliger Dinge sind und Zeichen und bezeichnete Sache in sich sakramentlich verbinden und zwar durch die geheimnisvolle Bedeutung und den Willen oder die Absicht des, der die Sakramente eingesetzt hat, verbinden. Denn Wasser, Brot und Wein sind nicht gemeine, sondern heilige Zeichen. Und der, welcher das Wasser in der Taufe anordnete, hat es nicht mit dem Willen und in der Absicht gethan, daß die Gläubigen nur mit dem Taufwasser begossen würden; und der, welcher gebot, im Abendmahl Brot zu essen und Wein zu trinken, hat nicht gewollt, daß die Gläubigen nur Brot und Wein empfangen ohne Geheimnis, wie man zuhause Brot isst, sondern daß sie auch der bezeichneten Sache auf geistige Weise theilhaftig und durch den Glauben wahrhaftig von Sünden gewaschen und mit Christo vereinigt würden.

Darum billigen wir keineswegs diejenigen, welche die Heiligkeit der Sakramente ich weiß nicht welchen Charakteren zuschreiben, dem Hersagen oder der Kraft von Worten, welche der, der die Weihe verrichtet, ausspricht; oder anderen hinzukommenden Dingen, die weder von Christo, noch von den Aposteln, weder durch das Wort, noch durch das Beispiel auf uns gekommen sind. Ebenso wenig billigen wir die Lehre derer, welche von den Sakramenten als gemeinen, nicht heiligen und wirksamen Zeichen reden. Ebenso wenig die, welche um des Unsichtbaren willen das Sichtbare in den Sakramenten verachten und überhaupt glauben, die Zeichen seien für sie überflüssig, weil sie die Sache schon selbst zu haben meinen, wie von den Messalianern gesagt wird. Endlich billigen wir auch die Lehre derer nicht, welche behaupten, die Gnade und das bezeichnete Gut sei also mit den Zeichen verbunden und darin eingeschlossen, daß, wer auch nur an den Zeichen äußerlich theilnehme, innerlich der Gnade und der bezeichneten Güter theilhaftig werde, er möge sein, wie er wolle.

So wenig wir nun die Kraft der Sakramente nach der Würdigkeit oder Unwürdigkeit der Diener schätzen, ebenso wenig nach dem Zustande des Empfängers. Denn wir erkennen an, daß die

Kraft des Sacramentes von der Treue, Wahrheit und lauterer Güte Gottes abhängen. Denn gleichwie das Wort Gottes wahres Gotteswort bleibt, so daß, wenn es gepredigt wird, nicht bloß leere Worte erschallen, sondern auch die durch das Wort bezeichneten Güter von Gott dargeboten werden, obgleich Gottlose und Ungläubige die Worte hören und vernehmen, ohne die damit bezeichneten Dinge zu besitzen, weil sie solche nicht im wahren Glauben aufnehmen: ebenso bleiben die Sacramente, welche aus dem Worte, den Zeichen und bezeichneten Dingen bestehen, wahrhaftige und kräftige Sacramente, nicht bloß die heiligen Dinge bezeichnend, sondern auch dieselben, wenn Gott sie anbietet, enthaltend, obgleich die Ungläubigen die dargebotenen Güter nicht empfangen. Das ist aber nicht die Schuld Gottes, der da giebt und darreicht, sondern die Schuld der Menschen, welche ohne Glauben und unwürdig empfangen. Sollte ihr Unglaube Gottes Glauben aufheben? Das sei ferne (Röm. 3, 3).

Da wir gleich anfangs dargelegt haben, was Sacramente sind und wozu sie eingesetzt worden, so wollen wir mit Wiederholung nicht beschwerlich werden und nun einzeln von den Sacramenten des neuen Bundes reden.

20) Von der heiligen Taufe.

Die Taufe ist von Gott eingesetzt und geheiligt. Zuerst hat Johannes getauft, der Christum in das Wasser des Jordan tauchte. Von da ging sie auf die Apostel über, welche auch mit Wasser taufte. Der Herr befahl ihnen ausdrücklich, das Evangelium zu predigen und zu taufen auf den Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes (Matth. 28, 18). Und Petrus sprach zu den Juden, die ihn fragten, was sie thun sollten: Es lasse sich ein jeglicher taufen auf den Namen Jesu Christi zur Vergebung der Sünden, so werdet ihr empfangen die Gabe des heiligen Geistes (Apg. 2, 31). Daher wurde die Taufe von einigen das

Weißeichen des Volkes Gottes genannt, weil die Auserwählten Gottes dadurch ihm geweiht werden.

Es giebt nur eine Taufe in der Kirche Gottes und es ist genug einmal getauft und Gott geweiht zu sein. Die einmal empfangene Taufe dauert für das ganze Leben und ist eine bleibende Besiegelung unserer Annahme zu Kindern Gottes. Im Namen Christi getauft werden, heißt soviel als eingeschrieben, eingeweiht und aufgenommen werden in den Bund und in die Familie und somit zur Erbschaft der Kinder Gottes, ja jetzt schon nach Gottes Namen, nämlich Gottes Kinder, genannt werden, auch von den Flecken der Sünde gereinigt und mit mancherlei Gnaden Gottes beschenkt werden zu einem neuen heiligen Leben. Die Taufe hält im Gedächtnis und erneuert die große Wohlthat Gottes, die dem sterblichen Geschlechte erzeugt ist.

Denn wir werden alle in den Befleckungen der Sünde geboren und sind Kinder des Zornes. Gott aber, der da reich ist an Erbarmung, reiniget uns von Sünden aus freier Gnade durch das Blut seines Sohnes und nimmt uns darin zu seinen Kindern an, vereinigt sich mit uns durch einen heiligen Bund und bereichert uns mit mannigfaltigen Gaben, damit wir ein neues Leben führen können. Dies alles wird durch die Taufe besiegelt. Denn innerlich werden wir wiedergeboren, gereinigt und erneuert von Gott durch den heiligen Geist; äußerlich aber empfangen wir die Besiegelung dieser hohen Gaben durch das Wasser, wodurch auch jene allerhöchsten Wohlthaten dargestellt und gleichsam vor die Augen zur Anschauung gebracht werden. Deshalb werden wir getauft, das heißt abgewaschen oder besprengt mit sichtbarem Wasser. Denn Wasser nimmt die Unreinigkeiten hinweg, erfrischt und erquicket die kranken und erhitzten Leiber. Die Gnade Gottes aber gewährt diese Wohlthaten den Seelen und zwar auf unsichtbare oder geistige Weise.

Zugleich sondert uns Gott durch das Zeichen der Taufe von allen fremden Religionen und Völkern und weiht uns sich zum Eigentum. Wir aber, indem wir getauft werden, bekennen unsern Glauben und verpflichten uns Gott zum Gehorsam, zur Ertötung des Fleisches und Erneuerung des Lebens, und so werden wir eingeschrieben unter die heiligen Streiter Christi, daß wir in dem

ganzen Laufe unseres Lebens streiten gegen die Welt, den Teufel und das eigene Fleisch. Wir werden überdies zu einem Leib der Kirche getauft, daß wir mit allen Gliedern derselben freundliche Gemeinschaft pflegen in einem Glauben und in wechselseitigen Diensten.

Wir glauben, daß diejenige Form der Taufe die vollkommenste sei, wie Christus selbst ist getauft worden und wie die Apostel getauft haben. Das also, was später durch menschliche Erfindung hinzugethan und in der Kirche gebräuchlich worden, halten wir nicht für nötig zur Vollkommenheit der Taufe. Dahin gehört der Exorcismus, der Gebrauch eines brennenden Lichts, des Öls, des Salzes, des Speichels und ähnlicher Dinge, sowie daß die Taufe alle Jahre mit mehreren Ceremonieen zweimal geweiht werden müsse. Denn wir glauben, daß eine Taufe in der Kirche durch die erste Einsegnung Gottes geheiligt sei und daß sie geweiht werde durch das Wort und auch jetzt noch wirksam sei durch die erste göttliche Segnung.

Wir lehren, daß die Taufe in der Kirche nicht durch Weiber oder Hebammen verwaltet werden dürfe. Denn Paulus schied die Weiber von kirchlichen Geschäften aus. Die Taufe aber gehört zum Amt der Kirche. Wir verwerfen die Wiedertäufer, welche die neugeborenen Kinder der Gläubigen nicht taufen wollen. Denn nach der evangelischen Lehre ist diesen das Reich Gottes und sie stehen mit Gott im Bunde; warum sollte ihnen denn das Zeichen des Bundes Gottes nicht gegeben werden? Warum sollten sie nicht durch die heilige Taufe geweiht werden, da sie doch in der Kirche und Eigentum Gottes sind? Wir verwerfen die Wiedertäufer auch in den anderen besonderen Lehren, welche sie dem Wort Gottes zuwider haben. Wir sind nicht Wiedertäufer und haben mit ihnen keinerlei Gemeinschaft.

21) Von dem heiligen Abendmahl des Herrn.

Das Abendmahl des Herrn, welches auch der Tisch des Herrn und Eucharistie, das heißt eine Handlung des Dankes genannt wird, heißt aus dem Grunde Abendmahl, weil es von Christus bei jener seiner letzten Abendmahlzeit eingesetzt wurde und dieselbe noch jetzt darstellt, indem die Gläubigen dabei geistlich gespeiset und getränkt werden. Denn der Stifter des Abendmahls des Herrn ist nicht ein Engel oder irgendein Mensch, sondern der Sohn Gottes selbst, unser Herr Jesus Christus, welcher dasselbe zuerst für die Kirche geheiligt (geweiht) hat. Diese Einsegnung oder Heiligung dauert noch immer bei allen denjenigen fort, die kein anderes als dieses Mahl feiern, welches der Herr eingesetzt hat; bei welchem sie die Worte des Herrn wiederholen, und in allem auf Christus allein in wahrem Glauben hinblicken, aus dessen Händen sie gleichsam das entgegennehmen, was sie durch den Dienst der Kirche empfangen.

Der Herr will durch diesen heiligen Gebrauch die größte Wohlthat, die er dem menschlichen Geschlechte erwiesen, in frischem Andenken erhalten, nämlich daß er durch die Hingabe seines Leibes und durch die Vergießung seines Blutes alle unsere Sünden uns vergeben und uns von dem ewigen Tod und der Gewalt des Teufels erlöst hat, uns jetzt mit seinem Fleische speiset und mit seinem Blute tränket, welche geistig, im wahren Glauben genossen uns ernähren zum ewigen Leben. Und diese große Wohlthat wird so oft erneuert, als das Fest des Herrn gefeiert wird. Denn der Herr sprach: Dies thut zu meinem Gedächtnis. Es wird aber auch durch dies heilige Mahl besiegelt, daß wahrhaft der Leib des Herrn für uns dahingegeben und sein Blut zur Vergebung unserer Sünden vergossen ist, damit unser Glaube nicht wankt.

Und zwar wird sichtbarerweise in diesem Sacramente äußerlich durch den Diener dargestellt und gleichsam den Augen anschaulich gemacht, was inwendig in der Seele unsichtbar durch den heiligen Geist selbst gewirkt wird. Äußerlich empfängt man vom Diener Brot und höret die Worte des Herrn: nehmet, esset, dies ist mein Leib; nehmet und theilet unter euch; trinket alle daraus, dies ist mein Blut. Daher empfangen die Gläubigen, was von dem

Diener des Herrn dargereicht wird, und essen das Brot des Herrn und trinken aus dem Kelch des Herrn. Aber innerlich empfangen sie durch die Wirkung Christi, durch den heiligen Geist auch das Fleisch und Blut des Herrn und werden dadurch zum ewigen Leben genähret. Sintemal Fleisch und Blut Christi die wahre Speise und der wahre Trank des ewigen Lebens ist und Christus selbst, sofern er für uns dahingegeben und unser Seligmacher ist, ist die Hauptsache im Abendmahl und wir dulden nicht, daß irgendetwas an seine Stelle gesetzt werde.

Damit es aber besser und deutlicher verstanden werde, wie Fleisch und Blut Christi eine Speise und Trank der Gläubigen sei, und von ihnen zum ewigen Leben empfangen werde, wollen wir noch einige wenige Worte hinzufügen. Es giebt mehr als eine Art des Genießens. Es giebt ein leibliches Essen, wobei der Mensch die Speise zum Mund bringt, sie mit Zähnen kaut und in den Bauch hinabschluckt. Die Papernaiten meinten einst, daß sie auf diese Art das Fleisch des Herrn essen sollten, aber sie wurden von ihm widerlegt (Joh. 6). Denn wie das Fleisch Christi leiblich ohne Mißthat und Greuel nicht gegessen werden kann, so ist es auch keine Speise des Leibes. Dieses müssen ja doch alle bekennen. Wir mißbilligen daher den hierher gehörenden Canon in den Dekreten der Päpste (Ego Berengarins de Consecrat. Distinct. 2). Auch glaubten die frommen Alten so wenig als wir, daß Christi Leib mit dem leiblichen Munde leiblich oder wesentlich gegessen werde.

Es giebt auch ein geistiges Essen des Leibes Christi; nicht zwar so, daß wir dabei meinten, die Speise selbst würde dabei in Geist verwandelt, sondern so, daß dabei der Leib und das Blut des Herrn, die ihr Wesen und ihre Eigentümlichkeit behalten, uns geistig mitgeteilt werden, schlechterdings nicht auf leibliche, sondern auf geistige Weise, nämlich durch den heiligen Geist, der dies uns zueignet und mitteilt, was durch die Hingabe Christi in den Tod uns bereitet ist: Vergebung der Sünde, Erlösung und ewiges Leben; so zwar, daß Christus in uns lebt und wir in ihm, und bewirkt, daß wir seiner, der uns geistige Speise und Trank ist, seiner, der unser Leben ist, durch wahren Glauben theilhaftig werden.

Denn wie die leibliche Speise und der leibliche Trank unsern Leib nicht nur stärkt und kräftigt, sondern im Leben erhält, so werden unsere Seelen nicht nur durch das für uns hingeebene Fleisch Christi und sein für uns vergossenes Blut gestärkt und gekräftigt, sondern auch am Leben erhalten. Nicht soferne, daß sie leiblich von uns genossen, sondern geistig von dem Geist Gottes uns mitgeteilt werden; da ja der Herr spricht: Das Brot, das ich geben werde, ist mein Fleisch, welches ich geben werde für das Leben der Welt; ferner: Das Fleisch (nämlich das leiblich genossene) ist kein nütze, der Geist ist es, der lebendig macht. Die Worte, die ich rede, die sind Geist und Leben (Joh. 6, 51. 63). Und wie wir durchs Essen die Speise zu uns nehmen müssen, daß sie in uns wirke und ihre Kraft beweise, da sie außer uns gelassen uns nichts nützet; eben so nötig ist es auch, daß wir Christum im Glauben aufnehmen, damit er unser eigen werde und in uns lebe und wir in ihm. Denn er spricht: Ich bin das Brot des Lebens: wer zu mir kommt, den wird nicht hungern, und wer an mich glaubt, den wird niemals dürsten; desgleichen: wer mich ißt, der wird leben um meinetwillen und er bleibet in mir und ich in ihm (Joh. 6).

Aus diesem allem leuchtet hervor, daß wir unter der geistigen Speise keineswegs eine eingebildete oder irgendeine andere verstehen, sondern den Leib des Herrn selbst, der für uns dahingeegeben worden ist, der jedoch nur von den Gläubigen nicht leiblich, sondern geistig empfangen wird durch den Glauben. Hierin folgen wir durchaus der eigenen Lehre unseres Herrn und Erlösers selbst (Joh. 6). Und dieses Essen des Fleisches und Trinken des Blutes des Herrn ist so nötig zur Seligkeit, daß ohne dasselbe niemand erlöst werden kann. Es geschieht aber dies geistige Essen und Trinken auch außer dem Abendmahl des Herrn, so oft und wo der Mensch an Christum glaubt. Dahin zielt wahrscheinlich der Ausdruck Augustins: „Was rüfdest du Zahn und Bauch? Glaube und du hast gegessen.“

Außer dem obigen geistigen Essen giebt es noch ein sakramentliches Essen des Leibes des Herrn, wobei der Gläubige nicht nur geistlich und innerlich an dem wahren Leib und Blut des Herrn teilnimmt, sondern auch äußerlich, indem er zum Tische

des Herrn nahet, das sichtbare Sakrament des Leibes und Blutes des Herrn empfängt. Zuvor nämlich empfing der Gläubige, indem er glaubte, die lebendigmachende Nahrung und er genießt sie noch; aber er empfängt noch etwas mehr, indem er auch das Sakrament empfängt. Denn er kommt weiter in der fortgesetzten Gemeinschaft des Leibes und Blutes des Herrn; und also wird der Glaube immer mehr und mehr entzündet, er wächst und wird durch geistige Nahrung gestärkt. Denn solange wir leben, erhält der Glaube steten Zuwachs. Und wer äußerlich in wahren Glauben das Sakrament empfängt, der empfängt nicht nur das Zeichen, sondern genießt, wie gesagt, die Sache selbst. Überdies gehorcht er der Anordnung und dem Befehl des Herrn; er dankt mit fröhlichem Herzen für seine und des ganzen menschlichen Geschlechts Erlösung. Er feiert das gläubige Gedächtnis des Todes des Herrn und bezeugt vor der ganzen Kirche, welches Leibes Glied er sei. Denen, die das Sakrament empfangen, wird es auch besiegelt, daß der Leib Christi und sein Blut nicht nur im allgemeinen für das menschliche Geschlecht dahingegeben und vergossen worden sei, sondern auch insbesondere für jeden einzelnen gläubigen Kommunikanten, dem es Speise und Trank ist zum ewigen Leben.

Wer übrigens ohne Glauben zu diesem heiligen Tische des Herrn gehet, der nimmt nur teil an dem (äußeren) Sakrament, aber das Wesen des Sakraments, worinnen das Heil und Leben ist, empfängt er nicht. Solche essen unwürdig von dem Tische des Herrn. Die aber unwürdig von dem Brot des Herrn essen und von seinem Kelch trinken, die sind schuldig an dem Leib und Blut des Herrn und essen und trinken ihnen selbst das Gericht. Denn sie nahen nicht mit wahren Glauben, sie schmähen den Tod Christi und darum essen und trinken sie sich die Verdammnis.

Wir verbinden daher den Leib und das Blut Christi nicht also mit dem Brot und Wein, daß wir sagen, das Brot selbst sei der Leib Christi außer auf sakramentliche Weise; oder unter dem Brot sei der Leib Christi körperlich verborgen, so daß er auch unter der Gestalt des Brots angebetet werden müsse; oder daß, wer das Zeichen empfängt, auch die Sache selbst empfangen. Der Leib Christi ist im Himmel zur Rechten des Vaters. Die Herzen müssen sich daher himmelwärts erheben und nicht an dem Brot

haften und der Herr ist nicht in dem Brod anzubeten. Und doch ist der Herr nicht ferne von seiner Gemeinde, die das Abendmahl feiert. Die Sonne, wie ferne sie von uns am Himmel steht, ist uns nichtsdestoweniger durch ihre Wirkung kräftig nahe; wie vielmehr ist die Sonne der Gerechtigkeit Christus, obgleich dem Leibe nach im Himmel von uns entfernt, uns dennoch nahe, zwar nicht leiblich, sondern geistig durch seine lebendigmachende Kraft, wie er selbst bei dem letzten Abendmahl uns gelehrt hat, daß er uns nahe sein werde. Hieraus folgt, daß wir nicht ein Abendmahl ohne Christum, daß wir aber vielmehr ein unblutiges und geheimnisvolles Abendmahl haben, wie die ganze alte Kirche es genannt hat.

Überdies werden wir bei der Feier des heiligen Abendmahls ermahnt, eingedenk zu bleiben, wessen Leibes Glieder wir geworden sind, und darum enig zu bleiben mit allen Brüdern, heilig zu leben und uns nicht mit Greuel und fremdem Aberglauben zu verunreinigen, sondern im wahren Glauben zu beharren bis ans Ende des Lebens und uns zu befleißigen in der Heiligkeit des Wandels immer mehr zu wachsen. Daher geziemt es sich, daß wir, wenn wir zum Abendmahle hinzutreten wollen, uns zuvor nach der Vorschrift des Apostels selbst prüfen; vornehmlich wie unser Glaube beschaffen sei: ob wir glauben, daß Christus gekommen sei die Sünder zu erretten und zur Buße zu rufen, und ob jeder einzelne glaube, daß er unter die Zahl derselben gehöre, welche durch Christum erlöst und selig werden, und ob er den festen Vorsatz habe, sein sündliches Leben zu bessern und heilig zu leben und mit Hilfe des Herrn zu beharren in der wahren Religion und der Eintracht mit den Brüdern und für die Erlösung Gott würdigen Dank zu bringen.

Was die äußere Feier, die Form oder Gestalt des Abendmahls betrifft, so halten wir diejenige für die einfachste und beste, welche der ersten Einsetzung des Herrn und der apostolischen Lehre am nächsten kommt. Sie bestehet nämlich in Verkündigung des Wortes Gottes, frommen Gebeten, in der Handlung des Herrn selbst und der Wiederholung derselben (nämlich dem Brechen und Darreichen des Brotes und der Austeilung des Kelches), dem Essen des Leibes und Trinken des Blutes des Herrn, in dem heilsamen Andenken an seinen Tod, der gläubigen Dankagung und

der heiligen Vereinigung zur kirchlichen Gemeinschaft. Wir verwerfen daher diejenigen, welche die andere Gestalt, nämlich den Kelch des Herrn, den Gläubigen entzogen haben. Denn sie sündigen stark gegen die Anordnung des Herrn, welcher spricht: trinket alle daraus; was er bei dem Brote nicht so ausdrücklich gesagt hat.

Ob die Messe, wie sie einst bei den Alten vorhanden war, zu dulden oder nicht zu dulden sei, das untersuchen wir jetzt nicht; das aber sagen wir frei heraus, daß die Messe, welche heutzutage in der ganzen römischen Kirche bräuchlich ist, in unsern Kirchen abgeschafft sei und zwar aus vielen und sehr gerechten Gründen, die wir hier der Kürze halber einzeln nicht aufzählen. Wir haben es unmöglich billigen können, daß aus der gesegneten Handlung ein leeres Schauspiel gemacht worden, ja, daß sie in ein Erwerbsmittel verwandelt wurde und für Lohn gefeiert wird und daß es heißt: der Priester mache den Leib des Herrn und opfere ihn wirklich zur Sündenvergebung für Lebendige und Tote, ja zur Ehre und zur Feier oder zum Gedächtnis der Heiligen im Himmel.

22) Von den religiösen und kirchlichen Versammlungen.

Obgleich allen frei steht, zuhause für sich die heilige Schrift zu lesen, und sich gegenseitig durch Unterweisung in der wahren Religion zu erbauen, so sind doch religiöse Zusammenkünfte oder kirchliche Versammlungen der Gläubigen durchaus notwendig, um das Wort des Herrn dem Volke recht zu verkündigen, öffentliche Bitten und Gebete darzubringen, die heiligen Sacramente recht zu feiern und Sammlungen für die Armen und kirchlichen Bedürfnisse zu veranstalten. Es ist gewiß, daß in der apostolischen und ersten Kirche diese Versammlungen von allen Gläubigen fleißig besucht wurden.

Diejenigen, welche sie verachten und von ihnen sich absondern, die verachten die wahre Religion und sind von den Kirchen und frommen Obrigkeiten dringend anzuhalten, daß sie nicht fortfahren,

sich hartnäckig auszuschließen und die heiligen Versammlungen zu verlassen. Es sollen aber die kirchlichen Versammlungen nicht heimlich und verborgen, sondern öffentlich und zahlreich sein, wenn nicht Verfolgungen der Feinde Christi und seiner Kirche die Öffentlichkeit hindern. Denn wir wissen, wie einst unter der Tyrannei römischer Fürsten in der ersten Kirche die Versammlungen an verborgenen Orten gehalten wurden.

Die Orte aber, wo die Gläubigen sich versammeln, müssen anständig und in jeder Hinsicht der Kirche Gottes angemessen sein. Man wähle daher geräumige Häuser oder Tempel. Aber man entferne daraus alle Gegenstände, welche der Kirche nicht geziemen. Man achte in allem auf Schicklichkeit, Bedürfnis und fromme Würde; es fehle nichts, was zum Gottesdienst und kirchlichen Gebrauch erforderlich ist.

Wie wir aber glauben, daß Gott nicht in Tempeln wohne, die mit Händen gemacht sind, so wissen wir auch, daß die Orte, welche Gott und seiner Verehrung geweiht werden, wegen des Wortes Gottes und des heiligen Gebrauches nicht gemein, sondern heilig sind, und die darinnen sich aufhalten, sich ehrerbietig und bescheiden erweisen müssen als an einem heiligen Orte, vor dem Angesicht Gottes und seiner heiligen Engel. Es muß daher von christlichen Kirchen und Bethäusern alle Kleiderpracht, alle Hoffart und alles, was der Demut, der Zucht und christlichen Bescheidenheit nicht ziemt, entfernt gehalten werden. Es bestehet die wahre Zierde christlicher Kirchen nicht in Elfenbein, Gold und Edelsteinen, sondern in der Einfachheit, Frömmigkeit und in den Tugenden derer, die darin aus- und eingehen. Es muß aber alles ehrbar und ordentlich in der Kirche hergehen und alles zur Erbauung geschehen. Es verstummen daher alle fremden Sprachen in den religiösen Versammlungen. Alles werde vorgetragen in der gemeinverständlichen Sprache, die an dem Orte von den Leuten in der Versammlung verstanden wird.

23) Von den Kirchengebeten, dem Gesang und den kanonischen Stunden.

Es darf gewiß ein jeder für sich in der Sprache beten, die er versteht; aber die öffentlichen Gebete in den religiösen Zusammentünften müssen in der gemeinen oder allen bekannten Sprache geschehen. Jedes Gebet der Gläubigen muß durch die einzige Vermittelung Christi an Gott allein in Glaube und Liebe gerichtet sein. Die seligen Himmelsbewohner anzurufen oder sich ihrer als Fürsprecher bedienen, verbietet das Hohepriestertum Christi des Herrn und die wahre Religion. Man soll aber beten für die Obrigkeit, für die Könige oder alle Vorgesetzten, für die Diener der Kirche und alle Angelegenheiten der Kirche. In Nöten, besonders der Kirche, soll ohne Unterlaß in der Stille und öffentlich gebetet werden. Auch soll man freiwillig beten, nicht gezwungen, noch um irgendeinen Lohn.

Es geziemt sich auch nicht, daß das Gebet abergläubig an irgendeinen Ort gebunden sei, als dürfte man nicht anderswo als im Tempel beten. Auch ist es nicht notwendig, daß die öffentlichen Gebete hinsichtlich der Form und der Zeiten in allen Kirchen gleich seien. Jede Kirche möge sich hierin ihrer Freiheit bedienen. Sostrates (Scholastikus, welcher die Kirchengeschichte des Eusebius fortgesetzt hat) sagt in seiner Geschichte: In allen Gegenden wird man auch nicht zwei Gemeinden finden, die im Beten völlig einerlei Form hätten. Ich halte dafür, daß der Grund solche Verschiedenheit in denen liege, welche zu verschiedenen Zeiten den Kirchen vorgestanden haben. Wenn sie aber übereinstimmen, so ist das mehr zu empfehlen und scheint für andere nachahmungswert zu sein.

Aber wie in allen Dingen, so muß auch in den öffentlichen Gebeten ein Maß gehalten werden, daß sie nicht zu weitläufig und ermüdend werden. Die meiste Zeit in den religiösen Versammlungen sei der Belehrung des Evangeliums bestimmt, und man hüte sich, das Volk in der Versammlung mit langen Gebeten zu ermüden, damit die Ermüdeten nicht, wenn die Predigt des Evangeliums angehört werden soll, wünschen, entweder die Versammlung zu verlassen oder diese überhaupt entlassen zu sehen.

Solchen scheint in der Predigt zu weit ausgedehnt zu sein, was sonst genug zusammengedrängt ist. Denn auch den Predigern geziemt es, Maß zu halten.

Ebenso muß der Gesang in der religiösen Versammlung, wo er im Gebrauch ist, sein Maß haben. Der sogenannte Gregorianische Gesang enthält viel Unschickliches, darum er mit Recht von unsern und vielen andern Kirchen verworfen wird. Wenn es Gemeinden giebt, welche eine rechte und gläubige Predigt, daneben aber keinen Gesang haben, so sind sie darum nicht verwerflich; denn nicht alle Gemeinden können einen regelmäßigen Gesang haben. Und aus den Zeugnissen der alten Kirche geht mit Sicherheit hervor, daß wie einerseits der Gesang frühzeitig bei den Kirchen des Orients in Gebrauch gewesen, er anderseits erst spät bei den abendländischen in Aufnahme gekommen ist.

Die kanonischen Stunden, das heißt Gebete für gewisse Tagesstunden, welche von den Päpstern gesungen oder hergesagt werden, hat die alte Kirche nicht gekannt, wie dies aus diesen Stundengebeten selbst und aus mehreren anderen Gründen bewiesen werden kann. Es sind aber auch, um nicht mehr zu sagen, manche Ungereimtheiten darin. Mit Recht werden sie daher von den Gemeinden, welche an deren Stelle etwas setzen, was der ganzen Kirche zuträglich ist, weggelassen.

24) Von Feiertagen, Fasten und Auswahl der Speisen.

Obgleich die Religion nicht an die Zeit gebunden ist, so kann sie doch nicht ohne richtige Zeiteinteilung und ohne Ordnung gepflegt und geübt werden. Daher wählt sich jede Kirche eine bestimmte Zeit zum öffentlichen Gebet, zur Verkündigung des Evangeliums und zur Verwaltung der Sakramente. Es darf auch nicht jeder einzelne nach seinem Gutdünken diese Ordnung der Kirche zerstören. Und wenn nicht die gehörige Ruhe zur äußeren Religionsübung gestattet wird, so lassen sich die Menschen gewiß durch ihre Geschäfte davon abziehen.

Daher sehen wir, daß in der alten Kirche nicht nur gewisse Stunden in der Woche zu den Versammlungen festgesetzt waren, sondern daß der Sonntag selbst mit den Zeiten der Apostel dazu und zu einer heiligen Ruhe geweiht war, was auch jetzt noch mit Recht um des Gottesdienstes und der Liebe willen von unseren Kirchen beobachtet wird. Dem jüdischen Gebrauch und dem Aberglauben wollen wir hiermit nichts einräumen. Denn wir glauben nicht, daß ein Tag heiliger sei als der andere, noch daß die Ruhe an sich Gott gefalle, sondern wir feiern auch den Tag des Herrn nicht als Sabbat, sondern aus freier Ehrerbietung.

Wenn übrigens die Gemeinden nach christlicher Freiheit das Gedächtnis der Geburt, der Beschneidung, des Leidens, der Auferstehung, der Himmelfahrt und der Sendung des heiligen Geistes über die Jünger fromm begehen, so billigen wir das sehr. Aber Feste zur Ehre von Menschen oder Heiligen angesetzt, billigen wir nicht. Denn die Festtage gehören gewiß zur ersten Tafel des Gesetzes und gebühren Gott allein. Auch haben die zu Ehren der Heiligen angeordneten und von uns abgeschafften Feste manches Ungereimte, Unnütze und Verwerfliche. Indessen geben wir zu, daß das Andenken der Heiligen zur rechten Zeit und am rechten Orte nicht ohne Nutzen in Predigten von dem Volk empfangen und allen das gute Beispiel zur Nachahmung vorgehalten werden könne.

Je nachdrücklicher aber die Kirche Christi Klage führt über Saufen, Trunkenheit und alle Üppigkeit und Unmäßigkeit, desto lebhafter empfiehlt sie uns das christliche Fasten. Denn es ist dies Fasten nichts anderes, als die Enthaltbarkeit und Mäßigkeit der Frommen, ja eine Zucht, eine Bewachung und Zügelung unseres Fleisches, welche je nach den augenblicklichen Bedürfnissen unternommen wird, um uns vor Gott zu demütigen, dem Fleische seine Pflege zu entziehen, damit es desto leichter und williger dem Geiste gehorche. Folglich fasten die nicht, welche darauf keine Rücksicht nehmen, sondern zu fasten glauben, wenn sie einmal des Tags sich den Bauch füllen und zu einer gewissen vorgeschriebenen Zeit sich gewisser Speisen enthalten, in der Meinung, mit diesem Werke Gott zu gefallen und etwas Gutes zu thun. Das Fasten ist eine Unterstützung zum Gebet für die Frommen und zu allen Tugenden. Gott hatte, wie man aus den Schriften der Propheten

sehen kann, keinen Gefallen an dem Fasten, wobei die Juden sich der Speise, nicht aber der Laster enthielten.

Es giebt aber ein öffentliches und besonderes Fasten. Man stellte voraltere öffentliche Fasten an in bedrängten und für die Kirche traurigen Zeiten, man enthielt sich aller Speise ganz und gar bis an den Abend. Diese ganze Zeit aber verwendete man zu frommen Gebeten, Gottesdienst und Buße. Es glich fast einer allgemeinen Trauer und die Propheten erwähnen es häufig, besonders Joel 2. Solch' Fasten muß auch heutzutage noch in schweren Bedrängnissen der Kirche angestellt werden. Besondere Fasten werden von jedem einzelnen unter uns vorgenommen; je nachdem er fühlt, daß dem Geiste Abbruch geschehen, so lange entzieht er dem Fleische die Pflege.

Alles Fasten muß aus freiem, willigem und wahrhaft demütigem Geiste hervorgehen und nicht auf Beifall oder Gunst vor Menschen zielen, noch viel weniger dahin, daß der Mensch vor Gott dadurch gerecht werden wolle. Es faste aber jeder, daß er das Fleisch in Zucht halte und desto brünstiger Gott diene.

Das vierzigtägige Fasten hat Zeugnisse aus der alten Kirche für sich, aber keine aus den Schriften der Apostel. Es soll und kann daher den Gläubigen nicht auferlegt werden. Unstreitig waren früher verschiedene Arten und Gebräuche des Fastens, weshalb Irenäus, ein sehr alter Schriftsteller, sagt: Einige glauben nur einen Tag, andere zwei, andere viele, etliche aber vierzig Tage fasten zu müssen. Diese Verschiedenheit der Übung hat nicht erst in unsern Tagen angefangen, sondern viel früher schon und stammt, wie ich glaube, von solchen, die das von Anfang Überlieferte nicht einfach festhielten und aus Nachlässigkeit oder Unwissenheit auf einen andern Gebrauch verfallen sind. Aber auch der Geschichtsschreiber Sokrates sagt: Weil man hierüber in der alten Zeit nichts aufgezeichnet findet, so glaube ich, die Apostel haben dieses dem Gefühl eines jeden überlassen, auf daß ein jeglicher ohne Furcht und Zwang thäte, was gut ist.

Was aber die Auswahl der Speisen betrifft, so halten wir dafür, daß bei dem Fasten alles das dem Fleische zu entziehen sei, wodurch es unbändiger, gereizter oder gesättigter wird: es sei nun Fisch, Fleisch, Gewürze, Lederbissen oder süße Weine. Sonst

wissen wir, daß alle Kreatur Gottes geschaffen ist zu Nutz und Dienst dem Menschen. Alles, was Gott geschaffen hat, ist gut und ohne Auswahl, jedoch mit Gottesfurcht und rechter Mäßigung zu gebrauchen. Denn der Apostel spricht: Den Reinen ist alles rein (Tit. 1, 15). Desgleichen: Alles, was feil ist auf dem Fleischmarkt, das esset und forschet nicht, auf daß ihr des Gewissens verschonet (1 Kor. 10, 25). Denn Gott hat die Speisen geschaffen, zu nehmen mit Dankagung, den Gläubigen und denen, die die Wahrheit erkennen. Denn alle Kreatur Gottes ist gut und nichts verwerflich, das mit Dankagung empfangen wird (1 Tim. 4, 1. 3. 4). Derselbe tadelt auch im Brief an die Kolosser solche, die in übertriebener Enthaltksamkeit sich einen Schein der Heiligkeit erwerben wollen (Kol. 2, 23). Wir verwerfen also überhaupt die Tatianer und Enkratiten und alle Schüler des Eustathius, gegen welche eine Kirchenversammlung zu Gangroz versammelt war.

25) Über Jugendunterricht und Krankenbesuch.

Der Herr schärfte seinem Volk im alten Bunde ein, mit der größten Sorgfalt und frühe die Jugend gut zu unterweisen; ja er befahl ausdrücklich, sie in seinem Gesetz zu unterweisen und ihr die Geheimnisse der Sakramente zu erklären. Da aber aus den evangelischen und apostolischen Schriften hervorgeht, daß der Herr auf die Jugend seines Volks im neuen Bunde nicht weniger Bedacht nehme, da er öffentlich bezeugt und spricht: Lasset die Kindlein zu mir kommen, denn solcher ist das Reich Gottes (Matth. 10, 14), so handeln die Hirten der Kirche sehr wohl, wenn sie die Jugend frühe und fleißig unterweisen, indem sie die ersten Gründe des Glaubens legen und die ersten Hauptstücke unserer Religion getreulich vortragen, die zehn Gebote Gottes, das apostolische Glaubensbekenntnis, das Gebet des Herrn, das Wesen der Sakramente und andere solche Anfangsgründe und Hauptstücke unserer Religion erklären. Die Gemeinde aber beweise auch hier

ihren Glauben und Eifer, indem sie ihre Kinder zum Unterricht führt und wünscht und sich freut, daß sie wohl unterrichtet werden.

Weil aber Menschen nie größere Versuchungen erfahren als bei Leibeschwächen und Krankheiten, wo Leib und Seele zugleich angegriffen sind, so sind die Hirten der Gemeinden niemals mehr verpflichtet, mit besonderer Sorgfalt über ihre Herde zu wachen, als bei solchen Krankheiten und Leiden. Sie sollen daher zeitig die Kranken besuchen und zeitig von den Kranken gerufen werden, wenn es die Umstände erfordern. Sie sollen sie trösten, im wahren Glauben stärken und befestigen gegen die verderblichen Einflüsterungen des Satans. Sie sollen häusliche Gebete anordnen bei den Kranken und, wenn es nötig ist, öffentlich in der Versammlung für das Heil der Kranken beten und sorgen, daß sie selig aus dieser Zeit gehen. Den päpstlichen Krankenbesuch mit seiner letzten Ölung billigen wir nicht, wie schon oben gesagt, weil letztere Ungereimtes enthält und von den kanonischen heiligen Büchern nicht gebilligt ist.

26) Von dem Begräbniß der Gläubigen und der Sorge für die Toten, dem Fegfeuer und dem Erscheinen der Geister.

Die heilige Schrift befiehlt, die Leiber der Gläubigen als Tempel des heiligen Geistes, die am jüngsten Tage wieder auferstehen werden, anständig und ohne Aberglauben zu bestatten, aber auch derer, die in dem Herrn selig entschlafen sind mit Ehren zu erwähnen und ihren Hinterbliebenen, Witwen und Waisen alle Pflichten der Frömmigkeit zu erzeigen. Eine andere Sorge für die Toten lehren wir nicht. Wir mißbilligen also aufs höchste die Eyniker, welche die Leichname der Toten vernachlässigen oder gleichgültig und verächtlich in die Erde werfen, nie ein gutes Wort von den Verstorbenen sagen oder sich um ihre Hinterlassenen im geringsten nicht kümmern.

Wir mißbilligen auf der anderen Seite auch die, welche zu viel und auf verkehrte Art um die Toten geschäftig sind, die wie

die Heiden ihre Toten beklagen (eine gemäßigte Trauer, die der Apostel gestattet [1 Theff. 4], tadeln wir nicht und halten es für unmenschlich, gar keinen Schmerz zu empfinden) und Totenopfer bringen, oder gewisse Gebete um Lohn her murmeln und durch dergleichen Dienste und Totenklagen die Jhrigen aus den Qualen, in die sie nach dem Tod geraten, zu erlösen wähnen.

Wir glauben nämlich, daß die Frommen alsbald nach dem Tod des Leibes zu Christo gehen und darum weder der Empfehlungen, noch der Bitten der Lebenden für die Toten, noch auch jener Dienste bedürfen. Ebenso glauben wir, daß alle die Gottlosen geradezu in die Hölle gestürzt werden, woraus ihnen durch keine Dienste der Lebenden ein Ausweg geöffnet wird.

Was aber etliche von dem Fegfeuer lehren, so widerstreitet das dem christlichen Glauben: ich glaube Vergebung der Sünde und ein ewiges Leben; es widerstreitet der völligen Reinigung durch Christum und folgenden Aussprüchen des Herrn darüber: Wahrlich, wahrlich ich sage euch, wer mein Wort höret und glaubet dem, der mich gesandt hat, der hat das ewige Leben und kommt nicht in das Gericht und ist vom Tod zum Leben hindurchgedrungen (Joh. 5, 24). Ferner: Wer gewaschen ist, der bedarf nicht, denn die Füße waschen, sondern er ist ganz rein. Und ihr seid rein (Joh. 13, 10).

Was nun von Geistern oder Seelen der Verstorbenen gesagt wird, die zuweilen den Lebenden erschienen und von ihnen Dienste verlangten zu ihrer Erlösung, das halten wir für Spott oder List und Betrug des Teufels, der, wie er sich in einen Engel des Lichts verwandeln kann, so auch sich bemühet, den wahren Glauben zu zerstören oder zweifelhaft zu machen. Der Herr hat im alten Testament verboten, die Wahrheit von den Verstorbenen zu erforschen und mit den Geistern Umgang zu haben (5 Mos. 18, 10. 11). Dem Schwelger aber, da er in der Qual war, wurde die Rückkehr zu den Brüdern versagt, wie das Evangelium erzählt, indem das göttliche Wort deutlich genug spricht: Sie haben Mose und die Propheten, laß sie dieselben hören. Hören sie Mosen und die Propheten nicht, so werden sie auch nicht glauben, ob jemand von den Toten auferstände (Luk. 16, 31).

27) Von äußeren Gebräuchen, Ceremonieen und Mitteldingen.

Dem alten Volke wurden einst Ceremonieen vorgeschrieben als gewisse Erziehungsmittel für diejenigen, welche unter dem Gesetz, als einem Zuchtmeister und Vormund bewacht wurden; nachdem aber Christus der Erlöser gekommen und das Gesetz aufgehoben ist, sind wir Gläubigen nicht mehr unter dem Gesetz und die Ceremonieen sind verschwunden (Röm. 6, 14). Die Apostel wollten sie so wenig in der Kirche Christi beibehalten oder wiederherstellen, daß sie öffentlich bezeugt haben, sie wollten der Kirche keine Beschwerung auflegen (Apg. 15, 28). Daher würde es uns scheinen, als wenn wir das Judentum wieder aufrichten, wenn wir nach der Weise der Kirche des alten Bundes die Ceremonieen und Gebräuche in der Kirche Christi vervielfältigten. Wir treten daher der Meinung derer keineswegs bei, welchen es dünkt, die Kirche Christi müsse in Schranken und einer Art von Zucht erhalten werden durch viele und mancherlei Gebräuche. Denn wenn die Apostel dem Christenvolk Ceremonieen und Gebräuche, die göttlich geordnet waren, nicht auflegen wollten, welcher Vernünftige will ihm dann menschliche Erfindungen aufnötigen? Je mehr die Gebräuche in der Kirche sich häufen, desto mehr wird Abbruch gethan nicht allein der christlichen Freiheit, sondern auch Christo und dem Glauben an ihn, indem das Volk in den Gebräuchen sucht, was es suchen sollte in dem einigen Sohn Gottes, Jesu Christo, durch den Glauben. Für die Frommen genügen daher wenige, einfache, mäßige und dem Worte Gottes nicht widersprechende Gebräuche.

Wenn aber in den Kirchen ungleiche Gebräuche gefunden werden, so soll niemand daraus schließen, daß die Kirchen darum in Zwiespalt wären. Sokrates sagt: es würde unmöglich sein, die Gebräuche aller Gemeinden, welche hin und wieder in Städten und Ländern sind, zu beschreiben, Keine Religionspartei beobachtet dieselben Gebräuche, wenn auch von ihnen dieselbe Lehre darüber angenommen wird. Denn die, welche denselben Glauben haben, weichen doch in den Gebräuchen voneinander ab. So weit Sokrates. Auch wir, die wir jetzt bei der Feier des Abendmahls und in etlichen anderen Stücken verschiedene Gebräuche in

unseren Kirchen haben, weichen im Glauben nicht voneinander ab und weder die Einheit noch die Gemeinschaft unserer Kirchen wird hierdurch zerrissen. Die Kirchen haben sich immer bei solchen Gebräuchen wie bei Mitteldingen ihrer Freiheit bedient. Das thun wir auch heute noch.

Indessen erinnern wir doch zur Warnung, daß wir die Messe und den Gebrauch der Bilder in der Kirche, wie etliche thun, nicht als Mitteldinge ansehen. Das sind fürwahr keine Mitteldinge. Gleichgültig (sagte Hieronymus zu Augustin) ist das, was weder gut noch böß ist, so daß man es thun oder nicht thun mag, ohne Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit zu üben. Wenn man daher gleichgültige Dinge gewaltsamerweise auf das Glaubensbekenntnis überträgt, so hören sie auf frei zu sein; wie Paulus zeigt, es sei erlaubt Fleisch zu essen, wenn aber dabei nicht erinnert wird, daß es dem Gößen gewidmet sei; sonst sei es unerlaubt, weil der, welcher davon esse, schon durch das Essen die Abgötterei zu billigen scheine (1 Kor. 8, 10).

28) Von den Gütern der Kirche.

Vermögen besitzt die Kirche durch die Mildthätigkeit der Fürsten und die Freigebigkeit der Gläubigen, die ihre Güter der Kirche schenkten. Denn sie bedarf solch' Vermögen und hat es von jeher zur Erhaltung kirchlicher Zwecke verwendet. Aber die rechte Verwendung kirchlichen Vermögens war sonst und ist noch jetzt: Erhaltung des Unterrichtes in Schulen und Kirchen, des Kultus überhaupt, der Gebräuche und der heiligen Gebäude, ferner der Lehrer, Schüler und Diener nebst andern nötigen Dingen und vornehmlich Pflege und Hilfe der Armen. Es müssen daher gottesfürchtige, weise Männer erwählt werden, die im Haushalten ausgezeichnet sind, um recht das kirchliche Vermögen zu verwalten.

Wenn aber Kirchengüter durch böse Zeit, Verwegenheit, Unwissenheit oder Habsucht einiger Personen in Mißbrauch gekommen sind, so müssen sie durch fromme und kluge Männer zum heiligen

Gebrauch wieder zurückgeführt werden. Denn man darf gegen solchen höchst kirchenräuberischen Mißbrauch nicht nachgiebig sein. Wir lehren also, daß Schulen und Anstalten, die in Lehre, Gottesdienst und Sitten verfallen sind, verbessert und die Unterstützungen der Armen mit Frömmigkeit, Gewissenhaftigkeit und Weisheit geordnet werden müssen.

29) Vom ehelosen Stande, von der Ehe und dem Hauswesen.

Wer von oben die Gabe der Ehelosigkeit empfangen hat, so daß er von Herzen und ganzer Seele rein und enthaltsam ist, nicht Brunst leidet, der diene Gott in diesem Beruf, so lange er fühlt, daß ihm das göttliche Geschenk verliehen ist, und erhebe sich nicht über andere, sondern diene dem Herrn beständig in Einfalt und Demut. Solche sind zur Besorgung göttlicher Dinge mehr befähigt, als die, welche durch häusliche und Familienangelegenheiten zerstreut werden. Würde ihnen aber die Gabe wieder entzogen, daß sie anhaltende Brunst fühlten, so mögen sie gedenken der apostolischen Worte: Es ist besser freien, denn Brunst leiden (1 Kor. 7, 9).

Denn die Ehe (ein Heilmittel der Unenthaltsamkeit und selbst eine Enthaltsamkeit) ist eine Anordnung Gottes, die er auch reichlich gesegnet hat und in der nach seinem Willen Mann und Weib sich gegenseitig unzertrennlich anhängen und miteinander in höchster Liebe und Eintracht leben sollen. Daher hat auch, wie wir wissen, der Apostel gesagt: Die Ehe soll ehrlich gehalten werden bei allen und das Ehebett unbefleckt (Hebr. 13, 4). Und an einer anderen Stelle: Wenn eine Jungfrau heiratet, so sündigt sie nicht (1 Kor. 7). Wir verwerfen daher alle Polygamie und diejenigen, welche die zweite Ehe verdammen. Wir lehren, daß eine Ehe rechtmäßig müsse eingegangen werden in der Furcht Gottes und nicht gegen die Gesetze, welche einige Grade verbieten, damit nicht Blutschande entstehe. Sie muß mit der Zustimmung der Eltern

oder derer, die ihre Stelle vertreten, eingegangen werden und vornehmlich zu dem Zweck, wozu Gott die Ehe eingesetzt hat. Sie muß heilig gehalten werden mit der größten Gattentreue, Frömmigkeit, Liebe und Reinheit. Zank, Zwietracht, Lüste und Ehebruch müssen vermieden werden. Auch müssen gesetzliche Gerichte in der Kirche und unsträfliche Richter bestellt werden, welche über die Ehen wachen und alle Schamlosigkeit zügeln und alle Ehestreitigkeiten schlichten.

Die Kinder sollen von den Eltern in der Furcht des Herrn erzogen werden; die Eltern haben für die Kinder zu sorgen, eingedenk des apostolischen Ausspruchs: So aber jemand die Seinen, sonderlich seine Hausgenossen nicht versorget, der hat den Glauben verleugnet und ist ärger denn ein Heide (1 Tim. 5, 4). Vor allem sollen sie die Ihrigen in anständigen Künsten unterweisen, damit sie sich ernähren können, sie vom Müßiggange abziehen und dabei ein wahres Vertrauen auf Gott in sie pflanzen, damit sie weder in Mißtrauen noch in thörichte Sicherheit oder argen Geiz geraten und so ohne Frucht bleiben.

Auch ist es unzweifelhaft, daß die Werke, welche die Eltern im wahren Glauben nach den Pflichten des Ehestandes und des häuslichen Lebens vollbringen, vor Gott heilige und wahrhaft gute Werke sind und ihm nicht weniger gefallen, als Gebete, Fasten und Almosen. So lehrt auch der Apostel in seinen Briefen, vornehmlich aber in den Briefen an Timotheus und Titus. Wir rechnen aber mit demselben Apostel unter die satanischen Lehren jene Lehre, welche die Ehe verbietet oder öffentlich tadelt oder auf versteckte Art schmähet, als ob sie nicht heilig und rein sei. Wir verabscheuen aber die unreine Ehelosigkeit, die geheime und offenbare Wollust und Unzucht der Heuchler, welche Enthaltsamkeit vorgeben und die zügellosesten unter allen sind. Diese alle wird Gott richten. Wir verwerfen den Reichtum und die Reichen nicht, wenn sie gottesfürchtig sind, und von ihren Gütern den rechten Gebrauch machen. Wir verwerfen aber die Sekte der Apostelbrüder.

30) Von der Obrigkeit.

Alle Obrigkeit ist von Gott selbst eingesetzt zum Frieden und zur Ruhe der Menschheit und zwar so, daß sie die erste Stelle in dieser Welt einnehme. Ist sie Widersacherin der Kirche, so kann sie sehr viel hindern und stören. Ist sie Freundin oder gar Mitglied der Kirche, so ist sie ihr nützlichstes und vorzüglichstes Mitglied, welches ihr viel Nutzen schaffen und sie aufs beste unterstützen kann.

Ihr vorzüglichstes Amt ist es, den öffentlichen Frieden und die Ruhe herzustellen und zu erhalten. Dies wird sie nie mit größerem Erfolge erreichen können, als wenn sie selbst wahrhaft gottesfürchtig und fromm und nach dem Vorbilde heiliger Könige und Fürsten des Volkes Gottes die Predigt der Wahrheit und den ungefärbten Glauben fördert, die Lüge und allen Aberglauben samt aller Gottlosigkeit und Abgötterei ausrottet und die Kirche Gottes schützt. Wir lehren auch, daß die Sorge für die Religion einer frommen Obrigkeit vor allen Dingen zukomme.

Sie soll darum selbst das Wort Gottes zur Hand haben und sorgen, daß nichts gelehrt werde, was demselben widerstreitet; sie soll durch gute, dem Worte Gottes entsprechende Gesetze, das von Gott ihr anvertraute Volk lenken, und es in Zucht, Pflicht und Gehorsam erhalten. Sie soll Gerechtigkeit üben durch gerechtes Gericht, nicht die Person ansehen oder Geschenke nehmen, Waisen und Bedrängte schützen, Ungerechte, Betrüger und Gewaltthätige zügeln, ja ausrotten. Denn sie hat von Gott nicht umsonst das Schwert empfangen (Röm. 13, 4). Sie züde also dieses Schwert Gottes gegen alle Übelthäter, Aufrührer, Räuber und Mörder, Unterdrücker, Lasterer, Meineidige und gegen alle die, welche Gott zu strafen und zu töten befohlen hat. Auch soll sie die Regier (die wirklichen Regier nämlich) zügeln, wenn sie unverbesserlich sind und nicht aufhören, die Majestät Gottes zu lästern und die Kirche zu verwirren, ja zu verderben.

Wo es nötig wird, durch Krieg des Volkes Wohlfahrt zu erhalten, so mag sie auch in Gottes Namen Krieg führen, jedoch nur dann, wenn sie zuvor den Frieden auf alle Weise gesucht hat und nicht anders als durch Krieg ihre Unterthanen erhalten kann.

Und wenn die Obrigkeit dies im Glauben thut, so dient sie darin Gott als in wahrhaft guten Werken und empfängt Segen von Gott. Wir verwerfen die Wiedertäufer, welche leugnen, daß ein Christ ein obrigkeitliches Amt übernehmen könne, daß die Obrigkeit rechtlich mit dem Tode bestrafen oder Krieg führen dürfe, sogar behaupten, daß der Obrigkeit keine Eide zu leisten seien u. s. w.

Denn wie Gott die Wohlfahrt seines Volkes durch die Obrigkeit bewirken will, die er gleichsam an Vaterstatt in die Welt gesetzt hat, so ist auch allen Unterthanen geboten, diese Wohlthat Gottes anzuerkennen. Man muß daher die Obrigkeit ehren und fürchten als Gottes Dienerin, sie lieben, ihr hold sein und für sie beten, wie für einen Vater; man muß allen ihren gerechten und billigen Befehlen gehorchen, endlich auch willig und treulich die Steuern, Abgaben und ähnliche Schuldigkeiten leisten. Und wenn die öffentliche Wohlfahrt des Vaterlandes und die Gerechtigkeit es erfordert und die Obrigkeit aus Noth den Krieg unternimmt, so muß man auch sein Leben daransetzen und sein Blut vergießen für das öffentliche Wohl und für die Obrigkeit und zwar in Gottes Namen, willig, tapfer und unerschrocken. Wer sich aber wider die Obrigkeit setzt, der zieht Gottes schweren Zorn auf sich.

Wir verurtheilen daher alle Verächter der Obrigkeit, alle Rebellen, alle Feinde des Gemeinwesens und aufrührerische Bösewichte, alle endlich, welche ihren schuldigen Pflichten sich öffentlich oder listig entziehen. Wir bitten Gott unsern gütigsten Vater im Himmel, daß er die Fürsten des Volkes und uns mit seinem ganzen Volke segne durch Jesum Christum, unsern einigen Erlöser. Ihm sei Lob und Ehre und Dank von Ewigkeit zu Ewigkeit.

Amen.

III. Das Glaubensbekenntnis der französisch-reformirten Kirche.

Vergleiche Seite 273 dieses Urkundenbuches.

**Confession de Foi,
faite d'un commun accord par les François, qui dësirent
vivre selon la pureté de l'évangile de notre Seigneur
Jésus-Christ. A. D. 1559.**

Art. I.

Nous croyons et confessons qu'il y a un seul Dieu, qui est une seule et simple essence, spirituelle, éternelle, invisible, immuable, infinie, incompréhensible, ineffable, qui peut toutes choses, qui est toute sage, toute bonne, toute juste et toute miséricordieuse.

Art. II.

Ce Dieu se manifeste tel aux hommes, premièrement par ses oeuvres, tant par la création que par la conservation et conduite d'icelles. Secondement et plus clairement par sa Parole, laquelle au commencement révélée par oracles, a été puis après rédigée par écrit aux livres que nous appelons l'Ecriture sainte.

Art. III.

Toute Ecriture sainte est comprise aux livres canoniques du Vieux et du Nouveau Testament, desquels le nombre sen-

suit: les cinq livres de Moïse, savoir: Genèse, Exode, Levitique, Nombre, Deuteronomie. Item Josué, Juges, Ruth; le premier et le second livres de Samuel, le premier et le second livres des Rois, le premier et le second livres des Chroniques, autrement dits Paralipomenon; le premier livre d'Esdras. Item, Néhémie, le livre d'Esther, Job, les Psaumes de David, les Proverbes ou sentences de Salomon; le livre de l'Ecclésiaste, dit le Prêcheur; le Cantique de Salomon. Item, le livre d'Esaië, Jérémie, Lamentations de Jérémie, Eséchiel, Daniel, Osée, Joël, Amos, Abdias, Jonas, Michée, Nahum, Abakuk, Sophonie, Aggée, Zacharie, Malachie. Item, le saint Evangile selon saint Matthieu, selon saint Marc, selon saint Luc, et selon saint Jean. Item, le second livre de saint Luc, autrement dit les Actes des Apôtres. Item les Epîtres de saint Paul aux Romains une, aux Corinthiens deux, aux Galates une, aux Ephésiens une, aux Philippiens une, aux Colossiens une, aux Thessaloniens deux, à Timothée deux, à Tite une, à Philémon une. Item, l'Epître aux Hébreux, l'Epître de saint Jacques, la première et la seconde Epître de saint Pierre, la première, la deuxième et la troisième Epître de saint Jean, l'Epître de saint Jude. Item l'Apocalypse ou Révélation de saint Jean.

Art. IV.

Nous connaissons ces livres être canoniques, et la règle très-certaine de notre foi, non tant par le commun accord et consentement de l'Eglise, que par le témoignage et persuasion intérieure du Saint-Esprit, qui nous les fait discerner d'avec les autres livres ecclésiastiques, sur lesquels, encore qu'ils soient utiles, ou ne peut fonder aucun article de foi.

Art. V.

Nous croyons que la Parole qui est contenue en ces livres, est procédée de Dieu, duquel seul elle prend son autorité et non des hommes. Et d'autant qu'elle est la règle de toute

vérité, contenant tout ce qui est nécessaire pour le service de Dieu et de notre salut, il n'est pas loisible aux hommes, ni même aux Anges d'y ajouter, diminuer ou changer. D'où il s'ensuit que ni l'antiquité, ni les coutumes, ni la multitude, ni la sagesse humaine, ni les jugements, ni les arrêts, ni les édits, ni les décrets, ni les conciles, ni les visions, ni les miracles ne doivent être opposés à cette Ecriture sainte, mais au contraire, toutes choses doivent être examinées, réglées et réformées selon elle. Et suivant cela, nous avouons les trois symboles, savoir: des Apôtres, de Nicée, et d'Athanase, parce-qu'ils sont conformes à la parole de Dieu.

Art. VI.

Cette Ecriture sainte nous enseigne, qu'en cette seule et simple essence divine, que nous avons confessée, il y a trois personnes, le Père, le Fils et le Saint-Esprit. Le Père, première cause, principe et origine de toutes choses. Le Fils, sa parole et sagesse éternelle. Le Saint-Esprit, sa vertu, puissance et efficace. Le Fils éternellement engendré du Père. Le Saint-Esprit procédant éternellement de tous deux, les trois personnes non confuses, mais distinctes, et toutefois non divisées, mais d'une même essence, éternité, puissance et égalité. Et en cela avouons ce qui a été déterminé par les conciles anciens, et détestons toutes sectes et hérésies qui ont été rejetées par les saints docteurs, comme saint Hilaire, saint Athanase, saint Ambroise et saint Cyrille.

Art. VII.

Nous croyons que Dieu en trois personnes coopérantes, par sa vertu, sagesse et bonté incompréhensible, a créé toutes choses, non-seulement le ciel, la terre et tout ce qui y est contenu; mais aussi les esprits invisibles, desquels les uns sont déchus et trébuchés en perdition, les autres ont persisté en obéissance. Que les premiers s'étant corrompus en malice, sont ennemis de tout bien, par conséquent de toute l'Eglise. Les seconds ayant été préservés par la grâce de Dieu, sont ministres pour glorifier le nom de Dieu et servir au salut de ses élus.

Art. VIII.

Nous croyons que non-seulement il a créé toutes choses, mais qu'il les gouverne et conduit, disposant, ordonnant selon sa volonté, de tout ce qui advient au monde; non pas qu'il soit auteur du mal, ou que la culpé lui en puisse être imputée, vu que sa volonté est la règle souveraine et infaillible de toute droiture et équité; mais il a des moyens admirables de se servir tellement des diables et des méchants, qu'il sait convertir en bien le mal qu'ils font, et duquel ils sont coupables. Et ainsi en confessant que rien ne se fait sans la providence de Dieu, nous adorons en humilité les secrets qui nous sont cachés, sans nous enquérir par-dessus notre mesure; mais plutôt appliquons à notre usage ce qui nous est montré en l'Ecriture sainte pour être en repos et sûreté, d'autant que Dieu, qui a toutes choses sujettes à soi, veille sur nous d'un soin paternel, tellement qu'il ne tombera point un cheveu de notre tête sans sa volonté! Et cependant il tient les diables et tous nos ennemis bridés, en sorte qu'ils ne nous peuvent faire aucune nuisance sans son congé.

Art. IX.

Nous croyons que l'homme ayant été créé pur et entier, et conforme à l'image de Dieu, est, par sa propre faute, déchu de la grâce qu'il avait reçue, et ainsi s'est aliéné de Dieu qui est la fontaine de justice et de tous biens, en sorte que sa nature est du tout corrompue. Et étant aveuglé en son esprit, et dépravé en son coeur, a perdu toute intégrité sans avoir rien de reste. Et bien qu'il ait encore quelque discrétion du bien et du mal, nonobstant nous disons, que ce qu'il a de clarté, se convertit en ténèbres quand il est question de chercher Dieu, tellement qu'il n'en peut nullement approcher par son intelligence et raison. Et bien qu'il ait une volonté par laquelle il est incité à faire ceci ou cela, toutefois elle est du tout captive sous péché, en sorte qu'il n'a nulle liberté à bien, que celle que Dieu lui donne.

Art. X.

Nous croyons que toute la lignée d'Adam est infectée de telle contagion, qui est le péché originel, et un vice héréditaire, et non pas seulement une imitation, comme les Pélagiens ont voulu dire, lesquels nous détestons en leurs erreurs. Et n'estimons pas qu'il soit besoin de s'enquérir comme le péché vient d'un homme à l'autre, vu que c'est assez, que ce que Dieu lui avait donné n'était pas pour lui seul, mais pour toute sa lignée; et ainsi, qu'en la personne d'icelui nous avons été dénués de tous biens et sommes trébuchés en toute pauvreté et malédiction.

Art. XI.

Nous croyons aussi que ce vice est vraiment péché, qui suffit à condamner tout le genre humain jusqu'aux petits enfants dès le ventre de la mère et que pour tel il est réputé devant Dieu; même qu'après le baptême, c'est toujours péché quant à la coulpe, bien que la condamnation en soit abolie aux enfants de Dieu, ne la leur imputant point par sa bonté gratuite. Outre cela, que c'est une perversité produisant toujours des fruits de malice et de rébellion tels que les plus saints, encore qu'ils y résistent, ne laissent point d'être entachés d'infirmités et de fautes pendant qu'ils habitent en ce monde.

Art. XII.

Nous croyons que de cette corruption et condamnation générale, en laquelle tous les hommes sont plongés, Dieu retire ceux lesquels en son conseil éternel et immuable il a élus par sa seule bonté et miséricorde en notre Seigneur, Jésus-Christ, sans considération de leurs oeuvres, laissant les autres en cette même corruption et condamnation, pour démontrer en eux sa justice, comme aux premiers il fait luire les richesses de sa miséricorde. Car les uns ne sont point meilleurs que les autres, jusqu'à ce que Dieu les discerne, selon son conseil immuable qu'il a déterminé en Jésus-Christ devant la création du monde; et nul aussi ne se pourrait introduire à un tel bien de sa propre vertu, vu que de notre nature nous ne pou-

vons avoir un seul bon mouvement, ni affection, ni pensée, jusqu'à ce que Dieu nous ait prévenus et nous y ait disposés.

Art. XIII.

Nous croyons qu'en icelui Jésus-Christ tout ce qui était requis à notre salut nous a été offert et communiqué. Lequel nous étant donné à salut, nous a été quant et quant fait sagesse, sanctification et rédemption: en sorte qu'en déclinant de lui, on renonce à la miséricorde du Père, où il nous convive avoir refuge unique.

Art. XIV.

Nous croyons que Jésus-Christ étant la sagesse de Dieu, et son fils éternel, a revêtu notre chair, afin d'être Dieu et homme en une personne, même homme semblable à nous, passible en corps et en âme, sinon en tant qu'il a été pur de toute macule. Et quant à son humanité, qu'il a été vraie semence d'Abraham et de David, bien qu'il ait été conçu par la vertu secrète du Saint-Esprit. En quoi nous détestons toutes les hérésies qui ont anciennement troublé les Eglises, et notamment aussi les imaginations diaboliques de Servet, lequel attribue au Seigneur Jésus une divinité fantastique, d'autant qu'il le dit être idée et patron de toutes choses, et le nomme Fils personnel ou figuratif de Dieu; et finalement lui forge un corps de trois éléments créés, ainsi mêle et détruit toutes les deux natures.

Art. XV.

Nous croyons qu'en une même personne, savoir Jésus-Christ, les deux natures sont vraiment et inséparablement conjointes et unies, demeurant néanmoins chacune nature en sa propriété distincte: tellement que comme en cette conjonction la nature divine retenant sa propriété, est demeurée incréée, infinie et emplissant toutes choses; aussi la nature humaine est demeurée finie, ayant sa forme, mesure et propriété; et même bien que Jésus-Christ en ressuscitant ait donné l'immortalité à son corps,

toutefois il ne lui a pas ôté la vérité de sa nature. Et ainsi, nous le considérons tellement en sa divinité, que nous ne le dépouillons point de son humanité.

Art. XVI.

Nous croyons que Dieu envoyant son Fils, a voulu montrer son amour et bonté inestimable envers nous, en le livrant à la mort, et le ressuscitant pour accomplir toute justice et pour nous acquérir la vie céleste.

Art. XVII.

Nous croyons que par le sacrifice unique que le Seigneur Jésus a offert en la croix, nous sommes réconciliés à Dieu pour être tenus et réputés justes devant lui, parceque nous ne lui pouvons être agréables, ni être participant de son adoption, sinon d'autant qu'il nous pardonne nos fautes et les ensevelit. Ainsi nous protestons que Jésus-Christ est notre lavement entier et parfait, qu'en sa mort nous avons entière satisfaction, pour nous acquitter de nos forfaits et iniquités dont nous sommes coupables, et ne pouvons être délivrés que par ce remède.

Art. XVIII.

Nous croyons que toute notre justice est fondée en la rémission de nos péchés, comme aussi c'est notre seule félicité, comme dit David. C'est pourquoi nous rejetons tous autres moyens de nous pouvoir justifier devant Dieu; et sans présumer de nulles vertus, ni mérites, nous nous tenons simplement à l'obéissance de Jésus-Christ, laquelle nous est allouée, tant pour couvrir toutes nos fautes, que pour nous faire trouver grâce et faveur devant Dieu. Et de fait, nous croyons qu'en déclinant de ce fondement, tant peu que ce soit, nous ne pourrions trouver ailleurs aucun repos, mais serions toujours agités d'inquiétude: d'autant que jamais nous ne sommes paisibles avec Dieu, jusqu'à ce que nous soyons bien résolus d'être aimés en Jésus-Christ, vu que nous sommes dignes d'être haïs en nous-mêmes.

Art. XIX.

Nous croyons que c'est par ce moyen que nous avons liberté et privilège d'invoquer Dieu, avec pleine fiance qu'il se montrera notre Père. Car nous n'aurions aucun accès au Père, si nous n'étions adressés par ce médiateur. Et pour être exaucés en son nom, il convient tenir notre vie de lui, comme de notre chef.

Art. XX.

Nous croyons que nous sommes faits participant de cette justice par la seule foi, comme il est dit qu'il a souffert pour nous acquérir le salut, afin que quiconque croira en lui, ne périclite point. Et que cela se fait, d'autant que les promesses de vie qui nous sont données en lui, sont appropriées à notre usage, et en sentons l'effet quand nous les acceptons, ne doutant point qu'étant assurés par la bouche de Dieu, nous ne serons point frustrés. Ainsi la justice que nous obtenons par la foi, dépend des promesses gratuites par lesquelles Dieu nous déclare et testifie qu'il nous aime.

Art. XXI.

Nous croyons que nous sommes illuminés en la foi par la grâce secrète du Saint-Esprit, tellement que c'est un don gratuit et particulier que Dieu départ à ceux que bon lui semble, en sorte que les fidèles n'ont de quoi s'en glorifier, étant obligés au double, de ce qu'ils ont été préférés aux autres. Même que la foi n'est pas seulement baillée pour un coup aux élus pour les introduire au bon chemin, mais pour les y faire continuer aussi jusqu'au bout. Car comme c'est à Dieu de faire le commencement, aussi c'est à lui de parachever.

Art. XXII.

Nous croyons que, par cette foi, nous sommes régénérés en nouveauté de vie, étant naturellement asservis à péché. Or, nous recevons par foi la grâce de vivre saintement, et en la crainte de Dieu, en recevant la promesse, qui nous est donnée par l'Evangile, savoir, que Dieu nous donnera son Saint-Esprit.

Ainsi la foi non seulement ne refroidit pas l'affection de bien et saintement vivre, mais l'engendre et excite en nous, produisant nécessairement les bonnes oeuvres. Au reste, bien que Dieu, pour accomplir notre salut, nous régénère, nous réformant à bien faire, toutefois nous confessons que les bonnes oeuvres que nous faisons par la conduite de son Esprit, ne viennent point en compte pour nous justifier, ou mériter que Dieu nous tienne pour ses enfants, parce que nous serions toujours flottants en doute et inquiétude, si nos consciences ne s'appuyaient sur la satisfaction par laquelle Jésus-Christ nous a acquittés.

Art. XXIII.

Nous croyons que toutes les figures de la loi ont pris fin à la venue de Jésus-Christ. Mais bien que les cérémonies ne sont plus en usage, néanmoins la substance et vérité nous en est demeurée en la personne de celui auquel gît tout accomplissement. Au surplus, il nous faut aider de la loi et des prophètes, tant pour régler notre vie, que pour être confirmés aux promesses de l'Evangile.

Art. XXIV.

Nous croyons, puisque Jésus-Christ nous est donné pour seul avocat, et qu'il nous commande de nous retirer privément en son nom vers son Père; et même qu'il ne nous est pas licite de prier, sinon en suivant la forme que Dieu nous a dictée par sa Parole; que tout ce que les hommes ont imaginé de l'intercession des Saints trépassés, n'est qu'abus et fallace de Satan, pour faire dévoyer les hommes de la forme de bien prier. Nous rejetons aussi tous autres moyens que les hommes présument avoir pour se racheter envers Dieu, comme dérogeant au sacrifice de la mort et de la passion de Jésus-Christ.

Finalement, nous tenons le purgatoire pour une illusion procédée de cette même boutique, de laquelle sont aussi procédés les voeux monastiques, pèlerinages, défenses du mariage. et de l'usage des viandes, l'observation cérémonielle des jours, la confession auriculaire, les indulgences et toutes autres telles

choses, par lesquelles on pense mériter grâce et salut. Lesquelles choses nous rejetons, non seulement pour la fausse opinion du mérite qui y est attaché, mais aussi parceque ce sont des inventions humaines, qui imposent joug aux consciences.

Art. XXV.

Or, parceque nous ne jouissons de Jésus-Christ que par l'Evangile, nous croyons que l'ordre de l'Eglise, qui a été établi en son autorité, doit être sacré et inviolable, et partant que l'Eglise ne peut subsister sinon qu'il y ait des pasteurs qui aient la charge d'enseigner, lesquels on doit honorer et écouter en révérence quand ils sont dûment appelés, et exercent fidèlement leur office. Non pas que Dieu soit attaché à telles aides ou moyens inférieurs, mais parce qu'il lui plaît nous entretenir sous telle bride. En quoi nous détestons tous Fantastiques qui voudraient bien, en tant qu'en eux est, anéantir le ministère et prédication de la parole de Dieu et des sacrements.

Art. XXVI.

Nous croyons donc que nul ne se doit retirer à part, et se contenter de sa personne, mais que tous ensemble doivent garder et entretenir l'union de l'Eglise, se soumettant à l'instruction commune et au joug de Jésus-Christ; et ce en quelque lieu où Dieu aura établi un vrai ordre de l'Eglise, encore que les magistrats et leurs édits y soient contraires, que tous ceux qui ne s'y rangent, ou s'en séparent, contrarient à l'ordonnance de Dieu.

Art. XXVII.

Toutefois, nous croyons qu'il convient discerner soigneusement et avec prudence, quelle est la vraie Eglise, parceque par trop on abuse de ce titre. Nous disons donc, suivant la Parole de Dieu, que c'est la compagnie des fidèles, qui s'accordent à suivre cette Parole et la pure religion qui en dépend, et qui profitent en elle tout le temps de leur vie, croissant et se confirmant en la crainte de Dieu, selon qu'ils ont besoin

de s'avancer et de marcher toujours plus outre. Même quoiqu'ils s'efforcent, qu'il leur convient avoir incessamment recours à la rémission de leurs péchés, néanmoins nous ne nions point que parmi les fidèles il n' y ait des hypocrites et réprouvés, desquels la malice ne peut effacer le titre de l'Eglise.

Art. XXVIII.

Sous cette créance nous protestons que là où la parole de Dieu n'est point reçue, et où on ne fait nulle profession de s'assujettir à elle, et où il n' y a nul usage des sacrements, à parler proprement, on ne peut juger qu'il y ait aucune Eglise. Partant, nous condamnons les assemblées de la papauté, vu que la pure vérité de Dieu en est bannie, esquelles les sacrements sont corrompus, abâtardis, falsifiés ou anéantis du tout; et esquelles toutes superstitions et idolâtries ont la vogue. Nous tenons donc que tous ceux qui se mêlent en tels actes, et y communiquent, se séparent et se retranchent du corps de Jésus-Christ. Toutefois, parcequ'il reste encore quelque petite trace de l'Eglise en la papauté, et même que la vertu et substance du baptême y est demeurée, joint que l'efficace du baptême ne dépend pas de celui qui l'administre, nous confessons ceux qui y sont baptisés n'avoir besoin d'un second baptême. Cependant à cause des corruptions qui y sont, on n' y peut présenter les enfants sans se polluer.

Art. XXIX.

Quant est de la vraie Eglise, nous croyons qu'elle doit être gouvernée selon la police que notre Seigneur Jésus-Christ a établie. C'est qu'il y a des pasteurs, des surveillants, et des diacres, afin que la pure doctrine ait son cours, que les vices soient corrigés et réprimés, et que les pauvres et tous autres affligés soient secourus en leurs nécessités; et que les assemblées se fassent au nom de Dieu, esquelles grands et petits soient édifiés.

Art. XXX.

Nous croyons tous vrais pasteurs, en quelque lieu qu'ils soient, avoir même autorité et égale puissance sous un seul

chef, seul souverain et seul universel évêque, Jésus-Christ; et pour cette cause, que nulle Eglise ne doit prétendre aucune domination ou seigneurie sur l'autre.

Art. XXXI.

Nous croyons que nul ne se doit ingérer de son autorité propre pour gouverner l'Eglise, mais que cela se doit faire par élection, en tant qu'il est possible et que Dieu le permet. Laquelle exception nous y ajoutons notamment, parce qu'il a fallu quelquefois, et même de notre temps (auquel l'état de l'Eglise était interrompu), que Dieu ait suscité des gens d'une façon extraordinaire pour dresser l'Eglise de nouveau, qui était en ruine et désolation. Mais, quoi qu'il en soit, nous croyons qu'il se faut toujours conformer à cette règle: que tous pasteurs, surveillants et diacres aient témoignage d'être appelés à leur office.

Art. XXXII.

Nous croyons aussi qu'il est bon et utile que ceux qui sont élus pour être superintendants, avisent entre eux quel moyen ils devront tenir pour le régime de tout le corps, et toutetois qu'ils ne déclinent nullement de ce qui nous en a été donné par notre Seigneur Jésus-Christ. Ce qui n'empêche point qu'il n'y ait quelques ordonnances particulières en chacun lieu, selon que la commodité le requerra.

Art. XXXIII.

Cependant nous excluons toutes inventions humaines, et toutes lois qu'on voudrait introduire sous ombre du service de Dieu, par lesquelles on voudrait lier les consciences; mais seulement recevons ce qui fait et est propre pour nourrir la concorde, et tenir chacun depuis le premier jusqu'au dernier en obéissance. En quoi nous avons à suivre ce que notre Seigneur Jésus-Christ a déclaré quant à l'excommunication; laquelle nous approuvons et confessons être nécessaire avec toutes ses appartenances.

Art. XXXIV.

Nous croyons que les sacrements sont ajoutés à la Parole pour plus ample confirmation, afin de nous être gages et marreaux de la grâce de Dieu, et par ce moyen aider et soulager notre foi, à cause de l'infirmité et rudesse qui est en nous, et qu'ils sont tellement signes extérieurs, que Dieu opère par eux en la vertu de son Esprit, afin de ne nous y rien signifier en vain. Toutefois, nous tenons que toute leur substance et vérité est en Jésus-Christ; et si on les sépare, ce n'est plus rien qu'ombrage et fumée.

Art. XXXV.

Nous en confessons seulement deux, communs à toute l'Eglise, desquels le premier, qui est le baptême, nous est donné pour témoignage de notre adoption; parce que là nous sommes entés au corps de Christ, à fin d'être lavés et nettoyés par son sang, et puis renouvelés en sainteté de vie par son Saint-Esprit. Nous tenons aussi, bien que nous ne soyons baptisés qu'une fois, que le profit qui nous est là signifié s'étend à la vie et à la mort, afin que nous ayons une signature permanente, que Jésus-Christ nous sera toujours justice et sanctification. Or, bien que ce soit un sacrement de foi et de pénitence, néanmoins parce que Dieu reçoit en son Eglise les petits enfants avec leurs pères, nous disons que par l'autorité de Jésus-Christ les petits enfants engendrés des fidèles doivent être baptisés.

Art. XXXVI.

Nous confessons que la sainte Cène (qui est le second sacrement) nous est un témoignage de l'union que nous avons avec Jésus-Christ, d'autant qu'il n'est pas seulement une fois mort et ressuscité pour nous, mais aussi nous repaît et nourrit vraiment de sa chair et de son sang, à ce que nous soyons un avec lui, et que sa vie nous soit commune. Or, bien qu'il soit au ciel jusqu'à ce qu'il vienne pour juger tout le monde, toutefois nous croyons que par la vertu secrète et incompréhensible de son Esprit, il nous nourrit et vivifie de la substance

de son corps et de son sang. Nous tenons bien que cela se fait spirituellement, non pas pour mettre au lieu de l'effet et de la vérité imagination ni pensée; mais d'autant que ce mystère surmonte en sa hautesse la mesure de notre sens, et tout ordre de nature. Bref, parce qu'il est céleste, il ne peut être appréhendé que par la foi.

Art. XXXVII.

Nous croyons (ainsi qu'il a été dit), que tant en la cène qu'au baptême, Dieu nous donne réellement et par effet ce qu'il y figure. Et partant nous joignons avec les signes la vraie possession et jouissance de ce qui nous est là présenté. Et ainsi, tous ceux qui apportent à la table sacrée de Christ une pure foi, comme un vaisseau, reçoivent vraiment ce que les signes y testifient; c'est que le corps et le sang de Jésus-Christ ne servent pas moins de manger et de boire à l'âme, que le pain et le vin font au corps.

Art. XXXVIII.

Ainsi nous tenons que l'eau étant un élément caduc, ne laisse pas de nous testifier en vérité le lavement intérieur de notre âme au sang de Jésus-Christ, par l'efficace de son Esprit, et que le pain et le vin nous étant donnés en la cène, nous servent vraiment de nourriture spirituelle, d'autant qu'ils nous montrent comme à l'oeil la chair de Jésus-Christ nous être notre viande, et son sang notre breuvage. Et rejetons les Fantastiques et Sacrementaires, qui ne veulent recevoir tels signes et marques, vu que notre Seigneur Jésus prononce: Ceci est mon corps et cette coupe est mon sang.

Art. XXXIX.

Nous croyons que Dieu veut que le monde soit gouverné par lois et police, afin qu'il y ait quelque bride pour réprimer les appétits désordonnés du monde. Et ainsi qu'il a établi les royaumes, républiques et toutes autres sortes de principautés, soit héréditaires ou autrement, et tout ce qui appartient à l'Etat de justice, et en veut être reconun auteur: à cette

cause il a mis le glaive en la main des magistrats pour réprimer les péchés commis non-seulement contre la seconde table des commandements de Dieu, mais aussi contre la première. Il faut donc, à cause de lui, que non-seulement on endure que les supérieurs dominant, mais aussi qu'on les honore et prise en toute révérence, les tenant pour ses lieutenants et officiers, lesquels il a commis pour exercer une charge légitime et sainte.

Art. XL.

Nous tenons donc qu'il faut obéir à leurs lois et statuts, payer tributs, impôts et autres devoirs, et porter le joug de subjection d'une bonne et franche volonté, encore qu'ils fussent infidèles, moyennant que l'empire souverain de Dieu demeure en son entier. Ainsi nous détestons ceux qui voudraient rejeter les supériorités, mettre communauté et confusion de biens, et renverser l'ordre de la justice.

IV. Der Vergleich von Sendomir*).

Vergleiche S. 276 dieses Urkundenbuches.

Nachdem lange und viel mit Sektirern, als Trithemiten, Ebioniten und Anabaptisten, gestritten worden und wir nun endlich durch Gottes Gnade die vielen heftigen Streitigkeiten und beklagenswerten Kämpfe überstanden, haben dieselben reformirten und rechtgläubigen Kirchen Polens, welche in gewissen Lehrstücken und Lehrformeln nach der Meinung der Feinde der Wahrheit und des Evangeliums nicht miteinander übereinzustimmen schienen, aus Liebe zum Frieden und zur Eintracht beschlossen, eine Synode zu berufen und ein Zeugnis ihrer Übereinstimmung abzulegen. Nachdem wir daher eine freundschaftliche und christliche Beratung gehalten und uns auf diese Weise mit einander vereinigt und ausgeglichen, sind wir über folgende Stücke übereingekommen:

Erstens: Wie sowohl wir, die wir auf der gegenwärtigen Synode unser Bekenntnis kundgegeben haben, als auch die Brüder

*) Der volle Titel lautet: Consensus in fide et religione christiana inter ecclesias evangelicas Majoris et Minoris Poloniae, magnique Ducatus Lithuaniae et ceterarum ejus regni provinciarum, primo Sendomiriae anno MDLXX in Synodo Generali sancitus et deinceps in aliis, ac demum in Wlodislawiensi Gen. Synodo anno MDLXXXIII confirmatus et serenissimis Poloniae regibus Augusto, Henrico ac Stephano oblatus, nunc autem ex decreto synodico in publicum typis editus anno Christi MDLXXXVI (vgl. Jablonski, Hist. consensus Sendomiriensis. Berolini 1781, p. 184). Die hier gebotene Übersetzung ist zumest entnommen: Mißsch, Urkundenbuch der ev. Union. Bonn 1853. S. 73.

nie geglaubt haben, daß die, welche der Augsburger Konfession anhängen, anders als fromm und rechtgläubig denken über Gott und die heilige Dreieinigkeit, über die Menschwerdung des Sohnes Gottes und unsere Rechtfertigung und andere vornehmliche Stücke unseres Glaubens, so haben auch die, welche zur Augsburger Konfession halten, aufrichtig und ohne Rückhalt bekant, daß sie hinwiederum in dem Bekenntnisse sowohl unserer Kirchen als in dem der böhmischen Brüder (welche einige der Sache Unkundige Waldenser nennen) über Gott und die heilige Dreieinigkeit, über die Menschwerdung des Sohnes Gottes, die Rechtfertigung und andere Hauptstücke des christlichen Glaubens nichts erkennen, was mit der rechtgläubigen Wahrheit und dem lautern Worte Gottes in Widerspruch stände. Da haben wir uns denn gegenseitig heilig versprochen, einmütig nach der Vorschrift des Wortes Gottes diese unsere beiderseitige Übereinstimmung in der wahren und lautern Religion Christi gegen die Papisten, die Sektirer, kurz gegen alle Feinde des Evangelii und der Wahrheit zu verteidigen.

Zweitens: Was jenen unseligen Zwist über das Abendmahl anlangt, so sind wir über den Sinn der Worte unseres Herrn Jesu Christi in der Weise übereingekommen, wie dieselbe von den Vätern und insonderheit von Brenäus rechtgläubig verstanden worden, nach dessen Erklärung dieses Mysterium eine zwiefache Bedeutung, nämlich eine irdische und eine himmlische hat, und wir behaupten, daß jene Elemente oder Zeichen nicht bloße leere Zeichen sind, sondern zugleich wirklich den Gläubigen mitteilen und gewähren im Glauben, was sie bezeichnen. Kurz, um deutlicher und klarer zu reden, wir haben uns geeinigt zu glauben und zu bekennen, daß die weisenhafte Gegenwart Christi nicht nur bezeichnet, sondern daß den ihn im Abendmahl Genießenden der Leib und das Blut des Herrn durch die zu der Sache selbst hinzutretenden Symbole, die nach der Natur der Sacramente keineswegs bloße Symbole sind, wirklich dargestellt, zugeteilt und dargereicht wird. Damit aber die Verschiedenheit der Ausdrücke nicht etwa einen Streit veranlasse, so haben wir für gut befunden, außer dem Artikel, welcher in unser Bekenntnis nach gegenseitiger Übereinkunft aufgenommen worden ist, zu demselben den Artikel des Bekenntnisses der sächsischen Kirchen über das Abendmahl hinzuzufügen,

welcher im Jahre 1551 an das Tridentiner Konzil gesandt wurde, indem wir denselben auch als fromm anerkennen und annehmen.

Der Wortlaut dieses Bekenntnisses *) ist folgender:

„Sowohl die Taufe als auch das Abendmahl sind Unterpfänder und Zeugnisse der Gnade, welche uns an die Verheißung und an die ganze Erlösung erinnern und zeigen, daß die Wohlthaten des Evangeliums sich auf jeden einzelnen erstrecken, der von diesen Handlungen Gebrauch macht. Jedoch findet folgender Unterschied statt: durch die Taufe werden einzelne in die Kirche aufgenommen, dagegen das Abendmahl sollte nach dem Willen des Herrn zugleich auch ein zusammenhaltendes Band der öffentlichen Gemeinschaft sein. Denn Gott will, daß der Dienst des Evangelii ein öffentlicher sei; er will nicht, daß die Stimme des Evangeliums im Dunkel eingeschlossen gehalten werde, sondern er will, daß dieselbe von der ganzen Menschheit gehört werde, er will erkannt und angerufen werden. Darum will er, daß die Versammlungen öffentlich und ehrbar sind, und will, daß in denselben die Stimme des Evangeliums ertöne, er will daselbst angerufen und gepriesen werden. Auch will er,

*) Rihsch bringt diese ganze Stelle aus der *Confessio Saxonica* um seiner besonderen Aufgabe willen nicht zum Abdruck; wir geben hier die Übersetzung von Meß (*Sammlung symbolischer Bücher der reformirten Kirche*. Neuwied 1828) II, 269 ff. Diese *Confessio Saxonica*, in das *Corpus doctrinae Philippicum* 1559 aufgenommen, ist auf Anordnung des Kurfürsten von Sachsen von Melancthon als eine Auslegung und Verteidigung der Augsburger Konfession für das Tridentiner Konzil, das der Kaiser in dem Reichsabschied des 13. Februar 1551 von jedem Stande des Reiches beschickt wissen wollte, ausgearbeitet worden. Etwas ausführlicher als die *Augustana* bedt sich diese „*repetio confessionis Augustanae anno Domini MDLI scripta ut synodo Tridentinae exhiberetur*“ inhaltlich vollständig mit ihr und ist als eine Wiederholung der späteren Ausgaben von Melancthons *loci communes* anzusehen (vgl. Heppel, *Die konfessionelle Entwicklung der altprotestantischen Kirche Deutschlands*, Marburg 1854, S. 141 ff.). Der Generalsenior der lutherischen Kirche in Großpolen, Erasmus Gliczner, hatte in der Sitzung am 13. April 1570 seine Zustimmung zu dem Vergleich an die Aufnahme des vollständigen Artikels von dem Abendmahl aus der *Confessio Saxonica* geknüpft, eine Bedingung, welcher die übrigen Mitglieder willig zustimmten (vgl. Jablonski, *Hist. cons. Sandom. Berolini* 1731, p. 58).

daß eben diese Versammlungen Zeugen sind des Bekenntnisses und der Trennung der Kirche Gottes von den Sekten und dem Glauben anderer Völker. Johannes hielt in Ephesus Zusammenkünfte mit seiner Gemeinde und lehrte das Evangelium und durch den Genuß der Sacramente zeigte die ganze Gemeinde, daß sie dieser Lehre anhing und diesen Gott anrief, welcher das Evangelium gegeben und daß sie abgesondert sei von den Verehrern der Diana, des Jupiter und anderer Götzen. Denn Gott will, daß seine Kirche in der Welt gesehen und gehört werde und will, daß sie durch mancherlei sichtbare Zeichen gesondert sei von den übrigen Völkern. So hielten ohne Zweifel ihre Versammlungen die Patriarchen, Adam, Seth, Enoch, Noah, Sem, Abraham und in der Folge hatte das Volk Israel viele Gebräuche, damit jene Trennung von den Heiden um so auffälliger sei.

Auch gab er der Versammlung noch eine besondere Verheißung: Wo zwei oder drei versammelt sind in meinem Namen, da will ich mitten unter ihnen sein (Matth. 18, 20). Gleicherweise: Wo zwei unter euch eins werden auf Erden, warum es ist, daß sie bitten wollen, das soll ihnen widerfahren (Matth. 18, 19). Und im Psalm: Sein Lob ist in der Gemeinde der Heiligen. Auch dürfen die Verheißungen, in welchen Gott versichert, daß er die Kirche erhalten werde, um so süßer sein, als wir daraus ersehen, daß er den öffentlichen Dienst in ehrbaren Versammlungen erhält und herstellt; wie auch die Worte des Abendmahls selbst diese Verheißung einschließen, da er befiehlt den Tod des Herrn zu verkünden und dies Mahl auszuspenden, bis er komme.

Damit nun die Ehrfurcht bei diesem Sacrament größer werde, haben wir über die wahren Ursachen seiner Einsetzung nachzudenken, welche sich auf die öffentliche Gemeinschaft und auf den Trost der einzelnen beziehen. Die erste Ursache ist: der Sohn Gottes will, daß in öffentlicher, ehrbarer Gemeinschaft die Stimme des Evangeliums ertöne. Das Band dieser Gemeinschaft soll nach seinem Willen dieses Genießen sein, welches mit der tiefsten Ehrfurcht vorgenommen werden soll, da in demselben ein Zeugnis von der wunderbaren Gemeinschaft mit Gott

und mit den Genießenden abgelegt wird, einer Ehrfurcht, von welcher Paulus spricht, wenn er sagt: Wer es unwürdig genießt, der macht sich des Leibes und des Blutes des Herrn schuldig. Die zweite Ursache: Er will, daß sowohl die Versammlung, als auch die Handlung selbst zur Erhaltung* und Verbreitung diene des Andenkens an sein Leiden, seine Auferstehung und seine Wohlthaten. Die dritte Ursache: Er will, daß jeder Genießende durch dieses Zeugnis besonders bestätige, daß er die Überzeugung hat, daß sich die Wohlthaten des Evangeliums auf ihn erstrecken, da er ein Glied der Versammlung ist und daß er gereinigt sei durch sein Blut und daß er diesen Bund schließe: Bleibet in mir und ich in euch. Gleichweise: Ich in ihnen und sie in mir. Die vierte Ursache: Er will, daß dies Genießen in der Gemeinde ein Bekenntnis sei, durch welches du darthust, welcherlei Lehre du anhängst, zu welcher Gemeinschaft du dich hältst. Auch will er, daß man öffentlich und im besonderen durch diesen Brauch Gott dem ewigen Vater, dem Sohne und dem heiligen Geiste Dank sage, sowohl für die übrigen Wohlthaten, als auch namentlich für diese unermessliche Wohlthat der Erlaufung und Erlösung. Ferner will er, daß sie den Gliedern der Kirche unter einander ein Band gegenseitigen Wohlwollens sei. So laufen viele Absichten zusammen.

Durch die Erinnerung dieser erhabenen Absichten werden die Menschen zur Achtung und zum Gebrauch des Sacramentes aufgefordert. Wir lehren auch, wozu der Gebrauch diene. Ausdrücklich verdammen wir den ungeheuren Irrtum der Mönche, welche in Schriften gelehret haben, der Genuß erwerbe die Vergebung der Sünden und zwar *ex opere operato*, auch ohne die gute Absicht des Genießenden. Diese pharisäische Vorstellung streitet mit dem Worte: der Gerechte wird seines Glaubens leben. So also belehren wir die Kirche, daß die, so zum Tische des Herrn hinzutreten wollen, Reue oder Buße mitbringen und wenn im Gedanken der Glaube an den Tod und die Auferstehung und die Wohlthaten des Gottessohnes schon angefaßt ist, hier die Bestätigung des Glaubens suchen müssen, weil du im Gebrauche des Sacraments ein Zeugnis ablegst, welches zeigt,

daß sich auch auf dich die Wohlthaten des Sohnes Gottes erstrecken. Auch wird dadurch bezeugt, daß er dich zum Gliede annimmt und daß er in dir ist, wie er sagt: ich in euch.

Auch ermahnen wir, daß man nicht glaube, es werde uns die Sünde wegen dieser Handlung oder um dieses Gehorsams willen verziehen, sondern daß man mit herzlichem Vertrauen auf den Tod, das Verdienst und die Auferstehung des Sohnes Gottes hinblide und festhalte, daß um seinerwillen unsere Sünden uns verziehen werden und daß er diesen Glauben durch solche Erinnerung und Zeugnis stärken wolle. Wenn auf diese Weise der Glaube, der Trost, die Freude des Gewissens und die Dankagung wächst, so nützt uns die Feier des heiligen Abendmahles. Eher aber wird niemand zum Abendmahl zugelassen, als bis er von dem Pfarrer oder seinem Stellvertreter gehört und absolviret ist. Bei dieser Prüfung werden die Unwissenden gefragt und in der ganzen Lehre fleißig unterrichtet und demnächst die Absolution ausgesprochen. Man lehrt auch die Leute, daß die Sakramente von Gott eingesetzte Handlungen sind und daß außer dem angeordneten Gebrauche die dabei gebrauchten Gegenstände weiter keine sakramentliche Bedeutung haben, sondern daß bei dem in der Einsetzung bestimmten Gebrauche dieser Kommunion Christus wahrhaftig und wesentlich gegenwärtig sei und den Genießenden sein Leib und sein Blut wahrhaft gereicht werde, daß Christus bezeuge, daß er in ihnen ist, sie zu seinen Gliedern mache und sie mit seinem Blute rein wasche, wie auch Hilarius spricht: Dieser Genuß bewirkt, daß wir in Christo sind und Christus in uns.

Allein durch diesen Gebrauch behalten wir die alte Sitte der lateinischen und römischen Kirche bei. Es finden keine Privatmessen statt, das heißt solche, in welchen nicht der Leib und das Blut Christi ausgeteilt wird. Denn solche Messen hatte auch die alte Kirche einige Jahrhunderte nach der Zeit der Apostel nicht, wie wir aus den Beschreibungen des Dionysius Epiphanius, Ambrosius, Augustinus und anderer ersehen. Und Paulus befiehlt ja auch ganz besonders, daß zu dem Abendmahl sich viele vereinigen sollen. Deshalb werden in einer öffentlichen und ehrbaren Versammlung die Gebete und das

Glaubensbekenntnis vorgelesen oder gesungen und die gebräuchlichen Festevangelien und Gesänge angewendet. Sodann wird von den Wohlthaten des Sohnes Gottes oder von irgendeinem Abschnitte der christlichen Lehre, wie es gerade die Zeit mit sich bringt, gepredigt. Hierauf liest der Pfarrer die Danksgiving und die Fürbitte für die ganze Gemeinde, für alle Obrigkeit und für alle zeitliche Nothdurft und fleht zu Gott, daß er uns um seines Sohnes willen, den er für uns zum Opfer gemacht hat, unsre Sünde verzeihe, uns erlöse und die Kirche sammeln und schützen wolle. Sodann liest er an der gewöhnlichen Stelle die Einsetzungsworte Christi ab, nimmt selbst das Sacrament und theilt es ganz denen mit, welche sich ehrerbietig nahen, nachdem sie zuvor geprüft und absolviret sind und nun ihre Bitte mit der öffentlichen vereinigen. Zuletzt noch wird abermals die Danksgiving vorgelesen. Daß dieser Brauch des Abendmahls mit den Schriften der Apostel und dem Gebrauche der alten Kirche bis auf die Zeit des Gregor übereinstimmt, wissen alle, die in der Geschichte nicht ganz unerfahren sind.

Weil dem nun so ist, so darf man die Gewohnheit unsrer Kirche nicht verwerfen, sondern muß sie billigen. Aber die Gegner, welche diesen unsren Gebrauch verwerfen, verteidigen viele Irrtümer, die theils häßlich, theils durch neue Künsteleien gefärbt sind. Vormalß haben manche geschrieben, daß in der Messe ein Opfer für die Toten und Lebendigen dargebracht werde, welches dem, der es darbringt, und andern Vergebung der Sünden durch die äußerliche Verrichtung des Werkes verdiene. Diese Meinung, die ganz der der Pharisäer und Heiden ähnlich ist, haben sehr viele gehabt und haben sie theils noch. Denn auf dieselbe Weise standen ja auch die Pharisäer in dem Wahn, sich und andern die Vergebung der Sünde, Friede und viele andere Wohlthaten durch das äußerlich verrichtete Werk zu erwirken. Und obgleich einige, die gerade nicht so blind waren, bescheidener sprachen, obwohl sie behaupteten, man verdiene nichts ohne den guten Willen des Priesters, so bildeten sie sich doch ein, daß das Opfer verdienstlicher würde durch das Gebet. In dieser Meinung wuchs die Anzahl der Opfer und es fand sich mehr und mehr Gelegenheit zum Ge-

winn. So verhält es sich mit dem Erlaufen der Messen und der Entheiligung des Abendmahls fast überall.

Gottes Wille ist es aber, daß man solche schändliche Gebräuche verachte und abschaffe. Deshalb predigen wir das göttliche Wort, welches jene Irrtümer verwirft, einfach und wahrhaftig. Wir versichern aber von ganzem Herzen vor Gott und der ganzen Kirche im Himmel und auf Erden, daß es nur ein einziges versöhnendes Opfer gegeben habe, wodurch der Zorn des ewigen Vaters gegen das menschliche Geschlecht versöhnt worden ist, nämlich den vollkommenen Gehorsam des Sohnes Gottes, unsers Herrn Jesu Christi, des Gekreuzigten und Aufstandenen. Dieser ist das einzige Lamm, welches der Welt Sünden trägt und von diesem einzigen Opfer steht geschrieben: Mit einem Opfer hat er in Ewigkeit vollendet, die geheiligt werden (Hebr. 10, 14). Und dieses Opfers werden die Einzelnen theilhaftig durch den Glauben, wenn sie das Evangelium hören und sich der Sacramente bedienen, wie Paulus spricht: Den er vorgestellet hat zu einem Gnadenstuhl in seinem Blute durch den Glauben (Röm. 3, 25). Und: Der Gerechte aber wird des Glaubens leben (Hebr. 10, 38). Und: Durch die Heiligung des Geistes zum Gehorsam und zur Besprengung des Blutes Christi (1 Petr. 1, 2). Die übrigen Opfer im alten Testament waren nur ein Vorbild, von denen noch ausführlicher an ihrem Orte geredet wird. Doch sie verdienten keineswegs die Vergebung der Sünden und alle Verdienste der Heiligen zu allen Zeiten waren, sind und bleiben immerfort ein Opfer des Dankes und Lobens, die weder dem Opfernden noch andern als Verdienst angerechnet werden, sondern sie sind schuldige Verehrung für jeden und gefallen um des Mittlers und Hohenpriesters, des Sohnes Gottes willen, wie es im Briefe an die Hebräer heißt: Durch ihn bringen wir allzeit das Opfer des Dankes vor Gott. Daß dies eine feste und ewige Wahrheit ist, liegt ganz deutlich vor Augen. Wenn aber gegen diese offenbare Wahrheit man sich auf die Messgebräuche beruft, so ist ebenfalls klar, daß solche bei den Griechen anders waren, als bei den Lateinern und daß die griechischen in den wichtigsten Stücken wieder untereinander abwichen und in diesem lateinischen

Meklanon, welcher häufig gebraucht wird, ist es sichtlich, daß nach und nach Lappen von unbekannten Verfassern eingeflickt worden sind.

Die alte Kirche bedient sich der Ausdrücke Opfer und Darbringung, bezeichnet aber damit die ganze Handlung, die Bitte, den Genuß, die Erinnerung, den Glauben, die Hoffnung, das Bekenntnis und die Dankagung. Diese ganze innere und äußere Handlung ist bei jedem, der sich zu Gott bekehrt hat, und in der ganzen Kirche in Wahrheit das Opfer des Lobens oder die Dankagung und der vernünftige Gottesdienst. Und wenn der Herr spricht: Die wahrhaftigen Anbeter werden den Vater anbeten im Geist und in der Wahrheit (Joh. 4, 23), so versichert er damit, daß im neuen Testament keine äußeren Opfer vorgeschrieben sind, die verrichtet werden müßten, obgleich sich im Herzen keine Regung des heiligen Geistes findet, wie es hingegen unter dem Gesetze notwendig war, daß man den Gebrauch des Passahfestes beobachtete.

Aber von dem Mahle des Herrn heißt es: Ein jeder prüfe sich selbst (1 Kor. 11, 28). So nützt dem Kommunikanten das Abendmahl des Herrn, wenn er mit Reue und Glauben hinzutritt; denn kein fremdes Werk hilft ihm etwas. Übrigens ist es in Hinsicht auf die Toten offenbar, daß dieses ganze Schauspiel den Worten der Einsetzung des Mahles zuwider ist, indem es heißt: Nehmet, esset u. s. w. Solches thut zu meinem Gedächtnis (1 Kor. 11, 24). Wie kann sich dieses auf die Toten oder Abwesenden beziehen? Und doch werden noch in einem großen Teile Europas die meisten Messen für die Toten gehalten. Auch eine große Menge liest in völliger Unwissenheit, was eigentlich geschieht, Messen um des Lohnes willen. Da es jedoch offenbar gottlos ist, ein Opfer zu bringen, um, wie sie sagen, den Lebenden und Toten ein Verdienst zu erwerben, oder daß man etwas thue, ohne selbst recht zu wissen, was man thut, so versündigen sich diejenigen sehr, welche diese schändlichen Gebräuche beibehalten und verteidigen. Da nun die Zeremonie, wenn sie nicht nach der Vorschrift gebraucht wird, die Gültigkeit eines Sakraments nicht hat, so mögen die Frommen und Unterrichteten bedenken, welcher Götzendienst hierbei entsteht.

Auch ist es eine offenbare Entheiligung, einen Theil des Abendmahls des Herrn umher zu tragen und anzubeten, wobei ein Theil zu einem solchen Gebrauche verwendet wird, der ganz gegen die Einsetzung geht, da es heißt: Nehmet, esset, wiewohl auch dies noch ein ganz neuerfundenes Schauspiel ist.

Wie groß ist nun noch die Sittenlosigkeit der Priester und Mönche in ganz Europa, die sich nicht bekümmern um den Ausspruch: Ein jeder prüfe sich selbst. Und desgleichen: Wer unwürdig isst, der ist schuldig an dem Leibe und Blute des Herrn (1 Kor. 11, 27). Obgleich nun die Priester und Heuchler, welche allerlei Gaulelei erfunden, um diese Übel zu befestigen, über diese Klagen lachen, so ist es doch gewiß, daß Gott über solche Schandthaten heftig zürnt, da er ja auch in Israel über die Entweihung der Opfer heftig vor Zorn entbrannte. Und Beispiele dieses Zornes sehen wir schon deutlich ausgedrückt an den so häufigen Zerstörungen der Reiche, an der Verwüstung der ganzen Welt durch die Türken, an der Verwirrung der Meinungen und vielen anderen, sehr ärgerlichen Streitigkeiten in der Kirche.

Dich aber Sohn Gottes, Herr Jesus Christus, der du für uns gekreuzigt, auferstanden und unser Hoherpriester bist, bitten wir flehentlich, daß du um deiner und deines Vaters Herrlichkeit willen die Götzenbilder, Irrtümer und Greuel zerstörest und, wie du selber gebetet hast, uns heiligest in deiner Wahrheit und in sehr vieler Herzen das Licht deines Evangeliums anzündest und uns zur wahren Anrufung und zum Gehorsam gegen dich lenkest, damit wir dich dankbar in alle Ewigkeit loben.

Menschen- und Engelzungen können die Menge der Sünden nicht aussprechen, welche diese Entweihung des Abendmahls schon in so vielen Jahrhunderten hervorgebracht hat. Da aber eine so wichtige Sache mit Worten nicht genugsam ausgedrückt werden kann, so wollen wir uns kurz fassen und in diesem heftigen Schmerz den Sohn Gottes anrufen, daß er selbst diesen Übelstand zum bessern lenken möge, und bieten uns zugleich bei denen zu einer genaueren Erklärung an, welche sie anhören wollen. Allein in dieser Sache, glauben wir, würde es dann

ebenso gehen, wie Salomo sagt: Wer einem bösen Herzen Lieder singt, der ist wie ein zerrissenes Kleid im Winter und Essig auf der Kreide (Spr. 25, 20). Die Gegner wissen wohl, daß diese ihre Ansichten von dem Opfer die Stütze ihrer Macht und Schätze sind. Deshalb wollen sie auch die Widerlegung nicht anhören und einige haben schon gelernt, auf eine spitzfindige Weise das Abgeschmackte ihrer Behauptungen zu mildern.

Sie sagen, die Darbringung ist kein Verdienst, sondern die Anrufung und verstecken sich so hinter Worte, und behalten die Mißbräuche indessen immer noch bei. Wir haben aber zuvor schon gesagt, daß ein jeglicher sich durch den Glauben des Opfers Christi theilhaftig macht, wenn er das Evangelium hört und der Sakramente sich bedient. Denn es steht geschrieben: Ein jeglicher prüfe sich selbst. Paulus meint also nicht, daß die Zeremonie einem andern, der sich ihrer gar nicht bedient, etwas nütze; denn auch der Sohn Gottes gab sich selbst dahin, ging in das Allerheiligste ein, das heißt, in den geheimnisvollen Rath Gottes, sah den Willen des ewigen Vaters, ertrug den unendlichen Zorn, weil er die Ursache dieses wunderbaren Rathschlusses einsah. Diese wichtigen Dinge werden bezeichnet, wenn Paulus im Briefe an die Hebräer spricht: Er hat sich dargegeben, und Jesaias sagt: Er hat seine Seele zum Schuldopfer gegeben.

Was meinen denn nun die Messpriester, welche sagen, daß sie Christum darbringen? So hat die alte Kirche sich nicht ausgedrückt! Sie beschuldigen uns aber auf die kränkendste Weise, daß wir das ewige Opfer Christi vernichten, wie Antiochus that, welcher das Vorbild des Antichristen ist.

Wir haben schon vorhin darauf geantwortet, daß wir den ganzen Gebrauch der apostolischen Kirche beibehalten und daß es ein ewiges Opfer ist, die unverfälschte Lehre des Evangeliums zu predigen und Gott recht anzurufen, womit, wie Christus spricht, der Vater im Geiste und in der Wahrheit angebetet wird. Hierunter begreifen wir auch den rechten Gebrauch der Sakramente. Indem wir dies alles auf das gewissenhafteste beibehalten, bewahren wir auch das ewige Opfer mit der größten Ehrfurcht, welches die abschaffen, so die wahre Anrufung und

das Abendmahl des Herrn in allerlei Weise verfälschen, die da gebieten, Verstorbene anzurufen, die Messen läuflich machen, sich rühmen, daß sie andern durch ihre Opfergaben etwas verdienen, die der Lehre von der Buße und der Vergebung der Sünden viele greuliche Irrtümer beimischen, die den Bußfertigen Zweifel einflößen, ob sie begnadigt seien und mit Lüsteu und Gözenbildern die Kirche beflecken. Diese sind Genossen des Antiochus und nicht wir, die dem Sohne Gottes zu folgen sich bestreben, der da spricht: Wer mich liebet, der wird mein Wort halten (Joh. 14, 23).

Schließlich muß noch einiges wenige über den Gebrauch des vollständigen Sacramentes gesagt werden. Von den Aussprüchen der Kirche muß alle Spitzfindigkeit entfernt bleiben. Jedermann weiß, daß das Abendmahl des Herrn also angeordnet ist, daß dem Volke das ganze Sacrament gereicht werde, wie denn geschrieben steht: Trinket alle daraus. Der Gebrauch der alten lateinischen und griechischen Kirche ist bekannt. Daher muß man gestehen, daß die Entziehung des einen Theiles, nämlich des Kelchs, eine Ungerechtigkeit ist. Gältige, menschliche Testamente zu brechen, ist ja doch unrecht, warum brechen die Bischöfe das Vermächtnis des Sohnes Gottes, das mit seinem Blute besiegelt ist? Man muß bedauern, daß die Unverschämtheit gewisser Leute so weit geht, daß sie gegen diesen gewichtigen Grund dennoch mit Spitzfindigkeit sich behelfen, um die Entziehung des Kelches zu verteidigen. Solche zu widerlegen, halten wir in einer so klaren Sache für überflüssig."

Das Band aber dieser heiligen gegenseitigen Übereinkunft — so war unsere Ansicht und dahin sind wir übereingekommen — soll dieses sein, daß, wie jene für unsere, unserer Kirchen und unseres auf dieser Synode veröffentlichten Bekenntnisses, sowie der Brüder Rechtgläubigkeit Zeugen sind, so auch wir ihren Kirchen dieselbe christliche Liebe angedeihen lassen und ihre Rechtgläubigkeit bekennen. Und zum Schlusse laßt uns ihnen Lebewohl sagen und allen Zwist in tiefster Stille ruhen, wodurch die Entwicklung des Evangeliums zum größten Ärgernis vieler Frommen gehemmt

worden ist und wodurch unsern Widersachern nicht geringe Gelegenheit zu Schmähungen und zum Widerspruch gegen unsere wahrhaftige christliche Religion an die Hand gegeben worden. Vielmehr sollten wir nach Frieden und öffentlicher Ruhe trachten, uns einander Liebe erweisen und uns unserer brüderlichen Verbindung gemäß und zur Erbauung der Kirche gegenseitige Dienste leisten. Zudem verpflichten wir uns durch die gegenseitige Übereinkunft, mit allem Eifer die Überzeugungen aller unserer Brüder für dieselbe zu gewinnen und sie aufzufordern, sich dieser christlichen einmütigen Übereinkunft anzunehmen, sie zu pflegen und zu erhalten, sie zu nähren und zu versiegeln, vornehmlich durch Hören des Wortes (durch Besuchen der Versammlungen ihres sowohl wie des jedesmaligen anderen Bekenntnisses) und durch den Gebrauch der Sacramente, jedoch mit Beobachtung der gehörigen Ordnung und des Grades der Zucht, sowie des Brauches einer jeden Kirche.

Die Gebräuche aber und Zeremonieen jeder einzelnen Kirche belassen wir bei dieser Eintracht und Verbrüderung in ihrer Freiheit. Denn es kommt nicht viel darauf an, welche Gebräuche beobachtet werden, wenn nur die Lehre selbst und das Fundament unseres Glaubens und Heils unverfehrt und unentstellt ist, wie dies sowohl die augsburgische und sächsische Konfession lehret, als auch wir dasselbe in dieser unserer in der gegenwärtigen Synode zu Sendomir veröffentlichten Konfession ausgesprochen haben.

Darum haben wir versprochen und nehmen die Verpflichtung auf uns, uns gegenseitig zu einander sei es mit Rat oder Liebediensten an die Hand zu gehen und in Zukunft für die Erhaltung und das Wachstum aller frommen, rechtgläubigen und reformirten Kirchen des ganzen Reiches, Littauen und Samogiten als für einen Leib Sorge zu tragen. Und wenn sie einst Generalsynoden halten werden, mögen sie es uns auch anzeigen und wenn sie auch zu unseren Generalsynoden berufen werden, nötigenfalls nicht ungern kommen. Und um dieser Übereinkunft und gegenseitigen Eintracht die Krone aufzusetzen, so glauben wir, daß es zur Erhaltung und Sicherstellung dieses Brüderbundes nicht ungeeignet sein wird, an einem bestimmten Orte zusammenzukommen, um daselbst gemeinschaftlich aus den beiderseitigen Konfessionen (wozu uns ja die Gottlosigkeit der Feinde der Wahrheit gezwungen hat) eine kurze

Zusammenfassung der Lehre herzustellen und zu veröffentlichen, auf daß wir den Neidern den Mund stopfen zum größten Troste aller Frommen, unter dem Namen aller reformirten polnischen, littauischen und samogitischen Kirchen, die mit unserem Bekenntnisse übereinstimmen.

So haben wir uns also mit Handschlag heilig gelobt und uns gegenseitig verpflichtet, allesammt Treue und Friede halten, ihn fördern und von Tag zu Tag zur Erbauung der Kirche mehr und mehr ausbreiten und alle Gelegenheiten zu Kirchenspaltungen vermeiden zu wollen. Endlich haben wir unser selbst uneingedenk und vergessend, wie es wahren Dienern Gottes ziemt, allein unseres Heilandes Jesu Christi Ehre zu fördern und für die Wahrheit seines Evangeliums mit Wort und That zu kämpfen uns verpflichtet.

Daß dies nun segensreich, vollgültig und unverbrüchlich immerdar sei, darum flehen wir mit heißen Gebeten zu Gott dem Vater, dem Urheber und reichen Quell alles Trostes und Friedens, welcher uns und unsere Kirchen aus der dichten Finsternis des Papsttums errettet und uns das reine Licht seines Wortes und das heilige Licht seiner Wahrheit geschenkt hat. Er wolle unsern Frieden, unsere Eintracht, unsern Bund und unsere Union segnen zu seines Namens Ehre und zur Erbauung der Kirche. Amen.



Personen- und Sachverzeichnis *).

A.

Abendmahlzulassung 62.
 Abgabenerlaß 145.
 Alexander I., Kaiser 129. 142. 179.
 Alexander Michailow, Zar 52.
 Anna Iwanowna, Großfürstin 116.
 Annenschule 95.
 Appellationsinstanz 69.
 Araktschejeff, General 179.
 August, Kurfürst von Sachsen 265.
 August II., König von Polen 111.
 116.
 Ausländer-Ansiedelung 16. 22. 127.
 143.

B.

Baum, Staatsrat 164.
 Behning, Pastor 138.
 Bekenntnis gallikan. 273. 396.
 Bekenntnis helvetisch. 269. 308.
 Beza 275.
 Bludow, Staatssekretär 42. 48. 66.
 108.
 Bonenblust, Kirchenältester 88.
 Bonwetsch, Pastor 135.
 Brandt, Eduard 164.

Brandt, Wilhelm 84. 164.
 Brehme, Pastor 155. 164.
 Brünings, Pastor 155.
 Bullinger, Heinrich 269.
 Büsching, Pastor 234.
 Busse, Pastor 86.

C.

Calvin 266. 271. 275.
 Cancrin, Graf 169.
 Cattaneo, Pastor 135.
 Chaudieu, Pastor 274.
 Codificationsarbeit 54.
 Coligny, Admiral 207. 275.
 Couriard, Kirchenältester 86.
 Cruse, Pastor 121.
 Crup, Admiral 26.
 Cypnäus, Bischof 38.
 Czaplitz, Johann 17.

D.

Deljanoff, Minister 98.
 Dembinski, Großkanzler 138.
 Diehl, Generalsenior 243.
 Diehl, Superintendent 253
 Dissidenten 209. 215.

*) Vgl. zu letzterem auch das Inhaltsverzeichnis.

Doll, Pastor 138.
Dordrechter Synode 267.

E.

Ehen, gemischte 51. 62.
Ehrenpatron 160.
Ehrström, Pastor 38.
Elisabeth, Markgräfin von Brandenburg 208.
Engelle, Alexander 245.

F.

Falk, Ernst 245. 250. 251.
Feodor Alex., Zar 17.
Ferdinand, Herzog zu Aurland 111. 116.
Firley, Kronsmarschall 209.
Fletniher, Propst 138.
Fontaines 164.
Frazer, Johann 124.
Friedrich Casimir, Herzog zu Aurland 115.
Friedrich III. von Brandenburg 17.
Friedrich III. von der Pfalz 264. 270.
Friedrich Wilhelm, Herzog zu Aurland 115.
Friedrich Wilhelm III. von Preußen 169.

G.

Galizin, Fürst Alexander 153. 179.
Gardie, Graf de la 17.
Generalaktor 183.
Gerlach, Pastor 225.
Gesetzesammlung, vollständige 52.
Gevers, Gesandter 90.
Gliczner, Pastor 277.
Glärner, Kirchenältester 86.

Gottesdienstordnung 165.
Grabowski, Stanislaus 241.
Grabowski, Stefan 241. 250.
Gromme, Kirchenältester 86.
Grosse, Alexander von 245.
Grunauer, Pastor 135.

H.

Hall, Admiral 164.
Hamelmann, Pastor 38.
Hauff, Kirchenältester 88.
Heilmann, Konsistorialrat 250.
Heinrich II. von Frankreich 274.
Heinrich IV. von Frankreich 275.
Heißmann, Hans 123.
Hentel, Pastor 255.
Hefhus, Tilemann 264.
Heyden, Graf 168.
Horn, Samuel 228.
Hosius, Kardinal 209.
Hoven, Oberburggraf 120.
Hübner, Pastor 138.

I.

Isakob. Herzog zu Aurland 116.
Jan Casimir von Polen 212.
Jannuß II. von Polen 235.
Jelen, Pastor 254.
Jordan Pastor 185.
Justizkolleg 30.

K.

Kahle, Samuel 228.
Kandidaten-Ordination 70.
Kandidaten-Prüfung 41. 70.
Karl IX. von Frankreich 275.
Karl Gustav von Schweden 212.
Karnkowski, Bischof 207.
Katharina II., Kaiserin 129. 146.
Kettler, Gotthard 120.

Repserlingh, Graf 181.
 Kirchenrats-Wahl 87. 105. 160.
 Kirchenvermögen 41. 77. 87. 106.
 121. 162. 167.
 Kirchenvormünder 160.
 Snauer, Pastor 138.
 Sneider, Friedrich 164.
 Kollegium der Kriegskanzlei 24.
 Königseid, polnischer 208.
 Korff, Baron Karl 120. 152.
 Kosselt, General 241.
 Kozebue, Staatsrat 178.
 Krainski 267.
 Krusenstern, General 250.
 Kunia, Geheimrat 204.
 Kurnatowski, General 251.

L.

Labarpe, Erzieher 129.
 Lanskoi, Minister 133.
 Laslo, Johannes a 233. 335. 276.
 Lauber, Karl 245.
 Lefort, General 25.
 Lemmerich, Casimir 98.
 Leszynski, Palatin 225.
 Lieben, Graf (Fürst) Karl 35.
 Linde, Samuel von 244.
 Linde, Ferdinand 164.
 Linde, Pastor 155.
 Lismanini, Beichtvater 174.
 Livron, General 169.
 Lublin, Reichstag zu 172.
 Lubovila von Brandenburg 235.
 Lührs, Peter 164.
 Ludwig XIV. von Frankreich 26.
 Ludwig, Oberpastor 249.

M.

Mansbendel, Pastor 79.
 Margot, Schuldirektor 104.
 Maximilian II., Kaiser 270.

Meermann, Carsten 123.
 Melac, General 26.
 Melancthon 263.
 Meyendorff, Baron 137.
 Meyer, Benjamin 164.
 Michwiz, Pastor 138.
 Moculski, Generalsuperintendent
 267.
 Mollerus, Baron 91.
 Morel de Collanges 275.
 Muralt, Pastor 142. 169.
 Muffard, Kirchenältester 86.

N.

Napier, Georg 29.
 Napoleon I. 242.
 Nesselrode, Graf 91.
 Nikolai I., Kaiser 53. 59.

O.

Oleslo, Sophie 202.
 Olevianus, Kaspar 265.
 Ostrogski, Fürst 225.

P.

Pätz, Andreas 164.
 Pahlen, Baron Peter 119.
 Pastoren-Anlage 68.
 Pastoren-Anstellung 40. 70.
 Pastoren-Prüfung 40.
 Pastoren-Wahl 70. 159. 166.
 Paul I., Kaiser 82.
 Perowski, Minister 132.
 Pesarobius, Staatsrat 35.
 Peter I., Kaiser 17. 25. 52. 122.
 223.
 Petrischule 95. 99.
 Pietrusinski, Ludwig 258.
 Posselinus, Jesuit 225.

Prag, Kirchenältester 86. 88.
Privatversammlung, religiöse 28.

H.

Hadjiwil, Boguslaw 202. 235.
Hadjiwil, Christoph 195. 225.
Hadjiwil, Johann 202.
Hadjiwil, Nikolaus 202. 235.
Hadjiwil-Stammtafel 205.
Reichsgesetzbuch 53.
Religionsübung, freie 22. 32. 144.
Hepnin, Fürst 124.
Heutlinger, Pastor 169.
Hibas, Admiral 129.
Hichelieu, Herzog 130.
Hossillion, Baron 168.
Houffatier, Alex. 164.
Hysinski 267.

S.

Sabbie, Anna 29.
Saliz, Welm 123.
Salome, Kirchenältester 86. 88.
Samoilow, Graf 121.
Sartorius, Professor 180.
Schäfer, Pastor 255.
Schiller, Friedrich 164.
Schischlow, Admiral 179.
Sendomir, Vergleich von 276. 411.
Seyfert, Christian 164.
Sievers, Graf 133. 140.
Sigismund August von Polen 171.
206. 272.
Sigismund III. von Polen 211
225.
Silora, Pastor 255.
Sizung, reformirte 68.
Sizung ref. d. Gen. Konf. 69.
Stribizki, Direktor 132.
Solilowski, Bischof 209.
Sophie Alexejewna 17.
Speranski, Graf 53.

Spleszynski, Konfistorialrat 250. 251.
253.

Ssobornoje Ulozhenie 18. 52.
Stadelberg, Graf 237.
Stipendien, reform. 176. 188.
Stopp, Ludwig 164.
Stupar, Jakob 164.

T.

Tamling, Pastor 91.
Tausen in gemischten Ehen 63.
Tausen von Heiden 62.
Tausen von Juden 56.
Tausen von Mohammedanern 62. 145.
Teichmann, Pastor 250.
Tepper, Senior 227.
Thenandus, Johannes 278.
Tieden, Leopold 164.
Tiefenhausen, Graf 66.
Törne, Pastor 138.
Tolstoi, Graf 201.
Trecius, Pastor 278.
Turgenieff, Direktor 154.
Turkul, Staatssekretär 246.
Turnowski, Pastor 277.
Tutellanzlei 143.

U.

Übertritte, kirchl. und Andersgläub.
50. 62. 64.
Ulmann, Bischof 137.
Untertthaneneid der Geistlichen 48.
71.
Untiedt, Nikolaus 164.
Ursinus, Zacharias 265.
Uwarow, Kurator 100. 188.

V.

Valois, Heinrich v. 207. 272.
Vietinghoff, Hermann v. 125.

W.

Walujew, Minister 140.
 Welter, Pastor 90.
 Wig, Pastor 272.
 Wladislaus IV. von Polen 212.
 Wolff, August v. 245.

Wolff, Pastor 121.
 Woybe, Moriz 245.
 Woznicki, Staatsrat 241,

Z.

Zwingli 271.

Abgesehen von dem auch in diesem Buch nicht ausgeglichenen Widerstreit zwischen der altgewohnten und ministeriell eingeführten Schreibweise wolle man wegen weiter Entfernung vom Drudort ein paar Fehler entschuldigen, von denen wir als sinnstörend hervorheben:

- S. 35, Z. 13 von oben lies **Verhalten** statt **Beralten**.
 „ 35, „ 12 von unten lies **Dörpt'schen** statt **Dörkt'chen**.
 „ 64, „ 13 von oben lies **Gestaltung** statt **Gestaltung**.
-

Von demselben Verfasser ist in unserm Verlage als I. „Beitrag zur Geschichte der evangelischen Kirche in Rußland“ erschienen:

Verfassungsgeschichte der **evangelisch-lutherischen Kirche** **in Rußland.**

1887. 344 S. Preis 6 Mark.

Seit geraumer Zeit zieht das Geschick der lutherischen Kirche in Rußland die gespannte Aufmerksamkeit aller Evangelischen in Deutschland und weit über diese Grenze hinaus auf sich. Auch auf dem Gebiete der Kirche tritt uns die auf allen übrigen Gebieten des geistigen Lebens und Schaffens, von Handel und Wandel bestätigte Thatsache entgegen, daß kein Land in Europa den Zeitgenossen so unbekannt geblieben als Rußland. Tritt dann bei außerordentlichen Ereignissen der eine oder andere Teil auf die Bildfläche der Tagesereignisse und der allgemeinen Beachtung, so sind die dargestellten Züge meist so entstellt, daß der Kenner von Land und Leuten nur mühsam oder kaum das Original wieder erkennt. Die Schuld trifft zum großen Teile die Bewohner selbst, die säumig und auch unlustig sind, in sorgfältiger Ausführung ein zutreffendes Bild zu zeichnen.

Es freut uns, von einem unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders wichtigen Teile geistigen Lebens eine eingehende geschichtliche Darstellung bieten zu können und zwar aus der Feder eines Mannes, dessen Name nicht unbekannt und der seit Jahrzehnten im Lande selbst in weit ausgedehnter Wirksamkeit mit ernster Teilnahme das geistige Leben der lutherischen Kirche verfolgt und wohl befähigt ist, ein nach allen Seiten hin gerechtes und maßvolles Urteil zu fällen.

In vorliegender Studie gelangt zum erstenmale die Verfassungsgeschichte der lutherischen Kirche in Rußland zur Darstellung. Da zugleich noch keine Geschichte der lutherischen Kirche des Landes vorhanden ist, sah sich der Verfasser genötigt, ausführlich auch manchen kirchengeschichtlichen Zug in die Schilderung aufzunehmen und durch die kulturellen und politischen Verhältnisse zu begründen.

Diese notgedrungene weitere Ausführung der gestellten Aufgabe kommt dem Buche im gegenwärtigen Augenblick zugute, insofern dadurch manche brennende Frage des Tages in die richtige Stellung gerückt und damit einer gerechten Beurteilung Raum geschaffen wird.

Wir glauben deshalb das vorliegende Buch recht warm allen denen empfehlen zu können, die mit herzlicher Teilnahme das Geschick unserer evangelischen Glaubensgenossen in den Ostseeprovinzen und in Rußland verfolgen, allen denen zugleich, denen die kirchliche Verfassungsfrage gegenwärtig im Vordergrund der Studien steht. Das Buch zeigt bei einer hervorragenden lutherischen Tochterkirche wie in einem Spiegel in verkleinerten Zügen das gleiche Gepräge geschichtlicher Ausgestaltung, das die große Mutterkirche im Laufe ihres Lebens erhalten.

Von den vielen Beurteilungen, welche das Buch in den verschiedensten Zeitungen und Blättern gefunden, erwähnen wir:

Prof. **Garnat** sagt (in der Theol. Literaturzeit.): „Der Verfasser hat sein Buch der Marburger theolog. Fakultät gewidmet und dem Recensenten damit die kritische Waffe aus der Hand genommen. Freiwillig und gern läßt er dieselbe in diesem Falle fahren; denn gegenüber einer geschichtlichen Darstellung von solcher Sachkenntniß, Umsicht und Feinheit hört das Geschäft des Kritikers überhaupt auf. Der rühmlich bekannte Verfasser, Pastor an der reformirten Kirche zu St. Petersburg, hat mit diesem Werke die Lutheraner in Rußland in freundschaftlichster Weise beschämt. Er hat zwar nicht ihre Geschichte geschrieben, aber doch den wichtigsten Theil derselben. Die Verfassungs- und die Lebensgeschichte greifen so fest ineinander, daß kein Historiker sie zu trennen vermag, und auch Dalton ist nicht ängstlich bemüht gewesen, etwa ausschließlich die Geschichte der kirchlichen Institutionen zu geben. Er bietet eine Kirchengeschichte im Rahmen der Verfassungsgeschichte und hat es überall verstanden, den Geist der Zeiten und der Persönlichkeiten hervortreten zu lassen. . . .“

Prof. **Härschelmann** erwähnt (in dem Theol. Literaturbl. d. allg. luth. Kirchenzeit.): „. . . von Dalton ist uns nun zum ersten Male eine eingehende Darstellung der lutherischen Kirche in Rußland dargeboten worden. Zur Lösung dieser Aufgabe hat sich der Verfasser als in hervorragender Weise befähigt und vorbereitet erwiesen, da er nicht nur das bisherige literar. Material in seltenem Maße beherrscht, sondern auch über einen reichen Schatz handschriftlicher Quellen verfügt, deren Inhalt in seiner Verfassungsgeschichte zum ersten Mal verwerthet worden ist.“

Die „Literar. Beil. der deutsch-ev. Kirchenzeitung“ sagt: „Der rüstige und unermüdbliche Verfasser beschenkt uns schon wieder mit einem Buche, für das wir ihm gerade in dem gegenwärtigen Augenblicke zu besonderem Danke verpflichtet sind. Daß er als Reformirter eine Geschichte der Schwesterkirche schrieb, kann zuerst auffallen. Aber wenn man sich daran erinnert, daß Dalton, dessen Lebensgeschichte nach England, Deutschland und Rußland weist, weitherzig und welterfahren genug ist, um auch dem lutherischen Gesichtspunkt gerecht zu werden, so freut man sich, daß gerade er die Arbeit in die Hand genommen hat. Vorarbeiten waren nicht da; Dalton mußte so ziemlich von vorn anfangen. Er konnte sich nicht einmal auf eine Darstellung

der Geschichte der lutherischen Kirche berufen und war dadurch genöthigt, seinen Rahmen etwas weiter zu spannen und bei der Verfassungsgeschichte auch ein Stück Kirchengeschichte mitzugeben. Dadurch hat aber das Buch nur gewonnen; wir sahen es gern in den Händen aller, die sich für die deutschen Brüder in Rußland interessieren. Und wer thut das jetzt nicht?"

Die „Allgemeine Zeitung“ beginnt einen Leitartikel über das Buch mit den Worten: „Die günstige Aufnahme, welche Dalton's Verfassungsgeschichte in der deutschen Presse nahezu aller Parteien gefunden hat, ist in mancher Rücksicht wohlverdient gewesen. Von einem hochgebildeten, hochgesinnten, duldsamen und kenntnißreichen Theologen geschrieben, trägt dieses Buch alle Merkmale einer fleißigen, auf Beherrschung des Stoffes gegründeten Arbeit, aus welcher sich für Kirchen- und Profangeschichtler gleichviel lernen läßt..."

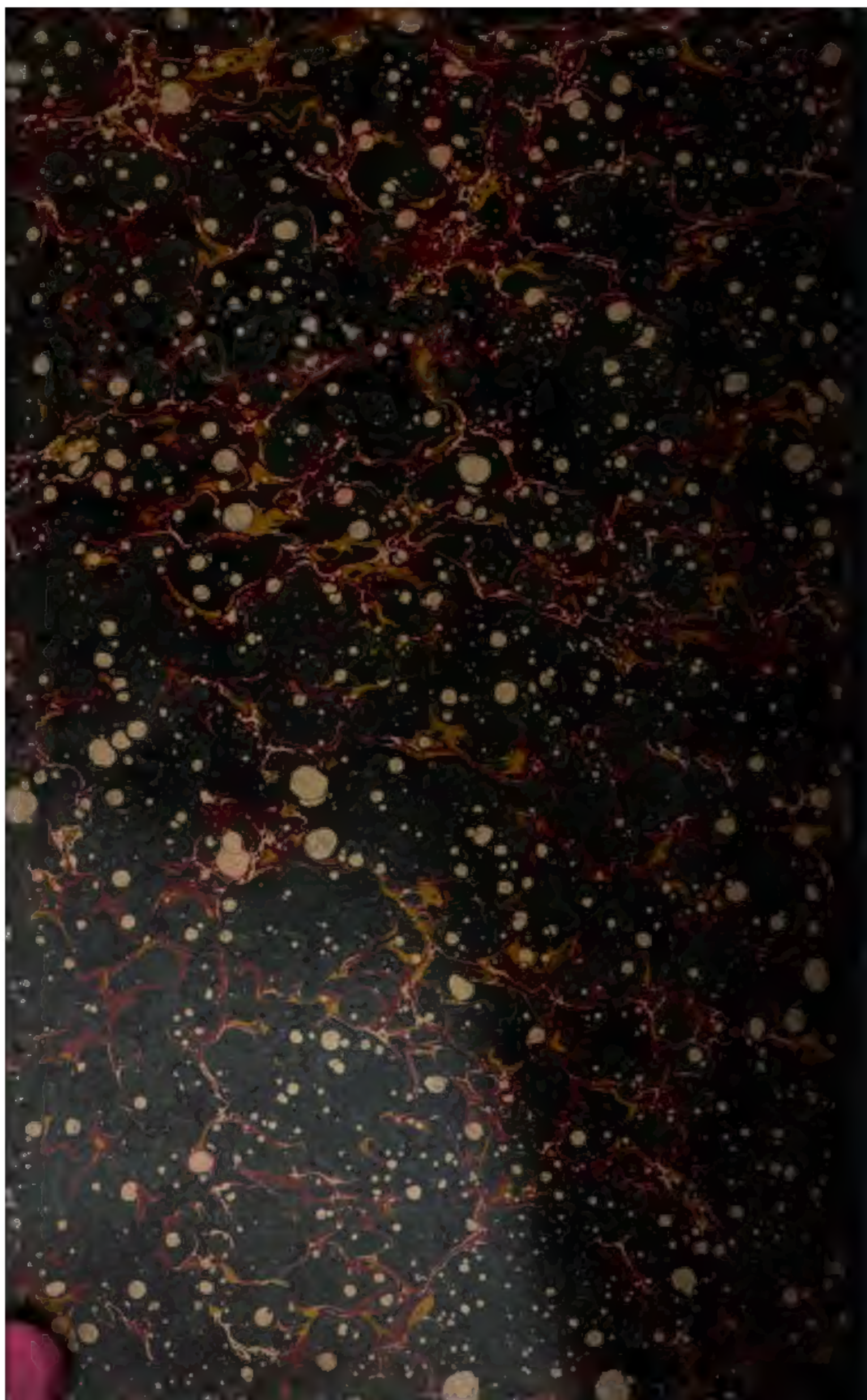
In der „Deutschen Petersburger Zeitung“ lesen wir: „Die Widmung kennzeichnet das Werk, das Referent mit steigendem Interesse gelesen und mit Bewunderung aus der Hand gelegt hat, als einen Dank, dargebracht der evangelisch-theologischen Fakultät zu Marburg, die bei Gelegenheit der 400jährigen Lutherfeier dem hochverdienten Schriftsteller und Pastor die Würde eines Doktors der Theologie verliehen hatte. Seine Antwort auf diese ehrenvolle Anerkennung ist nun diese wissenschaftliche Arbeit, dem Heimgebiete der Kirche entnommen, die ihren Namen vom deutschen Reformator führt. Es wird jeder Lutheraner die Feinheit und Würde einer solchen Antwort um so mehr zu schätzen wissen, als thatsächlich gegenwärtig die Aufmerksamkeit und Theilnahme der gesamten evangelischen Kirche der lutherischen Kirche Rußlands zugewandt ist und Dalton eine oft schmerzlich empfundene Lücke ausfüllt, indem er die Verfassungsgeschichte unserer lutherischen Kirche mit kundiger Hand und warmem Herzen entwirft. Es wird zwar Staunen erwecken, daß ein Reformirter der lutherischen Kirche diesen wichtigen Liebesdienst erweist, und auch der Autor selbst verhehlt kaum sein Befremden, daß ihm diese Aufgabe überlassen worden ist. Indessen wird allseitig anerkannt werden müssen, daß er gerade der rechte Mann dazu war. Nicht nur weil er, dank langjährigen, eifrigen und gewissenhaften Studien, dank auch zum Theil erfolgreichem Spürsinn und glücklichem Zufall Materialien besaß, wie sicherlich kein Zweiter in Rußland und durch seine große schriftstellerische Erfahrung, sein Geschick für Behandlung historischer Themata, am besten dazu geeignet war, diesen reichen und umfassenden Stoff zu einem einheitlichen, fesselnden Werke zu verarbeiten. . . .“

Die „Rigaer Zeitung“ sagt: „Wer Gelegenheit gehabt hat, eine der zahlreichen Schriften Daltons zu lesen, wird von vornherein durch die formvollendete Schreibart des Verfassers gefesselt worden sein, mit welcher derselbe selbst den trockensten Stoff anziehend darzustellen weiß. Auch das vorliegende neueste Werk des geschätzten Verfassers zeichnet sich durch diesen Vorzug aus, der bei historischen Darstellungen doppelten Werth hat, da die schöne Form auch den Laien fesselt und ihn unmerklich dazu führt, sich in den behandelten Stoff zu vertiefen. . . .“

Gotha, 1. Oktober 1888.

Friedrich Andreas Perthes.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100
101
102
103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
242
243
244
245
246
247
248
249
250
251
252
253
254
255
256
257
258
259
260
261
262
263
264
265
266
267
268
269
270
271
272
273
274
275
276
277
278
279
280
281
282
283
284
285
286
287
288
289
290
291
292
293
294
295
296
297
298
299
300
301
302
303
304
305
306
307
308
309
310
311
312
313
314
315
316
317
318
319
320
321
322
323
324
325
326
327
328
329
330
331
332
333
334
335
336
337
338
339
340
341
342
343
344
345
346
347
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373
374
375
376
377
378
379
380
381
382
383
384
385
386
387
388
389
390
391
392
393
394
395
396
397
398
399
400
401
402
403
404
405
406
407
408
409
410
411
412
413
414
415
416
417
418
419
420
421
422
423
424
425
426
427
428
429
430
431
432
433
434
435
436
437
438
439
440
441
442
443
444
445
446
447
448
449
450
451
452
453
454
455
456
457
458
459
460
461
462
463
464
465
466
467
468
469
470
471
472
473
474
475
476
477
478
479
480
481
482
483
484
485
486
487
488
489
490
491
492
493
494
495
496
497
498
499
500
501
502
503
504
505
506
507
508
509
510
511
512
513
514
515
516
517
518
519
520
521
522
523
524
525
526
527
528
529
530
531
532
533
534
535
536
537
538
539
540
541
542
543
544
545
546
547
548
549
550
551
552
553
554
555
556
557
558
559
560
561
562
563
564
565
566
567
568
569
570
571
572
573
574
575
576
577
578
579
580
581
582
583
584
585
586
587
588
589
590
591
592
593
594
595
596
597
598
599
600
601
602
603
604
605
606
607
608
609
610
611
612
613
614
615
616
617
618
619
620
621
622
623
624
625
626
627
628
629
630
631
632
633
634
635
636
637
638
639
640
641
642
643
644
645
646
647
648
649
650
651
652
653
654
655
656
657
658
659
660
661
662
663
664
665
666
667
668
669
670
671
672
673
674
675
676
677
678
679
680
681
682
683
684
685
686
687
688
689
690
691
692
693
694
695
696
697
698
699
700
701
702
703
704
705
706
707
708
709
710
711
712
713
714
715
716
717
718
719
720
721
722
723
724
725
726
727
728
729
730
731
732
733
734
735
736
737
738
739
740
741
742
743
744
745
746
747
748
749
750
751
752
753
754
755
756
757
758
759
760
761
762
763
764
765
766
767
768
769
770
771
772
773
774
775
776
777
778
779
780
781
782
783
784
785
786
787
788
789
790
791
792
793
794
795
796
797
798
799
800
801
802
803
804
805
806
807
808
809
810
811
812
813
814
815
816
817
818
819
820
821
822
823
824
825
826
827
828
829
830
831
832
833
834
835
836
837
838
839
840
84



This book should be returned to
the Library on or before the last date
stamped below.

A fine is incurred by retaining
beyond the specified time.

Please return promptly.

JUN 3 1955

3434419

637522
BOOK DUE WID 2

MAR 19 1955

C 7740.7 vol.1
Verfassungsgeschichte der Evangelia
Widener Library 003065301



3 2044 081 802 183